Österreichischer Trotzkismus

Band 2

Vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis heute

Redaktionskollektiv „Arbeitsgruppe Marxismus“ für diese Ausgabe von Marxismus:
Manfred Scharinger, Eric Wegner

Organisation arbeiter.innen.kampf (ARKA)
Postfach 62
A-1152 Wien

Kontakt: arka.org@gmx.at
www.arbeiter-innen-kampf.org

Die Organisation arbeiter.innen.kampf wurde im September 2011 in Wien gegründet. Für das Redaktionskollektiv zur Herausgabe der Marxismus-Buchreihe, der Marxismus-Broschürenreihe, der Schulungstexte & Materialien und der Kleinen Schriftenreihe zur Geschichte der österreichischen Arbeiter/innen/bewegung bleibt der Name *Arbeitsgruppe Marxismus* erhalten.

Titelbild:
Franz Drexler (1912-2005)
Franz Modlik (1902-1986)

1. Auflage 2012
ISBN 3-901831-29-0
ISSN 1028-2211

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger, Redaktion:
Organisation arbeiter.innen.kampf, Postfach 62, A-1152 Wien, Druck: Riegelnik, Wien

---

Offenlegungspflicht nach § 25 - Mediengesetz:

Medieninhaber (Verleger) des periodischen Druckwerkes „Marxismus“ ist zu 100% die „Organisation arbeiter.innen.kampf“, Stiftgasse 8, A-1070 Wien. Die Partei ist von anderen Parteien und Vereinen politisch und finanziell unabhängig. Grundlegende Richtung des Druckmediums: Auseinandersetzung mit historischen und aktuellen Fragen der Politik der Arbeiter/innen/bewegung.

Österreichischer Trotzkismus
Band 2
Vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis heute

Inhalt

Exkurs 2: Weitere Entwicklung des internationalen Trotzkismus (Eric Wegner) **……... 7**

6. Stagnation und Niedergang während des kapitalistischen Booms – die IKÖ von 1947 bis 1963 (Eric Wegner) **…… 14**
6.1. *Entrismus sui generis* und die Spaltung der IKÖ …….. 14
6.2. Wiedervereinigung unter der Ägide der Internationale ……. 27
6.3. Die Einschätzung der Sozialdemokratie durch die IKÖ …… 39
6.4. Die Intervention in die Sozialdemokratie …….. 52
6.5. Die IKÖ zu Titoismus und Stalinismus ……. 67
6.6. „Wiederaufbau“, Streikbewegungen und Staatsvertrag ……. 79
6.7. Der Zusammenbruch der IKÖ …… 96
6.8. Gruppe Arbeiterkampf …….. 105

Exkurs 3: Der Schuharbeiter/innen/streik 1948 (Paul Roth) ……. **109**
1. Einleitung …….. 109
2. Der Verlauf des Streiks …….. 111
3. Die Rolle des ÖGB …… 119
4. Die Rolle der KPÖ ……. 122
5. Die Bedeutung der Trotzkist/inn/en ……... 126

7. Die Entwicklung des Kampfbundes von 1947 bis 1975 (Eric Wegner) **…… 131**
7.1. Konsolidierung Ende der 1940er Jahre …….. 131
7.2. Niedergang und Orientierungskrise 1952 bis 1957 ……... 139
7.3. Verhältnis zum Internationalem Sekretariat und zur IKÖ ……. 144
7.4. Kampfbund und Internationales Komitee …….. 150
7.5. Stabilisierung in den späten 1950er und Fortschritte in den frühen 1960er Jahren ……. 153
7.6. Konflikte um die Ausrichtung und das Ende des Kampfbundes (1965-1973) …… 156
7.7. Bewertung des Kampfbundes (im Vergleich zur IKÖ)……... 161

8. Österreichischer Trotzkismus von Anfang der 1970er bis Anfang der 1990er Jahre (Manfred Scharinger / Eric Wegner) **.. 164**
8.1. Die Revolte …… 165
8.2. Österreichische Bolschewiki-Leninisten (ÖBL) …… 173

8.3. Verband Sozialistischer Mittelschüler (VSM) und Sozialistische Aktion (SOAK) …….. 176
8.4. Gruppe Revolutionäre Marxisten (GRM) / Sozialistische Alternative (SOAL) ……... 188
8.5. Trotzkistische Gruppe Österreichs ……. 208
8.6. Internationale Kommunistische Liga (IKL) ……... 212
8.7. Gruppe Commune …….. 223
8.8. Revolutionär Kommunistische Liga (RKL) ……... 229
8.9. Gruppe Arbeiterstandpunkt / Gruppe ArbeiterInnenstandpunkt ….... 233
8.10. Vorwärts ……. 239

9. Organisationen von Anfang der 1990er Jahre bis heute (Eric Wegner) **……. 250**
9.1. Sozialistische Alternative …….. 251
9.2. Linkswende …… 259
9.3. ArbeiterInnenstandpunkt / Liga der Sozialistischen Revolution / Revolutionär-Kommunistische Organisation für die Befreiung ….... 272
9.4. Arbeitsgruppe Marxismus (AGM) ……. 284
9.5. IRO / GRA / GKK …….. 298
9.6. Vorwärts/SLP ……. 304
9.7. Der Funke ……... 324
9.8. Antifaschistische Linke (AL) ……. 342
9.9. Revolutionär Sozialistische Organisation (RSO) / Organisation arbeiter.innen.kampf (ARKA) ……. 350

Interviews und Erinnerungen …….. 366
Vorbemerkung…… 366
Interview mit Franz Drexler (Manfred Scharinger / Eric Wegner) ……. 367
Interview mit Franz Holba (Manfred Scharinger) ……... 387
Interview mit Friederike Schlesak (Manfred Scharinger / Eric Wegner) …….. 404
Interview mit Friedrich Seidel (Paul Roth / Eric Wegner) ……. 420
Interview mit Heinrich Thomas (Hans Schafranek / Manfred Scharinger / Eric Wegner) ……... 429
Gespräch mit den Genossen Alois, Anton und Pepperl (Manfred Scharinger) ……. 487
Franz Modliks Erinnerungen an den österreichischen Trotzkismus (Reinhard Faltello / Eric Wegner) ……. 498
Anmerkung zu Franz Modlik (Manfred Scharinger) …..……. 516

Personenverzeichnis …….. 517

Exkurs 2: Weitere Entwicklung des internationalen Trotzkismus

Die 4. Internationale war in den späten 1940er und frühen 1950er Jahren von einer politischen Orientierungskrise betroffen, die sich auch auf die IKÖ auswirken sollte. Trotzki und die alte Führung der Linksopposition und der 4. Internationale wären aufgrund ihrer Erfahrung in der Anwendung der marxistischen Methode möglicherweise in der Lage gewesen, die 1938/40 formulierten Fehleinschätzungen anhand der realen Entwicklung zu korrigieren und sich auf eine neue, langfristigere Perspektive zu orientieren.[1] Diese alte Führung war allerdings durch Faschismus und Stalinismus physisch vernichtet worden. Und die neue Führung schaffte es nicht, die neuen Entwicklungen – Stabilisierung des Kapitalismus und in der Folge des Reformismus, Überleben und Expansion der Sowjetbürokratie etc. – theoretisch in den Griff zu bekommen.

Anfangs verschloss man die Augen vor der Tatsache, dass der Kapitalismus die kurze und wenig ausgeprägte revolutionäre Phase 1944/45 überlebt hatte und dass man ab 1946 mit einer Phase der demokratisch-konterrevolutionären Stabilisierung der imperialistischen Herrschaft konfrontiert war. Die Perspektive der 4. Internationale ging weiterhin von einer bevorstehenden katastrophalen Krise, einem unmittelbar erneut beginnenden Krieg und einer verzögerten Revolution aus. Um an dieser Erwartung einer revolutionären Krise festhalten zu können, wurde das marxistische Revolutionsverständnis zunehmend dahingehend verändert, dass man begann, Revolutionen als lange objektive Prozesse zu begreifen. Als Träger dieser Prozesse wurden zunehmend die stalinistische Bürokratie oder andere *objektiv revolutionäre* Kräfte verstanden. Die von der 4. Internationale nach dem Krieg adaptierten Perspektiven waren eine Kombination von dogmatischer Anklammerung an die alten Voraussagen, blindem Optimismus und einem – in der damaligen Phase – ansatzweise opportunistischen Delegieren der revolutionären Aufgaben an reformistische Kräfte.

Es gab einige kleine Strömungen in der 4. Internationale, die den offiziellen Kurs in Frage stellten: Erstens eine von Felix Morrow geführte Oppositionsströmung in der amerikanischen SWP, die forderte, *„angesichts der Erfahrungen die nötigen Korrekturen*“ der Perspektive vorzunehmen.[2] Zweitens argumentierte die von Ted Grant ge-

[1] so wie die frühe revolutionäre Komintern aus dem Abebben der revolutionären Welle nach dem Ersten Weltkrieg die Wende zur Einheitsfront machte, das heißt zu einer längerfristigen Perspektive der Gewinnung der reformistischen Arbeiter/innen.

[2] Felix Morrow: *International Report (Minority Report)*, in: SWP Internal Bulletin Vol III, No.8 (1945), p32; eigene Übersetzung; zitiert nach: Workers Power / Irish Workers Group: *The Death Agony of the Fourth International and the Tasks of the Trotskyists Today*, London / Dublin 1983. Die Morrow-Opposition zog aus ihrer Ansicht allerdings den Schluss, dass in Europa die Rückkehr zu einem demokratischen Programm notwendig wäre. Später entwickelte sie die Theorie, dass die Sowjetbürokratie eine „neue Klasse“ sei, lehnte die Verteidigung der Sowjetunion gegen den Imperialismus ab und verließ – mit der Ansicht, dass die Sowjetunion staatskapitalistisch sei – die SWP.

führte *Revolutionary Communist Party* (RCP) in Großbritannien, dass sich der Stalinismus keineswegs in einer tödlichen Krise befände, sondern gestärkt worden sei und dass ein Nichterkennen dieser Entwicklung zu einer Desorientierung führen könne. Vor allem aber lehnte die RCP die Position des Internationalen Sekretariats (IS) von einer unmittelbar bevorstehenden ökonomischen Krise des Kapitalismus ab: „Zum zweiten Mal innerhalb einer Generation hat der Kapitalismus eine Atempause erlangt. Die Theorie des spontanen Zusammenbruchs des Kapitalismus ist mit dem Bolschewismus völlig unvereinbar."[3]

Der zweite Weltkongress der 4. Internationale 1948 hielt aber an den falschen Perspektiven fest und ging davon aus, dass der bald ausbrechende Weltkrieg in einen „internationalen Bürgerkrieg" übergehen werde. Pablo und Mandel klammerten sich auf diese Weise an der „Orthodoxie" fest – und gerieten damit immer mehr in Widerspruch zur Realität. Der Bruch zwischen Tito und Stalin sollte zu einer Wendung führen.

Ging man ursprünglich nach dem Krieg davon aus, dass die osteuropäischen stalinistischen Länder inklusive Jugoslawien (im Gegensatz zur Sowjetunion) staatskapitalistisch gewesen wären, so wurde nun argumentiert, dass der Bruch zwischen Tito und Stalin die vorausgesagte Krise des Stalinismus aufzeige. Außerdem wurde die ganze Entwicklung als Teil eines revolutionären Aufstandes und damit als Bestätigung eines Kernstückes der eigenen Perspektive betrachtet. Der Partisan/inn/enkrieg wurde nun – ursprünglich nur von Pablo, aber 1951 von der ganzen Führung – im Nachhinein als „proletarische Revolution" bezeichnet. Der entstandene Staat wurde nicht – wie die Sowjetunion – als degenerierter Arbeiter/innen/staat angesehen, sondern als Arbeiter/innen/staat mit lediglich einigen quantitativen Deformationen. Gegenüber der titoistischen Bürokratie nahm man in der Folge nicht die Haltung einer revolutionären Opposition, sondern die eines befreundeten Ratgebers ein. Schließlich wurde der *Kommunistischen Partei Jugoslawiens* (KPJ) sogar die Vereinigung mit der 4. Internationale angeboten – woran diese kein Interesse zeigte.

Die Positionen Pablos, der meinte, dass in Jugoslawien der Stalinismus nicht länger existiere und dass ähnliche Entwicklungen auch im Rest von Osteuropa und vor allem in China[4] stattfinden würden, wurden am 3. Weltkongress der 4. Internationale 1951 angenommen. Damit wurde das trotzkistische Verständnis des Stalinismus als ein – unabhängig von der Person Stalin existierender – politischer Ausdruck der Interessen der über die Arbeiter/innen/klasse herrschenden bürokratischen Kaste revidiert.[5] Die

---

[3] *RCP Conference Documents* (September 1946), pp66-67; eigene Übersetzung; zitiert nach: ebd. Grant und seine Strömung nahmen dann allerdings ab 1957 auch selbst wieder katastrophistische Positionen ein, die von einer „unvermeidlichen" tiefen Wirtschaftskrise und „revolutionären Explosionen in Britannien" ausgingen. Trotz ambivalenter Beziehungen zur Führung der 4. Internationale (bzw. zum IS/VS der 4. Internationale) blieb die Grant-Strömung bis 1965 ihre britische Sektion (siehe Eric Wegner: CWI & IMT, Marxismus Nr. 30, S. 22 und S. 30-36).

[4] Die *Kommunistische Partei Chinas* (KPCh) wurde bald – analog zur KPJ – als revolutionärer Faktor betrachtet.

[5] siehe zum Themenkomplex Stalinismus / Umwälzungen in Osteuropa 1945-48 / Titoismus folgende Beiträge: M. Jovanovic / Christina Stojanovic / Eric Wegner: *Stalinismus und marxistische Staats-*

Positionen wurden von allen wichtigen Sektionen und führenden Kadern der 4. Internationale unterstützt. Auch wenn einige Nuancen bestanden, wurde dem vorpreschenden Pablo kein realer Widerstand entgegengesetzt. Der Mehrheit der österreichischen trotzkistischen Bewegung kommt, wie wir sehen werden, die Ehre zu, zu den ganz wenigen zu gehören, die Pablos Positionen jahrelang zurückwiesen; allerdings waren sie im besetzten Österreich von der internationalen Debatten weitgehend abgeschnitten und hatten darin kein Gewicht.

Schließlich schloss Pablo von seiner Betrachtung der KPJ auf den Stalinismus überhaupt. In seinem Bericht an den Kongress von 1951 argumentierte er – im Gegensatz zu Trotzkis Position seit den 1930er Jahren –, dass die KPen nicht eigentlich reformistische Parteien seien und dass sie unter bestimmten Umständen die Möglichkeit hätten, eine revolutionäre Orientierung anzunehmen. Daraus und aus seiner Einschätzung, dass die unmittelbar bevorstehenden Kriege und Revolutionen keine Zeit ließen, trotzkistische Parteien aufzubauen, leitete er sein Konzept des *Entrismus sui generis* (Entrismus der besonderen Art) ab: ein langfristiger Eintritt in die stalinistischen Parteien, um dort den notwendigen Druck in Richtung revolutionäre Ausrichtung auszuüben – also um die KPen zu reformieren. Dieser *tiefe Entrismus* war aber auch – je nach nationalen Bedingungen – für sozialdemokratische und kleinbürgerlich-nationalistische Organisationen vorgesehen, wo größere Linksabspaltungen erreicht werden sollten. Anders als Trotzkis Konzept in den 1930er Jahren war Pablos Entrismus vergleichsweise langfristig angelegt und auf einem Verstecken des revolutionären Programms aufgebaut. Da den stalinistischen Parteien nun ein revolutionäres Potenzial unterstellt wurde, bedeutete das gleichzeitig eine Abwertung der Rolle der revolutionären Partei zu einer Ratgeber- und Druckausübertätigkeit – Tätigkeiten, an denen die stalinistischen Parteien keineswegs interessiert waren.

1953 entstand eine Opposition gegen die so genannten *Pablisten*, aus der das *Internationale Komitee der 4. Internationale* (IK – im Gegensatz zum von Pablo geführten *Internationalen Sekretariat*/IS) entstand. Es handelte sich dabei anfangs um die Mehrheit der französischen Sektion PCI, um die Strömung um Gerry Healy in Großbritannien, um die neuseeländische und die Schweizer Sektion.[6] Dazu kam schließlich die von James P. Cannon geführte amerikanische SWP. Die IK-Gruppen stellten allerdings keine konsistente Alternative zur Linie des IS dar. Sie hatten den Kurs Pablos 1948 und 1951 kritiklos unterstützt.

Die Ursache für die Abspaltung der SWP war nicht politisch, sondern organisatorisch. In ihrer national-isolationistischen Tradition wollte die SWP-Führung keine „Einmischung“ in die Angelegenheiten der SWP durch Pablo zulassen. Ähnlich in Großbritannien: Healy war seit 1947 ein Vorreiter des *Entrismus sui generis*, hatte wie Pablo ein Porträt Titos in seinem Büro hängen. Er wollte aber einen zu starken direkten Einfluss Pablos nicht zulassen. Dieser wollte in Folge des Koreakrieges, den er als Beginn seiner Kriegsrevolutionsperspektive ansah, die prostalinistische Orientierung der

---

theorie, in: *Marxismus* Nr.2; und M. Jovanovic: Kommentar zum Leserbrief von Salih Saskevic zum Titoismus, in: *Marxismus* Nr.5

[6] Dass sich die Schweizer Sektion unter den Oppositionellen befand, sollte für Österreich gewisse Auswirkungen haben, da Josef Frey in der Schweiz lebte.

britischen Sektion verstärken. Im Gegensatz dazu hatte die Mehrheit der französischen Sektion um Pierre Lambert einen politischen Kampf gegen Pablo geführt. Sie ging zu Jugoslawien und Stalinismus zwar mit Pablo konform, lehnte aber den *Entrismus sui generis* in der *Kommunistischen Partei Frankreichs* (KPF) ab und zog eine Ausrichtung auf die lockerer organisierte sozialdemokratische SFIO vor. Die PCI-Mehrheit wurde schließlich im Juni 1952 – damals noch mit Unterstützung von Cannon und Healy – aus der 4. Internationale ausgeschlossen.

Das IK stellte der Anpassung von Pablo & Co. an den Stalinismus ein steriles Festhalten an der „Orthodoxie“ gegenüber. Die Grundlinie des IK, die sich herauskristalli-



Michel Pablo



James P. Cannon



Pierre Lambert



Gerry Healy (Speakers Corner, London 1942)

sierte, war eine Mischung aus Katastrophismus, Stalinophobie und einer weichen Haltung gegenüber der Sozialdemokratie. Da das IK die isolationistischen Traditionen, die die amerikanische und die britische Sektion während des Krieges entwickelt hatten, mit sich schleppte, schaffte das IK es nicht, eine international zentralisierte Organisation aufzubauen. Es zerfiel – im Wesentlichen entsprechend den großen nationalen Sektionen – in verschiedene rivalisierende Strömungen: den so genannten Healyismus in Großbritannien, den so genannten Lambertismus (nach Pierre Lambert) in Frankreich und die SWP in den USA. Alle drei verfügten über kleinere Gruppen von Anhänger/inne/n in verschiedenen Ländern. Darüber hinaus entwickelte sich aus der bolivianischen IK-Gruppe POR, die von Guillermo Lora geführt wurde und die in Bolivien über Massenanhang verfügte, in Südamerika die so genannte loristische Strömung.

Die Spaltung in IS und IK 1953 markiert jedenfalls das Ende einer mehr oder weniger einheitlichen trotzkistischen Bewegung. In den nächsten Jahrzehnten sollte sich der Prozess der Aufsplitterung noch weiter fortsetzen (wobei es auch Fälle von Fusionen gab). Der Grund für diese Entwicklung war, dass die 4. Internationale nicht in der Lage war, die neuen politischen Herausforderungen der Periode der relativen kapitalistischen Stabilität zu bewältigen. Eine Ursache dafür wiederum ist, dass revolutionäre Kräfte in Perioden, in denen sie gegen den Strom der geschichtlichen Entwicklung zu schwimmen gezwungen sind und ihnen ein realer Einfluss auf diese Entwicklung verwehrt bleibt, weitegehend auf sich selbst zurückgeworfen werden – mit allen ihren Folgen wie internen Konflikten oder ungeduldigen Versuchen zur Überwindung der Situation. Daraus entsteht ein Spannungsfeld zwischen sektiererischer Abschottung und ungeduldiger opportunistischer Anpassung an reformistische oder andere linke Strömungen.

Der Großteil der Organisationen mit trotzkistischem Anspruch ist diesen letzteren Weg gegangen, nur wenige versuchten systematisch und geduldig, eine eigene politische und organisatorische Verankerung in der Arbeiter/innen/klasse und insbesondere in den großen Betrieben aufzubauen. Die von der Arbeiter/innen/klasse weitgehend isolierte Existenz der meisten Organisationen führte dazu, dass kein Korrektiv mehr vorhanden war, die Politik nicht in der Praxis in der Arbeiter/innen/klasse überprüft werden konnte, in den von Intellektuellen dominierten Strömungen sich kleinbürgerliche Mentalitäten und Konflikte ausbreiteten, die die Distanz zur Arbeiter/innen/klasse weiter erhöhten.

Auf die weitere Entwicklung der verschiedenen Strömungen der trotzkistischen Bewegung soll hier nicht detailliert eingegangen werden, es sollen nur einige wesentliche Orientierungspunkte in Bezug auf die – für den österreichischen Trotzkismus – bedeutendsten Organisationen skizziert werden:

Die amerikanische SWP vereinigte sich 1963 wieder mit dem IS zum *Vereinigten Sekretariat der 4. Internationale* (VS). Die Grundlage für diese Wiedervereinigung war eine ähnlich weiche Haltung von IS und SWP gegenüber der Castro-Führung in der kubanischen Revolution. Die SWP bestand allerdings in dem zunehmend föderalistischen VS de facto weiter als Fraktion. Die Fusion hielt dann auch nur bis in die

1980er Jahre, als sich die SWP vom Trotzkismus verabschiedete und offen zum Castrismus überging.

In den späten 1950er Jahren verstärkten sich im IS die als Nuancen stets vorhandenen Differenzen zwischen Pablo auf der einen Seite, der die unabhängige revolutionäre Organisation immer stärker in Frage stellte, und Mandel, Frank und dem Italiener Livio Maitan auf der anderen. Da Pablo und sein so genanntes „persönliches Regime" auch ein Hindernis für die Fusion mit der SWP darstellte, wurde er Anfang der 1960er Jahre zunehmend an den Rand gedrängt. Im Jahr nach der Wiedervereinigung mit der SWP verließ Pablo das VS.[7]

Das VS orientierte sich in den folgenden Jahrzehnten stets an den gerade aktuellen Bewegungen: an den castristischen Guerillabewegungen in den halbkolonialen Ländern, an der Student/inn/enbewegung ab 1968 und so weiter. Es entwickelte dabei – anders als die meisten Strömungen aus der IK-Tradition – eine Flexibilität im Reagieren auf neue politische Phänomene. Damit ging aber meist auch eine mehr oder weniger bedeutende politische Anpassung an die jeweilige Bewegung einher – was im zunehmend föderalistisch aufgebauten VS immer wieder zur Entstehung von oppositionellen Gruppierungen führte. So löste sich in den 1960er Jahren ein Teil der deutschen Sektion vom VS; aus diesem Teil entstand später der Spartacusbund, der sich zwar nie wirklich politisch stabilisieren konnte, der aber für die Entstehung der österreichischen *Internationalen Kommunistischen Liga* (IKL) in den 1970er Jahren eine nicht unwichtige Rolle spielte. Im Zuge der weichen Politik des VS gegenüber den Sandinist/inn/en trennten sich beträchtliche Teile der lateinamerikanischen Sektionen unter der Führung von Nahuel Moreno vom VS. Die von ihnen aufgebaute internationale Strömung erreichte vor allem in Argentinien Masseneinfluss, ansatzweise auch in anderen lateinamerikanischen Ländern, nicht jedoch in Europa – und spielte somit für den österreichischen Trotzkismus kaum eine Rolle. Seit den 1980er Jahren stellte das VS die organisatorisch-politische Eigenständigkeit seiner Sektionen zunehmend in Frage. Wichtige Sektionen – BRD, Spanien, Mexiko und so weiter – wurden in andere linke Projekte hinein aufgelöst.

Aus der britischen RCP Ted Grants entstand die *Militant*-Tendenz, die sich ab den 1970er Jahren zu einer der größten trotzkistischen Strömungen in Großbritannien entwickelte. Sie arbeitete dort in der Labour Party – um die Tuchfühlung mit der Arbeiter/innen/klasse nicht zu verlieren und um die Organisation in der realen Arbeiter/innen/bewegung aufzubauen. Sie passte sich dabei in den zentralen Fragen von Staat, Revolution und Partei stark an das reformistische Bewusstsein in der Labour Party an. Die *Militant*-Tendenz erreichte in den Jugendorganisationen und in der Liverpooler Stadtorganisation der Labour Party erheblichen Einfluss und dehnte sich auch auf eine Reihe anderer Länder aus. Ab 1974 baute sie das *Committee for a Workers International* (CWI) auf. Anfang der 1990er Jahre spaltete sich das CWI in eine Strömung um Peter Taaffe, die die jahrzehntelange Konzentration auf die Arbeit in der Sozialdemokratie beendete, und eine Strömung um Grant, die die traditionelle

[7] Er wurde dann zeitweilig Berater des algerischen FLN-Führers und Staatspräsidenten Ben Bella. Pablo starb 1996 in seiner griechischen Heimat.

Militant-Linie fortsetzt.[8] In Österreich kommen *Vorwärts* / die *Sozialistische Links-Partei* (SLP) und die Unterstützer/innen der Zeitung *Der Funke* aus der *Militant*-Tradition.

Die britische *Socialist Workers Party* (SWP)[9] ist 1950 – damals noch als *International Socialists* – aus der in der Labour Party entrierenden britischen trotzkistischen Bewegung entstanden, vertritt bezüglich der Sowjetunion eine Staatskapitalismusposition und ist auch vom eigenen Anspruch her nur im weiteren Sinne trotzkistisch. Sie wurde von Tony Cliff, Alex Callinicos und Chris Harman geführt, war (vor allem in den 1990er Jahren) eine der größten „trotzkistischen" Organisationen in einem Land und verfügt auch in etlichen anderen Ländern über Schwesterorganisationen, darunter ab Mitte der 1990er Jahre die *Linkswende* in Österreich.

International zu den größten und bedeutendsten trotzkistischen Strömungen gehört auch die französische *Union Communiste* (UC), besser bekannt unter dem Namen ihrer Zeitung *Lutte Ouvrière* (LO). Sie war die einzige trotzkistische Organisation in Frankreich, die sich 1944 nicht an der Vereinigung zur PCI beteiligt hatte – weil sie die Verankerung in der industriellen Arbeiter/innen/klasse ins Zentrum stellten wollte. Die UC wurde anfänglich von dem aus Rumänien stammenden David Korner (interner Name: Barta), dann vor allem von Robert Barcia (intern: Hardy) und dem Renault-Arbeiteraktivisten Pierre Bois angeführt. Die LO, die orthodox-trotzkistische Positionen vertritt, verfügt heute über eine große Anzahl straff organisierter und sehr aktiver Mitglieder, zehntausende Sympathisant/inn/en in den Kernschichten der Arbeiter/innen/klasse und über Betriebsgruppen in hunderten Großbetrieben in Frankreich – und ist von der proletarischen Verankerung her wohl mit Abstand die stärkste trotzkistische Organisation weltweit. Ihre Politik konzentriert sich vor allem auf die Kämpfe der großbetrieblichen Arbeiter/innen/klasse. Sie hat Schwesterorganisationen in einigen anderen Ländern. Ihre langjährige Spitzenkandidatin Arlette Laguiller erreichte bei Präsidentschaftswahlen bis zu 5,7 Prozent der Stimmen.

[8] Siehe im Detail: Eric Wegner: CWI & IMT, a.a.O.

[9] Nicht zu verwechseln mit der amerikanischen SWP von James P. Cannon (bzw. später von Joseph Hansen).

6. Stagnation und Niedergang während des kapitalistischen Booms – die IKÖ von 1947 bis 1963

6.1. *Entrismus sui generis* und die Spaltung der IKÖ

Die internationale Orientierung auf den tiefen Entrismus hatte für den österreichischen Trotzkismus weitreichende Bedeutung. Sie führte zu einer nahezu fünfjährigen Spaltung der IKÖ. Wie kam es nun dazu? Wie sah die Entwicklung im Detail aus? Und wie wurde von den verschiedenen Seiten argumentiert?

Unmittelbar nach Kriegsende ging der Karl-Liebknecht-Bund (KLB) davon aus, dass die KPÖ, die im Widerstand eine aktivere Rolle gespielt hatte als die Sozialdemokratie, massiven Zulauf haben würde. Um Zugang zu diesen Arbeiter/inne/n zu bekommen, traten Mitglieder des KLB in die KPÖ ein. Man rief im Herbst 1945 zur kritischen Wahlunterstützung der KPÖ auf und gab eine illegale Fraktionszeitung – *Der Leninist* – heraus, die allerdings nur zweimal erschien (Dezember 1945 und Februar 1946). Es zeigte sich bald, dass die „Stalinpartei" lediglich eine Minderheitsströmung darstellte, dass durch ihre bürokratisch-monolithische Organisation ein Eindringen kaum möglich war und dass die überwiegende Mehrheit der Arbeiter/innen/klasse der neu gegründeten SPÖ folgte. Die Folge für die IKÖ war eine Umorientierung auf diese Mehrheit der Klasse – was allerdings nicht ganz leicht war: Etliche führende Genossen waren Mitglieder der KPÖ und als solche bekannt.[10] Ein Übertritt zur SPÖ war seitens der Sozialdemokrat/inn/en mit starkem Misstrauen gegenüber den „KPlern" verbunden.

Nach dem organisatorischen Abschluss der internen Differenzen mit den Steiner-Anhänger/inne/n und dem Rest-Kampfbund Ende 1947 lief die Orientierung auf die SPÖ 1948 verstärkt an. Allerdings traten bereits Ende 1948 ernste Meinungsverschiedenheiten darüber auf, wie diese Intervention angelegt sein sollte. Es bildeten sich in der Führung zwei Strömungen heraus: Die erste richtete sich – nicht nur in der Frage des *Entrismus sui generis* – zunehmend nach Pablo und dem IS und bestand unter anderen aus Modlik, Dworak und Soucek. Die zweite wehrte sich mehr oder weniger hartnäckig gegen Pablos Linie und bestand unter anderen aus Babnik, Drexler und Thomas.

Parallel mit Pablo auf internationaler Ebene ging auch die Gruppe um Modlik in Österreich in die Offensive – mit dem zehnseitigen Dokument *Zur Frage der Eintritts-*

[10] Neben Modlik und Babnik galt das vor allem für Fritz Schuster (ca. Jahrgang 1910), ehemaliger Arbeiterturner (Leichtathlet) aus Wien-Landstraße, von Beruf Dreher, führendes Mitglied der IKÖ nach 1945; langjähriger, sehr beliebter Arbeiterbetriebsrat bei Siemens & Halske (und das obwohl er formal KP-Betriebsrat war); in den IKÖ-internen Auseinandersetzungen in den 1940er und 1950er Jahren auf der Seite von Babnik, Drexler und Thomas (gegen Modlik); in den 1950er Jahren aus der IKÖ ausgeschlossen, weil er entgegen dem IKÖ-Wahlaufruf nicht SPÖ, sondern KPÖ gewählt hatte (Drexler hält den Ausschluss rückblickend für einen Fehler).

DER HAUPTFEIND EINES JEDEN VOLKES STEHT IM EIGENEN LANDE!
(Karl Liebknecht)

DER SPARTAKIST

ORGAN DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTEN ÖSTERREICHS
(Sektion der Vierten Internationale

Juli 1948 · Nr. 34 · Preis S 2.-

15. JULI 1927

blutiger Freitag der "ersten Republik", an dem die Seipel-Schober hundert Wiener Proletarier dahinmordeten -

Tag des schamlosesten Verrates der SP, die den Schutzbund unbewaffnet lie3, die Massen wehrlos den Karabinern der Schoberpolizei auslieferte -

Otto Bauer dem Mordpfaffen Seipel "die Hand über Gräber" reichte -

der ihm im Namen der siegestrunkenen Bourgeoisie zurief:

"K e i n e M i l d e"

15. Juli 1927

N i e m a l s v e r g e s s e n!

"Seine Märtyrer sind eingeschreint in dem großen Herzen der Arbeiterklasse"

INHALT: Was bedeutet der Bruch mit Tito?
Gegen den "zweiten Markt" - für die Arbeiterkontrolle!

taktik.[11] Darin wird grundsätzlich folgendes formuliert: „Sind also entwickelte Partei wie Parteikeim unbedingt an das Prinzip der programmatisch-politischen Unabhängigkeit gebunden, so gilt das Prinzip der organisatorischen Unabhängigkeit nur für die Partei, nicht aber für den Parteikeim." Aus diesem Schema wird dann für den „Parteikeim" IKÖ die Möglichkeit des „Totaleintritts" in die SPÖ abgeleitet. Es würde dabei nur vorübergehend die formelle Unabhängigkeit der Organisation aufgegeben werden. Bei der Fraktionsarbeit – die von Babnik, Drexler und Thomas im Unterschied zum Totaleintritt befürwortet wurde – sollte also die außerhalb der reformistischen Partei verbleibende Gruppe mit Programm und Namen auftreten, da sich die Interventionist/inn/en nicht dazu bekennen könnten: „Hier handelt es sich um die *offene* Fraktion, die nicht sofort wieder hinausbefördert werden kann; hier wird mit unserem *vollen revolutionären Programm*, mit *revolutionärer Kritik* frei und offen aufgetreten." Die Eintrittstaktik trage in der Folge „von vornherein den *Keim zur neuen Abspaltung* in sich". Damit waren die Pablo-Anhänger/innen von der Argumentation Pablos, die sich gerade gegen ein Auftreten mit revolutionärem Programm wandte, noch deutlich entfernt – wohl auch, um sich mit den Entrismus-feindlichen Traditionen des österreichischen Trotzkismus nicht gleich zu frontal anzulegen.

Allerdings wurde in demselben Papier bereits die Schiene für zukünftige Entwicklungen gelegt: Die „programmatische Wachsamkeit und Festigkeit" sei zwar „das Um und Auf", sie dürfte aber „nicht mit Starrheit, Schematismus und Wortradikalismus verwechselt werden". Einwände von Mitgliedern, die sich einen Totaleintritt (mit vollem Programm) aufgrund der Situation in ihrem Betrieb oder in der SPÖ nicht vorstellen konnten, wurden als „Praktizismus" vom Tisch gewischt – und das, obwohl gleich anschließend (erneut in Widerspruch zu Pablos Konzept) folgendes postuliert wird: „Der Totaleintritt setzt die Gewährung des Rechtes auf Freiheit der Kritik und der Verbreitung unseres revolutionären Programms voraus." Dieses Recht war in der von Adolf Schärf und Oskar Helmer auf antikommunistisch getrimmten SPÖ in den späten 1940er Jahren mit Sicherheit nicht gegeben – ebenso wenig eine weitere von den Entrist/inn/en angegebene Entrismus-Bedingung: „Der Totaleintritt setzt Veränderungen im Bewusstsein der Arbeiter voraus. Ohne diese nach links weisenden Veränderungen, ohne eine ernstliche Linkstendenz der Arbeiter, die auf die (...) reformistischen Spitzen drücken, werden die Bedingungen des Totaleintritts kaum entstehen."

Die Entrist/inn/en der IKÖ argumentierten damit 1948 noch eher wie Trotzki für den klassischen Entrismus Mitte der 1930er Jahre als wie das IS mit seinem *Entrismus sui generis*. Sie gingen allerdings – in Konsens mit Pablo – von einer falschen Einschätzung der objektiven Lage aus. Tatsächlich gab es Ende der 1940er Jahre tendenziellen Unmut in der Arbeiter/innen/schaft, der sich in einigen kleineren Streiks, im Schuharbeiter/innen/streik von 1948 und schließlich im so genannten Oktoberstreik von 1950 ausdrückte. Die entgegen gerichteten Tendenzen der reformistischen Integration ins System und der antikommunistischen Blockbildung waren aber deutlich stärker, wodurch eine offene revolutionäre Fraktion in der SPÖ, deren Eliminierung sich die Bürokratie aufgrund der Sympathie von Teilen der Basis nicht so leicht erlauben hätte

[11] *Zur Frage der Eintrittstaktik* – von den Genossen Hammer, Kant, Lerse und Luis, 18.11.48, in: *Mitteilungen für die Mitglieder der IKÖ*, Nr.17 (Sondernummer), 20. November 1948

können, de facto unmöglich war. In der Folge näherten sich Modlik und seine Anhänger/innen immer mehr den Vorstellungen Pablos an.

Ebenfalls im November 1948 verfasste Drexler einen *Diskussionsbeitrag zur Frage des „Entrismus“*,[12] in dem er dem IS Prinzipienlosigkeit vorwarf. Drexler argumentierte dabei allerdings – durchaus in Tradition des Kampfbundes von 1934 – grundsätzlich gegen den Entrismus und trat für ein „Prinzip der organisatorischen Selbständigkeit“ ein. Er meinte, dass sich „Lerse und Co.“ heute noch vom Standpunkt des IS abgrenzten, wodurch sie ihre Prinzipienlosigkeit einschränken wollten, prophezeite aber: „Das wird sich bald ändern, die Fahrt wird schneller werden.“

Auf der zweiten Konferenz der IKÖ Mitte Februar 1949 erreichte die Auseinandersetzung ihren ersten Höhepunkt. Der Mitgliederstand war aufgrund der beiden Abspaltungen 1947 und einiger weiterer Verluste seit der ersten Konferenz gesunken: 66 Vollmitglieder, 21 Kandidat/inn/en und etliche Sympathisant/inn/en. Über die 30-seitige Resolution *Die Lage und ihre Perspektiven* war man sich einig, konstatierte zwar die „politische Konsolidierung der österreichischen Bourgeoisie“, hielt aber eine Zuspitzung der Klassenkampfsituation für unvermeidlich. Zur Resolution *Der Weg zur proletarischen Klassenpartei*, in der es vor allem um die Frage des Entrismus ging, gab es allerdings heftige Differenzen. Babnik, Drexler und Thomas konnten sich schließlich mit sieben zu fünf Delegiertenstimmen durchsetzen. Die Resolution der Mehrheit[13] argumentiert wie folgt:

> „Die Beschlüsse des zweiten Weltkongresses unterstreichen mit Recht die objektiv günstigen Bedingungen für unsere revolutionäre Arbeit innerhalb der SP. Aber die ‚Taktik’, die dabei den Sektionen der IV. Internationale vorgeschlagen wird, ist, soweit sie den totalen Eintritt betrifft, als prinzipiell unzulässig abzulehnen. (...) Der Totaleintritt einer revolutionären Klassenorganisation, einer Sektion der IV. Internationale in eine opportunistische Partei, Organisation, bedeutet die Preisgabe des Prinzips der organisatorischen und letzten Endes auch der politischen Selbständigkeit und Unabhängigkeit. Ausgehend von der Erkenntnis, dass weder SP noch Stalinpartei zu gesunden, sondern klassenfremde Parteien und nicht mehr imstand sind, die Interessen der Arbeiterklasse zu verwirklichen, treten die Trotzkisten seit 1934 für die Schaffung einer neuen revolutionären Klassenpartei, Internationale ein.“

Nach dieser Absage an Pablos Ansicht vom revolutionären Potenzial von Stalinismus und Co. werden die Probleme beim Aufbau der 4. Internationale neben den objektiven Ursachen auch auf mangelnde Kaderschulung zurückgeführt, was durch den Entrismus nicht verbessert werde:

> „Die ‚Entristen’ unter Führung des IS wollen das langsame Wachstum und teilweise Stagnieren der einzelnen Sektionen durch Experimentieren und Manövrieren überwinden. Der ‚Entrismus’ oder Totaleintritt ist so ein Manöver, das der Ungeduld entspringt. (...) Dieselben Ziele, die die ‚Entristen’ vorgeben, erreichen zu wollen (...), können ohne Preisgabe der revolutionären Organisation durch

[12] *Diskussionsbeitrag zur Frage des „Entrismus“* - von Gen. Sachs, 17.11.48, in: ebd.
[13] veröffentlicht in: *Der Spartakist*, Nr.42, März 1949

> Fraktionsarbeit erreicht werden. Im Gegenteil, die Existenz der unabhängigen Klassenorganisation kann den Klärungsprozess innerhalb des linken Flügels nur beschleunigen. (...) Denn besonders unter illegalen Bedingungen ist es möglich, dass ein Großteil der Organisation, oder unter Umständen die gesamte Organisation Fraktionsarbeit leistet, wenn es ihr *gleichzeitig* gelingt, die eigene illegale Organisation, das eigene Organ, die eigene Disziplin aufrechtzuerhalten." „Da sich Fraktionsarbeit den spezifischen Bedingungen der Umgebung, in der sie geleistet wird, anpassen muss, (...) ist es doppelt wichtig, die revolutionäre Propaganda in einem unabhängigen Organ aufrechtzuerhalten. In diesem Organ muss sich die unabhängige Organisation von jedem Opportunismus scharf abgrenzen (...). Das beste Rekrutierungsfeld für die revolutionäre Organisation findet sich in den Betrieben und in den Gewerkschaften. Hier können die Trotzkisten, am Klassenkampf teilnehmend, am günstigsten eine unabhängige Position gegenüber den beiden Verratsparteien wahren."

Außerdem – so die Mehrheitsresolution – stehe die „Vereinigungspraxis des IS", von der neben der IKÖ 1946/47 noch einige andere Beispiele angeführt werden, „in engstem Zusammenhang mit dem ‚Entrismus'", sie sei „ebenso prinzipienlos wie dieser":

> „Eine Vereinigung zweier Organisationen, die in prinzipiellen Fragen differierende Auffassungen haben, führt nur zu einer Scheineinheit. Diese Scheineinheit bedeutet keine Stärkung der Gesamtbewegung, sondern nur unfruchtbare Fraktionskämpfe und trägt sogar den Keim des vollständigen Zerfalls in sich. (...) Nur solche Vereinigungen können von Dauer und fruchtbar sein, denen eine gründliche Diskussion der Differenzen vorausgegangen ist, bei der eine Einigung in prinzipiellen Fragen erzielt wurde. Die Verpflichtung zur Aktionsdisziplin nach außen genügt nicht, denn Abweichungen in prinzipiellen Fragen verpflichten unter Umständen sogar, die Aktionsdisziplin zu brechen."

Die vom IS festgestellte „Entpolitisierung unserer Bewegung" könne jedenfalls durch den Entrismus nur verschlimmert werden. Statt organisatorischer Manöver und rein quantitativer Überlegungen müsse auf die „Verbesserung der Qualität, die verstärkte Politisierung unserer Bewegung" gesetzt werden.

Damit hatte sich die Mehrheit der IKÖ in deutliche Opposition zu Pablo und dem IS gestellt. Und auch die Minderheit um Modlik war in ihrer Konferenzresolution[14] Anfang 1949 noch nicht völlig auf Pablos Position übergegangen:

> „Als *grundlegende* Bedingung zur Durchführung dieser Taktik forderte schon Lenin die *Freiheit, innerhalb der opportunistischen Organisation für das revolutionäre Programm, für die revolutionäre Politik aufzutreten und an der opportunistischen Politik revolutionäre Kritik zu üben.* (...) *Objektiv* muss die Lage eine solche sein, dass die opportunistische Partei, ihre Führung (unter dem Druck ihrer Arbeiterbasis) gezwungen ist, die revolutionäre Propaganda und Kritik in ihren Reihen zuzulassen. Die *subjektiven* Voraussetzungen bestehen vor allem in der politisch-propagandistischen Festigkeit der den Totaleintritt vollziehenden revolutionären Organisation."

[14] abgedruckt in; *Mitteilungen für die Mitglider der IKÖ*, Nr.20, 29. März 1949

Beim Totaleintritt würde nur die „formale, äußerliche organisatorische Unabhängigkeit“ aufgegeben, die Organisation jedoch niemals wirklich aufgelöst. Es wäre natürlich falsch, die Eintrittstaktik als einziges Mittel zur Schaffung einer revolutionären Partei zu betrachten, sie wäre aber unter den heutigen Bedingungen „ein wichtiges taktisches Mittel“. Außerdem bleibe es natürlich Aufgabe der einzelnen Sektion, die aktuelle Anwendbarkeit zu überprüfen.

Damit lag die Argumentation der österreichischen Entrist/inn/en 1949 weiterhin eher bei Trotzki von 1934 als bei Pablo von 1948/1951. Darüber, ob die recht behutsame Argumentation von Modlik zu diesem Zeitpunkt auch dem Versuch geschuldet ist, sich in der IKÖ die Chance auf eine Mehrheit nicht völlig zu verbauen, kann nur spekuliert werden. Jedenfalls blieben die Entrist/inn/en in der Minderheit, die IKÖ betrieb weiterhin Fraktionsarbeit.

Im Laufe des Jahres 1949 spitzte sich die interne Situation deutlich zu. Im März hatten die IKÖ, zwei Mitglieder der SPÖ-Student/inn/en und Genoss/inn/en der Steiner-Gruppe begonnen, das illegale Fraktionsblatt *Der Sozialist* herauszugeben, mit dem in die SPÖ-Arbeiter/innen/schaft interveniert werden sollte. Nachdem die beiden Studenten bereits nach der ersten Nummer wieder absprangen, kündigte die IKÖ-Leitung, die von den Genossen der Mehrheit gestellt wurde, die *Arbeitsgemeinschaft* mit den Steiner-Leuten, da eine solche nur für den Fall der Einbeziehung von Genoss/inn/en der SPÖ-Basis als sinnvoll erachtet wurde.[15] *Der Sozialist* sollte nun von der IKÖ allein herausgegeben werden. Die Oppositionellen um Modlik betrachteten diese Vorgangsweise als sektiererisch und vermuteten außerdem, dass es der Leitung darum ginge, dem Einfluss der Oppositionellen, die die beiden IKÖ-Vertreter in der *Sozialist*-Redaktion gestellt hatten, in der Intervention in die SPÖ ein Ende zu setzen.

Die Redaktion des *Sozialist* wurde der *Fraktionsarbeitsgemeinschaft*, dem IKÖ-Gremium, in dem die Fraktionsarbeit vorbesprochen wurde, übertragen. Nachdem dann Ende Mai 1949 zwei oppositionelle Genossen aus dieser Fraktionsarbeitsgemeinschaft abgezogen worden waren und der bezahlte Sekretär der IKÖ, der Oppositionelle Gludowatz (i-Name: Louis), seines Postens enthoben worden war, ging die Opposition mit einem *Offenen Brief an die Mitglieder der IKÖ*[16] in die Offensive und warf der Leitung vor, politische Differenzen mit „organisatorischen Maßnahmen“ lösen zu wollen. In ihrer Antwort[17] richtete die Leitung wiederum den Vorwurf an die Opposition, die Mehrheitsbeschlüsse nicht loyal mitzutragen, sondern zu versuchen, schleichend die eigene Linie zu verwirklichen. Außerdem sei es schließlich auch die Ansicht der Opposition, dass umstrittene Interventionsstrukturen mehrheitlich von Genoss/inn/en besetzt sein sollten, die die Organisationslinie vertreten. Die Opposition solle jedenfalls nicht länger die Umsetzung der Konferenzbeschlüsse behindern.

---

[15] Die *Protestresolution der Steiner-Gruppe an die Leitung der IKÖ* (gezeichnet von Bach und Bux, beides i-Namen) wurde von der IKÖ-Leitung mit einem Brief *An die Genossen Bach und Bux!* vom 7. Juli 1949 beantwortet.

[16] *Offener Brief an die Mitglieder der IKÖ*, 30. Juni 1949, gezeichnet von: Beer, Fink, Hammer, Kant, Klinger, Louis.

[17] *Antwort der Leitung auf den Offenen Brief der oppositionellen Genossen!*, 9.7. 1949

Als dann im Herbst 1949 mehrere linke SPÖ-Mitglieder von außerhalb Wiens, zu denen man durch die Herausgabe des *Sozialist* Kontakt hatte, zum SPÖ-Parteitag nach Wien kamen, sollte Kant/Soucek ein Treffen mit ihnen und mit von der Leitung beauftragten Genoss/inn/en der IKÖ organisieren. Als dieses Treffen nicht zustande kam und Soucek stattdessen die SPÖler/innen zu einem Treffen mit dem inzwischen von jeder Organisationstätigkeit suspendierten Louis[18] und anderen brachte, eskalierte die Situation. Die Leitung betrachtete die Angelegenheit als „nur das letzte Glied einer ganzen Reihe von Disziplinlosigkeiten" und schloss Soucek und Gludowatz aus der IKÖ aus. Sie erklärte gleichzeitig die Absicht, „sich von allen jenen, die sich mit den anarchistischen Methoden von Kant und Louis fraternisieren sollten, zu trennen".[19] Als sich die anderen Oppositionellen mit Soucek und Gludowatz solidarisierten, gemeinsam mit Soucek und Gludowatz die *IKÖ (Opposition)* formierten und mit der Herausgabe des *Mitteilungsblattes der Opposition der IKÖ* begannen, schloss die Leitung 17 weitere Genoss/inn/en[20] aus.

Im *Mitteilungsblatt der IKÖ (O)*, das sich ausschließlich an Mitglieder und Kandidat/inn/en der IKÖ richtete, wurden die Ausschlüsse von Soucek und Gludowatz als „Fraktionsbeschluss" der Leitung bezeichnet, die Verletzung der Statuten durch die Leitung[21] kritisiert. Die Oppositionellen stellten außerdem fest, dass sie „sich nach wie vor als der IKÖ, Sektion der IV. Internationale in Österreich, angehörig"[22] betrachteten. Die Oppositionellen machten die Leitung für die Spaltung verantwortlich und gingen insgesamt in die Offensive – mit einer wiederholten Darstellung ihres Standpunktes, mit Aufforderungen zur Kooperation und mit einer hartnäckigen Propaganda für den Totaleintritt in die SPÖ: Beim Totaleintritt gehe es auch um die Überwindung der nur individuellen Rekrutierung (über die Propaganda in den Betrieben) und der Schulung in isolierten Zirkeln, um die Umwandlung der Organisation in eine revolutionäre Kampforganisation in Form einer geheimen Fraktion in der SPÖ.

---

[18] Louis (d.h. Gludowatz) war wegen einer eigenmächtigen Vervielfältigung von Materialien suspendiert worden. Dass man es damit so genau nahm, lag nicht nur an den Bedingungen der Konspiration in der Illegalität, sondern auch an Materialmangel und an finanziellen Problemen mit der Herstellung von Literatur. Selbst die Parteizeitung, *Der Spartakist*, wurde in einer recht geringen Auflage (nie über 200 Stück) produziert, nur an Angehörige der IKÖ, Sympathisant/inn/en und Kontakte weitergegeben, ein Exemplar oft von mehreren gelesen. Sonstige Texte, etwa interne Materialien, wurden in niedrigen Auflagen produziert und teilweise von einem zum anderen weitergereicht. Louis hatte außerdem die vervielfältigten Texte der Organisation mit einem zusätzlichen Kommentar versehen, der zwar nicht besonders bedeutend gewesen sein dürfte, was aber die Leitung zusätzlich kritisierte.

[19] *An alle Angehörige der IKÖ!*, Die Leitung, 5.11.1949

[20] Es waren dies: Albin, Alma (d.i. Grete Happel/Kraupa, 1907-1990), Beer (d.i. der Drucker Lutz), Fink, Floda, Gabler (d.i. der Beamte Karl Kraupa, 1900-1991), Hammer, Klinger (möglicherweise der Bruder von Lutz), Lerse, Liebert (eine Zahnarztassistentin), Mader (d.i. der Tischler Alois Fuchs), Matev, Most, Osten, Reiter, Santos (d.i. Johanna Soucek), Simon (d.i. der Arzt Dr. Heinrich Schüller); siehe: *An alle Mitglieder der IKÖ!*, Die Leitung, 12.11.1949

[21] Das in Punkt 18 der IKÖ-Statuten festgeschriebene Recht auf ein Schiedsgericht wurde Soucek und Gludowatz vorenthalten.

[22] *Erklärung der Opposition der IKÖ* von der provisorischen Oppositionsleitung (Fink, Hammer, Kant, Klinger, Lerse, Louis, Simon), 10.11.1949, in: *Mitteilungsblatt der Opposition der IKÖ*, Nr.1, 11. November 1949

Es war zwar weiterhin davon die Rede, dass sich das politische Auftreten „dabei natürlich in der von unserem Übergangsprogramm vorgezeichneten Richtung bewegen“ werde, die notwendige Freiheit der revolutionären Propaganda und Kritik wird allerdings nicht mehr erwähnt.[23]

Dass die Opposition zu dieser Offensive, die ihr die Unterstützung einiger weiterer Genoss/inn/en einbrachte, in der Lage war, lag wohl nicht nur daran, dass sie mit Modlik über den erfahrensten politischen Kader der IKÖ verfügte, sondern auch daran, dass sie – praktisch und psychologisch – auf die Rückendeckung des IS rechnen konnte. Letzteres war aufgrund der politischen Positionen evident und hatte sich auch bereits in einem Brief des Internationalen Sekretariats (IS) an die IKÖ vom 1. Oktober 1949 – also vor den Ausschlüssen – ausgedrückt. In diesem Brief, den die IKÖ-Leitung vorerst nur einem Teil der Mitgliedschaft zugänglich gemacht hatte, wird einerseits die ungeduldige und undisziplinierte Haltung der Minderheit kritisiert, andererseits die Suspendierung von Gludowatz als schwerer Fehler betrachtet. Als letztliches Mittel zur Überwindung der Probleme wird aber schlussendlich die Konzentration aller Kräfte auf den Totaleintritt eingeschätzt – und damit die Opposition unterstützt.

Am 24. November 1949 hatte sich die Opposition erstmals direkt an das IS gewandt. Darin wurde die eigene Sichtweise der Ereignisse dargestellt, die Befürwortung des Totaleintritts betont und eine „Konferenz der *gesamten* österreichischen Sektion“ vorgeschlagen, zu deren Zustandekommen das IS beitragen solle. Ein zweiter Brief folgte Mitte Dezember, ein dritter am 28. Dezember, der vom IS eine rasche Intervention forderte, die der Opposition „eine selbständige Aktion auf dem Boden der Beschlüsse des Weltkongresses und des IEK gestatten“[24] müsse. Das IS antwortete am 12. Jänner 1950 – durchaus im Sinne der Opposition:

> „Das IS hat die Ausschlüsse, die die Leitung durchgeführt hat, einstimmig und schärfstens gerügt. Es rügt diese Ausschlüsse umso mehr, als sie gegen den ausdrücklichen Wunsch und Rat des IS stattfanden und dadurch als eine Nichtbeachtung der internationalen Führung angesehen werden können. (...) stellt das IS fest, dass diese Ausschlüsse (...) einen Bruch mit allen Traditionen und dem Wortlaut der Statuten unserer Bewegung darstellen. (...) Sie bedeuteten (...) einen Schlag gegen die Interessen unserer Bewegung in Österreich und in ganz Europa.“

Am nächsten IEK solle unter Teilnahme von Vertretern beider Seiten die österreichische Krise besprochen werden. Die Entscheidungen des IEK würden für beiden Seiten bindend sein. Zur Vorbereitung für die IEK-Mitglieder forderte das IS von beiden Seiten zusammenfassende Darstellungen ihrer Positionen an.

---

[23] siehe die Beiträge von Louis und Lerse in *Mitteilungsblatt der Opposition der IKÖ*, Nr.3, 9. Dezember 1949

[24] Brief der provisorischen Oppositionsleitung an das IS vom 28. Dezember; zitiert nach: *Mitteilungsblatt der Opposition der IKÖ*, Nr.6, 25. Feber 1950

Die Leitung schickte das 23-seitige Dokument *Eine notwendige Zwischenbilanz*[25] ein, das gleichzeitig auch ihre umfassende Antwort auf die Offensive der Opposition darstellte:

> „Wenn wir sagen, dass der Kern der kommenden Klassenpartei sich nicht mit revolutionsfremden Parteien oder Gruppen vermischen darf, so bezieht sich das selbstverständlich auf diesen Kern als Organisation, nicht aber auf die Tätigkeit ihrer Mitglieder. (...) Der Entrismus ist nicht identisch mit der notwendigen Durchsetzung opportunistischer Arbeiterorganisationen mit Trotzkisten, sondern er ist in der Praxis die Vereinigung der revolutionären Organisation mit der opportunistischen; er führt zur Liquidierung der revolutionären Organisation und zur Preisgabe ihres Programms."

Auch wenn auch hier wieder auf den Entrismus an sich verallgemeinert – und damit Entrismus unter jeglichen Bedingungen prinzipiell abgelehnt – wird, so ist die obige Darstellung der Konzeption Pablos durchaus nicht völlig unzutreffend.

Die IKÖ-Leitung weiter: „Unsere Kritiker übersehen die Wechselbeziehung zwischen dem objektiven Stand des Klassenkampfes und der Herausbildung des subjektiven Faktors – der Partei." Den Entrismus mit dem Erfolg der amerikanischen SWP in den 30er Jahren zu rechtfertigen, sei unsinnig, da damals in den USA ein Aufschwung der Arbeiterbewegung stattgefunden hätte, durch den Fortschritte im Aufbau der revolutionären Partei ermöglicht worden seien (unabhängig vom Entrismus). Die objektiven Bedingungen seien in Österreich völlig andere, die europäische Arbeiterbewegung hätte die Stagnation nicht überwunden, der ideologische Druck auf die Revolutionäre sei besonders groß. Man müsse davon ausgehen, was ist. Deshalb sei es nötig, sich besonders eng zusammenzuschließen, die Genossen auf dem Boden des revolutionären Programms zu Kadern zu erziehen, die Kontinuität der revolutionären Führung zu sichern und so die Voraussetzung für größere Erfolge nach einer Veränderung der objektiven Bedingungen zu schaffen. Das hätte nichts mit Pessimismus, sondern mit Ausdauer und Weitblick zu tun. In Wahrheit würde das Schaffen von Illusionen, die dann letztlich an der Wirklichkeit zerschellen, den Pessimismus erzeugen.

Während die Minderheit um Modlik sicher den initiativeren Teil der IKÖ darstellte, erkannte die Mehrheit wesentlich eindeutiger den Zusammenhang zwischen der objektiven Situation und den Möglichkeiten von revolutionärer Tätigkeit in reformistischen Organisationen. Und vor allem hatte die IKÖ-Strömung um Babnik, Drexler und Thomas – obwohl auch sie von einer unvermeidlichen Zuspitzung der Klassenkämpfe ausging – doch eine deutlich realistischer Einschätzung der österreichischen und europäischen Wirklichkeit als Modlik (und Pablo). In einem späteren Rückblick hält die Leitung außerdem fest, dass sie sich darüber im Klaren gewesen sei,

> „dass die lang andauernde Stagnation innerhalb der österreichischen Arbeiterklasse sich auch auf die Entwicklung unserer Organisation auswirkte, dass die Bestrebungen der Opposition nichts anderes waren als das Nichtwahrhabenwol-

[25] *Eine notwendige Zwischenbilanz*, Die Leitung, 28.1.1950, in: *Der Spartakist* Sondernummer Ende Jänner 1950 („Nur für Angehörige der IV. Internationale")

len oder Nichtverstehen dieser Tatsache, dass ihre Politik nichts anderes ist als der Versuch über den eigenen Schatten zu springen."[26]

Bezüglich der Ausschlüsse heißt es in der *notwendigen Zwischenbilanz*:

> „Das IS irrt, wenn es meint, dass unsere Beschlüsse gegen die Entristen dem Bestreben entspringen, die politische Diskussion zu unterbinden und durch die Anwendung organisatorisch-administrativer Maßnahmen zu unseren Gunsten zu entscheiden. (...) statt die Leitung in der praktischen Organisationsarbeit zu unterstützen, begannen sofort nach der Konferenz einige ‚führende' Entristen, eine Praxis zu entfalten, die nicht anders denn als Sabotage der Organisationsarbeit zu werten und die mit den gröbsten Disziplinbrüchen verbunden war."

Es wäre auf die Dauer unmöglich gewesen, dem mit verschränkten Armen zuzusehen. Schließlich attackiert das Papier der Leitung den Kurs des IS: Es sei beim IS und der Opposition zwar davon die Rede, dass „kein Jota des revolutionären Programms preisgegeben" werde. In der Praxis des Entrismus des IS, beispielsweise bei der Eintrittserklärung der RCP-Mehrheit, sei davon aber nichts zu merken. Die „Eintrittstaktik" des IS hätte dort, wo sie nicht zur völligen organisatorischen Liquidierung geführt habe, das ideologische Niveau der Avantgarde gesenkt, was „sich in den oft krassen Schwankungen ganzer Sektionen (und des IS selbst) in der Richtung zum Sozialdemokratismus oder Stalinismus" geäußert habe.

Die Politik des IS führe zur Tendenz, die Quantität der Arbeit über die Qualität zu stellen, was wiederum unvermeidlich zum Praktizismus führe. Außerdem würde auf die Propaganda der revolutionären Endlosungen verzichtet. Dem IS komme es hauptsächlich auf das formale Bekenntnis zur 4. Internationale an, es verwische politische Gegensätze – wie man nicht nur an der vom IS gepushten Vereinigung der IKÖ mit dem Kampfbund-Rest sehen könne, sondern auch an geplanten Vereinigungen mit allen möglichen „Konfusionisten" in Deutschland und anderen Ländern. Außerdem wurden „die Anbiederungsversuche an den ungeratenen Sprössling der russischen Stalinbürokratie, die Titoclique",[27] angeprangert. Die IKÖ dürfe sich jedenfalls nicht vom IS überreden lassen, sondern müsse im Gegenteil der ganzen Internationale helfen, die gegenwärtige Linie zu überwinden. Damit dürften für das IS die letzten Unklarheiten beseitigt gewesen sein.

Das Papier der Opposition an das IEK – *Zur Lage in der österreichischen Sektion der Vierten Internationale*[28] – fasste die Entwicklung des Konfliktes aus der Sicht der Opposition zusammen: Die zweite Konferenz der IKÖ hätte zwar die allgemeine Orientierung auf die SPÖ bestätigt, die Mehrheit hätte aber auf den „Methoden der nur individuellen Rekrutierung und der abstrakten Schulung in isolierten Zellen" beharrt. „Selbst die etwas verbreiterte schriftliche Propaganda sollte nach ihrer Ansicht lediglich die individuelle Propaganda erleichtern. Die Eintrittstaktik lehnte sie nach wie vor als prinzipienloses Liquidatorentum entschieden ab." Nach diesem politischen

[26] *Protokoll der III. Konferenz der IKÖ* (7./8. Juli 1951), Bericht der Leitung an die Konferenz

[27] siehe dazu weiter unten.

[28] *Zur Lage der österreichischen Sektion der Vierten Internationale*, Die provisorische Leitung der Opposition der IKÖ, 23. Feber 1950; in: *Mitteilungsblatt der Opposition der IKÖ*, Nr.6, 25. Feber 1950

Signal an das IS ging die Opposition aber jetzt noch einen Schritt weiter und deutete dem IS mit einer Selbstkritik die Bereitschaft an, der internationalen Linie noch weiter entgegenzukommen: Der in der Mehrheitsresolution „zum Ausdruck kommende prinzipienlose Versuch, zwischen dem Sektierertum und einer Aktivität auf der Linie der Beschlüsse unseres zweiten Weltkongresses zu vermitteln, erschwerte die politische Klärung ungemein. Eine hemmende Rolle spielte ferner der Umstand, dass auch die Minderheit nicht ganz frei von Empirismus war." Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass sich die Opposition, die es in organisierter Weise im übrigen erst seit Herbst 1949 gäbe, für die Verbreitung des Offenen Briefes des IS an die KPJ stark gemacht habe – was allerdings an der IKÖ-Mehrheit gescheitert sei.

Nachdem man sich damit endgültig als verlässlicher Parteigänger der Pabloschen Linie ausgewiesen hatte, wurde – im Bewusstsein, dass das IS nicht mit seinen Anhängern brechen werde – auf die Bedeutung des neuerlichen Briefes der Opposition an das IS vom 21. Jänner 1950 hingewiesen: „Er schließt die mit der Spaltung vom 5. November eröffnete Etappe unseres oppositionellen Kampfes ab und bildet den Ausgangspunkt zu einer selbständigen Aktivität der Opposition nach außen." Man nehme auf die Leitung der IKÖ keine Rücksicht mehr, sei aber zu Zusammenarbeit bereit. Zu diesem Handeln werde man gezwungen, weil man durch die Leitung nicht als Opposition anerkannt werde. „Nach der Lage der Dinge ist nunmehr die selbständige Aktion der Opposition nach außen die einzige reale Möglichkeit für eine durchgreifende Umbewaffnung, Umorientierung und Erneuerung der österreichischen trotzkistischen Bewegung." Die „bei uns seit je herrschende abstrakte Erziehung"[29] stelle das eigentliche Hindernis für die Durchsetzung der Linie des IS dar. Die entscheidende Ursache der Spaltung der IKÖ liege jedenfalls „nicht in der ‚Nervosität', ‚Ungeduld', ‚Unerfahrenheit' oder ‚Unreife' auf dieser oder jener oder auf beiden Seiten, sondern die Spaltung vom 5. November war letzten Endes eine zwangsläufige Folge des Sektierertums bzw. seiner speziell österreichischen Variation!" Mit dieser leichten Kritik am Brief des IS vom 1. Oktober sollte – in Kombination mit einer politischen Loyalitätserklärung – das IS zu einer noch eindeutigeren Stellungnahme zugunsten der Opposition bewegt werden. Dementsprechend der abschließende Appell: „Was den Eintritt in die SPÖ betrifft, so ist es nach unserer Ansicht eine dringende Aufgabe der Internationale, uns diese Tätigkeit unter ihrer direkten Disziplin zu gestatten."

Im April 1950 fand schließlich in Paris das 8. Plenum des IEK statt. Nach vorausgegangenen Verhandlungen, an denen auch Drexler für die IKÖ und Modlik für die IKÖ (O) teilgenommen hatten,[30] wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

---

[29] Inwieweit damit nur die im österreichischen Trotzkismus tatsächlich vorhandenen, aus der Frey-Tradition und der langjährigen konspirativen Existenz stammenden dogmatischen Züge als Hindernisse für Pablos *Entrismus sui generis* betrachtet werden – oder auch das marxistisch-trotzkistische politische Fundament der trotzkistischen Kader in Österreich –, sei der Interpretation durch die Leser/innen überlassen.

[30] Drexler und Modlik waren generell die österreichischen Vertreter im IEK. Auch vor der Spaltung nahmen entweder beide oder – aus finanziellen Gründen – abwechselnd einer von ihnen an den IEK-Sitzungen teil. Bei den Gesprächen im Vorfeld des 8. Plenums des IEK war Mandel – so die Erinnerung von Drexler – sehr überrascht, dass die unabhängig voneinander gemachten Auskünfte der Kontrahenten über die Mitglieder- und Kandidat/inn/enzahlen beider Gruppen so exakt übereinstimmten.

„Zur Überwindung der Spaltung in der österreichischen Sektion beschließt das IEK wie folgt: 1) Die IKÖ bleiben die offizielle Sektion der IV. Internationale in Österreich. Diese ist allein berechtigt, in deren Namen und als deren Sektion zu handeln in diesem Lande. 2) Die Opposition wird zur an die IV. Internationale angeschlossenen Gruppe erklärt bis zur definitiven Regelung der österreichischen Frage am nächsten Plenum oder spätestens am nächsten Weltkongress. Sie hat das Recht, die Fraktionsarbeit in der SP nach ihren eigenen Auffassungen durchzuführen. 3) Das IEK beauftragt das IS, ein internes Bulletin herauszugeben, in welchem das IS, die IKÖ und die Opposition ihre Standpunkte der ganzen Internationale darlegen. Gleichzeitig verpflichten sich die IKÖ und die Opposition, die Diskussion über ihre Differenzen wieder aufzunehmen, am Beginne durch eine schriftliche Diskussion. 4) Nachdem eine gründliche Diskussion und die Überprüfung der Standpunkte durch die beiden Organisationen im Licht der eigenen Erfahrung stattgefunden hat, wird das 9. Plenum oder spätestens der nächste Weltkongress eine endgültige Entscheidung in der österreichischen Frage treffen.“[31]

Das IS fügte in einer Erklärung hinzu, dass diese Resolution keineswegs eine Anerkennung der Ausschlüsse bedeute. Drexler erklärte, dass er ohne Optimismus und nur, um eine ernsthaft vorbereitete Diskussion in der internationalen Führung zu ermöglichen, für die Resolution gestimmt habe. Auch würde dadurch die Opposition durch die IKÖ nicht anerkannt. Modlik erklärte, dass die Resolution zwar nur provisorisch sein könne, dass sie aber für die Opposition einen Fortschritt darstelle. Sie erlaube, dass sich durch die kommenden praktischen Erfahrungen der Standpunkt der Opposition vollständig bestätigen werde. Die Haltung Drexlers bezeichnete er als Fortschritt, da dieser den angeblich „beabsichtigten Bruch mit der IV. Internationale nicht vollzog“[32] – wohl ein weiterer Versuch, die Opposition beim IS als die geeignetere Vertretung der Internationale in Österreich anzupreisen.

Der IEK-Beschluss stellte einen eindeutigen Erfolg für die Opposition dar – sie wurde als Teil der Internationale anerkannt und berechtigt, nach ihren eigenen Vorstellungen zu intervenieren. Ausschlaggebend für die ungewöhnliche Entscheidung, in einem Land zwei konkurrierende Gruppen der Internationale zuzulassen, war klarerweise die politische Nähe des IS zur Opposition. Die Opposition war nach dem IEK gestärkt, die IKÖ politisch isoliert und in die Defensive gedrängt. Die Leitung der Opposition kostete den Erfolg auch dementsprechend aus: Man habe

„im Interesse der Internationale noch Geduld. Freilich nicht für unbeschränkte Zeit. Sollte auch die Sprache der Ereignisse und Tatsachen von der IKÖ-Leitung überhört werden, dann wird die Zeit für entscheidende Schritte gekommen sein. Wir sind eine internationale Partei und in ihr entscheidet nicht die mehr oder we-

---

Das war ihm noch nie zuvor vorgekommen, da bei solchen Gelegenheit oftmals etwas zu eigenen Gunsten gemogelt wurde. Bei Drexler und Modlik schlug hier wohl noch die Genauigkeit der Frey-Tradition durch.

[31] Beschluss des 8. Plenums des IEK zur österreichischen Frage, April 1950; in: *Mitteilungsblatt der Opposition der IKÖ*, Nr.8, August 1950

[32] ebd.

INTERNES BULLETIN

Herausgegeben von der O p p o s i t i o n der IKÖ (S.d.IV.Int.)

Nr. 1 Januar 1950 Preis S 2,-

V O R B E M E R K U N G

Wir veröffentlichen hiemit alle uns bekannten wesentlichen Dokumente aus jenen Monaten der unabhängigen Tätigkeit der britischen RCP, die ihrem Eintritt in die Labour Party unmittelbar vorausgingen. Es handelt sich dabei vor allem um Briefe, die zwischen der RCP-Führung und dem IS gewechselt wurden. Den Brief des Gen. Ward an das IS vom 14.6.49, der verschiedene Darstellungen des IS berichtigen soll, haben wir nicht übersetzt, weil uns das nicht unerläßlich zu sein schien. - Folgende Dokumente aus derselben Periode sind uns im Wortlaut unbekannt; sie konnten daher auch nicht übersetzt und veröffentlicht werden: - a) Resolution des 7. IEK-Plenums vom April 1949 über die "britische Frage", - b) Antwort des PB der RCP auf den IS-Brief vom 5.2.49, - c) David James, "Einige Bemerkungen über die Frage des Stalinismus", - d) Frank Ward, "Britische Perspektiven und die Internationale", - e) Ted Grant, "Erwiderung an David James". - Die Dokumente aus den Diskussionen der Jahre 1946-47, in welchen sich die Minderheit von der RCP trennte und unter der direkten Disziplin der Internationale den Eintritt in die LP vollzog, wurden in den "Internen Mitteilungen" der IKÖ Nr. 9 vom 3.11.47 und in deren Sondernummer vom 7.1.48 veröffentlicht:

Die prov. Leitung
der IKÖ-Opposition

I N H A L T

Darstellung über die Perspektive der RCP, von J.Haston, H.Atkinson, R.Tearse und V.Charles, 8./9.1.49 . . . . . S. 1

Offener Brief des IS an alle Mitglieder der RCP, 5.2.49 . . " 5

Brief des IS an die Konferenz der RCP, 2.6.49 . . . . . " 15

Resolution der RCP-Konferenz, 4.-6.6.49 . . . . . " 18

Brief des ZK der RCP an das IS, 25.6.49 . . . . . " 18

Schlußbemerkungen des IS, Juli 1949 . . . . . " 23

Anhang:

1. Resolution des IEK über die Beziehungen zwischen unseren Organisationen in England vom Oktober 1948 . . . . . " 29
2. Antrag zur Klärung der englischen Situation, vom IEK im April 1949 abgelehnt . . . . . " 29
3. Deklaration über die Auflösung der RCP und den Eintritt ihrer Mitglieder in die LP vom 4.-6.6.49 ("Socialist Appeal", Schlußnummer vom Juli 1949) . . . . . " 30

- + -

Internes Bulletin der *IKÖ (Opposition)*

niger zufällige Mehrheit in dieser oder jener nationalen Sektion, sondern jene Mehrheit, die sich im internationalen Maßstab ergibt.“[33]

Mit der in Punkt 3 der IEK-Resolution beschlossenen Diskussion über die Differenzen dürften es vorerst beide Gruppen nicht besonders ernst genommen haben. Bis zum Weltkongress im September 1951 war davon kaum etwas zu merken. Auch wenn es weiter zu Schlagabtauschen kam, setzten im Wesentlichen beide Gruppen darauf, vorerst einmal ihre Perspektiven – unabhängig von den anderen – in die Tat umzusetzen. Die IKÖ (O) nahm sich diesbezüglich auch kein Blatt vor den Mund: „Die Zeit bis zur endgültigen Entscheidung der Internationale gibt jeder der beiden Gruppen Gelegenheit, die Richtigkeit ihrer Anschauungen in der Praxis nachzuweisen. (...) Der Worte sind genug gefallen, denken wir.“[34]

6.2. Wiedervereinigung unter der Ägide der Internationale

Vom Frühjahr 1950 bis zum Sommer 1951 konzentrierten sich die beiden Teile der österreichischen Sektion also auf die Umsetzung ihrer jeweiligen Perspektive. Die IKÖ setzte auf individuelle Propaganda und Rekrutierung in Betrieben und durch die Fraktionsarbeit, auf Schulung der Kader und Stabilisierung der durch die Spaltung geschwächten Organisation. Die IKÖ (O) – von der Mehrheit auch als *Aktivisten* bezeichnet – begann mit ihrem Entrismus in der SPÖ und gab weiter ihr *Mitteilungsblatt* heraus, das sich vor allem durch die Publikation verschiedener Texte Pablos – so wie *Der Spartakist* – mit verschiedenen internationalen Fragen (zum Beispiel dem Koreakrieg) beschäftigte. Gestützt auf die Einschätzungen des IEK erwartete die Opposition eine Zuspitzung der internationalen Lage und der Klassenkämpfe in Österreich:

> „Gescheitert bei seinen vielfachen Versuchen, die der Imperialismus seit dem letzten Krieg gemacht hat, um den Verfall seines Weltsystems aufzuhalten und sein Gleichgewicht wieder herzustellen, bedroht von einer neuen Krise der Überproduktion, setzt er heute die beschleunigte militärische und politische Vorbereitung eines neuen Weltkrieges in Gang.“[35]

In der Tendenz stimmten beide Teile der österreichischen Sektion dieser Einschätzung zu – für die Opposition galt das aber in noch ausgeprägterer Weise, da sie wie das IS daraus ja auch ihre Perspektive ableitete. Durch den Koreakrieg fühlte sich die Opposition in ihrer Sichtweise weiter bestärkt.

Im Frühjahr 1951 gab es jedenfalls einen neuerlichen Kontakt zwischen der IKÖ-Leitung und dem IS, „wobei auch eine Aussprache zwischen den Genossen des IS, unseren Genossen und den Genossen unserer ehemaligen Opposition stattfand“.[36] Dass sich mittlerweile auch die Opposition von Soucek und Gludowatz getrennt hatte,

[33] Vorbemerkung der Leitung der Opposition der IKÖ zum Beschluss des 8. Plenums des IEK, in: ebd.
[34] ebd.
[35] *Thesen über die internationalen Perspektiven und den Kurs der Bewegung der IV. Internationale,* beschlossen vom 9. Plenum des IEK im Dezember 1950, in: *Mitteilungsblatt der Opposition der IKÖ,* Nr.10, Februar 1951
[36] Bericht der Leitung der IKÖ an die 3. Konferenz der IKÖ, Juli 1951

wurde von der IKÖ als Bestätigung ihrer Haltung gegenüber den beiden aufgefasst – außerdem wurde damit ein nicht unwesentliches Problem für eine Wiederannäherung reduziert. „Ferner wurden bei dieser Gelegenheit mit den Genossen der ehemaligen Opposition fallweise Aussprachen bezüglich einer gemeinsamen Linie in der Fraktionsarbeit in der S.P. vereinbart."[37]

Anfang Juli 1951 fand dann die 3. Konferenz der IKÖ statt. Aus dem Bericht der Leitung (Babnik, Drexler, Thomas) geht hervor, dass die IKÖ zu diesem Zeitpunkt 32 Vollmitglieder, sieben Kandidat/inn/en und acht Sympathisierende organisierte[38] und dass nach der Spaltung die Zellenleiter/innen/besprechungen die Gebietsleitungen, die bisherige Verbindung zwischen Leitung und Zellen, ersetzt hatten. Die Leitungstätigkeit vor der Spaltung wird als insofern unfruchtbar bilanziert, „als wir uns praktisch nur damit zu beschäftigen hatten, uns mit den Vorschlägen und Anträgen der Opposition auseinanderzusetzen, deren Inhalt darin bestand, von hintenherum der Organisation ihre politische Linie aufzuzwingen".[39] Als die Opposition gemerkt habe, dass sie auch damit nicht durchkomme, habe sie zunehmend zu Disziplinbrüchen gegriffen, was zur Spaltung geführt habe. Es müsse aber auch ausgesprochen werden, dass nicht alle Genoss/inn/en, die die Mehrheit unterstützten, das aus einem klaren Verständnis der falschen Linie der Opposition taten, sondern „aus einer gewissen Müdigkeit oder Bequemlichkeit heraus. Sie sahen in der Differenz nichts anderes, als bei der Opposition eine maximale und bei uns eine minimale Tätigkeit."[40] Die von Drexler vorgestellte und einstimmig angenommene Resolution *Die IKÖ und die „Opposition"* trat für die Fortsetzung der „Zusammenarbeit in technischen Fragen, in Fragen der Konspiration und in der Fraktionsarbeit" ein, wobei sich die Opposition dabei strikter an die Abmachungen des 8. Plenums des IEK halten müsse, und forderte von der IKÖ (O) eine offene Selbstkritik in der Frage des Ausschlusses von Soucek und Gludowatz. Die Frage des Wiedereintritts der Opposition sei aber vor allem eine politische, weshalb es sich um einen Prozess handle und die IKÖ die Einigungspraxis des IS ablehne – der Rat der Internationale sei zwar willkommen, man wolle sich aber vom IS nichts aufzwingen lassen.[41]

Laut Leitungsbericht habe man in der Fraktionsarbeit wichtige Erfahrungen gesammelt. Die Erfolge des *Sozialist* seien zufriedenstellend, jedenfalls sei er bei Teilen der fortschrittlichen SP-Arbeiter bekannt und nicht ohne Wirkung. Personelle Gewinne aus der SPÖ waren aber ausgeblieben – wobei es der Opposition da nicht besser ging. Die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit der IKÖ wurde durch die so genannte *gewerkschaftliche Arbeitsgemeinschaft* koordiniert, die sich vor allem mit aktuellen Tagesfragen und der Situation in den einzelnen Betrieben beschäftigte. Im Frühjahr 1950 war allerdings die IKÖ-Flugschrift *Der revolutionäre Betriebsarbeiter*, die seit dem

[37] ebd.

[38] Die IKÖ (O) dürfte im Sommer vor dem 3. Weltkongress etwa über 25 Vollmitglieder plus einige Kandidat/inn/en und Sympathisant/inn/en verfügt haben.

[39] Bericht der Leitung der IKÖ an die 3. Konferenz der IKÖ, Juli 1951

[40] ebd.

[41] siehe Resolution: *Die IKÖ und die „Opposition"*, beschlossen auf der 3. Konferenz der IKÖ, Juli 1951, in: *Interne Mitteilungen*, Nr.31, Juli 1951

Schuharbeiter/innen/streik 1948[42] herausgegeben worden war, eingestellt worden. Aufgrund der beschränkten personellen Kräfte und finanziellen Mittel konzentrierte man sich jetzt lieber auf den – ebenfalls illegalen – *Sozialist*. Nach einer kurzen Einschätzung des Oktoberstreiks 1950[43] schloss die Leitung bilanzierend ab, dass es als Erfolg zu werten sei, dass es gelungen sei, die Organisation über einen kritischen Punkt hinwegzubringen.

Als Ergebnis der Vorbereitungsdiskussion zum 3. Weltkongress der 4. Internationale wurde eine Resolution zu den *Thesen über die internationalen Perspektiven und den Kurs der Bewegung der 4. Internationale* beschlossen – ebenso einstimmig wie eindeutig: Die darin vorgegebene Linie des Totaleintritts sei nicht nur zu allgemein, sondern auch opportunistisch, weil sie die Preisgabe der unabhängigen Organisation und des Programms bedeute. Das würde zwar nicht offen ausgesprochen, die Totaleintritte in England, Indien und Belgien würden es aber beweisen. Die Arbeit in opportunistischen Parteien und in den Gewerkschaften sei notwendig. Die Sektionen müssten diese Arbeit aber „mit der Notwendigkeit der Auslese und Schulung eigener Kader verbinden und sie dieser unterordnen. (...) Ungeduld wird hier ebenso schaden wie borniertes Sektierertum, das mit einer von Stalinisten oder Reformisten geführten Bewegung überhaupt nichts zu tun haben will.“[44] In den Ländern des Glacis sei bezüglich der Stalinparteien größte Vorsicht geboten, da die Trotzkist/inn/en mit der physischen Ausrottung bedroht seien. In den asiatischen Ländern bestehe aufgrund der Linie der Thesen die Gefahr, dass die Sektionen lediglich zu Linksoppositionen der stalinistischen Parteien würden, dass jene Politik fortgesetzt würde, die die 4. Internationale zeitweilig zu einem politischen Anhängsel des Titoismus gemacht habe. Insgesamt behauptete also die IKÖ ihre politischen Positionen gegenüber der Linie der Opposition und des IS weiter.[45]

Die IKÖ (O) war damit klarerweise wenig zufrieden. In ihrem Beitrag *Vorwärts zur Schlussbilanz!* wirft sie der IKÖ vor, für die internationale Diskussion erneut die *Notwendige Zwischenbilanz* vom Jänner 1950 vorgelegt zu haben und „die Erfahrungen von mindestens fünfzehn Monaten entristischer Arbeit einfach zu ignorieren“.[46] Anschließend wird erneut die dringende Notwendigkeit des Entrismus hervorgehoben, denn „die objektiven Bedingungen zehren am Mark des Reformismus“[47]. Die IKÖ würde die gewaltigen Fortschritte der kolonialen Revolution vergessen, „jenen Hauptfaktor, der heute die Basis des Imperialismus entscheidend untergräbt“, sie sehe

[42] siehe unten
[43] siehe unten
[44] Resolutionzu den *Thesen über die internationalen Perspektiven und den Kurs der Bewegung der IV. Internationale*, beschlossen auf der 3. Konferenz der IKÖ, in: *Interne Mitteilungen*, Nr.31, Juli 1951
[45] Am Ende der Konferenz wurde eine fünfköpfige Leitung gewählt, der neben Drexler, Thomas und Heger (i-Name) auch Friedrich (i-Name von Franz Pokorny) und erstmals Ottinger (i-Name des Gerngross-Verkäufers Skritek, Bruder des SPÖ-Nationalratsabgeordneten Otto Skritek, von 1945 bis zum Ende der IKÖ 1963 dabei) angehörte.
[46] *Vorwärts zur Schlussbilanz – Antwort auf die „Notwendige Zwischenbilanz“ der IKÖ*, Die Leitung der IKÖ (O), Juni 1951, in: *Mitteilungsblatt der Opposition* der IKÖ, Juli 1951
[47] ebd.

„Europa grau in grau“ und zeige damit zur Genüge, „dass sie den wahrhaft revolutionären Charakter unserer Epoche nicht zu erfassen imstande“ sei. Der revolutionäre Optimismus der Opposition sei

> „die Widerspiegelung einer sozialen Wirklichkeit, die überreichlich mit Explosivstoffen geladen ist. (...) Der dritte Weltkrieg, sollte er nicht durch revolutionäre Erschütterungen verhindert werden, wird die Doppelnatur von Krieg und Revolution zeigen, noch viel entschiedener, als dies das Ende der beiden früheren Weltkriege zeigte. Was damals am Ende stand, die revolutionäre Massenbewegung, wird beim kommenden Krieg am Beginn stehen. (siehe M Pablo: ‚Wohin gehen wir?', wo das sehr gut gesagt wird.) Darauf bereiten wir uns vor, das ist unsere Prognose. Sie hat mit dem sich als Nüchternheit ausgebenden Skeptizismus der IKÖ nichts gemein!“[48]

Da Vertreter der IKÖ-Mehrheit – möglicherweise als Versuch, die Konfrontation mit dem IS vor dem Kongress nicht völlig zu eskalieren – neuestens gemeint hätten, dass zwischen Fraktionsarbeit und Entrismus in der Praxis kaum ein Unterschied bestehe und die Opposition ja in Wirklichkeit auch Fraktionsarbeit betreibe, wurde der Unterschied aus der Sicht der Opposition erneut zusammengefasst:

> „Die ‚Fraktionsarbeit' der IKÖ ist natürlich in Wahrheit nur Anhängsel der individuellen Propaganda, die für sie das Um und Auf ist. (...) Für die entristische Taktik ist die Gewinnung von einzelnen Arbeitern, ihre Aufnahme in die revolutionäre Organisation Nebenprodukt der Tätigkeit, die sich auf die Schaffung eines ernsten linken Flügels in der opportunistischen Partei konzentriert.“[49]

Am 3. Weltkongress der 4. Internationale im September 1951 wurde schließlich die von der Österreich-Kommission vorgeschlagene *Resolution zur österreichischen Frage* beschlossen. Sie verzichtete auf eine massive Hervorhebung der erwarteten revolutionären Zuspitzung ebenso wie auf die Begriffe *Entrismus* oder *Totaleintritt*, stimmte aber in sämtlichen inhaltlichen Punkten mit den Positionen der IKÖ (O) überein – ja es wurde sogar betont, nicht offen mit dem revolutionären Programm aufzutreten. Da dieser Resolution für die Zukunft der IKÖ entscheidende Bedeutung zukommen sollte, sei sie hier im vollen Wortlaut wiedergegeben:

> „1. Beide Gruppen sind der Ansicht, dass sich jede Verschärfung der Klassenkämpfe in Österreich vor allem in der Verschärfung der inneren Gegensätze der SPÖ ausdrückt, weil diese auf Grund ihrer historischen Entwicklung und infolge der Erfahrungen der österreichischen Arbeiter mit der Stalinpartei die große Mehrheit des Proletariats [umfasst].
>
> 2. Aus diesem Grund wird von beiden Organisationsteilen anerkannt, dass sich ihre Kraft auf die SP-Arbeiter zu konzentrieren hat. Das bedeutet Arbeit in den SP-Sektionen, in der SJ sowie in der SP-Betriebsarbeiterschaft.
>
> 3. Die Arbeit in der SP ist so zu führen, dass sie die Schaffung einer breiten linken Strömung innerhalb der Partei mit dem Ziel der Herausbildung eines linken Flügels fördert und unterstützt. Dieser linke Flügel soll die Erfahrungen und

[48] ebd.
[49] ebd.

den Kampfeswillen breiterer Schichten der Arbeiterklasse ausdrücken und wird nur einen ersten Schritt in Richtung zum revolutionären Programm tun können. Den Aufgaben, die sich aus dieser Orientierung ergeben, sind alle anderen (die individuelle Rekrutierung für die eigene Organisation beispielsweise) unterzuordnen. Im Verlaufe der Bildung und Entwicklung dieses linken Flügels wird sich ein reales Arbeitsfeld auch für das Wachstum der eigenen Organisation ergeben.

4. Die erfolgreiche Verwirklichung der dargelegten Orientierung erfordert, dass die Mehrzahl der Mitglieder beider Teile der Organisation Mitglieder der SP oder der SJ werden und sich aktiv an der Arbeit dieser Organisation beteiligen. Ausnahmen sind bei Genossen möglich, bei denen persönliche Gründe oder die Notwendigkeiten für das Funktionieren der eigenen Organisation der Arbeit in der SP entgegenstehen. Die Arbeit unserer Mitglieder in der SP wird unter der festen Anleitung der Führungen der beiden Teile der Organisation erfolgen.

5. Die Aktivität unserer Mitglieder in der SP wird folgenden Richtlinien folgen: a) Kein Auftreten als Trotzkisten mit unserem vollen Programm. b) Keine programmatischen und prinzipiellen Fragen in den Vordergrund stellen. c) Am jeweiligen Bewusstseinsniveau der Arbeiter in den verschiedenen Aktivitätsbereichen anknüpfen und die Gefahr der Isolierung durch zu weites Vorpreschen vermeiden. d) Vorantreiben der Differenzierung in der Partei mit Hilfe der zentralen Tagesfragen, für die eine breitere Schicht von Arbeitern zu kämpfen bereit ist (Löhne und Preise, Mieten, Koalitionspolitik etc.). e) Vorantreiben und Ermutigen von linksorientierten SPlern, die von uns beeinflusst ein breiteres Umfeld bilden können. Die allgemeine Linie dieses Auftretens muss dahin zielen, die in der Partei und Jugend entstehenden linken Gruppierungen mit den fortgeschrittensten Schichten der SP-Betriebsarbeiterschaft zu verbinden.

6. Für die Arbeit in der SP zur Herausbildung und Festigung einer linken Strömung ist ein Fraktionsorgan, das die in Punkt 5. definierte Linie ausdrückt, eine wichtige Stütze. Das Organ Y[50] der IKÖ, das auf dieser Linie ausgerichtet ist, soll so lange beibehalten werden, bis aus den Bemühungen linksorientierter SPler, die wir in dieser Hinsicht zu unterstützen haben, ein breiteres Organ der Linken entsteht.

7. Die hier festgelegte Orientierung setzt voraus, dass die beiden Organisationsteile, weit davon entfernt sich aufzulösen, unter den Bedingungen doppelter Illegalität, so fest wie zuvor organisiert bleiben, mit ihrer eigenen Führung, ihren eigenen Zellen und Schulungstätigkeit und einer regen Anteilnahme am politischen Leben der Internationale. Die IKÖ geben ein eigenes Organ heraus, dessen Vertrieb auf die Mitglieder und Sympathisierenden beschränkt ist und das deshalb kein Hindernis für die Haupttätigkeit in der SP darstellt.

8. Diese Resolution drückt den Beschluss des Weltkongresses bezüglich der Orientierung der Arbeit beider Teile unserer österreichischen Sektion aus und wird von beiden Teilen als sofortige Basis ihrer Arbeit anerkannt. Es wird ein

[50] Damit gemeint ist *Der Sozialist*.

I N T E R N ! Nur für Angehörige der IV.Internationale

M I T T E I L U N G S B L A T T
der O p p o s i t i o n der I. K. Ö.
(Sektion der IV.Internationale)

Nr.19 N o v e m b e r 1952 S 2.-

D I E S C H A F F U N G D E R
R E V O L U T I O N Ä R E N P A R T E I

(Auszüge aus dem durch Genossen P a b l o dem 10.Plenum des I.E.K. vorgelegten Bericht)

Mit der Ausarbeitung und Anwendung des Übergangsprogramms hätte für unsere internationale Bewegung die Etappe der Massenarbeit erreicht sein müssen.

Leo TROTZKI hatte es in diesem Sinne verfasst.

Es krönte eine lange Entwicklungs- und Tätigkeitsperiode der trotzkistischen Bewegung, während welcher diese, vom notwendigen Stadium der strengen ideologischen Abgrenzung gegenüber dem Stalinismus und anderer Tendenzen der Arbeiterbewegung sowie von der allgemeinen Propaganda ausgehend, einen Reifegrad erreicht hatte, der ihr die breiteste Aktivität im Inneren der Klasse gestattete, ja, sie sogar dazu verpflichtete.

Die Konzeption und Ausarbeitung des Übergangsprogramms, zu welcher die kollektive Erfahrung der trotzkistischen Bewegung beitrug, widerspiegelte bereits im Reiche der Ideen diese natürliche Reife unserer Bewegung.

Indessen gestatteten die besonderen Bedingungen des Krieges, der kurz nach seiner Annahme ausbrach, der Internationale und ihren Sektionen nicht die reibungslose Entwicklung der Erfahrungen der neuen Etappe, welche die gesamte Bewegung erfasst und erzogen hätten.

Der Großteil unserer Sektionen sah sich mit beschränkten Kräften und heftig verfolgt von den imperialistischen und stalinistischen Unterdrückungen in die strengste Illegalität gezwungen. In einigen Ländern, wo die Massenbewegung besondere Ausdrucksformen gefunden hatte, konnten unsere schwachen und ungenügend erfahrenen Sektionen, die noch Gefangene eines gewissen formalistischen, schematischen und doktrinären Denkens waren, die ihnen durch diese Massenbewegungen eröffneten Möglichkeiten nicht erfassen, sich nicht in sie einschalten und aus ihnen Nutzen ziehen.

Hieraus ergab sich, daß nach Kriegsende unsere Bewegung in ihrer Gesamtheit noch keine wirkliche Erfahrung in der Massenarbeit gemacht hatte und daß der allgemein propagandistische Charakter ihrer Aktivität überwog.

Ich sage in ihrer Aktivität und nicht in ihrer Politik, denn was unserer Bewegung in dieser Epoche noch fehlte, war nicht so sehr eine konkrete und nicht bloß allgemein gehaltene Stellungnahme zu dieser oder jener politischen Frage (ein den Bedingungen jedes Landes angepaßtes Gewerkschaftsprogramm, konkrete Analysen der nationalen Politik, konkrete politische Losungen), sondern vor

Mitteilungsblatt der *IKÖ (Opposition)*

paritätisches Komitee aus vier Mitgliedern gebildet, das 14tägig zusammentritt, die Richtlinien dieser Resolution verwirklicht, die sich daraus ergebenden praktischen Schritte koordiniert und in wachsendem Ausmaß die Linie des Y bestimmt. Auf Grundlage der praktischen Erfahrungen dieses Komitees wird die Frage der Wiedervereinigung der beiden Teile der Organisation auf die Tagesordnung gestellt werden."[51]

Mit dieser Resolution des 3. Weltkongress wurde die Linie des IS und der IKÖ (O) für Österreich für verbindlich erklärt. Die IKÖ-Mehrheit wurde damit vor die Alternative gestellt, sich entweder dem internationalen Beschluss unterzuordnen oder den Bruch mit der Internationale zu vollziehen. Da – wie Drexler heute offen einräumt – nicht nur „Modlik an Pablos Mund gehangen", sondern die ganze IKÖ vom IS politisch abhängig gewesen sei,[52] traute man sich letzteres nicht zu. Für die Aufnahme eines Kampfes gegen das IS in der Internationale und damit eine weitere Zuspitzung der Konfrontation, die wohl letztlich in einer eigenständigen politischen Existenz hätte münden müssen, fühlte man sich politisch zu schwach – zumal man mit seiner Kritik am IS um Pablo in der Internationale völlig isoliert war und deshalb mit großer Sicherheit in nationaler Isolation gelandet wäre – noch dazu unter Bedingungen der Illegalität. In der Folge akzeptierte die IKÖ-Mehrheit die Resolution des Weltkongresses und versuchte, mit der Opposition zu einer Einigung zu kommen, die einem erlaubte, das Gesicht zu wahren.

Im ersten Jahr nach dem Weltkongress dürfte das Klima zwischen den beiden Gruppen allerdings weiter eher frostig geblieben sein. Man kooperierte – wohl oder übel – und ließ etwas Gras über die Sache wachsen, das Kontaktkomitee dürfte aber nicht zur Zufriedenheit der Internationale funktioniert haben. Erst mit einem Ergänzungsprotokoll/Zusatzresolution vom August 1952 unter Beteiligung der internationalen Führung, worin unter anderem die IKÖ den Vorwurf des Liquidatorentums an die Opposition zurücknahm, änderte sich die Situation, und die Zusammenarbeit wurde verbessert.

Im April 1953 richtete die Leitung der IKÖ dann einen Brief *An die Leitung und an die Konferenz der IKÖ (Opposition)*, in der gefordert wird, alles zu unternehmen, „um die Hindernisse, die einer Überwindung der Spaltung im Wege stehen, beiseite zu räumen".[53] In der Frage des Ausschlusses von Soucek und Gludowatz wurde die Opposition erneut zu einer „offenen Korrektur" aufgefordert, gleichzeitig aber angemerkt, dass die IKÖ daraus „keine Frage sine qua non" mache. Es wurde dann betont, dass die IKÖ auf dem Boden des Ergänzungsprotokolls von 1952 stünde und deshalb die entsprechenden Punkte aus der *Notwendigen Zwischenbilanz* nicht mehr aufrecht seien:

---

[51] *Resolution zur österreichischen Frage*, beschlossen vom 3. Weltkongress der 4. Internationale, September 1951; Die hier vorliegende Fassung orientiert sich weitgehend an einer deutschen, vermutlich von IKÖ oder IKÖ (O) übersetzten Fassung, bei offensichtlichen grammatikalischen Fehlern oder Übersetzungsungenauigkeiten wurde auf das Original zurückgegriffen und entsprechend korrigiert.

[52] siehe Gespräch mit Franz Drexler in dieser Nummer vom *Marxismus*;

[53] *An die Leitung und an die Konferenz der IKÖ (Opposition)*, die Leitung der IKÖ am 15.4.1953

Die IKÖ hätte sich davon überzeugen können, dass die „Eintrittstaktik“ der Internationale nicht zur Aufgabe der revolutionären Organisation geführt hätte. Die Sorge von 1949 sei aber berechtigt gewesen, da „die damals führenden Leute der Opposition“, Soucek und Gludowatz, tatsächlich eine prinzipienlose Umwandlung in eine „geistige Interessengemeinschaft“ vorgehabt hätten. Nachdem auf diese Weise die beiden inzwischen aus der IKÖ (O) Ausgeschlossenen zum Hauptproblem der Spaltung stilisiert wurden, schlug die Leitung der IKÖ – um „Klarheit in dieser Frage zu schaffen“ – vor, „die Arbeit in der SP nicht ‚Eintrittstaktik’, sondern ‚Fraktionsarbeit in der SP’ oder kurz ‚SP-Arbeit’ zu nennen“. Aber auch das solle keine Frage sine qua non sein, denn es komme „nicht auf den Namen, sondern auf den Inhalt an. Und über den Inhalt dieser Arbeit, dieser Taktik sind wir uns, wie die Erfahrungen der letzten Zeit beweisen, im Wesentlichen einig.“

Die Erfahrungen im Kontaktkomitee seien – seit Sommer 1952 – weitgehend positiv. Angesichts dessen, dass die darin aufgetretenen Differenzen nicht größer seien als in jeder Organisation mit innerer Demokratie, sei es ein Problem, dass es dort keine Mehrheitsbeschlüsse gebe und das Komitee deshalb praktisch beschlussunfähig sei. Die Differenzen im Komitee seien so gering, „dass sie allein keineswegs die Aufrechterhaltung der Spaltung auf die Dauer rechtfertigen“. Der Zusammenschluss der beiden Organisationen müsse gut vorbereitet werden und sich auf ein Dokument über die praktischen Aufgaben der österreichischen Sektion stützen, das vom Kontaktkomitee ausgearbeitet werden solle. Dabei müsse der Blick auf die Gegenwart und die Zukunft gerichtet werden. Schließlich wird um die Teilnahme eines Vertreters der IKÖ-Mehrheit auf der Konferenz der Opposition angesucht.[54] Die zentrale Argumentationslinie dieses Briefes – Einigkeit in der Praxis – sollte für die IKÖ-Mehrheit zur wichtigsten Rechtfertigung der Wiederannäherung werden.

Die Opposition, in einer Position der Stärke, wollte es anfänglich so einfach nicht geben. Zwar wurde ein Vertreter der Mehrheit auf der Konferenz zugelassen, dort allerdings eine Resolution beschlossen, die auf der Bestätigung der eigenen Linie in expliziter Weise beharrte:

> „Seitdem die IKÖ (Mehrheit) ernsthaft den entristischen Weg zur Schaffung der revolutionären Klassenpartei in Österreich betreten hat, ist die Wiederherstellung der Einheit der Sektion noch dringender geworden. Die IKÖ (O) sieht die seitens der IKÖ (M) seinerzeit erschienenen Schriften zur Frage des Entrismus usw. (...) für hinfällig an, da sie aus einer nunmehr überwundenen Periode herrühren. Die Wiederherstellung der Einheit (...) wird von Seiten der IKÖ (O) von keinerlei Bedingungen abhängig gemacht. Ihr Ziel muss die größtmögliche Einheit und Geschlossenheit der Sektion auf der vom 3. Weltkongress beschlossenen politischen und taktischen Linie sein.“[55]

Nach diesen Seitenhieben gegen die IKÖ-Mehrheit, die wohl – unter anderem der Mitgliedschaft der Opposition – beweisen sollten, wer den Ton angibt, ist der Be-

[54] sämtliche obigen Zitate und Ausführungen: ebd.

[55] *Resolution der 2. Konferenz der IKÖ (Opposition) zur Frage der Wiederherstellung der Einheit der österreichischen Sektion der IV. Internationale*, beschlossen auf der Konferenz der IKÖ (O), Anfang Mai 1953, in: *Mitteilungsblatt der Opposition der IKÖ*, Nr.24, Juni 1953.

gleitbrief zum Resolutionsentwurf[56] freundlicher gehalten: Der Ausschluss von Soucek und Gludowatz mag richtig gewesen sein, der Ausschluss der Opposition wäre aber dadurch nicht gerechtfertigt gewesen. Die Opposition werde deshalb keine „offene Korrektur" vornehmen, sondern es bei der praktischen (Ausschluss von Soucek und Gludowatz) belassen. Vor allem dürfe es aber bei verschiedenen Ansichten über die Vorgangsweise gegenüber Disziplinbrüchen nicht zu Spaltungen kommen. Man sei bereit, für die gemeinsame Arbeit den Ausdruck *SP-Arbeit* zu gebrauchen, was aber nicht bedeute, dass man diese Linie nicht als entristisch ansehe. Man stimme zu, dass der Blick nach vorne gerichtet werden müsse, weshalb der „enge, inquisitorische Geist, der eine dumpfe Atmosphäre und eine Disziplin auf Krücken schafft",[57] keinen Platz mehr haben dürfe.

Im nächsten Jahr wurde die Zusammenarbeit weiter intensiviert und vom Kontaktkomitee Resolutionsentwürfe für die Einigung erarbeitet. Nach einem vorübergehenden Konflikt um eine von Modlik vorgeschlagene Aktion im April 1954 fand schließlich am 27. Mai die 4. Konferenz der IKÖ statt, an der neben acht Delegierten auch Lerse und Hammer[58] für die IKÖ (O) teilnahmen: Der von Thomas eingeleitete Bericht der Leitung[59] hielt fest, dass die IKÖ in fünf Zellen organisiert war, die sich mit Betriebsarbeit, Fraktionstätigkeit und der Diskussion von internationalen Dokumenten beschäftigten. Sie hatte 26 Mitglieder und acht Sympathisierende, von den Mitgliedern waren neun als Arbeiter/innen in größeren Betrieben und neun als Angestellte in Betrieben tätig. Fünf Mitglieder waren Betriebsräte. Die Ursachen für die zahlenmäßigen Verluste seien vor allem den objektiven Bedingungen geschuldet: Unmöglichkeit, offen aufzutreten (wegen Besatzungsrecht und SP-Arbeit), und keine Perspektive für linke SPler in der kleinen illegalen IKÖ. Modlik, dessen IKÖ (O) ebenfalls von einigen Verlusten betroffen war, fügte hinzu: „Man kann die Frage des Wachstums der Organisation nicht nur vom zahlenmäßigen Standpunkt sehen. Ein Teil der Genossen ist dem Einfluss der SP erlegen, wenn wir aber 2/3 behalten haben, ist das ein politischer Fortschritt."[60]

In der SP-Arbeit, dem „wichtigsten Arbeitsgebiet", wären in der „1. Etappe, das ist die Eingliederung und Verwurzelung unserer Genossen in der SP unzweifelhaft Fortschritte erzielt" worden, obwohl einige Genossen aufgrund von persönlichen Gründen oder wegen der Skepsis der Sozialdemokratie noch nicht in der SP tätig seien. Gegenwärtig seien jedenfalls „von unseren Genossen 20 in der SP organisiert, davon leisten 12 praktische F-Arbeit. 5 sind parteilos, 1 KP. Auf Bezirkskonferenzen sind 6 unserer Genossen ständig delegiert" (darunter Drexler und Thomas).

---

[56] *An die Leitung der IKÖ (Mehrheit)*, Hammer und Lerse i.A. der Leitung der IKÖ (O), 24. April 1953; Im Resolutionsentwurf der IKÖ (O) waren übrigens einige weitere Seitenhiebe gegen die Mehrheit enthalten, die sich in der angenommenen Fassung nicht mehr finden.

[57] ebd.; Dieser Satz, der von der IKÖ-Mehrheit klarerweise als Attacke begriffen wurde, wurde von der Opposition bereits einige Tage später zurückgenommen.

[58] i-Name von Josef „Pepperl" Hofer, Schutzbündler aus Wien-Margareten, der nach 1934 zum Kampfbund kam; nach 1945 einer der wichtigsten Unterstützer von Modlik gegen die IKÖ-Mehrheit.

[59] *Protokoll der 4. Konferenz der IKÖ am 27.5.1954*, Beilage: *Bericht der Leitung*

[60] *Protokoll der 4. Konferenz der IKÖ am 27.5.1954*

DER HAUPTFEIND EINES JEDEN VOLKES STEHT IM EIGENEN LANDE!
(Karl Liebknecht)

DER SPARTAKIST

ORGAN DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTEN ÖSTERREICHS
(Sektion der Vierten Internationale)

Juni ~~April~~ 1954 Nr. 82 Preis S 2.-

EINIGUNG DER ÖSTERREICHISCHEN SEKTION DER IV.INTERNATIONALE

Die seit 1949 bestehende Spaltung in der österreichischen Sektion der IV.Internationale wurde auf den Konferenzen der IKÖ und der IKÖ (Opp.), die Ende Mai stattfanden, überwunden. Die IKÖ faßte auf ihrer IV.Konferenz und die IKÖ (Opp.) auf ihrer III.Konferenz gleichlautende Beschlüsse und Resolutionen. Den Einigungsbeschluß und die zwei Resolutionen über die internationale Lage und die Lage in Österreich veröffentlichen wir nachstehend. Auf Grund eines Vorschlages des Kontaktkomitees der beiden Organisationsteile, das seit 1951 bestand, wurde auf beiden Konferenzen eine gemeinsame Leitung gewählt.

Die Überwindung der Spaltung der Trotzkisten in Österreich bedeutet einen wichtigen Schritt nach vorwärts. Angesichts der angespannten internationalen Situation und auch der von der Cannon-Fraktion ausgelösten Krise in der Internationale hat diese Einigung noch größere Bedeutung. Die geeinte Organisation wird auch besser imstande sein, die ihr gestellten Aufgaben zu erfüllen, als zwei getrennte Gruppen.

Die neugewählte Leitung der IKÖ fordert alle Mitglieder und Sympathisierenden der geeinten IKÖ auf, an die Verwirklichung der auf den Konferenzen beschlossenen Aufgaben zu schreiten. Die Einigung möge ein Ansporn zu erhöhter Aktivität sein.

Die Leitung der IKÖ

BESCHLUSS ÜBER DIE EINIGUNG DER ÖSTERR.SEKTION DER IV. INTERNATIONALE

1. Die Konferenzen der IKÖ und der IKÖ (Opp.) nehmen den Bericht über die Tätigkeit des Kontaktkomitees zur Kenntnis und beschliessen die Vereinigung der beiden Teile der Sektion.
2. Das Datum der Einigung ist der 29.Mai 1954. Es gibt ab diesem Datum nur mehr eine einzige Organisation der IV. Internationale in Österreich, deren Name IKÖ, Sektion der IV.Internationale, ist. Das offizielle Organ ist "Der Spartakist". Die auf der II.Konferenz der IKÖ (Februar 1949) beschlossenen Statuten gelten für die geeinte Organisation..
3. Die von beiden Konferenzen gewählte neue Leitung wird beauftragt, die mit der Vereinigung zusammenhängenden organisatorischen Fragen zu regeln.

„Wir üben in diesen Arbeitsbereichen einen ständigen politischen Einfluss auf das Milieu dieser Organisation aus. Wenn es uns bisher nicht gelungen ist, in der 2. Etappe unserer SP-Arbeit, der Mitarbeit an der Herausbildung eines linken Flügels, wesentliche Erfolge zu erzielen, so liegt das an den allgemeinen Bedingungen auf diesem Gebiet. Die politischen Auswirkungen der relativen Stabilisierung des Kapitalismus auf die Massen, die ‚Erfolge' der rechten SP-Führung bei den letzten Wahlen, das Fehlen eines sichtbaren linken Flügels in der SP und die Passivität der Massen. Diese Bedingungen werden sich aber in der kommenden Etappe zu unseren Gunsten ändern."

Nach einer recht realistischen Lageeinschätzung wird also auch von der IKÖ-Mehrheit wieder die obligate Perspektive der sich zuspitzenden Klassenkampfsituation, die vom IS vorgegeben wurde, angehängt – und das, obwohl im März 1953 *Der Sozialist*, der seit März 1948 44-mal erschienen war, aufgrund der „objektiven Bedingungen in der SP" eingestellt werden musste:

> „Als nicht gezeichnetes Organ konnte er auf Dauer ohne das wirkliche Entstehen einer ernsten Linken in der SP nicht zum Sammelpunkt dieser Linken in der SP werden. Wir selbst konnten uns in unserer praktischen SP-Arbeit auf die Dauer nicht auf die im S. gebrachten Argumente offen berufen, wenn wir nicht frühzeitig entdeckt werden wollten."

Dass die SP-Intervention ab Frühjahr 1953 ohne systematische schriftliche Unterstützung auskommen musste, wurde so legitimiert: „Das beste Mittel und die beste Waffe unserer kleinen Organisation auf propagandistischem Gebiet sind gegenwärtig die Kaderelemente (...)."

Positiv bilanziert wurde der Kontakt mit der internationalen Führung, besonders die gemeinsam mit Opposition und IS organisierte Kaderschulung im August 1952 in Tirol, an der sieben Genoss/inn/en der IKÖ teilnahmen und erstmals die Möglichkeit erhielten, direkten Kontakt mit Genoss/inn/en anderer Länder aufzunehmen. Im Rahmen des Leitungsberichts gab schließlich Drexler einen Bericht über die Krise der Internationale, die mit der Abspaltung des *Internationalen Komitees* (IK) entstanden war. Beide Teile der österreichischen Sektion standen hier geschlossen auf der Seite des IS. Für die Opposition war das nicht weiter verwunderlich, Modlik war seit Jahren das Sprachrohr des IS und im besonderen Pablos in Österreich. Bereits im September 1952 hatte das *Mitteilungsblatt der Opposition der IKÖ* eine umfangreiche Solidarisierung mit dem IS und der Minderheit der französischen Sektion um Pierre Frank gegen die ausgeschlossene Mehrheit der PCI veröffentlicht. Im Januar 1954 folgte schließlich die Veröffentlichung der IEK-Resolution[61] zur Spaltung vom Dezember 1953, die von Modlik und Drexler im IEK unterstützt worden war, und einer entsprechenden Erklärung[62] der Opposition, in der das IK scharf verurteilt wird.

[61] *Resolution des 14. Plenums des IEK: Über die Ursachen und die Lehren der Krise der Internationale*, Dezember 1953, in: *Mitteilungsblatt der Opposition der IKÖ*, Nr.25, Jänner 1994

[62] *Erklärung der Leitung der IKÖ (O) zur Lage der Internationale*, 8. Jänner 1954, in: ebd.

Aber auch die IKÖ-Mehrheit solidarisierte sich mit dem IS: Im März 1954 wurde das 23-seitige IEK-Dokument *Zur Verteidigung der IV. Internationale*[63] veröffentlicht, das ebenfalls auch von Modlik und Drexler mitbeschlossen worden war und eine ausführliche Abrechung mit dem IK beinhaltete. Auf ihrer 4. Konferenz beschloss die IKÖ dann – in Übereinstimmung mit der Konferenz der Opposition und auf Initiative Modliks – erneut eine Loyalitätserklärung mit dem IS.

Was waren die Gründe für diese Haltung der IKÖ? Warf nicht das IK dem IS vor, vor dem Stalinismus zu kapitulieren? Gab es da nicht Berührungspunkte mit der IKÖ-Mehrheit? Die jetzigen IK-Gruppen hatten jahrelang den Kurs des IS unkritisch unterstützt – auch und gerade in der Zeit von 1948 bis 1951, in der die IKÖ-Mehrheit eine oppositionelle Haltung zur internationalen Linie einnahm.[64] Ab 1951 hatte sich die IKÖ-Mehrheit entschieden, in der Internationale zu bleiben, und ihre Perspektive in der Wiedervereinigung mit der IKÖ (O) gesucht. Zu einer Aufgabe der Einigungsbemühungen und zu einem neuen Beginn einer Konfrontation mit dem IS war man offensichtlich nicht bereit – zumal das IK aufgrund seiner früheren Unterstützung für die Linie Pablos, seiner weichen Haltung gegenüber der Sozialdemokratie und seiner ebenso katastrophistischen Weltlageeinschätzung auch keine glaubwürdige Alternative darstellte.



Franz Drexler

Außerdem wurde auf der 4. Konferenz der IKÖ natürlich auf die Einigung eingegangen: Drexler und Modlik stimmen darin überein, dass die Vereinigung der beiden Gruppen notwendig und

[63] *Zur Verteidigung der IV. Internationale - Antwort des Exekutiv-Komitees der IV. Internationale auf den Brief des National-Komitees der SWP an die Trotzkisten der ganzen Welt*, einstimmig angenommen durch das 14. Plenum des IEK im Dezember 1953, in: Der Spartakist, Nr.80, März 1954

[64] Drexler kann sich daran erinnern, dass er im Vorfeld einer IEK-Sitzung in Paris von Pablo an Healy verwiesen wurde, der *der* Experte für den *Entrismus sui generis* sei und von dem sich Drexler entsprechend einweisen lassen hätte sollen. Bei dem daraus resultierenden Treffen fand der vergleichsweise armselige Nachkriegsösterreicher den auffallend exquisit gekleideten Healy nicht nur äußerst arrogant, Drexler war außerdem der Ansicht, dass Healy in Großbritannien gemachte Erfahrungen schematisch auf andere Länder übertrage. Insgesamt behielt Drexler den späteren IK-Führer also nicht in bester Erinnerung.

ein wichtiger Fortschritt sei. Es wurden aufgrund von Vorschlägen des Kontaktkomitees von den Konferenzen von IKÖ und IKÖ (O) gleich lautende Resolutionen zur internationalen und österreichischen Lage beschlossen, das Datum des Zusammenschlusses wurde auf den 29. Juni 1954 festgelegt, auf beiden Konferenzen wurde eine gemeinsame Leitung aus Babnik, Drexler und Thomas (von der IKÖ) sowie Dworak, Hofer und Modlik (von der IKÖ (O)) gewählt. Die Konferenz der IKÖ-Mehrheit wurde in der Hoffung beendet, dass die Einigung zu „einem Aufstieg des Trotzkismus in Österreich“ führen werde. „Die neu gewählte Leitung der IKÖ fordert alle Mitglieder und Sympathisierenden der geeinten IKÖ auf, an die Verwirklichung der auf den Konferenzen beschlossenen Aufgaben zu schreiten. Die Einigung möge ein Ansporn zu erhöhter Aktivität sei.“[65]

Ab Sommer 1954 war die IKÖ und damit die damalige Hauptströmung des österreichischen Trotzkismus wieder vereint – und zwar auf der politischen Grundlage des IS. Es ist Drexler wohl zuzustimmen, wenn er rückblickend sagte, dass die IKÖ in den 1950er Jahren, genau genommen ab 1951, von Pablo geführt wurde. Die Hoffnungen auf einen Aufschwung der IKÖ nach der Wiedervereinigung sollten sich nicht erfüllen – aus einer Reihe von Gründen. Doch dazu in einem späteren Kapitel.

6.3. Die Einschätzung der Sozialdemokratie durch die IKÖ

Ausgehend von Pablos Konzept des *Entrismus sui generis* stellte die Art der Intervention in die Sozialdemokratie also einen zentralen IKÖ-internen Streitpunkt dar. Wie aber schätzte nun die österreichische Sektion der 4. Internationale die Entwicklungen (innerhalb) der hiesigen Sozialdemokratie ein?

Im Februar 1947 beschäftigte sich die IKÖ in einem Artikel[66] mit dem Parteitag der SPÖ, von dem sich große Teile der Arbeiterschaft Schritte in Richtung Verbeserung ihrer Lage erwartet hätten. Während ein Teil der Unzufriedenen apathisch würde, wäre der aktivere Teil der Arbeiterklasse „kampfgewillt“. Das hätte sich unter anderem in Resolutionen einzelner Bezirksorganisationen ausgedrückt:

> „Dabei müssen wir uns vor Augen halten, wie schwer es selbst im Bezirksmaßstab ist, gegen den mit allen Salben geschmierten bürokratischen Apparat, der mit sämtlichen ihm zur Verfügung stehenden Kniffen und Tricks arbeitet, eine solche Resolution durchzubringen. Von diesem Gesichtpunkt betrachtet, erscheinen die Anträge zum Parteitag, die unmittelbar aus den Kreisen der Arbeiterschaft kamen, doppelt wertvoll.“

Und auch in den führenden Kreisen der Partei könnten einige Stimmen als Reflex der Stimmung in den Massen gewertet werden: so zum Beispiel ein Artikel von Franz Krones, der anerkennt, „dass der Staat die spezifische Organisation der herrschenden Klasse ist“[67]; so zum Beispiel ein Artikel Erwin Scharfs in der *Zukunft*,[68] der richtig

[65] *Einigung der österreichischen Sektion der IV. Internationale,* Die Leitung der IKÖ, in: Der Spartakist, Nr.82, Juni 1954
[66] *Zum Parteitag der SPÖ,* Spartakist Nr.16, Februar 1947
[67] *Zukunft*, September 1946
[68] Ausgabe vom Oktober 1946

festgestellt hätte, „dass sich der Kapitalismus immer mehr konsolidiert, dass sich die Machtverhältnisse in erschreckendem Maße zugunsten der Bourgeoisie verschieben, dass diese Tatsachen eine konsequente, sozialistische Klassenpolitik verlangen“. Auch wenn sich die meisten kritischen Anträge auf dem Parteitag auf taktische Fragen beschränkt hätten und im Rahmen der Partei beschränkt blieben, müssten sie doch als wichtige Symptome gewertet werden.

Da der weitaus größte Teil der Delegierten des Parteitages aus Mandataren der Partei, die sich in einer finanziellen Abhängigkeit befänden, bestanden hätte, wäre es freilich kein Zufall, dass der Tenor der Ausführungen die rechte Parteiführung um Schärf und Helmer unterstützt hätte:

> „Beteiligung an der Regierung, Koalitionspolitik ist das Gebot der Stunde. Die mit Beifall aufgenommene Forderung: ‚Wir lassen uns nicht mehr ausspannen‘, ist symptomatisch. Die konstruktive Kritik ging in die Richtung der Gewinnung von mehr Einfluss im Staat als dem Weg zum demokratischen Sozialismus. (...)
>
> Die dominierende Rolle spielten die Rechten, die einen geschlossenen Block bildeten und organisiert auftraten. Die ‚Linken’ traten unorganisiert auf, beherrschten die Technik des Parteitages nicht und wurden darum von den rechten Routiniers überspielt. Wie verhielten sie sich politisch? Es war der Auswirkung nach eine glatte Kapitulation. Vergessen waren Reden und Artikel über die Notwendigkeit einer proletarischen Klassenpolitik wie über die klassenmäßige Struktur des Staatsapparates! Schüchtern wagten sie den Versuch, einige Phrasen darüber zu verlieren, um dann bei der Abstimmung sang- und klanglos unterzugehen und gehorsam *für* die vorgelegten Resolutionen zu stimmen: *Die wichtigsten Beschlüsse wurden einstimmig gefasst*; der Vorsitzende Schärf konnte feststellen, *dass das Prinzip der Teilnahme der Partei an der Regierung unbestritten geblieben ist.* Doch auf dieser Linie sich bewegend, sind die ‚Linken’ von vornherein zum Scheitern verurteilt. Man kann nicht mit der Bourgeoisie in der Regierung sitzen und gleichzeitig gegen sie kämpfen. (...) Die grundsätzliche Einstellung zur Kapitalistenklasse ist der Gradmesser für die Ernsthaftigkeit und Ehrlichkeit der Verhaltens der ‚Linken’. Hier wäre für Scharf, Krones und die anderen der Ansatzpunkt gewesen, um zu beweisen, dass die Worte in der ‚Zukunft’ nicht nur Worte waren. (...) Die Hauptlehre ist: Der wirkliche linke ‚Flügel’ ist bei den Arbeitern, in den Massen, nicht in der Parteibürokratie zu suchen. Auf ihn müssen sich die Linkselemente in der SP stützen, sich mit ihm verbinden. Sie dürfen vor dem unvermeidlichen Kampf mit den Opportunisten und Verrätern nicht zurückschrecken, noch sich von ihnen durch das Argument der ‚Parteieinheit’ ins Bockshorn jagen lassen. Man muss der Klasse die Treue halten, nicht den Schärf, Helmer und Co. Das ist die Aufgabe, die in den nächsten Monaten vor den ‚Linken’ steht.“

Ein Monat später wurde im *Spartakist* erneut auf die Opposition in der SPÖ eingegangen: Bei beträchtlichen Teilen der Führung der ‚Linken’ handle es sich um eine bürokratische Opposition, ein kleinerer Teil der Opposition könne jedoch zum „An-

satzpunkt für eine wirkliche revolutionäre Linke werden".[69] Dazu müsse er sich allerdings gegenüber den Fragen der Koalition, des Staates und des außerparlamentarischen Massenkampfes, die von der IKÖ sämtlich in diesem Artikel aufgerollt werden, eindeutig positionieren. Jedenfalls werde

> „das Kräfteverhältnis im Lande (...) nicht durch die Arithmetik des Stimmzettels, sondern durch das außerparlamentarische Kräfteverhältnis der Klassen bestimmt. Dieses kann nur geändert werden durch die außerparlamentarische Massenaktion, durch den außerparlamentarischen Kampf, durch die entscheidende Mobilisierung der Massen für deren unmittelbare tägliche Interessen, *was in seinen Konsequenzen den Bruch mit der Bourgeoisie und ihrem Staat bedeutet*. (...)
>
> Die Stellung zur Koalition ist die wichtigste Frage der Innenpolitik; sie wird in der nächsten Zeit der Prüfstein für den wahren Charakter der ‚Linken' sein. Selbstverständlich gibt es noch eine Reihe anderer wichtiger Fragen, die beantwortet werden müssen. Es ist die Frage der Außenpolitik, die aufs engste mit dem proletarischen Internationalismus und seinen Konsequenzen zusammenhängt. Es ist die Stellungsnahme zur heutigen Sowjetunion und ihrer Politik; es ist die Stellung zur so genannten ‚Kommunistischen' Partei. Es ist die Frage der Partei überhaupt, die Stellung der ‚Linken' zum Aufbau einer neuen Arbeiterpartei, zur IV. Internationale. (...)
>
> Die Beendigung des Besatzungsregimes wird (...) in Österreich eine Ära offener Klassenkämpfe von größter Intensität einleiten. (...) *In der Arbeiterklasse wird ein großer Differenzierungsprozess einsetzen*. (...) Die kommenden Kämpfe werden von der ‚Einheit der Arbeiterklasse innerhalb der SP' keine Spur übrig lassen. Die stalinistische ‚KP' wird vor den Arbeitern schwer kompromittiert dastehen. Das alles gibt uns die größten Chancen. (...)
>
> Die revolutionären Elemente in der heutigen ‚Linken' müssen mit all' dem rechnen. *Wenn sie in der SP sich wirklich für die Arbeiterforderungen einsetzen, wenn sie den Kampf auf dem Boden eines Programms aufnehmen, das den Arbeiterinteressen entspricht, das den tatsächlichen Bruch mit der Bourgeoisie bedeutet, dann können wir uns mit ihnen verständigen, auch wenn wir in der Parteifrage noch auseinander gehen*."

Der SPÖ-Parteitag von Ende Oktober 1947 bedeutete einen weiteren Schritt in der Konsolidierung des Kurses des rechten Parteiflügels um Schärf und Helmer. Gleichzeitig trat dort die SP-Opposition organisierter auf als im Jahr zuvor. Die IKÖ war der Ansicht, dass „sogar im frisierten Bericht der ‚AZ'"[70] die parteiinternen Widersprüche durchschienen. Die rechte Parteiführung hätte

> „den Parteitag bürokratisch vorbereitet, um die zu erwartende Kritik möglichst abzuschwächen. Die Resolutionen und Anträge der Bezirksorganisationen wurden nicht wie im Vorjahr von der ‚AZ' veröffentlicht, sondern in einem eigenen Heftchen den Delegierten erst kurz vor der Eröffnung des Parteitages zugänglich

[69] *Zur „Linken" in der Sozialistischen Partei*, Spartakist Nr.17, März 1947
[70] *Der Parteitag der SPÖ*, Spartakist Nr.25, November 1947

gemacht, und einzelne Resolutionen, wie z.B. die der Sozialistischen Jugend, auch hier nur gekürzt und entstellt wiedergegeben."

Den entscheidenden Fragen der Koalitionspolitik und der Lohn-Preis-Entwicklung sei die Parteiführung erneut geschickt ausgewichen, was dazu beigetragen habe, dass sie erneut ein Mandat zur Fortsetzung ihrer Politik erhalten habe. Bei dem beschlossenen so genannten Aktionsprogramm handle es sich um eine papierene Augenauswischerei, bei der es vor allem darum gehe, wirklichen Aktionen auszuweichen. In der Frage der Außenpolitik hätte die SP-Führung zwar von der so genannten *dritten Kraft* geredet und wolle es sich auch mit der Sowjetbürokratie nicht völlig verscherzen, in Wirklichkeit hätte sie aber „auf die Karte der englischen Labour Party" und die „Fortdauer der amerikanischen Dollar-Unterstützung" gesetzt. Die Richtlinie des proletarischen Internationalismus, *Der Hauptfeind eines jeden Volkes steht im eigenen Land!*, würde von der SPÖ negiert, sie laviere lieber „auf der Basis des bürgerlichen Diplomatierens".

Die Opposition sei im Unterschied zum vorjährigen Parteitag „weit stärker" und „besser vorbereitet" aufgetreten und habe aus zwei Gruppen bestanden: Die erste gruppierte sich um Scharf, ihre Resolution, die von 44 Delegierten unterstützt wurde, verlangte einen schärferen Kurs gegen die ÖVP. „Die politische Schwäche der Führung dieser Gruppe besteht darin, dass sie mit der Sowjetbürokratie liebäugelt, auch wenn sie sich in Worten gegenüber der österreichischen Stalinpartei abgrenzt."

Die zweite Oppositionsgruppe kam aus der Sozialistischen Jugend. Sie drückte nach Ansicht der IKÖ ebenfalls den Druck von unzufriedenen Arbeiter/inne/n aus. Ihre Resolution, die einen entschiedeneren Kampf gegen die ÖVP forderte und mit 170 zu 11 Stimmen abgelehnt wurde, sei zu allgemein und abstrakt. Sie beinhalte keine konkreten Forderungen und würde deshalb nicht angeben, wie der Kampf gegen die ÖVP geführt werden solle. „Ohne diese Ergänzung verwandelt sich die ‚linkeste' Resolution in eine linke Phrase. Die größte Schwäche dieser Resolution besteht darin, dass sie nicht grundsätzlich gegen die Koalitionspolitik Stellung nimmt."

Im Februar 1948 ging die IKÖ schließlich grundlegend auf die Rolle der Sozialdemokratie in Österreich ein:

> „Einen sehr wichtigen Faktor in der Politik der österreichischen Bourgeoisie, sowohl nach außen wie nach innen, bildet die SP. (...) Der Einfluss der SP auf die Massen und auch ihre internationalen Beziehungen sind der österreichischen Bourgeoisie unentbehrlich geworden. Deshalb das gute Einvernehmen in der Koalition (...), deshalb aber auch der unverhältnismäßig große Einfluss der SP in Österreich."[71]

Das sozialdemokratische Gerede von der dritten Kraft treffe sich haargenau mit der Linie des

> „immer wieder ausgesprochenen Wunschtraums der österreichischen Bourgeoisie von einer ‚österreichischen Schweiz', deren Neutralität von den Großmächten garantiert werden soll. (...) Aber die SP erweist sich nicht nur in der Außenpolitik, sondern erst recht in der Innenpolitik als braver Lakai der Bourgeoisie. Ihr

[71] *Die Rolle der SP in Oesterreich*, Spartakist Nr.29, Februar 1948

Hauptfeuer richtet sie auf die Stalinpartei und leistet damit der Bourgeoisie die besten Dienste. (...)

Und wie stellen sich die SP-‚Linken' dazu? Auch für sie ist die Koalitionspolitik nur eine Frage der Taktik, aber keine klassenfremde Linie, die den klassenfremden Interessen der SP- und Stalinbürokratie entspringt. Aber das können die Scharf, Czernetz & Co. nicht ‚begreifen', weil sie eben selbst zur Bürokratie gehören, zwar zu ihrem linken, schmollenden Flügel, aber eben doch zur Bürokratie.

Die bürokratische SP-Führung muss bei ihrem Handeln Rücksicht auf ihre Arbeitergefolgschaft nehmen. Ohne diese Basis ist ihre bürokratische Existenz bedroht, ohne diese Basis verliert sie jeden Wert als Koalitionspartner für die Bourgeoisie. Um sich den Arbeiterschwanz zu erhalten, kämpft die Bürokratie für Reformen. Aber sie ist dabei ängstlich bemüht, bei diesem ‚Kampf' jede Mobilisierung der Massen zu vermeiden. Der tatsächliche ‚Kampf' spielt sich hier hinter den Kulissen ab, wo am Verhandlungstisch mit der Bourgeoisie die einzelnen Gesetze ausgeschachert werden. Was die SP-Bürokraten hiezu in Parlament, Arbeiterkammer, Versammlungen usw. reden, dient nur als Staffage, ist nur Scheinkampf."

Im Winter 1948/1949 beschäftigte sich die IKÖ anlässlich des Ausschlusses von Scharf aus der SPÖ erneut ausführlich mit internen Konflikten in der Sozialdemokratie. Eingangs warf man einen kurzen Blick auf die Meinungsverschiedenheiten über Lohnerhöhungen zwischen der Parteiführung einerseits und den Gewerkschaftsführern Johann Böhm, Friedrich Hillegeist und Karl Mantler andererseits und stellte fest,

„dass es sich hier um taktische Differenzen unter Bürokraten handelt. Die Böhm & Co. wünschen beileibe keinen proletarischen Klassenkampf. Sie fürchten die außerparlamentarische Mobilisierung der Massen ebenso sehr wie die Schärf & Co. Doch dürfen die *Gründe* dieser Differenzen nicht ignoriert werden: Die Auflehnung der Arbeiter gegen die Fortsetzung der gegenwärtigen Politik der SP. Ihr Druck wirkt sich auf die Mantler & Co. viel unmittelbarer aus als auf die Parteibürokratie (...)."[72]

Anschließend wandte sich der Beitrag der Opposition in den sozialdemokratischen Jugendorganisationen zu:

„Je weiter nach rechts die Führung der SP geht, desto mehr werden die vorgeschrittenen Teile ihrer Basis nach links getrieben. Zu gleicher Zeit muss aber auch die Differenzierung und Kristallisation unter den mehr oder weniger linken Strömungen fortschreiten. So sind z.B. die Entwicklungstendenzen der führenden Kerne der SJ und der Sozialistischen Studenten in den letzten Monaten noch klarer zum Ausdruck gekommen.

Die Sozialistischen Studenten waren die einzigen, die auf dem letzten Parteitag mit einer oppositionellen politischen Resolution hervorgetreten sind. Ihre Stellung in der Frage der Koalitionspolitik ist zwar noch sehr unklar, doch ihre Reso-

[72] *Die Krise in der SPÖ*, Spartakist Nr.39/40, Dez.48/Jan.49

lution und ihr mutiges Auftreten gegen die Parteibürokratie zeigen, dass sie ernstlich den Weg nach links suchen."

Die wesentlichere Organisation sei aber die SJ, in der in der Frage des Bundesheeres drei Strömungen sichtbar geworden wären: der rechte Flügel um den Verbandssekretär Paul Blau, die „Mitte" um den Verbandsobmann Peter Strasser und der linke Flügel um den zweiten Verbandsobmann und Schulungsreferenten Hindels. Hindels hätte zwar richtig erkannt, dass die Arbeiterklasse vor der Verwirklichung des Sozialismus nicht pazifistisch sein dürfe, dass der Geist eines Heeres vom Offizierskorps bestimmt wird und das österreichische Bundesheer eine Waffe der Kapitalisten sein würde. Dass Hindels *zum Schutz der Grenzen* statt dem Bundesheer auf Großmachtgarantien und strikte Neutralität setzen wolle, hätte gezeigt, dass Hindels letztendlich doch ein Reformist sei, der auf die „revolutionäre Kampfkraft des Weltproletariats" lieber verzichtet. Letztlich hätte sich in der SJ eine Kompromissresolution durchgesetzt, über die von der Parteiführung drüber gefahren worden sei.

Über die Ernsthaftigkeit einer linken Opposition entscheide aber letztlich die Praxis – und dabei hätte die SJ-Führung versagt. Nicht nur, dass die SJ anlässlich des neuen Jugendschutzgesetzes, das viele Forderungen der Jugendlichen nicht erfüllte, eine gemeinsame Demonstration mit den stalinistischen Jugendorganisationen sektiererisch sabotiert und dadurch den tatsächlichen Kampf für ihre Forderungen hintertrieben hätte. Vor allem der Parteitag hätte

> „der SJ-Führung Gelegenheit geboten, sich gegen die ins Verderben führende Politik der Schärf & Co. aufzulehnen. Auf dem kurz vorher stattgefundenen SJ-Verbandstag hätte sie ihre gesamte Organisation darauf vorbereiten können. Nichts dergleichen geschah! Die SJ trat mit keiner oppositionellen Resolution auf und unterstützte nicht einmal die der Sozialistischen Studenten! (...)
>
> Es besteht kein Zweifel mehr, dass es sich Strasser und Hindels zur Aufgabe gemacht haben, das ‚revolutionäre Gewissen der Partei', d.h. in Wirklichkeit die scheinlinke Deckung der Schärf, Helmer & Co. zu werden. In der Praxis bemühen sie sich, der SP den Nachwuchs an Funktionären heranzubilden. Sie haben große Teile der SJ fest in der Hand, erwecken bei diesen politische Hoffnungen und Illusionen. (...) Zum Unterschied von der aufrecht-proletarischen Tendenz der Studenten und von der prostalinistischen Erwin Scharfs bemühen sich die Führer der SJ, diese zum linken Flügel des ‚demokratischen Sozialismus' auszubauen."

Auch in diesen Passagen wird deutlich, dass die IKÖ zu diesem Zeitpunkt die größten Hoffnungen auf die Opposition der sozialdemokratischen Student/inn/en setzte. Mit einigen von ihnen sollte sich schließlich ja auch eine kurzzeitige Zusammenarbeit bei der Herausgabe der Fraktionszeitung *Der Sozialist* ergeben. In späterer Folge sollte sich jedoch herausstellen, dass diese studentische Opposition nicht die gewünschte Konsequenz aufbrachte und auch weniger langlebig war als die Strömung um Hindels. Auf die Hindels-Opposition und ihre Anhänger/innen sollte sich die IKÖ schließlich über längere Zeit orientieren, etliche ihrer Genoss/inn/en intervenierten später als Fraktionsarbeiter/innen oder Entrist/inn/en in dieser Strömung, während man in der Scharf-Gruppe nur einen Genossen drinnen hatte.

Scharf war nach der Veröffentlichung seiner Broschüre *Ich darf nicht schweigen* im Herbst 1948 aus der SPÖ ausgeschlossen worden. Er begann mit der Herausgabe der Wochenzeitung *Neuer Vorwärts*. Die Einschätzung der IKÖ:

> „Dieser Zeitung wird in Arbeiterkreisen ein mehr erwartungsvolles als zustimmendes Interesse entgegengebracht. Scharf hat bisher drei öffentliche Versammlungen abgehalten, von welchen jedenfalls die letzte am 12.12. in Wien ein Erfolg für ihn war. Die SP-Bürokratie versuchte sie zu stören. Ihrer provokatorischen Aufforderung, die Sozialisten mögen demonstrativ den Saal verlassen, folgten nur einige wenige. Die ganze Störaktion endete mit einem kläglichen Fiasko der SP-Bürokratie."

Die Politik Scharfs sei auch nicht besser als die von Hindels, weil er die Bildung der Konzentrationsregierung nach 1945 wegen „der politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten jener Zeit"[73] für richtig hält, während die IKÖ auseinandersetzt, dass diese Regierung nur dem kapitalistischen Wiederaufbau und der Festigung der Macht der Bourgeoisie genutzt und den Arbeiter/inne/n geschadet hätte.

> „Scharf lehnt die Koalitionspolitik nicht grundsätzlich ab und tritt folgerichtig auch für die ‚Demokratisierung des Staatsapparates' mittels der Infiltration von sozialistischen Beamten ein.
>
> Aber während die Führer der SJ der sagenhaften ‚dritten Kraft' huldigen, macht Scharf der ‚Volksdemokratie' die Mauer. Die Sprecher der SJ sind labouristisch, Scharf ist stalinistisch orientiert. (...) Im Wesentlichen fußt seine Politik trotz aller Worte nicht auf der revolutionären Kampfkraft der Massen, sondern auf bürokratischen Kombinationen und Manövern (...).
>
> Er tritt für die ‚Verteidigung der SU' ein, was für ihn die Billigung des Stalinschen Regimes einschließt. (...) Dort, wo Scharf die SU gegen den Imperialismus verteidigt, muss er unterstützt und dort, wo er der Parole ‚Wer die Russen kritisiert ist eine Feind der SU!' folgt, muss er bekämpft werden."[74]

Abschließend fasste die IKÖ zusammen: „Die Stellung des Proletariats zur Koalitionspolitik ist eine grundsätzliche und keine taktische Frage. Das nächste politische Ziel der ehrlichen SP-Oppositionellen und aller vorgeschrittenen Arbeiter muss daher lauten: *Bruch mit der ÖVP, mit der gesamten Bourgeoisie! Grundsätzlicher Bruch mit der Koalitionspolitik!*" Die Koalitionsregierung müsse gestürzt und durch eine auf Organe und Aktionen der Massen gestützte Regierung aus Vertretern von SPÖ, KPÖ und ÖGB ersetzt werden: „*Vorwärts zur kapitalistenfreien Regierung!*" Da die Reformisten jeden Schritt in diese Richtung mit Korrumpierung, Verleumdung und Terror bekämpfen würden, wäre es „notwendig, dass sich die vorhandenen ehrlich-linken Strömungen *zu festen und disziplinierten Gruppen organisieren!*"

---

[73] Erwin Scharf: *Ich darf nicht schweigen*, zitiert nach: *Die Krise in der SPÖ*, Spartakist Nr.39/40, Dez.48/Jan.49

[74] *Die Krise in der SPÖ*, Spartakist Nr.39/40, Dez.48/Jan.49

Auch in der Resolution der zweiten Konferenz der IKÖ vom Februar 1949, der letzten Konferenz vor der Spaltung zwischen Fraktionsarbeiter/inne/n und Entrist/inn/en, wurde klarerweise auf die Sozialdemokratie eingegangen:[75]

> „Die SP nimmt offen das ‚Gelingen' des kapitalistischen Wiederaufbaues, die ‚Rettung vor dem Chaos', ‚vor der Inflation' usw. für sich in Anspruch. Sie drückt damit nur aus, dass ihre Politik identisch ist mit der Politik des weitsichtigen Teils der Bourgeoisie, der sich angesichts des völligen Zusammenbruchs 1945 zur offenen Zusammenarbeit mit der SP entschließen musste, um das kapitalistische Wrack wieder einigermaßen seetüchtig zu machen. Die ‚Staatspolitik' der SP, ihre Berücksichtigung der ‚staatspolitischen Notwendigkeiten' hat die heutige Lage der Massen herbeigeführt, andererseits die Bourgeoisie wieder fest in den Sattel gesetzt. (...) Allen Rauboffensiven der Bourgeoisie hat die SP willig den Weg geöffnet. Worauf sie sich beschränkte, waren bestenfalls Herabmilderungen des Raubes (...)."

Die stalinistische Besatzungspolitik hätte wesentlich dazu beigetragen, dass sich die SPÖ trotz der Rechtsentwicklung ihrer Führung die Gefolgschaft der Hauptmassen des Proletariats weiterhin sichern konnte. Die Verbürgerlichung der SP-Spitze zeige sich darin, dass sie seit 1945 jeder Massenmobilisierung systematisch aus dem Wege gehe und dass die Partei von den SP-Ministern beherrscht werde: „Die Partei als gefügiges Instrument der in der kapitalistischen Regierung sitzenden SP-Spitze bedeutet natürlich, dass sie in bestimmtem Grade selbst mit den kapitalistischen Staate verschmilzt, Regierungsinstrument wird."

Die SPÖ-Führung hätte sich restlos der Kooperation mit der Kapitalistenklasse verschrieben und der Bourgeoisie alle Trümpfe in die Hände gespielt, wofür sie von dieser ebenso bedankt werden würde wie 1934. Der Parteitag vom November 1948 hätte einen neuerlichen Ruck der Führung nach rechts gebracht. „Der Ausschluss Scharfs nötigte diesmal nicht einmal die SP-Spitze, ein scheinlinkes Manöver durchzuführen: sie stempelte Scharf zum Agenten Moskaus und hofft so ihm die Sympathien der Arbeiter zu entziehen." Gleichzeitig würde sich aber die Basis der SPÖ nach links verschieben, was durch „wachsende Unzufriedenheit der der SP folgenden Arbeiter, die in den verschiedenen Bewegungen in den Betrieben zutage tritt", seinen Ausdruck fände. Diese nach links weisenden Tendenzen in der Arbeiter/innen/schaft, die hier beschrieben wurden, waren Ende der 1940er Jahre durchaus vorhanden und wurden sowohl im Schuharbeiter/innen/streik als auch im Oktoberstreik sichtbar, sie wurden aber von der IKÖ zweifellos überschätzt.

Ein Monat später beschäftigte sich die IKÖ mit den Perspektiven der „Scharfbewegung".[76] Das politische Ergebnis der ersten Konferenz der *fortschrittlichen Sozialisten* sei äußerst schwach, was kein Zufall sei:

> „So vermeidet Scharf und der von ihm geleitete ‚Neue Vorwärts' auch weiterhin jede Abgrenzung vom Stalinismus und seinen bürokratisch-polizeilichen Unter-

[75] *Die Lage und ihre Perspektiven* (Resolution der zweiten Konferenz der IKÖ, Mitte Februar 1949), Spartakist Nr.42, März 1949

[76] *Wohin geht die Scharfbewegung?*, Spartakist Nr.43, April 1949

> drückungsmethoden. Er verzichtet auch weiterhin auf die Propagierung eines revolutionären Aktionsprogramms, das einzig und allein imstande ist, die Arbeiterklasse im Kampfe um ihre unmittelbaren Tagesinteressen zu mobilisieren (...)."

Scharf wolle den Klassenkampf „durch bürokratisch-parlamentarische Kombinationen ersetzen" und orientiere seine Bewegung auf Wahlkämpfe. Seine Ausrichtung auf die „Zusammenarbeit mit den demokratischen Mittelschichten" zeige seinen stalinistischen Grundcharakter:

> „Genau wie die Stalinbürokratie will Scharf den Klassenkampf mit der Bourgeoisie durch einen Kampf um die Bourgeoisie ersetzen. Das ist dieselbe Katastrophenpolitik, mit der die Kremlclique die Arbeiterklasse Westeuropas von den Höhen des proletarischen Klassenkampfes 1945/46 in die heutige Lage geführt hat – die Bourgeoisie ist dabei immer stärker geworden."

Anlässlich der Nationalratswahlen von 1949 argumentierte die IKÖ, dass es gelte, einen Wahlsieg der bürgerlichen Parteien zu verhindern, dass Stimmenthaltung unter den damaligen Bedingungen „der erste Schritt in die Indifferenz" wäre und dass eine Eigenkandidatur aufgrund der illegalen Existenz unter dem Besatzungsregime, aufgrund der organisatorischen Schwäche und dem Stand des Massenbewusstseins nicht in Frage käme.[77] Deshalb wäre es notwendig, für die SPÖ zu stimmen. Die Hauptausrede der SP-Führung zur Entschuldigung ihres Verrates wäre, dass sie nicht die parlamentarische Mehrheit besitze. „Wird die SP zur Mehrheitspartei, dann fällt diese wichtigste Ausrede weg" – was eine wichtige Voraussetzung für einen nachhaltigen Differenzierungsprozess in der SPÖ schaffen könne. Obwohl vorübergehend auch Illusionen in die SPÖ steigen würden, wäre dieser Effekt doch der nachhaltigere. Die besondere Aufgabe der IKÖ werde sein, „den fortgeschrittenen Arbeitern zu zeigen, dass alle schönen Versprechungen der SP nicht verwirklicht werden können im Bündnis mit der Bourgeoisie", sondern nur durch eine kapitalistenfreie Regierung, die sich auf die Organisationen und außerparlamentarischen Kämpfe der Arbeiterklasse stützen müsse. Außerdem rief die IKÖ dazu auf, „die mit der Bourgeoisie besonders eng verbundenen Spitzenkandidaten der SP, die Schärf, Helmer & Co.", von den Listen zu streichen. Die Wahltaktik der IKÖ könne sich – so die Resolution wohl in Hinblick auf den Druck, dem die IKÖ-Mitglieder in den Betrieben von Seiten der SP-Arbeiter/innen ausgesetzt waren nur bewähren,

> „wenn wir sie mit der revolutionären Kritik an der SP verbinden. Unsere Wahltaktik darf auf keinen Fall zu einer plumpen Anpassung an die Stimmungen und an die Vorurteile der SP-Arbeiter werden. Wir sagen diesen Arbeitern die Wahrheit über die Koalitionspolitik und ihre Folge: die Stärkung der Bourgeoisie! Über die durch die SP genährten parlamentarischen Illusionen und die Wirklichkeit, die durch diese Illusionen verdeckt wird: die Stabilisierung der kapitalistischen Staatsmaschine, das Wiederhervorholen der Faschisten, die wirklichen Absichten der Bourgeoisie gegenüber der Arbeiterklasse! Wir zeigen den Arbei-

[77] *Unsere Stellung zu den Oktoberwahlen: Wir stimmen für die Liste der SP!*, Spartakist Nr.48, September 1949

tern, dass diese Gefahren nicht durch den Stimmzettel, sondern nur durch den außerparlamentarischen Massenkampf gebannt werden können."

Nach der Spaltung der IKÖ spielte die Einschätzung der Entwicklungen in der SPÖ klarerweise weiter eine wichtige Rolle. Grundsätzlich kann gesagt werden, dass beide IKÖ-Teile von einer Verschärfung der ökonomischen Widersprüche, der sozialen Konflikte und in der Folge auch der Differenzierung in der Sozialdemokratie ausgingen, wobei die IKÖ (O) generell eine schnellere und massivere Entwicklung erwartete als die Mehrheit. Dementsprechend fielen auch die verschiedenen Kommentare aus – so zum Beispiel einer der IKÖ (O) im November 1949:

> „Nunmehr hat der vor zwei Wochen zu Ende gegangene Parteitag der SPÖ das offene Hervortreten der SJ-Opposition gezeigt. Wir wollen ihren derzeitigen linskreformistischen-zentristischen Charakter durchaus nicht übersehen. Aber diese Opposition hat jetzt die Erfahrung des letzten Jahres, das Hervortreten Scharfs und sein Ende beim Stalinismus gesehen. Wenn sie heuer auf dem Parteitag dennoch als Opposition hervortrat, dann heißt das, dass sie sich, wenn auch mit vielen Grundschwächen, sowohl gegen die Rechten in der SP als auch gegen den Stalinismus wendet. Das Auftreten der SJ-Opposition fällt aber zusammen mit einer neuen Situation in der österreichischen Arbeiterbewegung, ja, sie selbst signalisiert diese neue Situation. Die furchtbare Lage der Massen nach vier Jahren kapitalistischen ‚Wiederaufbaues' hat zu Streiks ernsteren Charakters als bisher geführt, in welchen die Massen die ununterbrochen absinkende Tendenz ihrer Lebenshaltung aufzuhalten versuchen. Selbst die SP-Bürokratie muss teilweise mit dem Feuer zu spielen beginnen und einzelne Lohnkämpfe bis zum Streik führen.
>
> Was heute also vorliegt, ist ein Zusammentreffen von günstigen objektiven und subjektiven Bedingungen, d.h. der Bewegung in den Massen und dem Auftreten der SJ-Opposition auf dem Parteitag der SP. Dieses Zusammentreffen erfordert unsererseits ein entschiedenes Handeln, wenn nicht aufs Neue kostbare, ja unersetzliche Zeit und Kraft verloren gehen soll. (...) Die intensive, konzentrierte Tätigkeit in der SP macht den Totaleintritt notwendig. Sie macht ferner die Konzentration unserer Kräfte auf die aussichtsreichsten Punkte (SJ, Jungwählergruppen) erforderlich."[78]

Drei Monate später setzte die IKÖ (O) nach und beschäftigte sich im Zuge dessen auch mit der Einschätzung der SPÖ. Den überragenden Einfluss in der Arbeiterklasse behaupte nach wie vor die SPÖ, was bedeute, dass die Bourgeoisie, um das Proletariat niederzuschlagen, zuerst den Masseneinfluss der SP zersetzen müsse. Der Scharf-Gruppe fehle jede politische Perspektive, ihr inneres Regime sei durch einen lähmenden Bürokratismus charakterisiert, eine Intervention in ihre Richtung sei sinnlos. In der SPÖ fände man hingegen eine günstige Lage vor:

> „Die Erfahrung mit der Scharf-Tendenz liegt nunmehr hinter den Arbeitern. Sie zu erledigen, fiel der SP-Bürokratie relativ leicht, weil sie Scharf als Agenten der Kremlbürokratie bezeichnen und damit bei den Arbeitern abtun konnte. Anders

[78] *Unsere nächsten Aufgaben*, Mitteilungsblatt der Opposition der IKÖ Nr.2, 21. November 1949

aber verhält es sich mit den verbliebenen oppositionellen Strömungen oder Ansätzen dazu. Die entwickeltste ist hier die SJ-Opposition, die auch auf dem letzten Parteitag hervorgetreten ist. Obwohl sie bei den Abstimmungen eine verschwindende Minderheit blieb, fand sie in der Debatte doch die indirekte Unterstützung einer ganzen Reihe von Arbeiterdelegierten. Die seitherige Entwicklung in der SJ und die verschärfte Haltung der Parteiführung ihr gegenüber berechtigen zu der Annahme, dass sich in der SJ und um sie herum der Grundkader des kommenden linken Flügels der SP herausbilden wird. Entscheidender als das ist jedoch die Tatsache, dass die sich anbahnende neue Etappe des Klassenkampfes die oppositionellen Strömungen in der SP vertiefen und verbreitern wird. Es muss uns daher gelingen, in dieser objektiv günstigen Lage wirksam einzugreifen, um in der kommenden Etappe unser Programm in den fortgeschrittenen Teilen der österreichischen Arbeiterbewegung zu verwurzeln. Das kann jedoch nicht gelingen durch irgendwelche Einwirkung ‚von außen', sondern einzig und allein durch den organisierten Einsatz aller unserer Kräfte im Rahmen der SP."[79]

Die IKÖ-Mehrheit, die – in Übereinstimmung mit der IKÖ (O) – auch bei den Bundespräsidentenwahlen 1951 für den SPÖ-Kandidaten aufgerufen hatte,[80] widmete sich bei der 3. Konferenz der IKÖ wieder einer genaueren Einschätzung der Entwicklung (in) der SPÖ. Die von Drexler vorgelegte Resolution *Die Lage und unsere Aufgaben*[81] kommt zu folgenden Ergebnissen:

„Die SP-Bürokratie hat sich in den letzten Jahren in doppelter Hinsicht als Lakai der Bourgeoisie bewährt. Sie war nicht nur die verlässlichste Bremse bei der Entwicklung des Massenkampfes, sondern sie hat auch der Bourgeoisie die Hauptlast des Kampfes gegen die volksdemokratische Gefahr abgenommen. Die SP ist nicht nur eine reformistische sondern auch eine staatserhaltende Partei geworden. Dementsprechend entwickelt sich auch ihre Ideologie immer mehr zu einer rein bürgerlichen. In internationalen Fragen hat sie überhaupt keine eigene Linie mehr, sondern (ist) 100%ig auf die Linie der ‚demokratischen' Imperialisten übergegangen. Die unabhängige dritte Kraft des ‚demokratischen Sozialismus' ist in die Versenkung gefallen. (...)

Der beispiellose Verrat der SP-Politik an den Interessen der Arbeiterklasse, ihre immer offensichtlicher werdende Verbürgerlichung, führte zur Entstehung von oppositionellen Tendenzen innerhalb der Partei. Die Scharfopposition, deren Einschätzung und Perspektiven auf der 2. Konferenz noch eine gewisse Rolle spielte, hat durch ihren Übergang auf die Linie der Stalinpartei und deren offen zutage tretende Abhängigkeit vom Kreml jeden Kredit innerhalb der SP-Arbeiterschaft verloren. Sie ist heute als SAP zu einer Gruppe ohne jeder Perspektive geworden. Die ernsteste und wichtigste der oppositionellen Strömungen in der SP ist die innerhalb der Betriebsarbeiterschaft. Allerdings ist sie zugleich die unorganisierteste. Sie trat besonders in der Provinz in den Oktobertagen stark

[79] *Unsere nächsten Aufgaben*, Mitteilungsblatt der Opposition der IKÖ Nr.5, 15. Feber 1950
[80] *Wir stimmen für den Kandidaten der SP!*, Spartakist Nr.62-64, Jänner-März 1951
[81] *Die Lage und unsere Aufgaben*, Resolution der 3. Konferenz der IKÖ (im Anhang des Konferenzprotokolls)

in den Vordergrund. Die oppositionelle Haltung der Betriebsarbeiter ist auch die Ursache dafür, dass eine Reihe von Gewerkschaftsbürokraten (Mantler, Hillegeist) in Opposition zum Parteivorstand stehen, denn die Gewerkschaftsbürokraten spüren den Druck aus den Betrieben viel unmittelbarer als die Spitzen der Partei. Die Opposition vieler Arbeiter gegen den Parteivorstand ist auch dadurch begründet, dass ihnen in den verstaatlichten Betrieben und im öffentlichen Dienst oft SP-Bürokraten in der Funktion von Unternehmensvertretern gegenübertreten. Weiters gibt es eine wichtige Opposition in der SJ. Diese ist gut organisiert und hat eine feste und entschlossene Führung. Die Linksopposition in der SJ hat ein zentristisches Programm, das vor allem für die Politisierung der Jugend, für verstärkten Klassenkampf gegen die Bourgeoisie, gegen die Koalitionsgesinnung (die Koalitionspolitik lehnen die Linken in der SJ nicht grundsätzlich ab) in der Partei, für eine sowohl von Russland als auch vom amerikanischen Imperialismus unabhängige Politik und für die Unterstützung der kolonialrevolutionären Bewegungen in Asien eintritt. Gegenüber Russland nehmen die Leute der linken Opposition in der SJ eine ultralinke Haltung ein. Diese Linie vertritt nur eine Handvoll Leute klar und konsequent, aber diese Leute sind sehr aktiv und hinter ihnen stehen der größte Teil der ehrlichen, kampfgewilltesten aber auch jüngsten und unerfahrensten Mitglieder der SJ. Wichtig ist auch, dass gleichzeitig die Gesamtbewegung der SJ in der Provinz zumindest stagniert und in Wien stark zurückgeht. Die Opposition innerhalb der sozialistischen Studenten, der wir auf der 2. Konferenz noch einige Aufmerksamkeit schenkten ist völlig bedeutungslos geworden. Sie ist über das Dreschen von einigen revolutionären Phrasen nicht hinaus gekommen und hat keine einzige ernste Tat gesetzt. Eine wichtige Rolle spielt Hindels innerhalb der oppositionellen Strömungen in der SP. Er war der Führer und Theoretiker der Opposition in der SJ und versucht jetzt innerhalb der Partei mit seinen Auffassungen Fuß zu fassen. (...) Die Opposition der Hindels-Gruppe außerhalb der SJ, hat bis jetzt noch keine große Bedeutung erlangt, da sie über ein Theoretisieren noch nicht hinauskam und es ihr auch noch nicht gelang, innerhalb der Betriebsarbeiterschaft Fuß zu fassen. (...)

Die Perspektiven der oppositionellen Strömungen innerhalb der SP hängen von verschiedenen Faktoren ab. Eine große Gefahr für die Opposition in der SJ besteht darin, wenn sie sich aus der Organisation hinausdrängen [lässt] oder gar eine Spaltung provoziert. Auf sich selbst gestellt würde sie bald zugrunde gehen. Wenn sie es versteht durch kluges taktisches Verhalten innerhalb der Gesamtorganisation zu bleiben und dabei an Hand ihrer eigenen Erfahrungen und auch mit unserer Hilfe zu lernen, sich allmählich ein revolutionäres Programm anzueignen, dann kann sie ein ernster Kern für eine revolutionäre Opposition innerhalb der SP, der bei der Herausbildung einer revolutionären Klassenpartei eine wichtige Rolle spielen wird, werden. Die Perspektiven der Opposition innerhalb der Betriebsarbeiterschaft hängen in noch viel größerem Maße von ihren Erfahrungen und von der Möglichkeit solche Erfahrungen zu sammeln ab. Wenn es in den kommenden Kämpfen keine allzu schweren Niederlagen gibt, vielleicht sogar kleinere Erfolge gibt, dann sind die Aussichten für die Entwicklung dieser Oppo-

> sition günstig. Für die Entwicklung einer revolutionären Opposition sind aber die Aussichten bei den Betriebsarbeitern ungünstiger als bei der Jugend, denn es handelt sich hier zum großen Teil um ältere und schwerfälligere Elemente. (...) Wenn die Hindelsgruppe innerhalb der Partei sich weiterentwickeln will, muss sie sich unbedingt dieser Betriebsarbeiter annehmen. Diese sind aber sehr misstrauisch und sie werden sie erst dann als Führung anerkennen, wenn sie ihnen durch Taten und nicht nur immer in Worten beweisen, dass sie einen anderen, besseren Weg wissen als die SP-Gewerkschaftsspitzen."

Hatte die IKÖ angesichts der Budgetkrise Ende 1952 und noch nach den Nationalratswahlen von Anfang 1953, bei denen sie erneut für die SPÖ aufgerufen hatte,[82] mit einer Verschärfung der Klassengegensätze und den entsprechenden Auswirkungen auf die SPÖ gerechnet, musste sie sich Ende 1953 korrigieren:[83] Die SPÖ-Führung sei nicht, wie erwartet, vom Druck der Basis zu einem verstärkten Kampf gegen die ÖVP gezwungen worden, sondern hätte im Gegenteil ihre rechte Politik fortsetzen können, ohne ernstlich Gefahr zu laufen, ihren Arbeiteranhang zu verlieren. Das sei einerseits darauf zurückzuführen, dass wegen der Frage des Staatsvertrages und wegen der Ereignisse in der DDR die Konkurrenz der KPÖ bei den Massen immer mehr wegfalle – was sich beispielsweise bei den letzten Betriebsratswahlen gezeigt hätte. Andererseits hätte

> „die wirtschaftliche Krise nicht jene Formen angenommen, die wir vor einem Jahr eingeschätzt haben, wodurch die reformistische Politik noch eine gewisse Basis behält. (...) Der Parteitag anfangs November verlief ‚programmgemäß'. Die Führung kann auf gewisse Erfolge (Februarwahlen, Betriebsrätewahlen, Mitgliederzuwachs) hinweisen, wodurch die Kritik an der Gesamtpolitik, also vor allem an der Koalitionspolitik, jeden Boden verloren hat. In dieser Hinsicht wurde nicht das leiseste Wort einer Kritik laut."

Die IKÖ registrierte damit durchaus die Stabilisierung des Kapitalismus, die auch der Arbeiter/innen/klasse seit Beginn der 1950er Jahre erstmals eine Verbesserung des Lebensstandards gebracht hatte und die durch den Beginn des so genannten *Wirtschaftswunders* 1953 und schließlich durch den Staatsvertrag auf politischer Ebene verfestigt wurde. Was die IKÖ nicht erkannte, war die relative Dauerhaftigkeit dieser Stabilisierung. Sie betrachtete die kapitalistischen Erfolge, die auch der anhaltenden reformistischen Dominanz in der Arbeiter/innen/klasse den Weg ebneten, vielmehr als vorübergehendes Phänomen. Während die IKÖ etwa das Aufbegehren der sozialistischen Betriebsräte/-rätinnen gegen die Gewerkschaftsführung auf der Betriebsrätekonferenz im Juni 1954, an dem die IKÖ selbst nicht unerheblichen Anteil hatte,[84] als Vorboten einer künftigen Zuspitzung ansah,[85] handelte es dabei eher um eine Art letztes Aufflackern eines proletarischen Widerstandes in der Nachkriegszeit, dem durch Wirtschaftsboom und sozialdemokratischen Reformismus immer mehr die Grundlage entzogen wurde. In der Folge sollte ab Mitte der 1950er Jahre die Hegemonie der

[82] *Zu den Nationalratswahlen: Wir stimmen für die Liste der SP!*, Spartakist Nr.72, Jänner 1953
[83] *Zur Lage in Österreich*, Spartakist Nr.79, November 1953
[84] siehe unten
[85] *Österreich – Wahlen in der Konjuktur*, Spartakist Nr.85, September 1954

rechten Parteiführung über die SPÖ weiter konsolidiert werden und sich die Hoffnungen der IKÖ auf einen deutlicheren Differenzierungsprozess in der Sozialdemokratie zerschlagen. Die Wiedervereinigung der IKÖ 1954 fiel somit in eine Phase, die sich für den Aufbau einer revolutionären Organisation im Allgemeinen und für die Arbeit in der Sozialdemokratie im Besonderen als äußerst unvorteilhaft herausstellen sollte.

6.4. Die Intervention in die Sozialdemokratie

Die IKÖ-Intervention in die Sozialdemokratie war – angesichts der fortdauernden Illegalität – keine offene Intervention der IKÖ als Organisation, sondern eine von einzelnen IKÖ-Mitgliedern, die freilich von der IKÖ politisch angeleitet und koordiniert wurde. Sie spielte sich in mehreren Bereichen ab: erstens in den Betrieben, wo die IKÖler/innen, die ja überwiegend Arbeiter/innen waren, versuchten, auf die SPÖ-Arbeiter/innen/schaft politisch einzuwirken, Diskussionen zu suchen, die Standpunkte der Organisation vorzubringen und gegebenenfalls auch verschiedene Publikationen, von denen sie in der Regel behaupteten, dass sie sie selbst bekommen hätten, weiterreichten. Sie traten dabei im Wesentlichen als kämpferische Arbeiter/innen und kritische SPÖler/innen auf, was bei denjenigen, die Betriebsräte waren, natürlich noch wirkungsvoller war. Zweitens agierten IKÖ-Mitglieder in SPÖ-Sektionen, wo sie ebenfalls als kritische Parteimitglieder in Erscheinung traten und versuchten, sich unter den SP-Genoss/inn/en zu verankern. Drittens intervenierten die IKÖler/innen bei Diskussionsveranstaltungen und -treffen der Hindels-Strömung, wo man sich nicht so sehr auf aktuelle Auseinandersetzungen und Diskussionen konzentrierte, und zwar ebenfalls nicht völlig offen, aber doch eindeutiger vorging – da der ehemalige Trotzkist Hindels ja ohnehin wusste, mit wem er es zu tun hatte. Im Folgenden soll anhand einiger Beispiele skizziert werden, mit welcher politischen Ausrichtung die IKÖ die Intervention in die Sozialdemokratie betrieb.

So wurde im Oktober 1948 vor allem im Bereich der Hindels-Opposition ein 12-seitiges Papier mit dem Titel *Vorwärts zum revolutionären Linkssozialismus!* in Umlauf gebracht, das mit *Revolutionäre Linkssozialisten* gezeichnet und am Anfang und am Ende mit dem Vermerk *Weitergeben!* versehen war. Es handelte sich im Wesentlichen um eine Kritik an der politischen Ausrichtung von Hindels. Positiv sei, dass Hindels – anhand der Fragen Koalitionspolitik, Klassenkampf und Staatsauffassung – die Frage des Unterschiedes zwischen Reformismus und Linkssozialismus angeschnitten habe,[86] denn viele Arbeiter würden sich längst über den Reformismus, dessen Resultate sie am eigenen Leib verspüren würden, Gedanken machen. Es stelle sich aber die Frage, ob Hindels wirklich eine über den Reformismus hinausweisende Alternative zu bieten habe – worauf dann anhand der drei von Hindels aufgeworfenen Fragen eingegangen wurde:

Hindels behaupte – mit dem Hinweis auf die sozialdemokratischen Alleinregierungen in Schweden und Großbritannien und mit Augenmerk auf die die Koalitionspolitik theoretisierende SPÖ-Führung –, dass Reformismus nicht notwendigerweise Koalitionspolitik bedeute. Tatsächlich aber – so die IKÖ – hätte Koalitionspolitik mit bür-

[86] in: Zukunft Nr.9, September 1948

gerlichen Kräften verschiedene Erscheinungsformen: die unverhüllte Zusammenarbeit der SP mit bürgerlichen Parteien, Tolerierungspolitik, „oppositionelle“ Politik, „rein sozialistische“ Regierungen. All diesen Formen der Koalitionspolitik sei

> „eine Grundeinstellung eigen: dass die kapitalistische Wirtschaft, der kapitalistische Staat vom Proletariat nicht revolutionär umgewälzt werden braucht, sondern dass der Sozialismus auf dem Wege von Reformen friedlich herbeigeführt werden könne. Diese Grundeinstellung ist für den Reformismus charakteristisch (...), ist seine politische Grundlinie (...) der Zusammenarbeit mit Bürgerlichen, sei es nun offen oder verdeckt. (...) In England und Schweden ist die Lage so, dass die nach wie vor an der Macht befindliche Kapitalistenklasse es für vorteilhafter *für die Erhaltung der kapitalistischen Macht in Wirtschaft und Staat* erachtet, wenn sie selbst aus der Regierung wegbleibt und sie der SP überlässt. Aber regieren heißt nicht, die Macht besitzen! Kapitän des kapitalistischen Schiffes bleibt die Kapitalistenklasse; die SP ist nur zum Steuermann avanciert! (...) Das grundlegend Wichtigste für die Kapitalistenklasse bleibt dabei, ob es sich um England, Schweden, Österreich oder sonst ein kapitalistisches Land handelt, die Erhaltung ihrer ökonomischen und politischen Macht. Und diese tastet die SP nirgends, auch nicht im ‚sozialistischen’ England, an. Sie kann sie gar nicht antasten, denn diese Macht ist nicht mit Reformen, sondern nur mit einer Revolution zu vernichten.“

Die Koalitionseinstellung und -politik sei „die Grundlinie jeder SP, und spiele sie sich noch so ‚links’ auf!“ Auch die SP wäre sowohl vor 1934 als auch zwischen 1934 und 1945 eine reformistische Partei gewesen und werde es auch sein, wenn sie einmal eine Alleinregierung bilden sollte.

> „Es ist klar, dass es für einen tatsächlichen revolutionären Linkssozialismus nur eine Wahl geben kann: den Weg zu sozialistischer Revolution zu betreten, mit dem Reformismus, seiner Koalitionsgrundlinie *prinzipiell* zu brechen.
>
> Hindels ist nicht auf diesem Wege. Für ihn ist die Koalition, die Zusammenarbeit mit der Kapitalistenklasse, mit ihren Parteien wenigstens zeitweise unvermeidlich. Er beteuert, dass die Linkssozialisten ‚keine sturen Dogmatiker’, ‚keine sektiererischen Prinzipienreiter’ sind. Sie lehnen nur die Koalition ‚auf lange Sicht’ ab. Besonders hebt er hervor, dass es außenpolitische Faktoren sein können, die eine zeitweise Koalition mit bürgerlichen Parteien notwendig machen. Für Hindels verwandelt sich daher die Frage der Koalitionslinie und -politik in eine *taktische* Frage.“

Die IKÖ war hingegen der Ansicht, dass gerade in der Zeit nach 1945, auf die sich Hindels bezieht, eine revolutionäre Politik die Position der Arbeiter/innen/klasse gestärkt hätte und angesichts der Zerrüttung der kapitalistischen Herrschaft sogar eine Machtergreifung der Arbeiter/innen/klasse, in deren Richtung diese ja instinktiv Schritte gesetzt hätte, möglich gewesen wäre. Die Argumentation von SPÖ und KPÖ, dass man dann verhungert und von den Besatzungsmächten erdrückt worden wäre, sei zwar kein Wunder, aber bürokratisch, nationalborniert und falsch. Die Übernahme der Betriebe durch die Arbeiter/innen/klasse hätte zu einem Elan der Arbeiter geführt, weil – trotz unzweifelhafter Schwierigkeiten bei Aufbau der Wirtschaft – die Früchte

der Arbeit nicht den kapitalistischen Geldsäcken, sondern den Arbeiter/inne/n selbst zugutegekommen wären.

Ein „Arbeiterösterreich“ hätte als revolutionärer Herd ausgestrahlt und auch auf die alliierten Soldaten seine Wirkung gehabt. Außerdem sei eine Besatzungsmacht ja auch die Stalinbürokratie, die so viel vom proletarischen Internationalismus spreche (und in die Gegenrichtung handle). Und „saßen nicht damals in Frankreich und Italien SP und Stalinpartei in der Regierung? Kam nicht im Sommer 1945 die Labour party ‚an die Macht'? Hätten sich SPÖ-KPÖ nicht an diese Regierungen wenden müssen, um das Vorgehen der Besatzung gegen die revolutionären Arbeiter zu verhindern?“ Hindels möge sich ehrlich Rechenschaft darüber geben: „Waren die Massen 1945 ihrer Macht näher als heute oder nicht, trotz Kriegsende und Besatzung?“

Selbst eine Niederlage einer revolutionären Erhebung hätte das Bewusstsein der Arbeiter/innen/klasse stärken können, während die kampflose Restauration des Kapitalismus bei den Arbeiter/inne/n das Gegenteil bewirkt hätte.

> „Heute haben sie, dank der Koalition ‚aus außenpolitischen Gründen' den wiederhergestellten Kapitalismus vor sich, die erstarkte Macht der Bourgeoisie, die wieder fest im Sattel sitzt. Allerdings, eines wäre bei dieser revolutionären Politik nicht möglich gewesen: die Besetzung von so und so viel Posten in Staat und Gemeinde durch die SP-Bürokratie, durch die Reformisten.
>
> (...) wer die zeitweise Zulässigkeit der Koalition bejaht, wer die Koalition für eine taktische Frage hält und nicht für eine prinzipielle, der macht den Reformisten nur die Mauer. (...) Die revolutionäre Linie, die Linie des proletarischen Klassenkampfes ist völlig unvereinbar mit jeder Koalitionseinstellung, mit jeder Koalitionsgesinnung, da sie, wie Hindels selbst richtig sagt, ‚... die Kampfkraft der Arbeiterklasse lähmt, die sozialistische Zielsetzung verdunkelt und, auf lange Sicht gesehen, die Partei in eine kleinbürgerliche Wohlfahrtseinrichtung verwandelt.'“

Anschließend wandte sich die IKÖ der Frage der Staatsauffassung zu. Nach einer kurzen Zusammenfassung der Entwicklung der Staatstheorie bei Marx und Engels,[87] die schließlich bei dem Ergebnis ankam, dass der bürgerliche Staat von der Arbeiterklasse nicht für ihre eigenen Zwecke benutzt werden könne, sondern zerschlagen werden müsse, werden die Ansichten von Hindels unter die Lupe genommen:

> „Hindels schildert die reformistische Staatsauffassung sehr gut. Ihr Wesen ist: es bleibt eigentlich alles beim Alten, der kapitalistische Machtapparat wird in seinem Kern nicht angerührt. Und Hindels erkennt, ‚dass der alte, nach den Bedürfnissen des Klassengegners gezimmerte Staatsapparat für die sozialistische Umgestaltung nicht brauchbar ist'. Aber was macht er aus dieser Erkenntnis? Er kommt zu dem Schluss, dass ‚es die vornehmste Aufgabe des sozialistischen Ministers ist, sich mit sozialistischen Beamten zu umgeben, die reaktionäre Bürokratie – und möge sie über noch so große Erfahrungen verfügen – auszuschalten'.

[87] siehe dazu: Christina Stojanovic: *Die Entwicklung der Staatstheorie bei Marx und Engels*, in: Marxismus Nr.2, Dezember 1994

(...) Hindels will also nicht bloß die ministerielle Spitze austauschen, sondern anstelle der alten kapitalistischen Sektionschefs sozialistische Beamte setzen, im übrigen also den Apparat, wie ihn die Bourgeoisie für ihre Zwecke aufrichtete, bestehen lassen. Aber dieser Apparat ist von oben bis unten durchaus auf die Niederhaltung der Massen eingespielt, er ist Unterdrückungsapparat der Bourgeoisie gegen die Massen. Und was Hindels richtig sieht für den ‚sozialistischen' Minister, dass er nämlich bald der Gefangene der alten Bürokraten ist, das gilt genauso für die sozialistischen Beamten. Auch sie werden sehr bald sich als ebenso brauchbare Organe der Massenniederhaltung erweisen. Sie werden vom übrigen kapitalistischen Apparat verschlugen werden. (...) Hier, in der Frage des Staatsapparats, kennt die Kapitalistenklasse kein Nachgeben. Sie ist für sie die entscheidende. Sie verzichtet sogar vorübergehend auf ihren Profit, wie 1917 in Russland, sabotiert selbst die Produktion – aber sie lässt in der Frage des Machtapparats nicht locker. Ja, die Aufrechterhaltung des entscheidenden kapitalistischen Kernapparats ist überhaupt Voraussetzung, bevor sie sich auf die Koalition, auf die ‚rein sozialistische' Regierung einlässt. (...)

Hindels ist also von der revolutionären Staatsauffassung meilenweit entfernt. So viel richtiges er auch zu der Frage der Staatsauffassung sagt: er verbleibt im Wesen durchaus auf dem Boden der reformistischen Staatsauffassung. Er unterscheidet sich von den Reformisten höchstens durch – eine Illusion mehr."

Zur Frage des Klassenkampfes formulierte die IKÖ, dass der Klassenkampf im Betrieb und auf der Straße für Revolutionäre der grundlegende Kampf sei, während das Parlament höchstens als Tribüne für revolutionäre Propaganda dienen könne und daher als Nebenkriegsschauplatz zu betrachten sei:

„Was Hindels von den Reformisten, besonders von den Neoreformisten, unterscheidet ist, dass ‚die Linkssozialisten die Beschränkung des Klassenkampfes auf die parlamentarische Tätigkeit ablehnen'. Gegen die ungeheure Macht der Bourgeoisie, sagt er richtig, kann das Proletariat nicht bloß mit dem Stimmzettel, nicht ausschließlich mit parlamentarischen Methoden kämpfen. Und für ‚bestimmte Situationen' verlangt er die Mobilisierung der Massen, um ‚den Klassengegner unter Druck zu setzen'."

Damit habe Hindels seinen wahren Standpunkt ausgesprochen: Er wolle lediglich mehr Druck ausüben und betrachte den Massenkampf als Hilfsdienst für den Parlamentarismus. Es gehe ihm nicht „um die Steigerung dieses Druckes bis zum Sturz der Bourgeoisie". Es sei aber schon ein Fortschritt, wenn Hindels die Notwendigkeit von außerparlamentarischen Aktionen erkenne. Er solle wenigstens mit diesem einen Punkt wirklich ernst machen. Jeder wirkliche Linkssozialist müsse jeden Schritt in diese Richtung unterstützen. Denn: „Dass die Ablehnung des Massenkampfes durch die Reformisten kein Zufall ist, ist klar. Sie wittern, dass die Aktion der beste Lehrmeister der Massen ist, ihr Selbstvertrauen hebt, ihr Kraftbewusstsein stärkt, sie zusammenschweißt."

Schließlich geht die IKÖ noch auf einige „Verdrehungen" ein, die sie Hindels anlastet: erstens die Bezeichnung des Stalinismus als Kommunismus und damit die Gleichsetzung der Politik der frühen Komintern mit der der Stalinbürokratie; zweitens, dass

Hindels Trotzki für die ultralinken Tendenzen in der frühen Komintern verantwortlich macht (eine Anschuldigung, die aus dem stalinistischen Arsenal der Geschichtsfälschung stamme).

Insgesamt bleibe Hindels auf halbem Wege stehen und versuche, eine Mittelstellung zwischen Schärf, Helmer und Co. einerseits und revolutionärer Politik andererseits einzunehmen. Insofern könne seine Stellung bestenfalls als zentristisch bezeichnet werden, in der entscheidenden Frage der Koalitionspolitik habe er aber eher eine linksreformistische Position. Es gehe jetzt vor allem darum, dass Hindels in der Frage des außerparlamentarischen Kampfes ernst mache und sich an die sozialistischen Arbeiter wende. In der Aktion würden sich für die Arbeiter auch viele andere Fragen klären:

> „Sie werden im Verlaufe des Kampfes, im inneren Parteikampfe und erst recht im Kampf im Betrieb und auf der Straße, bald mit allem Halben und Zwitterhaften fertig werden. Sie werden zum revolutionären Marxismus vorwärts schreiten, zum unversöhnlichen Bruch mit der Kapitalistenklasse, mit ihren Parteien, zum Bruch mit dem Reformismus in allen seinen Schattierungen!“

Nach dem Beschluss der Fraktionsarbeit auf der 2. Konferenz der IKÖ wurden von der *Fraktionsarbeitsgemeinschaft* (FAG) schließlich verschiedene Anleitungen dafür verfasst. So heißt es in den *Richtlinien für die Fraktionsarbeit in der SP* von Anfang April 1949:

> „Zur zweckmäßigen Organisierung einer systematischen F.Arbeit in der SP werden von nun an fallweise schriftliche Richtlinien für die in der Fraktionsarbeit tätigen Genossen herausgegeben. Die sollen als Richtlinie zur Unterstützung in der praktischen Arbeit unserer Genossen dienen und dabei vor allem von den in der praktischen Tätigkeit gemachten Erfahrungen ausgehen und sie für alle Genossen verwerten. Damit sie diese Aufgabe erfüllen können, müssen uns vor allem die schriftlich einzusendenden Berichte rechtzeitig zugehen.
>
> Gemäß den Beschlüssen unserer Konferenz ist ‚das Ziel unserer F.Arbeit in der SP die revolutionäre Propaganda für unsere Organisation. Dieses Ziel ist in erster Linie durch die individuelle Propaganda anzustreben und zu erreichen. Erfolge in der individuellen Propaganda sind aber nur dann möglich, wenn wir es verstehen, uns die Basis für diese zu bereiten. Zu diesem Zwecke ist es notwendig, dass wir noch mehr als bisher systematische Arbeit innerhalb der SP leisten. Die beste Basis für unsere Propaganda ist eine ernste linke Opposition. Daher gehört zu den wichtigsten Aufgaben für die Arbeit innerhalb der SP die Unterstützung und Befruchtung der linken Tendenzen’. (Auszug aus dem Beschluss ‚Unsere nächsten Aufgaben’).
>
> Damit ist die allgemeine Linie unserer F.Arbeit in der SP, SJ und Scharfbewegung in der nächsten Etappe vorgezeichnet, es gilt nun die organisatorischen Maßnahmen zu treffen um sie schrittweise zu erweitern, vertiefen und planmäßig zu organisieren. Der organische Einbau in diese Organisationen, die Gewinnung des Vertrauens ihrer Arbeiterbasis und damit erst die Wirksamkeit unserer F.Arbeit kann sich im Allgemeinen nur in drei Etappen vollziehen:

α) Aktive Mitarbeit in den untersten Einheiten der SP, SJ und Scharfbewegung (Sektion, Ortsgruppe etc.). Damit ist wahrscheinlich immer die Notwendigkeit der Übernahme einer Funktion in diesen Organisationen verbunden, die uns damit aber auch im bedeutend höheren Maße das Recht zur Kritik und Mitbestimmung in diesen Organisationen ermöglicht und eine enge und dauernde Kontaktnahme mit dem unteren Funktionärskader erlaubt.

β) Nach Schaffung einer festen Basis und Gewinnung des politischen Vertrauens der ehrlichen SP Arbeiter, müssen unsere Genossen ihren politischen Einfluss bei diesen erweitern, sich als Delegierte zu den Parteikonferenzen (Bezirkskonferenzen etc.) wählen lassen und dort nach Möglichkeit mit anderen Genossen gemeinsam organisiert auftreten. Das heißt in den Diskussionen zu den dort aufgeworfenen Fragen sprechen, eventuell auch eigene Anträge und Resolutionen einbringen. Somit auf einer wirklich linken revolutionären Position kämpfend zu einem Kristallisationspunkt einer revolutionären Opposition werdend.

χ) Das strategische Ziel dieser Arbeit ist endlich die Gewinnung der besten fortgeschrittensten Arbeiter, bzw. ganzer Gruppen für unsere eigene Organisation.“[88]

Für die aktuelle Situation wurden ergänzend die *Politischen Hinweise zur F.-Arbeit* hinzugefügt:

„1. In der nächsten Etappe wird das politische Leben in der SP vor allem durch die kommenden Wahlen bestimmt werden. Bei der Vorbereitung und Diskussion des Wahlprogramms sind vor allem geschickt die Forderungen unseres Übergangsprogramms zu verwenden. (Studiere es aufmerksam!) Als zentrale Frage ist vor allem die Forderung ‚nach einer kapitalistenfreien sozialistischen Alleinregierung’ nach den Wahlen zu stellen.

2. Diskutiere die Stellung der SP zum Atlantikpakt. Zeige den faktischen Bankrott der sogenannten Dritten Kraft auf und führe somit die ehrlichen sozialistischen Arbeiter auf den einzigen Ausweg für das Weltproletariat, den internationalen revolutionären Klassenkampf hin.

3. In der Vorbereitung der Maifeiern sind vor allem jene Losungen zu verwerten und praktisch anzuwenden, die sich aus den in Punkt 1 aufgeworfenen politischen Fragen ergeben. *Jeder unserer Genossen nimmt aktiv an den Maifeiern teil!*“[89]

Gleichzeitig wurden in dem Papier *12 Punkte zur F.-Arbeit* einige Tipps zum konkreten Verhalten in der Fraktionsarbeit gegeben:

„Für die fraktionelle Tätigkeit lassen sich nur wenige allgemeine Regeln aufstellen. Die Geschicklichkeit, Findigkeit und Phantasie wird jedem Einzelnen oft beistehen müssen. Aber unsere Konzeption für diese Tätigkeit wollen wir in einigen Punkten zusammenfassen:

[88] *Richtlinien für die Fraktionsarbeit in der SP*, Nr.1, FAG, 1.4.1949
[89] *Politische Hinweise zur F.-Arbeit*, 1.4.1949, FAG

1. Erste Aufgabe ist sich in die am Anfang noch ungewohnte Umgebung einzuleben. Sich gründlich über die Personen und Tendenzen orientieren. Sich bei den nach links strebenden Elementen bekannt machen. Sich das Vertrauen der Arbeiter erwerben. (...)

2. Unsere Aufgabe besteht heute noch nicht so sehr darin, einen rev. Flügel herauszubilden, sondern bei dessen Herausbildung dabei zu sein und mitzuhelfen. Wir müssen auf ‚lange' Sicht arbeiten und nicht den Schwerpunkt auf ‚schnelle' individuelle Erfolge legen. Berücksichtigt muss werden, dass wir an einer Aktion teilnehmen, in der wir noch sehr ungenügende Erfahrungen haben.

3. Unser Ziel muss sein: Wenn die Arbeiter in Bewegung geraten und zu den opportunistischen Organisationen und ihren verräterischen Führungen in Opposition treten, müssen wir bereits sein, einzugreifen, ihnen den Weg zu zeigen und gemeinsam mit ihnen zu kämpfen. Wir müssen diese Situation abwarten können und sie ausreifen lassen!

4. Wir rollen am Anfang unserer Tätigkeit nicht so sehr theoretische Fragen auf, sondern agitieren für die Tagesinteressen des Proletariats. Wir nehmen die Opportunisten beim Wort und fordern einen wirklichen Kampf für deren eigene Programme. Dabei werden wir in jedem einzelnen Fall versuchen, diese ‚Forderungen' der Opportunisten in Übergangsforderungen einmünden zu lassen. Basis dieser Tätigkeit ist das Übergangsprogramm.

5. Jeder in der Fraktion tätige Genosse muss sich über die grundsätzlichen Fragen der Partei im klaren sein und muss vor allem jederzeit in der Lage sein, Ernst und Charakter seiner opportunistischen Partner richtig einzuschätzen. (...) Basis dieser Tätigkeit sind die Thesen der ersten vier Weltkongresse der Komintern.

6. Jeder Verein hat seine eigene Problematik. Wenn man in ihm etwas mitreden will, muss man die Fragen, die ihn bewegen, genau kennen. Wir müssen also seine Presse und die Einstellung seiner führenden Funktionäre ständig studieren und sie mit der Stimmung bei den Mitgliedern derselben Organisation vergleichen.

7. Individuelle Prop.Fälle wollen wir solange es geht, im Rahmen jener Organisation, wo wir eingesetzt sind, belassen und mit ihnen dort eine oppositionelle Zelle bilden. Diese Zellen werden eine Zwischenstation in der Entwicklung zu unserer Org. darstellen; sie werden der besseren Auslese und unserem größeren konspirativen Schutze dienen. Auch für die Fraktionstätigkeit selbst werden sie von Vorteil sein. Dabei ist in jedem einzelnen Fall an die zweckmäßige Koppelung der offenen Opposition mit der geheimen Fraktion zu denken.

8. Jene Genossen, die sich in diesen Übergangszellen bewähren und zu Kaderelementen befähigt sind, werden wir als Kandidaten in unsere Org. übernehmen. Es ist aber auch möglich, daß solche Übergangszellen (eventuell verstärkt

durch weitere Genossen von uns) zu konspirativen BZ oder gar im fortgeschrittenen Stadium zu AZ,[90] also zu Teilen unserer Org selbst werden.

9. Für‘s erste steht uns für die Fraktionsarbeit nur unser marxistisches Wissen zur Verfügung, das wir mündlich weitergeben. Zur weiteren Unterstützung unserer Fraktionstätigkeit soll uns auch unser schriftliches Propagandamaterial (der Sozialist), sowie in besonders günstigen fortgeschrittenen Prop.-Fällen unsere eigenen Org.Propagandaschriften (Spartakist, Sonderschriften etc.) dienen. Ihr Einsatz ist in jedem einzelnen Fall sorgfältig zu prüfen!

10. Jedes zweite Monat, erstmalig zum 5. Mai 1949 sind von jedem in der Fraktionsarbeit tätigen Genossen periodisch schriftliche Berichte zu liefern. Bei besonderen Anlässen muss das sofort erfolgen. Dies muss initiativ geschehen. Die Berichte selbst sind mit konkreten Vorschlägen, kritischen Rückblicken und den vermutlichen Perspektiven der Fraktionstätigkeit zu verbinden und sollen vor allem folgendes enthalten:

Die eigene Stellung in der Einsatzorganisation (politischen Einfluss, eventuelle Verbindungen mit eigenen und sympathisierenden Genossen.

In welcher Form wurde bisher systematische F.Arbeit geleistet?

Die Reaktion der Parteibürokratie auf unsere Tätigkeit. Die Lage anderer Gruppierungen in der SP, SJ, Scharfbewegung etc.

Berichte über den Einsatz des ‚Sozialist’. Über Kritiken an der Zeitung. – Welche Artikel hältst Du für notwendig? Mache diesbezügliche Vorschläge. – Sammle Adressen zur Weitergabe des ‘Sozialist’.“[91]

Das zentrale schriftliche Propagandainstrument der IKÖ in der SPÖ-Intervention war also die Fraktionszeitung *Der Sozialist – Herausgegeben von oppositionellen sozialistischen Arbeitern*. In dem Kasten *Was will „Der Sozialist“?* wurden die Zielsetzungen wie folgt angegeben:

„*Der Sozialist* dient der Aufklärung und Erziehung der sozialistischen Arbeiterschaft. *Der Sozialist* stellt sich die Aufgabe, mitzuhelfen am Aufbau einer ernsten Linken in der Sozialistischen Partei. *Der Sozialist* will in der Partei wieder den Geist des Hainfelder Programms wachrufen, der durch die Politik der gegenwärtigen Parteiführung verschüttet ist. Lest und durchdenkt den *Sozialist*! Diskutiert über seine Ansichten mit anderen ehrlichen, aufrechten sozialistischen Genossen! Verbreitet seine Ideen in der Sozialistischen Partei weiter! Helft dem *Sozialist* in seinem Kampf zur Durchsetzung einer konsequenten sozialistischen Arbeiterpolitik!“[92]

Auf welcher politischen Linie im *Sozialist* vorgegangen wurde, sei mit einem Beispiel aus dem Sommer 1950 illustriert. In dem Beitrag *Acht Punkte zum kommenden Parteitag* ist die Stoßrichtung zusammengefasst:

---

[90] BZ = B-Zellen, AZ = A-Zellen der IKÖ

[91] *12 Punkte zur F.-Arbeit*, 1.4.1949, FAG; Tatsächlich sind in diesem Papier aber nicht zwölf, sondern nur zehn Punkte enthalten.

[92] *Was will „Der Sozialist“?*, Der Sozialist Nr.18, Juli 1950

„In knapp zwei Monaten (2.-4. September in Graz) findet der nächste Parteitag statt. Es ist daher jetzt schon notwendig, dass die brennendsten Fragen, mit denen sich der Parteitag beschäftigen muss, in den Sektionen und Jugendgruppen diskutiert und entsprechende Anträge vorbereitet werden. Wir oppositionellen Sozialisten stellen bei der Vorbereitung des Parteitages folgende Punkte in den Vordergrund:

1. *Für die breiteste innerparteiliche Demokratie*. - Veröffentlichung aller Anträge vor dem Parteitag in der Parteipresse oder in eigenen Broschüren, die allen Mitgliedern zugänglich gemacht werden müssen. - Veröffentlichung der Protokolle des Parteitages. - Minderheitsrechte für Oppositionen (Vertretung in den führenden Organen, Herausgabe von eigenen Schriften im Rahmen der Partei). - Diskussions- und Redefreiheit - Stimmrecht nur für jene Delegierte, die von der Mitgliedschaft und den Vertrauensmännern gewählt wurden.
2. *Für eine klassenkämpferische Gewerkschaftspolitik zur Verbesserung der Lage der Massen*. - Erhöhung der Reallöhne auf Kosten der kapitalistischen Profite. - Regelmäßige Veröffentlichung des Lebenshaltungskostenindexes durch die Arbeiterkammer und die Gewerkschaften, wie vor 1934. - Kontrolle der Produktion und Verteilung durch die Betriebsräte und Gewerkschaften. - Mitbestimmung der Betriebsräte - Einsicht in die Geschäftsbücher der Kapitalisten. - Kampf in- und außerhalb des Parlaments gegen die kapitalistische Rauboffensive. - Gegen die Kartelle.
3. *Für ein Kampfprogramm gegen die Arbeitslosigkeit*. - Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnkürzung, d.h. die Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf alle Arbeiter. - Öffentliche Lehrwerkstätten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unter der Jugend. - Öffentliche Arbeiten und Bauten, zu denen die Mittel durch Besteuerung der kapitalistischen Profite und des kapitalistischen Luxus aufgebracht werden müssen. - Konsequenter Kampf gegen den Kapitalismus, der die Grundursache der Arbeitslosigkeit ist.
4. *Für eine sozialistische Wohnungspolitik*. - Teilung von Großwohnungen und Villen zugunsten der Wohnungslosen. - Für die entschädigungslose Enteignung der Zinshäuser. - Für den sozialen Wohnhausbau, zu dem die Mittel durch Besteuerung der kapitalistischen Übergewinne und des kapitalistischen Luxus aufgebracht werden.
5. *Für die konsequenteste Demokratie*. - Demokratisierung der Verwaltung. - Demokratisierung der Bezirkshauptmannschaften. - Wiedereinführung der Geschworenengerichte. - Ersetzung der Berufsrichter durch Laienrichter bei Übertretungen und kleineren Vergehen. - Vollständige Trennung von Kirche und Staat. - Keine Steuergelder für Religionsgemeinschaften. - Kein Religionsunterricht an öffentlichen Schulen. - Keine konfessionellen Schulen. - Kostenloser Unterricht für Begabte an höheren Schulen. - Gegen das Bildungsprivileg der Reichen. - Gegen das Bundesheer - für eine Volksmiliz. - Für den Abzug aller Besatzungstruppen.

Wacht auf, Verdammte dieser Erde!

DER SOZIALIST

Herausgegeben von oppositionellen sozialistischen Arbeitern

Erscheint monatlich Nr. 18 Juli 1950

FÜR EINE SOZIALISTISCHE LÖSUNG DES MIETEN- UND WOHNUNGSPROBLEMS

Im Mittelpunkt der Diskussion in der Partei steht derzeit das Wohnungsproblem. In Wien gibt es 60.000 Wohnungssuchende, zu denen jährlich weitere 4000 hinzukommen. In 143 Städten und Großgemeinden von ganz Österreich, die 3,534.383 Einwohner zählen, wird der tatsächliche Bedarf an Neubauwohnungen auf 200.000 geschätzt. Diese akute Wohnungsnot trifft vor allem die in den Städten zusammengeballte Arbeiterschaft und da besonders die Arbeiterjugend, die einen in den meisten Fällen hoffnungslosen und zermürbenden Kampf um die Erringung eines Stückchen Wohnraums führen muß. Heute hausen tausende Arbeiter wieder als Untermieter, oder sie haben ihre gesamten Ersparnisse in teuren mieterschutzfreien Wohnungen angelegt, für die sie oft schon einen Wochenlohn als Zins an den Hauseigentümer zahlen müssen. Aber auch die alten, noch unter Mieterschutz stehenden Mietwohnungen geraten immer mehr in Verfall, da die Hausherren kein Interesse an der Erhaltung ihrer Häuser zeigen und diese daher verfallen.

Welches sind die Ursachen dieser verschärften Krise am Wohnungsmarkt? Der Kapitalismus ist seit seiner Entstehung infolge des raschen Wachstums der Städte nie mit dem Wohnungsproblem fertig geworden. Es herrschte immer eine akute Wohnungsnot, denn die Wohnung ist so wie alles in der kapitalistischen Gesellschaft eine Ware, die den Haus- und Grundbesitzern eine Monopolstellung verschafft. Diese erlaubt ihnen bei freier Mietzinsbildung beliebig hohe Mietzinse festzusetzen. Der private Wohnungsbau war daher in den großen Städten ein Gegenstand der profitgierigen Spekulation des privaten Kapitals, das nur bestrebt war, schlechte Mietwohnungen mit möglichst hohen Mietzinsen zu bauen. Auf dem Gebiet der Wohnungswirtschaft gab es also, wie in der gesamten kapitalistischen Wirtschaft, das blindwütige Spiel der "freien Wirtschaft", in der nicht das notwendige Lebensbedürfnis des Konsumenten an Wohnung, Kleidung und Essen planvoll gedeckt wird, sondern in der das Profitinteresse des sich verzinsenden Kapitals beherrschend ist.

Durch die Zerstörungen von Wohnraum während des zweiten Weltkrieges und die Einstellung der Wohnbautätigkeit seit 1933, verschärfte sich die heute so fühlbar gewordene Wohnungsnot ins Unerträgliche. Eine Lösung der Wohnungsfrage im Interesse der Arbeiterschaft muß gefunden und erkämpft werden. Welche Lösung schlägt nun die ÖVP als Kapitalisten- und Hausherrenpartei vor? Sie verlangt die Wiederherstellung der Hausherrenrente unter dem Vorwand, daß die Wohnungsnot nur durch die private Bautätigkeit beseitigt werden könnte und daß als Voraussetzung hierzu sich das zu investierende Kapital entsprechend verzinsen müsse. Auch die "A.-Z." hat schon mehrmals ausgesprochen, daß es der ÖVP nur um die Erhöhung des kapitalistischen Profits geht und hat darauf hingewiesen, was es für die Arbeiter bedeu-

7. Kampf gegen Reaktion und Faschismus. - Mobilisierung der Massen (und nicht nur der kapitalistischen Polizei) gegen die Provokationen des VdU. - Mobilisierung der Massen zur Verteidigung der von der Reaktion bedrohten demokratischen Rechte und Freiheiten. Errichtung von Ordnerorganisationen zum Schutz der Versammlungen und des Eigentums der Arbeiterorganisationen. - Der konsequente Klassenkampf gegen die Bourgeoisie ist der beste Kampf gegen Reaktion und Faschismus.
8. Schluß mit der Koalitionspolitik. - Schluß mit Geheimverhandlungen und Packelei des Parteivorstandes. - Schluß mit jeder Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie. - Für eine sozialistische Regierung, die sich auf die Gewerkschaften und die übrigen Massenorganisationen der Arbeiterklasse stützt. - Für eine konsequente sozialistische Politik, die den Sturz der Bourgeoisie zum Ziele hat.

GENOSSEN, WÄHLT NUR DELEGIERTE EURES VERTRAUENS!

-xXx-

SPENDENAUSWEIS: Leopoldstadt - S 4.-

WAS WILL "DER SOZIALIST"?

DER SOZIALIST dient der Aufklärung und Erziehung der sozialistischen Arbeiterschaft.

DER SOZIALIST stellt sich die Aufgabe, mitzuhelfen am Aufbau einer ernsten Linken in der Sozialistischen Partei

DER SOZIALIST will in der Partei wieder den Geist des Hainfelder Programms wachrufen, der durch die Politik der gegenwärtigen Parteiführung verschüttet ist

Lest und durchdenkt den SOZIALIST! Diskutiert über seine Ansichten mit anderen ehrlichen, aufrechten sozialistischen Genossen! Verbreitet seine Ideen in der Sozialistischen Partei weiter!

Helft dem SOZIALIST in seinem Kampf zur Durchsetzung einer konsequenten sozialistischen Arbeiterpolitik!

6. *Gegen den volksdemokratischen Terror*. - Für die Demokratie in der Arbeiterbewegung. - Gegen bürokratische Bevormundung und Ausnützung der Arbeiterbewegung durch den Kreml. - Für ehrliche und sachliche Austragung der politischen Differenzen innerhalb der Arbeiterbewegung - gegen die politische Lüge und Verleumdung. - Für eine vom Kreml und Imperialismus unabhängige sozialistische Klassenpolitik. - Für den proletarischen Internationalismus.
7. *Kampf gegen Reaktion und Faschismus*. - Mobilisierung der Massen (und nicht nur der kapitalistischen Polizei) gegen die Provokationen des VdU. - Mobilisierung der Massen zur Verteidigung der von der Reaktion bedrohten demokratischen Rechte und Freiheiten. - Errichtung von Ordnerorganisationen zum Schutze der Versammlungen und des Eigentums der Arbeiterorganisationen. - Der konsequente Klassenkampf gegen die Bourgeoisie ist der beste Kampf gegen Reaktion und Faschismus.
8. *Schluss mit der Koalitionspolitik*. - Schluss mit Geheimverhandlungen und Packelei des Parteivorstandes. - Schluss mit jeder Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie - Für eine sozialistische Regierung, die sich auf die Gewerkschaften und die übrigen Massenorganisationen der Arbeiterklasse stützt. – Für eine konsequente sozialistische Politik, die den Sturz der Bourgeoisie zum Ziele hat.

Genossen, wählt nur Delegierte Eures Vertrauens!“[93]

Insgesamt wurden in diesem Text wohl ziemlich genau die Grenzen abgesteckt, bis zu denen man 1950 gehen konnte, ohne sich unter den SP-Arbeiter/inne/n völlig zu isolieren. Bei Punkt 6 hat man freilich – auch wenn von einem trotzkistischen Standpunkt gegen keine der Formulierungen etwas einzuwenden ist – den Eindruck, dass hier eine gewisse Anpassung an die Stimmung der sozialdemokratischen Arbeiter/innen/schaft, in der sich Antistalinismus doch auch mit Antikommunismus vermischte, vorgenommen wurde.

Auf der 3. Konferenz der IKÖ 1951 konnte die Mehrheit dann bereits auf gute zwei Jahre Fraktionsarbeit zurückblicken. In der Perspektivenresolution wurden daraus folgende Schlüsse gezogen:

> „Aus unserer Einschätzung der Lage ergibt sich, dass der günstigste Boden für unsere Tätigkeit nach außen im Rahmen der SP ist. Auf Grund unserer Erfahrungen in den letzten Jahren und der Entwicklung innerhalb der SP ist es möglich, für diese Arbeit ein viel konkreteres Programm aufzustellen, als dies auf der 2. Konferenz möglich war. Es ist dies ein Fortschritt, der nicht übersehen werden darf: Das taktische Ziel unserer Fraktionsarbeit in der SP ist nach wie vor, die Herausbildung eines linken Flügels innerhalb der SP zu unterstützen und zu befruchten. Die Linie auf die diese Arbeit geleistet wird ist die bisher in der Aktion ‚Y’ verfolgte und weiter zu verfolgende: Die innerhalb der SP jeweils wichtigsten aktuellen Fragen (z.B. Lohn-Preis-Pakte, Wahlen, wichtige Konferenzen, Parteitage usw.) müssen von unseren Genossen zum Anlass genommen werden,

[93] *Acht Punkte zum kommenden Parteitag*, Sozialist Nr.18, Juli 1950

um im Kreise von kritischen, bewussteren Mitgliedern innerhalb der SP kritisch aufzutreten. Unsere Kritik an der Linie des SP-Parteivorstandes soll immer positiv sein, d.h. wir müssen es verstehen, den von uns abgelehnten Standpunkt der SP-Führung einen für die besten SP-Arbeiter verständlichen Ausweg gegenüberzustellen: Der Koalitionspolitik – den konsequenten Klassenkampf gegen die Bourgeoisie; der ‚Macht'politik der SP-Bürokratie im Parlament und in den Ministerien – die wirkliche Macht der Arbeiterklasse; der verschwommenen ‚realpolitischen' Sprache der SP-Führung – die Klassensprache des Proletariats. Wir werden uns auch in der kommenden Etappe auf zwei wichtige Fragen konzentrieren: Auf die Koalitionspolitik und die Machtfrage. Wir werden uns bemühen, an Hand dieser beiden Kardinalfragen den besten oppositionellen Elementen innerhalb der SP zu helfen, den beispiellosen Verrat der SP-Bürokratie zu erkennen. Unsere Genossen müssen innerhalb der oppositionellen Gruppierungen der SP tätig sein, aber auch selbst oppositionelle Elemente um sich sammeln. Ob es zweckmäßig ist, auf der Linie der Aktion ‚Y' oder durch individuelle Bearbeitung gewonnene Elemente, weiter in unsere Organisation zu führen oder zuerst in die oppositionellen Gruppierungen, wird in jedem Falle nach taktischer Zweckmäßigkeit entschieden werden müssen. Um den notwendigen Erfahrungsaustausch unserer in der Fraktion tätigen Genossen zu verbessern ist eine straffere zentrale Führung der Fraktionsarbeit notwendig.

Die Arbeit in den Betrieben und in den Gewerkschaften bleibt nach wie vor wichtig. Dort wo es möglich ist, diese Arbeit innerhalb der SP-Fraktion der Gewerkschaft zu leisten, ist dies der günstigste Punkt, da wir hier mit dem wichtigsten Teil der SP-Opposition, der Opposition in den Betrieben, in unmittelbaren Kontakt kommen. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass die Arbeit in den Betrieben die schwierigste ist, da es hier nicht nur auf oppositionelles Reden und Diskutieren, sondern vor allem auch auf konsequentes Handeln ankommt."[94]

Die 1954 von der wieder vereinigten IKÖ angenommenen Resolution *Lage und Aufgaben in Österreich* bestätigte die Ausrichtung auf die SPÖ, nun aber – obwohl aber auch zuvor zwischen IKÖ und IKÖ (O) in Praxis keine großen Unterschiede bestanden – nicht mehr unter dem Etikett der Fraktionsarbeit, sondern unter dem der SP-Arbeit oder des *Entrismus*:

„Die erste Phase unserer Arbeit in der SP bestand in dem individuellen Eindringen unserer Genossen in diese Partei oder deren Gliederungen und die Zusammenfassung unserer Mitglieder zu einer Fraktion. Da es sich in dieser Phase vor allem darum handelt, die Anerkennung als gleichberechtigte Mitarbeiter zu erhalten, mussten wir bei der Vertretung unserer politischen Ansichten zurückhaltend sein und durften über das durchschnittliche Bewusstsein der SP-Arbeiter nicht viel hinausgehen.

Bei dieser Etappe unserer Arbeit in der SP entstehen zwei Gefahren. Erstens können unsere Genossen durch allzu starkes und allzu langes Anpassen an die

[94] *Die Lage und unsere Aufgaben*, Resolution der 3. Konferenz der IKÖ (im Anhang des Konferenzprotokolls)

Arbeitsbedingungen in der SP dem Praktizismus und dem Opportunismus der SP verfallen. Zweitens besteht die Gefahr der Isolierung, unter Umständen sogar der Entdeckung unserer Fraktion, wenn wir mit allzu überspitzten Ansichten auftreten. Beiden Gefahren konnten und können wir nur begegnen, wenn wir gleichzeitig mit der Arbeit in der SP die organisierte Tätigkeit unserer selbständigen Organisation fortsetzen, d.h. uns intensiv in den Zellen mit den nationalen und internationalen Problemen der Arbeiterklasse vom Standpunkt der IV. Internationale aus beschäftigen.

Für diejenigen unserer Genossen, die sich in der SP bereits akklimatisiert haben, beginnt jetzt eine zweite Phase ihrer Arbeit. Sie müssen lernen, eine dem jeweiligen Niveau ihres Milieus entsprechende Linie, die linker ist als die Durchschnittsansichten, konsequent einzuhalten. Dabei kommt es nicht auf die ‚revolutionäre' Form, sondern auf den Inhalt an. ‚Linker' als die anderen darf hier nicht bedeuten, Tausende Schritte von der SP-Linie entfernt allein auf einer eigenen Linie zu marschieren, sondern soll bedeuten, immer nur einen Schritt dem Bewusstseinsniveau der SP-Arbeiter voraus zu sein, um es ihnen zu ermöglichen, den Anschluss zu finden.

Zur Durchführung einer solchen Linie gehört viel Geschick und Erfahrung. Es gehört vor allem eine gründliche Kenntnis der Entwicklung und der Tendenzen innerhalb der SP dazu. Die Entwicklung seit 1945 hat gezeigt, dass es keiner Strömung innerhalb der SP gelungen ist, die Führung der Rechten (Schärf, Helmer, Waldbrunner) zu erschüttern oder gar die Einheit der Partei ernstlich zu gefährden. Die einzelnen oppositionellen Strömungen wurden entweder ausgeschlossen (die prostalinistische Scharf-Gruppe) oder endeten zumindest vorläufig in der Isolierung (Opposition in der Gewerkschaft, SJ, Hindels). Die Scharf-Gruppe war Ausdruck der Massenunzufriedenheit der ersten Nachkriegsjahre und hatte anfangs Aussicht, zu einer ernsten oppositionellen Strömung zu werden. Ihr Abschwenken zum Prostalinismus schnitt ihr jedoch jede weitere Entwicklung ab und ließ sie zu einer Sekte erstarren. Die Opposition gewisser Gewerkschaftsbürokraten (Hillegeist-Mantler) war ein Reflex der Massenunzufriedenheit der ersten Jahre des Marshallplanes. Die mit dem Fortschreiten des Marshallplanes sich ergebende Konjunktur stoppte ihre Entwicklung ab. Die ersten Erschütterungen, die sich mit dem Zuendegehen des Marshallplanes zeigten, drückten vorübergehend die ganze SP relativ nach links, welcher Umstand schließlich das Verschwinden dieser oppositionellen Ansätze bewirkte.

Die SJ-Hindels-Opposition ging in den ersten Nachkriegsjahren aus der SJ-Führung hervor. Obwohl die meisten Leute der SJ-Opposition später vor den Rechten kapitulierten, behauptet sich Hindels mit einem kleinen Kreis bis heute. Er versucht durch seine Tätigkeit in den Gewerkschaften Anschluss an die Betriebsarbeiter zu gewinnen. Er stellt zweifellos einen der fähigsten und potentiell wichtigsten zentristischen Führer dar.

Keine der aufgezählten oppositionellen zentristischen Tendenzen konnte Teile der SP-Betriebsarbeiterschaft an sich ziehen, obwohl sie sich zweifellos bemühten, in dieser, als der potenziell wichtigsten Kraft jeder Opposition, eine Stütze

zu gewinnen. Zu den bereits oben angeführten Ursachen für diese Erscheinung kommen noch hinzu: die SP-Arbeiter erblicken in relativ kleinen Gruppierungen wie SJ und Hindels-Opposition keine wirkliche Perspektive; sie befürchten eine Spaltung der SP als Folge des oppositionellen Kampfes; die parlamentarischen Illusionen haben noch große Kraft.

Der Entwicklungsgang der oppositionellen Tendenzen in der SP seit Kriegsende lehrt uns, dass wir die objektiven und subjektiven Faktoren bei der Entstehung und Entfaltung solcher Tendenzen fortlaufend genau analysieren müssen. Dadurch können wir ihre aktuelle und potenzielle Bedeutung möglichst exakt einschätzen und demgemäß unsere Taktik einrichten. Welche Rolle und Bedeutung die seit 1945 hervorgetretenen oppositionellen Tendenzen künftig bei der Herausbildung eines ernsten linken Flügels in der SP und bei der schließlichen Formierung der neuen Klassenpartei erlangen werden, ist heute schwer abzuschätzen; es ist eher zu erwarten, dass sich im Zusammenhang mit den kommenden Ereignissen neue oppositionelle Kräfte und Tendenzen zeigen werden. Zweifellos ist der Herausbildungsprozess der neuen revolutionären Klassenpartei sehr kompliziert und relativ langwierig.

Daraus folgt, dass wir uns darauf einstellen müssen, längere Zeit in der SP zu bleiben. Wir müssen vor allem trachten, in den potenziell wichtigsten Teilen der SP, in die Reihen der Betriebsarbeiterschaft einzudringen und dort wichtige Positionen zu besetzen. Wir müssen damit rechnen, dass nur schwere wirtschaftliche, politische und soziale Erschütterungen imstande sein werden, die Stellung der rechten SP-Führung zu erschüttern und Bedingungen für die Entstehung von größeren zentristischen Gruppierungen zu schaffen. Bei gleichzeitigem Vorhandensein einer spontanen Massenbewegung wird sich in dieser Lage die reale Möglichkeit für die Schaffung der neuen revolutionären Klassenpartei unmittelbar ergeben. Es muss unser heute schon ins Auge gefasstes Ziel sein, dass sich dann unsere Kader aktiv sowohl im Zentrum der spontanen Massenbewegung als auch im Zentrum der politischen Bewegung, der zentristischen Strömung befinden. (...)

Wenn wir damit rechnen, dass unsere Genossen noch eine Reihe von Jahren innerhalb des Milieus der SP arbeiten werden, so birgt das gewisse Gefahren, denen wir begegnen müssen. Folgende Punkte müssen beachtet werden, damit das Ziel unserer Arbeit in der SP erreicht wird:

a) Um in den Zellen die aus unserer Arbeit in der SP sich ergebenden Probleme und Aufgaben laufend von unserem trotzkistischen Standpunkt aus bewältigen zu können und das revolutionäre Bewusstsein der Mitglieder ununterbrochen zu stärken, ist das Studium und die Diskussion der wichtigsten Dokumente unserer Internationale eine vordringliche Aufgabe. Die Notwendigkeit des Bestehens einer nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus aufgebauten und geführten Weltpartei soll im Bewusstsein unserer Mitglieder fest verankert werden.

b) Die Schulungs- und Erziehungsarbeit muss trotz der vielen Aufgaben, die uns aus der Arbeit in der SP erwachsen, aufrechterhalten werden. Das Studium der

Arbeiten von Marx-Engels, Lenin und Trotzki gehört nach wie vor zu den laufenden Aufgaben. Das gleiche gilt für die wichtigsten Probleme der internationalen Revolution, im Besonderen der Kolonialrevolution.

c) Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, um neue, vor allem junge Kräfte an unsere Organisation heranzuziehen. Trotzdem für die individuelle Propaganda innerhalb der SP konspirative Schwierigkeiten bestehen, müssen konkrete Versuche unternommen werden. Hier gibt es ein wichtiges Arbeitsgebiet für Genossen, die aus dem einen oder anderen Grund nicht in der SP verankert sind.

d) Die Mitarbeit an einem zentristischen Organ innerhalb der SP oder die Unterstützung eines solchen durch unsere Fraktion gehört zu den Aufgaben der nächsten Etappe unserer Arbeit in der SP. Es würde möglich sein, in einem solchen Organ die nationalen und internationalen Probleme des Klassenkampfes zu behandeln, zwar nicht vom revolutionären Standpunkt aus, aber zumindest auf einer Linie, die der Linie unserer SP-Arbeit entspricht. Beim Erscheinen eines solchen Organs, das zweifellos im Zentrum unserer Arbeit in der SP stehen wird, wird es doppelt notwendig sein, dass unser offizielles Organ weiter regelmäßig erscheint und den vollen trotzkistischen Standpunkt vertritt.

e) Um die täglichen Aufgaben in der SP-Arbeit erfüllen zu können, ist es notwendig, eine schmiegsame Taktik auszuarbeiten. Die Überprüfung und Ergänzung dieser taktischen Linie an Hand der Erfahrungen, wird eine ständige Aufgabe der gesamten Organisation sein. (...)“[95]

Diese letzte angeführte Passage zeigt erstens, dass es beim *tiefen Entrismus* eben darum ging, eine linke, *zentristische* Strömung aufzubauen, und nicht darum, innerhalb der SPÖ eine revolutionäre Strömung mit vollem Programm zu formieren. Letzteres war unter den objektiven Bedingungen sicherlich nicht möglich. Fragt sich nur, ob das gegen das Auftreten mit vollem Programm oder gegen den Pabloschen Entrismus spricht. Die Passage zeigt aber zweitens, dass sich die IKÖ 1954 durchaus darüber im Klaren war, dass a) das Bewusstsein und die Stimmung für die Entwicklung einer Opposition innerhalb der SP-Arbeiter/innen/schaft nicht sehr günstig waren und dass b) mit keinen kurzfristigen Erfolgen zu rechnen war. Drittens beinhaltete diese Textstelle auch einige weniger treffende Einschätzungen: Der Niedergang der verschiedenen Oppositionsströmungen war wohl weniger auf eine relative Linksentwicklung der SPÖ zurückzuführen, sondern vor allem auf die Stabilisierung des Kapitalismus und damit die Verfestigung der materiellen Grundlage für den Reformismus. Und obwohl man sich auf eine längerfristige Perspektive der Intervention in die SPÖ einstellte, rechnete die IKÖ – und hier besonders die Führung der ehemaligen Opposition – doch in absehbarer Zeit mit einer massiven Zuspitzung der Klassenkämpfe und damit auch mit einer grundlegenden Änderung der Situation in der Sozialdemokratie. Dass der Reformismus gerade in Österreich noch eine jahrzehntelange relativ stabile Existenz

95 *Lage und Aufgaben in Österreich*, Spartakist Nr.82, Juni 1954

vor sich haben sollte, erwartete niemand – und konnte aufgrund der bisherigen historischen Erfahrungen auch nur schwer jemand erkennen.

Angesichts dessen waren die Ergebnisse der IKÖ-Intervention in die Sozialdemokratie in den zehn Jahren der alliierten Besatzung eher mager. Vom Aufbau eines linken Flügels oder auch nur der Beteiligung an einem solchen war man weit entfernt. Was aber sicherlich gelang, war die Verankerung von Genoss/inn/en in Basisstrukturen der SPÖ und in der Hindels-Strömung, in denen man durch Diskussionen und teilweise auch durch die Fraktionszeitung eine gewisse politische Beeinflussung ausüben konnte – eine Beeinflussung, die über wohlwollende Zustimmung nicht hinausging und keine praktischen Folgen hatte, eine Verankerung, von der man aufgrund der ausbleibenden Klassenkämpfe nicht profitieren konnte. Diesen geringen Erfolgen stand außerdem gegenüber, dass sich etliche Genoss/inn/en so stark in das Milieu der SP-Arbeiter/innen/schaft, dem sie ja meist selbst entstammten, integriert hatten, dass sie sich ihm schließlich auch politisch anpassten und in ihm aufgingen. Hatte die IKÖ bei der 2. Konferenz 1949 noch gut 80 Genoss/inn/en, so waren es bei der Wiedervereinigung 1954, also nach fünf Jahren SP-Intervention, nur noch etwas über 40 aktive Mitglieder und Kandidat/inn/en. Diese numerische Schwächung war aber freilich nicht nur auf die wenig erfolgreiche Arbeit in der Sozialdemokratie zurückzuführen, sondern vor allem auf die allgemeine gesellschaftliche Entwicklung und auch auf die demoralisierende Wirkung der Spaltung.

6.5. Die IKÖ zu Titoismus und Stalinismus

Nach dem Entrismus war die Einschätzung der Entwicklung des Stalinismus und im Besonderen des Titoismus die zweite wichtige Frage, in der zwischen der IKÖ und dem von Pablo geführten IS wesentliche Differenzen bestanden. Nachdem die IKÖ seit ihrem Bestehen in ihrer Presse und ihrer internen Diskussion ein Augenmerk auf die internationale Lage im Allgemeinen und auf die Sowjetunion und den Stalinismus im Speziellen gelegt hatte, beschäftigte sie sich im Frühjahr 1948 in einem ausführlicheren Artikel[96] mit den Umwälzungen in den osteuropäischen, von sowjetischen Truppen besetzten Ländern.

Man begann mit Grundsätzlichem: Die Sowjetbürokratie verteidige die Sowjetunion nicht nach proletarisch-revolutionären Gesichtspunkten, sondern allein nach militärisch-strategischen. Sie „liquidiert mit polizeilich-administrativen Mitteln, durch eine ‚Revolution von oben' die Bourgeoisie und gleicht die annektierten Länder in ihrer wirtschaftlichen Struktur vollständig der Sowjetwirtschaft an". Das wäre in Ostpolen, dem Baltikum und in Ostpreußen passiert, während von Polen bis Bulgarien auf eine Annexion verzichtet worden sei, weil die Stalinbürokratie keine Konfrontation mit dem Imperialismus provozieren wollte.

In der ersten Etappe nach 1945, nach der Erstickung der Masseninitiativen durch die Stalinist/inn/en, seien in den osteuropäischen Ländern die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse vorherrschend geblieben. Die Durchdringung des Staatsapparates – insbesondere des Innenministeriums inklusive der Polizei – durch die mit den Bürger-

[96] *Eine „Volksdemokratie" wird gleichgeschaltet!*, Spartakist Nr.30, März 1948

lichen kooperierenden Stalinisten hätte nichts an dessen klassenmäßiger Zusammensetzung geändert. „Diese beiden Tatsachen bestimmen den sozialen Charakter dieser Länder als kapitalistischer Staaten – auch wenn sie von ‚kommunistischen' Regierungen geführt werden, auch wenn an ihrer Spitze die Stalinbürokraten Gottwald, Tito und Dimitroff stehen."

Erst die Zuspitzung der Gegensätze zwischen Imperialismus und Sowjetbürokratie und ein damit verbundenes Aufkommen der osteuropäischen Bourgeoisien würde die Stalinist/inn/en zwingen, „die Bourgeoisie auf mechanische und administrative Weise zu liquidieren und die Länder des ‚Glacis' der SU einzuverleiben". Der Beginn des Marshallplanes und des Kalten Krieges durch den Westen sei ein Versuch gewesen, „das strategische ‚Glacis' der SU (...) zu sprengen". Daraufhin hätte die sowjetische Führung auf die Gleichschaltung gesetzt, wobei die Mobilisierung der Massen lediglich in bürokratisch kontrollierten Formen abgelaufen wäre.

Abgesehen davon, dass die IKÖ davon ausging, dass die Umwälzung der Eigentumsverhältnisse mit einer direkten Annexion durch die Sowjetunion einhergehen werde, hatte sie also durchaus ein treffendes Verständnis der Entwicklungsprozesse in den osteuropäischen Staaten. Das Proletariat der Glacisstaaten stehe in dieser Situation jedenfalls „vor der schweren Aufgabe, den Kampf gleichzeitig gegen die ‚eigene' Bourgeoisie wie gegen die das demokratische Selbstbestimmungsrecht mit Füßen trampelnde Sowjetbürokratie führen zu müssen".

Im Sommer 1948, unmittelbar nach dem Bruch zwischen Stalin und Tito, ging die IKÖ auf diese Frage ein: Auch wenn Jugoslawien bereits 1946 etwa 82 Prozent der Industrie verstaatlicht hätte, hätte die Dorfbourgeoisie ihre Position behaupten können. „So ist im Grunde die kapitalistische Profitwirtschaft erhalten geblieben. was sich geändert hat, sind die *Formen*, unter welchen sie betrieben wird: Verstaatlichung usw. Der kapitalistische *Inhalt* wird für die meisten Arbeiter durch die Formen verhüllt. Aber er ist da und wird und muss sich geltend machen."[97] Diese neuen Formen seien der schwer angeschlagenen Bourgeoisie nach dem Krieg aufgezwungen worden, gleichzeitig die Massenenergien in die Volksfront gelenkt worden:

> „Die Stalinpartei, mit Tito an der Spitze, rettete die Bourgeoisie um den Preis ihrer völligen politischen Unterwerfung unter die Kontrolle und Macht der Stalinbürokratie. (...) Der alte kapitalistische Staatsapparat war nach dem Krieg ziemlich hergenommen. dennoch war er klassenmäßig ein kapitalistischer Staatsapparat. (...) Da nun die ‚Volksdemokratien' im Grunde bürgerliche Regimes sind, Regimes, die die ökonomische Basis der Bourgeoisie, ihre Profitwirtschaft nur der Form, nicht aber dem Inhalt nach verändert haben (was nur die proletarische Revolution vermag), so muss sich diese ihre bürgerliche Klassennatur äußern, d.h. die Bourgeoisie wird sich unvermeidlich ihre verloren gegangenen politischen Positionen zurückzuerobern trachten."

Hier zeigen sich theoretische Schwächen oder Unsicherheiten der IKÖ: Sie hält ein Außerkraftsetzen der kapitalistischen Profitwirtschaft nur durch eine proletarische Revolution für möglich. Dabei muss freilich in Rechnung gestellt werden, dass zu

[97] *Was bedeutet der Bruch mit Tito?*, Spartakist Nr.34, Juli 1948

diesem Zeitpunkt der Charakter der stalinistischen Umwälzungen der Eigentumsverhältnisse in Osteuropa 1948/1949 kaum einschätzbar war.

Was den Hintergrund des Bruches zwischen Stalin und Tito betrifft, so argumentierte die IKÖ, dass es um verschiedene Interessen von nationalen stalinistischen Bürokratien ginge, die sich besonders in der Frage der von Tito angestrebten[98] und von Stalin abgelehnten *Balkanföderation* gezeigt hätten. Es sei schwer, ein Dokument zu finden, das den Beschluss der Kominform[99] über den Ausschluss Titos „an Heuchelei und grotesker Komik zu überbieten imstande ist". Bezüglich des Nationalismus-Vorwurfes der Stalinisten an Tito meint die IKÖ:

> „Zweifellos: der nationalistische Kurs Titos ist vorhanden. Aber erst seit heute? Die Kremlbürokratie, die überall, in allen Ländern einen nationalistischen Kurs eingeschlagen hat, die selbst ihren großrussischen Nationalismus überall voranstellt, hat den Nationalismus Titos erst entdeckt, als er ihren eigenen außenpolitischen Interessen im Wege stand!"[100]

Mit dem ihm von der Moskauer Bürokratie vorgeworfenen *Trotzkismus* hätte Tito hingegen überhaupt nichts zu tun. Wenn „Tito, der gelehrige Schüler eben dieser Bürokratie, (...) seinen Lehrmeistern Degeneration" vorwerfe, dann hätte er „tausendmal recht. Aber es fragt sich, was er damit meint und welche Schlüsse er daraus zieht!" Mit dem trotzkistischen Verständnis des Degenerationsprozesses hätte er jedenfalls nichts zu schaffen. Er hätte vielmehr „die Politik und Methoden der Stalinbürokratie überall mitgemacht", wie in Spanien, wo er GPU-Agent gewesen sei, und würde sie jetzt in Jugoslawien weiter betreiben:

> „(...) er denkt nicht im mindesten daran, seine eigene bürokratische Diktatur über die Massen aufzugeben, das Polizeiregime über sie zu liquidieren, die jugoslawische Bourgeoisie durch die Entfaltung der revolutionären Energie der Massen zu stürzen, die freie jugoslawische Republik der Arbeiter und armen Bauern aufzurichten, die sich auf die frei gewählten Arbeiter- und Kleinbauernräte stützt. An das alles denkt Tito nicht: er ist nach wie vor Fleisch vom Fleische der Stalinbürokratie."

Besonders absurd sei es schließlich nach Ansicht der IKÖ, wenn die Kominform Tito „Negation der führenden Rolle der Partei" und „Bürokratismus" vorwerfe. Bezüglich letzterem sei die jugoslawische Partei ein „Ebenbild der russischen Stalinpartei", und bezüglich ersterem würden die Stalinisten seit 1934 dauernd von den *Interessen der Nation* und ähnlichem daherreden, von den proletarischen Interessen schweigen und sich als *Demokraten* oder *Antifaschisten* maskieren.

---

[98] In diesem Zusammenhang war die IKÖ der Ansicht, dass Tito „den Nationalismus der großserbischen Bourgeoisie übernommen (habe), mit deren Resten er in der ‚Nationalen Front' zusammenarbeitet".

[99] Kominform = *Kommunistisches Informationsbüro*: lose, von 1947 bis 1956 existierende stalinistische „Nachfolgeorganisation" der 1943 aufgelösten stalinisierten Komintern.

[100] Es folgen Hinweise auf die nationalistische Forderung der PCF nach der Annexion des Saarlandes und des Ruhrgebietes, auf die Forderung von PCI und KPÖ nach Südtirol (jeweils für den „eigenen" imperialistischen Staat), auf die historische Bezüge Stalins auf zaristische Generäle.

> „Die ganze verräterische Linie der ‚Volksfront' ist in Wahrheit Negation der führenden Rolle der Partei: denn sie bedeutet im Grunde Unterordnung der proletarischen Interessen unter die Interessen der Bourgeoisie, ihres ‚linken' Flügels. Und die ‚Volksfront'linie stammt aus – Moskau, von den Stalin & Co.!"

Bezüglich der Perspektiven der ganzen Angelegenheit formulierte der IKÖ-Autor folgendes:

> „Tito versucht, sein Regime nach beiden Seiten zu sichern: mit Moskau verbindet ihn sein politisches Regime, zu den Imperialisten treibt ihn die drängende wirtschaftliche Notwendigkeit (...). Er hoffte, in diesem Spiel seine eigene Position zu stärken, sich gegen Moskau auf die Imperialisten, gegen diese auf Moskau zu stützen."

Dieser treffenden Betrachtung wurde die ebenfalls treffende Erwartung hinzugefügt, dass die Tito-Krise nicht die letzte in den Glacisländern gewesen sein werde. Die Bourgeoisie werde die durch innere Widersprüche ausgelösten Krisen für sich nutzen wollen, worauf die Kremlbürokratie mit militärischer Gewalt antworten werde. Dadurch werde sie die Massen dem Imperialismus in die Arme treiben.

Tito sei ein „Miniaturstalin", ein Bürokrat, allerdings ein oppositioneller Bürokrat, der außerdem über einen eigenen Machtapparat und einen eigenen Massenanhang verfüge und dessen Aufbegehren gegen die Sowjetbürokratie die Autorität des Kreml angreife. Das könne in der Arbeiterbasis der stalinistischen Parteien wichtige Nachdenkprozesse auslösen – worin seine positive Bedeutung liegen könne. Insgesamt unterschied sich somit diese erste Antwort der IKÖ auf den Bruch zwischen Tito und Stalin deutlich von der des IS. Und die IKÖ sollte – wie wir sehen werden – auch nicht bereit sein, so schnell klein beizugeben.

Bereits ein Monat später setzte die IKÖ in ihrer Einschätzung der Entwicklungen innerhalb des Stalinismus nach[101] – und beschrieb die Haltung der Kominform-Parteien so: „Natürlich bellt die ganze Bürokratenclique der Pauker, Togliatti & Co. gegen ihren gestrigen Kollegen Tito, vor dem sie auf dem Bauch lagen, solange er in der Gunst Moskaus stand, los." Tito wiederum hätte seinen „Parteitag mit den gewohnten Stalinschen Methoden vorbereitet", führe den Kampf mit militärisch-polizeilichen Mitteln und begänne, „gegen die stalintreuen Elemente in Jugoslawien" zu säubern. Sein „bürokratisches Regime" beruhe „gerade darauf, dass er das Monopol seiner Partei unversehrt aufrechterhält".

Tito, der durch die ökonomischen Sanktionen der stalinistischen Länder in die Arme des Imperialismus getrieben werde, stelle durch seine relative starke Verbindung mit der nationalen Bourgeoisie ein Hindernis für die Pläne der Sowjetbürokratie dar:

> „Die Moskauer Bürokratie geht heute in verstärktem Tempo daran, die Glacisländer in die Zange zu nehmen, die dort noch vorhandenen bürgerlichen Eigentumsverhältnisse auf bürokratisch-polizeilichem Wege zu beseitigen und den Eigentumsverhältnissen der Sowjetunion anzupassen. In diesen Aktionen beweist sich wieder, dass es sich bei der Stalinbürokratie um keine neue Klasse, sondern um eine auf dem Boden des Arbeiterstaates emporgewucherte entartete

[101] *Der Bruch Tito – Stalin*, Spartakist Nr.35/36, August/September 1948

Bürokratie handelt, die gezwungen ist, überall jene Eigentumsverhältnisse einzuführen, die den Boden ihrer Privilegien abgeben."

Diese Entwicklung sei mit der Einsetzung völlig loyaler und abhängiger Bürokraten verbunden. Die bürokratischen Aktionen seien Reaktionen der russischen Bürokratie auf das Erstarken der nationalen Bourgeoisie durch die Aufrechterhaltung der bürgerlichen Eigentumsverhältnisse in den Glacisländern. Im Allgemeinen hat sich hier die Analyse der Umwälzungsprozesse in Osteuropa also bereits verfeinert: Die Anpassung der Eigentumsverhältnisse an die der Sowjetunion wird nicht mehr so stark mit der direkten Annexion durch die Sowjetunion gleichgesetzt. Gleichzeitig werden aber die Titoist/inn/en als Hemmnis für diese Umwälzung angesehen – und das, obwohl der Prozess in Jugoslawien schon weiter fortgeschritten war als in den anderen osteuropäischen Ländern. Dabei kommt zum Ausdruck, dass weiterhin die Errichtung eines von Beginn an bürokratisch degenerierten Arbeiter/innen/staates – bei Aufrechterhaltung eines bürgerlichen Staatsapparates unter Dominanz der Stalinist/inn/en – von der direkten Beteiligung der sowjetischen Bürokratie und ihrer Armee abhängig gemacht wird (was in Jugoslawien und später in China, Kuba und Vietnam eben nicht der Fall war). Die Alternative der IKÖ ist demgegenüber eindeutig: „Weder Stalin noch Tito – Vorwärts zum freien Rätejugoslawien!"



DER HAUPTFEIND EINES JEDEN VOLKES STEHT IM EIGENEN LANDE! (Karl Liebknecht)

DER SPARTAKIST

ORGAN DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTEN ÖSTERREICHS
(Sektion der Vierten Internationale)

April 1949 Nr. 43 Preis S 2.-

DIE IMPERIALISTEN BEREITEN DEN KRIEG GEGEN DIE SU VOR!

Der Höhepunkt der Konjunktur in USA wurde bereits 1948 überschritten. Die Vorzeichen der Krise (Stillstand im Ausbau des Produktionsapparates, Rückgang des Verkaufs von Konsumgütern, Steigen der Arbeitslosigkeit, Rückgang des Exportes) sind bereits zu erkennen. Vier Jahre nach dem Ende des 2. imperialistischen Weltgemetzels findet sich der Weltkapitalismus schon wieder in seinen eigenen Widersprüchen gefangen. Das internationale Monopolkapital versucht aus dieser seiner historischen Sackgasse zu entkommen. Das Rezept, das es dabei anwendet ist nicht neu: Aufrüstung und schließlich Krieg. Ein großer Teil Asiens und Europas, das Territorium der SU und zum Teil auch seines Glacis, ist dem kapitalistischen Weltmarkt entzogen, darauf richtet sich der Appetit der Imperialisten. Durch den allimperialistischen Krieg gegen die SU will der Weltkapitalismus unter der Führung der USA einer neuen katastrophalen Krise entgehen. Durch die Zerstörung der sowjetischen Planwirtschaft hoffen die imperialistischen Räuber zu neuen Absatzmärkten zu kommen.

Der Atlantikpakt - ein imperialistischer Raubpakt

Durch die Festigung seiner Positionen in Osteuropa und durch seine Erfolge in China hat der Kreml den USA-Imperialismus gezwungen, seine Pläne zu ändern. Er ließ China fallen und konzentriert jetzt seine Anstrengungen auf Westeuropa. Der Vorbote des Atlantikpaktes, der Marshallplan, half dem stark angeschlagenen Kapitalismus Westeuropas, vor allem in Italien, Frankreich und Deutschland, wieder auf die Beine. Der Atlantikpakt soll ihm jetzt die nötige Rük-

INHALT: Die Imperialisten bereiten den Krieg gegen die SU vor! - Wohin geht die Scharf-Bewegung? - Streiflichter

Im Oktober 1948 „veröffentlichte" die IKÖ dann auch den Standpunkt der internationalen Führung – allerdings nur in den *Internen Mitteilungen für die Mitglieder der*

IKÖ, in denen zwei offene Briefe des IS an die KPJ abgedruckt wurden.[102] Allerdings fügte die Leitung – man hat fast den Eindruck: genüsslich – im Anhang eine *Resolution der KPJ* vom Juli 1948[103] hinzu, in der davon die Rede ist, dass das „ZK der KPJ, geführt vom Genossen Tito" die Partei in der Periode zwischen 1937 und 1940 zu einer „monolithische(n) Kraft" konsolidierte hätte, „nachdem es sie von den Fraktionalisten – parteifeindlichen und trotzkistischen Elementen – gereinigt" hätte. Die IKÖ-Leitung dürfte der Ansicht gewesen sein, dass diese Passage der KPJ-Resolution für sich spreche, da sie sich jedes weiteren Kommentars enthielt.

Im Sommer 1949 wandte sich die IKÖ dann erneut der „Krise des Stalinismus" zu.[104] Diese hätte sich auf Polen, Albanien, Bulgarien und Ungarn ausgeweitet. In all diesen Ländern wäre innerhalb eines Jahres die stalinistische Führungsgarnitur (Rajk und Szöny in Ungarn, Kostoff in Bulgarien, Gomulka in Polen, Dodge und Christo in Albanien...) gesäubert worden. Die russische Bürokratie brauche in all diesen Ländern noch willigere Bürokraten – möglichst solche, die kaum über Unterstützung im eigenen Land verfügten und die deshalb völlig auf den Kreml angewiesen seien. Aber auch in der Sowjetunion selbst gebe es Spannungen in der Bürokratie, die im Falle des Todes von Stalin zu einer ernsten Krise werden könnten. Tito würde weiterhin nicht vor Stalin kapitulieren, hätte sich aber auch nicht völlig dem Westen untergeordnet, obwohl er angesichts seines Wunsches nach Dollaranleihen sehr wohl unter Druck der Imperialisten geraten sei, was sich beispielsweise in der Einstellung der jugoslawischen Unterstützung für die griechischen Partisanen gezeigt hätte. Tito würde weiterhin zwischen der Sowjetbürokratie und dem Westen lavieren.

Ab 1950 wurde die angespannte Situation zwischen der IKÖ und dem IS, zumindest was die Frage dss Titoismus betraf, etwas entspannt. Das lag im Wesentlichen daran, dass sich in die politische Anpassung der internationalen Führung der 4. Internationale an den Titoismus – angesichts des Verhaltens der KPJ: gezwungenermaßen – nun auch stärker politische Kritik mischte. So konnte die IKÖ im Frühjahr einen Brief des IS an die KPJ publizieren,[105] in dem an Erklärungen des KPJ-ZK-Mitglieds Velko Vlahović Kritik geübt wurde. Die erste Erklärung beinhaltete Vlahovićs Ablehnung der Bildung einer Tito-Internationale und seine Ansicht, dass sich die Organisationsform der Komintern überlebt habe. Das IS argumentierte, dass die internationale Organisierung der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung nichts an Bedeutung verloren habe, und stützte sich zu diesem Zweck auf eine ausführliche Darlegung der prinzipiellen Positionen der Komintern.

> „Die Haltung, die Vlachowitsch[106] und Djilas in Bezug auf die Frage der Internationale als die Eurer Partei angeben, ist in der Tat nichts anderes als der Ausdruck einer Tendenz zur Kapitulation vor dem doppelten Druck, des Imperialismus einerseits und des Kreml andererseits."

---

[102] *Interne Mitteilungen für die Mitglieder der IKÖ* Nr.16, 23. Oktober 1948; Die offenen Briefe datieren vom Juli bzw. September 1948.
[103] ebd.
[104] *Zur Krise des Stalinismus*, Spartakist Nr.47, August 1949
[105] *An die Leitung und an die Mitglieder der KPJ*, Spartakist Nr.52/53, Feber/März 1950
[106] eingedeutschte Schreibweise von Vlahović

In einer zweiten Erklärung unterschied Vlahović zwischen „fortschrittlichen Arbeitern“, die Jugoslawien unterstützten, und „verschiedenen verdächtigen Typen, die sich um irgendeine Vierte Internationale sammeln, verschiedene imperialistische Agenten usw.“.[107] Wenn diese Erklärung – so das IS – von orthodoxen Stalinisten käme, „von einem jener, die Ihr mit Recht ‚Lügner, kominformierte Verleumder’ nennt“, dann wäre das nicht weiter verwunderlich.

> „Aber diese Erklärungen kommen von einem der Euren, sie sprechen im Namen Eurer Partei; eine Organisation, welche wir als eine revolutionäre Strömung betrachten, die sich aus richtigen und fortschrittlichen Erwägungen heraus von der konterrevolutionären Kontrolle des Kreml befreit hat.“

Es wäre fatal, wenn die KPJ nun begänne „dieselben verfaulten Mittel wie der Stalinismus anzuwenden“ – und das obwohl der KPJ-Führer Mosa Pijade erkannt habe, dass die Budapester Schauprozesse nach demselben Muster abliefen und von denselben Leuten organisiert würden wie die Moskauer Prozesse 1936 bis 1938 und obwohl derselbe Pijade gesagt habe, dass die Degeneration der Komintern begonnen habe „seit jenem Tage, wo man proklamierte, dass der Trotzkismus aufgehört habe, eine Strömung in der Arbeiterbewegung zu sein“.[108] „Gebt uns nicht den peinlichen Eindruck, dass die Vorurteile und die vom Kreml eingeführten Praktiken nunmehr auch in Eurer Organisation die Oberhand gewinnen.“

Die KPJ war durch solche Appelle freilich nicht zu beeindrucken. Die titoistische Bürokratie war an weltrevolutionären Bestrebungen ebenso wenig interessiert wie an einer Kooperation mit der 4. Internationale – und sie machte das auch deutlich. Im Jänner 1951 erklärten Edvard Kardelj (in der Nationalversammlung) und Tito (gegenüber einem westlichen Korrespondenten) unisono, dass sich die Trotzkist/inn/en in der Praxis im Schlepptau der sowjetischen Außenpolitik befänden und dass sie nur mit Worten die sowjetische Bürokratie bekämpften.

Die Antwort war ein neuerlicher Brief des IS an die KPJ, den die IKÖ Anfang 1951 veröffentlichte.[109] Darin stellte das IS fest, dass der Kampf der Trotzkisten nicht erst vom Juni 1948 datiere – und sie wären die einzigen in der internationalen Arbeiterbewegung, die Jugoslawien konsequent gegen die Verleumdungen des Kreml verteidigten. Das nicht anzuerkennen, bedeute Gedächtnisschwäche und Unkenntnis.

> „Was Ihr als unsere so genannte Kapitulation in der Praxis vor den sowjetischen Bürokratie bezeichnet habt, das ist in Wirklichkeit unsere Linie der bedingungslosen Unterstützung aller Kämpfe der proletarischen und kolonialen Massen gegen ihren Klassenfeind, selbst wenn diese Kämpfe augenblicklich von den Stalinisten geführt und vom Kreml ausgenützt werden; auf dieser Linie lehnen wir aber auch sehr kategorisch Eure gegenwärtige Auffassung über den Kampf gegen diese Bürokratie ab, die in der Unterstützung von anderen ‚demokratischen Kräften’ als der des Proletariats und der kolonialen Massen besteht. Wir bekämp-

[107] zitiert nach: *An die Leitung und an die Mitglieder der KPJ*, Spartakist Nr.52/53, Feber/März 1950
[108] zitiert nach: ebd.
[109] *Erklärung des IS der IV. Internationale: An die KPJ* (Jänner 1951), Spartakist Nr.62-64, Jänner-März 1951

> fen den Stalinismus innerhalb der Arbeiterbewegung mit den Kräften des Proletariats und der Kolonialmassen und wir vertrauen diese Aufgabe niemals dem Imperialismus und seinen reformistischen Agenten an. (...) Ihr sucht neue Verbündete bei den ‚demokratischen Kräften' (...) und bei der verfaulten Sozialdemokratie, die die konterrevolutionären Kräfte unterstützt, jene selben Kräfte, die die Restauration des Kapitalismus in Eurem Lande wieder herbeiführen wollen."

In der Stunde der Gefahr, wenn Jugoslawien vom Kreml angegriffen oder von den Imperialisten in die Enge gedrängt würde, würden „Eure neuen ‚Freunde' durch ihre vollständige Passivität gegenüber dem Verlust Eurer Revolution ihren wahren Wert zeigen". Die Trotzkisten hingegen würden kommen, um mit der Waffe in der Hand die vom Kreml oder dem Imperialismus bedrohten Eroberungen der jugoslawischen Revolution zu verteidigen.

Neben den deutlichen Distanzierungen der KPJ vom Trotzkismus waren es nun die jugoslawischen Zugeständnisse an den Westen – insbesondere die jugoslawische Unterstützung für den Imperialismus im Koreakrieg – die dem IS die Ausrichtung auf den Titoismus zunehmend erschwerte. Dadurch, dass in den Stellungnahmen der 4. Internationale zu Jugoslawien nun stärker kritische Töne auftauchten, wurde dadurch in dieser Frage das Verhältnis zur IKÖ tendenziell entspannt. Da aber das IS trotz allem weiter große Hoffnungen auf die jugoslawischen Revolution und die KPJ setzte und auch weiterhin Brigaden nach Jugoslawien schickte, die beim Wiederaufbau des Landes halfen, und da die IKÖ-Mehrheit auch bei ihrem Standpunkt blieb, war man von einer Lösung der Differenzen allerdings weiterhin weit entfernt.

Demgegenüber hatte sich die IKÖ (O) spätestens seit 1950 auch in der Frage des Titoismus als Unterstützerin des IS in Österreich zu profilieren gesucht. Im Sommer 1950 veröffentliche die IKÖ (O) intern einen Beitrag,[110] der kritisierte, dass die IKÖ-Leitung bei der Veröffentlichung einer Resolution des 8. Plenums des IEK eine eigene Vorbemerkung vorausgeschickt habe und dass darin ihr verstärktes Sektierertum zu Ausdruck komme – besonders in der jugoslawischen Frage:

> „Hier steht die IKÖ-Leitung auf dem bereits bekannten Standpunkt, dass sich in Jugoslawien die Titobürokratie an der Macht befindet, die die werktätigen Massen genauso unterdrückt wie die Stalinbürokratie in der SU. Daher gibt die IKÖ-Leitung, im Gegensatz zur Internationale, zum IS, die Losung zum Sturz des Titoregimes, allerdings gleichzeitig mit der Losung der Verteidigung Jugoslawiens gegen den Kreml im Namen des Selbstbestimmungsrechtes des jugoslawischen Volkes. Besonders kritisiert die ‚Vorbemerkung' den Mangel an jeglicher Kritik am ‚Titoismus', an den stalinistischen Methoden der Titobürokratie den Massen gegenüber. Hier steht, meint die IKÖ-Leitung, ‚das IS bereits mit beiden Füßen auf dem Boden des Titoismus'! Schließlich ruft sie aus: ‚Wir werden nicht ruhig zusehen, wenn das IS den Trotzkismus in Titoismus verwandelt'."

Weiter unten fasste die IKÖ (O) die eigene Sichtweise zusammen:

[110] *Verstärktes Sektierertum der IKÖ-Leitung,* Mitteilungsblatt der Opposition der IKÖ Nr.8, August 1950

„Also: unter dem Druck der Massenbewegung, welchen Druck am bewusstesten die Führung der KPJ widerspiegelte, wandelte sich die KPJ aus einer stalinistischen, stalinisierten Partei wieder in eine proletarische, kommunistische Partei um. Das ist die Tatsache, die alles Spätere – und alles Heutige erklärt. Es war (und ist) noch keine Partei, die in allen Fragen schon den Klassenstandpunkt, den internationalistischen Standpunkt bezogen hat. Aber ihre Umwandlung ging immerhin soweit, dass sie die jugoslawische Revolution zum Siege zu führen imstande war, dass sie den bereits während des Bürger- und Befreiungskrieges keimhaft vorhandenen Bruch mit der Kremlbürokratie zum völligen Bruch entwickeln konnte – und seither gewaltige Schritte nach vorwärts gemacht hat und noch weitere machen wird."

Die Umwandlung einer stalinistischen Partei in eine kommunistische (mit Schwächen) sei zwar eine Ausnahmeerscheinung, etwas Ähnliches passiere aber gerade in China. Damit ging die IKÖ (O) sogar weiter als das IS – zumindest wird die KPJ in der Resolution des 3. Weltkongresses der 4. Internationale vom September 1951 lediglich als zentristische Partei charakterisiert. Außerdem schätzte die Resolution des Weltkongresses ein, dass die KPJ seit 1951 unter dem Druck des Imperialismus zunehmend einen Kurs mit „opportunistischen Abweichungen" verfolge. Und während die IKÖ (O) weitere gewaltige Schritte nach vorwärts erwartete, fügte der Weltkongress hinzu: „Ohne radikale Änderung des Kräfteverhältnisses der Klassen im internationalen Maßstab wird sich diese Tendenz vertiefen."[111] Man kann hier also fast den Eindruck bekommen, dass die IKÖ (O) versuchte, päpstlicher zu sein als der Papst – obwohl die politische Anpassung des IS an den Titoismus 1951 gegenüber 1949/1950 eben schon etwas zurückgegangen war. Jedenfalls setzte die IKÖ (O) in ihrer Kritik an der IKÖ-Mehrheit hinzu:

„Ein Wort zur Frage der nach Meinung der IKÖ-Leitung fehlenden revolutionären Kritik an der KPJ. Die IKÖ-Leitung muss verstehen, dass es hier, gerade hier, gilt, jedes ultimative Verhalten zu vermeiden. Die Kritik an der KPJ wird unserer Ansicht nach am besten – von der KPJ selbst geübt."

Es gehe darum, Kritik nicht in einer doktrinären, sondern in einer fördernden Weise zu üben. Diese Herangehensweise der Internationale zeige bei der KPJ auch schon positive Resultate. Und:

„Wir haben volles Vertrauen in die jugoslawische Revolution, auf die jugoslawischen Massen, in die Evolution der KPJ, ihrer Führung, eine Evolution, die noch nicht beendet ist. Dieses Vertrauen muss auch die IKÖ fassen. Wir machen uns von der jugoslawischen Revolution kein schönfärberisches Bild, wir sehen sie mit allen ihren Schwächen und Widersprüchen. Aber wir sind gewiss: unser Wirken, das Wirken der IV. Internationale wird mithelfen, sie zu überwinden.

Ein sektiererisches, ultimatives Verhalten der jugoslawischen Revolution gegenüber kann nur bewirken, dass wir ihre volle Evolution behindern, lähmen. Deshalb rufen wir der IKÖ, ihrer Leitung zu: Macht Schluss mit den abstrakt-

[111] *Die jugoslawische Revolution und die IV. Internationale*, Resolution des 3. Weltkongresses, September 1951, in: Mitteilungsblatt der Opposition der IKÖ Nr.14, März 1952

sektiererischen Denken, macht Schluss mit dem Ultimatismus, erkennt die Unhaltbarkeit eurer Position in der jugoslawischen Frage!“[112]

Im November 1950 – die Haltung Jugoslawiens zum Koreakrieg war mittlerweile offensichtlich geworden – war auch die IKÖ (O) schon etwas vorsichtiger. Man sei ja „immer der Meinung“ gewesen,

„dass es ohne Widersprüche und Schwankungen der KPJ nicht abgehen wird. Wichtig ist nur, dass wir unsere revolutionäre Kritik an der Politik der KPJ auf eine brüderliche Art üben, dass wir dabei nicht vergessen, dass wir nach wie vor Jugoslawien als einen Arbeiterstaat einschätzen, nach wie vor die KPJ nicht als eine verbürokratisierte Partei ansehen! Es kommt darauf an, gerade heute, in der kritischsten Etappe für Jugoslawien, den jugoslawischen Kommunisten mit revolutionärer Kritik zu helfen, aber dabei an ihrer Seite zu stehen!“[113]

Die IKÖ-Mehrheit hielt weiter an ihrer grundsätzlich anderen Einschätzung des Titoismus fest – und brachte das auf ihrer 3. Konferenz in der Resolution *Die jugoslawische Revolution und die IV. Internationale*[114] zum Ausdruck:

„Der militärische und politische Zusammenbruch der eigenen Bourgeoisie und der imperialistischen Besatzungsmacht, das Vorhandensein einer breiten, kampfgewillten Massenbewegung, in der die Arbeiterklasse eine führende Rolle spielte, die Existenz der SU als bedeutenster antiimperialistischer Machtfaktor, das Fehlen der unmittelbaren Kontrolle des Kremls über die jugoslawische Partisanenbewegung und deren Führung, der jugoslawischen KP, alle diese Bedingungen zusammen ermöglichten den Sieg der jugoslawischen Revolution über die jugoslawische Bourgeoisie. Unter dem Druck der revolutionären Massenbewegung beseitigte die KP Jugoslawiens den kapitalistischen Staat und errichtete in mehreren Etappen einen bürokratisch beherrschten, deformierten Arbeiterstaat.“

Abgesehen davon, dass die Arbeiter/innen/klasse in der titoistischen Partisan/inn/enbewegung weder sozial noch politisch eine führende Rolle spielte und dass der titoistische Staatsapparat sehr wohl bürgerlichen Charakter hatte,[115] kam die IKÖ – im Gegensatz zum IS – also zu dem meines Erachtens richtigen Ergebnis, dass es sich beim titoistischen Jugoslawien um einen bürokratisch deformierten Arbeiter/innen/staat handelte.

Laut IKÖ[116] führe die „Deformierung durch die Titobürokratie“ dazu, dass der „Arbeiterstaat in Jugoslawien (...), ähnlich wie die SU, sehr weit von der marxistisch-leninistischen Konzeption eines solchen entfernt“ sei: „Die ‚proletarische Demokra-

---

[112] *Verstärktes Sektierertum der IKÖ-Leitung*, Mitteilungsblatt der Opposition der IKÖ Nr.8, August 1950

[113] *Nachbemerkung zum Artikel vom M. Pablo*, 30. November 1950, in: Mitteilungsblatt der Opposition der IKÖ Nr.9, November 1950

[114] *Die jugoslawische Revolution und die IV. Internationale*, Resolution der 3. Konferenz der IKÖ, Juli 1951, in: Interne Mitteilungen Nr.31, Juli 1951

[115] siehe dazu: Jovanovic / Stojanovic / Wegner: *Stalinismus und marxistische Staatstheorie*, in: *Marxismus* Nr.2, Dezember 1994

[116] *Die jugoslawische Revolution und die IV. Internationale*, Resolution der 3. Konferenz der IKÖ, Juli 1951, in: Interne Mitteilungen Nr.31, Juli 1951

tie', das ‚Mitbestimmungsrecht der Massen' existieren nur auf dem Papier oder werden von der herrschenden Bürokratie nur in beschränktem Maße gewährt, nicht um die Massen für die Ausübung der Macht zu erziehen, sondern um sie zu beruhigen." Die Charakterisierung der KPJ und ihrer Führung durch das IS könne

> „zu der Ansicht führen, dass die Interessen der jugoslawischen Revolution und der KPJ, die unter Führung der Titobürokratie steht, identisch sind. Die Interessen der jugoslawischen Revolution lagen und liegen den Tito & Co. nur insofern am Herzen, solange sie mit ihren jugoslawisch-nationalen, bürokratischen Interessen gleich liefen und gleich laufen. (...) Der ‚prinzipienlose Charakter der Politik' und die ‚Unterschätzung der internationalen Arbeiterbewegung'[117] durch den Titoismus sind eben der Ausdruck anderer Interessen als der der jugoslawischen Revolution. Sie sind der Ausdruck klassenfremder, bürokratischer, jugoslawisch-nationaler Interessen, die der Weltrevolution und damit letzten Endes auch der jugoslawischen Revolution feindlich gegenüberstehen."

Auch nach dem Bruch mit Stalin wäre die Titobürokratie „auf ihrer nationalkommunistischen Grundlinie" verblieben, da die internationale Revolution für sie ein „zu großes Risiko" dargestellt hätte. Stattdessen wäre die Politik der Titoisten in letzter Zeit immer rechter geworden, die KPJ stehe „bereits im Lager der ‚Demokratie', d.h. im Lager der Imperialisten". Die Fortschritte, die die Titoisten unter dem Druck der Massen gemacht hätten, würden sie für ihre nationalökonomischen Interessen über Bord werfen.

> „Die wesentlichsten und charakteristischesten Merkmale des Titoismus sind daher:
>
> a) Er ist der politische Ausdruck einer verbürokratisierten Schichte, die in einer unter besonderen Bedingungen siegreich gebliebenen Revolution in einem zurückgebliebenen Lande wurzelt;
> b) seine Grundlinie ist der jugoslawische Nationalkommunismus;
> c) er beherrscht die KPJ und den jugoslawischen Arbeiterstaat;
> d) er beutet die Errungenschaften der jugoslawischen Revolution für seine bürokratischen Interessen aus;
> e) er isoliert die jugoslawische Revolution von der Weltrevolution, und ist dadurch zu einem Hindernis für deren Weiterentwicklung geworden;
> f) er steht der Weltarbeiterklasse und der Weltrevolution feindlich gegenüber. (...)
>
> Die IV. Internationale darf niemals die Rolle der Titobürokratie gegenüber den Massen verschweigen, genau so wenig wie sie die Rolle Mao Tse Tungs gegenüber den chinesischen Massen vor der Weltarbeiterklasse verschweigen darf. Die IV. Internationale darf innerhalb der Arbeiterklasse keinen Augenblick die Illu-

[117] Zitate aus der Resolution des 9. Plenums des IEK zu Jugoslawien; Diese Formulierungen jener Resolution, die den Entwurf für den Weltkongress darstellte, finden sich in der vom Weltkongress beschlossenen Fassung wieder – siehe: *Die jugoslawische Revolution und die IV. Internationale*, Resolution des 3. Weltkongresses der IV. Internationale, September 1951, in: Mitteilungsblatt der Opposition der IKÖ Nr.14, März 1952

sion verbreiten, dass es sich bei Tito und seiner Clique um Leute handelt, die, wenn sie noch einige Erfahrungen sammeln werden, sich zu proletarischen Revolutionären, zu Trotzkisten entwickeln werden."

Die Aufgabe, den jugoslawischen Massen zu helfen, „anstelle der Titodiktatur die proletarische Demokratie zu errichten", müsse einer eventuell möglichen Zusammenarbeit mit der KPJ übergeordnet werden: „Der IV. Internationale darf es nicht um die Sympathien der Titobürokratie, sondern um die Sympathien der jugoslawischen Massen gehen." Dabei müssten bei Aufgaben, die sich aus der Notwendigkeit der Unterstützung der jugoslawischen Revolution ergeben, die jeweilige Situation der Sektionen berücksichtigt werden. Die IKÖ werde sich deshalb – angesichts der Illegalität und der Konzentration auf die Arbeit in SP und Gewerkschaften – „in erster Linie auf die propagandistische Aufklärung über die jugoslawische Revolution in den Reihen der fortschrittlichen Arbeiter beschränken müssen".

In einer Resolution zum allgemeinen Kurs der 4. Internationale[118] fügte die 3. Konferenz der IKÖ hinzu, dass die Thesen des 9. Plenums den Sektionen in den Glacisländern und in Ländern wie China und Indochina eine Position empfehlen, „die auf eine Linksopposition der Stalinpartei hinausläuft. Es besteht die Gefahr, dass jene Politik fortgesetzt wird, die die IV. Internationale vorübergehend zu einem politischen Anhängsel des Titoismus herabgedrückt hat."

In den nächsten drei Jahren, bis zur Wiedervereinigung von IKÖ und IKÖ (O) 1954, sollte sich die Situation zur Frage des Titoismus dann langsam entspannen. Einerseits verstärkten sich – wie gesagt – angesichts der Politik der KPJ auch beim IS kritische Aspekte gegenüber dem Titoismus. Andererseits war auch die IKÖ, da sie einen Bruch mit der 4. Internationale vermeiden wollte und sich deshalb eben auf ein erneutes Zusammengehen mit der IKÖ (O) orientierte, an einer Entschärfung der Differenzen interessiert. Zwischen 1951 und 1954 druckten sowohl die IKÖ (O) als auch die IKÖ die verschiedenen Dokumente des IS zum Stalinismus ab. Eine kontroversielle Auseinandersetzung fand kaum mehr statt. In der vom Kontaktkomitee zwischen IKÖ und IKÖ (O) erarbeiteten Resolution,[119] in der man einerseits einen ökonomischen Aufschwung in den stalinistischen Staaten und andererseits eine Vertiefung der Krise des Stalinismus konstatierte, einigte man sich schließlich auf folgende knappe Formulierung, durch die man die Kontroversen de facto ausklammerte: „Diese Regimes sind, wie im Falle der UdSSR, ein entarteter Arbeiterstaat oder wie im Falle Chinas und der europäischen Glacisländer bürokratisch entstellte Arbeiterstaaten. Hiezu ist auch Jugoslawien zu zählen, dessen endgültige Haltung heute noch offen ist."

In der Einschätzung der Ereignisse in der DDR im Juni 1953 waren sich IS und IKÖ bereits einig gewesen. Man unterstützte die aufständischen Arbeiter/innen gegen die stalinistische Repression. Auch wenn die proimperialistischen Propagandisten versuchen würden, die Proteste auszunützen, und trotz der Verleumdungen von Seiten des

[118] *Resolution zu den „Thesen über die internationalen Perspektiven und den Kurs der Bewegung der IV. Internationale"*, beschlossen von der 3. Konferenz der IKÖ, Juli 1951, in: Interne Mitteilungen Nr.31, Juli 1951

[119] *Die internationale Situation und ihre Perspektiven*, vorgelegt vom Kontaktkomitee der IKÖ - IKÖ (O), 3. April 1954

Kreml handle es sich beim Arbeiter/innen/aufstand in Ostdeutschland um „die bedeutendste revolutionäre Aktion des deutschen Proletariats seit 1923“.[120]

Die Bewegung hätte einerseits für die Reduzierung der Arbeitsnormen und für Preissenkungen bei den Grundnahrungsmitteln[121] und andererseits „gegen die politische Expropriation der Arbeiterklasse“[122] gekämpft. Bei den Arbeiter/innen/demonstrationen seien gegenüber der Bürokratie Rufe wie *Wir sind die wahren Kommunisten, nicht ihr!* laut geworden. Durch die spätere Einmischung von einigen Gruppen von Reaktionären aus dem Westen sei der proletarisch-antikapitalistische Charakter der Bewegung zwar verfälscht, nicht aber verändert worden.

Dieser erste Versuch einer politischen Revolution in den Glacisländern hätte nichts gemein mit der angeblichen Sympathie dieser Arbeiter für das kapitalistische Regime in Bonn.[123] Dementsprechend sei die deutsche Bourgeoisie über die Streikbewegung sehr erschrocken gewesen, da sie „im vornhinein deren explosiven Charakter und die Gefahr, dass sie sich über die Demarkationslinie hinaus ausdehnen könnte“, erkannt habe. Ihre Angst sei so groß gewesen, „dass sie sofort jede Demonstration, öffentliche Versammlung in Westberlin verboten“ habe.[124] Jedenfalls stünde – so das IS – in den stalinistischen Ländern die politische Revolution auf der Tagesordnung.

6.6. „Wiederaufbau“, Streikbewegungen und Staatsvertrag

Die Auseinandersetzung mit der Restauration des Kapitalismus in Österreich stellte für die IKÖ eine wichtige Aufgabe dar. Bereits bei der Gründungskonferenz Anfang Dezember 1946 wurde in der Resolution *Die Lage und unsere Aufgaben*[125] auf diese Frage eingegangen: Der österreichische Kapitalismus sei „unter direkter Protektion der Siegerimperialisten wie Stalins wiederaufgerichtet“ worden.

> „Der würgende Besatzungsdruck, die noch halb daniederliegende Produktion, die aber den Kapitalisten bereits ansehnliche Profite abwirft, Schieber- und Spekulantentum, das frech ausräubert, die Bourgeoisie der Einzelländer, die Wien abriegelt, ein satt-freches Großbauerntum, das die Städte aushungert, – und all dem gegenüber eine ausgemergelte, abgerackerte und hungernde Arbeiterklasse, die trotz SP/Stalinpartei/Gewerkschaftsbürokratie immer wieder zum Kampf ansetzt, an ihrer Seite die halbverhungerten armen Mittelschichten in Stadt und Land: dieses Bild bietet Österreich eineinhalb Jahre nach der ‚Befreiung’.“

Die Lage sei dadurch charakterisiert, dass sich die Bourgeoisie aufgrund der Massenstimmung weiterhin gezwungen sehe, die Sozialdemokratie (und aufgrund der sowje-

---

[120] *Der Arbeiteraufstand in Ostberlin*, Broschüre der IKÖ, 1953
[121] ebd.
[122] *Erklärung des IS der IV. Internationale über die Ereignisse in Ostdeutschland und die gegenwärtige allgemeine Lage in den europäischen „Volksdemokratien“ und in der SU*, Spartakist Nr.77, Juli 1953
[123] ebd.
[124] *Der Arbeiteraufstand in Ostberlin*, Broschüre der IKÖ, 1953
[125] *Die Lage und unsere Aufgaben* (einstimmig angenommene Resolution der 1. Konferenz der IKÖ), in: Spartakist Nr.14/15, Dezember 1946/Jänner 1947

tischen Besatzungsmacht auch die KPÖ) in der Regierung zu dulden. Dennoch habe die Konsolidierung der Bourgeoisie Fortschritte gemacht, was sich einerseits in der Konsolidierung des Staatsapparates zeige und andererseits darin, mit welcher Schamlosigkeit sie gegen die Massen vorgehe.

„Das Proletariat, welches die Hauptlast an Hunger und Elend trägt", sei kampfbereit, SPÖ und KPÖ seien aber nicht bereit, den Kampfwillen tatsächlich zum Kampf gegen die Bourgeoisie zu führen. Beide Parteien hätten – „so wie die SP 1918" – den Kapitalisten erneut „in den Sattel geholfen. Beide haben die Arbeiter in den kapitalistischen ‚Wiederaufbau' eingespannt." Die Unzufriedenheit der Massen komme – aufgrund des Fehlens der revolutionären Partei – aber trotzdem weiterhin der SPÖ zugute.

Im September 1947 ging die IKÖ dann unter dem Titel *Die Kapitalisten sanieren sich auf Kosten der Arbeiter!* ausführlich auf das Lohn-Preis-Abkommen von 1947 ein.[126] Nachdem vorgerechnet wurde, dass Lohnerhöhungen von 36 Prozent mit Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel und öffentliche Tarife um 80 bis 100 Prozent einhergingen, wurde resümiert, dass das Lohn-Preis-Abkommen „viel richtiger ein Lohnraub- und Preiserhöhungsabkommen genannt werden" müsse.

In der arbeiterfeindlichen Unterstützung des Abkommens durch die SPÖ, die dauernd mit dem *demokratischen Sozialismus* hausieren gehe, finde sich weder etwas von Sozialismus noch etwas von Demokratie – da sie ihre Haltung keinem Entscheid ihrer Basis in den Betrieben unterzogen hätte. Die SPÖ erweise sich als Lakai der Bourgeoisie, ihre Praxis laufe „darauf hinaus, von den Massen zu verlangen, sie mögen noch mehr arbeiten und noch mehr ‚opfern' im Interesse des ‚Wiederaufbaus', der in Wirklichkeit der Wiederaufbau des Kapitalismus ist".

Nachdem die KPÖ „in den letzten zwei Jahren bedenkenlos die wichtigsten Interessen der österreichischen Arbeiterklasse preisgegeben" und den Wiederaufbau unterstützt habe, wende sie sich heute gegen das Lohn-Preis-Abkommen – allerdings einzig und allein deshalb, weil die Sowjetbürokratie mit dem anglo-amerikanischen Imperialismus in Konflikt geraten sei. Gleichzeitig beteuere der stalinistische Nationalrat Franz „Honner, dass ‚die Arbeiter sich noch nie geweigert haben, Entbehrungen und Opfer für die Sache des Wiederaufbaus auf sich zu nehmen'".

> „Und das ist der entscheidende Punkt. Die Stalinpartei ist nämlich bereit, für den kapitalistischen Wiederaufbau die größten Opfer – der Arbeiter – zu bringen, wenn die österreichische Bourgeoisie ihre Außenpolitik zugunsten einer der Sowjetbürokratie genehmen Linie ändert. Der ganze ‚Protest' der Stalinpartei gegen das Lohn-Preisabkommen ist eine platonische Angelegenheit, durch und durch unernst und verlogen. Sie spielt ‚Opposition' und bleibt in der Regierung; sie stimmt gegen das Lohn- und Preisabkommen und lässt es bei dieser Geste bewenden. Gleich der SP steht sie auf der Linie der Zusammenarbeit mit der

[126] *Die Kapitalisten sanieren sich auf Kosten der Arbeiter!*, Spartakist Nr.23, September 1947

> Bourgeoisie, auch wenn diese Zusammenarbeit durch außenpolitische Komplikationen jetzt gestört ist.“[127]

Die IKÖ kam zu der Schlussfolgerung, dass sich die Arbeiter gegen einen neuerlichen Lohnraub wappnen müssen – und sie gab dazu folgende Stoßrichtungen aus, die von den IKÖ-Mitgliedern und -Sympathisant/inn/en dann auch in den Betrieben unter den Kolleg/inn/en argumentiert wurden: 1. Gewerkschafts- und SP-Führer müssten für jede Vorgangsweise die Zustimmung der gewählten Vertreter der Betriebsarbeiterschaft, der Betriebsräte, einholen. Die Gewerkschaften müssten demokratisiert werden. 2. Für eine gleitende Lohnskala! 3. Kontrolle der Unternehmergewinne, der offiziellen wie der inoffiziellen, Kontrolle des Kapitalprofits durch die Betriebsräte! 4. Arbeiterkontrolle der Produktion und Verteilung! 5. Solange das kapitalistische System unangetastet bleibt, hätte die Bourgeoisie die Möglichkeit, „sich das, was sie mit der einen Hand gezwungenermaßen geben muss, mit der anderen wieder zu nehmen“. Deshalb stecke hinter jeder Lohnfrage letztlich die Machtfrage.

Gegen die Behauptung der SPÖ, dass ein scharfer Kampf gegen die Kapitalist/inn/en unter den Bedingungen des Besatzungsregimes nicht geführt werden könne und den Wiederaufbau stören würde, argumentierte die IKÖ:

> „In England, in Frankreich gibt es keine Besetzung und dennoch steht in diesen Ländern die Arbeiterklasse vor der gleichen Aufgabe wie in Österreich: der Verteidigung ihres Lebensstandards gegen die kapitalistischen Raubangriffe. *Lohn- und Preisregelung auf Kosten der Kapitalisten!* Dafür kämpfen die Sektionen der Vierten Internationale in England, in Frankreich, dafür müssen wir Internationalen Kommunisten auch in Österreich kämpfen.“

Zehn Monate später kam die IKÖ erneut auf die Frage zurück.[128] Angesichts der Propaganda vom „gemeinsamen Wiederaufbau der geliebten Heimat“ wären viele Arbeiter anfänglich bereit gewesen, ohne Lohn die Maschinen aus dem Schutt auszugraben.

> „Aber das änderte sich bald. Die Arbeiter machten je länger desto schneller die Erfahrung, dass sie nicht ihre Fabriken und ihren Staat, wie es ihnen SP und Stalinpartei immer wieder einredeten, aufbauten, sondern die Fabriken und den Staat der Kapitalisten, dass, während sie mit 1000 Kalorien im Tag und einem Bettel als Lohn am ‚Wiederaufbau’ schufteten, die Kapitalisten und besonders die Groß- und Mittelbauern fette Profite einheimsten.“

Auf der 2. Konferenz der IKÖ vom Februar 1949 zog man in einer 31-seitigen Resolution, die eine ausführliche ökonomische Untersuchung beinhaltete,[129] dann unter anderem Bilanz über den „Wiederaufbau“ zwischen 1945 und 1949. Seit 1946 sei es

---

[127] Wie weit die KPÖ in ihrer patriotischen Begeisterung für den kapitalistischen Wiederaufbau ging, wird beispielsweise dadurch illustriert, dass die *Volksstimme* vom 3.3.1946 sich darüber freute, dass in Wien bereits wieder über 450 Ballveranstaltungen stattgefunden hätten, und bedauerte, dass „die rauschenden Luxusfeste, der Opernball und der Ball der Stadt Wien noch gefehlt haben“ – und das in einer Zeit der Unterernährung der Arbeiter/innen/kinder, von Arbeitsniederlegungen angesichts der Ernährungslage und weiterer Herabsetzungen der Lebensmittelrationen.

[128] *Gegen den „zweiten Markt“ – für die Arbeiterkontrolle!*, Spartakist Nr.34, Juli 1948

[129] *Die Lage und ihre Perspektiven* (Resolution der zweiten Konferenz der IKÖ, Mitte Februar 1949), Spartakist Nr.42, März 1949

zu einer relativen Konsolidierung des österreichischen Kapitalismus gekommen. Diese Entwicklung hätte drei Eckpunkte gehabt: erstens die „Währungsreform“ von Ende 1947, die zu einem Anstieg der Produktion geführt habe; zweitens die Lohn-Preis-Pakte, die die Löhne niedrig gehalten und damit größere Profite ermöglicht hätten, und drittens der Marshall-Plan, der „in organisierter Weise die Konsolidierung des österreichischen Kapitalismus fördern und zum Abschluss bringen soll“:

> „Das Ziel der Marshall‚hilfe’ ist (...) einerseits die völlige Restauration und Erstarkung des österreichischen Kapitalismus, andererseits die Herstellung der Kontrolle der USA über Österreich, die Verwirklichung der direkten Abhängigkeit Österreichs vom USA-Kapitalismus.“

Zur Durchsetzung ihres Zieles der „freien Wirtschaft“, der Beseitigung von lästigen behördlichen Kontrollen etc., hätten die Kapitalisten den offiziellen Markt immer mehr entblößt und den Hauptteil der Produktion auf den schwarzen oder grauen Markt – mit dem Preisniveau des Weltmarktes – orientiert, um dort die wesentlichen Profite zu erzielen. Die Bourgeoisie sei mit ihrer Strategie erfolgreich gewesen, denn der offizielle Markt sei so zerstört und die Bewirtschaftung auf entscheidenden Gebieten zertrümmert worden. Anstelle der Bewirtschaftung sei die Bildung von Monopolen und Kartellen, besonders von Preiskartellen, getreten. Auch „das jüngst erfolgte fast völlige Wegfallen der bisherigen Außenhandelskontrolle“ und die gefeierte Wiedereröffnung der Wiener Börse stellten Erfolge für den Abschluss der Restauration des österreichischen Kapitalismus dar. Die „Verstaatlichung der fünf Großbanken, zu welcher sich die Kapitalistenklasse nach 1945 bequemen musste“, ändere nicht das Geringste an der kapitalistischen Funktion der Großbanken.

Trotzdem bleibe der österreichische Kapitalismus weiterhin „eines der schwächsten Glieder der kapitalistischen Kette“: „Die Disproportionen in der Industrie, verschärft durch den Krieg und die Nachkriegsentwicklung, das Zurückbleiben der technischen Entwicklung der Landwirtschaft, die Demontagen und Beschlagnahmen verstärken die grundlegende Schwäche des österreichischen Kapitalismus.“ Die Bourgeoisie habe vor, diese Probleme „auf Kosten der breiten Massen, vor allem des Proletariats“, zu lösen.

Auf politischer Ebene hätte gleichzeitig die „Wiederaufrichtung des kapitalistischen Staatsapparates“ stattgefunden, Polizei und Gendarmerie seien „wieder fest in der Hand der Bourgeoisie und verlässliche Werkzeuge zur Unterdrückung der Massen“. Die staatliche Bürokratie befinde sich wieder unter Kontrolle von erzreaktionären Kräften,[130] besonders der CVler. Der Justizapparat sei praktisch unverändert geblieben und zeige „immer schamloser seinen kapitalistischen Klassencharakter (Sabotage der Prozesse gegen große Nazi, gegen Großschieber usw.)“.

[130] Wie stark der Staatsapparat – trotz zeitweiligem stalinistischem Innenminister – von rechten Kräften und besonders die Universitäten von Nazis durchsetzt waren, zeigt folgende Begebenheit: Bei einer Wahlversammlung in der Wiener Universität im November 1946 nahmen Rechtsextremisten offen gegen die Nürnberger Prozesse Stellung, drohten einem Antifaschisten: „Schade, dass sie dich nicht im KZ umgebracht haben!“ und warfen ihn anschließend aus dem Fenster. Daraufhin stürmten Arbeiter aus Floridsdorf die Universität und besetzten die Rampe. Jetzt griffen Polizei und alliierte Militärpolizei ein – und gingen gemeinsam gegen die antifaschistischen Arbeiter vor.

In den folgenden Jahren ging die IKÖ immer wieder in verschiedenen Artikeln und internen Dokumenten auf die Fragen des Wiederaufbaus und der Stabilisierung des Kapitalismus ein – auch und besonders in Zusammenhang mit den weiteren Lohn-Preis-Pakten. Da sich sowohl die Einschätzung als auch die Argumentationslinie weitgehend mit den bereits angeführten deckten, soll hier nicht genauer darauf eingegangen werden.

Die katastrophale Lebenssituation, besonders die Ernährungslage, des Großteils der Arbeiter/innen/klasse in den Jahren nach 1945 führte zu einer Reihe kleiner Streiks: von Druckereiarbeiter/inne/n, von Straßenbahner/inne/n, von den Arbeiter/inne/n der Saurerwerke in Wien, von den Bergleuten des steirischen Erzberges, von Arbeiter/inne/n der Möbelfabriken Zinterhof, ASKO und Pilar-Neumann, von den Beschäftigten der Schuhfabriken Aeterna und Eldorado, von Arbeiter/inne/n der Simmeringer Waggonfabrik, von den Beschäftigten der chemischen Betriebe von Wien-Landstraße, von Arbeiter/inne/n der Steyrer-Werke, der Linzer Eisen- und Stahlwerke und der Schiffswerften AG, von 72 niederösterreichischen Betrieben im „Kalorienstreik", von Arbeiter/inne/n der Papierindustrie, von den Hutmacher/inne/n und so weiter. Die ÖGB-Führung setzte diesen Streiks und den zahlreichen Demonstrationen und Kundgebungen folgende Parolen entgegen: „Geduld bewahren!" und „Mit willkürlichen Streiks und regellosen Demonstrationen kann man keine wirtschaftlichen Probleme lösen!"[131]

Allerdings gerieten die ÖGB-Spitzen auch immer wieder unter Druck der Arbeiter/innen/schaft in den Betrieben. Das war beispielsweise beim Streik der Schuharbeiter/innen im Frühjahr 1948 der Fall. Dieser Ausstand, der von Anfang März bis Anfang Mai dauerte und an dem sich knapp 1000 Arbeiter und über 2700 Arbeiterinnen beteiligten, war eine der – nach dem Oktoberstreik 1950 – bedeutendsten Streikbewegungen in der Zeit der alliierten Besatzung.[132] Das zentrale Ziel des Streiks war die Anerkennung des Kollektivvertrages und besonders der 44-Stunden-Woche durch die Unternehmer/innen, die bisher Verhandlungen schlicht verweigert hatten. Die Bewegung, in der anfänglich ein zentrales Streikkomitee, das mit den Belegschaftsvertretern der einzelnen Betriebe besetzt war, eine führende Rolle spielte, wurde letztendlich von der ÖGB-Führung unter Kontrolle gebracht – nachdem man schon zuvor eine Ausweitung des Streiks auf andere Teile der Arbeiter/innen/klasse behindert und hintertrieben hatte. Das Ergebnis war ein Kompromiss, der allerdings den Unternehmer/inne/n deutlich mehr entgegenkam als den Arbeiter/inne/n. Obwohl auch die KPÖ-Gewerkschaftler/innen, die die Fachgruppe der Schuharbeiter/innen dominierten, das magere Verhandlungsergebnis mittrugen, fand sich auf der Vollversammlung der Streikenden nach heftigen Diskussionen nur eine knappe Mehrheit für den Abbruch des Streiks.

Für die österreichischen Trotzkist/inn/en war der Schuharbeiter/innen/streik insofern von besonderer Bedeutung, als die IKÖ in dieser Bewegung keine unwesentliche Rol-

[131] Diese Aussagen stammen von der Vorständekonferenz des ÖGB vom Oktober 1946 (siehe *Wiener Zeitung* vom 17. Oktober 1946)

[132] siehe auch den ausführlichen Beitrag von Paul Roth zum Schuharbeiter/innen/streik in dieser Nummer von *Marxismus*.

le spielte. Da sie sich in der Illegalität befand, konnte sie nicht offen als Organisation agieren. Sie verfügte aber über zwei Betriebsräte in Schuhfabriken, über die sie auf die Bewegung Einfluss nehmen konnte. Dabei handelte es sich um die Genossen Sikora (i-Name von Franz Holba), der Betriebsrat bei Bally war, der neben Aeterna größten Schuhfabrik, und Klement (i-Name), der bei der kleineren Schuhfabrik Eldorado arbeitete und dort sogar die Funktion des Betriebsratsobmanns ausübte.

Die Belegschaft von Eldorado war besonders kämpferisch und hatte sich schon vor dem Schuharbeiter/innen/streik wiederholt an Streiks und Protesten beteiligt. Klement war als Vertreter der Eldorado-Arbeiter/innen Mitglied der zentralen Streikleitung und spielte dort eine wichtige und vorwärts treibende Rolle. Dass die von ihm, von Sikora und anderen vertretene politische Linie in der Bewegung erhebliche Relevanz hatte, zeigte insbesondere das von der zentralen Streikleitung herausgegebene, an die Arbeiter/innen/schaft gerichtete Flugblatt. Darin wurde eine klassenkämpferische und arbeitersolidarische Ausrichtung vertreten und auf jegliche reformistisch-patriotische Phrasen und Beteuerungen über den Wiederaufbau Österreichs verzichtet. [133]

Auf regelmäßigen Sitzungen der IKÖ-Leitung mit Klement und Sikora wurde die Interventionslinie festgelegt. IKÖ-Mitglieder in anderen Betrieben organisierten Solidaritätsaktionen und -sammlungen. Und im *Spartakist* wurde wie folgt argumentiert:

> „Wie der Verlauf der letzten Vollversammlung zeigte, steht der größte Teil der Schuharbeiter sowohl der SP- als auch der Stalinbürokratie kritisch gegenüber. Fast alle Debattenredner brachten zum Ausdruck, dass der Kampf der Schuharbeiter ein Kampf gegen die Kapitalisten sei, dass ihre Forderungen nur auf Kosten der Kapitalistenklasse durchgesetzt werden können und dass dies nur dann möglich sei, wenn sich die Arbeiter zum gemeinsamen antikapitalistischen Kampf zusammenschließen. (...)
>
> Der Streik der Schuharbeiter hat bei einem großen Teil der Arbeiter Sympathie gefunden und viele von ihnen zu Solidaritätskundgebungen veranlasst. Die Arbeiter fühlen instinktiv, dass ihnen die Schuharbeiter vorausgegangen sind auf jenem Weg, den sie selbst gehen, auf dem sie weiter kämpfen müssen, wenn sie sich der kapitalistischen Rauboffensive erwehren wollen. Es ist dies der Weg des außerparlamentarischen Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie."

Revolutionäre Propaganda unter den heutigen Bedingungen bedeute den Kampf für jene Forderungen, für die die Arbeiter bereit seien zu kämpfen, zu verbinden mit dem Kampf für den revolutionären Sturz der Bourgeoisie. Eine Steigerung des Kampfes der Schuharbeiter sei „nur möglich mit Hilfe der revolutionären Klassenpartei". Ohne eine solche Partei könnten die Arbeiter bestenfalls und unter größten Opfern Teilerfolge erringen:

> „Auf die Dauer können sie aber ihre Erfolge nicht behaupten. Das wird die wichtigste Erfahrung aus dem Streik der Schuharbeiter für die fortgeschrittensten Arbeiter werden: *Ohne revolutionäre Klassenpartei können die Arbeiter, die Massen keine entscheidenden Siege über die Bourgeoisie erringen*."

[133] siehe: ebd.

Der Schuharbeiterstreik müsse geschlossen und konsequent weitergeführt werden. Da nur die Unterstützung der übrigen Arbeiterschaft zum Erfolg führen könne, müsse es den Schuharbeitern mit Hilfe der übrigen Arbeiterschaft gelingen, „vom ÖGB die Erweiterung des Kampfes zu erzwingen“. Um dieses Ziel zu erreichen, waren die Kräfte der Trotzkist/inn/en, die ja als solche nicht einmal öffentlich in Erscheinung treten konnten, dann doch zu schwach. Die reformistischen Kräfte der Arbeiter/innen/bewegung (SPÖ, KPÖ, ÖGB-Führung) hatten daran kein Interesse, gewannen letztlich die Oberhand und führten die Bewegung zu dem erwähnten, für die Arbeiter/innen mageren Kompromiss.

Die Lebensbedingungen der Arbeiter/innen/klasse verbesserten sich in der darauf folgenden Zeit kaum, was schließlich in Folge des 4. Lohn-Preis-Paktes im September und Oktober 1950 zur größten proletarischen Protestbewegung der zweiten Republik führte, zum so genannten *Oktoberstreik*, bei dem es sich anfänglich um eine breite und spontane Streikbewegung von etwa 250.000 Arbeiter/inne/n handelte – unter dem Motto: *Bis der Preistreiberpakt fällt!*. Unter dem Druck von Regierung, Polizei und Gewerkschaftsführung und durch die zögerliche und beschwichtigende Haltung der KPÖ, die in ihrem Österreich-Patriotismus und in der Angst der sowjetischen Besatzungsmacht vor Produktionsausfällen in den USIA-Betrieben begründet war, wurde der Streik von der KPÖ-dominierten Streikführung „ausgesetzt“. Anfang Oktober versuchte die KPÖ dann aus parteitaktischen Gründen, um ihren Einfluss in Arbeiter/innen/schaft und ÖGB zu vergrößern, den eben abgewürgten Streik unter ihrer Kontrolle noch einmal zu beginnen. Nun war aber die Luft draußen, es beteiligte sich nur mehr die Hälfte der Streikenden – vor allem in der sowjetischen Zone –, vor allem aber war es der Regierung, dem Staat, den SPÖ- und ÖGB-Spitzen durch diese Atempause gelungen, das Heft wieder in die Hand und die sozialdemokratischen Betriebsräte/-rätinnen unter Kontrolle zu bringen und durch eine massive hysterische Hetzkampagne den Streik als „kommunistischen Putschversuch“ zu diskreditieren. Nachdem anfängliche Pläne, Truppen der westlichen Besatzungsmächte gegen die Streikbewegung einzusetzen, nicht verwirklicht wurden, wurden neben der Polizei auch Schlägertrupps der ÖGB-Führung gegen die Streikenden in die Schlacht geworfen, die schließlich mit einem Sieg von Bourgeoisie und Sozialdemokratie und mit entsprechendem antikommunistischen Triumphgeheul endete.

Die Trotzkist/inn/en spielten in dieser Bewegung kaum eine Rolle. Die IKÖ war im Herbst 1950 noch von der Spaltung Ende 1949 geschwächt und gezeichnet. Aufgrund der Illegalität konnte man erneut nicht offen als Organisation in Erscheinung treten. Die Genoss/inn/en beteiligten sich je nach betrieblicher Situation an den Streiks und versuchten dort auch, politisch Einfluss zu nehmen. Dworak trat auch auf einer Konferenz der SP-Betriebsräte/-rätinnen für einen gemeinsamen Generalstreik von SP- und KP-Arbeiter/inne/n ein. Politische Grundlinien zur Streikbewegung wurden von den Leitungen von IKÖ und IKÖ (O) vorgegeben, es existierte aber keine systematische kampagnehafte Intervention. Davon – wie im Schuharbeiter/innen/streik – einen realen Faktor in der Bewegung darzustellen, waren sowohl IKÖ als auch IKÖ (O) aufgrund der Größe der Gruppen und auch aufgrund der Beschränkung auf Wien weit entfernt.

Die Einschätzung des Oktoberstreiks durch die IKÖ und ihre politische Linie dazu lässt sich allerdings entlang einiger Dokumente rekonstruieren. Im November 1950 zog man im *Spartakist* Bilanz:[134] Die „reformistische Bürokratie, die eine der Hauptstützen des europäischen Imperialismus ist", hätte die Theorie entwickelt, dass der außerparlamentarische Kampf überholt sei. Die Streikbewegung gegen das 4. Lohn-Preis-Abkommen hätte diese Theorie gründlich widerlegt. Vor allem „in der Provinz", mit dem Zentrum in Linz und Steyr, sei „eine spontane Bewegung in der Betriebsarbeiterschaft, die diesen Pakt ablehnte und in den Streik trat", entstanden. In Wien und Niederösterreich hingegen hätte die Bewegung anderen Charakter gehabt:

> „Auch hier lehnte die überwiegende Mehrheit der Arbeiter in den Betrieben den Pakt spontan ab. Aber der Protest dagegen drückte sich nicht so wie in Linz und Steyr in einem geschlossenen Streik aus. Denn hier stand der Kampf unter der Führung der Stalinisten und die SP-Arbeiter schlossen sich nur zögernd und nur zum Teil dem Streik an. Ein Teil der SP-Arbeiterschaft streikte sogar nur unter dem Druck der Stalinisten."

Angesichts dessen „hatten die Helmer, Böhm & Co. verhältnismäßig leichtes Spiel. Sie hatten wertvolle Zeit gewonnen, um den Partei- und Gewerkschaftsapparat anlaufen zu lassen." Inzwischen hätte auch die Bewegung in der Provinz ihren Höhepunkt überschritten und begonnen, unter dem Druck von Staats- und SP-Apparat abzubröckeln. In der russischen Zone hätten die Stalinisten die Bewegung durch „terroristische Aktionen" diskreditiert und schließlich zum Rückzug geblasen. Dem am 4. Oktober wieder beginnenden Streik hätte der spontane Charakter der Vorwoche gefehlt, in der Provinz hätten nur mehr die Steyrwerke gestreikt. „Das stalinistische Kommando konnte die spontane Bewegung nicht ersetzen, im Gegenteil, je mehr es in den Vordergrund trat, desto mehr hat es dazu beigetragen, die Masse der zum Kampf bereiten SP-Arbeiter zurückzustoßen." Die spontane Bewegung in den wesentlichsten Betrieben hätte sich nicht lange halten können, weil „sie keine ihre wirklichen Interessen vertretende Führung fand" und deshalb dem vereinten Druck von SP/Gewerkschaftsbürokratie und Bourgeoisie unterliegen musste.

> „Die SP-Führung begnügte sich in der letzten Streikbewegung nicht mit ihrer gewohnten Rolle als Bremser. Sie stellte sich offen gegen den Kampf und sie war dabei aktiver als die Bourgeoisie, die sich im Hintergrund hielt.
>
> Das Hauptargument der Helmer, Böhm & Co. war: ‚Es geht nicht um höheren Lohn, es geht um die Volksdemokratie', und dort, wo dieses Argument nicht mehr ausreichte, griffen sie zur Drohung mit der Entlassung und zu organisierten Terrorbanden. Und so erreichten die Helmer und Böhm *ihr* Ziel: Der Kampf gegen den 4. Raubpakt ist zusammengebrochen, die Koalitionspolitik kann fortgesetzt werden. (...)
>
> Die SP hat sich als ‚staatserhaltende Partei' bewährt und wurde dafür von der in- und ausländischen Bourgeoisie gelobt. Und dieses Lob hat sie verdient. Sie hat als Lakai des Imperialismus wirklich ganze Arbeit geleistet, nicht nur in den letzten Wochen, sondern schon seit Jahren. (...)

[134] *Nach dem 4. Lohn-Preispakt*, Spartakist Nr.59-61, September-November 1950

> Alle ‚Linken' in der Führung der SP, diese linken Phrasendrescher, die Czernetz, Hillegeist & Co. haben sich in den kritischen Wochen fest an die Rechten angeschlossen. Um sich ein Alibi zu schaffen, schrien sie am lautesten gegen die Streikenden. Kein einziger von ihnen, die in Worten gegen die ‚Koalitionsgesinnung', für ‚den verschärften Kampf gegen die Bourgeoisie in- und außerhalb des Parlaments' aufgetreten sind, traute sich an die sozialistischen Betriebsarbeiter zu appellieren und sie zum *Kampf gegen Bourgeoisie und Volksdemokratie* aufzurufen. Und die kampfgewillten SP-Arbeiter warteten auf einen solchen Appell.
>
> Als wirklich linke SPler erwiesen sich eine Reihe von Betriebsräten und ein Teil der SJ. Sie lehnten den 4. Lohn-Preispakt ab und stellten sich, besonders in der Provinz, an die Spitze der spontanen Bewegung und traten offen in der Partei dafür ein, dass die SP die Führung in diesem Kampfe gegen den neuen Raubpakt der Bourgeoisie übernehme. Für diese ehrlichen Kämpfer, die eine arge Enttäuschung erlitten, besteht die große Gefahr, dass sie sich entweder enttäuscht zurückziehen oder auch zum Teil dem Stalinismus in die Arme laufen."

Was die Stalinisten betreffe, so hätte „nur die Angst vor der Volksdemokratie" große Teile der Arbeiter bewogen, nicht zu streiken. Denn die Masse der Arbeiter habe die Erfahrung gemacht, „dass es den Stalinbürokraten nicht um die Interessen der Arbeiter, sondern um die Ausnützung ihrer Kampfkraft geht. Die stalinistische Praxis hat dazu geführt, dass die Mehrheit der Arbeiter alles, was von der Stalinpartei kommt, von vornherein ablehnt."

Die Taktik der KPÖ in der Bewegung sei ebenso schlecht wie ihre Grundlinie gewesen: „Anstatt den Kampf in erster Linie gegen die Bourgeoisie auszurichten, hatte sie ihr Hauptfeuer gegen die SP-Führung gerichtet." Dabei würden sich die Forderungen der KPÖ von der der SPÖ „nur durch die Lizitationshöhe" unterscheiden. Darüber, dass sie die Volksdemokratie aufrichten wolle,

> „schweigt sie ängstlich, ja sie bezeichnet es als eine gemeine Lüge der SP-Führung. Für was kämpft also die Stalinpartei? Gegen den Lohn-Preispakt, für die Verdoppelung der im Pakt vorgesehenen Erhöhung der Nominallöhne? Gegen die Preissteigerungen? Im Kampf für diese Forderungen lässt sie die Illusion offen, dass diese Forderungen innerhalb des Kapitalismus, ohne grundlegende Änderung der Machtverhältnisse erfüllbar sind. Sie ist nicht imstande, die Tagesforderungen der Massen mit ihren politischen zu verbinden, denn ihre wahren politischen Ziele scheinen den Massen nicht erstrebenswert."

In der letzten Phase der Streikbewegung hätten sich deutliche Züge stalinistischen Abenteurertums gezeigt. Als deutlich geworden sei, dass der am 3. Oktober erneut ausgerufene Streik „eine rein stalinistische Angelegenheit war", „wurde dem Streikwillen der Arbeiter dadurch ‚nachgeholfen', dass man sie zum Streik zwang, sie gewaltsam aus den Betrieben herausholte oder sie am Betreten der Betriebe hinderte, alles unter der Deckung der russischen Besatzungsmacht."

Schließlich ging die IKÖ davon aus, dass es in Zukunft „zu ähnlichen Ereignissen, wie beim 4. Lohn-Preispakt" kommen werde, und zog zu diesem Zweck Bilanz über die eigene Ausrichtung:

> „Dieser Streik war eine spontane Bewegung der fortgeschrittensten Betriebsarbeiter, wir waren verpflichtet, daran teilzunehmen, selbstverständlich bei Aufrechterhaltung unserer Kritik an SP, Gewerkschafts- und Stalinführung. Es war richtig, wenn wir dafür eingetreten sind, dass die SP- und Gewerkschaftsführung unter dem Druck der SP-Arbeiter gezwungen werden soll, mit der ÖVP zu brechen und die Führung des Kampfes zu übernehmen. Es war richtig, wenn wir die bürokratischen, undemokratischen Methoden der Böhm & Co. bekämpft und gleichzeitig die Arbeiter vor denselben Methoden der Fürnberg, Fischer & Co. gewarnt haben. Wir haben die SP-Arbeiter vor der volksdemokratischen Gefahr gewarnt, die besonders dann groß wird, wenn die Stalinisten eine reale Massenbasis haben, die sie ausnützen können. Wir sind für die Demokratie innerhalb der Arbeiterbewegung aufgetreten, wir waren gegen den Terror der SP- und der Stalinführung, der sich gegen die Arbeiter richtete. Wir waren für geheime Abstimmungen bei Streikbeschlüssen. Wir waren vor allem dafür, dass sich der Kampf in erster Linie gegen die Bourgeoisie und ihre Raubpläne richten muss. All das war richtig und wenn nicht schon diesmal, so werden die besten Arbeiter bei den kommenden Kämpfen, durch ihre eigenen Erfahrungen bereichert, uns recht geben müssen. Und das ist das Hauptprodukt unseres Kampfes, wenn es uns gelingt, den besten, fortgeschrittensten Arbeitern ein Stück weiter zu helfen.“

Neben vielen treffenden Einschätzungen und richtigen Stoßrichtungen findet sich hier auch sehr explizit eine Gleichsetzung der von SPÖ und KPÖ im Streik angewandten bürokratischen Methoden, eine Gleichsetzung, die meines Erachtens trotz formaler Identität nicht legitim ist, da diese Methoden einmal von vehementen Feind/inn/en des Streiks und einmal von – wenn auch halbherzigen etc. – Unterstützer/inne/n des Streiks angewendet worden waren.

Weiter unten argumentierte die IKÖ dann, dass der Streik nicht durch die von den Stalinist/inn/en organisierte Betriebsrätekonferenz zu einer rein stalinistischen Angelegenheit geworden sei, „sondern dadurch, dass die spontane Bewegung vor allem in der Provinz unter dem Druck und dem Terror von ÖGB-Führung und Koalitionsregierung in den nächsten Tagen zusammengebrochen ist“. Bis dahin sei es richtig gewesen, für die Fortsetzung des Streiks einzutreten. Danach sei es notwendig gewesen, die Niederlage zu erkennen und für einen geordneten Rückzug einzutreten.

Die Erfahrungen der Streikbewegung hätten auch gezeigt, dass „eine Einheitsfront von SP und Stalinpartei“ in der gegenwärtigen Lage unmöglich sei. Nichtsdestotrotz müsse die Propaganda für eine solche Einheitsfront fortgesetzt werden. Da die SPÖ die Gewerkschaften und die verstaatlichten Betriebe und die KPÖ die USIA-Betriebe als ihre Domänen betrachten und die Arbeiter immer mehr bevormunden, sei es mehr denn je nötig, für „breiteste Demokratie innerhalb der Arbeiterbewegung“ einzutreten. Die „SP-Bürokraten im ÖGB“, die die mit den Unternehmern „ausgepackelten Ergebnisse“ des Lohn-Preispaktes keiner demokratischen Abstimmung der Belegschaftsvertreter unterzogen hätten, hätten beispielsweise

> „nicht das geringste Recht, stalinistische oder SP-Arbeiter zu verfolgen, weil sie streikten, wenn der Streik in einer demokratischen Abstimmung mit Mehrheit beschlossen wurde. Im Gegenteil, sie wären verpflichtet, den Streikenden Streik-

> unterstützung auszuzahlen, denn auch über die Verwendung der Gewerkschaftsgelder haben die Arbeiter und nicht die Bürokraten zu entscheiden."

Ebenfalls wichtig sei die Verteidigung von bürgerlich-demokratischen Rechten. Das Streikrecht werde von der SP-Führung mit Füßen getreten. Helmer sei ein würdiger Nachfolger Noskes, denn auch er hätte die kapitalistische Exekutive gegen Streikende eingesetzt: So seien die Steyrer Arbeiter unter Polizeidruck gezwungen worden, die Arbeit wieder aufzunehmen. Zur Verteidigung der demokratischen Rechte gehöre auch der Abzug der Besatzungstruppen – auch der sowjetischen, denn auch diese wären keine Hilfe für die österreichische Arbeiterklasse.

Aufgabe der IKÖ in der nächsten Phase sei es, „die proletarische Vorhut" unter anderem von der Notwendigkeit des Kampfes für die gleitende Lohnskala und der Produktionskontrolle zu überzeugen. Diese Forderungen könnten nur durch den außerparlamentarischen Klassenkampf gegen die Bourgeoisie verwirklicht werden. „Dauernd gesichert können sie nur durch den Sturz der kapitalistischen Herrschaft und durch die Errichtung einer sozialistischen Planwirtschaft werden." Dazu wiederum sei eben eine neue Klassenpartei notwendig, deren Aufbau die zentrale Aufgabe der IKÖ sei.

Im Juli 1951, sieben Monate später, ging die IKÖ dann auf ihrer 3. Konferenz noch einmal auf den Oktoberstreik ein. Dabei wurde im Wesentlichen die Linie der obigen Streik-Bilanz im *Spartakist* bestätigt. Im Bericht an die Konferenz[135] heißt es:

> „Im Oktober 1950 kam es anlässlich des 4. Lohn- und Preisabkommens zu einer großen spontanen Bewegung der Arbeiterklasse, die ihre Ursache in der Unzufriedenheit der Arbeiterschaft mit den steigenden Lebenshaltungskosten hatte. In der ersten Phase, als die Arbeiterschaft spontan den Kampf zur Behauptung ihres Reallohnes gegen die Bourgeoisie richtete, unterstützten wir die Bewegung, das war zweifellos richtig. In der zweiten Phase, als der Grossteil der Arbeiterschaft nicht mehr mitmachte, als nur mehr die ‚Usia'-Betriebe streikten, als klar erkenntlich wurde, dass der Kampf ausschließlich den volksdemokratischen Zielen der Stalinpartei dienen und dafür ausgenützt werden sollte, distanzierten wir uns, da wir in der Volksdemokratie nicht die Lösung des sozialen Problems finden, sondern in ihr ein größeres Hindernis zum revolutionären Fortschritt erblicken als in der heutigen bürgerlichen Demokratie."

In dieser Passage kommt die Tendenz zur Anpassung an das politische Bewusstsein der SP-Arbeiter/innen/schaft noch deutlicher zum Ausdruck als im *Spartakist*-Artikel. Hier wird es doch ziemlich explizit als erwiesen betrachtet, dass es den Stalinist/inn/en im Oktober 1950 um die Errichtung einer Volksdemokratie in Ostösterreich gegangen sei. Da die Außenpolitik der Kremlbürokratie in dieser Phase aber vermutlich eine solche massive Konfrontation mit dem Imperialismus nicht einzugehen vorhatte und die KPÖ vielmehr eine Stärkung in ÖGB und Innenpolitik zum Ziel hatte, dürfte die IKÖ hier doch etwas der sozialdemokratischen Propagandawalze auf den Leim gegangen sein.

Im Konferenz-Papier zur Lage und den Perspektiven[136] wurden im Abschnitt zu den Aufgaben der IKÖ die Schlussfolgerungen für die Zukunft hinzugefügt:

[135] Bericht an die 3. Konferenz der IKÖ, Juli 1951

> „Wenn es in der nächsten Zukunft zu ähnlichen Kämpfen wie im Oktober 1950 kommt, so müssen wir die dabei gemachten Erfahrungen auswerten. Spontane und solche Kämpfe, die der SP-Führung aufgezwungen werden, unterstützen wir, bei Aufrechterhaltung unserer Kritik an der Führung und unserer Propaganda für Übergangslosungen. Isolierte, nur von der Stalinpartei geführte Kämpfe unterstützen wir nicht. Wir müssen es aber immer verstehen, unser jeweiliges Verhalten unserer Umgebung in den Betrieben und Gewerkschaften zu erklären, verständlich zu machen, denn nur dann werden wir das Vertrauen der Arbeiter erhalten."

Da es zu ähnlichen Kämpfen wie im Oktober 1950 nicht mehr kommen sollte, war die IKÖ in den kommenden Jahren gezwungen, sich weitgehend auf den tagtäglichen Klassenkleinkrieg in den Betrieben zu beschränken. Da sie in etlichen Betrieben über Betriebsräte/-rätinnen und in einigen sogar über Betriebsratsobmänner verfügte, konnte sie dort – und in manchen Fällen auch in Teilgewerkschaften – nicht unerheblichen politischen Einfluss ausüben. Das wurde besonders auf einer Konferenz der sozialistischen Betriebsratsobmänner/-frauen von Wien und Niederösterreich am 28. Juni 1954 deutlich.

Trotz des langsamen Wirtschaftsaufschwungs Anfang der 1950er Jahre, von dem nun auch die Arbeiter/innen etwas profitierten, war es im Frühjahr 1954 zu 10-prozentigen Preissteigerungen gekommen, mit denen die Löhne nicht mitgehalten hatten. In der Folge war es zu Unzufriedenheit in der Arbeiter/innen/schaft und in einigen Betrieben zu Warnstreiks gekommen. In Betriebsversammlungen und Resolutionen waren von der Gewerkschaftsführung ernste Kampfmaßnahmen gefordert worden. Am 21. Juni hatte dann in Salzburg ein Generalstreik, der von einer Demonstration von 15.000 Arbeiter/inne/n begleitet war, stattgefunden, und auch in anderen Orten außerhalb Wiens war es zu Protestkundgebungen gekommen.

Die *Arbeiter-Zeitung* schwieg die Salzburger Ereignisse tot, um nicht durch eine Berichterstattung zur Nachahmung anzuregen. Generell versuchte die SPÖ-Führung die Unruhe zu bremsen – auch weil sie mit der ÖVP gerade in Verhandlungen um einige Gesetzesänderungen (Rentenreform, Wohnbaugesetz...) stand, die nicht gestört werden sollten: „Obwohl das Abbremsen von Bewegungen in den Massen zur wichtigsten politischen Aktivität der SP-Bürokraten zählt, so hatten sie diesmal noch einen ganz besonderen Grund dazu. Sie standen in den letzten Wochen mitten in einer wichtigen Packelei mit der ÖVP."[137]

Um der in vielen Betrieben angesichts der Reallohnverluste aufgestellten Forderung nach einer Betriebsrätekonferenz den Wind aus den Segeln zu nehmen und bei der Gelegenheit über die angeblichen Erfolge bei den Verhandlungen berichten zu können, wurde für 28. Juni eine Konferenz der sozialistischen Betriebsratsobmänner/-frauen (also einer relativ ausgewählten Funktionärsgruppe) von Wien und Niederösterreich festgesetzt.

---

[136] *Die Lage und unsere Aufgaben*, 3. Konferenz der IKÖ, Juli 1951

[137] *SP-Betriebsräte gegen SP-Führung*, Spartakist Nr.83, Juli 1954

Doch aus der geplanten Jubelkonferenz wurde nichts. Der Vorsitzende Böhm erteilte zwar sofort – ohne, wie üblich, über die Tagesordnung abstimmen zu lassen – Franz Olah das Wort. Dieser verbreiterte sich über den „Verhandlungserfolg" und streifte die die Betriebsräte/-rätinnen am meisten interessierende Frage der Preiserhöhungen nur am Rande. Als erster Debattenredner meldete sich jedoch Ferdinand Dworak,[138] seines Zeichens Betriebsratsobmann bei *Hübner & Mayer*, und verlangte entschlossene Maßnahmen gegen die Preistreiberei. Er stellte den – aus taktischen Gründen relativ bescheidenen – Antrag, am 2. Juli einen landesweiten einstündigen Warnstreik durchzuführen. Damit hatte er den anderen Betriebsrät/inn/en das Stichwort gegeben, um ihrer Unzufriedenheit mit der Führung freien Lauf zu lassen. Fast alle Debattenredner/innen, darunter einige weitere IKÖ-Mitglieder, unterstützten den Antrag, kritisierten gleichzeitig (teilweise mit ziemlich heftigen Ausdrücken) die am Podium und in den ersten Reihen sitzenden Führer der SP-Gewerkschaftsfraktion – und wurden dabei durch tosenden Beifall der Konferenz unterstützt.

Ein Betriebsrat von Siemens-Schuckert, der – entsprechend der bürokratischen Konferenzregie – vorschlug, dem Verhandlungskomitee, in dessen Namen Olah seinen Bericht gegeben hatte, den Dank auszusprechen, wurde von der überwiegenden Mehrheit der Konferenz ausgebuht. Damit war der von der Bürokratie geplante Höhepunkt der Konferenz vom Tisch. Weitere Redner/innen unterstützten Dworak, und schließlich wurden der Antrag auf Schluss der Debatte und sofortige Abstimmung von Dworaks Antrag angenommen.

Die SP-Gewerkschaftsführung setzte nun noch stärker auf bürokratische Kniffe. Böhm ignorierte den Beschluss der Konferenz nach sofortiger Abstimmung und erteilte Olah das Schlusswort. Dieser stellte nun selbst einen Antrag: Der ÖGB solle ermächtigt werden, die Rücknahme der Preiserhöhungen zu verlangen und gegebenenfalls „gewerkschaftliche Maßnahmen zu ergreifen". Der Zweck, mit unverbindlichen Phrasen den Antrag über konkrete Kampfmaßnahmen zu einem festgesetzten Termin zu unterlaufen, wurde jedoch von der Konferenz durchschaut, und etliche Betriebsräte riefen Olah zu, er solle einen konkreten Termin nennen. Das wies Olah zurück, da dadurch die Handlungsfreiheit der Führung beeinträchtigt werde.

Böhm ließ dann (unter heftigem Protest eines großen Teils der Konferenzteilnehmer/innen) den Antrag Olahs zuerst abstimmen – und zwar durch Händeheben. Obwohl klar ersichtlich eine deutliche Mehrheit gegen den Antrag Olahs stimmte, erklärte ihn Böhm für angenommen. Erst als die Konferenz diesen Betrug nicht akzeptierte, bestimmte er – nachdem er einen Vorschlag auf Abstimmung durch Stimmzettel zurückwies – einige der zur Bürokratie loyalen Funktionäre als Stimmenzähler. Das von diesen „festgestellte" und von einem großen Teil der Anwesenden angezweifelte „Ergebnis" der Abstimmung lautete in der Folge 420 Stimmen für und 380 gegen den Antrag Olahs. Böhm weigerte sich, nun über den Antrag Dworaks abzustimmen, und erklärte, dass mit der Annahme des ersten Antrags der zweite automatisch abgelehnt sei. Böhm schloss die Konferenz und verließ, von zornigen Protestrufen verfolgt, fluchtartig das Podium.

[138] Im *Spartakist* ist nur von „einem Metallarbeiter" die Rede, da man aufgrund der Illegalität Dworak nicht als Trotzkisten nennen konnte.

Obwohl die Intervention Dworaks und der anderen IKÖler/innen letztlich mit einer Niederlage geendet hatte, hatte die ÖGB-Führung seit 1945 nicht so große Probleme gehabt, die Unzufriedenheit auf einer Konferenz unter Kontrolle zu halten. Abgesehen davon, dass durch diese Ereignisse das Prestige Dworaks und anderer in ihren Betrieben und bei einem Teil der Betriebsräte/-rätinnen sicherlich gestiegen ist, zeigte diese Konferenz auch, dass 1954 selbst bei SP-Betriebsratsobmännern/-frauen noch ein gewisses Potenzial für eine klassenkämpferische Politik vorhanden war. Insgesamt schätzte die IKÖ 1954 ein, dass die unter dem direkten Druck der Arbeiter/innen stehenden SP-Betriebsräte/-rätinnen „zu den fortschrittlichsten Funktionären in der SP“[139] gehören. Das werde im Falle der Zuspitzung der gesellschaftlichen Situation von Bedeutung sein.

Zu dieser erwarteten Zuspitzung sollte es allerdings nicht kommen. Stattdessen wurde die Stabilisierung des österreichischen Kapitalismus Mitte der 1950er Jahre vorerst abgeschlossen. Auf politischer Ebene wurde das durch den Staatsvertrag, der zwischen den Siegermächten des Krieges und der österreichischen Regierung abgeschlossen wurde, vollzogen. Da es sich bei diesem Staatsvertrag um eine wichtige politische Frage der Besatzungszeit handelte, wollen wir zum Abschluss dieses Kapitels einen Blick auf die Haltung der IKÖ dazu werfen.

Bereits Anfang 1947 beschäftigte sich der *Spartakist* in einem Leitartikel[140] mit der Frage des Staatsvertrages und untersuchte dabei eingangs die Ziele der handelnden Mächte: Den von den USA geführten Imperialist/inn/en gehe es darum, Österreich zu einem „Ausfalltore gegen die Sowjetunion zu machen“. Dazu müsse Österreich ein kapitalistischer Staat sein – und dieser „Wille der imperialistischen Banditen“ werde im Staatsvertrag seinen Ausdruck finden. Der sowjetischen Bürokratie gehe es angesichts der schweren Zerstörungen in der Sowjetunion einerseits um Reparationszahlungen der besiegten Länder und andererseits um „Sicherheit vor imperialistischen Überfällen“. Da die Sowjetbürokratie nicht bereit sei, revolutionäre Methoden anzuwenden, versuche sie sich mit den Imperialisten zu verständigen, weshalb der Staatsvertrag ein Kompromiss sein werde.

> „Die Sowjetunion war einer der Urheber des durch und durch verlogenen Programms der ‚Wiederherstellung eines unabhängigen Österreichs’, das sich als das Programm der Ausplünderung und Vergewaltigung Österreichs konkretisierte. Die Sowjetunion regelt ihre Beziehungen zu diesem Land nicht im Geiste des proletarischen Internationalismus, nicht als Vorkämpfer des demokratischen Selbstbestimmungsrechts. Sie tritt als militärischer Sieger und zwar so plump und derb auf, dass demgegenüber sogar das Verhalten der Imperialisten als ‚demokratisch’ erscheint.“

Die österreichische Bourgeoisie befinde sich in einer sehr geschwächten Lage und könne nur versuchen, sich den Imperialisten so teuer wie möglich zu verkaufen. Das wesentlichste Zugeständnis, das sie erhalten würden, bestehe in der Erlaubnis, „die Kosten ihrer ‚Rettung’ durch die Imperialisten auf das Proletariat abzuwälzen“. Der

[139] *SP-Betriebsräte gegen SP-Führung*, Spartakist Nr.83, Juli 1954
[140] *Staatsvertrag und Selbstbestimmungsrecht*, Spartakist Nr.16, Februar 1947

SPÖ gehe es vor allem um fette Pfründe im Staat, sie erweise sich – „selbstgefällig mit ihren Beziehungen zum ‚demokratischen Sozialismus des Westens' renommierend" – als „Verbindungsglied zwischen österreichischer Bourgeoisie und anglo-amerikanischem Finanzkapital". „Mit ‚blutendem Herzen', mit vielen Seufzern" werde die SPÖ dafür sorgen, dass das Proletariat die Zeche zahle. Die KPÖ, die letztlich ebenfalls den Staatsvertrag unterzeichnen werde, agiere als Handlanger der Sowjetbürokratie und hänge sich, „ungeachtet aller Fußtritte, die sie bekommt, krampfhaft an die Rockschöße der Bourgeoisie, um diese in die russische Front herüberzuziehen".

> „SP und Stalinpartei überschlagen sich in Patriotismus, die einen ‚staatsmännisch' zurechtgemacht, die anderen als Clown grell rotweißrot geschminkt. Was ist der wahre Inhalt ihres ‚Patriotismus'? *Sie haben der österreichischen Bourgeoisie geholfen, ihre wackelige Herrschaft zu festigen; sie helfen ihr nun bei der internationalen Versklavung des österreichischen Volkes*."

Beim Staatsvertrag handle es sich um „eine Neuauflage des imperialistischen Zwangsvertrages von Staint Germain". Das Verbot des Anschlusses an Deutschland bedeute die Vorenthaltung des Selbstbestimmungsrechtes. Dazu kämen verschiedene wirtschaftliche und politische Vertragsbedingungen und die vorgesehenen Reparationszahlungen. Während Nationalstaaten an sich schon ein Hindernis für den menschlichen Fortschritt darstellen würden, sei die Existenz des österreichischen Kleinstaates „ein vollendeter Anachronismus": „Der ‚Staatsvertrag', der diese Existenz garantieren soll, ist ein wichtiger Beitrag zur Balkanisierung Europas im Interesse seiner imperialistischen Beherrschung." Das Proletariat dürfe ihm deshalb nicht zustimmen.

Die IKÖ stellte dem ein sozialistisches, planwirtschaftliches, vom revolutionären Proletariat geführtes geeintes Europa gegenüber und forderte „den sofortigen und bedingungslosen Abzug aller fremden Truppen" und damit das wirkliche Selbstbestimmungsrecht für die österreichische Bevölkerung. Das sei nur durch die internationale Solidarität der Arbeiterklasse möglich. Das österreichische Proletariat müsse dabei

> „in erster Linie gegen die österreichische Bourgeoisie kämpfen. Es muss deren Absicht, Österreich in eine imperialistische Finanzkolonie[141] und damit zum Ausfalltor künftiger Angriffe gegen die Sowjetunion zu machen, vereiteln. Es darf ihr nicht folgen bei ihren Versuchen, sich an der Politik der Ausräuberung und Niederhaltung Deutschlands zu beteiligen. Der ‚Staatsvertrag' bildet einen wichtigen Bestandteil dieser Politik. Wehe dem österreichischen Proletariat, wenn es vergisst, dass der deutsche Imperialismus, um Österreich zum Opfer seiner Aggression zu machen, zuerst das deutsche Proletariat niederwerfen musste! Die österreichische Arbeiterklasse darf die elende Diffamierung des deutschen Proletariats nicht mitmachen, sondern muss ihm gegenüber die Pflichten der internationalen proletarischen Solidarität erfüllen.
>
> Der ‚Staatsvertrag' ist ein imperialistisches Abkommen zum Zweck der Unterdrückung der eigenen wie fremden Völker. Er kann vielleicht der österreichi-

[141] Ob die IKÖ tatsächlich der Meinung war, dass Österreich nach 1945 eine Form von Kolonie des anglo-amerikanischen Imperialismus war oder durch den Staatsvertrag werden konnte, oder ob es sich bei dieser Formulierung um eine agitatorische Ungenauigkeit handelte, sei dahingestellt.

schen Bourgeoisie wieder etwas auf die Beine helfen; für das Proletariat ist er ein Programm des Hungers, der Entbehrungen, der fortschreitenden Verelendung, der Rechtlosmachung auf viele Jahre hinaus."

Diese Einschätzung, die in der ökonomischen und politischen Situation von 1947 nicht gänzlich absurd und zumindest erklärlich war, sollte sich schließlich als falsch herausstellen. Der Staatsvertrag sollte, auf Grundlage des kapitalistischen Booms, die politische Voraussetzung für den relativ erfolgreichen Weg des österreichischen Kapitalismus zwischen den Blöcken darstellen, von dessen Tisch auch für die österreichische Arbeiter/innen/klasse relativ große Brocken abfielen. In ihren späteren Ausführungen zum Staatsvertrag sollte die IKÖ ihre grundsätzliche Kritik zwar aufrechterhalten, die Nuancen sollten sich aber etwas verschieben.

Im Sommer 1949 war die IKÖ der Ansicht, dass die grundsätzliche Einigung der ehemaligen Alliierten auf der Pariser Konferenz noch lange nicht bedeute, „dass die österreichische Bourgeoisie ihren ‚Staatsvertrag' bereits in der Tasche hat".[142] Sie könne über die Fortschritte bei den Verhandlungen dennoch jubeln, weil ihr das Schicksal der tschechischen oder ungarischen Bourgeoisie erspart bleibe. Auch wenn die österreichischen Kapitalist/inn/en nach dem Staatsvertrag von den USA abhängig sein würden, so befänden sie sich doch in einer weit günstigeren Lage als 1945, 1946 oder 1947 und hätten den Staat wieder fest im Griff. Sie würden versuchen, die Kosten des Staatsvertrages auf das Proletariat abzuwälzen. Zu diesem Zweck würde bereits jetzt „die demokratische Garnitur der Bourgeoisie (die Kuntschak & Co.), die 1945 wieder aus der Versenkung geholt wurden, (...) allmählich zurückgeschoben, um wieder der autoritären (Raab & Co.) Platz zu machen".

Nun hob die IKÖ aber auch hervor, dass das Proletariat ein großes Interesse am Abzug der Besatzungstruppen hätte: „Die Wiederherstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten, sei es auch nur in einer bürgerlichen Demokratie, bedeuten den relativ besseren Kampfboden für sie, als unter der Willkürherrschaft des Besatzungsregimes." Diese Freiheiten müssten jedoch gegen die eigene Bourgeoisie behauptet werden.

SPÖ und KPÖ hätten sich allerdings als „Lakaien der Besatzung" erwiesen und die Massen im Kampf um den Abzug der Besatzungstruppen zu Zuschauern degradiert. Die Sozialdemokratie hätte sich auf Bittgänge bei den westlichen Imperialisten konzentriert, die Stalinisten hätten jeden Schwenk des Kreml mitgemacht und als im österreichischen Interesse gelegen erklärt. Tatsächlich hätten die österreichische und westliche Bourgeoisie ein Interesse daran gehabt, den Abschluss des Vertrages bis zur Konsolidierung des Kapitalismus in Österreich hinauszuschieben. Durch die Politik der Sowjetbürokratie wäre es ihnen trotzdem gelungen, durch „ihre Russenhetze" die Verantwortung für die Verzögerung der Sowjetunion zuzuschieben.

> „Der Kreml mag vielleicht durch seine ‚geschickte Diplomatie' den einen oder anderen Vorteil beim ‚Staatsvertrag' herausgehandelt haben, aber sie hat dafür einen viel größeren Nachteil für die SU eingehandelt: Sie hat das Vertrauen von Millionen arbeitenden Massen, nicht nur in Österreich, durch ihre konterrevolu-

[142] *Der „Staatsvertrag" kommt?*, Spartakist Nr.46, Juli 1949

tionäre Politik verloren und, was noch viel schlimmer ist, sie hat gleichzeitig das Vertrauen dieser selben Massen in die sozialistische Revolution erschüttert. Die konterrevolutionäre Außenpolitik der stalinistischen SU verändert das Kräfteverhältnis Weltproletariat (einschließlich SU) und Weltbourgeoisie zu ungunsten des Weltproletariats, sie treibt die Massen in die Indifferenz, Apathie und Teile davon sogar ins Lager der Konterrevolution."

Der kommende Staatsvertrag werde ein Vertrag mit Kontributionen und Reparationen sein, ein Kompromiss zwischen den westlichen Imperialisten und dem Kreml – auf Kosten der ausgebeuteten Massen. Die heimische Kapitalistenklasse werde mit einem blauen Auge davonkommen. „*Die österreichische Arbeiterklasse aber darf diesen Vertrag niemals anerkennen. Im Gegenteil, sie muss ihn grundsätzlich ablehnen.*" Bei Ausbruch der Krise werde Österreich trotz Staatsvertrag eines der am schwersten betroffenen Länder sein:

„Wir müssen die fortgeschrittenen Arbeiter und über diese die kampfgewillten, besten Teile der Arbeiterklasse davon überzeugen, dass der Kampf gegen den ‚Staatsvertrag' und für den Abzug der Besatzungstruppen mit dem Klassenkampf gegen die Bourgeoisie verbunden werden muss. Wir müssen die Arbeiter davon überzeugen, dass der Abzug der Besatzungstruppen nur dann einen besseren Kampfboden, breitere demokratische Rechte und Freiheiten bringen wird, wenn sie täglich erkämpft und auch verteidigt werden. (...) *Gegen den von den Imperialisten und der Kremlclique diktierten Staatsvertrag! Gegen die Kontributionen und Reparationen! Für den Abzug der Besatzungstruppen! Für das demokratische Selbstbestimmungsrecht des österreichischen Volkes! Für die Erweiterung und Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten! Für den Klassenkampf gegen die Bourgeoisie bis zu deren Sturz!*"

Im Mai 1955 veröffentlichte die IKÖ dann schließlich einen – am 30. April verfassten – Artikel zur bevorstehenden Unterzeichnung des Staatsvertrages.[143] Die Ursache, warum es nach zehn Jahren Verschleppung nun zur Ratifizierung komme, sei darin zu suchen, dass sich der Imperialismus aufgrund der Verschlechterung des weltweiten Kräfteverhältnisse durch den Sieg der chinesischen Revolution gezwungen sehe, einen Kompromiss einzugehen. Der Staatsvertrag bringe der NATO den strategischen Nachteil des Verlustes Westösterreichs. Der US-Imperialismus hätte aber keine Möglichkeit gehabt, den Abschluss des Staatsvertrages zu sabotieren, ohne die antiamerikanischen Stimmungen in Österreich und anderen europäischen Ländern massiv zu verstärken. In der gegenwärtigen Phase des Kalten Krieges seien kleine Kompromisse zwischen den Weltblöcken – wie bezüglich Österreich – möglich, „eine Wiederholung desselben Spiels mit Deutschland" hingegen könne „sich der USA-Imperialismus vom Kreml nicht aufzwingen lassen".

Da die österreichische Wirtschaft auf dem kapitalistischen Weltmarkt nicht leicht bestehen könne, hätte die heimische Bourgeoisie durchaus Interesse an einer stärkeren Ausrichtung auf den Osthandel. Innenpolitisch seien nach Abschluss des Staatsvertrages koalitionsinterne Konflikte um die Verstaatlichung der USIA-Betriebe und um

[143] *Vor dem Ende der Besetzung*, Spartakist Nr.89, Mai 1955

das aufzustellende Bundesheer vorprogrammiert. In der SPÖ würde „das Zentrum (Schärf, Kreisky)“ versuchen, den neuen Bedingungen der Neutralität Rechnung zu tragen und die alte Linie der *dritten Kraft* wieder aufzunehmen – während „die Rechtesten (Helmer, Pollak, Waldbrunner)“ an ihrer strikt proamerikanischen Linie festhielten.

> „Die Entwicklung der Weltgegensätze sind im Begriffe, in Österreich eine ‚Insel’ zu schaffen. Wir sind weit davon entfernt, die von Bourgeoisie und SP genährte Illusion einer ‚zweiten Schweiz’ zu teilen. Im Gegenteil, dieses kleine Land wird auch weiterhin Objekt der Weltpolitik bleiben. Die Klassengegensätze im Weltmaßstab werden auf diesen Boden mehr als bisher ihren Ausdruck finden. Der Wegfall der Besetzung wird auf die freiere Entfaltung der Gegensätze fördernd wirken: im Klassenkampf und in der Politik.“

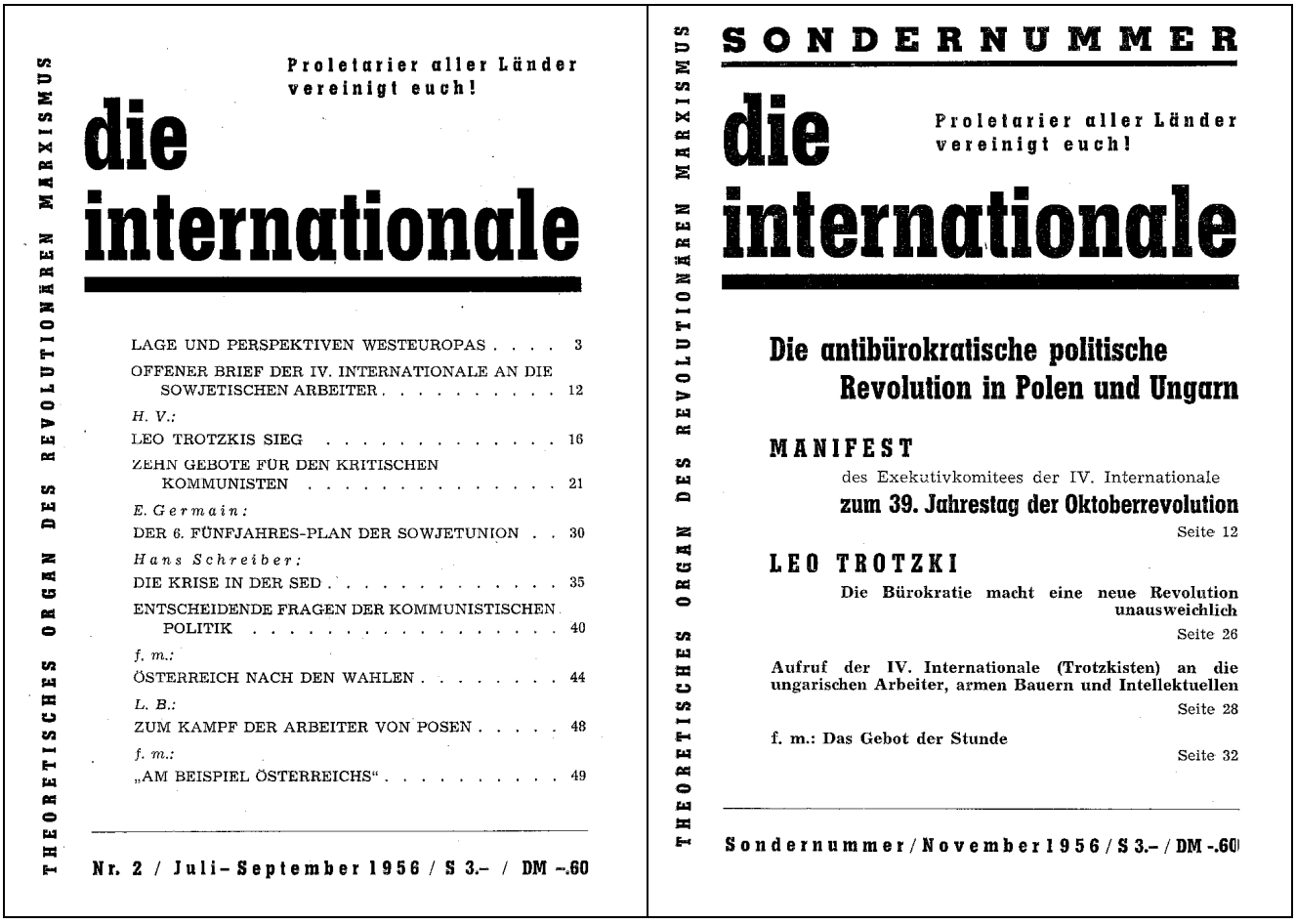
6.7. Der Zusammenbruch der IKÖ

Die Mitte der 1950er Jahre bedeutete für die IKÖ einen wichtigen Einschnitt: Einerseits wurden 1954 die beiden Organisationsteile wieder zusammengeschlossen, und man hoffte, nun mit vereinten Kräften größere Fortschritte im Aufbau einer revolutionären Partei erzielen zu können. Dieser Entwicklung auf subjektiver Ebene standen allerdings andererseits übermächtige objektive Tendenzen entgegen. Der kapitalistische Boom, der sich hierzulande ab 1953 zum so genannten *österreichischen Wirtschaftswunder* konkretisierte, begann ab Mitte der 1950er Jahre voll zu greifen. Die zweite Hälfte des Jahrzehnts war von einer ökonomischen Aufwärtsentwicklung geprägt, die die Integration der Arbeiter/innen/schaft in das System rasch vorantrieb, den Reformismus stärkte – und die revolutionären Kräfte immer stärker in die Isolation drängte.

Der Staatsvertrag, mit dem die Stabilisierung des österreichischen Kapitalismus auf politischer Ebene formalisiert wurde, ermöglichte der IKÖ aber immerhin, die Phase der vollen Illegalität zu beenden und eine partielle Legalisierung einzuleiten.[144] Das drückte sich in der Aufgabe der illegalen Zeitung *Der Spartakist* aus, der im Dezember 1955 mit der Nummer 92 zum letzten Mal erschien. Ab Mai 1956 begann man mit der Herausgabe der legalen Zeitschrift *die internationale*. Verantwortlich zeichnete jedoch nicht die IKÖ, sondern Modlik als Person. Sie firmierte außerdem als *Theoretisches Organ des revolutionären Marxismus*.

Durch die politische Linie und durch den Abdruck von Dokumenten des IS der 4. Internationale konnte über die Ausrichtung der Publikation kein Zweifel bestehen. Die IKÖ als Organisation schien aber weiterhin nicht öffentlich auf, weshalb nur von einer Teillegalisierung die Rede sein kann.

[144] In Wien wäre es sicher nicht ratsam gewesen, vor dem Abzug der Besatzungstruppen – besonders der sowjetischen Truppen, die für linksoppositionelle Kommunist/inn/en die größte Gefahr darstellten – offen als Organisation aufzutreten. Ob die von Thomas vorgeschlagene Gründung einer legalen Organisation in Westösterreich, die eine Übersiedlung einiger Genoss/inn/en erfordert hätte, in der Besatzungszeit tatsächlich einen wesentlichen Vorteil gebracht hätte und wie sich die westlichen Imperialist/inn/en dazu verhalten hätten, ist schwer zu sagen. 1955 stand aber die Legalisierung sicherlich auf der Tagesordnung.



THEORETISCHES ORGAN DES REVOLUTIONÄREN MARXISMUS

Proletarier aller Länder vereinigt euch!

die internationale

LAGE UND PERSPEKTIVEN WESTEUROPAS 3
OFFENER BRIEF DER IV. INTERNATIONALE AN DIE SOWJETISCHEN ARBEITER 12
H. V.:
LEO TROTZKIS SIEG 16
ZEHN GEBOTE FÜR DEN KRITISCHEN KOMMUNISTEN 21
E. Germain:
DER 6. FÜNFJAHRES-PLAN DER SOWJETUNION . . 30
Hans Schreiber:
DIE KRISE IN DER SED 35
ENTSCHEIDENDE FRAGEN DER KOMMUNISTISCHEN POLITIK 40
f. m.:
ÖSTERREICH NACH DEN WAHLEN 44
L. B.:
ZUM KAMPF DER ARBEITER VON POSEN 48
f. m.:
„AM BEISPIEL ÖSTERREICHS" 49

Nr. 2 / Juli–September 1956 / S 3.– / DM –.60

THEORETISCHES ORGAN DES REVOLUTIONÄREN MARXISMUS

SONDERNUMMER

die internationale

Proletarier aller Länder vereinigt euch!

Die antibürokratische politische Revolution in Polen und Ungarn

MANIFEST

des Exekutivkomitees der IV. Internationale

zum 39. Jahrestag der Oktoberrevolution

Seite 12

LEO TROTZKI

Die Bürokratie macht eine neue Revolution unausweichlich

Seite 26

Aufruf der IV. Internationale (Trotzkisten) an die ungarischen Arbeiter, armen Bauern und Intellektuellen

Seite 28

f. m.: Das Gebot der Stunde

Seite 32

Sondernummer / November 1956 / S 3.– / DM –.60

Für diese Vorgangsweise sind zwei Gründe anzuführen: Erstens erwartete man ja eine deutliche Verschärfung der Klassenkämpfe und sah in diesem Zusammenhang auch die Möglichkeit einer erneuten drastischen Verschlechterung der demokratischen Rechte. Zweitens bestand das Hauptinterventionsfeld weiterhin in der Sozialdemokratie, wo man so und so nicht offen auftrat und wo man eine Zeitschrift, die nicht von einer Organisation herausgegeben wurde, leichter an politische Kontakte weitergeben konnte.

Der Mitte der 1950er Jahre einsetzende Prozess des Niedergangs der IKÖ und der Demoralisierung ihrer Mitglieder wurde im Herbst 1956 noch einmal angehalten. Auf die ungarische und polnische Revolution wurden große Hoffnungen gesetzt, man betrachtete sie als den Beginn der politischen Revolution gegen die stalinistische Bürokratie und als Fanal für weitere revolutionäre Entwicklungen in Ost und West. Im November 1956 wurde eine Sondernummer der *internationale* herausgegeben, in der neben einem Aufruf des IS auch ein von der Redaktion der Zeitschrift am 7. November verfasster Beitrag veröffentlicht wurde, der eine erste ausführliche Zwischenbilanz der revolutionären Ereignisse in Ungarn und Polen zog.[145]

Die polnischen und ungarischen Arbeiter und Studenten und „die mit dem Stalinismus brechenden polnischen und ungarischen Kommunisten" wären zur Bildung von Räten geschritten, zu einer Organisationsform, „die den Arbeitern in den Betrieben den

[145] *Die antibürokratische Revolution in Polen und Ungarn*, die internationale, Sondernummer, November 1956

Übergang von bürokratischer Bevormundung und Selbstherrlichkeit zur demokratischen Selbstverwaltung finden ließ“.

> „*Die Errichtung der Räte in Polen und Ungarn ist Ausdruck der spontanen, symbolischen Zielsetzung der politischen Revolution gegen die Bürokratie: Weiterentwicklung der nachkapitalistischen, auf Basis des vergesellschafteten Eigentums an den Produktionsmitteln sich entfaltenden Gesellschaft von der Diktatur der Bürokratie zur Demokratie des werktätigen Volkes, zur sozialistischen Rätedemokratie.*
>
> Spontan drängen die Massen im Osten in die allgemeine Zielrichtung: Sozialismus und Demokratie. Aber zum Sieg der politischen Revolution, wie zu jenem der sozialen Revolution gegen den Kapitalismus, genügt das spontane Drängen der Massen keineswegs. *Ein solcher Sieg erfordert ebenso eine bewusste revolutionäre Führung*.“

Die Bedeutung des Faktors einer revolutionären Führung hätte sich im unterschiedlichen Ablauf der Ereignisse in Polen und Ungarn gezeigt. In Polen hätte sich in der KP um Wladyslaw Gomulka eine Linksfraktion gebildet, hinter der sich die bewusstesten Teile des Proletariats gesammelt hätten und deren Unnachgiebigkeit einen entschlossenen und zielbewussten Kampf ermöglicht hätte. In der Folge seien in etwa 60 polnischen Großbetrieben Arbeiterräte entstanden, Forderungen nach politischer Arbeiterdemokratie laut geworden und Gomulka an die Spitze der Partei gekommen. Die Arbeiter hätten Gomulka bestärkt, nicht vor dem Kreml zu kapitulieren, was schließlich zum Einlenken der Sowjetbürokratie geführt hätte.

Die Massenkundgebungen für Gomulka, „die tagtäglichen Fortschritte der politischen Arbeiterdemokratie, die feierliche Gewährung des Streikrechtes, der Beschluss über die Auflösung der Geheimpolizei“ zeigten die Annäherung der polnischen politischen Revolution an die russische Oktoberrevolution von 1917.

> „Die beinahe friedliche Form, in der diese Revolution ihren ersten entscheidenden Sieg errang; die Tatsache, dass die Mobilmachung der Massen und die Besetzung der Betriebe genügten, um ohne militärischen Kampf die politischen Vertreter der Kremlbürokratie von der Macht zu vertreiben, das alles erklärt sich hauptsächlich aus dem Vorhandensein einer bewussten Führung, die sich von Linkszentrismus zum revolutionären Marxismus hin bewegt.“

Die politische Revolution in Polen sei keineswegs abgeschlossen. Nichtsdestotrotz müsse das „welthistorische Verdienst“ anerkannt werden, das den „tapferen polnischen Genossen“ (das heißt Gomułka & Co.) „genauso und vielleicht mehr noch als Tito für seine Tat von 1948 zukommt“.

In Ungarn hätte sich die Sache schwieriger entwickelt. Zwar sei das Drängen der oppositionellen Kommunisten in eine ähnliche Richtung gegangen wie in Polen: „Nagy an die Macht, völlige Rehabilitierung Rajks, Demokratisierung von Staat, Wirtschaft und Arbeiterorganisationen waren die Hauptlosungen des Kampfes.“ Das Zögern der Parteiführung und das „Fehlen einer geschlossenen linken Fraktion“ hätten zum Übergang des Kampfes um Reformen in den Beginn einer gewaltsamen Revolution und zu einem „chaotischen und führungslosen“ Verlauf geführt.

> „Der direkte Zusammenprall von Massen und Bürokratie, die offene Revolution und der bewaffnete Aufstand führte die Massen dazu, sofort, in noch reiferer Form als in Polen, ihre eigenen Selbstverwaltungsorgane, Arbeiterräte in den Fabriken, Soldaten- und Volksräte in den Städten zu bilden. Aber die Führungslosigkeit ermöglichte es ebenfalls politisch unklaren und reaktionären Kreisen, wieder an die Oberfläche zu gelangen und ihre eigenen unsauberen Ziele zu vertreten, was der Sowjetbürokratie den *Vorwand* zur offenen militärischen Intervention gegen die ungarische Revolution lieferte.
>
> Wohlgemerkt: *den Vorwand*. (... Denn es sei) einfach lächerlich, zu behaupten, man müsse sieben Panzerdivisionen einsetzen, um mit einigen tausend Faschisten abzurechnen. *Wären denn auch die ungarischen Arbeiter, die ihre Fabriken* – endlich auch subjektiv *ihre eigenen* Fabriken –, *die ungarischen Dorfarmen, die den 1945 erhaltenen Boden verteidigen wollten, nicht stark genug gewesen, um mit dem reaktionären Gesindel aufzuräumen? War denn auch nur der geringste Versuch unternommen worden, um den revolutionären Massen, der revolutionären Regierung zu ermöglichen, die Ordnung wiederherzustellen?* Ist es nicht eine fürchterliche Selbstanklage seitens der Bürokratie, wenn sie behauptet, *nach fast zehn Jahren Volksdemokratie drohe die Gefahr, dass die Volksmassen den Faschisten folgen würden?*“

Die Militärintervention in Ungarn hätte der Sowjetunion erneut schwersten Schaden zugefügt. Wie fürchterlich aber *„auch immer die Verbrechen des Kreml sein mögen, es ist die Aufgabe des Proletariats und nicht des Imperialismus, seine Diktatur zu beseitigen.* Jeder Versuch der internationalen Reaktion, die jetzige Krise als Vorwand für ein militärisches Abenteuer gegen die Sowjetunion zu benützen, muss energisch abgewehrt werden.“

> „Noch rollen die Panzer, noch rauchen die Geschütze, noch brennen die Arbeiterviertel Budapests. Aber ihr frohlockt zu früh, ihr Henker des Kreml und ihr Aasgeier der Wallstreet und der City, die schon von der neuen Beute träumen! (...) Morgen wird unsere rote Fahne, die Fahne des Kommunismus, stolzer und reiner als je zuvor über Ungarn, über Budapest flattern. (...) Dazu alles zu tun, das geloben wir den gefallenen Helden des ungarischen Proletariats.“

Insgesamt entsprach die Einschätzung der ungarischen und polnischen Ereignisse von 1956 durch die IKÖ der Linie des IS – und die Herangehensweise an Gomułka und Imre Nagy erinnerte stark an die Position des IS bezüglich dem Titoismus: Fraktionen der stalinistischen Bürokratie, die mit der Sowjetführung in Konflikt gerieten, wurde a) ein Bruch mit dem Stalinismus und b) ein Zubewegen auf den revolutionären Marxismus unterstellt. Die Folge waren illusionäre Hoffnungen in die jeweiligen bürokratischen Fraktionen – Hoffnungen, die sich meist recht rasch in Luft auflösten. Zu dieser politischen Anpassung an aufmüpfige Stalinist/inn/en kam ein Verständnis von politischer Revolution, das doch massiv suggerierte, dass eine solche Revolution – bei günstigem Verlauf und unter Führung einer „revolutionären“ Fraktion der Bürokratie – als eine Reihe von friedlichen Reformen über die Bühne gehen könnte. Wenn man davon ausgeht, dass Teile der Bürokratie die politische Revolution anführen, ist eine solche Auffassung freilich nicht überraschend. Letztendlich bedeutet dieses Ver-

ständnis nichts anderes als die Umwandlung der Trotzkischen politischen Revolution in ein Reformkonzept gegenüber der stalinistischen Bürokratie.

Diese Aspekte im IKÖ-Artikel zu Ungarn/Polen 1956 illustrieren, dass sich die politische Linie des IS, die einige Jahre zuvor noch von einem Teil der IKÖ bekämpft worden war, nun eindeutig in der IKÖ durchgesetzt hatte. Das sollte in den nächsten Jahren auch für alle anderen wesentlichen politischen Fragen gelten, die in der *internationale* behandelt wurden.

Das war freilich auch insofern nicht verwunderlich als *die internationale* – im Unterschied zum *Spartakist* – als deutschsprachiges *Organ des Internationalen Sekretariats der IV. Internationale* herausgegeben wurde.[146] Daraus und aus dem Ziel, *die internationale* auch als Publikation für Deutschland zu verwenden, ergab sich auch eine andere Schwerpunktsetzung als beim *Spartakist*. Zu Österreich wurden ebenso wie zu Deutschland nur grundsätzliche Artikel oder kurze Stellungnahmen zu wichtigen Ereignissen veröffentlicht. Dazu kamen die Berichte und Resolutionen der 4. Internationale, Reprints von Trotzki-Texten (zu Spanien, zum Stalinismus...) und theoretische Artikel Ernest Germains, d.h. Mandels, zu ökonomischen Fragen.

Das Gros der Zeitschrift bestand aber aus Beiträgen zu internationalen Entwicklungen, wobei Übersetzungen von Texten des IS überwogen. Bei diesen internationalen Fragen dominierten wiederum vier Themen: erstens Einschätzungen des Weltlage; zweitens Stellungnahmen zu Ereignissen in den stalinistischen Ländern; drittens (ab 1960) Texte zur kubanischen Revolution; und viertens ausführliche Auseinandersetzungen mit der arabischen – besonders mit der algerischen – Revolution.

Die Solidarität mit der algerischen nationalen Befreiungsbewegung gegen den französischen Imperialismus stellte seit den späten 1950er Jahren einen Schwerpunkt der Aktivität des IS der 4. Internationale dar. Unter der Federführung Pablos, der später sogar Berater der algerischen Führung wurde, setzte man große Hoffnungen auf die Kolonialrevolution – und eben im Besonderen auf die revolutionären Entwicklungen in Algerien. Die Solidaritätsarbeit bestand neben einer Propagandakampagne auch darin, dass Genoss/inn/en verschiedener Sektionen der Internationale nach Algerien gingen, um den Kampf der Befreiungsbewegung zu unterstützen. Unter ihnen befand sich auch der österreichische Arzt und Trotzkist Heinrich Schüller, der schließlich im algerischen Unabhängigkeitskampf umkam.[147] Zu der propagandistischen und perso-

[146] Bis Ende 1962 schien Franz Modlik als Herausgeber auf. Ab Anfang 1963 zeichnete Pierre Frank (mit einer Pariser Adresse) verantwortlich, wobei von 1965 bis 1967 Franz Pokorny als deutschsprachige Kontaktadresse angegeben wurde. Ab 1968 wurde *die internationale* dann in Frankfurt/Main als Zeitschrift der deutschen Sektion des VS der 4. Internationale, der *Gruppe Internationale Marxisten* (GIM), herausgegeben.

[147] Heinrich Schüller war der trotzkistischen Bewegung seit etwa 1934 nahe gestanden. Nach dem Krieg schloss er sich der IKÖ an, wurde offiziell SP-Mitglied und praktizierte als Arzt in Wien/Brigittenau, wo er aufgrund seines sozialen und politischen Engagements sehr beliebt war. Gemeinsam mit Franz Drexler, Martin Gludowatz und Friederike Schlesak war er im Frühjahr 1947 an der Neugründung des *Arbeiter-Samariterbundes* (ASB) beteiligt – im provisorischen Bundesvorstand vom 3. Juni 1947 hatten die Linksoppositionellen die Mehrheit und die Möglichkeit, den ASB als trotzkistische Tarnorganisation zu benutzen (Schüller blieb bis 1953 Vorsitzender des ASB). Bei der Spaltung der IKÖ 1949 stand Schüller auf Seiten der pablistischen Strömung um Franz Modlik.

nellen Unterstützung für die algerische Befreiungsbewegung kam auch eine finanzielle und materielle, die neben dem Sammeln von Geld auch in der Herstellung von gefälschten Papieren und in der Beschaffung von Waffen für die algerischen Kämpfer/innen bestand.[148]



So wurde von der IKÖ in einer ihr zur Verfügung stehenden Druckerei unter anderem die offiziell unter „schwierigsten Bedingungen in einer Druckerei des Freien Algerien“ hergestellte Broschüre „Wahlprogramm der Algerischen Front der Nationalen Befreiung“ in Wien produziert. Auch der Druck der 23 erschienenen Nummern der Zeitschrift *Freies Algerien* in eben dieser Wiener Druckerei scheint zumindest wahrscheinlich.

Im Zuge dieser Solidaritätskampagne wurden im Juni 1960 Michel Raptis (d.i. Pablo) und Sal Santen, ein weiterer Führer des IS, in den Niederlanden verhaftet und unter vagen Vorwürfen in monatelanger Untersuchungshaft gehalten. Es entstand eine internationale Solidaritätsbewe-gung für Pablo und Santen, die neben den Sektionen des IS – darunter auch die IKÖ in der *internationa-*

1953 wurde Schüller von einem Erpresser wegen Schwangerschaftsabbrüchen angezeigt, sein Versuch, den Erpresser durch einen Kriminellen einschüchtern zu lassen, schlug fehl und führte dazu, dass die Affäre immer größere Dimensionen annahm. Schüller wurde zu einer unbedingten Haftstrafe verurteilt (die eineinhalb Jahre saß er in der Strafanstalt Stein ab) und verlor seine Zulassung als Arzt. Weiterhin für die IKÖ aktiv, folgte er einem Aufruf des IS der 4. Internationale zur Unterstützung des algerischen Freiheitskampfes gegen den französischen Kolonialismus und ging nach Tunesien, wo er in den Flüchtlingslagern der algerischen FLN als Arzt tätig war. Anfang der 1960er Jahre erkrankte er an der Ruhr, an der er schließlich in Tunesien starb, wo er ein Staatsbegräbnis erhielt. – Keller, Friedrich: Solidarität der österreichischen Linken mit der algerischen Widerstandsbewegung. Academisch Proefschrift. – Universiteit van Amsterdam 2010, S.152ff.

[148] Dazu Friedrich Keller; er erinnert an „die anschauliche, von Heinrich Thomas (nom de guerre ‚Bruno‘) oftmals erzählte Geschichte über die von ihm – dem pragmatisierten städtischen Bibliothekar – ausgestandenen Ängste beim Transport von Waffen für den FLN im Kofferraum seines Autos über die Staatsgrenze nach Genua“. – ebenda, S.156

le – auch von linken britischen Labour-Abgeordneten und von zahlreichen prominenten Intellektuellen unterstützt wurde. Darunter befand sich unter anderen J.P. Sartre, dessen Erklärung[149] auch von Simone de Beauvoir und Jorge Amado unterzeichnet wurde. Obwohl das Gericht keinen konkreten Beweis erbringen konnte und sich vor allem auf eine Provokation des Geheimdienstes stützte, wurden Pablo und Santen zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt – und im September 1961 wieder freigelassen.[150]

Da die IKÖ über keine Publikation außer der *internationale* verfügte, bedeutete die darin vorgenommene Konzentration auf internationale Entwicklungen gleichzeitig eine Schwächung der publizistischen Unterstützung der politischen Praxis der IKÖ in Österreich. Es entstand zunehmend ein Nebeneinander der Publikation, die durchaus intern diskutiert wurde, und der tagtäglichen politischen Intervention in Betrieb und Sozialdemokratie.

Dieses Auseinanderfallen von der Tätigkeit im jeweiligen Interventionsfeld, wo man als kritische und linke SPler/innen auftrat, und dem revolutionären Organisationsleben und seinen Diskussionen, hatte freilich auch wesentlich objektive Ursachen. Die Basis der Sozialdemokratie wollte in den späten 1950er und frühen 1960er Jahren von revolutionärer Politik ebenso wenig wissen wie die Betriebsarbeiter/innen/schaft. Daraus ergab sich eine „natürliche" Dynamik zur zunehmenden Trennung der beiden politischen Bereiche.

Diese tendenzielle Trennung von Intervention und IKÖ verstärkte die Abwärtsentwicklung der IKÖ. Obwohl es in der IKÖ weiterhin Absprachen über die politische Linie in der Sozialdemokratie gab, verloren so manche Mitglieder, die sich in die Sozialdemokratie integriert hatte, die Überzeugung von der Sinnhaftigkeit der Organisierung in der IKÖ. Dieses Element verband sich mit Desillusionierung angesichts enttäuschter Hoffnungen über die erwartete revolutionäre Entwicklung. Dazu kam die Ermüdung etlicher Mitglieder einer Organisation, die zu einem großen Teil aus „34ern" – aus Arbeiter/inne/n, die sich durch den Februar 1934 radikalisiert hatten – bestand und der es kaum gelang, jüngere Mitglieder zu gewinnen.

---

[149] In dieser Erklärung heißt es: „Die freien Menschen in der ganzen Welt müssen ihre Stimme gegen einen solchen Anschlag erheben, der unser aller Freiheit in Gefahr bringt. Diese Männer, treu ihren revolutionären Ansichten, bezahlen mit ihrer Freiheit das Recht und die Pflicht aller jener, die sich das Vertrauen in den Menschen bewahrt haben, unablässig gegen den Kolonialismus zu kämpfen. Ungeachtet möglicher Differenzen mit den politischen Auffassungen dieser beiden Kämpfer, mit ihrer Organisation, der trotzkistischen IV. Internationale, steht die Rettung der menschlichen Würde, das Recht des Menschen, für sein Ideal zu kämpfen, das Recht des algerischen Volkes auf die aktive Hilfe aller Linken auf dem Spiel. Deshalb richten wir an alle Intellektuellen, an alle Arbeiterführer und Studenten die Aufforderung, eine große, gegen die holländische Regierung gerichtete Protestwelle zu entfachen, um diese infame kolonialistische Provokation vollständig zu beseitigen." (zitiert nach: die internationale Nr.4/1960, Nr.1/1961 (Februar-März 1961))

[150] Pablo war dabei noch kurz vor seiner Freilassung einer tödlichen Gefahr ausgesetzt, als die rechtsextreme griechische Regierung – Pablo/Raptis stammte ja aus Griechenland und war vor dem Zweiten Weltkrieg im Widerstand gegen das rechtsextreme Metaxas-Regime tätig gewesen – seine Auslieferung verlangte. Unter dem Druck der niederländischen und internationalen Öffentlichkeit wurde der griechische Antrag allerdings abgelehnt.

In den späten 1950er Jahren, ab dem Zeitpunkt, als klar wurde, dass auch die ungarische Revolution nicht der Beginn einer internationalen revolutionären Welle war, beschleunigte sich der Niedergang der IKÖ. Es kam zu kontinuierlichen personellen Verlusten, die meist schleichend vor sich gingen: Mitglieder kamen zuerst seltener, dann gar nicht mehr zu den Sitzungen, sympathisierten dann noch einige Zeit mit der Organisation und arbeiteten vielleicht noch eine Weile mit den IKÖler/inne/n in der SPÖ zusammen, um schließlich weitgehend in der Sozialdemokratie aufzugehen. Dabei war die Haltung verschiedener ausgetretener Mitglieder durchaus unterschiedlich: Die einen brachen auch innerlich mit dem Trotzkismus, während andere lediglich die Hoffnung und/oder die Kraft für eine weitere organisierte trotzkistische Tätigkeit verloren hatten – wobei die Übergänge hier sicherlich fließend waren. Ende der 1950er Jahre verließ mit Babnik erstmals ein Genosse aus dem engsten Führungskreis die IKÖ.

Zu den beschriebenen Ursachen für den Niedergang der IKÖ kamen außerdem die weiterhin latent existierenden Spannungen zwischen der Strömung um Modlik und der ehemaligen Mehrheit. Als sich ab 1961 im IS die Differenzen zwischen Pablo, der für ein föderalistischeres Organisationskonzept und für eine stärkere Anpassung an bürgerlich-nationalistische Befreiungsbewegungen in der *Dritten Welt* eintrat, und der Mehrheit des IS um Mandel, Frank und Maitan verstärkten,[151] wirkte sich das – obwohl man, wie Drexler rückblickend meinte, nie einen wirklichen Einblick in die Vorgänge im IS hatte – auch auf die IKÖ dementsprechend aus: Modlik blieb Pablo treu und versuchte, in der IKÖ, die 1960 über etwa 20 Mitglieder verfügt haben dürfte, eine Mehrheit für die Linie Pablos zu erringen. Thomas solidarisierte sich als Vertreter der alten Mehrheit in der IKÖ[152] mit der Mehrheit des IS um Mandel, Frank und Maitan. Drexler und eine Reihe von anderen Mitgliedern, bei denen sich eine allgemeine Ermüdung damit verband, dass sie keinen erneuten Fraktionskampf auf sich nehmen wollten, verließen in dieser Phase die IKÖ.[153]

1963 begann Modlik ohne Wissen und Einwilligung der Leitung der österreichischen IKÖ mit der Publikation der Zeitschrift *arbeiterkampf* auf der Linie von Pablo. Durch internationale Intervention wurde Modlik zwar nicht ausgeschlossen, wie Heinrich Thomas verlangt hatte, erhielt aber angesichts dieser Eigenmächtigkeit ein Jahr Funk-

[151] Drexlers Einschätzung ist dabei die, dass Mandel von seinem Typ her nicht für fraktionelle Auseinandersetzungen geschaffen war und dass er deshalb die Austragung des Konfliktes mit Pablo weitgehend Frank überließ.

[152] Auch wenn zwischen 1949 und 1954 zwischen Pablo, Mandel und Frank kaum ein erkennbarer Unterschied bestanden hatte, so war Pablo doch der Hauptvertreter der damals von der IKÖ-Mehrheit bekämpften Linie, der nun noch stärker in diese Richtung drängte. Insofern standen Mandel und Frank mit ihrer Position in den frühen 1960er Jahren der alten IKÖ-Mehrheit vergleichsweise näher als Pablo.

[153] Drexler, der als SP-Funktionär schließlich sogar stellvertretender Bezirksvorsteher von Wien/Innere Stadt wurde, blieb gleichzeitig bis in die 1980er Jahre hin ein loser Sympathisant des VS der 4. Internationale. Dass er am Kampf gegen Modlik/Pablo Anfang der 1960er Jahre nicht mehr teilgenommen hatte, dürfte ihm Thomas nie verziehen haben. In den 1990er Jahren radikalisierte sich Drexler noch mal und trat in die Arbeitsgruppe Marxismus (AGM) ein.

tionsverbot.[154] Der *arbeiterkampf* erschien nun für kurze Zeit unter Kontrolle der Leitung weiter.

Es gelang Modlik aber, eine Reihe junger Genossen von der Richtigkeit der Linie Pablos zu überzeugen. Peter Hallstein und Manfred Marschalek machten sich auch 1963 nach dem Sieg der FLN nach Algier auf[155] – zur Unterstützung der algerischen Revolution und auch aus fraktionellen Interessen heraus: Sie wollten Pablo, der 1962 aus der Haft entlassen worden und zu einem wichtigen Berater Ben Bellas aufgestiegen war, besuchen und sollten – so Modliks Plan – noch von Algerien aus wie auch ein dritter Genosse den Antrag auf Mitgliedschaft stellen und damit die Mehrheitsverhältnisse in der IKÖ verändern, denn im September 1963 konnte die Pablo-Tendenz nur auf vier Mitglieder (ein weiterer war noch auf Urlaub und noch nicht kontaktiert worden) zählen. Modliks Plan ging auf – mit Hilfe einiger neuer junger Mitglieder (Peter Hallstein, Manfred Marschalek, Fritz Vancura und ein Sohn von Ferdinand Dworak) konnte eine knappe Mehrheit erreicht werden.

Modlik drängte Ende 1963 auf die Verabschiedung einer Resolution gegen das Vereinigte Sekretariat auf der Linie Pablos, woraufhin die Strömung um Heinrich Thomas eine Abstimmung darüber mit Hinweis auf die mangelnde Diskussion darüber ablehnte und eine weitere Zusammenarbeit mit Modlik für unmöglich erklärte. Das war das Ende der IKÖ. Von den Unterstützer/inne/n des VS blieben nach diesem demoralisierenden Zusammenbruch nur noch Thomas und Pokorny übrig, die später Hallstein (und Grete und Karl Kraupa) für sich gewinnen konnten und ab 1966 wieder am Aufbau einer österreichischen Sektion des VS der 4. Internationale arbeiteten.[156] Die Pablo-Unterstützer/innen um Modlik arbeiteten am Aufbau einer neuen Gruppe.[157]

Was die Bilanz der IKÖ insgesamt betrifft, so handelte es sich letztlich sicherlich nicht um einen riesigen Erfolg. Ein solcher war unter den Bedingungen des jahrzehntelangen kapitalistischen Booms und der daraus resultierenden und in Österreich besonders massiven Dominanz des Reformismus in der Arbeiter/innen/bewegung auch nicht möglich. Um was es gehen konnte, war die Aufrechterhaltung einer revolutionären Organisation über diese Zeit hinweg, die von einer möglichst günstigen Position aus in die politischen Radikalisierungen ab Ende der 1960er Jahre eingreifen und sie für sich nutzen hätte können. Die IKÖ versuchte von Ende der 1940er bis Anfang der 1960er Jahre, der völligen Abschottung von der realen Arbeiter/innen/bewegung durch ihre Arbeit in der Sozialdemokratie zu entgehen. Das musste – unter diesen objektiven Bedingungen – unvermeidlich gewisse Tendenzen der politischen Anpassung mit sich bringen. Auch waren Fortschritte im Organisationsaufbau in diesen Jahrzehnten kaum möglich. Dass aber die Intervention in die Sozialdemokratie letztendlich in einem weitgehenden Aufgehen in dieser endete und die IKÖ schließlich zusammenbrach, war wohl auch von der politischen Linie, die vom IS auch in Österreich durch-

[154] Angabe nach: Gesprächsprotokoll mit Franz Modlik vom Februar 1975, zitiert nach: Winfried Wagner: Trotzkismus in Österreich, 1976

[155] Keller, Solidarität der österreichischen Linken mit der algerischen Widerstandsbewegung, a.a.O., S.158f.

[156] siehe unten

[157] siehe unten

gesetzt wurde, mitverschuldet – von den unrealistischen Perspektiven eines baldigen revolutionären Aufschwunges, der letzten Endes nur zu Enttäuschungen führte, und vom Konzept des *tiefen Entrismus*.

Die letzte Spaltung der IKÖ war, wie wir gesehen haben, mitten durch die geschrumpfte Organisation gegangen und mit dem Namen Franz Modlik verbunden. Abschließend zu diesem Teil wollen wir uns nun noch mit der Gruppe um die Zeitschrift *arbeiterkampf* – Ausdruck dieser Spaltung – beschäftigen.

6.8. Gruppe Arbeiterkampf

Seit 1961 hatten sich – wie bereits beschrieben – die Differenzen im *Internationalen Sekretariat der Vierten Internationale* zwischen Michel Pablo einerseits und Ernest Mandel, Pierre Frank und Livio Maitan auf der anderen Seite verschärft. Im Vorfeld des Wechsels der US-amerikanischen *Socialist Workers Party* vom *Internationalen Komitee* zum *Internationalen Sekretariat* der Vierten Internationale (1963) und der Gründung des *Vereinigten Sekretariats* (VS) wurde Pablo sowohl von Mandel als auch von Joseph Hansen (SWP) immer mehr als Hindernis für die angestrebte Wiedervereinigung gesehen. Im neuen Führungsgremium, dem 1963 gegründeten *Vereinigten Sekretariat der Vierten Internationale*, spielte Pablo keine entscheidende Rolle mehr. 1964 wurde er zum Leiter des neu geschaffenen *Afrikanischen Büros* degradiert. Mit ihrer Deklaration vom April 1965 erklärte die von Pablo geführte *Revolutionär-Marxistische Tendenz* ihre organisatorische Trennung vom VS der Vierten Internationale. Parallel zu dieser Entwicklung war es auch zur beschriebenen Spaltung der österreichischen Sektion gekommen.

Während nach dem demoralisierenden Zusammenbruch der IKÖ die Linie von Mandel, Frank und Maitan nur von Thomas und Pokorny vertreten wurde, gelang auch der Gruppe um Modlik keine Stabilisierung: Bald waren die jüngeren Mitglieder die Modlik 1963 die Mehrheit gesichert hatten, wieder verloren gegangen. Nachdem Peter Hallstein (sowie Grete und Karl Graupa) von Thomas und Pokorny gewonnen werden konnten, machten sich diese ab 1966 an die Reorganisation einer österreichischen Sektion des VS der Vierten Internationale.

Zur selben Zeit wurde der seit 1963 erscheinende *arbeiterkampf* Modliks mit wechselnden Untertiteln publiziert: als österreichisches *Organ der Revolutionär-marxistischen Tendenz der IV. Internationale* (ab 1965), ab 1968 mit neuer Zählung als Organ der *österreichischen Gruppe* der *Internationalen Tendenz der revolutionären Marxisten*. Als „Konkurrenz“ zum *arbeiterkampf* wurde kurzfristig von den Jungen, die Modlik nicht als Autorität der Gruppe anerkennen wollten, also von Marschalek, Dworak, Hallstein und Vancura, 1963/1964 der *klassenkampf* herausgegeben, bevor sich die Gruppe auflöste; Hallstein löste sich von der Strömung um Pablo, Modlik und um ihn einige ältere Genoss/inn/en blieben zurück.

Im Mai 1972 beschloss die vierte internationale Konferenz der von Pablo repräsentierten Strömung die Umbenennung der *Revolutionär-Marxistischen Tendenz der IV. Internationale*, so der damalige Name, in *Internationale Revolutionär-Marxistische Tendenz*. Motiviert wurde dies damit, dass sich heute mehrere Organisationen auf die

Vierte Internationale berufen würden, aber deren Ideen, deren Praxis „*und im allgemeinen ihre Art und Weise, den lebendigen Marxismus unserer Epoche zu repräsentieren*“, nicht dem entspreche, „*was eine ganze Periode wahrhaftiger Errungenschaft und Methodologie der von Leo Trotzki geschaffenen Bewegung gewesen ist*“.[158] Die IRMT wolle „*unter keinen Umständen mehr an dieser Konfusion teilhaben, die in der neuen Generation von Revolutionären durch die zweideutige Berufung auf den ‚Trotzkismus‘ und die ‚Vierte Internationale‘ von heute geschaffen wurde*“.[159]

Das „Markenzeichen“ der IRMT wurde die starke Hervorhebung der „Selbstverwaltung“, die 1971 durch den Abdruck eines Artikels von Pablo, „*Selbstverwaltung und Ökonomie des Übergangs*“ (aus dem Jahr 1964) in mehreren Fortsetzungen und seit demselben Jahr 1971 auch bereits im Untertitel des *arbeiterkampf* – „*für Arbeitermacht – Selbstverwaltung – Sozialismus*“ – dokumentiert wurde.

Franz Modlik war nicht nur der tragende Kopf der *österreichischen Gruppe* der IRMT, sondern gab für fast zwei Jahrzehnte nahezu im Alleingang den *arbeiterkampf* heraus: Zwar gelang ihm die Etabierung einer kleinen Gruppe meist älterer Mitglieder mit Ferdinand Dworak und Friedrich Seidel sowie dem etwas jüngeren Fritz Vancura.


Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

arbeiter kampf

Organ der österr. Gruppe der INTERNATIONALEN REVOLUTIONÄR-MARXISTISCHEN TENDENZ (IRMT)

Nr. 63 / Mai-Juni 1977

15.Jahrgg/ Erscheinungs- und Verlagsort Wien

Preis S 10

für Arbeitermacht • Selbstverwaltung • Sozialismus

Die Revolution in Europa

DIE ARBEITERKLASSE UND DIE SCHAFFUNG DER REVOLUTIONÄREN PARTEI DER SELBSTVERWALTUNG (S.I-XX) (Thesen-Entwurf)

Österreich:

--SPÖ: „SCHLECHTWETTERFRONT" STABIL ? 1
- ZUM AUSGANG DER HOCHSCHULWAHLEN (G.) 3
--Ein neues SPÖ-Programm in Vorbereitung 6
--Zu einer Resolution der G R M 7
--Kreisky für "Radikalismus" 8
--ZWENTENDORF — ein Beginn 9

Spanien: GIGANTISCHER WAHLBETRUG XXI u.10

Erscheinungs- und Verlagsort Wien

Auch Franz Soucek konnte etwas später wieder reaktiviert werden – aber mit Ausnahme von Modlik selbst waren die Mitglieder nicht sehr aktiv und beteiligten sich ab den 1970er Jahren faktisch nicht mehr an der Erstellung der Zeitung. Sie blieben dem Konzept des *tiefen Entrismus* treu und stark auf die Arbeit in der Sozialdemokratie orientiert.

Trotz ihrer Schwäche war die publizistische Arbeit der *arbeiterkampf*-„Gruppe“ beachtlich: Neben der Zeitschrift wurden noch Flugschriften herausgegeben, so etwa im November 1968 als Nr. 13 der *arbeiterkampf-Flugschriften* die Broschüre *Revolutionäre Jugend und KP*, eine *Arbeiterkampf Schriftenreihe*, als deren Nr. 3 1973 eine Chile-Broschüre erschien, dazu kamen *Sondernummern*, etwa zu Spanien (*die spanische revolution*, März 1976). Und natürlich wurden die entscheidenden Dokumente der

[158] Erklärung. – in: Arbeiterkampf Nr.40, Mai/Juni 1972, S.II
[159] ebenda, S.II

Pablo-Strömung meist im *arbeiterkampf*, aber vereinzelt auch als eigenständige Broschüren (etwa im Mai 1968: *Der Marxismus und unsere Epoche*) veröffentlicht.

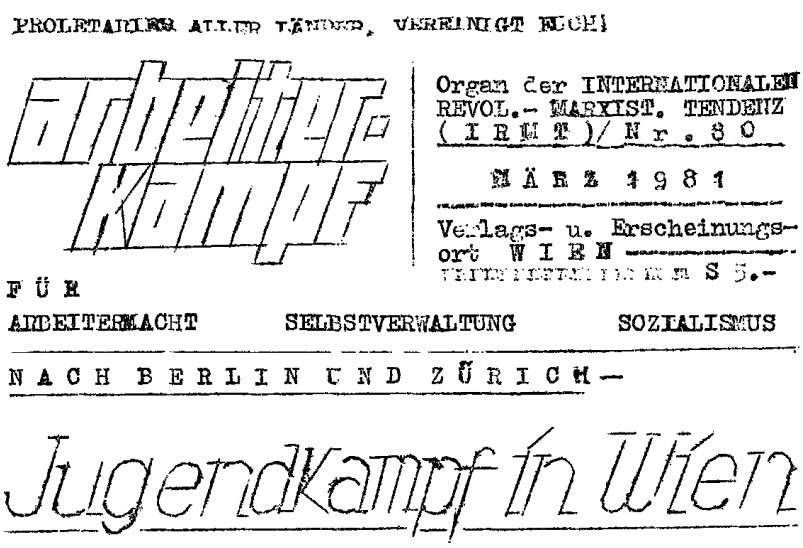
Neben eigenen Arbeiten von Franz Modlik verarbeitete der *arbeiterkampf* vor allem Artikel aus der französischen Sektion der IRMT bzw. ihrer Vorläuferinnen, in erster Linie aus dem theoretischen Organ *sous le drapeau du socialisme*. Nur selten war es Modlik gelungen, die Kontakte nach außen auch so weit zu verdichten, dass sich daraus eine intensivere Zusammenarbeit ergab.

Mitte der 1970er Jahre hatte der *arbeiterkampf* einen gewissen Einfluss auf die *Sozialistische Aktion* (SOAK) gewonnen, in deren Nummer 7 der gleichnamigen Zeitschrift zur Selbstverwaltung Position bezogen und vor allem die Politik der IRMT diskutiert wurde.[160] Auch Manfred Scharinger stand für einige Zeit in einem intensiven Briefwechsel mit Franz Modlik. Von Scharinger stammt auch der letzte dokumentierte „Fremdartikel" im *arbeiterkampf*.[161] Januar 1978 nahmen auch zwei Genossen der SOAK (K.P. und W.B.) sowie der damals im VSStÖ Salzburg organisierte Manfred Scharinger an der 6. Konferenz der IRMT in Paris teil. Doch auch diese Kontakte erwiesen sich noch in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre als nicht ausbaufähig.

Im Falle von Scharinger waren es unter anderem grundlegende Differenzen zum Entrismus oder auch über die Perspektiven Jugoslawiens, die die Diskussion belasteten: Während Scharinger Jugoslawien auf dem Weg zur Restauration des Kapitalismus und als schwer degenerierten Arbeiter/innen/staat sah, replizierte Franz Modlik mit einer Kombination der alten Positionen der Vierten Internationale in ihrer Degenerationsphase ab Ende der 1940er Jahre und der Hervorhebung der Selbstverwaltung als „theoretischer Errungenschaft" der IRMT: Die Politik Titos sei der „*erste Bruch mit der Stalinpolitik gewesen*", Tito selbst habe gezeigt, „*dass er auf der Seite der Selbstverwaltung steht*", die „*trotz aller Mängel eine enorme Errungenschaft ist und bleibt*", der „*Ausgangspunkt für eine komplette Rückkehr zum Rätestaat*" und ein „*zweiter Sprung vorwärts*" sei, der von der sowjetischen Bürokratie gefürchtet würde, weshalb es immer wieder Dissonanzen mit Jugoslawien gebe. Jugoslawien mit seiner offiziellen Politik der Selbstverwaltung war für Modlik „*am Ende der Skala*" der bürokratischen Deformation, sei also weniger entartet gewesen als die übrigen degenerierten Arbeiter/innen/staaten. Für Modlik war eine Übereinstimmung in der Jugoslawien-Frage dabei enorm wichtig: Es handle sich dabei „*um eine entscheidende Frage, über die man nicht einfach hinwegsehen – oder -gehen*" könne…[162] Angesichts des absehbaren Niedergangs der jugoslawischen Bürokratie, ihrer Zugeständnisse an den Imperialismus und ihrer Schritte in Richtung Restauration des Kapitalismus musste eine Position wie die von Modlik eingenommene einem jungen Genossen damals wenig überzeugend erscheinen...

Was dem *arbeiterkampf* letztlich nicht gelang, war ein Anknüpfen an die Radikalisierung im Student/inn/en- und Jugendmilieu. Modlik versuchte zwar immer wieder, auf neue Entwicklungen in der österreichischen Linken zu reagieren und auf diese Ein-

[160] Selbstverwaltung. – in: Sozialistische Aktion Nr.7, April 1978, S.4f.
[161] G.: Zum Ausgang der Hochschulwahlen. – in: arbeiterkampf Nr.63, Mai-Juni 1977, S.3ff.
[162] alle Zitate aus einem Brief von Franz Modlik an Manfred Scharinger vom 12. Mai 1977


PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

arbeiter Kampf

Organ der INTERNATIONALEN REVOL.- MARXIST. TENDENZ (I R M T) / Nr. 80

MÄRZ 1981

Verlags- u. Erscheinungsort WIEN

S 5.-

FÜR ARBEITERMACHT SELBSTVERWALTUNG SOZIALISMUS

NACH BERLIN UND ZÜRICH —

Jugendkampf in Wien

fluss zu nehmen, letztendlich aber vergeblich – dafür verantwortlich war sicher einerseits die Tatsache, dass der *arbeiterkampf* und seine Unterstützer/innen meist als letzte Repräsentant/inn/en einer zu Ende gegangenen Epoche wahrgenommen wurden, und andererseits die Zeitschrift mit ihren schwachen Ressourcen nicht mit ihren Konkurrentinnen im trotzkistischen Milieu, wie vor allem der *Gruppe Revolutionäre Marxisten* (GRM), mithalten konnte.

Für dieses Scheitern war auch das schwache politische Profil der IRMT verantwortlich: Die IRMT versuchte, sich als „undogmatische Strömung“ zu profilieren, sich immer wieder in breitere Bündnisse einzuklinken und für die Zusammenarbeit mit anderen Tendenzen zu öffnen. Aber das, was sie selbst einbringen konnte, im Wesentlichen eine stereotype Berufung auf die Selbstverwaltung, war letztlich zu unbestimmt und konnte eine Erosion der Tendenz selbst nicht verhindern.

So kandidierte die tragende französische Sektion der IRMT, die *Komitees der Selbstverwaltung* (CCA), 1978 zu den französischen Parlamentswahlen gemeinsam mit LCR und OCT – von der kleinen CCA wurden dabei allein 80 Kandidat/inn/en aufgestellt und damit die vorhandenen Kräfte stark überdehnt: Die abenteuerliche Wahlpolitik kostete der CCA viel an politischer Substanz.

Unter anderem das schlechte Abschneiden bei den Wahlen bescherte nach 1978 den CCA einen mehrjährigen Richtungskampf, der 1981 zur Spaltung führte: in die Zeitschrift *Commune* und ihre Konkurrentin *Pour l'Autogestion*. Auch der Klassencharakter der UdSSR bereitete der IRMT zunehmend Probleme: Pablo sympathisierte um 1980 mit der Position, dass die Bürokratie eine neue herrschende Klasse geworden sei, dass auch gegenüber der herrschenden Bürokratie in einem Konflikt mit dem Imperialismus der revolutionäre Defätismus und nicht die kritische, aber bedingungslose Verteidigung der UdSSR auf der Tagesordnung stünde.

1994 und 1995 kehrten die Reste der IRMT in das Vereinigte Sekretariat der Vierten Internationale zurück. Zu dieser Zeit hatten der *arbeiterkampf* sein Erscheinen und die österreichische Gruppe der IRMT ihre Aktivitäten bereits eingestellt: In unserem Archiv ist der *arbeiterkampf* bis zur Nr. 82 vom Juni 1981 und zur Sonderausgabe vom August 1981 *Krieg dem kapitalistischen Krieg! Vorwärts zum Sozialismus!* nachweisbar. Der *arbeiterkampf* erschien also bis wenige Jahre vor Modliks Tod (1986), mit ihm hörte auch die Gruppe zu existieren auf. Die an Modliks Seite verbliebenen Genoss/inn/en fühlten sich zwar nach wie vor „der Sache“ zugehörig und übten in SP-Sektionen linke Kritik, die Kraft, eine Organisation oder eine Publikation aufrecht zu halten, fehlte. Letztendlich stellte die Gruppe um die Zeitschrift *arbeiterkampf* einen Ausläufer der alten (proletarischen) trotzkistischen Bewegung in Österreich dar.

Exkurs 3: Der Schuharbeiter/innen/streik 1948

1. Einleitung

Am 3. März 1948 traten die Arbeiter/innen der Schuhindustrie von ganz Österreich in den Streik. Hauptziel war die Anerkennung des Kollektivvertrags. Das Jahr 1948 stand ganz im Zeichen des Wiederaufbaus des Kapitalismus. Seit Beginn des Jahres herrschte ein drückender Mangel an Rohstoffen und Gütern aller Art. Die Energieversorgung war schlecht, die ausländischen Kohlelieferungen unzureichend. Auf die Mängel in der Versorgung mit Nahrungsmitteln und Textilien und die Reallohnsenkungen (1945-1947) folgte die zunehmende physische Arbeitsunfähigkeit der Arbeiter/innen/schaft...

Die zuständigen gewerkschaftlichen Untergruppen, die Sektionen, die Fach- und Branchengruppen, darunter auch die Fachgruppe der Schuharbeiter/innen, sandten den zuständigen Vertreter/innen/organen der Bundeswirtschaftskammer massenweise ihre Kollektivvertrags- (KV-) Entwürfe (im Falle der Schuharbeiter/innen am 6.9.1947 den Unternehmer/inne/n vorgelegt). Die Industriellen weigerten sich aber oftmals, auch nur zu verhandeln.

Am 26. Februar 1947 hatte der Nationalrat das Kollektivvertragsgesetz beschlossen. Der bereits ab Jänner 1946 zur Verhandlung stehende Entwurf des KV-Gesetzes, von Sozialministerium, ÖGB und Arbeiterkammer ausgearbeitet, wurde von der ÖVP abgeändert. Wie die meisten Sozialgesetze basiert das KV-Gesetz auf einem Vorläufer aus der 1. Republik. Das Gesetz besagt, dass die Arbeiter/innen berechtigt sind, über die Gewerkschaften mit den Unternehmer/innen/organisationen kollektive Verträge abzuschließen. Individuelle Kontrakte dürfen seit dem KV-Gesetz nur mehr dann gelten, wenn diese bessere Bedingungen enthalten als die im Kollektivvertrag. Die KVs dienen dabei quasi als Selbstschutz der Arbeiter/innen als Klasse gegenüber den kapitalistischen Marktverhältnissen. Gebiete, Zonen, Bereiche, die von den Verträgen bewusst oder unbewusst ausgeklammert oder unberücksichtigt bleiben, unterlagen dabei aber weiterhin der uneingeschränkten Kontrolle und Herrschaft des Kapitals, so zum Beispiel die Wochenarbeitszeit. Da kein neues staatliches Arbeitszeitgesetz existierte, regelte sich die Arbeitszeit nach dem geltenden Recht beziehungsweise durch unzählige betriebliche Vereinbarungen, wobei grundsätzlich die nationalsozialistische Arbeitszeitordnung aus dem Jahre 1938 wie ein Gesetz als Richtlinie galt. Es gab auch keine einheitliche Regelung in den gar nicht so seltenen Fällen einer uneinheitlichen Arbeitszeit, wenn die Arbeiter und Arbeiterinnen durch den unregelmäßigen Geschäftsgang einmal auf Ableistung von Kurzarbeit gesetzt waren, dann wieder Überstunden abzuleisten hatten. Alle diese Probleme waren im Besonderen in der Schuhindustrie spürbar.

Denn gerade um die Schuhindustrie stand es in den Jahren nach dem 2. Weltkrieg ziemlich schlecht. Die Arbeiter/innen litten hier unter den Folgen der Kurzarbeitszeit. Das war ein Grund, warum die Schuharbeiter/innen vor allem auf eine kollektivvertragliche Regelung der Normalarbeitszeit pochten. Vorläufig war zwar vor dem Streik

die 44-Stunden-Woche in den Betrieben der Schuhproduktion zur normalen Arbeitszeit geworden, dennoch gab es keine Garantien – die Beschäftigten waren von der Kapazitätsauslastung der Schuhfabriken abhängig. Bei günstiger Konjunktur wurde länger gearbeitet, was im unmittelbaren Zusammenhang damit stand, dass die Schuhfabrikant/inn/en in Phasen des Aufschwunges versuchten, die Arbeitszeit in der Schuhindustrie an das landesübliche Limit von 48 Stunden pro Woche anzupassen.

Die Industrie befand sich in einem Stadium der Unterentwicklung. Und wie in der übrigen Industrie auch, begrenzte die schlechte Ernährungslage der Arbeiter/innen/schaft eine Intensivierung der Arbeit.

Der Marshall-Plan war zwar noch nicht vollzogen, dennoch wurde er auf mehreren Ebenen vorbereitet und spielte in Bezug auf die Politik von SP und ÖGB eine wesentliche Rolle. Der Abschluss sollte gesichert, das Vertrauen der US-Imperialist/inn/en durfte nicht auf's Spiel gesetzt werden. Man musste sich gegenüber den Bürgerlichen kooperationsfähig zeigen. Klassenkampf war da nicht drin'! Der Kalte Krieg warf auch in Österreich mit dem Bruch des „antifaschistischen Bündnisses" und des Zutagetretens der unterschiedlichen Interessen von USA und UdSSR seit 1947 seine Schatten voraus. Gegen die KPÖ-„Kommunisten" wurde trotz ihrer grundsätzlichen Zustimmung zum kapitalistischen Wiederaufbau in Österreich und ihres Verzichts auf eine über den Kapitalismus hinausführende Perspektive eine antikommunistische Propagandamaschinerie in Gang gesetzt. Eine Lohn-und-Preis-Abkommen (LPA) wurde bereits durchgesetzt, weitere sollten folgen. Die Politik von SPÖ, KPÖ und ÖGB war auf den Wiederaufbau des Kapitalismus und nicht auf die Bedürfnisse der Arbeiter/innen/schaft gerichtet. Auch wenn eine Welle der revolutionären Empörung wie nach dem Ersten Weltkrieg auch in Österreich ausblieb, kam es daher doch immer wieder zu Arbeitskonflikten. Diese trugen in aller Regel in dieser Phase spontanen Charakter – trotz oder gerade wegen der Politik der großen reformistischen Massenpartei des österreichischen Proletariats, der SPÖ, und der ihrer kleinen reformistischen Schwester, der KPÖ, die beide im Grundsatz auf Reformen innerhalb der Grenzen des kapitalistischen Gesellschaftssystems ausgerichtet waren und die nicht grundsätzlich in Opposition standen zum Wiederaufbau, also der Reorganisation eines „Kapitalismus in Österreichs Farben".

Zu den Sparten, in denen besondere Unzufriedenheit herrschte, gehörten auch die Schuharbeiter/innen. Und hier kam es, nachdem bereits immer wieder, auch schon vorher, Unzufriedenheit aufgeflackert war und sich in spontanen Aktionen elementaren Klassenkampfes Luft gemacht hatte, im Frühjahr 1948 zu einer der größten Streikaktionen des österreichischen Proletariats nach 1945. Deswegen und weil in diesem Streik die Trotzkist/inn/en eine wichtige, wenn auch von der Geschichtsschreibung verdrängte Rolle spielten, soll sich dieser Artikel hier mit diesem wichtigen Klassenkampf des österreichischen Proletariats, der bereits als Vorspiel zum großen Streik des Jahres 1950 gesehen werden kann, beschäftigen.

Zum dritten aber ist der Streik ein Lehrbeispiel für den Ausverkauf der Kampfkraft und der Kampbereitschaft der Arbeiter/innen/klasse durch die Gewerkschaftsbürokratie und damit ein Schlüssel für das Verständnis der Klassenkampfsituation heute. Denn der ÖGB befand sich in einer unangenehmen Situation, schließlich musste die

ÖGB-Spitze sogar dem gegen ihren Willen ausgebrochenen Streik zustimmen. Im Bund mit den bürgerlichen Interessen wurde aber durch die Intervention der ÖGB-Spitze der Klassenkampf von der Straße auf den Verhandlungstisch verlegt. Der Streik wurde abgewürgt. Die Forderungen der Arbeiter/innen/schaft wurden nur zum geringen Teil erfüllt, und mit großem Trara wurde die Beendigung des Streiks als Erfolg gefeiert, der in Wirklichkeit keiner war.

Die streikenden Frauen und Männer wurden belogen und betrogen, um der bürgerlichen Politik, die sich am Wiederaufbau des Kapitalismus orientierte, zum Durchbruch zu verhelfen. Mit der Abwürgung des Streiks stand damit erstens der Etablierung der sozialpartnerschaftlichen Denkens ein Hindernis weniger entgegen. Die KPÖ, die sich am Streik beteiligt hatte und mit dem Austritt aus der Konzentrationsregierung nicht mehr das Mäntelchen der staatstragenden Partei in den Vordergrund rücken musste, gab sich zum zweiten unter dem Druck der Arbeiter/innen/schaft ein linkeres Image. Sie war aber im Endeffekt zu einem Bruch mit ihrer reformistischen Ideologie weder bereit noch fähig. Die einzige politische Kraft, die aus vollem Herzen auf eine Ausweitung und Vertiefung des Streiks hinarbeitete, waren die Trotzkist/inn/en, die, wir sprachen schon davon, im Schuharbeiter/innen/streik eine bedeutende Rolle spielten. Als Illegale kämpften sie mit den Schuharbeiter/inne/n, mussten aber, um nicht enttarnt zu werden, mit Vorsicht agieren. Mitglieder der Internationalen Kommunisten Österreichs (IKÖ) waren als Betriebsräte in zwei Fabriken in Wien aktiv und beeinflussten durch ihren persönlichen Einsatz nicht unwesentlich das Streikgeschehen.

Wir wollen uns nun etwas genauer mit dem Streik der Schuharbeiter beschäftigen. Er dauerte vom 3.3.1948 bis zum 3.5.1948. Es beteiligten sich 1.986 Männer und 2.774 Frauen, was einer Beteiligungsrate von 92,9 % aller in der Schuhindustrie Beschäftigten entsprach. Der ÖGB bezahlte 2,998.702 Schilling Streikunterstützung. Dazu kamen noch Solidaritätsspenden in der Höhe von 708.243 Schilling. Der ÖGB lehnte solche Solidaritätsspenden, die in der Tendenz seinen Einfluss und seine Zugriffsmöglichkeiten auf das Streikgeschehen untergraben hätten können, ab. Seine „Begründung“: Dies würde in der Öffentlichkeit den Eindruck von Schwäche erzeugen. Ein lächerliches Argument, das die Schuharbeiter/innen erzürnte, denn sie hatten die Solidaritätsspenden ja nötig, da sie nur eine Streikunterstützung im Ausmaß von 50 Prozent des Lohnes bekamen.

2. Der Verlauf des Streiks

Bei der Rekonstruktion des Streikverlaufs orientiere ich mich an dem, was Peter Zakravsky recherchiert hat (siehe Peter Zakravsky: *Die industriellen Schuharbeiter im Kampf um ihren Kollektivvertrag*), an dessen angegebenen Forschungsmaterialien, also Wiener Zeitung, Arbeiter-Zeitung und Volksstimme, an der Festschrift *Hundert Jahre Gewerkschaft der Schuharbeiter* (herausgegeben von der *Gewerkschaft der Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter, Sektion Schuh-Leder*, Wien 1971) und an den Materialien, die aus trotzkistischen Quellen stammen und zum überwiegenden Teil bis dato kaum ausgewertet worden sind.

Das Vorspiel: Nachdem die Fachgruppe der Schuharbeiter/innen schon am 6.9.1947 ihre Kollektivvertragsentwürfe den Arbeitgebern zukommen haben lassen und die Schuhindustriellen es ablehnten, zu verhandeln, solange nicht wesentliche Bedingungen aus den Entwürfen entfernt würden, versammeln sich am 3.2.1948 die Betriebsräte der Schuhindustrie im Wiener Verbandsheim. Die Konferenz beschließt, wenn die Unternehmer/innen ihre ablehnende Haltung nicht ändern sollten, am 12.2.1948 den Unternehmer/inne/n den Kampf anzusagen. Dem ÖGB-Lohnkomitee, das parteipolitisch aus SP-, KP- und ÖVP-Gewerkschafter/inne/n zusammengesetzt war, spricht man das volle Vertrauen aus.

Eine Gesprächsrunde zwischen Vertreter/inne/n der Schuharbeiter/innen und der Schuhindustriellen findet am 13.2. statt, wobei sich das Verhandlungsklima in keinster Weise verbesserte, weil die Unternehmer/innen sich weigern, über folgende Punkte, die auch die wesentlichen Forderungen der kommenden Klassenauseinandersetzung waren, zu verhandeln:

* kollektivvertragliche Anerkennung der 44-Stunden-Woche;
* Einführung eines bezahlten Wirtschaftstages für Frauen;
* Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte bei Aufnahmen und Kündigungen von Arbeitskräften;
* und bezahlte Arbeitspausen im Umfang einer Wochenstunde.

Mit dem Motiv, die Arbeiter/innen/klasse und die Gewerkschaft zu spalten, verweigerten die Unternehmer/innen mit dem vorgeschobenen Argument jede ernsthafte Verhandlung, sie wollten nicht mit Kommunist/inn/en an einem Tisch sitzen. Damit sollte die Zustimmung zu dem von KP-Gewerkschaftler/inne/n dominierten Lohnkomitee untergraben werden. Der Zentralsekretär der Gewerkschaft der Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter und KPÖ-Gewerkschafter, Egon Kodicek, bringt dies im ÖGB-Bundesvorstand ein, wonach sich der Gewerkschaftsboss Johann Böhm ausdrücklich hinter das Lohnkomitee der Schuharbeiter/innen stellt (vergleiche: Protokoll des Bundesvorstands des ÖGB vom 27.2.1948). In dieser Phase des Streiks muss auch die Gewerkschaftsführung auf Integration setzen und kann die gewerkschaftlichen Funktionen nicht von den Unternehmer/inne/n ad absurdum führen lassen. Und so muss auch er den Streik unterstützen. Wir werden aber sehen, dass die Gewerkschaftsbürokratie keine Minute auch nur im Traum daran gedacht hatte, ihre KV-Politik, die sich aber im Verlauf des Streiks doch noch durchsetzen wird, zu ändern.

An dieser Stelle muss gesagt werden, dass sich die Fachgruppen der Schuharbeiter/innen zum überwiegenden Teil aus KPler/inne/n zusammensetzte (14 KPÖ, 3 SPÖ); Obmann der Fachgruppe war der ÖGB-Vizepräsident, ehemalige Schuharbeiter und KPler Gottlieb Fiala. Leopold Hess, ebenso KPÖ, hatte die Funktion des Sekretärs über, der traditionellerweise die Verhandlungen führte. In den beiden größten Wiener Schuhfabriken (Aeterna und Bally) stellten KPler den Betriebsobmann.

Für den 1.3.1948 ist ein Verhandlungstermin anberaumt. Kurz vor Beginn (so geht aus der AZ vom 3.3.1948 hervor) lassen die Unternehmer/innen den Termin platzen. Die Schuharbeiter/innen treffen am 2.3. in Wien zu einer Versammlung zusammen. In geheimer Abstimmung beschließen sie für den 3.3.1948 den Streik. Laut AZ stimmen

2.829 für und 20 gegen den Streik. 12 enthielten sich ihrer Stimme. Damit ist der Weg zu einem auch von der Gewerkschaftsführung anerkannten und „genehmigten“ Streik frei. In dieser Versammlung treten die beiden Trotzkisten, die bei Bally und Eldorado beschäftigt waren und als Betriebsräte über einigen Einfluss verfügten, massiv für die Ausrufung eines Streiks ein.



Streik der Schuharbeiter

In einer Vollversammlung der Gewerkschaft der Arbeiter in der Schuhindustrie, die Dienstag in Wien stattfand und an der dreitausend Betriebsräte und Vertrauensleute teilnahmen, wurde einstimmig beschlossen, die Verzögerungstaktik der Unternehmer bei den Kollektivvertragsverhandlungen mit einem alle Bundesländer umfassenden Streik, der bereits Mittwoch früh beginnt, zu beantworten.

Der unmittelbare Anlaß zu diesem Beschluß war eine neuerliche unbegründete Verzögerung der Kollektivvertragsverhandlungen durch die Unternehmer, von der die Gewerkschaft Montag nachmittag telephonisch verständigt worden war.

Der Versammlung wurde berichtet, daß die Gewerkschaft seit mehr als sechs Monaten versucht habe, mit den Vertretern der Unternehmer zum Abschluß eines Kollektivvertrages zu kommen. Die Forderungen der Arbeiter sind minimal. An erster Stelle steht die 44-Stunden-Woche. Dies beruht auf den Bestimmungen des derzeit geltenden Arbeitszeitgesetzes aus dem Jahre 1919, in dem es heißt, daß alle Betriebe, in denen zu einer Hälfte Männer, zur anderen Frauen und Jugendliche beschäftigt sind, eine Arbeitszeit von 44 Wochenstunden einzuhalten haben. In der Schuhindustrie sind aber weitaus mehr Frauen und Jugendliche als Männer beschäftigt. Dennoch stellen sich die Unternehmer gegen diese verständliche Forderung. Ein weiterer Streitpunkt des Kollektivvertrages betrifft den Wirtschaftstag für Frauen. Durch den bezahlten Wirtschaftstag sollen Frauen, die neben ihrer Arbeit in der Fabrik auch noch ihre häusliche Arbeit verrichten müssen, die Möglichkeit erhalten, an einem Tag der Woche ihren häuslichen Pflichten nachzukommen.

Falsche Unternehmerbehauptungen

Zu dem Streikbeschluß der Schuharbeiter veröffentlichte die Abteilung Schuhindustrie in der Handelskammer eine Erklärung, in der sie behauptet, daß die Gewerkschaft vorzeitig den Streik proklamiert und die vereinbarten Verhandlungstermine nicht abgewartet habe. Hiezu erklärt die Zentralleitung der Gewerkschaft, daß die für Montag festgesetzten Verhandlungen von den Unternehmern plötzlich abgesagt worden seien.

Der Obmann der Gewerkschaft, Nationalrat Frühwirth, weist auch die Behauptung der Schuhindustrie zurück, wonach schon in der vergangenen Woche bekannt gewesen sei, daß die Arbeiterschaft am 2. März die Betriebe verlassen werde. Er stellte fest, daß ihm als Obmann der Gewerkschaft von einem für Dienstag geplanten Ausstand nichts bekannt gewesen sei.

Arbeiter-Zeitung 3. März 1949, S.3

In allen Bundesländern Österreichs wird die Arbeit in den Schuhfabriken niedergelegt. Im 15. Wiener Gemeidebezirk, in der Markgraf-Rüdiger-Straße, bildet sich ein zentrales Streikkomitee. Dort war der Sitz der Fachgruppe der Schuharbeiter/innen.

Unter Anleitung der Betriebsräte werden in den Betrieben lokale Streikkomitees errichtet. Deren Vertreter/innen sind in einem zentralen Streikkomitee zusammengefasst, in dem der Trotzkist Klement (i-Name) eine wichtige und initiative Rolle spielt und das in den nächsten Wochen täglich eine Sitzung abhalten wird. Es organisiert die Verteilung von Flugblättern und Plakaten und gibt Mitteilungen an die Presse ab. Streikposten werden aufgestellt. Die Betriebe halten ständig Verbindung mit dem Zentralen Streikkomitee, das wiederum in Verbindung mit dem Lohnkomitee steht. Letzteres ist nicht von den Streikenden gewählt, hat aber traditionell die Aufgabe, die Verhandlungen zu führen. An seiner Spitze stand Leopold Hess. Außerdem waren der Obmann der Gewerkschaft und Nationalrat Michael Frühwirth (SP; Vorsitzender der Gewerkschaft Textil-Bekleidung-Leder), Egon Kodicek (KPÖ; Zentralsekretär der Gewerkschaft Textil-Bekleidung-Leder) und die christliche Gewerkschafterin und Vorsitzende-Stellvertreterin Margarete Rehor beteiligt. Diese Verdopplung der Strukturen – hier das Streikkomitee, da das Lohnkomitee, das fest in der Hand der Bürokratie blieb – diente als Transmissionsriemen der Bürokratie ins Zentrum des Streiks hinein. Nicht auf die damit für den Streik von allem Anfang an gegebenen Gefahren hingewiesen und auf eine Unterstellung des Lohnkomitees unter das Streikkomitee hingearbeitet zu haben, gehört zu den großen politischen Versäumnissen der

KPÖ in diesem Streik, ist aber ein weiterer Beweis für ihre Politik, die nicht grundsätzlich mit dem Kapitalismus brechen wollte, sondern auf eine kämpferischere reformistische Alternative innerhalb des Systems orientiert war.

In einer Erklärung der Bundeshandelskammer wird gegen den Streik protestiert. Die Gewerkschaft habe die Verhandlungstermine nicht abwarten wollen und so den Streik frühzeitig proklamiert. Und auch die *Gewerkschaft der Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter, Sektion Schuh-Leder* nahm in ihrer 1971 in Wien erschienenen Festschrift dazu eine ähnliche Haltung ein wie die Unternehmer/innen 1948. Darin heißt es in einem Seitenhieb gegen die unter dem Druck der Belegschaften stehenden KP-Gewerkschafter/innen: „Als über den Verhandlungstermin keine Einigung erzielt werden konnte, hat der Sekretär Leopold Hess, der gleichzeitig Obmann der Fachgruppe war, in eigener Machtvollkommenheit, ohne den Fachgruppenvorstand, geschweige denn den Zentralvorstand zu informieren, am Wochenende vor dem in Aussicht genommenen Verhandlungstermin Telegramme an die Betriebsräte der Schuhfabriken versandt, mit der Aufforderung, die Arbeiterschaft möge am 3. März 1948 in den Streik treten.“ Angesichts des Drucks der Basis wagte es die ÖGB-Führung aber 1948 nicht, sich offen gegen den Streik zu stellen. Der Bundesvorstand des ÖGB, der befürchtete, „dass der Streik letzten Endes einen politischen Ausklang fände“ (ebd.), sprach am 6.3. die Anerkennung des ungeliebten Streiks aus, gewährte aber nur eine Streikunterstützung von 50%.

Bei einer sozialistischen Betriebsrätekonferenz im Verbandsheim Königsegggasse spricht am 8.3. Nationalrat Pittermann über die politische Lage, NR Frühwirth über die Ernährungslage. Die Arbeiter/innen äußern ihre Unzufriedenheit über die schleppende Durchführung der vom Gewerkschaftsbund geforderten wirtschaftlichen Maßnahmen. Die SP-Betriebsräte sind der Überzeugung, dass die bestehenden Organisationen der Arbeiter/innen/schaft ausreichen, um ihre Forderungen durchzusetzen. Sie lehnen die von den KPler/inne/n initiierten Aktionskomitees ab. Die Aktionskomitees werden vom ÖGB verboten. Zuwiderhandlung wird mit der Drohung des Ausschlusses bestraft. Die KPÖ verzichtet auf eine Mobilisierung der Basis in dieser Frage und gibt nach.

„Welche Bedeutung der Streik in der Öffentlichkeit erweckte, war daraus zu erkennen, dass der damalige Bundesminister für soziale Verwaltung, der Gewerkschafter Karl Maisel, sich aktiv in die Verhandlungen eingeschaltet und in einer Reihe von Sitzungen versucht hat, zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu verhandeln.“ (ebd.) Nach seinem ersten Versuch am 19.3. muss Maisel seine Bemühungen aber am Ende als erfolglos bewerten. Er gibt nicht gleich auf. Vertagung. Nach zwei weiteren Versuchen wird er am 5. April kapitulieren.

Während der Länderkonferenz der Betriebsratsobmänner und der Stellvertreter/innen aller österreichischen Schuhbetriebe am 1.4. wird von allen bekräftigt, dass der Kampf bis zum vollen Erfolg geführt werden müsse (vergleiche: AZ 2. April). Nationalrat Frühwirth legt eine Entschließung vor, die einstimmig angenommen wird. Darin wird gesagt, dass die Anerkennung des Streiks und die finanzielle Unterstützung durch den ÖGB begrüßt und für die Solidaritätsspenden durch die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter/innen gedankt wird.

Sozialminister Maisel versucht am 5.4. durch eine Vermittlungsaktion zwischen der Schuhindustrie und Vertreter/inne/n der Schuharbeiter/innen/schaft zu vermitteln. Die Verhandlungen scheitern allerdings. Hauptstreitpunkt ist, neben der Forderung nach höheren Löhnen, da die Schuhpreise seit 1945 um das 8- bis 10-fache gestiegen sind, die Löhne aber nur um das 2- bis 3-fache, die Arbeitszeit. Die Gewerkschaftsfunktionäre beharren auf der Einführung der 44-Stunden-Woche. Die Unternehmer/innen, ganz dem wirtschaftlichen Aufstieg verpflichtet, verlangen eine Intensivierung der Arbeit. Eine Verkürzung der Arbeitszeit bedeute eine 10-prozentige Reduzierung der Produktionskapazität. Sie wollten keine Verlängerung, sondern bloß bis März 1949 die Beibehaltung der gegenwärtigen Arbeitszeit. Sobald eine Produktionssteigerung möglich sei, wäre eine Rückkehr zur gesetzlichen Arbeitszeit in Aussicht gestellt.

Im „Gewerkschaftlichen Nachrichtendienst“ wird darauf hingewiesen, dass Spenden-Sammlungen in den Betrieben an die Gewerkschaft direkt abzuliefern und eine Sammlung an die Zustimmung der zuständigen Gewerkschaft gebunden seien. Die ÖGB-Führung will Solidaritätsspenden damit de facto verhindern oder zumindest unter ihre Kontrolle stellen. Der „Nachrichtendienst“ fürchtet offensichtlich eine Vorbildwirkung der Schuharbeiter/innen auch für andere Bereiche, die Ausweitung des Streik auf Betriebe anderer Industrien soll unterlassen werden. In den Stephaniesälen des Etablissements Kochmann im 15. Bezirk, Ecke Huglgasse/Hütteldorferstraße, versammeln sich am 9.4. ungefähr 1.000 Streikende. Sie forderten unter anderem die Ausrufung von Solidaritätsstreiks.

Die Sektion Industrie der Bundeshandelskammer unterstützt am 10.4. einstimmig die Haltung des Verbandes der Schuhindustrie gegen die Forderung nach kollektiver Herabsetzung der Arbeitszeit. Argumentiert wird, dass a) die Mehrarbeit die Voraussetzung für den Wiederaufbau der Wirtschaft und die Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung sei, dass b) in den Ländern, die an der Seite Österreichs stünden, die Arbeitszeit nicht 44 Stunden sei und das deshalb auf Unverständnis stoßen werde und dass c) die Reduktion der Arbeitszeit ein ungerechtfertigtes Vorrecht nur für die Schuharbeiter/innen wäre, da in allen anderen Produktionszweigen zu nicht ungünstigeren Bedingungen gearbeitet werden sollte. Die österreichische Industrie könne also nicht unter die 48-Stunden-Woche heruntergehen.

Bundeskanzler Figl und die Minister Maisel und Altenburger empfangen am 12.4. die Vertretung der streikenden Schuharbeiter/innen (NR Frühwirth, Kodicek, Rehor, Hess und vom zentralen Streikkomitee Milota und Jentschek). Diese legen die Forderungen der Schuharbeiter/innen vor. Kanzler Figl beschließt, sich mit den Unternehmer/innen/verbänden in Verbindung zu setzen, um ein Ende des Streiks zu ermöglichen.

Figl und Wirtschaftskammer-Präsident Raab treffen sich am 14.4. mit Vertreter/inne/n der Schuhindustrie. Was dabei herausgekommen ist, bleibt unklar, außer dass für den 15.4. die Vertreter der Schuhindustrie sowie die Vertreter/innen der Schuharbeiter/innen ins Bundeskanzleramt eingeladen werden, um durch Vermittlung des Bundeskanzlers die Belegung des Streiks zu erreichen. Gleichzeitig tagt der Bundesvorstand des ÖGB. Das Ergebnis ist eine Resolution, die an die Presse ausgesendet wird.

Der Wendepunkt: Ab nun beginnt die ÖGB-Spitze massiv in den Schuharbeiter/innen/streik zu intervenieren, und zwar mit der Zielrichtung, den lästigen und är-

gerlichen Streik, der sich nun schon über mehrere Wochen hinzog, abzubiegen und beide Seiten zu einem „vernünftigen Kompromiss“ zu drängen. In seiner Resolution beklagt Böhm zunächst, dass die Verhandlungen trotz der Bereitschaft der Schuharbeiter/innen noch zu keinem Ergebnis geführt hätten. Es sei völlig unrichtig, dass es sich beim Schuharbeiter/innen/streik um einen Vorstoß in Richtung auf allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit handle. Die Verhältnisse und Arbeitsbedingungen seien bei den Schuharbeiter/inne/n wesentlich anders geartet als in den übrigen österreichischen Industrien. Die Differenzen in der Auffassung über die tatsächlich zu leistende Arbeitszeit seien verhältnismäßig gering. Eine Einigung wäre daher, guten Willen vorausgesetzt, leicht zu finden. Es ginge ja nur um die „Anerkennung des Grundsatzes der Kollektivvertragsvereinbarung“. Die Fixierung kürzerer Arbeitszeit wird damit als Ziel komplett aufgegeben. Die Arbeitszeit der Schuharbeiter/innen wird an die kapitalistischen Gegebenheiten der Schuhindustrie angepasst. Darauf konnten sich die Unternehmer/innen einlassen.

Die Äußerungen der Sektion der Bundeshandelskammer vom 10.4. finden hier ihre Anerkennung durch den ÖGB-Vorstand, der sich damit auf die Seite des Wiederaufbaus in Eintracht mit den Kapitalist/inn/en und nicht auf die Seite der streikenden Schuharbeiter/innen stellte. In der Festschrift von 1971 heißt es dazu: „Die Ansichten über die Zweckmäßigkeit des Streiks gingen weit auseinander. Als der Streik bereits einige Wochen angedauert hatte meinten viele Schuharbeiter und Funktionäre, der ÖGB möge zur Durchsetzung eines baldigen Verhandlungsabschlusses den Generalstreik ausrufen. Was einfach nicht möglich war, denn es konnte die sich mühsam erholende Wirtschaft nicht durch einen Generalstreik schwer geschädigt und lahmgelegt werden. Deshalb wurde ein solches Ansinnen vom Österreichischen Gewerkschaftsbund abgelehnt.“

Im Bundeskanzleramt findet am 15.4. unter dem Vorsitz von Bundeskanzler Figl und im Beisein der Minister Maisel und Altenburger schließlich eine Aussprache zwischen den Vertreter/inne/n der Schuhindustrie und auf der anderen Seite dem ÖGB-Präsidenten Böhm, NR Frühwirth und Gewerkschaftssekretär Kodicek statt. Das Streikkomitee ist nun aus den Verhandlungen weitgehend ausgeschalten. Durch das Zurückweichen des ÖGB – angekündigt durch die Resolution vom Vortag – entspannt sich das Verhandlungsklima. Die Gewerkschaft der Schuharbeiter/innen will nun die gesetzliche 48-Wochenstunden-Arbeitszeit prinzipiell anerkennen, für die Dauer der jetzigen Beschäftigungslage könne eine kürzere Arbeitszeit Platz greifen. Bis zum 31. Dezember 1949 soll für Wien in einem gegenseitigen Übereinkommen eine Arbeitszeit von 45 Stunden vereinbart werden, wovon eine Stunde für bezahlte Arbeitspausen gilt. Den Unternehmen in den Bundesländern soll es freigestellt werden, freie Vereinbarungen über eine 44- bis 46-stündige Arbeitszeit zu treffen.

Auf dieser Basis war für 16.4. eine Sitzung des Verbandes geplant. Für Montag, den 19.4. ist eine Vertrauensmännerbesprechung vorgesehen, wo das Ergebnis beraten werden soll. Am Dienstag, den 20.4. sollte eine weitere gemeinsame Besprechung stattfinden. Die Verbandsvertreter/innen der Schuhindustrie verhandeln am 16.4. unter sich. Die Gewerkschaftsvertreter/innen ziehen sich am 19.4. zur Beratung zurück. Bei einer Versammlung in Ottakring spricht Figl unter anderem über den Schuharbei-

ter/innen/streik. „Versöhnlich“ weist er darauf hin, dass er nicht sagen könne, auf welcher Seite Recht oder Unrecht sei. Es gehe darum, dass Österreich sich den durch den Streik verursachten Produktionsausfall nicht leisten könne. In Zukunft müssten alle Streiks vermieden werden, um den sozialen Frieden nicht zu gefährden. Jeder Eingriff in soziale Errungenschaften der Arbeiter brächte doch ernste Folgen mit sich.

Der Kollektivvertrag wird zwischen 20. und 26.4. ohne weitere Unterbrechungen zu Ende verhandelt. Auf Seiten der Arbeiter/innen verhandelten NR Frühwirth, Zentralsekretär Egon Kodicek und Margarete Rehor. Auf der Unternehmer/innen/seite: Präsident Franz Brunnmüller und Sekretär Hubert Hofeneder. In der Festschrift der Gewerkschaft von 1971 wird bezüglich der Verhandlungen offenherzig folgende Anekdote zum Besten gegeben, die „zur Beilegung des Arbeitskonfliktes geführt“ hätte: „So haben der damalige Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes Johann Böhm, der Vorsitzende der Gewerkschaft Michael Frühwirth und der Präsident des Fachverbandes der Schuhindustrie Kommerzialrat Brunnmüller folgendes vereinbart: Es mögen drei Vertreter der Interessensverbände in einer internen Aussprache sich bemühen, eine Annäherung der Standpunkte zu erzielen. So trafen sich in den letzten Apriltagen von der Gewerkschaft Maximilian Tschurtschenthaler, von Seiten der Arbeitgeber Doktor Hofeneder und als Unparteiischer Kommerzialrat Krautscheider im Kellerstüberl in Wien 5, Schäfergasse 5, wobei diese Aussprache in jeder Hinsicht geheim sein musste, um unangenehme Folgen für die drei Beteiligten zu vermeiden.“ Soviel also zum Verständnis von Arbeiter/innen/demokratie und Loyalität durch die Gewerkschaftsbürokratie. Der SP-Gewerkschafter Tschurtschenthaler mauschelt abseits der offiziellen Verhandlungen und hinter dem Rücken der Schuharbeiter/innen (und hinter dem Rücken der Gewerkschaftssektion der Schuharbeiter/innen!?) mit Vertreter/inne/n der Unternehmer/innen und des bürgerlichen Staates und bereitet mit diesen den Ausverkauf des Streiks, der dann den KP-Gewerkschafter/inne/n und schließlich den Schuharbeiter/inne/n reingedrückt werden sollte, vor.

Bundeskonferenz der Betriebsräte der österreichischen Schuhbetriebe am 27.4.: Kodicek berichtet über die Ergebnisse der „erfolgreichen“ offiziellen Verhandlungen mit den Unternehmervertreter/inne/n, die am 26. April abgeschlossen wurden. Es folgt eine lebhafte Debatte. Die Arbeitszeit wurde, so die Berichterstattung der AZ, durch ein Zusatzprotokoll geregelt, das eine Arbeitszeit von 44 Stunden in der Woche vorsieht. Laut AZ stimmen 11 gegen den Vertrag, 14 enthalten sich, und die „übergroße Mehrheit“ stimmt dem Vertrag zu, sowie für eine Empfehlung an die Arbeiter/innen/schaft, den Vertrag anzunehmen.

In den Stephaniesälen findet am 28.4. die Vollversammlung der streikenden Schuharbeiter/innen statt. Egon Kodicek, erster Gewerkschaftssprecher des Streikkomitees und von der KPÖ entsandter Obmannstellvertreter, berichtet über die Verhandlungen und die Vorschläge zum Kollektivvertrag und empfiehlt der Arbeiter/innen/schaft, den Vertrag anzunehmen. Die christlich-soziale Gewerkschafterin und Obmannstellvertreterin Margarete Rehor stellt fest, dass von 23 Punkten des Kollektivvertrages 21 einen vollen oder teilweisen Erfolg der Arbeiterschaft gebracht hätten. Frühwirth spricht über die Kosten des Streiks. Nach stürmischer Debatte und tumultartigen Szenen kommt am Ende folgendes Abstimmungsergebnis heraus: 912 Pro-, 716 Gegen-

stimmen und 201 Enthaltungen (siehe AZ vom 29.4.1948). Mit Ach und Krach hatten sich die Betriebsräte und der KPÖ-dominierte Vorstand in ihrer Demobilisierungspolitik durchgesetzt. Trotz der massiven Beeinflussung durch ÖVP, SPÖ und KPÖ, die in schöner Harmonie agieren, stimmt damit nicht einmal die Hälfte der Anwesenden für den von den SP-, KP- und VP-Bürokraten propagierten Streikabbruch. Darin zeigt sich, welch starken Einfluss die radikaleren Kräfte in der Schuharbeiter/innen/schaft hatten. Und auch die Festschrift von 1971 musste dem ausführlichen Lob für die Geheimverhandlungen hinzufügen: „Trotz allem war es nicht leicht, bei den Streikenden die Annahme der getroffenen Vereinbarungen durchzusetzen."

Jedenfalls wurde bei der Versammlung am 28.4. der Streikabbruch besiegelt. Und auch die Schuhindustriellen – wen wundert's – nahmen auf einer Plenarversammlung am 29.4. den Kollektivvertrag einstimmig an. Am 3.5. wurde die Arbeit in den Schuhfabriken wieder aufgenommen. Aber die Arbeiter/innen/schaft war gespalten, der Streik war ausverkauft worden. Ein großer Teil der Schuharbeiter/innen empfand den ausgehandelten Kompromiss als Niederlage. Die KPler/innen allerdings wollten trotz besseren Wissens den Streik als vollen Erfolg verbuchen.

Das Nachspiel: Der Streik endete also nicht mit einem eindeutigen Sieg der Arbeiter/innen. Eine unmittelbare Konsequenz war die Fälschung der Streikursachen und der Streikdurchführung durch die ÖGB-Spitze, die in ihrer Analyse das Schwergewicht auf die Verhandlungen und nicht auf die unmittelbare Kampfkraft der Arbeiter/innen legte. Böhm bezeichnete den zur Streikbeendigung abgeschlossenen KV als Bombenerfolg, ein unhaltbares Argument. Denn der KV hat gegenüber den Streikforderungen nur einen Erfolg aufzuweisen: die kollektivvertragliche Anerkennung der 44-Stunden-Woche. Ansonsten gibt es nur Zurückweichen, ein Anpassen der Arbeiter/innen/forderungen an die kapitalistischen Produktionsbedürfnisse der Schuhindustrie. Warum bezeichnete also Böhm – hier durchaus nur, was das Ergebnis betraf, auf Linie mit der KPÖ – den Abschluss des Kollektivvertrags als Erfolg? Wohl vorerst einmal darum, um der Arbeiter/innen/klasse vorzurechnen, dass der Streik nicht notwendig war, dass er rausgeworfenes Geld und eine Vergeudung der Kampfkraft gewesen sei und der wahre Erfolg in der Verhandlungstaktik der Führung gesucht werden müsse. All das war eingebettet in eine ideologische Offensive gegen die kämpferischeren Teile des Proletariats und auch gegen die KPÖ, die sich während der Verhandlungen zwar durchaus als kooperationsbereit erwiesen hatte, deren Einfluss in der Schuharbeiter/innen/gewerkschaft man aber nun – zum Dank – brechen wollte. Damit verbunden war die Ausschaltung der KP-Gewerkschaftsfunktionäre aus dem Fachverband der Schuharbeiter/innen.

Der tatsächlich abgeschlossene Kollektivvertrag ist einerseits ein Sondervertrag zur Regelung der Arbeitszeit in der Schuhindustrie und andererseits als ein gewöhnliches Beispiel für einen KV anzusehen, wie sie der ÖGB in weiterer Folge (unter Anwendung der Raab-Formel, die Lohnfrage aus sämtlichen KV-Verhandlungen auszuklammern) zu Hunderten abgeschlossen hat. Im Detail sah er folgendes vor:

1. Gestrichen wurde die Forderung nach dem bezahlten oder unbezahlten Wirtschaftstag für Frauen.

2. Gestrichen wurde die Forderung nach dem Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte bei Aufnahme und Kündigung von Arbeitskräften.

3. Die Frage der Arbeitszeit, die im Mittelpunkt des Konflikts stand, wurde so gelöst, dass die Schuharbeiter/innen gezwungen sind, die 48-Stunden-Woche „prinzipiell anzuerkennen“. Zusätzlich wurde aber im Anhang des Kollektivvertrags ein Sonderübereinkommen beschlossen. Dabei wird aber nicht von den Forderungen der Arbeiter/innen, sondern von der Kapazitätsauslastung der Schuhfabriken ausgegangen – wohl, um nicht andere Sektoren des Proletariats auf „schlechte Gedanken“ zu bringen.

4. Die Forderung nach einer täglichen und bezahlten Frühstückspause in der Arbeitszeit, wurde dahingehend umgeleitet, dass die Frühstückspause in die Arbeitszeitregelung integriert wurde und sich die Fabrikszeiten von 44 auf 45 Wochenstunden verlängerte.

5. Infolge der Raab-Formel mussten jene Arbeiter/innen, die bisher länger als 45 Stunden gearbeitet hatten, mit dem neuen KV eine aliquote Reduktion ihrer Löhne in Kauf nehmen.

6. Die Verdienste der Schuharbeiter/innen sanken in der Folge im Absoluten gesehen unter den österreichischen Durchschnitt, was sie nur durch Überstunden wettmachen konnten. (Vgl. dazu: Statistisches Handbuch der Republik Österreich, laufende Jahrgänge, unter: Vertragsmäßige Arbeiterwochenlöhne). Die Schuharbeiter/innen verdienten 1947 noch annähernd so viel wie Metallfacharbeiter/innen. In der Folge blieben die Verdienste der Schuharbeiter/innen zurück: 1958 verdienten Schuhfacharbeiter/innen zwischen 280,80 ÖS und 329,85 ÖS in der Woche, während die Metallfacharbeiter/innen auf 345,60 ÖS davongezogen sind.

Einige finanzielle Verbesserungen wurden aber doch erzielt: Bezahlte Freistellung bei Heirat und Todesfall in der Familie, ein eintägiger Pflegeurlaub, bei der Urlaubsregelung, bei der Weihnachtsremuneration, beim Krankengeld usw.

Kurz: Der vom ÖGB unter tatkräftiger Mithilfe der KPÖ ausverhandelte Kollektivvertrag war letzten Endes nichts anderes als die vertragliche Sicherstellung des bisherigen „Gewohnheitsrechts“. Alle Forderungen, die über die geltenden Sozialgesetze hinausgingen, wurden von den Unternehmer/inne/n mit Erfolg zurückgewiesen – kraft des Zurückweichens der ÖGB-Führung. Der einzig wirkliche Erfolg bestand in der Verankerung der 44-Stunden-Woche im Kollektivvertrag. Angesichts der großen Kampfbereitschaft und des Potenzials zur Ausweitung des Streiks kann also von einem „Bombenerfolg“ keine Rede sein.

3. Die Rolle des ÖGB

Glaubt man der KPÖ-Geschichtsschreibung, habe mit dem Sommer 1947, dem Inkrafttreten des 1. Lohn-Preis-Abkommens, der ÖGB eine Wandlung in seiner Funktion vollzogen. Nun sei die Übernahme der Verantwortung für den Wiederaufbau des Kapitalismus und der Orientierung an den Konzeptionen des US-Imperialismus zur Hauptaufgabe geworden. Bis etwa im Frühjahr 1947 hätten die Gewerkschaften noch an die Aufgabe geglaubt, nicht nur die bloße Existenz der werktätigen Bevölkerung

hinsichtlich Ernährung und Kleidung zu sichern, sondern eine neue Wirtschaftsordnung zu errichten.

Aber wie so vieles im stalinistischen Geschichtsverständnis erweist sich auch dieser Ansatz als nichts anderes als Geschichtsklitterung und als verzweifelter Versuch, irgendwie die Politik der KPÖ, die bis 1947 in der Regierung verblieben war und auch nachher die österreichisch-nationalen Interessen über die Klassenkampfinteressen des Proletariats stellte, zu rechtfertigen. Die Lohn- und Sozialpolitik des ÖGB war auch schon davor darauf ausgerichtet gewesen, die Löhne so niedrig wie möglich zu halten, um den Wiederaufbau nicht zu gefährden. Die ÖGB-Spitze war auch vor dem ominösen Datum 1947 an einer Überwindung des Kapitalismus nicht interessiert. Ganz im Gegenteil, die Politik, die der ÖGB mittels seiner Spitzen vertrat, ließ dem Kapital großen Spielraum bei der Durchführung der Intensivierung der Arbeit und der Verlängerung der Mehrarbeit. Erst nachdem die Erhöhung der Produktivität neue Voraussetzungen geschaffen hatte, der kapitalistische Wiederaufbau an Fahrt gewonnen hatte, zog der ÖGB mit seinen Forderungen nach. Da sich diese Voraussetzungen vor dem Anschluss an den Marshall-Plan nur geringfügig verbessert hatten, beschränkte er seine Politik darauf, zu verhindern, dass der Lohn unter den Wert der Arbeitskraft sank. Im Verhältnis zwischen Gewerkschaftspolitik und Gesellschaft änderte sich auch dann nichts mehr, als mit Hilfe der Mittel des Marshall-Plans die notwendigen kapitalistischen Umwälzungen durchgeführt wurden. Genauso wie vorher, glich der ÖGB dann seine Politik an die sich verändernden Grundlagen an, ohne aber seine grundsätzliche Zustimmung zum Projekt des kapitalistischen Wiederaufbaus und seine Unterordnung unter die Ziele desselben aufzugeben.

Seit dem 1. Lohn-Preis-Abkommen (LPA) führte der ÖGB keine Lohnverhandlungen mehr. Er ermöglichte den Anstieg der Preise bis zur Währungsreform. Die Gewerkschaftspolitik blieb den Bedürfnissen der ökonomischen Restauration untergeordnet. Der Lohnkampf der Einzelgewerkschaften wurde dabei ersetzt durch Verhandlung der ÖGB-Spitze als Gesamtrepräsentantin der organisierten Arbeiter/innen/schaft. Die Einflussnahme der Mitglieder wurde so untergraben, und die Gefahr, unkontrollierte Entwicklungen zu provozieren, sollte zumindest unter Kontrolle gehalten werden können. Der ÖGB vollzog in der Rekonstruktionsphase eine sozialpartnerschaftliche Politik des Ausgleichs, die Lohnerhöhungen nur im Rahmen des Wirtschaftswachstums anstrebte.

Im Zuge der Verhandlungen um das 1. LPA wurde der Unwille der Bundeswirtschaftskammer deutlich, neue sozialrechtliche Vereinbarungen zu treffen. Zugleich muss gesagt sein, dass auch der ÖGB abgeneigt war, neue gesamtrechtliche Vereinbarungen durchzusetzen. Unter Berufung auf dieses Lohn-Preis-Abkommen und unter dem erst dadurch plausibel wirkenden Vorwand, neue Verhandlungen würden neue Lohnforderungen auslösen, blockten die Unternehmensvertreter/innen sämtliche Kollektivvertragsinitiativen ab. Die Bundeswirtschaftskammer unter der Präsidentschaft von Julius Raab brauchte also nichts anderes zu tun, als die Möglichkeiten des 1. LPAs auszunützen, um die gewerkschaftliche KV-Politik monatelang lahmzulegen. Erst als die einzelnen Gewerkschaften immer heftigere Proteste einlegten, wandelte sich die Haltung der ÖGB-Spitzen in dieser Frage.

Das Kollektivvertragsgesetz bezeichnet Böhm als: 1. der österreichischen Arbeitnehmer/innen/schaft dienend, 2. dem Wirtschaftsfrieden dienend, 3. dem Wiederaufbau dienend. Aus dem Protokoll des Bundesvorstands des ÖGB vom 14.1.1948 geht hervor, dass Johann Böhm dem Bundesvorstand von einer Aussprache mit Julius Raab berichtete, bei der er auch das Thema KV angeschnitten habe. Raab habe ihm mitgeteilt, „wenn nicht wesentliche Lohnforderungen gestellt werden", bestehe „kein Hindernis", Kollektivverträge abzuschließen.

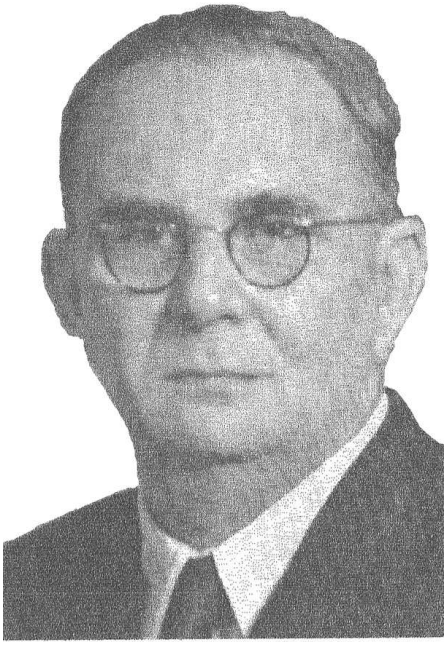
Die darauf folgende Debatte wirft ein bezeichnendes Licht auf die bisherige KV-Politik des ÖGB. Unter anderem stellte Karl Maisel, der gleichzeitig Sozialminister war, fest, dass noch immer die nationalsozialistischen „Rechtstarife in Geltung" seien, „mit welchen endlich einmal aufgeräumt werden" müsse. Und Adolf Weigelt brachte diese Politik schließlich auf den Punkt, indem er kritisierte, „dass ein halbes Jahr, nachdem das KV-Gesetz in Kraft getreten ist, Auseinandersetzungen darüber stattfinden, ob KVs abgeschlossen werden können oder nicht". Am Ende ermächtigte der Bundesvorstand dann das Präsidium, „in der Frage der KV im Sinne des Bundesvorstandes Schritte zu unternehmen". Im Tätigkeitsbericht wird es dann heißen: „Es war die einhellige Auffassung des Bundesvorstandes, dass diese KV die Regelungen von Arbeitsbedingungen, aber keinesfalls Lohnforderungen zur Sprengung des Preis- und Lohnabkommens zum Inhalt haben dürfen..." (Tätigkeitsbericht 1945-1947, S.1/27) .

Für Peter Zakravsky enthüllt sich in der Schreibweise des Tätigkeitsberichts, dass der Vorstand die sogenannte „Raab-Formel" übernommen und zum Grundsatz seiner eigenen Politik erhoben habe. Es erscheint ihm – mit einem eigenartigen Unterton – eigentümlich, dass der ÖGB, nachdem Böhm mit Raab zusammengetroffen war, jenen Begründungszusammenhang, der der Bundeshandelskammer dazu gedient hatte, die Kollektivvertragsverhandlungen zu blockieren, nun selbst übernommen und seiner KV-Politik zugrunde gelegt habe. Kurz: Die von außen kommende Blockade verwandelt sich in eine Selbstblockade. Die Fachgruppen-Vertreter/innen mussten über Lohnarbeitsbedingungen verhandeln, ohne die Lohnfrage dabei anschneiden zu dürfen. Einen weiteren interessanten Aspekt, den Zakravsky in seinem Artikel aufzeigt, ist, dass das 1. LPA sich zu einem „Damoklesschwert der Kollektivvertragspolitik" entwickelt habe. Damit meint er, dass, wenn eine grundsätzliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen errungen werden könne, durch die Unantastbarkeit der Lohnfrage die Arbeiter/innen mit Lohneinbuße zu rechnen haben. Wen wundert's, wenn dann die Arbeiter/innen lieber auf dem Status Quo beharren, als bessere Arbeitsbedingungen gegen niedrigeren Lohn einzutauschen!

Nicht alleine durch die Bindung an die Koalition von SPÖ und ÖVP würgte die Spitze des ÖGB die Verhandlungen während des Streiks ab. Die Führung war alles andere als kampfwillig. Der Klassenkampf wurde an den Verhandlungstisch verlegt, um ja nicht die organisatorische Kraft der Arbeiter/innen/schaft einsetzen zu müssen. So wurden die Arbeiter/innen niedergehalten und der Klassenkampf auf die institutionelle Ebene der Verhandlungen hinter verschlossenen Türen verlagert. Die Gewerkschaftsführung nahm sich im Nachhinein bezüglich ihrer Ziele auch kein Blatt vor den Mund: „Um eine lückenlose und disziplinierte Durchführung sowie einen größtmöglichen Erfolge zu erzielen, nachdem der Streik nun einmal ausgerufen war, war es

wichtig, dass nicht die radikalen Elemente unter den Schuharbeitern die Oberhand gewannen und dass die Führung des Streiks in geregelten Bahnen erfolgte und unter Kontrolle gehalten werden konnte. Dies war vollauf gelungen.“ (Festschrift, a.a.O.)

Der ÖGB wich dann auch sofort zurück, als die Handelskammer mit Wiederaufbau und Marshall-Plan argumentierte. In der Folge wurden alle Kollektivvertragsverhandlungen auf ein Minimum an Zugeständnissen hinunter geschraubt. Um nicht an ihrer Politik gehindert zu werden, führten die ÖGB-Spitzen eine Kampagne gegen die KP-Gewerkschafter/innen durch, die ihre Schuldigkeit getan hatten. Der Streik wurde zum Anlass genommen, um die unliebsam gewordenen KP-Kommunist/inn/en, die einen Schwenk bezüglich des Lohn-Preis-Abkommens gemacht hatten und verlangten, dass dieses für durchbrochen erklärt werden solle und sofortige Lohnerhöhungen gefordert werden sollten, aus der Gewerkschaft hinauszubefördern – was in der zitierten Festschrift mit der Zwischenüberschrift *Der kommunistische Einfluß gebrochen* entsprechend gefeiert wird. 1950/51 wurden etliche KP-Funktionäre, unter ihnen Hess und Hans Drada, entlassen beziehungsweise aus der Gewerkschaft ausgeschlossen.



Leopold Hess

4. Die Rolle der KPÖ

Bis November 1947 war die KPÖ an der Koalitionsregierung beteiligt und trug alle Entscheidungen mit. Der Regierungsaustritt, der international mit einer Zurückdrängung der Kommunist/inn/en aus den Regierungspositionen auch in anderen Ländern Mittel- und Westeuropas zusammenfiel, erfolgte erst aufgrund der Währungsgesetzes. Energieminister Altmann legte sein Amt nieder, nachdem er allerdings dem Marshall-Plan zugestimmt hatte. Auch dem 1. Lohn-Preis-Abkommen stimmte die KPÖ zu. Nicht ohne Kritik. Aber diese fiel sehr milde aus. Bezüglich der Notwendigkeit eines gewerkschaftlichen Kampfes und der Ausbeutung der Arbeiter/innen/schaft kam der KPÖ nicht das leiseste Wort über die Lippen. Die Kritik setzte verspätet ein und richtete sich vor allem gegen die Einordnung Österreichs in den Bereich des US-Imperialismus, als deren Folgeerscheinung eine Senkung des Lebensstandards der Werktätigen gesehen wurde.

Von den ökonomischen Kämpfen der österreichischen Arbeiter/innen/schaft hatte die KPÖ vor dem Maistreik 1947 der Wiener Arbeiter/innen und dem sich zuspitzenden Kalten Krieg kaum Notiz genommen. Obwohl objektiv die ökonomischen Bedingungen für eine kämpferische Politik günstig waren, hielt sich die KPÖ bewusst von Klassenkampfaktivitäten, wo immer es möglich war, fern und versuchte, die österreichische Arbeiter/innen/klasse auf einen patriotischen Kurs der Klassenharmonie und Klassenzusammenarbeit einzuschwören.

Natürlich, die KPÖ hatte es als bedingungslose Verteidigerin des Stalinschen Kurses nicht leicht: Die Vorgaben wechselten. Und es war sicher nicht leicht, zu verstehen und der Basis im KPÖ-Gewerkschaftsorgan die Vorbildlichkeit der USIA-Betriebe zu vermitteln, wenn gleichzeitig in einem USIA-Betrieb gegen die Entlassung eines Betriebsratsobmanns gestreikt wurde. Oder dass aufgrund blinder Anhimmelung und Vergötterung der Sowjetunion und der entstehenden Volksdemokratien dort dasselbe Leistungssystem, dieselbe Kompetenz des Betriebsleiters und dieselbe Verlängerung der Arbeitszeit befürwortet werden sollte, aber da, in Österreich, abzulehnen war.

Natürlich, die KPÖ hat die Streikbewegungen meist unterstützt, sie hatte sich ja als radikalere, konsequentere Verteidigerin der Arbeiter/innen/interessen als ihre große Konkurrentin, die SPÖ, zu präsentieren. Dennoch drängt sich die Vermutung auf, dass die KPÖ die Arbeiter/innen/kämpfe instrumentalisierte: Denn die Beteiligung an der bürgerlichen Demokratie hatte sich als Misserfolg herausgestellt – gleichzeitig war sie aber an einer Änderung der politischen Zusammensetzung der Regierung interessiert, und dazu brauchte sie den Druck der Arbeiter/innen/klasse. Zuerst trat sie in die bürgerliche Regierung ein und erleichterte dadurch den kapitalistischen Wiederaufbau. Die KPÖ war damit in einem für sie unlösbaren Widerspruch gefangen – einerseits wollte sie sich als seriöse politische Kraft auch für das Kapital in Österreich beweisen, und andererseits war sie angewiesen auf Unterstützung der kämpferischeren Teile des Proletariats. Dementsprechend widersprüchlich war auch die Rolle der KPÖ im Schuharbeiter/innen/streik selbst.

Die gewerkschaftliche Fachgruppe der Schuharbeiter/innen setzte sich aus 14 KPler/inne/n und 3 SPler/inne/n zusammen. Von der Dominanz der KPÖ unter den Schuharbeiter/inne/n zeugen Egon Kodicek als Zentralsekretär der Gewerkschaft der Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter; Gottlieb Fiala war als ehemaliger Schuharbeiter Obmann der Fachgruppe und Vizepräsident des ÖGB. Die Funktion des Sekretärs hatte ebenfalls ein KPler über, nämlich Leopold Hess. In den beiden größten Schuhfabriken (Aeterna und Bally mit je 500 Beschäftigten) stellte die KP den Betriebsratsobmann. Auch im Lohnkomitee agierte die KPÖ: Leopold Hess an der Spitze und Egon Kodicek (Zentralsekretär der Gewerkschaft Textil-Bekleidung-Leder) waren Mitglieder.

In der „arbeit“ gibt es drei Quellen bezüglich des Schuharbeiter/innen/streiks. Der erste Text wurde von Leopold Horak geschrieben und schon in der Aprilausgabe abgedruckt. Auffallend und zugleich verblüffend ist Horaks Einschätzung, wohin die Verhandlungen der Gewerkschaftsspitzen führen werden. Auffallend, weil er das Ende der Streikverhandlungen vorwegnimmt, das ja dann auch von der KPÖ mitgetragen wird. Der Streik der Schuharbeiter/innen wird, so sagt er, zu keinen sofortigen Verbesserungen der Lebensbedingungen führen, da es sich laut Horak bloß um die kollektivvertragliche Verankerung und somit die Verteidigung der schon errungenen Bedingungen handle. Auffallend deshalb, weil Horak nicht auf die weitertreibenden Kräfte der Schuharbeiter/innen setzt. Er akzeptiert damit aber auch implizit, dass die Ausbreitung und Vertiefung des Streiks verhindert worden ist beziehungsweise dass die KPÖ dazu beitrug.

Die KPÖ hatte kein Interesse daran, dass sich der Streik ausbreitet und die Bourgeoisie in die Defensive gedrängt wird, was die Einführung des Marshall-Plans und der LPAs und somit auch der institutionalisierten Sozialpartnerschaft behindert hätte, gegen die die KPler/innen kritisch – aber auch nicht mehr als das – Stellung beziehen werden.

Am Ende seines Artikels sieht Horak den Erfolg des Streiks darin, dass dieser die weitere soziale Gesetzgebung beeinflussen wird. Das heißt auch, dass die Kollektivvertragsverhandlungen in anderen Branchen sich an den Errungenschaften der Schuharbeiter/innen orientieren werden. Egon Kodicek wird im Juni die Lehren aus dem Schuharbeiter/innen/streik ziehen und dabei einen „radikaleren" Ansatz wählen. Zunächst aber noch ein Kommentar meinerseits zu einem kurzen Bericht in der Maiausgabe des KP-Gewerkschaftsorgans „die arbeit" unter der Rubrik „Notizen". Der befremdende Titel des Kurztextes lautet: „Der Schuharbeiterstreik erfolgreich beendet!" Darin wird behauptet, dass die Schuharbeiter/innen ihre wichtigsten Forderungen durchsetzen konnten (* 44-Stunden-Woche; * Urlaubs- und Weihnachtsremunerationen bis zu 2,5 Wochen gewährt; * Krankengeld 30- bis 50-prozentige Verbesserung).

Das Resümee: „Wenn auch die Schuharbeiter ihre Forderungen nicht im vollem Umfange durchsetzen konnten ..." (Anmerkung: genannt werden * bezahlter Wirtschaftstag für Frauen; * Mitspracherecht der Betriebsräte bei Aufnahmen und Entlassungen) „... so ist das Resultat unter gegebenen Verhältnissen ein wesentlicher Erfolg. Sie verdanken ihn vor allem ihrer Einheit und Geschlossenheit, die allen Arbeitern ein Beispiel sein wird."

Wesentliche Forderungen seien aber, da die SPler/innen, wie Kodicek behaupten wird, die Verhandlungen über diese abbrachen, damit sich der Streik nicht länger hinziehen werde, nicht behandelt und damit den Unternehmer/inne/n freie Hand gelassen worden. Lediglich allgemein wird die Kampflahmheit der SP- und ÖGB-Spitzen kritisiert.

In seinem Artikel „Die Lehren des Schuharbeiterstreiks" beurteilt Kodicek den Streik als den ersten offenen Kampf zwischen den Vertreter/inne/n der Kapitalist/inn/en und jenen der Arbeiter/innen im Kampf um den Kollektivvertrag. Deshalb waren die wichtigsten Forderungen der Schuharbeiter/innen von „prinzipieller Natur". Und auch deshalb machte sich die Handelskammer für die Schuhindustriellen so stark und stellte sich hinter sie. Für ihn – und das scheint sehr einleuchtend – war der Schuharbeiter/innen/streik an sich für das Gesamtproletariat nicht bedeutungsvoll, immerhin waren nur an die 4.000 Arbeitende beteiligt. Er bekam seine über die Reihen der Schuharbeiter/innen hinausweisende Bedeutung aber dadurch, dass die Handelskammer die Auseinandersetzung für eine Machtprobe benützte.

Die Vorentscheidung für sämtliche Kollektivverträge sollte fallen. Die Frage war, ob der ÖGB sich voll hinter die Streikenden stellt oder nicht. Er tat es nicht. Aber auch die KPÖ-Gewerkschafter/innen zogen bei der Beschränkung der Streikziele mit. Viele Arbeiter/innen zeigten im Gegensatz dazu aber ein gesundes Klassenbewusstsein und Solidarität. Sie führten gegen den Widerstand der Gewerkschaft Sammlungen durch. Kodicek sieht zwar ein, dass der Streik sich, nicht zuletzt aufgrund der prinzipiellen

Forderungen, auf die gesamte Arbeiter/innen/schaft ausdehnen hätte müssen, aber genau dazu hätte das Nachkriegssystem grundsätzlich in Frage gestellt werden müssen. Aber dazu war auch die KPÖ weder willens noch fähig. Es wurden also nur jene Forderungen durchgesetzt, die im Bereich der Gewerkschaft lagen, während die allgemeinen Forderungen unerfüllt blieben, unter den Verhandlungstisch fielen. Da das auch die allgemeine Politik der KPÖ war, wird klar, dass auch Kodicek und die KPÖ-Gewerkschafter/innen in den Erfolgsgesang einstimmten.

Nicht am Grundsatz, am Ergebnis gab es also seitens der KPÖ Kritisches zu vermelden: Die Beeinflussung der folgenden KV-Verhandlungen durch den KV-Abschluss für die Schuharbeiter/innen werde „im Guten wie im Schlechten“ erfolgen. In mehreren Verträgen wurden zwar ähnliche Bestimmungen aufgenommen, doch keiner einzigen Gewerkschaft sei es gelungen, grundsätzliche Erfolge zu verzeichnen. Die Töne des Misserfolges klingen schon mit. Das Zurückweichen des ÖGB sei auch von der Handelskammer registriert, die Forderungen der Gewerkschaften mit einem Minimum an Zugeständnissen von den Industriellen beantwortet worden. Die Zustände von 1930-1934 würden wiederhergestellt werden, und die Arbeiter/innen trügen die Kosten. Geschwächt seien die Streikenden und die gesamten gewerkschaftlichen Organisationen. Die Unternehmer wüssten nun, das Ziel des ÖGB sei nicht die Erkämpfung „fortschrittlicher“ KVs, die über das Gesetz hinausgehende Bestimmungen enthalten und die in ihrer Gesamtheit die Arbeitsbedingungen für mehr als eine Million Arbeiter regeln, der ÖGB wolle nicht die ganze organisatorische Kraft der Arbeiter einsetzen. Zuletzt forderte er für den ÖGB, dass die Mitglieder in geheimen Wahlen die Funktionäre selber wählen sollten, damit den Bedürfnissen der Arbeiter und nicht jener der Koalitionsregierung Rechnung getragen werde. Soweit zu den Stellungnahmen der KPÖ-Gewerkschafter/innen.

Die KPÖ-Gewerkschafter/innen hatten sich also einspannen lassen für eine Abwürgung des Streiks – immerhin hatten sie die Annahme der Resolution zur Wiederaufnahme der Arbeit empfohlen. Und es gibt auch keinen Hinweis dafür, dass sie sich für die Fortführung des Streiks bis zum Erringen aller Forderungen, die – nach eigenen Aussagen – prinzipieller Natur waren, eingesetzt hätten. Schwerer allerdings wiegt, dass in keiner Phase des Streiks die KP-Gewerkschafter/innen auf eine radikale Vertiefung des Streiks Kurs nahmen: Das nicht gewählte und nur dem Vorstand, nicht aber den Mitgliedern verantwortliche Lohnkomitee hätte als das, was es in der Realität war, bloßgestellt werden müssen – als bürokratisches Instrument, das für Verhandlungen hinter verschlossenen Türen taugte, nicht aber für eine kämpferische und entschlossene Führung des Streiks. Die von den Streikenden sich selbst gegebenen Strukturen sollten, so das Kalkül der KP-Gewerkschafter, neben den Strukturen des ÖGB (wie dem Lohnkomitee) für den Streik verantwortlich sein – aber Streiks sind Phasen der Zuspitzung des offenen Klassenkampfes: Und wie die von den Stalinisten hochgejubelte „friedliche Koexistenz“ auf Weltebene zwischen Kapitalismus und Übergangsgesellschaften keine lebensfähige Perspektive besitzt, so führt die Koexistenz von bürokratischen gewerkschaftlichen Strukturen und potenziell demokratischen, aus dem lebendigen Klassenkampf entwachsenden wie ein gewähltes Streikkomitee auch in einem Streik nicht weiter und letztlich zur Demobilisierung der

Kampfkraft der Arbeitenden. Die falsche Fährte, weniger auf die eigene Kampfkraft und mehr auf das Verhandlungsgeschick von Berufsbürokrat/inn/en zu vertrauen, ist in so einer Situation vorgegeben.

Genau das aber konnten und wollten die KPÖ und ihr Gewerkschaftsapparat nicht verstehen: Grete Rehor, ihres Zeichens spätere ÖVP-Ministerin und als Mitglied des Lohnkomitees de facto Repräsentantin des Streiks, ist wohl das schönste Indiz dafür, dass keine Kraft der organisierten Arbeiter/innen/bewegung bereit war, auf eine kompromisslose klassenkämpferische Karte zu setzen, die auch den Bruch der Koalitionspolitik und der Politik der Klassenversöhnung und -zusammenarbeit mit eingeschlossen hätte; keine Kraft außer den in der Illegalität agierenden Trotzkist/inn/en.

Trotzdem bekam die KPÖ die Rechnung für diesen Streik von der ÖGB-Spitze serviert: Böhm warf Kodicek vor, dem Gewerkschaftsbund schweren Schaden zugefügt zu haben, da der Streik vermeidbar gewesen wäre. Der Bundesvorstand sei überrumpelt worden. Am 1. Bundeskongress des ÖGB wurden in direktem Bezug auf den Fall Kodicek die Statuten dahingehend geändert, dass die Gewerkschaftssekretäre als Angestellte des ÖGB zur Unterordnung unter die Beschlüsse des Bundesvorstandes und der Gewerkschaftsvorstände verpflichtet wurden.

5. Die Bedeutung der Trotzkist/inn/en

Die Trotzkist/inn/en mussten aufgrund der Verfolgung, der sie ausgesetzt waren, samt und sonders zu dieser Zeit in der Illegalität arbeiten. Die österreichische Sektion der Vierten Internationale, die Internationalen Kommunisten Österreichs (IKÖ) trat natürlich aus diesem Grund auch während des Streiks nicht als Organisation auf. Wir sprechen also hier nicht von der Tätigkeit der Trotzkist/inn/en als Organisation, sondern von der Arbeit einzelner Trotzkist/inn/en in den Betrieben. Natürlich aber waren diese untereinander verbunden: Die IKÖ verfügte über eine Gewerkschaftszelle, die sich mit der IKÖ-Leitung absprach. Während des Schuharbeiter/innen/streiks lief dies ebenso ab. Von der IKÖ, die damals ganz überwiegend proletarisch zusammengesetzt war, arbeiteten zwei Mitglieder in Schuhfabriken. Und nicht nur das: Sie waren auch Betriebsräte, wobei sie auch als Betriebsräte nur auf Listen der KP, der SP oder auf Namenslisten kandidieren konnten.

Einer der beiden war Franz Holba und Schuharbeiter bei Bally, einer der größten Schuhfabriken Wiens mit ungefähr 500 Beschäftigten. Als Betriebsrat war er ein wichtiger Träger der Schuharbeiter/innen/bewegung.

Der zweite Genosse der IKÖ hieß mit dem internen Namen Klement und war Arbeiter bei Eldorado, einer kleineren Schuhfabrik in Wien, die allerdings wegen ihrer radikalen Belegschaft zu einer wichtigen Stütze der Klassenkampfaktivitäten geworden war. Schon vor den hier besprochenen Aktionen war die Belegschaft in Streik getreten und hatte eigenständige Erfahrungen sammeln können. Klement war Betriebsratsobmann in seiner Firma und während des Schuharbeiter/innen/streiks Mitglied des zentralen Streikkomitees – und damit einer der wesentlichsten Führer der Streikbewegung.

Im Streikkomitee waren die Mitglieder von den einzelnen Fabriken delegiert und standen unter dem direkten Druck der Belegschaften. Von daher gelang es dem

Arbeiter! Arbeiterinnen!

Wir streikenden Schuharbeiter wenden uns an Euch!

Helft uns die arbeiterfeindliche Haltung der Unternehmer zu überwinden!

Seit 3. März stehen wir im Kampf um unseren Kollektivvertrag!

Wir fordern:

1. Die Verankerung der seit 1945 tatsächlich bestehenden 44-Stunden- und 5-Tage-Woche.
2. Das Mitentscheidungsrecht der Betriebsräte bei Aufnahmen und Entlassungen.
3. Einen bezahlten Wirtschaftstag im Monat für die Frauen.
4. Eine angemessene Urlaubs- und Weihnachtsremuneration sowie zusätzlichen Sechstageurlaub für Kriegsinvalide und politisch schwer Geschädigte.

Die Unternehmer lehnen diese berechtigten Forderungen vollkommen ab!

Sie versuchen ihre Ablehnung damit zu begründen, daß bei Erfüllung unserer Forderungen, die Schuhpreise erhöht werden müßten. Dagegen stellen wir fest:

Die Schuhpreise sind seit 1945 um das Acht- bis Zehnfache, die Löhne dagegen nur um das Zweieinhalb- bis Dreifache gestiegen. Aus dieser großen Spanne zwischen Lohn und Preis zogen und ziehen die Unternehmer Profite, die es ihnen ermöglichten, sämtliche Kriegsschäden, Tilgung ihrer Schuldkontis, Errichtung von Neubauten und Verbesserungen ihres Maschinenparkes durchzuführen.

Daraus ergibt sich, daß die Belastung der Produktionskosten von S 1.20 pro Paar Lederschuhe aus unseren Gesamtforderungen aus den Ueberprofiten der Unternehmer getragen werden können!

Wir lehnen daher jede Erhöhung der Schuhpreise ab!

Arbeiter, Arbeiterinnen!

172 Kollektivverträge harren noch ihrer Erledigung. Ein erfolgreicher Abschluß unseres Kollektivvertrages bedeutet einen erfolgreichen Abschluß auch Eurer Kollektivverträge!
Unsere Niederlage wäre auch Eure Niederlage!
Unser Sieg wird auch Euer Sieg sein!

Seit sechs Wochen stehen wir im Kampf!

Die Unternehmer versuchen mit Unterstützung aller Unternehmerorganisationen unseren Kampf soweit zu verlängern, bis wir mit unserer Streikunterstützung, die die Hälfte des Bruttolohnes ausmacht, wirtschaftlich nicht mehr weiterkönnen.

Gelänge es den Unternehmern, diese Absicht zu verwirklichen, dann würden sie nicht nur einen Sieg über uns Schuharbeiter, sondern über die gesamte Arbeiterschaft Oesterreichs erringen.

Eine Niederlage muß mit Hilfe der gesamten Arbeiterschaft verhindert werden!

Arbeiter, Arbeiterinnen!

Unser Kampf um den erfolgreichen Abschluß unseres Kollektivvertrages ist auch Euer Kampf!

Unterstützt, helft uns in unserem Kampf! Übt Solidarität!

Es lebe die Arbeitersolidarität!

Lesen und weitergeben!

Die Zentrale Streikleitung
der Schuharbeiter

K. 12543

Streikkomitee auch, die KP und teilweise auch die SP- und die Gewerkschaftsführung vor sich herzutreiben.

Da auch der *Spartakist*, um die beiden Genossen nicht in Gefahr zu bringen, sehr vorsichtig agieren musste, fehlen naturgemäß direkte Zeugnisse der trotzkistischen Tätigkeit im Schuharbeiter/innen/streik. Aber das im *Spartakist* erwähnte Flugblatt stammt mit Sicherheit von den IKÖ-Genossen beziehungsweise wurde unter ihrem direkten Einfluss verfasst. Dafür sprechen nicht nur die Erinnerungen von Genossen, sondern auch der ganze Text selbst (das Flugblatt, von der IKÖ für das Zentrale Streikkomitee entworfen beziehungsweise unter ihrem direkten Einfluss entstanden, haben wir ausfindig gemacht und es hier abgedruckt – siehe das Faksimile): Es erscheint uns als ein insgesamt bemerkenswertes Dokument: Denn im Unterschied zu anderen Flugblättern dieser Jahre fehlen in ihm all die patriotischen Parolen und Phrasen vom Wiederaufbau Österreichs, was allein schon deswegen für den treibenden ideologischen Einfluss einer Kraft jenseits des Reformismus sozialdemokratischer oder stalinscher Prägung im Zentralen Streikkomitee spricht. Durch seinen klar klassenkämpferischen Ansatz, der die *Arbeitersolidarität* und die *arbeiterfeindliche Haltung der Unternehmer* in den Mittelpunkt stellt, ohne dem Austropatriotismus und der angeblich klassenneutralen Wiederaufbauphilosophie auch nur die kleinste Konzession zu machen, ist es ein gutes Beispiel eines Textes, der vom Gedanken der Arbeiter/innen/einheitsfront ausgeht und die zentralen Anliegen der Klassenaktion zum Inhalt hat, ohne ideologische Barrieren innerhalb der proletarischen Kampffront zu errichten.

Abschließend wollen wir aus dem illegal publizierten und vertriebenen Organ der IKÖ, dem Spartakist, vom April 1948 (Nr. 31) einen Artikel abdrucken, der sich mit dem Schuharbeiter/innen/streik beschäftigt. Er wurde noch während des Streiks geschrieben und gibt unseres Erachtens ganz gut die wirklichen Linien der Klassenauseinandersetzung wieder:

Die Schuharbeiter sind vorangegangen!

Am 3. März sind die Schuharbeiter in den Streik getreten. Der Streikbeschluss wurde fast einstimmig (99% dafür) in geheimer Abstimmung gefasst. Der Kampf geht um die gesetzliche Verankerung folgender Forderungen im Kollektivvertrag:

1. 44-Stunden- und 5-Tagewoche.
2. Das Mitentscheidungsrecht der Betriebsräte bei Aufnahmen und Entlassungen.
3. Einen bezahlten Wirtschaftstag im Monat für Frauen.
4. Urlaubs- und Weihnachtsremunerationen sowie zusätzlichen Sechstageurlaub für Kriegsinvalide und politisch schwer Geschädigte.

Der Streik begann als rein wirtschaftlicher, wie schon einige Monate vorher der in der Papierindustrie und der Hutmacher. Die SP versuchte mit Hilfe des ÖGB zu bremsen und die Schuharbeiter zu isolieren. Die Schuharbeiter wandten sich mit einem Flugblatt an die Arbeiteröffentlichkeit, in dem sie die grundsätzliche Bedeutung ihres Kampfes unterstrichen, auf die Bedeutung hinwiesen, die das Ergebnis ihres

Kampfes für den Abschluss aller übrigen Kollektivverträge besitze, und zur Solidarität aufriefen.

Von diesem Augenblick an bekam der Kampf politische Bedeutung. Unter dem Druck der Arbeiter in den Betrieben musste die SP die Solidaritätskundgebungen zumindest dulden, wollte sie nicht Gefahr laufen, die ihr folgenden Arbeiter der Stalinpartei in die Arme zu treiben. Diese wieder hat sich von allem Anfang an bemüht, die Führung des Streiks in ihre Hände zu bekommen, um ihn für ihre „volksdemokratischen“ Ziele auszunützen.

Wie der Verlauf der letzten Vollversammlung zeigte, steht der größte Teil der Schuharbeiter sowohl der SP- als auch der Stalinbürokratie kritisch gegenüber. Fast alle Debattenredner brachten zum Ausdruck, dass der Kampf der Schuharbeiter ein Kampf gegen die Kapitalisten sei, dass ihre Forderungen nur auf Kosten der Kapitalistenklasse durchgesetzt werden können und dass dies nur dann möglich sei, wenn sich die Arbeiter zum gemeinsamen antikapitalistischen Kampf zusammenschließen. Wie die bisherigen Erfahrungen aber zeigen, sei dieser gemeinsame Kampf nur gegen den Willen der Gewerkschaftsbürokratie, möge sie nun der SP oder der Stalinpartei angehören, möglich.

Wir Internationalen Kommunisten unterstützen den Kampf der Schuharbeiter mit allen Kräften. Wir unterstützen diesen Kampf aber auch ohne jeden Hintergedanken; unser Ziel ist der Sieg der Schuharbeiter über die Schuhindustriellen. Wir unterstützen aber auch die kampfgewillten Arbeiter innerhalb der SP und der Stalinpartei, ja sogar die Stalinpartei selbst in ihren Anstrengungen, den Schuharbeitern zum Siege zu verhelfen. Dort, wo SP und Stalinpartei versuchen, den Streik für parteiegoistische Zwecke, für ihre bürokratischen Interessen auszunützen, dort treten wir ihnen entgegen, indem wir gleichzeitig vor den Arbeitern ihr verräterisches Verhalten kritisieren.

Der Streik der Schuharbeiter hat bei einem großen Teil der Arbeiter Sympathie gefunden und viele von ihnen zu Solidaritätskundgebungen mit den Streikenden veranlasst. Die Arbeiter fühlen instinktiv, dass ihnen die Schuharbeiter vorausgegangen sind auf jenem Weg, den sie selbst gehen, auf dem sie weiter kämpfen müssen, wenn sie sich der kapitalistischen Rauboffensive erwehren wollen. Es ist dies der Weg des außerparlamentarischen Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie.

Das wichtigste Hindernis in diesem Kampf sind SP, Stalinpartei und verbürokratisierte Gewerkschaftspitzen. Den Internationalen Kommunisten muss es gelingen, den Arbeitern zu helfen, dieses Hindernis zu überwinden. Dies ist nur mit Hilfe der fortgeschrittenen, revolutionären Arbeiter möglich. Daher verbinden wir unsere Teilnahme am Kampf um Tagesfragen, unsere Teilnahme am Kampf der Schuharbeiter, mit der revolutionären Propaganda in den Reihen der fortgeschrittenen Arbeiter. Revolutionäre Propaganda unter den heutigen Bedingungen bedeutet aber, den Kampf für jene Forderungen, für die die Arbeiterklasse bereit ist, zu kämpfen, für die die Schuharbeiter bereit waren, in den Kampf zu treten, zu verbinden mit dem Kampf für den revolutionären Sturz der Bourgeoisie.

Die Steigerung des Kampfes, den die Schuharbeiter begonnen haben, zu einem die gesamte Arbeiterklasse, die Massen erfassenden revolutionären Kampf ist nur möglich mit Hilfe der revolutionären Klassenpartei. Zu glauben, die Massen könnten ohne Klassenpartei siegen, ist dieselbe opportunistische Illusion, wie zu glauben, die Massen könnten unter der Führung von SP und Stalinpartei siegen. Im günstigsten Falle können sie unter größten Opfern und indem sie ihre verräterische Führung unter Druck setzen, Teilerfolge erringen. Auf die Dauer können sie aber ihre Erfolge nicht behaupten. Das wird die wichtigste Erfahrung aus dem Streik der Schuharbeiter für die fortgeschrittensten Arbeiter werden: *Ohne revolutionäre Klassenpartei können die Arbeiter, die Massen keine entscheidenden Siege über die Bourgeoisie erringen*.

Deshalb dürfen wir Internationalen Kommunisten den Arbeitern, und erst recht nicht den Schuharbeitern, Illusionen über ihre Kämpfe machen. Nur wenn sie entschlossen sind, wie bisher geschlossen und konsequent ihren Kampf weiterzuführen und nur mit Hilfe der Solidarität der übrigen Arbeiterschaft wird es ihnen gelingen, ihre Forderungen durchzubringen. die zuständige Gewerkschaft hat den Streik nur unter Druck von unten anerkannt. Mit Hilfe der gesamten kampfgewillten Arbeiterschaft muss es den Schuharbeitern gelingen, vom ÖGB die Erweiterung des Kampfes zu erzwingen.

Wir Internationalen Kommunisten unterstützen den Kampf der Schuharbeiter und treten ein:

Für die Solidarität mit den Schuharbeitern!

Für die Erweiterung des Kampfes!

Für den Sieg der Schuharbeiter!

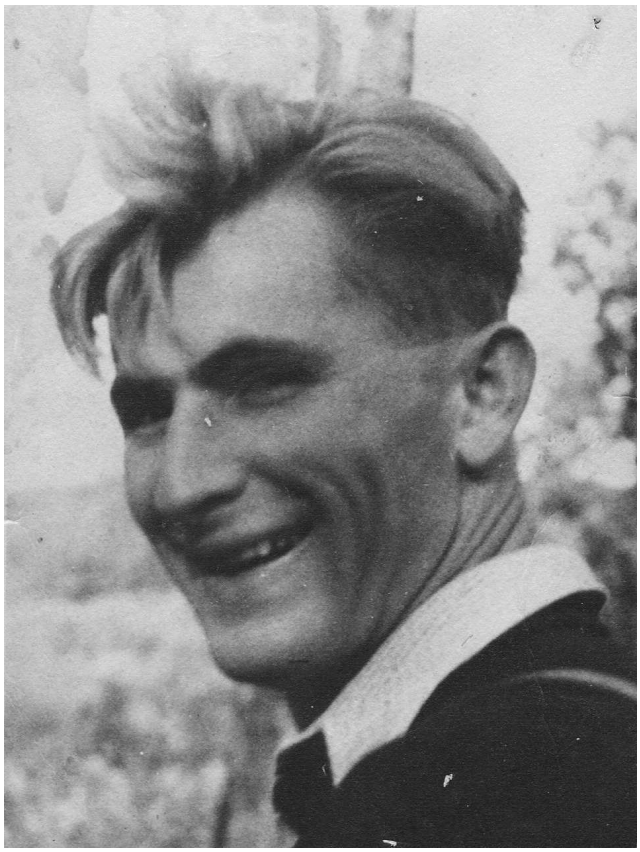
Wir haben dem hier nichts hinzuzufügen: Die Analyse sollte sich als richtig herausstellen – leider am Beispiel der Niederlage und nicht am Beispiel des Sieges. Auch die Analyse von SPÖ und KPÖ mit ihren parteiegoistischen Zielen kann nur wie die der Gewerkschaftsbürokratie unterschrieben werden. Leider waren die Trotzkist/in-n/en zu schwach, um diesem klassenkämpferischen Ansatz zum Durchbruch zu verhelfen. Damit wurde die einzige Chance vertan, die der Schuharbeiter/innen/streik gehabt hätte, nämlich die Ausweitung des Streiks auf andere Sektoren der Arbeiter/innen/klasse und die Vertiefung des Streiks. Trotzdem ist der Schuharbeiter/innen/streik von 1948 ein Puzzlestein, wenn auch nur ein kleiner, in der Geschichte der selbständigen Klassenaktionen des österreichischen Proletariats, und er ist ein Paradefall für den Ausverkauf und die Abwürgung von Klassenaktionen durch die reformistischen Parteien und die Gewerkschaftsbürokratie. Er ist aber auch ein Beispiel dafür, dass die Durchsetzung reformistischer Ideologie im Proletariat nicht ein naturgesetzlicher Prozess ist, sondern auf harten Widerstand klassenbewusster Kräfte und kampfbereiter Arbeiter/innen gestoßen ist. Dass die Trotzkist/inn/en auf der richtigen Seite standen und alles dafür taten, um den Kampf zu einem guten Ende zu führen, ist sicher ein schönes Beispiel für die Verankerung des österreichischen Trotzkismus im Proletariat und wert, der Vergessenheit entrissen zu werden.

7. Die Entwicklung des Kampfbundes von 1947 bis 1975

7.1. Konsolidierung Ende der 1940er Jahre

Als der *Kampfbund für die Befreiung der Arbeiterklasse* 1947 nach der Trennung von der IKÖ von den Frey-Anhänger/inne/n neu gebildet (in der Kampfbund-Sprachregelung: *reorganisiert*) wurde, verfügte er lediglich über zehn bis zwölf Mitglieder. Die Jahre bis 1952/1953 waren in der Folge von einer langsamen Konsolidierung und auch von einem kontinuierlichen personellen Aufschwung geprägt. Hatte man sich bis 1949 auf 15 Mitglieder plus drei Kandidat/inn/en verstärkt, organisierte die Gruppe 1952 23 Mitglieder plus sieben Kandidat/inn/en.[163] Die soziale Zusammensetzung war der der IKÖ recht ähnlich: Der Kampfbund bestand überwiegend aus Arbeiter/inne/n. Dazu kamen einige ehemalige Arbeiter/innen, die nun bei der Gemeinde Wien beschäftigt waren. Die meisten Genoss/inn/en waren zwischen 35 und 40 Jahre alt, jüngere gab es nur wenige. Etwa 20 Prozent der Kampfbund-Mitglieder waren Frauen.[164]





Friederike und Wilhelm Schlesak in den späten 1940er Jahren

[163] Angaben nach Aufzeichnungen von Günter Schneider, der Mitte der 1950er Jahre zum Kampfbund stieß.

[164] Darunter befand sich auch die Genossin Friedl Schlesak (i-Name: Ringer), Jahrgang 1912, gelernte Kindergärtnerin, die ab 1945 beim Kampfbund war – siehe Interview in dieser Nummer von *Marxismus*.

Unmittelbar nach der Neuformierung des Kampfbundes spielte Anton Turansky eine wesentliche Rolle für den Zusammenhalt und die Motivation der Gruppe. Zusätzlich stieg der erst 1945 von Stadler rekrutierte Wilhelm Schlesak[165] rasch zu einem führenden Kader auf. Insgesamt war die Gruppe aber von dem im Schweizer Exil befindlichen Frey politisch weitgehend abhängig. Die Situation verbesserte sich Anfang der 1950er Jahre mit dem Gewinn von Franz Holba,[166] der zu einer Art politischer Führer im Inland wurde, deutlich. Die politische Dominanz Freys blieb aber weiter bestehen.

Die Außenarbeit des Kampfbundes bestand vor allem in der so genannten *Außenpropaganda* (AP), das heißt in der individuellen Rekrutierung neuer Mitglieder im betrieblichen Umfeld oder in sozialdemokratischen Sportvereinen, bei denen viele Kampfbündler/innen Mitglied waren. Für diese AP wurden – vermutlich teilweise von Frey – zahlreiche Anleitungen verfasst, in denen herausgearbeitet wurde, dass eine Minderheit der Arbeiter/innen mit der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften unzufrieden sei, und in denen angegeben wurde, wie gegenüber diesen Arbeiter/inne/n vorzugehen sei: Beobachten in Betrieb und Sportvereinen, Entdecken der „besonders unzufriedenen Arbeiterelemente", Suchen des Gesprächs über aktuelle Fragen (beispielsweise über Artikel in der *Arbeiter-Zeitung*) und so weiter. Bei jedem Punkt wird detailliert angegeben, wie man sich bei welchem Gesprächsverlauf zu verhalten habe – immer in Hinblick auf die Illegalität, in der sich die Gruppe befand. Spezielle Anleitungen gab es außerdem zur Herangehensweise an Betriebsratswahlen und zu bestimmten Agitationskampagnen, die im wesentlichen so abliefen, dass die Genoss/inn/en Kolleg/inn/en oder Bekannten ein – angeblich gefundenes oder bekommenes – Flugblatt zeigten und mit ihnen darüber eine Debatte suchten.[167]

Bei den Nationalratswahlen von 1949 heißt es im Wahlaufruf des Kampfbundes:[168]

> „Arbeiter, Angestellte, niedere Beamte, arme Bauern, Kleinbürger! (...) Wir sind noch zu klein, um uns um Mandate zu bewerben. Wem sollt Ihr Eure Stimme ge-

[165] Wilhelm Schlesak (1908-1977), Arbeitersportler (vor allem Handball) und Schutzbündler; in den frühen 1930er Jahren an vielen Schlägereien mit den Nazis in Wien 15 beteiligt; vor dem Krieg bei der Müllabfuhr; Einzug zur Wehrmacht; in gemeinsamer Kriegsgefangenschaft von Stadler für den Kampfbund rekrutiert; nach 1945 Magistratsbeamter und führendes Mitglied des Kampfbundes; i-Name: Springer.

[166] Holba (alias Sykora alias Sik alias Rudolf) wurde vermutlich im Frühsommer 1948 – jedenfalls nach dem Schuharbeiter/innen/streik – wegen den bereits erwähnten persönlichen Gründen aus der IKÖ ausgeschlossen. Freys Haltung zu der Angelegenheit geht aus einem Brief vom 14.7.1948 hervor: „Gewiss, das Verhalten Siks in jener persönlichen Frage war unkorrekt. Man muss das rügen. Aber der Ausschluss einzig und allein aus diesem Grund, das war eine – vom Standpunkt des Interesses der Partei, der Klasse – viel zu strenge Strafe. (...) Entscheidend ist, ob er politisch so eingestellt ist, dass er für die Sache und damit für uns eine brauchbare Kraft darstellt." Holba dürfte sich schließlich 1951 (aber nicht vor März) dem Kampfbund angeschlossen haben.

[167] Anleitungen (vermutlich von Frey) gab es außerdem zu internen Fragen: zum Beispiel darüber, wie Leitungssitzungen zu gestalten seien, wie Schulungen (die so genannte *Innenpropaganda*) abzuhalten seien und so weiter.

[168] *2. Wahlaufruf des Kampfbundes zur Befreiung der Arbeiterklasse*, 5.9.1949, FD (= Josef Frey); Bereits zuvor erschien ein *Manifest des „Kampfbundes" (...) anlässlich der Nationalratswahlen Oktober 1949*, das vermutlich nicht von Frey stammt und das ihm möglicherweise Anlass für eine eigene Fassung war.

ben? In keinem Fall einer bürgerlichen Partei. (...) Wir empfehlen Euch, nach Eurem Ermessen entweder für die sozialistische Partei oder für die kommunistische Partei (...) zu stimmen. Aber ihr sollt wissen, wem Ihr da Eure Stimme gebt."

Es folgte eine Abrechnung mit den prokapitalistischen Sozialdemokrat/inn/en und der „Stalinpartei". In einem späteren Zusatz wurde dann auch noch die Wahltaktik der IKÖ, die ja für die SPÖ aufrief, kritisiert: Die IKÖ-Taktik verschlechtere die Aussichten beim Arbeiter/innen/anhang der KPÖ und stütze die Illusionen der SPÖ-Arbeiter/innen, weshalb sie „unzweckmäßig, kurzsichtig, unrichtig, der konkreten, eigenartigen Lage nicht angemessen, schädlich, (...) linkszentristisch, *opportunistisch*"[169] sei.

Ab Dezember 1949 begann der Kampfbund schließlich mit der Herausgabe der Monatszeitung *Arbeiterblatt*. Nachdem die ersten beiden Nummern mit *Organ des Kampfbundes zur Befreiung der Arbeiterklasse* untertitelt waren, begann man im Februar 1950 erneut mit einer Nummer 1 – diesmal zeichnete eine *Proletarische Vereinigung Österreichs*.[170] Diese PV wurde als eine Art Tarnorganisation benutzt. Zu einer wirklichen Vorfeldstruktur entwickelte sie sich niemals, sie bestand de facto nur aus Kampfbündler/inne/n. Das *Arbeiterblatt* umfasste in der Regel vier bis zehn Seiten, wurde in einer relativ kleinen Auflage hergestellt, fast ausschließlich unter den Mitgliedern, Kandidat/inn/en, Sympathisant/inn/en und Propagandafällen vertrieben, teilweise auch weitergereicht – manchmal auch kritischen Arbeiter/inne/n zugespielt, die allerdings darauf kaum reagieren konnten, da sie ja nicht wussten, durch wen sie diese Zeitung überhaupt bekommen hatten.

Dominiert wurde das *Arbeiterblatt* durch Artikel über die Lohn-Preis-Entwicklung, über die Teuerung, über Vollbeschäftigung. Kritisiert wurde durchgehend, dass die Politik des kapitalistischen Wiederaufbaus der ÖVP-SPÖ-Koalition zu einer überdimensionalen Steigerung der Profite gegenüber den Löhnen führte. Die Beiträge hatten durchgehend dasselbe Strickmuster: Die Kritik an der Verteilung wird der Koalition angelastet – und in der Folge der Verrat der Sozialdemokratie gegeißelt. Dazu kamen einzelne Artikel, die sich mit Begriffen wie *Freiheit* oder *unser Staat* beschäftigten und anhand dessen die prokapitalistisch-patriotische Haltung von SPÖ und KPÖ entlarvten, einzelne Artikel, die sich mit dem „Internationalismus" von Sozialdemokrat/inn/en und Stalinist/inn/en kritisch auseinandersetzten, und einzelne Artikel, die zur Weltlage Stellung nahmen und dabei vor allem die konterrevolutionäre Politik der Stalinbürokratie kritisierten.

Betriebsarbeit wurde von den Kampfbund-Genoss/inn/en im Wesentlichen individuell betrieben. Es gab zwar Anleitungen und einen gegenseitigen Erfahrungsaustausch, aber keine systematische Arbeit als Organisation – wobei, ähnlich wie für die IKÖ,

[169] Anhang *Zur Wahltaktik der IKÖ*, 9.9.1949, FD; Bei den Bundespräsidentenwahlen 1951 hingegen kam der Kampfbund angesichts dessen, dass die SPÖ „in Wahrheit eine Profithilfspartei" sei, zu folgendem Schluss: „Um das (den notwendigen Aufbau einer Partei der proletarischen Demokratie) scharf zu unterstreichen, werden wir uns bei der Bundespräsidentenwahl der Stimme enthalten, indem wir leere Stimmzettel einlegen." (in: Arbeiterblatt Nr.15a, April 1951)

[170] Die letzte Nummer des Arbeiterblattes (die Nummer 231) erschien im Mai 1973.

ein offenes Auftreten ja durch die Konspirativität so und so unmöglich war. Während des Schuharbeiter/innen/streiks war die Gruppe noch sehr schwach und hatte keinerlei Intervention. Während des Oktoberstreiks 1950 beteiligten sich die Mitglieder je nach betrieblicher Situation, wirklich engagiert; hervorgetan hatte sich dabei der Straßenbahner Stani, der Kampfbund-Mitglied war. Er wurde in der Folge von seinen Vorgesetzten gemaßregelt und durch jahrzehntelange Degradierung zu minderqualifizierten Hilfsarbeiten gebrochen, was schließlich zu tiefer persönlicher Verbitterung führte.

In der Kampfbund-Gruppe insgesamt herrschte wohl eher eine skeptische Haltung zum Oktoberstreik vor, vermutlich wurde aber auch die Bedeutung – als größte offene Klassenauseinandersetzung der Zweiten Republik – unterschätzt. Das führte dazu, dass man sich weitgehend auf Kommentare im Arbeiterblatt beschränkte:

> „Die Arbeitenden haben schon mit den letzten drei Lohnabkommen ihre Erfahrungen gemacht, sie haben diesmal abgelehnt. Eine spontane Protestbewegung hat ganz Österreich erfasst und wird die Massen nicht so leicht loslassen.
>
> Doch die Arbeiter kämpfen gegen einen mächtigen Gegner, den zu besiegen die Voraussetzungen fehlen. Sie haben nicht nur den Klassengegner vor sich, sondern was noch schlimmer ist, den Feind im Rücken: die SP, die Gewerkschaftsführung und dazu die Stalinpartei. (...)
>
> Die Arbeiter sind führerlos, ihre Aktionen sind aufgespalten, uneinheitlich. Soweit die KP die Führung übernimmt, sucht sie politisches Kapital daraus zu schlagen zu Gunsten des Kremls. (...)
>
> Die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft und der Verrat der Gewerkschaftsbürokratie hatten zur Folge, dass in der Floridsdorfer Lokomotivfabrik gegen den Willen der Gewerkschaftsführung eine Betriebsrätekonferenz zusammentrat. Die Beschlüsse der Konferenz waren richtig und gerechtfertigt. Aber es gelang der Stalinbürokratie, die Führung des gebildeten Exekutivkomitees an sich zu reißen. Damit war schon der Keim zur Wirkungslosigkeit gelegt. Das gegen die Stalinisten bei den Arbeitern bestehende Misstrauen machte es den ehrlichen, kampfgewillten Betriebsräten schwer, und zum Teil auch unmöglich, die Arbeiter zu einer einheitlichen, solidarischen Aktion zu bringen.
>
> Die einer proletarischen Aktion unwürdigen Ausschreitungen, die sich in der Hauptsache gegen Proletarier richteten, entsprangen der kleinbürgerlichen Tendenz der Stalinbürokratie, welche gar nicht die Absicht hatte, eine Streikbewegung zu entfalten, da diese ihren grundsätzlichen russischnationalen, kleinbürgerlichen Einstellungen zuwiderläuft.
>
> Genauso schändlich handelt die SP und Gewerkschaftsführung, die bezahlte Knüppelgarden einsetzte, um streikende Arbeiter, die mit den Stalinisten nichts zu tun haben, zur Arbeit zu zwingen, um den Profit der Kapitalisten nicht zu gefährden.
>
> Arbeiter! Unser Kampf ist gerecht! Aber um einen Kampf zum Erfolg zu führen, bedarf es unbedingt einer proletarischdemokratischen Führung, die nicht klassenfremde Interessen vertritt.

> Darum müssen wir alles daran setzen, die Böhm und Konsorten zu entfernen, und sie zu ersetzen durch freigewählte Arbeiter, die der Sache des Proletariats treu ergeben sind, und ständig von uns kontrolliert werden.“[171]

Nachdem hier Übergriffe von Seiten der Streikenden mit solchen der Streikgegner/innen gleichgesetzt wurden, was wohl den Druck der überwiegend sozialdemokratischen Arbeiter/innen/schaft widerspiegelt, heißt es in einem anderen Kommentar:

> „Schonungslose Anklage gegen die Kremlpartei, immer wieder Bloßlegen ihrer russischnationalistischen Verratspolitik, das ja! – aber den Abwehrkampf der Arbeiter gegen die kapitalistische Preisoffensive, Lohnrauboffensive den darf man deshalb nicht eine Sekunde unterbinden, sondern muss ihn erst recht mit aller Kraft fördern! Gewerkschaftsbürokratie, SP tun das Gegenteil. (...) Welche Schlussfolgerungen? (...) sich in jedem Betrieb Kampfkomitees schaffen, unabhängig von der gewerkschaftlichen, ‘sozialistischen’, ‘kommunistischen’ Bürokratie.“[172]


20 g

Arbeiter!

Angestellter!

Dich geht es an...!

Weder

Lohnpakt!

noch

Volksdemokratie!

Verleger und für den Inhalt verantwortlich: Leopoldine Swoboda, Wien VI, Webgasse 9. — Druck: Josef Salesy, Wien V, Schloßgasse 23, Tel. B 25 4 52.

Im Oktoberstreik nahm der Kampfbund eine ähnlich passive Haltung ein wie die zu diesem Zeitpunkt gespaltene IKÖ. Von den Gruppen aus trotzkistischer Tradition zeigte somit die Steiner-Gruppe mit ihrer legalen Broschüre *Weder Lohnpakt noch Volksdemokratie!* das offensivste Auftreten.

Obwohl gerade im Oktoberstreik die unterschiedlichen Herangehensweisen von Kampfbund und Steiner-Gruppe deutlich wurden und Frey 1948 sogar für den Ausschluss eines Genossen eingetreten war, weil er unter anderem „Kontakt mit Steiner“ gehalten und möglicherweise der „Gedankenwelt Steiners zu(ge)neigt“[173] hätte, unternahm Frey im März 1951 schließlich einen brieflichen Versuch, eine Vereinigung mit der Steiner-Gruppe anzubahnen: Die Losung der Steiner-Gruppe *Die Vetrauensmänner und Betriebsräte dürfen sich nicht der Fraktionsdisziplin irgendeiner Partei unterordnen!* sei zwar letztlich anarchosyndikalistisch, wäre aber von der Steiner-Gruppe lediglich auf SPÖ und KPÖ gemünzt gewesen, weshalb es sich hier im Endeffekt nur um eine nicht durchdachte Formulierung handle. Dann kommt Frey zum Wesentlichen:

---

[171] *Arbeiterblatt* Nr.9, Oktober 1950

[172] *Arbeiterblatt*, Nr.10, November 1950 (Beitrag vom 30.9.1950)

[173] Brief an Siegfried, 14.7.1948

> „Nach meinem Eindruck stimmen wir in den wesentlichen Fragen überein, insbesondere in der nächsten Grundaufgabe, im Kampf für den Aufbau einer proletarischen Klassenpartei. Trifft meine Annahme zu, so wäre es gegen die Interessen der Arbeiterklasse, daher nicht mehr zu verantworten, dass wir weiter getrennt marschieren. Im Gegenteil, in diesem Fall ist es unsere Pflicht gegenüber der Arbeiterklasse, unsere zwei übereinstimmenden Gruppen zu vereinen.“[174]

Frey fügt hinzu, dass es sich um eine „ehrliche Einheit“ handeln müsse, wozu eine Übereinstimmung in den „praktischen Arbeitsmethoden“ nötig sei. Angesichts der bevorstehenden Fortsetzung des 2. imperialistischen Weltkrieges und der dabei höchstwahrscheinlichen Besetzung Wiens durch „Stalintruppen“ würden offenere Arbeitsmethoden, die raschere Fortschritte bringen könnten, der GPU die Liquidierung der Organisation erleichtern.

Die Steiner-Gruppe antwortete zwei Monate später:[175] Die Steiner-Gruppe hätte immer wieder versucht, „Aktionsgemeinschaften mit den anderen Gruppen anzuknüpfen“ – beispielsweise zur gemeinsamen Herausgabe einer legalen Zeitschrift, was der Kampfbund aber mit Hinweis auf mangelnde Kräfte und die Konspiration abgelehnt hätte. Zu einer tatsächlichen Übereinstimmung mit dem Kampfbund fehle noch viel, nicht nur was die Frage des Krieges und der Verteidigung der Sowjetunion, sondern vor allem was die Fragen des praktischen Kampfes betreffe. Der Kampfbund würde an seinen alten Methoden festhalten, was sich schon bei der Unterstützung der Kampfbundvertreter Hoch und Felix für den Ausschluss Steiners aus der IKÖ 1947 gezeigt hätte. Die Steiner-Gruppe gehe davon aus, dass es auch in Frühphasen der Parteibildung notwendig sei, sich an Kämpfen der Arbeiterklasse zu beteiligen und „mutig und kühn die rev. Idee besonders innerhalb der Arbeiterklasse zu vertreten“. Ein Genosse des Kampfbundes hingegen, der von Kolleg/inn/en als Vertrauensmann vorgeschlagen worden sei, hätte abgelehnt und sich bedeckt gehalten. Ein anderer wiederum, der im selben Betrieb arbeitete wie ein Genosse der Steiner-Gruppe, hätte letzteren in der Konfrontation mit der Bürokratie im Regen stehen gelassen. Die übertriebene Konspiration des Kampfbundes, der die Volksdemokratie für unvermeidlich halte, sei fatalistisch. Eine Einigung sei wünschenswert, allerdings sei dazu erst eine Bereinigung der angeführten Fragen notwendig.

In seiner erneuten Antwort betonte Frey, dass der Eroberung der Massen die Herausbildung der Avantgarde vorausgehen müsse. Da man für breitere Propaganda nicht die Kraft hätte (und sie außerdem Gefahren berge), müsse man mit der „intensiven Arbeitsmethode“, der individuellen Propaganda, vorgehen. Wenn einzelne Genoss/inn/en sich im Betrieb exponieren würden, würden sie von den Arbeitern bestenfalls als Idealisten angesehen. Das Ergebnis solcher Auftritte gehe gegen null, während gleichzeitig die Unternehmensleitung und die Bürokratie von SPÖ und Gewerkschaften dafür sorgen werde, dass die Stellung des Genossen im Betrieb und seine Arbeit erschwert werden, dass er innerbetrieblich versetzt wird oder überhaupt die Arbeit verliert. Wenn solcherart mehrmals Genossen ohne genügende Vorarbeit und leichtsinnig ins Feuer geschickt würden, würde das Vertrauen der Genoss/inn/en in

[174] Brief *An Genossen Steiner und seine Gruppe*, 14.3.1951, D. (d.i. Josef Frey)
[175] Brief *An Genossen F.D.*, 15.5.1951

die Organisation erschüttert – wodurch der Schaden den Nutzen deutlich überwiege. Die Vorbedingung für betriebliche Interventionen sei eine gefestigte Organisation, die stark genug sein müsse, um die Intervention vorzubereiten und zu unterstützen – dazu sei mindestens eine Wochenzeitung nötig. Die eigentliche Differenz mit der Steiner-Gruppe bestünde darin, dass diese meinte, „durch bloßen Mut, durch bloße Kühnheit, durch bloßen Opferwillen könnten wir das Kraftmanko ausgleichen".[176]

Ebenso wie die betrieblichen Interventionen des Kampfbundes sehr spärlich waren, war auch das Verständnis von Arbeit gegenüber der Sozialdemokratie sehr puritanisch. Viele Genoss/inn/en waren zwar – aus sozialen und strategischen Überlegungen – individuell Mitglieder der SPÖ oder ihrer Vorfeldorganisationen (besonders von Turnvereinen), es wurde aber keine systematische politische Arbeit in der Sozialdemokratie gemacht. Entrismus wurde nie als Möglichkeit diskutiert, auch Fraktionsarbeit nicht betrieben. Die Vorgangsweise der IKÖ wurde dementsprechend kritisiert.[177] Lediglich gegenüber der Hindels-Opposition versuchte man eine propagandistische Intervention. Im Juni 1951 wurde bei einem Treffen der Hindels-Opposition, bei dem auch einige Mitglieder der IKÖ und der IKÖ (O) anwesend waren, unter dem Deckmantel der PV ein *Offener Brief an die oppositionellen Genossen in der SP und SJ* verteilt:[178] Darin wurden die „ehrlichen Bemühungen" der Hindels-Anhänger begrüßt und auch gleich einleitend festgestellt, dass man keineswegs erwartete, die Angesprochenen mit diesem Brief zu überzeugen, dass erst „allerschwerste Erfahrungen" und „geistiges Ringen mit Euch selbst" zur „unumgänglichen Wahrheit" der „Unheilbarkeit" von SPÖ und KPÖ führen würden. In der Folge wurde eine recht orthodoxe marxistisch-trotzkistische Kritik an der Koalitionspolitik der SPÖ und an den eher schwammigen und unklaren Vorstellungen der Hindels-Strömung vorgelegt. Insbesondere wurde der Ausdruck des „kommunistischen Imperialismus" als unsinnig eingeschätzt, kritisiert, dass die Vermischung von Stalinismus und Kommunismus der Bourgeoisie in die Hände spiele, die Hindels-Losung *Weder russisch, noch amerikanisch!* unzulänglich sei, und gefordert, dass die Sowjetunion gegen den Imperialismus verteidigt werden müsse. Nach einer Differenzierung zwischen bürgerlicher und proletarischer Demokratie und der Herausarbeitung der Notwendigkeit einer neuen Arbeiterpartei, wird in einem Nachtrag schließlich noch vor dem Titoismus gewarnt, der dem „Russonationalismus" Stalins lediglich einen jugoslawischen Nationalismus entgegenstelle.

Da der *Offene Brief* doch eher in belehrendem Stil gehalten war, da keine Möglichkeit bestand, zur PV in Verbindung zu treten (und – natürlich auch – da in der Hindels-Opposition keine reale Linksentwicklung stattfand), führte er für den Kampfbund zu keinen sichtbaren Resultaten. Die Mitglieder von IKÖ und IKÖ (O) in der Hindels-Gruppe dürften den *Offenen Brief* auch eher als Behinderung ihrer Bemühungen der „sanften" Beeinflussung betrachtet haben. Der Kampfbund unternahm in der Folge jedenfalls keine ähnlich gearteten Interventionen mehr.

---

[176] Brief an die Steiner-Gruppe (Antwort auf den Brief vom 15.5.1991), ohne Datum, F.D.

[177] siehe unten

[178] *Offener Brief an die oppositionellen Genossen in der SP und SJ*, 15.Juni 1951, PV

24. April 1948.

Lieber Freund!

Ein selbstständiges Geschäft in die Höhe zu bringen, das erfordert natürlich - ganz besonders am Anfang - geduldiges, ausdauerndes Arbeiten. Da die Geschäftsteilnehmer davon fest durchdrungen sind und darnach handeln, so bin ich überzeugt, dass es ihnen gelingen wird, das Geschäft schliesslich vorwärts zu führen. Sie werden sich einarbeiten, ihre geschäftliche Qualität immer mehr steigern und gerade dadurch an Kundschaft gewinnen.

Dass die Trennung von dem untreuen, bornierten, illoyalen, unehrlichen frühern Geschäftspartner vollzogen ist, schafft klare Bahn. Dass er einen Grossteil des Geschäftseigentums widerrechtlich an sich gerissen - inbegriffen sogar von Privateigentum - das darf man dem Mann nicht vergessen, sondern muss es im geeigneten Zeitpunkt aufrollen. Über das Wann und Wie des Vorgehens wird sich noch Gelegenheit finden zu beraten.

Es würde mich sehr freuen, wenn jemand von der Familie herkäme. Er würde bestimmt manche gute Sachen mitbekommen, nicht zuletzt die sieben Restpackeln, die ich schon vor längerer Zeit zugesagt.

Frau Schwab musste die Reise nach Wien verschieben. Sie muss jetzt nahe Angehörige, denen es besonders schwer geht, besuchen. Aber sie wird kommen. Ihr Schweizer Geschäft steht auf festen Beinen und macht weiterhin vielversprechende Fortschritte.- Die Sache mit den Sanitätsartikeln soll man am besten einstweilen auf sich beruhen lassen und warten, bis Frau Schwab nach Wien kommt.

Ich nehme an, dass der dritte Kompagnon wohlauf ist, so dass er ordentlich mitarbeiten kann.

Mit den besten Grüssen an Sie und die ganze Familie

Ihr

Berger

Oesterreich Zensurstelle 362

Verschlüsselter Brief von Josef Frey an den Kampfbund – mit Zensurstempel (1948)

7.2. Niedergang und Orientierungskrise 1952 bis 1957

Ab 1952 setzte ein personeller Niedergang des Kampfbundes ein. Bis 1957 war die Mitgliedschaft wieder auf zwölf Genossen (plus 4 Kandidaten) zurückgegangen.[179] Dazu kamen ein Abbruch von Kontakten und eine zunehmende Orientierungskrise, was sich auch in einer partiellen organisatorischen Zerrüttung niederschlug. Als nach dem demoralisierten Ausstieg Turanskys im Oktober 1956 dann 1957 auch noch Frey starb, befand sich die verbliebene Gruppe endgültig in einer Sinnkrise.

Hintergrund dieser Entwicklung war die allgemeine gesellschaftliche Entwicklung. Der seit dem Ausbruch des Kalten Krieges herrschende Antikommunismus verfestigte sich nach der Niederlage des Oktoberstreiks weiter. Ab 1953 kam dazu ein gewisser ökonomischer Aufschwung, der die prokapitalistische Ideologie der in der Arbeiter/innen/schaft dominanten Sozialdemokratie auf eine solidere materielle Grundlage stellte. Angesichts dessen wurde die Isolation, in der sich die revolutionären Gruppen schon aufgrund der Illegalität der Besatzung befanden, auch politisch weiter verstärkt. In besonderem Ausmaß galt das für eine Gruppe wie den Kampfbund, der sich auch von seinem Aufbaukonzept weitgehend von der Arbeiter/innen/bewegung abschottete und der in der internationalen revolutionären Bewegung weitgehend isoliert war.

Dabei war Frey dieses Problem durchaus bewusst. Ende April 1955 schrieb er bezüglich der Außenpropaganda folgendes an den Kampfbund: „Ich mache nicht den Vorwurf, dass keine AP-Erfolge erzielt werden, sondern dass die AP-Arbeit überhaupt nicht gemacht wird. Aus Misserfolgen würden unsere Leute lernen. Man muss sie aktivieren. Das ist das, worauf Ihr jetzt die Hauptkraft konzentrieren müsst.“[180] Bezüglich legaler und breiterer Arbeit hatte er Mitte September 1954 die Latte allerdings ziemlich hoch gelegt:

> „Natürlich wollen wir möglichst bald öffentlich vortreten, doch dazu müssen wir stärker und viel besser organisiert sein. Ohne ein regelmäßiges Wochenblatt herausgeben, behaupten zu können, würden wir uns vor den Massen nur lächerlich machen. Dabei muss auch berücksichtigt werden die Besetzung durch die 4 Mächte.“[181]

Gleichzeitig wurde aber bereits ab 1956 die Basis für eine spätere Konsolidierung gelegt. Die verbliebenen Genoss/inn/en, die bereit waren, die extreme Isolation auf sich zu nehmen, begannen ab 1956 mit der Herausgabe des *Kurses*, der zehnteiligen Schulungsbroschüren von Frey. Ursprünglich sollte die Schweizer Sektion in Kooperation mit Frey diese Aufgabe übernehmen, als sich Frey jedoch Mitte der 1950er Jahre mit den Schweizer Genoss/inn/en zerkrachte, waren sie nicht mehr bereit, dieses Vorhaben zu unterstützen. In der Folge fiel diese Aufgabe den Kampfbündler/inne/n selbst zu, was zwar viel Arbeit, aber auch eine politische Festigung mit sich brachte.

Im Arbeiterblatt, das weiterhin zumindest im Monatsrhythmus erschien, dominierten weiterhin Artikel, die den Verrat der SPÖ (und der KPÖ) an den Arbei-

[179] Angaben nach Aufzeichnungen von Günter Schneider.
[180] Brief Freys an den Kampfbund vom 23.4.1955; zitiert nach: Günter (d.i. Günter Schneider): *Zur Entwicklung unserer Organisation*, 31.8.1975
[181] ebd.

ter/innen/interessen anprangerten – entweder in Form von Kommentaren zu aktuellen Fragen (Lohn- und Preisentwicklung, Produktivität, Verstaatlichte, Arbeitszeitverkürzung, Mindestlohn) oder in Form von Beiträgen zu grundsätzlichen oder historischen Themen. Es häuften sich nun aber auch Artikel zu internationalen Fragen wie zu China,[182] zur Weltlage insgesamt,[183] zum Slansky-Prozess,[184] zu Berias Sturz und Stalins Tod[185] oder zum Suezkonflikt.[186]

Der Wahlaufruf des Kampfbundes zu den Nationalratswahlen von 1953[187] ist insofern bemerkenswert, als dabei ein Positionswechsel gegenüber 1949 vollzogen wird. Die ÖVP, die „Partei des Kapitalismus, Klerikalismus, Monarchismus, Faschismus", und der „faschistische VDU" seien für Arbeiter unwählbar.[188] Und da eine „proletarischdemokratische Partei" noch nicht existiere, kommt der Kampfbund zu folgendem Schluss:

> „Die Partei der verspiesserten, verkleinbürgerlichten Arbeiterbürokratie, die sozialpharisäische, schwindelsozialistische Partei die SP ist ein sehr großes Übel! Dennoch, im Vergleich zur Partei der stalinbürokratischen Sozialgangstern, der schwindelkommunistischen Partei ist sie das kleinere Übel! Deshalb fordern wir Euch auf: Wählt die SP! (...) Vorwärts, alle an die Urnen für die sozialpharisäische, schwindelsozialistische Partei, für die SP!"

Während in diesem Wahlaufruf der Stalinismus als das größere Übel als die SPÖ charakterisiert wurde, kam der Kampfbund einige Monate später im Zusammenhang mit der Arbeiter/innen/revolte in der DDR zu folgenden Ergebnissen: Unter dem Titel *Augen auf, Arbeiter: Gegenrevolution am Werk!*[189] wurde – vermutlich von Frey selbst – der Kampfbeginn gegen die Erhöhung der Arbeitsnormen als berechtigt betrachtet. Dass der Kampf angedauert hätte, obwohl das Regime die Verfügung sofort zurückgezogen hätte, wurde mit dem „berechtigten Riesenhass" der Arbeiter „gegen die stalinbürokratischen Verbrecher" erklärt. Die politischen Losungen der Bewegung hätten jedoch nicht im Entferntesten „in die Richtung der proletarischen Klasseninteressen" gewiesen. „Man muss aussprechen, was ist: Die Massen kämpften unter bürgerlichen Losungen. (...) diese Erhebung wurde faktisch gerichtet gegen die SU und damit auch gegen die Arbeiter und armen Bauern Russlands." Den Hintermännern der Erhebung gehe es um die Vorbereitung eines Weltkrieges, durch den die Massen der

---

[182] Arbeiterblatt Nr.37, Juli 1952

[183] Arbeiterblatt Nr.43, November 1952; Arbeiterblatt Nr.46, Dezember 1952; Arbeiterblatt Nr.76, Jänner 1955

[184] Arbeiterblatt Nr.46, Dezember 1952

[185] Arbeiterblatt Nr.56, August 1953

[186] Arbeiterblatt Nr.97, September 1956

[187] Arbeiterblatt Nr.47, Jänner 1953

[188] Bemerkenswert ist, dass in der Kampfbund-Propaganda nicht nur der VDU (die Vorläuferorganisation der FPÖ) als faschistisch bezeichnet wurde, sondern – und nicht nur in diesem Artikel – auch die ÖVP als teilweise faschistisch eingeordnet wurde. Hier handelt es sich wohl um eine historische Verlängerung aus der Zeit des Austrofaschismus – eine Einschätzung jedenfalls, die sich mit einer marxistischen/trotzkistischen Analyse nicht verträgt und einem inflationär-moralischen Faschismusbegriff den Boden bereitet.

[189] Arbeiterblatt Nr.55, Juli 1953

Sowjetunion und der Volksdemokratien wieder „dem weltkapitalistischen Ausbeutungssystem“ unterworfen werden sollten. Das mangelnde Klassenbewusstsein hätte dazu geführt, dass sich die ostdeutschen Arbeiter für den Imperialismus und die kapitalistische Gegenrevolution missbrauchen hätten lassen. Die Arbeiter müssten „ihren Kampf zum Sturz der stalinbürokratischen Diktatur in der SU, in den ‘Volksdemokratien’ *unterordnen* ihrem Kampf gegen die imperialistischen Kriegstreiber, gegen die kapitalistische Gegenrevolution.“

In dieser Position drückt sich insgesamt doch eine sehr vorsichtige und skeptische Haltung gegenüber Arbeiter/innen/protesten in stalinistischen Ländern, die notwendigerweise zu einer zeitweiligen Destabilisierung der jeweiligen gesellschaftlichen Strukturen führen müssen, aus. Während Trotzki davon ausging, dass sich der Arbeiter/innen/protest aufgrund der verheerenden Auswirkungen des Stalinismus auf das Bewusstsein vor allem gegen die Privilegien der Bürokratie und die politische Unfreiheit richten und politisch diffus sein werde, dass es für Revolutionäre gerade darum gehe, durch eine Intervention auf die politische Stoßrichtung einzuwirken,[190] macht der Kampfbund seine Unterstützung doch recht ultimatistisch von einem relativ hohen Bewusstsein abhängig. Die revolutionären Chancen, die solche Arbeiter/innen/proteste in sich bergen, werden den Gefahren für den degenerierten Arbeiter/innen/staat untergeordnet. Von der Methode her lässt sich hier wohl eine Fortsetzung der *Kombinierten Kriegstaktik* festmachen – möglicherweise auch eine Freysche Überbewertung der militärischen Ebene gegenüber der politischen. Hinter der verbal sehr orthodoxen und scharfen Haltung gegenüber dem Stalinismus standen beim Kampfbund damit in der Praxis auch stalinophile Tendenzen.

Auch der Abschluss des österreichischen Staatsvertrages, der 1952 vom Kampfbund noch für „sehr unwahrscheinlich“ gehalten wurde,[191] wurde von Frey ausführlich kommentiert.[192] Auf wirtschaftlicher Ebene könne der Staatsvertrag „den Grundwiderspruch des kapitalistischen Systems: den Widerspruch zwischen den wachsenden Produktivkräften und der im Verhältnis dazu immer wieder und immer mehr zurückbleibenden Massenkaufkraft“ nicht lösen. Abgesehen davon, dass Frey hier einer Unterkonsumptionstheorie anhing, zog er aus der von ihm prognostizierten bevorstehenden Verschärfung der kapitalistischen Widersprüche die Schlussfolgerung, dass sich der Imperialismus bereits für einen Weltkrieg gegen die Sowjetunion als Ausweg entschlossen hätte. Der Staatsvertrag wäre in diesem Zusammenhang eine Konzession des Kreml, um sich Entspannung zu erkaufen, wäre aber für den Imperialismus keineswegs ausreichend. Rein militärisch belaste „der Staatsvertrag die Imperialisten ein wenig mehr als den Kreml“, da die Nord-Süd-Verbindung über Tirol verloren gegan-

[190] So formulierte Trotzki 1939 in Bezug auf die politische Revolution: „Vom Standpunkt der Verteidigung stellt diese Revolution wie jede andere sicherlich eine gewisse Gefahr dar. Was nun? Wenn unser Kritiker das Problem gründlich durchdacht hätte, würde er antworten, dass diese Gefahr ein unvermeidliches historisches Risiko darstellt, das man nicht umgehen kann, weil die UdSSR unter der Herrschaft der bonapartistischen Bürokratie zum Untergang verurteilt ist.“ (Leo Trotzki: *Die Unabhängigkeit der Ukraine und die sektiererischen Wirrköpfe*, in: Trotzki-Schriften 1.2)

[191] Die wirtschaftliche und politische Lage Österreichs, die Perspektiven und die der österreichischen Arbeiterklasse gestellten Aufgaben, internes Papier, 12.4.1952, Verfasser: vermutlich Josef Frey.

[192] Arbeiterblatt Nr.82, Juni 1955

gen sei. Die „bewaffnete Neutralität Österreichs“ würde jedenfalls keineswegs ausreichen, um das Staatsgebiet zu verteidigen, Österreich würde „im nahenden heißen Weltkrieg wieder besetzt werden“.[193]

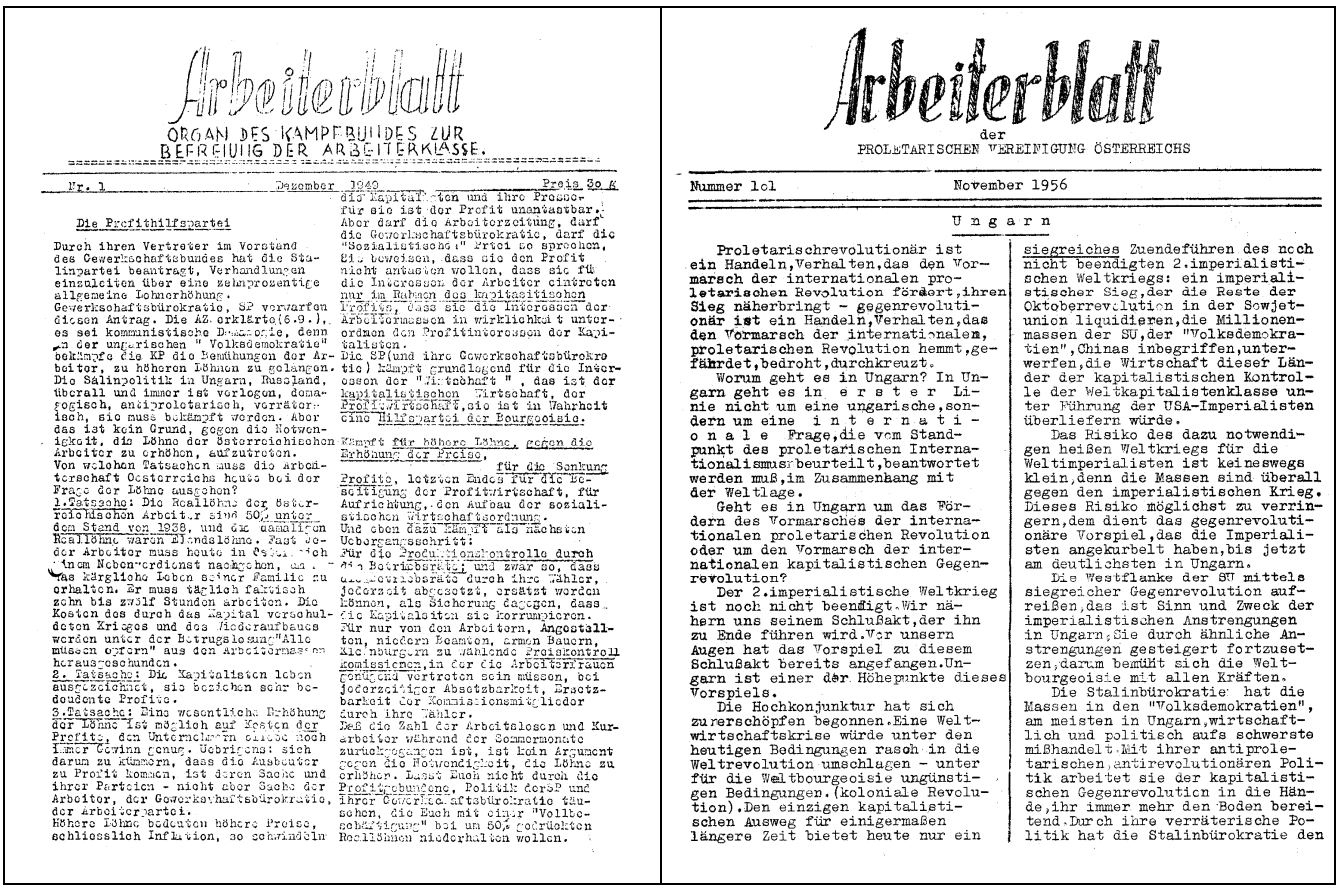
Innenpolitisch bedeute der Staatsvertrag, dass die Arbeiter „größere Bewegungsfreiheit haben als bisher“. Für die so genannte „’innere Sicherheit’“ müsse nun der einheimische „kapitalistische Machtapparat“ sorgen. Dieser Staat werde sich dadurch immer mehr entlarven, wodurch der Staatsvertrag „zum Erwachen des proletarischen Klassenbewußtseins“ beitragen werde. Angesichts der mit dem Staatsvertrag einhergehenden Belastungen, der ansteigenden Arbeitslosigkeit und „der wachsenden Ausbeutung werden die Arbeiter für ihre Interessen ernst kämpfen“, wobei sich die Gewerkschaftsbürokratie „als eine kapitalistische Kraft“ zeigen werde. Zusammengefasst kam man zu folgendem Ergebnis (das dem der IKÖ sehr ähnlich war):

> „Wir begrüßen den Staatsvertrag. Er bringt den Massen Freiheit von der Besetzung, grössere Bewegungsfreiheit! Doch keine Illusionen! Österreich bleibt auch nach dem Staatsvertrag ein kapitalistischdemokratischer, ein *kapitalistischer* Staat! Die österreichischen Arbeiter bleiben auch nach dem Staatsvertrag *Ausgebeutete*!“

Eine weitere Frage, zu der der Kampfbund ausgiebig Stellung bezog, war der ungarische Aufstand von 1956: „Der polnische, ungarische Nationalkommunismus will Unabhängigkeit von der russisch-nationalkommunistischen Stalinbürokratie (...).“ Durch jahrzehntelangen reformistischen Verrat sei es der Weltbourgeoisie dabei gelungen, „Teile der Massen gegenrevolutionär zu verreißen“. „Den Ostblock erschüttern, die Westflanke der Sowjetunion aufreißen, um sich den heißen imperialistischen Weltkrieg, auf den sie losgehen, zu erleichtern – das ist das Ziel dieser imperialistischen Anstrengungen.“ „Was sich vor unseren Augen abspielt, ist ein Teil des Vorspiels zum Schlussakt des Zweiten imperialistischen Weltkriegs.“[194] Bei den Ereignissen in Ungarn handle es sich deshalb in erster Linie um eine internationale Frage. Die Entstehung von Arbeiterräten könne nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Bourgeoisie die „Liquidierung“ des Sowjetstaates anstrebe. Der Kampf des zentralen ungarischen Arbeiterrates „geht gegen die stalinbürokratische Regierung, gegen deren Politik. Dagegen wäre nichts einzuwenden. Allein dem ungarischen Arbeiterrat geht es nur, ausschließlich um diesen Kampf – und gerade diese Ausschließlichkeit macht den ungarischen Arbeiterrat zu einem Instrument der Gegenrevolution! (...) Der Arbeiterrat müsste den ungarischen Arbeitern zumindest die Augen öffnen, dass sie es heute grundlegend überall, auch in Ungarn, vor allem zu tun haben mit dem Hauptfeind der Arbeiterklasse, mit der Weltbourgeoisie (...). Der Arbeiterrat müsste den ungarischen Arbeitern die Augen öffnen für die Erkenntnis, dass der Sieg der internationalen pro-

[193] In der folgenden Nummer des Arbeiterblattes (Nr.83, Juli 1955) wurde unter dem Titel *Oesterreichische Wehrmacht – Für welche Klasse – gegen welche Klasse?* sehr eindeutig zum Klassencharakter des entstehenden neuen Heeres Stellung genommen.

[194] sämtliche bisherige Zitate zu Ungarn aus: Arbeiterblatt Nr.100, November 1956; Das Beharren darauf, dass es sich bei der erwarteten Konfrontation zwischen Imperialismus und der Sowjetunion nicht um einen neuen, dritten Weltkrieg handeln werde, sondern um eine Fortsetzung des zweiten, war ein „Markenzeichen“ von Frey und dem Kampfbund – siehe dazu unten.



Arbeiterblatt

ORGAN DES KAMPFBUNDES ZUR BEFREIUNG DER ARBEITERKLASSE.

Nr. 1 — Dezember 1949 — Preis 30 g

Die Profithilfspartei

Durch ihren Vertreter im Vorstand des Gewerkschaftsbundes hat die Stalinpartei beantragt, Verhandlungen einzuleiten über eine zehnprozentige allgemeine Lohnerhöhung. Gewerkschaftsbürokratie, SP verwarfen diesen Antrag. Die AZ erklärte(6.9.), es sei kommunistische Demagogie, denn in der ungarischen "Volksdemokratie" bekämpfe die KP die Bemühungen der Arbeiter, zu höheren Löhnen zu gelangen. Die Stalinpolitik in Ungarn, Russland, überall und immer ist verlogen, demagogisch, antiproletarisch, verräterisch, sie muss bekämpft werden. Aber das ist kein Grund, gegen die Notwendigkeit, die Löhne der österreichischen Arbeiter zu erhöhen, aufzutreten.

Von welchen Tatsachen muss die Arbeiterschaft Oesterreichs heute bei der Frage der Löhne ausgehen?

1.Tatsache: Die Reallöhne der österreichischen Arbeiter sind 50% unter dem Stand von 1938, und die damaligen Reallöhne waren Elendslöhne. Fast jeder Arbeiter muss heute in Oesterreich einen Nebenverdienst nachgehen, um das kärgliche Leben seiner Familie zu erhalten. Er muss täglich fabrisch zehn bis zwölf Stunden arbeiten. Die Kosten des durch das Kapital verschuldeten Krieges und des Wiederaufbaues werden unter der Betrugslosung"Alle müssen opfern" aus den Arbeitermassen herausgeschunden.

2. Tatsache: Die Kapitalisten leben ausgezeichnet, sie beziehen sehr bedeutende Profite.

3.Tatsache: Eine wesentliche Erhöhung der Löhne ist möglich auf Kosten der Profite, den Unternehmern bleibt noch immer Gewinn genug. Uebrigens: sich darum zu kümmern, dass die Ausbeuter zu Profit kommen, ist deren Sache und ihrer Parteien - nicht aber Sache der Arbeiter, der Gewerkschaftsbürokratie, der Arbeiterpartei.

Höhere Löhne bedeuten höhere Preise, schliesslich Inflation, so schwindeln die Kapitalisten und ihre Presse. Für sie ist der Profit unantastbar. Aber darf die Arbeiterzeitung, darf die Gewerkschaftsbürokratie, darf die "Sozialistische" Partei so sprechen, die beweisen, dass sie den Profit nicht antasten wollen, dass sie für die Interessen der Arbeiter eintreten nur im Rahmen des kapitalistischen Profits, dass sie die Interessen der Arbeitermassen in wirklichkeit unterordnen den Profitinteressen der Kapitalisten.

Die SP(und ihre Gewerkschaftsbürokratie) kämpft grundlegend für die Interessen der "Wirtschaft", das ist der kapitalistischen Wirtschaft, der Profitwirtschaft,die ist in Wahrheit eine Hilfspartei der Bourgeoisie:

Kämpft für höhere Löhne, gegen die Erhöhung der Preise,

für die Senkung Profite, letzten Endes für die Beseitigung der Profitwirtschaft, für Aufrichtung, den Aufbau der sozialistischen Wirtschaftsordnung.

Und eben dazu kämpft die höchste Uebergangsschritt:

Für die Produktionskontrolle durch die Betriebsräte, und zwar so, dass die Betriebsräte durch ihre Wähler, jederzeit abgesetzt, ersetzt werden können, als Sicherung dagegen, dass die Kapitalisten sie korrumpieren.

Für nur von den Arbeitern, Angestellten, niederen Beamten, armen Bauern, Kleinbürgern zu wählende Preiskontrollkommissionen,in der die Arbeiterfrauen genügend vertreten sein müssen, bei jederzeitiger Absetzbarkeit, Ersetzbarkeit der Kommissionsmitglieder durch ihre Wähler.

Daß die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter während der Sommermonate zurückgegangen ist, ist kein Argument gegen die Notwendigkeit, die Löhne zu erhöhen. Lasst Euch nicht durch die Profitgebungene, Politik derSP und ihrer Gewerkschaftsbürokratie täuschen, die Euch mit einer "Vollbeschäftigung" bei um 50% gedrückten Reallöhnen niederhalten wollen.

Arbeiterblatt

der

PROLETARISCHEN VEREINIGUNG ÖSTERREICHS

Nummer 101 — November 1956

U n g a r n

Proletarischrevolutionär ist ein Handeln,Verhalten,das den Vormarsch der internationalen proletarischen Revolution fördert,ihren Sieg näherbringt - gegenrevolutionär ist ein Handeln,Verhalten,das den Vormarsch der internationalen, proletarischen Revolution hemmt,gefährdet,bedroht,durchkreuzt.

Worum geht es in Ungarn? In Ungarn geht es in e r s t e r Linie nicht um eine ungarische,sondern um eine i n t e r n a t i o n a l e Frage,die vom Standpunkt des proletarischen Internationalismus beurteilt,beantwortet werden muß,im Zusammenhang mit der Weltlage.

Geht es in Ungarn um das Fördern des Vormarsches der internationalen proletarischen Revolution oder um den Vormarsch der internationalen kapitalistischen Gegenrevolution?

Der 2.imperialistische Weltkrieg ist noch nicht beendigt.Wir nähern uns seinem Schlußakt,der ihn zu Ende führen wird.Vor unsern Augen hat das Vorspiel zu diesem Schlußakt bereits angefangen.Ungarn ist einer der Höhepunkte dieses Vorspiels.

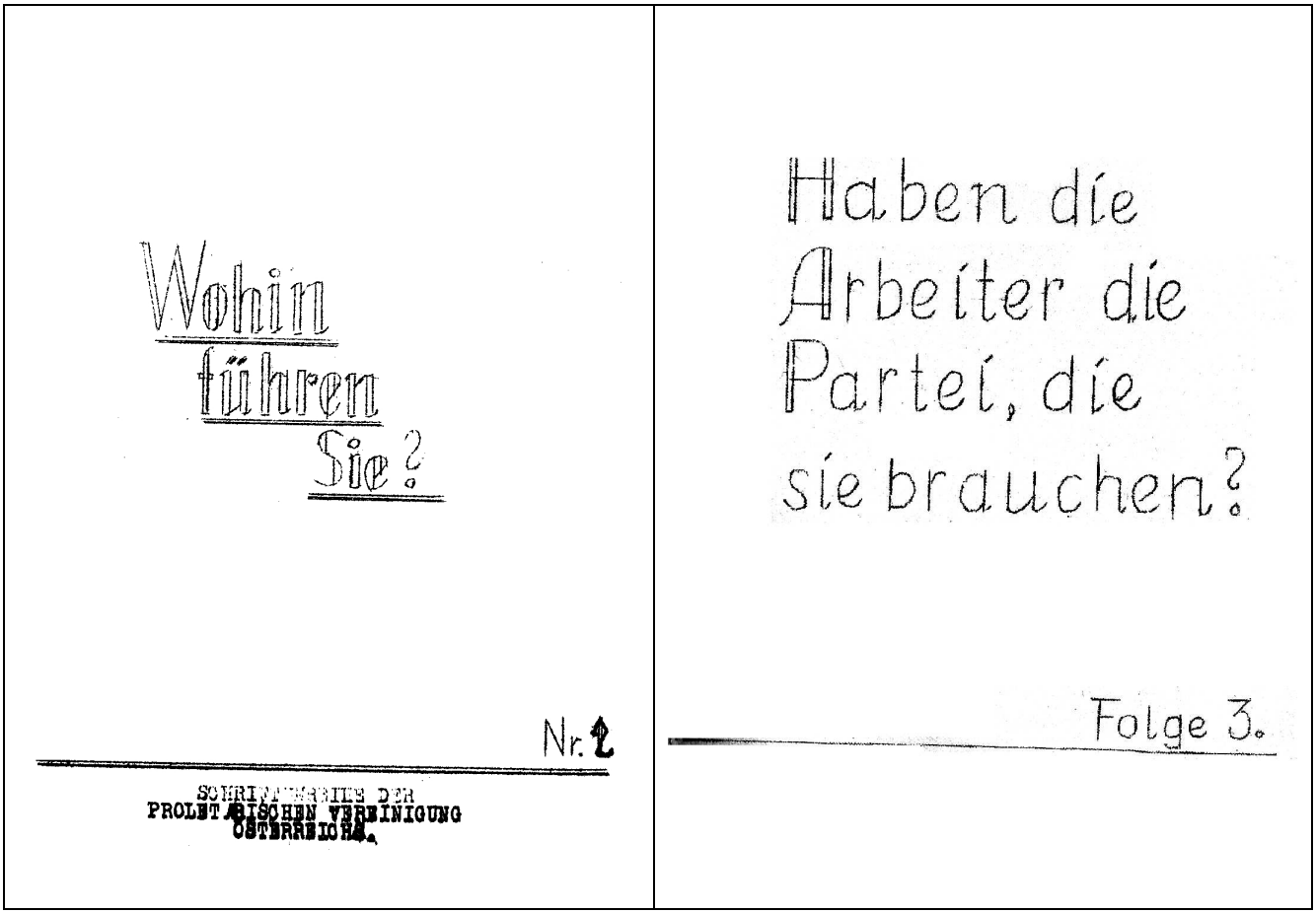
Die Hochkonjunktur hat sich zu erschöpfen begonnen.Eine Weltwirtschaftskrise würde unter den heutigen Bedingungen rasch in die Weltrevolution umschlagen - unter für die Weltbourgeoisie ungünstigen Bedingungen.(koloniale Revolution).Den einzigen kapitalistischen Ausweg für einigermaßen längere Zeit bietet heute nur ein siegreiches Zuendeführen des noch nicht beendigten 2.imperialistischen Weltkriegs: ein imperialistischer Sieg,der die Reste der Oktoberrevolution in der Sowjetunion liquidieren,die Millionenmassen der SU,der "Volksdemokratien",Chinas inbegriffen,unterwerfen,die Wirtschaft dieser Länder der kapitalistischen Kontrolle der Weltkapitalistenklasse unter Führung der USA-Imperialisten überliefern würde.

Das Risiko des dazu notwendigen heißen Weltkriegs für die Weltimperialisten ist keineswegs klein,denn die Massen sind überall gegen den imperialistischen Krieg. Dieses Risiko möglichst zu verringern,dem dient das gegenrevolutionäre Vorspiel,das die Imperialisten angekurbelt haben,bis jetzt am deutlichsten in Ungarn.

Die Westflanke der SU mittels siegreicher Gegenrevolution aufreißen,das ist Sinn und Zweck der imperialistischen Anstrengungen in Ungarn;Sie durch ähnliche Anstrengungen gesteigert fortzusetzen,darum bemüht sich die Weltbourgeoisie mit allen Kräften.

Die Stalinbürokratie hat die Massen in den "Volksdemokratien", am meisten in Ungarn,wirtschaftlich und politisch aufs schwerste mißhandelt.Mit ihrer antiproletarischen,antirevolutionären Politik arbeitet sie der kapitalistischen Gegenrevolution in die Hände,ihr immer mehr den Boden bereitend.Durch ihre verräterische Politik hat die Stalinbürokratie den

Arbeiterblatt: erste Ausgabe (1949) und Nummer 101 zu Ungarn (1956)



Wohin führen Sie?

Nr. 1

SCHRIFTENREIHE DER PROLETARISCHEN VEREINIGUNG ÖSTERREICHS

Haben die Arbeiter die Partei, die sie brauchen?

Folge 3.

Schriftenreihe der Proletarischen Vereinigung

letarischen Revolution (...) von den Millionenmassen erkämpft werden muss (...). Einzig und allein wenn der ungarische Arbeiterrat in der heutigen Weltlage diese Politik triebe, wäre er ein Instrument der proletarischen Revolution. Ohne das wirkt er gegenrevolutionär (...).“[195]

„Für den Tiefstand des Massenbewusstseins besonders bezeichnend ist die traurige Tatsache, dass sogar ehrliche proletarische Revolutionäre, verleitet von ihrem ‚revolutionärem Optimismus’, der Arbeiterschaft einreden, in Ungarn gehe es um den ersten Akt der politischen Revolution der Arbeiterklasse (...)“, womit diese der Konterrevolution in die Hände arbeiten würden. „Indem wir den Arbeitern die volle Wahrheit über Ungarn sagen, erschweren wir den gegenrevolutionären Vormarsch, kämpfen wir für den Vormarsch der internationalen proletarischdemokratischen Revolution!“[196]

Insgesamt wurde in den Artikeln des Kampfbundes also weitgehend die Position zur Revolte in der DDR 1953 reproduziert. Man konzentrierte die Betrachtungsweise völlig auf die Absichten und Interessen des Imperialismus und der nationalen stalinistischen Bürokratien – und sah die ungarische Arbeiter/innen/klasse lediglich als Objekt, dem man keine eigenständige Rolle, keinen politischen Spielraum einräumte. In der Folge machte man den aufständischen ungarischen Arbeiter/inne/n eine korrekte programmatische Position zu Stalinismus und Imperialismus zur Vorbedingung für eine Unterstützung und verbaute sich damit jede taktische Herangehensweise. Letztlich doch eine eher sterile und sektiererische Haltung – eine Haltung, die in Zusammenhang mit der generellen politischen Positionierung des Kampfbundes nach 1947 stand, die oftmals in Abgrenzung zum IS der 4. Internationale stattfand.

7.3. Verhältnis zum Internationalem Sekretariat und zur IKÖ

Sämtliche grundsätzlichen Dokumente des Kampfbundes zu internationalen Fragen und zur Positionierung innerhalb der trotzkistischen Bewegung wurden von Frey verfasst – nicht nur, weil er in der Schweiz mit der dortigen Sektion eng kooperierte und dadurch direkteren Kontakt zur internationalen Diskussion hatte, sondern auch, weil er eben die zentrale politische Persönlichkeit des Kampfbundes war. Im Juni 1948 bilanzierte Frey in einem längeren grundsätzlichen Papier den 2. Weltkongress der 4. Internationale.[197] Da die meisten späteren Papiere Adaptierungen, Vertiefungen oder Varianten der darin formulierten Positionen sind, kann es als zentrales Dokument betrachtet werden.

---

[195] Arbeiterblatt Nr.102, Dezember 1956

[196] Diese Passagen stammen aus: Arbeiterblatt Nr.101, November 1956; Mit den „ehrlichen proletarischen Revolutionären“ sind vermutlich die IKÖ-Genoss/inn/en gemeint. Die zunehmende Spezifizierung der Argumentation in den aufeinander folgenden Artikeln dürfte – ebenso wie der 14-tägige Erscheinungsrhythmus und die Art der Argumentation – ein Indiz dafür sein, dass der Kampfbund mit seiner Position politisch unter Druck stand und sich besonders gezwungen sah, sich gegenüber der IKÖ zu wappnen. Im Arbeiterblatt Nr.103 (Jänner 1957) wurde schließlich noch ein Artikel mit dem Titel *Sturz der Stalinbürokratie: von links oder von rechts?* hinzugefügt.

[197] G. Hirt (d.i. Josef Frey): *Eine Bilanz*, 24.6.1948

Im ersten Abschnitt über die Einschätzung der Weltlage wird hervorgehoben, dass der Zweite Weltkrieg noch nicht beendet sei, dass es sich lediglich um eine Atempause handle, die imperialistischen Widersprüche aber baldigst zu neuem Krieg führen werden. Es könne keineswegs von einem dritten Weltkrieg die Rede sein, da der neue Krieg dieselbe Grundursache habe wie der Zweite Weltkrieg.

Mit einer solchen Argumentation könnte natürlich ebenso – ja in Wirklichkeit sogar: viel eher – behauptet werden, dass der Zweite Weltkrieg nur eine Fortsetzung des Ersten gewesen sei, da das erste imperialistische Gemetzel tatsächlich nicht genügend Zerstörung und Kapitalvernichtung hervorbrachte, um die Grundlage für einen neuen Zyklus der Kapitalakkumulation, einen neuen kapitalistischen Boom abzugeben. Das schaffte der Zweite Weltkrieg sehr wohl, weshalb er viel eher als Einschnitt betrachtet werden kann.

Freys Position ging letztlich von einer noch viel krasseren Fehleinschätzung der Substanz des Kapitalismus aus als die von Pablo und dem IS. Das wiederum stand bei Frey in sehr direktem Zusammenhang mit dem starren Festhalten an seiner revolutionären Nachkriegsperspektive. In einem kurzen Beitrag von 1949 fasste er seine diesbezügliche Haltung zusammen – und zitierte einleitend folgende Stelle Trotzkis von 1939:

> „Wenn, entgegen aller Wahrscheinlichkeit, im Verlauf des jetzigen Krieges oder unmittelbar danach die Oktoberrevolution in keinem der fortgeschrittenen Länder eine Fortsetzung findet; wenn vielmehr das Proletariat überall und allenthalben zurückgeworfen wird – dann müssten wir zweifellos die Frage nach einer Überprüfung unserer Konzeption von der gegenwärtigen Epoche und der sie bewegenden Kräfte stellen. Die Frage wäre dann nicht so sehr die, welches pennälerhafte Etikett man der UdSSR oder der Stalinbande anheften sollte, als vielmehr die, wie man die internationale historische Perspektive der nächsten Jahrzehnte, wenn nicht Jahrhunderte beurteilen sollte (...).“[198]

Während Trotzki also mit revolutionärem Optimismus auf eine revolutionäre Entwicklung orientiert ist, sich aber darüber im Klaren ist, dass es keinen Automatismus gibt – und damit auch die Grundlage für eine Neuorientierung auf eine längerfristige Perspektive legt –, zieht Frey aus Trotzkis Ausführungen folgenden Schluss: „Wer erklärt: der 2. Weltkrieg ist beendigt, der zieht eben dadurch unsere weltgeschichtliche Perspektive in Zweifel.“[199] Und da nicht sein kann, was nicht sein darf, sei der Zweite Weltkrieg „noch im Gange“ und gehe „vor unseren Augen“ „seiner höchsten Zuspitzung entgegen“. Hier wurden also nicht die Perspektiven der Revolutionäre von der Einschätzung der Realität abgeleitet, sondern die Realität den Perspektiven angepasst – und damit die marxistische Herangehensweise einigermaßen auf den Kopf gestellt.

---

[198] Leo Trotzki: *Die UdSSR im Krieg*, 25.9.1939; zitiert nach: Trotzki-Schriften 1.2; Bei Freys Zitat handelte es sich um eine eigene Übersetzung aus dem Englischen, weshalb die Formulierungen nicht ganz identisch sind.

[199] W.S. (d.i. Josef Frey): *„2. oder 3. Weltkrieg“? – eine entscheidende Frage*, interner Beitrag, 15.9.1949

In seinem Bilanz-Dokument von 1948 argumentierte Frey außerdem, dass – anders als das IS glaube – die Sowjetunion nicht nur innerlich geschwächt, sondern „schwer geschlagen" aus dem Krieg hervorgegangen sei. Er hielt damit auch in dieser Frage, der Schwächung des Stalinismus durch den Krieg –, stärker an der Orthodoxie fest als das IS. In der Folge stehe – so Frey – „der Kriegsüberfall der Imperialisten auf die SU (...) nicht in weiter sondern in naher Sicht!" Diese Position des unmittelbar bevorstehenden Kriegs sollte noch jahrelang – auch nach dem Beginn des „Wirtschaftswunders" – aufrechterhalten werden. Die generelle Argumentationslinie war die, dass die imperialistischen Widersprüche – die allerdings kaum wo auf ökonomischer Ebene analysiert wurden – unaufhaltsam auf die Alternative Weltwirtschaftskrise oder heißer Weltkrieg zusteuerten und sich der Imperialismus angesichts dessen für Zweiteres entscheiden würde.[200]

Weiters kritisierte Frey die Einschätzung der stalinistischen Bürokratie und der KPen durch das IS und kam schließlich auf die Frage des Entrismus zu sprechen: Dieser sei keineswegs die Hauptdifferenz zum IS, wie dieses behaupte. Er sei durchaus für die Eintrittstaktik, allerdings gegen den „Totaleintritt", „weil mit deren ‚Taktik' das Prinzip der Selbstständigkeit, Unabhängigkeit der Partei, deren führende Rolle preisgegeben wird" und sie „im vollen Widerspruch zu den ausdrücklichen Beschlüssen des 4. und 2. Weltkongress der leninschen KI" stünden. Frey und der Kampfbund hielten den Eintritt ganzer Sektionen in reformistische Parteien für prinzipienlos. Diese Position ging auf die anti-entristische Tradition des Kampfbundes in den 1930er Jahren zurück und wurde jetzt durchgängig fortgesetzt. So formulierte Frey 1953 gegenüber Pablos Konzeption:

> „Die Stalinpartei ist unheilbar. (...) Wer auch nur unbewusst der Stalinpartei revolutionären Charakter zuschreibt oder auch nur die Möglichkeit zulässt ihrer Wandlung in diese Richtung (‚unter dem Druck der Massen'...) der irrt gründlich, der bedroht uns – ohne es zu wissen – mit Liquidation!"[201]

Schließlich attackierte Frey im Papier *Eine Bilanz* von 1948 erneut[202] die Position der 4. Internationale zu Palästina. Da der arabische Nationalismus nicht in gleichem Ausmaß verurteilt werde wie der Zionismus, sei das IS letztlich opportunistisch gegenüber dem arabischen Nationalismus. Außerdem sei es falsch, wenn das IS die Forderung nach jüdischer Einwanderung nach Palästina als reaktionär bezeichne.

Frey kam dann zu dem Ergebnis, dass in der 4. Internationale drei verschiedene Richtungen bestünden: erstens die „linkszentristische Richtung", die durch das IS verkörpert werde; zweitens „die Rechtszentristen", die vor allem aus den *Internationalen Kommunisten Deutschlands* (IKD) bestünden; und drittens aus denjenigen, die das IS als „Sektierer" bezeichnete, die wiederum einerseits aus wirklichen Ultralinken bestünden und andererseits aus der proletarischrevolutionären Richtung der Schweizer

[200] siehe unter anderem: *Wohin führt der kalte Krieg?*, in: Schriftenreihe der PV, Folge 7, 31.12.1953
[201] Konrad Friede (d.i. Josef Frey): *Wurzeln unserer Irrtümer und Schwächen,* 25.1.1953
[202] Bereits im Jänner 1948 hatte er (unter dem Pseudonym G. Hirt) mit seinem Papier *Ein Dokument der Schande* den Thesenentwurf des IS zur jüdischen Frage angegriffen.

Sektion. Letztere habe keineswegs nur Differenzen zur Eintrittstaktik, sondern grundlegende Differenzen zu einer Reihe entscheidender Fragen.[203]

In den nächsten Jahren präzisierte Frey (und damit in der Folge der Kampfbund) vor allem die Kritik an den Positionen des IS zu den Volksdemokratien, zum Titoismus und zum Stalinismus im Generellen. In einem Papier von November 1949 geht er auf den Bruch zwischen Stalin und Tito ein:

> „Tito-Jugoslawien wurde geschaffen nicht durch proletarische Revolution, sondern durch nationalrevolutionären Kampf unter Führung der Titobürokratie. Tito-Jugoslawien ist daher nach wie vor ein kapitalistischer Staat (...) Tito-Jugoslawien bewegt sich nach wie vor auf der stalinistischen Linie des ‚Sozialismus in einem Land', des National‚kommunismus', des Nationalismus: allerdings des jugoslawischen Nationalismus – zum Unterschied vom russischen Nationalismus. (...) In allen grundlegenden Fragen bewegen sich Stalinbürokratie und Titobürokratie auf ein und derselben verräterischen Grundlinie. (...) Wir dürfen die Massen nicht verwirren, indem wir ihnen – in der besten Absicht – einreden, ‚seine (Titos) Haltung sei ein Schritt vorwärts zur leninschen Linie' – das behauptet das IS in seinem Appell in der jugoslawischen Frage an die Mitglieder der kommunistischen Parteien. Weder hat die Titobürokratie diese Absicht, noch hat ihr Ringen mit dem Kreml diese Wirkung. (...) Die Taktik des revolutionären Ausnutzens des Konfliktes Tito-Stalin wendet sich nicht an die Titobürokratie, sondern nur an die Arbeiter und armen Bauern Jugoslawiens, nur an die Mitgliedschaft der Stalinparteien, nur an die ihnen folgenden Massen und die Massen überhaupt."[204]

In einem Kommentar zum jugoslawischen Betriebsrätegesetz fügte er im August 1950 hinzu, dass dabei die eigentlichen Entscheidungen letztlich der Titobürokratie überlassen blieben, dass es lediglich darum ginge, die Arbeiter in das System zu integrieren, dass es in Jugoslawien keine Arbeiterdemokratie gebe und es deshalb kein Arbeiterstaat sein könne. Und abschließend wieder ein Angriff auf die Führung der 4. Internationale:

> „Den heutigen Zentristen (Nr. 3½) erscheinen Titos Manöver als ‚Linksentwicklung'. In Wahrheit arbeiten, wirken Titobürokratie, Titopartei, Titoregierung gegen die Klassenlinie des Proletariats. Die Zentristen Nr. 3½ vermeinen, dass Tito sich zu ihnen entwickle – in Wirklichkeit ‚entwickeln' vielmehr sie selbst sich zu tatsächlichen Helfern des jugoslawischen National‚kommunismus' des Antirevolutionärs Tito ..."[205]

---

[203] Dieser Punkt wurde schließlich mit einem eigenen Dokument vom 27.6.1949 – *Internationale 3 einhalb oder revolutionäre Internationale?, Der 2. Weltkongress und die Politik der Vierten Internationale* – bekräftigt, bei dem es sich teilweise um eine Überarbeitung, teilweise um eine Erweiterung des Papiers *Eine Bilanz* handelte.

[204] W.S. (d.i. Josef Frey): *Tito gegen Stalin*, 4.11.1949

[205] *Titos Betriebsrätegesetz*, 3.8.1950

In einem grundlegenden Beitrag von 1952[206] fasste Frey seine Einschätzung der Entwicklungen in Osteuropa zusammen: Es hätte weder in den Volksdemokratien noch in Jugoslawien oder China eine proletarische Revolution gegeben, außerdem keine proletarische Demokratie, „und eben deshalb waren sie nicht Arbeiterstaaten, konnten sie als solche nicht entarten, sind sie keine entarteten Arbeiterstaaten!“ Bei den Umwälzungen in Osteuropa habe es sich weder um eine „entartete proletarische Revolution“ gehandelt noch um eine „bürgerlichdemokratische Revolution“, sondern um eine „volksdemokratische ‚Revolution’“. Die Volksdemokratien seien nun „entartete bürgerliche Staaten“, keineswegs „entartete Arbeiterstaaten“, wie das IS in seiner „grenzenlosen Oberflächlichkeit“ verkünde, denn wenn

> „die Stalinbürokratie, ihre Partei, die Stalinpartei tatsächlich einer proletarischrevolutionären Rolle, aktionsfähig sind, dann hat die Vierte Internationale vor dem Weltproletariat keine Berechtigung zur Weiterexistenz, dann muss sie liquidiert werden, dann müssen wir zurück in die Stalinpartei. Die Liquidatoren sprechen das nicht aus, aber sie handeln danach mit ihrer ‚Taktik der Integration sui generis’ ... (...) Mehr denn je steht heute auf der Tagesordnung die Losung: Liquidation des Opportunismus, des Zentrismus 3½! (...) Vorwärts zur proletarischrevolutionären, proletarischdemokratischen Reform der Vierten Internationale!“

Schließlich unterstützte Frey auch eine Resolution der Schweizer Sektion, der MAS, zum 3. Weltkongress der 4. Internationale.[207] Darin wurde argumentiert, dass der Weltkongress Positionen angenommen hätte, „die geeignet sind, die IV. Internationale in die Stellung einer Linksopposition des Stalinismus zu manövrieren“, da der Stalinbürokratie „eine fortschrittliche Mission (...) zugeschrieben“ werde. Und weiter: „Wir sind der Meinung, dass die Internationale sich hiermit auf eine schiefe Ebene begeben hat, auf der ihre eigene historische Notwendigkeit ins Rutschen gerät, und auf der alle Illusionen und Revisionen bezüglich der Rolle der Stalinbürokratie in Reichweite gelangen.“

Die Positionen Freys zu diesen Fragen sind insgesamt äußerst widersprüchlich: Einerseits tritt er gegen die politische Anpassung von Pablo und dem IS an den Stalinismus und den Titoismus im Besonderen auf. Andererseits bekam er die Ereignisse in Osteuropa in den späten 1940er Jahren theoretisch nicht in den Griff und beharrte auf der immer stärker realitätsfernen Ansicht, dass dort weiterhin kapitalistische Gesellschaftssysteme bestünden. Dabei fällt auf, dass er sich bei seinen Betrachtungen ausschließlich auf die politische Ebene konzentrierte und dass er die Frage, ob die dortigen Ökonomien nach kapitalistischen oder planwirtschaftlichen Mechanismen funktionierten, in keinster Weise beachtete. In dem Beitrag von 1952 über *„Volksdemokratien“, Jugoslavien, China* wird in dem Abschnitt *Ueber die Klassennatur dieser Staaten* die Unsicherheit Freys in dieser Frage sehr deutlich sichtbar. Und der Begriff der

[206] Ernst Roth (d.i. Josef Frey): *„Volksdemokratien“, Jugoslavien, China*; 25.10.1952; in: Schriftenreihe der PV, Folge 10

[207] *Resolution der M.A.S. zum III. Weltkongreß der IV. Internationale*, beschlossen auf der Vorkonferenz der MAS am 22.9.1951

„volksdemokratischen ‚Revolution'" hat keinen theoretischen Erklärungswert, da er sich um eine klassenmäßige Bestimmung herumschwindelt.

Die Position, dass es sich bei den osteuropäischen Ländern auch nach den Umwälzungen um (staats-) kapitalistische gehandelt hätte, ist vermutlich keine eigenständige Entwicklung Freys oder der MAS, sondern ein Festhalten an der ursprünglichen Position Mandels, die orthodoxer erschien, da sie die Errichtung eines degenerierten Arbeiter/innen/staates ohne vorangegangene proletarische Revolution ausschloss. Frey beharrte weiter auf dieser immer realitätsferneren Einschätzung, um nur ja dem Stalinismus nicht das geringste Zugeständnis zu machen, obwohl das Einräumen der Möglichkeit von bürokratischen, letztlich reaktionären und kontraproduktiven Umwälzungen der Eigentumsverhältnisse noch in keinster Weise eine politische Anpassung an den Stalinismus zur Folge haben musste.[208]

In der Haltung von Frey und dem Kampfbund gegenüber der IKÖ wurde weitgehend die Kritik an der internationalen Führung reproduziert. In einem *An die Mitglieder der IKOE* gerichteten Papier[209] wird die Losung des 2. Weltkongresses der 4. Internationale *Gegen Wallstreet und Kreml!* als „objektiv gegenrevolutionär" angegriffen, da es sich beim Weltimperialismus um den Hauptfeind handle. Die „politischen Wurzeln des Verhaltens von Baier, Horvath, Moser[210] und Genossen" in dieser Frage wäre ihre „revolutionsschädliche Kriegstaktik, (...) die sie auch heute nach 10 Jahren für richtig halten". Diese Genossen hätten die Kriegstaktik benutzt, um den Kampfbund zu liquidieren. Deshalb die Aufforderung an die IKÖ-Mitgliedschaft:

> „Fordert, dass sich die Baier, Horvat, Moser und Genossen klar, ehrlich, offen korrigieren, (...) dass sie sich offen und ehrlich dem Kampf, den die revolutionäre Opposition innerhalb der Vierten Internationale führt, (...) anschließen! Falls Eure Führung das verweigert, so wählt eine andere Führung (...)."

In einem weiteren an die IKÖ gerichteten Papier von September 1949[211] fasste der Kampfbund die Differenzen zusammen:

> „Die IKÖ unterstützten und unterstützen weiter die linkszentristische, revolutionsschädliche Politik des IS in allen wichtigen Fragen: insbesondere in der Frage der SU, in der Frage der Taktik des Kampfes für Übergangslosungen, in der deutschen Frage, der Palästinafrage usw. In der Frage des Totaleintritts gehen sie einem ernsthaften Kampf zur Verteidigung des revolutionären Prinzips der Selbstständigkeit, Unabhängigkeit der Partei aus dem Weg; eine bedeutende Minderheit tritt sogar ein für den Totaleintritt in die SP."

Die IKÖ hätte außerdem eine „grundverfehlte Auffassung des 2. Weltkrieges" gehabt und wäre für eine „völlig falsche Kriegstaktik" eingetreten. Während diese politischen

---

[208] siehe: 1. die Arbeiten Trotzkis zur Besetzung Ostpolens und Finnlands durch die Sowjetunion am Beginn des Zweiten Weltkrieges; 2. den Beitrag von Jovanovic, Stojanovic und Wegner *Stalinismus und marxistische Staatstheorie*, in: *Marxismus* Nr.2

[209] *An die Mitglieder der IKOE, Werte Genossen! Wir geben Euch einen Ueberblick über: Die Verteidigung der SU – im Lichte der zwischen dem Kampfbund und der IKOE bestehenden politischen Differenzen*, ohne Datum (vermutlich Ende 1948 oder Anfang 1949), Kampfbund

[210] Das sind Modlik, Babnik und Drexler.

[211] *Die bisherigen Hauptdifferenzen zwischen dem Kampfbund und den IKOe*, 7.9.1949, Kampfbund

Differenzen eine gute Seite des Papiers einnahmen, wurde auf nahezu fünf Seiten das „Liquidatorentum gegenüber dem Kampfbund“ – historisch weit ausholend – aufgerollt: Anstatt „die Fahne des seit 1923[212] kämpfenden Kampfbundes hochzuhalten“, „spuckten die Baier, Horvat, Moser und Co.“ „auf diese Tradition“. Man kann sich vorstellen, dass mit solch langwierigen Klagen die Mitgliedschaft der IKÖ nicht für den Kampfbund zu überzeugen war.

Überschattet war das Verhältnis zwischen Kampfbund und IKÖ freilich vom Streit um Freys Handbibliothek, die er bei seiner Flucht ins Ausland zurücklassen musste, die 1938 teilweise verkauft und teilweise vergraben wurde und von der sich ein Teil nach 1945 in Besitz von IKÖ-Mitgliedern befand. Um diese Bücher, die – abgesehen von etlichen Werken der „Klassiker“, die Drexler im Sommer 1945 aus dem Keller des zerbombten Gestapo-Hauptquartiers geholt hatte – ein wichtiger für die Trotzkist/inn/en zugänglicher Bestand an revolutionärer Literatur waren, entbrannte ein heftiger Konflikt, als Frey die Herausgabe der Bücher forderte. Die IKÖ verschleppte die Angelegenheit, der Kampfbund beschuldigte die IKÖ des Diebstahls und rief die IKÖ-Mitgliedschaft auf, „gegen die stalinistischen Gaunermethoden“ der „skrupellosen Baier, Horvat, Moser“ aufzutreten.[213] Im Februar 1950 eskalierte die Situation schließlich: Frey forderte nun auch die Herausgabe verschiedenster Einrichtungsgegenstände, die er zurückgelassen hatte, die aber während des Krieges verschiedenste Wege gegangen waren,[214] beziehungsweise eine finanzielle Abgeltung, die sich die IKÖ-Mitglieder sicherlich nicht leisten konnten. Es kam schließlich zu folgender Drohung: „Genosse FD wird daher längstens am 25. April 1950 die *Strafanzeige* wegen Verbrechens des Diebstahls beziehungsweise der Hehlerei an die zuständige Wiener Strafbehörde erstatten gegen Horvat, Lerse, Ludwig, Moser und alle ihre Mitschuldigen.“[215] Diese Drohung, die angesichts dessen, dass sich beide Organisationen ja weiterhin in der Illegalität befanden, keine Kleinigkeit darstellte, wurde von Frey allerdings nicht wahr gemacht. Die Beziehungen zwischen den Gruppen wurden dadurch aber weiter belastet.

7.4. Kampfbund und Internationales Komitee

Während die Spaltung der 4. Internationale in IS und IK sich auf die IKÖ nicht auswirkte, war sie für den Kampfbund von erheblicher Bedeutung. Sie stellte schließlich die letzte Chance dar, der nationalen Isolation zu entkommen. Der Ursprung des Augenmerkes des Kampfbundes auf das IK war die – durch die von Frey verfassten

[212] Generell beansprucht Frey eine bis 1923 zurückreichende politische Tradition – im Sinne eines Eintretens für die Politik der Arbeiter/innen/einheitsfront und gegen die Bürokratisierung der KPÖ sicher mit Recht, im Sinne einer konsistenten Opposition gegen die Stalinisierung oder gar einer „trotzkistischen“ Ausrichtung allerdings mit weniger Recht (siehe Band 1 und weiter oben Band 2).
[213] *Die bisherigen Hauptdifferenzen zwischen dem Kampfbund und den IKOe*, 7.9.1949, Kampfbund
[214] Es handelte sich dabei unter anderem um „ein eichenes, altdeutsches Speisezimmer, (...) zwei antike Biedermeierkästen, (...) 1 Schreibtisch aus Palissanderholz (...), ein dunkelblaues Alt-Meissener Porzellanservice, (...) ein Krystallglasservice, (...) Juwelen (...)“ – zitiert nach: *An die Mitglieder 1. der IKOE, 2. der Opposition der IKOE*, Februar 1950.
[215] ebd.

komplizierten Kooperationsabkommen teilweise schwierig gestaltete – Zusammenarbeit zwischen Frey und der Schweizer Sektion der 4. Internationale, die schon in den Jahren vor der 1953er-Spaltung stets recht orthodox positioniert war.

Als sich die Schweizer an der Bildung des IK beteiligten und damit der Politik des IS den Rücken zuwandten, sah Frey die Möglichkeit für eine internationale Neugruppierung der *prinzipienfesten* Trotzkist/inn/en gekommen. Er stand der Bildung des IK mit klarer Sympathie, aber dennoch abwartend gegenüber, was in Briefen an den Kampfbund und in internen Dokumenten klar zum Ausdruck kam. Anfang Jänner 1954 fasste er die zu unterstützenden Hauptkritikpunkte des IK am IS wie folgt zusammen:

> „A) Das IK verlangt mit recht kategorisch das Einhalten der alten Grundlinie: Kampf auch zum Sturz des Stalinregimes in und außerhalb der SU von links her in solcher Weise, dass dadurch der Kampf gegen die Imperialisten nicht leidet. Die Liquidatoren dagegen halten die Stalinbürokratie mindestens objektiv für revolutionär, sind also für deren Unterstützung. B) Das IK verlangt mit Recht kategorisch die Selbstständigkeit der revol Avantgarde. Die Liquidatoren dagegen kapitulieren in Form des Totaleintritts vor der verräterischen Arbeiterbürokratie – da vor der Stalinbürokratie – dort vor der Labor- oder Sozialbürokratie (der SP). Die Einstellung des IK in diesen zwei Grundfragen wird das IK immer mehr auf unsere Linie treiben. Die Stellung zB der Franzosen ‚Die Volksdemokratien seien deformierte Arbeiterstaaten' ist unhaltbar. Sie haben sich da so verrannt, dass sie nicht sofort einschwenken, aber sie werden das mit der Zeit müssen. So steht es auch mit anderen Differenzen, die noch vorhanden sind."[216]

Anschließend wurden die Kampfbund-Mitglieder von Frey aufgefordert, die Stimmung und Positionierung der IKÖ herauszufinden. Frey sah für die IKÖ „zwei Möglichkeiten":

> „a) Sie gehen mit den Liquidatoren. Diese Position werden sie nicht lange behaupten. Das wird zu einer Spaltung unter ihnen führen: diejenigen, die das ablehnen und nicht nach rechts umfallen, werden Fühlung mit uns suchen.
>
> b) Es ist möglich, ja wahrscheinlich, dass schon jetzt ein Teil von ihnen das nicht schlucken will (wahrscheinlich Horvat und Co. oder ein Teil von ihnen). So dürften jetzt schon Spaltungstendenzen unter ihnen entstehen. Diejenigen, die nicht nach rechts werden gehen wollen, werden zu uns tendieren und Fühlung mit uns suchen.
>
> Es wäre natürlich für uns besser, wenn unter ihnen so eine Auslese vor sich ginge. Diejenigen, die zu uns tendieren, würden sich viel besser assimilieren. Die Gefahr, dass sich so etwas wiederholen könnte in unserer Mitte durch sie, wäre so viel kleiner. Wenn aber alle Zeichen der Einsicht zeigen, das wäre natürlich am besten."[217]

Diesbezüglich hatte sich Frey freilich verspekuliert. Der Höhepunkt der IKÖ-internen Auseinandersetzungen lag bereits einige Jahre zurück. 1954 war im Gegenteil das Jahr der Wiedervereinigung der beiden IKÖ-Teile.

---

[216] Brief von Gabi an Pepi (d.h. von Frey an den Kampfbund), 1.1.1954

[217] ebd.

Ende Januar 1954 stellte Frey fest, dass der „Bruch mit den Prostalinisten (...) ein großer Schritt vorwärts“ sei, aber es bestünde nicht volle Übereinstimmung zwischen allen Mitgliedern des IK, die französischen Genossen beispielsweise würden die Volksdemokratien als deformierte Arbeiterstaaten betrachten: „Über diese politischen Differenzen darf man nicht schweigen. Das wäre schädlich. Die Liquidatoren kennen diese Differenzen, sie erklären jetzt schon, das IK sei nur eine negative Gemeinschaft. Das IK muss die politischen Differenzen überwinden, das wird erleichtert, wenn sie ausgesprochen werden.“ Schließlich riet Frey bezüglich der Frage der Volksdemokratien den Artikel *Stalinbürokratie und Arbeiterklasse* im Arbeiterblatt zu veröffentlichen: „Indem wir diesen Artikel veröffentlichen, vollziehen wir in politisch korrekter Form den politischen Anschluss an das IK. Was den organisatorischen Anschluss betrifft, so bin ich dafür, noch eine Zeit lang zuzuwarten.“[218] Drei Monate später schrieb Frey unter der Überschrift „Unser Verhältnis zum IK“ folgendes:

> „A) Wir unterstützen das IK, das einen guten politischen Start gemacht hat. Allerdings hat das IK über einige politische Fragen, die wir kritisiert haben, bis jetzt noch nicht gesprochen. Wir haben uns entschlossen zuzuwarten, ihnen Gelegenheit zu geben, Klarheit zu schaffen. Das war richtig, darin beste Übereinstimmung.
>
> B) Aber sollen wir ihnen das sagen – oder sollen wir das einfach tun ohne es zu sagen. Ihnen das zu sagen, dass wir noch nicht volles pol. Vertrauen haben, das wäre ungeschickt, unklug, unzweckmäßig, es würde die Genossen kränken, würde uns erschweren, in guter Freundschaft mit ihnen zusammenzukommen, was wir wollen, und wozu Aussicht besteht, weil sie sehr wahrscheinlich sich richtig einstellen dürften.
>
> Da steckt die Differenz zwischen uns: Ihr wolltet einen Brief schicken, der ihnen das schreibt – ich habe diesen Brief nicht weiter geleitet, sondern im Gegenteil später einen Brief geschrieben, der wiederholt, was unser Artikel ‚Stalinbürokratie u. Arbeiterklasse’ geschrieben hat: Das IK will und wird die 4.I. gesunden’. Das ist ein gewollter politischer Vertrauensvorschuss. Aber in der Sache behalten wir nach wie vor Zurückhaltung. Erst bis wir volle pol. Klarheit haben, werden wir uns anschließen.“[219]

Neben den Erwartungen in das IK kommen meines Erachtens in diesem Brief zwei Dinge zum Ausdruck: 1) Ein paternalistisches Verhältnis von Frey zum Kampfbund. Er nimmt sich immerhin heraus, einen Brief der Kampfbund-Leitung, den er nicht richtig findet, nicht weiterzuleiten und ihn – ohne Rücksprache – durch einen eigenen zu ersetzen. 2) Angesichts der Tatsache, dass er gegenüber einer internationalen Strömung von einigen tausend Mitgliedern eine isolierte Gruppe von zwei Dutzend Genoss/inn/en vertritt, eine Haltung, die irgendwo zwischen großem Selbstbewusstsein und realitätsferner Überheblichkeit angesiedelt ist.

Im Dezember 1954 sprach Frey bereits von „großen politischen Schwächen“ des IK, weshalb die Unterstützung für das IK „mit proletarischer Klassenkritik an den Män-

[218] Brief von Gerda *An die L.* (d.h. von Frey an die Leitung des Kampfbundes), 26.1.1954
[219] Brief von Gerda *An die L.* (d.h. von Frey an die Leitung des Kampfbundes), 29.4.1954

geln“ zu verknüpfen sei.[220] Ende Mai 1955 beantwortete er dann die Frage „warum treten wir der 4.I. und dem IK nicht bei?“ wie folgt: „Als Mitglieder wären wir gezwungen, ihre Beschlüsse, Erklärungen zu veröffentlichen samt den darin enthaltenen Fehlern – wir würden das diszipliniert machen, wenn sie unsere positive Kritik an den Fehlern auch veröffentlichen würden.“[221] Da aber die amerikanische IK-Sektion, die SWP, einen grundlegenden Artikel von Frey zur Situation der 4. Internationale[222] nicht veröffentlicht habe, seien diese Bedingungen nicht gegeben gewesen.

Einen völligen Bruch mit dem IK will Frey aber weiterhin vermeiden: „Wir sind schwach – das wisst Ihr. Mit der 4. I. und dem IK brechen, hieße auch mit jenen Genossen brechen, die unserer Kritik bis zu einem gewissen Grade zugänglich sind, das hieße uns völlig isolieren, und zwar auch von jenen Genossen, die uns relativ am nächsten stehen.“[223]

De facto kam aber eine Integration des Kampfbundes in das IK auch in den nächsten zwei Jahren nicht zustande. Das IK bewegte sich nicht auf die Positionen des Kampfbundes, die auch im trotzkistischen Spektrum teilweise – zum Beispiel was die KKT betrifft – recht exklusiv waren, zu. Im Gegenteil endeten zunehmende Konflikte zwischen Frey und der Schweizer Sektion in einem Abbruch der Kooperation – und damit letztendlich in einem Bruch mit dem IK. Als Frey schließlich 1957 starb und damit die wesentlichste Verbindung zur internationalen trotzkistischen Bewegung abriss, geriet der Kampfbund in jene völlige Isolation, die sein Führer 1955 befürchtet hatte.

7.5. Stabilisierung in den späten 1950er und Fortschritte in den frühen 1960er Jahren

Der Tod Freys bedeutete für den Kampfbund einen schweren Schlag und eine ernstliche Gefährdung der Zukunft der Gruppe. „Nach seinem Tod wurde die politische Linie sehr mühsam und ungenügend erarbeitet. Diese Erarbeitung sah sehr lange so aus, dass die Einschätzungen und Erwartungen Melts sehr schülerhaft übernommen wurden. Diese unkritisch und überhistorisch übernommenen Standpunkte entfernten sich in vielen Fragen immer mehr von der Wirklichkeit. In der individuellen AP gab es einige Jahre fast keine ernsteren Kontakte.“[224]

Nach dem Verlust der zentralen Identifikationsfigur waren nur noch diejenigen Genoss/inn/en übrig geblieben, die bereit waren, auch unter den Bedingungen des kapi-

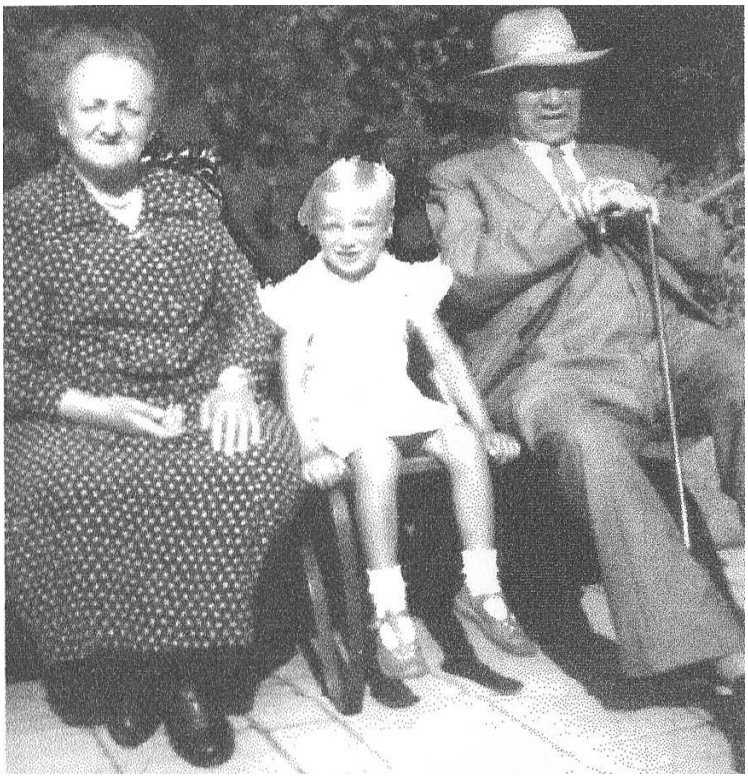
[220] Brief von Robert *An die L.* (d.h. von Frey an die Leitung des Kampfbundes), 9.12.1954; Die zeitweilige Orientierung auf das IK war ein Grund für den Verlust des Genossen Cato (i-Name), der eine internationale Ausdehnung ablehnte und durch Betriebsarbeit der Isolation in der Arbeiter/innen/bewegung zu entkommen trachtete. Cato war ein Betriebsrat bei Schrack, der dort die Betriebszeitung *Der Schrack-Arbeiter* herauszugeben begann und der mit der SPÖ-Abspaltung um Paul Truppe in Kärnten in Kontakt trat. Später beteiligte er sich am *Bund Demokratischer Sozialisten*.

[221] Brief von Otto *An die L.* (d.h. von Frey an die Kampfbund-Leitung), 29.5.1955

[222] Es handelte sich dabei um den bereits 1953 verfassten Artikel *Die Wurzeln unserer Irrtümer und Schwächen* – siehe oben.

[223] Brief von Otto *An die L.* vom 29.5.1955

[224] Günter (d.i. Günter Schneider): *Zur Entwicklung unserer Organisation*, 31.8.1975; Melt = i-Name von Frey



Josef Frey Mitte der 1950er Jahre in der Schweiz (gemeinsam mit seiner zweiten Frau)

talistischen Booms, eines weit verbreiteten antikommunistischen Konsens' und in weitgehender politischer Isolation weiterzumachen und die entsprechenden Entbehrungen auf sich zu nehmen. Da man trotz dem mittlerweilen Ende der alliierten Besatzung weiter von einer nahenden tiefen Krise des Imperialismus ausging und deshalb weiter in der Illegalität verblieb – und da diese Linie zu diesem Zeitpunkt von niemandem in der Organisation in Frage gestellt wurde –, beraubte man sich weiterhin der Möglichkeiten des Eindringens in die legale (reale) Arbeiter/innen/bewegung. Nachdem man schon zuvor Cato und Turansky verloren hatte, waren nun Holba und Schlesak die tragenden Personen der Organisation.

Dass es überhaupt gelang, zu überleben und schließlich sogar sich zu konsolidieren, lag im wesentlichen an zwei Dingen: Erstens an der Wende nach innen: Nachdem sich Frey Mitte der 1950er Jahre mit der Schweizer Sektion zerstritten hatte, war der Kampfbund nun gezwungen, den Freyschen *Kurs* selbst herauszugeben. Diese Arbeit, die für die geschwächte Gruppe eine enorme Belastung darstellte, war gleichzeitig mit einer politischen Beschäftigung mit den darin enthaltenen Fragen verbunden. Während diese Tätigkeit so gut wie keine Wirkung nach außen zeigte, führte sie zu einer politischen Festigung der verbliebenen Genoss/inn/en und stellte damit die Grundlage für zukünftige Fortschritte im Gruppenaufbau dar.

Zweitens gelang es seit Mitte der 1950er Jahre, aus Sportvereinen und aus dem persönlichen Umfeld einige Jugendliche für den Kampfbund zu gewinnen (darunter Günter Schneider). Mit diesen Jugendlichen wurde eine Jugendzelle eingerichtet. Einige von ihnen wurden Kandidat/inn/en und traten 1958/59 dem Kampfbund bei, wodurch die Mitgliedschaft von 1957 bis 1959 von zwölf auf 17 angestiegen war.[225] 1958/59 ergab sich außerdem wieder ein Kontakt und schließlich eine Kooperation mit Cato und Turansky, was für den verdeckt agierenden und isolierten Kampfbund immerhin die Möglichkeit zu einem politischen Austausch eröffnete und ein rudimentäres Umfeld schuf – auch wenn es nicht gelang, die beiden Ex-Mitglieder wieder zu gewinnen.

Ab Anfang der 1960er Jahre konnten dann etliche jugendliche Kontakte für die Gruppe interessiert werden, was zum Aufbau eines relevanten politischen Umfeldes in die-

[225] Angaben nach Aufzeichnungen von Günter Schneider.

sem Bereich führte. Schließlich organisierte der Kampfbund zwei Jugendzellen, begann einige Jahre später das Projekt eines legalen „Jugendklubs“ und von 1972 bis 1974 mit der Herausgabe der (Jugend-) Zeitung *Arbeiterstandpunkt*. Während anfänglich die Mitgliedschaft konstant blieb und lediglich das Umfeld größer wurde, wirkte sich die Entwicklung 1964/65 auf die Mitgliederzahl aus, die nun auf 22 anstieg.[226]

Trotz der Konsolidierung und der personellen Erfolge blieb die politische Substanz der Gruppe gering. Besonders internationale Entwicklungen und die entsprechenden Diskussionen in der internationalen Arbeiter/innen/bewegung liefen an der Gruppe weitgehend vorbei. Das drückte sich auch im *Arbeiterblatt* aus: Die mehr oder weniger regelmäßigen Weltlageeinschätzungen konstatierten – wenn auch teilweise im Vergleich zu früheren Jahren in etwas abgeschwächter Form – die Widersprüche und die bevorstehende Krise des Kapitalismus, prophezeiten die entsprechenden politischen Konflikte und gaben die entsprechenden Antworten, die die Arbeiter/innen/klasse ziehen müsse. Bei nahezu allen dieser Artikel handelte es sich um reine Propagandaartikel, die aber einer tiefer gehenden Analyse des Imperialismus und einer aktuellen Einschätzung seines Spielraumes entbehrten.

Obwohl von Zeit zu Zeit auch Beiträge zu internationalen Ereignissen erschienen,[227] die allerdings meist eher hölzerne Kommentare waren, lag der Schwerpunkt der Publikation doch sehr stark auf Österreich. Neben grundsätzlichen oder historischen Artikeln – etwa zum 70-jährigen Jubiläum der Gründung der Sozialdemokratie, zum 40-jährigen Jubiläum der Gründung des Schutzbundes, zum Februar 1934 oder zur Klassenjustiz und zu „unserer“ Gendarmerie – standen dabei Beiträge in Zentrum, die eine an sozialen Fragen – Arbeitszeitverkürzung, Krankenkassensanierung, Preisanstiege – aufgehängte Kritik an SPÖ und ÖGB beinhalteten und die meist nach einem sehr ähnlichen Strickmuster aufgebaut waren.

Ab den frühen 1960er Jahren wurden Berichte über nationale oder internationale Arbeiter/innen/kämpfe zu einer mehr oder weniger regelmäßigen Einrichtung. Etwas größere Aufmerksamkeit erzielte im Zuge dessen neben dem Bäcker/innen/streik 1960 vor allem der Metallarbeiter/innen/streik von 1962. Da an letzterem über 200.000 Beschäftigte beteiligt waren, wurde ihm vom Kampfbund besondere Bedeutung zugemessen: In einem längeren Artikel wurde auf die Ursachen des Unmutes in der Metallindustrie und des Streiks, auf die Linie der Gewerkschaftsführung, auf das Ergebnis des Streiks und auf die zukünftigen Kampfperspektiven der Arbeiter/innen/klasse eingegangen.[228]

Ein weiteres durchgängiges Thema in diesen Jahren waren die umtriebiger werdenden rechten Tendenzen: Ende 1959 wurde kritisiert, dass die sozialdemokratisch geführte Wiener Polizei eine faschistische Kundgebung davor bewahrt hätte, von Arbeiter/inne/n auseinandergejagt zu werden. Anfang 1961 beschäftigte sich ein Beitrag mit der Diskussion um die Habsburger/innen. Im Sommer 1962 wurde der „Antifa-

[226] ebd.
[227] zur SPD (9/1957), zum Nahostkonfikt (9/1958), zum de Gaulle-Wahlsieg (1/1958), zu den US-Wahlen (12/1958), zur kapitalistischen Offensive in Frankreich (2/1959), zur Kolonialrevolution (12/1960), zu Berlin (10/1961), zum Parteitag in Moskau (1/1962), zu Kuba (12/1962).
[228] *Der Metallarbeiterstreik*, in: Arbeiterblatt Nr.165, Juni 1962

schismus“ der SPÖ grundsätzlich behandelt – und dabei auch auf die „scheinradikalen Phrasen“ von Hindels eingegangen. 1965 setzte sich das *Arbeiterblatt* mehrmals mit den „Symptomen der gegenrevolutionären Anstrengungen der Rechtsbourgeoisie“ auseinander – mit der „Fussacher Provokation“[229] und der Ermordung Ernst Kirchwegers durch einen faschistischen Burschenschafter.

Durchgängig – egal, ob bei Nationalrats-, Landtags-, Gemeiderats- oder Bundespräsidentenwahlen – rief der Kampfbund nun zur kritischen Wahlunterstützung der SPÖ auf. Die SPÖ wolle zwar nie und nimmer einen ernsthaften Kampf gegen die Kapitalist/inn/enklasse, aber um am Vertrauen der Mehrheit der Arbeiter/innen/klasse in die Sozialdemokratie anzuknüpfen, die SPÖ in die Verantwortung zu zwingen und sie dadurch vor der Arbeiter/innen/schaft besser entlarven zu können, sei die Wahlunterstützung dennoch notwendig.[230] Angesichts der verstärkten rechten Tendenzen Anfang der 1960er Jahre wurde so argumentiert: „Wir haben das wahre, scheinsozialistische, verräterische Wesen der SPÖ aufgezeigt. Trotzdem raten wir Euch unter den *heutigen* Bedingungen: Wählt den Präsidentschaftskandidaten der SPÖ – *nur* um das konterrevolutionäre Treiben der Rechtsbourgeoisie zu erschweren!“[231]

7.6. Konflikte um die Ausrichtung und das Ende des Kampfbundes (1965-1973)

Mit den Erfolgen in der Jugendarbeit gingen aber bereits in den frühen 1960er Jahren interne Konflikte einher. Die von den Jungen angestrebte etwas breitere Jugendarbeit, im speziellen das Projekt eines legalen Jugendklubs kollidierte mit den strengeren Konspirationsvorstellungen der Älteren. Die von den Jungen getragene Zeitung *Arbeiterstandpunkt* hatte dann auch Elemente eines Gegenprojektes zum *Arbeiterblatt*. Letztendlich entstand aus der Jugendorganisation tendenziell eine Art Parallelorganisation, deren Aktivitäten von der alten Führung skeptisch beobachtet wurden. Insbesondere Holba und ein im westlichen Ausland lebender und mit dem Kampfbund in Kontakt stehender Verwandter Freys[232] standen den Eigeninitiativen der Jugend misstrauisch und ablehnend gegenüber.

Als schließlich 1965 der Vater eines durch die Jugendarbeit gewonnenen Studenten der noch immer in völliger Illegalität agierenden Gruppe mit der Denunziation an die Polizei drohte, führte das nicht nur zum Verlust des Studenten, sondern auch zu einer panischen Reaktion des Kampfbundes und in der Folge zu einer ernsten inneren Krise. Der so genannte *Fall X* war der Anlass für den Ausbruch der angestauten inneren Widersprüche im Kampfbund und bedeutete eine Erschütterung, die bis 1967 eine Desorganisation des Organisationslebens und eine Paralysierung der politischen Arbeit zur Folge hatte.

[229] In Vorarlberg wurde die Taufe eines Bodenseeschiffes auf den Namen „Karl Renner“ durch regionalistisch-reaktionäre Mobilisierungen, die gegen „Wien“ und die SPÖ gerichtet waren und von ÖVP und anderen konservativen Gruppen inszeniert wurden, verhindert.
[230] Arbeiterblatt Nr.170, November 1962
[231] Arbeiterblatt Nr.196, Mai 1965
[232] i-Name: Bruno



Arbeiterblatt
der
PROLETARISCHEN VEREINIGUNG ÖSTERREICHS

228 Februar 1972

Der Kampf in den Lehrlingsheimen.

Die Lehrlinge beiderlei Geschlechts gehören dem Wesen nach zu den gedrücktesten Schichten der Arbeiterklasse. In ihrer weitaus und immer mehr überwiegenden Mehrheit sind sie Jungarbeiter, Jungangestellte. Ein immer größerer Teil von ihnen ist in kapitalistischen Unternehmen tätig, vor allem in großkapitalistischen Industrie- und Handelsbetrieben. Daß manche von diesen - oft bewußt - fälschlich als "Handwerksbetriebe" bezeichnet werden, das ändert nichts an jener Tatsache.

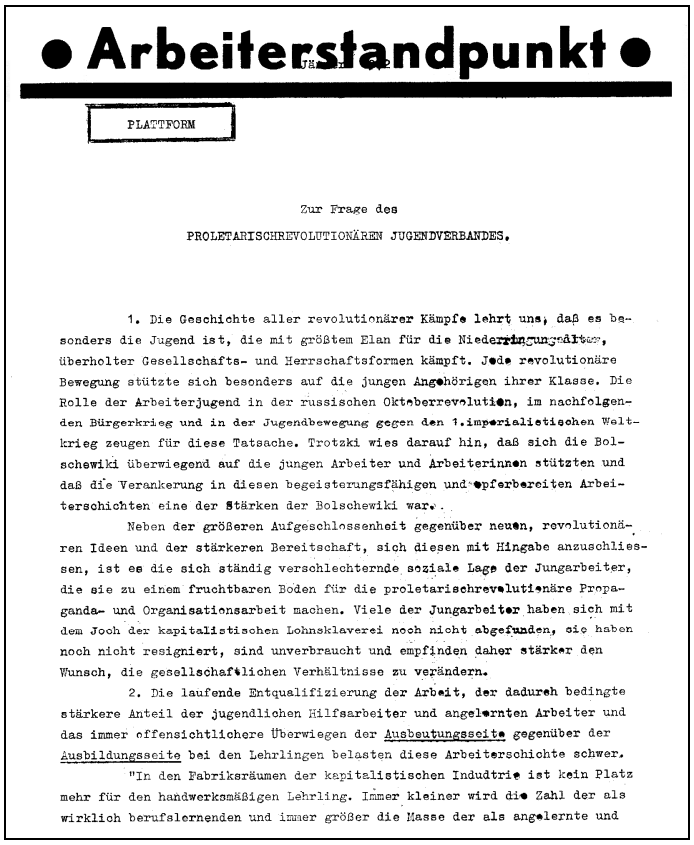
Unter kapitalistischen Bedingungen, erst recht in der Epoche des kapitalistischen Niedergangs, verändert sich fortschreitend der ursprünglich kleinbürgerliche Charakter der Lehrzeit: sie wird immer mehr zu einem Vorwand zum Steigern der Ausbeutung! Denn mit der Entwicklung des Kapitalismus überschreitet die Dauer der angeblich notwendigen Lehrzeit immer mehr das tatsächlich nötige Ausmaß dieser anfänglichen Qualifikationszeit der Arbeitskraft. Im Kapitalismus herrscht eben die Tendenz, die Lehrlinge so lang als möglich mit einer geringen "Entschädigung" - Lohn - abzufertigen.

Die Löhne der Lehrlinge werden so bewußt niedriggehalten: unter, oft weit unter dem Wert der Arbeitskraft! Der tatsächlich bezahlte Teil der täglichen Arbeitszeit, der dem Ersetzen des Wertes der Arbeitskraft dienen sollte, wird erheblich verkleinert; der tatsächlich unbezahlte Teil, im Verlaufe dessen die Lehrlinge Mehrarbeit leisten, M e h r w e r t, vor allem für Kapitalisten, erzeugen, wird so bedeutend vergrößert!

Dieses Vergrößern der Mehrarbeit, des Mehrwerts, damit auch das Steigern der kapitalistischen Ausbeutung und des daraus fließenden Profits der Bourgeoisie - das Alles wird bejaht, m i t g e m a c h t von der Sozialbürokratie, deren SPÖ,mit Kreisky, Benya, Hrdlitschka & Co. an der Spitze! Das beleuchtet das w a h r e Wesen dieser angeblich "sozialistischen" Bürokratie, Partei, die immer wieder heuchlerisch vorgeben, daß sie ernstlich für die Interessen der Arbeiterjugend kämpfen! So schaut ihr "Sozialismus" in der Tat aus: bürgerlicher "Sozialismus", Schwindelsozialismus - "Sozialismus" in Worten, Schwindel in der Tat - den sie "verantwortungsbewußt" zu Gunsten der Kapitalistenklasse betreiben!

Daß die Stalinbürokratie, deren schwindelkommunistische Partei dem Ausbeuten, Ausnützen der Lehrlinge - trotz gelegentlicher scheinradikaler Phrasen - in der Praxis die Mauer machen, zumindest indem sie dagegen ernstlich keinen Finger rühren, das entschuldigt die schwindelsozialistische Bürokratie, SPÖ nicht im geringsten!

Besonders schlecht gestellt sind die Lehrlinge in sogenannten "Lehrlingsheimen". In diesen kapitalistischen "Erziehungs"anstalten "unseres(bürgerlichen) Staates" sind sie dem Zwang dieses Ausbeuterstaates unmittelbar noch mehr ausgesetzt als Lehrlinge die bei Eltern, Verwandten, oder allein wohnen. Dieser kapitalistische Druck, Zwang ist oft mit regelrechter Schinderei verbunden, wie in "unserem(kapitalistischen) Bundesheer", mit ähnlichen Zielen: Einschüch-



● Arbeiterstandpunkt ●

PLATTFORM

Zur Frage des
PROLETARISCHREVOLUTIONÄREN JUGENDVERBANDES.

1. Die Geschichte aller revolutionärer Kämpfe lehrt uns, daß es besonders die Jugend ist, die mit größtem Elan für die Niederringung alter, überholter Gesellschafts- und Herrschaftsformen kämpft. Jede revolutionäre Bewegung stützte sich besonders auf die jungen Angehörigen ihrer Klasse. Die Rolle der Arbeiterjugend in der russischen Oktoberrevolution, im nachfolgenden Bürgerkrieg und in der Jugendbewegung gegen den 1.imperialistischen Weltkrieg zeugen für diese Tatsache. Trotzki wies darauf hin, daß sich die Bolschewiki überwiegend auf die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen stützten und daß die Verankerung in diesen begeisterungsfähigen und opferbereiten Arbeiterschichten eine der Stärken der Bolschewiki war.

Neben der größeren Aufgeschlossenheit gegenüber neuen, revolutionären Ideen und der stärkeren Bereitschaft, sich diesen mit Hingabe anzuschliessen, ist es die sich ständig verschlechternde soziale Lage der Jungarbeiter, die sie zu einem fruchtbaren Boden für die proletarischrevolutionäre Propaganda- und Organisationsarbeit machen. Viele der Jungarbeiter haben sich mit dem Joch der kapitalistischen Lohnsklaverei noch nicht abgefunden, sie haben noch nicht resigniert, sind unverbraucht und empfinden daher stärker den Wunsch, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern.

2. Die laufende Entqualifizierung der Arbeit, der dadurch bedingte stärkere Anteil der jugendlichen Hilfsarbeiter und angelernten Arbeiter und das immer offensichtlichere Überwiegen der Ausbeutungsseite gegenüber der Ausbildungsseite bei den Lehrlingen belasten diese Arbeiterschichte schwer.

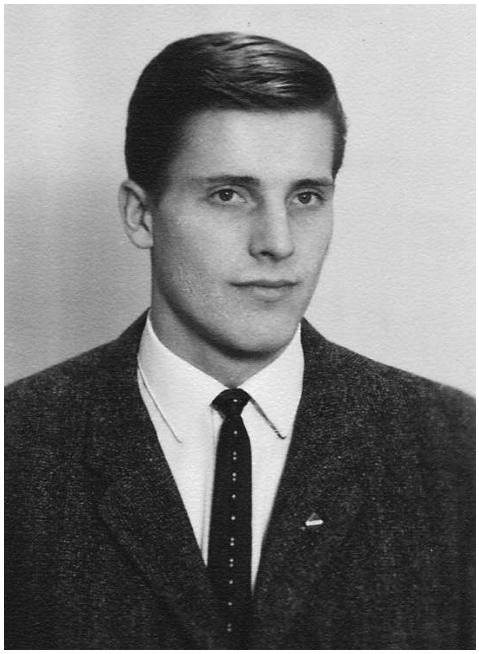
"In den Fabriksräumen der kapitalistischen Indudtrie ist kein Platz mehr für den handwerksmäßigen Lehrling. Immer kleiner wird die Zahl der als wirklich berufslernenden und immer größer die Masse der als angelernte und

Arbeiterblatt (Februar 1972) und Arbeiterstandpunkt (Jänner 1972)

Erst die so genannte *Reorganisation 1967* leitete eine erneute Konsolidierung ein. Nachdem die Alten müde und angesichts der Situation ziemlich ratlos waren, wurde die Leitung verjüngt. Schlesak hatte sich aus der Leitung zurückgezogen, Günter Schneider übernahm Leitungsverantwortung. Gleichzeitig wurden die älteren Genoss/inn/en auch in den Zellen, wo man mit einer intensiveren Schulung begann, entlastet. Nach außen hin wurden alte, unergiebige Kontakte abgebrochen, um sich damit nicht weiter zu belasten. Insgesamt gelang durch diese Maßnahmen eine vorläufige Konsolidierung. Die Gruppe begann ab 1968 auch wieder mit einer etwas stärkeren Außenpropaganda, die aber kaum neue Kontakte einbrachte. Schneider resümierte später:

> „Im weiteren Verlauf blieb der Blick der Org viel zu sehr nach innen gerichtet, obwohl sich die Org bereits wieder gefestigt hatte. Die mangelnde Verknüpfung und Verbindung unserer Org mit der Arbeiterklasse erwies sich immer mehr als der entscheidende Hemmschuh für die bewusstseinsmäßige Weiterentwicklung. Die Erfahrung zeigte, dass diejenigen Gen, die sich aktiv in der AP betätigten, die größten bewusstseinsmäßigen Fortschritte machten. Trotz großer Anstrengungen einiger Gen in der Gewerkschafts- und TVN-Jugend (und in Wirtshäusern) gab es außer Erfahrungen keine langanhaltenden Erfolge.“[233]

[233] Günter (d.i. Günter Schneider): *Zur Entwicklung unserer Organisation*, 31.8.1975. TVN-Jugend: Jugendgruppen des sozialdemokratischen *Touristenvereins die Naturfreunde*.



Günter Schneider (1960er Jahre)

Ab 1968 verschärften sich die Konflikte zwischen alten und jungen Leitungsmitgliedern, im Besonderen zwischen Holba und Schneider, weiter: „Waren die ersten Differenzen überwiegend allgemein theoretischer Natur, kamen dann immer mehr unmittelbare taktische Fragen hinzu, seit 1968 in zunehmenden Masse in der Frage der AP. Ab 1970 führten die Diskussionen immer seltener zu einer Klärung.“[234] Die alte Führung bezog frontal gegen die Student/inn/enbewegung von 1968 Stellung, von der sie meinte, dass es sie besser gar nicht gäbe und dass man mit ihr nichts zu tun haben sollte. Die jungen Mitglieder hingegen sahen in der Student/inn/enbewegung auch eine Chance, Kontakte aufzubauen und der Isolation ein Stück weit zu entkommen:

> „Wir begannen in zunehmendem Masse die Veranstaltungen der WR [Wiener] ‘Linken’ zu besuchen, was bis dahin in unserer Org eher verpönt war. Die dort gemachten Erfahrungen ermöglichten es uns, die Schwächen unserer Org leichter zu erkennen, zB in der Einstellung zu verwandten Gruppen. Wir kamen dabei mit einigen festgefahrenen Ansichten unser Org in Widerspruch. In zunehmendem Masse gingen die Initiativen von den jüngeren Gen aus.“[235]

Schließlich installierten die jungen Kampfbündler/innen ein Kellerlokal für Jugendliche. Während der Kampfbund zwischen 1968 und 1971 Jugendliche – darunter Karl Pawelka[236] – gewann und dadurch an Kandidat/inn/en zulegte, sank die Mitgliedschaft im gleichen Zeitraum von 20 auf 15.[237] Gleichzeitig ging der Erscheinungsrhythmus des *Arbeiterblattes* kontinuierlich zurück, sodass ab 1969 nur noch etwa vier Nummern pro Jahr erschienen.

1971 erreichte der Kampfbund-interne Konflikt dann einen Höhepunkt, als Holba, der in der Jugendarbeit stets auf die strengste Einhaltung der Konspiration gedrängt hatte, einen seiner jugendlichen Kontakte ohne lange Vorbereitung mit diversen internen Dingen vertraut machte. Schneider meint in seinem Bilanzpapier außerdem, dass die älteren Genoss/inn/en im Zuge einer Diskussion um die Weltlage den Differenzen verständnislos gegenübergestanden wären und Kritik als persönliche Angriffe gewertet hätten.[238]

Ebenfalls 1971 kam man – neben anderen Gruppen – auch in Kontakt mit der *Gruppe Internationale* (GI), einem halben Dutzend Genoss/inn/en um Wilhelm Diefenbach und Marianne Fischer. Die Jungen im Kampfbund strebten schließlich eine Fusion mit dieser Gruppe an, die älteren Mitglieder standen dem skeptisch bis ablehnend gegen-

[234] Günter (d.i. Günter Schneider): *Zur Entwicklung unserer Organisation,* 31.8.1975
[235] ebd.
[236] nicht verwandt mit Franz Pawelka
[237] nach Aufzeichnungen von Günter Schneider
[238] Günter (d.i. Günter Schneider): *Zur Entwicklung unserer Organisation,* 31.8.1975

über. In der Folge artikulierte Schneider im Herbst 1972 das Unbehagen der aktiveren Genoss/inn/en gegenüber der Organisationspraxis des Kampfbundes so: „Unsere Org drohte und droht meiner Meinung nach immer mehr in der Routine, in der Schablone zu erstarren. Die sektiererischen Tendenzen nehmen bei Teilen der Org immer greifbarere Formen an.“[239] Und drei Jahre später fügte Schneider hinzu:

> „Neben unserer dahinvegetierenden Org entwickelten sich in Österr. Gruppen, die sich auf den Trotzkismus berufen, ohne dass wir versuchten, sie ernstlich zu beeinflussen. Anstatt uns zumindest auf die theoretische Auseinandersetzung mit diesen Gruppen vorzubereiten, um dann bei einem einsetzenden Massenaufschwung um die Führung kämpfen zu können, begnügten wir uns leider allzu lange mit unserem organisationsinternen Kleinkram. Wir schmorten im eigenen Fett, wie die GI später treffend sagte. Die ersten intensiveren Kontakte mit anderen Gruppen legten dann unsere Schwächen offen.“[240]

Im weiteren Verlauf wurden die Differenzen zusehends mit persönlichen Konflikten vermischt. Nachdem sich Holba, der den Jungen kein positives Konzept mehr entgegensetzen konnte, bereits im Februar 1973 aus der Leitung und aus sonstigen Funktionen zurückgezogen hatte, traten im Sommer 1973 vier der verbliebenen älteren Genoss/inn/en aus dem Kampfbund aus, was nichts anderes als Spaltung bedeutete. Holba und die drei anderen ausgetretenen Genoss/inn/en bildeten eine lose und sehr klandestine Gruppe, die mit dem Verwandten Freys im Ausland sporadischen Kontakt hielt, weiterhin ihrer Gesinnung treu blieb, aber nicht mehr als politische Organisation in Erscheinung trat.

Diese Abspaltung, mit der auch Verluste an demoralisierten Kandidat/inn/en einhergingen, bedeutete für die verbliebenen Genoss/inn/en einerseits eine Schwächung:

> „Die Org war durch die aufpeitschenden Diskussionen erschöpft, durch die Spaltung tief erschüttert. (...) Die vormalige Selbstüberschätzung unserer theoretischen Klarheit war infolge der Erschütterung unserer ehemaligen Standpunkte (durch die Konfrontation mit der Wirklichkeit und in der Diskussion mit anderen Gruppen) einer politischen Desorientierung gewichen. Das Erwachen in der rauen Wirklichkeit war bitter.“[241]

Andererseits war aber nun der Weg frei für ernsthafte Fusionsgespräche mit der GI:

> „Die wenigen aktiven Kräfte unserer Gruppe wurden immer mehr auf die Bedürfnisse der pol Diskussion mit der GI konzentriert (Fusionsperiode), in einigen Fragen konnten wir nach zähen Besprechungen theoretische Fortschritte erzielen (SP, KP, teilweise Volksdemokratien und Organisationsfrage). Die durch lange Jahre fest eingefressenen zentristischen Positionen einerseits, die theoretischen Schwächen unserer Gesprächspartner andererseits ließen in diesem Klärungsprozess nur langsame Fortschritte zu.“[242]

---

[239] Günter (d.i. Günter Schneider): *Frage des „Bremsens“*, 16.10.1972
[240] Günter (d.i. Günter Schneider): *Zur Entwicklung unserer Organisation*, 31.8.1975
[241] ebd.
[242] ebd.

Der Diskussionsprozess mit der GI, die sich später *Spartacus Wien* nannte, führte schließlich im Frühjahr 1976 mit zur Bildung der IKL.[243] Während dieser Fusionsgespräche zog Schneider Bilanz über den Kampfbund und fasste dabei dessen Schwächen in folgenden Punkten zusammen:

„1. Lange Zeit wurde das Schulungsmaterial von Melt als fast ausschließliche Literatur verwendet. So nützlich dieses Werk bei zweckmäßigem Gebrauch auch sein mag, es ist kein Ersatz für rev. Literatur.

2. Unsere Org wartete immer auf den Aufschwung der Arbeiterklasse, nützte aber nicht genügend die Möglichkeiten, die sich im linken Studentenmilieu ergaben.

3. Unsere Org lauschte wie gebannt auf die österr Arbeiter, beschäftigte sich aber viel zu wenig mit den internationalen Arbeiterkämpfen (zB jetzt in Portugal). Viel zu wenig Studium der aktuellen Schriften der Arbeiterbewegung.

4. Ungenügendes Verhältnis zwischen Theorie und Praxis, zwischen der Kräfteaufteilung für Innenschulung und Aussenprop.

5. Zunehmende Abneigung in der Öffentlichkeit pol zu arbeiten. Die Kunst[244] diente als Vorwand für mangelnde Bereitschaft und wurde sehr weit übertrieben (Zusammenhang mit Fehleinschätzung der Weltlage). Der Marsch durch die Wüste[245] hatte dabei auch wesentlichen Einfluss.

6. Sehr starke Überschätzung der eigenen Klarheit. Unsere Org Praxis Ende der 60er Jahre war grundlegend so, als ob wir die richtige pol Linie gepachtet hätten. Soweit wir uns überhaupt mit der Politik anderer Gruppen befassten, begnügten wir uns fast ausschließlich damit festzustellen, dass sie nicht unsere Terminologie verwenden (zB deformierte Arbeiterstaaten). Nur ausnahmsweise setzten wir uns mit ihrer Politik tiefgehender auseinander.

7. Textstellen wurden unkritisch und unhistorisch übernommen (Weltlage, Schlussphase des 2. Weltkrieges usw.)

8. Ungenügender Zugang zu rev Literatur (Zeitungen, Writings).

9. Nur stilles Beobachten ohne Diskussion mit anderen Gruppen oder einzelnen Gen anderer Gruppen. Dies entsprang einerseits unserem Kunstverständnis, andererseits unserem ursprünglichem, fast feindlichen Verhalten zu den sich herausbildenden ‚verwandten' Org.

10. In unserem Organ befassten wir uns unter Brunos Anleitung fast ausschließlich mit dem Verrat der SP, KP. Wir verwendeten damals fast stereotyp wiederkehrende Formulierungen.

11. Die Kursanten und Kandidaten wurden oft jahrelang von der Org ferngehalten. Bei anderen Gruppen sind Kandidaten Mitglieder ohne Stimmrecht.

12. Die Leitung war sehr lange von der Org isoliert (zT wegen mangelndem Interesse der übrigen Gen). Die Probleme in der Leitung wurden zu lange von der ganzen Org ferngehalten.

[243] siehe unten

[244] „Kunst" steht hier als Code-Wort für „Konspiration".

[245] „Marsch durch die Wüste" steht für „Illegalität".

13. Die Bereitschaft und zum Teil auch die Fähigkeit, ernsthaft politisch zu arbeiten, hat bei einigen Gen erschreckend abgenommen.

14. Unserer Org fehlt es an einer gemeinsamen Perspektive Einschätzung der Lage, sowohl politisch als auch organisatorisch.“[246]

Diese Einschätzung bezieht sich zwar sicherlich im besonderen auf die letzten zehn Jahre der Existenz des Kampfbundes, ist aber nichtsdestotrotz in vielen Punkten für den Kampfbund generell äußerst treffend. In der Zeit von Ende der 1940er bis Ende der 1960er Jahre, in den Jahrzehnten des kapitalistischen Booms, des Wirtschaftswunders, des Kalten Krieges, des Antikommunismus‘ und der relativen Stabilität der stalinistischen Herrschaft, standen die Revolutionäre mit dem Rücken zur Wand – in Österreich aufgrund seiner spezifischen Lage zwischen den Blöcken, der Sozialpartner/innen/schaft, der Dominanz der Sozialdemokratie in der Arbeiter/innen/bewegung und des geringen Ausmaßes an Klassenkämpfen nach 1945 in besonderer Weise. Während die IKÖ in dieser katastrophalen Situation – um eine völlige Isolation zu vermeiden – auf eine Orientierung auf die sozialdemokratische Arbeiter/innen/bewegung setzte, sich dieser politisch anpasste und schließlich zu großen Teilen in ihr aufging, wählte der Kampfbund die sektiererische Abschottung von der real existierenden Arbeiter/innen/bewegung – um genau jene politische Anpassung zu verhindern. Was in diesem Fall das kleinere Übel darstellte und ob in dieser Zeit revolutionäre Politik überhaupt möglich war, ohne in eine der beiden Seiten abzugleiten, ist – auch oder gerade vom heutigen Standpunkt – schwer zu beantworten.

7.6. Bewertung des Kampfbundes (im Vergleich zur IKÖ)

In diesem abschließenden Kapitel soll es darum gehen, welche der beiden Strömungen bei der Spaltung 1947 und in den beiden darauf folgenden Jahrzehnten eher im Recht war.

Wenn man die politisch-programmatischen Positionen der Spaltung als entscheidende Kriterien betrachtet, dann spricht das ziemlich eindeutig für die IKÖ. Der politische Spaltungsgrund war die so genannte *Kombinierte Kriegstaktik* Freys, die – in Anlehnung an die Positionen Otto Bauers? – eine Art Opportunismus gegenüber dem Stalinismus und letztlich auch gegenüber dem demokratischen Imperialismus ausdrückte und gegen die die IKÖ den revolutionären Defätismus der 4. Internationale verteidigte.

In späteren Fragen, zum Beispiel zur DDR 1953 oder zu Ungarn 1956, sah es ähnlich aus: Während sich der Kampfbund in seiner Propaganda in steriler und ultimatistischer Weise gegen die dortigen Bewegungen stellte, versuchte die IKÖ, an ihnen taktisch anzuknüpfen – mit aus meiner Sicht in der Grundlinie mehr oder weniger richtigen Positionen. Während die IKÖ richtig erkannte, dass in den späten 1940er in den osteuropäischen Ländern mit der Anpassung der ökonomischen, sozialen und politischen Strukturen an die der Sowjetunion bürokratisch deformierte/degenerierte Arbeiter/innen/staaten entstanden waren, verschlossen Frey und der Kampfbund mit ihrer formelhaften „Orthodoxie“ die Augen vor der Realität. Die Anpassung der Füh-

[246] Günter (d.i. Günter Schneider): *Zur Entwicklung unserer Organisation*, 31.8.1975

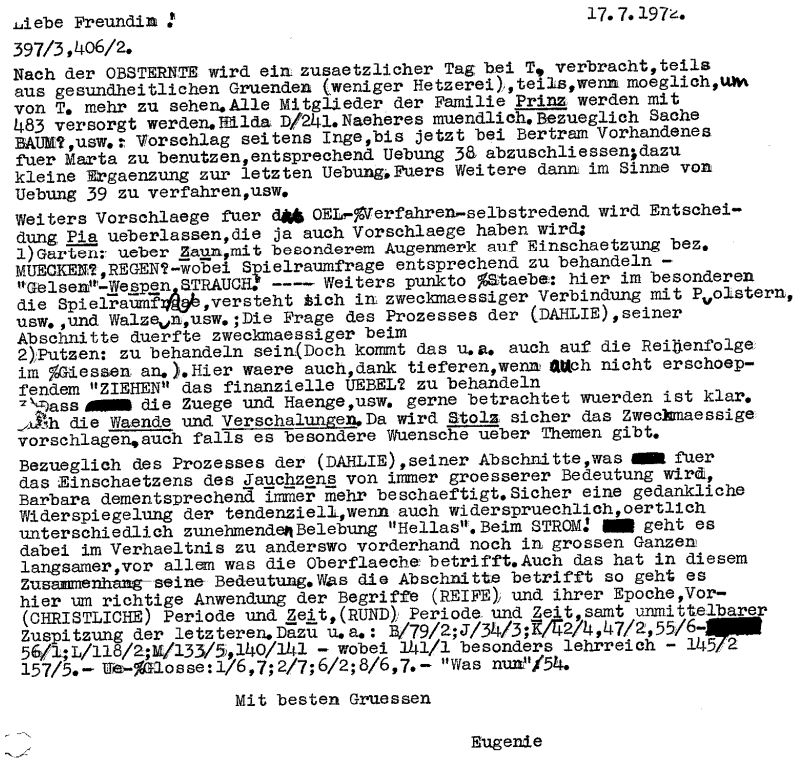
rung der 4. Internationale an den Titoismus wurde von der IKÖ-Mehrheit und dem Kampfbund in ähnlicher Weise kritisiert.

Was das konkrete Agieren in der heimischen Arbeiter/innen/klasse und -bewegung betrifft, so spricht das ebenfalls eher für die IKÖ, vor allem dann, wenn man – wie beide Gruppen in diesen Jahrzehnten – von einer baldigen rasanten Zuspitzung der Krise des Kapitalismus und der Klassenkampfsituation ausgeht. Während sich der Kampfbund völlig abschottete, in seinem eigenen Saft schmorte und zu einer Intervention in reale Klassenkämpfe sowohl organisatorisch und mentalitätsmäßig als auch politisch wohl kaum in der Lage gewesen wäre, hat die IKÖ immerhin versucht, auf eine bestimmtes Milieu (sozialdemokratische Arbeiter/innen und Betriebsräte/-rätinnen) Einfluss zu nehmen. Sie konnte damit nicht nur einige kleinere Erfolge erzielen (zum Beispiel Interventionen beim Schuharbeiter/innen/streik 1948 oder bei der SP-Betriebsrätekonferenz 1954), sondern wäre bei einer tatsächlichen Radikalisierung der Arbeiter/innen/klasse wohl auch deutlich besser positioniert gewesen (nicht nur wegen der lange Zeit deutlich größeren Mitgliederanzahl im Vergleich zum Kampfbund). Dieser Versuch der Einflussnahme auf das sozialdemokratische proletarische Milieu war angesichts des boomenden Kapitalismus und der daraus resultierenden Hegemonie des Reformismus in der Arbeiter/innen/klasse letztendlich nicht von Erfolg gekrönt. Er war aber, auch wenn es unter dem Druck dieses Milieus zu manchen politischen Anpassungen und letztlich zum Aufgehen von großen Teilen der IKÖ darin führte, (unter der Prämisse einer Klassenkampfzuspitzung in jedem Fall) der sinnvollere Weg als die perspektivlose Sackgasse des Kampfbundes in die völlige Isolierung.

Aber hat nicht der Kampfbund als politische Strömung zumindest überlebt, während die IKÖ in den 1960er Jahren zerfallen ist? Ist es dem Kampfbund nicht wenigstens gelungen, bis Anfang der 1970er Jahre eine politische Kontinuität aufrechtzuerhalten und diese schließlich in der IKL fortzusetzen? Ich glaube, dass auch eine solche Argumentationslinie nicht haltbar ist: Erstens haben auch Teile der IKÖ-Mitgliedschaft weiterhin eine revolutionäre Tätigkeit weitergeführt – einerseits die Gruppe um die Zeitung *Arbeiterkampf* unter der Führung von Franz Modlik bis in die 1980er Jahre, andererseits einige Genoss/inn/en um Heinrich Thomas, der an der Gründung der GRM beteiligt war und der bis nach der Jahrtausendwende aktiv war. Zweitens und vor allem stellt die Überführung eines Teil der Kampfbund-Mitgliedschaft in die Mitte der 1970er Jahre gegründete IKL aber keine Fortsetzung der Tradition des Kampfbundes dar, sondern im Gegenteil einen Bruch mit dessen sterilen und anachronistischen Organisationsmethoden und in vielen Fragen auch mit dessen politischen Positionen. Erst dieser Bruch mit der Tradition des Kampfbundes, der unter der Führung Günter Schneiders und unter dem Einfluss der *Gruppe Internationale* stattfand, eröffnete für einen Teil der Mitgliedschaft des Kampfbundes eine neue politische Perspektive. Die Kampfbund-Mitglieder, die sich der Kritik und der neuen Linie Schneiders nicht anschlossen, die an der bisherigen Ausrichtung des Kampfbundes festhielten und in diesem Sinn die Tradition des Kampfbundes verkörperten, setzten den Weg ins politische Nichts fort. Insgesamt erscheint eine politisch-organisatorische Kontinuität vom Kampfbund zur IKL doch eher konstruiert.

Schließlich sei noch hinzugefügt, dass die Verantwortung für die fehlende Diskussion über die Differenzen im Vorfeld der Spaltung 1947 sicherlich bei den Frey-Anhänger/inne/n, oder genauer gesagt bei Frey selbst, lag. Während die IKÖ-Leitung auf eine Diskussion und Ausräumung der Meinungsverschiedenheiten drängte, verweigerten die Frey-Anhänger/innen jede politische Auseinandersetzung zu der Frage. Angesichts der Tatsache, dass sie sich ohne Frey zu schwach fühlten, um die Diskussion aufzunehmen, hätten sie wohl ein Diskussionsbulletin, das auch für Frey offen steht, oder ähnliches fordern müssen. Wenn man aber schon die Diskussion verweigerte und in blindem Glauben an Frey entsprechend seinen Anweisungen die Organisation verließ, ist es jedenfalls nicht gerechtfertigt, dann im Nachhinein auch noch die IKÖ für die fehlende Klärung der Differenzen verantwortlich zu machen.

Alles in allem sind wir also der Ansicht, dass die IKÖ mit ihrer Ausrichtung richtiger gelegen ist als der Kampfbund. Das heißt keineswegs, dass alle Positionen und Einschätzungen der IKÖ richtig waren, sehr wohl aber, dass unsere politischen Sympathien insgesamt eher der IKÖ gelten – genauer gesagt der IKÖ-Mehrheit, die lange (mit meines Erachtens tendenziell richtigen Positionen) dem *Entrismus sui generis* von Pablo und dem IS Widerstand entgegengesetzt hat. Die wesentlichste politisch-theoretische Schwäche des österreichischen Trotzkismus, die er mit der 4. Internationale und großen Teilen der radikalen Linken teilte, dass er nämlich nicht zu einer richtigen Einschätzung der Substanz des Imperialismus und der Perspektiven des Klassenkampfes in der Lage war, konnte dabei weder die IKÖ (oder IKÖ/O) noch der Kampfbund überwinden.



Liebe Freundin !

17.7.1972.

397/3,406/2.

Nach der OBSTERNTE wird ein zusaetzlicher Tag bei T. verbracht, teils aus gesundheitlichen Gruenden (weniger Hetzerei), teils, wenn moeglich, um von T. mehr zu sehen. Alle Mitglieder der Familie Prinz werden mit 483 versorgt werden. Hilda D/241. Naeheres muendlich. Bezueglich Sache BAUM?, usw.: Vorschlag seitens Inge, bis jetzt bei Bertram Vorhandenes fuer Marta zu benutzen, entsprechend Uebung 38 abzuschliessen; dazu kleine Ergaenzung zur letzten Uebung. Fuers Weitere dann im Sinne von Uebung 39 zu verfahren, usw.

Weiters Vorschlaege fuer d[redacted] OEL-%Verfahren-selbstredend wird Entscheidung Pia ueberlassen, die ja auch Vorschlaege haben wird;
1) Garten: ueber Zaun, mit besonderem Augenmerk auf Einschaetzung bez. MUECKEN?, REGEN?-wobei Spielraumfrage entsprechend zu behandeln - "Gelsen"-Wespen, STRAUCH? ---- Weiters punkto %Staebe: hier im besonderen die Spielraumfrage, versteht sich in zweckmaessiger Verbindung mit P.olstern, usw., und Walze.n, usw.; Die Frage des Prozesses der (DAHLIE), seiner Abschnitte duerfte zweckmaessiger beim
2) Putzen: zu behandeln sein (Doch kommt das u.a. auch auf die Reihenfolge im %Giessen an.). Hier waere auch, dank tieferen, wenn auch nicht erschoepfendem "ZIEHEN" das finanzielle UEBEL? zu behandeln
Dass [redacted] die Zuege und Haenge, usw. gerne betrachtet wuerden ist klar. Auch die Waende und Verschalungen. Da wird Stolz sicher das Zweckmaessige vorschlagen, auch falls es besondere Wuensche ueber Themen gibt.

Bezueglich des Prozesses der (DAHLIE), seiner Abschnitte, was [redacted] fuer das Einschaetzens des Jauchzens von immer groesserer Bedeutung wird, Barbara dementsprechend immer mehr beschaeftigt. Sicher eine gedankliche Widerspiegelung der tendenziell, wenn auch widerspruechlich, oertlich unterschiedlich zunehmenden Belebung "Hellas". Beim STROM! [redacted] geht es dabei im Verhaeltnis zu anderswo vorderhand noch in grossen Ganzen langsamer, vor allem was die Oberflaeche betrifft. Auch das hat in diesem Zusammenhang seine Bedeutung. Was die Abschnitte betrifft so geht es hier um richtige Anwendung der Begriffe (REIFE) und ihrer Epoche, Vor-(CHRISTLICHE) Periode und Zeit, (RUND) Periode und Zeit, samt unmittelbarer Zuspitzung der letzteren. Dazu u.a.: B/79/2; J/34/3; K/42/4, 47/2, 55/6-[redacted] 56/1; L/118/2; M/133/5, 140/141 - wobei 141/1 besonders lehrreich - 145/2 157/5.- Ue-%Glosse: 1/6, 7; 2/7; 6/2; 8/6, 7.- "Was nun"/54.

Mit besten Gruessen

Eugenie

Illegale Korrespondenz des Kampfbundes (1972)

Fest steht aber, dass die Genoss/inn/en des Kampfbundes (ebenso wie die der IKÖ) unter oft schwierigsten Bedingungen unendlich viel Zeit, Energie und Engagement aufbrachten, um in Österreich eine revolutionäre Tradition aufrechtzuerhalten, um die Grundlagen für den Aufbau einer revolutionären Partei in späteren Klassenkämpfen zu schaffen. Fest steht, dass die Genoss/inn/en des Kampfbundes (ebenso wie die der IKÖ) trotz verschiedenster politischer Schwächen und Fehler überzeugte Revolutionäre waren, die den ganzen Respekt der heutigen Generation von Trotzkist/inn/en verdienen.

8. Österreichischer Trotzkismus von Anfang der 1970er bis Anfang der 1990er Jahre

Ende der 1960er Jahre, Anfang der 1970er Jahre ist für den österreichischen Trotzkismus ein Einschnitt festzumachen. Zuvor war er ein aus der Arbeiter/innen/bewegung entstandener linker Flügel, der sich sozial weiterhin auf Arbeiter/innen stützte (wenn auch keine systematische und offene Politik in den Großbetrieben stattfand). Die hiesigen Strömungen aus trotzkistischer Tradition, die ab etwa 1970 entstanden, stützten sich im Wesentlichen auf die damalige Student/inn/enbewegung und Jugendradikalisierung – und setzten sich in der Folge auch sozial lange Zeit dementsprechend zusammen. Nach dem Bruch in der revolutionären Kontinuität auf politischer Ebene erfolgte nun auch für den österreichischen Trotzkismus ein Bruch in Bezug auf die Verwobenheit mit zumindest Teilen der Arbeiter/innen/klasse.

Dieser Einschnitt ist dabei nicht ganz eindeutig auf ein Jahr festzusetzen: Erstens existierte der *Kampfbund*, wie wir gesehen haben, bis 1973 und gingen seine Reste erst Mitte der 1970er Jahre in der *Internationalen Kommunistischen Liga* (IKL) auf. Zweitens ist auch beim langjährigen Mainstream des österreichischen Trotzkismus, der VS-Tradition, die Datierung nicht eindeutig. *Die Revolte*, die 1966/67 bis 1971 bestand, ist eine Art Zwischenprodukt: Sie wurde (zum Teil) noch von Kadern der alten Tradition geführt. Da sie aber letztlich bereits ein politischer Ausdruck der beginnenden Jugendradikalisierung war, haben wir uns entschlossen, sie als erstes Kapitel dieses Teiles aufzunehmen.

Insgesamt werden wir in Teil 8 eine Phase der Neuformierung nachvollziehen, wir werden gescheiterte Aufbauversuche, erfolgreiche Interventionen und etliche Umgruppierungen sehen. Unterm Strich bleibt folgendes: Die zwanzig Jahre, die in diesem Teil untersucht werden, waren für die Strömungen mit trotzkistischem Anspruch in Österreich keineswegs eine schillernde Erfolgsstory. Nichtsdestotrotz erwies sich „der Trotzkismus“ – etwa im Gegensatz zu kurzlebigen Erscheinungen wie dem so genannten *Eurokommunismus* – erneut als hartnäckige Strömung der Linken und der Arbeiter/innen/bewegung. Während seit den späten 1970er Jahren der damals ungleich stärkere Maoismus weitgehend verschwunden ist, während die KPÖ einen weiteren drastischen Niedergang erlebte und seit Anfang der 1990er Jahre hauptsächlich wegen ihrer finanziellen Ressourcen weiter existierte, während die *Sozialistische Jugend* (SJ) von einer Jugendorganisation mit tausenden aktiven subjektiven Sozialist/inn/en zu einer politisch und personell ausgetrockneten Fassade heruntergekommen ist, konnte sich der österreichische Trotzkismus trotz der Krise der Linken seit den 1980er Jahren (und verschärft in der Phase 1989-1994) stabil halten.

Es kam dabei zu nicht unbeträchtlichen Verschiebungen innerhalb des trotzkistischen Spektrums, insgesamt blieben aber sowohl die personelle Stärke und das Umfeld als auch der Einfluss in soziale Milieus von den späten 1970er Jahren bis in die frühen 1990er Jahre einigermaßen konstant (wobei bei letzterem auch eine gewisse Ver-

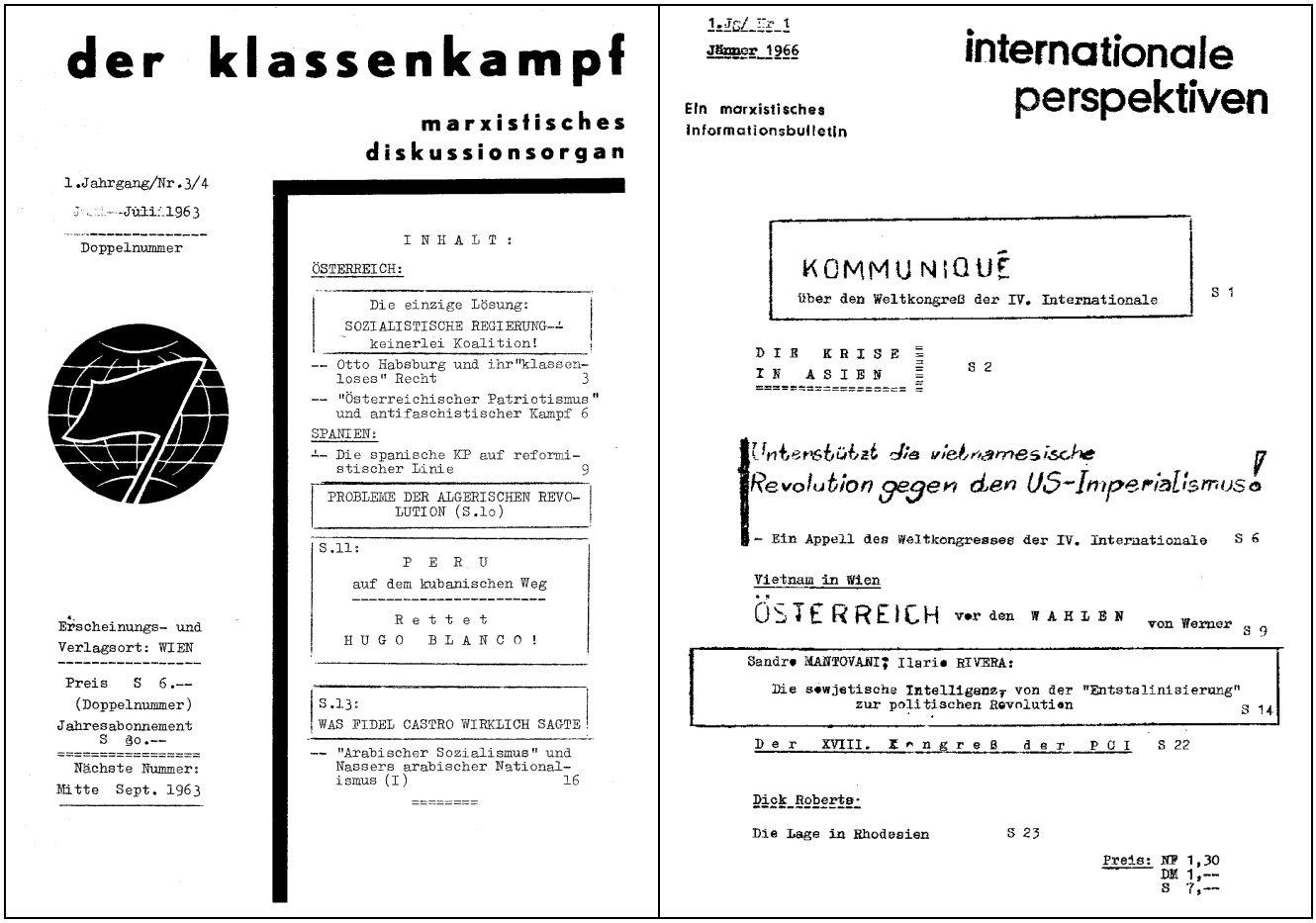
schiebung von Student/inn/en zu Schüler/inne/n und Lohnabhängigen stattfand). Dadurch konnte das Spektrum der Strömungen mit trotzkistischem Anspruch in diesen zwanzig Jahren, trotz seiner inneren Uneinheitlichkeit, sein relatives Gewicht in der österreichischen Linken deutlich erhöhen. Allerdings blieben die verschiedenen Strömungen mit trotzkistischem Anspruch von der großbetrieblichen Arbeiter/innen/klasse weitgehend isoliert. Keine Strömung konnte eine relevante Verankerung erzielen. Das lag sicherlich einerseits an den objektiven Bedingungen (Stabilität des österreichischen Kapitalismus, Dominanz der Sozialdemokratie in der Betriebsarbeiter/innen/schaft), es gab aber andererseits auch kaum systematische Arbeit in diese Richtung.

8.1. Die Revolte

Ende 1963 war die IKÖ, die österreichische Sektion des VS, zusammengebrochen. Es waren nur Heinrich Thomas, Franz Pokorny und Grete Thomas übrig geblieben, die nun lediglich die mittlerweile in Deutschland hergestellte Zeitschrift *Die Internationale* in Österreich vertrieben. Sie versuchten nun Mitte der 1960er Jahre, einige der Jugendlichen, die in den fraktionellen Auseinandersetzungen ursprünglich Modlik unterstützt hatten, für den Aufbau einer neuen Gruppe zu gewinnen – und sie waren bezüglich Peter Hallstein erfolgreich (gemeinsam mit Hallstein schlossen sich auch Grete und Karl Kraupa Thomas an). Die von Heinrich Thomas dominierte Gruppe wollte nun die Grundlagen dafür legen, die erwartete Jugendradikalisierung für den Wiederaufbau einer trotzkistischen Organisation in Österreich zu nutzen. Zu diesem Zweck begann sie im Januar 1966 mit der Herausgabe der *internationalen perspektiven*, einem *marxistischen Informationsbulletin*, und schließlich ab 1967 mit der Zeitung *Revolte*, die als Propagandaorgan angelegt war.[247] Die *internationalen perspektiven* hatten als Kontaktadresse noch Pierre Frank in Paris angegeben, die *Revolte* mit Peter Hallstein bereits einen österreichischen Genossen. Begonnen wurde mit der Herausgabe einer *Schriftenreihe*, als deren erste (und einzige) Nummer im April 1966 *Die Gewerkschaften in der Epoche des totalitären Monopolkapitals* von Leo Trotzki erschien. Juli/August 1966 wurde eine Sondernummer der *internationalen perspektiven* über „*Probleme der Kolonialrevolution*“ mit immerhin nahezu 150 Seiten Umfang herausgegeben.

Im Oktober 1967 wurde mit der Publikation der neuen Zeitschrift *Revolte* begonnen. Damit gelang es, ein Umfeld von Jugendlichen aufzubauen, das in einem reißerischen Artikel der konservativen *Wochenpresse* schon ein Vierteljahr später auf immerhin etwa 30 „*Studenten und Jungarbeiter*“ geschätzt wurde.[248] In der Frühphase waren in diesem Umfeld unter anderem Peter Gruder, der später beim *Verband Sozialistischer Mittelschüler* (VSM) war, und Andreas Rasp, der später zur KPÖ ging. Als wichtige jüngere Mitglieder der *Revolte*-Gruppe sind ab etwa 1968 neben Hallstein vor allem der damals erst 14-jährige Reinhard Pitsch, der 1970 nach Dänemark ausgewanderte

[247] Gespräch von Eric Wegner mit Heinrich Thomas (1996).
[248] Gegen Moskau und Peking. – in: Wochenpresse, 3.1.1968



der klassenkampf

marxistisches diskussionsorgan

1.Jahrgang/Nr.3/4

Juni-Juli 1963

Doppelnummer

Erscheinungs- und Verlagsort: WIEN

Preis S 6.-- (Doppelnummer)

Jahresabonnement S 30.--

Nächste Nummer: Mitte Sept. 1963

INHALT:

ÖSTERREICH:

Die einzige Lösung: SOZIALISTISCHE REGIERUNG – keinerlei Koalition!

-- Otto Habsburg und ihr "klassenloses" Recht 3

-- "Österreichischer Patriotismus" und antifaschistischer Kampf 6

SPANIEN:

-- Die spanische KP auf reformistischer Linie 9

PROBLEME DER ALGERISCHEN REVOLUTION (S.1o)

S.11: P E R U auf dem kubanischen Weg

Rettet HUGO BLANCO!

S.13: WAS FIDEL CASTRO WIRKLICH SAGTE

-- "Arabischer Sozialismus" und Nassers arabischer Nationalismus (I) 16

1.Jg/Nr.1

Jänner 1966

internationale perspektiven

Ein marxistisches Informationsbulletin

KOMMUNIQUÉ über den Weltkongreß der IV. Internationale S 1

DIE KRISE IN ASIEN S 2

Unterstützt die vietnamesische Revolution gegen den US-Imperialismus!

– Ein Appell des Weltkongresses der IV. Internationale S 6

Vietnam in Wien

ÖSTERREICH vor den WAHLEN von Werner S 9

Sandro MANTOVANI; Ilario RIVERA:

Die sowjetische Intelligenz, von der "Entstalinisierung" zur politischen Revolution S 14

Der XVIII. Kongreß der PCI S 22

Dick Roberts:

Die Lage in Rhodesien S 23

Preis: NF 1,30 DM 1,-- S 7,--

der klassenkampf (1963/1964, siehe S.482) und *internationale perspektiven* (1966)

A.L. und die „Genossin Anita“ zu nennen.[249] Mit einem eigenen Hochschulprogramm versuchte die Gruppe, auch auf den Universitäten Fuß zu fassen.[250] Die *Revolte* orientierte sich zwar nicht mehr auf den traditionellen „*tiefen Entrismus*“ in den reformistischen Massenparteien, setzte aber zumindest in der Anfangsphase ein ebenso illusionäres Konzept dagegen, in dem die *Revolte* als Verbündete und als Ratgeberin auftreten wollte: Weder die SPÖ noch die KPÖ könnten reformiert werden, statt dessen müssten sich „*die linken Kräfte in der KPÖ*“ mit den „*konsequenten Linken der SPÖ zusammenfinden und eine neue revolutionäre Klassenführung aufbauen*“.[251]

Der *Revoltekreis* war publizistisch recht aktiv: Im ersten Jahr konnten drei reguläre Nummern herausgegeben werden, die monatliche Erscheinungsweise wurde auch 1968 beibehalten. Rund um einen *Revolte-Leserkreis* wurden Interessierte, meist Jugendliche, gesammelt – so referierte im März 1968 Peter Hallstein über die Berliner Vietnam-Solidarität, am 3. April Hallstein, Rasp und Alex Reiss über *Warschau und Prag – Ende der bürokratischen Herrschaft?* Und am 22. April der belgische Trotzkist Guy Desrole über *Was wollen die Trotzkisten?*[252] Die *Revolte* engagierte sich

[249] Brief von A.L. an Eric Wegner

[250] ‚Revolte‘-Studentenprogramm. – in: Revolte, Jänner 1968, Nr.1, 2. Jg., S.16ff.

[251] KPÖ-Krise: Die Bürokratie ist schuld! – in: Revolte, Jänner 1968, Nr.1, 2. Jg., S.12ff.; die Zitate finden sich auf Seite 15

[252] „Revolte“-Leserkreis.– in: Revolte, Februar 1968, Nr.2, 2. Jg., S.3; „Revolte“-Leserkreis – erste Zusammenkunft. – in: Revolte, März 1968, Nr.3, 2. Jg., S.2; und: „Was wollen die Trotzkisten?“ …. – in: Revolte, April 1968, Nr.4, 2. Jg., S.2

stark in der Vietnam-Solidarität, allerdings wurden in Übereinstimmung mit der Linie des Vereinigten Sekretariats der Vierten Internationale starke Illusionen in den Vietcong, aber auch in die kubanische Führung – und insbesondere in Che Guevara – deutlich und eine Anpassung an die Bürokratien der degenerierten Arbeiter/innen/staaten in Nordvietnam und in Kuba sichtbar.[253] Ebenso klar waren die Illusionen in die Jugendbewegungen in Europa – die „*Jugend-Vorhut*" habe bereits „*einen klaren Trennungsstrich zu den traditionellen Parteien*" gezogen.[254] Die *Revolte* agitierte in der Friedensbewegung für das Ziel der Aufstellung einer „*Trotzki-Miliz*" als Alternative zu pazifistischen Illusionen rund um die *Ostermärsche*.[255]

1968 konnte nicht nur eine Nummer der neuen *„Revolte"-Schriftenreihe* publiziert werden[256] – Ende des Schuljahres 1967/1968 wurde auch ein *Aktionskomitee Trotzkistischer Schüler* (ATS) gegründet, um auf die entstehende Schüler/innen/bewegung Einfluss zu nehmen, und mit der Verteilung von Flugblättern vor mehreren Wiener Mittelschulen begonnen – ein Wiener sozialdemokratischer Gymnasial-Direktor drohte seinen Schüler/inne/n Disziplinarstrafen bis zum Hinauswurf an, sollten sie trotzkistische Propaganda annehmen.[257] Trotzdem wurden allein in den letzten Wochen des Schuljahres 1967/1968 mindestens vier verschiedene Flugblätter verteilt, innerhalb kurzer Zeit wuchs der Kreis auf 15 bis 20 Schüler/innen an.[258] Im Herbst 1968 unterstützte das ATS das neugegründete *Aktionszentrum Unabhängiger Schüler* (AUS) kritisch – Revolutionäre dürften sich „*niemals selbst von der realen Bewegung isolieren*", nur Einheitsfrontaktionen könnten heute „*das nötige Gewicht*" haben.[259]

Der Hintergrund der hier umschriebenen Aktion waren Erfolge der entristischen Arbeit im *Verband Sozialistischer Mittelschüler* (VSM), der Schüler/innen/organisation der Sozialdemokratie. Das AUS sollte, so das Ziel der *Revolte*, *„eine Dachorganisation von Arbeitsgemeinschaft Trotzkistischer Schüler, oppositionellen VSMlern und anderen sein"*.[260] Über Flugblattaktionen und Schulinterventionen sollten *Schülerko-*

---

[253] Vietnam zeigt: Nur Gewalt führt zum Sozialismus! – Revolte, März 1968, Nr.3, 2. Jg., S.7ff.

[254] Berlin: 20000 für die rote Revolution. – in: Revolte, Februar 1968, Nr.2, 2. Jg., S.3

[255] „Revolte" fordert: Trotzki-Miliz statt Ostermarschierer. Denn: Gegen US-„Rangers" helfen keine Pazifisten. – in: Revolte, Februar 1968, Nr.2, 2. Jg., S.16ff. Eine klare Abgrenzung von der Parteifeindlichkeit der Neuen Linken findet sich dann in der Revolte vom März/April 1969: Reicht die APO oder brauchen wir eine revolutionäre Partei? – in: Revolte, März/April 1969, Nr.3/4, 3. Jg., S.3ff.

[256] Nr.1: *Österreich an der Reihe* von Leo Trotzki (Mai 1968), die mehrfach angekündigte Nr.2, *Trotzkistische Klassentheorie*, erschien verspätet im Juli 1968.

[257] Aktionskomitee Trotzkistischer Schüler gebildet. – in: Revolte, Mai 1968, Nr.5, 2. Jg., S.2. Der programmatische Text *Schüler wehrt euch gegen das System!* ist in derselben Nummer der *Revolte* (S.3ff.) abgedruckt. Ein weiteres, vor mehreren Wiener Schulen im Schuljahr 1968/1969 verteiltes Flugblatt war ausschließlich der Vierten Internationale gewidmet.

[258] Nitzsche, Frank: „Aus dem Schatten in die Reichweite der Kameras". Die Entwicklung trotzkistischer Organisationen in Deutschland, Österreich und der Schweiz unter besonderer Berücksichtigung des Einflusses der neuen Sozialen Bewegungen von 1968 bis heute. – Universität Siegen, Dissertation 2006, S.86

[259] ATS unterstützt das AUS.– in: Revolte, September 1968, Nr.9, 2. Jg., S.13

[260] E.R.: Liebe Genossen, 14.9.1968 [Brief im Besitz der Verfasser]

mitees gegründet und in einer *Wiener Schülerkonferenz* zusammengefasst werden.[261] Die AUS entglitt allerdings recht rasch dem ATS und driftete in Richtung der sich auch in Österreich formierenden Ausläufer der Neuen Linken ab. Auch die Hoffnungen, außerhalb Wiens, vor allem in Villach, der zweitgrößten Stadt Kärntens, Fuß zu fassen, zerschlugen sich noch im Sommer 1968.[262]



Am 23. Juni 1968 war aus dem *Revolte*-Kreis heraus die *Trotzkistische Organisation Österreichs* (TOÖ) gegründet worden. Vorsitzender wurde Andreas Rasp, Sekretär Ernst Richter, Peter Hallstein war nach wie vor für die Redaktion zuständig. Neben der Arbeit auf Hoch- und Mittelschulen wurde nun auch eine „*punktuelle Arbeit in der Gewerkschaft und in den Betrieben*" begonnen.[263] Die *Arbeitsgemeinschaft Trotzkistischer Gewerkschafter* (ATG) trat als „*Referat*" der TOÖ für die Schaffung einer revolutionären ÖGB-Fraktion ein und begann mit der Herausgabe der *Betriebs-Revolte* noch im August 1968.[264] Getragen wurde die ATG von einem *Arbeitskreis marxistischer Lehrlinge* (AML) mit circa sechs bis sieben Lehrlingen, die für die TOÖ gewonnen werden konnten und in deren Umfeld von Pitsch die Lehrlingsgruppe

[261] Ernst Richter an Peter Brandt, 14.9.1968 [Brief im Besitz der Verfasser]
[262] Werner an Peter [Hallstein], 8.7.1968 [Brief im Besitz der Verfasser]
[263] Aus der Arbeit der Trotzkistischen Organisation Österreichs.– in: Revolte, August 1968, Nr.7, 2. Jg., S.2
[264] Ebenda, S.2; Arbeitsgemeinschaft Trotzkistischer Gewerkschafter (ATG). – in: Revolte, August 1968, Nr.7, 2. Jg., S.8f. und: „Betriebs-Revolte". – in: Revolte, August 1968, Nr.7, 2. Jg., S.9. Die *Betriebs-Revolte* sollte circa sechsmal im Jahr erscheinen, was sich aber als illusorisch herausstellte. – Chr[istian] an Peter [Hallstein], 21.7.1968 [Brief im Besitz der Verfasser]

Roter Maulwurf initiiert wurde.[265] Die TOÖ verzichtete auf eine stärkere Propagierung des Namens TOÖ – die *Revolte* erschien ohne Organisationsangabe, auf Flugblättern und Informationsbriefen wurde meist der Name „*Zeitschrift und Gruppe ‚Revolte'*" verwendet.[266] Als Basis für eine Intervention ins Milieu der in Wien lebenden Araber/innen wurde gemeinsam mit arabischen Aktivist/inn/en um den *Arbeitskreis Arabische Revolution* die Zeitschrift *Arabische Revolution* vorbereitet. August 1968 wurde schließlich auch ein Lokal für die sich rasch ausdehnenden Aktivitäten angemietet, das allerdings wenig später vom Vermieter gekündigt wurde.

Der enorme Aktivismus und das hohe Tempo der Interventionen konnten allerdings nicht lange durchgehalten werden – bereits im Herbst 1968 verstärkten sich die Schwierigkeiten, und damit waren nicht die Strafen für wildes Plakatieren gemeint, die mehrere Genossen erhielten. Mit Beginn des Wintersemesters 1968/1969 war aus dem Kreis des am 4. Juni 1968 verbotenen *Sozialistischen Österreichischen Studentenbundes* (SÖS) die *Föderation Neue Linke* (FNL) entstanden (der Name FNL bezog sich auf die offizielle Bezeichnung des vietnamesischen Vietcong). Die FNL war aktivistisch ausgerichtet und umfasste ein breites linkes Spektrum, was offenbar auch auf eine Reihe von Mitgliedern der TOÖ anziehend gewirkt haben dürfte – jedenfalls musste mit Herbst 1968 die TOÖ Verluste in Richtung FNL verzeichnen.[267]

1969 erschienen sechs Ausgaben mit zehn Nummern der *Revolte*, also vier Doppelnummern; lediglich im Mai und Juni konnte der Monatsrhythmus gehalten werden. Ab der Nummer März/April 1969 wurde mit einem neuen „popigeren" Titel-Lay-Out experimentiert, allerdings schlug sich dies nicht im Inhalt nieder: Im Gegenteil, die Revolte wirkte 1969 sicher „steriler" und „theoretischer" als in den beiden Jahren zuvor. Das hing auch damit zusammen, dass sich die drei Arbeitsbereiche offensichtlich nicht im erhofften Ausmaß entwickelten. Weder konnte die *Betriebs-Revolte* gehalten werden, noch sind im Mittel- und Hochschulbereich kontinuierliche eigenständige Publikationen dokumentiert.

Im August 1970 wurde die TOÖ beziehungsweise die *Gruppe Revolte* in *Kommunistische Liga Österreichs* (KLÖ) umbenannt. Lapidar wurde dies mit dem Satz „*Unter diesem Namen wird die Gruppe um ‚Revolte' ab Herbst auftreten!*" mitgeteilt, obwohl sich nun die *Revolte*-Gruppe zum ersten Mal als „*Österreichische Sektion der IV. Internationale*" bezeichnete.[268] Mit der Nummer 4 vom Herbst 1970 erschien die *Revolte* in verbessertem Offsetdruck und nun wurde auch eine *Programmatische Erklärung*

---

[265] Nitzsche, a.a.O., S.85

[266] Zum Beispiel: Zeitschrift und Gruppe ‚Revolte': Information, 18. Dez. 1969. Helft den bolivianischen Revolutionären!

[267] Fritz Keller macht dafür den „*Ultraradikalismus*" (?) der TOÖ verantwortlich, unter anderem seien „*etwa der strikte Kampf gegen jeden Pazifismus*" und „*die von den Mitgliedern geforderte Kaderdisziplin*" für die Verluste Richtung FNL ausschlaggebend gewesen. In der Realität dürften neben den von Keller erwähnten heftigen persönlichen Konflikten, dem Verlust des Organisationslokals und den niedrigeren disziplinären Normen in der FNL sicher deren aktivistische Möglichkeiten die zentrale Rolle gespielt haben. – Keller, Fritz: Wien, Mai 68 – Eine heiße Viertelstunde. – Wien 1988², S.81

[268] Kommunistische Liga. – in: Revolte, August 1970, S.8

publiziert.[269] Doch die finanzielle Mehrbelastung war nicht zu tragen – mit der ersten Nummer des Jahres 1971 erschien die Revolte wieder im gewohnten Verfahren – mit Matrizen auf einer Abziehmaschine hergestellt.

Trotz dieser Schwierigkeiten bilanzierte die KLÖ 1969/1970 einige erfolgreiche Interventionen – so etwa auf der Kambodscha-Demo am 14. Mai 1970, auf der die „*Gruppe Revolte*“ durch „*einen starken Block mit Fahnen der IV. Internationale und einer Ansprache am Stephansplatz in Erscheinung trat*“.[270] Oder im Herbst 1970, als am 9. und am 11. November Ernest Mandel auf zwei Teach-ins im großen Hörsaal der Wiener Universität vor je circa 500 Zuhörer/inne/n sprach.[271] Die KLÖ hatte auch die Kapazitäten, eigene Demonstrationen durchzuführen – so am 21. Dezember 1970 gegen die Unterdrückung der Bask/inn/en durch das Franco-Regime.

GISELA MANDEL
127, RUE JOS. IMPENS
TÉL. 16.95.43

BRUXELLES, LE 2.11.1970

Lieber Peter,
hab recht herzlichen Dank für Deinen Brief.
Ich will heute nur kürz antworten, da ich gleich weg muß und in den nächsten Tagen sehr beschäftigt bin.
Ich bin in Deiner Einschätzung der Lage, und vor allem mit Deiner Strategie, eine wirklich funktionsfähige Leitung aufzubauen.
Wir haben heute im Büro mit Ernest, Pierre, Vergeat und Jean-Pierre die österreichische Sache diskutiert und darüber Gesprochen, wie Ernest sich dort zu berhalten hat. Ich hatte absolut und einwandfreie Unterstützung in meiner Analyse von Bruno, die genau dem entspricht, was Du jetzt schreibst (Dein Brief war hier nach unserer Heimkunft). Die einzige Bemerkung, die die Genossen jedoch als "Kritik", d.h. als Problem brachten, war, daß Du Dir eine wirkliche Leitung aufbauen mußt. Ansonsten wird Ernest versuchen, mit Bruno zu reden und die Dinge etwas ausbügeln.

Ernest weiß leider immer noch nicht, wann er genau ankommt, da er das erst in Berlin morgen herausfinden kann. Hier gibt man ihm keine genaue Information, weil der Fahrplan seit gestern geändert ist und man hier sagt, daß man den von Berlin nach Wien noch nicht hat.
Jedenfalls ist er Donnerstag im Laufe des späten Vormittags da, und auf alle Fälle auf der Zusammenkunft der Gruppe bei Dir um 19.30 Uhr. Selbstverständlich kannst Du ihn als VS-Mitglied vorstellen. Das ist inzwischen ganz üblich geworden. Wir kommen gerade aus England zurück, wo Ernest außer einer Debatte mit Cliff, auf der über 1000 Leute waren, in der LSE für unsere Genossen sprach und ebenfalls als "militant of the Fourth International" vorgestellt wurde.

Nun noch eine Bitte zu Novemberkongress. Wenn möglich, seid so gut, schon vorher ein ungefähres Bild zu bekommen, an welchen Kommissionen die Teilnehmer aus Österreich teilnehmen werden. Nicht genau, sondern ungefähr, damit wir damit beginnen können, die Säale zu verteilen.

Anbei eine Unterstützung an Euch für Euren Prozeß. Sag den Genossen bitte, daß wir Euch die S 2000.- geben, daß dies jedoch nicht bedeutet, daß wir mit dem Genossen, der den Artikel schrieb, einverstanden sind, und daß sie in Zukunft etwas mehr politische Verantwortung an den Tag zu legen haben!!! Gib das als Deine Meinung an Sie und behandle dieses Brief privat.

Alles Gute Dir, hoffentlich ist Euch Ernest ein Bißchen eine Hilfe.

Mit revolutionären Grüßen
Deine
Gisela

Gisela Mandel für das Vereinigte Sekretariat der Vierten Internationale an Peter Hallstein, 2.11.1970

Die *Revolte* sollte bis 1971 erscheinen, allerdings verschärften sich die innerorganisatorischen Konflikte in der zweiten Jahreshälfte 1970 zunehmend. Einerseits warfen die jüngeren den älteren Genoss/inn/en, insbesondere Heinrich Thomas, Unflexibilität vor; dieser hatte das Gefühl, die jüngeren seien nicht ernsthaft genug, „*es geschähen abenteuerliche und gefährliche Dinge – womit er ja nicht immer unrecht hat*“, wie Peter Hallstein an Gisela Mandel mit einem Schuss Selbstkritik berichtete.[272] Das Vereinigte Sekretariat unterstützte hierbei Hallstein, Ernest Mandel sollte diskret auf Thomas einwirken, Gisela Mandel versprach, sich „*bedingungslos*“ für Hallstein einzusetzen.[273] Jedenfalls sah das VS in Hallstein den einzigen, der die österreichische

[269] Programmatische Erklärung der K.L. – in: Revolte, Nr.4, IV. Jg., S.3f.
[270] Erfolgreiche Kambodscha-Demonstration in Wien. – in: Revolte, Mai 1970, S.16
[271] K.L. Aktivitätsbericht. – in: Revolte, 1/1971, S.14. Mandel sprach über *Revolutionäre Strategie im Neokapitalismus* (9.11.) und *Die Krise der kommunistischen Weltbewegung* (11.11.1970).
[272] Peter [Hallstein] an Gisela [Mandel], 31.10.1970 [Durchschrift im Besitz der Verfasser]. Heinrich Thomas hatte sich bei Ernest Mandel über mehrere jüngere Genossen beschwert. Gisela Mandel (1935-1982), geboren als Gisela Scholtz, kam politisch aus dem SDS, war ab 1968 für das VS in der Jugendarbeit aktiv und die erste Frau von Ernest Mandel (Heirat 1966).
[273] Gisela Mandel an Peter [Hallstein], 20.10.1970, S.2 [Brief im Besitz der Verfasser]

Gruppe aufbauen könne,[274] und als denjenigen, der seit 1965 realiter die Organisation in Österreich aufgebaut und nach außen vertreten hatte.[275]

Im Frühjahr 1971 spitzten sich die Differenzen auf politischer und persönlicher Ebene immer weiter zu und wurden zunehmend unübersichtlich. Erstens waren die persönlichen Differenzen nicht abgeklungen, wobei das VS Hallstein auch auf persönlicher Ebene gegen Thomas den Rücken stärkte.[276]

Zweitens kam Juni 1971 durch politische Differenzen eine weitere innerorganisatorische „Front" zustande. Reinhard Pitsch hatte sich ausdrücklich auf die Positionen der vom Vereinigten Sekretariat Pfingsten 1969 abgespaltenen *Internationalen Kommunisten Deutschlands* (IKD) gestellt und erklärt, das VS „*von nun ab*" bekämpfen zu wollen.[277] Zwei junge Genossen, Eric und Kurt, unterstützten Pitsch, blieben aber innerhalb der *Kommunistischen Liga*, um als Geheimfraktion in der KL Anhänger/innen für eine mit der IKD verbundene IKÖ zu werben.[278] In der Folge gründeten Pitsch und seine Anhänger/innen unmittelbar nach Auffliegen des Manövers nach IKD-Vorbild einen *Spartacus-Initiativausschuss für eine KJO [Kommunistische Jugendorganisation]*. Die Versuche der IKD, in dieses von der sich auflösenden KL hinterlassene Vakuum einzubrechen, scheiterten 1971/1972 letztlich aber ebenso wie die der französischen OCI rund um Pierre Lambert, die im Sommer 1971 drei Genoss/inn/en zur Intervention nach Österreich entsandte,[279] oder von Modlik mit seinem regelmäßig erscheinenden *Arbeiterkampf*.

In dieser Situation eines „*Zweifrontenkrieges*" von „*nicht einmal 10 Leuten*"[280] sah Hallstein nach dem Austritt der jüngeren Mitglieder keine Perspektive mehr für die *Kommunistische Liga* und trat nun ebenfalls aus der Sektion aus, um von außerhalb

---

[274] ebenda, S.2

[275] Gisela Mandel an Peter [Hallstein], 6.7.1971, S.2 [Brief im Besitz der Verfasser]. Das VS wisse, so Gisela Mandel an Hallstein, dass du „*einer der wenigen, wenn nicht überhaupt der einzige [der Jungen] bist, der seit so langer Zeit aktiv in der Vierten tätig ist*". – ebenda, S.2. Zum engen Einverständnis von Gisela Mandel und Hallstein siehe auch: A.L.: Liebe GenossInnen. – in: „Trotzkismus in Österreich, Teil 3: Ergänzungen und Diskussion", Marxismus Nr.12, Dezember 1997, S.129f.

[276] Gisela Mandel an Peter [Hallstein], 6.7.1971, S.2f. [Brief im Besitz der Verfasser]. Hallstein fühlte sich von Thomas wegen seiner (homosexuellen) „*Neigungen*" „*moralisch*" unter Druck gesetzt (Peter [Hallstein] an Gisela [Mandel], 17.6.1971; Brief im Besitz der Verfasser). Ob Thomas Hallstein tatsächlich homophobe Ressentiments spüren ließ, ist für uns nicht mehr verifizierbar. Gisela Mandel betonte jedenfalls, dass Ernest [Mandel] viel zu politisch sei, um sich Kritiken über das Privatleben von Genossen anzuhören und empfahl Hallstein: „*Lass' die Leute reden und scher Dich einen Dreck darum*". – Gisela Mandel an Peter [Hallstein], 6.7.1971, S.3

[277] Peter [Hallstein] an Gisela [Mandel], 17.6.1971 [Durchschrift im Besitz der Verfasser]. 1970 hatte Pitsch noch vergeblich den Ausschluss von A.L. aus der österreichischen VS-Sektion als Exempel gegen *kleinbürgerlichen Individualismus* verlangt, als dieser nach Kopenhagen übersiedeln wollte.

[278] Peter [Hallstein] an Gisela [Mandel], 25.6.1971 [Durchschrift im Besitz der Verfasser]. Während eines „Besuchs" bei Hallstein sollen E.(Eric) und K. (Kurt) Dokumente des *Kampfbundes* an sich genommen haben, um sie gegen das VS zu benützen.

[279] Peter [Hallstein] an Gisela [Mandel], 8.7.1971 [Durchschrift im Besitz der Verfasser]

[280] Peter [Hallstein]: Austrittserklärung, 25.6.1971

„für die Ideen der Internationale“ weiterzuarbeiten.[281] Die österreichische Sektion war damit zusammengebrochen – Thomas stand mit einigen älteren Genoss/inn/en allein da und konnte die Sektion nicht aufrecht erhalten. Hallsteins Austritt blieb trotz Intervention des VS aufrecht, er entwickelte aber ein recht detailliertes Konzept für den Neuaufbau einer Gruppe in Österreich, das, wie er selbst bestätigte, für seine Entscheidung zum Austritt auch eine Rolle gespielt hatte.[282]

Dieses Konzept erwies sich als tragfähig im Aufbau einer neuen Sektion im Sommer 1972, der *Gruppe Revolutionäre Marxisten* (GRM), auch wenn auf personeller Ebene dieser nicht von Hallstein selbst, sondern von einer Gruppe um Raimund Löw in Angriff genommen werden sollte. Hallstein ging Sommer 1971 davon aus, dass die *„Gruppe der alten Genossen“* keine Kontakte *„zu irgendwelchen relevanten Kräften innerhalb der österr. Linken“* hätten, der Neuaufbau daher nicht über diese Schiene laufen dürfe.[283] Hallstein setzte demgegenüber auf linke Strömungen in der Jugendbewegung und ging, in genauer Vorwegnahme der Entstehungsgeschichte der GRM, davon aus, dass in einigen Gruppen der österreichischen Linken eine Bewegung Richtung Trotzkismus existiere:

„Dies sind jedoch nur Trends, die sich vermutlich nur über verschiedene Übergangsstadien, bei richtiger Steuerung organisatorisch ausdrücken werden. Diese Steuerung kann aber nicht durch eine Minigruppe erfolgen, die in einer sich aus ihren überhöhten Ansprüchen zwangsläufig ergebenden Anmaßung, die Bildung einer österr. Sektion vorwegnimmt und diesen Strömungen sich selbst als Alternative anbietet, sie also quasi auffordert, sich ihr anzuschließen. Die Schwäche der Gruppe wäre hiefür ein Hindernis. Eine österr. Sektion müsste also organisch (nicht ohne unsere Einwirkung natürlich) aus der österr. Linken hervorwachsen. Die Präsenz der Vierten in Österreich sollte durch ein gutes Organ,[284] durch häufige Besuche ihrer Vertreter verbunden mit Veranstaltungen, durch Schulungsgruppen, Komitees etc. gewährleistet werden.“[285]

Die *Revolte* war Geschichte, Hallsteins Konzept, kurzfristig die österreichische Sektion aufzugeben, um sich nicht frühzeitig die Hände für einen Neuaufbau zu binden, sollte sich aber als realistisch erweisen. Bevor wir uns aber mit der Frühgeschichte der GRM beschäftigen, wollen wir noch einen Blick auf zwei andere Organisationen und Strömungen dieser Zeit werfen.

---

[281] Peter [Hallstein]: Austrittserklärung, 25.6.1971. Vgl. dazu auch: Peter [Hallstein] an Bruno [Heinrich Thomas], 25.6.1971 [Durchschrift im Besitz der Verfasser]

[282] Peter [Hallstein] an Gisela [Mandel], 8.7.1971. Hallstein wollte nicht als *„Chef einer schon bestehenden trotzkistischen Gruppe firmieren“*, da er das für den Neuaufbau einer Sektion für schädlich hielt.

[283] Peter [Hallstein] an Gisela [Mandel], 17.6.1971 [Durchschrift im Besitz der Verfasser]

[284] Gemeint ist die Zeitschrift *Inprekorr*, das auch auf Deutsch erscheinende internationale Theorieorgan des VS.

[285] Peter [Hallstein] an Gisela [Mandel], 8.7.1971

8.2. Österreichische Bolschewiki-Leninisten (ÖBL)

Die US-amerikanische *Spartacist-League* (SL), die bis heute tonangebende Sektion der *International Communist League (Fourth Internationalist)*, war ein Ergebnis der Umgruppierung des Jahres 1963: Im Dezember dieses Jahres war die *Revolutionary Tendency* (RT) der *Socialist Workers Party* (SWP) der USA ausgeschlossen worden, als die SWP mit dem *Internationalen Sekretariat* um Mandel, Frank und Maitan gemeinsam das *Vereinigte Sekretariat der Vierten Internationale* bildete.

1966 entstand aus der *Revolutionary Tendency* die *Spartacist League / U.S.*, die Anfang der 1970er Jahre die nationale Isolation aufbrechen konnte. In einem längeren Prozess konnte die SL/US 1974 die *Internationale Spartacist Tendenz* gründen, die später in *International Communist League* umbenannt wurde. Seit Beginn wird von ihrer Seite mit sterilem Dogmatismus eine stalinophile Interpretation des „orthodoxen" Trotzkismus kultiviert.

Zu den ersten Kontakten in Europa gehörte auch Reinhard Pitsch, ehemaliges Mitglied der *Revolte*-Gruppe, der österreichischen VS-Sektion. Er war im Zuge der Spaltung der deutschen Sektion aus der *Trotzkistischen Organisation Österreichs* ausgeschlossen worden, da er mit einigen Mitstreiter/inne/n die Positionen der damaligen *Internationalen Kommunisten Deutschlands* (IKD) übernommen hatte. Bei der Spaltung der IKD von 1971 in *IKD/Kommunistische Jugendorganisation Spartacus* (IKD/KJO) und *Spartacus Bolschewiki/Leninisten* bezog Pitsch auf Seiten von *Spartacus B/L* Stellung. Über *Spartacus B/L* kam Pitsch um 1971 in Kontakt mit der *Spartacist League/US*, die 1971 mit einer dreiköpfigen Delegation sowohl *Spartacus B/L* als auch IKD/KJO besuchten und schließlich mit *Spartacus B/L* in Kontakt trat.[286]

Als sich 1973 die (Wieder-) Vereinigung von *Spartacus B/L* und *IKD/KJO* zum *Spartacusbund* abzeichnete, machte Pitsch diesen Schritt nicht mit, sondern übernahm die SL-Kritik an dieser Vereinigung. In der Folge – inzwischen war in Österreich mit der GRM wieder eine Sektion des VS der Vierten Internationale entstanden (siehe unten) und hatte sich der VSM von der Sozialdemokratie gelöst (siehe ebenfalls unten) – wurden von einem kleinen Kreis um Pitsch Ende 1973 die *Österreichischen Bolschewiki-Leninisten* (ÖBL) in politischer Sympathie mit der *Spartacist League / U.S.* gegründet, die ab Sommer 1974 als sympathisierende Sektion der neu gegründeten *International Spartacist Tendenz* auftrat.

Von Anfang an war die politische Tätigkeit der ÖBL auf zwei Schwerpunkte ausgerichtet – auf eine Umgruppierung im österreichischen trotzkistischen Milieu durch scharfe Angriffe auf die innertrotzkistische „Konkurrenz" einerseits; und auf die Hilfe beim Aufbau einer deutschen Organisation auf der anderen Seite. Neben Auftritten auf Teach-ins und politischen Veranstaltungen, in denen ein oft als hysterisch empfundener Rundumschlag gegen den „Pablismus" im Vordergrund stand, waren das wichtigste politische Mittel dafür die unregelmäßig erscheinende Zeitschrift der ÖBL,

[286] James Robertson, Führer der SL/US, war auch Gastdelegierter der 4. Bundeskonferenz von Spartacus B/L (Februar 1973) und konnte hier auch eine ausführliche Rede halten. – vgl. dazu: Grüsse des Genossen Robertson an Spartacus-BL. – in: Spartacist, deutsche Ausgabe, Nr.1, Frühling 1974, S.23ff.



BULLETIN der
BOLSCHEWIKI-
LENINISTEN

September 1975 S. 3.--

DER BOLSCHEWISMUS-LENINISMUS UND DIE NATIONALRATSWAHLEN 75

Die SPÖ führt im gegenwärtigen Wahlkampf offenbar einen Test durch, wie weit sie den Zynismus gegen die Massen treiben kann, und versucht, sie für dumm zu verkaufen.

Sie verspricht ihren Wählern wahrhaftig - man meint zu träumen - das Blaue vom Himmel. Ihre Plakate zeigen ein Stück blauen Himmel und den Slogan "Sicherheit und eine gute Zukunft". Kabarettreif ist auch ein anderer "Einfall" der SP-Wahlmanager: Man verteilt "frost"-Pölsterchen mit der Inschrift "Zuhause ist es doch am schönsten. So soll es bleiben". In diesem Sinn sollte die SPÖ gleich den Ausschank von Wermuth vorbereiten, doch dürfte der berühmte Tropfen allein nicht genügen! Die ÖVP stößt in eine Wahlmarktlücke und gibt sich "problembewußt" und wirft der SP-Regierung drei Skandale vor. Die Renten seien nicht gesichert, weil die Regierung das Geld dafür leihen müsse; sie werfe das Geld beim Fenster hinaus und müsse daher die Steuern erhöhen; sie könne nicht einmal die Arbeitsplätze für Lehrlinge garantieren.

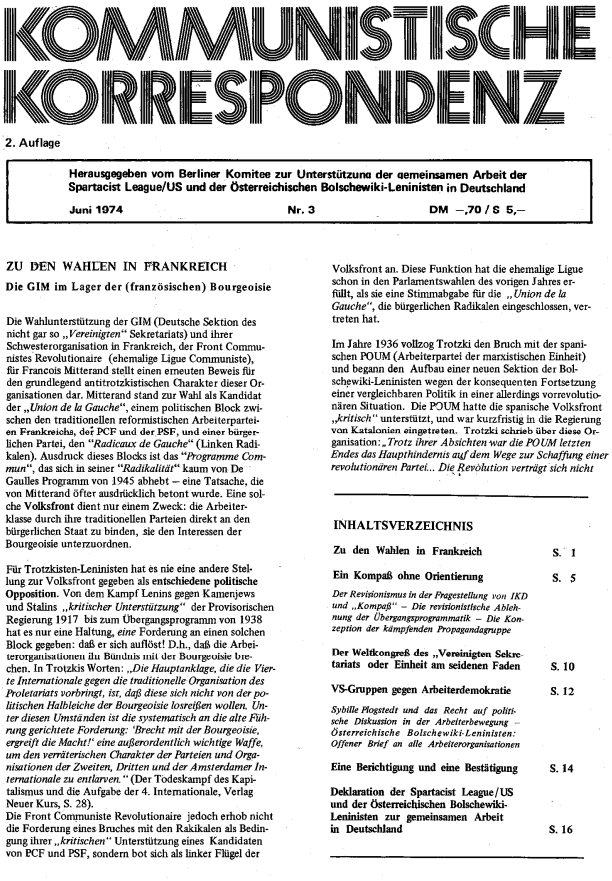
Die süßliche Wahlwerbung der SPÖ scheint auch im Bewußtsein der "revolutionären" GRM ihren Niederschlag gefunden zu haben, glaubt sie doch, die SP-Regierung habe "steigende Ausbeutung mit geringfügig aber doch steigendem Lebensstandard für die arbeitende Bevölkerung, Vollbeschäftigung und kleinen Reförmchen kombinieren" können (Rotfront Nr. 6, August 1975). Abgesehen davon, daß der Lebensstandard während der Zeit der SP-Regierung nicht stieg, sondern sank, kann keine bürgerliche Regierung den Lebensstandard der Arbeiter erhöhen, sondern nur die Arbeiter ihn sich selbst. Die ÖVP, die Partei der österreichischen Bourgeoisie, strebt eine "Konzentrationsregierung" mit der SPÖ und der kleineren rechtsbürgerlichen FPÖ an, während die SPÖ damit rechnet, ihre absolute Mehrheit im Parlament einzubüßen und daher eine "kleine Koalition" mit der FPÖ ins Auge faßt, was sie in diesem Jahr bereits auf Gemeindsebene vorexerziert hat.

Die KPÖ blickt gebannt auf den Wahlkampf, wie ein brabbelndes Kleinkind die Welt der Erwachsenen beobachtet, und übt sich - so wie die SPÖ, aber natürlich kleinkarierter - in süßlicher Wahlwerbung. "Wir für KPÖ" und "Auf Kommunisten ist Verlaß" sind ihre Haupt-"Argumente", mit denen sie in den Wahlkampf zieht. So sehr sich die KPÖ gegenwärtig gegen die Konzentrationsregierung ausspricht, bedauert sie im Grunde doch nur, daß sie zu schwach ist und daher gar nicht in Betracht gezogen wird.

Die Wahlkampagne der KPÖ läßt sich mit der der SPÖ etwa so vergleichen, daß sie vorgibt "ein schöneres und billigeres - aber doch kapitalistisches - Zuhause" schaffen zu wollen. Was bieten also die traditionellen Parteien dem österreichischen Proletariat?

Der Charakter bürgerlicher Arbeiterparteien und die Aufgaben der Revolutionäre

Im vorimperialistischen Kapitalismus war es nur einigen wenigen Ländern mit einer übermächtigen Monopolstellung wie etwa England möglich, die oberen Schichten der Arbeiterklasse zu bestechen und zu privilegieren, sodaß diese die revolutionären Ansprüche der Sozialdemokratie zu bekämpfen und zurückzustellen begannen und gemäßigte, d.h. bürgerliche Arbeiterpolitik durchsetzten. Im Imperialismus war es für die Bourgeoisie eines jeden imperialistischen Landes notwendig geworden, einen kleinen Teil der Arbeiterklasse zu kaufen, ihn so an den bürgerlichen Staat zu ketten und damit auch die von dieser Arbeiteraristokratie geführten Arbeitermassen. Gleichzeitig mit der Entwicklung



KOMMUNISTISCHE KORRESPONDENZ

2. Auflage

Herausgegeben vom Berliner Komitee zur Unterstützung der gemeinsamen Arbeit der Spartacist League/US und der Österreichischen Bolschewiki-Leninisten in Deutschland

Juni 1974 Nr. 3 DM –,70 / S 5,–

ZU DEN WAHLEN IN FRANKREICH

Die GIM im Lager der (französischen) Bourgeoisie

Die Wahlunterstützung der GIM (Deutsche Sektion des nicht gar so *„Vereinigten"* Sekretariats) und ihrer Schwesterorganisation in Frankreich, der Front Communistes Revolutionaire (ehemalige Ligue Communiste), für Francois Mitterand stellt einen erneuten Beweis für den grundlegend antitrotzkistischen Charakter dieser Organisationen dar. Mitterand stand zur Wahl als Kandidat der *„Union de la Gauche"*, einem politischen Block zwischen den traditionellen reformistischen Arbeiterparteien Frankreichs, der PCF und der PSF, und einer bürgerlichen Partei, den *"Radicaux de Gauche"* (Linken Radikalen). Ausdruck dieses Blocks ist das *"Programme Commun"*, das sich in seiner *"Radikalität"* kaum von De Gaulles Programm von 1945 abhebt – eine Tatsache, die von Mitterand öfter ausdrücklich betont wurde. Eine solche **Volksfront** dient nur einem Zweck: die Arbeiterklasse durch ihre traditionellen Parteien direkt an den bürgerlichen Staat zu binden, sie den Interessen der Bourgeoisie unterzuordnen.

Für Trotzkisten-Leninisten hat es nie eine andere Stellung zur Volksfront gegeben als **entschiedene politische Opposition**. Von dem Kampf Lenins gegen Kamenjews und Stalins *„kritischer Unterstützung"* der Provisorischen Regierung 1917 bis zum Übergangsprogramm von 1938 hat es nur eine Haltung, *eine* Forderung an einen solchen Block gegeben: daß er sich auflöst! D.h., daß die Arbeiterorganisationen ihr Bündnis mit der Bourgeoisie brechen. In Trotzkis Worten: *„Die Hauptanklage, die die Vierte Internationale gegen die traditionelle Organisation des Proletariats vorbringt, ist, daß diese sich nicht von der politischen Halbleiche der Bourgeoisie losreißen wollen. Unter diesen Umständen ist die systematisch an die alte Führung gerichtete Forderung: 'Brecht mit der Bourgeoisie, ergreift die Macht!' eine außerordentlich wichtige Waffe, um den verräterischen Charakter der Parteien und Organisationen der Zweiten, Dritten und der Amsterdamer Internationale zu entlarven."* (Der Todeskampf des Kapitalismus und die Aufgabe der 4. Internationale, Verlag Neuer Kurs, S. 28).
Die Front Communiste Revolutionaire jedoch erhob nicht die Forderung eines Bruches mit den Rakikalen als Bedingung ihrer *„kritischen"* Unterstützung eines Kandidaten von PCF und PSF, sondern bot sich als linker Flügel der Volksfront an. Diese Funktion hat die ehemalige Ligue schon in den Parlamentswahlen des vorigen Jahres erfüllt, als sie eine Stimmabgabe für die *„Union de la Gauche"*, die bürgerlichen Radikalen eingeschlossen, vertreten hat.

Im Jahre 1936 vollzog Trotzki den Bruch mit der spanischen POUM (Arbeiterpartei der marxistischen Einheit) und begann den Aufbau einer neuen Sektion der Bolschewiki-Leninisten wegen der konsequenten Fortsetzung einer vergleichbaren Politik in einer allerdings vorrevolutionären Situation. Die POUM hatte die spanische Volksfront *„kritisch"* unterstützt, und war kurzfristig in die Regierung von Katalonien eingetreten. Trotzki schrieb über diese Organisation: *„Trotz ihrer Absichten war die POUM letzten Endes das Haupthindernis auf dem Wege zur Schaffung einer revolutionären Partei... Die Revolution verträgt sich nicht*

INHALTSVERZEICHNIS

Zu den Wahlen in Frankreich S. 1

Ein Kompaß ohne Orientierung S. 5

Der Revisionismus in der Pragestellung von IKD und „Kompaß" – Die revisionistische Ablehnung der Übergangsprogrammatik – Die Konzeption der kämpfenden Propagandagruppe

Der Weltkongreß des „Vereinigten Sekretariats oder Einheit am seidenen Faden S. 10

VS-Gruppen gegen Arbeiterdemokratie S. 12

Sybille Plogstedt und das Recht auf politische Diskussion in der Arbeiterbewegung – Österreichische Bolschewiki-Leninisten: Offener Brief an alle Arbeiterorganisationen

Eine Berichtigung und eine Bestätigung S. 14

Deklaration der Spartacist League/US und der Österreichischen Bolschewiki-Leninisten zur gemeinsamen Arbeit in Deutschland S. 16

das *Bulletin der Bolschewiki-Leninisten*, und die deutsche Ausgabe des Theoriemagazins *Spartacist*.

Zwischen Dezember 1973 und März 1976 erschienen 7 reguläre Nummern und mehrere Sondernummern und Extrablätter des *Bulletins*. Dazu waren die ÖBL gerade in der Anfangszeit stark in die Übersetzung von grundlegenden Dokumenten der SL wie der *Grundsatzerklärung der Spartacist League* und in die Herausgabe der deutschsprachigen Ausgabe des *Spartacist* involviert.

1973 bis 1975 orientierten sich die ÖBL auf eine Umgruppierung gegenüber der GRM, unter anderem mit der Nummer 3 des *Bulletins*, die als *Spezialnummer zum VS* völlig der Politik des *Vereinigten Sekretariats* gewidmet war, und einer Sondernummer zur Nationalratswahlkandidatur der GRM vom September 1975.[287] Letztlich war dieser Fokus nur mäßig erfolgreich: Im Zuge der Tendenzauseinandersetzungen in der GRM vom 1974/1975 konnte mit Gerhard H. ein einziger Genosse gewonnen werden.[288]

Andererseits waren Veranstaltungen der ÖBL gar nicht so schlecht besucht – so kamen etwa zu einem Referat von Joseph Seymour, dem Europa-Repräsentanten der SL, Ende 1974 zum Thema *Die Internationale Spartacist Tendenz und der Wiederaufbau der IV. Internationale* immerhin 60 Leute.

[287] Der Bolschewismus-Leninismus und die Nationalratswahlen 75. – in: Bulletin der Bolschewiki-Leninisten, September 1975

[288] Dokumentiert ist dieser Übertritt in: Stellungnahme zum Ausschluss aus der Gruppe Revolutionäre Marxisten. – in: Bulletin der Bolschewiki-Leninisten, Nr.3, September 1974, S.17ff.

Die ÖBL standen um 1974/1975 in einer intensiven Diskussion auch mit *Spartacus-Wien*, einem kleinen Diskussionszirkel, der sich am deutschen *Spartacusbund* ausrichtete und sich in seiner *provisorischen politischen Plattform* ab ca. 1975 mit diesem auf den gemeinsamen Aufbau einer internationalen Tendenz orientierte.[289] Im Vorfeld der Gründung der *Internationalen Kommunistischen Liga* (IKL; siehe unten) intensivierte *Spartacus-Wien* jedoch die Kontakte zum aus der *Tendenz Neuer Kurs* der GRM hervorgegangenen *Kommunistischen Kollektiv Wien* und zu den Resten des noch in der Illegalität verbliebenen *Kampfbundes*. In der einzigen erschienenen Nummer der Zeitschrift von *Spartacus-Wien*, *spartacus* vom Herbst 1975, wird vor allem auf die Differenzen mit den ÖBL in der Wahltaktik eingegangen.[290] Den Abbruch der Diskussion kommentierten die ÖBL sarkastisch damit, dass *Spartacus-Wien* einer Diskussion mit den ÖBL Kontakte „*mit alten Freunden*" vorgezogen hätte, „*die mangels politischer Reife noch immer das Dasein von politischen Höhlenbewohnern führen*".[291]



Reinhard Pitsch (um 2006)

Mit der Konstituierung der IKL im Frühjahr 1976 war der seit 1975 andauernde Umgruppierungsprozess des österreichischen Trotzkismus im Wesentlichen abgeschlossen. Die ÖBL sahen keine Möglichkeiten einer Intervention mehr und stellten parallel zu dieser Entwicklung um 1976 die Arbeit in Österreich ein. Dafür verantwortlich war auch, dass der zentrale politische Kader in Österreich, Reinhard Pitsch, die ÖBL verließ, da er um 1976 Differenzen mit dem Trotzkismus im Allgemeinen und der *Spartacist League* im Besonderen entwickelte und in Richtung individueller Terrorismus abdriftete.[292]

Die wenigen verbliebenen Aktivist/inn/en unterstützten nun die Arbeit in Deutschland noch ausschließlicher, von Anbeginn an das zweite Standbein der ÖBL-Arbeit. Hier waren die politischen Bedingungen im Vergleich zu Österreich für die deutschsprachigen SL-Anhänger/innen um einiges besser. Mit dem *Spartacusbund* bestand hier

[289] provisorische politische Plattform von Spartacus-Wien (1. Entwurf). – o.O., o.J. [1975], S.6

[290] Bei Mödling scheiden sich die Geister. – in: spartacus, Nr.1, September 1975, S.6ff.

[291] Spartacus: Ergebnis ohne Perspektiven. – in: Bulletin der Bolschewiki-Leninisten, Nr.7, Februar 1976, S.1. Der Name des Artikels spielt auf das Theoriemagazin des *Spartacusbundes*, *Ergebnisse und Perspektiven*, an, der Schlenker mit den *politischen Höhlenbewohnern* auf die Reste des illegalen *Kampfbundes*.

[292] Pitsch war dann 1977 in die von der bundesdeutschen „Bewegung 2. Juni" durchgeführte Entführung des österreichischen Industriellen Palmers involviert (Die „Bewegung 2. Juni" ging später mehrheitlich in der RAF auf). Nach der Palmers-Entführung wurde vom österreichischen bürgerlichen Wochenmagazin *profil* der politische Werdegang von Pitsch nachgezeichnet. Viele Details wurden frei erfunden, so etwa, dass Pitsch von den ÖBL ausgeschlossen worden wäre, weil er mit einer leitenden Genossin der SL/US sexuelle Beziehungen gehabt hätte. In den späten 1980er Jahren schloss sich Pitsch vorübergehend der KPÖ an.

eine relativ große, international weitgehend isolierte trotzkistische Organisation, auf die sich von Anfang an das Augenmerk der SL gerichtet hatte, zumal zu dessen Vorläufer, *Spartacus B/L*, ja bereits intensive Beziehungen bestanden hatten und von dem auch erste Sympathisant/inn/en gewonnen worden waren. Noch im Dezember 1973 hatten die ÖBL eine vom Politischen Büro der SL/US ausgearbeitete *Deklaration* zur gemeinsamen Arbeit in Deutschland angenommen.[293] Nach einer von Genoss/inn/en aus sieben Ländern beschickten *internationalen Vorkonferenz* im Januar 1974 in Deutschland, die zur Herausbildung der *Internationalen Spartacist Tendenz* im Sommer dieses Jahres führte, wurden die Anstrengungen in Richtung Gewinnung von Sympathisant/inn/en aus dem *Spartacusbund* systematisiert.[294]

Im Frühjahr 1974 wurde mit der gemeinsamen Arbeit von ÖBL und *Spartacist League* in Deutschland begonnen und im Mai dieses Jahres die *Kommunistische Korrespondenz* initiiert – bis zur Nummer vier mit dem sperrigen Zusatz „*Herausgegeben vom Berliner Komitee zur Unterstützung der gemeinsamen Arbeit der Spartacist League/US und der Österreichischen Bolschewiki-Leninisten in Deutschland*“, im Sommer 1974 war das *Komitee* bereits sympathisierende deutsche Sektion der *International Spartacist League* geworden. Die Gründung der *Trotzkistischen Liga Deutschlands* (TLD) war in diesem Prozess letztlich nur mehr ein formaler Akt. Die TLD beziehungsweise ihre Nachfolgerin, die *Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands*, existiert bis heute, in Österreich konnte die *International Communist League (Fourth Internationalist)* nach dem Ende der ÖBL organisatorisch nicht mehr Fuß fassen.

8.3. Verband Sozialistischer Mittelschüler (VSM) und Sozialistische Aktion (SOAK)

Bis 1973 war der *Verband Sozialistischer Mittelschüler* (VSM) die Schüler/innen/organisation der SPÖ. Der VSM bestand seit 1923/1924 und war nach seiner Auflösung 1934 im Schuljahr 1952/1953 neu gegründet worden. Er galt lange Zeit als *Elitereservoir* der SPÖ – unter seinen Mitgliedern finden sich in der Zwischenkriegszeit unter anderem Bundeskanzler Bruno Kreisky, Österreichs erste sozialdemokratische Wissenschaftsministerin Hertha Firnberg oder der zuerst linkssozialistische und nach dem Februar 1934 kommunistische Schriftsteller Jura Soyfer. Nach dem Zweiten Weltkrieg sind etwa Bundespräsident Heinz Fischer, Finanzminister und Unternehmer Hannes Androsch, SPÖ-Zentralsekretär Karl Blecha oder Volksanwalt Peter Kostelka zu nennen.

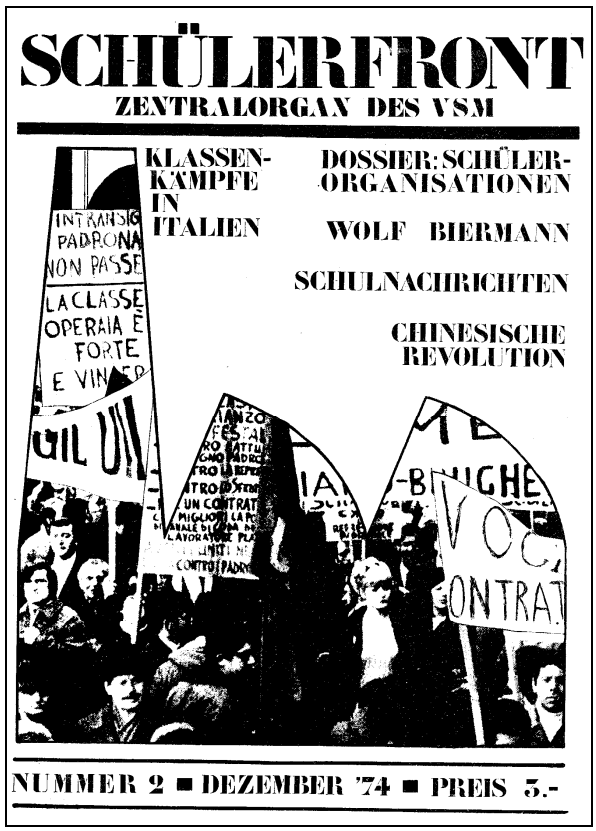
In den 1960er Jahren spielte der VSM, mit einem linkeren Profil als die angepasstere *Sozialistische Jugend* oder der *Verband Sozialistischer Studenten* (VSStÖ) und im Dauerkonflikt mit der Parteiführung liegend, eine wichtige Rolle in der jungen „lin-

[293] Deklaration der Spartacist League/US und der Österreichischen Bolschewiki-Leninisten zur gemeinsamen Arbeit in Deutschland. – in: Kommunistische Korrespondenz, Nr.2, Juni 1974, S.16; ebenfalls abgedruckt in: Bericht über die internationale Konferenz. – in: Spartacist, Deutsche Ausgabe, Nr.2, Herbst 1974, S.5 und S.17

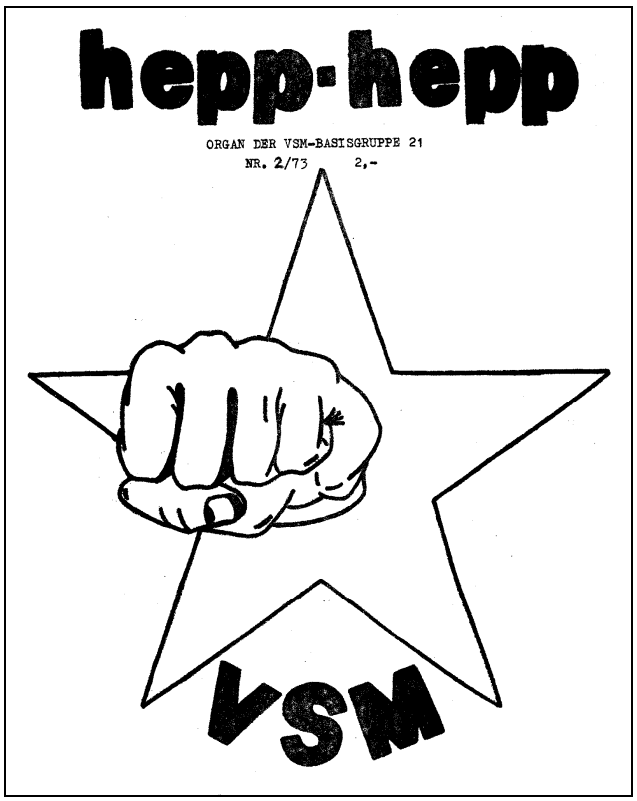
[294] Der Ausschluss der von der IST initiierten kleinen *Trotzkistischen Fraktion* auf der 6. Bundeskonferenz des *Spartacusbundes* (Januar 1977) und deren Integration in die TLD markiert das Ende der Umgruppierungspolitik gegenüber dem *Spartacusbund*.



März/April 1973



Dezember 1974



1973



Herbst 1973

Zeitschriften des VSM und des VMA

ken Szene“. Der VSM war als Massenorganisation konzipiert, die 1971 immerhin etwa 6.700 Mitglieder für sich reklamierte und über Basisstrukturen an vielen Schulen verfügte.[295]

Im März 1973 spaltete sich der VSM offiziell von der sozialdemokratischen Mutterpartei ab. Der VSM schätzte die SPÖ nicht mehr als Arbeiter/innen/partei ein. Grundlage dafür bildeten die Beschlüsse der 11. Bundesdelegiertenkonferenz vom Oktober 1972 und des VSM-Zentralrats: Die Konsequenz aus einer revolutionären Politik im Jugendbereich sei ein Bruch mit der SPÖ, einer Partei, die *„den Weg von der Arbeiterpartei zum Anwalt der Interessen des Monopolkapitals konsequent gegangen ist“*.[296] Unmittelbar vorausgegangen war ein Flugblatt, das zu einer Solidaritätskundgebung mit israelischen antizionistischen Linken aufgerufen hatte und in der *Kronen-Zeitung* zur Denunziation des VSM benützt wurde. „Staberl“-Nimmerrichter wollte von Parteivorsitzenden Kreisky wissen, was diese *„faschistischen Rotzlöffel“* in der SPÖ verloren hätten. Die SPÖ reagierte umgehend: Die Beziehungen zum VSM wurden „stillgelegt“. In der Folge brach der VSM seinerseits mit der SPÖ.

Hintergrund dieser Entwicklung war, dass in den Jahren zuvor Teile des VSM, vor allem eine Gruppe um den Bundesvorstand und den im Oktober 1968 zum Bundesobmann gewählten Peter Gruder eine Linksentwicklung durchgemacht hatten. Mitte der 1960er Jahre hatte es bereits einen linken Einfluss auf den VSM gegeben. Peter Hallstein wurde zwar mit vier weiteren Mittelschüler/inne/n aus dem VSM ausgeschlossen, gegen zwei weitere wurden Verwarnungen ausgesprochen – aber ein linker Einfluss blieb weiter bestehen. Ab 1967 wurde von Peter Hallstein der trotzkistische *Revolte*-Kreis aufgebaut, mit dem der neue Bundesobmann Gruder in Kontakt stand.

Zunehmend wurde von der VSM-Linken die Rolle als linke Spielwiese im Jugendbereich, die der Mittelschüler/innen/organisation von der SPÖ-Parteibürokratie zugedacht war, hinterfragt. Um 1970 ging der VSM daran, sich von der SPÖ zu lösen und „Schulkämpfe“ zu planen. Die eigenständigere Rolle musste zwangsläufig in dem Augenblick mit den Interessen der Parteiführung kollidieren, als der VSM ernsthaft daranging, eine Alternative zur SP aufzubauen, aus dem Schulbereich auszubrechen und intensivere Verbindungen hin zu Arbeiter/innen/jugendlichen und in den Hochschulbereich zu knüpfen. Denn um die Perspektive der Schulkämpfe zu unterstützen, sollte auf „relevante soziale Kräfte“ orientiert werden, also auf Schüler/innen, Lehrlinge, Student/inn/en, Soldaten und Arbeiter/innen.

Politisch abgesichert werden sollte dies durch einen abenteuerlichen Schachzug: Frühjahr 1972 beantragte Gruder, mit Wissen nur eines Teils der VSM-Führung und ohne im Verband darüber eine Diskussion geführt zu haben, bei Ernest Mandel (aller-

[295] So wurde von 1969 bis 1976 zum Beispiel vom VSM in Wien-Floridsdorf die Schüler/innen/zeitung *hepp-hepp* publiziert (1973 war der Herausgeber die *VSM-Basisgruppe Wien 21*); ebenfalls in Wien-Floridsdorf erschien die *Rote Brennessel* als Organ der *Basisgruppe* an der Handelsakademie Wien V, dazu natürlich das zentrale *Contra*, dem ab 1974 die *Schülerfront* folgte….

[296] Die Trennung des VSM von der Sozialdemokratie. – in: contra, VSM-Zentralorgan, Nr.10, März/April 1973, S.15

dings vergeblich) die Anerkennung des VSM als österreichische Sektion des Vereinigten Sekretariats der Vierten Internationale.[297]

Nach dem VSM-Strategiekonzept Gruders vom Frühjahr 1972 wäre nach einem massiven Wachstum des VSM auf 1.000 kaderisierte Mitglieder (!) eine *Revolutionäre Arbeiterpartei Österreichs* (RAPÖ) gegründet worden – mit einer *Revolutionären Arbeiterjugend* (RAJÖ) als Jugendablegerin, die wiederum aus den Organisationen der Mittelschüler/innen, der Student/inn/en und der Arbeiter/innen/jugendlichen bestehen sollte.[298] *Das* war für die SPÖ-Führung störend, und nicht so sehr die an den „Leninismus" angelehnte Diktion – so wurden schon vor der Trennung von der SPÖ VSM-Broschüren wie das *Marxistische Lesebuch* von einem *Institut für Marxismus-Leninismus* herausgegeben.

Der nun eigenständige VSM begann, Teile des wohl völlig überambitionierten Strategiekonzepts umzusetzen – gegründet wurde als neue Organisationen der für Lehrlinge und proletarische Jugendliche konzipierte *Verband Marxistischer Arbeiterjugend* (VMA, Zeitung *Betriebskampf*). Im Hochschulbereich war bereits Ende 1972 der *Verband Marxistischer Studenten* (VMS, Zeitung *Hochschulkampf*) vorwiegend von VSM-Mitgliedern gegründet worden, der sich von Anfang an in einem „*engen Kampfbündnis*" mit dem VSM definierte.[299] Damit sollte der Schritt über den Interventionssektor Schule hinaus möglich und „*der Aufbau einer neuen, einer revolutionär sozialistischen Partei*" realisiert werden.[300]

Die Sozialdemokratie war unter Zugzwang. Mit dem VSM war der SPÖ der Schüler/innen/bereich weggebrochen; der VSM war aber nach wie vor im *Bundesjugendring* präsent (1973 fungierte Fritz Keller als VSM-Vertreter) und konnte hier Gelder lukrieren.

Die SPÖ reagierte nun damit, dass die Schüler/innen/arbeit kurzfristig von der *Sozialistischen Jugend* (SJ) übernommen wurde. Vom parteitreuen Verbandsobmann und späteren hohen SPÖ-Funktionär Peter Schieder wurde dies jedoch mit Misstrauen gesehen. Er hatte Bedenken, dass der „aufmüpfige" Schüler/innen/- und Student/inn/enbereich in der SJ zu großes Gewicht bekommen würde. Die SPÖ baute in der Folge ein *Gegenpräsidium des VSM* auf, das sich auf die Bundesländer (vor allem Oberösterreich) stützte, fand aber mit ihrer parteitreuen Alternative wenig Unterstützung. So war es sicher ein großer Erfolg, dass der VSM zum Beispiel noch 1974 eine politische Stellungnahme gegen die SPÖ-Gründung von einem Mitglied dieses *Gegenpräsidiums*, Danny Leder, abdrucken konnte. Leder, in späteren Jahren eher als *Kurier*-Korrespondent für Frankreich bekannt, gestand im VSM-Zentralorgan *Contra* dazu, dass das *Gegenpräsidium*, dem er selbst angehört hatte, lediglich ein parteipolitisches Manöver der SPÖ darstellte, um sich eine „*wirklich sozialistische und aktive*

[297] Nitzsche, a.a.O., S.198
[298] ebenda, S.198
[299] VMS-Grundsatzposition. – in: Hochschulkampf. Zentralorgan des Verbandes marxistischer Studenten, Nr.2, 1. Jg., März-April 1973, S.3
[300] Die Trennung des VSM…, S.17

Jugendorganisation vom Halse zu schaffen".[301] Für Marxist/inn/en sei kein Platz in der SPÖ, notwendig sei der Aufbau einer revolutionären Partei.[302]

Mit ihrer Mischung aus breiter Massenarbeit in nun drei Jugendsektoren und dem Anspruch des Aufbaus einer revolutionären Partei hatten die *Revolutionären Sozialisten*, wie sich die Zusammenfassung der drei Bereichsorganisationen VSM, VMS und VMA nun nannte, allerdings Schwierigkeiten, ihren Platz in der Linken einzunehmen. Einerseits war dafür eine starke Erosion der Unterstützer/innen verantwortlich, was sicher *auch* das Ergebnis des Rückgangs der Jugendradikalisierung Mitte der 1970er Jahre war. Nur bei einer kleinen Minderheit der VSM-Mitgliedschaft, die 1973 noch in die Tausende ging, war das politische Niveau so weit entwickelt, dass der Bruch mit der Sozialdemokratie und der Aufbau einer revolutionären Alternative auch wirklich mitvollzogen wurde – im Sog der politischen Abnabelung von der SPÖ verlor der VSM einen großen Teil der politisch weniger gefestigten Mitglieder. Entscheidend dafür, dass nur verhältnismäßig wenige Mitglieder den Bruch tatsächlich mitmachten, war sicher auch, dass die Debatte, die dem Bruch vorausging, offenbar nur in den Führungsebenen geführt worden war und somit ein Gutteil der Sympathisant/inn/en und Basis-Aktivist/inn/en die Überlegungen der eigenen Führung nicht nachvollziehen konnten (der nicht einmal in der gesamten Führung abgesprochene Antrag auf Aufnahme in das VS ist hier sicher stellvertretend für einen generellen Umgang). Fortgeschrittenere Aktivist/inn/en hingegen sahen sich nun nach der Trennung von der SPÖ der Konkurrenz anderer Organisationen ausgesetzt, der sie nur wenig entgegenzusetzen hatten; eine Tendenz zur politischen Assimilation an andere Strömungen war die Folge.

So bestanden vor allem zur *Gruppe Revolutionäre Marxisten* (GRM), der österreichischen Sektion des VS der Vierten Internationale, personelle Querverbindungen: Die GRM, in den 1970er und 1980er Jahren (ab 1986 als *Sozialistische Alternative*) die größte und wichtigste trotzkistische Organisation in Österreich, war im Herbst 1972 durch Aktivist/inn/en aus dem VSM und den *Marxistisch-Leninistischen Studenten* (MLS) mitbegründet worden. Mit ihrer seit 1973 publizierten Monatszeitung *Rotfront* war sie zweifellos ein Attraktionspol auch für Mitglieder von VSM/VMS/VMA. Personelle Übertritte aus dem trotzkistischen Milieu zu den *Revolutionären Sozialisten* wie etwa im Falle von Peter Gruder vom *Revoltekreis*, der dann unter den Gründer/inne/n des VMS zu finden sein sollte, blieben eher die Ausnahme. Diese personellen Querverbindungen waren Ergebnis auch von politischen Überschneidungen: So etwa wurden mehrfach Artikel vor allem von Ernest Mandel auch in der Presse der *Revolutionären Sozialisten* nachgedruckt.[303]

Denn was dem VSM, von VMS und VMA ganz abgesehen, nicht gelang, war die Herausbildung eines tragfähigen Organisationsmodells, das auf einer abgesicherten theoretischen Grundlage gefußt hätte. Der VSM war zweifellos bei seinem Bruch mit

[301] Trennung von der SPÖ war richtig! Erklärung von Danny Leder. – in: contra, Zentralorgan des VSM, Nr.12, März 1974, S.36
[302] ebenda, S.38
[303] Zum Beispiel: Ernest Mandel: Die Rolle der Intelligenz im Klassenkampf. – in: Hochschulkampf. Zentralorgan des Verbandes marxistischer Studenten, Nr.1, 1. JG, Jänner-Februar 1973, S.5ff.

der SPÖ keine revolutionär-marxistische, keine trotzkistische Organisation. Allerdings verfügte er bereits damals über ein Führungsgremium, das sich in dieser Tradition verstand und dessen Methodik übernehmen wollte.

In dieser Periode konnten VSM/VMS/VMA durchaus wichtige Publikationen veröffentlichen, wobei das Profil nicht zuletzt vom damals jugendlichen Fritz Keller bestimmt wurde. Von ihm stammten Broschüren wie *Die Arbeiter- und Soldatenräte in Österreich 1918-1923,*[304] *Rechtsradikalismus in Österreich* oder *12. Februar 1934*. Auch mehrere Texte von Trotzki wurden nachgedruckt, wie *Die österreichische Krise, die Sozialdemokratie und der Kommunismus*, *Die Gewerkschaften in der Epoche des totalitären Monopolkapitals* oder *Österreich an der Reihe*.[305] In größerer Auflage wurde vor allem das *Marxistische Lesebuch* mit grundlegenden Texten von Marx, Engels, Lenin, Luxemburg, Trotzki und anderen vertrieben.

VSM, VMA und VMS waren vom eigenen Anspruch her in ihrem jeweiligen Arbeitsbereich demokratisch-zentralistisch organisiert. Die *Revolutionären Sozialisten* verfolgten das Ziel des Aufbaus breiterer Bewegungen. In ihren jeweiligen Bereichen wurde nach wie vor auf Massenarbeit gesetzt: So wurde Ende des Schuljahres 1973/1974 mit der Nummer 12 (Mai 1974) das Zentralorgan des VSM, *contra*, eingestellt und durch die *Schülerfront* ersetzt; *contra* sei „*inhaltlich zu abstrakt*“ und „*der Schulpraxis zu wenig adäquat*“ gewesen.[306]

Die *Revolutionären Sozialisten* verteidigten zwar die Notwendigkeit, eine revolutionäre Partei des Proletariats aufzubauen. Allerdings war ihr Programmverständnis von zwei Illusionen geprägt: dass sich erstens das Programm aus der Praxis ergeben müsse und dass zweitens – wie es der *Hochschulkampf* 1974 formulierte – ein „*kameradschaftliches Zusammenarbeiten mit anderen Genossen*“ nicht nur möglich, sondern auch eine der „*Voraussetzungen*“ dafür sei, dass schließlich die revolutionäre Partei des Proletariats daraus entstehen werde.[307] In der *sozialistischen 1. Mai-Zeitung* der RS von 1974 wurde dies dahingehend präzisiert, eine „*linke Einheitsfront auf der Grundlage eines sozialistischen Programms*“ sei der „*Vorschlag, den wir allen Genossen machen*“. Eine „*solche Kooperation würde die Zersplitterung der Linken überwinden und die Linke insgesamt stärken*“.[308]

Abstrakt ist den *Revolutionären Sozialisten* natürlich Recht zu geben: Eine Kooperation *auf einem revolutionären Programm* hätte die Linke massiv gestärkt und würde dies auch heute tun. Aber für diese angestrebte Kooperation waren VSM/VMS/VMA bereit, sehr weitgehend auf die notwendige und berechtigte Kritik an anderen Organisationen zu verzichten: So etwa wollte der VMA, um seinem Ziel einer „*für die Massenaktivität notwendige[n] Verankerung an der Basis des ÖGB*“ näherzukommen, Schritte in Richtung Bündnispolitik gegenüber „*fortschrittlichen gewerkschaftlichen Gruppierungen*“ wie der durch und durch reformistischen *Gewerkschaftlichen Einheit*

[304] 1971 erstmals erschienen und 2001 von der Sozialistischen LinksPartei (SLP) neu aufgelegt
[305] L. Trotzki: Österreich an der Reihe. VMS-papers Nr.3
[306] Schülerfront, Zentralorgan des VSM, Nr.1, Oktober 1974, S.1
[307] Das Verhältnis der Revolutionären Sozialisten zu anderen linken Organisationen. – in: Hochschulkampf 1974, Nr.2, S.7
[308] sozialistische 1. Mai-Zeitung [1974], S.4

(GE) setzen und verzichtete in seiner *1. Mai-Zeitung* von 1975 auf jegliche Kritik an diesen *fortschrittlichen Gruppierungen.*[309] Dazu passte natürlich auch der Ansatz der *Massen*organisation: Zu hohe Mitgliedskriterien und vertiefte theoretische Auseinandersetzungen würden da nur „unnötige" Barrieren aufbauen…



1.-Mai 1975 – Mai-Zeitung von VSM / VMS / VMA (mit den Bildern von Marx, Lenin und Trotzki auf der Fahne)

In ihrem *strategischen* Ansatz des Aufbaus von sektoralen Massenbewegungen waren daher VSM/VMS/VMA nicht nur zu einer breiten Zusammenarbeit mit anderen Strömungen der Linken bereit, sondern sie negierten auch, dass die unterschiedlichen Antworten der verschiedenen Organisationen der Linken das Ergebnis von unterschiedlichen politischen Konzepten sind: Für die RS wurde die revolutionäre Partei jedoch immer weniger das Ergebnis einer prinzipienfesten Anwendung revolutionärer Taktiken, sondern Ergebnis des *kameradschaftlichen Zusammenarbeitens mit anderen Genossen*.

Die revolutionäre Perspektive sahen die RS durch ihr Konzept einer Symbiose von Mitglieder- und Massenorganisationen verwirklicht. Während VSM/VMS/VMA in ihren Bereichen *Massen*arbeit machten, sollten die fortgeschrittensten Genoss/inn/en in einem Kollektiv zusammengefasst werden, das in enger Verbindung mit den drei drei Verbänden als Aufbaugruppe einer künftigen Kaderorganisation fungieren und heute schon die allgemeine Linie der *Revolutionären Sozialisten* bestimmen sollte. Diese *Aufbaugruppe* sollte bereits jetzt „*Kaderbildung und Kaderqualifikation forcieren*" und die „*Programm- und Strategiediskussion*" mit den anderen linken Gruppierungen vorantreiben.[310]

Trägerinnen dieses Konzepts waren dabei die drei Organisationen, die beanspruchten, vollständig autonom voneinander in ihren Interventionsbereichen zu arbeiteten, und deren einzige wirkliche Gemeinsamkeit in ihrer Herkunft aus der Mittelschüler/innen/organisation VSM bestand. Die Bezeichnung *Revolutionäre Sozialisten* sollte diese Gemeinsamkeit unterstreichen, war aber nicht nur politisch, sondern auch organisatorisch nur wenig abgesichert: Die RS wiesen weder eine gemeinsame Leitung noch einen einheitlichen Strukturansatz auf. Und auch der grundsätzliche Widerspruch blieb mit der Konzeption ihrer drei Bereichsgruppierungen aufrecht – als *Massen*organisationen, die der *Kadergruppe* gegenüberstanden. Nur notdürftig konnte dieser Widerspruch mit der Betonung der Gemeinsamkeit der Linken und mit einer

[309] sozialistische 1. Mai-Zeitung [1975], S.4
[310] Das Verhältnis der Revolutionären Sozialisten zu anderen linken Organisationen…, S.7

faktischen Vorrangstellung der Praxis gegenüber der programmatischen Arbeit gekittet werden.[311]

Das Konzept war auf mehreren Ebenen illusionär und fatal: Erstens fehlte das Subjekt für den Ansatz einer innerlinken Kooperation, zweitens führte es dazu, dass das Verhältnis von Bereichsverbänden und übergeordneter Kadergruppierung zu Unklarheiten und Frustrationen unter den „Basismitgliedern" führte. Drittens wurde auf allzu klare Festlegungen in theoretisch strittigen Fragen verzichtet, wäre dies doch schädlich für die Perspektive des angestrebten *kameradschaftlichen Bündnisses* gewesen und hätte weniger gefestigte Mitglieder „abgestoßen" – so etwa in der genaueren Charakterisierung der aufzubauenden Internationale: Der VMS erstrebte laut *Grundsatzprogramm „den Aufbau einer revolutionären Arbeiterpartei in Österreich, die Teil einer Internationale sein wird"*, genauer wollte sich der VMS nicht festlegen…[312] Viertens war dieser Ansatz daher auch ein Hindernis für die Aufarbeitung von theoretischen Defiziten und leistete einer Weiterführung der herrschenden Handwerkelei Vorschub, was fünftens zur Konsequenz hatte, dass die *Revolutionären Sozialisten* einer weniger „unsektiererischen" Politik anderer Organisationen mit klareren politisch-organisatorischen Vorstellungen wenig entgegenzusetzen hatten. Die Folge war ein zunehmender Druck auf die RS und eine Beschleunigung des Erosionsprozesses.

Dieser Prozess traf zuerst den VMA und den VMS, die weniger gefestigt und in ihren Bereichen mit einer stärkeren innerlinken Konkurrenz konfrontiert waren. Die Polarisierung der Linken und der Aufschwung der GRM brachten vor allem VMS und VMA unter Druck. In dieser Phase versuchten um 1974 einige Genoss/inn/en über eine Reform der so genannten *Kadergruppe* die RS politisch neu zu munitionieren. Die Organisationen sollten gestrafft, die Kadergruppe politisiert werden. Was allerdings nicht gelang, war eine Entscheidung zugunsten eines der beiden Organisationskonzepte: Aufrechterhalten werden sollten *sowohl* die (professionalisierte) Kadergruppe *als auch* die „Massenorganisationen" (wie relativ dieser Anspruch auch immer gesehen werden muss!) in den jeweiligen Bereichen.

Aus dieser Diskussion heraus bildete sich die *Fraktion für trotzkistische Politik der Revolutionären Sozialisten*, die sich auf die organisatorische Unabhängigkeit des VMA stützen konnte. In ihren besten Zeiten verzeichnete die Fraktion 25 (unterschiedlich aktive) Mitglieder vor allem aus dem VMA und verfügte nach der Einstellung der VMA-Zeitung *Betriebskampf* über das (zweimal erschienene) Fraktionsorgan *Unsere Sache*. Die *Fraktion* wollte eine Zusammenfassung von VSM/VMA/VMS zu einer einheitlichen Jugendorganisation und orientierte sich auf einen Zusammenschluss mit der GRM, mit der dann im Frühjahr 1975 Fusionsverhandlungen aufgenommen wurden. Nicht aufgegeben wurde aber die *strategische* Ausrichtung auf die Jugendarbeit. Die Kritik an den RS blieb damit eine im Wesentlichen pragmatische; nicht nur die RS befanden sich in einer Sackgasse, sondern auch die *Fraktion* stagnierte.

---

[311] Kritik der Revolutionären Sozialisten (RS) (VSM, VMS, VMA). – in: Bulletin des Kommunistischen Kollektivs Wien, Nr.3, S.51ff. Diese *Kritik* bringt eine aus unserer Sicht im Wesentlichen korrekte Einschätzung des Niedergangs der RS.

[312] Grundsatzprogramm. – in: VMS-Info, Nr.1, S.7

Der definitive Zerfall der *Revolutionären Sozialisten* erfolgte im Herbst 1975. Aus diesem Milieu entstand einerseits die *Sozialistische Aktion* (SOAK), die sich personell aus den Resten der *Revolutionären Sozialisten* zusammensetzte und über die noch detaillierter zu reden sein wird.

Zum zweiten waren Teile der RS bereits seit 1974 mit der GRM in intensiverem Kontakt gestanden. Im Laufe des Jahres 1975 hatten sich aber auch in der GRM Risse gezeigt – in erster Linie im Zuge des Desasters der Kampagne zur Nationalratswahl (Oktober 1975) und in Opposition zu den Ergebnissen des 10. Weltkongresses des VS der IV. Internationale. Unter Bruch der Organisationsdisziplin begann deren *Tendenz Neuer Kurs* (TNK) eine eigenständige Umgruppierungsperspektive zu entwickeln: Eine Mehrheit des VMA konnte für die Tendenzpositionen gewonnen werden. Die Folge war eine gemeinsame *Fraktion*, die sich an der aus der italienischen VS-Sektion ausgeschlossenen *Frazione Marxista Rivoluzionaria* (FMR) und deren Politik einer Reform des VS der IV. Internationale orientierte.[313]

Die Spaltung der TNK nach dem Ausschluss aus der GRM traf auch den VMA, der Riss ging mitten durch diese Organisation. Ergebnis dieses Umgruppierungsprozesses war das Ende des VMA – und damit der *Revolutionären Sozialisten* in der bisherigen Form. Gegründet wurde das *Kommunistische Kollektiv Wien*, das Frühjahr 1976 an der Gründung der IKL beteiligt sein sollte; ein anderes Zerfallsprodukt war der *Marxistische Arbeiterbund* (MAB).[314]

VSM und VMS hatten, wenn auch personell stark geschwächt,[315] den Zerfall der *Revolutionären Sozialisten* im Herbst 1975 überlebt. Die übrig gebliebenen Genoss/inn/en zogen Ende 1975 im Angesicht des ungebrochen anhaltenden Niedergangsprozesses den Schluss, dass das Bereichskonzept der RS gescheitert sei. Konsequenz daraus war Anfang 1976 die Gründung der *Sozialistischen Aktion* (SOAK). Der VSM beendete mit Konstituierung der SOAK seine politische Eigenständigkeit und ging in dieser als deren *Schülergruppe* auf. Nach der Publikation der *Sozialistischen Aktion* ab April 1977 stellte die *Schülerfront* mit der Nummer 15 vom Jänner/Februar 1977 ihr Erscheinen ein.[316]

Die SOAK stellte nicht den Anspruch, „*eine fertige Organisation darzustellen*“,[317] sondern verstand sich als „*revolutionär-sozialistische Gruppe*“ in der Tradition von Marx, Engels, Lenin und knüpfte „*an den wesentlichen Ergebnissen der Analysen Trotzkis und der linksoppositionellen Bewegung an*“. Sie begriff sich als „*Gruppe von Genossen, die an der Erstellung der programmatischen und organisatorischen*

[313] siehe dazu Kapitel 8.4., 8.6 und 8.7 in diesem Abschnitt.

[314] siehe dazu ebenfalls Kapitel 8.4., 8.6. und 8.7.

[315] Den Niedergang illustrieren unter anderem auch die Teilnehmer/innen/zahlen auf der 1. Mai-Demonstration: 1975 umfasste der Block des VSM nur mehr 60 Teilnehmer/innen, 1976 dann sogar nur mehr 25. – Zahlen aus: Der 1. Mai in Wien. – in: permanente revolution, Zentralorgan der IKL, Nr.2, Juni 1976, S.14

[316] Die *Schülerfront* trug ab Nummer 7/8 1976 den Untertitel *Zeitschrift des VSM im Schulbereich*, bis dahin *Zentralorgan* des VSM.

[317] Sozialistische Aktion. Rundschreiben Nr.1, 1. April 1976, S.1. Von diesen *Rundschreiben* erschienen 1976 12 Ausgaben, mehrere weitere vor der Gründung der *Sozialistischen Aktion* im Frühjahr 1976. Der Nachfolger wurde das SOAK-*Info*, das an Kontakte verschickt wurde.

Grundlagen für den Aufbau einer revolutionären Organisation“ arbeiten wollte, die wiederum „*nur ein Schritt auf dem Weg zum Aufbau einer revolutionären Partei der österreichischen Arbeiterklasse*“ sein sollte.[318]

Die Gründung der SOAK war zweifellos ein Schritt weg vom illusionären VSM-Konzept, allerdings nur ein beschränkter und letztlich – wie die weitere Geschichte der Organisation zeigen sollte – nicht ausreichender. Die SOAK definierte zwar den Aufbau einer revolutionären Organisation als Teil einer Internationale als „*zentrale Aufgabe*“. Sie ging weiters von der Einschätzung aus, dass „*eine revolutionäre Partei nicht durch lineares Anwachsen einer der heute bestehenden linken Gruppen als korrektem ‚Parteiansatz‘ und unabhängig vom Entwicklungsstand der Klassenkämpfe entstehen*“ könne, und wollte „*zentrale Aufbauarbeit und programmatische Diskussion mit Praxis in einzelnen Bereichen eng*“ verbinden. Die SOAK blieb ihrem VSM-Erbe also in einem entscheidenden Punkt nach wie vor verbunden: Durchaus noch in der Tradition der Bereichsinterventionen von VSM/VMA/VMS wollte sich die SOAK in ihrer inneren Struktur daher „*neben einer zentralen Gruppe*“ auch „*aus bereichsspezifischen Gruppen bzw. Kommissionen*“ aufbauen.[319]



Nr.1 · April '77

SOZIALISTISCHE AKTION

Zeitung für revolutionären Sozialismus ▪ Preis 5.-

KAMPF DEM NEOFASCHISMUS!

„Studentenwirbel vor der Wiener Uni“, „Straßenschlacht mit Totschlägern“, „200 Studenten in Straßenschlacht vor der Wiener Uni“ – dieses Bild prägten „unsere“, „unabhängigen“ Tageszeitungen von den Auseinandersetzungen zwischen Faschisten und Antifaschisten an der Wiener Uni in der Woche vor Ostern. Was kümmert die bürgerliche Journaille schon, daß fortschrittliche und ausländische Studenten angepöbelt wurden, linke Bücherstände vor den Faschisten nicht mehr sicher waren, und Studenten, die sich weigerten, die faschistischen Pamphlete zu nehmen, fotographiert wurden. Die beiden Auseinandersetzungen vor Ostern waren der Beginn des entschlossenen Auftretens der antifaschistischen Studenten gegen rechtsradikalen Terror. Für die Linke steht sich nun die dringende Frage, in welcher Form und mit welcher Perspektive der Kampf gegen die braunen Horden und den Rechtsradikalismus weitergeführt werden muß.

Chronik der Ereignisse

Lange Zeit war die Uni tabu für die Faschisten. Ihr letztes großes Auftreten war der Rummel um den Nazi-Professor Borodajkewyc im März 1965, in dessen Verlauf sogar ein Antifaschist totgeschlagen wurde. Jahre später versuchten Nazis und Rechtsradikale, auf der Welle der nationalen Hetze gegen die Slowenen schwimmend, auf der Uni Terrain zu gewinnen. Zwei geplante Hetzveranstaltungen mit dem FPÖ-Rechtsaußen Scrinzi konnten erfolgreich abgewehrt werden, aber das letzte Mal, im Mai 1976 konnten sie im Verein mit der Polizei einen Prestige–Erfolg verbuchen. RFSler gemeinsam mit ANR-Faschisten und der Kameradschaft Babenberg verbarrikadierten sich damals im Neuen Institutsgebäude, und ein massives Polizeiaufgebot schützte die Veranstaltung vor „linken Provokateuren und Radaubrüdern“. Das gab den Rechtsradikalen Auftrieb. Schreiben sie doch selbst in ihrem Jahresbericht 76: „*Die Offensive der ANR im Sommersemester (...), insbesonders unser Auftritt am 18. Mai, als ein linker Störversuch gegen eine Kärnten-Veranstaltung im NIG erfolgreich vereitelt werden konnte, zeugte den Mut der ANR.*“

Immer öfter erschienen die Faschisten in Uniform an der Uni, provozierten mit nationalsozialistischen Gedankengut und Anpöbeleien. Ein Schlag ins Gesicht eines jeden Antifaschisten waren Hetzschriften über „*Die Lüge von den sechs Millionen getöteten Juden*“, Lobhudeleien auf die chilenische Junta, die Hetze gegen die Fristenlösung, gegen Slowenen u.v.a.m. Frech erhoben sie sogar die Forderung nach dem Verbot von KPÖ und KSV. Die Linke und die Mehrzahl der demokratisch gesinnten Studenten reagierten kaum und setzten nur vereinzelte Aktionen gegen die faschistischen Umtriebe.

Vor Ostern wurde das Maß voll. Im Schutz des traditionellen Stehkonvents der Burschenschaften vereinnahmten die Nazis nun jeden Mittwoch die Uni-Rampe für sich. Für die Linke war klar, daß man nun nicht mehr tatenlos zusehen konnte und so kam es Mittwoch den 30. März und am Freitag, den 1. April zu den bekannten Auseinandersetzungen. Als die Nazis von den Antifaschisten vertrieben wurden, scheuten sie sich nicht davor, von Schußwaffen (Gaspistolen) Gebrauch zu machen. Während die Faschisten das erste Mal in die Flucht geschlagen werden konnten, stand ihnen beim zweiten Mal „unser Freund und Helfer“, die Wiener Polizei, zur Seite: ein Häuflein von 30 -40 bewaffneten Faschisten wurde von einem 200 Man starken Polizeiaufgebot vor einer großen Menge von linken und fortschrittlichen Studenten geschützt. Nicht zuletzt kam den Faschisten der Umstand zugute, daß die Linken schlecht vorbereitet und gerüstet waren und nicht entschlossen und rasch genug handelten. Auch in dieser Hinsicht muß noch einiges gearbeitet werden, um künftige Auseinandersetzungen erfolgreicher beenden zu können.

Nur die ANR?

Wo liegen nun die Gründe, daß die Braunen sich heute so frech aus ihren Löchern traun? Wiewohl der harte Kern der ANR nur einige zig Leute ausmacht, stehen sie mit ihrem militanten Antikommunismus und deutschnationalem Gedankengebräu nicht alleine da. Ihnen ist es nur möglich mit der Rückendeckung vor allem der JES, aber auch über gute Beziehungen zu RFS und Burschenschaften, ihr braunes Spiel zu treiben. (Engste Zusammenarbeit zwischen der ANR und dem RFS gab es etwa auch anläßlich der letzten Hochschülerschaftswahlen im Jahre 1975. Um eine „*Zersplitterung der rechten Kräfte*“ (RFS-Brief an die ANR) zu verhindern, hat der RFS die ANR „*von einer eigenen Kandidatur zur HV-Wahl abgehalten und (...) zu prüfen, welche Möglichkeiten der Unterstützung und Zusammenarbeit gegeben sind*“ (ebenda). Die braunen Gesinnungsbrüder ließen sich nicht lumpen und gaben der Hoffnung Ausdruck, auf daß „*eine fruchtbare Zusammenarbeit aller nationalen und rechten Kräfte auf Hochschulboden gelingt.*“) Sie sind es, die die Auffassungen der JES konsequent zu Ende denken. Daraus ergibt sich auch, daß für die Linke die JES die viel größere, politisch unvergleichlich relevantere und bedrohlichere Gefahr darstellt.

Im bürgerlichen Lager war in letzter Zeit ein Umgruppierungsprozeß zu vermerken. Die dominierende Kraft auf der Rechten wurde eindeutig die JES. Dazu kommt, daß im Zuge der allgemeinen Studienverschärfungen es der Rechten gelungen ist – zumindest kurzfristig – daraus Kapital zu schlagen. Kritisches Engagement kann gefährlich werden und den Studienablauf erheblich verzögern. Ja, es fahlt meist sogar an Zeit, sich mit dem an der Uni Gebotenen kritisch auseinanderzusetzen. Der Großteil der Studenten bemüht sich, die ganze Scheiße so schnell wie möglich hinter sich zu bringen. Hier hakt nun die JES ein. Forderungen nach einer „serviceorientierten“ ÖH kommen dieser Stimmung entgegen

Fortsetzung auf S. 4

Faschi-tische Schläger in Aktion

INHALT

EDITORIAL	2
METALLARBEITERABSCHLUSS	3
LÜTGENDORF	4
WAS BRINGT DER AUFSCHWUNG ?	5
CHARTA 77	6
LIBANON	7
ÖH – WAHLEN	8
SCHÜLERVERTRETUNGSGESETZ	9
FRAUENBEWEGUNG	10
COSTA GAVRAS	11
ANTI – AKW – BEWEGUNG	12

Der dominante Bereich war nach wie vor der Ausbildungssektor, wo die SOAK im Dezember 1976 mit Genoss/inn/en aus dem ehemaligen VSM-Umfeld das Schüler/innen/magazin *Auseinandersetzung* startete. Schulgruppen bestanden in Wien (Floridsdorf, Handelsakademie II, Handelsschule 3) und auch außerhalb Wiens (Waid-hofen/Thaya). Nach zwei Nummern blieb einzig die Gruppe in Waidhofen/Thaya übrig, nach sieben Nummern wurde die Konzeption nochmals geändert: Die *Auseinandersetzung* wurde kurzfristig eine Zeitschrift für alle (Waldviertler) Jugendlichen,[320] bevor sie noch als (ab Ende 1979 gemeinsam von SOAK und *Gewerkschaftlicher Einheit* herausgegebene und vor Waldviertler Betrie-

[318] Sozialistische Aktion. – in: Sozialistische Aktion, Zeitung für revolutionären Sozialismus, Nr.1, April 1977, S.2

[319] ebenda, S.2

[320] An die Leser. – in: Auseinandersetzung. Nr.8, S.2

ben verteilte) Flugschrift beendet wurde.[321] Neben dem Schüler/innen/bereich wurden die nur kurzfristig aktiven Strukturen *SOAK-Hochschulgruppe* und *SOAK-Frauengruppe* eingerichtet.[322]

Die SOAK hoffte anfänglich, sich über den Schüler/innen/bereich und die nach wie vor bestehenden Verbindungen aus VSM-Zeiten in den Bundesländern zu verankern. April 1977 gründeten junge linke Schüler/innen die *Sozialistische Initiative Linz* (SIN), die sich als der SOAK eng verwandte Gruppe definierte und einen Diskussionsprozess mit ihr aufnahm. Direkt aus dem VSM heraus entstand auch in Salzburg eine *Sozialistische Initiative*, die im Spannungsfeld von SOAK und in Salzburg linkem, in permanentem Konflikt mit der SPÖ liegendem VSStÖ stand. Mit beiden *Initiativen* versuchte die SOAK ein Zeitungsprojekt im Jugendbereich zu verwirklichen, um so die Basis für eine gemeinsame Perspektive zu legen. Sowohl das Publikationsprojekt als auch ein Zusammenschluss scheiterten: Bereits im Juni 1977 hatten die drei tragenden linken Sozialist/inn/en der SIN-Linz Kontakte zur GRM-Aufbaugruppe in Linz geknüpft, im September 1977 löste sich die SIN-Linz auf, die Genoss/inn/en schlossen sich der GRM an. Die SIN Salzburg wollte sich hingegen nicht festlegen und lehnte als „Projekt" des VSM-Salzburg überhaupt ein eigenständiges öffentliches Auftreten ab.[323]

Besonders problematisch war, dass die SOAK letztlich an die Stelle der VSM-Konzepte ein ebenfalls illusionäres Organisationsaufbaukonzept stellte. Vor allem die von der SOAK vertretene Perspektive der Herausbildung eines „*Revolutionären Pols*", eines „*Attraktionspols*", musste zu durchaus problematischen theoretischen Konsequenzen führen: So waren sich einerseits SOAK und zum Beispiel die *Internationale Kommunistische Liga* in vielen Punkten der Kritik von Theorie und Praxis der GRM einig. Andererseits hatte das SOAK-Konzept ebenso starke opportunistische Elemente: Nach SOAK-Meinung hätte die Linke mit revolutionärem Anspruch, auch wenn sie unüberbrückbare programmatische und, davon abgeleitet, taktische Differenzen gehabt hätte, gemeinsame Klassenkampfperspektiven entwickeln und damit einen „*Verschmelzungsprozess*" beginnen sollen, der dann in einer (vor-) revolutionären Situation abgeschlossen werden könnte. Für die SOAK stellte sich daher weniger die Frage des Aufbaus der eigenen Organisation als die der „*Herauskristallisierung eines revolutionären Attraktionspols*", der als „*Vorstufe zur revolutionären Partei*" dienen werde – wobei der Klassenkampf letztlich als „*entscheidender Motor, der die revolutionäre Linke zusammenschweißt*", gesehen wurde. Die SOAK verstand sich als Hebel in diesem „*Vereinheitlichungsprozess der revolutionären Linken*".[324] Besonders

[321] Bei der Gruppe in Waidhofen/Thaya waren unter anderem Franz Schandl (später Alternative Liste Wien, Streifzüge etc.) und Ingrid Lawicka (die dann ab Anfang der 1980er Jahre für zwei Jahrzehnte in der GRM/SOAL aktiv war).

[322] SOAK-Info, Informationsblatt der Gruppe Sozialistische Aktion (SOAK), Nr.3, Dezember 1987, S.2

[323] Alle Informationen aus: Rundschreiben, gemeinsam herausgegeben von Sozialistische Aktion/Wien, Sozialistische Initiative/Salzburg und Sozialistische Initiative/Linz. Nr.1, Mai 1977 und Nr.2, Juni 1977

[324] Alle Zitate aus: Zur Situation und Orientierung der revolutionären Linken. – in: Diskussionsbulletin für revolutionäre Politik [Frühjahr 1978]

in der Spätphase ihrer Existenz hatte die SOAK auch gar nicht mehr ein Selbstverständnis als *Organisation* – Organisationen könnten, so der spontaneistische Kurzschluss, überhaupt *„nur im Zusammenhang mit einer realen, d.h. politisch lebendigen Bewegung entstehen*“. Stattdessen sah sie sich nur mehr als „*Initiative, die die Diskussion innerhalb der Linken vorantreiben möchte*“.[325]

Dieses Konzept eines „*kontinuierlichen Aktionsbündnisses*“[326] war nicht weniger illusionär als der Ansatz des früheren VSM: Die zweite Hälfte der 1970er Jahre war bereits eine Periode des Niedergangs der Linken, nicht eine, in der durch die Praxis scharfer Klassenauseinandersetzungen Organisationen in gemeinsamen Aktionen die Basis für prinzipienfeste Vereinigungen finden konnten. Vor allem Positionen wie die des *revolutionären Pols* verhinderten die Herausarbeitung eines schärferen theoretischen Profils. Der SOAK gelang es so mit ihrem betont „unorthodoxen“ Ansatz immer schwerer, sich einerseits zwischen GRM, IKL und der von der IKL abgespaltenen *Gruppe Commune* und andererseits gegenüber den neu aufkommenden „Bewegungen“ zu behaupten. Die SOAK trug zwar offen und unsektiererisch Initiativen wie die als Umgruppierungsprojekt von der GRM 1978 gestartete *Diskussionsinitiative* aktiv mit, ebenso wurde beispielsweise die Initiierung des *Arbeitskreises Sozialistische Ökologie* aus dem GRM-Umfeld politisch positiv bewertet. 1979 publizierte die SOAK mit der *Gruppe Commune* einen gemeinsamen Wahlaufruf („*Stimmt links von der SPÖ*“). Von allen diesen Initiativen konnte die SOAK aber personell nicht profitieren.



Der Ansatz, sich als Teil eines imaginären *revolutionären Attraktionspols* zu begreifen, führte dazu, dass die SOAK sich einerseits auf reale Bewegungen orientierte, wie etwa auf die Anti-AKW-Bewegung, oder nach Themen suchte, wo sie auf einen breiten inner-linken Konsens bauen konnte. Nicht zufällig trat in den Publikationen der *Sozialistischen Aktion* das Thema Antifaschismus stark in den Vordergrund.

Den eigenen Anspruch, das theoretische Profil für den Aufbau einer revolutionären Partei zu stärken, konnte die SOAK letztlich nicht einlösen: Träger dieses Profils sollte vor allem die theoretische Zeitschrift *Theorie und Praxis* werden. In der Periode des Zerfalls von VSM/VMS/VMA war *Theorie und Praxis* als Tendenzorgan mit vorwiegend internem Charakter erschienen, um die bisherige Entwicklung der *Revo-*

[325] Bemerkungen zur eigenen Situation. – in: Sozialistische Aktion, Nr.20, S.2; Hervorhebung im Original.
[326] Ertl, Erich: Zur Entwicklung der trotzkistischen Bewegung. – in: Theorie und Praxis. Beiträge zum revolutionären Sozialismus.– 1/1978, S.34

lutionären Sozialisten auf- und Perspektiven für die künftige Arbeit auszuarbeiten. Für die Konstituierung der SOAK hatte *Theorie und Praxis* daher auch wesentliche Bedeutung. Nach erfolgter Gründung kamen jedoch nur mehr zwei Nummern heraus – die erste unmittelbar nach der SOAK-Konstituierung noch im Sommer 1976, die zweite 1978. Die angekündigten Nummern zur bolschewistischen Parteitheorie, zu den neueren Lenin-Kritiken und zur Gewerkschaftsfrage[327] erschienen nicht mehr.

Die SOAK hatte das Erbe einer aus der Sozialdemokratie hervorgegangenen Organisation angetreten, die ursprünglich im Schüler/innen/bereich sozialistische Massenarbeit machen wollte. Am Spagat, Massenarbeit mit der Erarbeitung eines eigenständigen revolutionären programmatischen Profils zu verbinden, war schon der VSM gescheitert. Die SOAK hatte einen Teil der Lektionen aus diesem Scheitern gelernt. Mit ihrem Konzept eines *revolutionären Attraktionspols* war sie jedoch nicht in der Lage, sich politisch so weit zu stabilisieren, dass sie auf andere Strömungen der subjektiv revolutionären Linken stärkeren Einfluss hätte gewinnen können. Anfang der 1980er Jahre stellte die SOAK ihre Aktivitäten und nach 20 Nummern das Erscheinen ihrer Zeitschrift *Sozialistische Aktion* ein.

8.4. Gruppe Revolutionäre Marxisten / Sozialistische Alternative

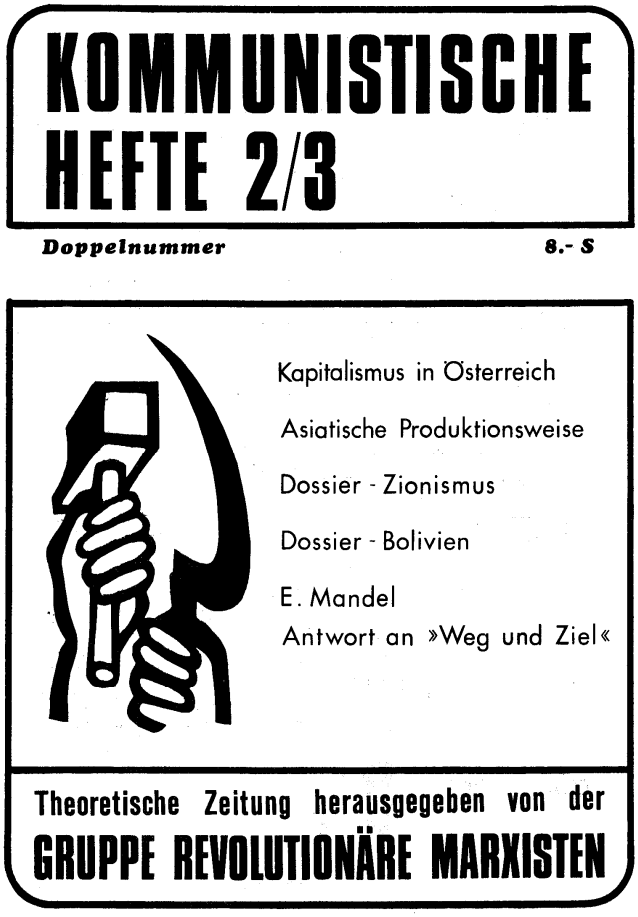
Nach dem letztlich gescheiterten Versuch der *Revolte* wurde schließlich im Herbst 1972 die *Gruppe Revolutionäre Marxisten* (GRM) gegründet. Sie war ein Produkt der – in Österreich vergleichsweise schwach ausgefallenen – Student/inn/enradikalisierung in den frühen 1970er Jahren, genauer gesagt das Produkt eines Differenzierungsprozesses und einer Linksentwicklung innerhalb dieser Student/inn/enbewegung. Die GRM entstand dabei als Zusammenschluss mehrerer Gruppen: erstens aus einem studentischen marxistischen Zirkel um Raimund Löw. Löw, Jahrgang 1951, stand bereits als Schüler in der Schweiz in engem Kontakt mit dem *Vereinigten Sekretariat der Vierten Internationale* (VS). Als er als Student nach Wien übersiedelte, tat er das mit dem Ziel und dem Auftrag, in Österreich eine Sektion zu gründen. Da er – im Gegensatz zu Hallstein[328] – mit der Autorität des VS ausgestattet war, waren er und seine Gruppe der entschlossenste und letztlich auch der entscheidendste Teil im Vereinigungsprozess zur GRM.

Die zweite Gruppe kam aus der *Marxistisch-Leninistischen Studentenorganisation* (MLS). Die MLS war im Zuge von Fraktionskämpfen in der *Vereinigung Demokratischer Studenten* (VDS) Ende 1970 gegründet worden und hatte Ende 1971 mit der KPÖ gebrochen. Unter dem späteren Sekretär des *Kommunistischen Bundes*, Walter

[327] Editorial. – in: Theorie und Praxis. Beiträge zum revolutionären Sozialismus. – 1/1978, S.2

[328] Das VS hat – nach Ansicht von Gianni Riva (SOAL) – zu Hallstein kein Vertrauen gehabt beziehungsweise ihm die Führung einer Sektion nicht zugetraut. Dass es in der Folge Löw den Vorzug gegeben habe, soll – so Riva – bei Hallstein, der ebenfalls den Aufbau einer Sektion anstrebte, zu erheblicher Enttäuschung geführt haben. A.L., ex-Revolte-Aktivist, teilt diese Einschätzung nicht; er berichtet von einem sehr guten Verhältnis zwischen Hallstein und Gisela Mandel als Repräsentantin der VS gegenüber der Revolte-Gruppe. Letztere Einschätzung wird durch den Briefwechsel von Gisela Mandel und Peter Hallstein belegt.

Lindner, entwickelte sich die MLS immer klarer in mao-stalinistische Richtung.[329] Frühjahr 1972 bildete sich dort eine oppositionelle Gruppe um Hermann Dworczak (Jahrgang 1948) heraus, die in einem internen Papier vom Juni 1972 forderte, *„in der Revisionismuskritik nicht auf halbem Wege stehen zu bleiben“*, auch den Stalinismus als revisionistisch abzulehnen und der *„realen Gefahr entgegenzuwirken, dass sich die VR China als ein neues, sozialistisches ‚Vaterland' ungeschaut und kritiklos in den Gehirnen vieler Genossen etabliert.“*[330] Die Oppositionellen wurden Ende August als Trotzkist/inn/en aus der MLS ausgeschlossen und beteiligten sich in der Folge an der Gründung der GRM.



Dazu kamen drittens Genoss/inn/en von aus sozialdemokratischer Tradition stammenden Jugendorganisationen – vom *Verband Sozialistischer Mittelschüler* (VSM) und vom *Verband Sozialistischer Studenten Österreichs* (VSStÖ) –, viertens vom so genannten *Heimspartakus*[331] und fünftens von der *Aktion – Marxistische Studenten*.[332] Und schließlich war sechstens auch Heinrich Thomas aktiv an den Vorbereitungsdiskussionen zur Gründung der GRM beteiligt und gehörte ihr seit ihrer

[329] Zur Geschichte der MLS siehe die Selbstdarstellung in: Zur Entwicklung der MLS (I). – in: Student im Klassenkampf, Nr.6, März 1972, S.1ff.; Zur Entwicklung der MLS (II). – in: Student im Klassenkampf, Nr.7, März 1972, S.1ff. und: Dokumente zur Auseinandersetzung in der MLS (Dezember 1971). – in: Student im Klassenkampf, Nr.6, März 1972, S.15ff.

[330] *Kommunistische Hefte* (theoretisches Organ der GRM), Nr. 1. Von den als theoretische Zeitung der GRM konzipierten *Kommunistischen Heften* erschienen nur mehr eine Doppelnummer 2/3 und eine Doppelnummer 4/5. Neben den *Kommunistischen Heften* wurden noch vor der Gründung des Zentralorgans *Rotfront* mit der Veröffentlichung des Bulletins *Sieg der indonesischen Revolution* begonnen, von dem 1972 und 1973 vier Ausgaben erschienen.

[331] Der *Heimspartakus* war um 1971/73 eine Gruppierung von etwa 20 meist männlichen Jugendlichen um Michael Genner und Willi Stelzhammer, vor allem junge, nicht qualifizierte Arbeiter, einige Schüler und Lehrlinge, die hauptsächlich Lehrlingspolitik machten und diffus links, tendenziell spontaneistisch ausgerichtet waren. Der Name ergab sich aus der durchaus wirkungsvollen Propagandatätigkeit, die diese Gruppe gegen skandalöse Zustände in Erziehungsheimen entfachte. Diese sehr informell organisierte Gruppe transformierte sich ab 1972 in die Kooperative Longo Mai und verließ mehrheitlich Österreich Richtung Frankreich und die Schweiz.

[332] Die Wiener *Aktion* verfolgte ähnliche Konzepte eines Aktionismus und einer kulturellen Revolutionierung wie die dem deutschen *Sozialistischen Deutschen Studentenbund* (SDS) nahestehende *Kommune Wien.* Nach internen Krisen – unter anderem hervorgerufen durch die Übersiedlung des zentralen Aktivisten Bernhard Frankfurter nach Paris – als *Aktion – Marxistische Studenten* kurzfristig reaktiviert, schlossen sich mehrere Aktivist/inn/en der GRM an. – Keller, a.a.O., S.58f. und S.120

Gründung an. Hallstein schloss sich etwa 1974 der GRM an, spielte aber keine bedeutende Rolle mehr (er starb bereits Mitte der 1980er Jahre).

Die GRM umfasste bei ihrer Gründung etwa 40 Genoss/inn/en – fast ausschließlich Student/inn/en. Führende Mitglieder in den ersten Jahren waren Raimund Löw und Hermann Dworczak sowie Georg Hofmann-Ostenhof, Helene Maimann und Ali Gronner. Die GRM wurde zur österreichischen Sektion des VS und damit einer der größten sich auf den Trotzkismus berufenden internationalen Strömungen. Die GRM war ursprünglich auf Wien beschränkt, konnte sich aber bald danach ins studentisch-intellektuelle Milieu in Salzburg und Graz, später auch auf Linz und Innsbruck ausdehnen. Die erste Konferenz der GRM im Februar 1973 war noch auf Wien beschränkt, die in Entstehen begriffenen Gruppen in Innsbruck und Salzburg waren durch Beobachter/innen vertreten.[333]



Die zweite Konferenz des Jahres 1974, auf der erstmals eine *Nationale Leitung* gewählt wurde, war der Vorbereitung des 10. Weltkongresses des VS der Vierten Internationale gewidmet. Ab diesem Zeitpunkt war das zentrale Organ der GRM die *Nationale Leitung*, aus deren Reihen ein *Politisches Büro* als ständiges Exekutivorgan gewählt wurde. Die *Nationale Leitung* hatte die Aufgabe, die Grundlinien der Politik zwischen den Konferenzen, später den *Nationalen Delegierten-Konferenzen* (NDKs), zu bestimmen.

März 1973 begann die GRM mit der auf der ersten Konferenz beschlossenen Herausgabe der Monatszeitung *Rotfront*. Vehikel für die Verankerung war sowohl in Graz

[333] R.B. [Rainer Bauböck]: Einleitung. – in: GRM (Hrg.), Dokumente der Nationalen Delegiertenkonferenzen 1975 und 1976, Wien, o. J. [1977], S.5

als auch in Salzburg ein AKIM, ein *Arbeitskreis Internationaler Marxismus*, die als Diskussionszirkel konzipiert waren und nach einiger Zeit in die GRM übergeführt wurden. Der Salzburger AKIM wurde Frühjahr 1973 gegründet und ging im Herbst 1973 in der GRM auf, wobei nicht alle den Schritt vom *Arbeitskreis* in eine Kaderorganisation mitmachten. November 1973 bestanden neben Wien bereits Sektionen in Salzburg und Innsbruck und der AKIM Graz, ab Ende 1973 auch ein AKIM in Linz und seit Frühjahr 1974 in Klagenfurt, die sich beide allerdings nicht längerfristig stabilisieren ließen. Sektionen bestanden aus mindestens zehn Mitgliedern und Kandidat/inn/en, die zudem in einem Arbeitsbereich kontinuierlich tätig sein mussten. Stützpunkte hatten dagegen weniger Mitglieder, verkauften schriftliches Material der GRM und trafen sich zu regelmäßigen Schulungen.

HERAUS ZUM 1. MAI

GRUPPE REVOLUTIONÄRE MARXISTEN

Der 1 Mai steht heuer im Zeichen schwerer Niederlagen des Imperialismus und eines anhaltenden Aufschwungs der Weltrevolution. Die großartigen Siege in Indochina der Sturz der griechischen Obristen die Entwicklung der Arbeiterkämpfe in Portugal der Verfall des greisen Franco-Regimes werden als Markstеine in die Geschichte eingehen. Nicht nur politisch ist das Weltherrschaftssystem des Imperialismus angeschlagen die schwerste internationale Rezession seit den 30-er Jahren höhlt seine wirtschaftliche Basis aus. Arbeitslosigkeit und Inflation herrschen in allen bedeutenden kapitalistischen Ländern.

Das Jahr 1974/75 ist ein Wendepunkt für den österreichischen Kapitalismus. Nach sieben Jahren Konjunktur ist auch er in den Strudel der Rezession gerissen worden: 10% Teuerung und immer mehr Betriebsschließungen Kurzarbeit und Entlassungen haben das Gerede vom Wirtschaftswunder und den segensreichen Wirkungen der Sozialpartnerschaft für die Arbeiter Lügen gestraft. Heute sagt die Bourgeoisie offen, was sie will: die Arbeiter sollen für die Krise des Kapitalismus bezahlen. Die SP-Regierung und die ÖGB-Bürokraten sind im Augenblick die besten Garanten für diese Politik. Denn solange die Mehrheit der Arbeiter ihnen ihr Vertrauen schenkt solange werden sie die Arbeiterinteressen im Dienst der Kapitalisten verraten können.

Das österreichische Proletariat ist stark; es besitzt im ÖGB eine sehr wirksame Waffe. Die SP-Bonzen im Parlament und im ÖGB wissen das. Deswegen verhindern sie daß die österreichischen Arbeiter so wie die anderer Länder am 1. Mai ihre Einheit Stärke und Kampfbereitschaft demonstrieren. Deshalb ruft nicht die Gewerkschaft, die Einheitsorganisation der Arbeiterklasse zum 1. Mai auf. Die SP mißbraucht den Kampftag, um die Arbeiter für ihre Politik der Sozialpartnerschaft auf die Straße zu schicken.

Die KPÖ ist hier keine Alternative. Sie bietet der SP ein paar verstaubte Rezepte an mit denen man angeblich die Krise geseitigen kann (Ausbau des Osthandels Hebung der Kaufkraft) - ohne die Kampfkraft der Arbeiterklasse zu strapazieren.

Wir treten dagegen für eine einheitliche Demonstration aller Arbeiter am 1. Mai ein. Angesichts des von den Sozialdemokraten eingeführten und der stalinistischen KP nachgeahmten spalterischen Parteirummels haben wir eine Initiative gesetzt, um ein gemeinsames Auftreten jener Kräfte der Arbeiterbewegung zu erreichen, die nicht bereit sind sich an diesem Tag SP und KP unterzuordnen. Die politischen Differenzen werden dabei nicht verwischt werden.

Die Revolutionären Marxisten fordern dich auf, unter ihren Losungen mitzumarschieren!

- Gegen Entlässungen und Kurzarbeit - Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf alle bei vollem Lohnausgleich!
- Gegen Lohnraub und Teuerung - Massive Lohnerhöhungen auf der Basis der laufenden Angleichung der Löhne an die Teureung!
- Ausländische und österreichische Arbeiter - Ein Gegener - ein Kampf!
- Schluß mit der Sozialpartnerschaft - für demokratische und klassenkämpferische Gewerkschaften!
- Volles Recht für die Slowenen - Boykott der "Volkszählung besonderer Art"!
- Gegen die kapitalistische Krise die sozialistische Antwort!
- Hoch die internationale Solidarität!
- Gegen Kapital und Imperialismus - für Rätedemokratie und Sozialismus!

DEMONSTRATIONEN UND KUNDGEBUNGEN (Gösteri yürüyüşü): Wien: 11^{30}, Ring, zwischen Oper und Schwarzenbergplatz; Salzburg: 17^{00}, Platzl; Innsbruck: 10^{00}, Amraserstr./ Gumpstr.

VERANSTALTUNGEN AM 1. MAI: Wien 6, O. Bauerg. 6, 16^{30} (Toplantı) Telfs: 20^{00}, Rathaussaal; Graz: 17^{00}, Eichendorffstr. 1a; Bregenz und Bludenz

Innsbruck: 31. 4., 20^{00}, AK-Saal, Maximilianstr.

Rund um den 1. Mai 1974 konnten neben Wien auch in Graz, Salzburg und Innsbruck Veranstaltungen durchgeführt werden, zum 1. Mai 1975 in Wien, Salzburg, Innsbruck, Graz, aber auch in Bludenz und Bregenz, wo die GRM in Kontakt zu KPÖ-Oppositionellen gekommen war, sowie im Tiroler Telfs.[334]

In der ersten Phase der GRM von der Gründung bis zu den Nationalratswahlen 1975 konnte sich die Organisation mit einer kampagneorientierten Politik (Plakate, Demonstrationen und so weiter) vor allem auf den Universitäten erheblich aufbauen. Man verfügte schließlich allein in Wien über vier so genannte *Hochschulzellen* aus jeweils über zehn Mitgliedern. Die inhaltlichen Schwerpunkte der GRM-Propaganda waren im internationalen Bereich die Solidarität mit dem Kampf gegen das Franco-Regime in Spanien,[335] dem Widerstand gegen den Militärputsch in Chile 1973 und mit der portugiesischen Revolution 1974. Innenpolitisch standen in dieser Phase neben der allgemeinen Propaganda für die permanente Revolution und einen

[334] Rotfront, Nr.4, April 1975, S.2

[335] Mitglieder und Sympathisant/inn/en der GRM spielten eine wichtige Rolle beim Sturm auf ein spanisches Reisebüro und dessen Demolierung.

rätedemokratischen Sozialismus die Diskussion um Wehrdienstverkürzung und Zivildienst, die Berichterstattung über betriebliche Konflikte sowie der Kampf gegen rechtsextreme Umtriebe (insbesondere gegen den *Kärntner Heimatdienst* KHD) im Vordergrund. Im Mai 1974 hatte der KHD in Salzburg eine Hetzveranstaltung gegen Kärntner Slowen/inn/en durchgeführt, bei der es zu einer Schlägerei mit KHD und Nazis kam. Die Polizei knüppelte auf die anwesenden Linken ein, der von der Polizei verletzte Reinhard Kannonier (GRM-Salzburg) wurde des *„bewaffneten Widerstandes gegen die Staatsgewalt“* angeklagt. Die breite Solidaritätskampagne trug sicher nicht nur zur relativ breiten Verankerung der GRM in der Salzburger Linken bei, sondern auch zur Revision der skandalösen Verurteilung in erster Instanz.[336] Kannonier wurde schließlich im Januar 1976 bei der Berufungsverhandlung in Linz freigesprochen.



rotfront im Betrieb

Kontekte:
1090 Wien, Lustkandelgasse 4, Tel. 31 14 672, Di 18-22h, Do 19-21h.

SPÖ-BREMSE FÜR ALLE ARBEITERINTERESSEN

Schon beim Einkaufen merkt man: die Preise steigen weiter wie nie zuvor! Im Februar 73 betrug die Teuerung wieder 8% im Vergleich zu Februar 72. Aber nicht nur das: in einem Monat von Jänner auf Februar kam es zu einem neuerlichen Preissprung von 0,4%. Die Mieten sind sogar um 12,5%, alle Nahrungsmittel und Getränke um über 9% gestiegen. Gerade bei den zum Leben notwendigsten Dingen, Essen, Trinken und Wohnen spürt man die Teuerung besonders stark. Kreisky hat sein Wort gehalten, er hat uns "EUROPAREIF" gemacht! Noch mehr: wir sind sogar schon "überreif". Österreich liegt mit der Preissteigerung an der Spitze aller europäischen, kapitalistischen Staaten. Die grossen Vorbilder Kreiskys, die Bundesrepublik und Schweden lassen wir mit dieser Teuerung schon weit zurück.

DIE SPÖ IST KEINE POLITISCHE VERTRETUNG DER ARBEITERINTERESSEN

Die absolute Mehrheit, die die SPÖ 1971 als ihren grossen Sieg gefeiert hat, kam nur dadurch zustande, daß die Mehrzahl der Arbeiter und Angestellten dieser Partei ihre Stimme gegeben haben. (Viele Arbeiter hofften, daß die angekündigten Reformen in ihrem Interesse durchgeführt werden.) In der SPÖ war helle Freude: jetzt konnte sie den Geschäftsführer für die Kapitalisten spielen. Das kann sie aber nur dann erfolgreich, wenn die Arbeiter niedergehalten werden. Dazu genügt es aber nicht, alle vier Jahre, kurz vor den Wahlen, schöne Reden schwingen, den Arbeitern wieder etwas vom "höheren Lebensstandard" usw. zu erzählen.

WARUM KANN DIE SP-SPITZE DIE ARBEITERINTERESSEN VERRATEN?

Dazu braucht die SPÖ-Spitze jemanden, der scheinbar die Arbeiter in ihrem Kampf gegen die Kapitalisten vertritt. Wer hätte das zu sein? Natürlich die GEWERKSCHAFT! Aber wie gesagt, die SPÖ braucht jemanden, der nur scheinbar die Interessen der Arbeiter vertritt. Würde die Gewerkscheft wirklich das tun, gegen die Kapitalisten ohne faule Kompromisse kämpfen, dann hätte die SPÖ-Spitze kein leichtes Spiel. Das Regieren, das heißt im Moment nichts anderes, als die Kapitalisten auf den richtigen Weg zu den größten Profiten bringen, würde ihnen nicht so leicht fallen. Aber wie jeder Kollege weiß stehen die Dinge ganz anders. Die SPÖ-Spitze und die ÖGB-Bürokraten sind schon lange ein und die selben Personen.

Benya, Häuser und Co. haben zwei Aufgaben: einerseits als SP-ler den Unternehmern jede nur mögliche Erleichterung bei der Vergrößerung ihrer Profite schaffen. Andererseits, und diese Aufgabe müssen sie besonders gut erfüllen, sonst geht ihre Politik im "Interesse der Kapitalisten" schief, die Arbeiter bei der Verteidigung ihrer Interessen zurückzuhalten. Das tun sie aber nicht als SP-ler, sondern als Gewerkschaftsbonzen! Denn so ist ihr Einfluß auf die Arbeiter viel wirksamer. Als Gewerkschafter gelten ihre Worte noch mehr, als wenn einer von der SPÖ zu den Arbeitern spricht. Aber viele Kollegen haben schon erkannt, daß diese Versprechungen nur dazu dienen ("jetzt nicht, im Interesse der Wirtschaft, aber später"),

Mit der *Rotfront im Betrieb* wurde parallel zur schwerpunktmäßigen Arbeit an den Universitäten mit regelmäßigem Zeitungsverkauf und Flugblattverteilen vor Betrieben begonnen. Abgesehen vom grundsätzlichen Bestreben von Organisationen der marxistischen Tradition, eine Verankerung in der Arbeiter/innen/klasse herzustellen, spielten für diese Ausrichtung im Konkreten auch die theoretischen Konzepte des VS eine Rolle: Nach dem Konzept der *Neuen Massenavantgarde* des 10. Weltkongresses vom Februar 1974 mit dem als erste Etappe im Aufbau einer revolutionären Partei die radikalisierte Student/inn/enschaft gewonnen werden sollte, war die Theorie der *Neuen Arbeitervorhut* entwickelt worden, laut der es nun auch darum ging, sich mit der Minderheit von – vor allem jugendlichen – radikalisierten Arbeiter/inne/n zu verbinden. Vor dem Hintergrund des Höhepunktes des so genannten *Österreichischen Weges* und der Kreiskyschen Reformen blieben die Versuche der GRM, die Arbeiter/innen/klasse von außen zu beeinflussen, erfolglos. Wiederholt kam es sogar zu handfesten Übergriffen von sozialdemokratischen Betriebsrät/inn/en und Arbeiter/inne/n gegen „langhaarige Studenten“ der GRM. Auch der mehrwöchige Streik der Arbeiter/innen der

[336] Die Kampagne wurde vom *Solidaritätskomitee R. Kannonier,* in dem unter anderen der prominente Schauspieler Herbert Fux vertreten war, getragen. Vom Komitee wurde die *Dokumentation zum Kannonier-Prozeß* (Juni 1975) herausgebracht.

Möbelfabrik Hukla, bei dem die GRM massiv intervenierte, brachte keine wirklichen Fortschritte.

Aufgrund der Erfolge im studentischen Milieu war die GRM dennoch bis 1975 auf bundesweit etwa 80 Mitglieder und ein beträchtliches Umfeld angewachsen, sodass sie bei Demonstrationen in Wien einen Block mit an die 500 Leute stellen konnte. Die GRM fühlte sich auf der 1. Nationalen Delegiertenkonferenz (12./13. April 1975) stark genug, um bei den Nationalratswahlen 1975 (in Wien) zu kandidieren, wobei von Anfang an darüber Klarheit herrschte, dass die zu erzielenden Stimmen nicht sehr zahlreich sein würden. Es ging um eine propagandistische Kandidatur, darum, durch eine Kandidatur mehr Aufmerksamkeit für die eigene Propaganda zu erzielen. Dieses Ziel wurde – trotz des mageren Ergebnisses von 1.022 Stimmen am 5. Oktober 1975 – ansatzweise erreicht: Der Bekanntheitsgrad der GRM in der Bevölkerung stieg – zumindest kurzzeitig – in gewissem Ausmaß an. So kamen zur zentralen Wahlkampfveranstaltung mit Ernest Mandel in einem Wiener Gewerkschaftshaus mehr als 600 Personen.[337]

Trotzdem war die *„Kandidatur des Kampfes“*[338] der GRM zumindest eine Schuhnummer zu groß – und hatte ihren Preis: Bereits das Sammeln von Unterstützungserklärungen kostete der Organisation viel Substanz (viele der mit der GRM sympathisierenden Student/inn/en waren nicht in Wien gemeldet und deshalb in diesem Wahlkreis nicht stimmberechtigt). Durch den intensiven Wahlkampf (Infotische, Flugblattverteilen, mehrere *Rotfront*-Ausgaben im September und Oktober 1975 und so weiter) wurden schließlich viele Mitglieder ausgepowert. Nach dem mageren Wahlergebnis – einige hatten vielleicht doch insgeheim mehr erwartet – warfen etliche das Handtuch. Bald nach den Wahlen verließ auch ein halbes Dutzend Genoss/inn/en um Ali Gronner, die für eine Orientierung weg von den Unis eingetreten waren und die *Tendenz Neuer Kurs* gebildet hatten, die Organisation und schlossen sich letztlich der IKL[339] an. Insgesamt verlor die GRM in den Monaten nach der NRW-Kandidatur etwa ein Drittel ihrer Mitgliedschaft.

Diese Verluste waren eingeordnet in einen verspäteten Nachvollzug der Differenzierungen rund um den 10. Weltkongress des *Vereinigten Sekretariats der Vierten Internationale* vom Februar 1974; bedeutend wurden insbesondere die Positionen der italienischen *Frazione Marxista Rivoluzionaria* / *Revolutionär-Marxistischen Fraktion* (FMR/RMF). Die FMR war Teil der sogenannten *„dritten Tendenz“* (auch *Meshrayonka-Tendenz*) des 10. Weltkongresses gewesen, die neben Italien auch in Frankreich, Dänemark und der BRD organisatorische Präsenzen hatte. Diese nationalen Oppositionstendenzen standen den beiden dominanten Strömungen, der *Internationalen Mehrheitstendenz* (IMT) um Mandel und der *Leninistisch-Trotzkistischen Fraktion* (LTF) gegenüber. Politisches Kennzeichen der *dritten Tendenz* war die Ablehnung der abenteuerlichen Guerilla-Orientierung, die vom 9. Weltkongress für Lateinamerika angenommen worden war, und eine Kritik an der vom Proletariat wegfüh-

[337] NRW-Kampagne der GRM. – in: Rotfront, Nr.10, 15. Oktober 1975, S.3

[338] Die Kandidatur der GRM bei den NR-Wahlen 75. Eine Kandidatur des Kampfes. – in: Rotfront, Nr.5, Anfang Juni 1975, S.1

[339] *Internationale Kommunistische Liga*, siehe unten.

renden Konzeption der *Neuen Massenavantgarde*, genauer der „*Neuen Avantgarde mit Massencharakter*“, wie sie von der IMT in ihrer Orientierung auf Jugendliche und soziale Bewegungen vertreten wurde. Verbunden wurde diese Kritik meist mit einer ultralinken Einschätzung der Sozialdemokratie, vorexerziert insbesondere von der deutschen *Kompass-Tendenz*.

Die politisch heterogene *dritte Tendenz* zerfiel unmittelbar nach dem 10. Weltkongress. Im Unterschied zu Oppositionstendenzen in anderen Ländern kapitulierte die italienische FMR nicht vor den Mehrheitsströmungen und wurde Anfang 1975 aus der italienischen Sektion ausgeschlossen.

In Österreich hatte die *Meshrayonka-Tendenz* zur Zeit des 10. Weltkongresses keine Präsenz. Der Differenzierungsprozess lief daher mit einiger zeitlicher Verzögerung ab, bekam aber durch zwei Faktoren eine besondere Bedeutung: einerseits durch das Abenteuer der GRM-Kandidatur zu den Nationalratswahlen (Herbst 1975) und andererseits durch den Zersetzungsprozess der um den *Verband Sozialistischer Mittelschüler* (VSM) gruppierten *Revolutionären Sozialisten*.[340] Insbesondere im *Verband Marxistischer Arbeiterjugend* (VMA) hatte die GRM 1974/1975 Einfluss bekommen. Auf der Basis einer an oberflächlichen Problemen aufgehängten, aber keiner tiefer gehenden Kritik an der Konzeption der *Neuen Massenavantgarde* konstituierte sich September 1974 nun auch in Österreich ein *Block „Gegen den Strom“*, aus dem Oktober 1974 die in der Tradition der *dritten Tendenz* stehende *Tendenz Neuer Kurs* (TNK) hervorging. Auf der 1. Nationalen Delegiertenkonferenz der GRM (April 1975) unterlag die TNK.

Nachdem sich die *Kompass-Tendenz* der *Gruppe Internationale Marxisten* (GIM, VS-Sektion in der BRD) in ihrer Mehrheit mit der GIM-Leitung arrangiert hatte, war als internationale Ansprechpartnerin die bereits außerhalb des VS stehende italienische FMR übrig geblieben, die sich nach ihrem Ausschluss im Frühjahr 1975 als *externe Fraktion* verstand. Mitte 1975 wurde der *Verband Marxistischer Arbeiterjugend* (VMA), mit dem die GRM in Fusionsverhandlungen stand, von der TNK für die Positionen der FMR gewonnen. August 1975 war von TNK und VMA eine einwöchige Schulung mit Roberto Massari, einem führenden Genossen der italienischen FMR, durchgeführt worden. In der Folge wurde gemeinsam von der TNK und über die im Wesentlichen vom VMA gestellte *Fraktion für trotzkistische Politik* eine Fraktion in- und außerhalb der GRM aufgebaut. Die Konsequenz war Anfang September 1975 der Ausschluss einiger Mitglieder der TNK aus der GRM aus disziplinären Gründen.

Dieser Situation zeigte sich die TNK politisch nicht gewachsen: Ein Teil verblieb in der GRM, ein anderer gründete im Herbst 1975 das *Kommunistische Kollektiv Wien*, und ein dritter wollte den internen Klärungsprozess nicht mehr abwarten und bildete Anfang September 1975 auf den Positionen der FMR mit einem Teil des VMA den kurzlebigen *Marxistischen Arbeiterbund* (MAB). Mit einer organisatorischen Präsenz in Wien und Innsbruck konnte der MAB mit seiner Zeitschrift *gegen den strom*, von der nur eine einzige Nummer erschien, von der früheren TNK die Kontakte zur *Frazione Marxista Rivoluzionaria* übernehmen. Das politische Erbe des MAB mit

[340] Siehe dazu das Kapitel 3 dieses Abschnittes.

seiner Orientierung auf die italienische FMR sollte etwa zwei Jahre später die *Gruppe Commune* antreten.

Das Jahr 1975 war der Höhepunkt des Fraktionskampfes im Vereinigten Sekretariat. Nach den Verlusten von 1974 bis Anfang 1976 konnte sich auch die GRM als dessen österreichische Sektion wieder stabilisieren. Nach den letzten Abgängen im Vorfeld der Gründung der *Internationalen Kommunistischen Liga* (IKL) im Januar 1976 und mit der 2. Nationalen Delegiertenkonferenz (2. NDK, März 1976) konnte die GRM die Grundlage für eine neuerliche Stabilisierung legen. Auf der 2. NDK wurde die Ausrichtung der 1. NDK von 1975 auf die *Neue Massenavantgarde* als *„mechanische Übertragung*" der internationalen Perspektive auf Österreich kritisiert. Die GRM ging nun davon aus, dass der seit 1968 anhaltende Aufschwung der Klassenkämpfe weitergehe, ja sogar, dass *„in einigen west- und südeuropäischen Ländern unmittelbar vorrevolutionäre Krisen*" auf der Tagesordnung stünden. Dem aber stehe eine völlig andere Situation in Österreich gegenüber. Die Jugendradikalisierung sei hier sozial von der Arbeiter/innen/klasse isoliert, was ihr nicht erlaube, eine *„besondere Avantgarderolle für die Entfaltung der Klassenkämpfe*" zu spielen. Es sei notwendig, von einem weiter bestehenden Auseinanderfallen von ökonomischer Bewegung in den Betrieben und einer begrenzten politischen Radikalisierung in Bereichen wie der extremen Linken und der Jugend auszugehen. Daher sollte eine *„eigenständige Praxis*" in Betrieben und Gewerkschaft entwickelt werden.



Scharfe Kritik wurde auch an der Kandidatur zu den Nationalratswahlen geübt. Der Beschluss sei nicht im Einklang mit den Aufgaben des Aufbaus und der Festigung der Organisation erfolgt. Wie tief die Krise der Organisation gewesen war, zeigte auch, dass die Positionen mit der weiter gehenden Kritik die Mehrheit auf der NDK erhalten hatten. Es gelang jedoch, eine gemeinsame Leitung zu bilden. Insofern war die 2. NDK sicher ein Erfolg in der Organisationsentwicklung. Zum ersten Mal wurde auch die *Frauenfrage* breiter diskutiert. Der Bericht merkt kryptisch an, dass es bis jetzt nicht möglich gewesen sei, *„alle Genossen von der Wichtigkeit dieser Frage zu überzeugen*", die *„Aufarbeitung der Frauenproblematik*" sei einigen wenigen überlassen worden, die, *„ohne Impulse aus der Organisation*", viele *„Irrwege*" brauchten, um auch nur einige Teilbereiche der Unterdrückung der Frau aufzuarbeiten.[341]

Mit dieser selbstkritischen Bilanz im Hintergrund, kann die Phase von 1976 bis 1979 als Aufschwung und als erneute Phase der Verstärkung betrachtet werden. Die Mitgliedschaft erreichte 1979 mit etwa 90 den Höchststand in der Geschichte der GRM. Dazu kam weiterhin ein Umfeld von einigen hundert mobilisierungsbereiten Sympathisant/inn/en. Diese Erfolge gingen wesentlich auf die zunehmende Verankerung an den Universitäten zurück, wo die GRM, die eine regelmäßige Hochschulbeilage zur

[341] Alle Zitate aus: 2. Nationale Delegiertenkonferenz der GRM. – in: Rotfront, Nr.5, Mai 1976, S.3

Rotfront herausbrachte,[342] einige Institute politisch dominierte und etliche Studienrichtungsvertreter/innen stellte. Bei Wahlen zur Österreichischen Hochschülerschaft (ÖH) erzielte die GRM mit über 1.500 Stimmen in Wien zeitweise bessere Ergebnisse als der moskaustalinistische *Kommunistische Studentenverband* (KSV). Immer wieder gelangen an der Uni auch Großveranstaltungen, so etwa im Oktober 1976 mit Ernest Mandel in Salzburg mit 300 Teilnehmer/inne/n, für die Mozartstadt sicher eine der größten linksradikalen Veranstaltungen nach dem Zweiten Weltkrieg.

In dieser Phase konnte die GRM auch gegenüber einigen anderen Organisationen mit trotzkistischem Anspruch in die Offensive gehen. Auf den Universitäten gab es bereits eine Zusammenarbeit in den bei den Wahlen zur *Österreichischen Hochschülerschaft* 1977 entstandenen *Linken Listen* und mit linken Institutsgruppen, an denen sich auch die GRM-Hochschulgruppen beteiligten. Bereits im Sommer 1977 hatte die Leitung der GRM der *Sozialistischen Aktion* (SOAK) ein faktisches Fusionsangebot gemacht und auch die linke Strömung des VSStÖ zu den Diskussionen eingeladen.[343] Die SOAK reagierte darauf zwar nicht ablehnend, aber zurückhaltend – die Einschränkung der Diskussion auf GRM und SOAK sei nicht ausgewiesen und sollte als breiterer, längerfristiger Diskussionsprozess auch mit anderen Organisationen mit revolutionärem Anspruch geführt werden.[344] Ergebnis der Bemühungen um eine von der GRM dominierte Umgruppierung war eine *Diskussionsinitiative*, an der sich anfänglich die GRM, die SOAK und der VSStÖ-Bund[345] beteiligten.

Das Manöver der GRM war allerdings zu durchsichtig – die *Diskussionsinitiative* musste für andere Organisationen geöffnet werden: für die *Gruppe Commune*, die IKL, den *Arbeiterkampf* und sogar für die eurokommunistisch inspirierte *Freie Öster-*

---

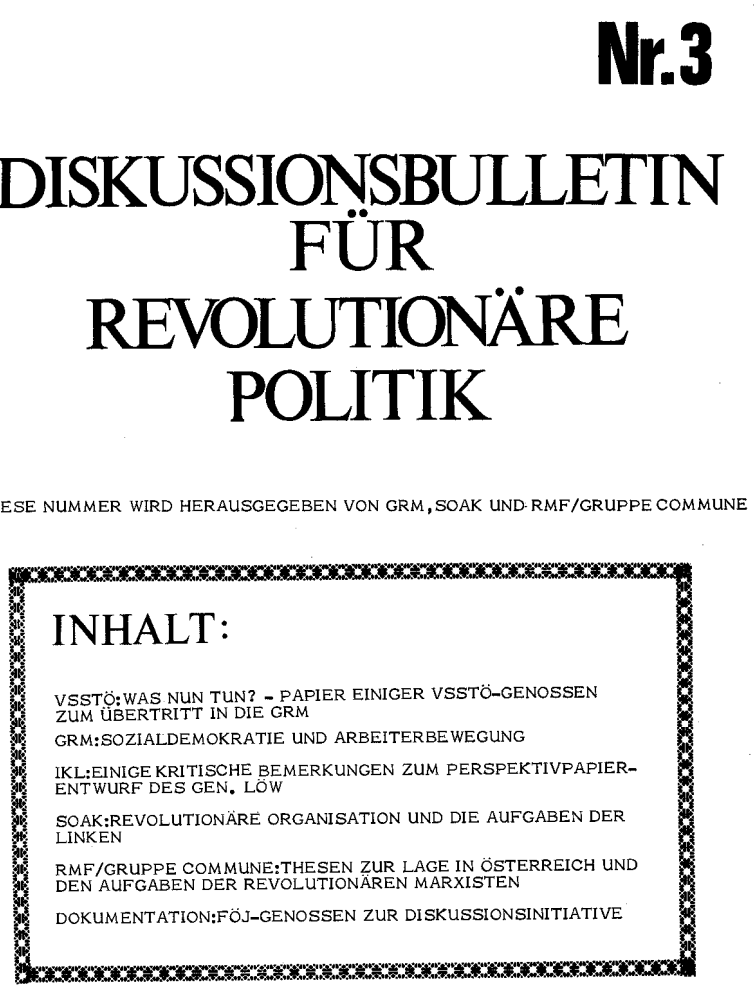
[342] Die *Hochschulbeilage* wurde März 1978 aus der *Rotfront* ausgegliedert. Ab nun wurden die *Roten Hochschulblätter* herausgegeben. 1978 und 1979 erschienen je 7 Nummern, bis zur Einstellung der *Rotfront* im Sommer 1980 und der Umstellung auf die *Linke* weitere 5. Dazu erschienen weitere Uni-Publikationen, wie der 1980/1981 von der Salzburger Hochschulgruppe der GRM herausgegebene *GeRM-Teig*, der *Nährstoff für sozialistische Politik*.

[343] Stellungnahme der GRM zu den Ergebnissen der Diskussionsinitiative. – in: Diskussionsbulletin für revolutionäre Politik, Nr.4, Wien, o.J. [1978], ohne Seitenangabe

[344] SOAK: Das „Scheitern" der Diskussionsinitiative. – in: Diskussionsbulletin für revolutionäre Politik, Nr.4, Wien, o.J. [1978], S.3 des SOAK-Beitrages [keine durchgehende Zählung im gesamten Diskussionsbulletin]

[345] Der *VSStÖ-Bund* war Anfang 1978 im Zuge der Differenzierung in der sozialdemokratischen Studen/inn/enorganisation entstanden. Ein Teil des VSStÖ hatte sich ab ca. 1975/1976 – allerdings ohne klare Konzeption – nach links entwickelt, eine Spaltung im VSStÖ war ab Frühjahr 1976 absehbar. Die sozialdemokratische „Mutterpartei" legte nach massiver Kritik in der Zeitschrift des VSStÖ-Salzburg, den *Sozialistischen Nachrichten*, und nach einem Aufruf, bei Wahlen nicht die SPÖ zu unterstützen, die Beziehungen zur Bundesorganisation still und schloss den von der Sektion Salzburg gestellten Bundessprecher Karl Öllinger (heute grüner Parlamentsabgeordneter) aus der SPÖ aus. Einige Sektionen nahmen daraufhin mit der SPÖ unter Umgehung des Bundesverbandes die Beziehungen wieder auf – in Wien unter dem späteren Bürgermeister Michael Häupl und der späteren Stadträtin Renate Brauner. Ein Teil der Wiener Sektion grenzte sich von der parteiloyalen Sektionsspitze in Wien ab, blieb mit dem „links" dominierten Bundesverband loyal und nannte sich daraufhin *VSStÖ-Bund*.

reichische Jugend / Bewegung für Sozialismus (FÖJ/BfS), die sich dann allerdings nicht mit eigenen Beiträgen an der *Initiative* beteiligte.[346]



Nr.3

DISKUSSIONSBULLETIN FÜR REVOLUTIONÄRE POLITIK

DIESE NUMMER WIRD HERAUSGEGEBEN VON GRM, SOAK UND RMF/GRUPPE COMMUNE

INHALT:

VSSTÖ: WAS NUN TUN? - PAPIER EINIGER VSSTÖ-GENOSSEN ZUM ÜBERTRITT IN DIE GRM

GRM: SOZIALDEMOKRATIE UND ARBEITERBEWEGUNG

IKL: EINIGE KRITISCHE BEMERKUNGEN ZUM PERSPEKTIVPAPIER-ENTWURF DES GEN. LÖW

SOAK: REVOLUTIONÄRE ORGANISATION UND DIE AUFGABEN DER LINKEN

RMF/GRUPPE COMMUNE: THESEN ZUR LAGE IN ÖSTERREICH UND DEN AUFGABEN DER REVOLUTIONÄREN MARXISTEN

DOKUMENTATION: FÖJ-GENOSSEN ZUR DISKUSSIONSINITIATIVE

PREIS S 10,–

In der Nummer 3 des *Diskussionsbulletins* vom Spätsommer 1978 gaben die Genoss/inn/en des VSStÖ-Bund den Übertritt zur GRM bekannt.[347] Immerhin acht VSStÖler/innen wurden nun, wenn auch meist nur für kurze Zeit, Mitglieder der GRM, so etwa der spätere grüne Nationalratsabgeordnete Peter Pilz, der Historiker Siegfried Mattl oder die Politikwissenschaftlerin Imma Palme – Salzburger VSStÖler wie Karl Öllinger oder Manfred Scharinger machten den Übertritt nicht mit. Pilz blieb nur kurz bei der GRM, andere wenig länger.

Nach diesem politischen und personellen Erfolg flaute das Interesse der GRM an der Diskussionsinitiative rasch ab. Der 5. November 1978, die Volksabstimmung über die Inbetriebnahme des Atomkraftwerks Zwentendorf, stand vor der Tür, und die GRM wollte sich wieder mit voller Kraft auf die Bewegung konzentrieren. Es erschien Anfang 1979 noch eine vierte Nummer des *Diskussionsbulletins*, das aber bereits als Bilanznummer angelegt war. Die Umgruppierung innerhalb der antireformistischen und antistalinistischen Linken war aber nicht der einzige Zugewinn an Mitgliedern und Einfluss um 1978. Für den personellen Aufschwung spielte auch die Beteiligung an der Kampagne gegen die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf 1977/78 eine wichtige Rolle, weil es gelang, in dieser Bewegung zu rekrutieren. Es kam auch zu einer ersten Tuchfühlung mit dem sich formierenden grünalternativen Milieu.

---

[346] Siehe dazu: Diskussionsbulletin für revolutionäre Politik, Nr.2, Wien, o.J. [1978], das nun bereits auch von der *Gruppe Commune* (siehe weiter unten) mit herausgegeben wurde und in dem Franz Modlik für den *Arbeiterkampf* zwei längere Beiträge verfassen konnte. Die IKL (siehe weiter unten) war zwar nie Teil der Diskussionsinitiative, sie konnte aber ab der Nummer 1 des Diskussionsbulletins bereits Beiträge publizieren.

[347] Was nun tun? VSStÖ: Erklärung der Genossen zum Übertritt in die GRM. – Diskussionsbulletin für revolutionäre Politik, Nr.3, Wien, o.J. [1978]

Im internationalen Bereich standen der propagandistische Bezug zu den Streiks in Italien und der BRD und die Unterstützung für den linken Teil der *Charta '77* in der ČSSR – besonders für das tschechische VS-Mitglied Petr Uhl[348] – im Vordergrund. In Österreich war für die GRM weiterhin der Kampf gegen die extreme Rechte bedeutend: einerseits gegen das Auftreten der *Aktion Neue Rechte* (ANR) an den Unis, wo es wiederholt zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen ANR-Faschist/inn/en und Linken (darunter auch GRMler/inne/n) kam. Andererseits war der Kampf gegen die Minderheitenfeststellung in Kärnten[349] und den *Kärntner Heimatdienst* (KHD) eine wichtige, über die Universitäten hinausgehende Kampagne.

Auch in den späten 1970er Jahren hatte die GRM ihre allgemeine Propaganda zu sozialen Fragen und die Aktivitäten vor Betrieben fortgesetzt. Sie blieb aber de facto weiterhin auf das studentische und das entstehende kleinbürgerlich-alternative Milieu beschränkt. Angesichts dieser Tatsache und im Einklang mit der internationalen Diskussion im VS 1979/80 wurde im Nachvollzug des 11. VS-Weltkongresses (1979) die so genannte *Wende zu den Betrieben* beschlossen. Ziel war es, die soziologische Struktur der Organisation zu verändern. Da es nicht gelang, sich durch Propaganda von außen in der Arbeiter/innen/klasse zu verankern, sollte jetzt versucht werden, Teile der Mitgliedschaft in Großbetrieben (Siemens, VOEST…) zu platzieren. Das sollte einerseits durch Umschulungen, vor allem aber durch *politisch motivierte Berufswahl* erreicht werden.

In diesem Zusammenhang erschien auch die *Rotfront* als zu antiquiert. Der soziologischen Neuzusammensetzung diente daher auch eine Umbenennung der Zeitung und eine Änderung des Zeitungskonzeptes: Aus dem Zentralorgan *Rotfront* wurde die „pluralistisch" angelegte Vierzehntageszeitung *die linke*. Der Titel sei „*klug und herzlich, und außerdem korrekt*", wie der linke Liedermacher Heli Deinböck erklärte, dem in der letzten *Rotfront*-Nummer Sommer 1980 von der Leitung die Begründung der Umbenennung überlassen wurde – er plädierte für einen „*Zeitungstitel ohne seminaristischen Haarausfall*".[350] Das Konzept der *linken* als „*offene Zeitung*" wurde auch in der Nullnummer unter dem für eine marxistische Zeitung seltsam anmutenden Titel *Miteinander reden, um gemeinsam handeln zu können* erläutert: In der neuen Zeitung sollten „*Aktivisten aus Bürgerinitiativen und linken Gruppen, klassenkämpferische Gewerkschafter und Oppositionelle in SPÖ und KPÖ*" zu Wort kommen und dadurch „*die Informationslücken bezüglich Anti-AKW-Bewegung, Frauenbewegung und Basisaktivitäten füllen*".[351] Damit stand *die linke* zwar einerseits für die Veränderung der soziologischen Struktur, andererseits aber blieb die Frage der Weiterführung der Kampagnenpolitik (Stichwort: Anti-AKW-Bewegung) oder eine Verstärkung der Be-

[348] So unternahmen beispielsweise GRMler/innen Fahrten in die ČSSR, um Tschechisch-spra-chiges VS-Propagandamaterial ins Land zu schmuggeln.

[349] Die 1976 durchgeführte „Volkszählung besonderer Art" traf auf den Widerstand der österreichischen Minderheiten, vor allem der Kärntner Slowen/inn/en, da es dabei um eine nicht im Artikel 7 des Staatsvertrages von 1955 vorgesehene Koppelung von Minderheitenrechten an die Zahl der sich zur Minderheit Bekennenden ging.

[350] Heli Deinböck: Warum ich für „die linke" bin. – in: Rotfront, Nr. 7/8, Juli/August 1980, S.16

[351] Miteinander reden, um gemeinsam handeln zu können. – in: die linke, Nr. 0, 10. September 1980, S.2

Androsch fällt — sein System bleibt

(Siehe Seite 3)

Nr. 0, 10.Sept. 1980, 8.-

die linke

Zeitung herausgegeben von der Gruppe Revolutionäre Marxisten (österreichische Sektion der Vierten Internationale)* Erscheint zweimal im Monat



Polen vor der zweiten Runde: Die Bürokratie wackelt

Man schlägt in Warschau die große Tageszeitung Zycle Warszawy auf, berühmt durch die Langeweile bürokratischer Proklamationen, Ernteberichte und Schönfärberei und was entdeckt man? Da wird plötzlich von politischen Gefangenen, Zensur, Privilegien der Parteifunktionäre, unabhängigen Publikationen freier selbstverwalteter Gewerkschaften usw. geschrieben.

Hätte vor zwei Wochen jemand das vorausgesagt, er wäre als utopischer Spinner und Utopist abgetan worden. Das Unmögliche ist wahr geworden. Ganz Polen las das Abkommen, das das zentrale Danziger Streikkomitee MKS mit der Regierung ausgehandelt hat. Und was die Realpolitiker des status quo im West und Ost, diejenigen, die dauernd von der Staatsraison, d. h. den sowjetischen Panzern reden, für ganz undenkbar gehalten haben, ist eingetreten.

Freilich hat man damit spekuliert, mit dem Nachgeben in Danzig die Bewegung auf die Ostseeküste eindämmen zu können. Aber die Bresche, die durch die Veröffentlichung der Vereinbarungen und der Übertragung der Verhandlungen im Radio in die feste Mauer der Zensur geschlagen wurde, hat diese Spekulation zum Scheitern verurteilt.

Nach dem Sieg der Danziger Arbeiter begannen die Schlesischen Grubenarbeiter zu streiken. Und wenn man von den Danzigern sagen konnte: Gut, sie haben schon Streikerfahrungen aus dem Jahre 1970 und 1976, oder ironisch: Danzig war ja lange Zeit "Freistadt" — die Schlesischen Kumpel haben das letzte Mal im Jahre 1921 gestreikt und waren immer als eine feste Säule des Regimes angesehen worden. Und auch hier entwickelte sich der Kampf gegen das bürokratische Regime in ähnlich klassischer Weise wie im Norden des Landes.

Fortsetzung auf Seite 9

*Hintergrund & Berichte, Seite 8 bis 9 * Hintergrund & Berichte, Seite 8 bis 9*

Null-Nummer der neuen Zeitung die linke (1980)

triebs- und Gewerkschaftsinterventionen (klassenkämpferische Gewerkschafter/innen…) unbeantwortet.

Die große Mehrheit der GRM war für die Wende,[352] allerdings war die Art und Weise der Umsetzung äußerst umstritten: Während Löw, Hofmann-Ostenhof, Franz Floss und mit ihnen die Mehrheit der GRM für eine weniger nachdrückliche Umsetzung Betriebs- und Gewerkschaftsinterventionen (klassenkämpferische Gewerkschafter/innen…) standen und vor allem parallel zur Wende auch die Kampagnenpolitik in mehr oder weniger gleichem Ausmaß fortsetzen wollten (was exakt das Profil des Zeitschriftenprojektes *die linke* widerspiegelte), trat eine Minderheit[353] für eine eindeutigere und systematischere Umsetzung der Wende, für entsprechende vorbereitende Schulungen, für eine Anpassung des Aktivitätsrhythmus‘ der Organisation an die Möglichkeiten von Berufstätigen und in der Folge für eine deutliche Reduktion der Kampagnenpolitik ein.

Die Linie der Mehrheit führte dazu, dass die Organisation überlastet wurde, dass letztlich weder Wende noch Kampagnenpolitik umgesetzt werden konnte und dass es schließlich zu einer Paralyse kam. Ein großer Teil der Mitglieder hatte wohl auch schlicht keine Lust, den Konferenzbeschlüssen persönliche Konsequenzen folgen zu lassen; der Ton dabei wurde sicherlich von der Führung angegeben, in der karriereorientierte Intellektuelle wie Löw, Hofmann-Ostenhof, Maimann und Bauböck stark vertreten waren.

Ein weiterer Grund für den Misserfolg lag sicherlich auch darin, dass – nach einer nötigen Vorbereitungsphase – die ansatzweisen Versuche der Wende bereits in die Jahre 1981/82 fielen, in denen in Folge des Konjunktureinbruchs viele Betriebe Personal abbauten, was es auch den Genoss/inn/en, die das ernsthaft vorhatten, erschwerte, in den ausgesuchten Betrieben eine Anstellung zu finden. Lediglich im Angestelltenbereich der VOESt in Linz gelang es schließlich, sich zu verankern und gemeinsam mit ehemaligen Maoist/inn/en die Betriebsgruppe der *Breitmaulfrösche* aufzubauen.

Nachdem die Vertreter/innen einer nachhaltigen Umsetzung der Wende in der Minderheit geblieben waren, trat ein Teil von ihnen aus der GRM aus. Da sie keine Versuche unternahmen, ein alternatives politisches Projekt zu initiieren, dürfte es sich für manche der Austretenden aber auch um einen Vorwand gehandelt haben, um ihrem Ausstieg aus der GRM und der politischen Aktivität einen politischen Anstrich zu geben. Insgesamt hatte die GRM ab Anfang der 1980er Jahre etliche schleichende Abgänge zu verzeichnen. Der damals einsetzenden Krise der radikalen Linken, die zum weitgehenden Verschwinden des Maoismus führte, konnte sich auch die GRM nicht entziehen. Viele der Student/inn/en, die sich in den 1970er Jahren radikalisiert und nach einer Alternative zum herrschenden System gesucht hatten, wurden von diesem System, das damals die nötigen Anstellungsmöglichkeiten noch in ausreichender Anzahl anzubieten hatte (im Bildungswesen, in den bürgerlichen Medien und so weiter), reintegriert – davon war auch die GRM betroffen. In den frühen 1980er Jahren stand

[352] Von den wichtigen Mitgliedern sprach sich nur Rainer Bauböck gänzlich dagegen aus.



Demonstration (Peter Pilz im Vordergrund mit Fahne)

für die GRM neben der Intervention in die Friedensbewegung vor allem der Protest gegen den Putsch Jaruzelskis in Polen und die Unterstützung für den linken Flügel der *Solidarność* im Vordergrund. Ab 1982 wurde unter GRM-Hegemonie auch die Zeitschrift *Gegenstimmen* herausgegeben, die als Informations- und Diskussionsorgan über die linke Opposition in Osteuropa verstanden wurde. 1989 begann die Grazer Ortsgruppe der SOAL mit der Herausgabe der *Ost-West-Gegeninformationen*, die Beiträge und Dokumente aus den Staaten Osteuropas und der ehemaligen Sowjetunion publizierten. Die *Gegeninformationen* erschienen vierteljährlich, wurden von einem *Alternativ-Sozialistischen Osteuropa-Komitee* in Graz herausgegeben und 2007 eingestellt.

Eine wichtige Rolle spielte in der ersten Hälfte der 1980er Jahre für die GRM auch die Solidarität mit der Revolution in Nicaragua gegen den US-Imperialismus. Damit gingen – in Einklang mit der Mehrheit des VS – auch massive Illusionen in die *Frente Sandinista de Liberación Nacional* (FSLN) und den nicaraguanischen „Arbeiterstaat" einher. Die kleinbürgerlich-nationalistischen, antiimperialistischen Sandinist/inn/en, die keinerlei Interesse an einer rätedemokratischen Planwirtschaft hatten,[354] wurden

[353] Die spätere Führung der SOAL bestand fast ausschließlich aus Angehörigen dieser Minderheit (Gianni Riva, Boris Jezek und Bernhard Amanshauser), da die meisten Exponent/inn/en der damaligen Mehrheit die GRM/SOAL inzwischen verlassen hatten.

[354] zum Charakter der FSLN, der nicaraguanischen Revolution und der nachrevolutionären Gesellschaft in Nicaragua siehe: M. Jovanovic / Christina Stojanovic / Eric Wegner: *Stalinismus und marxistische Staatstheorie*, Anhang 1 (Was Wohlforth über China und Kuba hätte sagen sollen), Anhang

als revolutionäre Führung betrachtet und der Aufbau einer von der FSLN unabhängigen revolutionären Organisation in Nicaragua abgelehnt. Auf internationaler Ebene, vor allem in Lateinamerika, hatte sich im VS eine Opposition gegen diese Ausrichtung herausgebildet, die *Morenist/inn/en*.[355] In der GRM sympathisierte eine Gruppe um Kurt Lhotzky mit dieser Opposition, verließ um 1980 die GRM und gründete die *Trotzkistische Gruppe Österreichs* (TGÖ).[356]

Angesichts der politischen Anpassung des VS an den Sandinismus ist es jedenfalls kein Zufall, dass die in den frühen 1980er Jahren aufgebaute, unter dem Einfluss der GRM stehende Jugendorganisation und deren Zeitung den gleichen Namen trug wie die Parteizeitung der Sandinist/inn/en: *barricade*. Diese Jugendorganisation, die in Wien und Wels existierte und etwa 25 Mitglieder hatte, entwickelte eine sehr lebendige Dynamik, organisierte große Veranstaltungen und erreichte mit der Zeitung eine Auflagenzahl von teilweise etlichen tausend. Der Versuch der GRM, mit der *barricade* einen Entrismus in die *Sozialistische Jugend* (SJ) zu beginnen, um sich dort personell zu verstärken und Einfluss zu gewinnen, erwies sich jedoch für die *barricade* als tödlich. Die Jugendlichen, die mehrheitlich keine geschulten Trotzkist/inn/en mit dem entsprechenden taktischen Verständnis waren, wollten keineswegs in die verabscheute reformistische SJ eintreten. Die *barricade* verlor die meisten Mitglieder. Es blieb nur eine Handvoll Genoss/inn/en – im Wesentlichen die jugendlichen Mitglieder der GRM – übrig, die in der SJ intervenierten, bis der Entrismus Mitte der 1980er Jahre ergebnislos abgebrochen wurde.[357]

Als die GRM 1986 aus „pädagogischen Gründen“ in *Sozialistische Alternative* umbenannt wurde, verfügte die Organisation noch über 40 bis 50 aktive Mitglieder. Mitte der 1980er Jahre war zwar durch *Einführung in den Marxismus*-Schulungen, die an der Universität Wien angeboten wurden, eine neue Generation von jungen Student/inn/en gewonnen worden. Dadurch konnten die ständigen schleichenden Abgänge aber nicht ausgeglichen werden. Teilweise zogen sich Mitglieder auch von der politischen Aktivität zurück, ohne formal auszutreten. Sie zahlten weiter ihre Mitgliedsbeiträge, waren aber de facto Sympathisant/inn/en. Dadurch wurde zumindest seit Mitte der 1980er Jahre der Charakter der GRM/SOAL als „Kaderorganisation“ aufgeweicht.

Politisch orientierte sich die GRM seit Anfang der 1980er Jahre – trotz des Beschlusses der *Wende* – zunehmend auf die Ökologiebewegung und das grün-alternative Mi-

---

2 (Wurde der Staat in Nicaragua zerschlagen?), in: *Marxismus* Nr.2, S.120ff., sowie Markus Kadlec: Die sandinistische Revolution in Nicaragua in: *Marxismus*, Nr.13, S.328ff.

[355] Anhänger/innen des argentinischen Trotzkisten Nahuel Moreno (1924-1987)

[356] Zur weiteren Entwicklung der TGÖ siehe unten.

[357] Allerdings bestand die SJ Wels/barricade als unabhängige, mit dem Trotzkismus sympathisierende SJ-Ortsgruppe in der sonst stalinistisch dominierten SJ Oberösterreich weiter. Einige Jahre später bekannte sich die SJ Wels dann zum Vorwärts, die Aktivist/inn/en verließen gemeinsam mit dem Vorwärts 1996 die SJ und gründeten eine Ortsgruppe der SOV in Wels, die dann allerdings zusammenbrach. Einen weiteren Aufbauversuch unternahm der Funke in der SJ Wels und SPÖ Wels ab Mitte der 2000er Jahre. Eine relevante Rolle dabei spielt Christian Kenndler, ein ehemaliges Mitglied der SJ barricade, der dann Vorsitzender des Welser Vertrauenspersonenausschusses der Postbediensteten wurde und für den *Funke* gewonnen werden konnte.

lieu, auf die man seit Zwentendorf ein Auge geworfen hatte. Abgesehen von einigen, die den Versuch einer revolutionären Politik gleich ganz aufgaben und in der grün-alternativen Szene aufgingen, verstärkte auch die GRM als Organisation die dahingehende Ausrichtung: Nach einem Wahlaufruf für die *Alternative Liste Wien* engagierte sich die GRM 1984 massiv in der von der Kronenzeitung und bürgerlichen Ökolog/inn/en dominierten Bewegung gegen den geplanten Kraftwerksbau in Hainburg. Darüber hinaus beteiligte sich die GRM an den Kampagnen gegen den Ankauf von Abfangjägern durch das österreichische Bundesheer.

1986 wurde schließlich die Ausrichtung auf die entstehende grüne Partei generalisiert. Man entwickelte das Konzept – letztlich die Illusion –, auf die sich formierende Partei Einfluss zu nehmen und die Grünen nach links zu treiben. Das wurde teilweise dahingehend theoretisiert, dass die Grünen besonders die wachsenden Angestelltenschichten ansprächen und dass sie deshalb potenziell eine Art „Arbeiterpartei der Zukunft" seien. Vorkämpfer/innen dieser Orientierung waren neben der Grazer Ortsgruppe auch Hermann Dworczak, Rainer Bauböck und Franz Floss (unterstützt von einer deutlichen Mehrheit der Organisation), während ihr viele der jungen Mitglieder skeptisch bis ablehnend gegenüberstanden.

Während sich die Grazer Genoss/inn/en einigermaßen in die dortigen Grünen integrierten, ließ sich die Sache in Wien relativ zäh an. Bereits im Präsidentschaftswahlkampf im Frühjahr 1986 führte die GRM/SOAL einen Wahlkampf für die Wahl Freda Meissner-Blaus.[358] Bei der vorgezogenen Nationalratswahl im Herbst 1986 unterstützte die SOAL in Wien dann die von der Wiener Landesversammlung der Grünen gewählte, von Andrea Komlosy angeführte Liste – die *Grün-Alternative Liste* (GAL) – gegen die von Meissner-Blau und dem ehemaligen GRM-Mitglied Pilz von oben putschartig eingesetzte *Liste Freda-Meissner-Blau*. Durch die schwere Niederlage der GAL – knapp 6.000 Stimmen – und die damit einhergehende Ausgrenzung der Wiener linksalternativen Szene aus dem grünen Parteibildungsprojekt verschlechterten sich auch die Möglichkeiten der SOAL für eine Intervention bei den Wiener Grünen. Die SOAL brachte es auch in den folgenden Jahren nie zu einer wirklichen Verankerung in den grünen Strukturen, nie dazu, einen realen Faktor innerhalb der Grünen darzustellen.

Das lag allerdings nicht nur an der mangelnden Bereitschaft der Wiener SOAL-Mitglieder, sich in den grünen Bezirksgruppen aufzureiben, sondern im Wesentlichen daran, dass die Dynamik der Grünen nach ihrer Etablierung als Partei – nicht nur in Österreich – keineswegs nach links ging. Die Grünen sind eine linksliberale Partei, die sich sozial auf Lehrer/innen, Sozialarbeiter/innen, Beamte/Beamtinnen mit höherer Bildung, kritische Christ/inn/en und verschiedene kleinbürgerliche Humanist/inn/en stützt, die in Ermangelung einer organisierten Basis in hohem Ausmaß vom Wohlwollen der Medien abhängt und die dort, wo sie Teile der Arbeiter/innen/klasse (vor allem Angestellte mit höherer Bildung) als Wähler/innen erreicht, diese nicht als Lohnabhängige anspricht (geschweige denn: organisiert), sondern als „besorgte Menschen". Vor diesem Hintergrund musste die SOAL mit ihren

[358] In der Stichwahl rief sie schließlich dazu auf, gegen Waldheim den SPÖ-Kandidaten Kurt Steyrer zu wählen.

Plänen auf verlorenem Posten stehen. Einzig Franz Floss konnte sich in den Grünen durchsetzen – allerdings nicht mit einer auch nur ansatzweise revolutionären Politik, sondern lediglich als fähiger Organisator.



1. Mai 1986

In der Kampagne gegen den ÖVP-Präsidentschaftskandidaten Kurt Waldheim gelang es der SOAL allerdings, gemeinsam mit den linksbürgerlichen Antifaschist/inn/en des *Republikanischen Klubs – Neues Österreich* eine wesentliche Rolle zu spielen und eine Reihe von aufsehenerregenden Aktionen zu organisieren. Da die Bündnispartner/innen für linke Propaganda kaum ansprechbar waren, konnte die SOAL als Organisation davon aber kaum profitieren – zumal sich der schleichende Mitgliederverlust fortsetzte. Die Ortsgruppen in Linz und Salzburg brachen schließlich um 1987 zusammen,[359] und die SOAL existierte in der Folge als funktionierende Organisation nur noch in Wien und Graz.

Ähnlich wie bei der Anti-Waldheim-Kampagne erging es der SOAL beim Student/inn/en- und Schüler/innen/streik 1987. Auf der Universität Wien stellte die SOAL einige der bekanntesten Führer/innen der Bewegung von 1987 und war mit

[359] Formal bestand die Ortsgruppe in Linz zwar noch einige Zeit weiter, allerdings musste selbst im Rechenschaftsbericht der SOAL-Leitung für die NDK 1988 eingestanden werden, dass sich „*die Linzer Organisation*“ in einem „*Zustand der Perspektivlosigkeit*“ befinde. Die Gründe dafür ortete die Leitung unter anderem darin, dass in der SOAL mit ihrem „*nichtproletarischen Zustand*“ kein Verständnis für die Spezifika der Linzer Ortsgruppe bestanden habe. – Protokoll der Nationalen Leitung vom 16.10.1988. – in: IB 46, 25.10.1988, S.2

dem täglichen SOAL-Streikinfo ein bedeutender Faktor. Trotzdem gelang es auch in diesen Bewegungen nicht, sich personell und in Bezug auf Verankerung zu verstärken.

Im Schüler/innen/bereich aber konnte sich die 1986 von der SOAL initiierte Schüler/innen/gruppe *rebel* mit der seit November 1987 erscheinenden gleichnamigen Zeitschrift in gewissem Ausmaß profilieren. Frühjahr 1988 gelang *rebel* eine beachtliche Intervention in die Anti-Waldheim-Bewegung: Unter dem provokanten Titel *Weg mit den Waldheimfratzen aus den Klassenzimmern – Hängt ihn ab – bringt ihn uns* forderte die Jugendgruppe dazu auf, die in allen Klassenzimmern hängenden Bilder des Bundespräsidenten abzuhängen und am Ballhausplatz, dem Sitz des Staatsoberhauptes, öffentlich gemeinsam zu übergeben. In mehreren Schulen konnte die Aktion erfolgreich durchgeführt werden.[360]

Der Jugendbereich war der mit Abstand dynamischste der Organisation: Für die Schüler/innen/arbeit konnte 1988 ein positives Resümee gezogen werden: Neben den circa zehn Aktiven gab es ein Umfeld von weiteren zehn bis 15, *„der Bekanntheitsgrad ist hoch, ein Großteil der progressiven Schüler kennt uns*“.[361]

Die Ursache für die insgesamt negative Entwicklung der SOAL ist aber wohl stark darin zu suchen, dass unter dem Eindruck der allgemeinen Krise der Linken beträchtlichen Teilen der älteren SOAL-Mitgliedschaft und auch der Führung die tiefe Überzeugung in die Notwendigkeit des Aufbaus einer revolutionären Organisation abhanden gekommen war. Manche von denen, die die politische Aktivität nicht gänzlich aufgaben, hatten (auch angesichts der eigenen früheren unrealistischen Erwartungen) genug von der Knochenarbeit der Schulungen und des Parteiaufbaus, von der Existenz als gesellschaftlich weitgehend isolierte Gruppe, und wollten endlich rasch „große Politik“ machen – bei den Grünen oder in scheinbar gesellschaftlich relevanten Bewegungen. Abgesehen davon, dass es sich dabei um die gesellschaftliche Relevanz von kleinbürgerlichen Strömungen handelte, durch die die gesellschaftliche Bedeutung der revolutionären Kräfte keineswegs gestärkt wurde, verlor die SOAL zunehmend an eigenem politischem Profil. Da sie sich selbst immer weniger als politisches Projekt ernst nahm, musste sie für potenziell gewinnbare Leute zunehmend an politischer Glaubwürdigkeit verlieren.

In der Folge kam es in den späten 1980er Jahren zu weiteren Verlusten. Die meisten jungen Mitglieder entfremdeten sich durch ihre Kritik an der Orientierung auf die Grünen zunehmend von der Organisation. Einzelne schlossen sich bereits 1987 der damals noch bestehenden, gegenüber den Grünen und diversen Bewegungen sehr scharf auftretenden *Marxistischen Gruppe* (MG)[362] an. Letztlich wichtiger allerdings

[360] siehe das dreiseitige agitatorische *rebel*-Poster, das zu mehreren Veranstaltungen und zu dieser Aktion aufrief.

[361] Sid, Fips, Che, Rosa: Beitrag III. Schülergruppe rebel. – in: (SOAL): IB Nr.43 [1988], S.4 des Beitrags III (keine fortlaufende Nummerierung im Internen Bulletin)

[362] Die MG, die ihr Zentrum in München hatte, verband konspiratives Kleingruppenwesen, idealistisches Aufklärer/innen/tum und Lehrveranstaltungskritik mit einer Ignoranz und Präpotenz gegenüber jeglicher realen Bewegung der Arbeitenden. Sie erfreute sich in den 1980er Jahren unter einer Minderheit des linken studentischen Milieus einiger Beliebtheit. Die *Marxistischen Gruppe* löste sich

waren Tendenzen zu Übertritten von der SOAL zu anderen Organisationen des trotzkistischen Spektrums um 1988/1989.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1988 zeigten sich deutliche Risse in der SOAL, die vor allem vom Jugendbereich ausgingen. September 1988 erklärte sich eine 11-köpfige Gruppe mit dem ausführlichen und umfassenden Beitrag *Die ArbeiterInnenklasse, die Grünen und der Zustand der SOAL*[363] für die Dezember 1988 geplante *Nationale Delegiertenkonferenz* (NDK) zur Tendenz. Insbesondere die Orientierung der SOAL auf die *„bürgerliche Protestpartei"* der Grünen und der sich rapide verschlechternde Zustand der Organisation wurde zur Grundlage der Tendenz erklärt.[364] So sei die SOAL-Zeitung *die linke* weder das angestrebte Diskussionsforum der Linken noch erfülle sie die Funktion eines politisch-programmatischen und eines politisch-perspektivischen Organs.[365]

Ende 1988 / Anfang 1989 traten zwei Genoss/inn/en zur *Gruppe Arbeiterstandpunkt* über, die sich im Student/inn/enstreik 1987 auch gegenüber manchen SOAL-Mitgliedern als orthodoxere Alternative zur SOAL-Politik profiliert hatte. Einer dieser beiden war Michael Pröbsting, der sich mit Dezember 1988 auch SOAL-intern bereits offen zur *Gruppe Arbeiterstandpunkt* bekannte.[366]

Ebenfalls Ende 1988 bildete sich aus anderen Teilen der ursprünglichen Tendenz eine von Eric Wegner und Willi Langthaler geführte fünfköpfige *Fraktion für proletarische Politik*, die die Grünpolitik der SOAL frontal attackierte und für eine Ausrichtung auf die Arbeiter/innen/klasse eintrat.[367] In ihrer Fraktionserklärung wurde der Leitung der SOAL vorgeworfen, auf einem Kurs zu beharren, *„der zur Liquidierung der letzten Reste von revolutionärem Marxismus geeignet"* sei, und konstatiert, dass nichts dafür spreche, dass sie willens und fähig wäre, *„eine alternative politische Orientierung zu entwickeln und umzusetzen"*.[368] Auch international bestehe keine Möglichkeit für eine positive Weiterentwicklung: Es fehle eine Basis für eine Selbstreform

---

Anfang der 1990er Jahre auf, heute arbeiten einige ihrer ehemaligen Mitglieder in Österreich als *Gegenargumente*, in Deutschland als *Gegenstandpunkt*. Hermann Dworczak, der von Nitzsche zitiert wird, bestreitet diese Übertritte zur MG und hält dies für ein Missverständnis (Nitzsche, a.a.O., S.92f.). Hier wird Dworczak von seiner Erinnerung im Stich gelassen, denn es traten definitiv W.W. und A.U. in die MG ein, C.H. trat in ein sympathisierendes Verhältnis.

[363] Die ArbeiterInnenklasse, die Grünen und der Zustand der SOAL. – in: IB 45, 19.9.1988, S.14ff.

[364] ebenda, S.32

[365] ebenda, S.35

[366] Deutlich wurde dies vor allem in der Frage des Parteiaufbaus. Hier schloss sich Pröbsting in der Methodik der verschiedenen Stadien des Parteiaufbaus (Ideologische Tendenz, kämpfende Propagandagruppe, Kaderpartei, revolutionäre Massenpartei) explizit der *Bewegung für eine revolutionär-kommunistische Internationale* (BRKI) an, deren österreichische Sektion die *Gruppe Arbeiterstandpunkt* darstellte. – Zur Frage des Parteiaufbaus. – in: (SOAL): IB 48, 12.12.88, S.1ff., insbesondere S.17ff. vgl. dazu auch: Wie das Steuer herumreißen? Überarbeiteter Arbeitsplan. – in: (SOAL): IB 47, 27.11.88, S.21ff.

[367] Basis der Fraktionserklärung waren die Tendenz-Papiere: Grüne Zukunft (IB 47, 27.11.88, S.11ff.), Politische Situation und Arbeitsplan (IB 47, 27.11.88, S.30ff.) und Wider die Führungskrise des Proletariats (IB 47. 27.11.88, S.45ff.)

[368] Fraktionserklärung. – in: IB 48, 12.12.88, S.44

des VS, es bedürfe daher einer neuen revolutionären Internationale und des Wiederaufbaus der Vierten Internationale.[369]

Die NDK der SOAL vom Dezember 1988 stellte mit Bezug auf ebendiesen Passus fest, dass diese Position mit der Zugehörigkeit zur SOAL unvereinbar sei und einen Ausschluss aus der Organisation rechtfertigen würde. Die Fraktion verließ schließlich im Frühjahr 1989 die SOAL und gründete gemeinsam mit den Resten der IKL die *Revolutionär Kommunistische Liga* (RKL).[370] Damit hatte der Großteil der jungen Aktivist/inn/en die SOAL verlassen.

Gleichzeitig hatten sich wichtige Mitglieder wie Löw oder Hofmann-Ostenhof endgültig für eine bürgerliche Karriere entschlossen und/oder ins Privatleben zurückgezogen.[371] Die Aktivitäten von Floss beschränkten sich auf sein – von der Politik der SOAL weitgehend unabhängiges – Engagement bei den Grünen, wodurch er der SOAL de facto verloren ging. Die Abspaltungen und Abgänge von führenden Mitgliedern führten bei weiteren Genoss/inn/en zu Demoralisierung und Austritten.



Raimund Löw



Georg Hofmann-Ostenhof



Franz Floss

Die Umwälzungen in Osteuropa 1989/90 führten nicht nur zu einer weiteren Verschärfung der Krise der Linken insgesamt, von der vor allem die Stalinist/inn/en und ihre politischen Trittbrettfahrer/innen betroffen waren, sondern auch zu einer Verstärkung der Probleme der SOAL. Die Haltung der SOAL zu den Ereignissen in Osteuropa wurde von vielen anderen Trotzkist/inn/en als opportunistische Anpassung an bürgerlich-demokratische Kräfte betrachtet. Die Erfolglosigkeit der Intervention bei den Grünen wurde immer deutlicher. Die zeitweilige Beteiligung an antirassistischen Aktivitäten in den frühen 1990er Jahren brachte für den Organisationsaufbau ebenfalls

[369] Zur Partei. Aufbau und Struktur. – in: IB 48, 12.12.88, S.45ff. (das Zitat findet sich auf S.54)
[370] Austrittserklärung (einseitiges Papier, undatiert). Zur RKL siehe unten.
[371] Löw wurde Auslands-Korrespondent des ORF und ist heute einer der wichtigsten politischen Journalisten des staatlichen Fernsehens. Georg Hofmann-Ostenhof ist heue Journalist im Wochenmagazin *profil*. Dort vertritt er teils bürgerlich-aufklärerische Positionen. Vor allem aber galt er als Einpeitscher eines NATO-Beitritts von Österreich und untermauerte das mit kriegstreiberischen Positionen, beginnend mit dem ersten Golf-Krieg 1990/1991, wo er für einen NATO-Krieg gegen den „neuen Hitler“ Saddam Hussein trommelte.

nichts ein. Und die Kampagne gegen den EU-Beitritt, mit der die SOAL versuchte, einen linken Kontrapunkt zur nationalistischen Argumentation von FPÖ, Grünen, KPÖ & Co. zu setzen, war zwar für die SOAL eine wichtige Aktivität, konnte die Entwicklung der SOAL aber nicht aufhalten, die durch den Verlust fast aller jungen Mitglieder von der Rekrutierung im studentischen und jugendlichen Milieu de facto abgeschnitten worden war.

Die Linie des VS, das seit den 1980er Jahren in vielen Ländern die politische Eigenständigkeit aufgab und die Sektionen in verschiedenste linke Projekte hinein auflöste, wirkte wohl auch in Österreich in Richtung Infragestellung der eigenständigen Existenz als SOAL. Weitere Mitglieder reduzierten ihre politische Aktivität. Die österreichische Sektion des VS war von der mit Abstand dominanten Organisation des trotzkistischen Spektrums im Österreich der 1970er und 1980er Jahre zu einer Kleingruppe zusammengeschrumpft. Schließlich führte die schwere Erkrankung von Dworczak, der Motor und wichtigster Aktivist der Gruppe zugleich war, zu einer ernsten Verunsicherung über die Zukunft der SOAL.

8.5. Trotzkistische Gruppe Österreichs

Die Geschichte der *Trotzkistischen Gruppe Österreichs* (TGÖ) bzw. ihrer Vorläuferin, der *Gruppe Manifest*, geht zurück auf die Jahre 1979/1980. In der *Gruppe Revolutionäre Marxisten* (GRM) gab es heftige Diskussionen über den Charakter und die Perspektiven der nicaraguanischen Revolution. Würde der Sieg der Sandinist/inn/en um die FSLN zu einem Arbeiter/innen/staat führen, wie die Leitungsmehrheit der GRM auf den Positionen der Internationalen Mehrheitstendenz des Vereinigten Sekretariats der IV. Internationale (VS) meinte, oder waren die Sandinist/inn/en eine kleinbürgerlich-nationalistische Bewegung, die keineswegs „naturwüchsig“ in Richtung Sozialismus ging?[372]

Durch die Übersetzung von diversen Tendenz- und Fraktionsdokumenten für den bevorstehenden Weltkongress des VS ins Deutsche kam ein damaliges Mitglied der GRM-Leitung, Kurt Lhotzky, in Kontakt mit der *Leninistisch-Trotzkistischen Tendenz*, deren Lenkungsausschuss in Paris und dem für Europa verantwortlichen Genossen Alex Weisgal. Auf Grundlage der LTT entstand in der GRM der *Internationalistische Block*, der sich kurz danach in eine Tendenz umwandelte.


Kurt Lhotzky – Foto 2011

Zu diesem Zeitpunkt hatte das VS die nicaraguanische Sektion ultimativ aufgefordert, sich aufzulösen und individuell in die „revolutionäre“ FSLN einzutreten. Die *Bolschewistische Fraktion* um Nahuel Moreno hatte auf

[372] Der Abschnitt über die TGÖ fußt auf dem von ihrem führenden Mitglied für Marxismus Nr.12 verfassten Beitrag. – vgl. dazu: K.L (also Kurt Lhotzky): Zur Geschichte der Trotzkistischen Gruppe Österreichs (TGÖ). – in: Marxismus Nr.12, Dezember 1997, S.142ff. Wenn nicht anders belegt, stammen die Informationen aus diesem Artikel.

eigene Faust zur Bildung einer internationalen *Brigada Simón Bolívar* aufgerufen, die sich unabhängig von der FSLN organisierte, die Gründung von Gewerkschaften anregte und räteähnliche Strukturen initiierte. Die sandinistische Führung entfaltete eine wütende Kampagne gegen die *Brigada* und ließ ihre Mitglieder schließlich mit Waffengewalt festnehmen und des Landes verweisen. Das VS weigerte sich beharrlich, die Repression gegen – immerhin noch – Genoss/inn/en der eigenen internationalen Organisation zu verurteilen, im Gegenteil: Ein in Nicaragua anwesender Vertreter des VS unterstützte die FSLN-Führer/innen bei ihrem Vorgehen und forderte alle Sektionen auf, sich von jeder linken Opposition gegen die FSLN zu distanzieren.

Auf internationaler Ebene hatte zur selben Zeit das *Paritätische Komitee* (PK), das in der Zwischenzeit vom rund um Pierre Lambert organisierten *Organisationskomitee für den Wiederaufbau der IV. Internationale* (OK), der *Leninistisch-Trotzkistischen Fraktion* und der *Bolschewistischen Fraktion* (BF) gegründet worden war, dem VS vorgeschlagen, den bevorstehenden Weltkongress für das PK zu öffnen. Daraufhin gab es in einer ganzen Reihe von VS-Sektionen Ausschlüsse von Genoss/inn/en der BF und der LTT.


Die Befreiung der Arbeiter kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein

MANIFEST

NUMMER 4
22.5.1986

FREIE TRIBÜNE DES KLASSENKAMPFS

Trotzkistische Gruppe Österreichs

Preis : 5,--

"NEIN" zur rechten Wende sagen - am 8. Juni Waldheim schlagen!

SOLL DER MOCK/GRAFF ZUR MACHT VERHELFEN?

22. Mai 1942: der ÖVP-Kandidat Zwischen SS - Gruppenführer Phleps und dem italienischen Faschistengeneral Roncaglia....

Schwerpunkt Wahlen: Seiten 2-5

Ein Mitläufer drängt zur Macht

Waldheims Sieg wäre eine Schande für das Österreichische Proletariat

MANIFEST-LESERZIRKEL

Genossinnen, Genossen!

Unmittelbar nach dem 2. Wahlgang wollen wir mit Euch die politische Situation diskutieren.

Kommt zu unserem Leserzirkel!
Mittwoch, 11.Juni,19.30
Votivespresso, 1010, Reichsratstr. 3, Kl. Hinterzimmer

Lhotzky war es gelungen, auch in der GRM mit Hilfe von deutschen LTT-Mitgliedern eine Oppositionsströmung zu initiieren. Mit Genossen des PK (de Massot, Luis Favre, Miguel Cristobal und Alex Weisgal) wurde vereinbart, den Kampf so lange wie möglich verdeckt innerhalb der GRM zu führen. Der (erwartete) Ausschluss von einem halben Dutzend Genoss/inn/en erfolgte im Herbst 1980 auf einer Sitzung der Nationalen Leitung der GRM.

Als ersten Schritt veröffentlichten die Ausgeschlossenen, die sich als *Offene Fraktion* der GRM definierten, *Trotzkismus oder Revisionismus* in einem *Informationsbulletin* und begannen mit der Vorbereitung einer Zeitschrift – *Manifest, freie Tribüne des Klassenkampfs*. Allerdings war die politische Basis der Ausgeschlossenen offensichtlich nicht ausreichend, um den Zusammenhalt der Gruppe zu gewährleisten: Die aus sieben Genossen bestehende *offene Fraktion* verlor innerhalb weniger Wochen vier Unterstützer: ein Genosse, E.W., schloss sich der IKL an,[373] andere zogen sich enttäuscht aus der politischen Arbeit zurück.

[373] Austrittserklärung eines Genossen aus der GRM: Vorwärts im Aufbau der IKL! – in: permanente revolution, Nr.43, Mai 1981, S.3ff.

Neben der Herausgabe von *Manifest* konzentrierte sich die neue Gruppe, die als *Sektion des Paritätischen Komitees* (PK) auftrat, auf Diskussionen von Texten des PK zur geplanten *Offenen Weltkonferenz zur Gründung der IV. Internationale / Internationales Komitee*, dem vom lambertistischen OK, der LTF und der BF geplanten Kongress zur Vereinigung der drei Strömungen, nachdem das VS ihnen eine gleichberechtigte Teilnahme am „eigenen" Weltkongress verweigert hatte. Bereits damals dürften Vorbehalte gegen Teile der *Thesen* des PK (antiimperialistische Einheitsfront, Zugeständnisse an den bürgerlichen Demokratismus) bestanden haben, diese wurden aber als Ausdruck eines Kompromisses zwischen drei internationalen Tendenzen unterschiedlicher Herkunft zurückgestellt, obwohl vor allem gegenüber der morenistischen *Bolschewistischen Fraktion* große Reserven bestanden. Die inzwischen wieder siebenköpfige *Manifest*-Gruppe versuchte den kleinen Kreis an Unterstützer/inne/n durch Kontakte in den Gewerkschaftsbereich (vor allem in die Gewerkschaft der Privatangestellten – GPA) und in die SPÖ hinein zu erweitern.

Das internationale Umfeld entwickelte sich negativ: Kurz nach der *Offenen Weltkonferenz* zerfiel die *IV. Internationale/I.K.*: Die *Morenist/inn/en* gründeten die *Internationale Arbeiterliga* (LIT), die *Leninistisch-Trotzkistische Tendenz* und das *Organisationskomitee der IV. Internationale* um Pierre Lambert fusionierten. Die vor den Mitgliedsorganisationen geheim gehaltenen Fraktionierungen der Führungen wurden nun offenkundig; vergessen waren all die schönen Worte auf der „Weltkonferenz" von der „*unglaublichen Homogenisierung*" (Lambert) innerhalb des *Paritätischen Komitees*… Nun ergingen sich die Fraktionen gegenseitig in den schlimmsten (und politisch nicht ausgewiesenen) Vorwürfen.

Die im Unklaren gelassene *Manifest*-Gruppe versuchte sich zuerst einmal ein Bild über die Ursachen der Spaltung zu machen. Auch die ihr näher stehende lambertistische IV. Internationale forderte allerdings ultimativ eine Verurteilung der *morenistischen Revisionisten*. Als diese nicht erfolgte, wurde *Manifest* ausgeschlossen. Die Folgen waren Demoralisierungserscheinungen, nahezu alle Mitglieder zogen sich zurück, der Schulungszirkel zerfiel – Lhotzky stand de facto allein.

Bis Mitte 1984 hatte Lhotzky wieder eine kleine Gruppe um sich gesammelt, mit der wieder Kontakt zur (lambertistischen) *IV. Internationale* und ihrem *Internationalen Zentrum für ihren Wiederaufbau* (IZ) aufgenommen wurde. Mit dem Namen *Organisationskomitee Internationalistischer Sozialisten* (OIS) wurde die reorganisierte Gruppe als sympathisierende österreichische Sektion der *IV. Internationale / IZ* anerkannt.

Ende 1984 wurden in Broschürenform zwei Nummern eines theoretischen Magazins, *Sozialistische Perspektive*, herausgegeben und in kleinstem Ausmaß vertrieben (verkaufte Auflage circa 40 Exemplare). Auch *Manifest* erschien wieder – als Flugschrift oder als Zeitung, etwa achtmal pro Jahr. Das OIS organisierte im Frühjahr 1985 eine Solidaritätsaktion mit einem Veteranen der bulgarischen trotzkistischen Bewegung, Dimitar Gatscheff, im Sommer 1985 eine Diskussion mit einem OCI-Genossen über die Klassenkämpfe in Frankreich.

Auf der Ebene der *IV. Internationale / IZ* bekam die Diskussion einen immer dominanteren Rechtsdrall: Aufgrund der politischen und organisatorischen Dominanz der

OCI-Führung entwickelte sich die *Linie der Demokratie* immer stärker zur zentralen Achse. Bürgerlich-demokratische Losungen wurden in den Mittelpunkt des Organisationsaufbaus gestellt, in Frankreich war mit der *Bewegung für die Arbeiterpartei* (MPPT) ein Konstrukt für den Aufbau einer *breiten Arbeiterpartei* entstanden – die Identität der eigenständigen trotzkistischen Organisation wurde aufgegeben.

Von Lhotzky wurde die Unzufriedenheit mit diesen Zugeständnissen an die Linie der bürgerlichen Demokratie als Grund für die Änderung des Organisationsnamens in *Trotzkistische Gruppe Österreichs* angegeben.[374] Mit der Herausgabe von *Manifest* war aber nach wie vor ein breit angelegtes Organisations- und Zeitungsverständnis verbunden. *Manifest* wurde, so der eigene Anspruch, von der TGÖ gemeinsam mit „*syndikalistischen und linkssozialistischen Genossen*" herausgegeben,[375] an anderer Stelle wurden als Herausgeber auf gleicher Ebene „*Aktivisten verschiedener Strömungen*" benannt, Artikel sollten jeweils entsprechend den Strömungen gekennzeichnet werden.[376] Dieses Konzept entsprach durchaus noch dem der lambertistischen *Parti des travailleurs* (*Partei der Arbeiter*) in Frankreich, die offiziell ebenfalls aus verschiedenen Strömungen bestand.[377] Für dieses breite Zeitschriftenkonzept fehlte der TGÖ jegliche Basis, die angestrebte Integration von *Syndikalist/inn/en* und *Linkssozialist/inn/en* kam über erste Ansätze nicht hinaus. Ab der Nummer 1/1987 fehlte der Hinweis auf andere Herausgeber/innen – die Blattlinie von *Manifest* wurde als „*ident mit der Linie der TGÖ*" beschrieben –,[378] ab 1988 trug die Zeitschrift (die allerdings zeitweise auch nur als doppelseitiges Flugblatt erschien) nicht mehr den Untertitel *Freie Tribüne des Klassenkampfes*, sondern firmierte als *Zentralorgan* der TGÖ.

In der 2. Jahreshälfte 1987 konzentrierte sich die TGÖ auf die Vorbereitung der neuen *offenen Konferenz*, zu der – im Namen der „Demokratie" – auch Führer nationalistischer Organisationen aus halbkolonialen Ländern eingeladen wurden. In dieser Phase entwickelte die TGÖ offensichtlich auch eine Kritik der Anpassung der französischen OCI/PCI-Führung in Frankreich an die Gewerkschaftsbürokratie der *Force Ouvrière* und daran, wie die OCI die Methode des *Übergangsprogramms* interpretierte.

Über mehrere Jahre wurde diese Diskussion offensichtlich zwar intern geführt, aber nicht nach außen kommuniziert. Schließlich wurde die TGÖ zu „*Feinden der IV. Internationale/IZ*" erklärt und ausgeschlossen. Lhotzky erweckte zwar den Eindruck, dass dieser Bruch in einem unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang mit der Vorbereitung der *offenen Konferenz* im Jahr 1987 stand,[379] in der Realität jedoch trat die TGÖ aber noch Mitte 1991 als *Sympathisierende Sektion des I.Z.* auf.[380]

---

[374] K.L., Zur Geschichte…, a.a.O., S.146f.

[375] Manifest Nr.3/1986, S.1

[376] ebenda, S.2. In Nummer 4/22.5.1986 wird das Verhältnis so beschrieben: „*An der Zeitung MANIFEST arbeiten syndikalistische und linkssozialistische Genossen mit.*" – ebenda, S.8

[377] Die PT erzielte bei nationalen Wahlen in Frankreich bis zu ein Prozent. 2008 benannte sie sich in *Parti ouvrier indépendant* (*Unabhängige Arbeiterpartei*) um. Die Politik der „Lambertist/inn/en" erinnert allerdings eher an bürgerliche Aufklärung im Sinne der französischen Revolution als an trotzkistische Positionen.

[378] Manifest Nr.1/1987, S.2

[379] K.L.: Zur Geschichte…, a.a.O., S.147

[380] Vgl. dazu: Manifest 5/1991

Die TGÖ nahm nun Kontakt mit dem *Comité pour la Construction d'un Parti Révolutionnaire* auf, einer 1991 gegründeten Organisation, die von ausgeschlossenen PCI-Aktivist/inn/en, unter ihnen Stéphane Just, gegründet worden war. An deren internationalen Treffen nahmen neben *Manifest* auch Gruppen aus dem Spanischen Staat und Irland teil.

Hatte auch die TGÖ bis dahin die Position vertreten, dass zwar die IV. Internationale wiederaufgebaut werden müsse, dass aber die revolutionäre Kontinuität durch die Verteidigung des revolutionären Programms „*durch den orthodoxen Trotzkismus*" gewährleistet sei,[381] ging sie nun davon aus, dass die Kontinuität der IV. Internationale mit dem offenen Übergang der PCI-Führung in das Lager der bürgerlichen Demokratie endgültig abgerissen sei.[382] Zu den Außenaktivitäten gehörte neben dem propagandistischen Auftreten bei Demonstrationen (China, Golfkrieg) der Aufbau eines „*Manifest-Diskussionszirkels*", der sich mit aktuellen und theoretischen Fragen beschäftigen sollte.

Ende 1992 stellte die TGÖ ihre organisierte politische Arbeit ein. Lhotzky sah dafür verantwortlich ein „*offensichtliches Scheitern, der Krise der revolutionären Bewegung national wie international etwas entgegensetzen zu können, persönliche Probleme und die Müdigkeit nach Jahren des politischen Kampfes beim Kern unserer Gruppe*".[383] Lhotzky, die tragende Person der TGÖ, war zwei Jahrzehnte später nach wie vor politisch aktiv – nach mehreren organisatorischen Zwischenstationen als zentraler Genosse der *Gruppe Klassenkampf*.

8.6. Internationale Kommunistische Liga

Die *Internationale Kommunistische Liga* (IKL) wurde im Frühjahr 1976 gegründet. Sie entstand als Zusammenschluss von kleinen trotzkistischen Gruppen oder Zirkeln, die die Politik der GRM als opportunistisch betrachteten: Die politische Kerngruppe war der so genannte *Spartacus Wien*, der aus Wilhelm Diefenbach, Marianne Fischer, Karl Reitter und einigen anderen Genoss/inn/en bestand. Dieser Diskussionszirkel, der Anfang der 1970er Jahre kurz im maoistischen Dunstkreis war, aber bald trotzkistische Positionen entwickelte, führte seit 1973/74 systematische Gespräche mit Genoss/inn/en, die aus der Tradition des *Kampfbundes* kamen. Nachdem Kontakte zur *Spartacist Tendency*[384] zu nichts geführt hatten, wurde eine Diskussion mit dem *Spartacusbund* in Deutschland begonnen, der schließlich für die entstehende IKL eine entscheidende Rolle spielen sollte.

Die zweite Gruppe, die sich in die IKL einbrachte, war ein Teil der vor allem jüngeren Mitglieder des *Kampfbundes*. Diese Gruppe, die sich in der ersten Hälfte der 1970er Jahre vorsichtig aus der Illegalität löste und die unregelmäßig erscheinende Zeitschrift

[381] Trotzkistische Gruppe Österreichs: Das Programm für das wir kämpfen, S.8

[382] Dies muss als wichtige Neuentwicklung in der Methodik der TGÖ gesehen werden. Denn in ihrer programmatischen Broschüre *Von der linken Opposition gegen Stalin zur IV. Internationale* hatte die TGÖ zum Beispiel 1988 behauptet, dass die Kontinuität „*nie gerissen*" sei. – ebenda, S.22

[383] K.L., Zur Geschichte…, a.a.O., S.147

[384] siehe oben



FÜR DEN WIEDERAUFBAU DER IV. INTERNATIONALE!

spartacus

SEPTEMBER 1975 /Nr. 1 — erscheint unregelmäßig — 3 ÖS / 50 Pf.

Österreich vor den Nationalratswahlen

Vor dem Hintergrund der Krise des Weltimperialismus wird in Österreich am 5. Oktober der Nationalrat gewählt. Oberflächlichen Beobachtern mag es so scheinen, als ob diese Krise ihren Weg an Österreich vorbeigenommen hat. Dem aber ist keineswegs so. Selbst dieoffiziellen Statistischen Angaben beweisen klar, in welcher Richtung die Entwicklung geht.

So war im Mai 1975 ein Rückgang der Industrieproduktion um 6,5% gegenüber dem Mai des Vorjahres zu verzeichnen (bei langlebigen Konsumgütern 19,6%, bei Bekleidung 12,1%, Verbrauchsgütern 12,7 % und bei den Investitionsgütern 7,8% Rückgang). Die Auftragsbestände der ledererzeugenden Industrie nahmen um 53,6% ab, die der Glasindustrie um 41,7% und die der Papiererzeugenden Industrie um 40,7%. Die Insolvenzverfahren stiegen im ersten Halbjahr 75 um 28,3% (238 Ausgleichs- und 455 Konkursverfahren) im Vergleich zu 1974.

Noch kann man in Österreich keineswegs von einer Massenarbeitslosigkeit sprechen. Doch auch hier ist klar zu erkennen, daß in den nächsten Monaten (vor allem nach den Wahlen) mit einem verstärkten Einsetzen der Kündigungen und mit einer raschen Zunahme der Kurzarbeit zu rechnen ist. Ende Juni gab es nach offiziellen Angaben 37 117 Arbeitslose, was einer leichten Zunahme entspricht. 4 304 Kollegen mußten kurzarbeiten – gegenüber 84 im Jahr davor. Wesentlich ist aber, daß die Zahl der offenen Stellen um die Hälfte zurückgegangen ist (25 281 gegenüber 69 443) und daß es heute bereits 31 000 „Gastarbeiter" weniger gibt als im Vorjahr.

Die sozialdemokratische Regierung jubelt in letzter Zeit über einen Rückgang des offiziellen Preisindex. Demgegenüber steht ein rapides Ansteigen der Preise einiger Grundnahrungsmittel. So sind Kartoffeln um 43,2% teurer als im Vorjahr, die Obst- und Gemüsepreise stiegen insgesamt um 28%. Es ist sicher so , daß bei langlebigen Konsumgütern und Textilprodukten eine relative Preissenkung zu verzeichnen ist; jedoch werden Fernseher – im Gegensatz zu Obst und Gemüse – nun mal nicht täglich gekauft.

Die Bedeutung dieser Wahlen

Den Wahlen im Oktober kommt insofern eine besondere Bedeutung hinzu, als die Bourgeoisie sich von ihrem Ergebnis die Bildung einer starken Regierung erwartet – einer Regierung der „schmalen Jahre", des „den Gürtel enger schnallen" usw. Wenn der bürgerliche Wirtschaftsexperte Horst Knapp im „Kurier" vom 21.7. 100 000 Arbeitslose gegen Ende dieses Jahres erwartet (und das „kein Armutszeugnis für Vollbeschäftigungspolitik'nennt), dann ist diese Zahl sicherlich nicht übertrieben. Völlig offen wird heute bereits davon gesprochen, daß der Beschäftigungsstand in der verstaatlichten Industrie „nicht zu halten sei" und der „Kurier" bedauerte bereits einige Male, daß der Mechanismus der „Sozialpartnerschaft" Entlassungen bis nach den Wahlen verzögere. Neben einer verstärkt einsetzenden Kündigungswelle ist nach den Wahlen – so nebenbei – auch mit massiven Tariferhöhungen (Bahn, Post) zu rechnen.

Vor dieser Situation wäre es falsch, das ÖVP (Österreichische Volkspartei)-Konzept der „Konzentrationsregierung" als wahltaktisches Manöver einer bürgerlichen Partei abzutun, die durch ein Angebot der Vernunft', den sogenannten „Wechselwähler" beeindrucken will. Die österreichische Bourgeoisie strebt klar eine große Koalition zwischen der SP und der ÖVP an, wobei eben die FP (Freiheitliche Partei) die Konzeption der „Allparteien-Regierung" nur komplett machen würde. Dies wäre eine Regierung der „unpopularen Maßnahmen", des „Sozialpaktes" (bez. Lohnstoppl und des Angriffs auf die sozialen Errungenschaften , Die andauernde Kampagne der bürgerlichen Presse gegen „zu hohe Lohnforderungen" und für die Einführung eines Selbstbehaltes in der Sozialversicherung geben einen deutlichen Vorgeschmack.

Wenn Kreisky gegen eine solche‚Konzentrationsregierung' auftritt – und er tut dies sehr vehement („nur über meine politische Leiche") – dann geschieht dies vom Standpunkt des bürgerlichen Parlamentariers aus, dem an der Aufrechterhaltung der „Spielregeln" momentan mehr liegt als den Strategen der Bourgeoisie. Seine Erinnerung an das Jahr 1933 (der Ausschaltung des Österreichischen Parlaments), macht dies deutlich. Einmal mehr erweist sich der Sozialdemokrat als der bessere bürgerliche Parlamentarier.

Von einer mehr oder weniger verdeckten Packelei, soll die „Sozialpartnerschaft" also insofern modifiziert werden, alsdaß sie zur Regierungsform wird. Dies wird auch von Teilen der SP-Spitze angestrebt (z.B. Kiesner).

Das Ergebnis des 5. Oktober wird also eine Koalitionsregierung – mit

Fortsetzung auf S. 2

Vorbemerkung

der Redaktion

Die erste Ausgabe dieser Zeitung beschäftigt sich mit dem Wahlkampf in Österreich und der politischen Situation, vor der dieser stattfindet, sowie den Positionen der GRM und der ÖBL.

Die Genossen, die sich um diese Zeitung gruppieren, stehen programmatisch dem Spartacusbund (aus der BRD) sehr nahe und verstehen sich selbst als eine befreundete Gruppe. Das Ziel dieser Zeitung und der um sie gruppierten Genossen, ist der Aufbau einer Organisation in Österreich, als Teil einer internationalen trotzkistischen Organisation.
Wenn auch unsere programmatische Erklärung erst in nächster Zeit fertig und gedruckt sein wird, so können wir doch schon wesentliche programmatische Dokumente des Spartacusbundes nennen, die wir voll teilen. Die „Thesen zur Volksfront und Arbeiterregierung", sowie die „Thesen zur Sozialdemokratie", sowie den Artikel in "Ergebnisse und Perspektiven" Nr. 2 zur Sozialdemokratie.

Auch in der Erkenntnis der Notwendigkeit des Wiederaufbaus der IV. Internationale, der Einschätzung des Pablismus teilen wir voll inhaltlich die Positionen des Spartacusbundes.

Es muß klar gesagt werden, daß keine der internationalen Tendenzen, die sich zum Wiederaufbau der Vierten Internationale bekennen (Lambertisten, IST) imstande sind, eine programmatische Alternative gegenüber dem "Vereinigten Sekretariat" darzustellen. Was kann klarer die völlige Unzulänglichkeit und dümmliche Arroganz der IST beweisen, als die Einschätzung des österreichischen Wahlkampfes durch die ÖBL, die ja als Teil der IST verstanden werden muß und deren Positionen vielleicht etwas „schwach", aber inhaltlich voll vertritt.

Die Lambertisten tragen heute in Portugal SP-Plaketten, propagieren seit Jahren – unabhängig von der Situation des Klassenkampfes – die Einheitsfront und die Arbeiterregierung und demonstrieren damit völlig ihr nicht-begreifen der korrekten bolschewistischen Taktik.

BULLETIN DES KOMMUNISTISCHEN KOLLEKTIVS WIEN Nr 2



INHALT

- Die Lage in Österreich nach den Wahlen
- Die Krise der trotzkistischen Bewegung und das Entstehen des Pablismus
- Austrittserklärung aus der GRM

Arbeiterstandpunkt herausgab, bestand aus sieben bis acht Genoss/inn/en – darunter Günter Schneider und Karl Pawelka.

Der dritte Bereich, aus dem sich die IKL in ihrer Gründungsphase rekrutierte, war die GRM beziehungsweise das aus dieser hervorgegangene *Kommunistische Kollektiv Wien* (KK-W). Dieses *KK-Wien* war aus der *Tendenz Neuer Kurs* (TNK) entstanden und verstand sich als „*noch keine Organisation*", aber als „*mehr als ein Arbeitskreis*", dessen Hauptaufgabe als gemeinsamer „*Diskussions- und Klärungsprozess*" mit dem Ziel der Rekonstruktion des revolutionären Marxismus definiert wurde.[385] Als international nahestehende Organisationen bzw. Strömungen wurden die ehemaligen *dritten Tendenzen*, der deutsche *Spartacusbund* und die italienische FMR genannt.

Ende 1975 / Anfang 1976 konnte sich das KK-W stabilisieren und nicht nur mit dem *Spartacusbund* und seinem Wiener Ableger, *Spartacus Wien*, die Basis für die Vereinigung zur IKL legen, sondern auch gegenüber der Führung der GRM in die Offensive gehen: Es gab nicht nur mehrere individuelle Übertritte,[386] sondern es gelang, im Wesentlichen aus den Resten der aus taktischen Gründen in der GRM verbliebenen TNK zuerst eine dreiköpfige *Tendenz für Kommunistische Politik* und Januar 1976 auf der politischen Basis des KK-W eine aus fünf Genossen bestehende Oppositions-

[385] Erklärung des Kommunistischen Kollektivs Wien. – in: Bulletin des Kommunistischen Kollektivs-Wien, Nr.1, S.6

[386] Erklärung der Genossen W. und G. – in: Bulletin des Kommunistischen Kollektivs-Wien, Nr.2, S.1; Hans: Erklärung zum Austritt aus der Gruppe Revolutionäre Marxisten (GRM). – in: Bulletin des Kommunistischen Kollektivs-Wien, Nr.2, S.28ff.

strömung aufzubauen – die *Fraktion für Kommunistische Politik* (FKP).[387] Nach kurzem Fraktionskampf trat die FKP im Februar 1976 aus der GRM aus, bevor sie von der Leitung der GRM ausgeschlossen werden konnte.[388]

Damit hatte die GRM 1975/1976 unter anderem 12 Genoss/inn/en an das *Kommunistische Kollektiv Wien* und vier an den *Marxistischen Arbeiterbund* (MAB) verloren – eine nicht unerhebliche Schwächung der noch jungen VS-Sektion. Für das KK-W trat ab Ende 1975 an die Stelle der vom MAB monopolisierten Beziehungen mit der FMR ein privilegierter Kontakt zum bundesdeutschen *Spartacusbund* und dessen österreichischem Ableger, *Spartacus Wien*. Im Frühjahr 1976 gehörte das KK-W daher auch zu den Gründern der IKL.

Bei der Gründung umfasste die IKL daher einerseits fünf bis sechs Genoss/inn/en der *Tendenz Neuer Kurs* um Ali Gronner, die seit Ende 1975 in Kontakt mit *Spartacus Wien* gestanden war; andererseits die *Fraktion für Kommunistische Politik*, die ebenfalls fünf bis sechs Genoss/inn/en mitbrachte. Dazu kamen zwei bis drei Genossen aus dem *Verband Marxistischer Arbeiterjugend* (VMA). Die neu gegründete IKL umfasste mit den Genoss/inn/en von *Spartacus Wien* und des *Kampfbundes* also etwa 25 Mitglieder.



PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!

permanente revolution

ZENTRALORGAN DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN LIGA

NUMMER 1 - MAI 1976 PREIS: S 2.-

MAI-AUFRUF DER ‹INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN LIGA›

Die 'Internationale Kommunistische Liga' (IKL) ist entstanden aus einer Fusion zwischen den Genossen des 'Kommunistischen Kollektiv' und "Spartacus/Wien', die nach einer Periode der Diskussion und Klärung der Programmatik nun mit dem Aufbau einer revolutionären Partei in Österreich, als Teil einer revolutionären internationalen Tendenz beginnen.

Die aktuelle Krise des imperialistischen Weltsystems, die Niederlagen der Arbeiterklasse in Chile, Indien, Argentinien, der vorübergehende Stillstand in der Entwicklung der portugiesischen Revolution beweisen mit aller notwendigen Deutlichkeit die Richtigkeit und absolute Gültigkeit der in jahrzehntelangen Auseinandersetzungen erkämpften Erfahrungen der revolutionären Arbeiterbewegung: Die Arbeiterklasse kann ohne die Führung einer leninistischen Partei den Kapitalismus zwar gefährden, ihn 'an die Wand drücken', aber sie kann den verrotteten bürgerlichen System ohne die Führung durch diese Partei nicht den entscheidenden Todesstoß versetzen.

Diese Partei kann aber nicht allein im nationalen Rahmen entstehen und kämpfen. Die Arbeiterklasse muß der internationalen Organisierung des Kapitalismus, seinem weltumspannenden System der Unterdrückung und Ausbeutung eine internationale Partei entgegensetzen. Der Kampf der Millionen Entrecheter und Ausgebeuteter in Afrika, Asien und Lateinamerika muß zu einer Einheit werden mit den Kampf der Arbeiter in den Metropolen des Imperialismus. Die revolutionäre internationale Partei muß diesen Kämpfen ein ZIel setzen: Die bewaffnete Zerschlagung des weltweiten Kapitalismus, die Vernichtung der stalinistischen Herrschaft in den deformierten Arbeiterstaaten und die weltweite Errichtung der revolutionären Diktatur des Proletariats.

Die Ziele der IKL sind damit klar ausgedrückt: Aufbau einer revolutionären Partei in Österreich, als Teil einer revolutionären Internationale.

Sozialdemokratie und Stalinismus haben die Arbeiterklasse verraten und dienen der Aufrechterhaltung der bürgerlichen Ordnung. Die internationale Arbeiterklasse muß sich eine neue Weltpartei schaffen, will sie dem Untergang entgehen. Nur das Proletariat kann verhindern, daß die Krise der bürgerlichen Gesellschaft

erste Nummer der permanenten revolution (IKL 1976)

Am 1. Mai 1976 trat die IKL erstmals öffentlich in Erscheinung. Sie begann mit der Herausgabe des Zentralorgans *permanente revolution*, proklamierte in der ersten Nummer angesichts der „*Krise des Kapitalismus*“ und dem „*Beginn der europäischen Revolution*“ in Portugal und Spanien die drängende Notwendigkeit des Aufbaus einer revolutionären Partei und Internationale – und präsentierte gleichzeitig eine Abrechnung mit KPÖ, Maoist/inn/en und GRM. Man versuchte insgesamt, sich als orthodoxe trotzkistische Alternative zur GRM zu profilieren.

Die Aufbruchsstimmung währte allerdings nur kurz. Im Fall der IKL stellte die Gründung zugleich auch den Höhepunkt der organisatorischen Entwicklung dar. Die weitere Geschichte war von Krisen und

[387] Austrittserklärung der Genossen Blackstein, Halef, P. Holm, St. Klein, Krasnitsch. – in: Bulletin des Kommunistischen Kollektivs-Wien, Nr.3, ohne Seitenangabe

[388] Fraktionserklärung. – in: Bulletin des Kommunistischen Kollektivs-Wien, Nr.3, S.57

Niedergang geprägt. Denn bereits von Anfang an barg diese Fusion den Keim des Scheiterns in sich: So waren mit dem KK-W Genoss/inn/en in der IKL, die stärker unter dem Druck sozialer Bewegungen standen, während *Spartacus Wien* und die Reste des *Kampfbundes* von ihrer langjährigen Zirkelexistenz geprägt blieben. Ebenso dramatisch waren die politischen Differenzen: Während die italienische *Revolutionär-Marxistische Fraktion / Frazione Marxista Rivoluzionaria* (RMF/FMR), die das KK-W politisch beeinflusst hatte, sich auf eine Reform der VS-Sektionen orientierte und als *externe Fraktion* des VS verstand, konnten die innerorganisatorischen Opponent/inn/en von einer solchen Perspektive nicht überzeugt werden und blieben ihr gegenüber skeptisch.

Mit der *Notwendigen Internationalen Initiative* (NII) schien eine Überbrückung der Differenzen möglich zu werden. Anhand der Erfahrungen der portugiesischen Revolution wurde vom *Spartacusbund*, der italienischen FMR, der IKL (bzw. zu Beginn noch vom KK-W, das zu den Erstunterzeichner/inne/n gehört hatte) und der britischen *International Communist League* (ICL) zur Gründung einer internationalen Tendenz aufgerufen. Im Zuge der Diskussion über die Krise der Vierten Internationale und vor allem über die Methodik des Übergangsprogramms kam es zu einer kurzfristigen Annäherung von FMR und *Spartacusbund*. Letztlich waren aber die Differenzen unüberbrückbar: Die FMR kämpfte für die Perspektive einer Wiederaufnahme als linke Fraktion ins VS, während Teile des *Spartacusbundes* und der IKL an der Herausarbeitung einer revolutionären organisatorischen Alternative zu Vereinigtem Sekretariat und den anderen trotzkistischen Strömungen engagiert blieben. Das Ende der NII war ohne Positionswechsel einer der beiden Kontrahent/inn/en daher letztlich vorprogrammiert.

Bewegung war auch in die österreichische Innenpolitik gekommen. Mit dem Aufkommen der Anti-AKW-Bewegung um das Kernkraftwerk Zwentendorf und mit der Bewegung um ein selbstorganisiertes Kulturzentrum in der Arena in Wien nahmen die innerorganisatorischen Differenzen in der IKL zu: Der von ehemaligen Genoss/inn/en der TNK gestellten Leitungsmehrheit wurde vorgeworfen, sie kapituliere vor diesen klassenfremden Bewegungen, diese konterte mit dem Vorwurf, das Gegenkonzept einer Umgruppierungspolitik vor allem gegenüber der GRM, die nach dem Fiasko des Nationalratswahlkampfes (1975) wieder Tritt zu fassen begann, sei gescheitert und müsse durch eine Orientierung auf die neuen sozialen Bewegungen ersetzt werden.

Bald nach der Gründung war es daher folgerichtig auch auf dieser Ebene zu Konflikten gekommen. Die Auseinandersetzungen führten bereits Ende 1976 zum Beginn einer Kampagne der Strömung um Diefenbach und die Leitungsmehrheit gegen den „Freizeitbolschewismus“, mit der eine mangelnde Bereitschaft, „*hart anzupacken*“ und mit aus dem „studentischen“ Milieu mitgebrachten und von einigen Genoss/inn/en weiter kultivierten kleinbürgerlichen Verhaltensweisen zu brechen, kritisiert wurde. Eingefordert wurde stattdessen, sich mit ganzer Kraft für den Organisationsaufbau zu engagieren und die politische Arbeit durchgehend zu professionalisieren. Thematisiert wurde das ganze Jahr 1977 auch die internationale Ausrichtung, was zur Herausbildung einer vierköpfigen Tendenz führte, die sich an der FMR orientierte. Die Konflikte führten schließlich zum Bruch mit der Gruppe um Gronner, die

kurzzeitig die *Gruppe Commune* bildete und um 1980 im Milieu der sozialen Bewegungen in Wien aufging.[389]

Ab 1977 setzte die IKL Aktivitäten in Richtung Salzburg, Linz und Graz, um sich dorthin auszudehnen. Erst um 1979/1980 zeitigten diese mit der Gewinnung von Manfred Scharinger als erstem Genossen außerhalb von Wien einen bescheidenen Erfolg in Salzburg. Auf politischer Ebene stellten die Revolution in Portugal 1974 und die Bewegung gegen das Franco-Regime in Spanien wichtige Bezugspunkte für die IKL dar. Die Erfahrungen der Allende-Regierung und des Pinochet-Putsches in Chile, die 1973 schon *Spartacus-BL* in der Broschüre *Chilenische Lehren* zusammengefasst hatte,[390] wurden auch von der IKL rezipiert. In Bezug auf die RAF-Aktivitäten und die darauf folgende verstärkte staatliche Repression in Deutschland stellte die IKL – trotz Kritik am politischen Konzept der RAF – die Solidarität gegen den bürgerlichen Staat in den Vordergrund und kritisierte die restliche Linke, vor staatlicher Unterdrückung und Hetze zu kapitulieren. „*Unsere ganze Leidenschaft, alle unsere Sympathien sind mit den sich selbst opfernden Rächern, auch wenn sie unfähig waren, den richtigen Weg zu finden*“ – mit Berufung auf diesen Satz Trotzkis titelte die IKL anlässlich des Todes von Meinhof 1976 „*Leb wohl, Genossin Ulrike*“ und forderte angesichts der staatlichen Repression während und nach der Schleyer-Entführung 1977 von der Linken „*Jetzt nicht in die Knie!*“. Damit gelang zweifellos eine Profilierung.



In Österreich spielte auch für die IKL – wie für die GRM – in den späten 1970er Jahren der Kampf gegen ANR und NDP eine wichtige Rolle. Eine Zeitlang kooperierte

[389] siehe unten

[390] Mai 2006 wurde diese Analyse von der AGM als Schulungstexte und Materialien Nr.8 neu aufgelegt.

sie mit Genoss/inn/en der SOAK[391] und einigen linken Individuen in der zu diesem Zweck ins Leben gerufenen *Antifaschistischen Aktion* (AFA). Während auch die GRM meinte, dass ein Aufruf für ein staatliches Verbot von ANR und NDP, das von KPÖ und sozialdemokratischen Jugendorganisationen gefordert wurde, nicht das zentrale Mittel gegen den Faschismus sei, man sich nicht auf den Staat verlassen könne und deshalb auf Selbstorganisation setzen müsse, die so genannte *Verbotslosung* dann aber doch „kritisch" mit trug, trat die IKL frontal gegen die Verbotslosung auf und isolierte sich damit in der Linken erheblich.

Ähnliches galt für die Intervention in die Anti-AKW-Bewegung. Die IKL propagierte die Spaltung der aus bürgerlichen Reaktionär/inn/en und Linken bestehenden Bewegung „*entlang der Klassenlinie*". Die IKL entwickelte eine grundlegende Kritik an den parlamentarischen Illusionen, die in der Frage der Volksabstimmung um das AKW Zwentendorf bis weit in die Linke hineinreichten und sich schon in der Forderung nach der Abhaltung einer Volksabstimmung manifestiert hatten. Letztlich trat die IKL bei der Abstimmung für eine Enthaltung ein – ohne eine Massenbewegung könne eine Volksabstimmung weder den Interessen der Arbeiter/innen/klasse noch der Hebung des Bewusstseins dienen.[392] Damit isolierte sich die IKL in der radikalen Linken neuerlich.

In der Retrospektive soll hier nicht die politische Linie in Frage gestellt werden, unseres Erachtens war diese in beiden Fällen grundlegend korrekt. Diskutiert werden könnte allerdings die taktische Anwendung. So tendierte etwa die immer wieder argumentierte Ablehnung der Verbotslosung gegen (neo-) faschistische Gruppierungen dazu, dass nicht – wie immer wieder betont wurde – die Aktivierung und der gemeinsame Kampf in den Mittelpunkt von Propaganda und Aktion gestellt wurden, sondern die (durchaus berechtigten) Attacken auf die großen Teile der Linken, die vor dem Patriotismus in die Knie gegangen waren.

Als Mittel zur Durchbrechung der Isolation setzte die IKL ab etwa 1977/1978 verstärkt auf die Arbeit in diversen Komitees und Initiativen. Der *Antifaschistischen Aktion* (AFA) voraus ging die Mitarbeit im Antifa-Komitee *gegenpol*. Eine zentrale Tätigkeit war die Publikation der umfangreichen Broschüre *Kampf dem Faschismus*, mit der „*intensive antifaschistische Propaganda vor Schulen*" betrieben werden sollte.[393] Oktober 1979 folgte ein *Komitee Solidarität mit der arabischen Revolution*. Auch mit diesem gelang es letztlich nicht, andere Organisationen der österreichischen Linken einzubeziehen – so benutzte der Moskau-stalinistische *Kommunistische Studentenverband* (KSV) die Kritik der Plattform an der PLO als Basis für den längst geplanten Absprung. Die Aktivitäten auch dieses Komitees waren im Wesentlichen propagandistisch: Noch Ende 1979 konnte die erste Nummer von *Palästina* herausgegeben werden, von den 16 Seiten waren 11 Seiten auf Arabisch, der Rest auf Deutsch. Im Frühjahr 1980 folgte die zweite (und letzte) Nummer von *Palästina*. Und im Juni 1980 wurde zur Gründung einer antifaschistischen Aktionseinheit aufgerufen, „*die*

[391] siehe oben

[392] Marxismus und „Volksabstimmung". – in: permanente revolution, Nr.15, März 1978, S.15

[393] Gegenpol: Erfolge und Probleme. – in: permanente revolution, Nr.23, Dezember 1978, S.19

nicht unter nationalistischen Parolen stehen soll".[394] Januar 1981 wurde eine *Initiativgruppe Polen* gegründet, nachdem General Wojciech Jaruzelski zur Niederschlagung der Oppositionsbewegung um die Gewerkschaft *Solidarność* das Kriegsrecht verhängt hatte. Von der *Arbeitermacht – aktuelle Informationen zu Polen* erschien allerdings nur eine einzige Nummer.

Erst auf der 5. Konferenz der IKL im Januar 1983 wurde diese Methode einer grundsätzlichen Kritik unterzogen: Für Komitees, an denen die IKL mitarbeitete und von denen sie einige auch selbst initiiert hatte, sollte nach der Konferenz-Resolution dasselbe gelten wie für andere Formen von Aktionseinheiten – nämlich das Schwergewicht auf *Aktionen* zu legen. Fehle eine breitere Aktionsbereitschaft, sei die Konsequenz die Verkümmerung dieser Komitees zu Propagandagesellschaften oder aber zu Vorfeldstrukturen einer Organisation. Die Selbstkritik war zweifellos berechtigt: die Antifa-Nummer von *gegenpol* war – um nur ein Beispiel zu nennen – ebenso theoretisch-propagandistisch ausgerichtet gewesen wie das nur wenig später erschienene theoretische Organ *ergebnisse und perspektiven* vom Juni 1979 mit seinem Hauptthema Faschismus...

Ende der 1970er Jahre war die IKL von der Krise des deutschen *Spartacubundes*, mit dem sie Juli 1979 fusioniert hatte, massiv betroffen – im Grunde waren aber Krise und Niedergang des *Spabu* seit der Gründung der IKL ständige Begleiter/innen. Da die Erfüllung des Anspruches des Aufbaus einer internationalen revolutionären Tendenz keine Fortschritte machte, wurde die weitgehende internationale Isolation als drückend empfunden und führte zunehmend zu Demoralisierung beim Spabu, aber auch bei der IKL. In dieser Situation wirkte sich die mangelnde politisch-programmatische Gefestigtheit von Spabu und IKL zunehmend negativ aus: Es kam zu Unklarheiten und Differenzen über die Einschätzung der stalinistischen Staaten. Während die meisten die Sowjetunion und ihre Verbündeten als bürokratisch deformierte Arbeiter/innen/staaten ansahen, betrachtete sie Reitter mehr und mehr als staatskapitalistisch – und Diefenbach sympathisierte mit letzterem.

1980 verschärften sich die Spannungen in der IKL. Teile der Mitgliedschaft – darunter Günter Schneider – kritisierten die Diskussionskultur in der IKL und forderten eine stärkere Ausrichtung auf Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit. Die Führung um Diefenbach, Fischer und Reitter hielt Diskussionen mit Teilen der Mitgliedschaft zunehmend für unmöglich und unfruchtbar. Da sie auch die österreichische Klassenkampfsituation als ziemlich hoffnungslos einschätzte, schrieb sie bald Österreich und die Basis der IKL ab.

Schließlich verließen Diefenbach, Fischer, Reitter und vier bis fünf Anhänger/innen der Leitung unmittelbar vor der geplanten Konferenz Ende 1980 die IKL und begannen mit der Herausgabe der Zeitschrift *der marxist*, die theoretische Diskussionsbeiträge veröffentlichte. Es wurden insgesamt vier theoretisch interessante Nummern herausgebracht. Gleichzeitig wurden Diskussionen und Schulungen der Redaktion angeboten. Anfänglich präsentierte sich die Redaktion als revolutionäre Strömung mit

[394] permanente revolution, Nr.36, Juni 1980, S.2

einem trotzkistischen Selbstverständnis.[395] Thesen zu *Arbeiterregierung und Volksfront* wurden veröffentlicht, die im Wesentlichen noch zu Zeiten der IKL-Mitgliedschaft erarbeitet worden waren.[396] Allerdings war dieses Selbstverständnis von Anfang an ein kritisch-distanziertes: So war es sicher kein Zufall, dass nicht nur eine ausführliche Auseinandersetzung mit der Geschichte der Vierten Internationale vorgelegt wurde, [397] sondern in zwei Heften auch an die Tradition der *Revolutionären Kommunisten* angeknüpft wurde, die sich spätestens ab 1938/1939 vom Trotzkismus wegbewegt hatten.[398]



erste Ausgabe des *marxist* (1981)

Die *marxist*-Redaktion ging bereits von Anfang an davon aus, dass „*die Weiterentwicklung der revolutionären Methoden nicht unbedingt an die Form der Organisation gebunden*" sei. Die Zeitschrift wollte allen offen stehen, die „*Probleme und Fragen der marxistischen Politik*" aufgreifen und behandeln wollten.[399] Bereits ab Sommer 1981 begann durch die Mitarbeit an der *Alternativen Liste Wien* und in der kleinbürgerlich-pazifistischen Friedensbewegung, später dann an der *35-Stunden-Wochen-Kampagne* und an den Treffen der *alternativen Gewerkschafter* das anfänglich einheitliche Redaktionskonzept an seine Grenzen zu stoßen: Die Redaktionsgruppe reagierte darauf, dass die ursprüngliche *Plattform*, die noch das trotzkistische Erbe repräsentierte, ersetzt wurde.

[395] vgl. dazu: Politische Plattform der Redaktion. – in: der marxist. Nr.1, Frühling 1981, S.7ff.
[396] Thesen. Arbeiterregierung und Volksfront. – in: der marxist. Nr.1, Frühling 1981, S.51ff.
[397] Diefenbach, H.: Einige Betrachtungen zur Geschichte der trotzkistischen Bewegung. – in: der marxist. Nr.3/4, Herbst/Winter 1981, S.71ff.
[398] Beiträge zur Geschichte der revolutionären Bewegung. Dokumente von K. Fischer. – in: der marxist. Nr.1, Frühling 1981, S.62ff.; Beiträge zur Geschichte der revolutionären Bewegung. Dokumente von Karl Fischer. – in: der marxist. Nr.3/4, Herbst 1981, S.50ff. Dazu passte auch der Titel: *Der Marxist* war der Titel einer 1940 von den RK herausgegebenen (handgeschriebenen) umfangreichen Broschüre.
[399] Politische Plattform der Redaktion, a.a.O., S.7

Die alte *Plattform*, so die neue Erkenntnis, habe einen „*Weder-Noch-Charakter*“ gehabt, weder „*Programmatik einer Organisation noch Plattform einer Zeitschrift, die an einem umfassenden Diskussionsprozess der Linken mitarbeiten*“ wollte.[400] War anfänglich die Weiterentwicklung der revolutionären Methoden „*nicht unbedingt*“ an die Form der Organisation gebunden – hatte *der marxist* also noch nicht endgültig mit einem Parteiaufbaukonzepts gebrochen –, hieß es ab Herbst 1981 klar, dass die „*Gründung einer Organisation* (…) *unter den gegebenen Bedingungen nicht die Methode*“ sein könne, „*um den notwendigen Neuorientierungsprozess der Linken zu fördern*“.[401] Gleichzeitig versuchte die Redaktion, sich für „*eine Mitarbeit von politischen Kräften, die aus anderen Traditionen kommen als der der Gründungsmitglieder*“, zu öffnen, also letztlich den exklusiv-trotzkistischen Charakter des *marxist* abzustreifen.[402]

Nach etwa eineinhalb Jahren zerbrach die *marxist*-Gruppe an internen Differenzen: Reitter wandte sich bald vom Leninismus ab, trat aus der Redaktionsgruppe aus und bewegte sich ideologisch in Richtung Autonome.[403] Die Gruppe um Diefenbach und Fischer gab (nach mehr als einem Jahr Pause) im Frühjahr 1983 noch eine letzte Ausgabe des *marxist* heraus, die sich thematisch auch mit der Aufarbeitung des Austritts von Reitter beschäftigte.[404] Die Verbliebenen wollten ursprünglich den Leninismus lediglich an die aktuelle Situation anpassen, hatten aber auch bald kein trotzkistisches Selbstverständnis mehr.

Für die IKL, in der acht bis zehn Genoss/inn/en verblieben waren, bedeutete der plötzliche Abgang der bisherigen Führung einen Schock, der durch die Solidarisierung etlicher Sympathisant/inn/en nur geringfügig gemildert wurde. Immerhin gelang es aber, die Gruppe vor dem völligen Kollaps zu bewahren. Ab 1982/83 wurde der Kontakt mit der britischen trotzkistischen Gruppe *Workers Power* (WP), der schon seit Ende der 1970er Jahre auf niedrigerem Niveau existiert hatte und der seit 1980 als „organisierte Diskussion“ definiert wurde, intensiviert.[405] 1982 war der Spabu endgültig zerbrochen. Aus ihm entstand unter anderem die damals vor allem in Frankfurt/Main beheimatete *Gruppe Arbeitermacht* (GAM), die sich stark auf WP orientierte und in dieser frühen Phase sehr aktivistisch ausgerichtet war.

---

[400] Die Redaktion: Zu diesem Heft. – in: der marxist. Nr.3/4, Herbst/Winter 1981, S.2

[401] Plattform der Redaktion. – in: der marxist. Nr.3/4, Herbst/Winter 1981, S.82

[402] Die Redaktion, Zu diesem Heft, a.a.O., S.2

[403] Karl Reitter ist heute Teil der Redaktion der postoperaistischen Zeitschrift *Grundrisse.*

[404] Fischer, Marianne und Westermann, Hans: Abschied vom Proletariat oder Abschied von einem Genossen? – in: der marxist. Nr.5, Frühling 1983, S.74ff.

[405] *Workers Power* entstand in den 1970er Jahren aus einer Linksabspaltung der britischen *Socialist Workers Party* (SWP), die die Haltung der SWP zu Irland als opportunistisch gegenüber dem britischen Imperialismus kritisiert hatte. WP löste sich von der Staatskapitalismus-Position der SWP, entwickelte eine grundlegende Kritik sämtlicher trotzkistischer Strömungen und begann selbst mit dem Aufbau einer internationalen Tendenz, was zur Bildung der *Bewegung für eine revolutionär-kommunistische Internationale* (BRKI) Frühjahr 1984, der *Liga für eine revolutionär-kommunistische Internationale* (LRKI) Sommer 1989 und schließlich der *Liga für die Fünfte Internationale* im April 2003 führte. Publikationen von *Workers Power* und der *Irish Workers Group* wurden in der *permanenten revolution* zum ersten Mal in der Nummer 37/38 vom November/Dezember 1980 massiver beworben.



BETRIEBSZEITUNG der Gruppe oppositioneller Arbeiter

NUMMER 5

Für die Kolleginnen und Kollegen bei General Motors

DEZEMBER 1983

ZUR BETRIEBSVERSAMMLUNG

LIEBE KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN!

Die Betriebsversammlung am Donnerstag findet zu einer Zeit statt, da viele Gerüchte auf den Linien kursieren; viele offene Fragen unter uns bestehen, die auch durch zwiespältige Aussagen unserer Betriebsräte geschürt werden. Die Betriebsversammlung ist der geeignete Ort, wo wir eine zufriedenstellende Antwort auf alle offenen Fragen verlangen können.

Ich eröffne die Betriebsversammlung. Bis ins 19 sind noch Plätze auf der Rednerliste frei!!

GM

Meinungsfreiheit '83 - faule Tricks statt Argumente.

BETRIEBSVEREINBARUNG ZU BEES

Der Betriebsrat fordert wirksame Kontrolle der Systemanwendung und volle Mitbestimmung. Mit der Betriebsvereinbarung hofft er sie zu bekommen. Wir stellen aber die Frage, was die Belegschaft davon hat, wenn Betriebsräte in ihrem Büro 24 Stunden Fernsehen schauen, um zu kontrollieren, wie die Geschäftsleitung mittels BEES weniger Leuten mehr Arbeit aufdrückt. Dann kommen sie aus ihrem Büro und sagen: Kolleginnen und Kollegen, alles in Ordnung, alles unter Einhaltung der Vereinbarung mit der Geschäftsleitung!

Klar ist, daß jede Kontrolle der Betriebsräte von der Geschäftsleitung auf verschiedenen Wegen umgangen werden kann. Und zu hoffen, daß sich das GM-Managment auf Vereinbarungen und Gesetze hält, ist schlichtweg naiv. Die Erfahrungen beweisen das gerade Gegenteil!

Stifter hofft, daß sich die Geschäftsleitung nicht trauen wird, die Vereinbarung zu umgehen, denn: DAS RISIKO IST ZU GROß! Was für ein Risiko er da meint? Darauf Stifter: Er gehe zum Einigungsamt!

Utsch und Co 'zittern' sicher die Knie, bei so einer 'handfesten' Drohung! Aber Spaß beiseite. Das Einigungsamt wird Utsch sicherlich nur einen Achselzucker kosten.

"Betriebsdatenerfassung (BEES) mit der von der Betriebsleitung geforderten Perfektion und wie sie in den Anwendungsfällen zum Ausdruck kommt, bedeutet
-schärfere Überwachung,
-umfassende Leistungs- und Verhaltenskontrolle,
-zunehmender Leistungsdruck und
-Vernichtung von Arbeitsplätzen."

Dies, aus der schon oft zitierten Broschüre des ÖGB über 'Neue Kontrollen mit neuen Technologien', ist durch keine noch so gute Betriebsvereinbarung zu verhindern, sondern nur durch ein klares NEIN zu der Einführung von BEES, verbunden mit der handfesten Drohung gegenüber der Geschäftsleitung, falls es doch eingeführt werden soll: Wir sind nicht so schwach, wie es uns Stifter und Co weismachen will. Wie heißt es irgendwo so schön: Alle Räder stehen still, wenn unser starker Arm es will!

WIE SICHER SIND UNSERE ARBEITSPLÄTZE

Stifter versucht uns immer einzureden, daß wir BEES brauchen, denn: ES SICHERT UNSERE ARBEITSPLÄTZE!

Seit einiger Zeit reißen aber die Gerüchte nicht ab, daß bis Mai 500 Arbeiterinnen und Arbeiter abgebaut werden sollen. Einmal hört man: Die 4-Gangproduktion wird eingestellt. Am nächsten Tag ist es wiederum die 5-Gangproduktion; dann wiederum: es gäbe eine schwarze Liste; und so weiter und so fort.

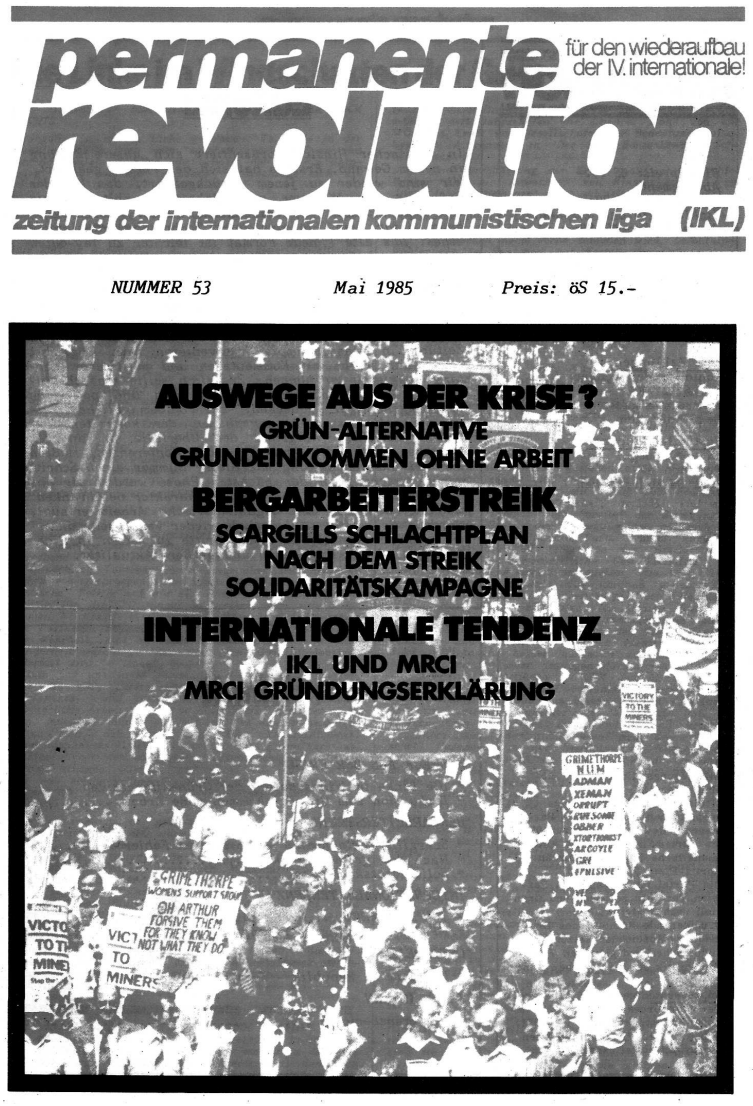
FORTSETZUNG SEITE 2

In den frühen 1980er Jahren begann die geschwächte IKL mit einer so genannten *vorbereitenden Betriebsarbeit*, das heißt mit der theoretischen Analyse der österreichischen Gewerkschaftsbewegung, der Verstaatlichten, des Auslandskapitals in Österreich… Die IKL hatte bereits in den 1970er Jahren mit speziellen Betriebsflugblättern, der *klassenfront*, Schritte in Richtung betriebliche Verankerung gesetzt, allerdings ohne größere Erfolge. Nun beteiligte man sich auch führend an der im Frühjahr 1983 begonnenen Betriebsarbeit der *Gruppe oppositioneller Arbeiter* (GOA) im 1980 neu gegründeten *General Motors*-Werk in Wien-Aspern, einer der größten Fabriken im Raum Wien. Die GOA war dabei im Werk rund um ein Mitglied sowie von diesem gewonnene Kontakte der IKL entstanden. Obwohl die Gruppe vor allem anfangs einige sektiererische Fehler beging und schließlich Ende 1984 durch die Repression des Managements – mit tatkräftiger Unterstützung des sozialdemokratischen Betriebsrates Richard Stifter – zerschlagen wurde, stellte diese Intervention eine wichtige Betriebsarbeitserfahrung für den seit den 1970er Jahren überwiegend studentischen österreichischen Trotzkismus dar.[406] Mit der Betriebsarbeit ging auch eine teilweise Öffnung der bisher recht abgeschottet strukturierten IKL – vor allem für Kontakte aus der Betriebsarbeit – einher. Die IKL konnte sich Anfang der 1980er Jahre insgesamt stabilisieren und auch – in Wien und Salzburg – einige neue Genoss/inn/en gewinnen (darunter Fritz Haller), wodurch sie auf ein gutes Dutzend Mitglieder anwuchs.

Obwohl die GRM beispielsweise wegen ihrer weichen Haltung gegenüber den Sandinist/inn/en kritisiert wurde, nahm die IKL insgesamt in den frühen 1980er Jahren die Polemik gegen die GRM und andere Linke etwas zurück – allerdings auch aus einer gewissen politischen Schwäche heraus. Generell schaute sich die IKL seit Anfang der 1980er Jahre etliches von *Workers Power* ab, besonders was die Einschätzung von verschiedenen internationalen Fragen betraf.

406 dokumentiert in: *Materialien der Gruppe Arbeiterstandpunkt* (Reprint der Flugblätter und Betriebszeitungen), Nr.6, Dezember 1987

1984 kam es erneut zur Zuspitzung von Differenzen in der IKL. Diesmal ging es um den Charakter der Sozialdemokratie. Während eine Gruppe um Pawelka, Haller und Peter Haumer die SPÖ als *bürgerliche Partei, gestützt auf die Arbeiterklasse* betrachtete und die Anwendung der Einheitsfronttaktik ihr gegenüber (zum Beispiel durch kritische Wahlunterstützung) in der 2. Republik für nicht anwendbar ansah, war die andere Gruppe um Schneider und Scharinger der Meinung, dass es sich bei der SPÖ um eine *bürgerliche Arbeiterpartei* handelte, der gegenüber ein taktisches Herangehen nötig sei. Außerdem trat die zweite Gruppe, die sich als *Tendenz 1* organisiert hatte, dafür ein, die nationale Isolation der IKL durch eine noch intensivere Diskussion und letztlich durch ein Zusammengehen mit WP zu überwinden. Um dieses Ziel zu erreichen, waren Schneider und Scharinger notfalls auch bereit, die Spaltung der IKL in Kauf zu nehmen. Da die Leitungsmehrheit seit der 6. Konferenz vom Oktober 1984 von der *Tendenz 1* gestellt wurde, widerspiegelte die Publikationstätigkeit der letzten Nummern der *permanenten revolution* stark die Annäherung eines Teiles der IKL an *Workers Power* und die *Bewegung für eine revolutionärkommunistische Internationale* (BRKI). Was nicht gelang, war, die IKL auf einer neuen politischen Grundlage zu einigen. Als sich 1985 die beiden Gruppen der IKL gegenseitig völlig paralysierten, einigte man sich schließlich einvernehmlich auf die Trennung. Scharinger, Schneider und drei weitere Genoss/inn/en gründeten im November 1985 die *Gruppe Arbeiterstandpunkt* (ASt).[407]



Die Rest-IKL bestand nun aus etwa sieben Mitgliedern und einigen Sympathisant/inn/en aus der Betriebsarbeit – wobei die Unterschiede aufgrund zunehmend verschwommener Organisationsstrukturen nicht mehr so eindeutig waren. Im Wesentlichen entwickelte sich in der IKL nun eine Art Arbeitsteilung: Auf der einen Seite betrieben einige Genoss/inn/en – relativ unabhängig von der Gruppe – Betriebspolitik. Auf der anderen Seite beschäftigten sich Genoss/inn/en mit grundsätzlichen Fragen:

[407] siehe unten



Neben Artikeln zu ökonomischen Problemen entstand in dieser Zeit – in Abgrenzung zu WP und ASt – die IKL-Broschüre zu Geschichte, Politik und Charakter der Sozialdemokratie, die sicher eines der wichtigsten Dokumente war, das die späte IKL hervorbrachte.

Das zentrale Problem der IKL, die Existenz als national isolierte, auf den Kleinstaat Österreich beschränkte Gruppe mit dem Anspruch des Aufbaus einer internationalen revolutionären Tendenz, konnte dadurch freilich nicht überwunden werden. Als Haller und zwei weitere Genoss/inn/en 1986/87 das Projekt IKL aufgaben und zum ASt wechselten, löste das bei den verbliebenen Mitgliedern erneute Demoralisierung aus und führte zu einer letzten schweren Krise. Die IKL wurde kurzzeitig sogar in die Gruppe *Der nächste Schritt* umgewandelt, die Flugschriften und Broschüren zur Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit herausgab und lockere Diskussionen zu verschiedenen politischen Fragen abhielt. Erst als 1988 mit der *Fraktion für proletarische Politik* aus der SOAL Kontakte hergestellt werden konnten, setzten die verbliebenen IKLler (ausschließlich Männer) erneut auf Parteiaufbau im engeren Sinn: Die Fraktion aus der SOAL und die Rest-IKL bildeten schließlich im Frühjahr 1989 die *Revolutionär Kommunistische Liga* (RKL).

8.7. Gruppe Commune

Die *Internationale Kommunistische Liga* (IKL) war 1976 von Genoss/inn/en des *Spartacus Wien*, des *Kommunistischen Kollektivs Wien* (entstanden aus der *Tendenz Neuer Kurs* – TNK – und der *Fraktion für Kommunistische Politik* – FKP –, beide aus der GRM) und aus dem *Kampfbund* gegründet worden. Bereits kurz nach der Gründung der IKL war es – wie erwähnt – zu Konflikten gekommen, wobei sich vor allem die „sektiererisch“ ausgerichteten Genoss/inn/en des ehemaligen *Kampfbundes* und von *Spartacus Wien* und die „bewegungsorientierten“ und „opportunistischen“ Genoss/inn/en von TNK und FKP gegenüber standen. Der wichtigste Repräsentant von TNK/FKP war zweifellos Ali Gronner, der schon zu den Gründungsmitgliedern der GRM gehört hatte.

An zusätzlicher Schärfe gewannen die Auseinandersetzungen, da sich beide Strömungen ab 1977 an international unterschiedlichen Exponent/inn/en ausrichten konnten:

die ersteren am *Spartacusbund*, letztere an der im Frühjahr 1975 aus der italienischen VS-Sektion ausgeschlossenen *Frazione Marxista Rivoluzionaria* (FMR). Bereits im Jahr nach der Gründung der IKL musste die Gruppe um Ali Gronner nach der erwähnten Kampagne gegen den *Freizeitbolschewismus* die IKL verlassen. Auch wenn die Spaltung in das Jahr 1977 fiel, reichen die Anfänge einer an der FMR ausgerichteten Strömung weiter zurück.[408]

Im Dezember 1976 wurde nach nicht einmal einem Jahr organisatorischer Existenz in einer *Notkonferenz* der IKL die bisherige Leitungsmehrheit abgewählt und durch vor allem dem früheren *Spartacus Wien* nahestehende Genoss/inn/en ersetzt. Die kommenden Monate waren von einer „*dramatischen Zwitterexistenz*“[409] der IKL geprägt – die durch der FMR im *Spartacusbund* nahestehende Genoss/inn/en entschieden wurde: Die seit 1976 andauernden Auseinandersetzungen hatten im *Spartacusbund* zur Bildung mehrere Tendenzen geführt: der an der FMR orientierten *Internationalistischen Tendenz* (IT), der *Tendenz Neuer Kurs*, der „*Essener Strömung*“ und der an der *Internationalen Spartacist Tendenz* orientierten und Januar 1977 ausgeschlossenen *Trotzkistischen Tendenz*. Beendet wurden die Auseinandersetzungen im *Spartacusbund* im Mai 1977 mit einer unausgewiesenen Abspaltung der *Internationalistischen Tendenz*, die die Mehrheit des *Spartacusbundes* stellte, und der Gründung der deutschen Sektion der *Revolutionär-Marxistischen Fraktion* (RMF/FMR).

Die IKL wurde wegen der besonders engen Beziehungen durch die Spaltung des *Spartacusbundes* existenziell getroffen: Es gab grundsätzliche Probleme, sich in diesem Tendenzkampf zu positionieren: So hatte die Mehrheit der IKL viele Positionen der IT geteilt, zum Beispiel was die Einschätzung des *Vereinigten Sekretariats* als *Zentrismus sui generis* betraf, also eines Zentrismus „der besonderen Art“. Gleichzeitig wurde der politische Schluss dieser Einschätzung einer „Reformierbarkeit“ des VS nicht übernommen, sondern stattdessen die diesbezügliche TNK-Kritik geteilt. Durch den Schritt der deutschen RMF-Genoss/inn/en bekamen die Auseinandersetzungen in der IKL aber eine neue Dynamik: Nach einer mehrmonatigen Diskussionsperiode mit der faktischen Einstellung aller Außenaktivitäten erfolgte auf der IKL-Konferenz vom September 1977 der Ausschluss der IKL-Minderheit, die sich an der RMF orientiert hatte.

Die Genoss/inn/en um Ali Gronner konstituierten sich im November 1977 zur *Österreichischen Sektion der Revolutionär-Marxistischen Fraktion für die Vierte Internationale*. Die Gruppe konnte nun daran gehen, ihr Konzept der „*kontinuierliche[n] Mitarbeit in kleinbürgerlichen Bewegungen*“[410] umzusetzen, und begann mit einer Integration in die universitären *Linken Listen* oder die Bewegung zum *Russell-Tribunal*.[411]

---

[408] Siehe dazu die Kapitel 4. (GRM) und 6. (IKL)

[409] Gruppe Commune: Wer wir sind, woher wir kommen [1978], S.8

[410] Erklärung zur Gründung der Österreichischen Sektion der Revolutionär-Marxistischen Fraktion für die Vierte Internationale (RMF). – in: bulletin der revolutionär-marxistischen fraktion für die vierte internationale. Nr.1, Herbst 1977, S.6

[411] Das erste Russell-Tribunal, auch unter der Bezeichnung *Vietnam War Crimes Tribunal* bekannt, wurde 1966 von dem britischen Mathematiker und Philosophen Lord Bertrand Russell, von Ken Coates und weiteren Beteiligten ins Leben gerufen. Ziel des Tribunals war die Untersuchung und

Die RMF verstand sich als öffentliche Fraktion des VS und ging davon aus, dass „*die Militanten des VS für den revolutionären Marxismus gewinnbar*“ seien. Dass unter den VS-Militanten viele ehrlich überzeugte Revolutionäre waren, sah sicher auch die IKL so, allerdings verband die RMF diese Einschätzung mit der illusionären Perspektive, dass sie auf dem kommenden 11. Weltkongress für die Annahme ihrer Positionen kämpfen könne.[412]



Ali Gronner (Foto um 2010)

Die RMF war dabei von Anfang an mit zwei grundlegenden Widersprüchen konfrontiert: Einerseits konnte die deutsche RMF von Anbeginn an selbst in grundlegendsten Fragen keine Einheitlichkeit erzielen. Neben der *Kommunistischen Liga*, die zumindest dem Anspruch nach als Organisation agieren wollte, konzentrierte sich ein anderer Teil der RMF auf ein Zeitschriftenprojekt, die *Commune*. Mehrere dieser RMF-Genoss/inn/en gehörten, wie Peter Tanas, der bereits im *Spartacusbund* eine tragende Rolle gespielt hatte, zu den wichtigsten Kadern der Strömung.

Sie konzentrierten sich auf die Herausgabe der Zeitschrift und verweigerten sich einem Organisationsaufbauprojekt. Ab Sommer 1977 erschien die Zeitschrift *Commune, Revue des revolutionären Marxismus*, von der bis 1980 acht Nummern publiziert wurden (davon eine Nullnummer, eine Doppel- und schließlich sogar eine Dreifachnummer, die als letzte Ende 1980 erschien).

Und zweitens waren die Sektionen der RMF eigentlich Organisationen wider Willen, an deren Aufbau nur halbherzig gegangen wurde. Bereits auf der Gründungskonferenz der *Kommunistischen Liga*, der deutschen RMF-Sektion, wurde der *Gruppe Internationale Marxisten* ein Fusionsangebot gemacht.[413] Für die RMF war dies explizit kein Entrismus-Projekt, sondern – wie die Leitung der *Kommunistischen Liga* betonte – Ergebnis einer „*Annäherung im Verständnis der zentralen politischen Aufgaben, die heute vor den sich auf den revolutionären Marxismus berufenden Strömungen*“ stünden.[414] Und für das *Internationale Sekretariat* der RMF war klar, dass es ein Fehler gewesen sei, sich an Gruppen wie dem *Spartacusbund* oder der IKL engagiert zu haben, „*deren Qualität um einiges geringer war als der durchschnittliche Standard der*

Dokumentation US-amerikanischer Kriegsverbrechen im Vietnamkrieg nach 1954. 1977 fand ein *Russell-Tribunal über Menschenrechte und Repression in der BRD* im Zusammenhang mit der Terrorismus-Hysterie wegen der Aktivitäten der *Roten Armee Fraktion* statt.

[412] Erklärung zur Gründung…, a.a.O., S.6

[413] Brief der Gründungskonferenz der Kommunistischen Liga an die Gruppe Internationaler Marxisten. 19.3.1978. – in: bulletin der revolutionär-marxistischen fraktion für die vierte internationale. Nr.4, Mai-Juni 1978, S.21

[414] Leitung der KL: Zur gemeinsamen Erklärung GIM/KL. – in: bulletin der revolutionär-marxistischen fraktion für die vierte internationale. Nr.4, Mai-Juni 1978, S.22

europäischen VS-Sektionen“.[415] Immerhin betrachtete sich die RMF vor allem deshalb als Fraktion des VS, „*weil es den größten und besten Teil der neuen Generation, die sich auf den Trotzkismus beruf[t] und beim Aufbau der Vierten Internationale beteiligt [ist], vereint*“.[416]

Auch in Österreich wurde immer wieder die eigene Organisation zur Disposition gestellt. So erklärte sich die RMF bereit, „*gemeinsam mit den linken SP-lern eine antikapitalistische Alternative zur Parteiführung zu bilden*“,[417] erntete aber, wie zu erwarten war, keine Resonanz. Schon bei der Gründungskonferenz hatte die neue *Gruppe Commune* um eine Wiedervereinigung mit der GRM gebuhlt und ihr sowie der *Sozialistischen Aktion* (SOAK) die „*Eröffnung eines verschärften Fusionskurses*“ vorgeschlagen.[418] Ziel war – ganz ähnlich dem strategischen Ziel der SOAK – die „*Schaffung eines antikapitalistischen Pols alternativ zur Sozialdemokratie*“. Realistisch sei die Vereinigung mit diesen beiden Organisationen, so die Resolution auf der Gründungskonferenz, aufgrund der „*historischen Zufälligkeit der organisatorischen Trennung unserer Organisationen*“ (!!!). Ganz im Sinne der RMF-Position wurde gleich auch die eigene internationale Strömung zur Disposition gestellt – „*in einem erweiterten Sinn kann dieser Fusionsprozess erst als abgeschlossen betrachtet werden, wenn wir auch auf internationaler Ebene* (…) *organisatorisch vereinheitlicht sind*“.[419]

Ende 1978 begann die österreichische RMF, inzwischen als *Gruppe Commune*, mit der Herausgabe einer eigenen Zeitung, *oktober*, die sich vor allem um eine Verankerung in den Bewegungen dieser Jahre und eine Diskussion der dort wichtigen Themen bemühte. Neben der Herausgabe der eigenen Zeitschrift *oktober* war die *Gruppe Commune* auch am deutschen Zeitschriftenprojekt *Commune* beteiligt. Ab der Nummer 2/3 vom Sommer 1978 wurde Ali Gronner als Mitarbeiter geführt, ab der vorletzten Nummer – Tanas war zu diesem Zeitpunkt bereits nicht mehr im Redaktionskollektiv – wurde die *Commune* gemeinsam von *Kommunistischer Liga* und *Gruppe Commune* herausgegeben.

Die österreichische RMF-Sektion kommentierte im *oktober* nicht nur die entstehende alternative Bewegung positiv bis unkritisch, sie setzte auch konkrete Umsetzungsschritte durch ihre Mitarbeit an klassenübergreifenden Strukturen wie der *Aktion Studenten gegen AKW* oder im Komitee *Selbstbestimmung der Frau*. Auf ihrer zweiten Konferenz vom Juni 1980 stellte sich die *Gruppe Commune* daher auch das Ziel, zu einer Organisation zu werden, die „*in den bestehenden Bewegungen verankert ist*“.[420] Besonders auf Uni-Ebene waren ab 1979 auch schon konkrete Schritte gesetzt worden: Mitglieder der *Gruppe Commune* waren in der *Linken Basisgruppenliste* aktiv

[415] Selbstkritische Bilanz der „Notwendigen Internationalen Initiative“. – in: bulletin der revolutionär-marxistischen fraktion für die vierte internationale. Nr.3, Februar 1978, S.15

[416] Die Krise der Vierten Internationale. – in: bulletin der revolutionär-marxistischen fraktion für die vierte internationale. Nr.1, Herbst 1977, S.41

[417] Bilanz der Diskussionsinitiative. – in: Diskussionsbulletin für revolutionäre Politik. Nr.4 [1978]

[418] Konferenz der Gruppe Commune. – in: bulletin der revolutionär-marxistischen fraktion für die vierte internationale. Nr.5, Januar 1979, S.14

[419] Alle Zitate aus: Resolution. – in: bulletin der revolutionär-marxistischen fraktion für die vierte internationale. Nr.5, Januar 1979, S.14

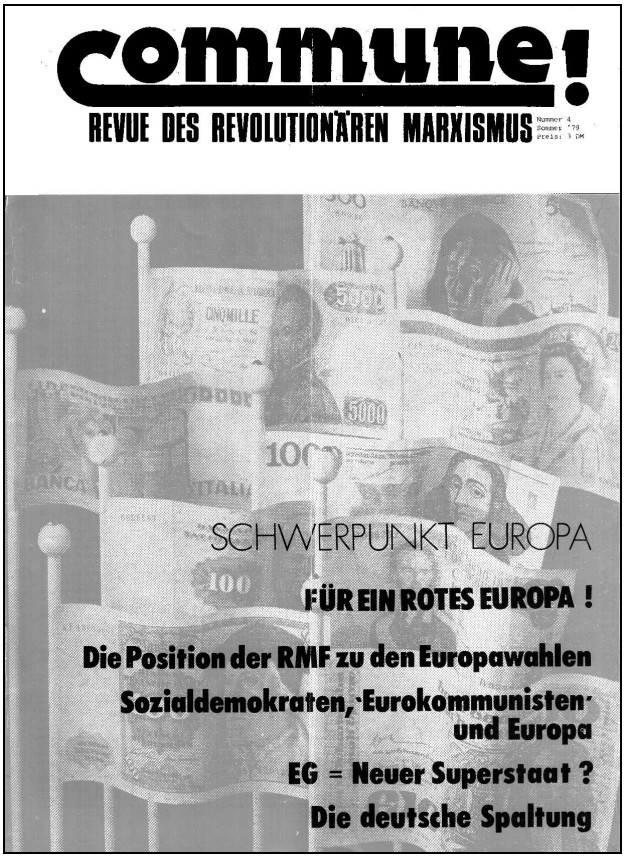
[420] 2. Konferenz der Gruppe Commune. – in: oktober, Nr.8, August/September 1980, S.8



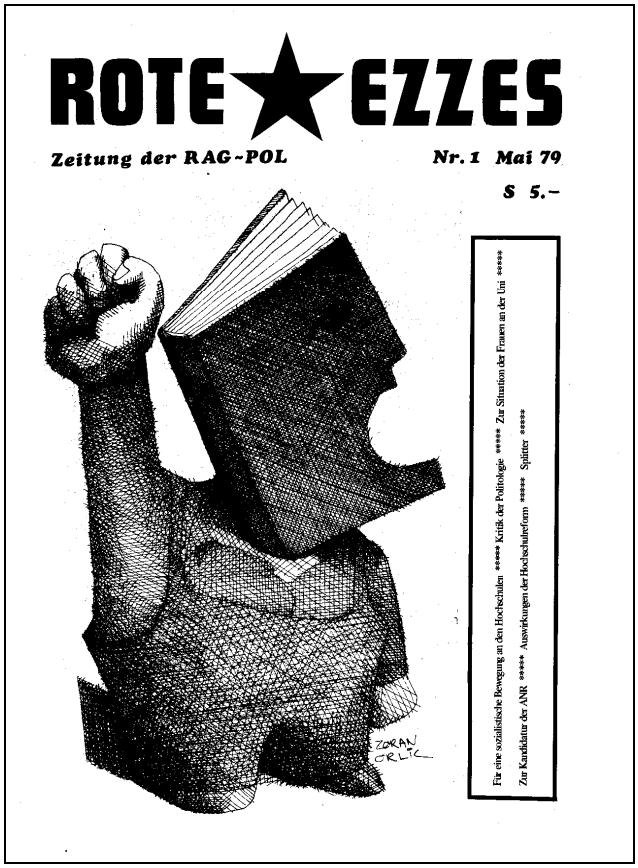
einzige Nummer von *gegen den strom* – Zeitung des *marxistischen arbeiterbundes*, der ersten Repräsentanz der FMR in Österreich (zum MAB siehe Kapitel 8.4.)



Oktober, Zeitung der Gruppe Commune



Zeitschrift *Commune* (1977-1980)



Zeitung der *Roten Aktionsgruppe Politologie*

und konnten sich insbesondere über die gemeinsam mit der GRM getragene *Rote Aktion Politologie* (RAG-POL) ein universitäres Standbein schaffen: Mai 1979 wurden von der RAG-POL die *Roten Ezzes* initiiert, die ab Herbst 1979 als Organ einer ebenfalls vor allem von GRM und RMF getragenen *Roten Liste* erscheinen sollte. Auch hier war letztlich eine Auflösung der RMF hinein in eine breitere Bewegung das Ziel.

Der Schlusspunkt der RMF kam aber aus Italien: Im Jahr 1980 schloss sich die italienische RMF-Sektion, die *Lega Comunista*, der *Democrazia Proletaria* an, die um 1980 als Sammel- und Auffangbecken für Maoist/inn/en, Trotzkist/inn/en, Feministinnen, ökologische Sozialist/inn/en, kritische Christ/inn/en und Teile der Alternativbewegung diente. Als Konsequenz der Möglichkeit, in *Democrazia Proletaria* „*Massenerfahrungen*" zu machen, sah nur wenig später die RMF ihr eigenes Bestehen als *Hindernis* an: „*Die Existenz eines internationalen Apparats der RMF*" habe „*angesichts der neuen Möglichkeiten, die sich in dieser neuen Phase eröffnet haben, keinen Sinn mehr. Im Gegenteil könnte dies nur eine negative Bedeutung angesichts der notwendigen Ehrlichkeit gegenüber den neuen Organisationen haben, zu deren Aufbau wir beitragen wollen.*"[421] Auch wenn diese Herangehensweise als „undogmatisch" und „unsektiererisch" dargestellt wurde, war sie letztlich als Bankrotterklärung der eigenen politischen Strömung, die sich um nahezu jeden Preis in eine breitere Bewegung aufzulösen gedachte, zu verstehen.

Die Hoffnung der ehemaligen RMF-Leitung, „*dass sich andere positive Erfahrungen wie die mit Democrazia Proletaria in Italien in anderen Ländern wiederholen können*",[422] sollte auch in Österreich nicht lange auf sich warten lassen: Nur drei Monate später erschien im Dezember 1981 die 16. und letzte Ausgabe von *oktober*. Die Gruppe *Commune* stellte ihre eigenständige Tätigkeit ein, integrierte sich in die sich formierende grünalternative Bewegung und bildete einen Kern der neu formierten *Alternativen Liste Wien*. Ali Gronner machte im späteren Verlauf eine wechselvolle politische Karriere: von einer wichtigen Figur in der linksalternativen Szene in den frühen 1980er Jahren bis zu obskur-reaktionär-nostalgischen Mitteleuropa-Schwärmereien in den späten 1980er Jahren. 1984 war Ali Gronner gemeinsam mit Andreas Wabl und Doris Eisenriegler einer der drei ersten Parteisprecher/innen der *Alternativen Liste Österreichs* geworden und später in der *Grünen Bildungswerkstatt* engagiert, bevor er sich unter anderem für die Werte der christlichen *Unitarier* engagierte. 2009 gab er auf *Facebook* an, *Fan* der früheren österreichischen Bildungsministerin Hertha Firnberg, von Wilhelm von Humboldt, des Theologen Michael Servetius und des Exponenten der frühen bürgerlich-liberalen Bewegung Adolf Fischhof zu sein.

Dadurch, dass die *Gruppe Commune* schon bald die Bedeutung der Ökologiefrage erkannte und diese diskutierte – um nur ein Beispiel zu nennen –, kommt ihr in der Retrospektive eine *beschränkt* positive Bedeutung zu. Doch die *Gruppe Commune* steht auch für eine selbstproklamierte revolutionäre Linke, die sich angesichts des gesellschaftlichen Gegenwinds von der Arbeiter/innen/klasse als politisch-ideologischem Bezugspunkt Schritt für Schritt entfernte. Durch den ihr eigenen Bewegungsfetischismus und ihre letztliche Auflösung hinein in die kleinbürgerliche

[421] Eine neue Phase für die RMF. – in: oktober, Nr.14, September 1981, S.17
[422] ebenda, S.17

grün-bewegte Szene, beides bereits von Beginn der RMF-Existenz angelegte Methode, wurde diese beschränkt positive Bedeutung wohl mehr als ausgeglichen.

8.8. Revolutionär Kommunistische Liga

Die RKL entstand im Frühjahr 1989 aus den Resten der IKL (Pawelka, Haumer, Peter F. und einigen Sympathisant/inn/en…) und aus der ehemaligen SOAL-*Fraktion für proletarische Politik* um Wegner und Langthaler. Die neue Organisation stand politisch im Wesentlichen auf der Grundlage der Programmatik der IKL. Hinzugefügt wurden von den Genoss/inn/en der SOAL-Fraktion vor allem grundlegendere Vorstellungen zu revolutionärer Jugendpolitik, die sie im Zuge von Diskussionen in der Jugendgruppe *rebel* entwickelt hatte. Außerdem wurden von den Ex-SOAList/inn/en, die stark von der Opposition gegen die Grün-Orientierung der SOAL geprägt waren, die in der Rest-IKL vorhandenen workeristischen (arbeiter/innen/tümlerischen) Tendenzen massiv verstärkt. Es wurde von Anfang an – besonders in Abgrenzung zur *Gruppe Arbeiterstandpunkt* – betont, dass es notwendig sei, die revolutionäre Partei unmittelbar „in der Arbeiterklasse“ aufzubauen.

Die RKL, die am 1. Mai 1989 erstmals öffentlich in Erscheinung trat, begann – unter dem Druck der Jungen von der SOAL-Fraktion (und trotz der Skepsis von einigen der Älteren aus der IKL) – sofort mit umfangreichen Aktivitäten: einerseits im Betriebs- und Gewerkschaftsbereich (B&G), wo man gemeinsam mit einigen Sympathisant/inn/en aus IKL-Zeiten eine B&G-Zelle betrieb und in der Metallbranche, im Gesundheitswesen[423] und im öffentlichen Dienst intervenierte.

Das zweite Hauptaktivitätsfeld war die Jugendarbeit. Die Jugendgruppe *rebel* war von den Genoss/inn/en der SOAL-Fraktion dominiert gewesen und hatte sich nun mit der IKL zur RKL zusammengeschlossen. Sie bestand zwar im Frühjahr 1989 nur mehr aus einem Kern, dieser bildete jedoch die Grundlage für einen recht erfolgreichen Aufbau bis Sommer 1990. Die Schwerpunkte der Jugendarbeit waren Antimilitarismus,[424] den man damals fälschlich als Ausgangspunkt für Radikalisierungen einschätzte, und Antifaschismus, wo *rebel* – in erster Linie propagandistisch – sehr militant auftrat. Dazu kam ein Versuch, sich durch eine Intervention gegenüber der *Kommunistischen Jugend Österreichs* (KJÖ) zu verstärken, was zwar nicht im geplanten, aber immerhin in gewissem Ausmaß gelang.[425] So konnte Stefan Hirsch von einer KJÖ-Schüler/innen/gruppe als RKL-Mitglied und einzelne andere als Sympathisant/inn/en gewonnen werden.

---

[423] 1989 kam es zu Protestmaßnahmen und Demonstrationen des Pflegepersonals im Gesundheitswesen, bei denen die RKL, die in diesem Bereich auch zwei, drei Sympathisantinnen hatte, massiv intervenierte.

[424] Dadurch, dass die *rebel*-Mitglieder nicht Zivildienst machten, sondern zum Heer gingen, versuchte man auch in der Praxis vorzuzeigen, was unter antimilitaristischer Arbeit verstanden wurde – und entsprechende Erfahrungen zu sammeln.

[425] In der KJÖ und der KPÖ waren im Zuge des Zusammenbruchs des Stalinismus Diskussionen aufgebrochen, wo mehrere trotzkistische Organisationen Interventionen versuchten, unter anderem auch das *Vorwärts* und der ASt (siehe unten).

rebel

Aufs Bundesheer scheißn!-aber wie?

Militarismus ist etwas mit dem männliche Jugendliche spätestens dann konfrontiert werden, wenn sie 18 sind, die Stellungspreoedur über sich ergehen lassen und sich langsam aber sicher auf 8 verschiessene Monate einstellen müssen. In der Schule lernt man/frau, wie wichtig unser großes Bundeheer zur Friedenssicherung ist und wie wenig es mit der Armee zu tun hat, die im Februar 1934 auf Arbeiter geschossen hat. Deshalb ist dieses Thema immer aktuell, und es ist auch zu zu jeder Zeit notwendig sich damit auseinanderzusetzen. Auch herrscht gerade unter den sich als fortschrittlich verstehenden Jugendlichen die Ansicht vor, daß die Ableistung des Zivildienstes die einzige Möglichkeit ist gegen den herrschenden Militarismus anzukämpfen. Diese Art der Verweigerung ist aber ein individueller Akt, der nichts an der bestehenden Situation ändert. Das Bundeheer erfüllt wie in jedem andern Land mit allgemeiner Wehpflicht 2 Funktionen. Es ist die stärkste Waffe in der Hand der Herrschenden um Aufstände, die an den Grundfesten "unseres" Systems rütteln niederzuschlagen. Das hat sich nicht nur 1934 gezeigt sondern auch heute wird fleißig Aufstandsbekämpfung trainiert und z. B. die Rückeroberung von besetzten Betrieben geübt, obwohl das Streikrecht angeblich ein Grundrecht unserer geheiligten Verfassung ist. In Frankreich, das ja auch eine westliche "Demokratie" ist, wird die Armee nicht nur als Streikbrecher sondern auch gegen streikende ArbeiterInnen eingesetzt. Die zweite Funktion ist eine ideologische, denn ArbeiterInnen schießen ja nicht ohne weiters auf andere ArbeiterInnen. Da lernt man, daß es unbedingt notwendig ist im Ernstfall für Waldi und Vaterland zu krepieren. Aber in Wirklichkeit wird da krepiert, weil sich die Kapitalisten um Krieg blöd verdienen oder ihre Profite in Gefahr sehen. Dieser Propaganda sind die Massen der Jugendlichen, die ja ins Heer gehen, wehrlos ausgeliefert, wenn sich die Linken von ihnen isolieren indem sie Zivildienst machen. Außerdem ist die beste Methode, das Heer zu schlagen, die Soldaten dazu zu bringen, sich mit den revolutionären Massen zu verbünden.



Verbrüderung von deutschen und russischen Soldaten im Dezember 1917

rebel

Revolutionär kommunistische Jugend

Nr 2, 1. Mai 1989; Preis 2 Ös

SJ bankrott - wie konnte das passieren?

oder: Die Versammlung der Maulaffen

Über Bankier-SPÖ, 100 Jahre und das Wesen des Unterkassiers

***"Die SPÖ in der Regierung und ja nicht auf der Straße"* gab Industriellenboß Krejci 1986 die Linie aus. Und das macht sich bezahlt für die Unternehmer.**

1988 ist wohl bislang einer der größten Renner fürs Kapital gewesen. 1989 wurde weiter zugelegt. 4,2% bzw um die 3% Wirtschaftswachstum bedeuten eine Zweidrittel über 10%ige Profitsteigerung pro Jahr. Gleichzeitig stagnierten die Arbeitslosenrate um 5% und die Einkommen der Arbeitnehmerklasse. Dem Kapital ist es gelungen die Arbeitsproduktivität(effizienz) (seit 1986 um rund 22%) - und damit den Fabrikantenprofit - immens zu steigern. Einen vernichtenden Schlag führte die Regierung gegen die Vermögenssteuer. Der Abbau von insgesamt 18000 Beschäftigten, die Zergliederung in 5-6 Holding-Aktiengesellschaften, die "Entmachtung" der Betriebsräte(strukturen stellen eine schwere Niederlage für die österreichische Arbeiterinnenklasse dar. Zuvor wurde bereits den Handelsangestellten der neue Ladenschlußregelung aufgezwungen.

SPÖ stets zu diensten

Ohne die tatkräftige Hilfe der Sozialdemokratie könnte dieser Kurs der Bourgeoisie nicht so reibungslos durchgezogen werden. Die SPÖ stützt das Vertrauen, das die meisten österreichischen Arbeiterinnen noch immer in gewisser Weise in "ihre" Partei haben, stützt ihre Verankerung über die Gewerkschaften in den Betrieben, um Kämpfe der Arbeitnehmerklasse zu verhindern. Im Fall der Verstaatlichten wurde dem Unmut der Belegschaft zwecks Dampfablassen mit einer Großdemonstration in Linz begegnet, um die Stimmung in gesteuerten Bahnen zu halten und kontrolliert in die Kapitulation zu führen. In den Konflikten um die AMAG-



Zeitung der Revolutionär Kommunistischen Liga
Österreichische Organisation des IVKK

Klassenkampf

Nummer 31 Mai/Juni 94 10ßS

NEIN zur EU !

Internationaler Arbeiterkampf gegen das Kapital !

Für die vereinigten sozialistischen Staaten Europas !

Gegen den Österreich-Chauvinismus:

Stimmt bei der Volksabstimmung ungültig!

In dieser Ausgabe: Betriebsratswahlrecht, KPÖ, Italien, USA, Frankreich, El Salvador, Südafrika

ergebnisse und perspektiven

Nr.15 Herbst 1990 Preis 15.- DM 2.-

Manifest

und Gründungsdokumente der

Internationalen Leninistischen Strömung



Theoretische Zeitung der Revolutionär Kommunistischen Liga

Sektion der Internationalen Leninistischen Strömung

Das Publikationswesen widerspiegelte das Aktivitätsfeld der RKL. Neben der aus der IKL-Zeit weitergeführten theoretischen Zeitschrift *ergebnisse & perspektiven* und dem neuen Zentralorgan *Klassenkampf* wurden die Jugendzeitung *rebel* und verschiedenste – teilweise branchenspezifische – Publikationen im B&G-Bereich herausgegeben.

Abgesehen von der Tatsache, dass die noch junge Organisation politisch nicht sehr gefestigt war, spielten diese umfangreichen Aktivitäten auch eine wichtige Rolle dafür, dass die Gruppe mit der politischen Verarbeitung von internationalen Entwicklungen tendenziell überfordert war. Bei Einschätzungen etwa der Umwälzungen in der DDR oder in Rumänien handelte sich es oft um Einzelleistungen (meist von Karl Pawelka) und weniger um Ergebnisse einer politischen Diskussion der ganzen Gruppe.

Dass die RKL die Entwicklungen in Osteuropa theoretisch nicht wirklich in den Griff bekam, drückte sich auch in ihren Versuchen aus, sich international mit anderen Gruppen zusammenzuschließen. Gab es bis etwa Ende 1989 eine Orientierung auf die aus healyistischer Tradition stammende „stalinophobe" *Workers Revolutionary Party* (WRP),[426] folgten ab Frühjahr 1990 Versuche, sich mit der „stalinophilen" italienischen Gruppe *Voce Operaia* (VO) näher zusammenzuschließen.[427]

Die politische Schwäche und internationale Orientierungslosigkeit wirkte sich seit Herbst 1990 RKL-intern negativ aus. Hatte man schon zuvor einige Genoss/inn/en (auch wegen des gesellschaftlichen, ideologischen Drucks, dem die gesamte Linke nach 1989/90 ausgesetzt war, und wegen persönlicher Konflikte in der RKL) verloren – sie hatten sich ins Privatleben zurückgezogen –, bildete sich nun eine Minderheit heraus, die zunehmend mit den Positionen der Gruppe ArbeiterInnenstandpunkt / LRKI zum Stalinismus und zur Frage des Parteiaufbaus sympathisierte – und die außerdem die Haltung der LRKI zum anlaufenden Golfkrieg eindeutiger und besser fand. Durch einen heftigen Fraktionskampf wurde die RKL – besonders in ihren Außenaktivitäten – paralysiert, was eine effiziente Intervention in die Anti-Golfkriegs-Bewegung erschwerte. Im Frühsommer 1991 schlossen sich schließlich zwei RKL-Mitglieder (darunter Wegner) und eine Sympathisantin der *Gruppe ArbeiterInnenstandpunkt* an.

Dieser Schwächung und Stagnation auf nationaler Ebene sollte nun durch eine Forcierung des Zusammenschlusses mit VO entgegengewirkt werden. Noch 1991 wurde schließlich von VO, RKL und einigen noch kleineren Gruppen das *Internationale Verbindungskomitee der Kommunisten* (IVKK) gegründet. Dabei entwickelten sich in der RKL aber zunehmend zwei Gruppen heraus: erstens die Gruppe um Pawelka, die für eine losere internationale Zusammenarbeit eintrat und die die Positionen der IKL zum Stalinismus gegen den „stalinophileren" Einfluss der VO verteidigten; zweitens

[426] Gerry Healy (1913-1989), Mitbegründer des *Internationalen Komitees für die Vierte Internationale* 1953, später Gallionsfigur der internationalen Strömung um die britische *Workers Revolutionary Party*. Healys „Internationale" zerfiel in den 1980er Jahren in mehrere Strömungen, eine von ihnen ist heute vor allem durch ihre Webseite *world socialist web site* bekannt.

[427] stalinophil bzw. stalinophob: Bezeichnung für Strömungen innerhalb des trotzkistischen Spektrums, die den Stalinismus entweder besonders weich oder besonders hart kritisieren.

die Gruppe um Langthaler, die sich für einen demokratisch-zentralistischen internationalen Zusammenschluss einsetzte und den Positionen der VO zum Stalinismus und zu den Umwälzungen in Osteuropa sukzessive annäherte.

Obwohl die RKL auch in dieser Phase versuchte, politisch initiativ zu werden – besonders durch die Beteiligung an antirassistischen Mobilisierungen gemeinsam mit türkischen und kurdischen Organisationen und der *Gruppe ArbeiterInnenstandpunkt* –, gelang es nicht, die Stagnation zu überwinden. Im Gegenteil: *rebel* und die B&G-Zelle konnten bald kaum mehr als eigene Strukturen aufrechterhalten werden.

Mit zunehmender Dauer des Krieges in Jugoslawien entstanden auch dazu immer größere interne Differenzen: VO und die Gruppe um Langthaler ergriffen immer deutlicher Partei für die serbische Seite, deren Krieg zum Abwehrkampf der Arbeiter/innen/klasse des letzten Arbeiter/innen/staates gegen den Imperialismus und seine Handlanger/innen stilisiert wurde. Pawelka lehnte das ab, geriet aber in allen Fragen (Stalinismus, Jugoslawien, internationaler demokratischer Zentralismus) zunehmend in die Minderheit, da die Gruppe um Langthaler nicht nur die überwiegend jungen Mitglieder der RKL, sondern auch VO hinter sich hatte. Im Sommer 1994 kam es dann zur Spaltung: Pawelka, Haumer und ein weiterer Genosse verließen die RKL beziehungsweise wurden (wegen Disziplinlosigkeit) ausgeschlossen.[428]

Diese Spaltung bedeutete für die RKL eine ernste Schwächung, weil sie damit ihre erfahrensten Mitglieder verlor. Da nun aber auch die fraktionellen Auseinandersetzungen vorbei waren, konnte sich die RKL wieder verstärkt dem Aufbau der Gruppe widmen. Durch ein Engagement im Kampf gegen den Sozialabbau und durch eine Intensivierung der Jugendarbeit konnten dann Mitte der 1990er Jahre durchaus Erfolge erzielt werden – etwa im Jugendbereich. Außerdem versuchte die RKL in die KPÖ zu intervenieren, um dort Einfluss zu gewinnen. Der Kaderkern blieb allerdings weiter sehr klein.

Auf politischer Ebene hatte sich die Abwendung vom Trotzkismus beschleunigt. Abgesehen von ihren Positionen zum Krieg in Jugoslawien, die schließlich bei einer weitgehend unkritischen Unterstützung des serbischen Nationalismus landeten, betraf das vor allem eine Art „Neubewertung" von Stalinismus und Trotzkismus durch die RKL:[429] Der Trotzkismus hätte in der Restauration des Kapitalismus in den letzten Jahren den Stalinismus rechts überholt und sei deshalb historisch gescheitert.

Angesichts dessen, dass bei der Betrachtung der RKL die sonstige Politik der Stalinist/inn/en (Volksfront als durchgängige Methode) außer Acht gelassen wird, angesichts dessen, dass die riesige Mehrheit der Stalinist/inn/en offen für die Wiedereinführung des Kapitalismus eintrat, dass viele von ihnen daran federführend beteiligt waren und die wenigen Stalinist/inn/en, die antikapitalistisch auftraten (etwa in Russland), das oftmals mit nationalistischen und law&order-Parolen taten und sich weiterhin der bürokratischen Herrschaft und dem *Sozialismus in einem Land* verpflichtet fühlten, angesichts dessen, dass nahezu sämtliche trotzkistische Organisationen gegen

[428] Haumer schloss sich später kurzzeitig der *Vorwärts*-Gruppe (siehe unten) und noch später für einige Zeit der *Funke*-Gruppe (siehe ebenfalls unten) an.

[429] siehe: Alfred Klein: *Trotzkismus oder Stalinismus?*, in: *Klassenkampf* Nr.40, März/April 1996

die kapitalistische Restauration waren und lediglich *taktische* Differenzen darüber bestanden, wie (etwa bezüglich der nationalen oder demokratischen Frage) dieses Ziel am besten erreicht werden kann, ist die Ansicht wohl nicht von der Hand zu weisen, dass bei der RKL da die Relationen reichlich durcheinander geraten waren.

Die RKL stand nun immer mehr für eine politische Anpassung an stalinistische/maoistische Strömungen und besonders an „antiimperialistische“ Befreiungsbewegungen (dem serbischen Nationalismus sollte da der islamistische „Antiimperialismus“ folgen). Ab Mitte der 1990er Jahre konnte die RKL – auch in weiterem Sinne – nicht mehr zum trotzkistischen Spektrum gerechnet werden. Einige Jahre später sollte sie in ihrer Vorfeldorganisation *Antiimperialistische Koordination* (AIK) aufgehen.

8.9. Gruppe Arbeiterstandpunkt / Gruppe ArbeiterInnenstandpunkt

Die *Gruppe Arbeiterstandpunkt*, der ASt, wurde im November 1985 von der aus der IKL ausgeschiedenen knappen Minderheit rund um Günther Schneider und Manfred Scharinger gegründet. Die neue Gruppe, deren Aktivist/inn/en alle bereits lange Zeit politischer Aktivität hinter sich hatten und mit Ausnahme Scharingers schon im illegalen *Kampfbund* aktiv waren, schloss sich umgehend der von *Workers Power* geführten *Bewegung für eine revolutionär-kommunistische Internationale* (BRKI) an. Im Gleichklang mit den anderen Organisationen der BRKI betonte der ASt von Anfang an die zentrale Bedeutung des revolutionären Programms, um das herum – auch und gerade in Abgrenzung zu anderen trotzkistischen Organisationen – eine internationale revolutionäre Strömung aufgebaut werden müsse.



NUMMER 1 DEZEMBER 1985

ARBEITER – STANDPUNKT

PREIS: ÖS 5,- , DM 1,-

FÜR DEN AUFBAU EINER REVOLUTIONÄREN ORGANISATION IN ÖSTERREICH !

Die vorliegende Resolution ist das erste Dokument der Gruppe ARBEITER – STANDPUNKT und wurde unmittelbar nach der Abspaltung von der IKL und der Gründung der Gruppe verfaßt. Sie fußt in den Abschnitten 2, 3, 4 und 5 auf einer Resolution der Leitung der IKL, die in der "permanenten revolution" Nr. 53 vom Mai 1985 veröffentlicht wurde. Der Grund für die Erstellung der Resolution war, offenzulegen, auf welcher Basis und auf welchem Grad an politischer Übereinstimmung (bzw. Nicht-Übereinstimmung)wir unsere internationale Perspektive des Anschlusses an die BRKI/MRCI argumentieren und umsetzen wollten.

Im folgenden drucken wir jenen Teil der Resolution ab, der nicht internen Charakter trägt - die nicht zur Veröffentlichung bestimmten Abschnitte werden durch Auslassungszeichen (...) gekennzeichnet.
Das Dokument beansprucht keinen selbständigen analytischen Charakter. Dazu war weder die Zeit, noch konnte es die Aufgabe dieses Papiers sein, eine systematische Darstellung unserer Positionen zu liefern. Dies bleibt einem längeren Text vorbehalten, der in der nächsten Zeit erscheinen wird und der in geraffter Form die Positionen der BRKI/MRCI festhält - sein Titel: "Die grundlegenden Prinzipien unseres Programms". Aufgabe dieser Resolution war vielmehr, die ersten Lehren aus der Spaltung der IKL zu ziehen und die Richtung unserer internationalen Orientierung, die wir in der IKL umzusetzen versuchten und der wir uns nach wie vor verpflichtet fühlen, in aller Kürze anzugeben.

(Fortsetzung auf Seite 3)

WOHER WIR KOMMEN

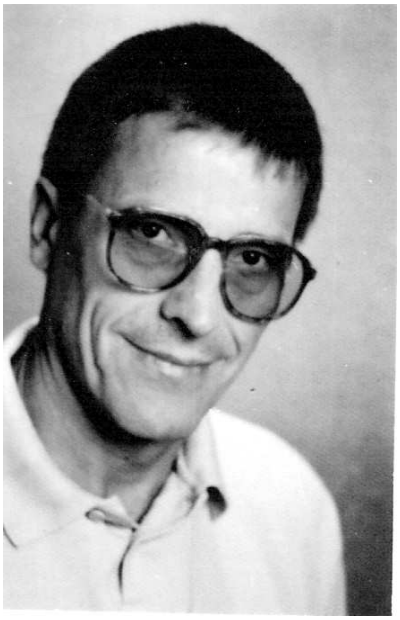
Ende Oktober 1985 hat sich auf der 7. Konferenz die 'Internationale Kommunistische Liga' (IKL) gespalten. Damit ging eine lange Phase schwerer interner Differenzen zu Ende, die die Organisation seit etwa zwei Jahren erschüttert hatten.

Die Genoss/inn/en, die nun die Gruppe ARBEITERSTANDPUNKT bilden, repräsentieren im wesentlichen jene Strömung in der IKL, die sich im März 1984 als 'Tendenz 1' in der Reformismus-Diskussion herausbildete und deren Vertreter im Dezember 1984 nach scharfem Tendenzkampf die Leitungsmehrheit stellen konnten. Aus mehreren Gründen sah diese ehemalige Leitungsmehrheit, der sich der kleinere Teil der IKL-Mitgliedschaft anschloß, keine Möglichkeit mehr, im Rahmen einer demokratisch-zentralistischen Organisation für ihre Positionen zu kämpfen und die Fraktionsarbeit innerhalb der IKL aufzunehmen.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Im ersten Jahr des ASt war die kleine Gruppe vor allem mit der eigenen Konsolidierung und mit der Herstellung und mit dem Verkauf von Propagandamaterial beschäftigt. Viele der publizierten Texte waren in dieser Phase Übersetzungen aus dem Englischen. Dem diesbezüglichen Spott der Rest-IKL wurde damit begegnet, dass gute Übersetzungen besser seien als schlechter Eigenbau.

In dieser Anfangsphase existierten aber bereits Auffassungsunterschiede über die Art der Tätigkeit. Während sich Scharinger vor allem auf die Veröffentlichung von theoretisch-programmatischen Arbeiten konzentrieren wollte, trat Schneider dafür ein, auch mit populäreren Flugschriften zu intervenieren.



Günter Schneider

Angesichts der damaligen Schwäche der Gruppe einigte man sich stillschweigend auf eine Art „Waffenstillstand“, der es beiden Seiten ermöglichte, die jeweiligen Vorstellungen umzusetzen. Während Schneider auch für die Herausgabe einiger Flugschriften (etwa zum Waldheim-Präsidentschaftswahlkampf 1986 oder zur Betriebs- und Gewerkschaftspolitik) sorgte, konzentrierte sich Scharinger auf theoretische Publikationen. Neben einigen theoretischen Zeitschriften zu aktuellen Fragen der österreichischen Politik und der *Kleinen Schriftenreihe zur österreichischen Arbeitergeschichte*[430] erschienen so in dieser Zeit – in Zusammenarbeit mit anderen Sektionen der BRKI – auch theoretische Grundsatzdokumente zum Reformismus und zu Südafrika (später auch zu Palästina und zur „Frauenfrage“).

Von Ende 1986 bis Sommer 1987 gelang dem ASt der erste Schub einer organisatorisch-personellen Stärkung. Neben dem Übertritt von Haller und zwei weiteren Genoss/inn/en der IKL konnten einige Individuen aus dem Umfeld für den Eintritt in den ASt gewonnen werden. Die nächste wesentliche Stärkung erfolgte in Folge des Student/inn/enstreiks von 1987: Durch die Intervention in diese Bewegung konnte der ASt nicht nur im studentischen Basisgruppenmilieu rekrutieren, sondern auch Einfluss auf einen Teil der jüngeren SOAL-Mitglieder gewinnen, die mit der Grünorientierung und dem Auftreten der SOAL im Streik unzufrieden waren. Nach einem Tendenzkampf in der SOAL schlossen sich die ASt-Sympathisant/inn/en in der SOAL im Winter 1988/89 dem ASt an, unter ihnen befand sich auch Michael Pröbsting.

Mit Sommer 1989 erreichte der ASt schließlich die Ausweitung über Wien hinaus – und zwar nach Salzburg, wo über Manfred Scharinger und Fritz Haller noch aus der IKL-Zeit Kontakte bestanden. Nach mehrmonatigen Diskussionen fusionierte der ASt im Juli 1989 mit der Salzburger SOAL, die 1983 aus ehemaligen Mitgliedern des VSStÖ und der GRM entstanden war, die ein ungefestigtes, mit dem Trotzkismus sympathisierendes Selbstverständnis besaß – und die mit der SOAL/GRM (außer der Namensgleichheit) nichts zu tun hatte. Die Fusion erfolgte auf der politisch-programmatischen Basis des ASt, dessen Namen im Zuge der Vereinigung mit den Salzburger/inne/n auf *ArbeiterInnenstandpunkt* geändert wurde. Die Fusion bedeutete für den ASt nicht nur einen weiteren erheblichen Mitgliederzuwachs, sondern auch erstmals auf die Probe gestellt zu sein, eine nationale (über Wien hinausgehende) Organisation zu betreiben.

[430] In dieser Reihe erschienen damals unter anderem frühe Schriften von Josef Frey (1911/1919), noch zu IKL-Zeiten war unter anderem eine Nummer zur Gewerkschaftsfrage in der frühen KPÖ erschienen, verschiedene Propagandaschriften der frühen KPÖ, eine Kritik von Kurt Landau an der ultralinken Politik der KPÖ 1927, trotzkistische Dokumente zum Februar 1934 und eine ausführliche Antwort von Ernst Schmied (=Josef Frey) auf Otto Bauers „Integralen Sozialismus“. Die *Kleine Schriftenreihe* wurde von der AGM, der RSO und zuletzt der Organisation arbeiter.innen.kampf weitergeführt. Bis 2012 wurden 19 Hefte publiziert.



Sozialistische Nachrichten der *SOAL Salzburg* – der Zeitungstitel war von der Zeitschrift des *VSStÖ Salzburg* übernommen worden

Ebenfalls im Sommer 1989 beteiligte sich der ASt an der Umwandlung der losen BRKI in die demokratisch-zentralistisch strukturierte *Liga für eine revolutionär-kommunistische Internationale* (LRKI). Die politische Grundlage dafür stellte das in allen Sektionen lange diskutierte *Trotzkistische Manifest* dar, das die LRKI als Wiedererarbeitung und Aktualisierung des revolutionären Übergangsprogramms Trotzkis betrachtete.

Durch die als großen Fortschritt angesehene Bildung der LRKI und die Fusion mit den Salzburger/inne/n fühlte man sich ab Herbst 1989 stark genug, um mit der Herausgabe der Monatszeitschrift *ArbeiterInnenstandpunkt* zu beginnen. Gleichzeitig wurde begonnen, gemeinsam mit der deutschen Sektion *Gruppe Arbeitermacht* (GAM) die theoretische Zeitschrift *Revolutionärer Marxismus* (RM) zu publizieren. Daneben liefen weiterhin die *Kleine Schriftenreihe* und die *Materialien des ASt*. Für die redaktionelle Arbeit in dieser Phase zeichneten vor allem Scharinger und Schneider, der in Folge des Student/inn/enstreiks gewonnene Martin Suchanek und der aus der SOAL gekommene Michael Pröbsting verantwortlich.

Angesichts der Stärkung des ASt im Allgemeinen und der Rekrutierung eines jungen Industriearbeiters im Besonderen trat Schneider nun zunehmend für eine stärkere Orientierung in Richtung Betriebsarbeit ein. Er konnte sich aber in der damaligen Phase damit nicht durchsetzen. Lediglich in Salzburg sollte systematische Arbeit im Arbeitsimmigrant/inn/enmilieu gemacht werden – was als Teil eines verstärkten Zugangs zur Arbeiter/innen/klasse angesehen wurde. Ansonsten wollte man sich um das Zusammenwachsen der Ortsgruppen und intensivere Propaganda bemühen.

Außerdem hatte sich der ASt bereits ab 1988 – in Erwartung politischer Umwälzungen in Ost- und Südosteuropa – mit einer gründlichen Analyse und Diskussion des Stalinismus und der Situation in den verschiedenen Ländern beschäftigt.[431] Dadurch

[431] Angesichts der Entwicklung in den frühen 1990er Jahren ist besonders der Beitrag Scharingers *Zur nationalen Frage in Jugoslawien* vom 28. 10. 1988 bemerkenswert. Darin heißt es abschließend bezüglich den weiteren Entwicklungsmöglichkeiten: „Neben diesen vier Möglichkeiten gibt`s natürlich diejenige, die historisch wahrscheinlich – wenn nicht die antibürokratische politische Revolution die Karten überhaupt neu mischt – die auf Dauer einzig realistische Perspektive ist: nämlich der Zerfall Jugoslawiens als eigenständiges Staatengebilde. Mit oder ohne Bürgerkrieg, mit oder ohne nationalistische Exzesse: Gerade die letzte Variante wird mit zunehmender Dauer der in eine Sackgasse

war der ASt auf die Umwälzungen 1989/90 politisch vorbereitet und – anders als die meisten anderen Strömungen – nicht von der unmittelbar darauf folgenden Krise der Linken betroffen, sondern konnte sich im Gegenteil erstmals als Organisation mit einer politischen Alternative präsentieren. In der Folge konnte der ASt 1990/91 nicht nur in Wien etliche Genossen – darunter einige Mitglieder der KPÖ – gewinnen, die nach Antworten auf den Kollaps des Stalinismus suchten, sondern – durch den zeitweiligen Transfer von ASt-Mitgliedern nach Ostberlin – zwischen 1989 und 1991 auch entscheidend zum Aufbau einer LRKI-Gruppe in der (ehemaligen) DDR beitragen.

Auch auf einige RKL-Mitglieder machten die Positionen des ASt zu den Umwälzungen in Osteuropa (und die sehr eindeutige antiimperialistische Haltung der LRKI zum Golfkrieg 1990/91) Eindruck. Nach einem monatelangen ergebnislosen Fraktionskampf verließen im Frühsommer 1991 zwei Genossen, darunter Eric Wegner, die RKL in Richtung ASt. Die Intervention zum Golfkrieg 1991, in der der ASt offen für den Sieg des Irak gegen den Imperialismus eintrat, spielte auch eine wichtige Rolle für einige weitere personelle Gewinne. Auch in Oberösterreich wurden (kurzfristig) einzelne Genoss/inn/en für den ASt gewonnen, für die Formierung einer Ortsgruppe reichte es aber nicht.

Ab Herbst 1991 setzte der ASt auch in Wien verstärkt auf Arbeit im Immigrant/inn/enmilieu, die aber aufgrund der Zersplitterung dieses Milieus in der Großstadt nicht zu der Verankerung führte wie in Salzburg und sich weitgehend auf antirassistische Aktionseinheiten mit verschiedenen türkischen, kurdischen und österreichischen linken Gruppen beschränkte. Außerdem gab es im ASt kontinuierlich Meinungsverschiedenheiten darüber, ob die Intervention stärker über politische Propaganda oder soziale Verankerung laufen sollte. Insgesamt brachte die „Immigrant/inn/enarbeit“ zwar reichhaltige Erfahrungen, aber keinen Zuwachs an Mitgliedern oder politischen Sympathisant/inn/en (der einzige Arbeitsimmigrant der Gruppe, Mica Jovanovic, war schon zuvor – durch die Intervention in die Bewegung gegen den Golfkrieg – gewonnen worden).

In den nächsten Jahren kam es dann zu zunehmenden Konflikten um die Ausrichtung der Organisation. Ein Teil des ASt trat für eine Intensivierung der „Immigrant/inn/enarbeit“ und/oder für (vorbereitende) Betriebsarbeit sowie insgesamt einen aktivistischeren Kurs ein. Der andere Teil wollte eine Ausrichtung auf (vor allem studentische) Jugendliche mit Schulung und unsektiererischerer Propaganda verbinden. In der Folge kam es meistens zu Kompromissen – und oftmals zu einer gegenseitigen Paralysierung der verschiedenen Teile. Jedenfalls kam es im Frühjahr 1992 zur Initiierung der Jugendgruppe *Internationalistische Aktion* (*intakt*) durch den ASt. *Intakt* war vom Funktionieren her das erste ¾ Jahr im Wesentlichen eine Jugendversion des ASt, die überwiegend aus jüngeren Genoss/inn/en des ASt bestand und die versuchte, mit dem *Vorwärts*[432] bezüglich Aktivismus zu konkurrieren.

---

geratenen bürokratischen Misswirtschaft zu einer realistischen Variante.“ (in: Studientexte des ASt, Nr.1, Frühjahr 1989) Eine solche treffende Einschätzung hatte damals kaum jemand – weder auf bürgerlicher noch auf linker Seite.

[432] siehe unten



NUMMER 7

OKTOBER

1986

PREIS: öS 20,-

ARBEITER STANDPUNKT.

ÖSTERREICH:

- REGIERUNGSWECHSEL-
- NEUWAHLEN
- VERSTAATLICHTE
- ARBEITSVER-
- FASSUNG

PERU · BOLIVIEN · NEUKALEDONIEN



ARBEITER STANDPUNKT.

FLUGSCHRIFT 1 Preis: öS 1,- Mai 1986

Bundespräsidentenwahl: Wählt Kurt Steyrer – aber organisiert den Kampf gegen alle Angriffe!

KAMPF DER ARBEITSLOSIGKEIT !! Erhaltung ALLER Arbeitsplätze auf Kosten der Profite !!

KAMPF DEM LOHNRAUB; DEN PENSIONSKURZUNGEN UND DEM ABBAU DER SOZIALLEISTUNGEN !!

HÄNDE WEG VON DER VERSTAATLICHTEN INDUSTRIE !! Statt 'Entpolitisierung' verstärkte Kontrolle durch die Arbeiter !!

KAMPF JEDER AUSBEUTUNGSSTEIGERUNG !! Gegen jede Flexibilisierung der Arbeitszeit !! Hände weg vom Ladenschluß !!

INLÄNDISCHE UND AUSLÄNDISCHE ARBEITERINNEN UND ARBEITER - EIN KAMPF !! Die Arbeiterklasse darf die Spaltung ihres Kampfes in Männer und Frauen, ausländische und inländische Arbeiter, Schwule/Lesben und angeblich 'Normale', Jugendliche und Erwachsene, Arbeitslose und aktive Arbeiter nicht hinnehmen!!

KRIEG DER IMPERIALISTISCHEN KRIEGSTREIBEREI !! Solidarität mit den unterdrückten Volksmassen in Nicaragua, Libyen, Palästina.....

Dies sind einige der wichtigsten Forderungen, für die die Arbeiter gemeinsam eintreten müßten, um die zunehmenden Angriffe der Unternehmer abwehren zu können. Nur so können sie verhindern, daß trotz einer flachen Konjunktur die Lage der Arbeiterklasse sich nicht schrittweise verschlechtert und ihr Anteil am Sozialprodukt weiter sinkt.

ERSTE ABWEHRKÄMPFE

Gegen diese Angriffe auf die bescheidenen Errungenschaften der österreichischen Arbeiterklasse gab es Ende 1980 erstmals wieder einige,vorerst isolierte, aber spektakuläre Abwehrkämpfe: Straßenbesetzungen in Niklasdorf und Ternitz, die Demonstration einer ganzen Region in Judenburg sowie der Androhung eines Marsches auf Wien.

Im Dezember 1984 schien es, als ob unter der Führung der Gewerkschaft erstmals seit Jahrzehnten ein österreichweiter Abwehrkampf möglich würde: Die Demonstration gegen den Angriff auf die Ladenschlußzeiten in Salzburg. Die Vorbereitungen für eine machtvolle Demonstration wurde jedoch durch die Kapitulation der erschrockenen Führung jäh unterbrochen.

Die verschärften Angriffe des bürgerlichen Lagers auf die Verstaatlichte Industrie und das ängstliche Zurückweichen der Sozialdemokratie führte im Jänner 1986 zur ersten überregionalen Massendemonstration von Arbeitern seit den 50er Jahren. Rechnete man ursprünglich mit 10.000 VOEST-lern in Linz und Leoben, gingen dann 55-60.000 Arbeiter aus verschiedenen Bereichen auf die Straße. Sie gaben damit ihren sozialdemokratischen Führern in Regierung, Partei und Gewerkschaft deutlich zu verstehen, daß sie zum Abwehrkampf bereit wären. Erschrocken über so viel Zuspruch rettteten sich die 'Führer' in Geheimverhandlungen.

Diese unvollständige Aufzählung zeigt, daß die anhaltenden Angriffe des Kapitals vorerst Teile der Arbeiterschaft zum Widerstand trieb. Bei einem Abflachen der Konjunktur werden die Belastungen der Werktätigen noch schmerzlicher sein.

ARBEITERINNEN UND ARBEITER: RÜSTET EUCH ZUM ABWEHRKAMPF !!

NÜTZT DAZU AUCH DIE BUNDESPRÄSIDENTENWAHL!

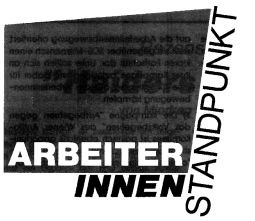
Besonders in Krisenzeiten steigt die Bedeutung des Bundespräsidenten. Gibt es bei dieser Wahl einen Kandidaten, der die berechtigten Wünsche und Forderungen der Arbeiter ins Zentrum seiner/ihrer Kampagne stellt?

(NEO-)FASCHISTISCHE TENDENZEN

Im Zug der Wahlkampagne wurden immer stärker nationalistische, antisemitische und sogar (neo)faschistische Tendenzen hörbar. Mehr als 1 Jahrzehnt SPÖ-Alleinregierung und 14 Jahre SPÖ-Koalitionsregierungen waren offensichtlich beim Bekämpfen faschistischen Gedankenguts wirkungslos geblieben.

Kein Wunder! Denn die zögernde, sozialpartnerschaftliche, das heißt systemerhaltende Politik der SPÖ erwies sich erwartungsgemäß als untauglich, eine sozialistische Alternative gegenüber der Krise des Kapitalismus zu entfalten. Mit den ersten Krisensymptomen gewann damit neofaschistische Ideologie erneuert an Bedeutung.

Faschismus ist eine - reaktionäre - Antwort auf die Krise des Kapitalismus. Radikalisierte, ausweglose kleinbürgerliche Massen werden gegen die organisierte Arbeiterbewegung gehetzt, mit dem Ziel, deren Organisationen zu zerschlagen und die Arbeiterklasse zu atomisieren. Dieser 'Ausweg' aus der Krise ermöglicht es letzten Endes dem Großkapital, seine Herrschaft mit anderen Mitteln aufrechtzuerhalten. Mit ihrer klassenversöhnlichen Politik erweist sich die SPÖ als unfähig, den Faschismus als soziales Phänomen wirkungsvoll zu bekämpfen. Sie wird damit, gegen ihre eigenen Interessen, zum Wegbereiter neuer faschistischer Tendenzen. →



ARBEITER INNEN STANDPUNKT

aus dem Inhalt:

- Haider-Volksbegehren
- Rezension: "Haiders Kampf"
- Österreich in der Rezession
- SPÖ-Krise
- Teilung der Tschechoslowakei
- Kapitalistische Restauration in China und Rußland
- US-Intervention in Somalia
- Krieg in Bosnien-Herzegowina

Zeitung der Gruppe ArbeiterInnenstandpunkt
Österreichische Sektion der Liga für eine revolutionär- kommunistische Internationale
Nr. 50, Jänner 1993 Preis 8.-

Kampf dem Haider-Volksbegehren!

Der Großgrundbesitzer Haider präsentiert sich als Vorkämpfer des "kleinen Mannes" gegen das Establishment. Die liberale Prominenz aus Politik, Kirche und Kultur appelliert an "Anständigkeit" und Nächstenliebe. Das sind die Fronten beim Anti-AusländerInnen-Volksbegehren der FPÖ. Falsche Fronten, behauptet *Eric Wegner*.



Sozialdemokratisches Doppelspiel. Linke Plakate, rechte Gesetze

Die konkreten Forderungen des Haider-Volksbegehrens gehen über die rassistischen Gesetze der SPÖ/ÖVP-Regierung nicht massiv hinaus. Was dem Volksbegehren seine besondere reaktionäre Qualität gibt, ist der Versuch, die rassistische Aufhetzung auf die Straße zu tragen, das rassistische Potential in der Bevölkerung zu mobilisieren und in einer Bewegung zu organisieren, den Rassismus als Bedürfnis und Wunsch der Bevölkerung hinzustellen.

Dabei schöpft die FPÖ ihre Aufhetzungsmöglichkeiten nicht voll aus. Haider gibt sich (zumindest in Interviews) betont seriös und "maßvoll". Der Grund ist klar. Er will sich nach dem offiziellen Subventionsentzug durch die Industriellenvereinigung (wegen Volksbegehren und EG-Position der FPÖ) die Verbindungen mit der Bourgeoisie nicht zu sehr zerstören. Die FPÖ soll mittelfristig als eine von den Kapitalisten mit Vertrauen ausgestattete Regierungspartei im Rennen bleiben.

Vorerst aber will Haider auf Wahlebene (und auch beim Aufbau einer organisatorischen Verankerung) stärker werden, und das mittlerweile v.a. auf Kosten der SPÖ – was die Industriellenvereinigung auch immer wieder lobt. Er will sich erst später (aus einer starken Position) als Regierungspartner für die ÖVP anbieten. Um

MATERIALIEN DER GRUPPE

ARBEITER STANDPUNKT.

Nummer 6 Dezember 1987 Preis: öS 30.-

AM BEISPIEL DER "GRUPPE OPPOSITIONELLER ARBEITER" BEI GENERAL MOTORS:

LINKE BETRIEBS- UND GEWERKSCHAFTSARBEIT IN ÖSTERREICH

EINE DOKUMENTATION

VORWORT

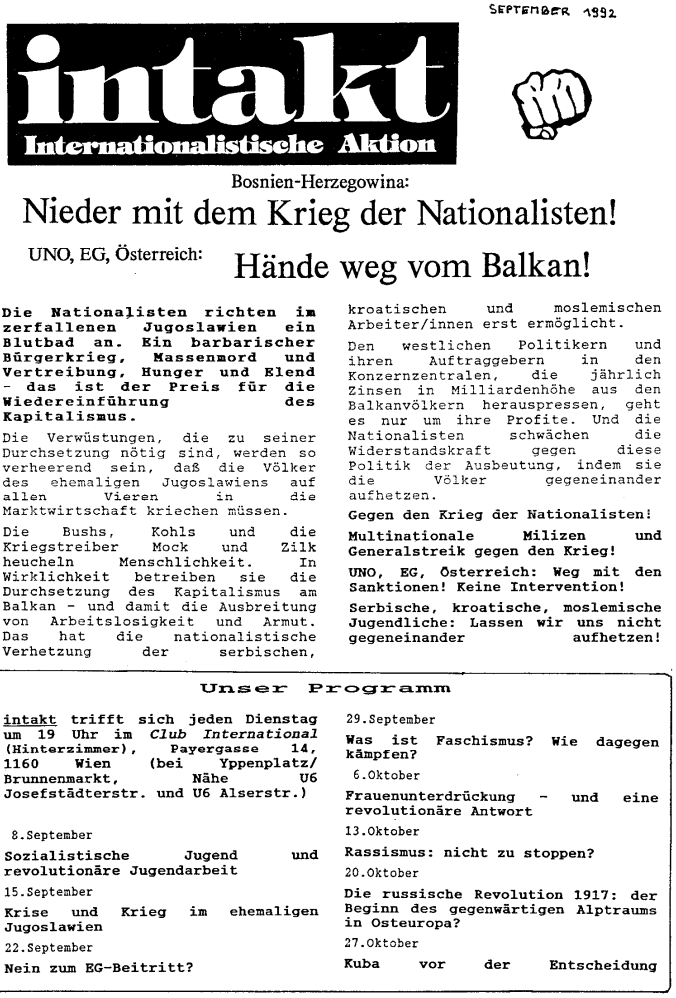
Linke Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, also die Versuche, die Hegemonie des sozialdemokratischen Reformismus über die Arbeiterklasse in Frage zu stellen und eine proletarische Alternative zu entwickeln, ist vom größten Teil des 'revolutionären Milieus' in Österreich mehr als stiefmütterlich behandelt worden. Dies liegt zum einen natürlich einmal an der unbestrittenen Dominanz der Sozialdemokratie und ihres Gewerkschaftsflügels, der "Fraktion Sozialistischer Gewerkschafter" (FSG) über den Großteil der Arbeiter/innen und Angestellten, die alle klassenkämpferischen Ansätze sehr schnell entweder zu vereinnahmen oder zu ersticken ermöglichte. Die so weitgehende Passivität des Proletariats, über Jahrzehnte von nahezu jeder Aktivität entwöhnt, tut hier zu den besonders schwierigen objektiven Bedingungen ein übriges. Es gibt wohl kaum ein kapitalistisches Land in Europa, in dem Generationen von Proletariern so weitgehend wie in Österreich das sozialpartnerschaftliche Gift in sich aufgenommen hat und jeder eigenständigen Kampferfahrung beraubt wurde. Das ist die eine, die objektive Seite, die die Möglichkeiten klassenkämpferischer betrieblicher Ansätze begrenzte.

Die zweite Seite, die subjektive, liegt jedoch in der Struktur und der sozialen Zusammensetzung der österreichischen Linken selbst begründet. Die österreichische Linke, ein spätgeborenes und nicht voll entwickeltes Stiefkind der 68-er Bewegung, war in den siebziger Jahren zu allergrößten Teilen auf den Universitäten konzentriert. In einigen Städten, wie in Salzburg, war die Linke, die sich selbst als 'nichtreformistisch' oder als 'revolutionär' definierte, nahezu identisch mit dem linken Uni-Milieu und wurde deshalb voll vom Niedergang der studentischen Protestbewegung getroffen. Man kann die These wagen, daß die österreichische Linke in ihrer Scheinblüte der siebziger Jahre nie wirklich - trotz aller Lippenbekenntnisse und gegenteiligen Behauptungen - über nennenswerten Einfluß auch nur in Teilen des Proletariats verfügte. Als einzige Gruppierung außerhalb von SPÖ und KPÖ, der diese Verankerung bruchstückhaft gelang, sei der ab 1978/79ö in sich zusammengebrochene maoistische 'Kommunistische Bund' (KBÖ) genannt. Alle anderen Organisationen waren zu klein oder dazu einfach politisch und programmatisch nicht willens oder in der Lage.

Anfang der achtziger Jahre sah es kurze Zeit so aus, als ob sich - parallel zum Niedergang der Uni-Linken, eine fortschrittliche betriebliche Bewegung herauskristallisieren könnte. Der SPÖ-'Dissident' Skvarza in Judenburg, der Einzug der 'Breitmaulfrösche', genauer: der 'Liste aktiver Gewerkschafter' (LAG) in den Angestelltenbetriebsrat des größten österreichischen Betriebes - der VOEST - schienen nur zwei Anzeichen unter

Publikationen des ASt

Aufgrund dieser Tatsachen und nach einer erfolglosen Ausrichtung auf die vom *Vorwärts* dominierten Gruppen der Wiener *Sozialistischen Jugend* (SJ) sowie das vom *Vorwärts* gegründete *Antifa-Komitee* wurde die Jugendarbeit des ASt Ende 1992 neu orientiert. Die Intervention in *Vorwärts*-Gruppen wurde auf ein Minimum zurückgefahren. Die Präsenz des ASt im *intakt* wurde reduziert, und unter der Führung von Eric Wegner wurde auf einen lockereren, unabhängigeren Stil und auf die Rekrutierung von Student/inn/en durch das Anbieten von Marxismus-Schulungen an der Uni Wien gesetzt. Durch diese Linie konnte die Mitgliedschaft von *intakt* innerhalb eines knappen Jahres verdreifacht werden. Auch in Salzburg gelang es, eine kleine *intakt*-Gruppe zu gründen. Durch die Erfolge in der Jugendarbeit erreichte der ASt seinen bisherigen personellen Höhepunkt und war mit knapp 30 Mitgliedern zur – nach dem *Vorwärts* – deutlich zweitstärksten Kraft im trotzkistischen Spektrum avanciert.



SEPTEMBER 1992

intakt

Internationalistische Aktion

Bosnien-Herzegowina:

Nieder mit dem Krieg der Nationalisten!

UNO, EG, Österreich: Hände weg vom Balkan!

Die Nationalisten richten im zerfallenen Jugoslawien ein Blutbad an. Ein barbarischer Bürgerkrieg, Massenmord und Vertreibung, Hunger und Elend - das ist der Preis für die Wiedereinführung des Kapitalismus.

Die Verwüstungen, die zu seiner Durchsetzung nötig sind, werden so verheerend sein, daß die Völker des ehemaligen Jugoslawiens auf allen Vieren in die Marktwirtschaft kriechen müssen.

Die Bushs, Kohls und die Kriegstreiber Mock und Zilk heucheln Menschlichkeit. In Wirklichkeit betreiben sie die Durchsetzung des Kapitalismus am Balkan - und damit die Ausbreitung von Arbeitslosigkeit und Armut. Das hat die nationalistische Verhetzung der serbischen, kroatischen und moslemischen Arbeiter/innen erst ermöglicht.

Den westlichen Politikern und ihren Auftraggebern in den Konzernzentralen, die jährlich Zinsen in Milliardenhöhe aus den Balkanvölkern herauspressen, geht es nur um ihre Profite. Und die Nationalisten schwächen die Widerstandskraft gegen diese Politik der Ausbeutung, indem sie die Völker gegeneinander aufhetzen.

Gegen den Krieg der Nationalisten!

Multinationale Milizen und Generalstreik gegen den Krieg!

UNO, EG, Österreich: Weg mit den Sanktionen! Keine Intervention!

Serbische, kroatische, moslemische Jugendliche: Lassen wir uns nicht gegeneinander aufhetzen!

Unser Programm

intakt trifft sich jeden Dienstag um 19 Uhr im *Club International* (Hinterzimmer), Payergasse 14, 1160 Wien (bei Yppenplatz/ Brunnenmarkt, Nähe U6 Josefstädterstr. und U6 Alserstr.)

8.September
Sozialistische Jugend und revolutionäre Jugendarbeit

15.September
Krise und Krieg im ehemaligen Jugoslawien

22.September
Nein zum EG-Beitritt?

29.September
Was ist Faschismus? Wie dagegen kämpfen?

6.Oktober
Frauenunterdrückung - und eine revolutionäre Antwort

13.Oktober
Rassismus: nicht zu stoppen?

20.Oktober
Die russische Revolution 1917: der Beginn des gegenwärtigen Alptraums in Osteuropa?

27.Oktober
Kuba vor der Entscheidung

Ab Herbst 1993 spitzten sich aber die Differenzen um die Jugendarbeit im ASt weiter zu. Während Wegner, die meisten Jugendaktivist/inn/en und einige andere für die Fortsetzung der bisherigen Linie eintraten, forderte eine Strömung um Suchanek, die sich sukzessive durchsetzte, einen erneuten Umstieg auf mehr Aktivismus, eine Orientierung auf Schüler/innen im allgemeinen und eine massive Intervention in die Antifa-Komitee-Gruppen des *Vorwärts* im Besonderen. Die Meinungsverschiedenheiten zur Jugendarbeit verbanden sich zunehmend mit den seit Jahren schwelenden Differenzen zu Selbstverständnis und Ausrichtung des ASt im Allgemeinen. Eine Strömung um Scharinger, der bereits Anfang 1993 an einer Tendenzbildung beteiligt war, und Wegner verlangte eine Konzentration auf Schulung, Theorie und Kaderausbildung und kritisierte das ASt-Verständnis von *demokratischem Zentralismus* als rigide und das öffentliche Auftreten des ASt als oftmals sektiererisch. Eine Strömung um Suchanek und Schneider trat für verstärkte Außeninterventionen, eine straffe innere Organisierung und den „Kampf gegen den Zentrismus“ ein. Durch die internationale Orientierung der LRKI auf mehr Aktivismus gewann zweitere Strömung zusehends die Oberhand. Auch die bisherige Mittelgruppe um Haller und Pröbsting stellte sich letztlich auf die Seite von Suchanek und Schneider.

Angesichts dieser Entwicklung verließ Scharinger, der sich nicht länger auf von ihm als unsinnig angesehene Aktivitäten verpflichten lassen wollte, im April 1994 den ASt. Die Gruppe um Wegner führte noch bis zum 3. LRKI-Kongress Anfang August 1994 einen kurzen Tendenzkampf. Dort beschloss eine überwältigende Mehrheit der LRKI, dass man sich in einer beginnenden revolutionären Periode befinde und angesichts des zu erwartenden raschen Anstieges der Klassenkämpfe die aktivistische Ausrichtung verstärken müsse (und für nachhaltigere theoretische Beschäftigung und Kaderausbildung keine Zeit habe). Angesichts der internationalen internen Kräfteverhältnisse sah es die Minderheitsströmung um Wegner als aussichtslos – und für beide Seiten unproduktiv – an, einen Fraktionskampf aufzunehmen. Mitte August 1994 verließ die Gruppe um Wegner den ASt, konnte die Mehrheit von *intakt* von ihrer Linie überzeugen und gründete im September gemeinsam mit Scharinger die *Arbeitsgruppe Marxismus* (AGM). Der Rest-ASt bezeichnete die Ausgetretenen als kleinbürgerlich und prophezeite der AGM einen baldigen Zusammenbruch.


intakt

Nummer 9
Jänner 1994

Flugschrift der Internationalistischen Aktion

Der "freie" Terror der Marktwirtschaft

Warum ist es so, daß unsere heißgeliebte soziale Marktwirtschaft heute, kaum vier Jahre nach dem Jubelsieg über den "Realsozialismus", von Tokio bis Frankfurt, von London bis New York in der Scheiße, sorry: Krise, steckt? Damals wurde doch noch

Osteuropa ist kein Sonderfall. Der Großteil der kapitalistischen Welt ist weder sonderlich demokratisch noch sonderlich friedlich noch sonderlich satt. Ein alle verbindendes Element läßt

parlamentarische Demokratie & Markt

Der Staat kann immer nur so demokratisch sein kann, wie seine wirtschaftliche Basis er-

lungshilfe und erhöhten trotzdem ihren Schuldenstand von 433 Mrd. us$ auf 625 Mrd. us$ (World Debt Tables 89/90). Während der Lebensstandard in den betroffenen Ländern ins

Diese Spaltung im engsten Führungskreis kostete den ASt, der bisher eine lineare Aufwärtsentwicklung vorzuweisen gehabt hatte, 1/3 der in ASt und *intakt* Organisierten und bedeutete eine erhebliche Schwächung. Da in den folgenden Monaten einige ASt-Mitglieder nach Deutschland übersiedelten, um die Herausbildung einer starken deutschen Sektion der LRKI zu unterstützen, bedeutete das Jahr 1994 einen deutlichen Rückschlag im Aufbau des ASt. Mitte der 1990er Jahre musste sich die geschwächte Gruppe von gut 15 Mitgliedern konsolidieren und neu formieren, um für den erwarteten baldigen Klassenkampfaufschwung bereit zu sein.

8.10. Vorwärts

Anfang der 1980er Jahre entstand in Österreich eine trotzkistische Strömung, die in keiner Verbindung mit den bisher hierzulande vorhandenen trotzkistischen Traditionen stand: die Gruppe um die Zeitung *Vorwärts*. Entscheidend dafür waren die Ausweitungsbestrebungen des *Committee for a Workers International* (CWI), lange Jahre besser bekannt als internationale *Militant-Tendency*. Die Sektionen des CWI betrieben Langzeit-Entrismus in die jeweiligen sozialdemokratischen Organisationen und passten sich dort in wesentlichen Fragen politisch an, um nicht hinausgeworfen zu werden beziehungsweise in diesen Milieus besser anschlussfähig zu sein. Das betraf insbesondere die Frage von Staat und Revolution, wo das CWI jahrzehntelang propagierte, dass es einen friedlich-parlamentarischen Weg zum Sozialismus gäbe. Die politische Anpassung an den Labourismus in Großbritannien und damit an den briti-

schen Imperialismus reichte aber auch bis zu neutralen Positionen im Nordirland-Konflikt oder im Falklandkrieg.[433]

Jedenfalls bemühte sich das CWI, bei internationalen Treffen von sozialdemokratischen Jugendorganisationen Kontakte zu potenziellen Mitstreiter/inne/n zu knüpfen. Auf diese Weise kam es im Juni 1981 – auf einem großen internationalen Treffen der *International Union of Socialist Youth* (IUSY) in Wien – zu ersten Diskussionen mit Genoss/inn/en der sozialdemokratischen *Sozialistischen Jugend* (SJ),[434] nämlich mit einer kleinen Gruppe in der SJ Wien-Favoriten rund um Robert Schiffle.

Dazu kamen schließlich ab dem Frühjahr 1982 einige SJler/innen aus Margareten um Andreas Pittler. Unter lenkender Einbeziehung der deutschen CWI-Sektion wurden die beiden Gruppen schließlich im Mai 1982 zusammengeschlossen. Schiffle wurde „Org-Sekretär", Pittler „Pol-Sekretär". Die erste Konferenz fand im Juni desselben Jahres statt.[435] Von einer stabilen Gruppe konnte allerdings nicht die Rede sein. Der politische Level war sehr niedrig, der soziale Zusammenhang oftmals vorherrschend. Thomas Kerschbaum, der Ende 1982 zum *Vorwärts* stieß, sich aber auch für die IKL interessiert hatte, meint rückblickend, dass die Jugendlichen, aus denen *Vorwärts* langsam entstand, sich von GRM und IKL nicht ernst genommen fühlten und dass das nicht unwesentlich dazu beitrug, eine eigene Strömung aufzubauen.[436]

Die erste Nummer der Zeitung *Vorwärts* erschien erst im März 1983 – als *Betriebszeitung der Sozialistischen Jugend Favoriten*. Bei der zweiten *Vorwärts*-Konferenz im April 1983 hatte die Gruppe einen gewissen Rückhalt in den SJ-Bezirken Favoriten und Margareten sowie Kontakte zu SJler/innen in Wien-Leopoldstadt, in Wels, Baden und Bad Vöslau. Ebenfalls 1983 wurde die Gruppe vom CWI als sympathisierende Sektion anerkannt. Die *Vorwärts*-Gruppe war mittlerweile auf 16 Mitglieder angewachsen, allerdings waren viele von ihnen politisch nicht gefestigt. Unter ihnen war etwa Bettina Wolf, aber eben auch bereits Thomas Kerschbaum, der noch länger eine wichtige Rolle für das *Vorwärts* spielen sollte. Ausdruck der politischen Schwäche der Gruppe war, dass es nicht gelang, ein Grundlagendokument zur politischen Lage in Österreich und den sich daraus ergebenden Aufgaben der Gruppe, das man sich schon 1982 vorgenommen hatte, zu erstellen. Dementsprechende Kritik kam von den Emissären der deutschen Sektion.[437]

1983 wurden – mit Schiffle und Bernhard Odehnal[438] – nicht nur Vorwärtsler in den Bezirksvorstand in Favoriten gewählt, sondern auch der SJ-Bezirk Margareten kurzzeitig übernommen. Das führte aber zu einem folgenreichen taktischen Konflikt. An-

[433] Genaueres zu Militant und CWI siehe in: Eric Wegner: CWI & IMT, Die Militant-Tendenz und ihre Nachfolger, Marxismus Nr. 30

[434] Nitzsche, a.a.O., S.105f

[435] Andreas P. Pittler: „Vorwärts" (1981-1994), Geschichte einer Tendenz; unveröffentlichtes Papier 1994, S.3f. Der Text von Pittler bietet eine Reihe guter Informationen, ist aber auch stark von seinen persönlichen Sichtweisen und Sympathien geprägt.

[436] Gespräch mit Thomas Kerschbaum, April 2010

[437] Pittler, a.a.O., S.4-6

[438] Odehnal spielte in der frühen Vorwärts-Zeit neben Schiffle und Pittler eine wichtige Rolle, blieb aber nicht lange dabei und machte später Karriere als profil-Journalist.

gesichts der SJ-Aufgaben wollte Pittler die gemeinsamen *Vorwärts*-Treffen nur noch 14-tägig abhalten (was für eine junge Organisation mit einem schwach entwickelten politischen Profil sicherlich eine schlechte Entscheidung gewesen wäre). Als Pittler das im „Nationalen Komitee", der Leitung des *Vorwärts*, knapp nicht durchbrachte, verließen er und seine Anhänger/innen (darunter Vera Lacina, die Tochter des SPÖ-Finanzministers, die ebenso wie ihr Bruder Robert im *Vorwärts* gewesen war) nicht nur die Leitung, sondern im Frühjahr 1984 auch die *Vorwärts*-Gruppe.[439] Dieser Schritt war, angesichts der geringen Relevanz der Frage, politisch kaum legitim und ist wohl eher ein Beleg für einen gewissen Individualismus bei Pittler, sein unklares Organisationsverständnis oder eventuell auch eine fehlende Bereitschaft, sich in ein Kollektiv einzugliedern.[440]

Jedenfalls bedeutete diese eher unpolitische Spaltung einen schweren Rückschlag für die Gruppe. Die Margaretner Gruppe wurde ebenso verloren wie Teile in Favoriten; der Einfluss auf die SJ war deutlich reduziert. Außerdem waren die Kontakte zur SJ Leopoldstadt und außerhalb Wiens erloschen. Übrig blieben 7 bis 8 Genoss/inn/en um Schiffle, Wolf und Kerschbaum. Für die Zeitung wurden nun zu guten Teilen Texte der britischen beziehungsweise deutschen CWI-Sektion übernommen.



John Evers

Im Sommer 1985 gelang es dann aber mit Andrea Koch und John Evers, der ursprünglich im Umfeld Pittlers war, zwei Mitglieder zu gewinnen, die in der Folge für *Vorwärts* eine wichtige Rolle spielen sollten. Um Evers wurde in der SJ Margareten begonnen, eine neue Gruppe aufzubauen, und in Favoriten konnte das *Vorwärts*-Mitglied Michael Hollunder im April 1986 sogar den Bezirksvorsitz übernehmen. Eine wirkliche Konsolidierung brachte das aber nicht. In der Favoritner Gruppe entwickelte sich Anfang 1987 eine heftige Auseinandersetzung um Schiffle. Im Zuge von persönlichen Konflikten kamen finanzielle Unregelmäßigkeiten ans Tageslicht; Schiffle soll Gelder (offenbar Spenden für die britischen Bergarbeiter/innen) für private Zwecke abgezweigt haben.

[439] Pittler, a.a.O., S.7f

[440] Pittler war noch eine Zeit lang weiter am linken Flügel der SJ und der „Jungen Generation" der SPÖ aktiv. Anfang der 1990er Jahre versuchte er, angesichts der damaligen Erfolge der Gruppe, noch einmal eine Annäherung an Vorwärts (in diesem Kontext entstand auch das zitierte Papier). Sein Agieren wurde von großen Teilen der Gruppe aber als paternalistisch und selbstdarstellerisch empfunden und seine Annäherungsversuche scheiterten. Beruflich wurde Pittler Journalist und Redakteur des Pressedienstes des österreichischen Parlamentes. Er publizierte eine Reihe von Büchern, darunter eine bemerkenswerte Krimireihe, in der Kommissar Bronstein (!) vor dem Hintergrund der Geschichte der Zwischenkriegszeit in verschiedenen Kriminalfällen ermittelt. Pittler hat sich, obwohl er eigentlich nur sehr kurz trotzkistisch organisiert war, im Gegensatz zu vielen anderen, die bürgerliche Karriere gemacht haben, bis heute eine Sympathie für die trotzkistische Bewegung in Österreich oder zumindest ein Interesse an ihr erhalten.

Eine andere Version ist, dass Schiffle so Geldbeträge zurückbekommen wollte, die ihm die Organisation schuldig war. Während Pittler, der sich weiter am Rande des *Vorwärts*-Milieus bewegte, Schiffle verteidigte, machten Wolf, Kerschbaum, Koch und Evers klar, dass Schiffle für sie nicht mehr tragbar war.[441] Schiffle war mit dieser Sache aus dem *Vorwärts* draußen. Die Gruppe verlor den Einfluss in der SJ Favoriten, der Anti-Vorwärts-Flügel um das ehemalige *Vorwärts*-Mitglied Martina Ludwig übernahm die Kontrolle über diese wichtige SJ-Bezirksorganisation.[442]

Die nahezu ständigen Krisen und Probleme der ersten Jahre waren Ausdruck davon, dass die junge Gruppe politisch nicht sehr gefestigt war. Politische Schwerpunkte gab es in dieser Zeit mehrere, beispielsweise die Verteidigung der Verstaatlichten Industrie gegen die Angriffe der SPÖ-FPÖ-Regierung, die in Österreich von 1983 bis 1986 regierte. Die *Vorwärts*-Gruppe kooperierte auch mit der IKL bei deren Betriebsarbeit bei General Motors und organisierte 1984/85 in Zusammenarbeit mit ihren britischen Genoss/inn/en von *Militant* eine Solidaritätskampagne mit den streikenden britischen Bergarbeiter/inne/n. Das Hauptarbeitsfeld des *Vorwärts* war aber, wie wir gesehen haben, natürlich die SJ Wien, in der sich das *Vorwärts* als konsequenter linker Flügel zu profilieren versuchte. Evers sah rückblickend ein wesentliches Problem des frühen *Vorwärts* darin, dass sich die Mitglieder *„manchmal mehr als irgendeine SJ-Strömung verstanden denn als eigenständige marxistische Tendenz“*.[443]


Sonja Grusch

Das war freilich das Ergebnis der Rekrutierung auf einem ziemlich niedrigen politischen Niveau. Angesichts des Desasters um Schiffle in Favoriten konzentrierte sich das *Vorwärts* in der Folge ganz auf Margareten, wo es um Evers auch gelang, den Einfluss zu stabilisieren. Darüber hinaus konnten Evers und Kerschbaum in dieser Phase 1986/87 auch Sonja Grusch aus der SJ Brigittenau gewinnen, eine Genossin, die für die Gruppe noch eine wesentliche Rolle spielen sollte.

Im Oktober 1987 gab es dann die studentisch dominierte Bewegung mit Großdemonstrationen etc. gegen Kürzungen im Sozial- und Bildungsbereich. Das *Vorwärts* spielte zwar in den Protesten an den Universitäten keine Rolle – weil die Gruppe dort nicht verankert war und wohl auch weil traditionell die Militant/CWI-Strömung studentischer Politik, die tendenziell als kleinbürgerlich betrachtet wurde, skeptisch bis ablehnend gegenüber stand. Immerhin konnte das *Vorwärts* aber in der parallel laufenden Schüler/innen/mobilisierung erfolgreich intervenieren und etliche Jugendliche gewinnen. Allerdings konnten die meisten Neuen nicht gehalten werden, sodass die

[441] Gespräch mit Kerschbaum, a.a.O.. Auch in seiner Vorwärts-Geschichte schont Pittler Schiffle, spricht nur von „geharnischten Anschuldigungen“ gegen ihn, erwähnt aber nicht, worum es ging.
[442] Martina Ludwig war dann später von 1996 bis 2006 stellvertretende Landesparteisekretärin der SPÖ Wien, heute ist sie Gemeinderätin in Wien und Ehefrau des Bundeskanzlers Werner Faymann.
[443] John Evers: Zur Geschichte des Vorwärts, in: Marxismus Nr. 9 (2. Aufl.), S.250

Gruppe auf 7 bis 10 Genoss/inn/en zusammenschrumpfte. In der Folge befand sich die *Vorwärts*-Gruppe 1988 in einer gewissen Krise; die Zeitung erschien neun Monate lang nicht. Erst mit der Rekrutierung von Michael Bonvalot, Claudia Sorger und David Mum Ende 1988 konnte wieder eine gewisse Aufwärtsentwicklung eingeleitet werden.[444]

Die Intervention in der SJ konnte verstärkt werden. Ab 1989/1990 wurde schließlich der SJ-Bezirk Margareten, auf den sich die entristische Arbeit konzentrierte, von *Vorwärts*-Unterstützer/inne/n kontrolliert, und es gab eine stabile Präsenz in Wien-Favoriten. Die Zeitung kam nun regelmäßig heraus, etwa 5 bis 6 Mal im Jahr. Die Linie der Arbeit in der SJ war im Wesentlichen so angelegt, dass die politischen Auftritte immer nur soweit gingen, dass das *Vorwärts* sich im SJ-Milieu nicht zu sehr isolierte. Das hieß in der Praxis, dass Teile der revolutionären Überzeugungen nicht nach außen getragen wurden, sondern internen Schulungen der *Vorwärts*-Unterstützer/innen vorbehalten waren.

Teilweise widerspiegelte das oftmals geringe Ausmaß an revolutionärer Propaganda und die Konzentration auf Reformen und auf aktuelle Konflikte auf niedrigem Niveau damit freilich auch das geringe Klassenbewusstsein der sozialdemokratischen Arbeiter/innen und Jugendlichen – und den Druck dieses Bewusstseins auf das *Vorwärts*, das aus diesem Milieu nicht ausgeschlossen werden wollte. Gleichzeitig war auch die Schulungstätigkeit im *Vorwärts* sehr unterentwickelt. Für das *Vorwärts* interessante aktive Mitglieder der vom *Vorwärts* dominierten SJ-Gruppen wurden zumeist nach einiger Zeit damit konfrontiert, dass das *Vorwärts* nicht nur Zeitung, sondern auch geheime Organisation sei. Wenn sie darüber nicht allzu schockiert waren, war das schon die halbe Aufnahme.[445]

Immerhin gelang es dem *Vorwärts* aber mit dieser Politik, den Einfluss in der SJ auszuweiten. Im Frühjahr 1990 hatte die *Vorwärts*-Gruppe 11 Mitglieder[446] und eine gewisse Peripherie in der SJ. 1990 wurde das *Vorwärts* dann auch als offizielle Sektion des CWI anerkannt. Im Zuge des Nationalratswahlkampfes 1990 wurde dann Michael Gehmacher aus den Grünen gewonnen. In dieser Zeit wurde auch versucht, in die KJÖ und die KPÖ zu intervenieren, kurzzeitig wurde ein Mitglied in die KPÖ geschickt. In der KJÖ hatte sich auch eine Bezirksgruppe, Wien-Wieden, trotzkistischen Positionen angenähert und diskutierte mit dem *Vorwärts*, ebenso gab es Kontakte zu einer Schüler/innen/gruppe der KJÖ. Es gelang dem *Vorwärts* allerdings nicht, hier

[444] Pittler, a.a.O., S.14 und Gespräche mit Thomas Kerschbaum, a.a.O., und Michael Bonvalot, Juni 2010. David Mum war als Mitglied der SJ mit einer massiven antitrotzkistischen Stimmungsmache der SJ-Führung gegen die Unterstützer/innen des *Vorwärts* konfrontiert. Beim Versuch, sich darüber zu informieren, was es denn mit dem Trotzkismus auf sich hätte, wurde er von seiner sozialdemokratischen Mutter an seinen Großvater Friedrich Seidel verwiesen, weil dieser ja schließlich jahrzehntelang (von 1938 bis Anfang der 1980er Jahre) bei den Trotzkist/inn/en war (worüber Mum bis dahin nichts gewusst hatte). Seidel setzte seinem Enkelkind die Grundpositionen des Trotzkismus auseinander, was bei Mum einen Nachdenkprozess auslöste und nicht unwesentlich dazu beitrug, dass er sich schließlich dem Vorwärts anschloss.

[445] Gespräch mit Bonvalot, a.a.O.

[446] CWI-interner Bericht über die Mitgliedsstände der einzelnen Sektionen, Frühjahr 1990.



VORWÄRTS

MIT WAHL SONDERNUMMER

Betriebszeitung der Sozialistischen Jugend Favoriten
Gruppe Rote Werkstatt

Nr.1 Mai/Juni 1983 Preis 5S Solidaritätspreis 10S

35 STUNDEN - WOCHE JETZT !

Ohne Lohnverlust!

Die 35-Stundenwoche wird unsere Wirtschaft kaputtmachen, wir werden auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig sein. So und ähnlich waren die Aufschreie der Unternehmer, nachdem Sozialminister und GPA -Chef Dallinger zum ersten Mal in einem Interview die 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich gefordert hat.

Wir wollen hier auf die Lügen der Unternehmer eingehen, mit denen sie immer wieder gegen jede Arbeitszeitverkürzung (ausgenommen Kurzarbeit in Krisenzeiten) zu argumentieren versuchen.

Fortsetzung auf Seite 7

BRD IG Metall für die 35 Std. Woche

LÜGE Nr.1

"Ein nennenswerter Arbeitskräftebedarf entsteht durch die Verkürzung der Arbeitszeit nicht." Tatsache ist, daß bei einer 35-Stundenwoche in der Stahlindustrie z.B. dort, wo aus technischen Gründen rund um die Uhr gearbeitet werden muß, die Schichten so eingestellt werden könnten, daß eine kompletter, zusätzliche Schicht eingestellt werden müßte. Realistische Berechnungen meinen, daß schon eine Arbeitszeitverkürzung um eine Stunde pro Woche 40 000 neue Arbeitsplätze bringen würde.

LÜGE Nr.2

"Die Einführung der 35-Stundenwoche ist zu teuer. Die österreichische Wirtschaft würde dadurch ihre internationale Konkurrenzfähigkeit einbüßen."

Diese Argumente, benützen die Unternehmer aller Länder, um "ihre" Arbeiter vom Kampf für die 35-Stundenwoche abzuhalten. Doch in ganz Europa ist dieser Kampf schon im Gange: Der Europäische Gewerkschaftsbund hat bereits zu einem eintägigen europaweiten Streik für die 35-Stundenwoche aufgerufen, und die belgischen Arbeiter haben bereits 1979 eine 38-Stundenwoche erkämpft. Wenn sich die Arbeiter der verschiedenen Länder nicht spalten und gegenseitig ausspielen lassen, sondern vereint kämpfen, dann können sie auch die 35-Stun-

INHALT

Lehrlingsrechte..Seite 2
VEW.....Seite 3
Karl Marx.....Seite 4
Jugoslawien.....Seite 6
BRD Wahlen.....Seite 7
Kolporteure.....Seite 8

Erste Nummer des Vorwärts (1983)



VORWÄRTS

MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SJ, SPÖ & GEWERKSCHAFTEN

Nr.14 1986 Preis 6.- Solidaritätspreis 10.-

SPÖ sozialistisch erneuern !

Nach den Wahlniederlagen der letzten Jahre scheint es, als befände sich die SPÖ im hundertsten Jahr ihres Bestehens wieder im Aufwind. Die Tatsache, daß sie laut Meinungsumfragen den Abstand zur ÖVP gewaltig vergrößern konnte, mag für viele Anlaß zur Freude sein.

Jedoch verschleiert sie die traurige Wahrheit, daß wir diesen Aufschwung eher der absoluten Unfähigkeit und Dummheit des bürgerlich-konservativen Lagers zu verdanken haben als unseren Parteigranden. Franz Vranitzky gilt als der Mann, der den Karren SPÖ aus dem Sumpf gezogen hat. Als solcher wird er verehrt, geachtet und nun zum Leidwesen vieler an der SPÖ-Basis zum Parteivorsitzenden gemacht.

Hier stellt sich die Frage, wie er dieses Kunststück zuwege gebracht hat. Betrachtet man seine Aussagen und Taten als Bundeskanzler, ist die Antwort nicht schwer zu finden:

Unter seiner Federführung findet erstmals unter einem sozialistischen Regierungschef eine offene Umverteilung von unten nach oben statt (die Steuerreform). Der Bundeskanzler und "sein Team" sind eine treibende Kraft bei der Verschlechterung verstaatlichter Betriebe. Franz Vranitzky ist auch der erste sozialistische Regierungschef, der Massenentlassungen in der Verstaatlichten ohne Widerspruch hinnimmt, ja befürwortet!

Vranitzky spannt vor den Karren SPÖ die Pferde des konservativen Lagers und gewinnt damit mehr Stimmen von der führungsschwachen ÖVP, als er im eigenen Lager verliert. Kein Wunder, für uns demokratische Sozialisten gibt es keine Alternative zur SPÖ!

Partei der Zukunft?

Ein konservativer Journalist schrieb im Kurier anerkennend, Franz Vranitzky hätte endlich Schluß mit der alten Arbeiterpartei gemacht und sich einem mittelständischen Pragmatismus zugewandt. Er hat leider recht!

Viele haben zwar die wirklichen Ursachen seines derzeitigen Erfolges noch nicht erfaßt, aber der Widerstand wächst, und Vranitzky und sein Team wissen das. Damit ist für ihn auch klar, wie er den Entscheidungsprozeß innerhalb der Partei gestalten muß. Eine Diskussion an der Basis kann er sich nicht leisten.

Vranitzky sagt, was Sache ist, seine Sektretäre, Parteisprecher und AZ-Kolumnisten erklären seine Meinung der Partei "seine" Minister führen seinen Willen aus.

Vor der Basis, die zu entscheidenden Themen überhaupt nicht gefragt wird, rechtfertigt sich die Parteiführung damit, daß es angesichts der Übermacht der bürgerlichen Medien leider nötig sei, schnelle Entscheidungen ohne Diskussion zu fällen.

INHALT

WBO.....3
Frankreich '86.....4
Mitterand.....6
Ruhrgebiet.....7
Nordirland.....8
Adabei.....12
WAZ.....12
1. Mai.....13
SJ.....14
Privatisierung.....14
Arbeitsamt.....15
Gewerkschaft.....16

Vorwärts 1986



VORWÄRTS

MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SJ, SPÖ & GEWERKSCHAFTEN

Nr.23 1990 Preis 7.- Solidaritätspreis 10.-

SPÖ in die Offensive

Die Demoralisierungskampagne der bürgerlichen Presse gegen die Arbeiterorganisationen erhielt am 7.Oktober einen erfreulichen Dämpfer. Während die SPÖ ihre relative Mehrheit halten konnte, erlitt die ÖVP das größte Desaster in ihrer ruhmlosen Geschichte. So weit, so gut - aber Anlaß zum Jubel für Österreichs Arbeiter ist diese Wahl leider noch lange nicht.

Der Sieg der SPÖ hat einen Namen. "VRANZ" tönt es von Volksstimme bis Presse, von Pilz bis Riegler und vor allem - inzwischen schon etwas penetrant - aus der Löwelstraße. Fast steht, daß die ÖVP der verdiente Verlierer ist. Aber die SPÖ hat deshalb noch lange nicht gewonnen - im Gegenteil. Vielmehr wurde das katastrophale Ergebnis von 1986 zementiert, bzw. sogar unterschritten. Noch mehr Stammwähler als bei der letzten Wahl sind aufgrund der Politik der Parteiführung diesmal zu Hause geblieben. Dafür ist Vranitzky bzw. die Linie, die er repräsentiert und der Partei aufdrückt, letztlich in hohem Maße verantwortlich.

Ob die Vorzugsstimmenkampagne tatsächlich den Ausschlag gegeben hat, ist mehr als fraglich. Der Wiener Parteivorsitzende Mayr analysierte hierzu völlig richtig: "Von den 43% Vorzugsstimmen (in Wien) waren nur 1% ohne Kreuz für die SPÖ. Das waren fast alles SPÖ-Wähler und nicht Schwarze oder Blaue." Und nicht wegen des stetigen Rechtsrucks der Parteiführung (der ja im Wahlkampf - aus gutem Grund -in den Hintergrund trat) bekam Vranz seine Vorzugsstimmen, sondern wegen des angepriesenen

Den Arbeitern zum Hohn
- Große Koalition

Inhalt:

8.Dezember.....3
Oktoberstreik 1950.....4
Internationales.....5
Schülervertretung.....6
KV-Verhandlungen.....7
Asis raus.....8
Verstaatlicht!.....10
Gegen Nazis.....11
Cuba.....12
Ungarn.....14
Kampffond.....14
Wahlkampf.....15
Studenten statt Heer.....15
Was wir wollen.....16

Vorwärts 1990



VORWÄRTS

ZEITUNG DER MARXISTEN IN SJ, SPÖ & GEWERKSCHAFTEN

ACHTUNG Gefahr von Rechts!

Darum:
SPÖ wählen! SPÖ verändern!

Vorwärts ca. 1992

neue Mitglieder zu gewinnen – entscheidend war dabei sicher, dass die Arbeit in der Sozialdemokratie für kommunistische Jugendliche denkbar unattraktiv schien.[447]

Bis 1991 konnten – nach Margareten – auch die SJ-Bezirke Landstraße, Mariahilf, Brigittenau und Liesing übernommen werden. Die Zahl der in *Vorwärts* Organisierten stieg deutlich an, darunter in dieser Phase etwa Karin Wottawa oder Harry Mahrer. Es gelang nun auch, Kontakt zu SJler/innen in Niederösterreich, Salzburg und Vorarlberg herzustellen. (Ende) 1991 dürfte die Gruppe in etwa 30 Mitglieder gehabt haben[448] und war damit – angesichts des Niederganges der SOAL in den Jahren zuvor – die stärkste Gruppe des Spektrums mit trotzkistischem Anspruch.

Bereits in die Anti-Golfkrieg-Bewegung von 1991 hatte das *Vorwärts* gestärkt gehen können. Allerdings zeigte die hauptsächlich aus sehr jungen Leuten bestehende Gruppe anfangs politische Unsicherheiten: Sie hatte in einer ersten Reaktion zur Situation am Golf die alte opportunistische Linie, die das CWI zum britischen Falklandkrieg von 1982 bezogen hatte, reproduziert, die Annexion Kuwaits durch den Irak als „imperialistische Aggression“ bezeichnet und eine neutrale Position eingenommen; offenkundig wurde erst nach einer Besprechung mit der Londoner Zentrale die Vorwärts-Propaganda der neuen CWI-Position, die sich diesmal gegen den Krieg des US- und britischen Imperialismus stellte, angepasst.[449]

In der Wiener SJ hatte sich die relative Bedeutung des *Vorwärts* aufgrund des Niedergangs der meisten anderen SJ-Gruppen bis 1991 deutlich erhöht. 1991 wurde auf der Landeskonferenz der SJ Wien die *Vorwärts*-Resolution *Marx statt Management* angenommen, die eine marxistisch ausgerichtete SJ forderte. Die SJ-Führung empfand die Situation zunehmend als bedrohlich. Auch die Gründung des *Antifaschistischen Komitees* durch das *Vorwärts*, an der 250 Jugendliche teilnahmen, zeigte der SJ-Bürokratie, dass ihr hier ein Problem entstanden war. Hatte *Vorwärts* bei der SJ-Landeskonferenz 1991 noch 20 Delegierte gehabt, waren es 1992 bereits 40 (bei insgesamt 120 Delegierten, die die Bürokratie aber selten voll ausschöpfte). Die Vorwärtsler/innen kandidierten nun auch für alle wichtigen Funktionen in der Landesorganisation, Evers etwa für den Landesvorsitz, und schlossen einen Pakt mit weiteren SJ-Gruppen.[450]

Angesichts der Gefahr für ihre bürokratische Macht entschied sich die SJ-Wien-Führung zum „Befreiungsschlag“ und schloss im März 1992, eineinhalb Wochen vor der Landeskonferenz, fünf führende Vorwärtsler/innen (John Evers, Michael Gehmacher, Sonja Grusch, Andrea Koch und David Mum) aus der SJ aus. Ausschlussanträge hatte es auch gegen Kerschbaum und Bonvalot gegeben, denn die SJ-Führung wollte

---

[447] Gespräch mit Bonvalot, a.a.O.

[448] Evers, a.a.O., S.251, Pittler, a.a.O., S.18 und Nitzsche, a.a.O., S.106

[449] Vorwärts, Nr. 22, zitiert nach: rebel, Nr. 10, April 1991, S.8. Die RKL-Jugendgruppe *rebel* machte sich unter dem Titel „Vorwärts: London Calling“ über den Positionswechsel der österreichischen CWI-Sektion lustig. Der Hintergrund der unterschiedlichen Positionen der CWI-Führung war wohl, dass die Labour-Arbeiter/innen 1982 den Krieg unterstützten, während 1991 in der britischen Bevölkerung pazifistische Tendenzen überwogen. Genaueres dazu siehe in: Eric Wegner: CWI & IMT, S.72-78 und S.162-167

[450] Evers, a.a.O., S.251, Gespräch mit Bonvalot, SLP, a.a.O., S.26 und Pittler, a.a.O., S.22

vor allem Evers, Grusch, Bonvalot, Gehmacher und Kerschbaum aus der Organisation haben. Sie argumentierte die Ausschlussanträge aber nicht politisch, sondern mit bestimmten Funktionen. Nachdem sie aber Kerschbaum und Bonvalot unfähiger Weise Funktionen angedichtet hatte, die diese gar nicht innehatten, mussten die Anträge fallen gelassen werden.

Außerdem löste die SJ-Bürokratie vier *Vorwärts*-dominierte SJ-Bezirke (Margareten, Mariahilf, Brigittenau und Liesing) auf und stellte die SJ Landstraße unter Kuratel. 200 SJ-Mitglieder (von insgesamt 1.000) erhielten „Heimverbot". Durchgeführt wurden diese Repressalien von der damaligen SJ-Führungsclique Andreas Schieder, Sonja Wehsely und Kai Jan Krainer, die sich mit dieser Parteiloyalität allesamt für „höhere" Aufgaben empfahlen.[451] Das *Vorwärts* hatte zwar auf der Landeskonferenz weiterhin seine 40 Delegierten, doch die Reihen der Bürokratie waren geschlossen worden, und zuvor mit dem *Vorwärts* verbündete Bezirksgruppen wurden mit Posten gekauft.

Begründet wurden die bürokratischen Maßnahmen mit angeblich „organisationsschädigendem" Verhalten der Ausgeschlossenen, mit angeblichen Kassabuchfälschungen und damit, dass das *Vorwärts* eine eigene Organisation sei, die die SJ „unterwandert". Natürlich war es richtig, dass das *Vorwärts* eine eigene Organisation war (und das aufgrund des Langzeitentrismus nicht offen sagte). Der tatsächliche Grund für die Ausschlüsse und die Bezirksauflösungen war freilich die Absicht, den Einfluss des *Vorwärts* in der Wiener SJ wenn schon nicht zu zerschlagen, so doch zumindest zurückzudrängen. Als Hintergrund sah das *Vorwärts* weiters, dass eine Kampagne gegen den EG/EU-Beitritt gefahren wurde, die der SPÖ-Führung ein Dorn im Auge gewesen sei.[452] Real dürfte es aber mindestens ebenso sehr um den Machterhalt der SJ-Bürokratie gegangen sein, die unabhängig von konkreten politischen Ereignissen um ihre Macht und ihre Karriere fürchtete.

Das *Vorwärts* reagierte mit einer Gegenoffensive, klagte die SJ-Führung als bürokratisch an und konnte dadurch eine verhältnismäßig breite Solidarisierung in der Linken und auch von anderen Teilen der SJ und von etlichen SPÖ-Mitgliedern erreichen. Auf diese Weise ging das *Vorwärts* insgesamt aus dieser heiklen Situation gestärkt hervor, führte die aufgelösten SJ-Bezirke (unter Teilnahme der Ausgeschlossenen) in anderen Räumlichkeiten weiter, konnte neue Mitglieder gewinnen und die Bundesländerkontakte – die SJ-Gruppen *Aufbruch* in Salzburg und *Funke* in Feldkirch – als *Vorwärts*-Gruppen stabilisieren. Nach einiger Zeit sah sich die SJ-Führung schließlich gezwungen, die geschlossenen Bezirke (außer der *Vorwärts*-Hochburg Margareten) schrittweise wieder zu öffnen.

---

[451] Pittler, a.a.O., S.22, Gespräch mit Bonvalot und SLP, a.a.O., S.25. Andreas Schieder ist heute Finanzstaatssekretär, Sonja Wehsely gehört der Wiener Landesregierung an, Kai Jan Krainer ist Budget- und Finanzsprecher der SPÖ-Parlamentsfraktion. Pikant an der Sache ist auch, dass Wehsely mit dieser Aktion unter anderem ihre Jugendfreundin Sonja Grusch aus der SJ warf.

[452] SLP, a.a.O., S.25 und Pittler, a.a.O., S.22f. Sonja Grusch weist darauf hin, dass, wenn das *Vorwärts* die Wahlen gewonnen hätte, die wichtigste SJ-Landesorganisation kurz vor der Volksabstimmung mit vollem Budget und vielen Aktivist/inn/en mit einer Anti-EU-Kampagne gestartet wäre (Nitzsche, a.a.O., S.106).

Auch in Salzburg attackierte die Bürokratie das *Vorwärts*. Das Salzburger *Vorwärts* hatte sich in kurzer Zeit sehr gut aufgebaut und einige SJ-Aktivist/inn/en, unter anderem Manfred W., den Landesschulsprecher für den AHS-Bereich, gewinnen können. Unterstützt wurde der Aufbau von Claudia Sorger, die aus privaten Gründen für einige Zeit nach Salzburg übersiedelt war. In Salzburg wurde nach den Wiener Ausschlüssen weiterhin zweigleisig gefahren, einerseits mit der SJ-Gruppe *Aufbruch*, andererseits mit einer erfolgreichen Gruppe des Antifa-Komitees. Im Jänner 1993 schließlich schlug die SJ-Bürokratie zu, vier *Vorwärts*-Mitglieder wurden ausgeschlossen und die SJ-Gruppe wurde aufgelöst (die Ausschlüsse wurden kurz danach in ein „Funktions- und Büroverbot" umgewandelt). Auch hier reagierte das *Vorwärts* mit einer Gegenkampagne.[453]

Dass das *Vorwärts* angesichts der Ausschlüsse mit relativ eindeutigen Gegenoffensiven antwortete, deutete bereits die politische Wende im CWI an. Früher war in allen CWI-Sektionen bei Konflikten mit den reformistischen Führungen das primäre taktische Ziel das Verbleiben möglichst großer Teile der Organisationen in den reformistischen Parteien, um bei den erwarteten späteren großen inneren Differenzierungen am richtigen Ort zu sein. Deshalb wurde versucht, eine völlige Zuspitzung, die womöglich zum totalen Bruch hätte führen können, zu vermeiden.[454] Nun ließ das *Vorwärts* es auf einen solchen Bruch zunehmend eher ankommen.

Die Gründung der *Jugend für Sozialismus* (JFS) in Wien als eine Art potenzieller Ersatz für die SJ deutete in diese Richtung, erwies sich aber als „eher kurzzeitige Totgeburt" und wurde bald wieder aufgegeben. Auch wenn das *Vorwärts* vorläufig noch in der Sozialdemokratie verblieb, so wiesen doch zunehmend Zeichen weg von dieser. Vor allem wurde die Arbeit real immer mehr auf das *Antifa-Komitee* verlagert, obwohl die Positionen in der Sozialdemokratie – in der SJ, in der Jungen Generation der SPÖ oder in der SPÖ selbst – weiterhin gehalten wurden und auch Aktivität entfaltet wurde.[455]

Der Hintergrund für diese Entwicklung war die Spaltung des britischen *Militant* 1991 und in der Folge schließlich des CWI. Die Mehrheitsströmung in *Militant* um Peter Taaffe trat – angesichts der raschen Rechtsentwicklung der Labour-Führung, der abnehmenden Dichte der Mitgliedschaft in der Labour-Party und den ihr angeschlossenen Gewerkschaften und angesichts des zurückgehenden Vertrauens der Arbeiter/innen/klasse in die Labour Party – für eine Abkehr vom jahrzehntelangen Entrismus ein. Ausgangspunkt für die Entwicklung war die Kampagne gegen das von Thatcher geplante reaktionäre Steuersystem der poll-tax, an der sich an die acht Millionen Arbeiter/innen beteiligten, die 1990 zu Mobilisierungen von Hunderttausenden führte, die eindeutig von *Militant* geführt wurden, von der *Militant* aber nicht im erhofften Ausmaß profitieren konnte – vor allem weil die Aktivist/inn/en der Bewegung

[453] Vorwärts, Nr. 37/1993, S.13

[454] Zur Kritik an diesem Konzept, das zu einer politischen Anpassung an den Reformismus führte, siehe: Wegner, a.a.O., S.22-34, S.49-59 und S.63-138

[455] Gespräch mit Bonvalot, a.a.O.

keine Lust hatten, sich dem Entrismus *Militants* in die Labour Party anzuschließen (und in der Folge lieber Organisationen außerhalb beitraten).[456]

Die Gruppe um Taaffe zog daraus den Schluss, zunehmend auf einen unabhängigen Organisationsaufbau zu setzen, während die traditionelle Führung um Ted Grant am bisherigen Konzept festhielt. Grant und sein Hauptmitstreiter Alan Woods, die in Großbritannien selbst nur eine relativ kleine Minderheit hinter sich hatten, wurden schließlich 1992 aus dem *Militant* ausgeschlossen. Die Spaltung setzte sich international im CWI fort, wobei in einigen Ländern die Mehrheit von Sektionen mit Grant ging.[457]

Die neue Linie Taaffes wurde im verbliebenen Teil des CWI zunehmend umgesetzt. In Schottland, England, Deutschland und Schweden kam die so genannte „offene Wende" zum Aufbau unabhängiger Organisationen rasch. Österreich wurde aufgrund der immer noch relativ stark verankerten Sozialdemokratie einige Jahre als eine Art Sonderfall betrachtet. Das *Vorwärts* verblieb vorerst in SJ und SPÖ, was von Sonja Grusch rückblickend als Fehler betrachtet wurde; es wäre besser gewesen, die Dynamik rund um die Ausschlüsse 1992 für die Etablierung einer eigenständigen Organisation zu nutzen.[458] Allerdings gab es auch in Österreich bereits Anfang der 1990er Jahre Schritte hin zu einer offeneren Arbeit.

Ein erster Ausdruck davon war, dass das *Vorwärts* nicht mehr die ganze Kraft auf den Ausbau des Einflusses in der SJ konzentrierte, sondern immer stärker auf unabhängige antifaschistische und antirassistische Jugendarbeit setzte. 1992 wurde, wie erwähnt, auf Initiative des *Vorwärts* das *Antifa-Komitee der SchülerInnen und Lehrlinge Wiens* gegründet (der Zusatz wurde bald weggelassen). Das *Antifa-Komitee* konnte bereits auf der Gründungsveranstaltung über 100 Mitglieder werben und war anfänglich nach Schulen strukturiert; es gab bis zu 18 Schulgruppen. Dann wurde das Ganze allerdings in sechs Regionalgruppen umgebaut,[459] dazu kam eine Lehrlingsgruppe (die zwei nicht *Vorwärts*-dominierten Gruppen im 1. und 10. Bezirk brachen 1993 weg, somit blieben fünf Gruppen in Wien).[460]

Das *Antifa-Komitee* brachte in den folgenden Jahren – vor dem Hintergrund der migrant/inn/enfeindlichen Gesetze von SPÖ-Innenminister Löschnak, der rassistischen

[456] Wegner, a.a.O., S.139-147

[457] ebd., S.148-171

[458] Gespräch mit Sonja Grusch, November 2010. Grusch meinte, das Vorwärts habe die Ausrichtung an der Entwicklung der SPÖ festgemacht, nicht an der der Jugendorganisation SJ, wo die Entfremdung von der Sozialdemokratie früher stattgefunden habe. Jedenfalls habe Vorwärts mit dem Bruch zu lange gewartet.

[459] Gespräche mit Bonvalot und Grusch, a.a.O.; Grusch und Bonvalot kamen unabhängig voneinander zum Schluss, dass Schulgruppen generell nicht gut dauerhaft zu führen sind und dass deshalb der Umstieg auf Regionalgruppen notwendig gewesen sei.

[460] Die Gruppe im 1. Bezirk war sehr klein und politisch diffus, interessanter war die Entwicklung der Gruppe im 10. Bezirk. Als *Antifa 10* war sie sehr relevant für den Wiederaufbau autonomer Strukturen nach einem Zusammenbruch Ende der 1980er/Anfang der 1990er Jahre. Teile der *Antifa 10* waren später nach heftigen Richtungsstreitigkeiten, in die auch die RKL intervenierte, an der Gründung der stalinistischen Komak/ML (heute IA-RKP) beteiligt, aus anderen Teilen ging die anarchistische *Rosa Antifa Wien* hervor.

Demagogie der FPÖ und der faschistischen Anschläge in Deutschland und Österreich – Tausende Jugendliche gegen Rassismus und Faschismus auf die Straße und wurde zu einem realen politischen Faktor. Durch dieses Komitee baute sich das *Vorwärts* einen mehr oder weniger stabilen Einfluss im Schüler/innen/milieu auf. Das *Antifa-Komitee*, das inzwischen zur österreichischen Sektion der vom CWI geführten Bewegung *Jugend gegen Rassismus in Europa* (JRE) geworden war und sich entsprechend umbenannte, beteiligte sich auch bereits im Oktober 1992 an einer europaweiten antirassistischen Großdemonstration in Brüssel. Von Österreich aus konnten etwa 300 Leute nach Belgien mobilisiert werden, was für das *Vorwärts* einen großen Erfolg darstellte.[461] Auf der Grundlage der JRE-Arbeit war das *Vorwärts* bis Ende 1993 auf 40 Mitglieder[462] (plus erhebliches Umfeld) angewachsen und damit in diesen Jahren die stärkste Kraft des trotzkistischen Spektrums. Auch in Salzburg und Feldkirch wurde versucht, mit antirassistischer Jugendarbeit voranzukommen, was in Salzburg gut gelang, in Vorarlberg hingegen nicht in dem Ausmaß wie in Wien. Nachdem ein wichtiger Genosse aus Salzburg nach Wien übersiedelte, kam das dortige *Vorwärts* schließlich wieder zum Erliegen. Dazu kam 1993 schließlich der Bruch mit der Vorarlberger Gruppe.

Die Vorarlberger Gruppe um Markus Kaufmann und David Mayer war als zwischen trotzkistischen und anarchistischen Positionen stehende Gruppe außerhalb der SJ entstanden und vom *Vorwärts* von der Arbeit in der SJ überzeugt worden. Nun wollte sie die SJ-Arbeit, die gerade ganz gut angelaufen war, fortsetzen, während die Führung in Wien, obwohl ja in Österreich die offene Wende noch lange nicht beschlossen war, auf eine Umorientierung auf den Aufbau von antifaschistischen Jugend-Komitees beharrte. Unter diesem Druck begannen sich Kaufmann und Mayer nun für die Positionen der abgespaltenen CWI-Minderheit um Grant/Woods zu interessieren. Bei einer Diskussion der Differenzen im breiteren *Vorwärts*-Führungsgremium kam es zu einer Zuspitzung, anwesende CWI-Hauptamtliche agierten sehr scharf gegen die Kritiker/innen, und Kaufmann und Mayer entschieden sich für den Austritt aus Vorwärts/CWI. Aus den abgespalteten Vorarlberger/inne/n und dem bereits zuvor individuell aus dem *Vorwärts* ausgetretenen Niederösterreicher Gernot Trausmuth sollte in der Folge die Gruppe *Der Funke* entstehen.[463]

Numerisch und stimmungsmäßig spielten diese einzelnen Austritte für das *Vorwärts* in dieser Phase keine relevante Rolle. Insgesamt hatte das *Vorwärts* aber mit Salzburg und Vorarlberg zwei damals bestehende Ansatzpunkte für einen Aufbau außerhalb Wiens wieder verloren. Das änderte aber nichts daran, dass das *Vorwärts* in den frühen 1990er Jahren eine wachsende und dynamische Organisation war. 1995 wurde die Marke von 50 Mitgliedern erreicht.[464] Die anstehende *offene Wende* wird noch zu diskutieren sein.

---

[461] Gespräch mit Bonvalot, a.a.O.

[462] Angabe nach dem internen Bericht am CWI-Weltkongress

[463] Interview mit einem ehemaligen CMI-Mitglied, September 2008. Grusch sah „persönliche Gründe“ hinter der Abspaltung der Vorarlberger Gruppe (Gespräch mit Grusch, a.a.O.)

[464] Angabe nach: Perspektiven für MarxistInnen in Österreich (internes Vorwärts-Konferenzpapier), Wien 1996, S.3

9. Organisationen von Anfang der 1990er Jahre bis heute

Die frühen 1990er Jahre waren für die internationale Arbeiter/innen/bewegung und die Linke ein Wendepunkt. Nach dem Zusammenbruch des so genannten „realen Sozialismus“ und der damit einher gehenden ideologischen Offensive der herrschenden Klasse gerieten nicht nur die stalinistischen Parteien, sondern auch große Teile der Linken in eine Krise. Vorstellungen einer Systemalternative zum Kapitalismus waren in großen Teilen der Gesellschaft diskreditiert, auch die Strömungen aus trotzkistischer Tradition, die den Stalinismus immer kritisiert hatten, konnten dieser Stimmung nicht entgehen. Viele waren von Rückschlägen und Orientierungslosigkeit betroffen, insbesondere in den frühen 1990er Jahren, als die bürgerliche Offensive am stärksten war.

Die österreichischen Strömungen mit trotzkistischem Anspruch befanden sich Anfang der 1990er Jahren in einer veränderten Situation. Ihr relatives Gewicht in der Linken hatte sich angesichts des Kollapses des Maoismus und des Niedergangs von KPÖ und SJ erhöht. Gleichzeitig hatte es innerhalb der trotzkistischen „Szene“ deutliche Verschiebungen gegeben: Die lange Zeit dominante GRM/SOAL hatte seit Mitte der 1980er Jahre eine massive Schwächung erfahren, gleichzeitig waren mit ArbeiterInnenstandpunkt und Vorwärts zwei andere Strömungen aufgestiegen, die nun eine größere Rolle spielten. Anfang/Mitte der 1990er Jahren kamen dann – durch Abspaltungen oder durch ausländische Aktivist/inn/en neu aufgebaut – weitere Strömungen hinzu, die sich bald einen Stellenwert in der Linken eroberten: die Arbeitsgruppe Marxismus (AGM), die Funke-Strömung sowie die Linkswende und Ende des Jahrzehntes dann auch noch die Antifaschistische Linke (AL).

In den letzten zwanzig Jahren hat sich die Anzahl der in Strömungen aus trotzkistischer Tradition organisierten Aktivist/inn/en verdoppelt oder sogar verdreifacht. Im innerlinken Kräfteverhältnis ist die Bedeutung dieser Strömungen deutlich gewachsen; allerdings sind Politik und Ausrichtung der verschiedenen Strömungen sehr unterschiedlich, sodass eine Kategorisierung als ein auch nur irgendwie einheitlicher „österreichischer Trotzkismus“ nur mäßig Sinn macht.

In der letzten Jahren war im „trotzkistischen“ Spektrum keine der Organisationen dominant. War die GRM/SOAL von Anfang der 1970er bis Ende der 1980er Jahre die klare Nummer 1 und nahm das Vorwärts von Anfang bis Ende der 1990er Jahre diese Position ein, so sieht das heute anders aus. In Wien, dem eindeutigen Zentrum der österreichischen Arbeiter/innen/bewegung, der Linken und damit auch der trotzkistischen Strömungen, bestanden in den letzten Jahren (in alphabetischer Reihenfolge) mit Funke, Linkswende, LSR/ASt, RSO und SLP fünf in etwa gleich starke Organisationen, von denen aber nur zwei, nämlich Funke und SLP, zusätzlich auch außerhalb Wiens substanziell vertreten sind.

Allerdings hatte, wie die gesamte radikale Linke in Österreich, keine dieser Organisationen eine relevante Verankerung zumindest in Teilen der Kernschichten der Arbeiter/innen/klasse und erst recht nicht in den Großbetrieben – was für Strömungen mit marxistischem Anspruch eine dramatische Schwäche darstellt. Die meisten dieser Organisationen versuchten nicht einmal eine systematische Politik in diese Richtung, sondern bewegten sich hauptsächlich in der von Studierenden, Schüler/inne/n und Intellektuellen geprägten linken Szene und orientierten sich auf von diesem Milieu geprägte Bewegungen. In der Folge ist der österreichische Trotzkismus seit den frühen 1990er Jahren trotz eines numerischen Wachstums dem Aufbau einer in den Betrieben verankerten revolutionären Arbeiter/innen/partei nicht nennenswert näher gekommen.

9.1. Sozialistische Alternative

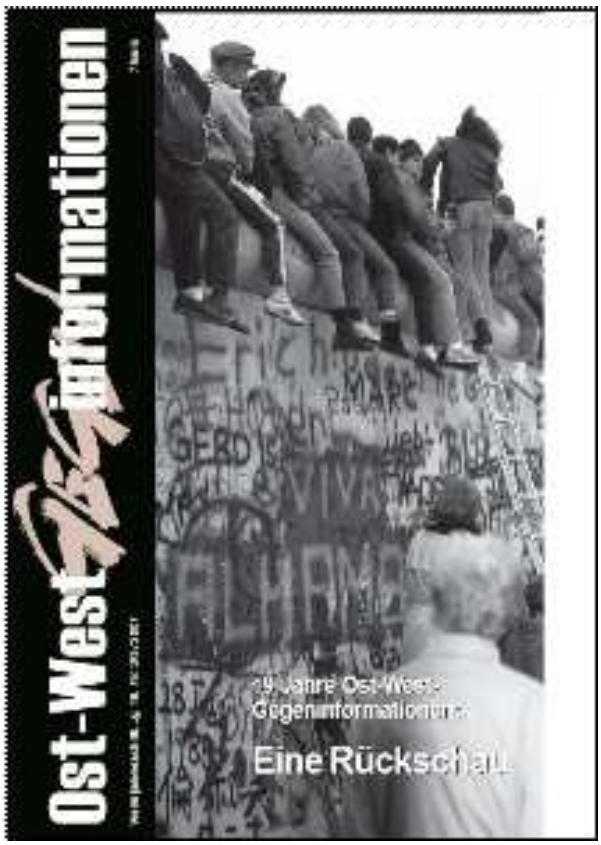
Die österreichische Sektion des Vereinigten Sekretariats der Vierten Internationale (VS) hatte in den 1980er Jahren einen starken personellen Niedergang erlebt. Viele von denjenigen, die sich in den 1970er Jahren, oftmals mit großen revolutionären Hoffnungen, organisiert hatten, hatten sich angesichts des Roll-Backs in den 1980ern zu Privatleben und bürgerlicher Karriere zurückgezogen. Die Ortsgruppen in Salzburg und Linz waren zusammengebrochen. Führende Kader wie Raimund Löw, Rainer Bauböck oder Georg Hofmann-Ostenhof waren ab Mitte der 1980er Jahre immer mehr zu bürgerlich-liberalen Positionen übergegangen. 1988/89 ging dann auch noch in Wien, der mit Abstand größten Ortsgruppe, die große Mehrheit der jungen Aktivist/inn/en verloren; sie hatten die Ausrichtung der SOAL auf die Grünen abgelehnt.

Die Orientierung auf die Grünen verlief allerdings keineswegs so, wie sich das die Hauptprotagonist/inn/en in der SOAL vorgestellt hatten. Erstens entwickelten sich die Grünen doch rasch zu einer sehr normalen, etablierten bürgerlich-liberalen Partei, wo kaum Räume für eine linksradikal-antikapitalistische Intervention entstanden. Zweitens hatten sich mittlerweile die meisten derjenigen SOAL-Mitglieder, die in der zweiten Hälfte der 1980er Jahren von einer Umwandlung der Grünen in eine neue, linke Arbeiter/innen/partei geträumt hatten, aus der SOAL und von antikapitalistischer Politik überhaupt zurückgezogen. Als dann Anfang der 1990er Jahre auch noch Hermann Dworczak ernsthaft erkrankte und für mehrere Jahre ausfiel, war das Personal für eine solche Intervention extrem zusammengeschrumpft. Die Versuche, in den Grünen „einen linken Flügel“ aufzubauen, mussten so im Ansatz stecken bleiben.

In Wien war es einzig Franz Floss, der sich systematisch an den Grünen beteiligte. Mangels kollektiver Unterstützung verkam das aber rasch zu einem diffus-linken individuellen Projekt, mit dem Floss zu einem bezahlten Funktionär der Grünen, nämlich ihrem Bundessprecher, wurde. Er agierte dabei nicht mehr als Mitglied der SOAL, sondern als – vergleichsweise linker – Spitzenpolitiker einer bürgerlich-liberalen Parlamentspartei, der dann auch bald nicht mehr für die SOAL aktiv war. Die Idee, dass sich Gudrun Hauer und andere weibliche SOAL-Mitglieder bei den Grünen Frauen verankern, versandete rasch; Hauer orientierte sich auch immer mehr ausschließlich auf feministische Publikationen und akademische Karriere. Eine Verankerung an einer „grünen Basis“ in den Bezirken kam nicht in Gange – vor allem,

weil es bei den Grünen kaum eine aktive organisierte Basis gab. In der dünnen Basis-Schicht der Grünen dominierten, neben etlichen Leuten aus ziemlich bürgerlichen Milieus, außerdem auch noch nach rechts gewanderte Ex-Maoist/inn/en oder ehemalige Eurokommunist/inn/en wie Schani Margulies, die sich ihre Abneigung gegen „die Trotzkisten“ erhalten hatten und gegenüber SOAList/inn/en in den Grünen entsprechend auftraten.

Angesichts dieser Situation wurde die Grün-Intervention der SOAL in Wien Anfang der 1990er Jahre eingestellt. Aufgrund all der Abgänge von führenden Kadern der ehemaligen „rechten“ Mehrheit (Löw, Hofmann-Ostenhof, Bauböck, Floss, Dworczak), die für wechselnde diffuse Linksprojekte gestanden waren, fiel die Führung der SOAL den verbliebenen Genossen der Minderheit von 1979/80 zu, die damals für einen Parteiaufbau mit Ausrichtung auf die Arbeiter/innen/klasse eingetreten war. Diese Gruppe, im Kern Bernhard Amanshauser, Boris Jezek und Gianni Riva, war dem Projekt, die Grünen irgendwie nach links zu treiben, ohnehin von Anfang an skeptisch gegenüber gestanden. Dementsprechend verlief die Einstellung dieser Intervention in Wien ohne große Debatte.[465]



Etwas anders war die Situation in Graz, wo weiterhin eine kleine SOAL-Ortsgruppe bestand. Diese Gruppe um Johann Schögler, John Gaisbacher und Christian Stenner hatte von Anfang an zu den Hauptprotagonisten der Grün-Orientierung gezählt. Sie betrieben die Beteiligung an den Grünen systematischer, sowohl an der Grazer Uni als auch in der Stadtorganisation. Besonders Stenner spielte – als bekannter SOAL-Vertreter – bei den steirischen Grünen eine Zeit lang eine relevante Rolle. Obwohl die Grün-Intervention der Grazer SOAL länger und bemühter betrieben wurde, war das Ergebnis letztlich ebenso mager wie in Wien: An der Gesamtentwicklung der Grünen Partei konnte nichts geändert werden. Die Grazer Ortsgruppe, die seit langem recht autonom agierte, hatte außerdem noch jahrelang die *Ost-West-Gegeninformationen* herausgegeben, die Diskussionen und Entwicklungen der ost- und südosteuropäischen Linken dokumentierte.

Die Wende in Osteuropa in den Jahren 1989/90 war für die SOAL eine ambivalente Sache. Anfangs hatte man – im Schlepptau der optimistischen Analysen von Ernest Mandel – Hoffnungen auf eine politische Revolution in der Sowjetunion und den anderen stalinistischen Staaten. VS-Kontakte nach Ostberlin, die ČSSR und so weiter wurden erneuert, und auch SOAL-Mitglieder beteiligten sich an entsprechenden Rei-

[465] Gespräch mit Boris Jezek, September 2010

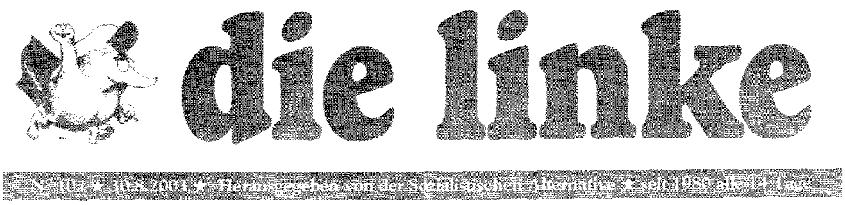
sen und Diskussionen. Die VS-Linie bedeutete aber auch eine zu wenig kritische und letztlich opportunistische Anpassung an so manche Reformströmungen der stalinistischen Bürokratie, die sich anfänglich noch „sozialistisch“ gaben, bald aber Richtung Konterrevolution kippten. So hat die SOAL etwa im Januar 1990 Arkadi Muraschow von der damaligen „interregionalen Gruppe“ um Boris Jelzin nach Wien eingeladen, der zwei Jahre später unter Jelzin zum Polizeipräsidenten von Moskau wurde. Mit der Durchsetzung der kapitalistischen Konterrevolution in Osteuropa und der Marginalisierung der dortigen Linken setzte auch in der SOAL eine Enttäuschung ein, wie sie in großen Teilen der Linken vorhanden war. Allerdings hatte die SOAL dadurch, anders als viele andere linke Strömungen, keine weiteren personellen Verluste; die Leute, die sich von antikapitalistischer Politik verabschiedeten, hatten das im Fall der SOAL bereits vorher getan.

Neuen Schwung brachte für die SOAL während des Bosnienkrieges 1992 bis 1995 eine Solidaritätskampagne für multiethnische Kräfte. Zuvor hatten SOAL-Mitglieder bereits intensive Debatten über den Zerfall Jugoslawiens mit der VS-Führerin Catherine Samary, die gegenüber der „humanitären“ imperialistischen Intervention eine weiche bis opportunistische Position eingenommen hatte. Die Solidaritätskampagne der SOAL bestand anfänglich im Sammeln von Spenden für die bosnische Zeitung *Oslobodenje*, die in den ersten Phasen des Krieges eine antinationalistische Position eingenommen hatte. Schließlich beteiligte sich die SOAL an *International Workers Aid* und organisierte mehrere LKW-Transporte von Wien zu den multiethnischen Gewerkschaften in Tuzla.

Mitte der 1990er Jahre hatte sich die SOAL als kleine Gruppe konsolidiert. Neben Riva, Jezek und Amanshauser arbeitete in Wien etwa eine Handvoll weiterer Genoss/inn/en regelmäßig mit, beteiligte sich an Versammlungen und/oder der Zeitungsredaktion. Darunter war auch noch immer Heinrich Thomas, der bis zu seinem Tod im Jahr 2002 zu den Gruppentreffen kam. 1998 wurde immerhin der führende Vorwärts-Aktivist Thomas Kerschbaum gewonnen, der aus stark persönlichen Gründen die Vorwärts-Strömung verlassen hatte. Darüber hinaus gab es weiterhin einige Mitglieder in Graz und Wilfried Hanser in Innsbruck. Die Herausgabe der vierzehntägig erscheinenden Zeitschrift *die linke* wurde zum wesentlichen Projekt, das die Gruppe zusammen hielt.

Obwohl nun die alte, damals vergleichsweise trotzkistisch-orthodoxe Minderheit die Organisation führte, verabschiedete sich auch dieser verbliebene Rest der SOAL schleichend immer mehr von einem Parteiaufbauprojekt. Dafür spielten sicherlich die gescheiterten früheren Versuche der GRM/SOAL eine Rolle: Angesichts dessen, dass man in den 1970er Jahren eine relativ große Organisation war, schien eine Organisationsaufbauperspektive für eine Kleingruppe, die über faktisch keine jungen Mitglieder verfügte, wohl nicht sehr motivierend.

In der SOAL wurde die Theorie entwickelt, dass sich die Gesellschaft so sehr nach rechts verschoben hätte, dass es gelte, „alle linken Ansätze und Bewegung zu unterstützen und zusammen zu bringen“. So sollte erst einmal ein Milieu geschaffen werden, in dem man dann später eine revolutionäre Organisation aufbauen könne. Die aktuelle historische Aufgabe sei, die „Verdichtung von kritischem Potential zu för-



dern“. Organisationsaufbau sei heute „nicht prioritär“ (obwohl die SOAL schon gerne Leute aufnehme, wenn es sich ergebe).[466]

Diese Positionen sind sicherlich eine Theoretisierung der eigenen Schwäche und Ausdruck einer gewissen Entmutigung auch bei den SOAL-Genoss/inn/en, die weiter in einem antikapitalistischen Sinne politisch aktiv geblieben sind. Es handelt sich um ein Etappenkonzept (erst ein „kritisches“ Milieu, dann eine revolutionäre Organisation), das ein schematisches Verständnis von Bewusstseinsentwicklung impliziert. Das SOAL-Konzept übersieht, dass ohne eine systematische politische und organisierende Intervention von marxistischen Kräften, diese „kritischen Milieus“ notwendigerweise von diffus-linken und reformistischen Positionen dominiert werden. Sie übersieht aber vor allem, dass ein politisch nur mäßig ausgewiesener Zusammenschluss von ein paar Kleingruppen ohne Verankerung unter den Lohnabhängigen eben am zentralen Problem der radikalen Linken, nämlich genau dieser fehlenden Verankerung, nichts ändert. Stattdessen diskutieren immer dieselben Leute, die sich seit langem aus der „Szene“ kennen, im luftleeren Raum im Kreis (meist bis zum perspektivlosen Auseinanderbrechen des Projektes).



Erste Schritte zu einer pluralistischen revolutionären Alternative

Der Herbst wird mit Sicherheit politisch so heiß wie der Sommer klimatisch. Um nur die größten Brocken zu nennen: geplanter Totalverkauf der Voest-Alpine, Zerschlagung der ÖBB, Kollektivvertragsverhandlungen, „Harmonisierung“ der Pensionssysteme“ – natürlich nach unten.

SCHWARZ-BLAU II geht daran, den neoliberalen Kahlschlag voll umzusetzen und liegt damit im internationalen Trend. Global sollen die Verwertungsbedingungen des Kapitals entscheidend verbessert werden, indem die Sozialpolitik zurückgefahren wird und die Gewerkschaften attackiert werden. Die Sozialdemokraten Schröder und Blair folgen den nämlichen ökonomischen Leitlinien wie Bush oder Berlusconi.

Schon im Frühsommer kam es zu umfangreichen gewerkschaftlichen Abwehrkämpfen

die linke * 30. August 2003

Mit diesem Konzept hat sich die SOAL von trotzkistisch-revolutionären Positionen weit entfernt und sich politisch in die *broad left* aufgelöst. Als eigene Organisationsstruktur ist die SOAL allerdings bisher erhalten geblieben. Ein wichtiger Grund dafür ist sicherlich, dass die SOAL aus Leuten besteht, die seit langem zusammenarbeiteten und gemeinsam eine Zeitschrift publizierten. Trotz dieses Gewohnheitsfaktors fördert das beschriebene SOAL-Konzept aber klarerweise zentrifugale Tendenzen. In etlichen Bereichen arbeiten SOAL-Mitglieder auch individuell nach eigenem Gutdünken, ohne dass das kollektiv abgestimmt wäre. Die SOAL der letzten 20 Jahre war immer

[466] ebd.

weniger eine Organisation im revolutionären oder gar leninistischen Sinn, sondern eher ein loser Zusammenschluss von Genoss/inn/en aus trotzkistischer Tradition.

Neben der Individualpolitik von einzelnen SOAL-Mitgliedern gab es aber auch immer wieder Projekte der SOAL als Kollektiv oder zumindest der führenden Gruppe in der Organisation. Beispielsweise trat man 1996/97 in eine Diskussion mit der Vorwärts-Strömung ein, die parallel mit entsprechenden Debatten der internationalen Führungen von VS und CWI geführt wurde. Laut der österreichischen CWI-Sektion kamen diese Kooperationen „nicht über ein paar unverbindliche Diskussionen (und ein gemeinsames Transparent am 1. Mai 1997) hinaus und wurden von der SOAL im Mai 1997 einseitig beendet".[467] Da auf internationaler Ebene nichts dabei herauskam, war der Prozess auch in Österreich ergebnislos abgebrochen worden. Ende der 1990er Jahre beteiligte sich die SOAL an der *Euromarsch-Bewegung*, einem Versuch, europaweit gegen Sozialabbau und Erwerbslosigkeit zu mobilisieren.

Die im Februar 2000 losgebrochene Massenbewegung gegen die neu formierte Rechtsregierung aus ÖVP und FPÖ bedeutete für die SOAL einen starken Anstieg der Aktivitäten. Die Mitglieder beteiligten sich an den großen Mobilisierungen. Darüber hinaus initiierte die SOAL das Basiskomitee *Ottakring gegen Schwarz-Blau*, an dem sich auch etliche Unorganisierte und schließlich auch die KPÖ beteiligten. Die SOAL hatte in diesem Komitee nicht die Mehrheit, aber doch ziemlichen Einfluss, sodass auch einzelne Personen vorübergehend für die Organisation gewonnen werden konnten. Die Kandidatur des Komitees bei den Bezirksratswahlen 2001 war von Anfang an als Propagandakandidatur angelegt. Mit dem Niedergang der Bewegung gegen die Rechtsregierung zerfiel auch das Komitee in Ottakring wieder. In der Gesamtbewegung war die SOAL – wie die meisten anderen Organisationen aus trotzkistischer Tradition auch – für die Schaffung eines Koordinierungskomitees eingetreten, was aber nicht in der gewünschten Form zustande kam. Nach Ansicht der SOAL wäre die 2000er-Bewegung eine gute Chance für eine Umgruppierung der antikapitalistischen Linken gewesen; Ansätze in diese Richtung seien aber gescheitert, weil alle anderen vor allem auf den Aufbau der jeweilig eigenen Organisation gesetzt hätten.[468]

2004 kam es dann doch zu einer gemeinsamen Kandidatur der SOAL mit der KPÖ zu den EU-Wahlen unter dem Namen LINKE. Dieses Projekt war anfänglich als breiterer Zusammenschluss von linken Kräften konzipiert, verblieb aber real im Stadium einer – wie es Dworczak später anmerkte – „KPÖ plus" (also KPÖ plus SOAL). Die politische Grundlage war ein gemeinsames Bekenntnis zur Orientierung auf die „sozialen Bewegungen".[469] De facto befand sich die SOAL nicht in einem Bündnis mit Teilen der zusammengeschrumpften KPÖ-Basis (die in das Projekt kaum eingebunden war), sondern mit der Führung des KPÖ-Parteiapparates um Walter Baier und Didi Zach, die sich vom offenen Bezug auf Stalin distanzierten und die gesellschaftliche Isolation durch diffus-linke Einheitsprojekte im Rahmen einer klassenunspezifischen „Zi-

[467] ebd. und SLP: Keine faulen Kompromisse, Wien 2005, S.61
[468] Gespräch mit Boris Jezek, a.a.O.
[469] Nitzsche, a.a.O., S.93

vilgesellschaft“ zu überwinden suchten.[470] Die SOAL realisierte nicht oder wollte nicht wahrhaben, dass die antistalinistischen Bekenntnisse dieser KPÖ-Strömung in Wirklichkeit nur eine Begleitmusik für ihre Rechtsentwicklung, nämlich für die Abkehr von Arbeiter/innen/klasse und Klassenkampf, waren. Mit Aufrufen an Baier, Zach & Co., doch die KPÖ zu verlassen,[471] verkannten sie außerdem, dass diese Gruppe existenziell an den KPÖ-Apparat gebunden war und weiterhin in seiner bürokratischen Logik funktionierte. Das KPÖ-SOAL-Wahlbündnis erlangte 19.530 Stimmen (0,78%) und lag damit weit unter den Erwartungen. Als die KPÖ-Führung schließlich das „Ernst-Kirchweger-Haus“, eine Immobilie im Besitz der KPÖ, die (leer stehend) von Autonomen besetzt und seitdem von verschiedenen autonomen, migrantisch-linken und anderen Gruppierungen benutzt worden war, verkaufte (und das noch dazu an einen Immobilienspekulanten mit rechtsextremem Background), führte das zu großer Empörung in der österreichischen Linken; angesichts dieses Agierens der KPÖ zog sich die SOAL aus dem LINKE-Projekt zurück.


Hermann Dworczak

Seit 2002/2003 hatten sich SOAL-Mitglieder an der neu gebildeten Gewerkschaftsstruktur *work@flex* für flexibel Beschäftigte beteiligt; die dort geplanten Aktivitäten wurden allerdings rasch von der Gewerkschaftsbürokratie erstickt. In den darauf folgenden Jahren arbeitete die SOAL sehr aktiv am *Austrian Social Forum* (ASF) mit und beteiligte sich auch an den Kongressen des ESF. Beteiligt waren Mitglieder aus Graz, Hanser aus Tirol sowie SOAList/inn/en aus Wien, darunter auch wieder Dworczak, der sich von seiner Erkrankung erholt hatte und seit Ende der 1990er Jahre wieder aktiv war. Allerdings gab es zwischen ihm und der SOAL-Mehrheit immer wieder Konflikte, weil er sich nicht an Beschlüsse der SOAL hielt und – wie er es auch schon früher oft getan hatte – sehr eigenmächtig agierte. Die SOAL-Intervention ins ASF dauerte jedenfalls bis 2008/09, als das ASF schon einen ziemlichen Niedergang erlebt hatte.

Die SOAL-Führung führte diesen Niedergang darauf zurück, dass es in Österreich keine Bewegungen gab und das ASF deshalb „aufgesetzt“ gewesen sei. Auch wenn diese Erklärung unzureichend ist (immerhin waren die Sozialforen in mehr oder weniger ganz Europa von einem Niedergang betroffen), so trifft sie sicherlich einen richtigen Punkt. Und es stimmt auch, wenn die SOAL-Führung analysierte, dass bei den ASF-Treffen kaum eine Basis, sondern vor allem Organisations- und Institutionsvertreter/innen anwesend waren und all die Diskussionen letztlich keine Konsequenzen hatten.[472]

[470] Zur marxistisches Kritik an verschiedenen linken „Zivilgesellschaft“-Konzepten siehe: Eric Wegner: Die Zivilges.m.b.H. & ihre Teilhaber, Marxismus-Broschüre Nr. 5 (2000)
[471] Boris Jezek: Wofür steht die KPÖ, in: die linke, Nr. 13 / 2004, S.3
[472] Gespräch mit Boris Jezek, a.a.O.


Home | Editorial | Impressum | Kontakt | Werben & Fördern

dieLinke

Innenpolitik | International | Hintergrund | Kultur & Film | Bücher | Vermischtes

Suchbegriff search

Editorial

- Diese Seite weiterempfehlen
- Diese Seite drucken

Gut gewühlt, alter Maulwurf, jetzt geht`s weiter!

NACH 25 JAHREN, in denen wir regelmäßig alle 14 Tage die Zeitschrift die linke produzierten, /hast Du liebe Leserin, lieber Leser, die letzte Printausgabe in der Hand. Und demnächst – ab Februar – gibt es die linke wöchentlich neu im Internet. Das ist ein weiterer Schritt einer Entwicklung linker Gegenöffentlichkeit, die schon vor der Herausgabe der linken begann:

Von 1972 bis 1980 publizierte die GRM (wie die österreichische Sektion der 4. Internationale damals hieß) die Zeitschrift „rotfront". Der Name – ein Programm: die „rotfront" war als „Zentralorgan" konzipiert, das in der studentischen Linken die Analysen und Positionen der GRM einbringen und einen Beitrag zum „Parteiaufbau" leisten sollte. Mit dem Rückgang der Kaderorganisationen und der Debatte über „Positionen" (der Maoisten, der Moskau-Stalinisten, der Trotzkisten, ...) wurde auch das Konzept des Zentralorgans in Frage gestellt.
die linke hatte bereits in der Nullnummer im September 1980 unter ein Motto gestellt, das auf eine solidarische Auseinandersetzung mit anderen linken Kräften hindeutete: „Miteinander reden, um gemeinsam handeln zu können."
Dioe GRM – und später SOAL – wollte sich in Auseinandersetzungen innerhalb der SPÖ und der aufstrebenden Alternativbewegung einbringen. „Die vielen Ansätze linker Politik bleiben wirkungslos, solange sie isoliert sind", hieß es im ersten Editorial, und weiter: „Gerade weil wir meinen, dass revolutionär-sozialistische Politik organisierte

dieLinke newsletter

wir über uns

Kurt Hofmanns Filmarchiv

INPREKORR

SOAL Sozialistische Alternative

Das Jahr 2008 war für die SOAL ein gewisser Einschnitt. Das jahrelange Hauptprojekt, die Zeitschrift *die linke*, wurde als Druckwerk eingestellt. Begründet wurde das mit den explodierenden Kosten für den Druck. Mitgespielt haben dürfte aber wohl auch, dass die SOAL kaum mehr einen Verkauf auf Demos, Veranstaltungen und so weiter betrieb und *die linke* im Wesentlichen an ältere ehemalige Mitglieder oder Sympathisant/inn/en verschickt wurde, die die Zeitschrift abonniert hatten, und dass mit der gestiegenen Bedeutung des Internet ein solches Projekt nicht sehr zukunftsträchtig war. Die Einstellung der alle 14 Tage publizierten Zeitschrift schnitt die SOAL von einem Teil des älteren Umfeldes ab. Die Umstellung auf eine Zeitschrift im Internet, *dielinke.at*, hat die SOAL ein Jahr lang beschäftigt. Entgegen dem ursprünglichen Plan, der eine wöchentliche Aktualisierung vorsah, wurde die Homepage etwa einmal pro Monat aktualisiert.[473]

2008 erfolgte auch der Bruch zwischen der SOAL und Hermann Dworczak. Die Konflikte um sein eigenmächtiges Agieren hatten sich immer mehr zugespitzt. Dworczak war immer wieder im Namen der SOAL aufgetreten und hatte dabei seine persönlichen und/oder unabgesprochene Positionen vertreten. Da Dworczak seit den 1970er Jahren einer der bekanntesten Repräsentant/inn/en der GRM/SOAL war, brachte das die SOAL immer wieder in Erklärungsnotstand. Als offenbar keine Lösung dieser Problematik in Sicht war, entschied sich die Wiener Ortsgruppe der SOAL schließlich für den Ausschluss von Dworczak; was ihr statutarisches Recht war. Dennoch führte der Bruch mit der „Galionsfigur" Dworczak zu erheblichen Irritationen im Umfeld des SOAL und auch in der Gruppe selbst. Hanser in Innsbruck und einige Genossen in Graz (Gaisbacher, Schögler) solidarisierten sich mit Dworczak und arbeiteten auch weiterhin eng mit ihm zusammen.

Das Verhältnis zwischen der SOAL-Zentrale in Wien und der Gruppe in Graz war ohnehin schon seit Jahren noch loser als früher. Die drei älteren Genossen waren teilweise auch weniger aktiv als früher; Stenner etwa war die letzten Jahre vor allem mit der Herausgabe des alternativ-kritischen Regionalmagazins *Korso*, einem kommerziellen Projekt, beschäftigt. Gruppentreffen der Grazer SOAL gab es bereits seit der Jahrtausendwende selten. Den Kern der Gruppe bildeten in den letzten Jahren eine etwas ältere Genossin und zwei jüngere Aktivist/inn/en.

[473] SOAL: Gut gewühlt, alter Maulwurf, jetzt geht´s weiter! – dielinke.at/editorial

Und auch in Wien gelang es der SOAL nach langer Zeit wieder, ein jüngeres Mitglied zu gewinnen – durch einen Übertritt von der Vorwärts-Strömung. Der Genosse bildete aber die Ausnahme, denn die SOAL bestand weiterhin aus fast lauter Mitgliedern im Alter um die 50. Etliche SOAL-Mitglieder arbeiteten weiterhin individuell in verschiedenen Bereichen, so zum Beispiel bei der links-grün-alternativen Gewerkschaftsfraktion KIV (*Konsequente Interessensvertretung*) bei den Gemeindebediensteten in Wien; Kerschbaum war/ist sogar lange Zeit hauptberuflicher Angestellter der KIV. Die Arbeit in diesem Bereich war allerdings eben keine irgendwie geplante und kollektiv diskutierte Intervention der SOAL, sondern die davon de facto unabhängige Tätigkeit eines linken Gewerkschaftsfunktionärs.

Im Jahr 2009 gab die SOAL schließlich ihre noch aus besseren Zeiten stammenden und seit langem völlig überdimensionierten Büroräumlichkeiten im 7. Wiener Gemeindebezirk auf und mietete stattdessen ein viel kleineres, aber von außen gut zugängliches Gassenlokal im 9. Bezirk. Dieses Lokal war nicht nur billiger, sondern eignete sich auch besser für öffentliche Veranstaltungen. Die SOAL bilanzierte auch positiv, dass man durch Untermieter/innen, die das Lokal mitbenutzten, verstärkt in Diskussionen mit anderen Gruppen gelangte. Im Rahmen des neuen Lokals wurde auch ein kleines Veranstaltungsprogramm geplant.[474]

Ein Fixpunkt für die SOAL war seit Mitte der 1990er Jahre das jährliche Sommerseminar im südwestlichen Niederösterreich. Für eine Woche treffen sich dort die Mitglieder aus Wien mit denen aus Graz und Hanser aus Innsbruck. Und es gelang meist recht gut, auch ein gewisses Umfeld, oft ehemalige Aktivist/inn/en aus Wien, einzubinden. Zusätzlich gab es in der Regel internationale Beteiligung, also die Teilnahme von VS-Mitgliedern aus Deutschland oder der Schweiz. Interne Diskussionen und die Positionsentwicklung der SOAL fanden in den letzten Jahren ganz zentral auf diesem Sommerseminar statt.

Ab 2009 beteiligte sich die SOAL an einem weiteren Umgruppierungs- beziehungsweise Kooperationsprojekt, der so genannten „Superlinken“ in Wien. Dieses Projekt wurde von der SOAL nicht initiiert, sie arbeitete aber als tragender Teil mit. Außerdem dabei waren das „postoperaistische“ Theoriemagazin *Grundrisse*, das an der deutschen Krisis-Gruppe orientierte Magazin *Streifzüge* sowie einige Einzelpersonen (teilweise ehemalige Organisierte linksradikaler Organisationen wie Peter Haumer, teilweise Leute mit autonomem Background). Es gab ein monatliches Plenum, an dem sich von der SOAL vor allem Amanshauser und Riva beteiligten, und einige Arbeitsgruppen. Die *Superlinke* wurde, wie die SOAL, von nicht mehr jungen, männlichen Aktivist/inn/en dominiert. Grundlage dieses losen und politisch heterogenen Bündnisses waren die verächtliche Ablehnung von revolutionären Parteiaufbauprojekten und die Vorstellung, durch eine Art Netzwerk „eine Linke mit gesellschaftlicher Dimension“ schaffen zu können. Das Ziel, gesellschaftliche Bedeutung zu erlangen, teilte dieses Projekt natürlich mit nahezu der gesamten radikalen Linken. Die „Superlinke“ hatte dann auch nur eine sehr kurze Lebenszeit, löste sich noch 2010 mangels Relevanz

[474] Gespräch mit Boris Jezek, a.a.O.

und Perspektive auf und war somit eine weitere vorübergehende Erscheinung der linken Subkultur in Wien.

Dass sich die SOAL auf die Grundlage eines solchen Netzwerkes stellte, das explizit gegen Parteiaufbauansätze Stellung bezieht, zeigt sehr deutlich, wie weit sie sich von revolutionär-kommunistischen Positionen und einem trotzkistischen Anspruch bereits entfernt hat. Die SOAL ist heute in Österreich eine der kleinsten Gruppen im trotzkistischen Spektrum. Sie besteht hauptsächlich aus etwas älteren Genoss/inn/en, denjenigen aus der GRM/SOAL, die durchgehalten haben und immer noch in der radikalen Linken aktiv sind. Es ist eine Gruppe, die aus trotzkistischer Tradition kommt und der das als Tradition auch etwas bedeutet, die aber mittlerweile auf pluralistisch-linksradikale Positionen übergangen ist, für deren Tagespraxis der trotzkistische Hintergrund kaum mehr eine Rolle spielt und die deshalb auch im weiteren Sinn nur mehr eingeschränkt als Organisation mit trotzkistischem Anspruch betrachtet werden kann. Die Entwicklung der SOAL verlief damit parallel zur Rechtsentwicklung des VS (heute: IS) der Vierten Internationale, das mittlerweile die Unterscheidung von Reform und Revolution als nicht mehr so wichtig erachtet, die Diktatur des Proletariats explizit ablehnt und sich in breitere linke Projekte, wie die NPA in Frankreich, auflöst.

9.2. Linkswende

Die *International Socialist Tendency* (IST), dominiert von der numerisch starken britischen *Socialist Workers Party* (SWP), vertritt bezüglich der Sowjetunion eine Staatskapitalismusposition und ist auch vom eigenen Anspruch her nur im weiteren Sinne trotzkistisch. Die von den mittlerweile verstorbenen Tony Cliff (ursprünglich Yigael Gluckstein) und Chris Harman sowie von Alex Callinicos geführte Strömung verfügt über Organisationen in vielen Ländern, seit langem auch in Deutschland, wo sie anfänglich *Sozialistische Arbeitergruppe* (SAG), später *Linksruck* und zuletzt, mit ihrem Kollektiveintritt in die Linkspartei, *Marx21* hieß. In Österreich hatte die IST lange keine Schwesterorganisation. Das änderte sich Mitte der 1990er Jahre.



Kerstin Andrä-Marobela

Ende 1995 zog die Linksruck-Aktivistin Kerstin Andrä aus beruflichen Gründen aus Freiburg nach Wien. Sie wohnte in Favoriten und begann dort 1996 auf eigene Initiative (ohne viel internationale Anleitung) mit politischer Tätigkeit. Sie trat, analog zur vorübergehenden Taktik des Linksruck in Deutschland, in die SJ 10 ein und gründete dort einen „Arbeitskreis gegen Rechts“, an dem sich bald fünf bis zehn Perso-

nen beteiligten. Andrä begann mit der Herausgabe einer eigenen kleinen Zeitung, nämlich *Linkswende*, und veranstaltete Infostände in der Gegend der Hanson-Siedlung (einer großen Gemeindebauanlage). Bald stieß der Engländer Paul Mitchell zur Gruppe, der kein Mitglied der SWP war, aber Erfahrung mit antifaschistischer Arbeit hatte.

Die Intervention in der SJ war von Andrä (ähnlich wie beim Linksruck in Deutschland) nie auf eine langfristige Aufbaustrategie in der Sozialdemokratie ausgerichtet, sondern auf kurzfristige Mitgliedergewinnung. In Wien hieß das vor allem die Sammlung eines Aktivist/inn/enkerns für die Schaffung einer eigenen Organisation. Als Linkswende 1999 diesen Bruch mit der SJ setzte und sich als unabhängige Gruppe außerhalb der SJ konstituierte, waren das nach eigenen Angaben fünf bis zehn Mitglieder;[475] die Mehrheit davon sicherlich (wie in der IST üblich) auf niedrigem politischem Niveau. Der politische Schwerpunkt der jungen Linkswende-Gruppe war eindeutig die Agitation gegen die FPÖ, was für die 2000er-Bewegung gegen die Rechtsregierung aus FPÖ und ÖVP einen guten Ausgangspunkt darstellte.



Als die Mobilisierungen gegen die schwarz-blaue Regierung begannen, beteiligte sich die Linkswende-Gruppe mit aller Kraft. Sie bekam dabei auch Unterstützung von Aktivist/inn/en der *Anti-Nazi-League* (ANL), einer Vorfeldorganisation der SWP, sowie vom Linksruck; der Linksruck-Aktivist Pedram Shahyar übersiedelte für etwa drei Jahre nach Wien und spielte in dieser Zeit in der Linkswende eine wichtige Rolle. Auf den ersten großen Demonstrationen konnte die Linkswende etwa 280 Mitglieder „gewinnen"; das bedeutete real nur eine Absichtserklärung plus Unterschrift an einem Infotisch. Von dieser großen Zahl sind dann auch nur 15 bis 20 etwas länger tatsächlich aktiv geblieben.

Nach eigener Einschätzung hat es die Linkswende vor allem deshalb nicht geschafft, mehr von diesen Kontakten auch zu halten, weil es in den meisten Fällen Wochen gedauert habe, bis die Leute kontaktiert wurden.[476] Das mag an mangelnder Routine einer unerfahrenen Gruppe liegen, aber wohl auch daran, dass solche spontanen „Eintritte" auf niedrigstem politischem Niveau eben nicht viel wert sind und dass eine solche breite Aufbaupraxis für eine neue Kleingruppe mindestens eine Nummer zu groß war. Stefan Probst, der im Frühjahr 2000 der Linkswende beitrat, hatte als ersten Eindruck den einer zusammengewürfelten Truppe – sowohl bezüglich der politischen Grundlage als auch in Hinblick auf die

[475] Kerstin Andrä: Wir wollen eine Organisation, die für Sozialismus von unten kämpft, in: Linkswende 88 (12/2004) und Gespräch mit Manfred Ecker, Juli 2011
[476] Gespräch mit Ecker, a.a.O.

Ausrichtung. Beim ersten Seminar, das die Linkswende zur Organisierung der neuen Kontakte im Frühjahr 2000 veranstaltete, waren etwa zehn Mitglieder und fünf Interessierte anwesend. Laut Probst war es für die Gruppe zentral, dass Shahyar und andere Linksruck-Mitglieder da waren; Shahyar hätte auch versucht, junge Aktivist/inn/en aus der Bewegung als Gegenpol zu Andrä und Mitchell aufzubauen.[477]

Manfred Ecker hat aber sicher recht, wenn er sagt, dass die politische Linie der Linkswende auch sehr umkämpft war und es schwer war – und in vielen Fällen nicht gelungen ist –, diese Linie auch allen neuen „Mitgliedern" zu erklären. Wie diverse andere linksradikale Gruppierungen trat die Linkswende für Massenmobilisierungen, Basiskomitees und so weiter ein. Was sie aber von diversen anderen Strömungen aus trotzkistischer Tradition unterschied, war die Position, dass die FPÖ eine faschistische Partei sei. Ein zentraler Slogan der Linkswende auf diesen Demonstrationen ab Februar 2000 war „Haider = Hitler". Diese schrille Zuspitzung hatte bei manchen der empörten Demonstrant/inn/en sicherlich kurzfristigen Erfolg, sie war aber politisch letztlich und für die meisten spürbar unhaltbar. Die Konsequenz ist ja nicht nur eine Verharmlosung des historischen Faschismus, sondern auch die Einschätzung, dass in Kärnten seit Jahren der Faschismus regierte und Faschist/inn/en nun auch in der Bundesregierung saßen – und damit eine Verkennung der innenpolitischen Realität ebenso wie der aktuellen Ziele der österreichischen Bourgeoisie. Der Einschätzung diverser anderer Organisationen mit trotzkistischem Anspruch, die die FPÖ als rechtsextreme Partei (mit einigen Neonazis in ihren Reihen) sahen, die vor allem auf elektorale Demagogie und nicht auf Straßenterror setzt,[478] hatte die Linkswende nicht viel entgegen zu setzen. Dazu kamen überzogene Hoffnungen und Erwartungen, die die Linkswende in der Bewegung streute und die dann – angesichts des Niedergangs der Mobilisierungen – in ihrem Umfeld zu den unvermeidlichen Enttäuschungen führten.

Dennoch ging die Linkswende etwas gestärkt aus der Bewegung hervor. Die Gruppe hatte sich personell etwas vergrößert und in an linker Politik interessierten Schichten einen gewissen Bekanntheitsgrad erreicht. Während die Gruppe weiter an den immer schwächer werdenden „Donnerstagsdemos" teilnahm, wurde die Orientierung auf die international aufkommende globalisierungskritische Bewegung – von der Linkswende als „neue antikapitalistische Bewegung" eingeschätzt – verstärkt. Damit folgte die Linkswende dem Kurs ihrer internationalen Strömung, der IST, die nach Tony Cliffs Motto „bending the stick" stets die ganze Politik auf eine ihrer Meinung nach aktuell zentrale Sache konzentrierte und alle Sektionen dahingehend ausrichtete. Sie ging davon aus, dass der so genannte „down turn", also der Niedergang „der Bewegung" in den 1980er und 1990er Jahren, vorüber sei und mit der Mobilisierung gegen die WTO-Konferenz in Seattle 1999 ein neuer Aufschwung begonnen habe.[479] Diese Ein-

[477] Ebd. und Gespräch mit Stefan Probst, August 2011

[478] Siehe etwa Eric Wegner: Was ist die FPÖ?, in: http://www.agmarxismus.net/flugschriften/f11_3fpoe.htm

[479] Gespräch mit Probst, a.a.O. Gerade die ISO, die große US-Sektion der IST, stand dieser euphorischen Einschätzung der „neuen antikapitalistischen Bewegung" deutlich kritischer gegenüber, was schließlich dazu führte, dass sich die ISO 2001 von der IST trennte.

schätzung und diese Ausrichtung wurden auch für die Linkswende seitdem richtungsweisend.

Für die Linkswende war der erste Schritt in der Realisierung dieser Ausrichtung die Mobilisierung zu den Demonstrationen gegen den IWF/Weltbank-Gipfel in Prag im September 2000. Die Linkswende installierte drei so genannte „Mobilisierungsgruppen", an denen sich etwa 20 Personen beteiligten. Über die Prag-Mobilisierung wurde unter anderen der vorher in der Zapatistas-Solidaritätsbewegung aktive Manfred Ecker für die Linkswende gewonnen, der bald eine wichtige Rolle für die Gruppe spielen sollte.[480]

Weiter gingen die Aktivitäten in der „neuen antikapitalistischen Bewegung" mit den Mobilisierungen im Sommer 2001, für das WEF-Meeting in Salzburg und das G7-Treffen in Genua. Während die beiden Busse mit den Linkswende-Aktivist/inn/en, die nach Genua wollten, in Kärnten von der Polizei aufgehalten wurden (kurzzeitig wurde dann dort ein Amtsgebäude besetzt), spielte die Linkswende bei den Protesten in Salzburg durchaus eine relevante Rolle. Etwa 40 Personen hatten sich an der Linkswende-Mobilisierung für Salzburg beteiligt, und die Gruppe war auch in den Vorbereitungstreffen aktiv. Dabei und dann bei den Protesten selbst trat die Linkswende (gemeinsam mit autonomen Kräften) für „Schildkontakt" ein, also dafür, (zwar keine gewaltsamen Auseinandersetzungen, aber sehr wohl) physischen Kontakt mit den Polizeireihen zu suchen, um zu signalisieren, dass man versuche, das Demonstrationsrecht durchzusetzen.[481]

Über die Salzburg-Mobilisierung konnte sich die Linkswende recht gut aufbauen. In Salzburg selbst konnte eine kleine Linkswende-Gruppe (drei Mitglieder plus einige Sympathisant/inn/en) formiert werden (die allerdings nur zwei Jahre am Leben blieb). Vor allem aber gelang es in Wien, über die Salzburg-Mobilisierung ein Milieu um die Linkswende herum aufzubauen. Zwar gingen einzelne Aktivist/inn/en, die eine Kritik an der Bewegungstümelei der Linkswende entwickelt hatten, zur *Arbeitsgruppe Marxismus,* das wurde durch Zugewinne aber mehr als ausgeglichen. Zu den von der Linkswende veranstalteten „sozialistischen Widerstandstagen" kamen, mobilisiert über eine große Plakatkampagne, über 100 Leute. Auch wenn der Durchlauf, wie stets bei den IST-Gruppen, groß war, so konnten doch etliche Leute längerfristig eingebunden werden, darunter etwa Benjamin Opratko. Laut Ecker war die Linkswende nach Salzburg auf über 80 Mitglieder (fast ausschließlich Studierende) angewachsen, von denen allerdings die Hälfte lediglich einen Beitrag zahlte; die andere Hälfte sei zumindest alle zwei oder vier Wochen in der einen oder anderen Form in Aktivitäten

[480] Ebd. und Gespräch mit Ecker, a.a.O.

[481] Gespräch mit Probst, a.a.O. und Gespräch mit Ecker, a.a.O. Von anderen linken/linksradikalen Organisationen wurde die Linkswende dafür kritisiert; sie habe mit diesem konfrontativen Vorgehen dazu beigetragen, dass die Demo schließlich in einem Kessel geendet habe. Ecker meint in Bezug darauf, dass die Ausrichtung auf „Schildkontakt" deshalb zustande gekommen sei, weil es die Erwartung gegeben hatte, dass überhaupt keine Demo möglich sein würde; dass in der so genannten „roten Zone" demonstriert werden konnte, sei durchaus ein Erfolg gewesen. Rückblickend meint Ecker, dass eine stärkere Beteiligung an der ATTAC-Gegenkonferenz sinnvoll gewesen wäre.

eingebunden gewesen.[482] Das war natürlich ein relativ geringer Aktivitätsgrad; bei den meisten anderen Organisationen mit trotzkistischem Anspruch hätten vielleicht 20 bis 25 Linkswende-Aktivist/inn/en Mitglieder sein können (und der Rest Sympathisant/inn/en).

Die Linkswende-Aktivitäten in diesem Bereich gingen auch in den nächsten Jahren weiter, 2002 etwa mit der Mobilisierung zum Sozialforum in Florenz sowie mit den erneuten Protesten in Salzburg. Anfang 2002 hatte die so genannte „Sozialforen-Bewegung" einen Aufschwung genommen, und auch ATTAC hatte im linkskritischen Milieu eine gewisse Popularität erlangt. IST und Linkswende traten für eine europaweite und internationale Koordinierung der Strukturen und eben den Aufbau einer „antikapitalistischen Bewegung" ein und propagierten ein „Zusammenkommen" der globalisierungskritischen Bewegung mit der organisierten Arbeiter/innen/bewegung.

Ecker sieht rückblickende „eine gewisse Euphorie" unter den Gewerkschaftsfunktionär/inn/en. Es sei der Linkswende, besonders um die Mobilisierung für Salzburg 2002, gelungen, in diesem Bereich „gute Beziehungen aufzubauen besonders zu Sallmutter und Haberzettl", also den Vorsitzenden der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA) sowie der Eisenbahner/innen (vida). Sie hätten Treffen und Fahrten finanziert, etwa einen Zug für 600 Aktivist/inn/en. Die Mobilisierung für Salzburg 2002 sei bereits von GPA und vida dominiert gewesen.[483] Hier zeigte sich bereits eine Tendenz bei der Linkswende, dass nämlich eine Ausrichtung auf Arbeiter/innen/klasse und -bewegung weniger eine Hinwendung zur Basis der Lohnabhängigen bedeutet, sondern auf eine Kooperation mit der Gewerkschaftsbürokratie hinausläuft.

Laut Probst hat sich durch die Umstellung auf diverse Mobilisierungen im Zuge der globalisierungskritischen Bewegung der Charakter der Linkswende-Gruppentreffen stark verändert: Es habe kaum mehr inhaltliche Referate gegeben und wenig Räume für die Beschäftigung mit marxistischer Theorie. Der Aufbau habe oftmals über temporäre Frontstrukturen (Anti-Haider, Anti-Krieg...) stattgefunden, die Grenze zur Organisation Linkswende sei meist unklar gewesen. Erst später gab es wieder eine Umstellung; in Wien gab es dann eine Linkswende-Stadtgruppe und eine Unigruppe.

Obwohl sich die Linkswende spätestens mit der Beteiligung an den globalisierungskritischen Aktivitäten einen Platz in der österreichischen Linken erobert hatte, funktionierte die Organisation weiterhin sehr informell. Es gab weiterhin keine Statuten, Beschlüsse wurden oft nicht dokumentiert, vieles passierte ad hoc und informell, die Tätigkeit war von einer hektischen Kampagnenpolitik geprägt. Die Aufnahme von Mitgliedern war weiterhin sehr niederschwellig, im wesentlichen auf der Basis einer diffusen Kritik an kapitalistischen Verhältnissen; die Zustimmung zu einem kurzen „Was wir wollen"-Text war ausreichend.[484]

[482] Gespräch mit Probst, a.a.O. und Gespräch mit Ecker, a.a.O.
[483] Gespräch mit Ecker, a.a.O.
[484] Gespräch mit Probst, a.a.O.





Als wesentliche Grundlagentexte für die Linkswende-Strömung nennt Ecker drei Texte der IST: das Staatskapitalismus-Buch von Tony Cliff, „The Prophet and the Proletariat“ von Chris Harman sowie „Die Ursprünge der Internationalen Sozialisten“ (ebenfalls von Tony Cliff). Wichtig für die Identität der Gruppe seien auch die Haider-Broschüre aus dem Jahr 2000 und die Broschüre zu den Sozialforen. Probst meint, dass das Vermitteln der IST-Tradition kein Projekt der Organisation gewesen sei. Es seien jeweils nur einzelne „viel versprechende“ Aktivist/inn/en aufgebaut worden. Ein tieferes Verständnis über die Grundlagen und die Tradition der IST-Politik hätten gerade einmal ein halbes Dutzend Aktivist/inn/en gehabt.[485]

Die globalisierungskritische Bewegung hat 2002/03 an Dynamik verloren. Allerdings gingen die Aktivitäten der Linkswende in diesem Bereich nahtlos in die Antikriegsbewegung über, die 2003 ihren Höhepunkt hatte. Bereits im Herbst 2001 hatte es auch in Österreich kleinere Demos gegen den beginnenden Afghanistan-Krieg gegeben. 2002 hatte die Linkswende (gemeinsam mit dem *ArbeiterInnenstandpunkt*, der *Antifaschistischen Linken* und der *Sozialistischen Linkspartei*) zur NATO-Konferenz in München mobilisiert. Im Februar 2003 gab es dann auch in Wien, im Zuge des weltweiten Protesttages, eine große Demonstration gegen den bevorstehenden Irak-Krieg, an der die Linkswende mit voller Kraft und mit ihrer gegenüber den „antiimperialistischen Kräften“ stark opportunistischen Linie teilnahm. Ihre darauffolgende Tag-X-

[485] Ebd. und Gespräch mit Ecker, a.a.O.

Kampagne trug zur Mobilisierung am Tag des Kriegsbeginns, an der mit einem Schulstreik besonders viele Schüler/innen teilnahmen, bei.[486]

Während dieser Phase, den ersten Monaten des Jahres 2003, erschien die Linkswende-Zeitung alle zwei Wochen, mit jeweils vier Seiten A3 geklammert. Die Entscheidung dafür war aus einer euphorischen Einschätzung heraus getroffen worden. Probst meint rückblickend, dass das der Stärke der Gruppe nicht angemessen gewesen sei. Der extreme Aktivitätsrhythmus führte dann auch zum politischen Burn-Out einiger Mitglieder. Insgesamt war die Kampagne aber durchaus erfolgreich; es konnten ein Umfeld aufgebaut und neue Mitglieder gewonnen werden. Bald aber entwickelten sich unterschiedliche Einschätzungen über die Perspektiven der Bewegung in Österreich.[487]

Ende 2003 waren die großen Mobilisierungen der vorangegangenen Jahre erst einmal vorbei. Beim ASF in Linz waren beispielsweise kaum mehr Basisaktivist/inn/en, sondern vor allem ÖGB-Funktionär/inn/en. In der Linkswende stellte sich die Frage, in welcher Situation man sich befinde und was daraus abzuleiten sei. Sollte an der euphorischen Bewegungsperspektive festgehalten oder stärker auf den Aufbau eigener Strukturen gesetzt werden? Probst spricht von einer Zeit unklarer Prioritäten und der Verwirrung – nämlich bezüglich der politischen Lage, der strategischen Prioritäten, der Frage von Theoriearbeit und innerorganisatorischer Demokratie.

Der Kaderkreis der Linkswende war weiterhin klein. Dann übersiedelte 2004 auch noch Andrä nach Botswana, und Shahyar war schon zuvor zurück nach Deutschland gegangen. Die *Koordination*, wie die Leitung der Linkswende heißt, bestand nun aus Ecker, Karin Wilflingseder, die eine sehr zentrale Rolle spielte, sowie aus Mimi Asenbaum und David Sagner. Die Redaktion wurde von Probst und Opratko übernommen. Nach Einschätzung von Probst war die politische Führung der Linkswende schwach. Viel sei über informelle Netzwerke gelaufen, über die Leute, die eine bestimmte Linie unterstützten, in Führungspositionen gepusht worden seien. Es habe zwar durchaus ein Verständnis von demokratischer interner Debatte gegeben, das Problem sei aber der Aufbau der gewonnenen Leute gewesen. Es seien ihnen nur rasch ein paar Argumente für die Debatten am Infotisch und für Kampagnen verklickert worden. Darüber hinaus habe es kaum etwas gegeben, jedenfalls keinen organisierten Kaderisierungsprozess.[488]

Das Problem ist laut Probst einem Teil der Organisation bewusst gewesen. 2004 ist dann deshalb alle zwei Wochen ein so genanntes *Marxist Forum* abgehalten worden, um über politische Diskussion ein Umfeld aufzubauen. Dazu gab es noch den Versuch einer Theoriezeitschrift: Von den *Perspektiven* kam 2003 und 2004 jeweils eine Ausgabe heraus. Dieses Projekt, das stark auf die Initiative von Probst zurück ging, wurde nach seiner Einschätzung von der Führung zwar für gut befunden, aber wenig unterstützt. Das Ganze sei deshalb zu schwach und zu wenig kontinuierlich gewesen. Teilinitiativen wie das *Marxist Forum* oder die *Perspektiven* seien nie in die Gesamt-

[486] Gespräch mit Ecker, a.a.O.
[487] Gespräch mit Probst, a.a.O.
[488] Ebd.

organisationspolitik eingebettet und zusätzlich von diversen Wenden in der Kampagnenpolitik beeinträchtigt gewesen.[489]

Ecker sieht, zumindest rückblickend, durchaus auch einen Niedergang der Bewegung ab 2004. Er meint auch, dass die „Bewegungstümelei" der Linkswende ein „großer Fehler" gewesen sei. Mit der Gruppe um Probst und Opratko sei es aber nur offiziell um Differenzen über den Zustand der Bewegung gegangen. Statt sich auf neue bevorstehende Radikalisierungen vorzubereiten, hätte sich diese Gruppe auf Theorie zurückziehen wollen. Der wahre Grund der Konflikte sei gewesen, dass Opratko, Probst & Co. eine Organisation wollten, die sich intellektuell profiliert. Dass das zu einem Bruch geführt habe, sei die Strafe dafür gewesen, dass die Linkswende die Theorie lange vernachlässigt habe.[490]

Bei der Linkswende-Konferenz im Januar 2005 gab es schließlich zwei Leitungsvorschläge mit unterschiedlichen Perspektiven. Real existierten zwei Fraktionen. Ein zentraler Konfliktpunkt war die Theoriearbeit. Vor allem aber ging es um die zu setzenden Schwerpunkte: Die Strömung um Ecker und Wilflingseder sah in der aus London vorgegebenen „globalen Bruchlinie" (erwartete „Vietnamisierung" des Irak-Krieges) ihre Leitlinie. Sie versuchte, das auf Österreich runterzubrechen und alles in Österreich zum Irak-Krieg in Bezug zu setzen. Die Strömung um Probst und Oprakto sah die Bewegungskonjunktur vorbei und wollte geduldig ein Kaderfundament aufbauen. Die Probst-Opratko-Gruppe bekam erst einmal die Mehrheit und stellte eine neue Führung aus Probst, Asenbaum, Sagner und Karin Hädicke.

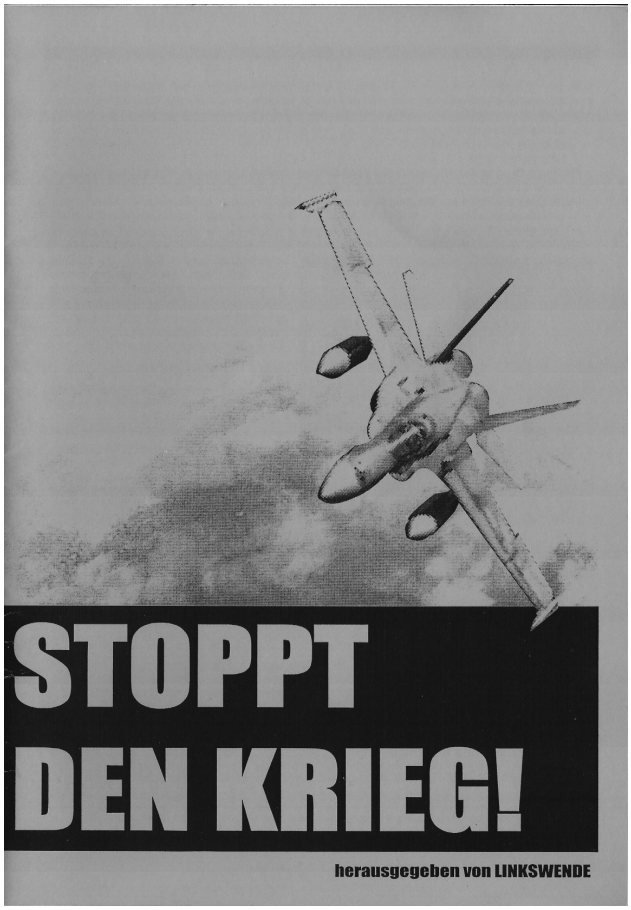
Allerdings sei keine produktive Zusammenarbeit mehr möglich gewesen. Bei einer neuerlichen Konferenz im Juli 2005 kandidierte die Leitung nicht mehr. Es sei klar gewesen, dass die beiden Projekte nicht mehr vereinbar gewesen seien. Nachdem schon zuvor Leute frustriert von den Konflikten weggebrochen seien, nahm die Probst-Oprakto-Strömung, die sich um die Theoriezeitschrift *Perspektiven* gruppierte, eine Spaltungsperspektive an. Im November 2005 kam es dann zum politischen (und persönlichen) Bruch, nämlich zur Abspaltung der *Perspektiven-Gruppe*. Sie bestand aus nahezu der kompletten Unigruppe der Linkswende sowie (als einzigem Nicht-Studenten) Michael Botka. Die neue Gruppe bestand aus 12 Personen und damit der knappen Hälfte der real aktiven Linkswende-Mitglieder.[491]

Ecker spricht von einem „großen Verlust" von intellektuellen Kapazitäten und von Mitgliedern. Nach seinen Angaben sind 20 Prozent der Mitglieder direkt zu den *Perspektiven* gegangen und darüber hinaus weitere inaktiv geworden (wenn er nicht von aktiven, sondern von zahlenden Mitgliedern spricht, muss das zu den Angaben von Probst kein großer Widerspruch sein). Die nun von ihm und Wilflingseder geführte Linkswende sei zwar homogener gewesen und vieles sei leichter gegangen, aber das sei nicht sehr gesund gewesen. Eine Zeit lang habe es, aufgrund der Erfahrungen, die zur Spaltung geführt hatten, weniger interne Kritik gegeben, die Kritikfreude habe erst langsam wieder etabliert werden müssen. Die Linkswende habe, so Ecker, weiter

[489] Ebd.
[490] Gespräch mit Ecker, a.a.O.
[491] Gespräch mit Probst, a.a.O.

Seminare und Lesekreise abgehalten, ein neues Magazin herausgegeben und bewusst gegen Theoriefeindlichkeit gearbeitet.[492]

Die seit Jahren bestehende (und auch für die IST typische) Ausrichtung auf Studierende wurde 2006 noch deutlicher formuliert: In Betrieben und unter Arbeiter/inne/n zu rekrutieren, sei weitgehend illusionär. Auch in den Schulen sei (anders als 2001-2003) für die Linkswende nicht mehr viel zu holen gewesen (weshalb sie in den späteren Schulstreiks nicht mehr präsent war). Das einzig vielversprechende Aufbaufeld sei, so wurde es 2006 auch formal festgeschrieben, die Universität. Angesichts der oft hektischen Kampagnenpolitik der Linkswende ist es natürlich nachvollziehbar, dass Lohnabhängige in ein entsprechendes Funktionieren kaum einzubinden sind. In der Folge setzte sich die Linkswende, auch nach dem weitgehenden Verlust der Unigruppe weiter oder bald wieder überwiegend aus (teilweise neu gewonnenen) Student/inn/en zusammen.[493]



Die Orientierung auf die „globale Bruchlinie“ Irakkrieg sowie Antiimperialismus insgesamt wurde fortgesetzt. Das bedeutete nicht nur eine Beteiligung an den (kleinen) jährlichen Protesten am Jahrestag des Kriegsbeginns im Irak, sondern auch an den Mobilisierungen gegen den EU-Lateinamerika-Gipfel im Frühjahr 2006, gegen den Bush-Besuch in Wien im Juni 2006 sowie gegen den Libanonkrieg im Sommer 2006 und den Gaza-Krieg im Winter 2008/2009. Die Linkswende beteiligte sich, gemeinsam mit ihrer internationalen Strömung, auch an den so genannten Kairo-Konferenzen in Ägypten, wo man unter anderem eine Zusammenarbeit mit Nasserist/inn/en und der Muslimbruderschaft gegen Imperialismus und Mubarak-Diktatur aufbaute.[494]

Über diese antiimperialistische Arbeit konnten etliche Mitglieder gewonnen werden; es zeigte sich darin, wie schon in Bezug auf den Irakkrieg, die weiche und oftmals unkritische Haltung gegenüber den antiimperialistischen Bündnispartner/inne/n. Bei den Mobilisierungen gegen den Irak-Krieg hat die Linkswende nicht nur auf jede Kritik an Frankreich und Deutschland verzichtet (deren Regierungen ja offiziell gegen den Krieg waren), sondern auch Slogans von anderen Linken, die sich zwischendurch (neben der Hauptkritik an den USA) auch gegen den deutschen und französischen Imperialismus richteten, systematisch zu überschreien versucht. Ähnliches wiederhol-

[492] Gespräch mit Ecker, a.a.O.
[493] Ebd.
[494] Ebd.

te sich während des Libanon-Krieges, als die Linkswende versuchte, Parolen anderer Linker, in denen eine sozialistische oder „rote“ Perspektive für den Libanon und Palästina propagiert wurde, mit klassenunspezifischen „Intifada“-Rufen zu übertönen. Auch in der schriftlichen Propaganda der Linkswende geht es nicht nur (richtigerweise) vor allem gegen den Imperialismus, sondern es wird auf Kritik an den islamistischen „Antiimperialist/inn/en“ weitgehend verzichtet. Die Antikriegspolitik von Linkswende und IST hat mit einer revolutionären trotzkistischen Ausrichtung nicht viel zu tun; sie ähnelt eher der stalinistischen Volksfrontpolitik, die den Klassenkampf zugunsten bürgerlichen Bündnispartner/innen zurückstellt.

Dasselbe gilt für die Antirassismus-Politik der Linkswende, teilweise für eine unkritische Zusammenarbeit mit grünen Politiker/inne/n in Mobilisierungen gegen die FPÖ, vor allem aber für die von 2002 bis 2010 gefahrene Kampagne gegen Islamfeindlichkeit. So richtig das Auftreten gegen die islamophobe Hetze ist, so mussten Marxist/inn/en das doch auch mit einer Kritik an Religion im Allgemeinen und am Islamismus im Speziellen verbinden. Ecker sagt auch ganz offen, dass Islamfeindlichkeit für Linkswende-Mitglieder „nicht drinnen“ sei (das sei ein Eckpunkt der Linkswende) und dass das insbesondere mit kurdischen oder weiblichen Kontakten oft schwierig sei. Dennoch dürften die Antirassismus-Kampagnen, etwa auch die Zusammenarbeit mit der Ute-Bock-Initiative und die Bleiberecht-Kampagne, nicht unwesentlich dazu beigetragen haben, dass die Linkswende die schwierige Zeit nach der Spaltung einigermaßen gut überstanden hat und sich wieder neu aufbauen konnte.[495]



Interview Labournet Austria mit Manfred Ecker, 10. April 2010

Nach den Angaben von Ecker, die sicherlich von etlichen bezweifelt werden, ist die Linkswende heute etwas stärker als vor der Spaltung. Die Neugewinne haben fast ausschließlich auf der Uni stattgefunden, teilweise auch über die Uni-Bewegung

[495] Ebd.

2009. Die Linkswende hatte 2011 zwei Gruppen, eine Unigruppe und eine Stadtgruppe, die regelmäßig Kleinkundgebungen mit Infotischen auf der Mariahilferstraße durchführt. Außerhalb von Wien hat die Linkswende keine funktionierenden Strukturen, wohl aber einzelne „Mitglieder" in anderen Bundesländern;[496] die meisten von ihnen sind real inaktive Sympathisant/inn/en, die einen Beitrag überweisen, die Zeitung beziehen und vielleicht noch das eine oder andere Exemplar weiterverkaufen.

Einig sind sich Ecker und Probst, dass die Linkswende nie eine systematische Politik in Richtung der Betriebe und insgesamt bezüglich der Kernschichten der Arbeiter/innen/klasse versucht hat. Bei den Gewerkschaftsprotesten 2003 hat sich die Linkswende natürlich, wie die gesamte Linke, beteiligt – als eine Student/inn/engruppe mit wenig Bezug zu den Ereignissen, die auf der Uni Unterstützung mobilisiert hat. Ecker spricht davon, dass die gewerkschaftliche Großdemo für die Linkswende sehr lehrreich gewesen sei und geholfen habe, die Organisation und das Bewusstsein von Gewerkschaftsmitgliedern zu verstehen. Für den Eisenbahner/innen/streik hat die Linkswende dann Unterschriften gesammelt. Zu führenden Gewerkschaftsfunktionären wie insbesondere Haberzettl (Eisenbahn) wurde jetzt ein noch intensiveres (und sehr unkritisches) Verhältnis aufgebaut,[497] zum gegenseitigen Vorteil: Die Linkswende konnte sich der Illusion hingeben, irgendwie mit Gewerkschaften und der Arbeiter/innen/klasse Verbindung zu haben, Haberzettl fand eine Gruppe, die seine Politik im studentischen Milieu bewarb.

Eine politisch eigenständige Aktivität hatte die Linkswende dann aber 2004 beim Fahrradbotendienst *Veloce*, wo Ecker (eigentlich ausgebildeter Tierarzt) Fahrer war. Ausgehend von der Forderung nach ein paar Cent mehr pro Stunde entwickelte sich, aufgrund der Sturheit der Betriebsführung, ein Arbeitskampf, an dem sich ein Gutteil der Belegschaft beteiligte. Es gab keinen Betriebsrat, und Ecker wurde einer von vier Sprechern der Streikenden. Nachdem sich die eigentlich zuständige Gewerkschaftsunterstruktur *flex@work* als überheblich und kontraproduktiv erwiesen hatte, wandte sich Ecker direkt an den GPA-Vorsitzenden Sallmutter, den er aus den Sozialforen kannte, und bekam von diesem gewerkschaftliche Rückendeckung: Streikgeld und Hilfe vom Betriebsbetreuer des 3. Bezirks. Mit diesem Rückhalt der Gewerkschaft, die Interesse hatte, sich in neuen Bereichen zu verankern, konnte der Arbeitskampf zu einem vollen Erfolg geführt werden: Mit mehr Lohn und mehr Rechten (etwa einem de-facto-Betriebsrat für die freien Dienstnehmer/innen) musste die Leitung mehr zugestehen, als die Beschäftigten anfänglich gefordert hatten. Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder ist bei Veloce von zwei auf 60 angestiegen.[498]

Mit dieser Ausnahme von der Regel hat die Linkswende zum ersten Mal substanziell an der Selbstorganisation von Lohnabhängigen an der Basis mitgewirkt. Allerdings handelt es sich um einen sehr kleinen Bereich, in dem es eine hohe Fluktuation von Beschäftigten gibt und kaum Kontinuität möglich ist. Darüber hinaus war in diesem Fall eine kämpferische Politik möglich, ohne mit den befreundeten Gewerkschaftsbürokrat/inn/en in Konflikt zu geraten (was in Großbetrieben nahezu unmöglich ist).

[496] Ebd.
[497] Ebd. und Gespräch mit Probst, a.a.O.
[498] Gespräch mit Ecker, a.a.O.

Abgesehen von der Auseinandersetzung bei *Veloce* ist die Linkswende im betrieblichen Bereich kaum präsent. Ecker nennt diesbezüglich lediglich einige Linkswende-nahen Uni-Assistent/inn/en, eine sympathisierende Ärztin in einem Wiener Krankenhaus sowie einen Sympathisanten bei einer Baufirma in Oberösterreich, der an Kolleg/inn/en ein paar Zeitungen verkauft.[499]

Seit 2010/2011 hat sich die Linkswende von den Bereichen Antiimperialismus und Antirassismus wegorientiert. In Erwartung der Zunahme von sozialen Konflikten in Österreich wurde zuletzt verstärkt „trainiert", in die „soziale Debatte" einzugreifen. Ecker hat diesbezüglich als Eckpunkt des Gruppen-Verständnisses betont, dass in der Linkswende niemand Platz habe, der gegenüber den Gewerkschaften oder der SPÖ „eine sektiererische Haltung" habe. Bei den letzten Nationalratswahlen hat die Linkswende auch zur Wahl der SPÖ aufgerufen (die linken Wahlprojekte, so die Einschätzung von Ecker, hätten bislang keine relevante Basis).[500]

Insgesamt steht die Linkswende, die ja auch nach Eigendefinition nur im weiteren Sinne trotzkistisch ist, sicherlich am rechten Rand des Spektrums der Organisationen mit trotzkistischem Anspruch. Ihre Politik ist oftmals opportunistisch, gegenüber bürgerlichen „Antiimperialist/inn/en" ebenso wie gegenüber der Gewerkschaftsbürokratie, der SPÖ und den Grünen. Die Mitgliederaufnahmen erfolgen auf sehr niedrigem Niveau, die Anzahl der Mitglieder mit einem tiefer gehenden Verständnis ist sehr klein. Intern funktioniert die Linkswende wohl stark über personenzentrierte Netzwerke, nach außen findet meist ein sprunghafter Aktivismus statt. Die Fluktuation der Mitglieder ist dementsprechend hoch. Trotz dieser Schwächen kann die Linkswende immer wieder neue Aktivist/inn/en ansprechen. Es gibt sicherlich auch das Potenzial für einen neuerlichen Aufschwung der Gruppe; wie stabil er sein kann, ist allerdings fraglich.

Die Ende 2005 von der Linkswende abgespaltene *Perspektiven*-Gruppe hat sich seitdem immer mehr von trotzkistischen Positionen wegentwickelt; durchaus auch nach ihrer Selbsteinschätzung. Im Sommer 2005, also wenige Monate vor der Spaltung, hatte die Strömung um Probst und Opratko am *Marxism 2005* (einer Großveranstaltung der SWP) noch ein Gespräch mit dem IST-Führer Callinicos über die Richtungskämpfe in der österreichischen Sektion geführt; der hatte sich aber aus dem Konflikt herausgehalten. Anfänglich hatte die neue Gruppe um die Theoriezeitschrift *Perspektiven* die Frage der Beziehungen zur IST besprochen. Es wurde ein Brief an die IST-Führung geschrieben; als wenig Reaktion kam, fuhren die *Perspektiven* dann auch nicht zu den internationalen Treffen, nach Einschätzung von Probst auch deshalb, weil es ihnen nicht wichtig genug war.[501]

Das Verhältnis zur IST und ihrer politischen Tradition spielte mit der Zeit immer weniger und auch nur für einzelne Mitglieder eine Rolle – und auch bei ihnen nur als positiver Bezug zu Teilen der IST-Tradition. Die theoretische Heterogenität wurde mit neuen Mitgliedern immer größer, auch bezüglich Organisationsaufbau, wo es ex-

[499] Ebd.
[500] Ebd.
[501] Gespräch mit Probst, a.a.O.

plizit keinen Bezug zur IST mehr gibt. Laut Probst wurde mit der Distanz die Sichtweise der IST immer kritischer. Das ging aber nicht in eine klassisch trotzkistische Richtung, sondern im Gegenteil hatten die *Perspektiven* als Gruppe bald kein trotzkistisches Selbstbild mehr und distanzierten sich insbesondere von entsprechenden Organisationsformen. Probst sagt ausdrücklich, dass die *Perspektiven* „kein Parteiaufbauprojekt" seien.

Jedenfalls bis zum Herbst 2011 hatten die *Perspektiven* kein politisches Programm und keine Statuten, also keine explizite politische Grundlage. Teile der Perspektiven-Mitglieder haben ein operaistisches Selbstverständnis, manche sind gegen jede Zuordnung zu einer politischen Tradition, andere wieder beschreiben sich mit dem Begriff „Posttrotzkismus". Geprägt ist die Perspektiven-Gruppe von universitären Diskursen und sicherlich auch einem nicht unerheblichen Einfluss von den Konzepten Antonio Gramscis. Und in ihrer Tätigkeit konzentrieren sich die Perspektiven ganz auf die universitäre Linke.[502]



Perspektiven Nr.13 / 2011

Von den 12 Personen, die die Gruppe gegründet haben, sind noch zwei Drittel aktiv; nach Angaben von Probst zählte die Gruppe 2011 insgesamt etwa 20 Mitglieder. Fast alle sind oder waren Student/inn/en; die neuen Mitglieder sind überwiegend durch universitäre Diskussionszusammenhänge gewonnen worden. Als gewisses Problem beschreibt Probst einen mittlerweile stattgefundenen „biographischen Bruch", dass nämlich mehr als Hälfte der Perspektiven-Mitglieder ihr Studium inzwischen abgeschlossen haben. Die meisten sind weiterhin um die Universität herum tätig (Jobs als Uni-Assistent/inn/en oder in wissenschaftlichen Projekten), es sei aber kaum gelungen, eine neue Generation von Student/inn/en zu gewinnen, was die entsprechende Politik natürlich perspektivisch in Frage stellt.

Der Rhythmus der Perspektiven-Gruppe wird laut Probst durch Seminare und die Publikation des Magazins *Perspektiven* bestimmt; Ziel ist es, dass das Magazin drei Mal pro Jahr (im Januar, im Mai und im Oktober) heraus kommt. Die Gruppe hat sich aber auch immer wieder an Bewegungen und Mobilisierungen beteiligt, etwa gegen den EU-Lateinamerika-Gipfel im Frühjahr 2006, wo beim Gegengipfel auch Workshops angeboten wurden. Voll dabei waren die *Perspektiven* bei der Uni-Bewegung 2009/2010. Gemeinsam mit den sozialdemokratischen Student/inn/en und denen der

[502] Ebd.

GPA-Jugend kandidierten sie auf der Politikwissenschaft, der *Perspektiven*-Hochburg, erfolgreich für die Studienrichtungsvertretung und konnten damit die bisherige Vorherrschaft der proimperialistischen, antideutschen *Basisgruppe Politikwissenschaft* (Bagru PoWi) brechen. Zuletzt hatten die Perspektiven auch eine engere Zusammenarbeit mit dem so genannten *Hochschulnetzwerk* sowie mit *MarxistIn*, einer linken Strömung in der SJ.[503]

Die Perspektiven sind kein Organisationsaufbauprojekt, sondern orientieren sich auf „Neuformierungsprozesse" der Linken. Probst problematisiert selbst, dass unklar ist, was das konkret bedeutet, und er meint auch, dass die bisherigen Projekte in diese Richtung keine Zukunft hatten. Die Frage ist aber sicherlich auch, welche Zukunft die Perspektiven-Gruppe selbst hat: Politisch-programmatisch ist diese Zukunft heterogen bis diffus, und organisatorisch stellt sich nach dem „biographischen Bruch" die Frage, was eine Gruppe von Ex-Student/inn/en weiter tut, wenn sie als einziges Arbeitsfeld die Universität kannte. Ob die Herausgabe eines theoretischen Magazins eine ausreichende politische Perspektive ist oder zu einem Selbstzweck wird, muss sich auch erst zeigen. Klar ist freilich, dass die Perspektiven-Gruppe auch im weiteren Sinne nicht zum Spektrum der Organisationen mit trotzkistischem Anspruch zu zählen ist, erstens, weil sie sich selbst nicht in diese Tradition stellt, und zweitens, weil sie sich auch gar nicht als Organisation im eigentlichen Sinne sieht.

9.3. ArbeiterInnenstandpunkt / Liga der Sozialistischen Revolution / Revolutionär-Kommunistische Organisation für die Befreiung

Das Jahr 1994 bedeutete für die Liga für eine revolutionär-kommunistische Internationale (LRKI) und damit auch für ihre österreichische Sektion, die Gruppe ArbeiterInnenstandpunkt, eine Zäsur. Der LRKI-Weltkongress im Sommer 1994 hatte sich darauf festgelegt, dass eine „revolutionäre Periode" angebrochen sei. Erwartet wurde eine drastische Zunahme der Klassenkämpfe, die in Europa – so die Prognose – innerhalb der nächsten drei Jahre zu revolutionären Situationen führen werde. Dementsprechend wurden die LRKI-Sektionen auf diese Erwartung und auf eine entsprechende Verstärkung der Außenaktivitäten eingeschworen. Das hatte für den weiteren Kurs des ASt wesentliche Bedeutung.

Eine Zäsur war das Jahr 1994 für den ASt auch deshalb, weil die Organisation mit Scharinger und Wegner zwei Führungskader und mit der Strömung um die beiden ein Drittel der in der Sektion und ihrer Jugendgruppe Organisierten verloren hatte. Einige Monate später verließen dann auch noch mit Markus Lehner und Gerald Waidhofer zwei wichtige Kader aus Salzburg und mit Martin Suchanek einer aus Wien das Land, um den Aufbau der deutschen Sektion zu unterstützen (sie spielen dort bis heute eine bedeutende Rolle). Mit Axel Magnus zog sich von 1994 bis 1997 ein weiterer wichtiger Aktivist aus Salzburg aus der Aktivität zurück. Real war die österreichische LRKI-Sektion 1994 auf etwa die Hälfte zusammengeschrumpft.

[503] Ebd.

In dieser Lage versuchten die verbliebenen Mitglieder einerseits eine Konsolidierung, andererseits die Umsetzung der am Weltkongress verabschiedeten Linie. Dabei gab es allerdings von Anfang an erhebliche Konflikte zwischen einer Strömung um Pröbsting, der für verstärkten Aktivismus eintrat und von der internationalen Führung unterstützt wurde, und einer Strömung um Schneider. Die jedenfalls stattfindende verstärkte Außenorientierung, die Versuche, in Kämpfe hinein zu wirken beziehungsweise sich auf die erwarteten vermehrten Kämpfe vorzubereiten, wurden vor allem in zwei Bereichen dauerhaft umgesetzt: im Jugend- und im Betriebsbereich.

Nach der in Folge der Spaltung zusammengebrochenen intakt-Gruppe wurde versucht, um einigermaßen junge ASt-Mitglieder wieder einige Jugendlichen zu sammeln. Schließlich wurde erneut eine Jugendgruppe gegründet – mit dem eher eigenwilligen Namen *Contra – for Revolution*; 1998 wurde die Gruppe dann in Übereinstimmung mit den Jugendgruppen der anderen LRKI-Sektionen in *Revolution* umbenannt. Die Führungen von LRKI und ASt hatten die Einschätzung, dass die Jugend in der neuen, revolutionären Periode eine besonders wichtige Rolle spielen werde.[504] Der österreichischen Sektion gelang es allerdings in diesem Bereich über viele Jahre nicht, etwas Stabiles aufzubauen. Es wurden immer wieder einige Jugendliche gewonnen und dann wieder verloren – wohl auch, weil die aktivistische Politik in der Klassenkampfsituation in Österreich nicht greifen konnte, politische Festigung auf einer langfristigen Perspektive unterblieb und Erwartungen immer wieder enttäuscht wurden. Bei der großen Student/inn/enbewegung 1996 trat man als ASt und nicht als *Contra* auf – relevante und stabile Zugewinne gelangen dabei ebenfalls nicht.



[504] Gespräch mit Michael Pröbsting, April 2010

Die Betriebsarbeit, die Genossen des ASt ab 1995/96 begannen, war mit teilweise heftigen und zermürbenden internen Konflikten verbunden. In den Jahren 1996/97 wurde bei den Beschäftigten der Finanzämter interveniert und versucht, eine Oppositionsliste aufzuziehen; es gelang allerdings nicht, in dem Bereich eine Gruppe aufzubauen, so wurde die Arbeit dort relativ bald wieder aufgegeben. Längere Interventionen gab es bei den Berufschullehrer/inne/n und bei der Post.

Bei der Post startete das ASt-Mitglied Martin Seelos, der die Strömung um Pröbsting unterstützte, 1995 eine Intervention. Zuerst beteiligte er sich im Post-Zentrum am Westbahnhof an der FSG, um zu einem gewerkschaftlich aktivem Milieu Kontakt zu bekommen. Als einige Zeit später Angriffe auf die Beschäftigten durchgeführt wurden, es erhebliche Empörung gab und die FSG wieder einmal nichts tat, initiierte Seelos eine Unterschriftenliste und versuchte eine oppositionelle Gruppe aufzubauen, insbesondere mit der Betriebszeitung *Offensiv*. Es gelang eine temporäre Mitarbeit von ein bis zwei anderen, aber kein Aufbau einer tatsächlichen Betriebsgruppe. Seelos wurde zum Südbahnhof versetzt und auf verschiedene Art und Weise von Management und Gewerkschaftsbürokratie schikaniert. 2002 verließ Seelos aus familiären Gründe den ASt, und die Arbeit bei der Post wurde endgültig eingestellt.[505]

Schneider und seine Unterstützer/innen kritisierten, dass der ASt in der Post-Intervention opportunistisch gegenüber einer FPÖ-Liste sei. Seelos und die ASt-Führung um Pröbsting würden die FP-Anhänger/innen als „irregeleitete kämpferische ArbeiterInnen“ hinstellen; einer von ihnen hätte gar in *Offensiv* schreiben können. Dass der ASt für Fraktionsrechte der FP-Gewerkschafter/innen eingetreten sei, sei ein grober politischer Fehler gewesen. Schneider bemängelt außerdem, dass die strengen Maßstäbe, mit denen für die Interventionen bei den Finanzämtern und den Berufsschulen stets ein offenes Auftreten als ASt gefordert wurde, bei der Post nicht eingehalten wurden.[506]

In einer großen Wiener Berufsschule wurde ein ASt-Genosse Ende 1995 auf einer Namensliste zum Personalvertreter gewählt. Angesichts einiger Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen in diesem Bereich erhielt er eine Zeit lang gewisse Unterstützung von Kolleg/inn/en. Vorübergehend beteiligte sich ein zweiter Kollege an der Herausgabe eines Betriebsflugblattes. Es gelang auch, die Gewerkschaftsbürokratie etwas unter Druck zu setzen. Als 1998 zu einer Gewerkschaftssitzung einmal 70 Kolleg/inn/en kamen, interpretierte die ASt-Führung das als „revolutionäre Basisbewegung“ und verlangte eine Intervention mit dem „revolutionären Programm“. Letztlich war die Stimmung der Kolleg/inn/en viel zu passiv, und die „Bewegung“ verlief sich rasch wieder. Der ASt-Berufschullehrer führte seine Tätigkeit noch bis zum Ende der Personalvertretungsperiode 1999 weiter.[507]

Der Konflikt war freilich ein weiterer Höhepunkt in den ASt-internen Auseinandersetzungen, bei denen es kaum eindeutige Mehrheiten gab. Pröbsting, unterstützt unter anderen von Seelos, Margit Bauer, zeitweise von Haller und anfänglich von dem 1997

[505] Martin Seelos war auch später immer wieder im Umfeld des Ast zu finden und gibt seit 2008 die Zeitschrift „planned economy“ heraus. Bis 2011 sind sechs Ausgaben erschienen.
[506] Gespräch mit Günter Schneider, April 2010
[507] ebd.

vom Funke gewonnenen Markus Kaufmann, kritisierte, dass Schneider und seine Anhänger/innen, insbesondere die Reste der Ortsgruppe in Salzburg, zu passiv und konservativ seien und in den Betrieben nicht offen als ASt auftreten würden. Schneider warf Pröbsting, Bauer & Co. vor, dass sie noch nie im Berufsleben gestanden seien und eine dementsprechend realitätsferne Politik betrieben.[508]

Die ständigen inneren Konflikte führten zu einer anhaltenden Krise des ASt. Der 4. Weltkongress der LRKI 1997 hatte die Außenwendung auch noch intensiviert und Pröbsting für die Anwendung auf Österreich den Rücken gestärkt. Im Winter 1997/98 verließ schließlich das langjährige Führungsmitglied Haller demoralisiert den ASt (und distanzierte sich bald vom Marxismus). Die Phase vor der 9. Konferenz des ASt 1998 war von einem heftigen Kampf um die Mehrheit geprägt. Im Vorfeld war Pröbsting in einer knappen Minderheit gewesen, nach dem Austritt eines jungen Schneider-Unterstützers und mit Hilfe von Leitungsvertretern aus England und Deutschland konnte er aber schließlich auf der Konferenz eine knappe Mehrheit erringen. Schneider spricht von einem zwei Jahre dauernden „Zermürbungskrieg", den Pröbsting 1998 gewonnen habe.[509]

In der Folge beschleunigte sich die Desintegration des ASt: 1998/99 brach der Rest der Ortsgruppe in Salzburg zusammen (es blieb nur eine Genossin). 1999 traten Kaufmann, der sich zuletzt (auch und gerade in der Frage des Kosova-Krieges) gegen die Führung um Pröbsting gestellt hatte, und Schneider, der ausgelaugt war und keine Chance auf einen Kurswechsel sah, aus dem ASt aus. Im gleichen Jahr bildeten Gerda Bergen, Hermann Oberhammer und die Salzburgerin Birgit Straibl noch einmal eine Oppositionsströmung, der von der Mehrheit „Passivismus" vorgeworfen wurde und die – im Unterschied zur früheren, ziemlich demokratischen Praxis in der LRKI – kaum mehr Zugang zu internationalen Protokollen erhielt.[510]

Während die Kritik so weitgehend abgeblockt wurde, kam es um die Bewegung gegen die schwarz-blaue Bundesregierung im Jahr 2000 noch einmal zu einer internen politischen Auseinandersetzung um die Art der Intervention. Da ging es einerseits um Losungen in der Bewegung (Für SPÖ-Minderheitsregierung? Generalstreikslosung?), andererseits gab es Meinungsverschiedenheiten um das Ausmaß des Aktivismus, um das Verhältnis von Propaganda und Agitation und um die Gewichtung von interner Debatte und öffentlichen Treffen. Nachdem Bergen, Oberhammer und Straibl sich in sämtlichen Fragen nicht durchsetzen konnten, traten sie noch im selben Jahr aus dem ASt aus.[511]

Der einzige relevante personelle Gewinn in dieser Phase war Magnus, der 1998 wieder in den ASt eingetreten war und der in der 2000er-Bewegung gegen die neue Rechtsregierung als Aktivist eine wichtige Rolle spielte. Diese Bewegung wird von Pröbsting als „wichtige Erfahrung" bilanziert, bei der es gegolten habe, aktiv teilzunehmen und gleichzeitig mit dem Anpassungsdruck umzugehen und eine richtige

[508] ebd.
[509] ebd.
[510] ebd.
[511] Ebenfalls noch im Jahr 2000 gründeten sie gemeinsam mit Schneider die *Initiative für eine revolutionäre Organisation* (IRO); siehe unten.

Taktik gegenüber der SPÖ zu entwickeln. Während Schneider meint, der ASt habe in dieser Bewegung „nichts gewonnen“, spricht Pröbsting von geringen Gewinnen, räumt aber ein, dass „kein numerischer Durchbruch“ gelungen sei und dass „kein Umfeld aufgebaut“ werden konnte.[512]

Die ASt-Intervention in das albanisch-kosovarische Milieu in Wien in den Jahren 1998/99 wird von Pröbsting ähnlich bilanziert. Es sei eine „interessante Erfahrung“ mit proletarischen Migrant/inn/en gewesen und der Versuch, in eine Bewegung eine „Klassenlinie hineinzubringen“. Personelle Gewinne seien dabei aber nicht gelungen.[513] Dabei ist anzumerken, dass ASt/LRKI im Kosova-Konflikt von ihrer früheren konsequenten antiimperialistischen Position abgingen. So richtig es von einer leninistischen Position aus ist, grundsätzlich für das Selbstbestimmungsrecht der albanischen Mehrheitsgebiete in Kosova einzutreten, so war das angesichts des imperialistischen NATO-Angriffes auf Restjugoslawien im Frühjahr 1999 zurückzustellen und eine Position der bedingungslosen Verteidigung Restjugoslawiens einzunehmen (so wie die LRKI 1991 richtigerweise den Irak bedingungslos gegen den Imperialismus verteidigt hatte – trotz der Repression gegen die Kurd/inn/en im Irak). ASt/LRKI nahmen im Kosova-Konflikt aber schließlich eine de facto neutrale Position ein und forderten sogar während der NATO-Bombardements weiter Waffen für die kosovarische Guerilla UÇK, die mittlerweile zu einer Fußtruppe der NATO degeneriert war. Eine Position, die mit revolutionären Prinzipien wohl kaum in Einklang zu bringen ist.

Während die Kosova-Intervention wohl eine Art erste Erfahrung mit der neuen ASt-Aufbaulinie war, sieht Pröbsting die 2000er-Bewegung für den ASt insgesamt als „Generalprobe mit Schwächen“. Die Fähigkeit, die Organisation in Bewegungen und Kämpfen aufzubauen, sei noch nicht ausreichend entwickelt gewesen. Dieser Anspruch, das „Lernen von Interventionen“, habe lange zur Umsetzung gebraucht. Es sei ein „Prozess mit vielen Rückschlägen“, mit Gewinnen und Verlusten, gewesen. Ein Teil der bisherigen ASt-Mitglieder sei an „passive Propaganda“ gewöhnt gewesen, habe ein „abstraktes Verständnis revolutionärer Politik“ gehabt und sei letztlich „konservativ“ und „unfähig, sich auf die neue Phase einzustellen“, gewesen.[514]

Im Jahr 2000 gab es dann auch einen neuen LRKI-Weltkongress, auf dem die Einschätzung von 1994, dass eine revolutionäre Periode begonnen habe, endlich revidiert wurde. Nun wurde erklärt, dass man sich seit 1990 in einer „Übergangsperiode“ befinde. Zur Rechtfertigung der bisherigen Position wurde gesagt, dass zwar die Tendenz richtig gesehen, aber „das Tempo überschätzt“ worden sei. Die aus der (falschen) Weltlageeinschätzung abgeleiteten Organisationsaufbauperspektiven seien aber, so die Absicherung des gefahrenen Kurses, trotzdem im wesentlichen richtig gewesen – und zwar nicht wegen unmittelbar möglicher Erfolge (die auch die anderen LRKI-Sektionen kaum hatten), sondern „um zu lernen“. Schneider findet das mit Recht als seltsame retrospektive Legitimierung.

[512] Gespräch mit Schneider, a.a.O., und Gespräch mit Pröbsting, a.a.O.
[513] Gespräch mit Pröbsting, a.a.O.
[514] ebd.









Publikationen von ASt / LSR

Nach all den Verlusten von 1997 bis 2000 war der ASt in den Jahren 2000 bis 2003 jedenfalls „eine sehr kleine Gruppe“. Von den etwa 20 Kadern, die der ASt Anfang der 1990er Jahre gehabt hatte, waren jetzt außer der eindeutigen Führungsperson Pröbsting nur mehr Seelos, Bauer und Magnus übrig (und diese drei sollten die Organisation in den nächsten Jahren ebenfalls verlassen). Den numerischen Tiefpunkt gibt Pröbsting mit 2001 an. Für die neue Art von Organisationsaufbau seien „einige Anläufe nötig“ gewesen, „mit Gewinnen und Verlusten“.

Das Jahr 2003, in dem sich die LRKI auf ihrem sechsten Weltkongress in *Liga für die Fünfte Internationale* (LFI) umbenannt hat, habe, so Pröbsting, für den ASt dann einen Wendepunkt bedeutet – nicht wegen der für österreichische Verhältnisse großen Streiks in diesem Jahr, sondern wegen der Antikriegsbewegung, die im Jugendbereich eine Politisierung brachte. Dem ASt gelang es mit seiner Jugendorganisation *Revolution*, daran anzusetzen, bei den Schulstreiks gegen den Krieg substanziell mitzuspielen und an mehreren Schulen Gruppen von Schüler/inne/n um sich zu scharen. Im Unterschied zu früheren kurzfristigen Erfolgen im Schulbereich konnte nun aber auch langsam ein neuer Kaderkern gruppiert werden. Während der ASt nach Seelos im Jahr 2003 auch erneut Magnus verlor (der sich dann dem Funke anschloss), kamen einige Junge stabil dazu, nach Max Lasser 2001 schließlich Roman Birke 2003 und Nina Gunic 2004.[515] Mit ihnen konnte Pröbsting eine neue Führung aufbauen.

Dieser neue Kaderkern und ein gewisser Anhang unter Schüler/inne/n war die Grundlage für eine neuerliche Aufwärtsentwicklung des ASt in den nächsten Jahren. Bis 2006 waren Antikriegsaktivitäten der eindeutige Schwerpunkt von *Revolution* (Revo) und damit des einzigen kontinuierlichen Tätigkeitsfeldes des ASt in diesen Jahren. Pröbsting spricht von einem erfolgreichen Revo-Aufbau seitdem, von dem auch der ASt entsprechend profitiert hätte. Revo sei dabei nicht als „Kaderjugend“ angelegt, sondern als „offene Gruppe“, wo Platz für verschiedene linke und kritische Jugendliche sei; Jugendkader seien allerdings nötig, um Revo aufzubauen.[516]

Tatsächlich ist es natürlich so, dass gerade wegen des niedrigen politischen Niveaus in Revo und der hohe Fluktuation der Jugendlichen eine sehr starke informelle Dominanz der ASt-Kader in Revo gegeben ist. Trotz der offiziellen organisatorischen Unabhängigkeit von Revo handelt es sich in der Realität selbstverständlich um eine ASt-Vorfeldorganisation. Die Aufwärtsentwicklung von Revo war seit 2003 auch keineswegs linear. Beispielsweise hat sich 2006 eine Gruppe um Dieter Reinprecht-Hinsch und Stefan G. von Revo/ASt abgespalten, was für Revo erneut einen gewissen Rückschlag und einen relevanten personellen Verlust bedeutet hat.[517]

Allerdings hat dieser Verlust für den Aufbau von Revo/ASt nicht einen derartigen Rückschlag bedeutet wie frühere Fälle – wohl vor allem deshalb nicht, weil man mittlerweile über einen politisch gut vereinheitlichten Kaderkern verfügte und auch im Schüler/innen/bereich eine gewisse Kontinuität entwickelt hatte. Die Schulstreiks in

[515] ebd.
[516] ebd.
[517] Dieter Reinprecht-Hinsch hatte ASt/Revo zuvor aus der *AL-Antifaschistische Linke* (siehe unten) gewonnen, die von ihm und Stefan G. geführte ASt/Revo-Abspaltung schloss sich dann mit der GRA (siehe unten) zusammen, der er aber auch nicht lange erhalten blieb (siehe unten).

den Jahren 2005 (Frühjahr und Herbst) und 2006 (Bush-Besuch in Wien) wurden von Revo mitinitiiert und mitorganisiert. Eine führende Rolle spielte Revo schließlich bei den beiden Schulstreiks im April 2009. Pröbsting kann sicher mit einigem Recht sagen, dass einige Revo-Mitglieder in diesen Mobilisierungen Erfahrungen als Führer/innen von Bewegungen sammeln konnten.[518]



Seit 2008 verfügt Revo über gewählte Schüler/innen/vertreter/innen und versucht seitdem verstärkt in offizielle Vertretungsstrukturen hineinzukommen. Seit 2009 begann Revo in den Schulen, in denen die Organisation verankert ist, „Schulzellen“ aufzubauen. Im Frühjahr 2010 gab es in vier Wiener Schulen solche Gruppen. Die Schularbeit war jedenfalls in den letzten Jahren das „zentrale Mittel für den Aufbau“ von Revo und ASt beziehungsweise die *Liga der sozialistischen Revolution* (LSR), wie sich die Organisation seit September 2007 nannte.

Neben der dominanten Schüler/innen/arbeit haben ASt/LSR auch immer wieder in anderen Bereichen interveniert. Das gilt für sämtliche Bewegungen der letzten Jahre, unter anderem an der Universität, wo eine systematische Intervention anvisiert ist. 2009 wurde von der LSR schließlich ein „revolutionäres Frauenkollektiv“ gebildet, dessen Ziel eine „unabhängige Frauenorganisation“ ist. Pröbsting sah 2010 im Fehlen eines gewerkschaftlich-betrieblichen Profils explizit eine „bisherige Schwäche“ der LSR, die überwunden werden müsse.[519]

Pröbsting meinte 2010, dass die LSR in diesem Jahr das personelle Niveau des ASt in den frühen 1990er Jahren fast wieder erreicht habe. Das war sicherlich eine Übertreibung. Dazu kam, dass der Kaderlevel und die Stabilität der Mitglieder, abgesehen von einem relativ kleinen Kern, deutlich niedriger waren. Dass Revo 2010 an die 50 Mitglieder hatte, mochte zwar am Papier annähernd stimmen, allerdings war die Anzahl der regelmäßig Aktiven deutlich niedriger und die Fluktuation der Nicht-LSR-Mitglieder in Revo sehr hoch, viele von ihnen waren auch sehr diffus und/oder nur rudimentär linke Jugendliche, die mehr sozial als politisch eingebunden sind (und oft ebenso rasch wieder verloren gehen). Was aber sicher zutraf, ist, dass die LSR – im Gegensatz zur traditionellen Schwäche des ASt – mit Revo ein relevantes Jugendumfeld hatte. Und jedenfalls hatte sich die ASt-LSR-Strömung seit ihrem Tiefpunkt nach der Jahrtausendwende wieder deutlich erholt.

[518] Gespräch mit Pröbsting, a.a.O.
[519] ebd.

Die LSR ist natürlich weiterhin stark in ihre internationale Strömung LFI eingebunden. Die LFI hat 2006 nahezu die Hälfte ihrer britischen Sektion (und damit der deutlich stärksten), darunter die Mehrheit der langjährigen Führung, verloren. Während das eine dramatische Schwächung bedeutete, konnten in den letzten Jahren in einigen Ländern neue Gruppen gewonnen werden. Zum Aufbau der LFI leistete natürlich auch die LSR ihren Beitrag. Pröbsting war auch für die internationale Ebene ein wichtiger Kader, der auch immer wieder Beiträge für die LFI-Theoriezeitschriften in deutscher und englischer Sprache verfasste.

Die politische Linie der LFI war durchgängig eine Weltlageeinschätzung, die stets von einer massiven Zuspitzung der Widersprüche und der Kämpfe ausging und daraus sehr aktivistische Aufbauperspektiven ableitete. In der Folge wurde beispielsweise in der Antikriegs- und Antiglobalisierungsbewegung ein enormes Potenzial gesehen. Die Illusionen in letztere gingen so weit, dass die LFI um 2005 allen Ernstes forderte, dass die Europäischen Sozialforen in die Fünfte Internationale umgewandelt werden sollten. Während diese Foren wieder weitgehend sanft entschlafen sind, hat sich mit der Weltwirtschaftskrise ab 2008 die Realität ein gutes Stück den seit Anfang der 1990er Jahre propagierten LRKI/LFI-Einschätzungen angepasst.

Die LSR hatte in den Jahren 2007 bis 2010 sicherlich eine relevante Aufwärtsentwicklung und Stabilisierung zu verzeichnen gehabt. Dass die Situation nicht so rosig war, wie sie Pröbsting 2010 zeichnete, zeigte eine Zuspitzung interner Konflikte, die schließlich im Frühjahr 2011 zur Spaltung und zum Ausschluss unter anderem von Pröbsting aus „seiner“ Organisation führte.

Bei der LSR-Konferenz Anfang Februar war die Gruppe um Pröbsting, Gunic und Johannes Wiener in die Minderheit geraten, die Strömung um Birke erreichte eine 60%-Mehrheit und übernahm die Führung der Organisation. Daraufhin gründeten Pröbsting und vier weitere Mitglieder eine Fraktion mit dem Namen „Bolschewistische Opposition“. Mitte März wurden die fünf Fraktionsmitglieder wegen „organisationsschädigenden Verhaltens“ (laut Mehrheit zu scharfer Ton im Gründungsdokument der Fraktion und Vorwürfe der Fraktion, dass sich Mitglieder der Mehrheitsströmung sexistisch und undiszipliniert verhalten hätten) suspendiert, das heißt, es wurde ihnen die Teilnahme an internen Treffen und die Kommunikation mit andern Mitgliedern (außer der Leitung) verboten. Als sich die Fraktion nicht daran hielt, sondern versuchte, in der Jugendorganisation Revo für ihre Positionen zu werben, wurden die fünf Fraktionsmitglieder Anfang April 2011 vom Internationalen Exekutivkomitee (IEK) der LFI, das in dem Konflikt die Strömung um Birke unterstützte, ausgeschlossen.[520]

Worum ging es bei diesen Konflikten? Die Mehrheit um Birke sieht als Grundlage für die Konflikte, „dass die Fraktion nicht mit einer Situation umgehen konnte, in der wie in Österreich relativ stabile Verhältnisse durch eine weitgehende Friedhofsruhe an Klassenkämpfen herrschen“. Die „revolutionäre Ungeduld“ habe bei der Fraktion zu einer „radikalen Schlagwortpolitik“ geführt. Statt einer Einheitsfrontpolitik habe die LSR unter der Führung von Pröbsting ein ultralinkes und ultimatistisches Sektierer-

[520] Gründungserklärung der RKOB (2011), in: www.rkob.net

tum betrieben. Der bisherigen konfrontativen LSR-Politik stellte die neue Mehrheit eine stärkere Orientierung auf Diskussion und Zusammenarbeit in der Linken gegenüber. Die Fraktion habe das abgelehnt und damit ihre „Unwilligkeit“ gezeigt, sich der in der Linken stattfindenden Debatte zu stellen. Die Spaltung sei ein „Rückschlag“, aber die Zerstörung der LSR durch die Fraktion habe nicht geduldet werden können.[521]



Michael Pröbsting

Die Strömung um Gunic und Pröbsting sah das naturgemäß anders. Der „bürokratische Ausschluss“ sei „Ausdruck eines politischen Degenerationsprozesses von LSR/LFI“. Sie spricht von „Differenzen im Verständnis des Aufbaus der kommunistischen Organisation“. In der LFI gebe es ein „mangelndes Verständnis des Charakters der nationalen Unterdrückung von MigrantInnen“, eine Vernachlässigung der „besonders unterdrückten und überausgebeuteten Teile der Klasse“, also der Jugend, der Frauen und der Migrant/inn/en, und stattdessen eine Dominanz der Arbeiter/innen/aristokratie und der Intellektuellen; nach dem Ausschluss der Fraktion aus der LSR gebe es im LFI-IEK „keine einzige Frau, keine MigrantInnen und auch keine ArbeiterInnen aus der mittleren und unteren Schicht“ und in der Rest-LSR seien (im Unterschied zur Fraktion) „fast alle Mitglieder StudentInnen“. Als zweiten großen Punkt nennt die ausgeschlossene Fraktion, dass die LSR-Mehrheit nicht die „Notwendigkeit einer scharfen Abgrenzung und Kritik an reformistischen und zentristischen Organisationen wie der SJ, dem Funke, der SLP oder der Linkswende“ sehe. Die „Neo-LSR“ fürchte, sich „bei diversen linken Gruppen (…) unbeliebt zu machen“ und betreibe „eine Anpassung an ein in den fortschrittlichen Kreisen an der Universität sowie der offiziellen Arbeiter/innen/bewegung vorherrschendes kleinbürgerliches Milieu“, das „von bessergestellten Schichten und deren politischen Vorurteilen“ geprägt sei.[522]

Im Ablauf der Spaltung wurde deutlich, dass das Klima zwischen den Kontrahent/inn/en bereits deutlich angespannt war. In der Darstellung der Mehrheit ist davon die Rede, dass die Fraktion mit einer „kruden Herangehensweise, die eher an Stalinismus und ML-Kult erinnert“, die Organisation als monolithischen Block wollte, ihre demokratischen Rechte „missbrauchen“ wollte, „um zu versuchen die Organisation zu

[521] Spaltung in der LSR (2011), in: www.arbeiterinnenstandpunkt.net
[522] Gründungsdokument der RKOB, a.a.O.

zerstören“, weshalb ein Ausschluss notwendig gewesen sei. Als Beleg dafür wird ein Zitat aus einem Text von Fraktionsmitgliedern gebracht, in dem die Mehrheit als „Menschewiki“ bezeichnet wird und davon die Rede ist, in der LSR-Jugendorganisation Revo Unterstützer/innen für die Fraktion zu gewinnen; außerdem wird darin gesagt, dass die Fraktion nicht auf eine Spaltung hinarbeite, aber darauf vorbereitet sein müsse.[523]

Pröbsting ist für seinen konfrontativen Stil bekannt, und dass er diesen internen Konflikt scharf ausgetragen hat, ist sehr wahrscheinlich. Dennoch ist der Versuch, in der eigenen Jugendorganisation Anhänger/innen für die Minderheit zu werben, wohl schwerlich ein legitimer Ausschlussgrund. Die Fraktion gibt außerdem an, dass das für den Ausschluss verwendete Zitat aus einem Papier stammt, das zwei Mitglieder für sich geschrieben hatten, und das Zitat selbst „pikanterweise von jener Genossin, die kurz vor unserem Ausschluss die Fraktion verließ und heute im Lager der LSR-Mehrheit ist“. Dass die LSR-Mehrheit in der Jugendorganisation gegen die Fraktion agitierte, dieser aber verbot, sich dazu zu äußern, ist sicherlich problematisch. Die Minderheit spricht außerdem von Machenschaften wie „Hacken unserer Mails“ und Einrichten eines Facebooks-Accounts mit sexistischem Inhalt „für“ das Fraktionsmitglied Wiener.[524]

Wenige Tage nach ihrem Ausschluss gründete die Minderheit eine neue Organisation, die *Revolutionär-Kommunistische Organisation zur Befreiung* (RKOB). Sie besteht aus den fünf ausgeschlossenen Fraktionsmitgliedern sowie einigen weiteren Aktivist/inn/en. Sie war von Anfang an sehr aktiv und brachte in wenigen Monaten eine Reihe von Resolutionen, Analysen und Zeitungen sowie eine Neuauflage von Trotzkis Text *Klasse, Partei, Führung* heraus. Im Juni gründete die RKOB die *Revolutionäre Jugendorganisation Rote Antifa*. Im Oktober 2011 konnte auch ein betrieblicher Erfolg erreicht werden; während des Metaller/innen/streiks für Lohnerhöhungen im Kollektivvertrag kam es in Feldkirchen/Kärnten unter (sicherlich maßgeblicher) Beteiligung des RKOB-Mitgliedes Christian Hoff zu einer Betriebsbesetzung bei Haslinger Stahlbau (etwa 360 Beschäftigte), durch die schließlich eine Lohnerhöhung von 5,5% (statt der 4,2% der Gewerkschaft) durchgesetzt werden konnte. In der österreichischen Klassenkampfsituation ist eine erfolgreiche Betriebsbesetzung sicherlich eine bemerkenswerte Sache. Eine kontinuierliche Betriebsarbeit hingegen hat die RKOB, zumindest im ersten dreiviertel Jahr ihres Bestehens, nicht entwickelt.

Die erfahrenen Kader Pröbsting und Gunic sind jedenfalls sicher in der Lage, eine neue Organisation aufzuziehen, allerdings stellt der Ausschluss für den jahrzehntelang aktiven Pröbsting sicherlich einen Rückschlag dar. Nach langer, auch führender Tätigkeit in einer internationalen Strömung ist die RKOB doch eine kleine, national weitgehende isolierte Gruppierung. Die RKOB bemühte sich dann auch bald um die Formierung eines neuen internationalen Zusammenhangs, gemeinsam mit anderen Splittern der LFI. Wie weit ein Zusammenschluss mit Kleinstgruppen in den USA, Sri Lanka, Pakistan und Neuseeland eine Perspektive hat, bleibt dahingestellt.

[523] Spaltung in der LSR, a.a.O.
[524] Gründungsdokument der RKOB, a.a.O.





Die Rest-LSR bemühte sich umgehend, sich von Pröbstings LSR-Tradition abzugrenzen. Ausdruck davon war die Rückbenennung in ArbeiterInnenstandpunkt im Juni 2011, mit der an die frühere politische Tradition angeknüpft und die Fehler der LSR-Zeit, namentlich die „sektiererische Selbstabgrenzung zu anderen Organisationen der Linken“ und die „Vulgarisierung der Taktiken und Forderungen“, überwunden werden sollten.[525] Bereits in der Spaltungserklärung wurde, mit positivem Bezug auf die Linkswende-Abspaltung *Perspektiven*, der Diskussion in der Linken „klare Priorität“ zugeordnet und eine „Konferenz der Linken“ propagiert. Im Juni wurde dann die „kritische Aufarbeitung der eigenen politischen Vergangenheit“ betont.[526] Auf der ASt-Homepage, auf der seit der Spaltung vergleichsweise wenige Texte erscheinen, dominieren auch stark Themen der linken Szene und gibt es wenig zu Arbeiter/innen/klasse und Klassenkampf.

Dass in LSR/ASt nun ein anderer Wind weht, wurde in einer Antwort auf einen Angriff der antideutschen, linksliberal-proimperialistischen GRAS, der Studierendenorganisation der Grünen, deutlich: Die GRAS hatte sich mit einem „offenen Brief“ aus einem Antifa-Bündnis zurückgezogen, weil sie mit den angeblichen „AntisemitInnen“ von ASt und Linkswende nicht zusammenarbeiten wolle. Der ASt reagierte darauf sehr defensiv (man sei „durch solche Anschuldigungen betroffen“) und distanzierte sich vom bisherigen Palästina-Kurs der LSR: Der offene Brief der GRAS sei überraschend, „nachdem wir klar gemacht haben, nach längeren internen Diskussionen und dem Ausschluss von fünf Mitgliedern (…) eine eigene Auseinandersetzung mit unse-

[525] LSR wird wieder AST, in: www.arbeiterinnenstandpunkt.net
[526] Ebd. und Spaltung in der LSR, a.a.O.

ren Positionierungen vornehmen zu wollen". Es wird eingeräumt, „dass die Thematisierung des reaktionären Gehalts von islamistischen Kräften einen zu geringen Platz in unseren Publikationen eingenommen hat".[527] Das mag zwar stimmen, im Kontext der Auseinandersetzung mit der GRAS hat dieser ASt-Text aber doch deutlich den fauligen Beigeschmack, sich in der antideutschen Szene durch eine Denunzierung des in diesem Milieu verhassten Pröbsting wieder salonfähig zu machen.

Die Trennung von den langjährigen Kadern Pröbsting und Gunic sowie etlichen anderen Aktivist/inn/en bedeutet für LSR/ASt sicherlich einen deutlichen Rückschlag. Die Gruppe ist definitiv geschwächt – und ob die kritische Selbstreflexion und die Diskussion in der Linken dem ASt unter der Führung von Birke ein klares Profil und eine politische Perspektive geben wird, muss sich erst zeigen.

9.4. Arbeitsgruppe Marxismus (AGM)

Anfang September 1994 wurde im südlichen Niederösterreich die Arbeitsgruppe Marxismus (AGM) gegründet. Sie entstand aus der Minderheitsströmung, die im Sommer 1994 aus dem ASt ausgetreten war, der Mehrheit der ASt-Jugendgruppe *intakt* und dem bereits zuvor aus ASt/LRKI ausgetretenen Manfred Scharinger.[528]

Es war für Mica Jovanovic, Scharinger und Eric Wegner, den Kern der neuen Gruppe, von Anfang an klar, dass die Ausgangssituation nicht die einfachste war. Die gesamtgesellschaftliche Situation in Österreich war 1994 generell nicht sehr vorteilhaft für die Linke. Die neu formierte AGM war klein und etliche der jungen Genoss/inn/en politisch nicht sehr gefestigt. Die Gruppe verfügte über keinerlei Infrastruktur. Es stellte sich auch die Frage, ob in der radikalen Linken in Wien der Platz war für die Entwicklung einer neuen Organisation. Die AGM versuchte jedenfalls, der Beschränktheit ihrer Möglichkeiten mit einem bescheidenen Selbstverständnis Rechnung zu tragen.

Als ihre Aufgaben für die ersten Jahre definierte sie die Aneignung, die Verbreitung und in Ansätzen die Weiterentwicklung von marxistischer Theorie, die Kaderisierung der eigenen Mitglieder und von anderen, die Propagierung von marxistischen Grundpositionen in Fragen wie Staat, Partei und Revolution. Interventionen wurden nicht als systematische Bereichsarbeit angelegt, sondern sollten nur dann gestartet werden, wenn sich reale Bewegungen entwickelten, zu denen die Gruppe auch einen tatsächlichen Zugang finden konnte. Die neue Organisation lehnte sowohl ein Theoriezirkelkonzept als auch das bei vielen Gruppen verbreitete autoproklamatorische Auftreten ab.

Die Anfangsphase war zäh. Die ersten drei Jahre der AGM, die Zeit bis Herbst 1997, war davon geprägt, dass die neue Organisation noch instabil war; vieles musste sich erst langsam einspielen. Nicht alle der jungen Mitglieder konnten dauerhaft gehalten werden, einige tragende Aktivisten gingen vorübergehend ins Ausland; das waren alles Faktoren, die bei kleinen Organisationen rasch ins Gewicht fallen können. Neue

[527] Antwort auf den offenen Brief der GRAS, in: www. Arbeiterinnenstandpunkt.net

[528] Dieses Kapitel orientiert sich bis 2004 zu guten Teilen an dem Text „10 Jahre AGM", abrufbar unter: http://www.sozialismus.net//content/view/372/54/

Genoss/inn/en konnten in den ersten ein bis zwei Jahren kaum gewonnen werden, sodass die Gruppengröße insgesamt in etwa stagnierte.

Gleichzeitig gelang es, die ersten Publikationsprojekte erfolgreich abzuschließen. Mit den Büchern zum Österreich-Nationalismus, zum Zweiten Weltkrieg, zur Entwicklung des österreichischen Kapitalismus, zur Imperialismustheorie bei den „Klassikern“ und zur Geschichte des österreichischen Trotzkismus konnte sich die AGM in der Wiener Linken und ansatzweise darüber hinaus zunehmend einen Namen machen. Diese Arbeiten waren schließlich auch die Grundlage für spätere Erfolge im Organisationsaufbau, das, wodurch die neue Gruppe für Außenstehende von anderen Organisationen unterscheidbar und damit für manche eine attraktive Alternative wurde.

Die Gruppe entwickelte damit aber auch Züge eines Diskussionszirkels. Entgegen den Behauptungen der ASt-Führung und anderer Linker hatte die AGM zwar nie ein solches Konzept, sondern stets die Perspektive eines revolutionären Organisationsaufbaus im Auge, dennoch war die Praxis der ersten Jahre sehr stark auf interne theoretische Debatten konzentriert. Kontakte wurden in der Folge auch vor allem als theoretisch Interessierte angesprochen und nicht als kontinuierliche Aktivist/inn/en der Arbeiter/innen/bewegung politisch erzogen. Trotz der Berechtigung eines temporären Rückzuges zu hauptsächlich inhaltlicher Arbeit und grundlegender Propaganda wurden damit doch eben auch gewisse Schwächen im Bereich der Außenarbeit mit eingekauft.

Die Beteiligung an der Streikbewegung an der Universität Wien 1996 war die erste größere Intervention für die AGM. Sie brachte zwei Flugschriften heraus, die breit vertrieben wurden, und beteiligte sich an den Streikversammlungen und den üblichen Streikaktivitäten. Sie konnte erstmals exemplarisch ihr Herangehen an Intervention zeigen und wurde in einem etwas breiteren Milieu bekannt.

Die meisten Kontakte, die sie dabei gemacht hatte, konnte sie aber nicht dauerhaft einbinden. Sie hat dabei – so die spätere kritische Bilanz – auch zu stark auf ihre theoretisch-wissenschaftliche Kompetenz gesetzt und die Interessierten zu wenig über zentrale politische Positionierungen gewonnen. Teilweise gab es aber auch eine Konzentration auf Leute, von denen selbst kaum ernsthafte Motivation kam und die nicht stabil in politische Aktivität zu integrieren waren.

Bei verschiedenen Arbeitskreisen, die sich mit theoretischen Fragen beschäftigten, machte die AGM die Erfahrung, dass sie zwar teilweise zur Kaderausbildung beitrugen, dass sich das ganze ohne Ausrichtung auf eine Publikation oder ein anderes konkretes Ziel leicht verlaufen kann. In einigen Bereichen musste auch zur Kenntnis genommen werden, dass die Fortschritte deutlich langsamer waren, als anfänglich erhofft. Gerade was ökonomische Theorie betrifft, traten eher neue, noch kompliziertere Fragen auf, die ohne Genoss/inn/en, die sich als Hauptamtliche oder im Job damit umfassend beschäftigen können, kaum zu bewältigen waren. Einige Projekte mussten so mehrmals verschoben werden.

Die erste Phase der AGM war also gekennzeichnet von personeller Stagnation und dem Zurückstecken bei einigen theoretischen Projekten einerseits und von einigen

guten publizistischen Resultaten und einer ersten größeren erfolgreichen Intervention andererseits. Die Gruppe hatte zunehmend ein eigenes Profil entwickelt und war im Herbst 1997 als politisches Kollektiv konsolidiert. In dieser Phase wurde auch Karl Grabke gewonnen, der zu einem tragenden und wichtigen Mitglied wurde. Die Gruppe hatte allerdings keine Erfahrungen in kontinuierlicher Bereichsarbeit; einzelne Genoss/inn/en hatten solche Erfahrungen natürlich aus ihrer früheren Aktivität in anderen Organisationen, die AGM als Gruppe und insbesondere ihre neuen Mitglieder aber nicht.

Die Phase von Herbst 1997 bis Ende 1999 war von einer Festigung und Stärkung der AGM geprägt. Einige Kader kehrten aus dem Ausland zurück, und es wurden einige Genoss/inn/en für die Organisation gewonnen, die teilweise früher in anderen Strömungen organisiert gewesen waren und die nun zunehmend eine tragende Rolle für die AGM spielen sollten; beispielsweise Kurt Lhotzky. Was den Organisationsaufbau betrifft, wurde der Schwerpunkt bewusst auf die Entwicklung und Erweiterung des Kaderkerns gelegt.



Bedeutend in dieser Phase war auch die Arbeit an den beiden Büchern zur Globalisierungsdebatte einerseits und zu den Revolutionen nach 1945 andererseits. Anders als einige der Bände davor, die zu erheblichen Teilen Einzelarbeiten waren, waren diese beiden Marxismus-Nummern Ausdruck eines kollektiven Arbeitsprozesses. Beide Bücher verkauften sich sehr gut. Der Hauptartikel aus Marxismus Nr. 13, *Marxistische Revolutionstheorie*, wurde zu einem wesentlichen theoretischen Fundament der AGM, da sie sich damit – auch mit einigen Kritikpunkten – in der Tradition der marxistisch-kommunistischen Arbeiter/innen/bewegung der letzten 150 Jahre einordnete. Anfang 1999 beschloss die AGM auch ihre *Grundsätze* als neue politische Grundlage der AGM. Sie lösten in dieser Funktion die bisherige, eher thesenhafte *Politische Plattform* ab.

Die bis zu diesem Zeitpunkt größte Intervention für die AGM war die Teilnahme an der Bewegung gegen den NATO-Krieg gegen Jugoslawien im Frühjahr 1999. In Wien war diese Bewegung zum überwiegenden Teil von der sehr großen Gruppe der serbischen Arbeitsmigrant/inn/en getragen. In den Massendemonstrationen konnte die Minderheit der serbischen Nationalist/inn/en nur deshalb dominieren, weil es kaum eine linke Teilnahme gab. Da die AGM Mitglieder jugoslawischer Herkunft in ihren Reihen hatte, hatte sie sicherlich einen gewissen Startvorteil gegenüber anderen Gruppen. Sie hat – vor allem in Wien, aber auch in einigen deutschen Städten –



Smrt NATO-Imperializmu!
Smrt Nacionalizmu! Sloboda Narodima!

Tod dem NATO-Imperialismus! Tod dem Nationalismus! Freiheit den Völkern!

Nacionalisti svih strana nahuskali su narode Jugoslavije u rat i pretvorili su zemlju u krv i bedu. I to sve u korist ratnih profitera i bogatih slojeva. Radnici i radnice za sve to plaćaju ceh.
Zapadne vlade, koje imaju puna usta parola mira i ljudskih prava, rade to samo zbog sobstvenog interesa. Zapadne banke, sa svojom izrabljivačkom kreditnom politikom, igrali su znatnu ulogu u stvaranju ekonomske krise u bivšoj Jugoslaviji. Sadasnja uloga NATO-a je u pretvaranju balkana u stabilnu zonu uticaja zapadnog velikog kapitala.
Od zapadnih imperialista radnici na balkanu nemaju u nista dobro ocekivati. Oslobodjene radnika od bede, nacionalizma i imperialistickog izrabljivanja moze biti samo delo samih radnika. Za to nam treba novi internacionalisticki radni pokret u duhu Karla Libknehta i Dimitrije Tucovica: Jedan narod, koji drugoga potiskuje, nemoze sam sebe osloboditi! Za puno pravo na samoopredeljenje svih naroda Jugoslavije - koje isto vazi za Albance na Kosovu. Za Balkansku Federaciju na osnovi slobodnog opredeljenja svih balkanskih naroda.
Dodjavola sa NATO-imperialistima, nacionalistickim ratnim huskacima i bogatih slojeva! **NATO-zlocinci, napolje sa balkana!** Za socializam radnika - bez birokratskih parazita! **Bratsvo i Jedinstvo!**

Die Nationalisten aller Seiten haben die Völker Jugoslawiens gegeneinander aufgehetzt und das Land in Blut und Elend gestürzt. Profitiert haben einige Neureiche und Kriegsgewinnler. Bezahlt haben die Arbeiter und Arbeiterinnen.
Die westlichen Regierungen, die von Frieden und Menschenrechten sprechen, verfolgen nur ihre eigenen Interessen. Die westlichen Banken haben mit ihrer erpresserischen Zinspolitik wesentlich zur wirtschaftlichen Misere in Jugoslawien beigetragen. Die NATO soll nun den Balkan in eine stabile Einflußzone für das westliche Großkapital verwandeln.
Von den westlichen Imperialisten haben die Arbeiter am Balkan nichts Gutes zu erwarten.
Die Befreiung der Arbeiter von Armut, Nationalismus und imperialistischer Ausbeutung kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein. Dazu brauchen wir eine neue internationalistische Arbeiterbewegung im Geiste von Karl Liebknecht und Dimitrije Tucovic: Ein Volk, das andere unterdrückt, kann selbst nicht frei werden. Für das volle Selbstbestimmungsrecht aller Völker Jugoslawiens - auch der Albaner des Kosovo. Für eine freiwillige Föderation der Völker des Balkans!
Zum Teufel mit den NATO-Imperialisten, den nationalistischen Kriegshetzern und den neureichen Cliquen! **NATO-Verbrecher raus aus dem Balkan!** Für einen Sozialismus der Arbeiter - ohne parasitäre Bürokraten! **Brüderlichkeit und Einheit!**

Kontaktadressen: Arbeitsgruppe Marxismus (AGM), zH Mića Jovanović, Pf. 562, 1151 Wien; oder: agm@xpoint.at

Impressum: AGM, Pf. 562, 1151 Wien

Vorwärts in der multinationalen Tradition der jugoslawischen Partisanen!

20.000 Flugschriften und Flugblätter verteilt und hunderte Broschüren verkauft, einen beträchtlichen Teil davon in serbokroatischer Sprache.

Dabei war für die AGM-Führung von Anfang an klar, dass es schwer sein würde, viele Personen aus dieser Bewegung für die eigene Organisation zu gewinnen. Sie schätzte den NATO-Angriff auf Jugoslawien aber als bedeutendes politisches Ereignis ein (erstmals NATO-Krieg ohne UN-Mandat, erstmals wieder deutsche Truppen am Balkan) und sah im Engagement dagegen nicht nur eine Verpflichtung für Revolutionär/inn/e/n, sondern die Möglichkeit einer wichtigen politischen Erfahrung in einer antiimperialistischen Bewegung von Migrant/inn/en.

Die AGM hat später bilanziert, dass sie diesen politischen Test „unseres Erachtens auch sehr gut bestanden“ hat – im Unterschied zu den meisten anderen linken Organisationen, die teilweise eine UN-Lösung propagierten, die sich teilweise an den serbischen Nationalismus anpassten, die teilweise die proimperialistische UÇK unterstützten oder die sich weitgehend raushielten, weil sie mit den serbischen Nationalist/inn/en nicht anstreifen wollten und damit den Kampf um die Köpfe und Herzen der serbischen Migrant/inn/en von Anfang an verloren gaben. Die AGM hat demgegenüber die Propaganda gegen die imperialistische Aggression in den Vordergrund gestellt, gleichzeitig aber auch (und auch in serbokroatischer Sprache) scharfe Kritik am serbischen Nationalismus geübt. AGM-Mitglieder wurden damit zwar immer wieder von serbischen Nationalisten bedroht, die AGM konnte aber ihre Propagandafreiheit, vor allem auch aufgrund des Interesses der Mehrheit der einfachen serbischen Arbeiter/innen, weitgehend durchsetzen.

Im Zuge dieser Intervention hat die AGM auch ihr Verständnis systematisiert, dass konkrete Taktiken immer von der Stärke des Subjekts, also der revolutionären Organisation, und welche Kräfteverhältnisse gegeben sind, abhängig sind. Das bedeutet, dass sie sich dort, wo sie keinen tatsächlichen Zugriff hatte und womöglich auch gar keine Organisation mit revolutionärem kommunistischen Anspruch besteht, sie sich in der Propaganda weitgehend auf Grundlinien zurückzog, und dass in den anderen Fällen die konkrete Ausformung dieser Linien davon abhängt, was die revolutionäre Organisation durchsetzen kann (Propagandafreiheit), welchen Einfluss sie hat und so weiter.

In diesen Jahren bis Ende 1999 konnte die AGM jedenfalls in der österreichischen und partiell auch in der deutschen Linken ihr Profil als theoretisch fundierte, orthodoxe, aber gleichzeitig unsektiererische Gruppe von Marxist/inn/en

beziehungsweise Trotzkist/inn/en entwickeln; das Profil einer Organisation, die ihren Schwerpunkt auf theoretische Beschäftigung und Kaderausbildung legt, aber in gesellschaftlich bedeutenden Konflikten auch rasch ihren Rhythmus umschalten und ordentliche Interventionen hinlegen kann – ein Profil, das für ein bestimmtes Milieu durchaus Attraktivität hatte, aber dennoch auch Schwächen hatte und das spezifische Entwicklungsstadium einer Kleingruppe, die aus einer Abspaltung in einer bestimmten historischen Situation hervorgegangen war, widerspiegelte.

Die politische Situation in Österreich sollte sich Anfang 2000 graduell ändern und sich auch auf die Möglichkeiten der AGM auswirken. In Österreich wurde die Rechtsregierung aus ÖVP und FPÖ gebildet. Es entstand spontan eine Bewegung, die sich vor allem gegen die Regierungsbeteiligung der rechtsextremen FPÖ richtete, in der auch liberale Mittelschichten erheblich vertreten waren, in der aber vor allem in der Anfangsphase auch die radikale Linke eine bedeutende Rolle spielen konnte. Es kam zu täglichen Demonstrationen gegen „Schwarz-Blau“. Bevor die Apparate der Grünen, der KPÖ und der sozialdemokratischen Jugendorganisationen auf Touren kamen und die liberalen „Prominenten“ ihre Medienkontakte systematisch ins Spiel bringen konnten, wurden die Demonstrationsabläufe weitgehend von den Gruppen mit trotzkistischem Anspruch organisiert.

Die AGM beteiligte sich von Anfang an mit einer breiten Intervention an der Bewegung, erstmals auch – gemeinsam mit anderen Gruppen – in organisierender Weise. Sie produzierte einige Flugschriften, von denen tausende verteilt wurden, und versuchte beizutragen, einen Streik auf den Universitäten zu initiieren. Als jedoch klar geworden war, dass die Führung der Bewegung in eine „zivilgesellschaftliche“ Union aus KPÖ, Grünen und liberalen beziehungsweise sozialdemokratischen Intellektuellen übergegangen war, dass der Versuch zur Ausweitung der Bewegung auf Streiks bis auf weiteres gescheitert war (beziehungsweise vom ÖGB blockiert wurde), dass die Dynamik der Demonstrationen zurück ging, schaltete die AGM bewusst und rechtzeitig wieder einen Gang zurück. Dahinter stand auch das Verständnis, dass kleine marxistische Gruppen heute zu schwach sind, um gesamtgesellschaftliche Entwicklungen zu drehen. Die AGM hat in der Folge den zahlreichen Kontakten vertiefende Diskussionen angeboten und auf Konsolidierung gesetzt. Und tatsächlich konnte sie sich in den Jahren 2000 bis 2002 personell deutlich verstärken und eine ganze Reihe von Genoss/inn/en gewinnen, die in den nächsten Jahren in der AGM tragende Rollen spielten – etwa Maria Pachinger, Stefan Neumayer oder Philipp Djokic und etwas später Johannes Wolf.

Auch nach der Hochphase der Antiregierungsbewegung intervenierte die AGM häufiger als früher: bei der Großdemonstration ein Jahr nach Bildung der FPÖVP-Regierung, in die politische Auseinandersetzung vor den Wiener Kommunalwahlen, im Sommer 2001 bei den WEF-Demonstrationen in Salzburg, bei der ÖGB-Demonstration und schließlich bei den Mobilisierungen gegen den US-Krieg in Afghanistan. Da die AGM in einigen Fällen (etwa zu den Wiener Wahlen) ihre Interventionen rückblickend kritisch sah, systematisierte sie die Kriterien für Interventionen: Was ist die objektive Bedeutung des Konfliktes? Kann die AGM

einen realen Zugang finden? Was will sie konkret erreichen? In welchem Verhältnis stehen Aufwand und Nutzen einer Flugschrift?

In dieser Phase führte die AGM auch regelmäßiger öffentliche Veranstaltungen durch, die zeigten, dass auch ihr Umfeld deutlich angewachsen war. In der Antiregierungsbewegung waren außerdem viele Übereinstimmungen mit der Antifaschistischen Linken (AL) ersichtlich geworden, die ihren Ausdruck dann in einer gemeinsamen Flugschrift und schließlich in einer systematischen Diskussion der beiden Gruppen fand. Diese potenzielle Fusionsdiskussion wurde aber wieder abgebrochen, denn trotz sehr großer inhaltlicher Übereinstimmung waren die Unterschiede im Herangehen an den Organisationsaufbau zu groß, als dass das in einer Struktur gut gegangen wäre.

In dieser Phase verstärkten sich auch international Kontakte zu anderen Organisationen, etwa zu *Lutte Ouvriere* in Frankreich oder zu trotzkistischen Gruppen in Deutschland und Griechenland. Es handelte sich um Organisationen, mit denen die AGM durchaus auch erhebliche Differenzen hatte, mit denen sie aber einen konstruktiven Erfahrungs- und Meinungsaustausch etablierte. Das half ihr, zum (für sie vorläufig notwendigen) Übel der nationalen Isolation, des Nicht-Eingebundenseins in eine internationale Strömung, zumindest partiell entgegenzuwirken. Die AGM strebte aber bis auf weiteres auch international keine Fusionsprojekte oder ähnliches an, weil sie dafür, um das auf einer seriösen Grundlage aufzubauen, nicht die Ressourcen hatte.

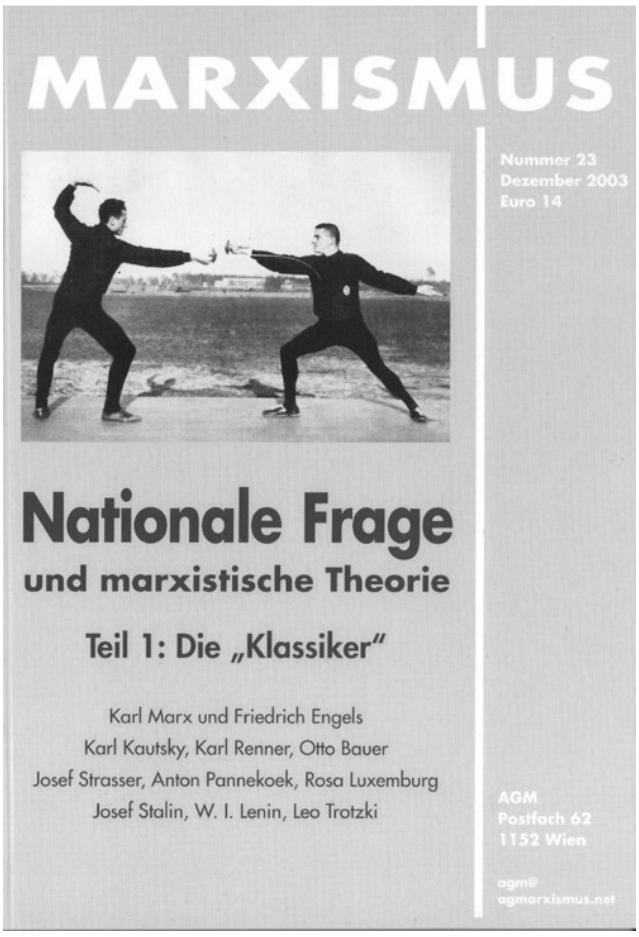
Die graduell geänderte objektive Situation in Österreich und die deutliche Stärkung ihrer Kräfte führten schließlich dazu, dass die AGM sich entschied, in Wien Unterstrukturen für verschiedene Bereiche einzurichten. Den Anfang machte die *AGM-Jugend* ab Frühjahr 2001; nach einigen Anfangsschwierigkeiten konnte schließlich sehr erfolgreich das einführt werden, was von Anfang an geplant war, nämlich eine Struktur, in der junge Mitglieder die Verantwortung haben und sich eigenständig entwickeln, eine etwas offenere Struktur, deren Diskussionen und so weiter die Einbindung von jungen Kontakten erleichterten.

Im September 2001 wurde dann, auch aufgrund der erreichten Größe der Organisation, *AGM-Betrieb* gebildet, eine Unterstruktur aus berufstätigen Genoss/inn/en, die sich vorerst vorrangig mit betrieblichen und gewerkschaftlichen Themen beschäftigen sollte. Geplant waren keine punktuellen Interventionen, die ohnehin verpuffen, sondern die Erarbeitung einer Grundlage für etwaige zukünftige Projekte. Gleichzeitig mit der Einrichtung der Unterstrukturen achtete die AGM aber auch darauf, dass relevante Ressourcen für zentrale politische Diskussionen, für theoretische Projekte und Publikationen und für die Unterstützung des AGM-Aufbaus in Deutschland frei blieben.

Seit 2002 versuchte die AGM auf geplante Weise, auch in Deutschland verstärkt tätig zu werden. Der Hintergrund war, dass sie zumindest ansatzweise die Beschränktheit in Österreich überwinden wollte, dass das aus sprachlichen Gründen natürlich in diese Richtung vergleichsweise am einfachsten war und dass revolutionäre Politik in Deutschland „historisch gesehen“ weit relevanter ist als im Kleinstaat Österreich. Schon vor 2002 hatte die AGM einen immer größeren Teil ihrer Publikationen nach









Marxismus-Publikationsreihe der AGM

Deutschland verkauft und bereits seit 1999 verfügte sie dort über einzelne Sympathisant/inn/en und Kontakte. Jetzt konnte sie sich in Deutschland personell etwas verstärken und in der Folge generell in einzelnen deutschen Städten eine etwas größere politische Präsenz entwickeln. Von einer richtiggehenden AGM-Organisation in Deutschland konnte aber weiterhin – auch aufgrund der geographischen Verstreutheit der Mitglieder – nicht wirklich die Rede sein.

In dieser Zeit von Anfang 2000 bis Sommer 2002, in der das Wachstum der Organisation im Vordergrund stand, wurden theoretische Projekte teilweise zurückgestellt. Die in dieser Phase publizierten Bücher zu *China unter Mao* und zum Konzept der Balkanföderation in der Arbeiter/innen/bewegung waren im Wesentlichen Einzelarbeiten. Das gilt nicht in dem Ausmaß für den zweiten Teil zu den Imperialismustheorien, der allerdings deutlich verkürzt herausgegeben wurde, weil die Ergebnisse zu weiteren Aspekten nicht absehbar waren.

In der gleichen Phase wurden zur Unterstützung von Interventionen zunehmend Broschüren herausgebracht (unter anderem zur „Zivilgesellschaft“ und zum Themenfeld „Neue Weltordnung“/Afghanistan). Diese Erweiterung des AGM-Publikationskonzeptes entwickelte sich zu einem sinnvollen Zwischending zwischen Büchern und Flugschriften, mit dem auf eine aktuelle Diskussion rasch vertiefend reagiert werden konnte. Die Broschüren waren in vielen Fällen auch Ausdruck einer kollektiven Diskussion in der Organisation.

Kritisch bilanziert an dieser Phase hat die AGM später, dass sie auf die so genannte „Antiglobalisierungsbewegung“, die sich gerade in dieser Zeit entwickelte, verspätet reagiert hat. Sie hatte sich zwar bereits 1997 intensiv mit der Globalisierungsdebatte beschäftigt, aber sich zu der Entwicklung nach den Protesten in Seattle erst mit einer Verspätung von gut einem Jahr positioniert. Das war sicherlich Ausdruck davon, dass damals in Österreich der Kampf gegen die FPÖVP-Regierung im Vordergrund stand und dass die globalisierungskritische Bewegung hierzulande sehr schwach entwickelt war, es war damit aber letztlich auch in gewisser Weise Ausdruck der nationalen Isolation der AGM. Sie hat diese inhaltliche Auseinandersetzung schließlich ab Sommer 2001 nachgeholt und dabei eine kritischere Position entwickelt als manche andere Organisationen.

Insgesamt aber war die Phase von Anfang 2000 bis Sommer 2002 eine für die AGM sehr erfolgreiche Zeit. Es konnte eine ganze Schicht neuer Genoss/inn/en gewonnen und als tragende Mitglieder in die Organisation integriert werden. In der österreichischen Linken wurde sie noch ein bisschen mehr ein Faktor, ihr Bekanntheitsgrad stieg deutlich; Richtung Deutschland konnte der Aufbau erstmals systematisiert werden. Sie entwickelte sich auch von den zirkelartigen Elementen der Anfangszeit weiter weg und richtete erste Ansätze für Bereichsarbeit ein.

Ab Sommer 2002 überlegte die AGM, inwieweit sie – angesichts der personellen Stärkung – den Aufbau durch eine regelmäßigere und breitere Publikation unterstützen könnte. Wegen massiver Schulungsbedürfnisse von jungen Genoss/inn/en und wegen der bevorstehenden Übersiedlung von Mitgliedern zur

AGM

Arbeitsgruppe Marxismus

Koloniale Frage und Kommunistische Internationale

Materialien und Dokumente
des
1. bis 7. Weltkongresses
(1919 / 1935)



Nr. 1 der in deutscher, russischer, englischer und französischer Sprache erscheinenden Zeitschrift des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale

Schulungstexte
und
Materialien 4

Januar 2004

3 Euro

Arbeitsgruppe
Marxismus
(AGM)

Postfach 62
A – 1152 Wien

agm@
agmarxismus.net

AGM im Netz:
www.
agmarxismus.net

AGM

Arbeitsgruppe Marxismus

Zur Vorgeschichte der Vierten Internationale

Einige Bemerkungen zur Geschichte der Linksopposition



Trotzki, Lenin, Kamenew (1920)

mit der
Erklärung der bolschewistisch-leninistischen Delegation
auf der Konferenz linkssozialistischer und kommunistischer
Organisationen (1933)

Schulungstexte
und
Materialien 7

April 2005

2 Euro

Arbeitsgruppe
Marxismus
(AGM)

Postfach 62
A – 1152 Wien

agm@
agmarxismus.net

AGM im Netz:
www.
agmarxismus.net

AGM

Arbeitsgruppe Marxismus

Chilenische Lehren

mit Dokumenten der linken Bewegung in Chile

(Wiederabdruck einer Broschüre von Spartacus-BL
aus dem Jahre 1973)



Regierungspalast „Moneda" (Santiago), 11. September 1973

Schulungstexte
und
Materialien 8

Mai 2006

3 Euro

Arbeitsgruppe
Marxismus
(AGM)

Postfach 62
A – 1152 Wien

agm@
agmarxismus.net

AGM im Netz:
www.
agmarxismus.net

MARXISMUS



Der IRAK

im Fadenkreuz des Imperialismus

**Arbeiter.innen.bewegung, Baath-Regime,
Ölinteressen und US-Aggression**

**Anhänge
zur Lüge vom „Krieg gegen den Terror"**

Sondernummer 12
November 2002
3 Euro

Arbeitsgruppe
Marxismus
(AGM)

Postfach 62
A-1152 Wien

agm@
agmarxismus.net

AGM im Netz:
www.
agmarxismus.net

Schhriftenreihe und Broschüren der AGM

Unterstützung des Aufbaus in Deutschland wurden diese Pläne vorerst zurückgestellt und im Winter 2002/03 eine Reihe von internen Seminaren abgehalten.

Im September 2002 kam auch eine kleine Gruppe von Genoss/inn/en, die 1999/2000 die Gruppe ArbeiterInnenstandpunkt verlassen und sich mittlerweile als *Initiative für eine revolutionäre Organisation* (IRO) organisiert hatten (darunter der langjährige Führungskader Schneider), mit dem Angebot einer Fusionsdiskussion auf die AGM zu. Trotz Bedenken der AGM-Gründungsmitglieder wurde dieses Angebot schließlich angenommen und nach einer Reihe von positiven Diskussionen und nach einer Phase einer guten Zusammenarbeit dann im Frühjahr 2003 die Vereinigung vollzogen, die IRO-Mitglieder wurden Teil der AGM und arbeiteten mehrheitlich in AGM-Betrieb mit.

Nur wenige Monate später zeigte sich aber immer klarer, dass die Vereinigung mit der Mehrheit der ehemaligen IRO-Mitglieder, anders als die AGM gedacht hatte, nicht ausreichend politisch ausgewiesen war. Es entwickelten sich zunehmend Konflikte um die Perspektive von AGM-Betrieb und den Aufbau der Organisation zwischen einem Teil von AGM-Betrieb (darunter die Mehrheit der ehemaligen IRO-Mitglieder, außerdem Kurt Lhotzky) einerseits und der großen Mehrheit der AGM andererseits. Die Minderheit hatte begonnen, das zuvor entwickelte AGM-Verständnis, dass nämlich kurzfristige einmalige Flugblattaktionen im Fall von medial bekannt gewordenen innerbetrieblichen Konflikten kaum etwas bringen und dass Gewerkschaftsarbeit ohne betriebliche Verankerung in der Luft hängen bleiben muss, immer mehr in Frage zu stellen. Die Differenzen hatten sich im Umfeld der AGM-Intervention in die Mobilisierungen gegen die reaktionäre Pensionsreform in Österreich im Mai 2003 bereits angedeutet und wurden dann in der Herangehensweise an die Gewerkschaftsstruktur *work@flex* und den Eisenbahner/innen/streik im Herbst immer deutlicher.

Da AGM-Betrieb durch diese Auseinandersetzung zunehmend paralysiert wurde und die beiden Aufbaukonzepte offensichtlich nicht produktiv vereinbar waren, schlugen einige Genoss/inn/en schließlich im Herbst 2003 vor, einen Schritt zurück zu machen zu zwei befreundeten Organisationen, die in den Bereichen, wo das für beide Seiten Sinn macht, kooperieren sollten. Die Minderheit ging auf diesen Vorschlag nicht ein und trat im Dezember 2003 aus der AGM aus – neben den meisten ehemaligen IRO-Mitgliedern auch Lhotzky. Die AGM bilanzierte, dass die Vereinigung mit der Mehrheit der ehemaligen IRO-Mitglieder nicht genügend politisch abgesichert war. Auch wenn die Minderheit der ehemaligen IRO-Mitglieder in der AGM geblieben ist, so war die Vereinigung mit der IRO-Mehrheit dennoch ein Fehler. Die AGM zog die Schlussfolgerung, „dass (an sich natürlich wünschenswerte) Vereinigungen mit anderen Gruppen eine noch tiefere politische Grundlage und eine noch stärkere Überprüfung in der Praxis bedürfen, besonders wenn es sich um GenossInnen handelt, die sehr lange in anderen Traditionen und mit anderen Konzepten tätig waren“.

Trotz der Austritte war auch die Zeit zwischen Sommer 2002 und Sommer 2004 insgesamt eine Phase des personellen Wachstums für die AGM. Den Verlusten standen deutlich mehr Neueintritte entgegen, wenn auch nicht mehr in dem Ausmaß wie in den Jahren zuvor. Einige der neuen Genoss/inn/en kamen auch von anderen

Organisationen (etwa von Linkswende/IST); nicht alle von ihnen konnten freilich dauerhaft gehalten werden. Ebenso wichtig wie das Wachstum war für die AGM auch die sehr erfolgreich realisierte Erweiterung des Mitgliederkerns. Dazu kam – teilweise auch in Zusammenhang mit den internen Auseinandersetzungen – eine verstärkte politische Vereinheitlichung, die beispielsweise in den AGM-Thesen zu revolutionärer Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit ihren Ausdruck fand. Die Betriebsgruppe konnte im ersten Halbjahr 2004 wieder in der früheren Größe konsolidiert werden.

Durch verstärkte Anstrengungen in Richtung Deutschland gelang es der AGM ab Frühjahr 2003, erstmals eine zweite Ortsgruppe zu formieren, nämlich in Berlin. So wichtig dieser Schritt für die Organisation war, so wurde doch auch deutlich, dass die Rahmenbedingungen für den Aufbau der AGM dort deutlich ungünstiger waren als in Wien, unter anderem deshalb weil die Linke dort viel unübersichtlicher und größer ist und es deshalb deutlich schwieriger war, sich überhaupt erst einmal als Faktor zu etablieren, Leute zu überzeugen, sich einer neuen kleinen Gruppe anzuschließen. Letztlich konnte die Gruppe auch nicht dauerhaft stabilisiert werden.

Die wichtigste Intervention der AGM in dieser Phase war sicherlich die Teilnahme an der Bewegung gegen den Irak-Krieg. Sie stellte den Kampf gegen die imperialistische Aggression der USA in den Vordergrund, übte aber auch scharfe Kritik an antiamerikanischen Tendenzen in der europäischen Antikriegsbewegung. Sie produzierte zwei Propagandaflugschriften, die sie in Wien, Berlin, Nordrhein-Westfalen und im schweizerischen Bern (wo es inzwischen Sympathisant/inn/en gab) zu Tausenden verteilten. Von der Broschüre *Der Irak – im Fadenkreuz des Imperialismus*, die im November 2002 herauskam, verkauften die AGM an die tausend Stück. Die Broschüre *US-Arbeiter/innen gegen den Krieg* war ein wichtiger Versuch, in der Antikriegsbewegung gegenüber antiamerikanischen Ressentiments vertiefend auf Klassenwidersprüche und -kämpfe in den USA einzugehen; der darin enthaltene grundsätzliche Artikel zur UNO war angesichts der verbreiteten Illusion in eine UN-Lösung politisch bedeutend.

Auf der publizistischen Ebene gelang es der AGM in diesen Jahren, eine neue Schicht von Autor/inn/en herauszubilden, was sich vorerst vor allem in Flugschriften und Broschüren ausdrückte. Bücher wurden in dieser Phase zwei herausgebracht, die den kollektiven Arbeitsschwerpunkt zur nationalen Frage widerspiegelten: einen Band zur kolonialen Frage in der Arbeiter/innen/bewegung und einen Band zur Theorieentwicklung der marxistischen „Klassiker“ zur nationalen Frage. Als Abschluss dieses Themenkomplexes erschienen anschließend in den Jahren darauf noch die Bücher zur *nationalen Frage in der Sowjetunion* sowie zur *Schwarzen Befreiung in den USA und Südafrika*.

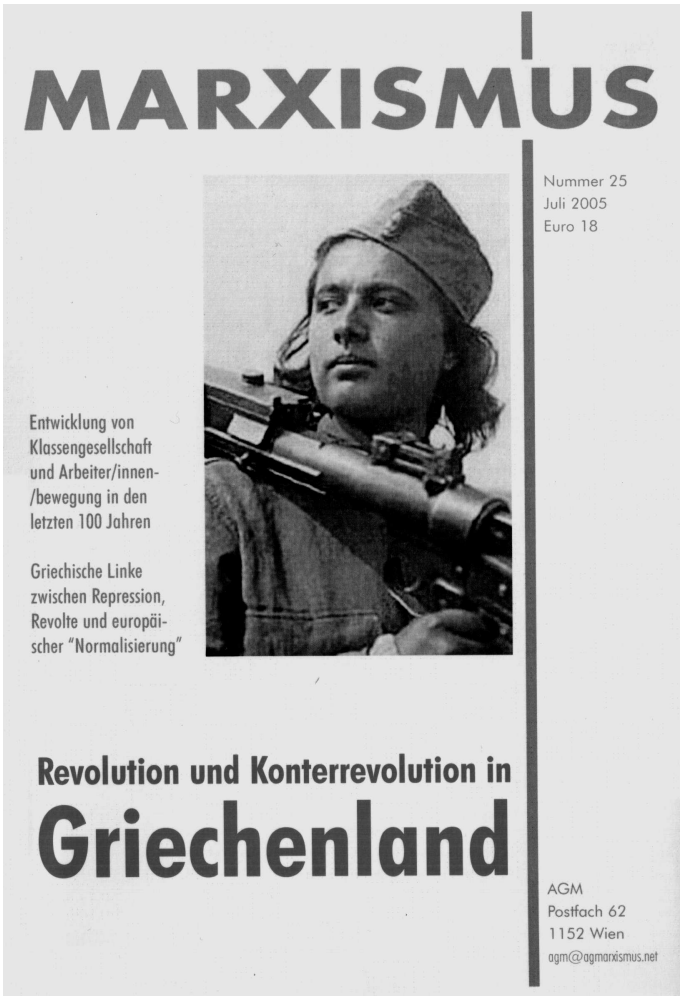
Nach der Wachstums- und Stärkungsphase von 2000 bis 2004 waren die Jahre zwischen 2004 und 2007 eher durchwachsen. Zwar gelang es weiterhin, den Mitgliederkern auszuweiten, politisch zu vereinheitlichen und das Niveau anzuheben. Gleichzeitig ging die Anzahl der Mitglieder leicht zurück; es wurden nur wenige neue Aktivist/inn/en gewonnen, aber doch einige verloren. Das hatte mehrere Gründe: Erstens trat in Österreich nach den bewegten Jahren 2000 bis 2003 nun wieder

relative Ruhe ein – und damit das häufige Phänomen, dass ein Teil derjenigen, die mit der Bewegung kommen, auch wieder mit der Bewegung gehen. Zweitens wurden auch keine größeren Schichten neu politisiert/aktiviert, durch die die unvermeidliche Fluktuation ausgeglichen hätte werden können. Und drittens richtete der ab 2005 begonnene Diskussionsprozess mit der *Antifaschistischen Linken* (AL) das Gesicht der AGM wieder verstärkt nach innen – und damit weg von Außenpropaganda und „Rekrutierung".

Die AGM-Jugendgruppe konnte ihr Ausmaß von Interventionen und (Selbst-) Schulung im Wesentlichen halten. Die AGM-Betriebsgruppe konnte im Sinne einer vorbereitenden Betriebsarbeit einiges an inhaltlicher Arbeit leisten, insbesondere mit den erwähnten „Thesen zu revolutionärer Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit"; auf der Grundlage von Erfahrungen der französischen Lutte Ouvriere und auch des früheren IKL-Aktivisten Haumer in der österreichischen Industrie wurden die Positionen der AGM zu diesen Fragen systematisch zusammengefasst. Andererseits aber konnte kein wirklich geeignetes Interventionsfeld gefunden werden. Nach personellen Verlusten bewegte sich diese Untergruppe an der Grenze der Handlungsfähigkeit. Die Ausweitungsversuche der AGM nach Deutschland kamen Anfang 2005 – mit dem Verlust von Mitgliedern beziehungsweise ihrer Rückkehr nach Wien – erst einmal zum Erliegen. Mit der Übersiedlung von Stefan Neumayer nach Berlin im Sommer 2005 und seiner umfangreichen politischen Intervention ins dortige linke Milieu wurde allerdings ein neuer und diesmal erfolgreicher Anlauf genommen. Außerdem gelang es der AGM, in Bern beziehungsweise Zürich einen Stützpunkt aus einigen Genoss/inn/en herauszubilden.

Großangelegte Außeninterventionen gab es in dieser Phase wenige. Ausnahmen waren – abgesehen von den üblichen Demonstrationen am 1. Mai – die Mobilisierungen rund um den EU-Lateinamerikagipfel in Wien im Mai 2006 und die Großdemonstration gegen den Besuch von US-Präsident George W. Bush in Wien im Juni 2006. Beide Interventionen wurden bereits in enger Zusammenarbeit mit der AL durchgeführt. Regelmäßige Interventionen fanden über die Unterstrukturen statt, insbesondere über die von Mai 2005 bis Mai 2007 alle ein bis zwei Monate herausgegebene Flugschriftzeitung *roter stern*, in der allgemeine antikapitalistische Propaganda mit Berichten aus Betrieben und so weiter verbunden wurde; der *rote stern* wurde sowohl vor Betrieben und Berufsschulen als auch vor Schulen und auf Demos verteilt.

Im Bereich der inhaltlichen Arbeit waren die Jahre 2004 bis 2007 für die AGM sehr produktiv. Neben den Thesen zur Betriebsarbeit wurden auch Thesen zur EU-Osterweiterung, Thesen zur nationalen Frage und Thesen zum Antiimperialismus publiziert. Dazu kam eine ganze Reihe von Broschüren, etwa zur Vorgeschichte der Linksopposition oder zu Venezuela, die eine umfassende marxistische Kritik des Chavismus lieferte und die bereits gemeinsam mit der AL herausgegeben wurde. Außerdem wurden vier Bücher der Marxismus-Reihe publiziert, unter anderem der Band „Revolution und Konterrevolution in Griechenland", der sich zu einem Besteller entwickelte, sowie ein Buch zu „Kommunismus und Frauenbefreiung" und eines zum sozialistischen und marxistischen Feminismus, in denen die AGM eine tief gehende



und über viele andere linke Ansätze hinausgehende Analyse zu den Themen Geschlechterverhältnisse und „Frauenfrage“ vorlegte.

Ab 2005, vor allem aber seit Frühjahr 2006 stand die Tätigkeit der AGM dann auch stark unter dem Eindruck einer immer engeren Zusammenarbeit mit der AL. Angesichts der Entwicklung der beiden Organisationen in den Jahren zuvor war man auf beiden Seiten zur Ansicht gelangt, dass die Differenzen im Organisationsaufbau nicht mehr so groß und eine weitere Annäherung möglich sei. Die Kooperation wurde immer mehr intensiviert, Demoblöcke und Veranstaltungen gemeinsam organisiert und eine Dynamik in Richtung Zusammenschluss ausgelöst.

Aus der (gescheiterten) Erfahrung mit den IRO-Genoss/inn/en leitete die AGM aber ab, dass eine längere Kooperation besser sei als eine verfrühte Fusion. Außerdem gab es bei vielen AGM-Mitgliedern eine Skepsis gegenüber dem sprunghaften und oftmals selbstdarstellerischen Aktivismus von Bonvalot. Angestrebt wurde deshalb die politische Einigung auf eine Reihe von Dokumenten und vor allem auch ein Austesten der erreichten Übereinstimmungen in der gemeinsamen Praxis. Dadurch wurde die Dauer des Zusammenschlussprozesses zwar deutlich verlängert, die Annäherung aber auf eine solidere Grundlage gestellt. Seit Herbst 2006 betrieben AGM und AL in Wien drei gemeinsame Unterstrukturen. Das trieb in der Praxis des gemeinsamen Organisationsaufbaus die Entwicklung einer gemeinsamen Organisationskultur voran. Es wurden fünf gemeinsame Thesenpapiere verabschiedet und eine Reihe von bestehenden Dokumenten systematisch diskutiert und als gemeinsame Grundlage beschlossen.[529] Im Mai 2007 wurde schließlich mit der Verabschiedung eines gemeinsamen programmatischen Grundsatzdokumentes, Statuten und einer Fusionserklärung der Zusammenschluss vollzogen und die *Revolutionär Sozialistische Organisation* (RSO) gegründet.

Die AGM bestand 13 Jahre lang als Organisation mit diesem Namen. Ihr Aufbau und ihre Entwicklung verliefen anfangs recht zäh, nach einer beginnenden Aufwärtsentwicklung Ende der 1990er Jahre folgte nach der Jahrtausendwende ein starkes Wachstum, Mitte des Jahrzehntes dann ein leichter Rückgang. Insgesamt hat

[529] Siehe die Auflistung in der Fusionserklärung von Mai 2007 – auf www.sozialismus.net

MARXISMUS

Flugschrift Nr. 17
Oktober 2001
2 ATS / 30 Pf.

Arbeitsgruppe Marxismus
(AGM)

Postfach 562
A-1152

agm@agmarxismus.net

Die AGM im Netz:

www.agmarxismus.net

Buchreihe MARXISMUS

Grundsätze der AGM

Broschüren

Flugschriften

Stellungnahmen der AGM

Aktuelle Artikel

Historische Schriftenreihe

Material in Englisch
und Serbokroatisch



Rechtzeitig vor Beginn des Ramadan Mitte November haben die USA & Co. mit ihrer militärischen Aggression gegen Afghanistan begonnen. Sie stützt sich auf wochenlange militärische Vorbereitungen und auf ein mit Geldspritzen und politischen Zugeständnissen erkauftes, aber dennoch fragiles „Bündnis" aus den NATO-Staaten, Russland, Pakistan, zentralasiatischen Ländern und anderen

Wie im Golfkrieg 1991 wird uns nun erklärt, dass die Schläge hochtechnisiert nur gegen militärische Einrichtung gerichtet seien. Nach dem Abziehen der weltweit nachgegeiferten propagandistischen Rauchschwaden von Pentagon und CNN wurden dann 200.000 Tote (2/3 Zivilist/inn/en) festgestellt. Wie beim völkerrechtswidrigen Terror der NATO gegen Jugoslawien 1999 werden die jetzigen Angriffe als humanitäre Notwendigkeit angepriesen, wobei damals auch gleich Uranmunition, schwarzes Napalm und Sterilisationschemikalien eingesetzt wurden.

Wichtig ist jetzt also wohl erst einmal, nicht alles so einfach zu glauben, was die US-Behörden uns jetzt präsentieren – sowohl bezüglich der angeblichen „Ermittlungsergebnisse" der Geheimdienste als auch was den jetzigen Krieg betrifft. Denn bei jetzigen Militäraktionen geht es nicht nur um Afghanistan und um ganz andere Dinge als um einen „Kampf gegen den Terror".

Faktum ist, dass die Anschläge der US-Regierung und dem US-Kapital auf ideale Weise genützt haben, um ihre aggressive Militär- und Außenpolitik zu legitimieren. Der Hintergrund dafür sind sehr grundlegende ökonomische und geostrategische Interessen.

Kampf dem US-Krieg in Afghanistan

Hintergründe und Bedeutung der imperialistischen Aggression in Zentralasien

Die US-Kapitalist/inn/enklasse und die von ihr gewählte Regierung (die Mehrheit der US-Amerikaner/innen war nicht zur Wahl gegangen und die Mehrheit der Wähler/innen hatte nicht für Bush gestimmt) befanden sich vor den Anschlägen in einer miserablen Situation: Die US-Wirtschaft hatte ernste Probleme. Im Sommer 2001 begannen nach Hightech und Industrie auch andere Bereiche einzubrechen (so die Analyse des Wall Street Journal), die New York Times sah den Weltkapitalismus in eine große Krise schlittern. In der letzten

Mit Krieg tritt die US-Bourgeoisie nun die Flucht nach vorne an. Die Regierung ist durch eine Welle der nationalistischen Kriegshysterie gestärkt (Zustimmung für Bush nun angeblich bei etwa 90%). Die Globalisierungskritiker/innen und die Arbeiterbewegung stehen unter massivem Druck, sich in einen nationalen Schulterschluss einzureihen und weitere Einschränkungen der bürgerlich-demokratischen Freiheiten hinzunehmen. Entsprechende Angriffe „gegen den

---

Für Revolution und Internationalismus

Nr. 1
Mai 2005
Preis: Spende

roter stern



Parlament, Medien und vor allem die angeschlagenen Regierung aus ÖVP und BZÖ/FPÖ haben für das Jahr 2005 ausgiebige Feiern verordnet. Gefeiert werden sollen laut Schüssel, ORF und Kronenzeitung die Gründung der 2. Republik vor 60 Jahren, der Staatsvertrag vor 50 Jahren und der EU-Beitritt vor 10 Jahren – und Österreich überhaupt.

Wir hingegen sagen: Es gibt keinen Grund zum Feiern. Österreich gehört nicht der Masse der arbeitenden Bevölkerung. Es gehört Großgrundbesitzern wie Esterhazy und der katholischen Kirche, die der größte private Grundbesitzer ist. Es gehört Großkapitalisten wie Stronach, Haselsteiner, Mayr-Melnhof, Swarowski, FPÖ-Prinzhorn oder ÖVP-Bartenstein. 70% des Gesamtvermögens in Österreich sind im Besitz von nur 2.600 Personen.

Doch damit sind die Kapitalist/inn/en noch nicht zufrieden. Sie wollen mehr und Schüssel, Grasser und Gorbach sorgen dafür, dass sie noch mehr bekommen. Gewinnbringende staatliche Firmen werden billig an das Großkapital verschleudert – beispielsweise gingen die VOEST und die VA-Tech billig an Konzerne mit besten Regierungsverbindungen, nämlich an Raiffeisen und Siemens. Und Blaguss und Dr.Richard bekommen von der Regierung die profitträchtigen Teile des Postbusses überreicht.

Die Großkonzerne zahlen in Österreich mittlerweile weniger als 10% von ihren Gewinnen Steuer, wodurch immer weniger Geld für das Sozialsystem da ist. Die letzte „Steuerreform" hat das noch

Das ist nicht unser Land!

Staat und Nationalismus der herrschenden Klasse & unsere Antworten

weiter verstärkt. Die sogenannte „Pensionsreform" bedeutet für die Lohnabhängigen Pensionskürzungen und für viele Verarmung im

die NATO-Militärkonzepte und wurde in den letzten Jahren noch mehr aufgeweicht. Zwischen 1970 und 1995 also unter SPÖ-

Wer wir sind

Die *Arbeitsgruppe Marxismus* (AGM) gibt es seit etwa elf Jahren. Wir haben den Kern einer revolutionären Organisation aufgebaut. Mit der Flugschriftzeitung **roter stern** wollen wir nun einen Schritt weiter gehen und unsere politischen Positionen stärker als bisher in der Arbeiter/innen/klasse und unter Jugendlichen verbreiten. Viele Arbeiter/innen sind heute vereinzelt, entmutigt, politisch bewusstlos und voll von kapitalistischen Vorurteilen. Dennoch können nur die Lohnabhängigen durch Streiks und andere kollektive Kampfformen die kapitalistische Produktion zum Erliegen bringen, die Kapitalist/innen/klasse im entscheidenden Punkt, dem Profit, treffen und sie zu Zugeständnissen zwingen. Nur die Arbeiter/innen/klasse hat die Kraft, durch eine Revolution den staatlichen Unterdrückungsapparat der herrschenden Klasse zu zerschlagen und eine sozialistische Gesellschaft zu entwickeln. Unter Sozialismus verstehen wir nicht eine bürokratische Herrschaft wie in der Sowjetunion oder in China. Wir verstehen darunter eine Gesellschaft, die nicht für die Profite von wenigen, sondern nach den Bedürfnissen von allen organisiert ist, in der alle Entscheidungen von der Arbeiter/innen/klasse und ihren Räten demokratisch getroffen werden. Eine solche proletarische Demokratie ist nur international möglich. Bereits im Kampf gegen des Großkapital und seinen Staat muss die Spaltung in Männer und Frauen, in In- und Ausländer/innen etc. schrittweise überwunden werden. Um diese Kampf zu koordinieren und die Vorherrschaft des Reformismus in der Arbeiter/innen/bewegung zu brechen, brauchen die Lohnabhängigen eine eigene, neue, revolutionäre Organisation. Ihren Aufbau sehen wir als zentrale Aufgabe an.

Siehe auch unsere *Grundsätze* auf der AGM-website: www.agmarxismus.net

sich die AGM in diesen 13 Jahren numerisch verdreifacht. In der Theoriearbeit konnten nicht alle anvisierten Ziele in vollem Ausmaß, aber doch ein beachtliches Niveau erreicht werden, das sich von dem der meisten anderen Organisationen deutlich abhebt. In den 13 Jahren ihres Bestehens publizierte die AGM knapp 30 Bücher und nahezu 40 Broschüren.
Die AGM wurde von einer instabilen Ansammlung von Individuen zu einem politischen Kollektiv, das zunehmend ein eigenes Verständnis und ein ganz spezifisches Profil herausbildete. Die AGM betrieb (anders als die meisten anderen Gruppen) keine sprunghafte Politik, sondern eine auf Kontinuität angelegte. Allerdings hatte sie zumindest teilweise (vor allem in den ersten Jahren) ein „Broad-Trotskyist"-Konzept, ein Konzept, das sich implizit ein längerfristiges Zusammenwachsen verschiedenster Strömungen mit trotzkistischem Anspruch offenhielt. Die AGM hatte zwar eine Ausrichtung auf Kaderbildung, aber doch etwas einseitig (nämlich theorielastig), sodass auch nur bestimmte Leute angezogen wurden. Individuelle Erfahrungen mit betrieblichen Interventionen hatten zwar einige der erfahreneren Genossen, das war aber kein kollektives Projekt der Gruppe.

Der anfängliche Anspruch der AGM, realistisch zu sein im Funktionieren der Gruppe, bei den jeweiligen nächsten Schritten und bei Interventionen, konnte recht gut verwirklicht werden. Mit der Entwicklung des politisch-theoretischen Profils und der zahlenmäßigen Vergrößerung wuchsen auch die Möglichkeiten für Organisationsaufbau und systematischere Außeninterventionen. Trotz Ansätzen für eine Bereichsarbeit und durchaus wegweisenden Positionierungen bezüglich Betriebsarbeit schaffte die AGM in der Zeit ihres Bestehens nicht mehr den Schritt zu ihrer Realisierung; sie blieb, wie die anderen Gruppierungen mit trotzkistischem Anspruch in Österreich, eine Organisation ohne auch nur ansatzweiser Verankerung in den Betrieben. Das feste politische Fundament der AGM und ihr realistisches Selbstverständnis waren aber eine wesentliche Grundlage für den erfolgreichen Fusionsprozess mit der AL.

9.5. IRO / GRA / GKK

1999 war der langjährige Aktivist Günter Schneider aus der Gruppe ArbeiterInnenstandpunkt ausgetreten, im Jahr 2000 dann die ASt-Oppositionsströmung von Gerda Bergen, Hermann Oberhammer und Birgit Straibl. Sie hatten unter anderem die mangelnde politische Debatte im ASt und überzogenen Aktivismus kritisiert. Noch im selben Jahr gründeten die drei gemeinsam mit Schneider eine neue Gruppe, der sie den bewusst bescheidenen Namen *Initiative für eine revolutionäre Organisation* (IRO) gaben.

Teilweise kam auch, als einzige Junge, die frühere ASt-Sympathisantin Maria Pachinger zu den Gruppentreffen; sie schloss sich aber schon bald darauf der Arbeitsgruppe Marxismus (AGM) an. Und bereits 2001 zog sich Oberhammer, ausgelaugt von den fraktionellen Querelen im ASt und ohne ausreichende Motivation für den Aufbau einer neuen kleinen Gruppe, aus der politischen Tätigkeit zurück. Im selben Jahr kam aber immerhin ein jüngeres ehemaliges ASt-Mitglied hinzu (das allerdings vorübergehend in Deutschland lebte), sodass IRO 2001/02 vier Mitglieder hatte.



iro

initiative für eine revolutionäre organisation

Nr. 4, Juni 2001, Preis öS 10,-

Bildungspolitik in Österreich

SPAREN MACHT SCHULE

Inhalt

Bildungspolitik in Österreich 1
Editorial, Impressum 2
Marxistische Kritik an der bürgerlichen Schule von Hoernle 9
UNI•Politik 10
Studienjahr 2000/2001 13
LehrerInnen-Bewegung 14
Die "neue" Rolle der SPÖ 19
Wer ist die iro? Was wollen wir? 23
iro-Publikationen 24

Wir sind erreichbar unter:
iro, Stiftgasse 8,
1070 Wien
g_iro2000@hotmail.com

Seit Jahren gibt es ein roll back in der Bildungspolitik. Und seit Jahren gibt es Widerstand dagegen. Obwohl der Widerstand in der letzten Zeit immer umfangreicher wurde, nahmen die Verschlechterungen zu. Hier liegt offenbar ein Widerspruch vor, der gelöst werden muß, um in Zukunft erfolgreicher zu sein. Eine Strategiediskussion tut Not.

Mit diesem Artikel wollen wir einen Beitrag für diese notwendige Strategiediskussion liefern. Da es sich um ein schwieriges Problem handelt, erachten wir es als notwendig, die Schulpolitik nicht nur aktuell, sondern grundsätzlich und im historischen Zusammenhang zu beleuchten. Damit wird es uns leichter werden, aus einer unmittelbaren Befangenheit auszubrechen.

Für uns ist Bildung kein abstrakter Wert, sondern etwas, das mit der jeweiligen Gesellschaft in engstem Zusammenhang steht. Und da wir heute im Kapitalismus leben, ist das jeweilige Bildungsangebot der Gesellschaft grundsätzlich im Zusammenhang mit dessen Kapitalverwertungs-Bedürfnissen zu sehen. Von daher war es für uns interessant nachzuforschen, welche Meinungen die herrschende Klasse vertritt. Da die zentralen Interessens-VertreterInnen des Kapitals in der breiten Öffentlichkeit meist nicht offen ihre innersten Gedanken aussprechen, um die Betroffenen besser täuschen zu können, haben wir nachgesehen, wie sie in ihren eigenen Reihen - ungeschminkt - die jeweilige Bildungsziele formulieren.

Die Bildungsziele des Kapitals bis 1975...

Bis Ende der 50er, ja sogar noch anfangs der 60er Jahre stand der direkte wirtschaftliche Wiederaufbau und die Instandsetzung des Schulwesens im Vordergrund. Von einer planvollen und längerfristigen Schulpolitik kann in den

Fortsetzung auf Seite 3



iro

initiative für eine revolutionäre organisation

Nr.8, September 2002, Preis € 1,-

Die programmatischen Grundlagen der AGM

Kritische Anmerkungen zu den AGM-Grundsätzen

Inhalt

Kritische Anmerkungen zu den AGM-Grundsätzen 1
Editorial, Impressum 2
Bilanz früherer Konflikte im ASt 9
Wer ist die iro? Was wollen wir? 11
AGM und die Anti-Globalisierungs-Bewegung 12
Unsere Publikationen 14

Wir sind erreichbar unter:
g_iro2000@hotmail.com

Heute steht eine kleine revolutionäre Organisation - wie die Arbeitsgruppe Marxismus (AGM) - vor allem vor der Aufgabe, die grundlegenden marxistischen Positionen wiederzuerarbeiten, gegen den Zeitgeist aufrecht zu erhalten und noch wenig politisch entwickelte Einzelpersonen, z.B. aus der Demo-Bewegung, für die marxistische Politik zu gewinnen. Die *„Grundsätze der Arbeitsgruppe Marxismus"*[1] sind eine Zusammenfassung der programmatischen Grundlagen der AGM und damit ein wichtiges Instrument in diesem Kampf. Die AGM verbindet dabei das, was sie *„für ein marxistisches Grundverständnis"* ansieht, *„mit grundlegenden strategischen und taktischen Positionierungen."*[2] Dieses Dokument dient auch als Grundlage für die Aufnahme von neuen Mitgliedern. In diesem Artikel wollen wir diese neue programmatische Grundlage der AGM im Lichte ihrer Entwicklung und aktuellen Praxis kritisch betrachten.

Unter den gegebenen Bedingungen, sowohl was die Stärke der AGM als auch die objektive Klassenkampf-Situation betrifft, halten wir diese allgemein gehaltenen „Grundsätze" für eine gute Lösung. Es sind ziemlich alle uns wesentlich erscheinenden Punkte darin enthalten, bis auf die unten kritisierten Punkte können wir dem Dokument grundsätzlich zustimmen. Die Sprache ist klar, ohne aber auf marxistische Begriffe zu verzichten und müsste auch einer/m Interessierten, die/der vom Marxismus wenig beeinflusst ist, verständlich sein. Da die AGM ihre *„Politische Plattform"*[3] durch die *„Grundsätze"* ersetz-

Fortsetzung auf Seite 3

Nachdem alle IRO-Mitglieder zuvor und meist über sehr lange Zeit im ASt organisiert gewesen waren, stand für die IRO anfänglich die Abgrenzung zu ASt/LRKI im Vordergrund. Die Kritikpunkte wurden diskutiert, zusammengefasst und schließlich publiziert.[530] In diesem langen Papier wurden die unrealistische Weltlageeinschätzung der LRKI und die daraus folgende aktivistische Praxis, eine opportunistische Anpassung an verschiedene Milieus sowie eine zunehmend undemokratische interne Praxis ausführlich kritisiert.

Während in der IRO anfänglich oftmals eher sterile Debatten geführt wurden,[531] wurde nach außen mit einer ersten relevanten Intervention begonnen, nämlich durch die Teilnahme am so genannten „Henriettenplatzkomitee". Das war 2000 bis 2002 eine kleine Bewegung von Lehrer/inne/n gegen verschiedene Angriffe der ÖVP-FPÖ-Rechtsregierung. Die IRO beteiligte sich an Diskussionen, Aktivitäten und auch an Versuchen der Vernetzung mit der in Vorarlberg entstandenen *Unabhängigen Bildungsgewerkschaft* (UBG).[532] Personelle Gewinne gelangen der IRO durch diese Intervention freilich nicht. Als Kleinstgruppe aus älteren Genoss/inn/en war die IRO natürlich generell nicht besonders attraktiv, um neue Leute für sich anzusprechen und von einem Eintritt zu überzeugen.

Die Einsicht in diese Realität führte wohl auch zu Überlegungen, ob nicht ein Andocken an eine politisch nahe stehende, größere Strömung möglich wäre. Die logische

[530] IRO: Kritik an der ASt/LRKI-Politik (11/2000), in: IRO Nr. 1

[531] Gespräch mit Maria Pachinger, April 2010

[532] Siehe dazu: IRO: Diskussionsbeitrag zu taktischen Fragen der LehrerInnen-Bewegung (6/2001), in: IRO Nr. 4

erste Ansprechpartnerin war dabei natürlich die AGM, deren Gründungsmitglieder schließlich bereits 1994 mit ähnlichen Kritikpunkten ASt/LRKI verlassen hatten. IRO-intern wurden AGM-Positionen und -Politik systematisch durchdiskutiert und schließlich ein längeres Papier publiziert, das einige Differenzen zur AGM, überwiegend aber Übereinstimmung feststellte[533] und mit dem das Angebot einer Fusionsdiskussion einher ging.

Wie erwähnt wurde dieses Angebot schließlich angenommen. Nach einer Reihe von positiven Diskussionen und nach einer Phase einer guten Zusammenarbeit wurde dann im Frühjahr 2003 die Vereinigung vollzogen, die in Österreich lebenden IRO-Mitglieder wurden Teil der AGM und arbeiteten mehrheitlich in AGM-Betrieb mit. Nur wenige Monate später zeigte sich aber immer klarer, dass die Vereinigung mit der Mehrheit der ehemaligen IRO-Mitglieder, anders als die AGM gedacht hatte, nicht ausreichend politisch ausgewiesen war. Es entwickelten sich zunehmend Konflikte um die Perspektive von AGM-Betrieb und den Aufbau der Organisation zwischen den ehemaligen IRO-Mitgliedern Schneider und Bergen sowie Kurt Lhotzky einerseits und der großen Mehrheit der AGM andererseits, die außerdem Lhotzky vorwarf, sich nicht an Beschlüsse zu halten (und Schneider, ihn zu decken).[534]

Da die beiden Aufbaukonzepte offensichtlich nicht produktiv vereinbar waren, schlugen einige Genoss/inn/en schließlich im Herbst 2003 vor, einen Schritt zurück zu machen zu zwei befreundeten Organisationen, die in den Bereichen, wo das für beide Seiten Sinn macht, kooperieren. Die Minderheit ging auf diesen Vorschlag nicht ein und trat im Dezember 2003 aus der AGM aus – neben Bergen und Schneider auch Lhotzky und ein weiterer Genosse. Sie gründeten schließlich im Januar 2004 die *Gruppe für revolutionäre ArbeiterInnenpolitik* (GRA). In einer langen ersten Stellungnahme warfen sie der AGM vor, nicht in Klassenkämpfe zu intervenieren, sondern sich stattdessen auf passives Kommentieren beschränken zu wollen. Der Vorschlag der AGM-Mehrheit, zwei befreundete Organisationen zu bilden, wurde als Bruch mit dem Demokratischen Zentralismus gewertet.[535]

Die neu gegründete GRA hatte es als Kleinstgruppe, noch dazu aus älteren Genoss/inn/en, natürlich nicht leicht, sich als Strömung mit einem eigenen erkennbaren Profil zu etablieren. Es gelang zwar ein gewisses Umfeld aus einzelnen Individuen anzusprechen. Dennoch zeigten sich bereits im Formierungsprozess Schwierigkeiten. Der ersten Interventionsversuch, nämlich in den Streik von etwa 25 Fahrradboten bei der Firma Veloce im April 2004, überstieg allerdings nach Ansicht von Schneider die Kräfte der GRA. Es war auch bereits in der Formierungsphase der GRA zu Konflikten um die Ausrichtung gekommen, wobei Schneider eher die politische Ausbildung im Vordergrund sehen, Lhotzky hingegen mehr auf Aktivismus

[533] K.L.: Zur Geschichte..., a.a.O., S.147

[534] Zum Inhalt der Differenzen siehe das Kapitel zur AGM.

[535] GRA: Erklärung zum Bruch mit der AGM. Die AGM gab öffentlich nur eine kurze *Erklärung zum Austritt einiger Genoss/inn/en* ab, in der erläutert wurde, dass es nicht um Interventionen in Klassenkämpfe an sich gehe, sondern um die Art und Weise und vor allem um die Frage, ob man tatsächlich in der Arbeiter/innen/klasse interveniere oder nur mit einigen Gewerkschaftsfunktionären diskutiere.



sozialistische perspektive

GRA Gruppe für revolutionäre Arbeiterinnenpolitik

Flugschrift der Gruppe für revolutionäre Arbeiter/innen/politik (GRA) Nummer 1/20 Cent

Vier Jahre Bürgerblockregierung:
Ein soziales Kettensägenmassaker

Weniger Steuern – Mehr Geld zum Leben

SPART 17 Millionen Schilling (1,25 Mio. Euro)

SPART 33 Millionen Schilling (2,4 Mio. Euro)

UNSERE POSITION ZU DEN GEWERKSCHAFTEN

Die Gewerkschaften, die wir brauchen: Demokratisch und klassenkämpferisch

Gruppe für revolutionäre Arbeiterinnen/politik (GRA), http://gra.no.at/, arbeiterinnenpolitik@home.pages.at, Telefon: +43 1 676 30 27 85

setzen wollte. Im Herbst 2004 einigte man sich dann auf Arbeitsformen, die ein Kompromiss waren,[536] der wohl der Not der Kleinheit der Gruppe geschuldet war.

Auf dieser Grundlage funktionierte die Gruppe für ein bis zwei Jahre einigermaßen. Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Chavismus in Venezuela spielte in dieser Phase eine wichtige Rolle; die GRA beteiligte sich auch an der vor allem von AGM und AL getragenen Plattform für ein sozialistisches Venezuela, die anlässlich des EU-Lateinamerika-Gipfels in Wien den aus trotzkistischer Tradition kommenden Gewerkschafter Stalin Pérez Borges nach Wien einlud. Gleichzeitig gab es aber auch zunehmend Differenzen über die „internationale Ausrichtung“. Lhotzky war für eine rasche Annäherung an das CoReP (*Kollektiv Permanente Revolution*), eine sehr kleine Strömung aus der *Groupe Bolchevik* um Stéphane Just in Frankreich und einer Gruppe in Peru; Bergen und Schneider waren da skeptischer. Schließlich einigte man sich noch auf „Thesen zur IV. Internationale“.

Ab 2006 spitzten sich diese Differenzen aber deutlich zu; befördert wurde das durch zwei Spaltungen in der österreichischen beziehungsweise britischen Sektion der LFI. Von der britischen *Workers Power* hatte sich eine starke Minderheit unter Beteiligung von großen Teilen der alten Führung losgelöst und die Gruppe und Zeitschrift *Permanent Revolution* (PR) gegründet; Genoss/inn/en, mit denen Schneider und Bergen eine lange gemeinsame politische Geschichte verband. Und von *Revolution*, der Jugendorganisation der LSR, hatten sich im Sommer 2006 eine Handvoll Jugendlicher um Dieter Reinprecht-Hinsch und Stefan G. abgespalten, die sich als *Der Neue Kurs* (DNK) konstituierte, schließlich in einen Diskussionsprozess mit der GRA eintrat und im Februar 2007 mit der GRA fusionierte. Die neue Organisation aus gut 10 Leuten hieß nun *Gruppe für revolutionär-marxistische ArbeiterInnenpolitik* (weiterhin mit GRA abgekürzt). Damit war der personelle Höhepunkt der GRA erreicht.

Gleichzeitig verschärften sich aber nun die Konflikte um die Haltung zu CoReP: Lhotzky machte mit Unterstützung von Dieter Reinprecht-Hinsch immer mehr Druck in Richtung Anschluss, während Schneider, Bergen und Stefan G. eine Orientierung auf PR favorisierten. Das brach bereits unmittelbar nach der Fusionskonferenz auf, als Lhotzky und Dieter Reinprecht-Hinsch in der CoReP-Presse einen unabgesprochenen Bericht über die Konferenz veröffentlichten, in dem ein näheres Verhältnis zum CoReP suggeriert wurde. Die GRA-Mehrheit veröffentlichte eine Distanzierung und

[536] Gespräch mit Günter Schneider, a.a.O.





Gegendarstellung. Nun gewann die Auseinandersetzung an Fahrt. Lhotzky witterte durch die Fusion auch Morgenluft, um einen aktivistischeren Kurs durchzusetzen. Gemeinsam mit Reinprecht-Hinsch wurden die beschlossenen Arbeitsschwerpunkte boykottiert, die Situation immer verfahrener. Die GRA-Mehrheit um Schneider schlug nun (ähnlich wie die AGM-Mehrheit vier Jahre zuvor) eine Trennung in zwei befreundete Organisationen vor. Da Lhotzky und Reinprecht-Hinsch das ablehnten, wurden sie im April 2007 wegen „Negierung der Konferenzbeschlüsse", „mehreren schwerwiegenden Disziplinbrüchen", und Nach-außen-Tragen von Differenzen im Mai 2007 aus der GRA ausgeschlossen.[537]

Die verbliebene Mehrheit der GRA bestand aus Bergen, Schneider, Stefan G. und vier weiteren Genossen. Zwei der aus Revolution/DNK gekommenen Jugendlichen brachen allerdings rasch wieder weg. Stefan G. und ein weiterer Genosse gingen aus beruflichen/persönlichen Gründen nach Lateinamerika. In der Folge waren in Wien nur noch Bergen, Schneider und ein weiterer Genosse, der bereits aus der AGM gekommen war, übrig. Letzterem schien nach all den fraktionellen Konflikten ein Weitermachen als Kleinstgruppe schließlich perspektivlos und er verließ 2008 die GRA. Schneider und Bergen stellten in der Folge den Versuch eines Organisationsaufbauprojektes in Österreich ein und konzentrierten sich auf Solidaritätsarbeit bezüglich Mexiko und politischen Austausch mit der PR. Mit einer schweren Erkrankung von Schneider im Frühjahr 2010 kam die Tätigkeit der GRA de facto zum Erliegen.

[537] Ebd. und GRA: Gegendarstellungen zu den Anschuldigungen der „Fraktion zur Rettung der GRA"

Lhotzky und Dieter Reinprecht-Hinsch formierten mit zwei der von Revolution/DNK gekommenen Jugendlichen zuerst kurzzeitig die externe „Fraktion zur Rettung der GRA“ und dann erneut die Gruppe DNK, die aber auch nicht vom Fleck kam. Die beiden Jugendlichen brachen rasch weg, und Lhotzky bilanzierte später eine „mangelnde programmatische Diskussion zwischen den Genossen, die den ‚harten Kern' des DNK bildeten“ und eine neuerliche „interne Krise“ der Kleinstgruppe. Diese brach im Frühjahr 2008 voll auf und endete mit dem Rückzug von Reinprecht-Hinsch, „der sich über die ‚Irlandfrage' zu bürgerlich-nationalistischen Positionen“ hin entwickelt hatte.[538]

Mittlerweile konnte Lhotzky aber aus einem Diskussionszirkel des DNK, einer Art offenen Vorfeldstruktur, zwei bis drei „neue Genossen“ formieren, die sich schließlich mit ihm zum Aufbau der *Gruppe Klassenkampf* (GKK) entschlossen. Lhotzky selbst trat dem CoReP bei und wurde dessen österreichischer Vertreter. In der Selbstdarstellung der GKK las sich das Verhältnis zum CoReP längere Zeit so: „Heute arbeiten Genossen, die nicht dem CoReP angehören und Genossen des CoReP in Österreich in der Gruppe Klassenkampf zusammen. Da die Gruppe Klassenkampf ihr Verhältnis zum CoReP erst bestimmen muss, treten die Genossen des CoReP fallweise mit eigenen Publikationen und ihrer eigenen Homepage auf.“[539] Ein Modell, das Lhotzky bereits mit der TGÖ betrieben hatte. Im September 2010 erklärte die GKK aber schließlich ihren Beitritt zum CoReP.[540]


Mitglied des Kollektivs Permanente Revolution CoReP

1. Mai-Erklärung des Kollektivs Permanente Revolution (CoReP)
Seiten 11 - 13

Für Rätemacht und Revolution
GRUPPE KLASSENKAMPF

KLASSENKAMPF
Zeitung für Rätemacht und Revolution

Nummer 10 | Mai 2011 | Gruppe Klassenkampf | Preis 1,50 EUR

STEIERMARK: DEN WIDERSTAND IN DIE BETRIEBE TRAGEN!

25. März 2011: Die erste Großdemonstration in Graz

Mit der Großdemonstration vom 26. April haben die Proteste gegen das von der steirischen SPÖVP-Landesregierung geplante asoziale Sparpaket einen neuen Höhepunkt erreicht. So wichtig und richtig es ist, den Protest gegen die geplanten Einsparungen von 900 Millionen Euro in den kommenden drei Jahren – hauptsächlich im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich – auf die Straße zu tragen, so wenig werden Protestversammlungen allein den Sozialabbau verhindern können.

Das Sparpaket der steirischen „Reformpartnerschaft“ (ja! So nennen die FührerInnen von SPÖ und ÖVP ihre Kampffront gegen die arbeitende Bevölkerung und die Jugend des Landes!) bedeutet unter anderem: Die Wiedereinführung der Kindergar-

Fortsetzung auf Seite 2

GLOBAL SOZIAL: KLASSENKAMPF IN DER SPÖ

Positive Beiträge zum 100. Weltfrauentag sehen anders aus: Am 21. Februar 2011 wurden 385 Beschäftigte von Sozial Global, eines Vereins, dessen 100 %iger Eigentümer die SPÖ Wien ist und die von den Wiener SP Frauen gegründet wurde, beim AMS zur Kündigung angemeldet.

Weiter auf Seite 4

LOBBYISMUS: HERR STRASSER ZEIGT, WAS GESETZE KOSTEN

Kurz nach Ende der Faschingszeit lieferte die ÖVP eine kabarettreife Einlage. Der Anführer der ÖVP EU Delegation und ehemalige österreichische Innenminister Ernst Strasser wurde Mitte März 2011 vom einstigen Asylwerberjäger selbst zum Gejagten.

Weiter auf Seite 4

ISSN: 2220-0657

www.klassenkampf.net

Fallweise mit eigenen Publikationen und ihrer eigenen Homepage auf.“[539] Ein Modell, das Lhotzky bereits mit der TGÖ betrieben hatte. Im September 2010 erklärte die GKK aber schließlich ihren Beitritt zum CoReP.[540]

Die GKK mit ihrer unregelmäßig erscheinenden Zeitschrift *Klassenkampf* hat nicht nur – mit Lhotzky – eine personelle Kontinuität zu seiner früheren Gruppe TGÖ und ihrer Zeitung *Manifest*, sondern auch die internationale Anbindung blieb erstaunlich stabil: nämlich mit dem CoReP im Wesentlichen die französische *Groupe Bolchevik*. Sie steht in der Tradition des *Komitees für den Aufbau einer revolutionären ArbeiterInnenpartei* von Stéphane Just, also der internationalen Strömung, der sich die TGÖ in ihren letzten Monaten zugehörig fühlte.

Auch eine Reihe politischer Charakteristika blieben – nur wenig adaptiert – die gleichen. Viele der Elemente des frühen *Manifest* finden sich wieder bei der Zeitschrift *Klassenkampf*: So dient als Vorfeldstruktur statt eines *Lesezirkels* der *Marxistische Studi-*

[538] CoReP Österreich: Über das Kollektiv Permanente Revolution in Österreich; Dieter Reinprecht-Hinsch wurde in der Folge gar österreichischer Repräsentant von *Republican Sinn Fein*.
[539] Ebd.
[540] GKK: Die GKK ist Mitglied der internationalen Organisation CoReP

enzirkel… Die Zeitung ist ähnlich konzipiert. Ihre Herausgeberschaft war, zumindest vor dem Anschluss an das CoReP, unklar. Auch die GKK ist wieder eine isolierte Kleinstgruppe mit einem unklaren Konzept. Die Gefahr, dass die *Gruppe Klassenkampf* dasselbe Schicksal erleidet wie die TGÖ ist gar nicht so klein. Es ist nicht auszuschließen, dass in einigen Jahren Lhotzky wieder ein ähnlich ernüchterndes Resümee ziehen muss wie anlässlich des Endes der TGÖ 1992: Die Gruppe wäre zwar gescheitert, aber „Kontakte untereinander bestehen nach wie vor, resigniert haben wir nicht – trotz alledem“.[541]

9.6. Vorwärts/SLP

Die Vorwärts-Gruppe war von 1990 bis 1995 von 11 auf 50 Mitglieder angewachsen und damit in Österreich zur größten Organisation aus trotzkistischer Tradition aufgestiegen. Der Hintergrund dieser Entwicklung waren Erfolge bei der Intervention in der niedergehenden SJ und der antirassistischen / antifaschistischen Arbeit durch das Vorwärts-geführte Antifa-Komitee beziehungsweise die JRE. Als Ausdruck dieser Aufwärtsentwicklung wurde das Zentralorgan ab Januar 1994 auf eine großformatige Monatszeitung umgestellt. Ab etwa 1994 ließ die Aufschwung-Dynamik allerdings nach. Man hatte die beiden Bundesländer-Ansätze, Vorarlberg und Salzburg, wieder verloren, Versuche in Niederösterreich (Gänserndorf, St. Pölten, Fischamend) brachten keine stabilen Ergebnisse, Initiativen in die SPÖ hinein fruchteten nichts und auch bei der JRE-Arbeit war „der Drive etwas draußen“.[542]

Der massive Aktivismus, der dort betrieben wurde, brachte für das Vorwärts zwar relativ vielschichtige Interventionserfahrungen, führte aber gleichzeitig zu einer – im Vergleich mit anderen Gruppen mit trotzkistischem Anspruch – hohen Fluktuation von jungen Sympathisant/inn/en und Mitgliedern, die sich mit überhöhten Erwartungen ins Geschehen stürzten und nach relativ kurzer Zeit enttäuscht das Handtuch warfen. Zusätzlich erwiesen sich die JRE-Gruppen nun – angesichts der tendenziellen Verschiebung der gesellschaftlichen Auseinandersetzung weg vom Bereich Antifaschismus-Antirassismus hin zu Konflikten um Sozialabbau und „Sparpakete“ – nicht mehr als so Erfolg versprechende Vorfeldstrukturen wie in den Jahren zuvor.

Das Vorwärts reagierte darauf im Februar 1995 mit der Bildung der *SchülerInnenAktionsPlattform* (SAP). Grusch sieht diesen Schritt aus Ausdruck einer Bewusstseinsentwicklung von Jugendlichen, denen Antirassismus zu wenig geworden sei; die Sparpakete hätten nun eine zentralere Rolle gespielt, die Umstellung zeige die Flexibilität des Vorwärts in der Jugendarbeit.[543] Die SAP spielte schließlich 1995 und 1996 die zentrale Rolle bei der Organisierung von Streiks und Demonstrationen von Schüler/inne/n. Über die SAP hatte das Vorwärts Einfluss in mehrere Schulen in Wien,



[541] K.L., Zur Geschichte der Trotzkistischen Gruppe Österreichs (TGÖ, a.a.O., S.147
[542] Nitzsche, a.a.O., S.112 und Gespräch mit Bonvalot, a.a.O.
[543] SLP: Keine faulen Kompromisse, a.a.O., S.39 und S.77 und Gespräch mit Grusch, a.a.O.


Die Überregionale SchülerInnenzeitung der SchülerInnenAktionsPlattform
nummer 5
preis: ös 3,-
ostwind
Zivis streiken!
Montag 5.6. Streik der Zivildiener gegen die FPÖVP Regierung und ihre Maßnahmen gegen Zivildiener!
10h Stephansplatz
STREIK JETZT!
20.00h , 6., Eggerthg.3 (beim Apollo)
SchülerInnenAktionsplattform-Treffen mit der Aktionsplattform der Zivildiener:
Was tun gegen die Aushunger-Taktik der Regierung?
werde aktiv bei SAP!
SchülerInnenAktionsPlattform
die linke SchülerInnenorganisation
Die SchülerInnenAktionsplattform (österreichische Sektion von Jugend gegen Rassismus in Europa) ist eine linke SchülerInnenorganisation, die drei programmatische Grundpfeiler hat: gegen Rassismus, Sexismus und Sozialabbau. Mach' auch Du mit - wir brauchen Deine Hilfe!
Komm in eine unserer Gruppen, dort werden Infos ausgetauscht und Aktionen geplant, an dieser Zeitung geschrieben sowie über politische Themen diskutiert!
wöchentl. SAP - Gruppen:
Mo. 19:00 Amerlinghaus 7., Stiftg. 8
Mo. 19:30 6., Eggerthg. 3, beim Apollo
tel. 01/524 63 10
sap.mail@gmx.net

insbesondere in der traditionellen Vorwärts-Hochburg in der Rahlgasse und auch in der Geringergasse in Simmering. Es gelang, immer wieder neue Schüler/innen zu gewinnen. Allerdings war die Fluktuation sehr hoch, was kein Wunder war, denn die Rekrutierung erfolgte auf sehr niedriger Basis. Es sind aber schon auch einige beim Vorwärts hängen geblieben, speziell Schüler/innen aus der Rahlgasse wie Ken Horvath oder Pablo Hörtner.[544]

1995 organisierte die SAP zwei Schulstreiks gegen Verschlechterungen an den Schulen mit tausenden Teilnehmer/inne/n. Die sozialdemokratischen Jugendorganisationen SJ und vor allem *Aktion Kritischer SchülerInnen* (AKS) sprangen erst im letzten Moment auf, als sie realisierten, dass die Mobilisierungen ein Erfolg würden. Die Jungbürokrat/inn/en der AKS schafften es aber noch, die Demo als erste anzumelden, und versuchten eine Teilnahme des Lautsprecherwagens der SAP an der Demo zu verhindern. Etwa 90 Ordner/innen der SAP unter der Leitung von Bonvalot drängten und stießen schließlich die Ordner/innen der SJ/AKS-Bürokratie zur Seite und sicherten den Einsatz des Lautsprecherwagens auf der Demo.[545] Generell orientierte sich das Vorwärts bei den Protesten gegen die Belastungspakete vor allem auf den Schüler/inne/bereich, wodurch es den Student/inn/enstreik im Frühjahr 1996 anfänglich etwas verschlief. Letzteres lag freilich auch daran, dass das Vorwärts traditionell keine systematische und kollektive Arbeit an den Unis entwickelte.

Und Mitte der 1990er Jahre gelang es auch, erneut und relevant in andere Bundesländer zu expandieren – diesmal nach Oberösterreich. Nachdem schon 1993 Ali Kropf in Linz rekrutiert worden war, gelang es ab 1994/95 die traditionell Trotzkismus-freundliche, aber organisatorisch unabhängige SJ-Gruppe *barricade* in Wels zu gewinnen und damit – gemeinsam mit Kropf in Linz – ein relativ stabiles Standbein im oberösterreichischen Zentralraum zu etablieren. Die zentrale Rolle in Wels spielte Franz Breier jun., um den herum eine Vorwärts-Ortsgruppe aufgebaut wurde und die vor allem im Bereich Antifaschismus aktiv war. Dazu kam eine Gruppe in Wiener Neustadt um Martin Birkner, die sich aufgrund der Übersiedlung Birkners nach Wien aber nicht lange hielt.[546]


Ali Kropf

[544] Gespräch mit Bonvalot, a.a.O.
[545] SLP: Keine faulen Kompromisse, a.a.O., S.39f. und Gespräch mit Bonvalot
[546] Gespräch mit Grusch, a.a.O. und Nitzsche, a.a.O., S.108

Auf einer Konferenz im Februar 1996 erfolgte dann der Beschluss, die Vorwärts-Strömung in eine offen unabhängige politische Organisation umzuwandeln. Grusch meint, dass damit zu guten Teilen lediglich die Form der bereits seit Jahren immer unabhängigeren Praxis angepasst wurde und dass es eine Kooperation mit SPler/inne/n auch weiterhin gegeben habe. Tatsächlich wurde mit der Wende aus der österreichischen Sozialdemokratie hinaus trotz Drängens der Internationale vom Vorwärts lange gezögert.[547]

In der Phase, als das britische, deutsche und schwedische CWI schon die Umorientierung vollzog, hatte sich die österreichische CWI-Sektion noch explizit gegen die Wende hin zu einer offenen Organisation gestellt. Im März 1992, also bereits nach der schottischen Wende und der Abspaltung der Grant/Woods-Anhänger/innen, hatte etwa das führende Vorwärts-Mitglied Michael Gehmacher in Bezug auf die von Niedergang und Entpolitisierung geprägte österreichische SP-Jugendorganisation SJ einen Mitgliederaufschwung behauptet; und das beweise „unsere Argumentation, dass sich in Krisenzeiten (…) Jugendliche auf ihre traditionellen Organisationen (…) zurückziehen."[548] Damals wurde in der österreichischen CWI-Sektion die offene Wende offenbar tatsächlich noch zu einem guten Teil als schottischer Sonderfall betrachtet. Das war drei Jahre später, angesichts des bereits erfolgten „Turns" in Britannien, Schweden und Deutschland, bereits etwas anders; von einem unmittelbaren Nachvollziehen des Kurses der Schwesterorganisationen war aber noch keine Rede.

In einem internen Papier aus dem Jahr 1995 argumentierte die Vorwärts-Führung, dass die internationale Sozialdemokratie ihren Rechtsruck mit „atemberaubender Geschwindigkeit fortgesetzt" habe. Und die „Entwicklung eines starken linken Flügels – durch neue Schichten der Arbeiterklasse, die in diese Parteien strömen – ist in keinem europäischen Land eine wahrscheinliche Perspektive". Das bedeute aber nicht, „dass wir diese Parteien einfach zur Seite legen können". Man müsse „– egal in welcher Form wir arbeiten – auch ein Auge auf die internen Entwicklungen in den tO (traditionellen Organisationen, Anm.) haben, um bei relevanten Flügelkämpfen auch eingreifen zu können".

Und weiter: „Genauso wenig wie", so die Behauptung der Vorwärts-Führung, „während ihrer ‚entristischen' Periode aus unserer internationalen Taktik ein Prinzip gemacht wurde, darf das jetzt in der ‚open' Phase geschehen." Es seien nationale Besonderheiten zu berücksichtigen. In Schottland habe das Aufkommen der SNP eine wichtige Rolle gespielt, für die schwedische Sektion bedeute die Wende einen Riesenschritt nach vorne. „Weniger die allgemeine dramatische Zuspitzung, sondern der Wandel im Bewusstsein und des Verhältnisses der Massen zu den tO waren in Deutschland und GB wichtig." Dort hätten sich die Organisationen zahlenmäßig nicht weiter entwickelt, „wohl aber ihr Bild nach innen und außen".[549]

Österreich liege, so das Papier weiter, in vielen Aspekten hinter der durchschnittlichen europäischen Entwicklung. Die österreichische Sozialdemokratie sei „mit rund

[547] Gespräche mit Grusch und Bonvalot, a.a.O.
[548] Michael Gehmacher: Leserbrief an den ArbeiterInnenstandpunkt, Nr. 42, März 1992, S.13
[549] Vorwärts: Why we do not turn (internes Papier), Wien 1995, S.1f.

550.000 Mitgliedern nach wie vor eine der stärksten der Welt. Insbesonders bemerkenswert ist auch die Verbindung von SD und Gewerkschaften über das System der Gewerkschaftsfraktionen im ÖGB. Der ÖGB – über die Hälfte der Arbeitnehmer sind noch immer organisiert – ist de facto eine sozialdemokratische Organisation.“ Deshalb habe sich „ein überwiegender Teil der Polarisierung ‚von links’ und des Protestes vor allem gegen das Sparpaket innerhalb der traditionellen Bereiche der SD abgespielt“. Innerhalb der SPÖ gäbe es „100% unseren Perspektiven entsprechend eine Differenzierung zwischen Gewerkschafts- und Regierungsflügel“.

Die österreichische Sektion habe auf diese Entwicklung „mit einer sehr flexiblen Taktik reagiert“. Neben antifaschistischer Jugendarbeit werde auch Fraktionsarbeit in der SD betrieben. „Diese Mixtur aus offener und entristischer Arbeit“ sei gegenwärtig „ein erfolgreiches Rezept uns dort zu verankern, ‚wo was los ist’“. „Mittel- bis langfristig“ werde die SPÖ „eine ähnliche Entwicklung nehmen wie ihre Schwesterorganisationen. Das bedeutet mittelfristig eine Orientierung auf eine offene Organisation, wenn auch unter Umständen weiter ein Teil unserer Arbeit innersozialdemokratisch bleibt“. Es sei aber auch möglich, „dass der mittelfristig wahrscheinliche Weg – weg von der SD – einige wichtige Umwege macht“.[550]

Ohne die Einschätzungen und Perspektiven von Militant, Voran & Co. in Frage zu stellen, wurde so eine vollständige offene Wende vorerst noch mal hinausgezögert. Mit der Vorwärts-Konferenz von Anfang Februar 1996 wurde dann aber auch für Österreich der neue Kurs umgesetzt. Im entsprechenden Konferenzdokument wurde von Organisationswachstum, Erfolgen in der Schüler/innen/bewegung und Schwierigkeiten beim Aufbau außerhalb Wiens berichtet.

Die SPÖ könne „aufgrund ihrer Tradition, der Zusammensetzung ihrer Mitglieder und der Verbindung zu den Gewerkschaften immer noch als Arbeiterpartei bezeichnet werden“. Durch „die Politik der bürgerlichen Führung“ gleiche sich „der Charakter der SPÖ immer mehr dem einer bürgerlichen Partei“ an. Es gäbe an der Parteibasis immer weniger aktive Arbeit. Es herrsche Enttäuschung und Resignation, eine organisierte Opposition sei „nicht vorhanden“ und auch „keine Versuche, eine solche aufzubauen“.[551]

Außerdem wurde nun festgestellt, dass die offene Wende „unaufhaltsam näher rückt“, der „Zeitpunkt des Turns“ aber „sehr schwer zu bestimmen“ sei: „Der ungestoppte Rechtsruck der SPÖ und die Perspektive für neue Sparpakete haben nun dazu geführt, dass wir den Turn für Anfang Mai festgelegt haben. Auch wenn wir nicht alle Verbindungen zur Sozialdemokratie lösen werden, besteht doch die Perspektive, vor allem junge und radikalisierte Schichten eher außerhalb ansprechen zu können. Wir müssen uns klar machen, dass für eine revolutionäre Organisation der Entrismus immer nur ein Übergangsstadium sein kann.“

Diese Töne klangen nicht nach dem alten Militant-Schema und offenbar musste einem Teil der Mitgliedschaft noch mal die neue Linie „klar gemacht“ werden. Zur Absiche-

[550] ebd., S.2f.

[551] Vorwärts: Perspektiven für MarxistInnen in Österreich (Konferenzpapier), Wien 1996, S.3-5 und 8f.

rung und/oder Beruhigung wurde hinzugefügt, dass „in Zukunft“ „durchaus“ wieder eine Form des Entrismus nötig sein könnte. Jedenfalls biete die offene Wende „Chancen, auch wenn die neuen Gen (oss/inn/en, Anm.) nicht zu Hunderten in die O (rganisation, Anm.) strömen werden. Wichtig ist aber klarzumachen, dass ein Turn notwendig ist, um die O in Zukunft aufzubauen, dass es nicht einfach weitergeht wie bisher. Die sich verändernden Rahmenbedingungen verlangen nach einer geänderten Taktik. Der Turn ist die Antwort darauf.“[552]

Der Versuch, mit einer „Plattform für einen sozialistischen Kurswechsel“ kritische SJ- und Parteimitglieder anzusprechen, habe nicht zum gewünschten Resultat geführt. Die Ressourcen könnten „sicher besser eingesetzt werden“. Aber auch dem sozialdemokratischen Umfeld müsse die Wende zu offener Arbeit präsentiert und erklärt werden. „Kampagnenarbeit“ sei der Schlüssel zum Erfolg für die neue Organisation. Insbesondere die JRE müsse „aktionistischer“ und „offener“ werden. Die JRE sei im Jugendsektor eine Art „neue Formation“, und das CWI betone ja immer, „dass diese neuen Formationen nicht revolutionär sein werden, aufgrund der gesellschaftlichen Situation, in der wir uns befinden“.[553]

Anfang Mai 1996 wurde jedenfalls die *Sozialistische Offensive Vorwärts* (SOV), wie sich die Vorwärts-Gruppe nun nannte und die fünf Ortsgruppen in Wien und je eine in Wels und Wiener Neustadt hatte, bei einer Veranstaltung im Kongresshaus in Wien der Öffentlichkeit präsentiert. Die Grundausrichtung des CWI wurde damit auch für Österreich übernommen: Die Rede ist seitdem stets von einer „doppelten Aufgabe“, nämlich dem Aufbau der eigenen „sozialistischen“ Organisation und dem von breiten, nicht-revolutionären „neuen Formationen“ beziehungsweise „neuen ArbeiterInnenparteien“.[554]

Ende 1996 verallgemeinerte die CWI-Führung die Ausrichtung, die auch für die österreichische Sektion seitdem die Richtschnur ist: Die „Verbürgerlichung“ der „traditionellen Massenorganisationen“ habe zu einer Veränderung des Klassencharakters dieser Formationen geführt. Der Hintergrund sei, dass „die Krise des Kapitalismus“ „keinen Raum für den Reformismus“ gäbe. Der Aufbau von „neuen Arbeiterparteien“ wurde „als allgemeine Parole“ ausgegeben.[555]

An dieser Linie sind zwei Dinge bemerkenswert: Erstens wird mit der Argumentation der „Verbürgerlichung“ verwischt, dass politisch gesehen Sozialdemokratie/Labour seit spätestens 1914 bürgerliche Parteien sind, die sich der Verteidigung der kapitalistischen Klassengesellschaft verschrieben haben. Das CWI reproduziert seine alte Sichtweise, dass die Sozialdemokratien lediglich eine bürgerliche Führung gehabt hätten, sonst aber Arbeiter/innen/parteien und „potenzielle Kampfinstrumente“ gewesen seien. Dabei zeigt sich erneut das CWI-Unverständnis davon, was Reformismus überhaupt ist – nämlich eine Strömung, die sich auf privilegierte Schichten (Arbeiter/innen/bürokratie und -aristokratie) und deren Deal mit dem Kapitalismus stützt.

[552] ebd., S.4
[553] ebd., S.9f. und 13f.
[554] Gespräch mit Grusch, a.a.O., SLP: Keine faulen Kompromisse, a.a.O., S.32-34 und Nitzsche, a.a.O., S.109
[555] CWI-IS: Resolution des IEK, November 1996, Thesen 8-11, 16 und 26f.

Mit der Argumentation der Verbürgerlichung ersparen sich CWI und Vorwärts eine kritische Bilanz ihrer bisherigen Ausrichtung auf die „traditionellen Massenorganisationen“ – nicht das CWI habe seine Politik, sondern die Massenorganisationen hätten ihren Charakter geändert.

Zweitens musste in der Folge das alte, gescheiterte CWI-Verständnis, dass sich das Klassenbewusstsein notwendigerweise in die sozialdemokratischen Parteien und Jugendorganisationen hinein radikalisieren müsse, nicht korrigiert werden. Stattdessen wurde das alte Militant-Schema durch ein neues ersetzt, beziehungsweise trat das alte Schema in neuen Kleidern auf. Wieder wird in deterministischer Weise ein objektiver Prozess der Entwicklung von Klassenbewusstsein imaginiert, der einen ganz bestimmten Weg nehmen muss – jetzt nicht mehr „notwendigerweise“ via die „traditionellen Massenorganisationen“, sondern ebenso „notwendigerweise“ über den – angeblich unvermeidlichen Zwischenschritt – der „neuen ArbeiterInnenparteien“. Der gravierende Unterschied ist, dass in vielen Fällen das CWI an der Entstehung dieser Vehikel des objektiven Prozesses erst mitwirken muss. Die dahinter stehende schematische und deterministische Methode ist dieselbe. Sowohl eine vorübergehende Wiederbelebung von „traditionellen“ reformistischen Parteien als auch ein direkter Übergang von relevanten Teilen des Proletariats zu revolutionären Organisationen wird vom CWI faktisch ausgeschlossen. Die „unvermeidliche“ nächste Stufe sind offenbar neue Arbeiter/innen/parteien auf einem (links-) reformistischen Programm. Diese Formationen sind allerdings oftmals instabil und kurzlebig. Insofern bedeutet der Kurs auf die „neuen ArbeiterInnenparteien“ häufige Neuorientierungen und damit auch permanente Instablilität für das CWI.[556]

In Folge der Ausrichtung auf eine neue Arbeiter/innen/partei suchte die neu gegründete SOV Bündnispartner/innen, mit denen sie dieses Projekt angehen konnte. In diesem Zusammenhang war die KPÖ stets eine zentrale Ansprechpartnerin, und bereits 1996 kam es zu einer gemeinsamen Kandidatur zu den EU-Wahlen. Das ganze war allerdings ernüchternd, denn einerseits wurden die SOV von der KPÖ auf bürokratische Art und Weise ausmanövriert, so kandidierte die SOV in Wahrheit auf der Liste der KPÖ, und andererseits war das Ergebnis (0,47%) zwar besser als das letzte KPÖ-Resultat, aber dennoch bescheiden. Das Bündnis wurde vom Vorwärts rückblickend dann auch kritisch bilanziert.

1996/97 trat die SOV auch in einen Diskussionsprozess mit der SOAL ein, der parallel mit entsprechenden Debatten der internationalen Führungen von VS und CWI geführt wurde. Laut der österreichischen CWI-Sektion kamen diese Kooperationen „nicht über ein paar unverbindliche Diskussionen (und ein gemeinsames Transparent am 1. Mai 1997) hinaus und wurden von der SOAL im Mai 1997 einseitig beendet“.[557] Grusch spricht davon, dass es überhaupt nur zwei bis drei Diskussionstreffen gegeben habe. Als wesentliche Unterschiede sieht sie, dass die SOAL es nicht für notwendig halte, dass es in einer breiteren Partei einen revolutionären Kern gebe; au-

[556] Zur genaueren Kritik der CWI-Wende und der damit verbundenen Konzeptionen siehe: Wegner: CWI & IMT, a.a.O., S.189-191 und S.224-227

[557] ebd. und SLP: Keine faulen Kompromisse, a.a.O., S.61

ßerdem seien die SOAL-Mitglieder zu wenig aktiv.[558] Insgesamt waren die Bündnisansätze der SOV in dieser Phase also nicht erfolgreich; in der eigenen Organisationsgeschichte liest sich das im Rückblick so: Der „Prozess der Neuformierung der Linken verzögert sich".[559]

Mit der unabhängigen Aufbauarbeit versuchte die Vorwärts-Strömung auch die gewerkschaftliche Arbeit etwas zu systematisieren. Die Arbeit in diesem Bereich war bislang nie ein kollektiver Schwerpunkt der Organisation gewesen. Allerdings gab es bereits vor der SOV-Gründung zwei Bereiche, in denen Vorwärts-Kader zu Betriebsräten/-rätinnen wurden: beim staatlichen Ölkonzern ÖMV (heute OMV) und bei der Gemeinde Wien. Im Verwaltungsbereich der Gemeinde kandidierte Thomas Kerschbaum auf der Liste der KIV (*Konsequente Interessensvertretung*), einer linkspluralistischen Gewerkschaftsströmung mit einer gewissen Nähe zu den Grünen, und wurde Personalvertreter. Er hatte dort weder eine Betriebsgruppe noch eine Betriebszeitung und agierte als linker Gewerkschafter, weitgehend unabhängig von der Politik des Vorwärts.

Das langjährige Vorwärts-Mitglied Andrea Koch arbeite bereits seit einiger Zeit in der ÖMV-Zentrale in Wien Leopoldstadt. Sie war zuerst in der FSG (*Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen*) aktiv, kandidierte aber Ende 1993 als Spitzenkandidatin der von ihr maßgeblich gegründeten *Liste Offensiv*. Diese Liste bekam 10 Prozent am Standort Wien und ein Mandat, Koch wurde Betriebsrätin. Es wurde eine Betriebszeitung mit demselben Namen herausgegeben. Kochs Betriebsratsarbeit lief neben der und relativ unabhängig von der Vorwärts-Tätigkeit, ihre Zeit-Ressourcen für politische Arbeit waren sehr stark von der Betriebsratsarbeit in Anspruch genommen. Sie zog sich aus der Vorwärts-Tätigkeit immer mehr zurück, und nachdem ihr der Job eigentlich schon vor der Kandidatur auf die Nerven gegangen war, nahm sie schließlich das Angebot einer hohen Abfertigung an und verließ die ÖMV – ein Schritt, der nicht in Übereinstimmung mit dem Vorwärts passierte.[560]



Michael Gehmacher

Mitte der 1990er Jahre versuchte das Vorwärts, der Gewerkschaftsarbeit auch einen publizistischen Ausdruck zu geben. Es wurde ab Anfang 1995 die Zeitschrift *Einheit* herausgegeben, bis Ende 1998 erschienen neun Nummern. Getragen wurde dieses Projekt vor allem von Kerschbaum und Gehmacher. Die Aufgabe der Zeitung war allerdings überhaupt nicht klar und auch ihre Abgrenzung zum Zentralorgan *Vorwärts* real nicht definiert. Neben gewerkschaftlichen Fragen wurden verschiedene andere Themen behandelt. Letzt-

[558] Gespräch mit Grusch, a.a.O.
[559] SLP: Keine faulen Kompromisse, a.a.O., S.56
[560] ebd., S.46, Gespräch mit Michael Gehmacher, November 2010 und Gespräche mit Bonvalot und Grusch, a.a.O.

lich war die Einheit vor allem eine Art Spielwiese einzelner Genoss/inn/en, die dann eben die *Einheit* statt dem *Vorwärts* verkauften. Mit dem (im wesentlichen persönlich motivierten) Abgang von Kerschbaum im Jahr 1998 und seinem Übertritt zur SOAL fand auch die *Einheit* ein Ende. Über die gewerkschaftlichen Aktivitäten wurde Mitte der 1990er Jahre aber immerhin Peter Haumer, langjähriger Kader von IKL und RKL, für das Vorwärts gewonnen; er spielte in der SOV aber keine besonders aktive oder wichtige Rolle.[561]

Die Positionen von Koch und Kerschbaum wurden vor allem dazu benutzt, um Kontakte zu anderen Betriebsrät/inn/en herzustellen und im gewerkschaftlichen Milieu selbst Betriebsräte/rätinnen vorzeigen zu können. Der Zusammenarbeit mit anderen linken Gewerkschafter/inne/n diente auch der *Vorwärts-Gewerkschaftsstammtisch.* Es wurde kaum versucht, systematisch und unmittelbar an den Beschäftigten im Betrieb anzusetzen. In diesem Sinne machte das Vorwärts stets weniger Betriebs- als vielmehr Gewerkschaftsarbeit. So veranstaltete Vorwärts immer wieder etwa Mobilisierungen zu ÖGB-Bundeskonferenzen oder -Bundesvorständen. Ohne eigene betriebliche Verankerung mussten solche Aktivitäten, wo dann real ein paar Vorwärts-Mitglieder mit einem Transparent vor den hineinströmenden Funktionär/inn/en standen, natürlich in der Luft hängen bleiben.

Es gab zwar immer wieder auch Versuche zu betrieblichen Interventionen, etwa bei Semperit und bei den Austrian Airlines, aber das waren immer reine Interventionen, während es im Betrieb bereits krachte. Es gab dabei keine Kontinuität, die Vorwärtsler/innen wurden als Fremdkörper wahrgenommen und die ganze Sache musste letztlich verpuffen. Letztlich hat das Vorwärts nicht die Arbeiter/innen/klasse in den Großbetrieben, sondern die Gewerkschaften im Fokus. So beschreibt das die SLP auch selbst in ihrem Wikipedia-Eintrag, wo sie ein Zitat aus ihrer Homepage hervorhebt: „Die gewerkschaftliche und betriebliche Arbeit der Partei orientiert sich an dem mittelfristigen Ziel einer Veränderung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes hin zu einer klassenbewussten, kämpferischen und demokratischen Gewerkschaft.“ Von eigener betrieblicher Verankerung ist nicht die Rede.

Nach den ersten Gehversuchen in der ÖMV und der Gemeinde Wien beschloss die SLP, sich einer Gewerkschaftsfraktion anzuschließen. Das waren zuerst die grünnahen UG in der Privatangestelltengewerkschaft, später und bis heute die KPÖ-Fraktion *Gewerkschaftlicher Linksblock* (GLB). In der Theorie wurde damit zwar flexibel umgegangen, doch in der Praxis wurde doch Wert darauf gelegt, dass die gewerkschaftlich aktiven Mitglieder bei den grün-nahen *Unabhängigen GewerkschafterInnen* (UG) beziehungsweise später im GLB fraktioniert waren. Hier zeigte sich wieder, dass die Arbeit eben auf die Verankerung in der Gewerkschaft ausgerichtet war und nicht auf die einzelnen Betriebe. Denn wären die Betriebe der Fokus gewesen, dann wäre die Fraktionierung nach jeweils konkreten Nützlichkeitsüberlegungen

[561] Gespräche mit Grusch und Bonvalot, a.a.O.. Bemerkenswert ist, dass in der Eigendarstellung der Vorwärts-Geschichte (SLP: Keine faulen Kompromisse, a.a.O.) weder das Zeitschriftenprojekt *Einheit* noch die jahrelange gewerkschaftliche Arbeit bei der Gemeinde Wien erwähnt werden. Es kann darüber spekuliert werden, ob das daran liegt, dass beide Projekte ganz zentral mit Kerschbaum verbunden waren.

im jeweiligen Betrieb vorgenommen worden.[562] Insgesamt betrieb das Vorwärts also wie bereits gesagt keine revolutionären Interventionen in die Betriebsarbeiter/innen/schaft, sondern linke Gewerkschaftsarbeit.

Insgesamt war die Phase ab etwa 1996 für das Vorwärts von Stagnation geprägt und dann von einem gewissen Niedergang. Obwohl durchaus noch ein erhebliches Umfeld vorhanden war, wurden die Jugendgruppen in SAP und JRE schwächer. Die Antifa-Themen zogen nicht mehr so wie zuvor. Die SOV hatte aber auch real kein anderes Arbeitsfeld als die Jugend, und es gab auch wenige Bewegungen, wo angeknüpft werden hätten können. Vorwärts musste Ende der 1990er Jahre dann auch etliche personelle Verluste hinnehmen, teilweise von erfahrenen Kadern. Neben Kerschbaum und Haumer, der bereits im Herbst 1996 mit drei anderen aus einer Mischung aus politischen und persönlichen Gründen die SOV wieder verließ,[563] ist hier vor allem die Abspaltung der JRE-Regionalgruppe Wien Nord zu nennen.

Mitte der 1990er Jahre befand sich die JRE in Österreich in einer zunehmenden Krise. Die meisten Regionalgruppen in Wien hatten sich stark geleert, lediglich Nord und Mitte liefen noch einigermaßen gut; in der JRE Nord gab es auch eine Minderheit von Aktivist/inn/en, die sich als anarchistisch verstanden. Ab etwa 1995/96 begannen dann auch Meinungsverschiedenheiten über die weitere Ausrichtung der JRE. Die JRE sollte – so das Konzept in Österreich und international – formal unabhängig vom CWI sein und auch keine sozialistische Programmatik, sondern nur eine allgemeinlinke Ausrichtung haben. Real und informell dominierten aber stets die CWI-Aktivist/inn/en. Die JRE war immer eine CWI-Vorfeldorganisation. Eine Minderheit der SOV rund um Bonvalot wollte diese Scheinüberparteilichkeit beenden und an deren Stelle ein offenes Bekenntnis zur SOV, ein revolutionäres Programm und eine deklariert sozialistische Jugendarbeit setzen. Bonvalot forderte 1996 in einem Antrag, die JRE solle „ein klar sozialistisches Profil und auch eine offene pol. Verbindung zu unserer Organisation haben, dabei aber auch für andere linke bzw. soz. Zugänge die Möglichkeit zur Mitarbeit bieten“. Bonvalot fand damit keine Mehrheit, die Gegenargumente lauteten, dass JRE unabhängig und überparteilich sein beziehungsweise scheinen müsse.[564]

Ende 1996 stellte die JRE-Bundeskoordination einen neuen Programmentwurf vor. Dieser wurde zuvor nicht in der SOV diskutiert (obwohl die Bundeskoordination ausschließlich aus SOV-Mitgliedern bestand), sondern sofort in die JRE-Gruppen gebracht. Dementsprechend diskutierte die Gruppe Wien/Nord diesen Entwurf und brachte eine Reihe von Veränderungsvorschlägen ein, die eine klarere Hinwendung

[562] Gespräch mit Bonvalot, a.a.O.

[563] In seinem Austrittsschreiben meinte Haumer, dass der Bruch des Vorwärts mit der SPÖ zwar ein richtiger Schritt gewesen sei, dennoch sei die SOV „linkszentristisch“. Er kritisierte die katastrophistische Weltlageeinschätzung des CWI. Das Hauptproblem sah Haumer aber darin, dass es in der SOV keine Möglichkeit gäbe, diese Frage zu diskutieren, weil es keine interne Demokratie gebe.

[564] ebd., Michael Bonvalot: Geschichte der AL-Antifaschistische Linke (internes Papier), Wien 2009, S.1f und AL: Richtigstellung zu einem Kommentar über die AL in einer neuen SLP-Broschüre, Wien 2005

zur SOV bedeutet und die dem Entwurf eine radikalere, antikapitalistische Ausrichtung gegeben hätten. Beispielsweise forderte die Gruppe: „Eine Revolution gegen das herrschende kapitalistische System ist notwendig.“ Der Großteil der Anträge wurde knapp abgelehnt.

In Folge wurden Bonvalot und andere innerhalb der SOV scharf kritisiert, weil sie ihre Änderungsvorschläge nicht zuvor in der SOV diskutiert und damit den demokratischen Zentralismus verletzt hätten. Das ist natürlich eine unhaltbare Argumentation, denn wenn der Programmentwurf von der Führung sofort in der JRE vorgestellt worden war, musste auch die Debatte dort möglich sein. Über diese formale Diskussion gelang es der SOV-Führung, der inhaltlichen Auseinandersetzung auszuweichen. Es begann eine Art Kampagne gegen die Minderheit, in der stark mit persönlichen Vorwürfen gegen Bonvalot agiert wurde, mit Vorwürfen über persönliches Verhalten, die nicht offen in Gremien vorgelegt, sondern lediglich in der Organisation (und später darüber hinaus) herum erzählt wurden. In Folge dieser Situation zogen sich einige SOV-Aktivist/inn/en der JRE-Nord aus der JRE-Arbeit zurück, um sich dem Konflikt zu entziehen. Andere begannen langsam, ihre Arbeit in der SOV zu überdenken. Im Laufe des Jahres 1997 lösten sich die SOV-Strukturen in der JRE/Nord auf (im Oktober 1997 trat auch Bonvalot aus der SOV aus), ab 1998 gab es innerhalb der Gruppe Wien/Nord keine SOV-Aktivist/inn/en mehr.[565]

Die SOV hatte über diese Auseinandersetzung den Einfluss auf eine der beiden stärksten JRE-Regionalgruppen verloren. Die JRE-Nord machte erst einmal eigenständig weiter, begann mit eigenen Publikationen (zuerst *JRE-aktuell*, dann *Morgenrot*) und Interventionen, verblieb aber vorerst im Rahmen der JRE. Die SOV reagierte mit Unmut und Druck und schickte auch Kader in die JRE-Nord, um dort für ihre Linie zu agitieren. Da diese sich aber nicht an der Arbeit der Gruppe beteiligten, wurde das als unfreundlicher Akt interpretiert, der letztlich erfolglos war. Im Frühjahr 1999 begann in der JRE-Nord eine Debatte über eine mögliche Trennung von der SOV-kontrollierten JRE. Angesichts der verfahrenen Situation mit der SOV-Führung und ihrem Agieren wurde dann „aus der Alternativlosigkeit heraus“ beschlossen, eine ei-

[565] Bonvalot: Geschichte der AL, a.a.O., S.2 und AL: Richtigstellung…, a.a.O.. Der SLP gelingt es, in ihrer Broschüren zur eigenen Organisationsgeschichte den damaligen Konflikt völlig zu verdrehen: Die SLP behauptet, dass die Minderheit um Bonvalot kritisiert hätte, dass „mit der SOV“ ein „zu starker ‚sozialistischer Einfluss’ in der JRE bestünde“ (SLP: Keine faulen Kompromisse, a.a.O., S.41). Dokumente und Anträge belegen, dass es genau umgekehrt war, dass die SOV-Führung die Scheinunabhängigkeit der JRE erhalten und eine explizit sozialistische Ausrichtung verhindern wollte. Nicht besser sieht es mit einer Behauptung in einer Fußnote der SLP-Broschüre aus, in der Bonvalot unterstellt wurde, er „sympathisiere“ mit dem irischen Linksrepublikanismus und der IRA (ebd., S.42). Wahr ist vielmehr, dass Bonvalot der IRA durchaus kritisch gegenüber stand, die vom CWI betriebene Gleichsetzung des (oft tendenziell linken) irischen Nationalismus, also dem der Unterdrückten, mit dem (meist rechtsextremen) Nationalismus der nordirischen Protestant/inn/en, also der Unterdrücker/innen, aber ablehnte (zur Kritik der Nordirland-Position des CWI siehe auch: Wegner, CWI & IMT, a.a.O., S.68-72).

genständige Organisation zu bilden. Das Ergebnis war die Gründung der *AL-Antifaschistische Linke* im September 1999.[566]



Claudia Sorger

Nach den Verlusten von Bonvalot und Kerschbaum blieb der Kaderkern des Vorwärts einigermaßen stabil; die zentralen Aktivist/inn/en in dieser Phase waren John Evers, Michael Gehmacher, Sonja Grusch, Harry Mahrer, David Mum und Claudia Sorger. Das Umfeld des Vorwärts brach allerdings weiterhin substanziell ein, und der Einfluss unter linken Jugendlichen ging deutlich zurück. Auch wenn die Mitgliedschaft ungefähr gleich geblieben ist, so stand das Vorwärts Ende der 1990er Jahre doch erheblich schwächer da als einige Jahre zuvor, als man über die JRE ein Umfeld von hunderten Jugendlichen hatte. Dann brach, mit der Übersiedlung von Breier jun., auch noch die Gruppe in Wels zusammen, die sich zuvor in einer heftigen Konfrontation mit dem SPÖ-Bürgermeister Bregartner befunden hatte, dem eine stillschweigende Komplizenschaft mit rechtsextremen Kräften vorgeworfen worden war. Damit war das Vorwärts wieder weitgehend auf Wien zurückgeworfen.[567]

In die Bewegung gegen die NATO-Angriffe auf Rest-Jugoslawien, die in Wien von zehntausenden serbischen MigrantInnen getragen wurde, hatte die SOV kaum eine Intervention. Anders sah es mit der Widerstandsbewegung gegen die Rechtsregierung aus ÖVP und FPÖ im Jahr 2000 aus: Hier spielte das Vorwärts von Anfang an eine initiative und sehr aktive Rolle.

Bereits im Herbst 1999 – nach den Nationalratswahlen, aber vor der Bildung der Rechtsregierung – begann die SOV mit Mobilisierungen gegen die FPÖ. Sie veranstaltete wöchentliche Kundgebungen am Stephansplatz, und es gab SOV-intern den Beschluss, für den Fall einer ÖVP-FPÖ-Regierung einen Schulstreik zu organisieren.[568] Als diese Regierung dann Anfang Februar 2000 Realität wurde, war das Vorwärts von Beginn an voll dabei, zuerst bei den täglichen, dann bei den wöchentlichen Demonstrationen. Gemeinsam mit anderen Organisationen aus trotzkistischer Tradition, nämlich AGM, AL und ASt, mit denen man sich regelmäßig koordinierte, konnte in den ersten ein bis zwei Wochen – bis die Apparate von KPÖ, SJ, Grünen und die zivilgesellschaftlichen Liberalen auf Touren kamen – sogar eine führende Rolle gespielt und als organisierter Kern der Bewegung die Demos angeführt werden. Der

[566] Bonvalot: Geschichte der AL, a.a.O., S.2. Selbst in Hinblick auf die zeitlichen Abläufen ist die Darstellung in der SLP-Broschüre falsch: Darin wird behauptet, die JRE-Nord habe sich 1997 von der JRE abgespalten (SLP: Keine faulen Kompromisse, a.a.O., S.41). Tatsächlich ist die JRE Gruppe Wien Nord am 16. September 1999 aus der JRE ausgetreten. Ein entsprechender Brief wurde der JRE-Führung übergeben.

[567] Gespräch mit Bonvalot, a.a.O.

[568] Gespräch mit Grusch, a.a.O.

Schulstreik vom 18. Februar 2000, an dem sich etwa 15.000 Schüler/innen beteiligten, war im Wesentlichen von zwei Organisationen getragen, nämlich von der Vorwärts-Strömung einerseits und der AL andererseits;[569] die sozialdemokratischen Jugendorganisationen spielten darin keine relevante Rolle.

In dieser Phase fand auch die Umbenennung der SOV in *Sozialistische LinksPartei* (SLP) statt. Bereits im Januar 2000 war auf einer Vorwärts-Konferenz die „Neugründung" beschlossen worden: Die Zeit sei „reif, nicht nur als Organisation, sondern als ‚Partei' aufzutreten. Wir haben den Anspruch, grundsätzlich bei Wahlen anzutreten."[570] Die öffentliche Gründungsveranstaltung sollte eigentlich im Mai 2000 stattfinden. Da man aber verständlicherweise in die laufende Bewegung gegen FPÖ/ÖVP nicht mit dem alten Namen intervenieren wollte, wurde der Fahrplan geändert: Man trat in der Bewegung von Anfang Februar an mit dem neuen Namen SLP auf, die Gründungsveranstaltung wurde auf den 20. Februar vorverlegt.

In der Bewegung gab die SLP die Parole „Streik jetzt! Widerstand ausweiten!" aus. Ähnlich wie andere Strömungen aus trotzkistischer Tradition sah sie in der Ausweitung der Demobewegung auf Klassenkampfaktionen der Lohnabhängigen die zentrale Perspektive. Damit stand die SLP, ebenso wie AGM, AL oder ASt, in Konfrontation mit den zivilgesellschaftlichen Konzepten, die nicht nur von der liberalen Anti-FPÖ-Prominenz und den Grünen, sondern auch von der KPÖ vertreten wurden.[571] Da aber die Organisationen mit trotzkistischem Anspruch über keine relevante Verankerung in den Großbetrieben verfügten und die sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre/-funktionärinnen ihre Kontrolle über die Betriebsarbeiter/innen/schaft zur Verhinderung von Kampfmaßnahmen einsetzten, musste die Bewegung zuerst stagnieren und dann einen Niedergang erleben.

Während sich etwa die AGM, die AL oder auch der Funke im Frühjahr 2000 aus den immer kleiner werdenden Demonstrationen langsam zurückzogen und sich auf die Integration der entstandenen Kontakte konzentrierten, blieb die SLP bis Sommer 2000 in den Mobilisierungen als Organisation kollektiv voll dabei (einzelne noch länger). Sie gab (ähnlich wie der ASt) weiterhin Durchhalteparolen aus und verbreitete – abgehoben vom tatsächlichen Kräfteverhältnis – die Hoffnung auf einen neuen Aufschwung der Bewegung, wenn nur die richtige Linie eingenommen werde. Diese unrealistische Ausrichtung ist sicherlich der Hauptgrund, warum die SLP zwar unmittelbar um die Organisationsneugründung im Februar einige Leute gewonnen hat, dann in der Bewegung – trotz massiver Aktivität – aber kaum jemanden.

---

[569] SLP: Keine faulen Kompromisse, a.a.O., S.40f und Bonvalot: Geschichte der AL, a.a.O., S.4

[570] SLP: Keine faulen Kompromisse, a.a.O., S.57f. Die Frage, was ein marxistisches Verständnis von Partei damit zu tun hat, ob man bei bürgerlichen Wahlen kandidiert und ob hier nicht ein recht landläufiges und offiziöses Parteikonzept transportiert wird, könnte gesondert diskutiert werden.

[571] Siehe dazu: Eric Wegner: Die Zivilges.m.b.H. & ihre Teilhaber, Marxismus-Broschüre Nr.5 (2000)



Sonja Grusch

Dazu kam ab etwa Sommer 2000, vor allem aber dann 2001 eine interne Krise, die von kontroversen Debatten geprägt war, die SLP lähmte und zu einigen Austritten führte. In der SLP-Geschichte wird das umschrieben mit „Frustration bei Teilen jener (…), die auf der Straße waren. Diese Entwicklung ist auch an uns nicht spurlos vorbei gegangen." Grusch sprach rückblickend von einer Schwächung der SLP durch diese Kontroversen, die aber bei der verbliebenen Mehrheit letztlich dann doch zu einer politischen Stärkung geführt habe.[572] Ein Teil der Organisation hatte mehr inhaltlich-theoretische Diskussion gefordert, eine Mehrheit den Führungsstil der zentralen Führungsgruppe der SLP kritisiert und deren Absetzung gefordert. Nach erheblichem Druck der zentralen Führungsgruppe, etlichen Einzelgesprächen und einer Intervention der britischen CWI-Führung hatte die Opposition um Birkner allerdings keine Chance mehr auf eine Mehrheit. Birkner trat Anfang 2002 mit einer entsprechenden Erklärung aus der SLP aus, andere Kritiker/innen zogen sich zuvor oder danach zurück.[573]

Obwohl die SLP durch die große Massenbewegung gegen die Rechtsregierung im Organisationsaufbau nicht weitergekommen war, sondern im Gegenteil eher geschwächt da stand, versuchte sie von nun an als „richtige Partei" aufzutreten. Man versuchte sich ein „respektables" Äußeres zu geben, Mitgliedskarten wurden – für eine Organisation mit ein paar Dutzend Mitgliedern – ausgegeben, die Bezeichnungen wurden der offiziellen Politik angepasst: Es gab nun einen Bundesvorstand, Grusch firmierte als Bundessprecherin, Gehmacher als Gewerkschaftssprecher, Sorger als Frauensprecherin und so weiter.

Ausdruck dieser Linie war auch die starke Ausrichtung der SLP auf Beteiligung an Wahlen. 2001 trat sie bei den Bezirks- und Gemeinderatswahlen in Wien in je einem

[572] SLP: Keine faulen Kompromisse, a.a.O., S.60 und Gespräch mit Grusch, a.a.O.

[573] Gespräch mit Martin Birkner, Dezember 2010. Birkner entwickelte sich in der Folge hin zu postoperaistischen Konzepten und spielte eine wichtige Rolle bei der Gründung der Theoriezeitschrift *Grundrisse*. Auf Wikipedia heißt es in dem Eintrag zur SLP, der sicherlich weitgehend von SLP-Mitgliedern verfasst wurde: „Direkte Abspaltungen aus den Reihen der *Vorwärts-Strömung* gab es bislang keine. Auch scheinen politisch motivierte oder politisch begründete Austritte im Vergleich mit anderen trotzkistischen Organisationen in Österreich eher die Ausnahme zu sein, so dass so genannte ‚Rückstufungen' der Mitgliedschaft durch Inaktivität, also das Ausstreichen von ‚Karteileichen' überwiegen. Somit kann die Vorwärts-Strömung beziehungsweise die SLP als eine kohärente politische Organisation betrachtet werden, deren programmatische Standpunkte und politische Ideen über die Jahre konstant geblieben sind." Angesichts der Funke-Abspaltung 1993, der AL-Abspaltung 1999, den Austritten der Gruppe um Haumer beziehungsweise Birkner wirkt diese Darstellung doch etwas eigenartig.

Bezirk und einem Wahlkreis an: Im Bezirk Margareten erhielt sie 139 Stimmen, im Wahlkreis Wien-Zentrum 100 Stimmen. Bei den Nationalratswahlen 2002 schaffte sie eine Kandidatur im Wahlkreis Wien und erzielte 3.906 Stimmen, was sicherlich einen Erfolg darstellte. Außerdem kandidierte die SLP bei den Arbeiterkammer-Wahlen 2000 und 2004 auf der Liste des GLB, also der Gewerkschaftsfraktion der KPÖ.[574]

Die SLP hat diese Kandidaturen stets als Erfolg bilanziert, sei es in den jeweiligen Kampagnen doch möglich gewesen, mit vielen Leuten ins Gespräch zu kommen. Nun ist das sicherlich richtig, dass in so einem breiten und intensiven Agitieren im öffentlichen Raum viele Gespräche geführt werden, und natürlich ist für Marxist/inn/en in jeder Kandidatur die Verbreitung der eigenen Positionen wichtiger als die Anzahl der erreichten Stimmen. Allerdings haben die Kandidaturen der SLP kaum etwas für den Organisationsaufbau gebracht; die anvisierten „neuen Schichten", die laut CWI die Basis der „neuen ArbeiterInnenparteien" sein sollten, ließen sich dadurch nicht für die SLP anwerben. Es gab keine nennenswerten personellen Gewinne. Der erneute Versuch, als mehr zu erscheinen, als die SLP tatsächlich ist, fruchtete nichts; auf einer solchen Grundlage interessierte Menschen erkannten natürlich auch rasch, dass es sich trotz Bundesvorstand & Co. um eine kleine linke Gruppierung handelt.

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt der SLP in diesen ersten Jahren des neuen Jahrtausends waren Mobilisierungen zur Verteidigung des Rechtes auf Schwangerschaftsabbruch. Extreme Abtreibungsgegner/innen wie insbesondere *Human Life International* (HLI) traten seit der ÖVP-FPÖ-Regierung massiver und selbstbewusster auf und terrorisierten Frauen vor Abtreibungskliniken. Die SLP hat eine Vielzahl von Kundgebungen gegen HLI organisiert und Kliniken und Ärzte/Ärztinnen, die Abbrüche durchführen, verteidigt. Sorger, die zentrale SLP-Aktivistin in dieser Kampagne, wurde von HLI verklagt. Die SLP verteidigte sich nicht nur juristisch, sondern auch mit einer öffentlichen Kampagne. HLI verlor schließlich die Klage gegen Sorger.[575]

Nach dem Ende der Bewegung gegen die ÖVP-FPÖ-Regierung versuchte die SLP an der so genannten „Antiglobalisierungsbewegung" anzuknüpfen. Im Juli 2001 beteiligte sie sich an der Mobilisierung gegen die WEF-Konferenz in Salzburg. Über diese Aktivitäten gelang es, den Grundstein für eine neue Vorwärts-Gruppe in Salzburg zu legen; ab 2002 hatte man dort wieder eine Ortsgruppe, die vor allem im Jugendbereich und gegen die FPÖ aktiv war. Im Dezember 2001 gründete das CWI eine neue internationale Jugend-Vorfeldorganisation: *Sozialistischer Widerstand International* (SWI); auch in Österreich wurde eine Sektion formiert.[576] Allerdings konnte die SLP mit SWI nicht annähernd an die Erfolge der früheren Jugend-Vorfeldorganisationen, JRE und SAP, anschließen. SWI war nicht viel mehr als eine Hülle, in der neben einigen jüngeren SLP-Mitgliedern nur einzelne Kontakte aktiv waren; eine Dynamik konnte SWI in Österreich nicht gewinnen.

An der Großdemonstration gegen den Irak-Krieg, die in Wien – wie in vielen anderen Städten – am 15. Februar 2003 stattfand, beteiligte sich auch die SLP. Am 20. März,

[574] SLP: Keine faulen Kompromisse, a.a.O., S.61
[575] ebd., S.52f
[576] ebd., S.44 und Gespräch mit Grusch, a.a.O.

dem Tag des Beginns der US-Angriffe auf den Irak, organisierten SLP/SWI gemeinsam mit anderen Organisationen einen Schulstreik; in Wien nahmen an die 10.000 Schüler/innen nicht am Unterricht teil.[577]

Im Mai 2003 demonstrierten in Wien – trotz starkem Regen und Hagel – an die 200.000 Menschen gegen die Pensionskürzungen der Rechtsregierung. Anfang Juni gab es einen eintägigen „Generalstreik". Es war in Österreich die größte gewerkschaftliche Mobilisierung seit vielen Jahrzehnten.[578] Die SLP beteiligte sich daran, allerdings nicht schwerpunktmäßig; möglicherweise hatte die SLP – wie etliche andere linke Strömungen – das Ausmaß dieser Mobilisierungen anfangs etwas unterschätzt. Das war anders beim 2½-tägigen Streik der Eisenbahner/innen im November 2003: Die SLP war gut vorbereitet und intervenierte breit und systematisch, Aktivist/inn/en waren auf vielen Bahnhöfen präsent. Ein Problem war freilich, dass man dort vor allem auf FSG-Funktionäre traf und große Teile der Belegschaften auf ihren Dienststellen zersplittert und „weggesperrt" streikten.[579]



In diese Phase fällt auch die Gründung der *Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften* (PKDG), einer Art SLP-Vorfeldorganisation für den gewerkschaftlichen Bereich, durch die der frühere „Gewerkschaftsstammtisch" abgelöst wurde. Nach eigenen Angaben wollte die SLP damit einen „Ansatz für eine klassenkämpferische Politik in- und außerhalb des ÖGB schaffen". Erneut war diese Struktur weniger auf betriebliche Verankerung, sondern vielmehr gewerkschaftsoppositionell angelegt – getreu den Grundsätzen für Gewerkschaftspolitik, die man 1999 verabschiedet hatte: „Eine klassenkämpferische Gewerkschaftsopposition muss bestimmte Themen wie z.B. Arbeitszeitverkürzung aufgreifen, eigene Kampfformen anbieten und versuchen, die ÖGB-Führung unter Druck zu setzen. Eine Opposition im ÖGB muss eine politische und personelle Alternative zur derzeitigen ÖGB-Führung anbieten können." [580] Erneut also eine Mischung aus Selbstüberschätzung, Verkennen der Kräfteverhältnisse und dem Versuch, die Verankerung unter Betriebsarbeiter/inne/n durch eine Opposition im ÖGB abzukürzen.

Anfänglich, in der Dynamik des kämpferischen Jahres 2003, gelang es trotzdem, einige Personen außerhalb der SLP für die Plattform zu gewinnen, etwa Karl Fischbacher

[577] SLP: Keine faulen Kompromisse, a.a.O., S.85
[578] AGM: Die politische Situation in Österreich mit einer Bilanz der Arbeitskämpfe der letzten Jahre (2005), in: http://www.sozialismus.net/alt/agm/home/stellungnahmen/oe_thesen.htm
[579] ebd., Gespräch mit Grusch, a.a.O. und SLP: Keine faulen Kompromisse, a.a.O., S.85f
[580] SLP: Resolution von Gründungstreffen der PKDG (2003) und SLP: Keine faulen Kompromisse, a.a.O., S.49

von Labournet-Austria oder einen Betriebsrat von den Austrian Airlines, wo die SLP in einige Arbeitskämpfe von außen interveniert hatte. Diese Unterstützung ging nach einiger Zeit wieder verloren, sodass die Plattform auf eine reine SLP-Gewerkschaftstruktur reduziert wurde. Die Plattform bildete in Folge aber die Grundlage der meisten Interventionen in Arbeitskämpfe, etwa gegen die Privatisierung der VoestAlpine in Linz, im Streik beim Fahrradbotendienst Veloce, bei den Protesten im Wiener Sozialbereich, den Protestaktionen gegen den Börsegang der Post, im Streik der AUA-Bord-Belegschaft und dem Streik bei Siemens-PSE.[581] Abgesehen vom Sozialbereich in Wien, wo Gehmacher Betriebsrat war, alles kurzzeitige Interventionen von außen, die rasch wieder verpufften.



In dieser Phase gelang der SLP aber immerhin ein erneutes Festsetzen in Oberösterreich. Man hatte schon seit einiger Zeit einzelne Leute in Linz. Über die Kampagne gegen den neofaschistischen *Bund freier Jugend* (BfJ) konnte die SLP dann ab Sommer 2004 eine funktionierende Ortsgruppe aufbauen. Schließlich wurde auch Gerhard Ziegler gewonnen, ein langjähriges GRM/SOAL-Mitglied, das sich reaktivierte und der SLP anschloss. Die Linzer Ortsgruppe konzentrierte sich stark auf Aktivitäten gegen die extreme Rechte – eben gegen den BfJ, aber auch gegen die *Nationale Volkspartei* (NVP), die beide ihr Zentrum in Oberösterreich hatten. Nach den Polizeiübergriffen auf die 1. Mai-Demonstration 2009 spielte für die SLP-Linz auch Antirepressionsarbeit eine Rolle.[582]

Waren die ersten Jahre des neuen Jahrtausendes für die SLP, anders als für die meisten anderen Organisationen, von einer Krise und einem Rückgang geprägt, so gelang ab der Mitte des Jahrzehntes wieder eine Stabilisierung. Grusch spricht davon, dass es später keine Rückschläge und ab etwa 2004 ein leichtes Wachstum gegeben habe.[583] Dabei ist es wohl so, dass die positive Entwicklung vor allem in Salzburg und Linz stattfand, wo – im Unterschied zu früheren Ansätzen – mittlerweile seit Jahren stabile Ortsgruppe bestehen. Das ist offenbar deshalb gelungen, weil die Gruppen dort nicht ausschließlich aus Schüler/inne/n bestehen, die nach der Matura

[581] Wikipedia: Sozialistische Linkpartei
[582] Gespräch mit Grusch, a.a.O.
[583] ebd.

Wir zahlen nicht für die Krise!

Die Krise war nie vorbei: Fekters Budget ist ein Angriff auf Arbeiterinnen und Jugendliche. Die Wirtschaft wird 2012 nur gering wachsen – die Regierung will daher weiter sparen. Die Banken dagegen werden ihr Staatsgeld nicht zurückzahlen und sich vielleicht erneut retten lassen – wir sagen: „Wir bezahlen das alles nicht!" **Seite 2**

USA: „We are the 99%"

„We are the 99%" – der Slogan der Occupy Bewegung in den USA drückt das Gefühl von Millionen auf der ganzen Welt aus: Dass das reichste 1% die Gesellschaft kontrolliert und der Rest durch die Finger schaut. Dagegen gibt es nun seit September in den USA eine heftige Bewegung von Jugendlichen und Arbeiterinnen. **Seite 12**

Schwerpunkt

Ein Krisengipfel jagt den Anderen. Die Herrschenden suchen panisch nach Lösungen für die Krise und die Arbeiterinnenklasse soll das bezahlen. Die EU ist in ihrer tiefsten Krise. **Seiten 7-10**



CWI CIT

VORWÄRTS

SLP Sozialistische LinksPartei

Normalpreis € 1,–
Solipreis € 2,–

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 203 | 11.2011

Es reicht! Dieses System muss weg!

Empörung & Erstaunen! Erstaunen darüber, wie völlig schamlos sich PolitikerInnen und KapitalistInnen auf unsere Kosten bereichern. Jeden Tag eine neue Enthüllung über ihre Korruption. Empörung darüber, wie sie gerade jetzt schon wieder versuchen, die Kosten der kommenden Krise auf uns abzuwälzen. Die Unterschiede zwischen den verschiedenen Parteien werden immer geringer. Sie sitzen im Parlament, kassieren Spitzenbezüge & Privilegien und haben in Wirklichkeit keine Ahnung, wie sie die Krise bekämpfen können. Vor zwei Monaten hat sich die Regierung noch für den „Aufschwung" auf die Schulter geklopft. Heute ist klar, dass das die Ruhe vor dem Sturm war. Das Ende der Krise noch bevorsteht. Im neuen Budget hält sich Fekter bedeckt, was Kürzungen angeht. Doch schon im Budget-Finanzrahmen, den sie nach ihrem Amtsantritt bekannt gab, sind Ausgabensenkungen bei Bildung, Forschung und Kultur bis 2015 um 4,1 Milliarden vorgesehen. In den nächsten Monaten werden sich die Angriffe der Regierung überschlagen! Die anderen Parteien kritisieren z.B. wie die Grünen, dass „zu wenig gespart" wird oder wollen wie FPÖ/BZÖ eine „Verwaltungsreform" (was weniger Geld für Gesundheit, Bildung, Jugendschutz etc. bedeutet). Wir 99%, um die es ja geht, werden nicht gefragt. Wichtig sind für die PolitikerInnen nur die Bedürfnisse der „Wirtschaft", also die Profite der KapitalistInnen!



Das System kracht an allen Ecken und Enden: Eine Krise jagt die nächste – Zukunft ist Mangelware.

Demokratie? Und weil die Herrschenden wissen, dass immer weniger Menschen mit ihnen zufrieden sind, versuchen sie Protest im Keim zu ersticken. Wir sehen eine Serie von Gesetzen bei denen demokratische Rechte beschnitten werden. Unter dem Deckmantel der „Terrorbekämpfung" sollen künftige Demonstrationen, Streiks und Proteste kriminalisiert werden.

Systemfehler! Das System kracht, seine Mängel werden immer deutlicher: Krise folgt Krise. Profite auf unsere Kosten. Armut und soziale Probleme nehmen zu. Die herrschende Elite bereichert sich. Demokratie ist Mangel. All das ist typisch für das System Kapitalismus. **Sonja Grusch**

Die SLP fordert:

- Durchschnittseinkommen für PolitikerInnen – Schluss mit Privilegien
- Sparen wir die Profite der KapitalistInnen – Geld für Soziales, Pensionen und Bildung
- Schluss mit dem Profitsystem – sozialistische Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft

CWI CIT

VORWÄRTS

SLP

sozialistische zeitung

Zeitung der Sozialistischen LinkspartEI (SLP) erscheint seit 1983 Nummer 148 September 2011 Preis: € 2,50 / CHF 3,50

Österreich



Abtreibung in Salzburger Spitälern?
70% der Salzburgerinnen wollen, dass in Spitälern Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt werden. Seite 2

Betrieb & Gewerkschaft



Herbstlohnrunde 2011: Urabstimmung notwendig
Vor den Lohnrunden im Herbst nimmt die Gewerkschaft den Mund wieder voll, doch das kennen wir bereits aus den vergangen Jahren. Unsicherheit statt Gehaltserhöhungen waren angesagt. Seite 3

Schwerpunkt



Reichtum und Armut in Österreich
„Österreich ist steinreich" schreibt das Wirtschaftsmagazin trend. Davon haben allerdings jene 400.000 Menschen, die an oder unter der Armutsgrenze leben herzlich wenig. Seiten 4/5

Internationales



Deutschland: 4. Bankrotte Stadt!
Deutschland wird von einer Welle der Proteste überzogen. Die „Occupy"-Bewegung in den USA drückt das Gefühl von Millionen auf der ganzen Welt aus: Dass das reichste 1% die Gesellschaft kontrolliert und der Rest durch die Finger schaut. Seite 7

Schwarz-Blau geht über Leichen!

Pensions- und Gesundheitsreform kosten Leben

Von Sonja Grusch, SLP Wien-West



Thomas Klestil war der Pensionsminister für die Dunkelregierung Knapp vor Pensionsantritt wusste er: Wären Sie das für zwei halbe, zeigt Ihnen ein Blick auf die Maßnahmen der Regierung, wo die wahren Zyniker/innen sitzen. Nach dem Pensionsraub 2003 haben Schüssel&Co. unter dem Stichwort "Pensionsharmonisierung" zum nächsten Schlag aus. Die Kombination mit der "Gesundheitsreform" und den Angriffen auf Arbeitslose und Arbeitslose führt der Weg direkt zurück in die 50er Jahre. Die Regierung plant die Zerschlagung der Sozialstaates. Dabei ist sie auch bereit, über Leichen zu gehen. Eine Überbelastung: Wenn Schwerstarbeiter 45 Jahre arbeiten müssen, um den vollen Pensionsanspruch zu haben, dann werden die die wenigsten erleben. Wenn im Gesundheitswesen "gespart" wird, dann heißt das, dass Krankheiten später erkannt und schlechter behandelt werden können.

Ist es uns Schuld auf unseren Knien zu sein!

Was bedeutet "Überlastung"? Das es schlicht ist, wenn Menschen ab/werden/ Tendenziell sind Menschen im produktivsten Kapitalismus nur interessant, solange sie "etwas leisten". Sind wir krank oder alt, werden wir von der "Arbeitskraft" zum "Kostenfaktor". Die "Lösung" im Kapitalismus: Die Lebensarbeitszeit wird verlängert und/oder die Pension gekürzt und/oder der Stress so erhöht, dass wir den Pensionsantritt nicht oder nicht lange überleben. All das beinhalten die "Reformen" der Regierung. Die durchschnittliche Pensionsantrittszeit zur Zeit bei ungefähr 61 Jahre. Pensionssperre Steven Nay meint "Altersarmut, die in Europa schon fast ausgerottet war, könnte zurück kommen." Im Gesundheitswesen wird bei Krankheit und Behinderung gekürzt. Die Pflege soll wieder verstärkt von Angehörigen (meist Frauen) übernommen werden. Wir meinen: Wer ist für eine soziale Gesellschaft ist, in der es eine Schande ist alt und/oder krank zu sein?

Barrierefreies Schönau: Völlig normal!

Wirtschaftsminister Bartenstein erklärte die Forderung "45 Beitragsjahre müssen gelingen" als "völlig übertrieben". Als Politiker kann Bartenstein mit 59 Jahren in Pension gehen, maximal wird er dann 70 Versicherungsjahre haben, seine Pensionshöhe liegt derzeit bereits bei 5.400 Euro. Das heißen wir für "völlig übertrieben". Sondereinsatz Schüssel, der ganz gegen ungerechte "Beitragsäquivalenz" wettert, war noch nie gewungen, sich am Arbeitsmarkt um einen Job zu bewerben. Seit Abschluss seiner Studiums kam er in ÖVP- und ÖVP-nahen Organisationen unter. Aber er findet einen täglichen Arbeitsweg von zwei Stunden "zumutbar" (Klar, im Dienstauto ist das kein Problem). Er kann übrigens mit 56,5 Jahren in Pension gehen und bekommt mindestens 12.856 Euro/Monat.

Barrierefreies Wegfahren in die Pension

Warum ist "Pensionsharmonisierung" verbrannt wird, ist nichts anderes als die endgültige Aus für eine soziale Absicherung im Alter. Schon im Jahr 2030 hatten nur mehr 5% ein mehr hohes Vermögen in die staatliche Pensionsversorgung. Aber wie realistisch sind die private und betriebliche Pensionsvorsorge? Bei United Airlines in den USA wird gerade versucht die betriebliche Pension für 35.000 Pensionisten zu streichen. Und können Sie sich eine private Pensionsvorsorge leisten? Laut Statistik Austria 2010/12 leben 43% der Bevölkerung nur mit niedrigem oder sehr niedrigem Lebensstandard. Für einen Nettoeinkommensprozentsatz mit 1467,13 Euro brutto ist die private Pensionsvorsorge kein Problem. Für Spitzenmanager mit Jahresbezügen von 3-400.000 auch nicht. Für eine Alleinerzieherin (Durchschnittliches Einstiegsgehalt 1000 Euro brutto/Monat), eine Einzelhandelskauffrau (864,- Euro) oder eine Reinigungskraft (726,- Euro) sieht das anders aus. Ganz zu schweigen von den weit über 200.000 Arbeitslosen, den Teilzeitbeschäftigten und den prekär Beschäftigten. Die wissen das Geld ist nicht einmal für die laufenden Kosten.

Pfui zum neuen Pensionsraubzug

Jeder Mensch hat das Recht auf eine menschenwürdige Alters- und Gesundheitsversorgung. Niemand soll bis zum Umfallen arbeiten müssen und niemand soll sich dafür schämen müssen, alt oder krank zu sein. Die Gesellschaft ist insgesamt reich genug, um sich das zu leisten! Eine echte Pensionsharmonisierung müsste daher eine Arbeitszeitverkürzung, eine Senkung der Pensionsantrittsalters sowie eine Mindestpension von 1.100,- Euro netto sein. Finanzieren ist eine solche echte Harmonisierung durch eine echte Besteuerung von Unternehmen und Vermögen, die es ja nur Zeit in Österreich politisch nicht gibt.

Einzelne ist eine solche echte Harmonisierung durch klämpferische Gewerkschaften in denen Funktionärinnen nicht im Pensionen wohnen, sondern so leben wie ihre Mitglieder. Gewerkschaften, welche die ernennliche Profitlogik nicht einfach akzeptieren, sondern für eine bessere Gesellschaft kämpfen. (mehr zum Thema S. 4/5).

irgendwo hin zum Studieren gehen, sondern zumindest teilweise aus Leute, die längerfristig vor Ort politisch aktiv sind. Wie sich SLP-Ansätze in anderen Bundesländern (Steiermark, Kärnten, Niederösterreich) entwickeln werden, ist noch unklar.

In Wien freilich stagniert die SLP seit Jahren, auf vergleichsweise niedrigem Niveau. Es gibt einen Kaderkern von etwa einem Dutzend Leuten, die seit langem aktiv sind, darum herum aber eine erhebliche Fluktuation. Grusch sagt, dass die SLP heute von der Sozial- und Altersstruktur her „ein breites Spektrum“ repräsentiert und dass das eine „Reife der Organisation ausdrückt“.[584] Das hat sicher einiges für sich: Die SLP ist – anders als in den 1990er Jahren – keine mehr oder weniger reine Jugendorganisation mehr. Andererseits hat die SLP aber auch nicht mehr die breite und lebendige Jugendperipherie, die sie Anfang der 1990er hatte. Immerhin wurde aber 2008, nachdem SWI de facto nicht funktionierte, auch in Wien wieder mit einer Jugendarbeit begonnen.

Auch in den letzten Jahren hat die SLP immer wieder bei Wahlen kandidiert. Bei der Gemeinderatswahl in Wien im Jahr 2005 trat die SLP erneut nur im Wahlkreis Zentrum an und erreichte dort 124 Stimmen (0,24% in diesem Wahlkreis). Bei den zeitgleichen Wahlen zur Bezirksvertretung reduzierte sich in Margareten ihr Stimmenanteil (90 Stimmen, 0,47%). Auch in Favoriten (0,19%) und der Brigittenau (0,28%) verpasste die SLP Mandate deutlich. Bei der Nationalratswahl 2006, wo sie erneut im Wahlkreis Wien antrat, erreichte die SLP 2.136 Stimmen (0,05%).



VORWÄRTS

SLP Sozialistische LinksPartei

sozialistische zeitung

Widerstand + Solidarität + Sozialismus — Zeitung der Sozialistischen LinksPartei [SLP] — erscheint seit 1983 — Nr. 192 a — September 2019 — Preis: EUR 0,20 — Solidaritätspreis: EUR 1,00

SLP wählen & jetzt aktiv werden!

von Sonja Grusch, SLP-Spitzenkandidatin

Der Wiener Wahlkampf kommt in die Endphase. SPÖ und ÖVP bemühen sich zu betonen, dass wir vor einem neuen Aufschwung stehen. Doch die Wirtschaftskrise und ihre Auswirkungen sind nicht vorbei - das geben auch bürgerliche Ökonomen zu. Wenn die Wirtschaft wächst - warum hält die Bundesregierung an ihrem Kürzungspaket fest? Bei der Herbstlohnrunde müssen die Gewerkschaft ordentliche Erhöhungen erkämpfen statt fauler Kompromissen wie bei den ÖBB zustimmen. Auch wenn sich die SPÖ etwas sozialer gibt: Sie steht genauso für Stellenabbau und Kürzungen im Sozialstaat wie die ÖVP. Sie organisiert für keine einzige ihrer Forderungen. Und wird sie daher auch nicht durchbringen: Ihr soziales Gerede ist also nur Wahlkampfstrik. Es ist wahrscheinlich, dass die SPÖ im wahrsten Sinne des Wortes mit einem blauen Auge davon kommt. Dass also die FPÖ muss gewinnt, die SPÖ aber trotzdem an der Macht bleibt. Vielleicht wird sie für den Bürgermeisterposst die Unterstützung von ÖVP oder Grünen einkaufen müssen.

Doch schon in wenigen Wochen wird auch die Wiener SPÖ die Kürzungen der Bundesebene an uns "weitergeben".

Kapitalismus: kein Naturgesetz

Nichts ist normal oder natürlich an der Profitgeilheit des Kapitalismus. Der Reichtum, denn wir alle schaffen, der steht nur einer kleinen Minderheit zur Verfügung. In vielen Ländern wehren sich Menschen gegen diese Ausbeutung. Es gibt Demonstrationen, Streiks und andere Proteste gegen die kapitalistische Kürzungspolitik.

Die SLP will nicht immer nur ein "kleineres Übel" oder "Sachzwänge". Wir stehen für eine demokratische sozialistische Gesellschaft.

- Keine Privatisierung der Gewinne und Vermarktlichung der Kosten der Krise. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentlichen Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Für Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Reformen können Krisen letztlich nicht verhindern - sie bekämpfen bestenfalls die negativen Auswirkungen. Die Arbeiterbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.

Jetzt mit der SLP aktiv werden!

Die SLP kandidiert bei den Wahlen am 10. Oktober. Eine Stimme für die SLP ist ein deutliches Zeichen gegen Rassismus und Sozialabbau. Die SLP ist eine junge, sozialistische Partei ohne Privilegien und ohne Geld von Banken und Konzernen. Die SLP ist eine aktive Organisation zum Mitmachen. Wir organisieren u.a. die Proteste gegen den Lusmesse der Superreichen im November. Wir sind der Ansicht, dass Politikerinnen nicht mehr verdienen sollen als ein durchschnittlicher Arbeitnehmer. Wir wollen eine echte sozialistische Stimme in Bezirk und Gemeinde um aufzuzeigen, dass nicht Profite und kapitalistische Sachzwänge im Zentrum stehen.

- Werden Sie noch heute mit uns aktiv - in ganz Wien!

Die SLP fordert daher:

- Nein zu allen Sparplänen auf unsere Kosten!
- Wir brauchen betrieblichen und gewerkschaftlichen Widerstand wie in Griechenland!
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen für Banken & Konzerne wollen wir Geld für Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & öffentlichen Verkehr.

Statt Teile & Herrsche: Gemeinsamer Kampf!

Zwei Themen dominieren den Wahlkampf: die sozialen Probleme und das "Ausländerthema". Die Hetze gegen MigrantInnen ist ein Ablenkungsmanöver der etablierten Parteien. Denn sie tragen die politische Verantwortung für steigende Arbeitslosigkeit, Armut und die Zerschlagung des Sozialstaates.

Am schlimmsten ist die Hetze der FPÖ. Mit einem aggressiven Minarett-"Spiel" und einem Cartoon, bei dem auf Menschen geschossen wird, sowie rassistischen Sprüchen wird der rechte Kurs der FPÖ fortgesetzt. Insbesondere im 20igsten Bezirk in Wien setzt die FPÖ stark auf "Anti-Islam". Hier wurde eine angebliche "Bürgerinitiative Dammstrasse" finanziell und ideologisch aufgepäppelt. Ihre Aktivitäten sind ein Einfallstor für gefährliche Neonazis. Mit dem Rassismus der FPÖ wird allerdings kein einziges Problem gelöst: die Situation für die Arbeitslosen in der Dammstrasse verschlechtert sich durch die Polarisierung. Von der Teile-und-Herrsche-Politik profitieren Unternehmen und Politik, aber für MigrantInnen UND die "gestrandeten Österreicher" bringt sie real Nachteile. Denn wenn MigrantInnen in die Illegalität gedrängt werden und Menschen zweiter Klasse sind, dann sind sie erpressbar und können als Lohndrücker eingesetzt werden. Nur wer gleiche und v.a. volle Rechte hat, kann diese wirkungsvoll verteidigen!

Wer allerdings hofft, mit Hilfe der anderen etablierten Parteien die rechten Hetzer von FPÖ und "BI" Dammstrasse zurück drängen zu können, der irrt. Die ÖVP versucht es Strache nach zu machen. Die Grünen wirken eher hilflos mit Appellen und dem Verweis auf den Wirtschaftsfaktor Migrantinnen. Und die SPÖ setzt seit Jahren FPÖ-Forderungen uns Verschärfungen im Asylrecht, Hausordnung in Wien,.. Und offene Zusammenarbeit mit der FPÖ in z.B. Linz, wo ein recht-außen FPÖler zum Sicherheitsbeauftragten gemacht wurde. Voves könnte sich in der Steiermark von der Kuzmann-FP in den Landeshauptmannsessel hieven lassen. Wir also etwas gegen rechts tun will, der ist eingeladen, mit der SLP aktiv zu werden. Wir fordern:

- Gleiche soziale und politische Rechte für alle Menschen die hier leben.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! Migrantinnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme!
- Das Recht auf sofortige Staatsbürgerschaft (auch Doppelstaatsbürgerschaft) für alle, die in Österreich geboren werden. Weg mit langen Wartefristen und hohen Kosten für die Staatsbürgerschaft für Menschen, die hier leben!

Veranstaltung am 6. 10 um 19.00
"Rassismus schafft keine Jobs - Geld für Soziales statt für Banken und Konzerne"
20; Gaussplatz 7 - Pizzeria La Piazza

SLP-Kundgebungen am 9.10.
um 11.00 - Hannovermarkt
um 13.00 - U6 Handelskai (Milleniumstower)

Treffen der SLP:
jd. Mo um 18.30 Jugendtreffen 7; Amerlinghaus, Stiftg. 8)
jd. Mi um 19.00
20; Pizzeria La Piazza (Gausspl. 7)

Bei der Nationalratswahl 2008 kandidierte die SLP im Rahmen der im August 2008 gegründeten Plattform *Die Linke*, an der sich auch die KPÖ-Abspaltung *Kommunistische Initiative* (KI), die türkisch-kurdische ATIGF sowie Einzelpersonen beteiligten. Grusch war Spitzenkandidatin des Bündnisses; gefolgt von Hermann Dworczak, dem ehemaligen SOAL-Führungskader. Das Ergebnis war mager: Lediglich 2.138 Stimmen wurden erzielt – gleich viele wie die SLP alleine zwei Jahre zuvor; und das, obwohl das Bündnis in fünf Bundesländern kandidiert hatte (Burgenland, Wien, Oberösterreich, Salzburg, Tirol). Grusch meint, das Ergebnis habe den vorhandenen Wunsch nach einer neuen linken Kraft nicht widergespiegelt, die Stimmenzahl sei sicherlich für manche frustrierend gewesen.[585] Dabei kann sicherlich die Frage gestellt werden, wieweit durch

[584] ebd.

[585] ebd. und Wikipedia: Sozialistische Linkspartei

Wahlen und linke Bündnisse die fehlende Verankerung der beteiligten Gruppierungen in der Arbeiter/innen/klasse überhaupt überwunden werden kann.

Bei der Wiener Gemeinderatswahl 2010 trat die SLP diesmal im Wahlkreis Brigittenau an, erreichte dabei aber lediglich 73 Stimmen (0,23% in diesem Wahlkreis), bei der zeitgleichen Bezirksratswahl in der Brigittenau immerhin 197 Stimmen. Die Agitation im Wahlkampf fand auf einer reformistischen Grundlage statt: Der Slogan auf den Plakaten lautete „Rassismus schafft keine Jobs! Geld für Soziales statt für Banken & Konzerne!“. Immerhin war im Wahlkampfprogramm von einer notwendigen „revolutionären Veränderung“ die Rede, wenn auch nicht ausgeführt wurde, *was* das bedeuten und *wer* diese „Veränderungen“ *wie* durchführen soll.

Dazu kann generell gesagt werden, dass beim CWI und in der Folge auch bei der SLP seit der Aufgabe des Langzeitentrismus in die jeweilige Sozialdemokratie die Bekenntnisse zum friedlichen parlamentarischen Weg zum Sozialismus seltener geworden sind. Im SLP-Programm von 2003 ist sogar offen davon die Rede, dass „die Herrschenden“ „sich nicht einfach abwählen lassen“ werden.[586] Und in einem Vorwärts-Text gab es einmal sogar den Hinweis auf die Zerschlagung des Staates im Zuge einer Revolution – wenn auch etwas verschämt als „Marx-Zitat“ eingeflochten. Die doppelte Buchhaltung in Teilen des CWI, wo intern den Mitglieder durchaus Aspekte der Marxschen Staatstheorie nahe gebracht wurden, aber man nach außen von friedlichem Weg und parlamentarischen Ermächtigungsgesetzen daherredete, wurde so punktuell aufgebrochen.

Trotz dieser graduellen Besserung der CWI-Haltung gab es aber weiterhin keine konsistente Ausrichtung bezüglich Klassenkampfmethoden, Staat und Revolution. Im Programm der SLP von 2003 steht weiterhin nichts von der notwendigen Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates, geschweige denn von einer Bewaffnung des Proletariats im Zuge einer Revolution. Allein das macht schon deutlich, dass das CWI die alten Militant-Positionen in der Frage von Staat und Revolution nicht überwunden hat. In einer Broschüre der britischen Sektion aus dem Jahr 2006 kommt das auch ganz explizit zum Ausdruck: Der führende CWI-Kader Lynn Walsh bekräftigt nachdrücklich die reformistischen Militant-Positionen und spricht erneut von einer möglichen „friedlichen Veränderung der Gesellschaft“ und davon, „die Staatsinstitutionen grundlegend zu transformieren“. Er verteidigt auch die Militant-Einschätzung von Polizist/inn/en als „Arbeiter/innen in Uniform“.[587] Dieser zentrale Grundlagentext der CWI-Führung ist natürlich auch für die SLP richtungsweisend.

Die opportunistische Anpassung an reaktionäre Stimmungen in der Gesellschaft zeigte sich im In-die-Knie-Gehen der SLP vor dem heimischen Nationalismus im Frühsommer 2008. Die Männer-Fußball-Europameisterschaft führte in Österreich zu einer seit langem nicht da gewesenen Welle „patriotischer“ Begeisterung, die von Bourgeoisie, Politik und Medien systematisch geschürt wurde. Die SLP machte eine kleine

[586] SLP: Eine andere Welt ist nötig. Eine sozialistische Welt ist möglich, Wien 2003, S.26

[587] Lynn Walsh: The State: A Marxist Programme and Transitional Demands, in: Socialist Party: Marxism and the State: an exchange, London 2006, S.8-11. Trotzkis Position zu letzterer Frage („Die Arbeiter, die Polizisten im Dienst des kapitalistischen Staates geworden sind, sind bürgerliche Polizisten und nicht Arbeiter.“) wird von Walsh zurückgewiesen.

Veranstaltung, bei der unter anderem John Reid von der britischen Sektion referierte und Kommerzialisierung und Repression im Zuge der EM kritisiert wurden. Von Seiten des Podiums gab es kein Wort über den aufgepeitschten Nationalismus. Aus dem Publikum darauf angesprochen, meinte Reid, dass man „auf das eigene Erbe und die eigene Tradition stolz sein" könne und das auch gut sei, dass man, „wenn man/frau nicht zum eigenen Nationalteam hält, für verrückt gehalten" werde. Ein SLP-Kader erklärte anschließend, dass er für das Nationalteam sei und auch nichts gegen die Nation habe. Bei der auf die Veranstaltung folgenden Übertragung des EM-Spieles Österreich gegen Kroatien wurde der grölende Patriotismus der versammelten SLP nur noch durch Teile ihrer Gäste übertroffen, die sogar mit einer Nationalfahne auftraten. Die SLP versagte – trotz ihres Schwerpunkte auf antirassistischer Arbeit – in diesem Fall völlig, sich der nationalistischen Welle entgegen zu stellen.

Die SLP führte in den letzten Jahren immer wieder internationale Solidaritätskampagnen durch, gegen Repression in Nigeria oder Kasachstan ebenso wie Hilfsaufrufe bei Naturkatastrophen in Sri Lanka oder Pakistan. Die beiden (laut Grusch) zentralen „Standbeine" der SLP in den letzten Jahren waren aber die antifaschistische und antirassistische Arbeit einerseits und die Propaganda für eine *Neue ArbeiterInnenpartei* andererseits. Im Bereich Antifa waren das, neben den erwähnten Aktivitäten in Oberösterreich, Mobilisierungen gegen ein Neonazi-Vereinsheim in Wien-Ottakring, gegen eine rassistische „Bürgerinitiative" in Wien-Brigittenau und gegen verschiedene Wahlkämpfe der FPÖ.[588]

Die ganze CWI-Linie für eine Neue Arbeiter/innen/partei war bislang in Österreich von keinem Erfolg gekrönt. Es haben sich keine ausreichenden Bündnispartner/innen gefunden, mit denen ein solches breiteres linksreformistisches Konzept aufzuziehen wäre. Aus der Sozialdemokratie gab es keine relevante Linksabspaltung, die KPÖ ist bürokratisch, unwillig und ohnehin schwach, und die Kräfte der radikalen Linken repräsentieren keine gesellschaftliche Verankerung. Die SLP-Ausrichtung fand deshalb bisher keine Basis, die SLP war auf sich selbst zurückgeworfen, und die Wahlkämpfe führten auch zu keiner Lösung des Problems.

Insgesamt hat die Vorwärts-Strömung seit Mitte der 1990er Jahre personell in etwa stagniert. Einer Schwächung in Wien stand die erstmalige stabile Etablierung von Ortgruppen in zwei anderen Bundesländern als positive Seite gegenüber. Die SLP ist von einer Gruppierung, die stark von Jugendlichen geprägt war, zu einer sozial und altersmäßig gemischten Organisation geworden. Das Vorhandensein vieler berufstätiger Mitglieder hat aber ebenso wenig wie die gewerkschaftsoppositionellen Tätigkeiten zu einer Überwindung der Isolierung von der Arbeiter/innen/klasse in den Großbetrieben geführt. Die SLP ist weiterhin ein wesentlicher Faktor im Spektrum der Organisationen mit trotzkistischem Anspruch in Österreich, den Status als eindeutig dominante Kraft in diesem Spektrum, den sie in den 1990er Jahren hatte, hat sie aber seit Ende der 1990er Jahre eindeutig eingebüßt.

[588] Gespräch mit Grusch, a.a.O.

9.7. Der Funke

Nach der Abspaltung von Militant/CWI arbeiteten Ted Grant, Alan Woods, Rob Sewell und ihre Anhänger/innen an der Formierung einer neuen Strömung. Bereits 1992 etablierte man einen neuen internationalen Zusammenschluss, der sich *Committee for a Marxist International* (CMI) nannte. Neben der britischen Gruppe, die sich nach ihrer Zeitschrift *Socialist Appeal* nannte, zählten die (Mehrheiten der) ehemaligen CWI-Sektionen in Spanien, Italien, Belgien, Pakistan und Mexiko zu den tragenden Kräfte; dazu kamen Kleingruppen in Ländern wie Frankreich, Dänemark und Deutschland.

Erstmal ging es für die Führung um die politische Verortung der neuen Organisation, die sich in die alte Militant-Tradition stellte. Der alte Grant wurde als Verkörperung eines „roten Fadens" bis zu Trotzki und der Oktoberrevolution inszeniert. Die Grundlinie war die frühere CWI-These, dass Marxist/inn/en immer und überall in den so genannten „traditionellen Massenorganisationen" arbeiten müssten, weil es ein „Gesetz" sei, dass die Massen, wenn sie in Bewegung geraten, in diese hineinströmen müssten. Die CWI-Führung sei dem „Druck feindlicher Klassen" erlegen und habe auf „kriminelle Weise" die Militant-Errungenschaften weggeworfen.

Gleichzeitig wurden im CMI wieder dieselben undemokratischen Strukturen aufgezogen, wie sie im CWI bestanden hatten. Woods, Grant und Sewell hatten zwar, als sie in Militant in der Minderheit waren, mangelnde demokratische Diskussion kritisiert, real hatten sie aber das Funktionieren von Militant und CWI zuvor nicht nur mitgetragen, sondern mitgeprägt. Sitzungen des Internationalen Exekutivkomitees fanden auch im CMI zwei Mal pro Jahr statt; es gab davon keine Protokolle, anhand derer die Mitgliedschaft die Diskussionen und Beschlüsse nachvollziehen hätte können. Auch von den Treffen des Internationalen Sekretariats gab es keine Protokolle. Ein internationales Bulletin (als Medium für interne Dokumente oder Diskussionen) gab es bestenfalls ein Mal im Jahr.[589]

Wie kam es aber nun zur Entstehung der österreichischen Sektion? In der Vorwärts-Strömung war es, wie berichtet, 1993, also einige Zeit nach der internationalen Spaltung des CWI, zu einem Konflikt zwischen der Wiener Zentrale und der Regionalorganisation in Vorarlberg gekommen. Die Vorarlberger Gruppe um Markus Kaufmann und David Mayer wollte, wie erwähnt, die SJ-Arbeit fortsetzen, während die Führung in Wien auf einer Umorientierung auf Aktivismus im Antifa-Bereich beharrte. Unter diesem Druck begannen sich Kaufmann und Mayer nun für die Positionen der abgespaltenen CWI-Minderheit um Ted Grant und Alan Woods zu interessieren. Bei einer Diskussion der Differenzen im breiteren Vorwärts-Führungsgremium kam es zu einer Zuspitzung, anwesende CWI-Hauptamtliche agierten sehr scharf gegen die Kritiker, und Kaufmann und Mayer entschieden sich für den Austritt aus Vorwärts/CWI.[590]

Sie arbeiteten weiter in der Vorarlberger SJ und begannen im Laufe des Jahres 1993 mit der Herausgabe einer eigenen Zeitung: *Der Funke*. Sie kamen „durch Zufälligkei-

[589] Zur genaueren Kritik an CMI/IMT, also der Grant/Woods-Strömung, siehe die letzten drei Teile von Wegner: CWI & IMT, a.a.O.

[590] Gespräch mit einem ehemaligen IMT-Mitglied, September 2008, S.6


DER FUNKE

Sozialistische Jugend- und ArbeiterInnenzeitung

Sondernummer Landtagswahl April/Mai 1993 Preis: freie Spende

48 JAHRE ÖVP-REGIERUNG SIND GENUG!!

FÜR EIN ROTES NIEDERÖSTERREICH!!

SPÖ WÄHLEN - SPÖ VERÄNDERN

ten“ in Kontakt mit dem Grant/Woods-Parteigänger und langjährigen CWI Kader Hans-Gerd Öffinger in Deutschland und mit Gernot Trausmuth, einem ehemaligen Vorwärts-Aktivisten in Niederösterreich, der schon vor dem Konflikt um die Ausrichtung in Vorarlberg individuell das Vorwärts verlassen hatte, nach eigenen Aussagen „pausierte“ und individuell in der SJ tätig war. Kaufmann und bald darauf auch Mayer und Trausmuth wurden für den Eintritt ins CMI gewonnen und auf dieser Grundlage eine gemeinsame deutsch-österreichische CMI-Sektion formiert, der nun auch der ebenfalls aus Vorarlberg stammende Emanuel Tomaselli angehörte.[591]

Trausmuth meint, dass zwei Erfahrungen für die Entstehung der Funke-Strömung wichtig waren: Einerseits der Niedergangsprozess der SJ und der Linken insgesamt, der sich ab 1989/90 beschleunigt hatte. Andererseits die Spaltung des CWI und die Erfahrung im Vorwärts, die kritisch bilanziert wurden; nämlich der „Hyperaktivismus“ im Antifa-Bereich und der „bürokratische Zentralismus“ von CWI/Vorwärts. In der Folge habe man die Analysen von Woods gut gefunden.[592] Dass die auf einen Verbleib in der Sozialdemokratie orientierte Abspaltung vom Vorwärts nicht etwa in Wien erfolgte, sondern in zwei Bundesländern (Vorarlberg und Niederösterreich), in denen es keine größeren Städte gibt, liegt vermutlich nicht nur an subjektiven Zufälligkeiten. In kleineren Orten wie Feldkirch steht man schon als kämpferische/r SJler/in in schroffer Konfrontation mit dem lokalen konservativen Umfeld, während man sich dort – anders als etwa in Wien – als offene/r Vertreter/in einer kleinen linksradikalen Organisation noch stärker in die gesellschaftliche Isolation begibt.

Mit der Übersiedlung von Kaufmann, Mayer und Tomaselli nach Wien konnte jedenfalls ab Sommer 1994 in der Hauptstadt gemeinsam mit Trausmuth ein politisches Zentrum aufgebaut werden. Trausmuth sieht die Zeit bis zum Unistreik 1996 als „erste Phase der Kaderakkumulation“. In einem offiziellen Dokument heißt es über diese ersten Jahre, dass es galt, die „kleinen Kräfte zu bündeln und sich die theoretische Grundlage für den Aufbau einer marxistischen Strömung in der ArbeiterInnenbewegung zu erarbeiten. Nur durch ein intensives Studium der marxistischen Klassiker und der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung war das möglich.“[593] Tatsächlich hat der Funke in dieser Anfangsphase deutlich mehr Wert auf politische Ausbildung seiner

[591] ebd. und Gespräch mit Gernot Trausmuth, November 2010

[592] Gespräch mit Trausmuth, a.a.O.

[593] ebd. und Funke: 10 Jahre Funke – 10 Jahre gegen den Strom, 2003, in: www.derfunke.at



Solidaritätspreis 20 S

10 S

Der Funke

Marxistische Linke in Sozialdemokratie und Gewerkschaften

Nr. 4 Aug. - Okt. 1994

SPÖ wählen reicht nicht - daher:

(r)eintreten und verändern!

Wiedereinmal ist es soweit. Österreich darf wählen und wird sogleich mit einer neuen Propagandaoffensive der Rechten überrollt. Da stellt sich natürlich auch für Marxisten die Frage, wen soll man wählen, und wen kann man überhaupt wählen?

Auf der einen Seite steht die rechte und populistische FPÖ, die auch dieses mal wieder mit rassistischen und nationalistischen Sprüchen versuchen wird, die wahren Probleme der Gesellschaft zu verschleiern und die in- und ausländischen Arbeiter zu spalten. Das Wachsen dieser Partei ist vor allem auf die Politik der SPÖ zurückzuführen, die in den letzten Jahren in der großen Koalition beständig dem Drängen der Volkspartei nachgegeben hat. Sie hat sich nicht gescheut, der Kürzungspolitik der Bürgerlichen nachzugeben. Somit ist es auch nicht verwunderlich, daß gerade in den Hochburgen die Einbrüche am größten waren. Wenn man sich nur die letzten Monate anschaut, so sieht man deutlich, was diese SP-Führung in der Koalition macht: Wohnrecht, Zivildienst, die Aussagen Lacinas bzgl. der Studiengebühren und vieles mehr. Dennoch ist und bleibt die SPÖ von der sozialen Zusammensetzung her die Arbeiterpartei.

Es wäre für uns natürlich zu einfach und würde dem widersprechen, was wir seit der Gründung der Zeitung vertreten haben, wenn wir ein kritikloses "Ja" zur Wahl der SP abgeben würden. Für uns muß also ein Ja mehr sein als das Kreuz in der Wahlkabine; dies wäre nur ein erster Schritt, um den offen bürgerlichen Parteien den Kampf anzusagen. Um wirklich etwas zu verändern, müssen die Arbeiter und Jugendlichen aktiv gegen den Rechtskurs und den Verrat in der Koalition eintreten, denn was die Koalition gebracht hat, weiß jeder. Ohne Spesen nichts gewesen! Um die Arbeitslosigkeit, den Lohnabbau, die Privatisierung und den Sozialabbau zu stoppen, braucht es eine andere Politik als die von Vranitzki, Lacina und Co.Am besten zeigt sich die arbeiterfeindliche Politik der Großen Koalition am Beispiel der Verstaatlichten.

Fortsetzung auf Seite 2

Aus dem Inhalt:

24 Jahre SP-Regierung.
Was tun gegen Faschismus und Rassismus?
Italien.
Deutschland.
Religion.
Arbeiterkammerwahlen.

Mitglieder gelegt, als das etwa beim Vorwärts der Fall war. In diese Zeit fällt auch eine vorübergehende Kooperation in Form einiger inhaltlicher Diskussionen mit der *Arbeitsgruppe Marxismus* (AGM).

Neben der schon laufenden Tätigkeit in Vorarlberg und Niederösterreich wurde ab Herbst 1994 auch in Wien eine klassische Militant-Entrismusarbeit in der SJ begonnen; die SJ-Gruppe in Wien-Alsergrund wurde rasch majorisiert und zur Funke-Gruppe in der SJ Wien. Trausmuth meint selbst, dass damals „bei der jungen Gruppe noch einiges an Handwerkelei dabei“ war. Auch die internationalen Kontakte hätten anfänglich eher schleppend funktioniert, neben der publizistischen Kooperation mit Öffinger in Hessen gab es auch Kontakte nach Italien, wo die Zeitung gedruckt wurde, zur Zentrale in London und zur starken spanischen Sektion.[594]

In politischer Hinsicht stellen die Funke-Unterstützer/innen freilich keine neue Strömung dar, sie verkörperten vielmehr die Fortsetzung der alten Militant/Vorwärts-Tradition in Österreich, also die zeitlose Orientierung auf einen langfristigen Entrismus in die Sozialdemokratie in der Erwartung, dass zukünftige Klassenkämpfe notwendigerweise zu Radikalisierungen und Brüchen in den reformistischen Massenorganisationen führen müssen und dass es gelte, dann bereits dort verankert zu sein. In den Worte des Funke selbst: „Aus unserer Sicht war eine Verankerung in der Sozialdemokratie und somit der SJ jedoch perspektivisch gesehen die einzig sinnvolle Möglichkeit in Österreich eine marxistische Strömung aufzubauen. Die ganze Geschichte der Arbeiterbewegung zeigt, dass sich die ArbeiterInnenklasse, sobald sie die politische Bühne betritt und aktiv für ihre Interessen kämpft, zuerst an ihre traditionellen Massenorganisationen wendet und in diesen ihr primäres Kampfinstrument sieht.“[595]

Die Funke-Unterstützer/innen hatten sich ab Herbst 1994 um die Verlagerung des organisatorischen Zentrums nach Wien bemüht. Nachdem sich die Schüler aus Vorarlberg, die nun in Wien zu studieren begannen, anfänglich etwas schwer taten, sich auf den Gruppenaufbau in Wien einzustellen, das sich durch die vielschichtigere politische Konkurrenz doch deutlich von Feldkirch unterschied, bedeutete die Übernahme

[594] Gespräch mit Trausmuth, a.a.O. und Funke: 10 Jahre Funke, a.a.O.
[595] Funke: 10 Jahre Funke, a.a.O.

der SJ-Gruppe Alsergrund einen ersten Erfolg. Spätestens seit der Übersiedlung einer weiteren Gruppe Vorarlberger/innen nach Wien im Herbst 1995 befand sich der Schwerpunkt der Organisation eindeutig in Wien und Ostösterreich. In Wiener Neudorf wurde die lokale SJ-Gruppe zwar nicht von Funke-Unterstützern dominiert, sie verfügten aber über nicht unerheblichen Einfluss. Schließlich gelang es auch, einige neue Genoss/inn/en zu gewinnen – wo es sich weniger um Leute aus der SJ und mehr um Student/inn/en handelte, etwa um Herbert Bartik, der eine Zeit lang eine wichtige Rolle spielen sollte.

Gleichzeitig bedeutete der Abzug fast aller älteren und erfahreneren Genoss/inn/en aus Vorarlberg eine deutliche Beeinträchtigung der dortigen Gruppe. Es gelang zwar, 1995 die gesamte Vorarlberger SJ-Landesorganisation zu übernehmen, was aber im wesentlichen darauf zurückzuführen war, dass die sonstige SJ in Vorarlberg soweit zusammengebrochen war, dass außer der Funke-Gruppe in Feldkirch keine funktionierende Ortsgruppe mehr existierte. Die Funke-Gruppe selbst war aber durch die Abgänge politisch soweit geschwächt, dass sie nicht immer ganz eindeutig auf der Linie der Funke-Führung stand. Als die Vorarlberger SPÖ-Parteiführung Anfang 1996 daran ging, mit Hilfe der Gründung von Schein-SJ-Gruppen durch Parteimitglieder die Kontrolle über die SJ-Landesorganisation Vorarlberg wiederherzustellen, schätzten die Funke-Unterstützer/innen ein, dass die Feldkircher Gruppe eine harte Konfrontation mit der Vorarlberger Partei nicht durchstehen könnte, und leiteten einen geordneten Rückzug ein. Die Führung einer ganzen Landesorganisation wurde als eine Nummer zu groß bilanziert – und vorerst auf die Konsolidierung der Gruppe in Feldkirch gesetzt.

Als „Wendepunkt“ wird im Funke das Jahr 1996 gesehen. Erstmals wurde breiter nach außen interveniert. Ein „erster Härtetest“ war die Student/inn/enbewegung im Frühjahr 1996: „Der Großteil unserer Gruppe genoss das Privileg die Uni besuchen zu können, was uns dazu verpflichtete unsere ganzen Kräfte in diese Bewegung zu stecken.“ Die Ansätze studentischer Selbstorganisation hätten trotz der Niederlage der Bewegung wertvolle neue Erfahrungen gebracht. Tatsächlich bestritt die Funke-Gruppe eine relativ starke Intervention, vor allem auf zwei Uni-Instituten, wodurch an der Uni Wien ein gewisses Umfeld aufgebaut werden konnte.[596]

Im Herbst 1996 beteiligte sich der Funke am Kampf gegen die Schließung des Semperit-Reifen-Werkes in Traiskirchen, wo über tausend Arbeiter/innen beschäftigt waren. Es war dies „die erste aktive Intervention in einen betrieblichen Arbeitskampf.“ Eine zentrale Rolle in der Funke-Kampagne spielte Trausmuth über die SJ Niederösterreich; er war ja im nahe gelegenen Wiener Neudorf in der SJ aktiv. Auf die vor dem Werk verteilten Funke-Flugblätter gab es laut Trausmuth gute Rückmeldungen. Der Funke hatte auch Kontakt zum Betriebsrat im Werk, der teilweise kooperativ und kämpferisch war. Bei einer gemeinsam mit dem Betriebsrat organisierten Diskussionsveranstaltung konnte der Funke seine Vorschläge mit der Belegschaft diskutieren. Die Hauptstoßrichtung des Funke war dabei die Forderung nach Verstaatlichung unter Arbeiter/innen/kontrolle. Schließlich blieben aber die kämpferischen

[596] ebd. und Gespräch mit Trausmuth, a.a.O.

Teile des Betriebsrates in der Minderheit, die Gewerkschaft konnte einen Streik erfolgreich verhindern, und das Werk wurde schrittweise geschlossen. Der Funke verlor dann den Betriebsratskontakt, und die Intervention wurde eingestellt.[597]

1997 hatte die österreichische Funke-Gruppe etwa zehn Mitglieder und ein in den SJ-Gruppen eingebundenes Umfeld von ungefähr 20 Personen. In diesem Jahr verlor der Funke allerdings Markus Kaufmann und damit einen der vier Gründungskader. Kaufmann hatte auf einem CMI-Kongress den Personenkult um Grant und Woods kritisiert und war damit bei der CMI-Führung in „Ungnade" gefallen. Außerdem entwickelte Kaufmann, wohl auch in Diskussion mit dem ASt-Führungskader Pröbsting, einige politische Kritikpunkte an der CMI-Politik, etwa an der traditionellen reformistischen Militant-Position, dass ein gewaltfreier, friedlicher Weg zum Sozialismus möglich sei. Trausmuth spricht von einem „persönlichen Konflikt" mit Kaufmann, der zu einem raschen Abgang geführt habe. Jedenfalls trat Kaufmann zum ASt über.[598]

1998 gelang es dem Funke, erstmals in einer Bewegung eine führende Rolle zu spielen. Die SPÖ-ÖVP-Regierung beschloss auf Kosten von Lehrer/inne/n und Schüler/inne/n Einsparungen im Bildungsbereich. Der Funke nahm das zum Anlass, in den Schulen Widerstandsaktionen zu organisieren. Man orientierte sich an der von der spanischen Schwesterorganisation *El Militante* geführten Schüler/innen/gewerkschaft *Sindicato de Estudiantes* und entwickelte das Projekt, auch in Österreich eine Schüler/innen/gewerkschaft aufzubauen. Erstmal wurden an den Schulen, wo man über Mitglieder, Sympathisant/inn/en oder Kontakte Zugang hatte, Komitees gegründet, die für alle offen sein sollten, die gegen die Verschlechterungen aktiv werden wollten. Folgende Forderungen brachte der Funke in die Komitees ein: Streikrecht für Schüler/innen, Erhöhung des Bildungsbudgets, Nein zu Einsparungen bei Lehrer/innen/gehältern, Demokratisierung der Schulen. Schließlich rief der Funke in Vorarlberg, Innsbruck, Linz, St. Pölten und Wien zu einem Schüler/innen/streik auf. Insgesamt beteiligten sich etwa 10.000 Schüler/innen an Demos, was für den Funke einen großen Erfolg darstellte.

Diese Mobilisierungen brachten für den Funke eine erfolgreiche Expansion nach Innsbruck, wo die Gruppe aber nur eine Zeit lang erhalten blieb, und vor allem die Schaffung einer lebendigen und stabilen Funke-Gruppe in Oberösterreich um Josef Falkinger und Harald Lindner. Die Gewinne aus dieser Bewegung bedeuteten für den Funke einen qualitativen Sprung im Wachstum. Gleichzeitig zeigte sich aber auch, dass für die Schaffung einer Schüler/innen/gewerkschaft mit permanenten Strukturen nicht die Basis vorhanden war. Dieser Versuch einer (von den sozialdemokratischen Jugend-„Massen"organisationen) unabhängigen Arbeit wurde schließlich als unrealistisch bilanziert. Es habe sich „einmal mehr" gezeigt, „dass es nur unter ganz außergewöhnlichen Umständen möglich ist, neue Massenorganisationen aufzubauen". Die

[597] Trausmuth, a.a.O. und Funke: 10 Jahre Funke, a.a.O.

[598] Eric Wegner: Erinnerung an ein Gespräch mit Kaufmann 1999 und Gespräch mit Trausmuth, a.a.O.; Kaufmann blieb etwa zwei Jahre beim ASt, sympathisierte dann etwa zwei Jahre mit der AGM, beteiligte sich danach an der Gründung der Zeitschrift *Grundrisse*, bevor er sich schließlich aus der politischen Aktivität zurückzog.

Schlussfolgerung für den Schüler/innen/bereich war, dass man in Zukunft mit Anlass bezogenen Komitees arbeiten wollte.[599]

Der gestärkte Funke konnte nun auch in der SJ, einer Organisation mit bundesweit maximal 200 aktiven Personen, selbstbewusster auftreten. In der SJ aktiv war der Funke neben Vorarlberg (Feldkirch), Wien (Alsergrund) und der niederösterreichischen Region Wiener Neudorf / Mödling ab 1997 auch in Oberösterreich (Linz) und zeitweise in Innsbruck und St. Pölten. 1998 versuchte der Funke unter dem Motto „Für den Aufbau einer SJ-Linken" erstmal ein Bündnis gegen den rechten, „modernistischen" Karrierist/inn/enflügel der SJ zu bilden. Als Hauptpartnerin war dabei an die „traditionalistische", austromarxistische SJ Niederösterreich gedacht. Ihrem Vorsitzenden, Andreas Kollross, machte der Funke das Angebot, ihn bei einer Kandidatur um den österreichweiten SJ-Vorsitz zu unterstützen, was von Kollross aber zu diesem Zeitpunkt abgelehnt wurde. Der Funke stellte dann selbst einen Kandidaten, nämlich Trausmuth, auf, der am SJ-Verbandstag immerhin ein Viertel der Delegiertenstimmen erhielt – Stimmen nicht nur von Funke-Unterstützer/inne/n, sondern auch von etlichen anderen Linken, vor allem aus der SJ Niederösterreich. Vom Funke wurde das Ergebnis mit Recht als Erfolg gewertet.[600]

Während der Funke 1999 in der breiten Bewegung gegen den NATO-Krieg gegen Rest-Jugoslawien kaum aktiv war, bedeutete die Etablierung der schwarz-blauen Rechtsregierung im Jahr 2000 auch für den Funke einen Einschnitt – sowohl für die Organisationsentwicklung als auch letztendlich für die Situation in der SJ. Der Funke grenzte sich von den in der Bewegung verbreiteten zivilgesellschaftlichen Konzepten ab und beteiligte sich an den Mobilisierungen in Wien beziehungsweise spielte in Oberösterreich und Vorarlberg eine initiative Rolle dabei. Es wurden „Komitees gegen Schwarz-Blau" gegründet, insbesondere an Schulen. In Linz führte der Funke eine Schüler/innen/demo zur VOEST, in Vorarlberg organisierte er eine Demo mit 3.000 Leuten. In Wien waren die Funke-Mitglieder vor allem an der Universität aktiv, man beteiligte sich aber auch an dem von SLP/SAP und AL geführten Schulstreik.[601]

Die in dieser Phase stattfindende Funke-Konferenz führte eine Diskussion über die Bedeutung der rechten Wende und der Bewegung dagegen. Laut Trausmuth habe man anfangs nicht ganz realisiert, was da jetzt läuft. Man habe dann aber eingeschätzt, dass man zwar in einzelnen Bereichen wie etwa Schulen eine Rolle spielen könne, aber realistischer Weise in der Gesamtbewegung nicht den Führungsanspruch stellen könne. Der Funke habe deshalb auf Konsolidierung und Gewinne für die eigene Strömung gesetzt. Anders als etwa SLP oder ASt hat der Funke auf den Niedergang der Bewegung im Frühjahr 2000 reagiert und vor allem auf die Einbindung der entstandenen Kontakte gesetzt. Darüber, wie stark das durch diese realistische Politik ermöglichte Wachstum der Funke-Strömung war, gibt es unterschiedliche Ansichten. Trausmuth spricht von einem Höhepunkt in Vorarlberg, Zugewinnen in Oberösterreich und einer generellen Wachstumsdynamik, ein ehemaliges Funke-Mitglied meint,

[599] Funke: 10 Jahre Funke, a.a.O. und Gespräch mit Trausmuth, a.a.O.
[600] Gespräch mit Trausmuth, a.a.O. und Funke: 10 Jahre Funke, a.a.O.
[601] Gespräch mit Trausmuth, a.a.O. und Funke: 10 Jahre Funke, a.a.O.

der Funke habe nicht sehr viel gewonnen und dass die Bewegung auch intern wenig bilanziert wurde.[602]

Die Massenbewegung gegen die Rechtsregierung hatte aber auch in der SJ zu einer Linksentwicklung geführt. Das vom Funke bereits 1998 anvisierte Bündnis verschiedener Kräfte der SJ-Linken konnte nun realisiert werden. Am Verbandstag im Herbst 2000 wurde der modernistische SJ-Flügel, der sich auf die Landesorganisationen von Salzburg und Kärnten, auf die Stadtorganisation Linz und auf Teile der SJ Wien stützte, aber durch einen Finanzskandal schwer angeschlagen war, vernichtend geschlagen. Der erwähnte Andreas Kollross, der Kandidat des linken Bündnisses, das sich auf die Landesorganisationen Niederösterreich, Vorarlberg, Tirol, Oberösterreich, Burgenland und Teile der SJ Wien stützte, erreichte 74 Prozent der Stimmen. Der modernistische Flügel implodierte nun; einige Monate nach dem Verbandstag wurde auf einer Landeskonferenz der SJ Wien ebenfalls eine linke Führung um den Vorsitzenden Ludwig Dvorak und den Landessekretär Florian Wenninger gewählt.

Kollross hatte sich bereits in seiner Wahlrede am Verbandstag zu einer „SJ auf der Basis des Marxismus“ bekannt. Es kam nun zu einer Reorganisierung und Repolitisierung der SJ auf einer linkeren, aber natürlich dennoch durch und durch reformistischen Grundlage.[603] In einer Bilanz der SJ-Führung wurde die Situation so dargestellt: „Die marxistische Linke beansprucht heute die Hegemonie in der SJ; neben der zentralistischen Position, die sich am Marxismus und am Austromarxismus orientiert, existieren noch zwei weitere radikalere linke Strömungen: eine trotzkistische Fraktion, die um die Zeitung ‚Der Funke’ gruppiert ist, sowie eine marxistisch-leninistische Strömung, die sich an der Stamokap-Theorie orientiert. Diese Form des Pluralismus als zentrales Element der Einheit und vor allem eine wieder erlangte Bündnisfähigkeit nach Außen hatte eine neue Bündnisfähigkeit nach Innen zur Voraussetzung.“[604]

Trausmuth meint, dass der Funke mit seiner „kritischen Unterstützung für die linksreformistische SJ-Führung“ das Zünglein an der Waage für die Schaffung der linken SJ gewesen sei. Der Funke habe auch Einfluss auf das Grundsatzprogramm gehabt, etwa in der Reformismusanalyse, in der Positionierung zum Staat und mit Ansätzen in Richtung Übergangsprogramm.[605] Wie substanziell dieser Einfluss war, welche Relevanz er hatte und wie weit die ja ebenfalls opportunistischen Militant/Funke-Positionen zu Reformismus und Staat ohnehin gute Anknüpfungspunkte mit dem Austromarxismus haben, könnte natürlich diskutiert werden.[606]

Faktum war aber, dass mit diesem Bündnis die Akzeptanz und der Spielraum des Funke in der SJ deutlich angewachsen ist. Der Funke profitierte nicht nur organisatorisch und finanziell, sondern vor allem in Hinblick auf die politische Bedeutung. Es gab aber kaum personelle Gewinne über die Aktivität in den SJ-Gruppen. Der Funke

[602] Gespräch mit Trausmuth, a.a.O. und Gespräch mit einem ehemaligen Funke-Mitglied, a.a.O.
[603] SJÖ: 115 Jahre Sozialistische Jugend, in: www.sjoe.at (2005)
[604] SJÖ: 110 Jahre sozialistische Jugend, Broschüre 2004, S.45
[605] Gespräch mit Trausmuth, a.a.O.
[606] Siehe dazu die Kapitel „Staat und Parlamentarismus“ und „IMT-Anpassung an den Chavismus und die Frage des Staates“ in: Wegner: CWI & IMT, a.a.O.

sah die „marxistische SJ“ nur als Beginn beim „Aufbau einer klassenkämpferischen Alternative zur reformistischen Führung in den Gewerkschaften und auch der SPÖ“.[607] Das sollte sich aber auch als schwieriges Unterfangen herausstellen, und auch in der SJ sollte dem Funke nach einigen Jahren wieder stärkerer Gegenwind ins Gesicht blasen.

Jedenfalls übernahm der Funke 2001 die Initiative zur Beteiligung der SJ an den Mobilisierungen gegen die Treffen des *World Economic Forum* (WEF) in Salzburg, die vom Funke als Möglichkeit gesehen wurden, „die internationalen antikapitalistischen Proteste nach Österreich zu tragen“. Mit dieser Initiative und der Beteiligung der SJ an den Demos in den Jahren 2001 und 2002 sei das Gewicht des Funke in der SJ gestiegen.[608]

In der Linken waren die SJ und der Funke in Folge der Vorkommnisse bei der Anti-WEF-Demo 2001 allerdings heftiger Kritik ausgesetzt: Ein großer Teil der Demo (über 900 Leute) war von der Polizei eingekesselt worden. Durch eine Separatabsprache zwischen der Polizei und der SJ-Führung war der freie Abzug der knapp 150 Leute der SJ ermöglicht worden. Bei ihrem Abzug weigerte sich die SJ, andere Demonstrant/inn/en in ihren Block aufzunehmen, und half damit objektiv der Polizei, den Kessel nach der SJ wieder dicht zu bekommen. Der Funke verteidigte in einer ersten Stellungnahme das Vorgehen der SJ damit, dass man Verantwortung für 14-15jährige gehabt hätte und dass sich Autonome und die Linkswende-Gruppe verantwortungslos verhalten hätten und man sich von ihnen nicht in Geiselhaft hätte nehmen lassen.[609] Trausmuth wiederholte im Rückblick nach neun Jahren den Verweis auf die Verantwortung für die ganz jungen SJ-Mitglieder und auch die Kritik an Autonomen und Linkswende, räumte aber gleichzeitig ein, dass die Absprache mit der Polizei ein Fehler gewesen sei.[610] Tatsächlich hatten Linkswende und Autonome – in völliger Verkennung des Kräfteverhältnisses – immer wieder die Konfrontation gesucht und damit verantwortungslos gehandelt. Das konnte für Aktivist/inn/en mit marxistischem Anspruch aber niemals eine Rechtfertigung für eine solche unsolidarische Absprache mit den Repressionsorganen des bürgerlichen Staates sein.[611]

Die Wende der SJ nach links brachte für den Funke ab 2001 aber insgesamt eine Anerkennung in neuem Ausmaß und auch einen Aufschwung. Es wuchs auch eine neue Generation von Führungskadern heran, etwa Andreas Wolf oder der nach Wien übersiedelte Neißl. Gleichzeitig gingen aber auch langjährige Kader verloren, etwa der lange im gewerkschaftlichen Bereich aktive Bartik, der nun in SPÖ-nahen Institutionen Karriere machte und auf die offizielle Parteipositionen überging (beispielsweise unterstützte er die EU-Linie der SPÖ). Auch das Gründungsmitglied David Mayer

[607] Gespräch mit einem ehemaligen Funke-Mitglied, a.a.O. und Funke: 10 Jahre Funke, a.a.O.
[608] ebd. und Gespräch mit Trausmuth, a.a.O.
[609] AGM: Proteste und Repression in Salzburg (2001), in: http://www.sozialismus.net/alt/agm/home/aktartikel/salzburg.html
[610] Gespräch mit Trausmuth, a.a.O.
[611] AGM: Proteste und Repression in Salzburg, a.a.O.

konzentrierte sich immer mehr auf seine Tätigkeit als Universitätshistoriker, blieb aber dem Funke verbunden.[612]

Der Funke schreibt in seiner öffentlichen Organisationsbilanz, dass man durch die „Arbeit in der Bewegung gegen die Pensionsreform und während des EisenbahnerInnenstreiks“ 2003 „wichtige Erfahrungen“ gemacht habe. Trausmuth meint, dass der Funke „nicht adäquat in die Bewegung gegen die Pensionsreform interveniert“ und „den heißesten Punkt verpasst“ habe; er erklärt das damit, dass wichtige Kader krank oder im Ausland gewesen seien. Ein ehemaliger Funke-Kader ist der Ansicht, die Funke-Führung und auch Haumer hätten diese wichtige Streikbewegung seit Jahrzehnten „vollkommen verschlafen“ und seien „total überrascht“ gewesen. Die Intervention sei verspätet und schwach gewesen.[613]

Trausmuth erwähnt in diesem Zusammenhang auch eine Diskussion, die im CMI in dieser Phase geführt worden sei. Dabei sei es um ein Überdenken der bisher angewandten Organisationsmethoden gegangen. Im CMI seien anfangs einige dabei gewesen, die vor allem wegen der „Demokratiefrage“, also wegen Kritik am CWI-Zentralismus, beim CMI gelandet seien. Es seien nicht immer alle auf einer Linie mit der Führung um Woods und Grant gelegen, teilweise habe es auch Opportunismus gegenüber den Massenorganisationen gegeben (etwa in Griechenland, in Dänemark oder in Teilen der britischen Sektion); manche seien gegen die Umorientierung auf die KPen/Linksparteien gewesen, manche auch gegen die Neuorientierung in den Organisationsmethoden. Durch die internationale Debatte habe man schließlich straffere Strukturen geschaffen und mehr auf Demokratischen Zentralismus und Professionalisierung (etwa bei Vertrieb, Finanzen und so weiter) gesetzt. Das habe sich auch auf den Funke ausgewirkt und die Voraussetzung für bessere Interventionen geschaffen.[614]

Tatsächlich hatte der Funke nach der verschlafenen Bewegung gegen die Pensionsreform einen größeren Schwerpunkt auf die Gewerkschaften gelegt, konkret vor allem auf den sozialdemokratischen gewerkschaftlichen Mittelbau, also auf Betriebsräte/-rätinnen und untere Gewerkschaftsfunktionär/inn/e/n. Es gelang ein Netz von Kontakten in der *Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen* (FSG) aufzubauen, vor allem in staatlichen und staatsnahen Betrieben. Eine wichtige Rolle spielte dabei Robert Wurm, der Zentralbetriebsrat der Postbusfahrer/innen. Bei den Konflikten beim Postbus, wo es Proteste gegen die Privatisierung gab, konnte der Funke auf einer Dienststellenversammlung, wo Flugblätter verteilt wurden, Kontakt zu Wurm herstellen. In der Folge kam es zu einer Art gegenseitiger Instrumentalisierung: Wurm bekam einsatzfähige junge Aktivist/inn/en, der Funke Zugang in diesen Bereich.[615]

Als es im Herbst 2003 zu tagelangen Streiks der Eisenbahner/innen gegen die Zerschlagung der ÖBB und gegen Eingriffe der Regierung in das Dienstrecht kam, war der Funke gut vorbereitet. Der Funke verteilte und agitierte an mehreren Bahnhöfen

[612] Gespräch mit einem ehemaligen Funke-Mitglied, a.a.O.
[613] Funke: 10 Jahre Funke, a.a.O., Gespräch mit Trausmuth, a.a.O. und Gespräch mit einem ehemaligen Funke-Mitglied, a.a.O.
[614] Gespräch mit Trausmuth, a.a.O.
[615] Gespräch mit einem ehemaligen Funke-Mitglied, a.a.O.

und war damit, zumindest in der Logik seiner Orientierung auf FSG-Funktionär/inn/e/n, am Bahnhof Wien-Praterstern erfolgreich. Es konnte Kontakt zu Günther Pramer, Personalvertreter bei den ÖBB und FSG-Vorsitzender von Wien-Leopoldstadt, hergestellt und eine Zusammenarbeit eingeleitet werden. Der Funke verteilte nun täglich ein Flugblatt. Getragen wurde diese Funke-Intervention vor allem von Haumer, Neißl und Mandl sowie Tomaselli (für die Leitung des Funke). Der 2½-tägige Streik der Eisenbahner/innen begann Wirkung zu zeigen: Die Güterzüge stauten sich bis Budapest zurück, die Hochöfen der VOEST standen vor dem Herunterfahren, bei den Wiener Linien gab es Unruhe, beim Postbus sogar einen Solidaritätsstreik. In dieser Situation brach die Gewerkschaftsbürokratie den Streik ab, in der FSG waren viele Basisfunktionär/inn/e/n demgegenüber kritisch, und der Funke konnte daran gut anknüpfen.[616]

In der Folge wurde *FSG Zorn*, eine Art linker Flügel in der FSG, gegründet. Die Idee dazu kam eigentlich von Wurm, die initiative Rolle spielte aber der Funke. FSG Zorn entstand teilweise aus (beziehungsweise überschnitt sich mit) dem *Solidaritätskomitee gegen Sozialabbau* (aus dem es dem Funke gelang, zwei ASt-Mitglieder für sich zu gewinnen, darunter Axel Magnus). FSG Zorn stützte sich in Wien auf Personalvertreter/innen aus staatlichen oder staatsnahen Betrieben, im Wesentlichen Postbus, Wiener Gebietskrankenkasse, ÖBB, Post, Telekom, Wiener Hausbesorger; dazu kamen Funke-Leute, die im Sozialbereich arbeiteten (Haumer, Mandl, Magnus) und dort teilweise Personalvertreter/innen waren. In Oberösterreich, wo man ebenfalls versuchte, FSG Zorn aufzuziehen, war es ähnlich, zu ÖBB, Post und der staatsnahen Chemie Linz kam aber noch ein Betriebsrat aus dem Metallbetrieb Plasser & Theurer dazu. Entscheidend für FSG Zorn war aber natürlich Wien und da spielten neben Wurm und Pramer sowie den Funke-Vertreter/inne/n Haumer, Neißl, Mandl und Magnus auch noch Franz Koskarti (FSG-Vorsitzender bei der Gebietskrankenkasse) und Walter Jaksch (FSG Telekom) eine wichtige Rolle.[617]

Laut Trausmuth war die politische Basis von FSG Zorn einerseits die Einschätzung, dass die Sozialpartner/innen/schaft tot sei, und andererseits eine Bürokratiekritik. Jedenfalls fand der Funke mit FSG Zorn erstmals eine gewisse Resonanz im (sozialdemokratischen) Gewerkschaftsmilieu. Im Herbst 2004 führte FSG Zorn eine öffentliche Großveranstaltung mit über 120 Leuten durch. Dieser Höhepunkt von FSG Zorn stellte aber gleichzeitig auch bereits sein Ende dar, denn es gab Unklarheit über die weitere Perspektive und verschiedene Interessen. Trausmuth meint, sicherlich großteils zu Recht, dass die FSG-Personalvertreter/innen von FSG Zorn trotz ihre Kritik an Sozialpartner/innen/schaft und Bürokratie in ihren eigenen Betrieben weiterhin in einer sozialpartnerschaftlichen Logik agierten und die Ansprüche einer Selbstorganisation „letztlich nicht umgesetzt“ haben. In der Folge sei das Projekt gescheitert.

Schlussendlich hatten verschiedene Kräfte in FSG Zorn verschiedene Ziele: Der Funke wollte FSG Zorn als Vorfeldorganisation aufbauen, Wurm sah die Struktur als

[616] ebd. und Gespräch mit Trausmuth, a.a.O.; zur Einschätzung des Arbeitskampfes, seiner Entwicklung und der Rolle der FSG siehe: AGM: Die politische Situation in Österreich (Thesenpapier 2005), in: http://www.sozialismus.net//content/view/1520/288/

[617] Gespräch mit Trausmuth, a.a.O. und Gespräch mit einem ehemaligen Funke-Mitglied, a.a.O.

Mobilisierungsbasis, andere als politische Bühne. Es hatten zunehmende Spannungen zwischen dem Funke und den restlichen FSGler/inne/n bestanden, die sich ausgenützt fühlten. Aber auch Haumer und Neißl lehnten das Funke-Konzept einer Vorfeldorganisation ab und wollten stattdessen FSG Zorn als Einheitsfrontstruktur. Diese Differenz – kombiniert mit unterschiedlichen Positionen zur chavistischen Bewegung in Venezuela und mit persönlichen Konflikten – führten schließlich dazu, dass Haumer und Neißl den Funke verließen. Der Funke hatte mit FSG Zorn also zwar wichtige Erfahrungen gemacht, aber schließlich nicht Leute gewonnen, sondern verloren. Und von den FSG-Kooperationspartner/inne/n in FSG Zorn war später nur noch Koskarti zu einer partiellen Zusammenarbeit mit dem Funke bereit. Trausmuth zieht aus dem Scheitern von FSG Zorn den Schluss, dass Gewerkschaftsarbeit anders angelegt werden muss, sich nämlich nicht auf Betriebsräte/-rätinnen / Personalvertreter/innen ausrichten dürfe, sondern sich selbst verankern und Betriebsgruppen aufbauen müsse.[618] Das ist beim Funke natürlich im Wesentlichen im Rahmen des Entrismus in der Sozialdemokratie gedacht. Versuche in die Richtung betrieblicher Verankerung dürften sich noch im Anfangstadium befinden oder wieder eingestellt worden sein.



Das Jahr 2003, in dem der Funke auch in der Antikriegsbewegung intervenierte und dabei wieder auf Schüler/innen/komitees setzte, wird von Trausmuth als Zäsur betrachtet. Es seien die wichtigsten Klassenkämpfe seit langem gewesen, und sie hätten die bisherige „schwarz-blaue Strategie ans Ende“ gebracht. Es habe danach weniger Frontalattacken auf die Lohnabhängigen gegeben. Dadurch seien auch Radikalisierungsprozesse unterbrochen worden. Das wiederum habe Auswirkungen auf den Funke als Organisation gehabt: Es sei zu einem Selektionsprozess gekommen und Leute seien teilweise wieder verloren gegangen. Die Wachstumsdynamik sei gestoppt worden. Seitdem sei die Entwicklung des Funke geprägt von kleinen Aufs und Abs.[619] Ende 2003 hatte der Funke am

[618] Gespräch mit Trausmuth, a.a.O. und Gespräch mit einem ehemaligen Funke-Mitglied, a.a.O.; Neißl und Haumer waren nach ihren Austritten aus dem Funke eine Zeit lang in der Chávez-kritischen Solidaritätsbewegung mit der venezolanischen Arbeiter/innen/bewegung aktiv, Neißl war vorübergehend Sympathisant der AGM, Haumer orientierte sich stark auf das FSG-Milieu und entwickelte eine geringschätzige Ablehnung gegenüber den „linken Kleingruppen“, 2010 beteiligte sich Haumer an dem von Grundrissen, SOAL und Streifzügen betriebenen links-pluralistischen Projekt *Superlinke*.

[619] Gespräch mit Trausmuth, a.a.O.

Papier 130 bis 140 Mitglieder gehabt, in der Realität wohl 50 bis 60, die wirklich (zumindest 1x pro Woche) aktiv waren. Davon waren etwa 10 bis 15 Genoss/inn/en in Vorarlberg, etwa 15 in Oberösterreich und 20 bis 25 in Wien; dazu kamen einzelne oder vorübergehende Mitglieder in Salzburg und der Steiermark.[620] Jedenfalls gab es seit den späten 1990er Jahren mehr oder weniger durchgängig drei regionale Schwerpunkte des Funke:

In Vorarlberg gab es bis 2005 erst einmal einen Niedergangsprozess der dortigen Funke-Gruppe, der fast zum Zusammenbruch führte. Als man 2006 über eine Antifa-Kampagne einen Neuaufbau anging, musste man fast bei Null beginnen. Seitdem gab es ein mehr oder weniger stetiges Wachstum und schließlich eine klare Funke-Mehrheit in der regionalen SJ. Studentische Abgänge nach Wien oder Innsbruck fielen nicht mehr so ins Gewicht, weil erstmals etliche Berufstätige (und nicht nur Schüler/innen) beim Vorarlberger Funke organisiert waren. Obwohl der Funke die regionale SJ übernahm, blieb das Verhältnis zur SPÖ Vorarlberg relativ friktionsfrei:[621] Die regionale SPÖ ist schwach und krisengeschüttelt – und froh über alle Jugendlichen, die im Rahmen der Sozialdemokratie aktiv sind. Da der Funke stets seine (kritische) Loyalität zur SPÖ betonte und die Kritik im Rahmen hielt, wurde ihm von der SPÖ Vorarlberg großer Spielraum gelassen. Und für die zentralen Bürokratien von SJ und SPÖ in Wien ist Vorarlberg zu unwichtig, um hier mit Säuberungen einzuschreiten. Der Funke-Aktivist und regionale SJ-Vorsitzende Lukas Riepler wurde von der SPÖ im Jahr 2009 schließlich sogar (auf einem Kampfmandat) als Kandidat bei den Landtagswahlen aufgestellt (die SPÖ erlitt mit nur 10 Prozent ein Desaster und Riepler wurde nicht gewählt). Die Funke-dominierte SJ Vorarlberg war in den letzten Jahren eine stabile und wachsende Organisation, die Ende 2010 zwei Gruppen in Bregenz, zwei in Dornbirn und je eine in Lauterach, Rankweil und Bludenz angab.

In Oberösterreich musste der Funke in den letzten Jahren eine Schwächung hinnehmen. Wichtige Kader gingen nach Wien oder ins Ausland, und diese Verluste konnten nicht ausgeglichen werden, sodass der Funke in Oberösterreich personell und auch politisch schwächer dasteht als Mitte des letzten Jahrzehnts. Die im September 2007 über die Bühne gehende Repression gegen die Funke-dominierte SJ-Gruppe in Linz-Römerberg durch die SJ Linz, die mit passiver Hilfe der „linken" SJ Oberösterreich agieren konnte, bedeutete einen weiteren Rückschlag. Trausmuth spricht dennoch davon, dass sich der „proletarische Kern" des Funke in Oberösterreich befinde: Das bezieht sich einerseits – über den Funke-Aktivisten Martin Wieland – auf einen Interventionsansatz im AKH Linz und andererseits auf Christian Kenndler, einen etwas älteren Aktivisten, der lange Jahre bei der trotzkoiden SJ *Barricade* in Wels war und sich vor einigen Jahren dem Funke anschloss.[622] Kenndler ist Vorsitzender der FSG und der Personalvertretung bei der Post in Wels und damit ein wichtiger regionaler Gewerkschaftsfunktionär, er betreibt allerdings eine sehr eigenständige Politik und ist nur teilweise auf Funke-Linie.[623]

[620] Gespräch mit einem ehemaligen Funke-Mitglied, a.a.O.
[621] Gespräch mit Trausmuth, a.a.O.
[622] ebd.
[623] Gespräch mit einem ehemaligen Funke-Mitglied, a.a.O.

Auch in der Bundeshauptstadt hatte sich in der SJ der Wind zu drehen begonnen. Mit dem Abgang von Kollross von der SJÖ-Spitze setzte eine beschleunigte Rechtsentwicklung und vor allem eine Bürokratisierung der traditionalistisch-austromarxistischen SJ-Führung ein. Im Jahr 2006 war das Bündnis dieser Kräfte mit dem Funke und der Stamokap-Strömung de facto tot. Der Funke hatte in der SJ Wien bis 2006/2007 expandieren können und dabei die Mehrheit in der SJ Floridsdorf gewonnen. Der Verlust dieses großen und wichtigen Bezirks an den Funke war für die SJ-Bürokratie nicht nur unangenehm, sondern auch eine Warnung.

Als im Oktober 2006 die Rechtsregierung abgewählt wurde, übernahm die SJ Wien erst einmal die Funke-Losung „Für eine SP-Minderheitsregierung auf einem sozialistischen Programm". Als die SPÖ-Führung eine neuerliche Koalition mit der konservativen ÖVP besiegelte, stand die SJ Wien an der Spitze einer (wie Trausmuth treffend sagt) „kleinen Bewegung". Die Führung der SJ sowie ehemalige Führungskader der SJ formierten daraufhin die Initiative *Wir sind SPÖ*. Der Funke meint, dass damals mit einer richtigen Politik der SJ-Führung „viel möglich" gewesen wäre, also die Herausbildung eines relevanten linken Flügels in der Sozialdemokratie. Die angeblich „linke" SJ-Führung war aber in einem Zwiespalt. Einerseits gab es natürlich Druck von der Parteispitze, andererseits wurde für die SJ aber auch bald klar, dass sie offene Treffen von *Wir sind SPÖ* nicht kontrollieren können würde. Aus Angst vor Interventionen des Funke, aber auch von trotzkistischen Organisationen außerhalb der Sozialdemokratie, wurde *Wir sind SPÖ* schließlich stillgelegt – das Resümee der SJ war offenbar: besser gar keine Bewegung als eine unkontrollierte. Stattdessen wandte sich die Bürokratie nun endgültig gegen die radikale Linke innerhalb der SJ, also gegen den Funke. Bereits Ende 2006 wurde von der Bürokratie ein regelrechter Putsch in der SJ Wien-Floridsdorf organisiert und die gewählte Funke-Führung um Willi Waitz bürokratisch entmachtet, im Frühjahr 2007 wurden dann die beiden Funke-dominierten SJ-Gruppen in diesem Bezirk aufgelöst.[624]

Die beiden Gruppen wurden zwar erst einmal außerhalb weitergeführt, dennoch bedeutete die Auflösung einen massiven Rückschlag für die Funke-Verankerung in der SJ Wien und auch für die Stimmung im Wiener Funke. Dem Funke blieb in Wien nun nur noch die SJ Alsergrund. Nach dem Verlust der SJ Floridsdorf ist die SJ-Arbeit für einige Zeit ziemlich eingeschlafen. Es kam auch zu einem Einbruch in der Aktivität. Im Funke wurde eine Diskussion über Möglichkeiten der „Verbesserung der Arbeit in den Massenorganisationen" geführt. Das bezog sich auf SJ, SPÖ und FSG. Der Versuch, bei der Post in Wien eine Betriebsgruppe aufzubauen, musste aber wieder aufgegeben werden.[625]

In diesem Zusammenhang muss auch gesagt werden, dass in den Jahren 2005 bis 2008 der Schwerpunkt des Funke zeitweise auf „unabhängiger Arbeit" lag, also auf politischer Tätigkeit, wo der Funke als eigenständige Organisation, unabhängig von den sozialdemokratischen „Massenorganisationen" auftrat. Das betraf einerseits Interventionen auf der Universität Wien und andererseits und vor allem die Solidaritätsar-

[624] ebd.
[625] ebd. und Gespräch mit einem ehemaligen Funke-Mitglied, a.a.O.

beit mit der „venezolanischen Revolution“. Für letzteres hatte die *International Marxist Tendency* (IMT), wie sich das CMI seit 2006 nannte, auf internationaler Ebene die Vorfeldorganisation *Hands off Venezuela* (HOV) gegründet. CMI/IMT hatten bereits seit längerem die Einschätzung, dass sich Lateinamerika nach links entwickle, ab 2002 hatte man den Fokus auf Venezuela gelegt. Die internationale Solidaritätskampagne wurde auch in Österreich mitgetragen. Tomaselli spielte dabei eine zentrale Rolle. Anlässlich des EU-Lateinamerika-Gipfels in Wien konnte der Funke als HOV im Mai 2006 im Veranstaltungszentrum Arena eine Großveranstaltung – mit Hugo Chávez höchstpersönlich – organisieren, an der nach IMT-Angaben etwa 5.000 Menschen teilnahmen. Trausmuth meint, dass der Funke aus dieser Kampagne numerisch nicht viel gewonnen hat, dass sie aber politisch sehr wichtig gewesen sei, weil dadurch „eine Generation von Kadern erzogen und gefestigt“ wurde.[626]

Dabei war die Linie von IMT und Funke zu Venezuela von einem massiven Opportunismus gegenüber der Chávez-Regierung bestimmt, die „objektiv zunehmend im Interesse der Arbeiterklasse agiert“. Der venezolanische Staatsapparat habe „seine Funktionstüchtigkeit für die Bourgeoisie eingebüßt“, es sei möglich, dass Teile davon – und sogar ein Teil der Staatsspitze – auf die Seite der Revolution wechsle.[627] Die prokapitalistische Politik der Regierung Chávez wurde dabei ebenso beschönigt wie die fortgesetzten Repressalien gegen die klassenkämpferischen Teile der Arbeiter/innen/bewegung. Außerdem wurde in Bezug auf Venezuela erneut deutlich, dass Funke und IMT weiterhin an der reformistischen Position eines möglichen friedlichen Weges zum Sozialismus festhielten. Chávez wurde in Funke- und IMT-Publikationen systematisch von jeder Kritik ausgespart, wohl der Preis dafür, dass der IMT-Anführer Woods mit Chávez „konferieren“ und sich um die Rolle eines Präsidentenberaters bemühen durfte.[628]

Die politische Anpassung von IMT und Funke war verbunden mit scharfen Attacken gegen linke Kritiker/innen des Chavismus, einem regelrechten Feldzug gegen „die ultrarevolutionären Sekten“. Das richtete sich in Venezuela gegen die Clasistas, eine von trotzkistischen Aktivist/inn/en geführte klassenkämpferische Strömung in Betrieben und Gewerkschaften, im deutschsprachigen Raum gegen Chavismus-kritische Kräfte des trotzkistischen Spektrums. Diese Linie, die für die Militant/IMT-Tradition sehr typisch ist, dient der emotionalisierten Immunisierung der eigenen Basis gegen Kritik und schafft die politische Grundlage für ein unsauberes Agieren gegenüber anderen Strömungen aus trotzkistischer Tradition sowie eine Tendenz der Kollaboration mit reformistischen Bürokrat/inn/en gegen die verachteten „Sekten“ – in Venezuela ebenso wie in Österreich, etwa während des EU-Lateinamerika-Gipfels im Mai 2006:

AGM und AL hatten, gemeinsam mit einigen anderen Linken, den klassenkämpferischen, Chávez-kritischen UNT-Gewerkschafter Stalin Pérez Borges eingeladen. Mitglieder des Funke beziehungsweise von HOV versuchten zu verhindern, dass Pérez Borges in Wien auf einer Veranstaltung der FSG sprechen konnte, obwohl das im

[626] Gespräch mit Trausmuth, a.a.O.

[627] Funke-Redaktion: Zum Klassencharakter der venezolanischen Revolution, in: www.derfunke.at

[628] Zur genaueren Auseinandersetzung mit den IMT/Funke-Positionen zu Venezuela siehe das Kapitel „IMT-Anpassung an den Chavismus und die Frage des Staates“ in: Wegner: CWI & IMT, a.a.O.

Vorfeld mit der FSG ausgemacht war. Sie wollten offensichtlich kritische Töne gegenüber der Regierung Chávez nicht zulassen. Erst als sozialdemokratische Gewerkschafter/innen klarstellten, dass sie Pérez Borges hören wollten, mussten die Funke-Kader ihr Manöver aufgeben. Die Funke-Website versuchte im Nachhinein dann auch noch den gemeinsamen Auftritt von Pérez Borges mit dem eigenen Funke-Gast von den UNT-Clasistas, dem unbekannteren Rubén Linares, bei der FSG zu vermarkten. Die vom Funke vor dem Wiener Hilton-Hotel für Chávez organisierte Begrüßungskundgebung, wo „El Presidente" abgestiegen war und wo die Funke-Aktivist/inn/en in patriotischen Chávez-T-Shirts („Venezolaner und Österreicher vereinigen sich") stundenlang warteten, um dem „maximo dirigente" zuzuwinken, und die sektiererische und bürokratische Haltung der Funke-Führung gegenüber Pérez Borges zeigen, wie weit die politische Unterordnung unter das klassenübergreifende Bündnis des Chavismus durch Funke/IMT damals ging. Diese Linie hat viel mit Reformismus und Volksfront und nichts mit Marxismus oder Trotzkismus zu tun.[629]

Ab etwa 2008 hat der Funke den Schwerpunkt auf Venezuela deutlich zurückgenommen, wohl auch angesichts von Entwicklungen des Chavismus und der „bolivarischen Revolution", die nicht so sehr den optimistischen Erwartungen von Woods und Tomaselli entsprachen. Intern dürften wohl einige Aspekte, auch der eigenen Linie, partiell kritisch betrachtet worden sein, gegenüber der (linken) Öffentlichkeit wurde darüber aber nicht gesprochen und nichts in diese Richtung publiziert.[630]



Funke-Pfingstseminar

[629] ebd., S.277-282
[630] Gespräch mit einem ehemaligen Funke-Mitglied, a.a.O.

Angesichts der Rückschläge in Oberösterreich und in der SJ Wien, der kaum vorhandenen Gewinne durch die zentrale Venezuela-Kampagne und der Erfolge in Vorarlberg bedeuteten die Jahre 2005 bis 2010 für den Funke eine personelle Stagnation. Einige Ältere gingen verloren und wurden durch einige Neue ersetzt, eine Art Nullsummenspiel über einige Jahre. Die traditionellen Funke-Pfingstseminare, die nach einem Regendesaster am SJ-Campingplatz in Weißenbach/Attersee in feste Unterkünfte in Nieder- oder Oberösterreich verlegt wurden, waren allerdings weiter gut besucht: Für 2008 gibt der Funke 100 Teilnehmer/innen an, für 2009 120 und für 2010 130. Wenn man eine gewisse Übertreibung und die Teilnahme von jeweils 10 bis 20 IMT-Gästen aus dem Ausland in Rechnung stellt, heißt das dennoch, dass daran 80 bis 100 Funke-Mitglieder und -Interessierte teilgenommen haben.[631] Seit Frühjahr 2004 erscheint auch die Funke-Theoriereihe *Aufstand der Vernunft*, Broschüren/Bücher, von denen bis Ende 2010 acht Ausgaben publiziert wurden.



Mit dem Zurückfahren der Venezuela-Kampagne und damit der „unabhängigen Arbeit“ trat für den Funke wieder verstärkt die Ausrichtung auf die „Massenorganisationen“ in den Vordergrund, diesmal mit dem Projekt *SPÖ-Linke*. Die Schaffung einer solchen wurde vom Funke schon seit längerem als Propagandalosung ausgegeben. Die Funke-Führung schätzt(e) ein, dass das Potential dafür vorhanden sei, da in der Sozialdemokratie die Loyalität gegenüber der Führung einbreche. Ein Referenzpunkt für den Funke war dabei auch die WASG-Abspaltung von der SPD und die Formierung von Die LINKE in Deutschland. Nachdem die SJ 2006/07 die Chance mit *Wir sind SPÖ* vertan hatte, startete der Funke einen eigenständigen Versuch zur Schaffung einer SPÖ-Linken – mit einer Konferenz in Linz im Jahr 2008. Das Ganze war nicht sehr erfolgreich und Trausmuth resümierte, dass ein linker Flügel in der Sozialdemokratie „nicht durch den Funke substituierbar“ sei; es gehe vielmehr darum, politischen Einfluss zu nehmen.

Dennoch wurde im Frühjahr 2010 ein neuer Anlauf gestartet. Zu einer Konferenz der SPÖ-Linken in Linz kamen (nach Funke-Angaben) 120 Personen, davon ein Großteil Funke und Umfeld, aber auch die stalinistische Stamokap-Strömung, einige Betriebsräte/-rätinnen (vom ehemaligen FSG Zorn nur noch Franz Koskarti) und etliche sozialdemokratische Funktionär/inn/en aus Wien, der Steiermark, Oberösterreich und Vorarlberg. Unter ihnen waren allerdings auch etliche Wichtigtuer/innen und Karrierist/inn/en wie etwa der Anti-Abfangjäger-Aktivist Rudolf Fußi, der in der SPÖ-Linken zu Beginn eine wichtige Rolle spielte – sich aber zurückziehen musste, als

[631] ebd. und Funke-Berichte über die Pfingstseminare, in: www.derfunke.at

sein Job als PR-Chef eines Hedgefonds (!) für immer größere Irritationen sorgte. Aber auch wenn der Funke im gewählten Sprecher/innenteam nur mit drei Personen (Trausmuth, Riepler, Wieland) vertreten ist, so ist die SPÖ-Linke dennoch überwiegend eine Funke-Vorfeldorganisation mit Beteiligung einiger mäßig relevanter und mäßig verlässlicher sozialdemokratischer Funktionär/innen. Auch Trausmuth, der von dem Projekt lange sehr begeistert war, räumt ein, dass ein Durchbruch mit der SPÖ-Linke nur durch eine Bewegung möglich sein wird.[632]





Gernot Trausmuth (Der Funke) am bundesweiten SPÖ-Linke-Treffen, 10. April 2010 – „Mit welchen Methoden zum Erfolg?“

Insgesamt kann gesagt werden, dass es der Funke geschafft hat, seit 1993/94 von einer zerstreuten Kleingruppe von Jugendlichen zur größten Organisation des trotzkistischen Spektrums in Österreich aufzusteigen und zu einer der wenigen, die außerhalb Wiens relevante Strukturen haben. Nach einer Konsolidierungsphase am Anfang gab es von etwa 1998 bis 2003 ein massives Wachstum, seit der Mitte der 2000er Jahre dann eine Stagnation. Es ist vermutlich kein Zufall, dass gerade in Österreich und Belgien die IMT-Sektionen substanziell gewachsen sind (während sie in Europa sonst stagnierten), denn in diesen beiden Ländern sind die sozialdemokratischen Parteien – trotz massiver Mitglieder- und Verankerungsverluste – noch immer relativ traditionell strukturiert und verfügen weiterhin über nennenswerte Basisstrukturen. In Österreich profitierte der Funke von einem politischen Vakuum in der sozialdemokratischen Jugendorganisation SJ und davon, dass in etlichen Regionen Österreichs für sich radikalisierende Jugendliche kein antikapitalistisches Angebot existiert und sich Funke-dominierte SJ-Strukturen genau dort halten/etablieren konnten.

[632] Gespräch mit Trausmuth, a.a.O., Gespräch mit einem ehemaligen Funke-Mitglied, a.a.O. und Der Funke: In Linz beginnt´s: SPÖ-Linke startet durch, in: www.derfunke.at

Die große IMT-Spaltung 2009/10 hat sich auf den Funke, zumindest laut Trausmuth, nicht ausgewirkt. *El Militante*, die größte IMT-Sektion in Europa, hat sich mit zahlreichen Parteigänger/inne/n in Lateinamerika, teils ganzen Sektionen, von der IMT getrennt. Obwohl die spanische Sektion lange ein Vorbild und Orientierungspunkt war, hat sich der Funke geschlossen mit der britischen Führung um Woods solidarisiert. Laut Trausmuth sind aufgrund der Krise des Kapitalismus bestehende Konflikte in der IMT aufgebrochen: Die Spanier/innen hätten wegen ihrer Erfolge mit der unabhängigen Schüler/innen/arbeit die KP-Massenorganisationen ignoriert und zu Selbstüberschätzung und Hyperaktivismus geneigt.[633]

Die Militant/IMT-Grundposition, dass Radikalisierungen der Lohnabhängigen diese „unvermeidlich" in die „traditionellen Massenorganisationen" hinein treiben würden, hat sich sowohl historisch als auch aktuell in vielen Fällen als falsch herausgestellt, weil es sich dabei eben nicht um ein „Gesetz", sondern um eine von vielen Faktoren abhängige Entwicklung handelt. Viele IMT-Sektionen bezahlen dafür bereits ihren Preis.[634] Selbst wenn die IMT-Standardprognose in Österreich eintreffen sollte, ist die Gefahr groß, dass der Funke die politische Anpassung an den Linksreformismus fortsetzt.



Funke-Block auf der Anti-Krisen-Demonstration in Wien (28.3.2009)

[633] Gespräch mit Trausmuth, a.a.O.

9.8. Antifaschistische Linke (AL)

Wie berichtet, waren Mitte der 1990er Jahre in der Vorwärts-Vorfeldorganisation *Jugend gegen Rassismus in Europa* (JRE) Konflikte um die weitere Ausrichtung entstanden. Eine Gruppe der JRE-Nord, einer der Wiener Regionalorganisationen, hatte ein deklariert sozialistische Profil und ein offenes Bekenntnis zu Vorwärts/SOV gefordert. Demgegenüber hatte die Vorwärts-Mehrheit an der Scheinüberparteilichkeit und an dem lediglich diffus-linken Charakter der JRE festgehalten. Die Konflikte hatten sich Ende 1996 zugespitzt, 1997 lösten sich die SOV-Strukturen in der JRE-Nord auf, unter anderen waren die führenden Aktivist/inn/en Michael Bonvalot und Tanja Böhm aus dem Vorwärts ausgetreten.

Ab 1998 machte die JRE-Nord erst einmal eigenständig weiter, begann mit eigenen Publikationen (zuerst *JRE-aktuell*, dann *Morgenrot*) und Interventionen, verblieb aber vorerst im Rahmen der JRE. Die SOV reagierte mit Unmut und Druck und schickte auch Kader in der JRE-Nord, um dort für ihre Linie zu agitieren. Da diese sich aber zumeist nicht an der Arbeit der Gruppe beteiligten, wurde das als unfreundlicher Akt interpretiert, der letztlich erfolglos war.

Im Frühjahr 1999 begann in der JRE-Nord eine Debatte über eine mögliche Trennung von der SOV-kontrollierten JRE: „Auf der einen Seite stand, dass wir nicht der Meinung waren, dass die damaligen politischen Differenzen die Trennung rechtfertigen würden, auf der anderen Seite war klar, dass es keine persönliche Basis mehr für eine gemeinsame Arbeit gab." Angesichts der verfahrenen Situation mit der SOV-Führung und ihrem Agieren wurde dann „aus der Alternativlosigkeit heraus" beschlossen, eine eigenständige Organisation zu bilden.[635]

Das Ergebnis war die Gründung der *AL – Antifaschistische Linke* im September 1999. Die verstand sich von Anfang an nicht nur als antirassistisch-antifaschistische Gruppierung, sondern als allgemein-politische revolutionäre Organisation. Der Organisationsname war ein Kompromiss mit der anfänglich noch bestehenden, aus der JRE übernommenen anarchistischen Minderheit in der Gruppe. Nach der Gründung der AL begannen dann auch umgehend intensive inhaltliche Debatten, in denen schließlich Markus Neumayer, der führende Kopf der mit anarchistischen Ideen liebäugelnden Genoss/inn/en, vom Marxismus überzeugt werden konnte. Neumayer bildete schließlich gemeinsam mit Böhm und Bonvalot die AL-Führung der ersten Jahre.

Ende Januar 2000 wurde der Diskussionsprozess schließlich mit einer Konferenz und einem programmatischen Dokument abgeschlossen, mit dem sich die AL auf marxistische Positionen festlegte. Der Organisationsname wurde allerdings beibehalten. Weiters wurde auf der Konferenz eine demokratisch-zentralistische Struktur beschlossen, auf deren Grundlage die Leitung gewählt wurde. Die mangelnde Regelmäßigkeit der Protokolle, mit denen die Leitung die Mitgliedschaft über ihre Tätigkeit informierte, bezeichnet Bonvalot rückblickend als „nicht immer ideal"; wohl ein Erbe der Vorwärts/CWI-Tradition.[636]

---

[634] Siehe dazu: Wegner: CWI & IMT, a.a.O., S.257-271

[635] Bonvalot: Geschichte der AL, a.a.O., S.2-3

[636] ebd. und Ergebnisse der AL-Konferenz, internes Papier 23.1.2000


Sondernummer 6b

Preis: Spende

Morgenrot

Zeitung der Antifaschistischen Linken - AL

Widerstand

Jetzt gemeinsam

Blau-Schwarz

STOPPEN!

Die Bewegung ausweiten — Seite 3

Müssen wir sparen? — Seite 4

Richtiges Verhalten auf Demos — Seite 6

Über die Antifaschistische Linke — Seite 7

Alle auf die Straße gegen die neue Regierung!

Unmittelbar nach dieser Konferenz, nämlich Anfang Februar 2000, begann die große Bewegung gegen die schwarz-blaue Rechtsregierung. Die AL war darin von Anfang an sehr aktiv. In den ersten Wochen, bevor die etablierten reformistischen Apparate die Kontrolle übernahmen, war die AL – gemeinsam mit AGM, ASt und Vorwärts/SLP – ein wesentlicher Bestandteil des organisierten Kerns, der die Großdemonstrationen anführte.

Eine wirklich zentrale Rolle spielte die AL aber im Schüler/innen/bereich. Der Schüler/innen/streik, der am 18. Februar gegen die ÖVP-FPÖ-Regierung stattfand und an dem sich in Wien zwei Drittel der Oberstufenschüler/innen beteiligten, wurde von zwei trotzkistischen Organisationen auf die Beine gestellt, nämlich von der AL und der SAP, der Schüler/innen-Vorfeldorganisation der SLP. Obwohl die AL eine deutlich kleinere Organisation war als die SLP, war ihre Bedeutung und ihr Einfluss in der Mobilisierung gleichwertig. Dementsprechend war die AL in dieser Phase in den bürgerlichen Medien sehr präsent. Der rechte Boulevard geiferte über die „Aufhetzer der Antifaschistischen Linken“, die die „Mädchen und Buben zu gehorsamen politischen Kindersoldaten“ erziehen wollten.

Und auch für die sozialdemokratischen Jugendorganisationen wurde die AL im Schüler/innen/bereich eine unliebsame Konkurrenz. Schüler/innen/arbeit spielte auch in den nächsten Jahren eine wichtige Rolle in der Politik der AL. Sie stellte in etlichen Schulen die Schulsprecher/innen, vor allem in AHS, aber auch in einer Schule für Kindergartenpädagogik; diese Positionen waren hilfreich für die Durchführung von Aktivitäten. Bei Schulstreiks, die die AL immer wieder mitorganisierte, wurden vor den Schulen eigene Vorbereitungstreffen beworben.[637]

Durch die Bewegung gegen die schwarz-blaue Rechtsregierung war die Bekanntheit der AL, also einer sehr jungen Organisation, die gerade einmal ein halbes Jahr bestand, in der Linken wie in der Öffentlichkeit stark angestiegen. Im Mai 2000, als das baldige Ende der Bewegung absehbar war, beschloss die AL, sich aus den auslaufenden Mobilisierungen zurückzuziehen und sich darauf zu konzentrieren, die gewonnenen Kontakte einzubinden. Das verlief erst einmal auch recht gut. Die Zahl der bei den Treffen anwesenden Personen hatte sich auf über 20 verdoppelt. In Wien wurde eine zweite Ortsgruppe installiert, und auch in Graz konnte vorübergehend eine kleine

[637] Bonvalot: Geschichte der AL, a.a.O., S.3-4

Gruppe gebildet werden, die allerdings real eine instabile Sympathisant/inn/engruppe war.

Doch ein Teil der Aktivist/inn/en, die sich in einer Euphorie aus der Bewegung heraus zur Mitarbeit bereit zeigten, ging schnell wieder verloren, als die Dynamik die Bewegung zurückging. Das ist sicher teilweise ein unvermeidliches Phänomen, dass manche von denen, die mit der Bewegung kommen, auch wieder mit dieser gehen. Dazu kamen aber AL-spezifische Probleme: Die AL „war als junge und unerfahrene Organisation in die Bewegung gegen Schwarz-Blau gegangen" und hatte „eine Reihe von AktivistInnen auf einer unzulänglichen politischen Basis" gewonnen. Und der Lesekreis, der im Mai 2000 zur politischen Einbindung der neuen Interessent/inn/en begonnen worden war, „verlief sich bald wieder – wie die AL insgesamt bei längerfristigen Schulungen nie sehr konsequent war".[638]

In der Folge hatte die AL mit einem Kadermangel zu kämpfen, der eine Konsolidierung der erreichten Erfolge verhinderte. Einige neue Aktivist/inn/en konnten aber sehr wohl längerfristig eingebunden werden; hier ist vor allem Monika P. zu nennen. Viele verabschiedeten sich aber bald wieder. In Wien musste die zweite Ortsgruppe Ende 2001 wieder aufgegeben werden. Die Gruppe in Graz brach zusammen; immerhin konnte aber Teresa Laceva nach ihrer Übersiedlung nach Wien 2004 für die Organisation gewonnen werden. Gleichzeitig ging aber viel Umfeld verloren, und auch einige „alte" Aktivist/inn/en hatten die Umstellung von einer unverbindlichen Jugendgruppe zu einer marxistischen Organisation nicht wirklich mitvollzogen.

Eine Aufgabe, die durch die Bewegung gegen die ÖVP-FPÖ-Regierung verschoben worden war, musste die AL in der darauf folgenden Phase erledigen: Sie musste ein eigenes Profil entwickeln und sich in der Linken einen Platz erkämpfen. Immerhin war die AL eine weitere trotzkistische Gruppe in Österreich, die eine relativ ähnliche Art von Aktivität, nämlich eine sprunghafte Kampagnenpolitik, an den Tag legte wie etwa SLP, Linkswende oder ASt. Insbesondere gegenüber Vorwärts/SLP sah sich die AL zu einer Abgrenzung gezwungen, zumal führende Vorwärts-Aktivist/inn/en immer wieder neue AL-Mitglieder zu überzeugen versuchten, dass die AL „keine Existenzberechtigung" habe.

In dem Papier „Kritik an der SLP" wurden die Unterschiede zusammengefasst. Der SLP wird darin eine zu euphorische Weltlageeinschätzung und eine Anbiederung an linksreformistische Parteien vorgeworfen. Außerdem kritisiert die AL den Schwenk von Vorwärts/CWI in der Frage der Sozialdemokratie als Theoretisierung der geänderten Aufbaupraxis und die neue CWI-Einschätzung der Sozialdemokratie als normale bürgerliche Partei als falsch. Schließlich bemängelte die AL den Opportunismus von CWI/Vorwärts in Bezug auf Staat und Revolution und trat offen für eine Zerschlagung des bürgerlichen Staates durch eine Revolution ein (eine Position, die auch explizit in der AL-Gründungserklärung vorkommt).

Der Aktivismus der SLP wurde als überzogen betrachtet und würde zu hoher Fluktuation und dem Ausbrennen von Mitgliedern führen. Demgegenüber erhob die AL den Anspruch der „Kadersicherung". Außerdem distanzierte sich die AL von der mangel-

[638] ebd., S.4-5

haften internen Demokratie in Vorwärts/CWI und von der CWI-Tradition, sich als einzig wahre revolutionäre Kraft zu darzustellen. Demgegenüber präsentierte sich die AL mit einem bescheideneren Selbstverständnis: Eine revolutionäre Partei werde aus Zusammenschlüssen verschiedener Strömungen entstehen. [639]

Verbunden war das bei der AL allerdings auch mit einem Broad-Left-Konzept, also einem tendenziell opportunistischen Konzept einer (in der Realität dann meist diffusen) „linken Einheit". Dazu passten auch die AL-Wahlaufrufe, die jeweils für das Ankreuzen der linkesten Gruppierung auf Wahlzettel eintrat (meist für die KPÖ), eine Herangehensweise also, die den Aufruf für reformistische (oder zentristische) Parteien vom Ausmaß ihrer verbalen Radikalität abhängig machte und nicht von ihrem Verhältnis zur Arbeiter/innen/klasse beziehungsweise deren kämpferischsten Teilen – eine Herangehensweise, die mit der kommunistischen Einheitsfrontpolitik nichts zu tun hatte. Dahinter stand bei der AL letztlich ein Linke-Familie-Konzept und somit eine Ausrichtung auf die linke Szene (und nicht auf die Arbeiter/innen/klasse).

Jedenfalls konnte sich die AL mit dem erwähnten Papier und der damit verbundenen Debatte nicht nur erfolgreich gegenüber der SLP abgrenzen, sondern auch das eigene Profil schärfen. Die AL orientierte sich nicht auf die Rekrutierung von Mitgliedern anderer Organisationen (sondern gewann hauptsächlich Jugendliche für die Mitarbeit). Da sie aber – anders als etwa AGM oder Funke – eine relativ ähnliche Praxis hatte wie SLP, ASt oder Linkswende, war es für sie dennoch wichtig, für die eigene Mitgliedschaft und für potenziell an Organisierung Interessierte unterscheidbar zu sein. Letztlich etablierte sich die AL als politische Kraft mit Aktivismus in den Bereichen Jugend und Antifa, die gegenüber dem Opportunismus von Linkswende und SLP politisch etwas „orthodoxer" (im marxistisch-trotzkistischen Sinne) war, die aber nicht so sektiererisch wahrgenommen wurde wie der ASt.

Aufgrund zahlreicher ähnlicher Positionen (Weltlageeinschätzung, Sozialdemokratie, Staat/Revolution, Selbstverständnis und so weiter) und einer solidarischen Zusammenarbeit in der Bewegung gegen Schwarz-Blau schien eine Annäherung mit der AGM logisch. Dementsprechend wurde ein Diskussionsprozess begonnen: In vielen inhaltlichen Frage gab es die erwartete Übereinstimmung, im Konzept des Organisationsaufbaus zeigten sich aber deutliche Unterschiede. Die AGM sah diese als mittelfristig unüberwindbar an und beendete deshalb den Diskussionsprozess wieder. Auf der anderen Seite bemühte sich die SOAL um die AL und versuchte sie als eine Art Jugendorganisation für sich zu gewinnen. Die AL allerdings betrachtete die Politik der SOAL und ihrer internationalen Strömung als grundlegend opportunistisch und sah einen Beitritt deshalb als ausgeschlossen an.

Da diese beiden Umgruppierungsoptionen zu nichts geführt hatten, setzte die AL in den kommenden Jahren auf eigenständigen Aufbau. Nach innen gab es immer wieder Basisschulungen für neue Kontakte und Mitglieder, zu Ostern jeweils ein Seminar in Niederösterreich, das für die politische Schulung und die Positionierung eine wichtige Rolle spielte. Die Ausbildung von „fortgeschrittenen" Mitgliedern funktionierte allerdings nicht regelmäßig, und auch das Ziel, ein AL-Programm zu verabschieden, kam

[639] ebd., S.5, Gespräch mit Bonvalot, a.a.O. und AL: Kritik an der SLP (Juni 2000), S.1-5





Antifa-Aktivitäten der AL

über verschiedene Entwürfe nicht hinaus. In der Organisationsentwicklung war die Phase bis Ende 2002 eine des Rückganges.

Dennoch war die AL auch in dieser Phase hoch aktiv. Sie beteiligte sich an den Mobilisierungen gegen den Afghanistan-Krieg im Herbst 2001 und dann gegen den Irak-Krieg im Winter 2002/03. Ebenso war die AL bei den Demonstrationen gegen die WEF-Gipfel in Salzburg im Juni 2001 beziehungsweise im September 2002 dabei. Darüber gelang es, in Salzburg eine Handvoll Sympathisant/inn/en zu gewinnen und ab Anfang 2003 an die Formierung einer Ortsgruppe zu gehen. Allerdings war die politische und personelle Basis letztlich zu dünn für eine funktionierende Gruppe, und das Projekt wurde Anfang 2004 wieder eingestellt.[640]

Die hervorstechendsten Aktivitäten der AL waren aber zwei große Antifa-Demos im Frühjahr 2002. Die AL ergriff die Initiative für ein Bündnis, das Gegenmobilisierungen gegen zwei Aufmärsche der österreichischen Rechtsextremen und Neonazis am Wiener Heldenplatz organisierte. Die Gegendemos am 13. April und am 8. Mai gehörten mit jeweils etwa 5.000 Teilnehmer/inne/n zu den größten antifaschistischen Mobilisierungen der Zweiten Republik. Die AL spielte dabei die zentrale Rolle und war – besonders über Bonvalot, der Sprecher des Bündnisses war, – in der Öffentlichkeit wochenlang massiv präsent. Anfang Mai 2004 gab es erneut zwei größere Antifa-Demos, in denen die AL wieder eine führende Rolle inne hatte.

Durch diese Aktivitäten war die öffentliche Bekanntheit der AL und ihre Reputation in der Linken enorm angestiegen. Sie hatte sich – so Bonvalot in seiner Bilanz – als

[640] Bonvalot: Geschichte der AL, a.a.O., S.5-6

hoch kampagnefähig erwiesen und gezeigt, dass sie einsatzbereite Aktivist/inn/en hatte, die zur Abwicklung einer solch großen Mobilisierung in der Lage waren. Hinzugefügt werden muss sicherlich, dass die Tatsache, dass eine sehr kleine Organisation wie die AL das schaffte, ganz wesentlich an den ausgezeichneten organisatorischen Fähigkeiten von Bonvalot selbst lag.

Gleichzeitig gelang es der AL nicht, die Außenerfolge in Erfolge für den Aufbau der eigenen Organisation zu nutzen. Bonvalot meint rückblickend, die „AL hat sich schlicht übernommen", die AL sei „zu klein gewesen, um in dieser Weise zu agieren". Mit dieser Einschätzung hat er sicherlich recht. Alle AL-Mitglieder waren auf diesen Demos mit organisatorischen Aufgaben (Demoleitung, zwei Lautsprecherbusse, Ordner/innen/dienste und so weiter) beschäftigt. Es gab kaum mehr Kräfte für die Verbreitung der eigenen politischen Positionen und das Ansprechen von Interessierten.

In einem internen Diskussionspapier von Ende 2002 versuchte Bonvalot dem Rechnung zu tragen: In der nächsten Phase gehe es nicht um „die eigenständige Organisierung von größeren Aktionen", sondern um Kaderisierung und die Ausbildung von neuen Genoss/inn/en. Allerdings wurde das nur teilweise umgesetzt. Bonvalot: „Die AL organisierte auch weiterhin relativ breit, und die Kaderisierung kam demgegenüber sicherlich zu kurz."[641] Das politische Niveau der Aktivist/inn/en blieb, aufgrund der rastlosen Kampagnenpolitik, weiterhin eher niedrig. Die wechselnden Außenaktivitäten gingen relativ unverändert weiter.



Michael Bonvalot

Im Mai 2003 beteiligte sich eine personell geschwächte AL an den Protesten gegen die Pensionsreform und organisierte in diesem Zusammenhang gemeinsam mit anderen einen Schüler/innen/streik. Und im November 2003 sowie im Mai 2004 gab es dann wieder größere Antifa-Mobilisierungen.

Im publizistischen Bereich konnte sich die AL in dieser Phase verbessern. Die Zeitung *Morgenrot* war ohnehin professionell gemacht. Sie kam alle zwei Monate heraus, bei ihrer Produktion nahmen mehr oder weniger alle Aktivist/inn/en teil, und sie spielte so bei der politischen Positionierung eine zentrale Rolle. Dazu kam ab März 2002 die AL-Homepage www.sozialismus.at, die von Monika P. sehr gut gemacht und Anfang 2004 weiter verbessert wurde. 2003 publizierte die AL eine Broschüre zu Chile 1973 und dann Anfang 2004 eine weitere zum österreichischen Bürgerkrieg 1934. Beide waren von Bonvalot verfasst worden, die zweite verkaufte sich sehr gut.

In dieser Phase 2003/04 fand in der AL allerdings auch ein breiter Generationswechsel statt. Außer Bonvalot und Monika P. verließen zwischen 2002 bis 2004 alle relevanten Aktivist/inn/en, die die AL zuvor getragen hatten, die Organisation; zu nennen sind hier vor allem Neumayer, der sich ins Privatleben zurückzog, und Böhm, die in

[641] ebd., S.6-7

der AL keine Perspektive mehr sah. Gleichzeitig stieß eine neue Generation von Aktivist/inn/en zur AL, im Frühjahr 2003 Stefan Horvath und Dieter Reinprecht-Hinsch, im Frühjahr 2004 dann schließlich Max Hofmann und (wie bereits erwähnt) Laceva.

Durch diese Gewinne konnte die AL erneut stabilisiert werden – bei etwa einem Dutzend Aktivist/inn/en. Ab Frühjahr 2004 gab es einen gewissen Aufwärtstrend. Es wurden eine Reihe von Aktivitäten durchgeführt, unter anderem ab Juni 2004 die Reihe „Rotes Kino“, wo einmal pro Monat ein politischer Film gezeigt wurde. In diesem Zeitraum versuchte die AL auch in Steyr/Oberösterreich Fuß zu fassen, und auch nach Kärnten gab es Kontakte; in beiden Regionen konnte jedoch nichts Stabiles etabliert werden.



Antifa-Demonstration in Braunau (Oberösterreich) – 17. April 2004

Ab Sommer 2004 begannen AL-intern aber auch Debatten über die weitere Ausrichtung. Vor allem Reinprecht-Hinsch und Horvath äußerten immer wieder Unzufriedenheit über den Kurs und kritisierten mangelnde inhaltliche Tiefe und das Fehlen eines AL-Grundsatzprogramms. Im Mai 2005 trat Reinprecht-Hinsch schließlich überraschend aus der AL aus und in den ASt ein. Sein Agieren war freilich so schrill, ultimatistisch und von Selbstüberschätzung und unhaltbaren Angriffen geprägt, dass er sich damit keine Sympathien schuf.[642]

[642] ebd., S.7-8. Reinprecht-Hinsch blieb nur bis 2006 im ASt, bildete dann die Gruppe *Neuer Kurs*, die sich 2007 mit der GRA zusammenschloss, an deren Spaltung er sich einige Monate später beteiligte. Das Spaltprodukt hieß erneut *Neuer Kurs*, von dem sich Reinprecht-Hinsch aber 2008 verabschiedete und zum österreichischen Vertreter von *Republican Sinn Fein* wurde.

Dennoch hatten Horvath und Reinprecht-Hinsch mit der Programm-Frage einen wunden Punkt der AL angesprochen. In der AL wurde in der Folge auch ein Diskussionsprozess in diese Richtung begonnen. Dieser Prozess wurde dann aber ab Ende 2005 durch die Annäherung an die AGM unterbrochen, denn „die Grundsätze der AGM wurden von allen GenossInnen für sehr gut gehalten".

Ende 2005 gewann die AL mit Barbara Gruber und Florian Weissel zwei weitere längerfristige Aktivist/inn/en. Gleichzeitig machte die AL der AGM das Angebot zu einer verstärkten Zusammenarbeit. Erster Ausdruck davon war die gemeinsame Arbeit in der Venezuela-Kampagne rund um den EU-Lateinamerika-Gipfel in Wien im Frühjahr 2006. Im Zuge dessen wurde auch eine gemeinsame Broschüre zum Thema Venezuela/Chavismus herausgegeben.

Als Ergebnis dieser produktiven Kooperation und des wechselseitig gewonnenen Vertrauens beschlossen AL und AGM, die Zusammenarbeit und den Diskussionsprozess zu intensivieren. Schritt für Schritt und sehr ausführlich wurden diverse politische Frage durchbesprochen und gleichzeitig die Organisationsstrukturen immer mehr zusammengelegt. Es gab gemeinsame Unterstrukturen, Seminare und Mitgliederversammlungen – und auch einige gemeinsame Interventionen, etwa in die ÖGB-Regionalkonferenzen im Herbst 2006.

Insgesamt setzte die AL in dieser Phase allerdings weniger Schwerpunkte in der Außenarbeit, denn der Großteil der Ressourcen wurde in den Fusionsprozess gesteckt. Dadurch ging zwar einiges an Umfeld verloren, der Zusammenschluss mit der AGM konnte aber erfolgreich und auf einer durchaus ausgewiesenen politischen Grundlage realisiert werden. Im Mai 2007 wurde schließlich die *Revolutionär Sozialistische Organisation* (RSO) gegründet.[643]

In der achtjährigen Geschichte der AL zeigten sich Stärken und Schwächen. Bonvalot resümiert, dass die AL „bis 2005 das Verhältnis zwischen Ausbildung und internem Leben einerseits und Außenarbeit andererseits falsch eingeschätzt" habe. Die AL habe „Aktionen in einer Größenordnung angeleitet, die zweifellos nicht ihrer Größe und Kaderisierung entsprachen". Sie konnte „nicht in ausreichendem Maße für Kontinuität sorgen", was sicherlich zu guten Teilen an der zu wenig systematischen politischen Ausbildung lag.

Gleichzeitig hatte sich die AL einen festen Platz in der Wiener Linken erarbeitet. Ihre Zeitung und ihr Webauftritt waren sehr gut gemacht. Die AL hat in ihrer Außenarbeit ein hohes Maß an Professionalität an den Tag gelegt. Ihre Aktivist/inn/en zeigten großes Engagement und Verantwortungsbewusstsein.[644] Allerdings waren die Aktivitäten der AL stark auf die jugendliche und studentische linke Szene orientiert. Sie war von der Arbeiter/innen/klasse isoliert und entwickelte (trotz individueller Erfahrungen von Bonvalot und Hofmann) auch keine systematische Politik in diese Richtung.

[643] ebd., S.8-9
[644] ebd., S.9

9.9. Revolutionär Sozialistische Organisation (RSO) / Organisation arbeiter.innen.kampf (ARKA)

Etwas über 60 Personen nahmen im Mai 2007 an der öffentlichen Gründungsveranstaltung der RSO im alternativen Kulturzentrum Ragnarhof in Wien-Ottakring teil. Die RSO entstand als Zusammenschluss von AGM und AL. Vorangegangen war dem ein langer Fusionsprozess, bei dem ausführlich über programmatisch-politische Grundlagen diskutiert und eine gegenseitige Überprüfung in gemeinsamer Praxis stattfand.

Auf der praktischen Ebene war das Ergebnis ein Mittelweg zwischen den früheren Ausrichtungen von AGM und AL: Es gab mehr systematische Bereichsarbeit und Außenaktivität als von der AGM betrieben, allerdings mit einem kontinuierlicheren Ansatz als bei der AL. Dieser Kurs wurde von einer breiten Mehrheit getragen; nur einige Mitglieder (etwa Philipp Djokic), die stärker dem AGM-Theorie-Schwerpunkt verbunden waren, standen dem skeptisch gegenüber, ihre schleichenden Austritte waren aber auch stark Rückzüge von organisierter politischer Tätigkeit überhaupt und Ausdruck einer Privatisierung.

Die politisch-progammatische Basis der neuen Organisation bestand aus einer ganzen Reihe von Dokumenten: Die bisherigen Grundsätze der AGM wurden, etwas überarbeitet, als Grundsätze der RSO und damit als zentrales Dokument angenommen. Außerdem wurden folgende Texte als politische Grundlage der RSO beschlossen: Thesen zur EU, Thesen zu Zionismus/Palästina/Israel, eine Broschüre zu Venezuela, Thesen zu Mittel- und Südamerika, Thesen zur nationalen Frage, Thesen zu Einheitsfronten/Wahlen/Bündnissen, Thesen zu revolutionärer Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, Thesen zum Antiimperialismus, Thesen der AGM-Jugend, Antikriegsbewegung und Islamismus, Von Seattle nach Genua, Marxistische Revolutionstheorie in der Arbeiter/innen/bewegung der letzten 150 Jahre, Teile von Sozialistischer und marxistischer Feminismus (Einleitung, Gimenez, Ergebnisse/Perspektiven), USA/EU/UNO: Raus aus dem Irak!, Politische Situation in Österreich (2005), Marxistische Staatstheorie, Avantgardekonzept und revolutionäre Organisation. Weiters wurden gemeinsame Standpunkte in den Fragen des Organisationsaufbaus und der antifaschistischen Arbeit entwickelt.

Abgesehen von den Thesen zu Mittel- und Südamerika stammten alle Texte aus der AGM-Tradition. Michael Bonvalot hatte sich im Fusionsprozess gegen die Annahme der Thesen zu Einheitsfronten/Wahlen/Bündnissen sowie der Thesen zu revolutionärer Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit gewehrt. Er wollte die Wahlpolitik der AL (nicht Einheitsfrontpolitik, sondern politische Unterstützung für das kleinste Übel, also real die KPÖ) fortsetzen und sich die Option für die Arbeit als linke Gewerkschaftsfunktionäre, wie sie ihm aus der Vorwärts/CWI-Tradition vertraut war, offen halten. Nachdem aber sämtliche anderen bisherigen AL-Mitglieder im Diskussionsprozess auf die AGM-Positionen übergangen waren, blieb Bonvalot isoliert, und die entsprechenden Dokumente wurden angenommen.

Die RSO war bei ihrer Gründung eine weitgehend österreichische Organisation, mit paar weiteren Mitgliedern in Zürich, Berlin und am Balkan. Wirklich funktionierende

Strukturen gab es zum damaligen Zeitpunkt aber nur in Wien. Auf der Gründungskonferenz, die der öffentlichen Gründungsveranstaltung vorausgegangen war, wurden für Wien drei Arbeitsfelder (und entsprechende Untergruppen der Organisation) beschlossen, nämlich eine Uni-Gruppe sowie zwei Regionalgruppen (Wien Nord und Wien Süd-West).

Diese Arbeitsbereiche erwiesen sich als wenig zukunftsträchtig. Die Uni-Gruppe hatte zwei einiges an studentischem Umfeld, es konnten aber kaum Leute kontinuierlich eingebunden werden. Die beiden Regionalgruppen traten in bestimmten Teilen von Wien (Gruppe Nord in den Bezirken 2 und 20, Gruppe Süd-West in den Bezirken 12, 15 und 16) mit Plakataktionen und Infotischen bei U-Bahn-Stationen an die Öffentlichkeit, es gab dabei aber nur wenig Resonanz, und es gelang nicht, ein wirklich kontinuierliches Interventionsfeld aufzubauen.

Dennoch entwickelte sich die RSO im ersten Jahr recht positiv. Das deklarierte Ziel der Entwicklung „einer gemeinsamen Organisationskultur" konnte erreicht werden, die beiden Herkunftsgruppen spielten bei den meisten Fragen immer weniger Rolle. Die Zahl der in der RSO Organisierten stieg innerhalb des ersten Jahres um etwa 30 Prozent an. Zur Türkei-Kurdistan-Veranstaltung im Dezember 2007 kamen immerhin 66 Personen, die den Vorträgen von Eric Wegner für die RSO sowie Nadir Aykut für die türkisch-kurdische ATIGF lauschten. Ebenfalls gemeinsam mit der ATIGF ergriffen RSO-Aktivistinnen die Initiative für einen klassenkämpferischen Block auf der in Wien traditionell radikal-feministisch dominierten Frauendemo am 8. März. Das Projekt wurde auch realisiert, war aber angesichts der halbherzigen Teilnahme der anderen Gruppen mit trotzkistischem Anspruch nicht sehr stark und hatte in der antimarxistischen und studentischen Frauenszene letztlich auch wenig Erfolgsaussichten. Maria Pachinger hielt für die RSO einen Vortrag auf der großen 8. März-Veranstaltung der ATIGF, die Stimmung dort war aber eher unpolitisch – und so wurde die Initiative als insgesamt nicht sehr erfolgreich bilanziert.[645]

Auch sonst lief in der neuen Organisation nicht alles reibungslos. Viele Strukturen mussten sich erst einspielen. Angesichts der Unmenge an organisatorischen Aufgaben kam die politische Schulung der Mitglieder lange Zeit zu kurz. Die Mitgliederversammlungen fanden kaum Platz für politisch positionierende Debatten. Die Leitung der RSO war nach Herkunftsgruppen paritätisch besetzt (Wegner und Johannes Wolf von der AGM sowie Bonvalot und Teresa Laceva von der AL) und erfüllte durchaus ihre Aufgaben, allerdings gab es in den Fragen des Umgangs mit anderen linken Gruppen und aktivistischen Initiativen immer wieder Konflikte zwischen Wegner und Wolf auf der einen Seite und Bonvalot auf der anderen (wobei Laceva eine Zwischenposition einnahm).

Die Zeitung der RSO, *Die Rote*, und ihre flugschriftartige Beilage, die alle zwei Monate heraus kamen, wurden bereits nach einem Jahr wieder eingestellt. Die 2. Konferenz der RSO im April 2008 bilanzierte, dass „beide in der gegenwärtigen objektiven wie subjektiven Situation keine wirklich guten Instrumente für den Aufbau unserer Organisation" seien; es gebe „nur wenige Möglichkeiten für den Verkauf einer größe-

[645] 2. Konferenz der RSO: Bilanz und Perspektiven 2008, internes Bulletin Nr. 12, April 2008



die rote zeitung

Zeitung der Revolutionär Sozialistischen Organisation
Nr. 2, November 2007, Preis: Spende

Klassenkampf gegen Rassismus!

Hetze gegen türkische MigrantInnen in Wien, begleitet von einem rassistischen Aufmarsch, an dem sich neben FPÖ und ÖVP auch Neonazis beteiligten. Der weitere Aufstieg der rechtsextremen SVP in der Schweiz, der sich auf eine rassistische Kampagne gegen ZuwandererInnen stützt. Eine menschenverachtende Flüchtlingspolitik der EU, die allein in Österreich zu elf Abschiebungen pro Tag und insgesamt zu Tausenden Toten pro Jahr führt.

Dass die herrschende Klasse von der rassistischen Spaltung der Lohnabhängigen und der Schaffung eines Billigarbeitsmarktes profitiert, ist offensichtlich. Es gehen aber auch viele europäische ArbeiterInnen, die selbst ausgebeutet werden, den rassistischen HetzerInnen auf den Leim. Das liegt natürlich daran, dass im globalisierten Kapitalismus der Kampf jede/r gegen jede/n vorgesehen ist. Der eigene Vorteil auf Kosten von Schwächeren ist das Grundprinzip des Systems, das der Bevölkerung von den Medien tagtäglich in den Kopf gehämmert wird. Dass die Solidarität der Ausgebeuteten gegen Kapital und Staat gegenwärtig in der Defensive ist, hat aber auch den Grund, dass die Gewerkschaften und reformistischen Parteien sich an der nationalistischen Spaltung meist beteiligen. Die Sozialdemokratie ist oftmals für die rassistische Regierungspolitik direkt verantwortlich.

Umso wichtiger sind gemeinsame Kämpfe von „einheimischen" und immigrierten Lohnabhängigen für ihre gemeinsamen Interessen. Ein Beispiel dafür ist der gegenwärtige Widerstand der BauarbeiterInnen in der Schweiz. Solche Kämpfe sind das beste Mittel gegen die rassistische Spaltung der ArbeiterInnenklasse. Daran können wir anknüpfen, in diese Richtung müssen wir arbeiten. Gegen Rassismus und Kapitalismus! Für Internationalismus und Revolution!

Zürich: Einheimische und zugewanderte Bauarbeiter kämpfen Schulter an Schulter gegen Verschlechterungen ihrer Arbeitsbedingungen

Palästina: Fatah gegen Hamas
Seite 10

Frauenbefreiung: Was bringt Gender Mainstreaming?
Seite 9

Schwerpunkt: Antirassismus in Österreich/Schweiz
Seiten 3 bis 7

www.sozialismus.net

rso

ren Anzahl von Zeitungen (ohne eine Unzahl von Kleinstaktionen oder -veranstaltungen abklappern zu müssen", mit einem Erscheinungsrhythmus von alle zwei Monate sei die RSO auch „zu unaktuell und unflexibel". Positiv bilanziert wurde hingegen die Homepage der RSO, www.sozialismus.net.[646]

Auf der 2. Konferenz wurde eine neue Leitung gewählt, in der Bonvalot nicht mehr vertreten war; sie bestand aus Wegner, Wolf und nun zusätzlich aus dem jungen Aktivisten Florian Weissel. Die wichtigste Änderung war aber sicherlich die Einrichtung einer Betriebsgruppe und der Beginn einer Betriebsintervention bei *Wienstrom*, wo es über Bonvalot einen Kontakt gab und wo von nun an einmal pro Monat ein Flugblatt (jeweils mit einem allgemeinpolitischen Artikel auf der Vorderseite und betriebsspezifischen Kurztexten auf der Rückseite) verteilt wurde. Es wurde damit erstmals versucht, das in den Betriebs- und Gewerkschaftsthesen von AGM/RSO entworfene Konzept in die Praxis umzusetzen: kein abgehobenes Linksgewerkschafter/innen/tum als Betriebsrat/-rätin ohne politische Basis im Betrieb, keine Einmalaktionen, sondern kontinuierliche politische und betriebsspezifische Intervention in der Klasse mit dem Ziel des Aufbaus einer Betriebsgruppe aus Aktivist/inn/en.

Im darauf folgenden Jahr stagnierte die RSO Wien personell, die Aufbruchstimmung nach der Gründung flachte sich deutlich ab. Von Wien aus wurde viel Energie in den Aufbau von RSO-Gruppen in Berlin und Zürich gesteckt, wo dann auch neue Aktivist/inn/en gewonnen werden konnten. Die Schulungstätigkeit hat nun etwas besser, insgesamt aber weiter nicht den Zielen entsprechend funktioniert. Das lag, neben mangelnder Disziplin bei manchen oder dem offenen Widerwillen gegen zu viele inhaltliche Schulungen bei einzelnen, sicherlich auch teilweise an den dichten Aktivitäten nach außen.

Das Frühjahr 2008 stand für die RSO ganz im Zeichen der Kampagne gegen die Fußball-Europameisterschaft in Österreich und der Schweiz. Mit dem Slogan *Scheiß EM 2008. Gegen Kommerz, Repression und Nationalismus* wurden in ganz Wien tausende Plakate geklebt. Die Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit war extrem groß, die RSO wurde zu Interviews in Zeitungen und einem Auftritt in der Fernseh-Diskussionsendung „Talk of Town" von Puls4 eingeladen. Vor den Plakatwänden des Hanappi-Stadions in Wien-Hütteldorf, die mit den RSO-Plakaten zugekleistert waren,

[646] Ebd.





Anti-EM-Veranstaltung (24.4.2008); am Podium Michael Bonvalot (links) und Franz Jackel (rechts)

bildeten sich vor einem Heimspiel regelrechte Schlangen von Rapid-Fans, die den Text des Plakates lesen wollten; der Rapid-Fanklub „Ultras Rapid" fuhr ebenfalls eine Kampagne gegen die EM, von ihnen stammt eigentlich der Slogan *Scheiß EM 2008*. Anders als die Rapid Ultras und die meisten anderen linken Strömungen kritisierte die RSO an der EM nicht nur Begleiterscheinungen wie Repression und Kommerzialisierung im Fußball, sondern eben auch die mit der EM verbundene nationalistische Welle. Zur Anti-EM-Veranstaltung der RSO, die Ende April 2008 in Wien Favoriten stattfand, kamen 115 Personen, neben politischen Aktivist/inn/en und Interessierten auch etliche Fußballfans (insbesondere vom SK Rapid und dem Wiener Sportklub); es war damit die größte Veranstaltung bis dahin in der Geschichte der RSO. Es referierten Bonvalot (der für Stefan Horvath einsprang) für die RSO sowie Gian-Andri Casutt vom Schweizer Fußballmagazin *Zwölf* und Franz Jackel vom Fußball-Fanklub *Friedhofstribüne* (Wiener Sportklub). Die RSO publizierte vor beziehungsweise während der EM eine Broschüre mit dem Titel *Fußball & Klassenkampf* sowie zahlreiche Artikel zum Thema, die vor allem von Stefan Horvath und Eric Wegner verfasst wurden. Die Zugriffsraten auf die Homepage stiegen in der Zeit dieser Kampagne sprunghaft an.

Eine weitere groß plakatierte Veranstaltung in diesem Jahr war die mit dem Titel *Fight Sexism. Gegen Sexismus und Kapital. Für Frauenbefreiung und Klassenkampf*, die Ende Oktober stattfand und an der knapp 60 Personen, überwiegend jüngere, studentische Frauen, teilnahmen. Anke Hoorn sprach für die RSO über den Zusammenhang zwischen Sexismus und Kapitalismus, Eva van Rahden für das Prostituierten-Bildungsprojekt SOPHIE über den Kampf von Sexarbeiterinnen und Aphroditi Brasa von der griechischen trotzkistischen OKDE über die Verbindung von Frauenkampf

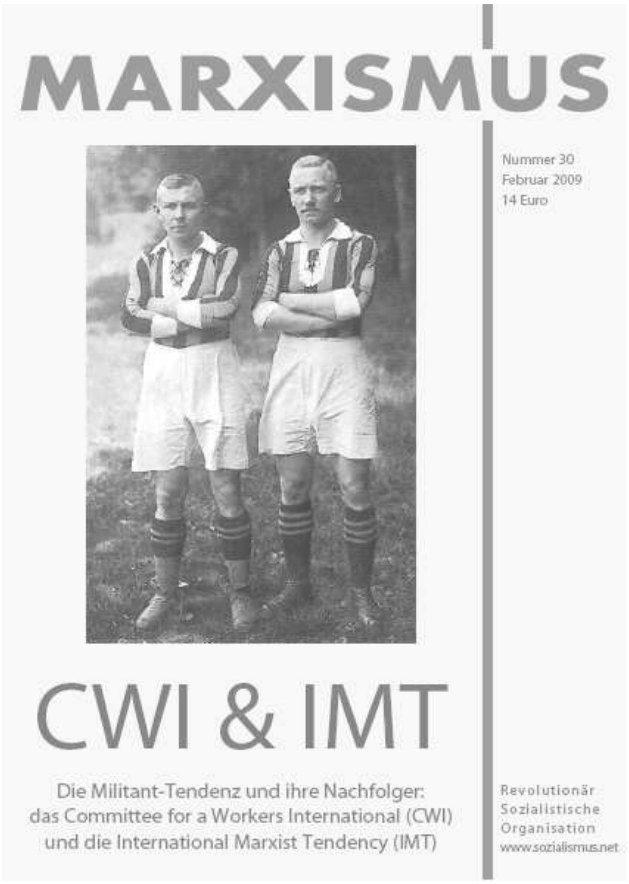
und Klassenkampf. Beide Veranstaltungen, die zur Fußball-EM und die zu Sexismus/Frauenkampf, erhöhten zwar die Bekanntheit in der RSO in der Öffentlichkeit, trugen aber kaum zum Organisationsaufbau bei. Das Ziel, alle zwei Monate eine solche größere Veranstaltung zu machen, konnte ohnehin nicht realisiert werden.[647]

Die kontinuierlichen Aktivitäten fanden weiterhin in den drei Untergruppen statt: Die Uni-Gruppe orientierte sich nach einem gescheiterten Anlauf auf der Technischen Universität wieder zurück an die Uni Wien, wo es zwar eine regelmäßige Präsenz gab, aber letztlich auch keine relevanten Fortschritte gelangen. Die Betriebsgruppe konnte ihre Arbeit stabil umsetzen, allerdings handelte es sich doch um erste Erfahrungen mit dem neuen Projekt, und ein schneller Durchbruch war erwartungsgemäß ohnehin nicht möglich. Die Süd-West-Gruppe konnte weiterhin kein erfolgversprechendes kontinuierliches Arbeitsfeld finden und wurde schließlich auf der 3. Konferenz der RSO im Frühjahr 2009 in eine Antirassismus-Gruppe umgewandelt, die über regelmäßige Plakate und Veranstaltungen zu diesem Thema in ausgewählten, migrantisch dominierten Bezirken ein Umfeld aufbauen sollte.

Die Leitung bestand ab der 3. Konferenz zuerst einmal nur aus Wegner und Weissel, ab Sommer 2009 kam dann auch noch die junge Aktivistin Sabine Saloschin hinzu. Schließlich wurde weiter viel Energie der Wiener RSO (und natürlich des in Berlin lebenden Stefan Neumayer) in den Aufbau von RSO-Strukturen in Deutschland investiert, konkret in einen Diskussionsprozess mit der vor allem in Berlin (aber auch in anderen ostdeutschen Städten, sowie in der Ostschweiz und in Prag) ansässigen trotzkistisch orientieren Jugendorganisation i-REVO, einer Abspaltung der LFI-Jugendorganisation REVO.[648]

Was die inhaltliche Arbeit und entsprechende tiefer gehende Publikationen in den ersten beiden Jahren der RSO betrifft, so wurde zwar einiges erreicht, allerdings war die Verteilung ausgesprochen ungleich, nämlich auf drei bis vier Personen konzentriert. Drei der vier Bücher der Marxismus-Reihe, die in dieser Zeit heraus kamen, nämlich die zum Thenenkomplex Geschlechterverhältnisse/Frauenbefreiung, wurden von Manfred Scharinger verfasst (*Geschlechterverhältnisse bei Marx und Engels*, *Proletarische Frauenbewegung* und *Die „Frauenfrage" bei Bebel und Luxemburg*). Inhaltlich wurde er vor allem von Pachinger unterstützt, die zum Thema auch eine Reihe von grundlegenden Artikeln schrieb und Referate hielt. Mit dem Buch *CWI & IMT. Die Militant-Tendenz und ihre Nachfolger* legte Wegner eine umfassende Kritik an diesen beiden Strömungen mit trotzkistischem Anspruch vor, in der auch viele Grundpositionen der RSO herausgearbeitet wurden. Und Horvath ist der Autor von zwei Broschüren, einer zur kapitalistischen Entwicklung von China und einer zum nordkoreanischen Stalinismus. Die Diskussion zur internationalen Lage kam nur langsam in Gang. Erst im Frühjahr 2009 wurde mit einem ausführlichen Referat von Wegner zur *Internationalen Lage 2009*, das mit maßgeblicher Unterstützung von Mica Jovanovic schließlich als *RSO-Thesen zur Weltlage* verschriftlicht wurde, eine substanzielle Analyse vorgelegt und die Organisation entsprechend der veränderten Welt- und Klassenkampfsituation in Folge der Finanzkrise neu orientiert.

[647] 3. Konferenz der RSO: Bilanz und Perspektiven 2009, internes Bulletin Nr. 24, April 2009
[648] Ebd.





Das darauf folgende Jahr brachte für die RSO einige substanzielle Veränderungen. Die Fusionsdiskussionen mit i-REVO scheiterten, allerdings schlossen sich die meisten Berliner i-REVO-Mitglieder (und vorher schon eines in der Schweiz) der RSO an, sodass nun in Berlin eine funktionierende RSO-Ortgruppe entstand und die RSO Wien de facto zum Zentrum einer länderübergreifenden Organisation wurde. Das bedeutete eine Reihe zusätzlicher Aufgaben und Verantwortlichkeiten, insbesondere für die Leitung. Die Mitgliedschaft der Gesamt-RSO war durch die Zugewinne in Berlin deutlich gewachsen, in Wien hingegen gab es nur minimale Zuwächse (in dieser Phase eine Stärkung des Kerns und Verluste an der Peripherie der Organisation).

Die alten Organisationslinien von AGM und AL bilanzierte die 3. Konferenz als „fast völlig verschwunden“.[649] Lediglich Bonvalot verkörperte in Hinblick auf Aktivismus und Broad-Left-Ansätze noch deutlich Elemente der alten AL/CWI-Tradition. Er war damit aber politisch am Rande der Organisation, partiell unterstützt lediglich von Horvath, Hoorn, Laceva und Reza Gilani. Die große Mehrheit der RSO, eine Art Bündnis um den Kern der früheren AGM (Karl Grabke, Jovanovic, Pachinger, Wegner, Wolf), jüngere Mitgliedern der ehemaligen AL (Hoffmann, Weissel) sowie neue Genoss/inn/en (etwa Saloschin oder Adriane Jansa) stand für den sich immer mehr herausbildenden Kurs der neuen Organisation, der auf kontinuierliche Bereichsarbeit (vor allem Richtung Arbeiter/innen/klasse) und Kaderbildung setzte und sprunghaften Aktivismus ebenso ablehnte wie eine Ausrichtung auf die linke Szene.

Allerdings handelte es sich dabei um einen Prozess, bei dem es einige Hindernisse zu überwinden galt. Die internen Schulungen für Mitglieder liefen weiterhin nicht zu-

[649] Ebd.

friedenstellend; die 4. Konferenz im Januar 2010 bilanzierte die mangelnde Teilnahme sogar als den „negativsten Aspekt der vergangenen Konferenzperiode“ und als „ernste Gefahr für die Kaderbasis“. Das stand sicherlich auch in Zusammenhang mit einem teilweise wahllosen Aktivismus, der zwar formal von der Mehrheit abgelehnt wurde, sich aber naturwüchsig oder durch Initiativen einzelner immer wieder Bahn brach. So war, wie die 4. Konferenz berichtete, die RSO auf allen größeren Demonstrationen anwesend, interessante Kontakte hätten sich dort nicht ergeben, aber „in der Wiener Linken“ hätte das Profil gestärkt werden können. Es gab im Jahr 2009 zwei größere plakatierte Veranstaltungen (*Kapitalismus im Krankenbett* im Mai sowie *Streiken gegen die Krise* im Oktober) und schließlich im November ein Wochenende lang die *Sozialismus-Tage der RSO* mit einem breiten Mix an Themen (von Sexarbeit über Argentinien bis hin zur Betriebsarbeit). Zur Hauptveranstaltung kamen gut 80 Personen, insgesamt (mit Fluktuation) waren über 100 Personen da, darunter fast 20 internationale Gäste.[650]

Im März 2010 wurde das Format *Sozialismus-Tage* dann gleich noch einmal wiederholt; diesmal kamen sogar insgesamt knapp 150 Personen. Allein an der Auftaktveranstaltung, bei der Saloschin und Wegner zum reißerischen Thema *Ficken im Kapitalismus* referierten, nahmen über 90 Personen teil, an der Schlussveranstaltung, in der Hoorn mit dem grünen Stadtrat David Ellensohn und dem Kabarettisten Leo Lukas über *Die Linke und die Grünen* debattierte, über 80 Personen. Was die Anzahl der Teilnehmer/innen betrifft, waren die beiden *Sozialismus-Tage*, die in der RSO vor allem von Bonvalot und Horvath gepusht worden waren, sicherlich ein Erfolg. Sie konnten aber kaum zum Organisationsaufbau und zur Verbesserung der kontinuierlichen Arbeit beitragen. Gekommen waren vor allem Leute aus der studentisch-dominierten linken Szene, entstandene Kontakte konnten kaum dauerhaft gehalten werden. Die einzelnen Leute aus der Arbeiter/innen/klasse, die sich über die Plakate auf die *Sozialismus-Tage* „verirrt“ hatten, konnten, sicher auch angesichts der vorherrschenden Szene-Stimmung, nicht für weitere Beziehungen mit der RSO gewonnen werden.

Von der Uni-Bewegung im Herbst 2009 konnte die RSO nicht nennenswert profitieren. Johannes Wolf spielte zwar in der Bewegung eine relevante Rolle, eine kollektive Intervention kam aber erst langsam in Gang. Es zeigten sich bei den jüngeren Genoss/inn/en, die kaum Erfahrungen in Bewegungen hatten, auch Schwächen im Auftreten. Die während der Proteste angebotene Marxismus-Schulung der RSO-Unigruppe stieß auf wenig Resonanz.[651] Letztlich war und ist es aber sicherlich auch objektiv schwer, in der life-style-geprägten, auf „kreativen Protest“ und „Zivilgesellschaft“ orientierten linken Uni-Szene Leute für ernsthaften revolutionären Organisationsaufbau und Arbeit Richtung Betriebe/Proletariat zu gewinnen. Der Umgang mit dieser antimarxistischen und organisationsfeindlichen Uni-Szene führte allerdings in der RSO zu einem Konflikt zwischen der Leitung (also Saloschin, Wegner, Weissel) und vielen anderen auf der einen Seite, die einen schärferen Kurs befürworteten, und

[650] 4. Konferenz der RSO: Bilanz und Perspektiven 2010, internes Bulletin Nr. 34, Februar 2010 und Berichte auf der RSO-Homepage

[651] 4. Konferenz, a.a.O.

einer Gruppe aus Gilani, Hoorn und Bonvalot auf der anderen Seite, die stärker in dieser Szene verankert waren und für einen weicheren Ton eintraten.



Die RSO publizierte schließlich eine Broschüre, die von Wolf geschrieben wurde und in der eine politische Bilanz der Uni-Bewegung gezogen wurde. Etwas später wurden schließlich *Thesen zu Bildung und Schule*, verfasst von Scharinger, verabschiedet und als Broschüre veröffentlicht. Dabei handelt es sich um einen grundlegenden und wichtigen Text, der über die in der Linken verbreiteten Konzepte (Bildungskult und Reformpädagogik) deutlich hinausgeht. Trotz dieser inhaltlichen Aufrüstung machte die Unigruppe insgesamt keine Schritte vorwärts. Mit irgendwelchen Veranstaltungen oder Marxismus-Einführungen aufzutreten, war im breitgefächerten Spektrum der universitären Linken kein ausreichend spezielles Profil. Zwar konnten immer wieder einzelne Studierende dazugewonnen werden, aber nicht über eine besondere universitäre Politik, sondern über allgemein-marxistische Propaganda. Dazu war eine spezielle Uni-Gruppe nicht unbedingt von Nöten. Es stellte sich die Frage, ob nicht unter Schüler/inne/n (und eventuell auch unter Lehrlingen) mehr zu erreichen war, und so wurde noch im Vorfeld der 4. Konferenz begonnen, mit zwei bisherigen Aktivisten der Uni-Gruppe und einigen jugendlichen Kontakten eine Jugend-Gruppe und damit eine vierte RSO-Untergruppe in Wien einzurichten.

Die Intervention bei Wienstrom wurde fortgesetzt, weiter monatlich das Betriebsflugblatt *Stromstärke* verteilt. Das Verhältnis zu dem ursprünglichen Betriebskontakt erwies sich immer wieder als schwierig und instabil.[652] Weitere Kontakte in diesem Betrieb entstanden, waren aber entweder nicht ernsthaft genug oder, wenn sie das doch waren, wurden durch die Linke-Szene-Stimmung bei Treffen wieder abgeschreckt. In der Folge entstand ein gewisses Spannngsfeld zwischen den Erfordernissen der Betriebsintervention selbst (für die in der Betriebsgruppe vor allem Grabke, Jansa und Pachinger eintraten) und den Versuchen, linke Interessierte über diese Arbeit in die RSO einzubeziehen (was vor allem Bonvalot favorisierte).


STROMSTÄRKE rso

- von KollegInnen für KollegInnen bei Wienstrom – Nummer 19 / November 2009

ArbeiterInnen aller Länder – vereinigen wir uns! (nach Karl Marx)

Der Widerstand nimmt zu!

Immer klarer wird, wer die Auswirkungen der Krise bezahlen soll – doch es regt sich Widerstand! Studierende, KindergärtnerInnen, MetallerInnen, DruckerInnen … sie alle kämpfen derzeit für bessere Bedingungen beim Leben und Lernen!

Vor allem auf den Universitäten geht es derzeit rund. Die StudentInnen haben aufgehört über die miserablen Zustände an den Unis zu jammern – und haben begonnen, sich zu wehren. Genauso wie die DruckerInnen und die KindergärtnerInnen wollen sie sich nicht länger von der herrschenden Politik betrügen lassen.

Den Studierenden reicht es!

Worum geht es? Die Hörsäle sind überfüllt, in vielen Vorlesungen müssen die Studierenden am Boden sitzen, weil es nicht genug Plätze gibt. Immer öfter werden Zugangsbeschränkungen mit Eingangsprüfungen eingeführt. Solche Prüfungen bevorzugen diejenigen, die sich teure Vorbereitungskurse leisten können. Der so genannte „Bologna-Prozess" führt dazu, dass die Studierenden möglichst schnell durch's Studium gepeitscht werden. Die Studierenden sollen unselbständig direkt für den Bedarf der Bosse ausgebildet werden. Für kritisches Denken bleibt keine Zeit, nur einer kleinen ausgesuchten „Elite" soll das Weiterstudieren gestattet werden

Die kämpfenden StudentInnen protestieren aber nicht nur für sich selbst, sie zeigen sich auch sehr solidarisch – und unterstützen die MetallerInnen, die gerade in Kollektivverhandlungen stehen, aber auch die Kämpfe der DruckerInnen und KindergärtnerInnen.

Es heißt, es wäre nicht genug Geld da. Doch wenn die Banken und Konzerne Geld brauchen, werden schnell mal hundert Milliarden locker gemacht – bei der Bildung soll gespart werden. Gegen diese Zustände hat sich eine spontane Bewegung gebildet, in ganz Österreich sind Teile der Universitäten besetzt. Und am 28.10. haben in Wien mehrere zehntausend Menschen unter dem Motto: „Geld für Bildung statt für Banken und Konzerne" demonstriert. Denn das Geld ist da – es ist eine Frage der Verteilung!

Es brennt im Kindergarten!

Nach jahrelanger Verschlechterung der Situation in Kindergärten gingen Mitte Oktober fast 2.000 KindergartenpädagogInnen auf die Straße. Das „Kollektiv Kindergartenaufstand", eine Gruppe unzufriedener KollegInnen, nimmt selbst in die Hand, was die Gewerkschaft seit Jahren versäumt: Sie vernetzen KollegInnen und organisieren Protest.

Auf die Gewerkschaftsführung können die KollegInnen nicht zählen – GdG-Boss Meidlinger gab sogar via Medien bekannt, dass er die KindergärtnerInnen nicht unterstützt! Wir fragen uns, wie lange die Gewerkschaft eigentlich noch braucht, um zu verstehen, dass es höchste Zeit zum Handeln ist.

DruckerInnen machen Druck!

Seit Herbst letzten Jahres spitzt sich die Lage bei den DruckerInnen immer mehr zu – die Chefs wollen Zulagen einsparen und kürzen, wo es geht. Die Bosse im Bereich Bogendruck sind besonders frech, sie verlangen bis zu 27% Lohnkürzungen! Seit 1. Juli gibt es nun sogar offiziell keinen Kollektivvertrag mehr bei den DruckerInnen. Die Krise soll auf dem Rücken der KollegInnen ausgetragen werden. Ende September hat dann die Gewerkschaft endlich reagiert, bis zu 1000 DruckerInnen gingen in Wien auf die Straße. Und der Slogan „Widerstand heißt Streik im Land" der KollegInnen der RSO-Betriebsgruppe wurde breit aufgenommen.

MetallerInnen demonstrieren!

Die Chefs wollen eine längere Normalarbeitszeit und längere Durchrechnungszeiträume, was massive Kürzungen bei den Überstundenzuschlägen bedeuten würde. Nun gab es erste Demonstrationen, in der Zeit vom 2. bis 12. November werden in allen Betrieben Betriebsversammlungen abgehalten.

Am Abschluss der Kollektivverträge im Metallbereich orientieren sich die anderen Branchen. Und in der Metallindustrie arbeiten ca. 170.000 KollegInnen – es wäre hoch an der Zeit, wenn diese Branche mit ihren vielen Großbetrieben ordentlich Druck macht!

Gemeinsam sind wir stärker!

Es heißt, „wir müssen alle den Gürtel enger schnallen". Aber gleichzeitig werden den Banken ohne großes Wimpernzucken mal schnell „Hilfskredite" in Milliardenhöhe in den Rachen geworfen. Dass sich nun seitens der ArbeiterInnen und StudentInnen zunehmend Widerstand erhebt, passt den Herrschenden freilich nicht ins Konzept. Jammern o.k., das ist verkraftbar, aber wirkliche Kämpfe und dann womöglich noch von verschiedenen Bevölkerungsgruppen gemeinsam – das könnte ja wirklich Druck erzeugen.

Darum ist es kein Zufall, dass die herrschende Elite mit allen Mitteln versucht, Solidarisierung zu verhindern. Um die eigentlichen Profiteure in unserer Gesellschaft, Bosse, ManagerInnen & Co., zu schützen werden je nach Bedarf die LehrerInnen, ÖBBlerInnen oder StudentInnen als privilegierte Schmarotzer dargestellt. So sollen wir gegeneinander ausgespielt werden.

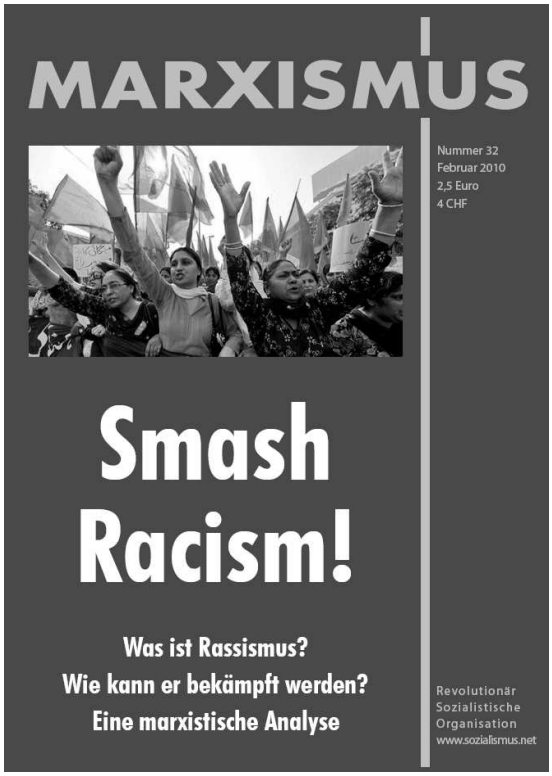
Es ist eindeutig Zeit für Widerstand – und die KindergärtnerInnen und die StudentInnen zeigen, wie es geht: Selbstorganisation von der Basis kann gehörig Druck machen!

Ihre / Deine Hilfe ist gefragt!

Die **Stromstärke** wird gemeinsam von der Revolutionär Sozialistischen Organisation (RSO) und von KollegInnen und Kollegen von Wienstrom herausgegeben. Die **Stromstärke** lebt von den KollegInnen bei Wienstrom. Was sollten die KollegInnen wissen? Welcher Artikel war besonders gut, welcher hat nicht gefallen? Und was soll in der nächsten **Stromstärke** stehen?

Schreib uns an: rso@sozialismus.net oder an RSO, Postfach 62, 1152 Wien.

[652] Ebd.



Die Antirassismus-Gruppe war durchaus ein Fortschritt gegenüber der Regionalgruppe. Es gab eine kontinuierliche inhaltliche Beschäftigung mit dem Thema. Eine entsprechende kollektiv erarbeitete Broschüre dazu scheiterte aber an der nicht stattgefundenen Realisierung durch die anvisierten Autor/inn/en; letztlich war es dann Wegner, der die Rassismus-Thesen der RSO verfasste. Die regelmäßigen Veranstaltungen der Antirassismus-Gruppe waren durchaus gut besucht. Es gelang aber nicht, Leute stabil einzubinden, und auch ein wirkliches Interventionsfeld konnte nicht gefunden wurden. In der Folge entschied die 4. Konferenz der RSO Anfang 2010, die Antirassismus-Gruppe aufzulösen und stattdessen eine zweite Betriebsgruppe zu starten. Ausgewählt wurde ein weiterer Wiener Großbetrieb, in dem die Startbedingungen deutlich besser waren als bei Wienstrom.[653] Zwei RSO-Mitglieder arbeiteten beziehungsweise lernten in diesem Betrieb, und es gab noch einen weiteren Kontakt im Umfeld. Diese Arbeit sollte sich in der Folge recht positiv entwickeln.

Auf der 4. Konferenz wurde dann auch eine neue, sehr junge Leitung gewählt; sie bestand aus Weissel und Saloschin, die beide nur kurze Leitungserfahrung hatten, sowie aus Hoorn, die noch nie in einer Leitung gewesen war. Es gab mehrere Gründe für diese Entscheidung: Wegner wollte Verantwortung abgeben und einmal nicht in der Leitung sein. Bonvalot wäre politisch nicht mehrheitsfähig gewesen und hatte sich dementsprechend auch gar nicht darum beworben. Andere erfahrenere Mitglieder waren (unter anderem aufgrund ihrer Lebensumstände) nicht zu einer Leitungstätigkeit bereit. Darüber hinaus gab es bei Teilen der Organisation (bei etlichen Studierenden, gefördert auch von Bonvalot, der oft als der Anwalt „der Jungen“ auftrat) auch eine deutliche Anti-Alte-Kader-Stimmung, die erfahrenere Genoss/inn/en auch nicht gerade zu Leitungskandidaturen motivierte. Diese Stimmung war sicherlich auch eine Art Echo der ironischen Feindseligkeit, mit der in der studentischen linken Szene langjährige Organisierung in marxistischen Organisationen gesehen wird. Jedenfalls sollte die Wahl dieser relativ unerfahrenen Leitung – kombiniert mit Differenzen um die Ausrichtung – einige Zeit später noch negative Konsequenzen haben.

Vorerst zog die Organisation aber noch an einem Strang. Die zweiten *Sozialismus-Tage* im März 2010 wurden erfolgreich über die Bühne gebracht. Am neuen Format *Marxismus für alle*, einer vierteiligen Einführung in Grundpositionen des Marxismus/Trotzkismus, nahmen an einem Oktoberwochenende über 100 Personen teil. Die Betriebsgruppe bei Wienstrom funktionierte weiter einigermaßen, allerdings ging ein wichtiger Kontakt vorübergehend verloren; die Treffen der Gruppe waren zu sehr von der Linke-Szene-Mentalität geprägt. Die zweite Betriebsgruppe lief gut an und konnte

[653] Ebd.



RSO-Block 28. März 2009 – Demonstration „Wir zahlen nicht für eure Krise!“

bald positive Resonanz unter den Kolleg/inn/en im Betrieb erzielen. Der Jugendgruppe gelang es, aus dem persönlichen Umfeld von Genoss/inn/en und durch Verteilaktionen vor Schulen weitere Jugendliche anzuziehen. Lediglich die Unigruppe dümpelte weiter vor sich hin und hatte wenig Perspektive.

Die Einrichtung der zweiten Betriebsgruppe hatte aber auch wesentliche Konsequenzen für die RSO. Das Gewicht und die Bedeutung der Betriebsinterventionen stiegen merklich an. Es wurde immer deutlicher, dass es bei einer Ausrichtung auf Arbeiter/innen/klasse und Großbetriebe nicht ausreichte, einmal pro Monat ein Flugblatt zu verteilen und ansonsten weiterhin wie die anderen vom studentischen Milieu geprägten linken Gruppen zu funktionieren. Es wurde immer klarer, dass eine Vertiefung der Betriebsausrichtung notwendig war, eine Änderung von Organisationskultur und Mentalität, um die Organisation für Arbeiter/innen besser „bewohnbar“ zu machen. In der großen Mehrheit der Organisation (die ehemaligen AGMler/innen, Hoffmann, Jansa, Saloschin, Weissel sowie neuere Genoss/inn/en) gab es eine zumindest formale Übereinstimmung, dass Veränderungen in diese Richtung auf der Tagesordnung standen. Bonvalot hatte die Betriebsinterventionen immer stärker zum Herzeigen in der Linken gesehen, die Mehrheit der RSO wollte aber nun die Organisation selbst stärker der Orientierung auf die Arbeiter/innen/klasse anpassen. Die entscheidende Frage sollte bald allerdings sein, was die viel zitierte „Vertiefung der Betriebsausrichtung“ konkret bedeutet – und da sollten sich schließlich die Geister scheiden.

Ab Ende November 2010 kam es zu einem ersten Konflikt. Die Leitung wollte (unterstützt von Wolf und der Berliner Ortsgruppe) ohne Diskussion in der Gesamtorganisation ein neues Konzept der internen digitalen Kommunikation durchsetzen; vor allem



RSO-Stand am Volksstimme-Fest 2009

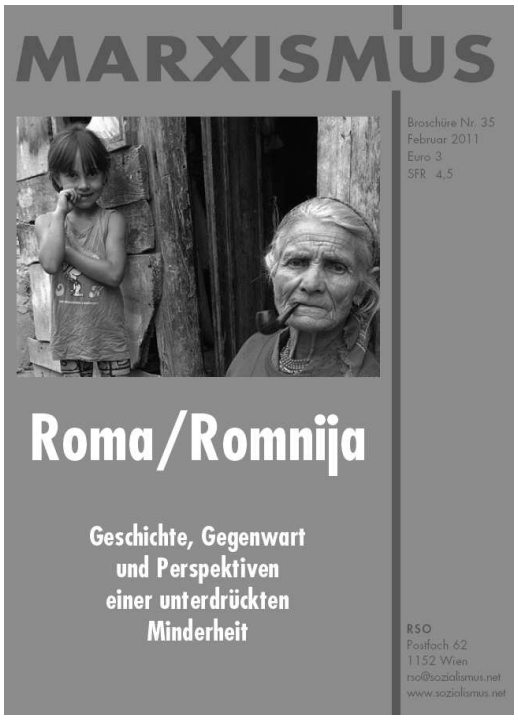
um die Kommunikation mit Berlin zu verbessern. Das stieß bei vielen Mitgliedern in Wien, besonders bei Betriebsgenoss/inn/en, die eine Gefährdung befürchteten, auf teilweise heftigen Widerstand – und es wurde vor Umsetzung des Konzeptes eine ausführliche Diskussion verlangt. Die Leitung beharrte in Hinblick auf die bevorstehende Konferenz auf der sofortigen Einführung des Konzeptes und brach schließlich, konfrontiert mit einem Boykott vieler Mitglieder, auseinander. Bereits in den Monaten zuvor waren sehr oft Leitungsmitglieder ausgefallen; die Ersatzmitglieder Wegner und Wolf mussten oft einspringen. Nun trat ein Leitungsmitglied von seiner Funktion zurück, ein weiteres war nach einem Streit mit Jansa wochenlang nicht erreichbar. Die RSO Wien war in eine Krise geschlittert, aus Saloschin und Wegner wurde eine Art Not-Leitung für die Zeit bis zur Konferenz gebildet.

Die 5. Konferenz der RSO, die Ende Januar 2011 in Wien stattfand, war aufgrund des vorangegangen Konfliktes spannungsgeladen. Dennoch bemühten sich alle um Deeskalation und um konstruktive Beschlüsse für die Organisation. Es gab eine Einigung auf die Fortsetzung der Arbeit der beiden Betriebsgruppen sowie der Jugendgruppe; die Unigruppe wurde in eine zweite Jugendgruppe umgewandelt, die sich vor allem auf Berufsschulen und berufsbildende höhere Schulen orientieren sollte. Die neue Leitung bestand aus Jansa, Wegner und dem jungen Bernd Albrecht. Mit großer Mehrheit wurde ein Antrag angenommen, wonach sich „die gesamte Organisation weg von der links-studentischen Subkultur und hin zur ArbeiterInnenklasse bewegen“ müsse. Das bedeute „nicht nur abstrakt-politische Einsichten, sondern auch persönliche Konsequenzen in Lebensstil und politischer Aktivität sowie verstärkte individuelle Auseinandersetzung mit ArbeiterInnen“.[654] Auf einer im März stattfindenden Mitgliederversammlung wurde schließlich ein in diese Richtung gehendes ausführliche-

[654] 5. Konferenz der RSO: Beschlüsse zu Bilanz und Perspektiven, internes Bulletin 43, Februar 2011

res Papier von Wegner und Weissel, die ja lange gemeinsam in diese Richtung gearbeitet hatten, vorlegt und mit großer Mehrheit angenommen.

Gleichzeitig war es auf dieser Mitgliederversammlung, auch vor dem Hintergrund einer massiven Repression des Managements gegen die Intervention der Betriebsgruppe 2, erneut zu einem Konflikt um digitale Kommunikation und Sicherheit gekommen. In der Folge kam es zu weiteren Auseinandersetzungen, die die RSO Wien erneut in eine Krise stürzten. Um die ehemalige Leitung (Hoorn, Saloschin, Weissel) und Wolf bildete sich schließlich die Tendenz 1. Als Reaktion darauf formierten Grabke, Hoffmann, Jansa, Jovanovic, Pachinger und Wegner die Tendenz 2. Ein Konfliktpunkt war die Frage, ob es in der RSO eine Reproduktion von klassenunterdrückerischen Mechanismen des Kapitalismus gebe, was die (rein studentische) T1 verneinte, die T2 hingegen bejahte. Vor allem aber ging es immer stärker darum, wie die Ausrichtung auf Betriebsarbeiter/innen zu konkretisieren sei: Die T2 verlangte einen Bruch mit der linken Szene und ihren Sitten (genannt wurden da unter anderem Selbstdarstellung, Aufschneiderei, Überheblichkeit),[655] was von der T1, zunehmend unterstützt von Horvath und dann vor allem von Bonvalot, zurückgewiesen wurde.[656]



Von Mai bis August 2011 gingen die Papiere hin und her. Während die Interventionen in den beiden Betrieben und im Jugendbereich weiter liefen, kam die Publikationstätigkeit ziemlich zum Erliegen (lediglich eine Broschüre von Scharinger zur Roma-Frage war im Februar erschienen) und war das Organisationsleben zunehmend von den Richtungskämpfen überschattet. Wie oft in solchen Fällen gingen sie, bereits seit dem Winter, mit persönlichen Konflikten einher. Das Entscheidende, was seit Ende 2010 passiert war, war ein Bruch in der bisherigen Mehrheitsströmung der RSO. Während Saloschin im Zuge der persönlichen Auseinandersetzungen bereits im Frühjahr aus der RSO austrat, standen Weissel und Wolf (gegen ihre bisherigen innerorganisatorischen Mitstreiter/innen) nun in einem Block mit Bonvalot und Horvath. Durch ihren persönlich-politischen Einfluss auf die (überwiegend jugendkulturelle) Berliner Ortsgruppe, die immerhin knapp 30 Prozent der Mitglieder stellte, und jüngere Genoss/inn/en in Wien hatten sie so in der Gesamtorganisation tendenziell eine Mehrheit gegen die T2. Hatte dieser neue Mehrheitsblock anfänglich kaum eine politische Basis, so bewegten sich Weissel und Bonvalot im Sommer 2011 immer mehr aufeinander zu, vor allem entwickelte Weissel wieder einen positiveren Blick auf die linke Szene. Und auch bezüglich Betriebsarbeit dachten die beiden eine Betriebsrats-

[655] T2: Wo wir stehen und wohin wir wollen, internes Bulletin 45, Juli 2011

[656] Bonvalot, Horvath, Weissel: Resolutionsentwurf zur Linken, internes Bulletin 47 B, September 2011

kandidatur an, um über einen Funktionärsposten intervenieren zu können; das war real eine Rückkehr zu Bonvalots alten Positionen im Vorfeld der Gründung der RSO.

Im Sommer 2011 war die Situation schließlich politisch und stimmungsmäßig ziemlich verfahren. Frustrationen waren auf beiden Seiten hoch, vor allem Mitglieder der Mehrheit zogen sich immer wieder monatelang von der Aktivität zurück. In dieser Lage schlug die T2, der sich inzwischen etliche weitere Genoss/inn/en angeschlossen hatten, die von Scharinger kritisch unterstützt wurde und die die deutliche Mehrheit der Aktivist/inn/en der beiden Betriebsgruppen stellte, eine zeitweilige so genannte „Entflechtung" vor. Gemeint war ein vorübergehend föderaleres Funktionieren, wo beide Seiten in bestimmten Arbeitsbereichen teilautonom ihre Konzepte ausprobieren sollten, um nach einiger Zeit (und mit gewissem Abstand zu den Konflikten) gemeinsam zu bilanzieren. Als das vom Block um Bonvalot und Weissel abgelehnt wurde, er dabei kollektive Unterstützung der Berliner Ortsgruppe (die keine Diskussion mit der T2 abgewartet hatte) bekam und dadurch die Mehrheitsverhältnisse definitiv waren, entschied sich die T2 Ende September 2011 für den Bruch mit der RSO.

Die T2 war der Ansicht, dass die RSO gegenüber AGM und AL ein Fortschritt war, nämlich in Bezug auf das Niveau des Engagements und auf den Kurs im Organisationsaufbau. Die Entwicklung sei zwar in die richtige Richtung gegangen, müsse aber noch deutlich weiter gehen. Erst ein wirklicher Bruch mit der linken Szene und der dortigen abgehobenen Subkultur-Mentalität sei die Basis für den Aufbau einer revolutionären Organisation in der Arbeiter/innen/klasse. Im September wurde das eigene Verständnis noch einmal ausführlich zusammengefasst.[657] Bei den Positionen der T2 ist sicherlich auch ein gewisser Einfluss der französischen *Lutte Ouvriere* (LO) festzustellen, mit der die RSO seit Jahren in einem Austausch gestanden war und an deren Konzepten von Betriebsarbeit und Organisationsaufbau sich die T2, trotz Differenzen in anderen politischen Fragen, zu guten Teilen orientierte. Jedenfalls war die T2 nicht bereit, die eigene Arbeit in diese Richtung einer Mehrheit der RSO unterzuordnen, zumal das gegenseitige Vertrauen weitgehend erodiert war.

Die Spaltung der RSO Wien war einerseits eine politische Spaltung um die Frage, wie der Organisationsaufbau in der Praxis weitergehen sollte. Auch Teile der Genoss/inn/en, die eigentlich für eine Vertiefung der Betriebsausrichtung eingetreten waren, waren schlussendlich nicht bereit, der von der T2 vorangetriebenen Konkretisierung dieses Anspruches zu folgen. Das äußerte sich auch in einer partiellen Reorientierung auf die linke Szene. Soweit ein klares Konzept erkennbar war, sah es bei der RSO-Mehrheit nach einer Kombination von Betriebsintervention mit linker Bündnispolitik aus – ein Konzept, das auch gut zum Ansatz von *L´Etincelle* (der ehemaligen Minderheit in der LO) passt, die sich in Frankreich am diffus linken Projekt *Nouveau Parti anticapitaliste* (NPA, Neue Antikapitalistische Partei) beteiligt. Dementsprechend hatte die RSO-Mehrheit auch explizite Sympathien für *L´Etincelle* (und ihre Schwestergruppe *Sozialistische Arbeiterstimme* in Berlin). In gewisser Weise war der Bruch in der RSO aber wohl auch ein sozial-kultureller Bruch zwischen denjenigen, die persönlich stark in der studentisch-dominierten linken Szene verankert sind,

[657] T2: Für eine proletarische Organisation, internes Bulletin 47 B, September 2011

und denjenigen, die damit nicht viel am Hut haben, darunter die meisten proletarischen Genoss/inn/en.

Für die RSO stellte der Austritt der T2 sicherlich einen schweren Rückschlag dar. Ziemlich genau die Hälfte der real aktiven Genoss/inn/en in Wien war damit für die eigene Organisation verloren, darunter die Mehrzahl der erfahrenen Mitglieder, die deutliche Mehrheit der Betriebsinterventionist/inn/en und proletarischen Genoss/inn/en sowie de facto alle Betriebskontakte. Die RSO wurde damit in Wien von (neben Funke, SLP und Linkswende) einer der größeren Strömungen mit trotzkistischem Anspruch zu einer der kleineren (neben LSR/ASt, RKOB und SOAL). Immerhin blieben ihr die Berliner Ortsgruppe, die nun etwa die gleiche Größe hat wie die Rest-RSO in Wien, sowie einzelne Genoss/inn/en in Zürich und Manchester.

Trotz des massiven Kaderverlustes verfügt die RSO in Wien sicherlich weiter über einen Kern von Aktivist/inn/en, die das Überleben der Gruppe ermöglichen können. Bonvalot, Horvath, Weissel und Wolf sind jahrelang engagierte und gut organisierte Aktivisten, um die sich die RSO neu formieren kann; allerdings wird wohl einiges auf sie zukommen. In Berlin existiert eine engagierte Ortsgruppe aus jungen, aber wenig erfahrenen Aktivist/inn/en und auch in Wien ist, wenn auch der vielleicht wichtigste Jugendaktivist mit der T2 gegangen ist, der Großteil der studentischen und Jugendperipherie erhalten geblieben. Die Koordinierung, Schulung und Stabilisierung dieser jungen Basis in Wien und Berlin wird für die wenigen erfahreneren Aktivist/inn/en wohl eine große Herausforderung werden.



WIDERSTAND

rso jugend

Sozialistisches Infoblatt für SchülerInnen und Lehrlinge, Nr. 12 /// 1/2012

Rassismus gemeinsam bekämpfen!

Rassismus ist allgegenwärtig. Ob auf der Straße, in der Schule oder im Beruf – wir begegnen ihm ständig, ob wir ihn nur beobachten oder selbst davon betroffen sind. In der Öffentlichkeit wird er nicht selten durch Medien wie Heute, Österreich und Krone verbreitet, die sich immer wieder darum bemühen Nationalismus oder Rassismus zu schüren, wie sich kürzlich auch bei der offenen Hetze gegen „die GriechInnen" zeigte.

Die Politik

Auch die Rolle der Politik ist wesentlich für das rassistische Klima, in dem wir leben. Die vielzitierten rassistischen und ausländerfeindlichen Kommentare aus den Reihen der FPÖ sind allerdings nur die Spitze des Eisbergs, wenn man bedenkt, dass auch andere Parteien bei dieser Politik mitspielen. Während die ÖVP seit Jahren das Innenministerium kontrolliert und täglich Menschen von der Fremdenpolizei in Schubhaft stecken und Abschiebungen durchführen lässt, so kann sie das nur, weil die Sozialdemokratie die Gesetze durch die gemeinsame Mehrheit mit beschlossen hat.

Die Medien

Den Zuspruch der Bevölkerung sichert man sich dann dadurch, indem man Feindbilder erschafft. Wie oft ist die Rede von „schwarzen Drogendealern" oder „migrantischen Jugendbanden"? Oder: „Die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg". Diese Hetze in den Massenzeitungen mit falschen Informationen und verkürzten Erklärungen lenkt die Wut der Menschen weg von den Reichen und Mächtigen hin zu diesen Feindbildern.

Für das kapitalistische System kann Rassismus sogar gut sein: Erstens profitiert das Kapital von einer Schicht rechtloser und über-ausgebeuteter MigrantInnen. Zweitens kann Rassismus dafür verwendet werden, die arbeitenden Menschen zu spalten und gegeneinander aufzuhetzen – damit sie nicht gemeinsam für ihre Interessen eintreten und kämpfen.

Die Polizei

Auch das gewaltsame Handeln der Polizei bringt den gesellschaftlich weit verbreiten Rassismus ans Licht, wie uns unter anderem der Fall eines afroamerikanischen Lehrers zeigte. Dieser wurde von der Polizei fälschlicherweise für einen Dealer gehalten und in der U-Bahn verprügelt. Der wohl bekannteste Fall von rassistisch motivierter Polizeigewalt ist der des Marcus Omofuma, welcher bei einer Abschiebung geknebelt und gefesselt wurde und infolge dieser Brutalität erstickte. Die unlängst bekannt gewordenen Nazimorde in Deutschland zeigen ebenfalls unmissverständlich, wie der Staat und seine Behörden imstande sind wegzusehen, ja sogar FaschistInnen zu schützen.

Sage NEIN!

Diesen Schutz genießen in Österreich jedes Jahr namhafte Rechtsextreme (bspw. Strache) beim WKR-Ball, dem Jahresevent der rechts-außen Burschenschaften. Während Rechtsextreme und Nazis fröhlich das Tanzbein schwingen, tauschen die PolizistInnen dieses gegen die Knüppel und lassen die GegendemonstrantInnen den prügelnden Arm des Gesetzes spüren. Der Staat zeigt wo er steht – nämlich nicht auf der Seite der AntifaschistInnen, sondern der RassistInnen. Genau wegen diesem Umstand ist es wichtig, hartnäckig zu bleiben und dennoch auf den Gegendemonstrationen laut und deutlich zu zeigen, dass wir immer und überall solidarisch gegen Rassismus, Faschismus und andere Unterdrückungsformen kämpfen!

ABC DES WIDERSTANDS

Teil 8: Faschismus und Rechtsextremismus

FPÖ, NPD, Neonazis, Rechtsextremismus, Faschismus... ist das alles das gleiche? Es gibt Ähnlichkeiten, aber auch wichtige Unterschiede.

Das Ziel von faschistischen Kräften ist es, durch einen Putsch eine Diktatur einzuführen. Als Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele setzen sie besonders auf Straßenmobilisierungen und Gewalt statt auf Wahlen. Besondere Gefahr stellen sie heute für Linke, MigrantInnen und Homosexuelle dar. Beispiele für faschistische Organisationen wären die NPD in Deutschland oder kleinere Gruppen wie der BFJ oder die Burschenschaft Olympia in Österreich. In der Geschichte haben große Teile der KapitalistInnen immer wieder faschistische Bewegungen (auch finanziell) unterstützt – um eine starke Arbeiter-Innenbewegung zu zerschlagen (Bsp.: 1920er-Jahre in Italien oder 1930er in Deutschland).

Rechtsextreme Parteien wie die FPÖ wollen im Gegensatz dazu im Rahmen der bürgerlichen Demokratie ihre Ziele umsetzen. Für sie sind Wahlen wichtiger als Mobilisierungen auf der Straße. Das bedeutet aber nicht, dass sie heute weniger gefährlich sind. Durch ihre Hetze können sie einen Rechtsruck in Politik und Gesellschaft bewirken. Sie können auch Proteststimmen bündeln und die Leute, die über die soziale Lage wütend sind, gegen Sündenböcke wie „die Ausländer" aufhetzen. Verschärfungen von Asylgesetzen und Fremdenrecht sind für viele MigrantInnen heute ein größeres Problem als Gewalt von FaschistInnen.

Seit der Spaltung Ende September ist die RSO-Jugendarbeit in Wien und Berlin weitergelaufen. Die RSO-Betriebsinterventionen sind angesichts der Austritte und des Verlustes der Betriebskontakte vorerst zum Erliegen gekommen; zumindest gab es bis zum Jahreswechsel 2011/12 keine diesbezüglichen Aktivitäten. Dennoch existiert weiterhin eine RSO-Betriebsgruppe (aus den verbliebenen Resten der beiden Betriebsgruppen und vermutlich einzelnen aus der ehemaligen Unigruppe), die wohl auf der Suche oder in Vorbereitung eines neuen Interventionsfeldes ist; der Anspruch in diese Richtung besteht definitiv weiterhin.

Ansonsten war die Rest-RSO in den letzten Monaten nach eigenen Angaben stark damit beschäftigt, die Ereignisse des vergangenen Jahres aufzuarbeiten. Eine entscheidende Frage für die Zukunft der Organisation wird sicherlich sein, auf welcher politischen Basis die Neuformierung stattfindet. Ist der Block zwischen Weissel und Bonvalot, der sich gegen die T2 zusammengefunden hat, eine tragfähige Grundlage für die weitere Entwicklung? Wird das Konzept von Be-

triebsintervention, wie es von der AGM entworfen und von der bisherigen RSO in ersten Schritten umgesetzt wurde, durch einen neuen Ansatz (den alten von Bonvalot?) ersetzt? Ist die Formel „etwas Betriebsintervention plus Ausrichtung auf die Linke“ ein ausreichendes politisches Profil, das die RSO von anderen Ansätzen unterscheidet? Kann mit dem kleinen Kaderkern ausreichend politische Substanz und Stabilität entwickelt werden oder kommt es zu einer Rückentwicklung zu einer Art *AL plus*? Die Antworten auf diese Fragen werden vermutlich die nächsten ein bis zwei Jahre geben.

Die Genoss/inn/en der T2, die Hälfte der bisher in der RSO Wien Aktiven, haben sich unmittelbar nach ihrem Austritt eigenständig formiert – als *Organisation arbeiter.innen.kampf* (ARKA). Zu den ehemaligen Tendenzmitgliedern kamen gleich bei der Gründung noch einige weitere Aktivist/inn/en, die bisher im Umfeld waren, sowie einige betriebliche und jugendliche Kontakte und als Unterstützer/innen etwa Scharinger oder Julia Horvath. Der Großteil der früheren AGM-Mitglieder fand sich so in der ARKA wieder, nämlich Grabke, Julia Horvath, Jovanovic, Pachinger, Scharinger und Wegner. Aber auch von den noch aktiven früheren AL-Mitgliedern beteiligte sich knapp die Hälfte nun an der ARKA, nämlich Barbara Gruber, Hoffmann und Monika P. Dementsprechend verfügte die neue Organisation von Anfang an über relativ viele erfahrene Mitglieder. Dazu kamen aber auch einige, die erst kürzer bei der RSO waren, etwa Adriane Jansa und etliche andere. Die meisten der ARKA-Mitglieder sind berufstätig, etliche davon in proletarischen Berufen. In und um die Organisation gab es aber auch seit Beginn einige Jugendliche.



arbeiterinnenkampf

Streik bis zum Sieg!

Jahrelang sind die Preise mehr gestiegen als die Löhne. Gleichzeitig sind die Profite der Konzerne und die Gehälter des Managements deutlich gestiegen. Höchste Zeit also, dass wir uns das nicht länger bieten lassen!

Die Firmen der Metallindustrie haben allein im letzten Jahr etwa 2,5 Milliarden Euro an Gewinnen an Eigentümer/innen und Aktionär/innen ausgeschüttet. Finanziert wird das von uns, der Masse der Lohnabhängigen. Der Arbeitsdruck ist immer mehr gestiegen. Die Lohnerhöhungen lagen in den letzten Jahren unter der Inflationsrate. Die Folge: Wohnen und Heizen werden immer teurer. Das gleiche gilt fürs Einkaufen und Tanken.

Jetzt gibt es endlich Kampfmaßnahmen. Und Streiks sind ohnehin die einzige Sprache, die die Herrschaften in den Chefetagen verstehen. Denn Streiks betreffen ihre Profite und das ist das, was die Kapitalist/inn/en interessiert.

Die Arbeitsniederlegungen der letzten Tage haben die Kraft der Arbeiter und Arbeiterinnen gezeigt. Jetzt kommt es darauf an, nicht nachzulassen. Nur wenn die Basis entschlossen ist und ordentlich Druck macht, wird die Gewerkschaftsführung nicht vorzeitig in die Knie gehen und keine faulen Kompromisse machen.

Wenn wir jetzt konsequent weiter kämpfen, können wir die 5,5%-Lohnerhöhung erreichen. Wichtig ist auch, dass für die Leiharbeiter/innen bessere Löhne und Arbeitsbedingungen durchgesetzt werden – damit uns die Chefs nicht so leicht gegeneinander ausspielen können

Beim jetzigen Arbeitskampf geht es aber nicht nur um eine Lohnerhöhung. Der Kapitalismus befindet sich in der größten Krise seit vielen Jahrzehnten. In ganz Europa versuchen die Banken, Konzerne und ihre Politiker/innen, diese Krise auf die Arbeiter/innen abzuwälzen. Das steht auch in Österreich bevor.

Wenn wir jetzt mit diesem Streik einen Sieg erreichen, dann zeigen wir den Herrschaften in den Chefetagen, dass sie mit uns nicht alles machen können. Wir demonstrieren mit diesem Kampf unsere Kraft. Ein entschlossener Streik jetzt schafft uns auch eine bessere Startposition für bevorstehende Auseinandersetzungen. Deshalb:

Lohnerhöhung von mindestens 5,5%!
Entgeltfortzahlung für die Streikenden!
Den Streik konsequent fortsetzen!
Für kämpferische Gewerkschaften!
Druck von der Basis aufbauen!

Organisation arbeiterinnenkampf

arbeiterinnenkampf ist eine antikapitalistische sozialistische Organisation. Wir organisieren uns als Lohnabhängige zur kämpferischen Durchsetzung unserer Interessen gegen Kapitalist/inne/en und Chefs. In Wien arbeiten wir in verschiedenen Großbetrieben in diese Richtung. Wenn du daran interessiert bist oder einfach einmal mit uns reden willst, dann melde dich unter: arka.org@gmx.at oder ARKA, Pf. 62, 1152 Wien

Imp.: MVH: ARKA, Pf. 62, 1152 Wien, Verlagsort: Wien, Druck: Eigenvervielfältigung



arbeiterinnenkampf

vormals Stromstärke

von KollegInnen für KollegInnen bei Wienstrom — Nummer 4 / Jänner 2012

ArbeiterInnen aller Länder — vereinigen wir uns! (nach Karl Marx)

Spekulation, Rating Agenturen, „Schuldenbremse“

Banken enteignen! Börsen schließen!

Vor drei Jahren hat das Finanzsystem die Weltwirtschaftskrise ausgelöst. Die Banken wurden damals aus Steuermitteln gerettet. Jetzt sind es dieselben Banker/innen, Spekulant/inn/en und Großkapitalist/inn/en, die damit drohen ganze Länder ins Elend zu stürzen, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt werden.

Das ist nichts anderes als Erpressung. Die berüchtigten Rating Agenturen sind an Gewinn orientierte Unternehmen, die letztlich einigen Großbanken gehören. Sie bewerten die Kreditwürdigkeit von Firmen und Staaten. Wenn ein Land nicht ihrem Willen entspricht, wird es abgewertet. Das heißt, es muss für seine Kredite viel höhere Zinsen zahlen.

So haben die Banken und die hinter ihnen stehenden Kapitalist/inn/en aktuell in der EU die so genannte „Schuldenbremse“ durchgesetzt. Das bedeutet, dass den europäischen Lohnabhängigen massive Sparprogramme aufs Auge gedrückt werden, damit weiter genug Geld für „Rettungsschirme“ für die Banken da ist.

Diese Vorgänge zeigen nur zu deutlich, dass die „Marktwirtschaft“ (anders als in der offiziellen Propaganda behauptet wird) nichts mit Demokratie zu tun hat. Real gibt es eine Diktatur der Finanzmärkte. Einige Großkapitalist/inn/en bestimmen mit ihren Rating Agenturen über Wirtschaft und Politik. Die Politiker/innen richten sich nach ihren Wünschen als wären es göttliche Vorgaben.

Ursachen

Dass es überhaupt eine Weltwirtschaftskrise gibt, liegt am Chaos des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Die Gesellschaften Europas oder der Welt sind seit dem Krisenausbruch 2008 ja nicht schwächer geworden. Sie haben weiterhin dasselbe Potential, Güter zu produzieren und sich mit Dienstleistungen zu versorgen.

Das Problem liegt darin, dass es im Kapitalismus nicht um die Bedürfnisse von Menschen (Wohnen, Essen, Gesundheit, Verkehr…) geht, sondern um den Profit einer kleinen Minderheit. Wenn diese Superreichen nicht mehr wissen, wo sie ihr Kapital anlegen sollen, wenn sie bei ihren Investitionen weniger Gewinn herausbekommen, dann gibt es eine Krise.

In der Folge wird mehr spekuliert. Auch Firmen wie etwa Siemens machten jahrelang mehr Profit an den Börsen als mit ihren Produkten. In der Krise wird Kapital vernichtet. Manche Firmen gehen pleite. Lohnabhängige verlieren ihre Jobs, andere müssen um ihre Jobs fürchten. Löhne werden gesenkt und die Arbeitsbedingungen verschlechtert. Und dann wollen sie uns auch noch einreden, dass das ein super Wirtschaftssystem ist!

Dass sich die einzelnen Regierungen und die EU gefallen lassen, dass sie von den Rating Agenturen am Nasenring herumgeführt werden, ist wenig verwunderlich. Im Kapitalismus sind die Regierungen immer Handlanger der herrschenden Klasse. Sowohl in der EU als auch im österreichischen Parlament haben die Kapitalist/inn/en mit ihrem Geld und ihren Beziehungen viel mehr Einfluss als die Lohnabhängigen.

Was tun?

Was aber ist die Alternative zum gegenwärtigen kapitalistischen Alptraum? Wir meinen, es ist für die riesige Mehrheit der Menschheit notwendig, die Macht des Finanzkapitals zu brechen. Wir sind für die Schließung der Börsen, um die dortigen Machenschaften auf unsere Kosten zu beenden. Wir sind für die entschädigungslose Enteignung der Banken. Stattdessen wollen wir eine einzige staatliche Bank unter Kontrolle der Lohnabhängigen, eine Bank, die unsere Ersparnisse verwahrt und Kredite gibt, ohne sich selbst zu bereichern.

Manche werden sagen, dass das ja die „freie Marktwirtschaft“ in Frage stellt. Stimmt! Aber der Kapitalismus ist ja kein Naturgesetz. Er ist von Menschen gemacht und ebenso wie frühere Wirtschaftssysteme kann er durch ein neues System ersetzt werden. Ein System, das der Befriedigung der Bedürfnisse der Gesellschaft dient und nicht dem Profit einiger weniger.

Andere werden sagen, dass unsere Vorschläge zwar gut sind, dass sich die Banken und andere Kapitalgruppen das nicht so einfach gefallen lassen würden. Das stimmt ebenfalls: Sie würden ihren Reichtum, ihren Staat und ihre Medien einsetzen, um das zu verhindern. Und auf irgendwelche offiziellen Politiker/innen brauchen wir auch nicht hoffen. Die Befreiung der Arbeiter/innen kann nur das Werk der Arbeiter/innen selbst sein.

Und unsere Klasse, die Lohnabhängigen, sind die riesige Mehrheit in der Gesellschaft. Wenn wir uns zusammentun und konsequent für unsere Interessen eintreten, kann uns keine Macht der Welt aufhalten. Dazu ist es notwendig, dass wir uns organisieren. Dabei kann jede/r einen Beitrag leisten.

Deine Hilfe ist gefragt!

Das regelmäßige Flugblatt lebt von den Kolleg/inn/en bei Wienstrom. Wenn es dir gefällt, dann gib es doch weiter. Was soll in der nächsten Ausgabe stehen? Was sollen die Kolleg/inn/en wissen?

Schreib uns an: arka.org@gmx.at oder an **arka, Pf. 62, 1152 Wien**

Die Organisation ARKA hat sich anfänglich nicht darum gekümmert, sich der linken Öffentlichkeit zu präsentieren. Stattdessen wurden die beiden Betriebsinterventionen aus RSO-Zeiten fortgesetzt und teilweise intensiviert. Außerdem gelang es bereits nach wenigen Wochen, eine eigene Jugendgruppe zu formieren, die sich anfangs stark auf Schulungstätigkeit konzentrierte. Zu diesen drei Bereichen in Wien kommen noch einzelne Unterstützer/innen in der Schweiz und am Balkan. Zum Jahresabschluss 2011 hatte der ARKA erstmals ein halböffentliches Treffen für sein betriebliches und jugendliches Umfeld, einen Vortrag „zur kapitalistischen Krise und den Antworten der Arbeiter/innen/klasse“ mit anschließender Feier.

Mit der neuen Organisation haben die ehemalige T2 und ihr Umfeld nun die Möglichkeit, ihr Konzept in die Praxis umzusetzen. Der Anspruch ist, die politisch-theoretische Tradition von AGM/RSO fortzusetzen und die Ansätze der RSO Richtung Betriebsarbeit zu vertiefen. Der ARKA will die Organisation in der Arbeiter/innen/klasse, durch eine politische Intervention in Großbetrieben, aufbauen und das auf einem tiefgehenden marxistischen Fundament tun. Aktivist/inn/en sollen einerseits inhaltlich-theoretisch ausgebildet werden, andererseits von Anfang an mit einer Ausrichtung auf die Arbeiter/innen/klasse. Angestrebt wird außerdem eine entsprechende andere Mentalität, die sich von der schrillen Selbstinszenierung der linken Szene grundlegend unterscheiden soll.[658] All das ist sicher keine leichte Aufgabe, denn in Österreich sind nicht nur revolutionäre Kräfte relativ schwach, sondern gibt es auch kaum eine Tradition revolutionärer Arbeit in den Betrieben, an der angeknüpft werden könnte. Auch wenn die Resonanz auf die Betriebsinterventionen der ARKA durchaus ermutigend ist, so muss bei diesem neuen Ansatz doch vieles erst selbst erarbeitet werden. Die neue Organisation ist auch klein und muss darauf achten, dass neben den Betriebsinterventionen genug Raum für inhaltlich-politische Ausbildung bleibt. Ob all diese Ziele erreicht werden können, wird die Zukunft zeigen.

[658] Zusammengefasst sind die Positionen in: ARKA: Für eine revolutionäre Arbeiter/innen/organisation, Oktober 2011

Interviews und Erinnerungen

Vorbemerkung

Die nachstehenden Interviews und Erinnerungen wurden aus der Nummer 10 unserer *Marxismus*-Reihe übernommen. Wir hatten dort versucht, das von der Geschichte des österreichischen Trotzkismus gezeichnete Bild zu illustrieren und zu ergänzen. Zu diesem Zweck veröffentlichten wir eine Reihe von Interviews mit älteren Genoss/inn/en, durch die vor allem die Zeitspanne ihrer revolutionären Tätigkeit von Anfang der 1930er Jahre bis in die 1960er Jahre beleuchtet wurde.

Da die Interviews unterschiedlich ausführlich angelegt waren, wurden sie für die Publikation von Manfred Scharinger, Eric Wegner und Paul Roth in unterschiedlichem Ausmaß gekürzt. Dabei wurde klarerweise darauf geachtet, dass keine inhaltliche Verfälschung der persönlichen Sichtweisen der interviewten Genoss/inn/en entstand.

Die Erinnerungen Franz Modliks hatten einen anderen Charakter als die Gespräche mit den anderen älteren Genoss/inn/en. Bei diesen von Modlik 1971 selbst verfassten Texten handelte es sich um eine Mischung von persönlich-politischen Erinnerungen und dem Versuch eines kurzen Überblicks über den österreichischen Trotzkismus, der allerdings stark von seinem Standpunkt geprägt ist. Dabei ist generell sowohl bei Modliks Texten als auch bei den Interviews mit den anderen Genoss/inn/en zu beachten, dass sie ohne systematische Zuhilfenahme von Quellenmaterial entstanden sind.

Die Interviews und Erinnerungen ergänzen die Darstellung zur Geschichte des österreichischen Trotzkismus also aus der Sicht der persönlichen Erfahrungen der beteiligten Genoss/inn/en, von denen heute niemand mehr am Leben ist. Da *Marxismus* Nummer 10 vergriffen ist, haben wir uns entschlossen, die Beiträge hier wieder aufzunehmen. Die Interviews und Erinnerungen wurden inhaltlich natürlich nicht verändert, wir haben lediglich offenkundige Fehler korrigiert und die Beiträge der neuen Rechtschreibung angepasst.

Interview mit Franz Drexler

Das Interview führte Eric Wegner am 24.6.1994, transkribiert wurde es von Manfred Scharinger.

Eine kurze biographische Notiz: Genosse Franz Drexler, geboren 1912, gelernter Schriftsetzer, später Metallarbeiter und Gemeindebediensteter; Arbeiterturner und Schutzbündler, schloss sich 1934 dem „Kampfbund“ an, Widerstand gegen Austrofaschismus und Nationalsozialismus. Nach 1945 führende Rolle im österreichischen Trotzkismus, ab Anfang der 1960er Jahre Tätigkeit als Linker in der SPÖ. Seine internen Namen waren Moser und Sachs. Bis zu seinem Tod am 28. Mai 2005 war Franz Drexler Unterstützer der *Arbeitsgruppe Marxismus*.

Zuerst würde mich interessieren, wann und wo Du geboren bist, das soziale Umfeld, das Elternhaus.

Geboren bin ich in Wien, und ich komme aus dem Arbeitermilieu. Mein Vater war einer der Gründer des Arbeiterbildungsvereines Landstraße vor dem Ersten Weltkrieg – ein alter Sozialdemokrat. Und ich bin im sozialdemokratischen Milieu aufgewachsen, besonders im Arbeiterturnverein: Ich war ein sehr engagiertes Mitglied des Arbeiterturnvereins Landstraße. Mein Vater war Tischler, später Werkmeister.

Du bist also schon in jungen Jahren durch das Elternhaus mit der Arbeiterbewegung in Berührung gewesen. Und ist dann zu Hause bei Euch politisch diskutiert worden?

Ja, was ich mich erinnern kann, in den zwanziger Jahren, so ab 1922, da war ich zehn Jahre alt, ich bin ja 1912 geboren. Im Rahmen des Milieus meiner Eltern ist schon viel diskutiert worden. Und da wurde meist ohne viel Kritik die sozialdemokratische Politik akzeptiert. Fast bis 1934. Mein Vater war aber nicht Funktionär der SP, sondern nur des Arbeitergesangvereins Landstraße. Aber diese Kulturvereine hatten damals ja eine sehr große Bedeutung, die soll man nicht unterschätzen. Und der Arbeiterturnverein war streng getrennt von allen anderen Sportbewegungen – das gibt’s ja heute nicht mehr!



1. Mai 1926
Drexlers Vater 2. von links

Ich hab' zum Beispiel Wasserball gespielt, und wenn wir ‚illegal' im Dianabad gegen einen bürgerlichen Verein gespielt haben, ist uns das vorgehalten worden. Das kann man sich ja heute gar nicht mehr vorstellen, alle diese Kultur- und Sportvereine waren sozialdemokratisch. Man darf ja außerdem nicht vergessen, die KP hat ja keinen Einfluss gehabt! Ich kann mich fast nicht auf KP-Aktivitäten erinnern – außer 1934. Die KP hatte ja damals nur wenige tausend Mitglieder gehabt.

Und kannst Du Dich noch an Deine schulische Situation erinnern? Ist da politisiert worden?

Ich kann mich da an eine Situation erinnern: 1926 bin ich als Schriftsetzerlehrling – ich habe die Schriftsetzerlehre gemacht – in die Berufsschule in die Mollardgasse gegangen. Und dort wurde gesammelt für die britischen Arbeiter, für die Bergarbeiter und den englischen Generalstreik. Das war mein erster Kontakt mit der internationalen Politik. Und da hat's schon junge Leute gegeben, Vertrauenspersonen, die dafür politisch eingetreten sind.

Wir sind jetzt also schon Mitte der zwanziger Jahre. Kannst Du Dich noch erinnern, wie Du das Jahr 1927 erlebt hast?

Da kann ich mich noch genau erinnern! Es war am 15. Juli, ich war mit einer „Lehrlingsaktion" in Fischau. Da hat's Lehrlingserholungsheime gegeben, damals hat's für Lehrlinge bis zum 16. Lebensjahr 14 Tage und dann nur mehr 8 Tage Urlaube gegeben. Wenn man aber in so ein Heim gegangen ist, hat man vier Wochen Urlaub gehabt! Das war für uns eine große Sache.

Und gerade am 15. Juli war ich in diesem Lehrlingserholungsheim. Und wie ich am Morgen hinausgehen wollte, steht vor dem Eingang die Heimwehr mit aufgepflanztem Gewehr und einem in Stellung gebrachten Maschinengewehr. Die haben vor uns Lehrlingen Angst gehabt, anders kann man sich das nicht erklären! Ich hab' wie die anderen Lehrlinge da den 15. Juli also über Radio in Fischau miterlebt.

Und was habt Ihr da untereinander diskutiert?

Es ist zum ersten Mal vom Verrat gesprochen worden – zumindest ist mir das erste Mal das Wort Verrat aufgefallen, wenn es um die sozialdemokratischen Führer gegangen ist. „Man hätte sollen das durchziehen", „Man hätte sollen das Justizministerium stürmen" – das waren die Reaktionen. Die Aktion von Seitz, der im Feuerwehrauto gekommen ist und die Leute beruhigen wollte, ist wahrscheinlich mehrheitlich von uns ganz Jungen abgelehnt worden.

Und wie Du dann wieder nach Wien gekommen bist, wie hat das dann Deine Familie gesehen?

Auch sehr kritisch. Nicht nur die Eltern, auch die Verwandten – die meisten Verwandten waren ja auch sozialdemokratisch gesinnt. Man hätte sollen revolutionärer sein, nicht nachgeben – das war die Stimmung. Von Seiten der Arbeiter war das ja ein Angriff auf die Staatsgewalt, was da am 15. Juli stattgefunden hat. Vom Standpunkt der SP-Führung war es aber eine Verteidigung der Staatsgewalt! Also ein völliger Gegensatz.

Ihr habt also schon in dieser Zeit kritisch das Zurückweichen der Sozialdemokratie betrachtet?

Ja, das stimmt. Obwohl ich ehrlich sagen muss: Im Turnverein ist nur am Rande politisiert worden! Bei mir hat die Politik erst so richtig nach dem Februar 1934 begonnen, da war ich dann 22 Jahre alt.

Und wie hast Du vor 1934 die Konfrontation Arbeiterbewegung – Heimwehr erlebt?

Ich habe damals in der Baumgasse gewohnt. Und nicht weit davon war das Heim des Schutzbundes. Damals hat's dann demonstrative Aufmärsche des Schutzbundes gegeben. Und der Schutzbund ist aufgetreten, wie wenn er in den Krieg gezogen wäre, die Schutzbündler haben Lebensmittel gefasst und sind dann zu den Aufmärschen gegangen. Diese Aufmärsche waren dann oft Gegenveranstaltungen zur Heimwehr, zum Beispiel in Wiener Neustadt. Ich war dann auch, aber erst später, an solchen Aufmärschen beteiligt. Denn ich bin dann Wehrturner vom Schutzbund geworden. Die Wehrturner, das waren die Elitetruppen des Schutzbundes, die Alarmkompagnien, die als erste drankommen sind.

Wann war das, wie Du zum Schutzbund gekommen bist?

Ich glaube, das war 1931 oder 1932. Und dann ab 1933 war der Schutzbund ja schon verboten, dann war er ja nur mehr illegal.

Und wie war Deine berufliche Situation in dieser Zeit?

Ich habe Schriftsetzer gelernt – vier Jahre. Und genau die 10 Monate Behaltefrist für Lehrlinge habe ich noch mitgemacht bei der Firma, bei der ich gelernt habe. Das war ein größerer Betrieb, die Druckerei Friedrich Jasper, sie existiert heute nicht mehr. Damals hat sie aber über 100 Beschäftigte gehabt – für eine Druckerei also schon ein größerer Betrieb. Die allermeisten Arbeiter dort waren Sozialdemokraten, und ich bin dann auch mit 18 Jahren in die Partei eingetreten. Zu der Zeit haben die Sozialdemokraten Betriebsorganisationen gehabt. Unser Betrieb war ein Sprengel einer Sektion der SP. Die Arbeiter-Zeitung ist beim Eingang im Stiegenhaus gelegen, und jeder Abonnent hat sich seine Zeitung, wann er in der Früh gekommen ist, genommen. Und dann bin ich nach der Behaltefrist arbeitslos geworden. Nur mehr Gelegenheitsarbeiten, alles außerhalb meines Berufes. So war ich zum Beispiel zwei Saisonen „Badewaschl" bei der Gemeinde Wien.

Und hast Du in der innerparteilichen Debatte in der Sozialdemokratie damals schon zu bestimmten Fragen politische Position bezogen?

Zusammenfassend gesagt, es war ein gewisser Radikalismus, der damals ja ganz allgemein unter den Arbeitslosen existiert hat. Obwohl am Beginn dieser Zeit in meinem Beruf die Arbeitslosigkeit nicht ganz so drückend und katastrophal wie in anderen Bereichen war: Unsere Gewerkschaft, die der Buchdrucker – eine der besten –, hat sogar eine Arbeitslosenunterstützung bezahlt: Ich glaube, es waren fünf Schilling in der Woche. Aber immerhin, das war zumindest etwas. Auch eine Pension hat es gegeben in der Buchdruckergewerkschaft – ich glaube, um die 60 Schilling Alterspension. Die Buchdrucker waren schon so etwas wie eine Elite in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung...

Und wie hast Du die Ausschaltung des Parlaments im März 1933 erlebt?

Ich war damals ja schon beim Schutzbund, bei den Wehrturnern, in Bereitschaft. Da gab's – ich kann mich da noch genau erinnern – endlose Bereitschaften; besonders

wir Arbeitslosen mussten sogar schlafen im Schutzbundheim. Und das hat damit geendet, dass der Schutzbund verboten worden ist – und wir haben dann so als eine Art „Schützenverein“ weiterexistiert. Jeder Mensch hat gewusst, dass das der Schutzbund ist, wir haben dann geheißen „Schützenverein Auerhahn“ oder so ähnlich. Wir haben mit Kleinkalibern geübt.

Von vielen wird das so gesehen, dass der März 1933 eine der letzten Möglichkeiten für die Arbeiterbewegung war, sie wäre damals noch stark genug gewesen. Ist das damals von Euch eigentlich auch so gesehen worden? Ihr wart da immer auf Bereitschaft, und dann ist nichts passiert. Was habt Ihr da gedacht?

Du musst bedenken: Der Schutzbund war rein militärisch organisiert, alles auf der Basis von Befehlen. Wir haben das alle als schwere Niederlage empfunden, wir hätten lieber losgeschlagen. Aber dann ist von der Führung immer gesagt worden: „Das versteht’s Ihr nicht, das Kräfteverhältnis“ usw. Dass das Kräfteverhältnis im 34er Jahr noch viel schlechter war, ist eine andere Sache.

Und bei diesem „Bummel“ am 1. Mai 1933: Warst Du da dabei?

Ja, da war ich dabei. Die Straße war abgesperrt, man konnte nicht in die Stadt hinein – überall war berittene Polizei. Und so sind wir halt die Landstraßer Hauptstraße auf und ab gebummelt. Da hat’s dann kleinere Reibereien gegeben mit den Berittenen. Überhaupt hat die berittene Polizei damals eine große Rolle gespielt.

Wir kommen jetzt schon zum Februar 1934. Wie hast Du da diese Situation erlebt?

Der 12. Februar 1934 war ein Montag. In der Früh haben wir noch die offiziellen Nachrichten gehört, was in Linz passiert ist, der Überfall auf das Arbeiterheim. In Wien am Vormittag haben wir geglaubt, es gibt einen Generalstreik, dabei haben nur einige Arbeiter vom E-Werk die Stromzufuhr unterbrochen, was während des Tages dann repariert worden ist. Und die größte Enttäuschung war für uns, dass die Eisenbahn gefahren ist. Wir haben gedacht, das ist ausgeschlossen; es hat geheißen, sie werden im Fall des Falles nur Transporte für den Schutzbund durchführen.

Am Nachmittag sind wir dann alarmiert worden von unserem Kompaniekommandanten im 3. Bezirk – der war nach 1945 ein wichtiger Mann bei der KP und ist sogar Personalreferent bei den USIA-Betrieben, den sowjetischen Betrieben in Österreich, geworden. Er hat im Hanuschhof gewohnt, wir haben dann in seiner Wohnung Waffen gefasst und sind dann in Richtung Schlachthof gegangen. Dort haben wir dann die ganze Nacht gewartet, und in der Früh ist dann alles abgeblasen worden. Wir haben dann die Waffen dort stehen lassen und haben versucht, nach Hause zu kommen.

Es war ein interessanter Eindruck, der damals am Abend geherrscht hat: Man hat das Gefühl gehabt, der Bezirk gehört dem Schutzbund – es war kein Wachmann zu sehen abends und in der Nacht. Aber nicht auf Grund unserer Stärke, sondern nur wegen der Angst der Polizei. Trotz allem wären bei richtiger Führung auch militärisch selbst damals noch gewisse Chancen gewesen!

Aber in verschiedenen Bereichen ist der Schutzbund nicht einmal alarmiert worden. Wirklich gekämpft ist ja nur in wenigen Gebieten worden!

Was waren, abgesehen von allen persönlichen Folgen, die danach gekommen sind, die politischen Lehren, die aus der Niederlage zu ziehen waren?



Franz Drexler mit seiner Frau Rozsi in der Lobau
Mitte der 1930er Jahre

Ich muss dazusagen, dass ich dann ja schon in Kontakt zum „Kampfbund für die Befreiung der Arbeiterklasse“, also der bei weitem größten revolutionären Organisation damals in Österreich, kam. Der „Kampfbund“ wurde ja kurz nach dem Februar 1934 gegründet am Kahlenberg – von Frey, Babnik und einigen anderen. Ich glaube, es lebt niemand mehr von den Gründern... Und der Kampfbund hat nun Kontakt bekommen zum Schutzbund. Wir haben ja damals weiterexistiert in Zellen, und daraus ist der „parteilose Schutzbund“, der „Autonome Schutzbund“ geworden. Und über diesen „Autonomen Schutzbund“ sind wir dann in Verbindung gekommen mit Frey, der hat ja in Margareten mit dem Schutzbund eine Zeitung herausgegeben. Die Verbindung hat ein gewisser Hofer hergestellt, und Du musst wissen, wir haben die Leitung des „Autonomen Schutzbundes“ nie gesehen und nie gekannt. Und für uns wurde dann allmählich die wirkliche, die reale Leitung für unseren Schutzbund der Kampfbund! Das war ja alles nicht so einfach in der Illegalität!

In welchen Bezirken hatte der Kampfbund dann überhaupt Einfluss im Schutzbund?

Natürlich einmal in Margareten, dann im 3. und in einigen anderen Bezirken.

Und der Kontakt mit dem Kampfbund war Dein erster Kontakt mit dem Trotzkismus?

Ja, obwohl der Kampfbund den Namen Trotzkismus nicht oder nur sehr sparsam verwendet hat. Er hat schon Trotzki gegen Stalin verteidigt, aber es hat ja eine große Aversion zwischen Trotzki und Frey gegeben! Da gibt’s zum Beispiel einen Briefwechsel von Trotzki mit einem österreichischen Arbeiter, Pavelka hat er geheißen. Der war Mitglied bei den „Bolschewiki-Leninisten“, der offiziellen Sektion der Bewegung für die Vierte Internationale in Österreich. Und der versuchte, eine Aussöhnung zwischen Trotzki und Frey zustande zu bringen. Aber Trotzki hat an Pavelka geschrieben, dass er mit diesem Frey nicht mehr korrespondieren will.

Frey hatte ja dann seine Schrift zu den Lehren des Februar 1934 herausgegeben. Hast Du diese gekannt, ist diese bei Euch zirkuliert?

Ja, die ist diskutiert worden. Ergebnis dieser Diskussion war, dass sowohl SP als auch KP einen Teil der Schuld an dieser Niederlage trugen. Wir haben diskutiert die Frage

der Sozialfaschismustheorie in Deutschland 1933, für uns bedeutete dies die Ablehnung der KP, die ja begonnen hat, nach 1934 in der Arbeiterbewegung Fuß zu fassen.

Und wie viele Leute sind dann vom Schutzbund zum Kampfbund gegangen?

Circa 30 bis 40. Der Kampfbund dürfte am Höhepunkt 80 bis 90 Leute gehabt haben – nur in Wien, ich habe von außerhalb Wiens nur gehört, dass es da auch einen Genossen gegeben hat.

Und wann bist Du in den Kampfbund eingetreten?

Das war knapp nach der Februar-Niederlage. Da wurde der sogenannte „Kurs" vom Kampfbund herausgegeben über die strategischen Hauptaufgaben. Der wurde in Zellen durchgenommen, und am Sonntag hat's Ausflüge in den Wienerwald gegeben.

Wie viele Zellen gab's da im Kampfbund?

Das werden so fünf bis sechs Zellen gewesen sein – in Ottakring, Landstraße, Margareten ... Es gab aber auch da eine Fluktuation.

Heißt das, dass der Kampfbund im Vergleich zu den Bolschewiki-Leninisten, der offiziellen Sektion der Bewegung für die Vierte Internationale in Österreich, stärker war und auch proletarischer zusammengesetzt war?

Ganz bestimmt. Das war wahrscheinlich auch ein Verdienst des Josef Frey, der eine Aversion gegenüber Intellektuellen gehabt hat. Und er hat uns eingeschärft, wir müssen ‚proletarische Intellektuelle' werden. So ungefähr hat uns das geklungen.

Worauf führst Du dieses Verhältnis Freys gegenüber den Intellektuellen zurück? Und gleich eine zweite Frage: Es wird immer wieder gesagt, dass der Kampfbund proletarisch zusammengesetzt war, dass aber Frey sehr autoritäre Züge gehabt hat. Kannst Du uns dazu Deine Eindrücke schildern?

Zum Verhältnis zu den Intellektuellen: Er hatte ja schlechte Erfahrungen mit Intellektuellen in der Organisation gemacht. Einmal mit dem Landau in Wien. Und in Graz gab's ja dann sogar einen, der Nazi geworden war, Kernmayer hat der geheißen! Frey hatte immer wieder darüber geredet, wie sie ihn ausgeschlossen hatten! Und zur zweiten Frage: Du kennst den Stil, in dem Frey geschrieben hat, der Stil war ja nicht gerade gut. Aber Frey war ein ausgezeichneter Redner. Wenn man nur gelesen hat, was er geschrieben hat, ist das ein derartiger Widerspruch, wie gut er gesprochen hat. Und vor allem, wie verständlich er gesprochen hat! Die ‚g'scheiten' Fremdwörter hat er versucht, wo es möglich war, zu vermeiden. Man hat gemerkt, er hat sich mit Arbeitern beschäftigt. Die Kurse, die er bei uns gehalten hat, hat er ja auch schon vorher in der Linksopposition gehalten, das war eine wirklich ausgezeichnete Schulung.

Und ob er autoritär war? Die autoritärste Handlung war wohl die, wie er reagiert hat auf die Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Reste des Kampfbundes haben sich ja mit uns vereinigt. Und wie er das erfahren hat im Schweizer Exil, hat er gesagt, das kann nicht gelten – „ohne meine Zustimmung gibt's das nicht"! Obwohl die Gruppe rein formal ja politisch handlungsberechtigt gewesen wäre. Und eine andere Sache: Um Kriegsbeginn hat ja in Wien die Diskussion um die „Kombinierte Kriegstaktik", die von Frey entwickelt worden war, begonnen. Die, die dagegen waren, Babnik und Modlik zum Beispiel, die hat er fertig gemacht. Und wir sind daneben

gestanden mit offenem Mund. Und da sind wir erst später draufgekommen, dass die „Kombinierte Kriegstaktik“ so ein bisschen in die Richtung von dem ging, was Otto Bauer in seinem Buch „Zwischen zwei Weltkriegen“ geschrieben hat.

Ich würde aber heute nicht sagen können, ob das jetzt wirklich Opportunismus war oder nicht. Im Nachhinein kann man natürlich immer gescheiter sein. Ich würde aber so sagen: Zu Kriegsbeginn hatte die Taktik ja keine Bedeutung gehabt, da Russland sich ja nicht im Kriegszustand befand.

Um aber nochmals ein wenig in den 30er Jahren zu bleiben: Es gab da ja auch andere trotzkistische Strömungen wie die Revolutionären Kommunisten und die Bolschewiki-Leninisten. Was für ein Verhältnis habt Ihr zu denen gehabt?

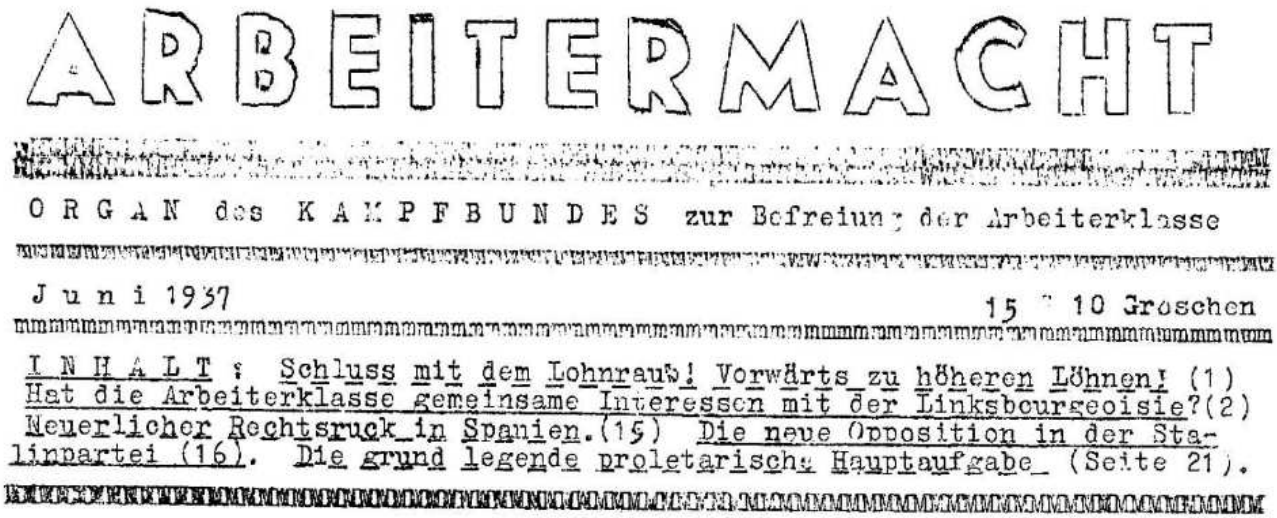
Es hat schon Verbindungen gegeben. Wir haben zum Beispiel Literatur ausgetauscht. Unsere Zeitung war die „Arbeitermacht“, natürlich haben wir die auch denen gegeben.

Wie hat überhaupt während des Austrofaschismus die Organisationstätigkeit funktioniert?

Die Grundeinheiten waren einmal die Zellen. Es hat eine richtige Leitung gegeben, die Verbindung zu den Zellen gehabt hat. Die Zellenzusammenkünfte waren regelmäßig, und am Sonntag gab’s – das hab’ ich schon erzählt – oft politische Ausflüge. Am Anfang hat die Gesamtorganisation einen Ausflug gemacht, verbunden mit Übungen des „Autonomen Schutzbundes“, der hat militärische Übungen gemacht. Nach den militärischen Übungen gab’s dann eine Diskussion. Die Zeitung wurde über Wachsmatrizen abgezogen, das war gar nicht so kompliziert. Und die haben wir dann weitergegeben an interessierte Leute – wir haben den Begriff des „Propagandafalles“ gehabt, jeder hat berichtet über seine Leute im Betrieb und im Bekanntenkreis, und wir haben da auch einige Leute, einige gute Leute rekrutiert.

Welche Auflage hat die Zeitung gehabt?

So 80 oder 100, ganz verschieden, manchmal auch mehr – das ist auf das Ereignis angekommen.



ARBEITERMACHT

ORGAN des KAMPFBUNDES zur Befreiung der Arbeiterklasse

Juni 1937 15 " 10 Groschen

INHALT : Schluss mit dem Lohnraub! Vorwärts zu höheren Löhnen! (1)
Hat die Arbeiterklasse gemeinsame Interessen mit der Linksbourgeoisie?(2)
Neuerlicher Rechtsruck in Spanien.(15) Die neue Opposition in der Stalinpartei (16). Die grund legende proletarische Hauptaufgabe (Seite 21).

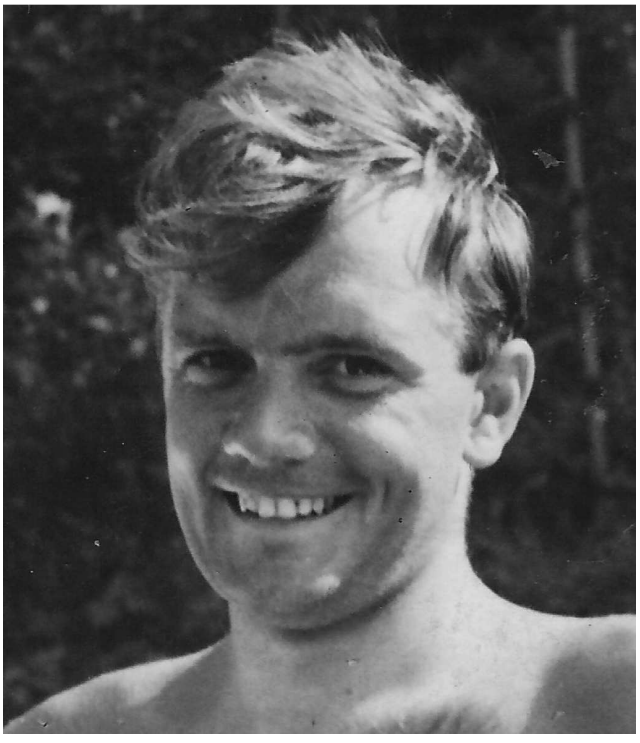
Eine Frage möchte ich zur Zeit des Austrofaschismus noch stellen: Wart Ihr damals von Seiten der Stalinisten her mit Druck, mit Repressalien, mit Einschüchterungen konfrontiert?

Ich persönlich kann mich fast nicht an solche Sachen erinnern. Ich habe das erst nach 1945 gespürt, ein ganz konkreter Fall. Der Hexmann ist aufgetreten, der Hexmann war ja der Oberkontrollor in der KP. Wir haben schon Berichte bekommen, dass die KP solche Sachen gegen uns gemacht hat, aber ich persönlich habe wenig davon gespürt. Wir haben sogar weiterhin in der Illegalität auch mit KPlern Kontakt gehabt, zum Beispiel im Arbeiterturnverein, der hat ja auch nach dem Februar ‘34 weiterexistiert – unter anderem Namen natürlich. Und da sind sowohl wir hingegangen als auch KPler. Die SP hat ja damals fast keine illegale Organisation mehr gehabt.

Und dann kam ja der große Trotzkistenprozess 1936. Wie habt Ihr da reagiert, habt Ihr da die Sicherheitsmaßnahmen verstärkt?

Wir waren ja nicht direkt tangiert von diesem Prozess. Aber natürlich sind die Sicherheitsmaßnahmen verstärkt worden: Die erste Maßnahme war, dass wir den Kontakt nur auf Sicht gehalten haben, wir haben uns nur wo in der Öffentlichkeit gesehen, nicht aber miteinander gesprochen. Wir hatten ja Verbindungen zu ihnen. Das war ja immer das Gefährliche! Erstens einmal: Sind die ganz dicht? Oder sind die unterwandert? Der Fischer *(eine wichtige Person bei den Revolutionären Kommunisten, d. Red.)* hat ja auch Leute von uns gekannt, wir waren also bekannt und mussten darauf reagieren.

Kommen wir vielleicht zu 1938. Kannst Du Dich noch erinnern, wie hättet Ihr bei der Volksabstimmung, die Schuschnigg angesetzt hatte, abgestimmt?



Franz Drexler im Sommer 1938

Wir hätten mit Ja, also für die Selbständigkeit Österreichs, gestimmt. Da hatte es ja auch eine Differenz mit der Steiner-Gruppe – der Gruppe „Gegen den Strom“ – gegeben, die hatte gesagt, das wäre Verrat gewesen, nur wenn wir Möglichkeit gehabt hätten einer legalen Betätigung, dann hätt’ ma können mit Ja stimmen. Die hat uns, dem Kampfbund, unsere Position übel genommen. Der Josef (*Frey*) ist aber dafür aufgetreten, mit Ja zu stimmen, wir haben dazu auch etwas herausgegeben. Die Hauptargumentation war: Der Nazifaschismus ist die größere Gefahr. Da war dann die nächste Diskussion im Kampfbund: Können wir für die Verteidigung der Tschechoslowakei gegen den deutschen Imperialismus sein?

Da haben wir auch eine Diskussion gehabt: Ich bin damals dafür eingetreten: Ja, wir müssen sie verteidigen. Die Selbstbestimmung eines kleinen Landes gegen ein größe-

res imperialistisches Land muss verteidigt werden. Der Josef hat dem dann zugestimmt, aber da war er schon im Exil in der Schweiz.

Es gab dann mehrere Spaltungen des Kampfbundes, die „Proletarischen Internationalisten", die „Proletarischen Revolutionäre" und die Gruppe „Gegen den Strom". Mit welcher Gruppe bist Du dann gegangen?

Führer der „Proletarischen Internationalisten" war der Modlik. Wir hatten vom Kampfbund aus mit ihnen Verbindung. Und erst bis die Kombinierte Kriegstaktik von uns, von der Kampfbund-Mehrheit, abgelehnt worden ist, erst dann sind wir den „Proletarischen Internationalisten" beigetreten. Das war ungefähr zu Kriegsbeginn. Unsere Zeitung war der „Vorposten" und der „Vorboten".

Wie viele Leute waren da bei jeder dieser kleinen Gruppen?

Wir waren im Kampfbund relativ stark, so um die 70 Leute! Es sind dann nur wenige übergeblieben, die dann, wie wir übergetreten sind zu den „Proletarischen Internationalisten", an der „Kombinierten Kriegstaktik" festgehalten haben und weiter mit dem Josef *(Frey)* gegangen sind.

Welche Position habt Ihr zur Position gehabt, dass Österreich eine eigenständige Nation geworden sei? Die KP hat ja um 1935 diese Position angenommen!

Wir haben das bekämpft und als Opportunismus gebrandmarkt. Für die KP war das ja mit der Volksfront verbunden und mit dem vaterländischen Krieg. Da war der Kampfbund wirklich einheitlich! Das ist ja dann so weit gegangen, dass am Zweiten Weltkongress der Vierten Internationale, das war der erste Kongress nach 1945, dass auf diesem Weltkongress beschlossen wurde, dass die österreichische und die deutsche Sektion nur eine Sektion sein soll. Ich bin zuerst 1947 nach Paris gekommen, und wir haben das abgelehnt, aber aus pragmatischen Erwägungen.

Kannst Du die Tätigkeit der trotzkistischen Gruppen in der Nazizeit und Deine Situation noch etwas genauer beschreiben?

Die Tätigkeit hat sich beschränkt auf revolutionäre Propaganda. Die KP hat versucht, große Massenaktionen zu organisieren. Wir haben uns da immer zurückgehalten. Und ich persönlich? Ich habe am Beginn des Krieges gearbeitet, in meinem Beruf sogar. 1940, während des Frankreich-Krieges, war ich dann in einer Druckerei u.k. (*u.k. = unabkömmlich*, d. Red.) gestellt, aus ganz lächerlichen Gründen. Ende ‘40 bin ich dann dienstverpflichtet worden zu Junkers nach Dessau und umgeschult worden als Dreher. Dann bin ich zurückgekommen in die Flugmotorenwerke bei Mödling und war dann dort bis 1944. Dann bin ich eingerückt zum Militär.

Kannst Du noch etwas genauer auf die Kriegszeit eingehen?

Eingerückt bin ich in Znaim, dem heutigen Znojmo, und ich habe mich sofort zur Sanität gemeldet, denn wir hatten da Verbindungen zu einer Sanitätseinheit in der Radetzkykaserne. Beim Militär war ich dann mit Genossen beisammen, wir haben uns gegenseitig gedeckt – in der Radetzkykaserne war eine Sanitäts-Ausbildungsabteilung, und wir waren da KPler, ein deutscher SPler, Trotzkisten. Eine richtige Widerstandsbewegung beim Militär in der Radetzkykaserne war das, der Kompagniechef war ein Schwarzer, der Spieß war ein SPler, der Waffenkämmerer, ein Unteroffizier, war ein KPler, 1-A-Schreiber, also der wichtigste Schreiber im Stab,

war der Modlik. Wir Trotzkisten haben sogar in der Kaserne eine Zeitung gemacht! Das kann man sich heute ja gar nicht mehr vorstellen...

Für die Schießausbildung verantwortlich war ein österreichischer Monarchist, der hat darauf größten Wert gelegt. Und ich habe meistens sehr schön getroffen – im Gegensatz zu den anderen. Da hat er mich gefragt „Drexler, war'n Sie beim Schutzbund?" Ich habe gezögert, dann habe ich aber doch ja gesagt, und er hat darauf geantwortet „Das sieht man gleich."

In den letzten Monaten des Krieges bin ich dann doch noch weg von Wien gekommen. Anfang '45 wurde ich nämlich nach Nordmähren verlegt, und da hab' ich sogar über die große Distanz das Dröhnen von den britischen Angriffen auf Dresden gehört! Bald darauf, das war so Anfang April, bin ich dann über Wien ins Burgenland an die ungarische Front verlegt worden. Wenn ich mir das heute überlege, war es natürlich blöd, dass ich mich beim Zwischenstopp in Wien nicht abgesetzt habe. Denn acht Tage hätte man sich verstecken können! Aber man hat ja damals nicht genau gewusst, wie lange das noch geht.



Drexler als Arbeiter in der Rüstungsindustrie

Du bist also nicht in Wien geblieben. Wie ist das dann weitergegangen?

Jedenfalls bin ich an die ungarische Front gekommen – das war schon eine zusammengewürfelte Gruppe, das „letzte Aufgebot". Mit der war so oder so kein Krieg mehr zu führen. Wir haben dann den Befehl bekommen, Schützengräben auszuheben. Die Anweisung war, den Ausstieg nach vorne anzulegen, damit wir wieder zum Angriff übergehen können. Zusammen war ich mit einem Floridsdorfer Arbeiter, und wir haben den Ausstieg dann nach hinten gemacht. Nach zwei Tagen hat's dann den ersten Angriff gegeben, und da hat's gleich den Batznnazi erwischt, den wir in der Gruppe gehabt haben ... Ich kann Dir sagen, die ganze Gruppe war erleichtert! Wir haben uns dann in Richtung Reichenau abgesetzt. Und dort haben wir dann andere Versprengte getroffen. Leider aber gab's da auch eine Gruppe von SSlern, und die haben mich und eine ganze Gruppe von Wehrmachtssoldaten zum gemeinsamen Rückzug ins Höllental gezwungen – den Schneeberg verteidigen!

Die SSler haben sich ganz oben in die Fischer-Hütte zurückgezogen, wir Wehrmachtssoldaten sind abkommandiert worden zur Zahnradbahnstation Baumgartner auf halbem Weg hinauf, kommandiert von einem Wiener Neustädter Major. Wir haben dann abwechselnd beim Baumgartner Posten stehen müssen. Ein Arbeiter aus Puchberg hat sich dann bald einmal – in Absprache mit mir – abgesetzt. Wie die Rote Armee dann angefangen hat, den Puchberg mit Schrapnell zu beschießen, hat sich unsere Gruppe endgültig aufgelöst. Ich hab' die Station in Richtung Puchberg verlassen

und bin einem asiatischen Sowjetsoldaten in die Hände gelaufen. Ich hab' mich sofort ergeben – und wir haben dann gemeinsam meine Zigaretten geraucht.

Ich bin dann in ein Gefangenenlager bei Sopron gekommen. Wir sind untersucht worden für die Tauglichkeit in russischen Arbeitslagern und eingeteilt in vier Gruppen – besonders tauglich bis nicht tauglich. Und mit Hilfe einer russischen Ärztin ist es mir gelungen, mich in die Gruppe 4 zu schwindeln, da waren die Versehrten, die Verwundeten drinnen. Ursprünglich habe ich ja zur Gruppe 1 gehört; erstens war ich ja Arbeitersportler und bin fit gewesen, und zweitens bin ich ja lange beim Militär in Wien gewesen und hab' da genug zu essen und genug Schlaf gehabt. Ein Problem war nur, den Russen klarzumachen, dass die Blutgruppentätowierung von den Arbeiterturnern nichts mit der SS zu tun gehabt hat, die waren ja auch tätowiert! Aber schließlich ist alles gut gegangen; und als einer, der in die Gruppe 4 eingeteilt war, bin ich dann schon im August '45 freigekommen und nach Wien zurück. Ich hab' sofort Kontakt zu den Genossen aufgenommen und wieder mit der organisierten politischen Arbeit in Wien angefangen.

Noch einmal zur Kriegszeit zurück: Wie ist überhaupt die Organisationstätigkeit im Krieg vor sich gegangen? Habt Ihr Euch regelmäßig getroffen?

Ja natürlich, wir haben uns schon regelmäßig getroffen, wöchentlich. Wir sind auf dem Standpunkt gestanden: Man muss sich zumindest treffen! Nicht nur, um zu diskutieren, sondern auch, um zu schauen, ob etwas passiert ist – denn man kann nur überprüfen, ob noch alle da sind, wenn man sich regelmäßig trifft. Nur wann etwas passiert ist, dann sind wir davon abgegangen. Zum Beispiel wie der Kascha verhaftet worden ist, das war eine sehr heikle Sache! Und auch in unseren Reihen hat es Verhaftungen gegeben. Dann haben wir einige Wochen mit der Tätigkeit abgewartet, geschaut, ob alles dicht ist. Wir haben dann nur auf Sicht Kontakt gehalten. Und dann, wenn die Gefahr vorbei war, haben wir uns wieder in den Zellen getroffen. Im Zentrum der Organisation, bei den „Proletarischen Internationalisten" waren damals der Modlik und ich in der Kaserne, aber auch der Babnik, der war ja nie eingerückt, weil er krank war. Bis zum Ende des Krieges hatten wir aber eine Leitung, die aus vier bis fünf Mitgliedern bestanden hat.

Und Du hast erzählst, dass auch bei Euch Verhaftungen vorkamen. Warum wurden die verhaftet?

Das war meist Unklugheit oder Unvorsichtigkeit. Eine Frau ist zum Beispiel verhaftet worden, weil sie im Verdacht stand, ein Verhältnis mit einem russischen Gefangenen zu haben – die Verhaftungen hatten aber oft mit unserer Tätigkeit überhaupt nichts zu tun! Sie haben aber die Gruppe gefährdet...

Und war es nicht schwierig, die Organisationsstrukturen aufrechtzuerhalten, weil viele Genossen an der Front waren? Wie viele waren eigentlich von der Organisation an der Front?

Ja, das stimmt. Ein Dutzend waren es schon, allein von den „Proletarischen Internationalisten". Aber auch da haben wir versucht, über die Frauen die Verbindung aufrechtzuerhalten.

Und wie haben sich die in der Wehrmacht verhalten?

Wir haben natürlich auch da die Position vertreten, über individuelle Propaganda gegen den Faschismus zu arbeiten. Ich muss Dir aber ehrlich sagen, ich kenne kaum einen Fall, wo wir dann wirklich direkt an der Front und über die Front Genossen rekrutiert hätten, in Betrieben, auch wenn sie militarisiert waren, schon eher. Es waren ja auch Leute in den Betrieben, in einer Großbäckerei hatten wir welche.

Wie dann die Gruppe „Gegen den Strom" aufgeflogen ist und dann der Kascha und der Jakobovits hingerichtet worden sind, wie habt Ihr das mitbekommen? Und wie ist dann das Organisationsleben weitergeführt worden? Eure Gruppe, die „Proletarischen Internationalisten", war ja dann so etwas wie ein Motor des Einigungsprozesses, wie ist das dann unter der strengen Illegalität vor sich gegangen?

Eine halbe Stunde nach der Verhaftung vom Kascha war der Babnik bei ihm! Und die Frau hat ihm gesagt, er ist gerade verhaftet worden. Es war reiner Zufall, dass wir und unsere Gruppe da nicht hineingezogen worden sind. Die Genossen haben aber dicht gehalten. Der ältere von den Kascha-Brüdern, der hingerichtet wurde, hat dadurch sogar seinem Bruder das Leben gerettet! Wir haben uns dann ruhig verhalten und erst nach einiger Zeit die Tätigkeit wieder aufgenommen.

Und zur Vereinigung: Zur richtigen Vereinigung ist es ja dann erst nach Kriegsende gekommen. Der Prozess hat aber natürlich schon während des Krieges begonnen. Da hat es Treffs gegeben, sie haben ein, zwei Vertreter geschickt, wir haben auch ein, zwei Vertreter geschickt. Nach 1945 ist ja dann die Vereinigung so vor sich gegangen, dass die „Kombinierte Kriegstaktik" abgelehnt wurde, dass also eigentlich im Wesentlichen die Positionen der „Proletarischen Internationalisten" bestätigt wurden. Auch die Vierte Internationale hat die „Kombinierte Kriegstaktik" ja abgelehnt.

Noch während des Krieges hatten wir aber den „Karl-Liebknecht-Bund" gegründet – das war noch in der Radetzky-Kaserne. Das war die Initiative von Modlik, Lerse hat er damals intern geheißen, er wollte immer was Neues, immer was Neues.

Habt Ihr eigentlich während des Krieges internationale Kontakte gehabt?

Nein, während des Krieges waren wir wirklich isoliert. Der erste internationale Kontakt, wo wir von uns aus wo hingefahren sind, wurde dann erst nach dem Krieg durch mich hergestellt. Ich habe durch eine spezielle Aktion ein Visum bekommen, mit dem bin ich dann zuerst in die Schweiz gefahren, da habe ich dann eine Pariser Adresse bekommen. Aber schon vorher hatten wir in Wien Kontakte mit der Internationale. Und zwar war aus den USA ein gewisser „Owens" hier. Der war Journalist und als amerikanischer Besatzungssoldat, als Offizier, in Österreich. Das war so um 1946. Und der ist unabhängig voneinander mit uns und mit dem Kampfbund zusammengekommen und hat versucht, zwischen den beiden Gruppen zu vermitteln und die Vereinigung vorwärtszutreiben.

Was meinst Du mit „spezieller Aktion", kannst Du das sagen?

Ich habe während des Krieges mit Franzosen zusammengearbeitet – die waren dienstverpflichtet. Und mit denen habe ich ein gutes Verhältnis gehabt. Und die haben dann an die Französische Militärregierung, die zustimmen musste, ein Schreiben gerichtet, dass ich ein Visum bekomme.

Die „Internationalen Kommunisten Österreichs“ wurden ja dann 1946 gegründet, da waren ja dann alle Gruppen wieder beisammen – auch der Rest des Kampfbundes, die „Felix-Gruppe“. Wie hat sich die Gründung abgespielt?

Der Rest des Kampfbundes, die Felix-Gruppe, das waren damals nur mehr eine Handvoll Leute. Na ja, es ist dann eine siebenköpfige Leitung beschlossen worden, mit einem Organisationsbüro und einem Politischen Büro, wir waren wirklich straff organisiert! Der Mandel hat immer gesagt: „Bei Euch muss man nur mehr einen Schritt weitermachen, dann ist schon Gefängnis!“ In puncto Organisation ist einem das wirklich schon fast ein bisschen zu viel, fast ein bisschen zu streng vorgekommen. Das ist natürlich ein Erbe der Illegalität gewesen. Wir haben auch aus der Illegalität noch etwas mitgebracht: Pünktlichkeit! Wir waren Pünktlichkeitsfanatiker! Und das hat mich bei jedem Treffen mit der SOAL (*mit der „Gruppe Revolutionäre Marxisten“, später „Sozialistische Alternative“, der Anfang der 70er Jahre gegründeten österreichischen Sektion des Vereinigten Sekretariats der 4. Internationale; die Redaktion*) zusammeng’haut: Wenn eine Veranstaltung für halb acht ausgemacht war, und ich bin um halb acht hingekommen, war niemand da, war ich der erste!

Wir hatten also eine Leitung von sieben Personen, da war ein Vertreter des Kampfbundes dabei, ein Kriegsinvalide, und der Kascha, der jüngere Bruder von dem Hingerichteten. Von den ehemaligen „Proletarischen Internationalisten“ waren in der Leitung Modlik, Babnik, Soucek und ich. Bei der Gründung waren so um die 50 Leute anwesend. Wie ich 1947 nach Paris gefahren bin, habe ich von 80 Leuten berichten können. Die waren erstaunt, dass wir in Österreich über den Faschismus so einen großen Kern haben bewahren können! Das war ja damals eine Riesengruppe!

Es gibt da eine Aufstellung in der Literatur, und da heißt es, einschließlich Mitglieder, Kandidaten und Propagandafälle sollen es 192 bei der Gründung der IKÖ gewesen sein. Glaubst Du, ist das eine Übertreibung?

Das kann schon stimmen. Aber Du musst bedenken, dass „Propagandafälle“ noch nichts Genaues ausgesagt hat. Da ist in der Zelle berichtet worden, er hat einen getroffen, mit dem hat er diskutiert, und der war interessiert und hat ganz gute Ansichten, das ist dann vielleicht schon als „Propagandafall“ festgehalten worden. Wir sind dann wieder in Zellen organisiert gewesen und in Gebieten mit Gebietsleitungen. Gebiete gab’s für uns drei: Ottakring, Meidling/Margareten und Landstraße.

Bald aber gab es dann schon die ersten Probleme. Mit der Steiner-Gruppe waren das vor allem zwei Dinge: die des Klassencharakters der Sowjetunion und die Frage der Disziplin in der Organisation. Zuerst zur Frage des Klassencharakters der Sowjetunion. Wir hatten ja die Position vertreten, dass die Sowjetunion ein entarteter proletarischer Staat gewesen ist. Aber Steiner hat vertreten, dass die Sowjetunion kein Arbeiterstaat mehr sei, aber er hat sich da nie so klar ausgedrückt, er hat das eher immer nur in Frage gestellt bei Diskussionen.

Und die wichtige Frage war ja, was muss geschehen? Trotzki hatte ja die Thermidor-Frage aufgerollt. Was bedeutet Thermidor-Gefahr? Für uns hieß das, dass der Stalin die Sowjetunion so schwächen wird, dass er von rechts, von einer Konterrevolution,

gestürzt wird. Auch der Pavelka hat das nie so richtig anerkannt, der ist aber dann so als Ehrenmitglied bei uns geblieben, er war ja damals schon sehr alt.

Dem Steiner, also dem Poldi Kascha, wurde aber auch Disziplinlosigkeit vorgeworfen: Er hatte ja immer noch Kontakt zu den „Revolutionären Kommunisten“ und zu Georg Scheuer und Karl Fischer, der dann später in die Sowjetunion von den Stalinisten verschleppt worden ist. Über den hat er dauernd berichtet, ich kann mich noch erinnern, dass zum Beispiel berichtet wurde, dass der Fischer auch bei der Gründung der Vierten Internationale 1938 dabei gewesen war. Und der Poldi Kascha hatte überhaupt ein etwas weniger strenges Verhältnis zur Konspirativität gehabt. Er wollte eher offener auftreten.

Wenn man so will, gab’s zwei große Probleme: Das erste war: Warum ist der Frey nicht zurückgekommen aus dem Schweizer Exil? Frey war damals bei Kriegsende über 60. Und Frey war, das wissen die wenigsten, in Berlin in den 20er Jahren Leiter der Russland-Spionage und war dann in Opposition. Und die hätten ihn dann da in Österreich abgefangen – ganz bestimmt; er hätte gar keine Möglichkeit gehabt, sich vor der Verschleppung zu retten! Unter dem hat er stark gelitten in der Schweiz – ich habe dort ein einziges Mal mit ihm gesprochen. Das war das eine Problem.

Und das zweite war die Besetzung. Ich muss eines erzählen: Die KP hat mir in die Familie einen Spitzel einschleusen wollen! Die KP wollte in die Organisation einen Spitzel einschleusen – einen Spitzel, von Hexmann geschickt. Und der hat mir dann das ganze Unternehmen gestanden, als er gesehen hat, dass wir nicht wirklich Faschisten waren, wie Hexmann in der KP gesagt hat. Er ist aber trotzdem bei der Stalin-Partei geblieben.

Und zurück zum Steiner: Kascha war eher für weniger Konspiration, für eine offenere Organisation. Vielleicht war die strenge Konspiration ein Fehler nach 1945, aber wir haben uns ehrlich gesagt nicht getraut, und man hat ja nicht gewusst, wie sich das alles weiterentwickelt! Du musst ja auch bedenken, dass der Fischer wirklich in die Sowjetunion entführt worden ist! Und es hat ja so etwas wie eine Doppelherrschaft existiert: Die Sowjetunion hat hier einen eigenen Apparat gehabt – über die KP, ja bis in die österreichische Polizei hinein. Konspiration war vor allem also wegen der Stalinisten wichtig.

Und eine weitere Differenz hat sich dann noch entwickelt, aber da war Steiner schon nicht mehr in unserer Gruppe: 1948, als das in Ungarn und in der Tschechoslowakei usw. war. Wir haben da gesagt, das ist eine Revolution von oben, und man muss die Staaten jetzt doch letzten Endes als Arbeiterstaaten akzeptieren – mit gewissen Einschränkungen. Und das hat Steiner nicht gutgeheißen.

Und der Ausschluss von Steiner: Wurde der Ausschluss von den Kampfbund-Genossen mitgetragen?

Ja, die haben das mitgetragen. Da sind dann damals ich glaube so an die sechs Leute hinausgegangen.

Und die Felix-Gruppe, also der Kampfbund, der hat ja dann auch bald danach die IKÖ verlassen?

Ja, aber der Felix war damals ja schon nicht mehr dabei. Wir haben natürlich alle gewusst, dass Frey hinter dem Austritt stand, er hatte uns ja auch einen Brief geschrieben. Wir hatten zwar versucht, die Genossen zu halten, aber das war unmöglich. Ich bin ‘47 oder ‘48 mit dem Frey zusammengekommen. Und da muss ich noch eine Sache erzählen:

Frey hatte ja eine große Bibliothek. Und die war, nachdem Frey in die Schweiz vor dem Hitler flüchten musste, in der ganzen Organisation verteilt worden. Erstens waren Bücher ja nur sehr schwer zu verstecken, und in der faschistischen Zeit war das ja nicht ungefährlich, solche Sachen zu haben. Und zweitens haben wir die Meinung vertreten, es gibt kein Privateigentum an politischen Büchern. Die Bücher hatten alle Notizen vom Frey, waren unterstrichen – in verschiedenen Farben, Frey war ein wirklicher Pedant, im Studium, in allen Dingen. Deswegen sind wir also zusammengekommen, und Frey hat sich dann beschwert, dass wir uns sein Privateigentum angeeignet haben. Über Vermittlung der Schweizer Genossen bin ich mit ihm in Zürich zusammengekommen, um diese Sachen zu besprechen, aber wir sind nicht als Freunde auseinander.

Und die Felix-Gruppe hat sich wieder als Kampfbund konstituiert. Stimmt das, dass das so an die 15 Leute waren?

15 sollen es gewesen sein, na ja, ungefähr wird’s schon stimmen – ein bisschen übertrieben haben ja alle...

Vielleicht kommen wir jetzt noch zu einigen anderen Fragen zur Zeit nach 1945, zum Beispiel zum Schuharbeiterstreik von 1948. Vielleicht kannst Du uns ein bisschen erzählen, worum es da gegangen ist und welche Rolle die Trotzkisten damals gespielt haben.

Wir hatten geglaubt, dass sich der Streik auf mehr Bereiche ausdehnen wird, aber das ist nicht passiert. Einige hundert waren aber schon im Streik. Von uns waren der Sykora und ein zweiter dabei. Die Trotzkisten waren auch in der Streikleitung. Ziemlichen Einfluss hatten auch die Stalinisten – und da haben schon die Schwierigkeiten begonnen, denn die beiden konnten natürlich nicht offen als Trotzkisten auftreten. Und dann haben sich im Gewerkschaftsbund damals schon begonnen, die Fraktionen zu bilden. Die KP-Fraktion, die dann KP und Linksblock geheißen hat, dann die SP und die Christlichen. Und wir sind sozusagen ohne Fraktion dagestanden. Wir waren die „kämpferischen Arbeiter“, aber wir hatten keinen Einfluss als Trotzkisten, und das hat uns das Genick gebrochen.

Aber habt Ihr Euer Material an Kontakte weitergeben können?

Wir haben zum Beispiel ein gutes Verhältnis in den Betrieben bekommen zu aktiven SPlern und KPlern. Unsere Genossen sind mehr oder weniger als Personen überparteilich Betriebsräte geworden.

Und in der IKÖ-Leitung habt Ihr den Streik diskutiert?

Natürlich, wir hatten ja auch eine eigene Streikleitung! Da wurde diskutiert, was zu machen ist... Damals ist es ja allen schlecht gegangen – wie einen Streik anfangen, „anzünden“, das war ja verhältnismäßig einfach, aber wie einen Streik wieder aufhö-

ren, das ist die größte Kunst. Einen Rückzug ohne Chaos, von dem man noch halbwegs profitieren kann.

Und die KPler und Sozialdemokraten: Haben die gewusst, dass Ihr Trotzkisten seid's?

Na ja, irgendwie geahnt werden einige das wohl haben. Aber die Genossen sind mit keinem trotzkistischen Programm aufgetreten, darum kann ich das so schwer beurteilen. Bei uns in der Organisation gab es eine eigene Zusammenkunft der Betriebsräte, manche sind sogar auf SP-Listen gewählt worden! Das zeigt doch auch, dass in dieser Zeit die SP und die KP „ihre" Leute noch nicht so gekannt haben, so strikt am Bandl gehabt haben. Heute kann man sich das schwer vorstellen, dass auf der SP-Liste jemand kandidiert, der einen Streik gegen den Willen und gegen die SP führt. Auch auf Namenslisten haben unsere Genossen kandidiert.

Und Ihr habt aber auch nach dem Krieg noch in der Illegalität weitergearbeitet?

Wir waren streng illegal. Und nach der Verschleppung von Fischer in die Sowjetunion haben natürlich alle jene Auftrieb bekommen, die für die strenge Illegalität eingetreten sind. Das war ein großer Schock für uns alle! Wir haben natürlich auch darüber hinaus die Frage diskutiert, ob eine ähnliche Entwicklung wie in Ungarn in Richtung Volksdemokratie möglich wäre. Aber eigentlich haben wir – schon allein wegen der vierfachen Besetzung des Landes – daran nicht so recht geglaubt, die Bedingungen waren ja hier anders als etwa in Deutschland.

Und habt Ihr da im Schuharbeiterstreik nicht Angst gehabt, mit den KPlern in Kontakt zu treten, wenn da knapp vorher der Fischer verschleppt worden ist?

Na ja, Angst... Du musst bedenken, Fischer war bei der Gründung der Vierten Internationale dabei! Und wir sind ja nicht als Trotzkisten aufgetreten. Außerdem hat sich alles nur in den Betrieben abgespielt. Und unsere Genossen waren gute, bekannte Betriebsarbeiter, Betriebsräte! Ein guter Betriebsrat war damals einer, der verstanden hat, Lebensmittel zu beschaffen und sich um das Wohl der Arbeiter im Betrieb zu kümmern. Und das haben unsere Genossen gemacht, auch wenn sie nicht offen als Trotzkisten aufgetreten sind.

Und der Oktoberstreik 1950, der war für Euch so etwas wie eine Fortsetzung des Schuharbeiterstreiks?

Wir hatten ja noch Betriebsarbeiter gehabt, in den beiden Schuhfabriken, der Lokomotivfabrik und vielen anderen Betrieben. Wir haben aber 1950 am Anfang nicht mitbekommen, dass dahinter die Stalinisten standen, dass die Führung von ihnen gestellt wurde. Dass das aber ein Putsch der KP gewesen wäre, um eine Volksdemokratie einzurichten wie in Ungarn oder der Tschechoslowakei, das haben wir damals nicht eingeschätzt. Sogar die Rote Armee hat sich zurückgezogen, die russisch-nationalen Interessen waren damals für die Stalinisten schon viel höher als die Interessen der Weltrevolution. Und ich glaub' das auch heute nicht, dass das das Ziel der KP gewesen wäre. Wir haben uns aber an den Streiks natürlich beteiligt, in den Betrieben für die Sache der Arbeiter was getan, bei den Demonstrationen mitgemacht. Ich war auch bei der großen Versammlung in der Floridsdorfer Lokomotivfabrik dabei. Die IKÖ trat da aber als Organisation nicht auf.

Eine Frage zur Einschätzung der Weltlage: Es gab nach 1945 ja die Einschätzung, dass der Krieg gleich wieder anfängt – mit einem Krieg zwischen der Sowjetunion und dem Westen. Wie habt ihr das gesehen?

Na ja, das war ja sehr akut. In Korea zum Beispiel, das ging ja dann bis zur Kubakrise. Ich kann mich an eine Äußerung von Pablo erinnern, als Chruschtschow die Atombomben aus Kuba abzog. Da hat Pablo gesagt: „Was hätt' er sonst sollen machen?" Er hätte nur einen Krieg beginnen können, den er verloren hätte. Es hätte ja keine Stütze von einer weltrevolutionären Strömung gegeben. Und das war ja das Hauptproblem.

Für die Konspirativität und dass wir in der strengen Illegalität geblieben sind, war auch die Erwartung ein wichtiges Element, dass der Krieg zurückkehren wird – und mit ihm dann die Hoffnung auf einen neuen Aufschwung der Weltrevolution.

Was habt Ihr eigentlich zum Staatsvertrag 1955 gesagt?

Wir waren mit dem Abzug der Besatzungsmächte einverstanden. Es ist sogar so gewesen, dass wir gegen das Bundesheer auftreten konnten – auch innerhalb der SP. Aber Hindels als Führer der Opposition in der SP ist dafür eingetreten, man muss das Bundesheer so akzeptieren wie es ist, sonst kriegen wir keinen Staatsvertrag. Für uns wurden die Bedingungen für eine revolutionäre Tätigkeit mit dem Ende der Besetzung natürlich besser. Wir konnten ja dann aus der Illegalität heraus.

Was mich noch interessieren würde, wäre Euer Verhältnis zu Jugoslawien gewesen – der Bruch Tito – Stalin. Wie habt Ihr das gesehen?

Ja, in Jugoslawien haben wir große Hoffnungen gesetzt. Wir haben vor allem eines positiv gesehen: Tito war der erste, der einen Arbeiterstaat aus eigener Kraft errichtet hat, nicht mit Hilfe der Roten Armee. Wir haben da einen großen Unterschied gemacht. Wir haben gehofft, der Tito und überhaupt Jugoslawien kann sich in Richtung Trotzkismus entwickeln. Die Arbeiter-Jugendorganisationen der ganzen Welt waren sogar auf ein Arbeitslager eingeladen worden, der Ernest (*Mandel*), der war ja damals noch ganz jung, war da auch dabei. Ich glaube, für Leute wie Tito war der Trotzkismus zu schwach. Ich will Dir ein Beispiel geben: Wir hatten 1956/1957 Verbindungen mit Ungarn, die hierher gekommen sind, die geflohen sind, und mit uns in Verbindung getreten sind. Der Trotzkismus hat für sie überhaupt keine Rolle gespielt.

Noch eine Frage zum Verhältnis zu SP und KP: Gleich nach 1945 habt Ihr ja versucht, in der KP Fraktionsarbeit zu beginnen und habt eine Fraktionszeitung, den „Leninist", herausgegeben. Kannst Du dazu und zur Frage des Entrismus, also des Eintritts in die großen Arbeiterparteien etwas sagen?.

Mit der Fraktionsarbeit in der KP ist nichts herausgekommen. Wir haben dann versucht, mit der Scharf-Opposition etwas zu machen – da hatten wir auch einen drinnen sitzen. Aber da ist auch nichts draus geworden. Dann haben wir in der SP den „Sozialist" gemacht, das war – wenn man so will – eine politische Rechtfertigung des Entrismus.

Die Internationale war aber nicht so ganz mit der Praxis in Österreich einverstanden. Denn wir hatten ja immer noch eine illegale Leitung. Die Organisation wurde ja au-

ßerhalb aufrechterhalten. Und die anderen leisteten Fraktionsarbeit in der SP. Zu denen habe ich auch gehört.

Aber ein paar sind gleich nach 1945, nach dem Kriegsende, in die KP gegangen – der Modlik war drinnen, der Babnik auch. Jetzt sind die einen in der KP gewesen, die anderen in der SP, und dann noch die illegale Organisation außerhalb. Und es war zwar leicht, in die KP einzutreten, aber schwer, da wieder herauszukommen. Der Modlik und der Babnik waren außerdem noch bekannt durch die „Arbeiter-Stimme“ und die KPÖ-Opposition vor 1934. Also es war nicht leicht, aus der KPÖ auszutreten und in die SPÖ einzutreten. Die mussten nicht nur in der KPÖ vorsichtig sein, da gab’s dann auch großes Misstrauen in der SP! Die Umorientierung war also ein Problem. Viele sind in die SP hinein, nach zwei Jahren sind sie dann wieder heraus – Entrismus wie in Frankreich in den 30er Jahren war in unserer SP nicht möglich. Ein Teil ist in der SP geblieben, ich habe da auch dazu gehört.

Und da gab’s in der Entrismus-Frage ja Differenzen! Wie sahen die aus?

Kurz gesagt: Modlik wollte tiefer in die SP hinein, er wollte praktisch die Organisation aufgeben und in der SP weiterarbeiten. Die dahinterstehende Frage war: Gibt es eine revolutionäre Situation oder nicht? Das war die wichtigste Frage. Nach dem Krieg war eine gewisse revolutionäre Stimmung, aber sie war nicht so tief wie nach dem Ersten Weltkrieg. Es wird, so war die Hoffnung, zu einer neuen revolutionären Situation kommen, und dann wird sich ein großer revolutionärer, ein trotzkistischer Flügel von der SP abspalten. Das hat sich nirgends bewahrheitet. Modlik hatte also schon damals das Konzept von Pablo, dass man langfristig in die Arbeiterparteien hineingeht, und in einer revolutionären Situation werden die stalinistischen und sozialdemokratischen Parteien dann nach links rücken. Als Muster sind immer die Engländer hingestellt worden.

Die Mehrheit aber wollte Fraktionsarbeit bei Aufrechterhaltung einer selbständigen illegalen Organisation. Da gehörte auch ich dazu. Und wie sich 1949 die Organisation in dieser Frage gespalten hat, bin ich auch bei der Mehrheit gewesen. In der Mehrheit waren wir ungefähr noch so an die 30, in der Minderheit etwas weniger.

Und noch eine Frage zur Arbeit in der SP: Du hast ja auch Entrismus gemacht. Wie hat sich das konkret abgespielt?

Erstens sind wir ja schon vor ‘34 in der SP gewesen. Von daher war es einfacher. Ich bin dann von einem Bezirk in einen anderen in Wien umgezogen, das war gut so, denn in Landstraße war ich schon bei vielen als Trotzkist bekannt. Oppositionspolitik habe ich dann versucht, im Rahmen der Hindels-Gruppe zu machen: gegen Koalitionspolitik, gegen Sozialpartnerschaft, für den Klassenkampf – bis in die siebziger Jahre hinein!

Zurück zu den 50er Jahren: 1954/1955 haben sich die beiden Gruppen ja dann wieder vereinigt. Wie ist das dann dazu gekommen?

Das Außergewöhnliche war ja, dass wir beide Gruppen, obwohl wir als Organisation gespalten waren, Mitglieder der Vierten Internationale waren – das war damals die Idee von Pablo. So etwas hat’s noch nie gegeben vorher: Der Ernest (*Mandel, d. Red.*) hat eh mit dem Kopf gewackelt, wie der Pablo das vorgeschlagen hat. Und unter der

Führung der Vierten haben wir uns dann wieder vereinigt. Wir haben sogar witzige Zusammenkünfte gehabt: Der Ernest ist nach Österreich gekommen – nach Oberösterreich, denn bis 1955 war ja im Osten russische Besatzungszone, und da war es für ihn zu gefährlich, da hineinzufahren – da haben wir uns in Linz getroffen: Da ist er zuerst mit uns zusammengetroffen, dann hat er sich mit der Minderheit zusammengesetzt.

Ich muss Dir überhaupt sagen, dass die Internationale insgesamt einen starken Einfluss auch in den Diskussionen für die österreichische Sektion gehabt hat. Wir waren



Franz und Rozsi Drexler (links und rechts) gemeinsam mit einem amerikanischen Trotzkisten (Mitte) vor dem Karl-Marx-Hof (1957)

abhängig von der Internationale. Wirklich geführt hat die IKÖ einer, nämlich Pablo. Nicht ich oder Modlik, sondern Pablo. Wir sind da vorher schon, vor der Wiedervereinigung in Österreich, auch 1953 auf der Seite des Internationalen Sekretariats bei der Spaltung mit Healy, Lambert und der amerikanischen Sektion gestanden. Ehrlich gesagt, wir waren politisch nicht besonders stark – wir haben dem zugestimmt, was von Pablo gekommen ist. Nicht kritiklos und ohne Diskussion, wir haben die Differenzen natürlich diskutiert, besonders Modlik war aber immer stark für die Seite von Pablo und ist mit ihm ja auch in den 60er Jahren hinausgegangen.

Und die Differenzen, wurden die geklärt bei der Wiedervereinigung? Und hat die Vereinigung eigentlich funktioniert, oder gab's die beiden Strömungen weiter in der Organisation?

Mehr oder weniger wurde gesagt, „Schwamm drüber". Es waren ja beide erfolglos. Die allgemeine Lage ist ja immer schlechter geworden für revolutionäre Politik. Ein

gewisser Aufschwung war noch 1956 mit Ungarn, aber nach der Niederlage in Ungarn war's ganz aus. Am 1. November 1956 war ich noch in Budapest. An dem Tag, als der Nagy aus der Komintern ausgetreten ist. Ich war getarnt als Arbeitersamariter dort, bin aber natürlich aus politischen Gründen dort hingefahren.

Und zur Frage der Strömungen: Eigentlich hat die Vereinigung schon funktioniert. Wir haben ja beide keine großen Erfolge vorzuweisen gehabt. Strömungen und Tendenzen hat's erst wieder gegeben, als in den sechziger Jahren die Jungen gekommen sind und Modlik dann mit dem Pablo gegangen ist.

Und wie groß war die Organisation bei der Wiedervereinigung?

Bei der Wiedervereinigung dürften wir noch so um die vierzig gewesen sein. Aber das ist schwer zu sagen, denn wenn sich einer von der Organisation entfernt, sagt er ja oft nicht gleich „ich komm' nimmer", sondern das ist ein längerer, ein allmählicher Prozess. Die trotzkistische Organisation hat sich ja dann in den sechziger Jahren buchstäblich aufgelöst. Die GRM hat sich dann zu Anfang der siebziger Jahre völlig neu gegründet. Es ist ja fast niemand mehr übriggeblieben gewesen. Ich persönlich habe mich ja auch Anfang der sechziger Jahre zurückgezogen, ich bin aber in aller Freundschaft heraus und habe die, die noch weitergemacht haben, finanziell unterstützt.

Kann man eigentlich sagen, dass die IKÖ auch noch in den 50er Jahren im wesentlichen proletarisch zusammengesetzt war?

Ja, das ist völlig richtig. Wir hatten nur gelegentlich Kontakt mit Intellektuellen. Einen Arzt in Graz hatten wir gekannt, aber sonst... In der Gruppe waren viele Gemeindebedienstete. Die Genossen sollten einen Beruf haben, von dem man leben konnte und bei dem man sich nicht umbringt dabei. Einige waren in den Städtischen Büchereien.

Und der Anteil der Frauen in der Organisation?

Der war verhältnismäßig gering. Wirklich politische Frauen gab's sehr wenige. Die Frauen waren meistens die Ehefrauen der Genossen. Leider, wirklich politisch fähige Frauen haben wir sehr wenige gehabt.

Wenn Du jetzt Bilanz Deiner Tätigkeit als Revolutionär ziehen müsstest, wie würde die aussehen?

Wir haben sicher auch viele Fehler gemacht, aber wir haben's halt probiert, zum Sturz des kapitalistischen Ausbeutungssystems und zur Weltrevolution beizutragen. Auch wenn das mit vielen Risken und Opfern verbunden war und unterm Strich nicht viel rausgekommen ist: Was meine Tätigkeit als Revolutionär betrifft, da bereu' ich nichts. Und vielleicht können die Jungen aus unseren Erfahrungen ja auch was lernen.

Interview mit Franz Holba

Franz Holba war einer der alten Genossen des *Kampfbundes zur Befreiung der Arbeiterklasse*, einer jener trotzkistischen Veteranen aus der alten Frey-Tradition, die bis zu ihrem Lebensende „der Sache“ treu geblieben waren. Beigetreten der Linksopposition noch vor ihrem Verbot 1933, zählte er sich bis zu seinem Lebensende zur revolutionären Bewegung. Seine organisationsinternen Namen waren Sykora (auch: Sikora) und Rudolf. Das folgende Interview wurde von Manfred Scharinger im Jänner und Februar 1987 geführt.

Genosse Franz, Du gehörst zu den wenigen, die noch unmittelbar aus der Kraft der revolutionär-marxistischen Tradition schöpfen können. Kannst Du uns Deinen politischen Werdegang, kannst Du die wichtigsten Stationen Deines Lebens schildern?

Schau, aufgewachsen bin ich am Land in Niederösterreich, zuerst war ich im Waldviertel, dann in Bruck an der Leitha. Geboren bin ich 1909, ich hab also sogar noch eine gewisse Erinnerung an den Ausbruch des Weltkrieges. Als Sohn einer armen Kriegerswitwe haben wir den Krieg von seiner wahren Seite kennengelernt, wir haben uns in meiner Kindheit von Salzheringen ernährt. Das war das billigste, was Du bekommen hast. Meine Mutter hab’ ich gefürchtet, den Vater aber habe ich geliebt. So wenig Kontakt ich mit ihm gehabt hab’, so sehr war ich ihm verbunden.

Es war während dem ersten imperialistischen Krieg. Da hat er mich einmal in einer Situation vor Schlimmerem bewahrt: Der Lehrer – ich hab’ ihm ja nichts mehr gebracht, keine Hausaufgaben und nichts, und ich war ganz schön aufsässig – hat einen Buben geschickt mit einem Zettel, der sollte unterschrieben werden. Da ist draufgestanden, was man angestellt hat... Und den Buben hab’ ich vertrieben, da hat er zwei geschickt. Ich hab’ gesehen, ich kann’s nicht verhindern, und der Vater ist im Bett gelegen – er war krank, dann ist er ins Lazarett gekommen nach Ungarn, er war Flieger, ist abgestürzt, aber nicht an der Front, sondern am Übungsplatz. Innere Verletzungen, und dann ist er transferiert worden – von Szombathely nach Bruck. Zwei Tage ist er daheim in dem Loch gelegen, und dann ist er ins Lazarett gekommen. Da war so ein Halslazarett – und dort ist er dann gestorben. Jedenfalls hab’ ich Vertrauen gehabt zu ihm. Die Buben sind dann fort, und ich hab’ mich reingeschlichen zu ihm – also meine Mutter hätte mich geprügelt. Und er war lieb zu mir und hat gesagt: „Das ist doch keine Sache!“ Also ich hab’ wenige Menschen getroffen, zu denen ich wirkliches Vertrauen, ja eine liebesähnliche Zuneigung gehabt habe. Alles andere war mir suspekt, oder ich hab’ sie – wie meine Mutter – gefürchtet!

1919 bin ich dann nach Wien gekommen. Mit 10 bin ich dann schon hier in die Schule gekommen. In Bruck an der Leitha waren wir, meine Mutter und ich, ja vorher. Meine Mutter war in der Lebensmittelfabrik. Da waren 4.000 Leute beschäftigt. Herdenweise ist das Vieh geschlachtet worden – aus allen Windrichtungen sind die Arbeiter und Arbeiterinnen gekommen. Die Leute waren vom Schlachten ganz rot, das

Blut konnte gar nicht alles verwertet werden. Einmal in der Woche hat die Belegschaft ein paar Blutwürste bekommen.

Ich bereue nicht, dass ich als bettelarmer Bub aufgewachsen bin. Denn mein Leben war sehr ereignisreich. Da war immer was los. Mir fällt da die eine Geschichte ein: Wie man einen jungen Mann formen, in die Hand kriegen kann: Ich habe noch mit dem Spazierstock in Bruck an der Leitha Hiebe bekommen. Ich will nicht sagen unverdient, aber es war Prügelstrafe. Warum? Weil ich einmal einen Bub und seinen Freund nicht habe heimgehen gelassen. Wir haben außerhalb des Ringes gewohnt, und auf die feineren Kinder habe ich immer schon einfach einen großen Zorn gehabt. Und ich war schon rechtzeitig auf der Lauer. Dann hab' ich ein Lager von Steinen angelegt, und wie das dann so weit war, habe ich's verhindert – bis der Steinevorrat aus war. Dann haben's heimgehen können – aber sie konnten nicht anders, sie mussten da durch. Natürlich bin ich erkannt worden, und dann hat's Hiebe gegeben. Dass man dann seinen Hass und seinen Stolz nicht ablegt, ist aber auch wohl klar.

Wie war das dann in Wien? Wie ist es Dir dann in Wien gegangen?

Der Krieg war aus, ich bin dann nach Wien gekommen. Dort bin ich dann mit 12 Jahren schwer erkrankt – es war ja dann nach dem Krieg eine so schlechte Zeit in der Großstadt. Lungenentzündung, doppelseitige Rippenfellentzündung – da wär' ich dann fast draufgegangen. Und der zweite Vater, also der zweite Mann meiner Mutter, hat mir das Leben gerettet. Ich bin zwei Monate im Leopoldstädter Kinderspital gelegen, war nur mehr Haut und Knochen. Und eines schönen Tages, wenn'st zwei Monate auf einem Zimmer liegst, da erlebst etwas: Und ich habe beobachtet, wer auf das Bett beim Zimmereingang gekommen ist, der ist gestorben. Eines schönen Tages bin ich dort gelegen. Und wie dann die Mutter gekommen ist, hab' ich ihr gesagt, ich bleib' nicht da, ich will raus. Gehen hab' ich nicht können, stehen auch nicht – ich hab 16 Kilo gehabt. Heute hab' ich 57 Kilo... Sie hat mich dann am Arm in der Tramway heimgeführt. Wir haben einen guten Hausarzt gehabt, einen gewissen Weber, der war selber lungenkrank, aber nichts hat geholfen. Ich bin dann fünf Monate im Fieber gelegen, dass man das überhaupt durchhält! Alles, was ich zu mir genommen hab', ist durchgegangen.

Und mein zweiter Vater war Schuster. Er ist aus Mähren gekommen, hat einen Schnurrbart gehabt, hat aber geredet wie ein Wiener. Er war ein guter Schuster, er hat bis zu 60 Schilling verdient pro Woche, das war damals sehr viel: 20 Schilling war der Durchschnitt, 30 Schilling war schon ein guter Lohn. Aber 60! Das war ein Vermögen. Und jedenfalls hat er zur Mutter gesagt: „Heast Muatter, der geht ja net scheißen! Da is' bald nix mehr zu machen, wenn das so weitergeht!" Er hat aber ein Hausmittel gehabt und zur Mutter gesagt: „Geh', gib ihm einmal Rizinusöl, dass es ihn so richtig durchräumt!" Und die Mutter hat zwar Angst gehabt, dass ich kaputtgehe, hat mir aber dann einen Löffel gegeben. Und der Vater hat das durchgesetzt, und richtig – ich bin dann langsam gesund geworden... Ich hab' ja immer einen Vater haben wollen, das hat da sicher auch eine Rolle gespielt! Mein richtiger ist ja verstorben gewesen. Und mit der Mutter war es ja furchtbar, ich hab' nie wieder eine so strenge Frau kennengelernt.

Du musst Dir vorstellen: Wir haben gewohnt auf Zimmer – Küche – Kabinett in der Meiselstraße 39. Und das Kabinett war vermietet – so gut hat der Vater ja nicht immer verdient. Die ganze Einrichtung ist dann in's Kabinett hineingekommen – damit's vermietet werden kann. Ich hab' dann auf zwei Sesseln schlafen müssen! Wie oft bin ich runtergefallen und hab' dann am Boden weitergeschlafen. Eines schönen Abends oder Nachts weckt mich meine Mutter auf – sie hat ein spezielles Messer gehabt, ein besonders langes, sie war nämlich eine phantastische Köchin. Das Messer war sehr dünn, zum Nudelschneiden, damals hat man ja die Nudeln noch selber gemacht. Und sie weckt mich auf, ich ganz schlaftrunken, wie halt Kinder so sind, wenn sie aus dem Schlaf gerissen werden. Sie hat mich erschreckt und mich bedroht, sie hat sich eingebildet, ich werde dadurch braver!!!! Du kannst Dir nicht vorstellen, was es da an Erziehungsmethoden damals gegeben hat....

Zweimal bin ich von zuhause durchgebrannt. Einmal, das muss so mit zwölf gewesen sein, das zweite Mal war ich schon Lehrbub. Ich sag' Dir, wegen einer Kleinigkeit, wegen einer Nichtigkeit! Ich hab' mich so gefürchtet, nach Hause zu kommen, weil ich etwas beim Einkaufen nicht bekommen hab'. Und ich hab' gewusst, jetzt gibt's wieder Schläge. Da bin ich von der Kirchstettergasse hinüber und dann der Bahn entlang hinaus Richtung Purkersdorf. Mir ist immer kälter geworden, jetzt bin ich dann in einen Schrebergarten eingebrochen, in ein Hütterl, aber die Kälte hat mich wieder vertrieben. Das ist so weit gegangen, dass ich dann zur Polizei geschlichen bin – eine echte Niederlage. Ich bin hinein und habe gesagt, dass ich von zuhause davon bin. und der hat mich dann auf der Wache nicht eingesperrt, sondern erst einmal etwas zu essen gegeben. Und in der Früh ist dann ein anderer Wachter mit der Tramway aufs Polizeikommissariat Schönbrunn gefahren. Und von dort aus hat mich meine Mutter abgeholt. „So ein Verbrecher! Und so was hab' ich auf die Welt gebracht!" So ist es dahingegangen.

Franz, bevor wir zu Deinem politischen Werdegang kommen: Warum eigentlich, glaubst Du, war Deine Mutter so hart zu Dir?

Ich muss Dir sagen, viele Bekannte, auch meine Frau, haben mir immer gesagt, dass sie es gar nicht verstehen können, dass ich noch so gut zu meiner Mutter in ihrem Alter war. Denn trotz allem hab' ich sie immer noch begreifen und verstehen können, auch wenn ich ihre Methoden immer missbilligen werde. Da hat mir natürlich die Politik, die Einsicht in die Zusammenhänge durch die Politik viel geholfen. Denn dass ich auf die Welt gekommen bin, das war das große Unglück für sie! Sie war ja aus einer Bettlerfamilie, aus dem richtigen Lumpenproletariat, und sie hat ein Elend hinter sich gehabt, das man sich heute gar nicht mehr vorstellen kann. Und dass ich auf der Welt war, das hat das ja alles noch viel schlimmer gemacht. Im Wickelpolster bin ich ins Waldviertel gekommen, ich bin einfach nicht gebraucht worden. Da war eine Keuschlerfamilie, die hat fünf, sechs Kostkinder gehabt – arme Hunde, kann ich Dir sagen –, und ich war halt eines unter allen diesen.

Die haben uns natürlich nur genommen, damit ein wenig Geld ins Haus gekommen ist. Die Kleinsten in der Wiege, die anderen sind auf der Erde herumgekrochen, es hat sich ja alles auf der Erde abgespielt, denn es gab nur einen großen Raum, da war alles drinnen – der Herd und die Schlafstellen. Auf der anderen Seite war der Viehstall, da

ist eine Kuh gestanden, eine Geiß und eine Sau! Die Kinder, die so klein waren wie ich, sind in die Wiege gekommen, damit sie mehr geschlafen haben, als sie wach waren. Dann haben's uns zugedeckt, dass die Fliegen nicht dazugekommen sind. Wenn Du zum Kriechen angefangen hast, hat sich alles auf der Erde bewegt, da ist hingeschissen worden, der Hund hat das gefressen. Und wir? Wir haben Hunde und Katzen gefressen! Und natürlich kann ich mich nicht erinnern, wie das in der Wiege war, aber als wir größer wurden, haben wir das gesehen, wie das Leben mit den Kleinsten so bei den Keuschlern begonnen hat...

Jedenfalls – die Bedingungen, unter denen ich aufgewachsen bin, waren wirklich furchtbar. Aber meine politische Laufbahn war vorprogrammiert, denn all das gräbt sich tief im Inneren eines Menschen ein!

Kannst Du jetzt vielleicht erzählen, wie Du zur Politik gekommen bist?

Angefangen hat die politische Bewusstwerdung eigentlich ganz einfach: Zu der Zeit, als ich so schwer krank war, hat mir mein Vater Bücher aus der Gewerkschaft mit nach Hause gebracht. Da hab' ich viel gelesen. Besonders beeindruckt hat mich „Germinal" von Zola – und das ist alles auf fruchtbaren Boden gefallen. Wie's mir besser gegangen ist, dann „Feuer und Schwert"... Und die älteste Tochter meines zweiten Vaters, die war nur ein wenig jünger als meine Mutter. Denn mein zweiter Vater war um 25 Jahre älter wie meine Mutter. Und diese Tochter hat mir mit ihrem Mann immer Bücher gebracht, und ich hab' gelesen. Der Schwager war ein revolutionärer Arbeiter, der hat mich beeinflusst. Der hat gesagt: „Wenn Du dann älter bist und in die Lehr' kommst, musst Du gleich in die Jugendorganisation eintreten!" Das hat er mir nicht zweimal sagen müssen! So Anstöße habe ich bekommen von diesem Mann!

Und wie ich dann in die Lehr' gekommen bin, bin ich natürlich auch sofort zur Gewerkschaft. Gelernt hab' ich Schuhmacher – wie mein zweiter Vater. Und schon als Lehrling hab' ich die erste Begegnung mit einem Trotzkisten gehabt – ich war also in der Jugendorganisation, ich war sogar „Aufbauelement" in der Gewerkschaftsjugend.

Kannst Du über die Begegnung etwas genauer erzählen?

Ich hab' in der Gewerkschaft geholfen, die Jugendorganisation unserer Sektion, also der Schuhmacher, aufzubauen. Und da hat's einen gewissen Josef Rokach-Epstein gegeben, in der Flossgasse 9 hat er gewohnt. Er war ein bisschen älter wie ich, aber er hat dasselbe gelernt wie ich, Oberteile hineinrichten.

Seine Eltern waren religiöse Juden, Orthodoxe, und furchtbar arm. Und die Jugend war ja damals radikal, da wurde damals diskutiert und debattiert. Sogar von der Katholischen Jugend sind Mädchen gekommen, denen hat's bei uns gefallen – nicht nur wegen der Geschlechtsbeziehungen! Denn bei der Gewerkschaftsjugend, da hat's richtiges Leben gegeben! Nicht so wie heute! Da hat die Bürokratie alles zum Ersterben gebracht.

Und der Josef Rokach-Eppstein hat versucht, von der trotzkistischen Sicht aus Einfluss zu nehmen. Zuerst habe ich ihn bekämpft, ich bin gegen ihn aufgetreten, aber bald haben wir uns regelmäßig getroffen, und dann haben wir diskutiert. Und der hat schon damals, ich war 16 oder 17, den Keim des revolutionären Marxismus, des Trotzkismus, in mir gelegt... Jedenfalls hat der schon den Boden für meinen späteren

revolutionären Weg gelegt. Und ich kann mich noch gut erinnern, wie er mir einmal gesagt hat: „Du, es gibt eine Sache, wenn Du die Dir aneignest, dann kannst Du alles lösen, nämlich die materialistische Dialektik!“

Der hat mich also infiziert und empfänglich gemacht für die Linksopposition und die „Arbeiter-Stimme“ vom Josef Frey. Das war Mitte der 20er Jahre – geboren bin ich ja 1909. Der war schon damals Trotzkist, also ein Oppositioneller in der KPÖ. Er ist dann rechtzeitig den Nazis entkommen und ist nach Israel ausgewandert. Das war ein armer Hund, ein Arbeitsloser... Er hat mich dann noch besucht, als ich schon Trotzkist war.

Und Du? Bist Du dann gleich Trotzkist geworden? Wie hast Du Dich politisch weiterentwickelt?

Nein, nicht gleich. Ich bin ja bei der KPÖ gewesen, ich hab’ sogar gegen die Trotzkisten, nicht nur gegen den Rokach-Eppstein, gesprochen. Und da möchte ich Dir erzählen, wie ich mit der „Arbeiter-Stimme“ in Kontakt gekommen bin, was ich politisch weiter gemacht habe. Die Frage für politische Richtungen ist ja immer, wie viel Gewicht auf Propaganda nach außen und wie viel Gewicht auf Qualifizierung zu legen ist. Da hat sich gezeigt, dass die Linksopposition, die die „Arbeiter-Stimme“ herausgegeben hat, gerade darauf viel Wert gelegt hat. Dafür hat sie aber furchtbar viele Schulden gehabt bei der Druckerei, und der Frey hat nicht einmal den Zins zahlen können. Es waren ja so viele ohne Arbeit.

Ich selbst war damals manchmal in einer Schuhfabrik aushilfsweise beschäftigt, die größte Zeit aber war ich arbeitslos. Und da hat’s einen revolutionären Arbeiter gegeben, er hat Stipschitz geheißen, ein Urtyp von einem Arbeiterrevolutionär. Er war im ersten Weltkrieg eingerückt und ist, als die Kompanie antreten hat müssen, vorgetreten und hat gegen den Krieg gesprochen! Der wurde natürlich gleich ‚kassiert’, hat dann im Häf’n nichts zwischen die Zähne bekommen und immer erzählt, dass sie Gras fressen mussten. Jedenfalls ist er trotzdem davongekommen, war bei der Kommunistischen Partei und ist Frey-Anhänger geworden. Er war Tischler in der Schuhfabrik Reich in der Schumanngasse, sie hat einem Juden gehört, und wir haben so Hauspatschen erzeugt. Ich habe dort den Oberteil zugeschnitten. Und der Stipschitz war dort Haustischler, ist mit der „Arbeiter-Stimme“ durch die Säle gegangen, hat Abonnenten gehabt. Dann sieht er mich einmal. Er hat, so wie ich, nur ein Aug’ gehabt, das andere hat er im Krieg verloren – ich hab’ ja auch ein Glasaug’! Und er kommt her zu mir und sagt: „Dich kenn’ ich eh, vom Bachlehner! Du hast gegen uns gewettert! Aber da hast eine ‚Arbeiter-Stimme’!“ Er hat mir’s geschenkt. Und ich schau mir’s an, ich war ja damals bei der KP.

Kannst Du noch ein wenig über Deine Mitgliedschaft bei der KP erzählen?

Das ist so gekommen: Dass ich immer sehr interessiert war an diesen Sachen, weißt Du. Ich war viel arbeitslos, habe nur hin und wieder Arbeit gehabt. Mir fällt da immer wieder ein, wie ich einmal beim Bau des Arbeitsamtes am Kofflerpark, Ludo-Hartmann-Platz heißt das heute, so stutzig geworden bin – da ist heute die Bauarbeitervermittlung. Und ich habe da einen gefragt, was er da bauen will. „Ein Arbeitslosenamt“ war die Antwort. Damals hat’s ja nicht Arbeitsamt, sondern Arbeitslosenamt

geheißen. Und da hat's bei mir geklingelt! Ich war damals gerade ausgelernt, nach drei Monaten, nach der Behaltefrist, hat er mich natürlich rausgeworfen, und ich hab' noch Illusionen gehabt: Du kannst was, Du hast ja was gelernt, Du wirst schon was finden! Und dann seh' ich, dass da ein Arbeitslosenhaus gebaut wird! „Was, die bauen da eigene Häuser? Also ist das eine Dauererscheinung? Sowas baut man ja nicht zum Spaß!"

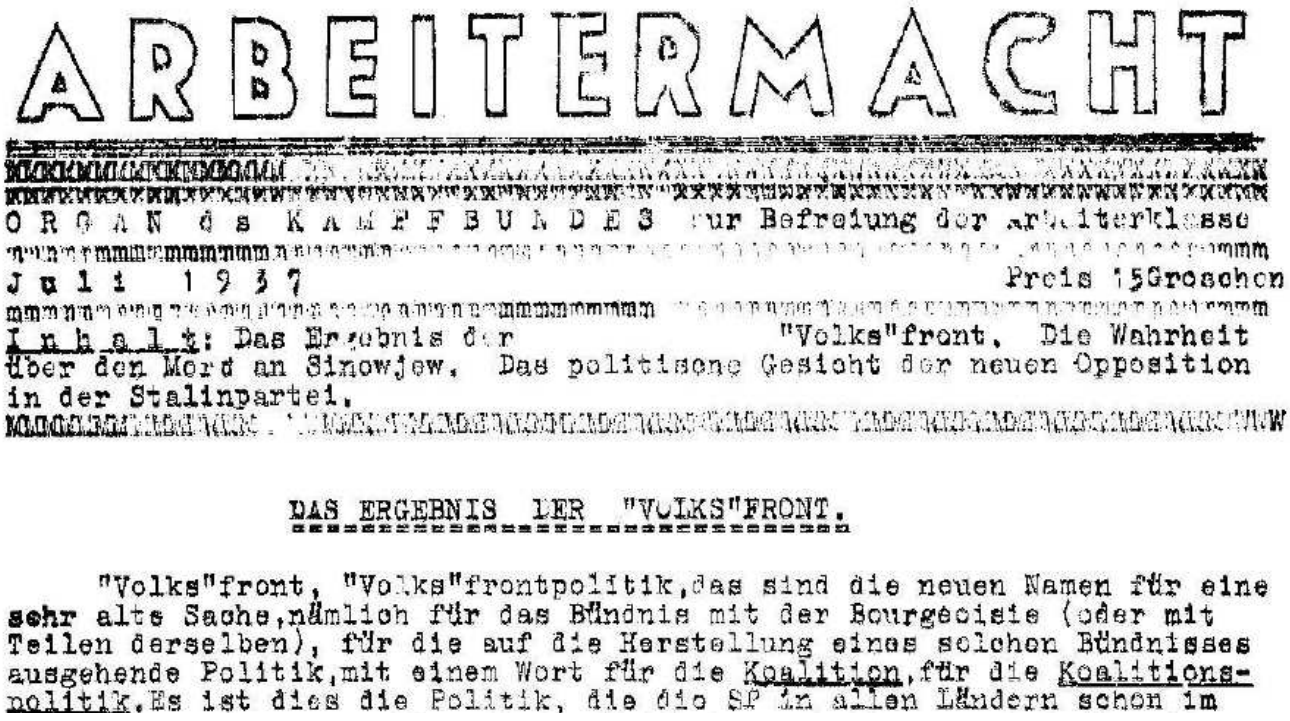
Arbeitslosigkeit war also das erste, was ich nach dem Auslernen gelernt habe. Alle Tage aufs Arbeitsamt, und da stellt sich dann die Frage, wie geht's weiter? Und das hat mich dann empfänglich gemacht für die KP-Propaganda. Da war ein gewisser Peterka, der ist unterm Hitler unter's Fallbeil gekommen, ein Stalinist, von dem ich bearbeitet worden bin. Ich war ohne Unterstand, und der hat mich dann genommen zu seiner Mutter, die hat in der Kuefsteingasse gewohnt. Ich war einige Wochen ohne Bett, hab' keine Unterkunft gehabt. Meine Leute haben mich ja hinausgeschmissen, wegen der Politik – meine Mutter, Du weißt ja...! Die wollte haben, dass was Ordentliches aus mir wird! Und ich bin zur KP gegangen...

Die KP hat viele Versammlungen gemacht, Veranstaltungen, war radikal, der Gottlieb Fiala war in meiner Gewerkschaft. Der Koplenig ist hin und wieder gekommen zu einer Veranstaltung in irgendeinem Beisl in der Nähe, wo Arbeitslose zusammengekommen sind, der war ja auch Schuster... Ich bin dann zur RGO, zur Revolutionären Gewerkschaftsopposition, habe dort Brandreden gehalten, gegen die Bürokraten und gegen die Gewerkschaftspolitik.

Dass ich dabei war, das war aber auch schon alles für mich. Ich habe ja kaum eine wirkliche Bildung genossen. Bevor ich zur Linksopposition gekommen bin, hab' ich mich theoretisch nicht beschäftigt. Mein ganzes Wissen war ja gering. Ich habe mir in der Arbeiterbibliothek in der Kräutnergasse den Lenin ausgeborgt. Ich habe mir aber nichts damit anzufangen gewusst! Und in der KP? Das war ja keine Schulung! Die haben ja nur Elemente gebraucht, für Aktionen und so weiter. Schulung im eigentlichen Sinn ist aber gar keine betrieben worden! Da hab' ich noch mehr gelernt beim Peterka! Der war täglich auf der Arbeitslosen, also am Arbeitsamt! Der hat sogar Russisch gesprochen und die Prawda gelesen. Und wie ich dann schon genügend von der revolutionären Ideologie ‚infiziert' war, die der Frey vertreten hat, dann hab' ich zu dem Peterka gesagt: „Heast, stimmt ja alles nicht, was Du mir da erzählt hast!" Ich hab' ihm dann ein paar Tatsachen gesagt, und er hat mir zur Antwort gegeben: „Weißt Du, ehrlich gesagt, ich bin schon zu müde! Wenn ich noch jung wäre, aber so, ich kann und will mich nicht mehr umorientieren!" Ich hab' dann erfahren, dass er von der KPÖ bezahlt worden ist zum Agitieren! Er war hackenstad wie wir alle und hat dort auf der Arbeitslosen Propaganda gemacht. Darum hat er auch gesagt, Du kannst bei mir essen, da bleibt noch immer was übrig... Von der Stütz'n hat der das nicht leisten können, hab' ich mir schon vorher gedacht!

Und wie bist Du dann mit der Linksopposition in Kontakt gekommen?

Jedenfalls gibt mir der Stipschitz die „Arbeiter-Stimme", und ich lese die Zeitung, die ist damals alle vierzehn Tage herausgekommen. Ich hab' da gelesen – von Trotzki! Das war damals ja schon ein rotes Tuch für die KP! Aber mir hat's gefallen, sie hat mich angesprochen, und so hab' ich Kontakt gesucht.



ARBEITERMACHT

ORGAN des KAMPFBUNDES zur Befreiung der Arbeiterklasse

Juli 1937 Preis 15Groschen

Inhalt: Das Ergebnis der "Volks"front. Die Wahrheit über den Mord an Sinowjew. Das politische Gesicht der neuen Opposition in der Stalinpartei.

DAS ERGEBNIS DER "VOLKS"FRONT.

"Volks"front, "Volks"frontpolitik,das sind die neuen Namen für eine sehr alte Sache,nämlich für das Bündnis mit der Bourgeoisie (oder mit Teilen derselben), für die auf die Herstellung eines solchen Bündnisses ausgehende Politik,mit einem Wort für die Koalition,für die Koalitionspolitik.Es ist dies die Politik, die die SP in allen Ländern schon im

Gewohnt hab’ ich damals am Bruckhafen neben dem Bretteldorf, in dem Gebiet, das die Gemeinde immer versucht hat zu verbergen, wegen der Not, die dort konzentriert war. Das waren Schandflecke vom Roten Wien, die hat man versucht, möglichst niemand zu zeigen. Da haben Menschen in Bretterbuden gehaust, die keine Unterstützung bekommen haben und die am Schlingenmarkt gekniet sind und gesagt haben: „Bitte schön, nur einen Groschen...“. Heute ist dort der Donauturm auf der G’stettn. Und dort haben wir alle, wir armen Hunde, gehaust. Das war das Milieu dort. Ich hab’ mich ja immer in den Armenvierteln bewegt und mich da auch irgendwie wohl gefühlt!

Jedenfalls hab’ ich dort gewohnt und Kontakt gesucht zur Linksopposition. Die hat dann ihre Genossen in Floridsdorf beauftragt, mich aufzusuchen. Die haben mich aber nicht gefunden. Nichts ist passiert, bis ich gesagt hab’, was nun ist. Dann ist endlich die Verbindung hergestellt worden. Und dann bin ich das erste Mal zum Josef Frey in die Rechtsanwaltskanzlei gekommen. Seine Frau war eine Italienerin, mit dunklen Augen, kohlschwarz, sie hat perfekt italienisch gesprochen, auch Französisch, nur Englisch hat sie nicht wollen. Ich hab’ angeläutet, sie hat mich hineingelassen, er ist gekommen, und dann hab’ ich mit ihm geredet. Also: Er hat einen Raum voll mit Büchern gehabt! Eine riesige Bibliothek! Und da hat die Polizei natürlich ihre Schwierigkeiten gehabt. Aus dieser Masse die für sie wichtigsten herauszuholen... Als der Josef dann geflohen ist, hat er die Bibliothek zurücklassen müssen, den Großteil hat sich die IKÖ *(Internationale Kommunisten Österreichs, Österreichische Sektion der IV. Internationale)* angeeignet... traurige Sachen sind da vorgekommen...

Der Josef hat sich also informiert, mich eingeladen. Er hat wöchentlich Vorträge gehalten, beim Auer in der Hasnerstraße, das war ein Wirt, der hat einen kleinen Saal gehabt, da waren immer 50, 60 Arbeiter, die zugehört und diskutiert haben. Und da bin ich dann hingekommen. Und dann hat er Fragen gestellt an einzelne, unter anderem auch an mich. Und ich kann mich noch gut erinnern, er hat mich gefragt, und ich

hab' eine saublöde Antwort gegeben. Dann hat er „Blödsinn!" gesagt, aber das hat mich nicht gestört, er war ja sehr gewinnend in seinem Wesen. Er hat die Sprache des Arbeiters verstanden, er hat für die Arbeiter gesprochen, und er hat begreiflich geredet...

Jedenfalls war es also reiner Zufall, dass ich aushilfsweise in die Schuhfabrik gekommen bin, wo der Stipschitz mir die „Arbeiter-Stimme" gegeben hat, ich hätte vielleicht sonst nie die „Arbeiter-Stimme" in die Hand bekommen. Und die hat mich sofort angesprochen. Ohne dieses Organ wäre ich wahrscheinlich nie zur Linksopposition gekommen, ein gutes Propaganda-Organ ist eben das wichtigste für eine Organisation in so einer Phase gewesen. Und so ist es irgendwie reiner Zufall, wie sich mein Leben geändert hat. Ich wäre wahrscheinlich im anderen Fall irgendein Märtyrer geworden bei der KPÖ, ich wäre von ihr irgendwo bei irgendeiner Aktion gegen den Faschismus verheizt worden wie so viele... Aus Eigenem hätte ich wahrscheinlich nicht die Kraft gehabt, den ganzen Verrat Stalins durchschauen zu können. Aber ich war so von revolutionärem Tatendrang durchdrungen, weil ich ein so elendigliches Leben führen hab' müssen... Und ohne diese „Arbeiter-Stimme" weiß ich nicht, was aus mir geworden wäre... Jedenfalls: Ich war Feuer und Flamme für die Linksopposition.

Hast Du eigentlich versucht, in der KPÖ für die revolutionären Ideen der Linksopposition zu werben?

Natürlich habe ich versucht, in der KPÖ dafür zu werben. Da hab' ich dann aber die stalinistischen Methoden so richtig kennengelernt! Ich bin in der Zelle der KP im Bruckhafen gewesen. Zellenleiter war ein gewisser Nesklava, selber ein armer Hund. Der hat auf der Müllhalde nach Verwertbarem gesucht, das er dann versucht hat zu verkaufen... Er hat also vor allem Koks gestierlt, den unverbrannten, der ist gesammelt und dann verkauft worden. Dann hat er zum Beispiel auch die Tschick gesammelt auf dem Müll, die Restln hat er dann genommen, wieder gestopft und dann verkauft... Dort am Müll hat's gestunken! Millionen und Abermillionen, ja Milliarden Fliegen! Der hat eine Bretterbude gehabt und war Zellenleiter in dem Gebiet, wir waren lauter arme Hunde, keine ‚Stütz'n', nichts!

Vom Floridsdorfer Bezirk der KPÖ hat's da auch einen gewissen Kraupa gegeben. Der war seinerzeit in der Frey-Fraktion in der Mitte der zwanziger Jahre, ist dann aber zur Koplenig-Mittelfraktion zurück, hat aber natürlich die Frey-Leute gekannt. Und natürlich: Mit meinem „Erste-Klasse-Wissen" in Politik und mit meinem Trotzkismus hab' ich natürlich überall versucht zu agitieren und Leute zu gewinnen. Der Josef hat mich gewarnt und mehrmals gesagt: „Zeig' nicht überall Dein Gesicht in der KP-Zelle! Wie sie Dich erkennen als das, was Du bist, fliegst Du raus! Die werden Dich niemals in der KP als Revolutionär dulden! Deine Aufgabe ist es jetzt, zu suchen, ob in der KP gesunde revolutionäre Elemente zu finden wären. Und da werden wir uns besprechen, wie wir das machen, wie wir das anfangen werden!"

Aber trotz Belehrung habe ich den Drang gehabt, offen als Revolutionär aufzutreten, und politisch mein Gesicht gezeigt! Der Kraupa hat sofort gewusst, mit wem er es da zu tun hat. Und die KPler haben nur mehr eines gedacht und eines überlegt: „Wie werden wir diese ‚Gfraßt' los? Wie bringen wir ihn um?" Und dann haben sie mich

bestimmt dazu, einem Nazi, der selber dort am Bruckhafen eine Bretterbude gehabt hat, seine Hütte anzuzünden.

Mir ist das gleich suspekt vorgekommen. Und ich berichte das gleich dem Josef – der Kontakt ist ja schon sehr eng gewesen, wöchentlich mindestens einmal. Er hat so eine Methode gehabt: In der Westentasche hat er immer ein ganzes Packerl Zettel gehabt, und darauf hat er so seine Notizen gemacht, wieder eingesteckt, und das hat er dann später systematisch verwertet. Und wie ich ihn getroffen habe, nachdem sie mir den Auftrag gegeben haben, von dem ich Dir erzählt habe, sage ich zu ihm: „Ich weiß nicht, mir kommt das komisch vor! Was soll ich jetzt machen? Ich finde das nicht für richtig, das ist doch auch so ein armer Hund!“ Und der Josef darauf: „Was soll das? Erkennst Du nicht die Absicht? Die wollen Dich der Polizei ausliefern! Du bist Ausländer, und Du begehst hier eine Brandstiftung! Die wollen haben, dass Du in die Tschechoslowakei abgeschoben wirst!“

Eine kurze Zwischenfrage: Warum warst Du Ausländer?

Ich habe keinen österreichischen Pass gehabt. Das hat mit meinen Eltern zu tun gehabt – und ich bin da mit ihnen in einem Boot gesessen. Ich sag’ Dir, Ausländer, das war für mich so ein Handicap! Noch dazu hab’ ich damals bei einem Nazi wohnen müssen! Ich hab’ auf Aufenthaltsgenehmigung in Österreich gelebt.

Da hab’ ich gewohnt, beim ersten Günter seinem Bruder *(Günter war der interne Name eines wichtigen Genossen im illegalen österreichischen „Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse“ – Anm. d. Hrg.)*, der war Bäcker und hat schön verdient, ist aber ein Nazi gewesen. Der hat sich dort ein Häuschen gebaut mit Zimmer-Küche, ein großes Zimmer und eine schöne Küche, und eine kleinere Küche und ein schönes Kabinett, da hab’ ich gehaust. Und das hab’ ich mir selber anwerfen müssen, das war nur im Rohbau. Damals hab’ ich dann 35 Schilling Zins zahlen müssen! Das war viel Geld damals. Und froh war ich, dass ich’s gehabt hab’. Gewusst, was ich politisch mach’, hat er natürlich nicht. Er hat mich nur einmal übernausert, als die Nazi-Gefahr immer näher gerückt ist. Da habe ich von einem Genossen der Linksopposition, einem Floridsdorfer, eine Steyrer-Pistole übernommen. Ein bisschen Waffennarr war ich ja, und eine Pistole, die kann man ja gut brauchen... Und der erwischt mich, wie ich in der Nacht die Pistole ausgegraben habe. Weil ich mir gesagt habe, wenn die Nazis kommen, dann ist es vielleicht zu spät. Und ich hab sie im Garten in einer Blechdose verlötet gehabt, und wie ich sie ausgegraben habe, hat mich der Hund verbellt, er hat so eine kleine Deutsche Schäferhündin gehabt, wahnsinnig scharf. Und obwohl sie mich gekannt hat, hat sie angeschlagen. Na, und er steht auf und findet mich beim Graben. Na, was soll ich machen. „Na, Du pass’ auf,“ sagt er, „die Pistole gibst mir, und Schwamm drüber!“ Er hat’s dann wahrscheinlich den Nazis gegeben... Was hätte ich sonst machen sollen?

Jedenfalls, zu solchen Methoden hat die KP gegriffen, um Kritiker zum Schweigen zu bringen! Da sind ja Zehntausende durch diese Partei durchgegangen, die sie bald wieder angewidert verlassen haben! Die einen sind unter den Nazis Märtyrer geworden, aber viel mehr sind zurückgefallen in die Indifferenz! Und nur sehr wenige haben den Weg zur Linksopposition, zum Trotzkismus gefunden... Die meisten sind also bloß abgestoßen worden von der Politik.

Wie ist das ganze dann weitergegangen? Ich habe mich geweigert, zum Brandstifter zu werden, und habe eine entsprechende politische Begründung geliefert. Dann ist eine Zellensitzung einberufen worden, ich bin ausgeschlossen worden. Ich habe dann noch gesagt: „Das müsst Ihr in der ‚Roten Fahne' veröffentlichen, dass Ihr mich ausgeschlossen habt!" Ist natürlich nie eine Zeile erschienen... Jedenfalls bin ich 1934 dann schon bei der Linksopposition gewesen, ans genaue Datum des Ausschlusses kann ich mich nicht mehr erinnern, jedenfalls war's aber 1933, knapp vor meiner Verhaftung durch die Polizei.

Du bist 1933 verhaftet worden?

Gekommen war das alles durch einen gewissen Koloman Mayer, einen KPler, mit dem hab' ich korrespondiert. In der „Roten Fahne" habe ich gelesen, dass er in Güssing tätig ist. Jetzt habe ich Kontakt aufgenommen. Ich habe dort Jahre vorher für ganz kurze Zeit gearbeitet bei einem Lederhändler und dort auch noch vor meiner KP-Zeit politisch gearbeitet. Wir haben gemeinsam, der Koloman Mayer und ich, die „Sozialistische Arbeiterjugend" dort unten aufgebaut. Und Jahre später, schon nach meinem Ausschluss aus der KP, erfahre ich aus der „Roten Fahne", dass der Koloman Kommunist geworden ist. Das habe ich erfahren, wir haben korrespondiert, und der Trottel hebt meine Briefe auf!

Inzwischen ist aber die KP und natürlich auch die Linksopposition verboten worden. Na, und dann haben die bei ihm nur meine Adresse finden müssen, die KP ist da ja sehr sorglos umgegangen, und so bin ich dann am 21. Oktober 1933 verhaftet worden. Plötzlich in der Früh' steht die Polizei da, der Kommissar selber und zwei Kiberer. Hausdurchsuchung, na die haben dort umgewirbelt! Und ich habe da am Kasten zwei „Arbeiter-Stimmen" gehabt, zwei alte Nummern, die Zeitung ist ja, glaub' ich, im Sommer verboten worden. Mit dem haben sie mich natürlich gehabt. Der Stipschitz hat mir noch am Vorabend der Hausdurchsuchung auf der Floridsdorfer Brücke beim Hubertusdamm einen Lagebericht gebracht.

Der Josef hat ja wöchentlich einen Lagebericht verfasst und an alle weitergeben lassen. Na, und wir, meine Frau und ich, haben einen Kanarienvogel gehabt. Ich hab' den Lagebericht nach Empfang unter den Sand in seinen Käfig hineingelegt – es war ja eine illegale Sache. Und die finden die „Arbeiter-Stimme"! Und ich sag' ihnen: „Ja, ich war dabei. Aber, Herr Inspektor! Jetzt doch nicht mehr!" Na, und die stöbern alles durch, führen sich auf wie die Vandalen, haben alles durcheinandergehaut, und am nächsten Tag hat er mich bestellt. Sagt der Kommissar: „Kommen's zu mir!" Na, und dort haben's mich natürlich gleich behalten...

Da war ein Kiberer anwesend, weil es ist schon passiert, dass bei solchen Einvernahmen Politische zum Referenten handgreiflich geworden sind. Der war also da, damit er gleich, wenn einer tätlich wird, gleich eingreifen kann. Na, und er hat mich ausgefragt über meine Tätigkeit, und ich hab' natürlich alles geleugnet. Sagt er: „Na, Sie sind ein hartnäckiger Geselle! Aber ich werde Ihnen Beweise vorlegen, dass alles gelogen ist!" Und er legt mir meine Briefe vor. Fragt er mich: „Kennen Sie das?" Na, da war's natürlich aus... Sagt er wieder: „Brauch' ma nimmer viel reden! Sie krieg'n drei Wochen, und die Sache hat sich!" Und sagt der Kiberer: „Sie, Herr Kommissär! Der Mann ist Ausländer!" Und offenbar war der Kerl, der Kommissär, irgendwie wohl-

wollend! Er hat meine Briefe gelesen, er hat meine Kritik am Stalinismus gelesen, er hat also gewusst, das ist ein Kommunist! Ich weiß natürlich nicht, was er von Politik verstanden hat, aber immerhin hat er was wissen und verstehen müssen. Und er sagt zu dem: „Das werd' ich mir noch überlegen, ob wir die Ausweisung einleiten."

Wie ging das dann weiter mit der Ausweisung?

Ich bin also am 21. Oktober 1933 eingewiesen worden und im Kommissariat gewesen – und meine Frau hat mit die Verpflegung gebracht. Jetzt ist aber der 12. November, der Republikfeiertag, gekommen. Und da hat die KP Aktionen geplant, auch vom Schutzbund ist was erwartet worden und so weiter. Da hat's fast schon ausgeschaut, als kommt's jetzt schon zum Februar! Die Situation ist ja täglich mehr erhitzt worden... Und da haben's die Kommissariate vor dem Republikfeiertag geräumt, damit's einen Platz kriegen für die, die's verhaften werden. Und mich haben's in die ‚Liesl' überführt, also in die Elisabethpromenade. Und in der ‚Liesl' ist das dann automatisch gegangen, sofort ist das Ausweisungsverfahren eingeleitet worden. Ich hab' dann sofort ein Ansuchen gestellt um Aufenthaltsgenehmigung. Einer von die Mithäftlinge sagt mir gleich, dass das nichts nützen wird. Und ich komm' zum Referenten: „Ja, Sie können ein Ansuchen stellen. Aber ich sag' Ihnen gleich: Bewilligt wird's nicht! Sitzen's halt um ein paar Wochen länger!" Ich hab' mir das Hirn zermartert, was ich machen könnte. Ich hab' ja eine Frau gehabt, ich hab' sie nur nicht geheiratet, weil sie ja sonst auch Ausländerin geworden wäre! Sie hat in einem Modesalon als Einkäuferin gearbeitet. Das war der erste Wiener Modesalon, in der Walfischgasse Nummero vier. Und jetzt? Jetzt soll ich nach Tschechien ausgeliefert werden! Meine Frau, meine politische Arbeit und alles ist ja in Wien gewesen... Na ja, was soll ich sagen, ich bin rausgekommen, hab' aber aus politischen Gründen dann jedes Jahr um Aufenthaltsbewilligung ansuchen müssen.

Wie der Hitler gekommen ist, gleich wie der in Österreich einmarschiert ist, hat aber alles nichts mehr genützt: Ich bin dann abgeschoben worden in die Tschechoslowakei, ich hab' also stantepede in die Tschechoslowakei emigrieren müssen als tschechischer Staatsbürger. Nach kurzer Zeit bin ich aber wieder zurückgekommen, das hat meine Frau bewirkt. Irgendwie hat sie's erreicht, dass ich eine Aufenthaltsgenehmigung bekommen hab' in Wien. Besser gesagt, ich wurde vor die Alternative gestellt, wie ich zurückgekommen bin: Entweder wirst Du deutscher Staatsbürger – oder wieder zurück. Und so bin ich zwar in Wien gesessen, aber als deutscher Staatsbürger – und hab' dann natürlich auch einrücken müssen.

Hast Du eigentlich als Ausländer Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe bekommen?

Ich hab' die ganzen Jahr nur einmal die offizielle Arbeitslose bekommen. Ich hab' keine Notstand I, keine Notstand II und keine III gekriegt. Wenn man die offizielle Unterstützung aufgebraucht hat, dann hat's ja die Notstand I gegeben. Die war wesentlich kleiner als die normale Stütz'n. Die war begrenzt, dann ist die Notstand II gekommen und dann die Notstand III und dann nix mehr. Ich bin natürlich dauernd vor dem absoluten Nichts gestanden. Gelebt hab' ich von Gelegenheitsarbeiten, und meine Frau hat ja Arbeit gehabt!

Ich möchte jetzt nochmals zurück zur politischen Organisation. Kannst Du über die Zeit vom Februar 1934 bis zum Einmarsch Hitlers erzählen? Wie siehst Du heute den „Kampfbund“?

Also die Zeit vom Februar bis zum März 1938. Das, was mir heute am wichtigsten erscheint: Von 1934 bis zum Hitler-Einmarsch war die Zeit zu kurz, um alle entsprechend zu qualifizieren. Und Du weißt ja, da ist jeder anders. Jeder war seine eigene Bewusstseinsstufe. Und nicht jeder hat gleich schnell alles erfasst und begriffen. Und der Josef hat dann selbst eine Schwäche seines Vorgehens einbekannt – zumindest mir gegenüber: „Weißt Du“, hat er gesagt, „es wurde meinerseits zu sehr auf die prinzipiellen Fragen Gewicht gelegt, und die Zeit war zu kurz, die zur Verfügung stand, um das Bewusstsein zu vertiefen.“

Und zur Zeit, die zu kurz war, kam noch eins: Die Zahl der qualifizierten Kräfte war zu klein, um die Masse, die wir erfasst haben, wirklich zu verdauen, also mit revolutionärer Ideologie erkenntnismäßig zu erfüllen. Wir haben ja die ganze Zeit Kurse gemacht, die der Josef Frey ausgearbeitet hat. Also, da wurden ja Kursleiter Leute, die selbst noch erzogen hätten werden müssen, aber gezwungen waren, selbst diese Funktion auszuüben. Wer mit dem ersten Heft fertig war, wurde schon Kursleiter.

Und organisiert hatten wir damals ja wirklich viele. Du musst Dir vorstellen, dass bei Massenversammlungen in der Illegalität mehrere Dutzend Leute zusammenkamen. Wir trafen uns im Wienerwald auf einer Wiese – wir wussten vorher selbst nicht wo, wir wurden über ein Postensystem hingeleitet. Und der Posten wusste selbst immer nur den nächsten Kontrollpunkt... In der freien Natur gab’s dann politische Schulung, das war wirklich ein beeindruckendes Gefühl der Geschlossenheit, das da vermittelt wurde. In dieser Zeit kamen dann viele vom Verrat der Sozialdemokratie enttäuschte Schutzbündler, die wirklich radikal waren und nach einer Alternative zum Reformismus suchten.

Diese Schutzbündler waren kampfgewillte Arbeiterhirne, die auch mit der Waffe bereit gewesen waren, entschlossen zu kämpfen. Natürlich nicht alle, in unterschiedlichem Grade. Aber der Kampfbund hat nach dem Februar seine besten Elemente aus dem Schutzbund rekrutiert, alles überwiegend Schutzbündler, die alle aus der Sozialdemokratie herüberkamen. Und weißt Du, diese Erfahrung muss man machen, damit man begreift, was eine Führung bedeutet, denn ohne Führung hätte man diese Elemente niemals integrieren können!

Kannst Du vielleicht gleich ein wenig über die Führungsstruktur im Kampfbund sprechen?

Die Linksopposition um Frey war zahlenmäßig und auch qualitativ nicht stark genug, um das frische Blut zu entfalten. Die Hauptelemente waren Frey, Modlik, Babnik, die vom Marxismus zumindest theoretisch eine Ahnung hatten – der Josef war natürlich der Kopf, der haushoch über den anderen stand. Aber der Lerse (*das war der Organisationsname Modliks*) und der Babnik, das waren die zwei einzigen Führungskader. Der Lerse hatte durchaus Führungsqualitäten besessen. Er hat sie ja dann auch im negativen Sinn bewiesen. Auch der Babnik, aber bei ihm hat das Theoretische überwogen, er konnte schön reden und schön schreiben, aber so richtig eine Sache erfassen,

das hat er nicht. Aber ich will noch einmal sagen: Die zahlenmäßige Stärke ist natürlich nicht minder wichtig als die intellektuelle Stärke. Denn was hat es genützt, dass Trotzki so ein Gigant war... Er war trotzdem isoliert!

Und Du? Du warst ja auch in der Führung!

Ich war damals quasi ein Baby. Weißt Du, was der Josef an mir so geschätzt hat? Dass ich als echtes Arbeiterelement und intellektuell mich zu dieser Höhe befähigt erwiesen habe, mich zu erheben. Er konnte ja nicht zaubern, ich war ja in seiner Abhängigkeit, aber er hat an mich Wissen vermittelt, was er nur konnte. Und das ist es, was mich spezifisch als Arbeiterrevolutionär ausgezeichnet hat: dass ich die Arbeiterklasse kenne, dass ich ihr Schicksal selbst erlebt habe, aus ihr selbst entsprungen bin und mich zum Arbeiterrevolutionär durchgerungen habe – und zwar durch harte Arbeit! Ich hab‘ einen guten Willen gehabt, ich war bereit, alles zu opfern, ich hab viel gewusst, aber zu wenig. Und ich hab’ einmal zum Josef gesagt: „Ich bin so ungebildet im Allgemeinwissen, ich weiß so wenig! Was soll ich nur tun?“ Und da hat er mir darauf gesagt, das werde ich nie vergessen in meinem Leben: „Schau, das ist von großem Vorteil im Leben, wenn man viel Allgemeinwissen hat. Aber für einen Revolutionär ist das nicht unbedingt erforderlich, und es wäre falsch, wenn Du versuchen würdest, das jetzt nachzuholen. Versuche Dich, jetzt in unserer Arbeiterideologie zu qualifizieren, und da wirst Du vieles auch an Allgemeinwissen in der Begleiterscheinung dieses Prozesses lernen!“

Und ich kann ihm nur recht geben, das ist sicher eine Schwäche meinerseits: Dass ich das nie mehr nachholen konnte, dieses fehlende Allgemeinwissen. Aber durch meine Tätigkeit als proletarischer Revolutionär habe ich zumindest aufholen können! Ich hab’ einmal ein Buch über Physik gestohlen, das war frei zugänglich, ich hab’s in einer Bibliothek mitgehen lassen. Mich hat das alles sehr interessiert, und dort ist’s unbenützt herumgelegen. Ich kann da aber dem Frey nur zustimmen, dass man diese Allgemeinbildung nie mehr nachholen kann und dass es auch falsch wäre, das systematisch zu versuchen, denn das wäre auf Kosten meiner Qualifizierung im revolutionären Sinn gegangen. Das ist so ein wenig nebenher gelaufen, und das ergibt sich immer wieder, wenn man nur umfassend interessiert ist.

Wenn Du von dem was verstehst, was das proletarische Wissen ausmacht, die revolutionäre Theorie, dann verfügst Du über das, was das Entscheidende ist: Da ist nicht wichtig, dass Du von Mathematik was verstehst, sondern da ist entscheidend, dass Du was von Geschichte verstehst. Und gerade die Literatur hat mich in diese Richtung geführt: Die „Geschichte der Französischen Revolution“ – ein illustrierter Prachtband –, dann der „Germinal“, gewisse Sachen von Petzold, der war ja auch sehr interessant – übrigens auch ein Lungenkranker... Einige Sachen gab’s, die mich in diese Richtung getrieben haben.

Allerdings habe ich dann viel gelernt bis zum Hitler, bis zum Einmarsch – da war ja die Organisation schon wegen der Kriegstaktikfrage in der Krise. Das waren dann die jungen Elemente, angeführt von den alten. Der Lerse und der Babnik, das waren die Führer, die haben dann faktisch die Organisation zerrissen. Die Organisation ist dann zerfallen in die IKÖ (*Internationale Kommunisten Österreichs*), die hat sich damals noch anders genannt, in die Steiner-Gruppe, in die Stefan-Gruppe und in den Rest-

Kampfbund. Und der Rest-Kampfbund, der hat sich dann wieder gespalten, beide mit der Bezeichnung Kampfbund. Also eine sehr zersplitterte Situation – und das alles, musst Du Dir vor Augen führen, in der strengsten Illegalität unter'm Hitler! Der ist ja schon einmarschiert gewesen!

Wie war eigentlich die Parole des Kampfbundes bei der Abstimmung 1938?

Die erste Abstimmung vom Schuschnigg kam ja nicht zustande. Bei der zweiten Abstimmung hat der Kampfbund, der damals ja noch vereinigt war, die Parole ausgegeben, mit nein zu stimmen. Es war ja eine Annexion! Und wer kann eine Annexion bejahen! Es war ja eine Annexion! Die Revolutionären Kommunisten hatten mit Ja gestimmt, um die Organisation nicht zu gefährden.

Und was kannst Du von den trotzkistischen „Konkurrenten" erzählen, die nicht aus dem „Kampfbund" gekommen sind ?

Da gab's eigentlich nur die RK als Gruppe von einiger Größe. Und auch die RK waren damals ein Grüppchen. Sie haben Ausflüge gemacht, wo sie sich da getroffen und politische Treffen gemacht haben, Schulung betrieben haben. Die Zeitung war der „Bolschewik". Sie haben den Kontakt mit dem Kampfbund strikte sabotiert, sie haben ihn nicht nur nicht gesucht, sondern faktisch verhindert, pedantisch verhindert. Es waren ja Bemühungen im Gange, ich war ja in der Kampfbund-Leitung und weiß um diese Sachen. Durch Schweigen haben sie (*ihre*) Ablehnung bekundet. Das hat ja einen Grund! Sie haben sich nach dem Winde gedreht. Wo noch die Einschätzung war, dass die Perspektive Weltrevolution war, waren sie noch Trotzkisten. Der Hindels ist das beste Beispiel: Er hat damals noch an den Sieg der Weltrevolution geglaubt. Im Laufe der Zeit hat er sich aber überzeugt, dass der Sieg der Weltrevolution auf unbestimmte Zeit verschoben ist, und hat sich angepasst. Der Hindels hat sich hergegeben als linke Flanke der SP, der wurde ein richtiger Renegat.

Wie war eigentlich die Situation nach dem Einmarsch Hitlers, im Zweiten Weltkrieg?

Ich kann sagen, dass ich noch in den letzten Kriegstagen gehofft hab' auf den Sieg der proletarischen Revolution im Gefolge dieses zweiten Krieges. Obwohl ich Erfahrungen machen musste – direkt an der Front, entsetzliche Erfahrungen über die Nazi-Propaganda auf die Hirne der Soldaten.

Natürlich, wir alle hatten die Situation falsch betrachtet. Trotzki hatte die Perspektive in diesem Krieg zu optimistisch eingeschätzt. Zugleich aber betonte er die Möglichkeit, dass diese optimistische Variante nicht eintreten könnte. Und auch ein Engels hatte immer diesen revolutionären Optimismus ausgedrückt... Und wenn wir die Geschichte jetzt rückblickend uns vor Augen führen – den Ersten Weltkrieg: Die Bourgeoisie hatte ja selbst keine Ahnung, dass er solange dauern wird. Die Bourgeoisie hatte mit einer Revolution real und noch dazu, dass sie in einem Lande siegen würde, nicht gerechnet. Es fehlte also die Erfahrung, sie war sich in dieser Frage unklar. Dass die Revolution eine Gefahr ist, ohne Zweifel war sie dieser Auffassung, aber dass sie siegen könnte, daran glaubte sie nicht. Die Russische Revolution – ihr Sieg –, das war ein Schock – und das war die historische Situation, die nur vertan wurde durch den Verrat der Zweiten Internationale. Nur sie hatte der Bourgeoisie das Leben gerettet. Die Ausstrahlung der Russischen Revolution war größer, je näher das Land an Russ-

land lag, und damit die revolutionäre Ausstrahlung auf die Massen. Die Sozialdemokraten hatten sich zwar vor Russland verbeugt, aber im eigenen Lande – nein. Im zweiten Krieg hatte die Bourgeoisie schon gelernt, aber zum Verrat der SP kam der der KP noch dazu.

Jedenfalls, bis zum Ende des Krieges habe ich noch Hoffnung auf die Revolution gehabt. Aber wie wir dann in die Gefangenschaft gekommen sind, wie wir dann die Nachrichten gehört haben über die Besetzung Deutschlands, da war es dann aus: Die Amerikaner haben genauso geraubert wie die Rote Armee, die haben genauso deutsche Patente kassiert, aber alles hat sich gegen die Rote Armee gewendet.

Und dazu noch die Rolle der KP in Deutschland zuerst unterm Hitler, dann beim Zusammenbruch! An der Front, beim Militär, nirgends hat's bewusste KP-Elemente gegeben! In der Gefangenschaft, in Mecklenburg, waren dann wieder die Propagandisten da – das waren dann schon die richtigen Bürokraten! Ich bin dann nüchterner geworden. Und in den Nachrichten haben wir gehört vom Sieg der Roten Armee. Und das haben die Leute alle irgendwie als Besetzung empfunden und nicht als Befreiung wie ich, trotz dem Stalin und seiner konterrevolutionären Politik! Und wie ich das sehe, da hab' ich die Hoffnung auf die sozialistische Revolution, dass die, wenn schon nicht im Krieg, so doch in seinem Gefolge kommen wird, aufgegeben. Denn wir haben ja alle irgendwie geglaubt, dass, wenn die Revolution den Krieg nicht verhindert, der Krieg dann zur Revolution führen wird.

Und die Organisation?

Ich musste ja, wie der Hitler kam, sofort Österreich verlassen. Aufenthaltsbewilligung gestrichen. Ich musste nach Tschechien, ich bin sofort fortgejagt worden, stantepede weg. Und dann war der Günter der führende Kopf des Rest-Kampfbundes.

Und wie ich nach Tschechien musste, hat der Günter während meiner Abwesenheit eine Tat gesetzt: Er hat ein Rollkommando aufgestellt und ist in eine Wohnung von der IKÖ eingedrungen und hat dort eine Schreibmaschine geholt. Und wie ich dann wieder in Wien gewesen bin, habe ich mich am Gürtel mit ihm getroffen und ihm meine Meinung gesagt: „So kann man unter Genossen, auch wenn sie anderer Ansicht sind, nicht vorgehen. Auch wenn sie widerrechtlich sich etwas aneignen. So was muss man in Kauf nehmen. Da kann man jetzt nicht mit Gewalt gegen Genossen vorgehen und etwas erzwingen. Das ist ganz einfach nicht erlaubt." Und da war's aus mit der Freundschaft. Dadurch ist der Bruch entstanden.

Während des Krieges ist der Kontakt von der Front zum Kampfbund in Wien überhaupt abgerissen gewesen. Fronturlaub habe ich überhaupt keinen gehabt. Soweit ich Urlaub hatte, war's noch in der Ausbildung. Dann war der Kampfbund damals gespalten. Die Spaltung vom Kampfbund war so, dass eine kleine Gruppe übriggeblieben ist. Und da waren zwei führende Elemente von diesem Kampfbund-Rest – man kann nur von Überresten sprechen. Der Großteil hatte sich ja abgespalten wegen der kombinierten Kriegstaktik. Der Großteil ist mit dem Modlik gegangen. Jedenfalls, der Rest-Kampfbund war wieder gespalten in zwei Teile.

Ich war dann sozusagen der Kopf des kleinsten Teils des Kampfbundes. Und als ich dann gesehen habe, dass ich einrücken muss, wir waren sechs Leute, aber die anderen

waren politisch-ideologisch nicht so gefestigt, dass ich mir gesagt habe, ich weiß ja nicht, ob ich draufgehe, was wird aus ihnen, also habe ich ein Angebot der IKÖ gemacht zur Wiedervereinigung mit uns. Und da hat man mir Bedingungen gestellt – einerseits lächerlich, andererseits schamlos – sie, die Mehrheitsfraktion des Kampfbundes. Ich hab zu allem Ja und Amen gesagt, um zu verhindern, dass der Teil im Gefolge des Krieges draufgeht. Dabei waren zwei Frauen, ein älterer Genosse und zwei andere – alle nicht genügend ideologisch gefestigt, wo ich also die Gefahr gesehen habe, dass das zerfällt. Und dann habe ich mir gedacht, lieber mit der IKÖ, bevor das verlorengeht. Wir waren also damit Bestandteil der Mehrheitsfraktion. Günter musste einrücken, viele andere auch. Die besten Elemente, das junge Blut, das dem Kampfbund nach dem Februar (1934) zugeflossen ist, ist ja im Krieg umgekommen. Das ist ja die Tragik.

Kannst Du noch ein wenig erzählen über Deine Tätigkeit nach 1945?

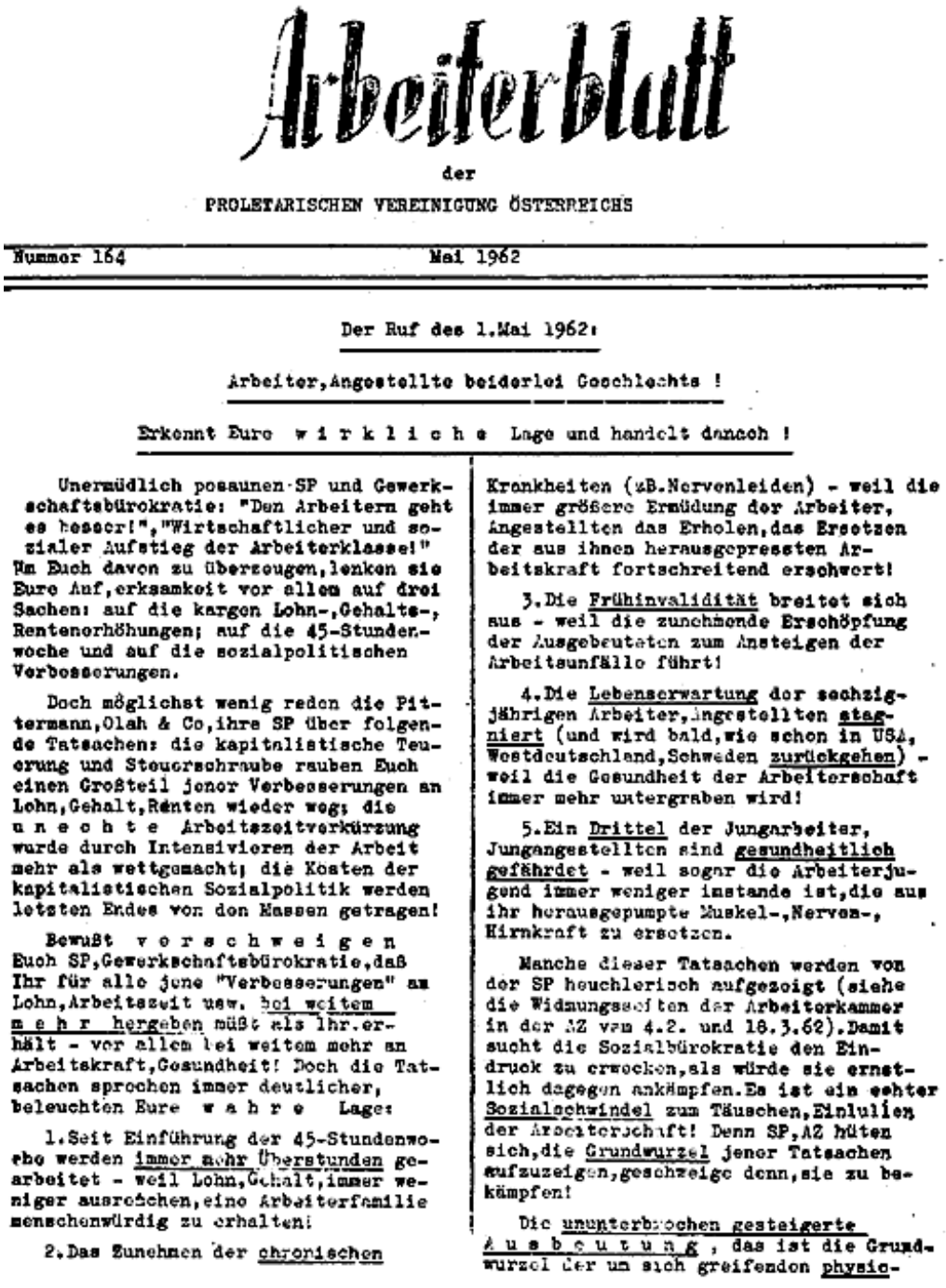
Ich bin nach der Gefangenschaft zurück nach Österreich, genauer gesagt wieder nach Wien. Ich hab' dort natürlich sofort wieder mit den Genossen Kontakt aufgenommen und bin zur IKÖ gegangen. Ich hab' wieder in meinem erlernten Beruf, als Schuharbeiter, gearbeitet. Und dann hab' ich 1948 beim Schuharbeiterstreik einen gewissen Einfluss gehabt, ich bin einer der Führer der Schuharbeiterbewegung gewesen. Ich bin schließlich vom Modlik und der IKÖ übergewechselt zum „Kampfbund", also zu den Leuten um Josef Frey, der aus der Schweiz noch bis zu seinem Tod die Gruppe angeleitet hat.

Du musst Dir denken, wie ich wieder zum Kampfbund gekommen bin, das war so 1950/1951, hat die Leitung aus Elementen bestanden, wo man wirklich sagen kann, sie waren sehr wenig auf eine Leitungsfunktion vorbereitet, sie waren zwar gute, ehrliche Genossen, aber noch zu unerfahren, um eine Organisation zu führen. Keiner hatte eine wirkliche Vorstellung von Führung gehabt. Ich hatte sie noch von Frey vorexerziert bekommen und war damals ja auch selbst in der Leitung.

Denn die Genossen waren zwar alle ehrliche, ergebene Arbeiterelemente, aber politisch viel zu schwach, um alleine die neue Situation analysieren zu können. Wir haben monatlich das „Arbeiterblatt" herausgegeben und mit den Kursen, also den Heften vom Josef (*Frey*), eine intensive Schulung gemacht. Wir haben dann die Kurse auch hier getippt und vervielfältigt.

Ich brauche Dich ja nicht zu fragen, ob Du der Sache treu geblieben bist. Aber kannst Du zum Abschluss doch noch ein paar Worte sagen zur heutigen Situation?

Dass ich heute hier sitzen kann, einen Lebensabend ohne diese typische Armut habe, das habe ich mir eigentlich nie gedacht... Ich sage Dir, es ist reiner Zufall, dass ich zu dem geworden bin, was ich heute bin, und nicht irgendwo auf der Straße gelandet bin, ja dass ich überhaupt überlebt habe und erwachsen geworden bin. Ich hab' mir eher gedacht, ich werde umkommen in den Kämpfen für den Sozialismus. Aber dass ich alt werde, das habe ich mir niemals gedacht. Weiß Du, mich hat er ja noch gestreift, dieser Hauch der Russischen Revolution, der die ganze Arbeiterklasse damals berührt hat. Ich war zu jedem Opfer bereit für die Befreiung der Arbeiterklasse, also der Sache willen.



Arbeiterblatt

der

PROLETARISCHEN VEREINIGUNG ÖSTERREICHS

Nummer 164 — Mai 1962

Der Ruf des 1.Mai 1962:

Arbeiter,Angestellte beiderlei Geschlechts !

Erkennt Eure w i r k l i c h e Lage und handelt danach !

Unermüdlich posaunen SP und Gewerkschaftsbürokratie: "Den Arbeitern geht es besser!","Wirtschaftlicher und sozialer Aufstieg der Arbeiterklasse!" Um Euch davon zu überzeugen,lenken sie Eure Aufmerksamkeit vor allem auf drei Sachen: auf die kargen Lohn-,Gehalts-, Rentenerhöhungen; auf die 45-Stundenwoche und auf die sozialpolitischen Verbesserungen.

Doch möglichst wenig reden die Pittermann,Olah & Co,ihre SP über folgende Tatsachen: die kapitalistische Teuerung und Steuerschraube rauben Euch einen Großteil jener Verbesserungen an Lohn,Gehalt,Renten wieder weg; die u n e c h t e Arbeitszeitverkürzung wurde durch Intensivieren der Arbeit mehr als wettgemacht; die Kosten der kapitalistischen Sozialpolitik werden letzten Endes von den Massen getragen!

Bewußt v e r s c h w e i g e n Euch SP,Gewerkschaftsbürokratie,daß Ihr für alle jene "Verbesserungen" an Lohn,Arbeitszeit usw. bei weitem m e h r hergeben müßt als Ihr erhält - vor allem bei weitem mehr an Arbeitskraft,Gesundheit! Doch die Tatsachen sprechen immer deutlicher, beleuchten Eure w a h r e Lage:

1.Seit Einführung der 45-Stundenwoche werden immer mehr Überstunden gearbeitet - weil Lohn,Gehalt,immer weniger ausreichen,eine Arbeiterfamilie menschenwürdig zu erhalten!

2.Das Zunehmen der chronischen Krankheiten (zB.Nervenleiden) - weil die immer größere Ermüdung der Arbeiter, Angestellten das Erholen,das Ersetzen der aus ihnen herausgepressten Arbeitskraft fortschreitend erschwert!

3.Die Frühinvalidität breitet sich aus - weil die zunehmende Erschöpfung der Ausgebeuteten zum Ansteigen der Arbeitsunfälle führt!

4.Die Lebenserwartung der sechzigjährigen Arbeiter,Angestellten stagniert (und wird bald,wie schon in USA, Westdeutschland,Schweden zurückgehen) - weil die Gesundheit der Arbeiterschaft immer mehr untergraben wird!

5.Ein Drittel der Jungarbeiter, Jungangestellten sind gesundheitlich gefährdet - weil sogar die Arbeiterjugend immer weniger imstande ist,die aus ihr herausgepumpte Muskel-,Nerven-, Hirnkraft zu ersetzen.

Manche dieser Tatsachen werden von der SP heuchlerisch aufgezeigt (siehe die Widmungsseiten der Arbeiterkammer in der AZ vom 4.2. und 18.3.62).Damit sucht die Sozialbürokratie den Eindruck zu erwecken,als würde sie ernstlich dagegen ankämpfen.Es ist ein echter Sozialschwindel zum Täuschen,Einlullen der Arbeiterschaft! Denn SP,AZ hüten sich,die Grundwurzel jener Tatsachen aufzuzeigen,geschweige denn,sie zu bekämpfen!

Die ununterbrochen gesteigerte A u s b e u t u n g , das ist die Grundwurzel der um sich greifenden physic-

Und je bewusster ich geworden bin, desto nüchterner bin ich über meine Zielsetzungen geworden. Ich habe manchmal das Gefühl, Ihr wollt heute alles erzwingen, aber das geht nicht. Denn niemand kann eine Garantie geben über den Erfolg. Nicht einmal ein Marx hat es versucht, eine Sicherheitserklärung abzugeben. Wer kann sagen, dass die Arbeiterklasse wirklich ihre historische Rolle erfüllen wird? Wer kann das wirklich sagen? Aber eines wissen wir, und das wusste Marx besser als jeder andere: dass das die einzige Klasse ist, die dem Fortschritt wieder zum Durchbruch verhelfen kann. Aber dass es absolut sicher und garantiert erfolgen wird, wer würde wagen, eine solche Behauptung aufzustellen, die nicht zu beweisen ist, die nur der Klassenkampf beweist, die nur durch den Kampf entschieden werden kann? Und eines habe ich gelernt in meinem Leben als Arbeiterrevolutionär: dass man warten können und Geduld haben muss, ohne dass man den revolutionären Geist verliert. Weißt Du, das ist eine Kunst, die man lernen und beherrschen muss.

Interview mit Friederike Schlesak

Das Interview führte Eric Wegner am 27.6.1994, transkribiert wurde es von Manfred Scharinger. Der Abschnitt zum 12. Februar 1934 wurde aus einem Interview, das Manfred Scharinger im Februar 1989 mit Genossin Schlesak führte, in das Gespräch hier übernommen. Friederike Schlesak starb am 10. Mai 2011.

Genossin Friedl, kannst Du uns etwas darüber erzählen, wann Du geboren bist, über Dein soziales Umfeld, das Elternhaus!

Meine Eltern kommen beide vom Land. Meine Mutter war von Schlesien, jenem Teil, der heute zur Tschechoslowakei gehört, sie ist aber im deutschsprachigen Gebiet aufgewachsen. Und mein Vater war von Laa an der Thaya. Er war Waisenkind von 7 Jahren weg und wuchs beim reichen Onkel auf bis zum 18. Lebensjahr. Dort hat er nur das Notwendigste zum Essen bekommen, hat aber brav überall mitarbeiten müssen. Und da ist er mit der Hand in die Häckselmaschine gekommen, die Finger hat's ihm abgerissen, und er war behindert seit dieser Zeit. Arbeit hat er dann nur als Kutscher gefunden und ist bei Privatherren gefahren.

Meine Mutter ist mit 12 Jahren nach Wien gekommen. Sie war die Tochter eines reichen Bauern, der beim Bankenkrach alles verloren hat. In Wien hat sie dann gearbeitet als Dienstmädchen, sie hat nicht einmal die Schule fertiggemacht, und ist Köchin geworden.

Ich selbst bin 1912 geboren, mein ältester Bruder 1905, dann einer 1907, meine Schwester 1914. Mein Vater ist schon im Sommer 1914 eingezogen worden – er ist zu den Pferden gekommen –, da war meine Mutter hochschwanger mit meiner jüngeren Schwester. Mein Vater war strenggläubig katholisch bis zum Krieg, aber durch den Krieg wurde er so verbittert, er hat dann immer gesagt: „Es gibt kan Herrgott mehr!" Nach dem Krieg war er bei einem Lebensmittelhändler im Dienst, das war im 16. Bezirk. Und er hat die Lebensmittel ausgeführt. Wir haben dann beim Yppenplatz im 16. Bezirk auf Küche-Kabinett gewohnt – zu sechst!

Und Dein Vater wurde dann nach dem Krieg Sozialdemokrat?

Ja, sehr zeitig, aber schon nach dem Krieg ist er der Partei beigetreten – so um 1919. Und ich weiß, dass er eifriger Gewerkschaftler war. Ich kann mich noch erinnern, 1918 war's – ich war da gerade sechs Jahre –, ist er jeden Samstag zur Gewerkschaft gegangen, Beitrag bezahlen. Und da hab' ich immer mitgehen dürfen. Er ist dann auch über die Kirche aufgeklärt worden – die Kirche hat er ja dann unheimlich gehasst – und bei großen Massenversammlungen gewesen. Die Arbeiter in der SP sind damals ja sehr revolutionär gestimmt gewesen.

Hat's bei Euch zuhause eigentlich politische Diskussionen gegeben?

Ja natürlich, viele! Meine Mutter war ja genauso gestimmt. Wir sind dann noch einmal umgezogen vom Yppenplatz in die Wipphartsgasse. Und in Ottakring hat's eine Gruppe von Freidenkern gegeben, und da sind beide dazu gegangen. Die haben sehr

viel für die Arbeiterbildung gemacht, viel Aufklärung. Das war die beste Zeit für meine Leute. Der Vater war weiter in der Firma, er ist sogar bis zu seiner Pensionierung dort geblieben. Ich bin dann immer zu den Parteiversammlungen mitgegangen.

Und hat Dich das interessiert?

Ja sehr, ich bin fast zuhause gewesen in der Sektion! Ich war da wirklich daheim!

In welche Schule bist Du dann gegangen?

Eine Lehrerin hat meinen Eltern dann gesagt, sie sollen mich in die Mittelschule gehen lassen. Aber am Schuhmeierplatz war das Gymnasium überfüllt, so bin ich dann in den siebten Bezirk in die Kandlgasse gegangen. Das war ein Humanistisches Gymnasium mit Latein und Griechisch. Aber da bin ich dann auch bald schon Mitglied bei der SP gewesen.

Bleiben wir noch kurz bei der Schule: Hat's da politische Diskussionen gegeben?

In der Volksschule kann ich mich an gar nichts erinnern. Aber dann in der Mittelschule, da war eine sehr politische Stimmung! Wir hatten in der Schule offen Bürgerliche, dann hat's in der Schule auch deklarierte Nazis gegeben, und auch einige Arbeiterkinder. Trotzdem hat's ein ziemlich gutes Klima gegeben. Das war ein sehr bürgerliches Gymnasium, der Direktor war ein alter Monarchist. Und auch etliche Offiziere, die vom Krieg heimgekommen sind, sind da auf uns losgelassen worden. Aber nach zwei Jahren ist dann ein neuer Direktor gekommen, und das war ein Roter! Und der musste dann in das Wespennest hinein! Der war aber nur zwei Jahre da, ich weiß gar nicht, ob er unter den Lehrern auch nur einen Anhänger gehabt hat. Die haben alles boykottiert, was von ihm gekommen ist. Dann haben wir wieder einen christlichen Direktor bekommen, einen von der kapitalistischen Seite.

Durch eine Freundin in der Schule bin ich dann auch in den Arbeiter-Turnverein gekommen. Ich war zwar vorher schon in Ottakring im Turnverein, jetzt bin ich dann aber im 7. Bezirk, wo die Schule war, turnen gegangen. Und dann bin ich so um 1924/1925 zu den Sozialistischen Mittelschülern gegangen. Und ich hab's schon fast nicht mehr erwarten können, dass ich 14 werde, dass ich aus der Kirche austreten kann – meine Eltern waren ja schon nicht mehr dabei, aber ich hab warten müssen bis 14, bis ich religionsmündig geworden bin.

Ich habe aber die Schule nicht fertiggemacht, ich habe mit 16 aufgehört, ich hab' einfach nicht mehr wollen. Viele gute Sachen sind wieder rückgängig gemacht worden, da hat's mich gar nicht mehr gefreut. Aber da ich eine sehr gute Schülerin war, habe ich viele Stunden geben können und bin da auch in viele bürgerliche Wohnungen gekommen! Dadurch ist es mir aber auch finanziell besser gegangen. Vom Schulgeld war ich ja wegen sozialer Bedürftigkeit befreit – die Bücher hab' ich aus der Schülerlade bekommen, soweit sie vorhanden waren.

Und neben der Schule warst Du also schon in sozialdemokratischen Organisationen?

Ich war organisiert in der Partei, mit 16 bin ich da eingetreten. Dann war ich auch bei den Jugendlichen, und dann natürlich beim Turnverein.

Ich hatte dann einen Vorteil durch die Partei: Man Vater war Sektionskassier, meine Mutter Parteimitglied, ich auch schon im Turnverein und der jungen Sektion. Mein

Vater ist dann zum Bezirksvorsteher gegangen, und der hat mir verschafft, dass ich in die Kindergärtnerinnenschule gehen kann, gute Noten hatte ich ja. Da konnte man erst mit 16 hin. Das hab' ich dann statt dem Gymnasium gemacht. Von 200 sind 12 aufgenommen worden!

Und gab's bei Euch zuhause Kritik an der Partei?

Kann ich mich nicht erinnern. Mein Vater hätte das auch gar nicht zugelassen. Er hat schon seine Meinung gesagt, aber für ihn und dann auch für uns war die Partei das Zuhause, mein Vater war wahrscheinlich zu tolerant der Parteiführung gegenüber. Kritik gab's aber in der Sektion sehr wohl, da war zum Beispiel die Hilde Krones, die dann später zur KP gegangen ist und eine einigermaßen bekannte Linke war. Ich war aber, das muss ich ehrlich sagen, wie ich mit 16 in die Partei gekommen bin, die Jüngste dort, und ich habe auch politisch noch recht wenig gewusst.

Wie hast Du das Jahr 1927 erlebt?

Das war fürchterlich, das war entsetzlich! Da war mein Vater schon unheimlich aufgebracht, wütend, die ganze Sektion! Und wie mein Vater gehört hat, die Arbeiter streiken, die Arbeiter gehen auf den Ring hinein, war er einer der ersten, obwohl er in der kleinen Firma ja viel riskiert hat. Ich und meine Mutter wollten auch hinein – das war ja wie ein Lauffeuer, dass demonstriert wird, dass geschossen wird. Wir waren also vormittags schon am Weg hinein zum Justizpalast. Und mein Vater war auch schon von der Arbeit weg, der hat um sechs zu arbeiten begonnen, hat aber schon bald die Pferde heimgeführt und ist hinein. Die Berittenen haben dann die Demonstration zerstreut, die Arbeiter vertrieben. Und hinter'm Volkstheater im Park hätt's meinen Vater fast erwischt: Die Berittenen haben auf die Flüchtenden geschossen. Ihn hat's nicht erwischt, weil er gut versteckt war im Gebüsch. Aber die sind mit vollem Geschäft hineingeritten in die Leute und haben auf die unbewaffneten Arbeiter geschossen. Auch mein Vater war ja unbewaffnet, er war auch nie beim Schutzbund, da war er schon zu alt dazu.

Meine Mutter und ich sind aber nicht bis zum Justizpalast gekommen, nur bis zum Gürtel. Da war schon alles abgesperrt. Und da sind wir dann in einem Haustor Ecke Lerchenfelderstraße – Gürtel ein ganzer Haufen Arbeiterfrauen mit Kindern gestanden.

Alle waren empört. Wir haben das alle als einen Angriff der Kapitalisten auf uns Arbeiter und auf die ganze Arbeiterbewegung empfunden. Und dass der Seitz abgewiegelt hat, das haben wir eigentlich alles erst nachher gehört.

Wie war dann eigentlich die Kindergärtnerinnenschule?

Das war eine Schule der Gemeinde Wien, rot dominiert, wir haben da auch politischen Unterricht gehabt. Es waren lauter rote Lehrer, wirklich gute Lehrer. Und auch die Mädchen waren alles Kinder von Genossen, auch von roten Bonzen waren welche dabei. Direktor war der Anton Tesarek, er ist von den Schwarzen gekommen und zur SP gestoßen, ein sehr guter Direktor, aber er und auch die Lehrer waren alles keine Kämpfer. Ich konnte dann nicht mehr für die Partei kassieren gehen, weil ich einfach keine Zeit dazu hatte, in der Zeit war ich nur Parteimitglied. Und im Turnverein war

ich auch noch. Aber zu mehr hatte ich keine Zeit, ich war da wirklich angehängt den ganzen Tag.

Ich hab' dann ein großes Glück gehabt: Durch Glück habe ich im 30er Jahr noch eine Anstellung gekriegt: Das ist nach Zeugnis gegangen, die besten sechs vom Jahrgang haben eine Anstellung bekommen. Wir haben dann im Dezember 1930 angefangen, und '31 war dann schon eine allgemeine Aufnahmesperre bei der Gemeinde Wien. Da ist dann keine Kindergärtnerin mehr angestellt worden. Von unseren beiden Jahrgängen haben von 60 Mädchen nur 12 eine Anstellung bekommen.

Dann ist es mir ja gut gegangen. Ich hab' regelmäßig verdient. Eine schöne Dienstzeit habe ich auch gehabt – 36 Stunden in der Woche. Ich war dann zum Beispiel auch zugeteilt im Kindergarten Sandleiten – ein wunderschöner Kindergarten, das war der 100. Kindergarten, und da ist zum Jubiläum ein ganz besonderes Prachtstück mit viel Komfort hingestellt worden. Und wir Neuen mussten dann dort aushelfen – in den ersten paar Jahren war ich ja wie die anderen auch als Springerin eingeteilt. Das heißt, wenn jemand krank wurde oder wenn wo jemand zusätzlich benötigt wurde, mussten wir dann einspringen. Das musste ich ein paar Jahre machen, bevor ich dann eine eigene Gruppe bekam, mir ist's also sehr gut gegangen. Meiner Mutter auch, weil ich ja jetzt verdient habe.

Politisch habe ich aber auch in dieser Zeit weniger gemacht, ich bin zwar in die Sektion gegangen, aber kassiert habe ich auch jetzt nicht mehr. Das war zeitmäßig bedingt.

Und wie hast Du die Konfrontation Ende der 20er Jahre und Anfang der 30er Jahre zwischen Arbeiterbewegung und Heimwehr empfunden? Kannst Du da etwas erzählen?

Ja, das war wirklich arg! Direkt beteiligt waren wir in der Familie aber nicht, denn mein Vater war nicht beim Schutzbund, der ist ja schon 1877 geboren. Wir haben nur immer wieder von den Zusammenstößen gehört. Natürlich hat's auch in Ottakring Arbeiter gegeben, die zur Heimwehr gegangen sind, hauptsächlich wegen der fünf Schilling, wenn sie für die Heimwehr demonstriert haben. Und fünf Schilling war nicht wenig: Mein Bruder hat als Taglöhner 6 Schilling pro Tag bekommen! Dann haben sie auch noch ein warmes Essen bekommen und sind eingekleidet worden. Dafür aber waren sie unter den Arbeitern sehr verachtet.

Mehr habe ich dann gehört von meinem späteren Mann, dem Willi. Ich habe erst 1938 unterm Hitler geheiratet, aber 1937 sind wir schon zusammengezogen. Das war ja damals ein Problem: Wie die Schwarzen wieder am Ruder waren, wenn ich da geheiratet hätte, hätt' ich den Posten verloren – Kindergärtnerinnen durften ja nicht verheiratet sein!

Gehen wir zum Februar 1934 über: Wie hast Du und Deine Familie das erlebt?

Ich bin gerade 22 Jahre alt geworden. Alle Kindergärtnerinnen, die Springer waren, mussten wir knapp davor ins Rathaus ins Magistrat gehen und Aushilfe machen. Ich hab' müssen gehen nach Ottakring ins Bezirksamt. Die Arbeitslosen, und die Arbeitslosigkeit war ja damals riesig, haben Winterhilfepakete bekommen. Und da mussten wir den Beamten helfen, das auszugeben. Das war eine unheimlich gespannte Situati-

on – die Referenten haben sich nicht viel aus den Arbeitslosen gemacht, sie haben ja einen fixen Posten gehabt. Und dann ist der 12. Februar gekommen.

Wir haben in der Hafnerstraße gewohnt. Und da ist schon zeitlich in der Früh geschossen worden. Da ist schon die Heimwehr und das Militär gefahren, und das Arbeiterheim in Ottakring hat schon gebrannt. Ich war nur so entsetzt, wir haben so einen Kilometer vom Arbeiterheim entfernt gewohnt, und da sind die Genossen, die Arbeiter, überall in die Häuser rundherum drinnen, und das Militär kann schießen auf das Ottakringer Arbeiterheim! Das hat mich so unheimlich entsetzt! Am 12. Februar hast Du ja nicht einmal beim Fenster hinunterschauen können! Mein Vater hat beim Fenster, beim zugemachten, runtergeschaut, die haben uns die Fenster zerschossen! Vor Aufregung sind bei meiner Schwägerin die Wehen gekommen, mein Bruder hat um den Doktor rennen müssen, das hat damals Lebensgefahr bedeutet. Der Doktor hat das dann erreicht: Zuerst hat er ja gar nicht mitfahren wollen, aber dann hat er es erreicht, dass meine Schwägerin, die haben damals bei uns gewohnt, dass meine Schwägerin in das Spital gebracht worden ist... Der Bruder hat aber nicht mitfahren dürfen.



Friederike Schlesak
Anfang der 1930er Jahre

Ich selbst war damals noch sehr jung und hab' illegal eigentlich nichts gemacht. Mein späterer Mann aber, der Willi, und sein Schwager, die haben sich selber ein Gewehr verschafft gehabt, ich weiß aber nicht mehr, wie. Und diese Gewehre haben sie im Keller eingemauert. Beim Aufstand haben sie dann die Gewehre heraus und sind zum Stellpunkt, wo ausgemacht war, dass sich die kämpfenden Genossen treffen sollen. Zum Teil waren die Arbeiter bewaffnet, zum Teil nicht. Aber es ist der Führer, der Kommandant der Schutzbundgruppe nicht gekommen! Jetzt haben sie sich in der Autobusgarage in der Schanzstraße versteckt, es ist aber dann gar nicht zum Kampf gekommen. Zwei Tage waren sie dann versteckt. Einer von den Jungen hat's dann aber nicht mehr ausgehalten und ist beim Kellerfenster hinausgekrochen.Da haben sie dann natürlich alle erwischt und haben sie eingesperrt, aber die Waffen haben's verstecken können, am nächsten Tag sind's ausgelassen worden, weil's ja nicht bewaffnet waren und weil dort wegen dem Verrat der Führer nicht gekämpft worden ist... In der Wohnung haben sie auch nichts gefunden, also sind sie noch ziemlich glimpflich davongekommen, sind sie freigekommen.

Überall waren die Leute gestellt, die wollten alle kämpfen! Zum Teil haben's aber die Waffen nicht bekommen, zum Teil haben's gar keine Waffen gehabt. Und mit den versteckten Waffen haben die Arbeiter dann nichts anfangen können, weil oft und oft haben gerade die, die die Verstecke gewusst haben, es mit der Angst zu tun bekommen und sind dann am 12. Februar am Treffpunkt nicht erschienen. Gerade die haben verraten, die das Kommando gehabt haben. Und ich kann Dir sagen, auch wenn ich

damals noch ganz jung war, dieser Verrat war ganz entscheidend, dass ich dann zur „Sache“ gekommen bin – auch wenn das erst viel später war. Denn ich bin ja erst unmittelbar nach dem Kriegsende dazugekommen.

Wie ging das dann aber nach dem Februar 1934 weiter?

Wie dann das Ende war, hat sich alles geändert. Wer in einer höheren Stellung war, in einer exponierten, ist abgesetzt worden. Da sind so viele gewechselt worden. Ich war ja nach der Winterhilfe im Magistrat wieder im Kindergarten. Und unsere Leiterin war eine Bürgerliche durch und durch. Sie war halt der SP beigetreten, hat ein Bücherl gehabt, aber sie ist immer eine Bürgerliche geblieben. Sie hat den Kindergarten geführt, von dem ich zuerst schon erzählt habe – einen Musterkindergarten, wo ausländische Besucher hingeführt worden sind, wo der Seitz immer wieder gekommen ist mit ausländischen Besuchern. Und die ist natürlich gleich umgeschwenkt auf Schwarz. Die hat dann bleiben dürfen, aber alle anderen sind abgesetzt worden. Wir haben dann müssen beten mit den Kindern. Sofort ist das gekommen. Unser schöner Turnsaal, da mussten wir einen Marienaltar aufrichten. Wir konnten dann da natürlich nicht mehr turnen. Da hat uns alle die Wut gefressen.

Wie war das politisch: Die Parteiführung hat den Aufstand nicht koordiniert, ist ins Ausland. Ist da nicht Kritik aufgekommen?

Ja, eine pessimistische Kritik hat’s überall gegeben. Und eine unheimliche Bitternis! Wir waren mit Leib und Seele im Kindergarten dabei. Und jetzt haben wir müssen beten in der Früh und konnten nicht mehr turnen wegen dem Altar! Das war schon irgendwie symbolisch. Jetzt waren die am Ruder. Wer schlecht angeschrieben war, hat sofort seine Gruppe verloren.

Und dann ist noch was gekommen – ein Gesetz, das sie von der Maria Theresia ausgegraben haben: Eine Kindergärtnerin muss eine Note in Religion haben! Das wurde nie abgeschafft, das Gesetz. Und das wurde jetzt herangezogen. Und alle, die wir religionslos waren, haben müssen eine Schule machen für Religion. Und dann mussten wir zur Kirche eintreten – denn ohne Religion konnte man nicht Kindergärtnerin sein. Wir mussten das hinnehmen so. Das wurde aber alles dann wieder 1938, wie der Hitler gekommen ist, rückgängig gemacht. Der Religionsprüfung, die den Kurs beendet hätte, sind wir aber entgangen, das wurde sofort nach dem Einmarsch gestoppt. Der aber im Religionskurs unterrichtet hatte, der hat’s auch nicht leicht gehabt: Wir waren ja alle voll Hass auf die Schwarzen und die Kirche, und der hat bei uns Religionsunterricht machen müssen!

Ich hab’ dann aber schon 1936, im Sommer, den Willi kennengelernt. Und über den hab’ ich dann sehr viel politisch erfahren. Der war schon bei den Jugendlichen dabei, dann in der Partei, aber immer bei den Kritischen, bei den Aktiven, und auch in loser Verbindung zu den Revolutionären Sozialisten und hat politisch viel mehr gewusst als ich.

Kannst Du über Deinen Mann und die dreißiger Jahre noch ein wenig erzählen?

Der Verein, wo wir uns kennengelernt haben, war eigentlich ein Tarnverein für die Illegalen – die „Sonnenfreunde“ hat er geheißen. Außerhalb von Wien hatte er ein Campinglager, in der Nähe der Donau. Dort war ein großer Fleck gepachtet. Alles war

für die Freikörperkultur. Und dort waren sehr viele Schutzbündler, auch ein paar Bürgerliche, aber die sind nicht aufgefallen.

Mein Mann war Schlosserlehrling, hat aber sofort nach der Behaltefrist seine Arbeit verloren, war dann wie seine beiden Brüder arbeitslos. Die haben dann einen Betreuungsklub von der Partei für arbeitslose Jugendliche geführt. Alle drei waren im Schutzbund, im 15. Bezirk. Dort war eine Jugendgruppe, die war politisch sehr aktiv und hatte zum Beispiel auch gegen den Willen der Sektion Diskussionsabende mit der KP. Mein späterer Mann ist Bezirkskassier im 15. Bezirk geworden und hat dann mit der Zentrale viel zu tun gehabt. Mit der Zentralsekretärin von den Jugendlichen hat er viel gemeinsam gearbeitet, und sie sind dann ein Paar geworden, sind dann zusammen gegangen. Sie hat natürlich im 34er Jahr ihre Arbeit verloren, er hat aber eine Arbeit als Straßenkehrer bekommen. Da hat's Kleidung gegeben und regelmäßig Geld, er hat also ein fixes Einkommen gehabt. '36 war er noch bei der Kolonia, wie wir uns kennengelernt haben.



Friedl und Willli Schlesak (1937)

Mein Mann ist im '34er Jahr nur kurz eingesperrt gewesen, die Resl aber, die wurde länger eingesperrt. Aber die ist dann schwer krank geworden, kam heraus und hat dann Kurier gespielt zwischen Tschechien und Wien, hat die kleine Zeitung, die Arbeiter-Zeitung, hereingeschmuggelt. Wie ich ihn dann kennengelernt habe, war er schon geschieden von ihr, sie sind vorher schon auseinandergegangen gewesen.

Wie hast Du Dich oder wie habt Ihr Euch dann in der Zeit des Austrofaschismus politisch betätigt?

Ich hab' mich illegal nicht betätigt, meine Leute haben keine illegale Verbindung gehabt. Und mein Mann, das hab' ich schon erzählt, war in loser Verbindung zu den RS *(Revolutionären Sozialisten)*, er hat zum Beispiel den Beitrag gezahlt, wenn jemand gekommen ist. Aber wir waren beide voll Hass auf die Führer, die '34 verraten

haben, nicht gekommen sind, sich verhaften haben lassen, damit sie nirgends hineingezogen werden. Das haben wir ihnen schwer nachgetragen...

Mein Mann war schon registriert, hat einige Hausdurchsuchungen gehabt, aber sie haben ihm nichts nachweisen können. Die Parteien im Haus haben keine Anzeige gemacht, haben geschworen, da war nichts im Keller.

Wie war das dann, als der Hitler gekommen ist?

Wir haben keine Illusionen gehabt. Wir waren damals ja politisch schon sehr bewusst! Und wir haben gewusst, jetzt kommt der Krieg! Ich hab' mit dem Willi schon zusammengewohnt, aber das war nicht offiziell, sonst hätt' ich ja die Arbeit aufgeben müssen. Und das Zölibat für Kindergärtnerinnen ist sofort, wie der Hitler gekommen ist, aufgehoben worden. Dann haben wir im Juli '38 geheiratet.

Habt Ihr eigentlich damals zum Kampfbund schon Kontakt gehabt?

Nein, auch nicht zur KP. Wir hatten eigentlich nur mit SPlern Kontakt. Das waren alles SPler, viele linke, viele kritische. Aber wir waren alle noch Mitglieder der Partei.

Und Dein Mann ist dann eingerückt?

Ja, im 40er Jahr hat er zum Militär müssen. Erst war er bei einem Arbeitstrupp – er war ja schon ein bisschen älter, und dann ist er als Militärbeamter ins Kriegsgefangenenlager nach Meixendorf gekommen, das war ein unheimlicher Zufall. Ich bin ihm dann nachgezogen nach Langenlois, ich hab' mit den zwei Kindern, die schon da waren, in einem winzigen Kabinett gehaust. Dann haben wir aber Zimmer-Küche bekommen. Und der Willi hat als Militärbeamter sogar bei uns zuhause schlafen können.

Nur seelisch ist es ihm furchtbar gegangen: Da hat ja ein Geist geherrscht gegen die Kriegsgefangenen! Da waren alle Länder beisammen. Zuerst war er bei Franzosen, das ist ja noch gegangen, die sind ja nicht gar so schlecht behandelt worden. Da hat er sogar mit einem politisieren können. Der hat uns dann in Friedenszeiten noch besucht. Aber danach ist er zu den Russen versetzt worden als Aufsicht, und da sind sie im plombierten Waggon gebracht worden: Zwei, drei Tage ist niemand herausgelassen worden, ohne Essen, ohne allem, und wie sie dann aufgemacht haben – viele waren verhungert, gestorben, dann haben sie die Leichen wegräumen müssen. Das hat an ihm gezehrt, er hat das ja alles gesehen, und er musste Dienst gegen die Russen machen! Der Willi hat mir aber immer erzählt, dass er der einzige war, der da im Lager das nicht so hundertprozentig machen wollte; die anderen waren da voll drauf und haben den Dienst ganz ernst genommen!

Das hat aber nicht lange gedauert, ist er gottseidank schon abgezogen worden. Er war dann im Heereslager als Aufsichtsperson in der Schreibstube, das war aber nur kurz, dann musste er nach Allenstein. Da hat er die Ausbildung bekommen für die Front, und er hat dann noch im '43er Jahr nach Jugoslawien müssen, zuerst nach Slowenien, dann nach Kroatien zum Kampf gegen die Partisanen. Er ist aber ohne Schuss nach Hause gekommen, denn er hat die Lebensmittelversorgung der Kompanie übergehabt. Aber er hat immer erzählt, die Truppen haben gehaust wie die Wilden gegen die Zivilbevölkerung!

Bis wann war Dein Mann dann in Jugoslawien?

Bis zum Ende, bis zum Kriegsschluss. Da haben die Offiziere die Mannschaften alleine gelassen und haben sich abgesetzt. Und dann sind die Partisanen gekommen und haben die Mannschaften in die Kriegsgefangenschaft übernommen. Mein Mann hat sich als Kraftfahrer gemeldet und ist hin und her gefahren. Da war er aber nur drei oder vier Wochen und ist dann geflüchtet, weil er sich durchschlagen wollte nach Wien. Er ist danach aber in englische Kriegsgefangenschaft gekommen, aber auch dort war er nicht lange, weil er nicht die SS-Tätowierungen gehabt hat. Und dann ist er gekommen bis in die Nähe von Fischau, da haben ihn die Russen erwischt. Bis Juni ‘45 war er dann in Fischau in einem riesigen Kriegsgefangenenlager. Dort sind die Transporte für Russland zusammengestellt worden. Bis nach Rumänien an die russische Grenze ist er schon in einem Viehwaggon gekommen, aber noch auf der rumänischen Seite in Focşani. Und an diesem Tag ist der Stalin-Erlass gekommen, dass alle Österreicher, die nicht mit dem SS-Zeichen gekennzeichnet waren, freigehen. Sein bester Freud aus Wien, der war beim Transport am Vortag dabei, der war zu diesem Zeitpunkt schon über der russische Grenze, und der ist in Russland zugrundegegangen. Aber im September ist er dann mit einem Transport von Focşani heimgekommen.

Und wie seid Ihr dann zum Kampfbund gekommen?

Bei diesem Transport war auch ein Genosse aus der Leitung der Frey-Gruppe, der Poldi Stadler, mit dem internen Namen hat er Günter geheißen. Der war schon vor dem Krieg beim Kampfbund. Und der war gleichzeitig auch ein Bekannter von mir – der war nämlich früher Vorturner beim Turnverein, wie ich noch ein ganz junges Mädchen war! Das war im 7. Bezirk, wo er vorgeturnt hat, obwohl er gar nicht dort gewohnt hat. Denn der Bezirk war sehr schwach, weil auf einen Schlag aus dem 7. Bezirk einmal 15 Genossen von einer Lawine verschüttet worden sind. Deshalb sind aus Wien Genossen als Vorturner in den 7. Bezirk gekommen. Auch mein Mann hat ihn gekannt, aber nicht als Mitglied des Kampfbundes, sondern als Vorturner. Und so sind sie ins Reden gekommen.

Seine Frau war inzwischen in Wien gewesen. Sie hatte im Krieg ein Kind bekommen. Und in ihrem Schrebergarten waren Kisten mit illegaler Literatur vergraben. Sie hat natürlich furchtbar um ihr Kind gefürchtet, wenn das aufkommt, und hat die Genossen gebeten, das auszugraben und wegzunehmen. Und die haben das nicht geholt, jetzt hat sie sich völlig von allen im Stich gelassen gefühlt und wollte nichts mehr wissen von Politik. Obwohl sie auch dabei war, als Mitglied oder Sympathisant, das weiß ich nicht mehr, er war aber in der Leitung beim Frey.

Und der hat mit meinem Mann geredet. Und wie sie daheim waren, ist der Poldi zu uns gekommen, und dann sind wir beide Mitglied geworden. Der hat den Grundstein gelegt für die neue theoretische Ausrichtung. Denn wir waren innerlich schon lange bereit für diese Umorientierung. Wie dann die Russen gekommen sind, war ja meine größte Enttäuschung, dass sie zugestimmt haben, dass die Schwarzen wieder in die Regierung kommen. Wie ich das gehört habe, das war für mich der größte Schlag!

Was war dann so Dein Gefühl damals?

Die können nichts zusammenbringen, wenn die drei Parteien zusammenarbeiten! Die Kommunisten mit den SPlern und den Schwarzen, das kann nichts bringen, das war so

meine Einstellung damals. Ich war voller Wut und voller Hass. Ich war damals in der Wachau einquartiert mit den Kindern. Alles war voller Angst vor den Russen! Man hat gehört, dass da Frauen vergewaltigt werden. Auf der anderen Seite waren unter den Einquartierten viele Nazis, und die haben natürlich darauf herumgeritten, was die Russen so alles gemacht haben! Das war eine gar nicht einfache Situation.

Und Ihr seid dann also im Herbst 1945 beigetreten. Zu welchem Teil des Kampfbundes, der war ja gespalten, seid Ihr dann gekommen?

Wir sind dann gleich im September ‘45 dazugekommen. Gruppen hat’s ja dann gegeben, den Karl-Liebknecht-Bund und den Rest des Kampfbundes, da hat’s ja wegen der Kombinierten Kriegstaktik die Spaltung gegeben. Die waren selbständig. Von der Gruppe, die mit dem Frey gegangen ist, vom Kampfbund, war ja fast niemand da. Da waren alle eingerückt! Aber da war nur der Stadler schon zurück, und dann war ein zweiter Genosse noch da, der war ein ganz einfacher Prolet, ein unheimlich ergebener, der gar nicht gut deutsch gekonnt hat, weil er irgendwo im Ausland in die Schule gegangen ist. Aber für den Frey war er hundertfach ergeben. Turansky hat er geheißen – sein interner Name war Felix, der hat dann alle zusammengesucht, die irgendwann einmal bei der Frey-Gruppe waren. Der hat alle Adressen aufgesucht und hat sehr viel getan, dass wieder die Gruppe zusammenkam. Und dieser Gruppe sind wir beigetreten. Die anderen waren noch eingerückt, es sind aber auch etliche gefallen. Der Felix war nur für die Partei, für die „Sache“ tätig, aber seine Frau wollte nur ihre Ruhe haben und hat von der ganzen Sache nichts wissen wollen. Das hat sich dann ein bisschen gegeben, als sie in das Haus, wo wir auch gewohnt haben, gezogen ist. Wir haben danach viel miteinander gesprochen, sie hat ein Kind gehabt, wir zwei, da ist das dann ein wenig entschärft worden.

Und wie viele Leute waren dann im Kampfbund dabei?



Willi Schlesak

Ich muss noch sagen, dass wir, mein Mann und ich, auch nach dem Krieg in der SP waren. Für meinen Mann, ich war das gewohnt, war die Partei alles. Und wie er zurückgekommen ist, ist er wieder in die Sektion gegangen – schaun, was los ist. Der Joschi Holaubek hat eine Brandrede in der Sektion gehalten, ganz fortschrittlich geredet. Und dann haben wir uns im Haus getroffen, um die Lage zu besprechen, was man tun muss. Alle, die da waren, waren gegen die Politik der SP eingestellt und waren dagegen, dass die SP mit den Schwarzen, mit den Kapitalisten, zusammenarbeitet. Wir alle haben da losgelegt. Da war dann auch eine Frau Bayer, er ist nicht mehr aus dem Krieg heimgekommen, aber die war auch schon für den Kampfbund eingestellt. Die war schon vor dem Krieg dabei gewesen, das waren die alten Genossen.

Und in der Wohnung war dann auch noch anwesend mein Schwager, Freunde vom Haus, die dann alle mitgemacht haben beim Kampfbund. Die meisten aber nur kurz. Wir sind dann auch aus der SP später noch nicht ausgetreten, wir haben ja eine Sicherheit, eine Tarnung gebraucht. Es sind ja viele bei der Gemeinde beschäftigt gewesen. Und dann sind wir später absichtlich drinnengeblieben, dass wir noch andere suchen, dass wir die Kritischen finden und Kontakte machen können. Das war auf Geheiß vom Josef *(Frey).* Wir haben dann noch den Beitrag gezahlt.

Und der Holaubek, der ist auch dazugekommen zu dem Treffen, der hat auf das alles nur gesagt: „Liebe Freund', wenn's so anfangts, dann ist alles aus. Zuerst muss gearbeitet werden, zuerst muss alles wiederaufgebaut werden, dann kommen erst die politischen Sachen!" Und da hat er auch unsere Freunde abgestoßen von der SP damit, wir waren ja schon von der Sache infiziert, aber dann sind gleich auch noch einige andere dazugekommen. Wie gesagt, die meisten sind dann aber nicht lange geblieben.

Du hast gesagt, dass Ihr versucht habt, Leute von der SP zu gewinnen, wie viele werden das gewesen sein?

Da haben wir viele gewonnen, die waren ja alle mit der Politik der Parteiführung nicht einverstanden! Das werden sicher so um die 15 oder 20 gewesen sein. Die waren alle gegen die Koalitionspolitik. Aber als dann nichts weitergegangen ist, sind die meisten wieder apathisch geworden. Viele Frauen haben sich auch gewehrt, dass die Männer was machen, und haben gesagt: „Schon wieder Politik!" Fast alle waren vom Turnverein, nicht zu uns sind aber unsere kommunistischen Bekannten vom Turnverein gekommen. Die waren natürlich von der KP-Politik angesteckt. Wir haben dann aber auch junge Arbeiter gefunden. Mein Mann war ja sehr bekannt und war unermüdlich tätig.

Wir waren dann immer noch eine reine Frey-Gruppe in der strengen Illegalität. Da werden so bis zu 20 auf einmal dabei gewesen sein. Denn während die einen gekommen sind, sind andere schon wieder apathisch geworden. Das hat sich ja nicht so lange gehalten. Und wir sind dann auch kritisch aufgetreten bei Bezirkskonferenzen, vor Parteitagen hat es ja immer so Zusammenkünfte gegeben. Und der Willi und seine Freunde sind da als kritische SPler aufgetreten. Sie sind dann niedergestimmt worden und abgekanzelt worden als Kommunisten, und dann war's aus.

Wie hat sich dann das interne Leben abgespielt? Und wie viele von der ganzen Gruppe waren die alten Kampfbündler von vor dem Krieg?

Das hat sich so abgespielt: Wir sind dann wirkliche Mitglieder im Dezember '45 geworden. Wir haben aber schon vorher beim Stadler einen Kurs über die wichtigsten Fragen gemacht. Aber der Stadler ist nur bis Dezember '45 oder Jänner '46 dageblieben. Die Frau wollte nichts von der Sache wissen, und er hat das so eingeschätzt, dass der Krieg bald wieder kommt und die Russen Österreich überrollen werden. Er ist dann heimlich über die Zonengrenzen bis nach Tirol gegangen, bis Wattens; und dort hat er bei Swarowski angefangen, er hat sich beim Werksleiter beliebt gemacht, damit er bleiben kann. Er hat dann zwar geglaubt, dass das so weitergehen kann mit der „Sache", aber ich als neue Kampfbündlerin habe gesagt, wie er zurückkam und seine Frau dann legal nachgeholt hat: „Mein Lieber, wenn Du so gut mit dem Betrieb stehst,

kann ich Dir über den Kampfbund nichts mehr erzählen.“ Er hat geglaubt, dass ich aufgehusst worden bin, aber wer hätte mich denn aufhussen sollen? Es war ja von den Alten noch niemand wieder zurück! Mich hat das einfach furchtbar abgestoßen, wie er auf einmal geredet hat, dass man im Werk nicht nur fordern kann als Arbeiter, da geht ja mit dem Betrieb nichts weiter... Mich hat das halt furchtbar gestört, und vor allem war ja ich die, die mit ihm den Kontakt gehalten hat. Der Willi war ja arbeiten, während ich bei den Kindern zuhause war.

Man kann aber trotzdem sagen, dass der Kern des Kampfbundes Leute waren, die schon vorher dabei waren. Aber das waren nur wenige – wie gesagt, viele sind gefallen. Es war also nur der Felix da, die anderen hat er erst wieder aufgegabelt, die waren noch nicht wieder in Wien, der Loisl und andere. Wir hatten dann noch einen Jugendlichen, Hoch hieß er, dem hatte der Stadler ermöglicht zu studieren, damit wir einen Juristen in der Gruppe haben, das war ja wichtig in der Illegalität. Der hatte dann auch den Kontakt gesucht mit den Abgespaltenen, da wurde ja viel debattiert mit ihnen. Die waren ja interessiert, dass wir dazugehen, und der Student fühlte sich auch zu denen hingezogen.

Warum?

Du musst bedenken, der Josef war ja nicht da, wenn der da gewesen wäre, dann wäre alles anders gewesen! Dann ist auch noch der Stadler weg, und der Felix konnte das politisch ja nicht besonders gut vertreten. Der war ein einfacher Arbeiter, aber ganz roh, ganz ungehobelt. Wenn er was gefragt worden ist bei einer Schulung, dann hat er sagen müssen: „Geh, wart‘ ein bisserl, ich sag Dir das dann das nächste Mal!“ Dann hat er schnell in den Heften geblättert und danach eine Antwort gegeben auf irgendeine Frage oder wenn etwas unklar war... Das Niveau drüben war ja höher, die waren politisch erfahrener und haben ganz auf einer anderen Stufe fortgesetzt und weitergearbeitet. Die anderen waren also erfahrener, sie haben aber auch neue Leute gewonnen gehabt. Es waren ja etliche bereit... Die anderen beim Karl-Liebknecht-Bund waren zwar auch überwiegend Arbeiter, sie hatten aber auch Intellektuelle dabei.

Und die Abgespaltenen, wie viele waren die?

Na, die waren mehr, der Stadler war ja der einzige von den alten Führungsgenossen, der bei uns dabei gewesen ist, und der ist ja abgesprungen gewesen!

Ich war ziemlich rege in der Zeit, wir haben aber nur so wenig gewusst! Bei der SP lernst Du ja nichts! Wir haben drei Hefte gehabt vom Josef, das war unser ganzer politischer Schatz, unsere ganze politische Bildung! Das war die Grundlage der Schulung, diese drei Hefte. Und wer dann dazu gestanden ist zum Inhalt der drei Hefte, der ist Mitglied geworden. Man hat kaum noch selber was gewusst, hat man schon einen Kurs geführt. Ich hab’ das erste Heft durchgehabt und gerade das zweite gemacht, war ich schon Kursleiterin für das erste Heft! Es waren ja wirklich etliche bereit, da was zu machen.

Kannst Du noch etwas zum Gruppenleben sagen in dieser ersten Zeit?.

Wir waren ja ein wenig mehr als ein Dutzend, aber politisch noch SP-geschult und als Gruppe auch nicht sehr stabil. Die Genossen bei uns haben einen Kampf mitgemacht, als Schutzbündler, aber nichts Weiterführendes, nicht theoretisch. Durch den Krieg

waren einige müde geworden, und die neuen, die wir in den Betrieben kennengelernt haben, da haben dann viele wieder aufgehört, die haben Überstunden machen müssen und wollten sich da einfach nicht zu tief hineinlassen. Fast keiner hat eine Wohnung gehabt, viele haben Tag und Nacht gearbeitet... Wir hatten zu viert 20 oder 30 Quadratmeter, mit zwei Kinder, und dort hat sich die Organisation gebildet, dort haben wir debattiert und alles...

Und die Vereinigung zur IKÖ, habt Ihr da gemeinsam debattiert?

Ja, da haben wir dann gemeinsame Schulungen im Wald gehabt, im Wienerwald. Das war dann so, dass die Initiative von ihnen ausgegangen ist. Der Stadler hat, bevor er weggegangen ist, noch die Gründe für die Spaltung erklärt, die Kombinierte Kriegstaktik. Dass der Frey fort hat müssen, und dass sich die Mehrheit für eine andere Taktik entschieden hat. Und dann sind die Ausgetretenen gekommen und haben uns gesagt, es ist jemand aus der Vierten Internationale gekommen. Und der war beim Josef und hat debattiert mit ihm in der Schweiz, und der Josef hat gesagt, er ist bereit, beizutreten. Wenn wir die eine Frage debattieren, dann steht dem nichts mehr entgegen.

Auf das hinauf hat der Felix gesagt, na gut, wenn das so ist, wenn der Josef auch dafür ist, dann gut. Wir hatten dann an etlichen Schulungen bei denen teilgenommen. Da war eine ganz schöne Gruppe beisammen, da war alles organisiert, mit dem Kinderdienst geordnet, dass auch die Eltern teilnehmen konnten. Und wir haben wirklich auch viel gelernt, wir haben uns ja mühsam durchgerauft durch die Hefte! Ich bin zwar in die Mittelschule gegangen, ich war aber die einzige. Die anderen waren alles einfache Arbeiter, die sich auch schwer getan haben mit der Sprache vom Frey: „Was kann das heißen?“ Für uns war ja schon das Wort „Bürokratie“ ein Fremdwort, und der Stadler hat uns zwar noch viel erklären können, aber der hat natürlich nachher gefehlt! Der hat mit uns noch das Allgemeine geklärt, damit wir können beitreten, und dann war er schon unterwegs, hat wollen fortfahren...

Wir sind dann über die Hefte gesessen, vor allem mein Mann, der hat ja hauptsächlich dann die Kurse gehalten. Und ich war auch immer dabei: Wie erklären wir das, wenn einer fragt? Also der Anfang war sehr primitiv!

Ihr wart dann dabei bei der IKÖ. Wie war das dann?

Wir waren also Mitglied in der IKÖ. Wichtig war dann aber der Sommer darauf. Da ist der Felix schwarz über die Grenze gegangen – über Vorarlberg in die Schweiz, nach Zürich zum Josef. Und da hat er erst Kontakt bekommen, und da hat der Josef dann gesagt, das stimmt alles nicht, bevor die Kombinierte Kriegstaktrik nicht geklärt ist, gibt es keine Vereinigung! Und jetzt darf es keine Diskussion darüber geben, in Wien sind jetzt lauter Genossen, die in dieser Frage nicht versiert sind, da darf man keine Abstimmung darüber machen, wenn die Genossen das alles nur einseitig hören!

Der Josef hat dann über den Felix sagen lassen, wir sollen aber nicht austreten, sondern pro forma dabeibleiben. Und wie es dann zur Debatte kommen sollte, haben wir nein gesagt und sind dann hinaus. Die Kriegstaktik wollten sie diskutieren, sie wollten uns überzeugen, dass der Josef unrecht gehabt hat.

Und wie war das dann für Euch? Ihr wart da ja doch bei einer größeren Gruppe, habt Ihr Euch nicht gedacht, das ist schade, jetzt müssen wir uns trennen?

Nein, wir haben vollkommen dem Josef vertraut.

Aber Ihr habt ihn ja gar nicht gekannt?

Aber wir haben schon so viel von ihm gehört, und er hat uns ja immer Briefe geschrieben. Er hat ja unheimlich ausführliche Briefe geschrieben dem Felix, und dabei war er schon alt, über sechzig! Auf jeden Fall hat er immer eine Sekretärin gehabt, das Maschinschreiben hat ihn ja immer furchtbar belastet. Wir haben jedenfalls dem Josef 100prozentig vertraut. Vielleicht eine alte SP-Angewohnheit: Die Führung muss recht haben! Und was wir so gehört haben über ihn, das war uns auch sympathisch.

Das Vertrauen zum Josef war der Hauptgrund. Wir wussten ja viel zu wenig! Wir hätten sie auch nicht entscheiden können, die Kriegstaktik. Für uns war das aber auch in der IKÖ ein Fortschritt gegenüber der SP, denn dort haben wir ja viel Grundlegendes zur Politik gehört und gelernt. Wir haben da viele gute Vorträge gehabt. Wir haben wirklich viel gelernt in der IKÖ...

Und wie war dann Euer Verhältnis zur IKÖ? War das sehr angespannt nach der Trennung?

Nein, das war überhaupt nicht der Fall! Und ich habe ja auch nie das Gefühl gehabt, dass ich Feind sein muss mit einem Genossen, nur weil der andere Ansichten hat! Das war meine Grundeinstellung. Aber ich habe keinen Kontakt gesucht. Sie waren ein paarmal bei uns. Ich habe dann meine Stellungnahme gegeben dazu, aber es waren keine Feinde.

Und wie Ihr aus der IKÖ hinausgegangen sind, wie viele wart Ihr dann?

Wir waren da auch wieder so um die 14, es sind ja auch einige von der IKÖ bei uns geblieben oder dann zu uns gekommen, die viel auf den Josef gehalten haben. Der hat ja auch in der Zeitung geschrieben und dann bei uns, wir haben ja dann später auch mit einer kleinen vierseitigen Zeitung begonnen. Die haben wir ja auch illegal hergestellt.

Es ist ja dann von der IKÖ zu uns der Rudolf dazugekommen, ein sehr kämpferischer Arbeiter. Einer, der sich auch sehr schwer getan hat mit dem Formulieren, aber sehr viel Erfahrung im Gewerkschaftskampf gehabt hat. Der war auch schon seit den dreißiger Jahren im Kampfbund, war dann bei der IKÖ und ist dann zu uns gekommen. Er ist dort aus persönlichen Gründen ausgeschlossen worden, es hat da interne Streitigkeiten und ein „Pantscherl“ mit einer Genossin gegeben. Der Josef hat dazu gesagt, eine persönliche Angelegenheit ist ungut, aber das ist kein Ausschlussgrund! Der Genosse ist zu tadeln, oder ihm ist anders zu zeigen, dass das nicht richtig ist. Und der Josef hat dann beim Ausschluss gesagt, er hat ihn ja noch von früher gekannt: „Bemüht Euch um ihn, der hat kämpferische Qualitäten!“ Wir haben dann mit zwei oder drei von der IKÖ gemeinsame Schulungen gemacht, da mussten wir unsere Gruppe teilen, das war zu viel auf einmal für unsere kleine Wohnung. Und auch da haben wir wieder viel gelernt, da war wieder viel theoretisches Neuland! Dass der Rudolf zu uns gekommen ist, das war überhaupt eine große Verstärkung! Der war ja Betriebsrat in der Bally-Fabrik. Er ist dann jedes Jahr im Sommer im Urlaub zum Josef in die Schweiz gefahren. Der Rudolf hat danach auch Schulungen gemacht mit den Heften

vom Josef. Wir hatten dann ja schon alle Hefte, nicht nur die ersten drei. Das war unser Grundstock, andere Literatur haben wir ja nicht gehabt.

Und wie viele Frauen waren dabei?

Wenig! Und die wenigen Frauen haben meistens auch keine sehr wichtige Rolle in der Gruppe gespielt. Meistens waren es die Frauen von Genossen. Ich kann mich da an zwei ganz einfache, aber wirklich ergebene Leute erinnern, Heinrich hat er geheißen, die wären für den Josef durch's Feuer gegangen! Das waren alte KPler, die mit dem Josef Ende der 20er Jahre ausgetreten sind. Dann war die Frau von einem anderen Genossen dabei, Weber hat sie geheißen. Und deren Schwester und ihr Mann hatten noch unter dem Josef einen Kurs gemacht. Die waren dann kritische SPler, und die hat der Willi dann auch gewonnen für den Kampfbund! Der Willi und der Felix haben wirklich den ganzen Turnverein abgeklappert, und da sind immer wieder neue Genossen dazugekommen. Wir haben dann wieder so Aktionen gemacht und haben Artikel vom Josef in einem Haus verbreitet – unsere Genossen waren wirklich rührig, waren immer tätig. Aber dann ist nichts weitergegangen! Von den Alten ist dann niemand mehr geblieben. Aber trotzdem: Auch wenn die Anfänge sehr schwer waren, wir haben uns weiterentwickelt! Ab Mitte der 50er hat es dann auch schon Nachschub von der Jugend gegeben.

Und war die Frauenunterdrückung ein Thema?

Ich muss Dir sagen, ich habe mich in der Gruppe nie unterdrückt gefühlt! Ich war immer gleichberechtigt. Das hängt sicher aber auch damit zusammen, dass ich länger in die Schule hab' gehen können. Deshalb habe ich auch mit dem Wort umgehen können! Und die Genossinnen, die dann dazugekommen sind, da habe ich mich bemüht, dass sie nicht als Anhängsel da sitzen und nicht gegen die Männer und ihre politische Arbeit sind. Wir haben da Sonntagstreffs gemacht, wo alles, Kind und Kegel, in der Lobau war.

Ihr wart dann in Zellen organisiert?

Ja, zwei Zellen hat es gegeben. Eine Zelle war bei uns in Fünfhaus, dort war sozusagen die Zentrale, und dann war noch eine zweite Zelle im 14. Bezirk im Breitnerhof, bei der Endstation von der Linie 52, wie wir größer geworden sind. Die meisten Genossen haben also in den Arbeiterbezirken in Fünfhaus, Rudolfsheim und Ottakring gewohnt. Und dann gab's noch in Floridsdorf eine gute Gruppe, die waren aber nicht bei uns, sondern bei der IKÖ, sind dann aber ausgetreten. Da waren sogar sehr gute Genossen dabei, kämpferische Genossen!

Und die haben uns dann wieder gesucht, wie wir dann schon Zeitung verkauft haben so ab und zu. Da haben zum Beispiel zwei wollen, dass ihr Sohn zu uns kommt. Die haben uns dann wieder gefunden, das war alles nicht so leicht in der Illegalität.

Und wie wir dann schon die Zeitung verbreitet haben, ab 1950, da haben wir dann öfter Kontakte gemacht. Wir haben da eine alte Genossin kennengelernt. Die hatte auch noch den Josef gekannt und sich selber eine Gruppe aufgemacht. Und so sind wir dann in Kontakt zu einer Arbeitergruppe gekommen. Das hat sich aber auch nicht lange gehalten.

Eine Frage zur Illegalität: Worauf war die Konspiration vor allem zurückzuführen, dass man Angst gehabt hat vor den Russen?

Ja natürlich, da war's ganz streng. Vor den Russen hatten wir mehr Angst als vor den Westmächten. Und dann ist ja auch der Karl Fischer von der Roten Armee entführt worden und in Wien auch noch eine Frau, eine Trotzkistin, die dann erst in den siebziger Jahren aus Russland heimgekommen ist.

Sind Eure Leute eigentlich politisch aufgetreten in den Betrieben?

Na ja, zum Beispiel hat sich mein Mann bemüht, da hat es bei der Gemeinde Wien Vertrauensmänner gegeben. Er ist dann gewählt worden. Die Organisation war eigentlich dagegen, er aber war brennend dafür. Die Organisation hat gesagt, Du kannst nichts durchziehen, das wird nur eine Enttäuschung, Du wirst Dich mit Deinen Forderungen nicht durchsetzen können.

Aber damals war das auch in der SP noch anders: Damals hat die SP noch vieles geduldet, hat die Partei noch offener sein müssen. Und da haben sie's geduldet, dass er verschiedene Sachen gemacht hat: Betriebsversammlungen einberufen hat... Da war auch die Gewerkschaft noch unsicher nach dem Krieg, und sie war auch noch radikaler. Er hat sich dann ein Jahr durchgesetzt als Vertrauensmann, hat das dann aber abgegeben auf Betreiben der Organisation, denn man konnte wirklich nichts Grundlegendes machen. Aber er hat einen Kollegen dort gewonnen, der dann Sympathisant wurde und auch die „Kurse" gemacht hat. Aber er ist nicht als Trotzkist im Betrieb aufgetreten, sondern als „kritischer SPler". Und sie haben sich auch so genannt bei den Personalvertretungswahlen.

Und habt Ihr bei den großen Auseinandersetzungen – zum Beispiel im Oktoberstreik 1950 – interveniert?

Eigentlich nicht. Erstens waren wir ja illegal. Wir waren streng abgesondert, Du darfst ja nichts sagen von der Sache. Und zweitens war das ganze Gruppenleben sehr stark nach innen gekehrt. Wir waren ja auch erst im Begriff, was zu werden. Wir waren überhaupt als Gruppe nicht sehr verankert in den Betrieben, nur die einzelnen Genossen. Aber die sind ja nicht offen aufgetreten.



Und Du bist ja schon seit 1945 durchgehend politisch aktiv, was denkst Du nun über dieses halbe Jahrhundert?

Ich kann Dir sagen, es ist wirklich ein schönes Gefühl zu sehen, dass wir nicht umsonst gearbeitet haben. Dass es Junge gibt, die unsere Ideen weitertragen. Und wenn ich mich so erinnere, wie einfach wir '45 angefangen haben, dann kann man wirklich einen schönen Fortschritt sehen!

Interview mit Friedrich Seidel

Das Interview mit Friedrich Seidel wurde Ende April 1996 von Paul Roth und Eric Wegner geführt, transkribiert wurde es von Paul Roth. Zu Friedrich Seidel noch eine Anmerkung: Er war der Großvater des SOV-Aktivisten David Mum. Dieser war als Mitglied der SJ mit einer ziemlichen Stimmungsmache der SJ-Führung gegen die Unterstützer/innen der trotzkistischen Tendenz um die Zeitung Vorwärts, die damals noch in der Sozialdemokratie arbeiteten, konfrontiert. Beim Versuch, sich darüber zu informieren, was es denn mit dem Trotzkismus auf sich hätte, wurde er von seiner sozialdemokratischen Mutter an den Großvater verwiesen, weil dieser ja schließlich jahrzehntelang bei den Trotzkisten war (worüber Mum bis dahin nichts gewusst hatte). Seidel setzte seinem Enkelkind die Grundpositionen des Trotzkismus auseinander, was bei Mum einen Nachdenkprozess auslöste und nicht unwesentlich dazu beitrug, dass er sich schließlich dem Vorwärts (heute SLP) anschloss.

Vielleicht sollten wir mit deinen biographische Daten beginnen ...

Ja. Geboren bin ich in Wien, im April 1907. Mein Eltern sind, wie ich zwei Jahre alt war, nach Korneuburg übersiedelt. In Korneuburg bin ich dann in die Schule gegangen. Während des Krieges eigentlich eine schlechte Situation, auch in der Schule. Nach der Schule in die Lehre nach Wien, in die Staatsdruckerei. Ich hab' Schriftsetzer gelernt.

Was waren die Eltern von Beruf?

Mein Vater war auch Schriftsetzer. Der ist jeden Tag nach Wien gefahren und zwar am Fleischmarkt. Dort waren Tagblatt und Volkszeitung. Als Jugendlicher bin ich in Korneuburg zu den Jugendlichen (*Sozialistische Arbeiterjugend/SAJ*) gegangen und zu den Naturfreunden, wie ich dann ausgelernt war, auch zum Schutzbund.

War dein Vater auch schon in der Arbeiterbewegung?

Aktiv war er nicht. Er war nur Mitglied, also Sympathisant und Mitglied. Im Arbeitersängerbund in Korneuburg war er auch. Meine Mutter war etwas mehr politisch aktiv. Sie war einige Jahre im Gemeinderat und auch beim Arbeitersängerbund in Korneuburg. So ist das Elternhaus. Nach der Lehre war ich dann noch zwei Jahre in der Staatsdruckerei, dann war die Krisenzeit und dann bin ich abgebaut worden. Wegen Sparmaßnahmen. So ähnlich wie es heute ist. Dann hab' ich mich zum Bundesheer gemeldet, weil in Korneuburg war ein Offizier des Bundesheeres, ein Genosse, der gesagt hat, es sollen so viele Genossen wie möglich dahin, damit das Bundesheer nicht in schwarze Hände kommt. 1927 bin ich zum Bundesheer nach Wien, zum IR 3 (*Infanterieregiment*) zur Rennwegkaserne. Dort war die Wiener Garnison, da hat es Vertrauensleute gegeben. Da waren noch alle außer dem IR 4, das waren die Deutschmeister, beim Militärverband – damals hat die sozialistische Organisation der Soldaten Militärverband geheißen. Den 27. Juli hab' ich da miterlebt.

Und wie hast Du das Jahre 1927 und die Juliereignisse erlebt?

Wie der Justizpalast gebrannt hat, war ich schon beim Bundesheer und wir mussten ausrücken und haben uns im Parlament einquartiert – nicht besetzt.

Ist 1927 schon eine Kritik an der Parteiführung aufgekommen?

Ja. ‘27 war ich mit der Partei in Korneuburg nicht mehr verbunden. Dann war ich beim Bundesheer. Und in Wien bin ich keiner Bezirksorganisation beigetreten. Ich war nur beim Turnverein und im Sängerbund hab’ ich mich betätigt. Ich war nicht mehr in der Partei.

Aber was haben die Ereignisse von 1927 ausgelöst, was hat man sich da gedacht, als jemand, der doch der Arbeiterbewegung angehört hat?

1927 das war eine spontane Erhebung der Arbeiter gegen das Schandurteil – aus den Betrieben am Sperlingplatz zu strömen. Die spontanen Aktivitäten sind von der Partei zurückgedrängt worden. Man ist aufgefahren, wie der Seitz zum Beispiel am Feuerwehrauto, und hat die Arbeiter zurückgedrängt. Und der Schutzbund hat ja eigentlich mitgewirkt, um die Arbeiter zu beruhigen und zurückzudrängen, damit es nicht zu weiteren Ausschreitungen und Erhebungen kommt.

Hast Du es persönlich als Niederlage erlebt?

Ich hab’s als Niederlage erlebt, weil die Partei die spontane Erhebung nicht ausgenützt hat oder weitergeführt hat, sondern, wie schon immer, so wie im 18er und 19er Jahr, die Massen besänftigt hat mit irgendwelchen Versprechungen, die sie eh nicht gehalten haben. Also damals war ich schon von der Partei enttäuscht. Das hat sich ja dann fortgesetzt bis zum 34er Jahr.

1933 war die Auflösung des Parlaments. Warst Du da noch beim Bundesheer?

Ich war bis Ende 1932 beim Bundesheer. Dann war ich in einem dreimonatigen „Einarbeitungsurlaub“ oder wie der geheißen hat. Damit man sich in den eigenen oder einen anderen Beruf einarbeiten kann. Da bin ich in einen Kurs gegangen. War wahrscheinlich ein Kurs vom Landesarbeitsamt, dort bei der Stadthalle in der Nähe, wo die Gewerbeschule, die Berufsschule ist. Und das war ein Kurs für Schriftsetzer.

Hast Du anschließend wieder eine Arbeit gefunden?

Nach dem Kurs war ich arbeitslos. Mein Vater hat aber dann mit dem Betriebsrat am Fleischmarkt gesprochen. Dann bin ich zwei Jahre aushilfsweise hineingekommen während der Urlaubszeit. Und im Jahre 1936 bin ich dann fix drinnen geblieben. September ‘38 sind alle, die einmal beim Bundesheer waren, einberufen worden. Da waren ja schon die Nazis da. Ich war bei einer Gruppe, bei der viele Ehemalige des IR 3 waren. Dort bin ich mit zwei Trotzkisten zusammengekommen. Die hab ich von früher schon gekannt. Aber ich weiß nicht, waren die früher schon dabei oder nicht. Das waren der Roth Fritzl und der Stadler. Die haben mich im 38er Jahr bei dieser Einsatzübung der Naziwehrmacht im Waldviertel zu den Trotzkisten geworben. Der Stadler ist nach dem Krieg nach Tirol zu den Werken von Swarovski. Angeblich hat er den Swarovski während des Krieges kennengelernt und der hat gesagt, er soll zu ihm kommen. Er hat auch keine Arbeit gehabt. Die haben dann während der Einsatzübung mit mir geplaudert und diskutiert und haben mich sozusagen für den Trotzkismus interessiert.

Wie hast du die Februarkämpfe erlebt?

Während der Februarkämpfe war ich ein Arbeitsloser in Korneuburg. Und in Korneuburg war ich nicht aktiv. Einer, der Schutzbundführer – Schammet hat er geheißen –, der ist im 38er Jahr schnurstracks zu den Nazis übergelaufen.

1933 nach der Parlamentsauflösung hat es doch am 1. Mai diese Spaziergänge am Ring gegeben. Warst du da dabei?

Ja, da war ich in Korneuburg. In Korneuburg waren auch diese Spaziergänge und kleine Aktionen.

Und hast Du 1933/34 schon eine Kritik an der Parteiführung entwickelt? Hast Du da schon eine Oppositionsposition gehabt?

Jaja. Es ist nur dadurch so weit gekommen, weil die Partei nicht kämpferisch war, sondern immer einen Schritt zurückgegangen ist und den Leuten versprochen hat, das war der letzte Schritt. Bis zum 34er oder bis zum 38er Jahr! Na dann haben sie nicht mehr aktiv sein können. Und das hat sich auch dadurch gezeigt, dass im 34er Jahr die Eisenbahner gar nicht mehr gestreikt haben, nicht wahr. Das war schon eine Zermürbungstaktik der Partei – bewusst oder unbewusst. Dadurch, dass sie immer zurückgewichen sind und sich nie gestellt haben. Immer daran interessiert im Parlament, in Opposition zu bleiben. Auch wenn sie dann im 33er Jahr aufgelöst wurde.

Und die Kritik an der Politik der Parteiführung, die war in Korneuburg also unter den Arbeitern und Arbeitslosen verbreitet?

Verbreitet, das wäre zu viel gesagt. Es war vereinzelt, nur vereinzelt. Bei einzelnen Genossen. Aber ansonsten waren sie brave Sozialdemokraten.

Du warst 1938 schon so kritisch gegenüber der Parteiführung, dass Du für die Trotzkisten ansprechbar warst, dass ihre Propaganda bei Dir auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Über welche Fragen sind die dann an Dich herangetreten? Was war das, mit dem sie Dich überzeugt haben? Die Kritik an '34?

Die Kritik an der Partei, sozusagen den Verrat am Sozialismus, durch dieses Paktieren mit den Bürgerlichen. Das war der Hauptpunkt, der mich ansprechbar gemacht hat. Die Kritik an der Parteiführung.

Ist über den Stalinismus auch diskutiert worden?

Eigentlich nicht. Zumindest nicht am Anfang. Es hat mit einer Schulung angefangen, nachdem wir zurück gekommen sind. Im 38er Jahr. Da wurde ich sozusagen provisorisch aufgenommen, und da war es immer so, dass man eine Schulung durchgemacht hat, den Kurs vom Frey. Der Stadler, der ist zu uns gekommen, also zu mir und meiner Frau. Einmal in der Woche. Bis zum 39er Jahr haben wir sozusagen die Schulung durchgeführt. Dann musste ich einrücken. Ich wurde eingezogen.

Warst Du dann schon Mitglied vom Kampfbund?

Ich weiß nicht. Ich war in der Schulung. Ob ich schon Mitglied war? Ich hab' keinen Mitgliedsbeitrag bezahlt. Ich wurde vom Stadler betreut. Und das ist dann während des Krieges abgerissen.

Du bist dann zur Wehrmacht eingezogen worden. Kannst Du uns erzählen, wie es Dir als Revolutionär so ergangen ist im Krieg?

Naja. Revolutionär im Krieg? Nachdem ich abgerüstet wurde, weil ich klarerweise das Naziregime über hatte, hab' ich immer getrachtet, nur womöglich weg vom Militär. Da bin ich solange zum Arzt gegangen, wurde einmal auf den Rosenhügel überwiesen zur Begutachtung und da bin ich auf einen Arzt gestoßen, der wahrscheinlich kein Freund der Nazis war. Der hat mich gefragt, was ich vorher war, beim Bundesheer. Was ich für eine Charge hatte? Sag' ich: „Gar keine." „Ja wieso nicht?", fragt er. „Ich hatte einen politischen Herzfehler", sag' ich. Damit war es aus, und nach 14 Tagen hat er mich entlassen. Wie ich zur Truppe zurückgekommen bin, sagt der Spieß zu mir, Gewehr und alles abliefern. Dann bin ich in die Telefonzentrale gekommen in Strebersdorf. In Strebersdorf war ich eine Zeit lang. Dort hab' ich öfters Verbindungen herstellen müssen zur Wehrkreis-Druckerei, die war im ehemaligen Kriegsministerium am Stubenring. Dort war ein Bekannter von mir. Hab' ich gefragt, ob und wenn sie einen Schriftsetzer brauchen, soll er's mir sagen. Die haben mich dann angefordert und ich bin in die Wehrkreis-Druckerei gekommen. In Wien. Das war 1940/41. In der Wehrkreis-Druckerei hat man gesehen, wenn man einmal GVA (*geeignet zur Verwendung für Arbeit, aber nicht kriegsdiensttauglich*) geschrieben wird, kommt man immer wieder – zumindest alle halbe Jahr – zu einer neuerlichen Untersuchung. Man wird dauernd untersucht. Einen Soldaten, den ich noch von Korneuburg her gekannt hab' – er war beim Bundesheer, bei der Marine – der hat mir gesagt: „Hearst, mach' doch einen Lehrgang als Verwaltungsbeamter!" Und da hab' ich mich zu einem Lehrgang gemeldet und hab' den Lehrgang durchgemacht und bin dann von der Truppe weg, als Verwaltungsbeamter. Das hat damals den hochtrabenden Titel Kriegsverwaltungsassistent gehabt.

Du warst also die ganze Zeit in Wien, und es war trotzdem nicht möglich, zu den Genossen Kontakt zu halten?

Die Genossen waren eingerückt. Der Stadler war eingerückt, der Roth war eingerückt, den Drexler hab' ich damals noch nicht gekannt, sondern nur noch den Dworak. Ist Dir der Dworak ein Begriff?

Ja.

Er lebt ja nicht mehr. Er ist ja verunglückt. Jedenfalls waren die alle eingerückt, da war kein Kontakt.

Du warst bis Kriegsende in Wien?

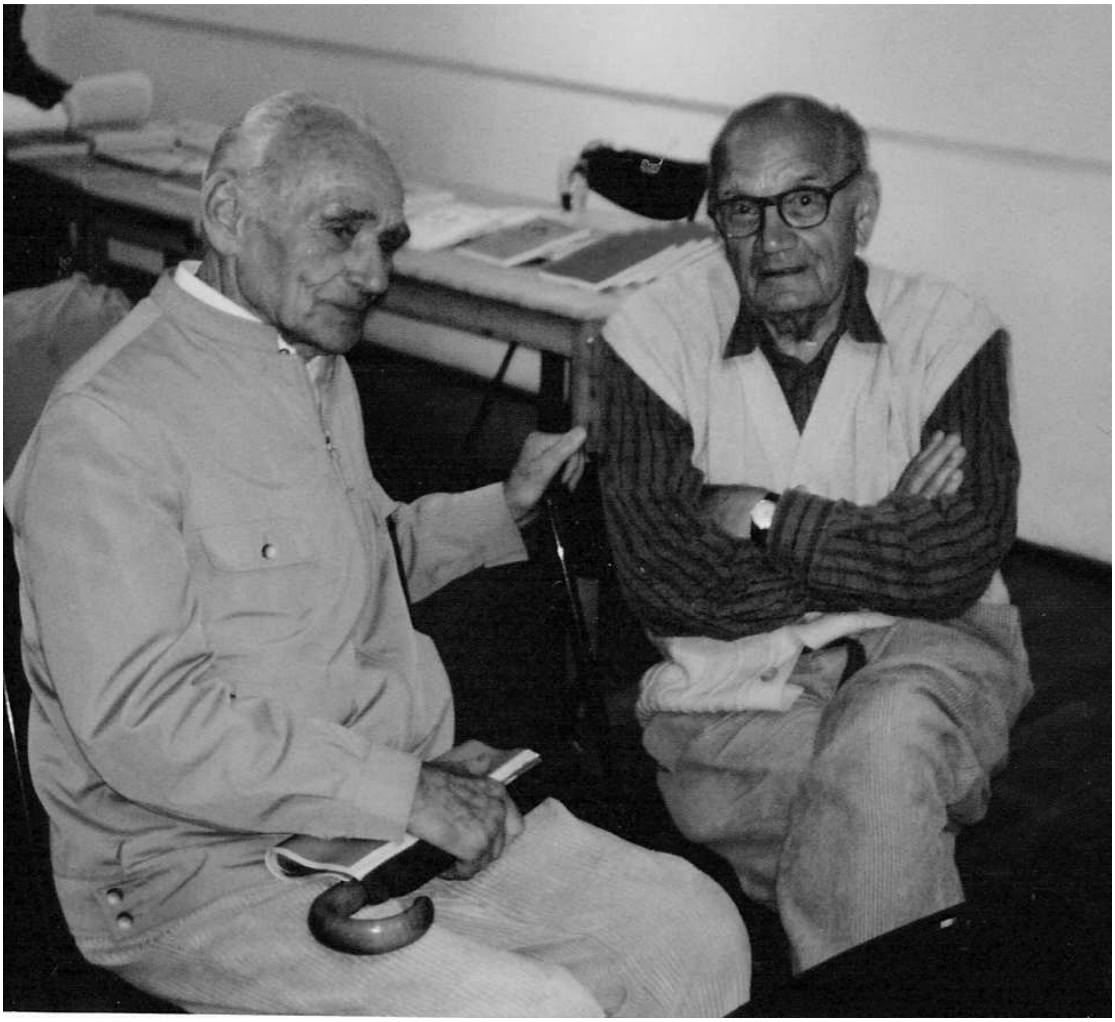
Neinnein. In Horn war ich ein Jahr. Dann bin ich nach Polen versetzt worden. Für kurze Zeit war ich in Krakau. Dann war ich in Jaroslav ein Vierteljahr. Und dann sind wir verlagert worden nach Südfrankreich, in das besetzte Gebiet. Zuerst war ja Südfrankreich nicht besetzt, wurde aber dann später im Jahre – ich glaub' – 1943 besetzt. Und da sind wir als Heeresstandort-Verwaltung nach Südfrankreich gekommen.

Du warst jeweils Verwaltungsbeamter für die Wehrmacht?

Für die Wehrmacht, ja. Also Geräte beschaffen und Monturen beschaffen und Reinigungsmittel beschaffen und so weiter. Das sind Zustände gewesen!

Hast du von den dortigen Widerstandsbewegungen in Polen und Frankreich etwas mitbekommen?

Nein. Auch in Frankreich nicht.



Friedrich Seidel (links) und Franz Drexler (rechts) bei einer AGM-Veranstaltung zur Geschichte des Trotzkismus – Mitte der 1990er Jahre

Weil du in der Verwaltung warst?

Der Widerstand in Frankreich hat eher mit Truppenleuten Kontakt aufgenommen als mit Verwaltungsleuten, nehme ich an. Dort wurde ich dann auch wieder im Jahre ‘44 zurück zur Truppe geholt. Nach Krumau an der Moldau, dort wurden alle zusammengestellt. Verwaltungsbeamte, die man alle zur Truppe zurückberufen hat, weil schon Soldatenmangel war. Und Flieger, weil sie schon nimmer so viele Flugzeuge gehabt haben, und auch nicht mehr so viel Treibstoff. Die sind dort alle in Krumau gesammelt worden. Ich hab’ das Glück gehabt, in die Schreibstube hineinzukommen. Durch Tricks. Und dort war ich dann eigentlich bis zum Schluss. Ich wurde dann Anfang April ‘45 mit einem Kommando nach Wien geschickt, um Geräte zu fassen. War dann in Wien, wir haben Geräte gefasst, sind zurückgefahren, oder wollten zurückfahren, sind gekommen bis vor St. Pölten zu einer Brücke. Weil die Brücke gesprengt war, sind wir wieder nach Wien zurückgeschickt worden. In Wien haben wir uns gefragt: Was mach’ ma jetzt, wir können nicht frei herum gehen, wir müssen uns irgendwo melden? Wir sind in die Standortkommandantur, die war irgendwo im ersten Bezirk, dort, wo die neue Universität ist, dort sind wir zu einem Widerstandsoffizier gekommen – nehme ich an –, weil der hat gesagt: „Was soll i mit eich moch’n, rennen eh scho so vühle Narren umadum!“ Hat er zum Schreiber gesagt: „Da geben’s an Stempel drauf, verlängert auf 14 Tag – der Aufenthalt in Wien.“ Na, dann haben wir gesagt: „Das haben wir! Jetzt wird ein jeder schauen, dass er irgendwie untertaucht.“

Das habt Ihr dann gemacht bis die Russen in Wien waren?

Ich bin dann in den 14. Bezirk, wo mein Bruder gewohnt hat. Aber der war auch nicht zu Hause, er war beim Militär. Na, bin ich dorthin übersiedelt. Den nächsten Tag waren die Russen schon da. Die Uniform irgendwo versteckt ... ich bin zu meiner Cousine gegangen in den 16. Bezirk, hab' mir dort ein G'wand ausgeborgt. Und einmal da war eine russische Kontrolle. Der wollt' mich mitnehmen. Na, da hab' ich solange geredet. Das Soldbuch hab' ich noch gehabt, da hat er wahrscheinlich gesehen, dass ich nicht in Russland und bei keiner Kampftruppe war. Da haben wir solange miteinander geredet, bis er gesagt hat: Ah, leg dich nieder. Dadurch war das dann für mich vorüber.

In welcher Sprache habt Ihr miteinander geredet?

Der hat Deutsch gekonnt. Aber ich hab' nicht g'sagt, dass ich ein Kommunist bin. Weil des haben die Russen nimmermehr geglaubt, weil ein jeder war schon ein Kommunist. Dann nach dem Krieg, es muss, mir scheint, Herbst '45 oder Frühjahr '46, haben wir dann die Verbindung wieder aufgenommen. Und da bin ich wieder zusammengekommen. Der Roth ist gefallen, den hat's nimmer gegeben. Zusammengekommen bin ich mit dem Drexler, mit dem Thomas, mit dem Modlik und dann war noch einer, aber da weiß ich nicht mehr, wie der heißt, wohnt im Sandleiten-Hof.

Wie hat denn das Kontaktaufnehmen funktioniert? Hat man einmal hingeschaut, ob der wieder da ist?

Ja, da haben wir einmal hingeschaut, lebt der noch, ist er gefallen oder in Gefangenschaft. Der Modlik war in Wien, der war nicht eingerückt, der war bei der Sanität.

Und der Drexler auch.

Ja, der Felix (*das ist Anton Turansky*), der war auch bei uns. Der hat in der Eisenhandlung in der Burggasse gearbeitet, eine Zeit lang, weil der war ja dann der Kampfbund und wir waren die IKÖ. Die IKÖ war wieder aufgeteilt in Zellen. Nur hie und da sind wir alle im Wienerwald zusammengekommen. Wir waren alle immer illegal, haben andere Namen gehabt.

Was war denn dein i-Name?

Ich weiß es nimmer. Vielleicht weiß es ein anderer. Man weiß die der anderen, aber es ist so, wie man die eigene Telefonnummer vergisst. (*Wie sich Seidel später doch erinnert hatte, hieß er intern „Lustig"; Anm. d. Redaktion*)

Die IKÖ war doch in Gebiete gegliedert und die Gebiete haben noch einmal Zellen gehabt?

Ja, das war hier hauptsächlichst im Bezirk. Und sporadisch sind wir die ganze Gruppe zusammengekommen – war's einmal oder zweimal im Jahr. Im Wienerwald oder sonst wo. Die ganze Gruppe war circa bei hundert Leuten.

Das muss ja aufgefallen sein, wenn sich 100 Leute zusammensetzen!

Das war natürlich immer versteckt. Zum Teil war es auch in der Lobau. Also dort, wo auch viele Leute zusammenkommen. Dann fällt es nicht so auf. Unsere Tätigkeit war eigentlich nur, bei gewissem Anlass Flugblätter zu fabrizieren und verteilen. Aber illegal, natürlich! Zum Beispiel hat man einen Packen Flugzettel bei einer Baustelle

über den Lattenzaun geworfen und einem Bauarbeiter zugerufen, dass er die Flugzettel unter den Arbeitern verteilt.

Aber Ihr seid ja auch in Betrieben politisch tätig gewesen.

Ja, das schon. Zum Beispiel wurden in den Betrieben, wo Genossen beschäftigt waren, während des Lederarbeiterstreiks ‘47/‘48 und des Schuharbeiterstreiks ‘48 die Geldsammlung für die Streikenden forciert ... die Genossen sind aber nicht als IKÖ aufgetreten. Die SPler und der ÖGB waren gegen die Geldsammlung. Die Argumentation von denen war, dass die Arbeiter und der ÖGB Schwäche zeigen würden, wenn sie es nötig haben, Geld zu sammeln. Auf diese dumme Ausrede ist aber natürlich niemand reingefallen. Beim Schuharbeiterstreik haben wir auch sehr aktive Betriebsräte gehabt.

Und wie hat die IKÖ-Intervention beim Oktoberstreik ausgesehen?

Da hat es keine wirklich organisierte Intervention gegeben. Jeder hat in seinem Arbeitsbereich gewirkt. Etliche waren ja auch Betriebsräte, meistens bei der SP. Bei einer späteren Betriebsrätekonferenz haben wir auch einen wichtigen Anteil daran gehabt, dass die Führung vom ÖGB ins Schwimmen gekommen ist. Der Böhm (*der damalige Präsident des ÖGB*) hat dann sogar einen Schwächeanfall vorgetäuscht und sich ärztlich versorgen lassen. Bei der Wiederholung der Abstimmung hat dann auf einmal die Position vom Böhm die knappe Mehrheit gehabt.

Wie ist das dann weitergegangen bis zum Ende der IKÖ?

Wir sind eigentlich immer weniger geworden bis zur endgültigen Spaltung. Das war Anfang der 60er Jahre.

Worin hat die Aktivität der Gruppe, die dann noch um den Modlik existiert hat, bestanden? Wie viele Leute waren da noch bei der Modlikgruppe?

Der Modlik, der Dworak, der Soucek, der Sibi, glaub ich ... und der Drucker, der hat eine Druckerei gehabt, der Prohidel ... jedenfalls so acht Leute, glaub’ ich. Die Spaltung ist gekommen wegen der Zeitung. Das wurde in der Gruppe mit Drexler und Thomas debattiert, ob eine Zeitung herausgegeben werden sollte. Das war dem Modlik seine Idee. Sie waren auf jeden Fall dagegen. Zuerst wurden handgeschriebene Blätter herausgegeben zur Information untereinander. Und dann ist einmal die erste Zeitung erschienen, und die anderen, der Drexler, der Thomas und so weiter, haben sich abgespalten.

Der Modlik hat das also auf eigene Faust gemacht. Den Arbeiterkampf habt Ihr als legale Zeitung vertrieben?

Ja, mit dem Dworak, mit mir, mit dem Soucek und dem Drucker Prohidel. Der hat uns immer den Umschlag gedruckt. Ich hab ihn gesetzt und er hat ihn gedruckt. Wir sind regelmäßig zusammengekommen und haben einmal im Monat eine Zeitschrift herausgebracht. Im Monat! Das war eh viel. Der Modlik hat Artikel vom Pablo, also vom Internationalen Sekretariat – deren Zeitung hat er ja bekommen –, übersetzt und hat auch für Österreich immer einen Artikel geschrieben, den wir zuerst in der Gruppe besprochen haben.

Das meiste hat der Modlik geschrieben?

Ja. Dann haben wir eine Abziehmaschine gehabt.

Und ihr wart alle SP-Mitglieder?

Der Modlik nie. Die anderen Genossen waren in der SP, weil wir gesagt haben, es gibt keine andere Möglichkeit, hier unsere Standpunkte zu äußern und beizutragen zu einem linken Flügel, der leider nie zustande gekommen ist. Ich bin heute noch in der SP, ich hab' zwar keine Illusionen mehr, aber die Gruppe gibt es nicht mehr. Wo kann man politisch diskutieren, nicht wahr? Also bin ich noch in der SP.

Und Ihr seid also damals, als der Modlik noch gelebt hat und den Arbeiterkampf gemacht habt, auch in die Sektionen gegangen und habt dort mitdiskutiert.

Ja, natürlich. In den 50er Jahren hat es einen linken Flügel gegeben in der SP und zwar unter dem Hindels. Bei dem war ich auch immer. Wir haben uns im Café Hummel getroffen, dort war der Hindels, der Blecha und noch viele andere bekannte Politiker.

Wann war das? In welchem Jahrzehnt?

Das muss in den 60er Jahren gewesen sein. Das werden der Thomas und der Drexler auch wissen. Die haben Aufzeichnungen gehabt. Der hat ziemlich lange existiert, aber er wurde von uns auch kritisiert, weil er außer der Zusammenkunft, um linke Standpunkte zu entwickeln, keine Fraktionierung durchgeführt hat. Er war ein geduldeter linker Flügel von der Partei. Das war in einem Extrazimmer vom Café Hummel. Das war ziemlich voll. Da gab's immer hundert Leute. Vorher hat er im ÖGB-Haus Vorträge gehalten. Ich kann mich an einen erinnern. Er hat über Russland geredet und im Gegensatz zur Partei nicht alles für schlecht gehalten, sondern hat auch die positiven Seiten aufgezeigt. In puncto Bildung und Gesundheitswesen ... und vorher den Aufbau, die Räterepublik noch, die halt dann abgewürgt wurde.

Aber Ihr habt in den 60er Jahren, also gleichzeitig wie ihr den Arbeiterkampf herausgegeben habt, den Entrismus verfolgt. Und das Konzept habt ihr fortgesetzt, es ist aufrecht geblieben.

Ja. Den Entrismus haben wir schon früher verfolgt. Bei den Betriebsratskonferenzen von der Gewerkschaft. Das Konzept haben wir weiter aufrecht erhalten. Der Soucek war in der SP in Mariahilf und die Kraupa (*Grete und Karl Kraupa*) waren auch in der in der SP ...

Aber es ist euch nie gelungen, Leute für euch zu gewinnen?

Zum Trotzkismus eigentlich nicht. Das höchste war einmal bei einer Konferenz, wo ich auch geredet hab, ist einer zu mir gekommen und hat gesagt, ja dein Standpunkt, der ist gut, können wir nicht einmal zusammenkommen. Und dann hab' ich ihn besucht und er mich, aber zum Trotzkismus ist er nicht gekommen, nur zur GE, zur Gewerkschaftlichen Einheit. Und meistens, wenn man Andeutungen gemacht hat, hat man zu hören bekommen, das sind ja Sektierer.

Also ihr seid immer die gleichen Leute geblieben in der Gruppe?

Ja, immer die gleichen Leute. Leider.

Und dann sind eher welche weggegangen und haben aufgehört?

Naja. Die Kraupa, die sind ja umgesiedelt nach Favoriten in die Hanson-Siedlung. Die waren dann zu weit weg. Und wir waren nur noch der Modlik, der Soucek, der Sibi und ich. Da waren wir, mir scheint, nur noch vier Leute. Und dann mit dem Modlik seiner Krankheit hat sich das dann aufgehört.

Was hat denn der Modlik für eine Krankheit gehabt?

Ich glaube Gehirnzersetzung. Zuerst war er verwirrt. Ich hab' ihn dann noch besucht, immer wieder. Er hat x-mal um dasselbe gefragt. Und dann hat er nicht mehr gewusst, was er macht, körperlich war er nicht mehr fit. Das war schon in den 80er Jahren. Mitte der 80er Jahre ist er dann gestorben. '86 muss es gewesen sein. Bei uns hat er immer Lehrer geheißen. Er war ja Lehrer von Beruf. Ich hab' ja einen Grabstein für ihn machen lassen. Weil niemand mehr da war.

Der Modlik war gar nicht verheiratet?

Oja. Aber seine Frau ist schon vorher gestorben. Und dann war er hilflos, wurde noch betreut von einer Nachbarin.

Du warst persönlich mit ihm befreundet?

Ja schon. Sehr gut sogar. Wir haben gemeinsam Ausflüge gemacht. Der Modlik stammt aus Wien, er war Lehrer, hat ein abgeschlossenes Studium und war dann bis zu seiner Pensionierung im Stadtschulrat, aber er hat seinen Beruf nie ausgeübt. Er hat es zu nichts gebracht aufgrund seiner politischen Einstellung, und er hat andere verurteilt, die etwas geworden sind durch die Partei.

Und Du hast dann beim Kurier gearbeitet?

Später hab' ich bis zu meiner Pensionierung bei Kurier gearbeitet. Zuvor beim Neuen Österreich. Und zuerst als Schriftsetzer und dann als Maschinensetzer. Das Neue Österreich ist eingegangen, weil die ÖVP es aufgegeben hat. Die (*Zeitung*) hat ja teils dem Arbeiter- und Angestelltenbund der ÖVP und zum Teil den Arbeitern gehört. Eine Gemeinschaft 50% Arbeiter und Angestellte und 50% dem ÖVP-Angestellten-Bund. Und wie die ÖVP zurückgetreten ist, ist der Polsterer auf den Plan getreten und hat gesagt, er will die Druckerei kaufen. Es war eine Abstimmung im Betrieb, dem Polsterer verkaufen oder wie sollen wir das weiter machen? Der Betriebsrat, der Edlinger, der Vater vom heutigen Finanzreferenten der Stadt Wien, der ist sehr eingetreten für den Verkauf an den Polsterer. Weil der Polsterer hat gedroht – dem hat ja damals schon der Kurier gehört –, dass er, wenn er die Druckerei nicht bekommt, eine eigene bauen wird und den Kurier mitnehmen wird und viele andere Sachen auch. Das war natürlich ein Bluff, aber der Betriebsrat hat auch sehr geworben, für den Verkauf an den Polsterer zu stimmen, und dann ist eine Mehrheit rausgekommen: Es wird an den Polsterer verkauft.

Interview mit Heinrich Thomas

Das Interview führte im Juni 1986 Hans Schafranek in mehreren Teilen. Manfred Scharinger und Eric Wegner haben es um etwa ein Drittel gekürzt – mit der freundlichen Unterstützung von Heinrich Thomas, der die hier vorliegende Fassung auch durchgesehen und für gut befunden hat. Heinrich Thomas starb 2002 in Wien.

Herr Thomas, vielleicht könnten wir mit Ihrem Elternhaus beginnen; und dann vielleicht in konzentrischen Kreisen das nähere soziale Umfeld schildern.



Ich bin am 3. Dezember 1914 in Wien geboren, und zwar in dem Arbeiterbezirk Zwischenbrücken. Meine Eltern haben dort nach ihrer Heirat eine Zimmer-Küche-Wohnung bezogen. In dem Haus haben meistens Arbeiter und nur ganz wenige Angestellte gewohnt. Mein Vater selber war ein Angestellter in einer Werkzeugfabrik in der Nähe. Meine Mutter hat nicht mehr gearbeitet, sie hat sich um die Kinder und den Haushalt gesorgt. Also wir sind an und für sich in sehr einfachen Lebensverhältnissen aufgewachsen. Es war ja damals schon der 1. Weltkrieg, und es hat dann schon ab dem Jahr 1916 – da ist dann meine Schwester geboren – gewisse Not gegeben. Mein Vater musste nicht einrücken, er war nicht wehrtauglich. Er selbst war in der Gewerkschaftsbewegung tätig und in der Sozialdemokratischen Partei organisiert. An meine Kindheit kann ich mich insofern erinnern, als für die Erziehung von meiner Schwester und von mir in erster Linie meine Mutter verantwortlich war. Sie war aber damals schon kränklich, vor allem nach der 2. Geburt. Wir haben dann im Krieg natürlich die Not gelitten, die damals allgemein war.

Leider ist meine Kindheit dann bestimmt worden, dass mein Vater, dadurch dass meine Mutter krank war, zu anderen Frauen gegangen ist und die Ehe praktisch nicht mehr funktioniert hat. Das hat dann in späteren Jahren, wie mein Vater dann meine Mutter verlassen hat, dazu geführt, dass die Ehe im Jahr 1927 geschieden worden ist. Meine Mutter ist da schon sehr schwer krank gewesen, und wir, meine Schwester und ich, sind eigentlich schon sehr früh in Kinderheime der Stadt Wien gekommen. Ich

bin also faktisch ab dem 10. Lebensjahr aufgewachsen in Kinderheimen der Stadt Wien, auch meine Schwester.

Wir Kinder selbst sind, solange wir noch zuhause waren, zu den Kinderfreunden geschickt worden. Das war auch wichtig für unsere weitere politische Entwicklung. Der Hort war in der Engerthstraße. Bis zum 9. oder 10. Lebensjahr waren wir also bei den Kinderfreunden und sind dort natürlich ideologisch im sozialdemokratischen Sinn (geprägt worden). Wir sind dort mit der Kultur der damaligen Zeit (konfrontiert worden): Arbeiterlieder, Theaterspielen, Sport – wir sind rüber gegangen im Sommer ins Arbeiterstrandbad baden. Und wir haben natürlich an den Umzügen teilgenommen. Zum Beispiel wenn der Fronleichnamstag war, haben die Kinderfreunde ihr großes Frühlingsfest organisiert. Da ist auf der einen Seite der (kirchliche) Umzug gewesen, und auf der anderen Seite mit einer wirklichen Massenbeteiligung durch den Bezirk Brigittenau der Demonstrationszug der Sozialdemokraten gewesen. Das war natürlich für uns immer sehr eindrucksvoll. Das war unser Fest damals. Ich bin ja, obwohl ich Mitglied der Kirche war – durch die Eltern bedingt –, eigentlich außerhalb der Kirche erzogen worden.

Hat vielleicht das Jahr 1927 – Sie waren zwar damals erst 12 ½ Jahre alt – schon eine Rolle gespielt? Haben Sie da mitbekommen, was da passiert ist?

Wir waren damals in dem Kinderheim in dem Park Ecke Währinger Straße / Alserbachstraße. Da war eine Dependance, ein Kinderheim der Stadt Wien. Ich kann mich nur daran erinnern, dass wir Schüsse gehört haben, dass wir nicht in die Schule gehen durften und dass auf der Straße Polizisten mit Stahlhelmen und Gewehren gestanden sind. Das sind meine Erinnerungen an diese Zeit.

Wie war denn die Situation in der Schule?

Für mich war das etwas schwer. Die Volksschule konnte ich noch am Allerheiligenplatz besuchen. In der 3. Bürgerschulklasse bin ich dann ins Czartoryski-Schlössel gekommen. Dieses Heim ist vom Sozialdemokratischen Lehrerverein geführt worden. Da waren circa 100 Mädchen und Buben, mit einem schönen, riesigen Park. Das ist vom Sozialistischen Lehrerverein geführt worden, und das waren eigentlich sozialistische Erzieher. Und da habe ich also sehr prägende Eindrücke für mein späteres Leben empfangen. Es hat dort einen Erzieher gegeben – er hat mich also, so würde ich sagen, in die Arbeiterliteratur eingeführt.

Können Sie sich vielleicht noch daran erinnern, was so die ersten Bücher oder Broschüren waren, die Sie da gelesen haben?

Es war vor allem damals schöne Literatur. Ich glaube, das war Traven. Also alles, was damals in der „Büchergilde Gutenberg“ erschienen ist an linker Literatur. Diese Bücher haben eigentlich bei mir dazu geführt, dass ich in meinem ganzen Leben immer großes Interesse für Literatur gehabt habe und später auch nach dem Krieg diesen Beruf gewählt habe als Bibliothekar.

(Was) für meine politische Entwicklung sehr wichtig (war), wie ich dann im Czartoryski-Schlössel war, in die Schopenhauergasse in die 3. Bürgerschulklasse gegangen bin, habe ich meinen Jugendfreund (kennengelernt); mit dem ich dann lange verbunden war, bis zu seinem Tod. (Das war) der Ernst Pavelka, mit dem ich da Kon-

takt gefunden habe. Dessen Vater war ja politisch sehr tätig, ein linker Sozialdemokrat. Das hat eigentlich entscheidend meine Lebensrichtung beeinflusst. An Debatten zwischen Schülern von links und rechts kann ich mich gar nicht erinnern; ich glaube, die hat es auch nicht gegeben... Uns Heimkindern gegenüber haben sich die anderen immer etwas zurückgezogen und abgeschlossen. Wir waren wahrscheinlich die Armutschkerln.

Was hat denn der Pavelka damals gemacht, als Sie ihn kennengelernt haben?

Ich habe in erster Linie seinen Sohn kennengelernt, der hat mich dann in die Familie eingeführt. Sein Vater war damals noch, wie die Sozialdemokratie vor 1934 legal war, Sektionsleiter der SP-Sektion Wien/Kreuzgasse; Sitz in dem Kaffee, das existiert heute noch, Ecke Gürtel. – Kleine Nebenbemerkung: Er hat mir damals oft erzählt, wie der Willy Brandt emigriert war und noch Mitglied der SAP war, hat er dort einmal einen ganz linken Vortrag gehalten über die Situation im Hitlerdeutschland und über die internationale Lage – also vor den sozialdemokratischen Mitgliedern und Linken, die damals immer in dem Kaffeehaus zusammengekommen sind. Der junge Pavelka und der alte Pavelka, die haben mich dann erst richtig in die politische Literatur – auch in die kommunistische und leninistische Literatur – eingeführt. Aber ich habe vorher schon selbst gelesen, denn ich bin – wie ich noch im Czartoryski-Schlössel war, wo ich übrigens bis zu meinem 20. Lebensjahr war, weil mich der Bezirksvorsteher damals irgendwie gefördert hat. Ich bin damals schon in die Lehre gegangen, war damals schon ausgelernt. Ich musste einen Beitrag zahlen und durfte mit Studenten in einem Zimmer schlafen. Da war ich auch ein Jahr freiwilliger Mitarbeiter in der Arbeiterbücherei in der Weimarer Straße. Dort habe ich einmal die Bücher von Trotzki gelesen: „Mein Leben“, „Die russische Revolution“. Das war mein erster Einfluss in Richtung Trotzkismus.

Sind Sie da mehr oder weniger zufällig draufgestoßen oder auch schon durch den Pavelka?

Bitte, das kann möglich sein, daran kann ich mich nicht erinnern. Aber es wird wahrscheinlich so gewesen sein. – Ein Bruch in meinem Leben ist dann eingetreten – das war der Februar 1934.

Ich möchte noch etwas sagen zu meiner schulischen Ausbildung: Eigentlich, nachdem ich gut gelernt habe, sollte ich die Mittelschule besuchen im 20. Bezirk. Mein Onkel, der Mittelschulprofessor war, hat mich schon angemeldet gehabt. Aber dadurch, dass meine Eltern sich scheiden lassen wollten, meine Mutter sehr krank war und wir in Heime gekommen sind, ist das ins Wasser gefallen. Ich habe dann relativ gute Zeugnisse gehabt auch in der Bürgerschule. (Nach der Schule war ich) dann sechs Wochen in der Löwengasse im 3. Bezirk in einem Herrenmodengeschäft. Das hat mich aber keineswegs befriedigt. Ich musste dort Stellagen abstauben und Hemden ordnen, Botengänge verrichten. Und ich habe meiner Mutter nach sechs Wochen gesagt, das will ich nicht werden, das ist für mich inhaltslos und leer. Und sie hat weiter gesucht. Dann war ich mich vorstellen bei einigen kaufmännischen Firmen und bin dann als Praktikant aufgenommen worden bei der Speditionsfirma Schier & Munsch in der Oberen Donaustraße. Beide Chefs waren, wie mir gesagt worden ist, Sozialdemokraten; was nämlich dann für später wichtig ist. Ich muss sagen, der Beruf hat mich inte-

ressiert, ich habe sehr viel dort gelernt. Ich war ja im Balkanexport eingesetzt. Wir mussten Überstunden machen, die natürlich nicht bezahlt worden sind, auch Samstag arbeiten, wenn es notwendig ist. Aber der Druck war so stark, als Lehrling konnte man sich überhaupt nicht wehren. Wir sind allerdings damals sofort zur Gewerkschaft der kaufmännischen Angestellten (gegangen), in die Jugendabteilung, die damals vom Manfred Ackermann geführt worden ist. Ich bin dann sofort in die Ortsgruppe Währing eingetreten. Und ich bin dann nach einem Jahr auch zum Obmann der Ortsgruppe gewählt worden. Da war auch mein Freund, der Sohn vom Pavelka, tätig, in der Ortsgruppe.

In der Ortsgruppe des Zentralvereins der kaufmännischen Angestellten.

Währing. Wir haben jede Woche in der Werdertorgasse unsere zentralen Veranstaltungen gehabt, sowohl politisch wie auch kulturell. Ich habe dort kennengelernt: Otto Bauer in Referaten, Max Adler, Ernst Fischer, auf kulturellem Gebiet zum Beispiel Konzerte mit Krenek. Der Ibaschitz hat rezitiert, Bert Brecht – Arbeiterdichtung, Kurt Tucholsky. Also der Zentralverein der kaufmännischen Angestellten war eine linke sozialdemokratische Organisation, eine kämpferische Organisation. Wenn wir Demonstrationen gehabt haben, sind wir vom Zentralverein mit den blauen Hemden und roten Krawatten (gegangen). Da waren wir 2.000 oder 3.000 Leute oder mehr, die da in Wien als geschlossener Block aufgetreten sind. Diese Zeit bis zum Februar 1934 im Zentralverein hat entscheidend zu meiner politischen Bildung als linker Sozialdemokrat (beigetragen). Ich habe damals schon die „Arbeiter-Zeitung“ abonniert. Vorher habe ich „Das kleine Blatt“ gelesen. Ich habe damals mir auch schon den „Kampf“ gekauft, soweit kann ich mich erinnern. Meine ersten Schritte in Richtung politisch-theoretischer Literatur.

An den Arbeitsbedingungen hat sich aber für Sie nichts geändert durch diese Intervention.

Ich kann mich an eines erinnern – das ist nämlich auch interessant für die heutige Zeit: Ich kann mich erinnern, im Jahr 1932 sind wir, die Sektionsspediteure und unsere Firma, zu einer Gewerkschaftsversammlung in die Werdertorgasse einberufen worden. Die Unternehmer haben damals verlangt eine Kündigung des Kollektivvertrages. Da ist uns gesagt worden, dass die Kollektivvertragslöhne um sieben Prozent gekürzt werden müssen, die Wirtschaftslage usw., obwohl damals schon im Export ein gewisser Aufstieg festzustellen war. Ich kann mich erinnern, wie vor allem die älteren Kollegen sehr deprimiert dort gesessen sind, weil die Löhne waren an und für sich (sehr niedrig). Ich kann mich erinnern, wie ich frei geworden bin, habe ich 80 Schilling monatlich Kollektivvertragslohn bekommen. Das war relativ wenig. Das heißt, die Straßenbahner haben damals im Monat durchschnittlich 200 Schillinge gehabt, manchmal sogar 300 Schillinge je nach Dienstjahren. Und die Facharbeiter haben sicher damals auch mehr verdient, obwohl die Löhne allgemein damals sehr niedrig in Österreich waren.

Sie haben zuvor gesagt, dass Sie verschiedene Vorträge gehört haben; zum Beispiel vom Ernst Fischer, Max Adler, Otto Bauer. Können Sie sich noch an einige Themen erinnern oder mir vielleicht sagen, was Sie damals besonders interessiert hat?

Ich kann mich erinnern, dass z.B. Max Adler Einführungsvorträge gehalten hat über den Marxismus, auch über die Person von Karl Marx, auch über die Lehre des Marxismus. Das waren für mich eigentlich die ersten Erfahrungen und Kenntnisse, die ein Interesse für den Marxismus in mir erweckt haben. Während Otto Bauer mehr politische Vorträge gehalten hat, die mehr auf die Tagespolitik bezogen waren. Es war auch dort einmal der Karl Renner, kann ich mich erinnern, der natürlich dort einen Vortrag gehalten hat, der seiner politischen Linie, seinem rechten Standpunkt in der Partei, entsprochen hat. In der Hinsicht war der Zentralverein also ausgeglichen, obwohl der Manfred Ackermann sicher auch links in der Partei gestanden hat.

Haben Sie selbst damals auch schon für einen gewissen linken Flügel in der Partei Stellung bezogen, oder war das in Ihrem Denken damals noch nicht so ausgeprägt?

Nein, meine Kenntnisse waren damals nicht so ausgeprägt; es war aber rein gefühlsmäßig. Ich kann mich erinnern, in der Ortsgruppe haben wir natürlich auch politische Vorträge gehabt. Wie gesagt, ich bin dann auch zum Obmann gewählt worden, weil ich mit meinem Charakter ein ausgleichendes Element bin. Ich habe dann folgendes gemacht: Da hat es diese Arbeiterillustrierten gegeben. Und wir haben Wandzeitungen gemacht. Ich habe eine Wandzeitung gemacht, noch ziemlich ahnungslos damals, über die Erfolge des 5-Jahres-Planes in der Sowjetunion. Es hat ja damals eine gewisse Sympathie für die Sowjetunion bestanden in der Arbeiterjugend. Das war ziemlich unkritisch die Wandzeitung. Da ist die Resi Mandl zu einem Referat gekommen, und ich wollte ihr voll Freude die Wandzeitung zeigen. Sie war eigentlich gar nicht begeistert und hat gesagt, „das ist ja ganz unkritisch, das hätte ja ein Kommunist auch machen können." Also da war ich ein bisserl schockiert – „was habe ich da falsch gemacht?" Diese Differenzen zu den Kommunisten, das ist ja natürlich auch im Zentralverein betont worden, diese Abgrenzung. Ich selbst habe mich, ehrlich gesagt, damals nicht für die kommunistische Presse interessiert. Beim Pavelka habe ich hie und da die „Rote Fahne" gesehen und auch einen Blick hinein gemacht. Aber ich habe mir eigentlich nie selber (die „Rote Fahne") gekauft. Ich habe mir nur damals das erste Mal – ohne dass ich Kontakt hatte, das habe ich zwar auch beim Pavelka gesehen – die „Arbeiter-Stimme" in einem Kiosk gekauft. Also das Organ der „KP-Opposition" vom Frey. Aber ich muss ehrlich sagen, ich habe nicht allzu viel damit anfangen können.

Kommunisten haben Sie damals keine gekannt?

Nein, zu dieser Zeit nicht. Ich habe später – das war nach 1934, da ist dann eine Kommunistin als Stenotypistin in unserem Betrieb angestellt worden, bei der Speditionsfirma, sie hat Cissmann geheißen. Ihr Mann ist während der Nazizeit hingerichtet worden. Sie war aber eine überzeugte Kommunistin und Stalinistin. Mit ihr habe ich sehr viel politisiert. Sie hat mich also gewinnen wollen für die KPÖ. Nach dem 34er Jahr hat sie mir auch eine Spendenliste gegeben für die Februar-Opfer für die „Rote Hilfe". Ich bin im Betrieb sammeln gegangen und habe sogar einen erträglichen Betrag bei circa 15 bis 20 Leuten bekommen. Sie wollte mich damals in die illegale Arbeit der KPÖ eingliedern. Ich war aber damals schon mit dem Ernstl Pavelka in Verbindung, war also eigentlich schon mit trotzkistischer Literatur versorgt. Und in meiner Naivität habe ich ihr auch solche Literatur gebracht und wollte umgekehrt sie vom

Trotzkismus überzeugen. Aber sie war damals schon in irgendeiner Funktion in der Wiener Leitung. Da war sie dann sehr böse und so weiter, und da sind dann diese Kontakte abgebrochen. Und einmal, bitte, das sage ich auch, wollte sie von mir haben, dass ich mich treffe mit einem zweiten in unmittelbarer Nähe von meiner Wohnung – ein Transparent über die Hochspannungsleitung werfen. Ich habe dann darüber nachgedacht – ich weiß nicht, ob ich auch mit dem Ernstl Pavelka darüber gesprochen habe – und mir gesagt: „Das ist ein Blödsinn, erstens kennen mich die Leute da, und zweitens einmal, was hat das für einen Sinn?“ Und ich habe das abgelehnt, ich glaube, das war richtig. Die KPÖ hat solche Aktionen gemacht, wo sie Leute direkt – mit Absicht oder nicht mit Absicht – einer Verhaftung aussetzen wollten.

Haben Sie eigentlich in den Jahren 1932/33 Auseinandersetzungen mit Nazis erlebt?

Ich habe mich an allen Demonstrationen, offiziellen Demonstrationen, beteiligt. Da war eine große Straßendemonstration nach der Machtergreifung vom Hitler – das war, glaube ich, noch im März (1933), vor dem 5. März. Da ist auch der Demonstrationszug in die Stadt geführt worden. Auf der Währinger Straße bei der Kirche haben auf einmal Nazis von der anderen Seite provoziert. Vom Demonstrationszug haben sich einige gelöst, ich war auch dabei. Ich habe damals eine Fahne getragen. Da bin ich dann sehr gerügt worden von den Schutzbundführern, die wollten natürlich jede Provokation vermeiden. Ich war damals schon bei der Sozialistischen Arbeiterjugend Mitglied.

Eines hat sicher in meinem Leben eine Rolle gespielt: Meine Mutter hat noch ihre Mutter gehabt, also meine Großmutter. Und zwar war das die Frau Elisabeth Schneider, die hat mit ihrem Sohn, Dr. Theodor Schneider, auf der Landstraße gewohnt. Die haben wir dann natürlich, soweit wir noch zu Hause waren, immer besucht. Sie war eine Sozialdemokratin und der evangelischen Kirche angehörend. Mit der habe ich schon damals politisiert; sie hat mir viele Fragen, die ich gestellt habe, erklärt. Dann hat mich beeindruckt mein Onkel – also ihr Sohn –, der Mittelschulprofessor war. Der hat eine schöne Bibliothek gehabt. Die Bücher, die er dort gehabt hat, habe ich mir immer angeschaut. Ich habe davon nicht viel verstanden, er hat sich immer mit philosophischen Fragen beschäftigt. Er war ein Kantianer. Er war auch ein Sozialdemokrat, war beim Sozialistischen Mittelschullehrerverband. Von dieser Familie, die eine liberale, sozialdemokratische Familie war, bin ich auch beeinflusst worden in einem gewissen liberalen und fortschrittlichen Sinn. Umgekehrt bei den Verwandten meines Vaters, die kleinbürgerlich waren, christlich-sozial und streng katholisch.

Wir sind zuvor ungefähr bis zum 33er Jahr gekommen. Im März 1933 ist ja das Parlament ausgeschaltet worden. Vielleicht können Sie mir die Stimmung schildern, die damals im März 1933 vorhanden war.

Soweit ich das erlebt habe und meine eigene Einstellung, hat alles in der Arbeiterbewegung, einschließlich des Schutzbundes, der Jugendorganisationen, der Zentralverein der kaufmännischen Angestellten, die Gewerkschaften erwartet, dass die Sozialdemokratische Partei zum Generalstreik aufrufen wird und dass jetzt eine entscheidende Auseinandersetzung erfolgt; und man war furchtbar enttäuscht und demoralisiert, wie das dann nicht erfolgt ist, diese Komödie mit dem Wiederzusammentritt des Parlaments aufgeführt worden ist. Und von da an hat dann Schlag auf Schlag die Of-

fensive der Gegenseite im verstärkten Maß eingesetzt, und die Sozialdemokratie ist Schritt für Schritt zurückgewichen: Zensur der „Arbeiter-Zeitung“, Verbot des Schutzbundes und so weiter. Wir kennen die Geschichte. Ich glaube, von meinen persönlichen Erfahrungen her – und es wird auch diese Frage heute noch diskutiert von den Historikern –, dass damals ein Widerstand möglich gewesen wäre und die österreichische Arbeiterschaft zum Widerstand bereit gewesen wäre. Also ein Generalstreik hätte damals sicher die Regierung zu einem Rückzug gezwungen.

Haben Sie zum Beispiel diesen Bummel am 1. Mai --- ?

Habe ich aktiv mitgemacht. Aber auch das war, meiner Meinung nach, keine ernsthafte Sache. Damals war die Arbeiterbewegung schon auf dem Rückmarsch; beide Seiten haben damals offene Konfrontationen vermieden. Es hat kleine „Scharmützel“ gegeben, wo die Polizei mit den Gummiknüppeln vorgegangen ist, die Demonstanten haben sich auf den Gehsteigen oder auf Teilen der Fahrbahn (aufgehalten). Letzten Endes, wenn auch die „Arbeiter-Zeitung“ geschrieben hat, „trotz alledem sind wir da gewesen“, aber es war eigentlich eine Augenauswischerei. Dann hat es im Stadion eine Veranstaltung gegeben, da habe ich auch teilgenommen, unter sehr starkem Polizeischutz. Die war ja sehr gut besucht. Wie wir das Stadion verlassen haben, sind sehr starke Polizeikräfte bereit gestanden, Überfallautos, Stahlhelm-Polizei. Es haben sich einige Demonstrationszüge gebildet, die „Freiheit“, „Freiheit“ geschrien haben, aber die Sozialdemokratie war damals schon auf dem Rückmarsch. Das hat sich auch gezeigt, dass die Mitgliederversammlungen schwächer besucht waren. Also die Leute, die Angst gehabt haben oder Opportunisten waren, haben vorzeitig die Partei verlassen. Wir haben unser Vereinslokal noch aufrechterhalten bis zum Februar 1934. Aber es war interessant – ich war ja Obmann der Bezirksgruppe Währing, und wir sind ja, glaube ich, monatlich in der Zentrale zu unseren Sitzungen zusammengekommen, und wir haben schon gespürt, was jetzt kommt. Und ich habe gefragt, was wir für Weisungen haben, wie wir die Organisation umstellen sollen, eventuell auf die Illegalität; wir hatten ja keinerlei Erfahrungen. Da ist von oben nichts gekommen.

Es haben sich im Jahre 1933 eine ganze Reihe von innerparteilichen Oppositionsströmungen gebildet, wovon ja die um den Ernst Fischer ja nur die bekannteste ist. Haben Sie zum Beispiel mit diesen Gruppen auch Kontakte gehabt?

Eigentlich, wenn ich ehrlich bin, muss ich sagen, dass ich damals mit diesen Gruppen keinen Kontakt gehabt habe. Ich wusste nur von meinem Freund Ernst Pavelka, dass sein Vater eine kleine Oppositionsgruppe führt in der Partei, aber er hat, meines Wissens, auch nicht mit uns darüber gesprochen.

Wie würden Sie zum Beispiel das politische Profil der Gruppe bezeichnen, in der Sie gewirkt haben im 33er Jahr?

Die Ortsgruppe Währing also. Das war eine Jugendgruppe, wo der Hauptinhalt war die gesellschaftliche und organisatorische Bindung; also das gemeinsame Erleben, sowohl am Vereinsabend wie auch bei Ausflügen, wo sich dann auch Freundschaften gebildet haben. Der politische Einfluss war sicher vorhanden, natürlich differenziert auf jeden einzelnen, gemäß seinen individuellen Anlagen und auch seinen Interessen für Politik. Es waren nicht alle revolutionäre Kämpfer.

Und wie war das zum Beispiel im Schutzbund? Können Sie mir über diese Tätigkeit auch ein bisserl was erzählen im 33er Jahr? Der ist ja da illegalisiert worden Ende März.

Die sind dann noch zusammengekommen, allerdings ohne Uniform. Und wenn man mit einigen Schutzbündlern gesprochen hat – ich kann mich erinnern, da waren zwei, die bei uns im Heim als Arbeiter beschäftigt waren, die dann später zur KP gegangen sind, die waren sehr unzufrieden und kritisch.

Sie selbst waren auch beim Schutzbund?

Nein.

Gut, kommen wir langsam zum Februar 1934. Oder können Sie selber noch Episoden oder Begebenheiten erzählen, die aus der Zeit vorher datieren?

Nein, eigentlich nicht. Da ist nichts Besonderes gewesen. Es war nur damals eine drückende Stimmung, die AZ ist mit immer mehr weißen Flecken erschienen, und man hat das Gefühl gehabt, es wird jetzt ein Schlag erfolgen, es wird etwas Entscheidendes passieren, und es wird nicht so sein wie im März. Das war eine Stimmung, dass eine gewisse ausweglose Situation vorhanden ist.

Sind Sie der Auffassung, dass zum Beispiel in Ihrem Milieu, in dem Sie tätig waren, eine deprimierte oder zumindest resignierte Stimmung eher überwiegend war?

Gut, wir waren damals junge Menschen im Zentralverein der kaufmännischen Angestellten und in der Ortsgruppe. Wir haben wohl die politische Umwelt zur Kenntnis genommen, waren in sie integriert. Aber wir waren junge Menschen, und für uns war, weiß ich, auch wichtig, ob wir nächsten Sonntag wieder einen Ausflug machen können, ob dieses Mädchen dabei ist und so weiter.

Weil Sie gesagt haben – in einem anderen Zusammenhang – Sie haben schon 1930 oder Anfang der 30er Jahre verschiedene trotzkistische Literatur in die Hand bekommen – war das damals stärker ein literarisches Interesse oder doch ein dezidiert politisches?

Es war vor allem ein literarisches, und dann – verbunden mit der Lektüre – natürlich auch ein politisches, weil da bin ich zum ersten Mal mit der Problematik und der Geschichte der Russischen Revolution vertraut gemacht worden; auch darüber, dass es Gegensätze gegeben hat, über die Rolle von Stalin. Aus „Mein Leben“ von Trotzki kann man da ja sehr viel erfahren. Das habe ich damals auch schon gelesen.

Gut, wie haben Sie denn die Februartage erlebt?

Die habe ich insofern erlebt, als ich damals noch im Czartoryski-Schlössel war, obwohl ich damals schon 19 Jahre alt war. Wir waren im Büro, und da ist uns mitgeteilt worden, dass der Strom ausgegangen ist und dass irgendwas in der Stadt los ist, also dass Militär und Polizei aufzieht. Ich weiß nicht, ob das Büro früher geschlossen wurde. Aber ich glaube, wir sind zur normalen Zeit nach Hause gegangen. Ich bin nach Hause gegangen und habe dann gesehen die stehenden Straßenbahnen und dass die Arbeiter und viele Leute auf den Straßen sehr rasch und ängstlich sich nach Hause begeben haben. Ich habe schon im Büro gehört, dass Gefechte in Sandleiten stattfinden sollen. Ich bin dann ins Czartoryski-Schlössel, und da war Totenstille. Es war

kein Treffpunkt vom Schutzbund, nichts. Das war auch für den Fall nicht vorgesehen, und der Bezirksvorsteher und gleichzeitig der Obmann – der Kleppel; die haben damals in Währing noch mit knapper Majorität den Bezirksvorsteher gehabt. Den habe ich gefragt: „Genosse Kleppel, was ist los?“ Ich war ihm sehr verbunden; dass ich im Heim bleiben konnte, habe ich eigentlich ihm zu verdanken. Er hat mich irgendwie gern gehabt. „Genosse Kleppel, was ist denn politisch los?“ – Der Mann war vollkommen zerstört, ist im Haus hin- und hergelaufen und hat praktisch auf seine Verhaftung gewartet. In der Früh haben dann Polizei und Heimwehr das Heim besetzt.

Ich habe nur ein paar Habseligkeiten gehabt. Ich habe da zwei Spinde gehabt, da habe ich einen Organisationskataster gehabt und so weiter, meine politischen Bücher und einen Anzug, den ich mir auf Raten gekauft habe. Also ich muss sagen, bevor die Besetzung vollzogen war, habe ich das Heim verlassen, bin aber nicht in die Arbeit gegangen, bin nach Hause zu meiner Mutter, wo auch meine Schwester gelebt hat. Ich habe dann Verbindung aufgenommen mit Freunden vom Zentralverein. Mit dem Pavelka habe ich auch Kontakt aufgenommen, und da habe ich nur erfahren, dass der Vater weg ist von der Wohnung. Der war ja beim Schutzbund. Der ist nicht nach Hause gekommen in der Nacht, und man weiß nicht, was mit ihm ist. Später habe ich dann erfahren, dass er vier Tage nicht zu Hause war und dann nach Hause kommen wollte und von einer Hauspartei im Gemeindebau verraten worden ist, und dann hat ihn die Polizei geholt. Den haben sie unter anderem auch geschlagen. Aber sie haben ihn dann, glaube ich, nach vier oder fünf Wochen freigelassen.

Den alten Pavelka.

Ja, dem Sohn ist nichts passiert. Der (Vater Pavelka) war angestellt in der Sozialversicherung, der ist dann fristlos entlassen worden. Ich bin nun mit dem Fendl (der war von unserer Gruppe vom Zentralverein) – wir haben gesagt: „Wir müssen doch etwas machen. Was machen wir?“ Ich bin nicht in die Arbeit gegangen. Da hat der Fendl gesagt: „Versuchen wir, nach Floridsdorf zu gelangen. Dort soll der Schutzbund den ganzen Bezirk in der Hand haben.“ Wir haben uns also auf den Weg gemacht. Aber das war, glaube ich, am 2. Februartag – also am 13. Zu Hause habe ich noch gesehen, wie der Karl-Marx-Hof beschossen worden ist. Also von der Universumstraße hat man damals schön rübergesehen auf den Karl-Marx-Hof. Das habe ich dann gesehen. Wir sind also über die Nordbahnbrücke, die damals noch existiert hat. Wir wollten nach Floridsdorf rüber, wir zwei allein. Wir sind aber dann aufgehalten worden durch Sperren; Polizei- und Militärsperre.

Nach dem 3. Tag bin ich dann ins Geschäft gegangen. Die haben dann alle schon wieder brav gearbeitet. Ich habe mich dann müssen beim Chef melden. Ich habe gesagt: „Es war nicht möglich, dass ich gekommen wäre. Ich war im Heim in Währing, und das ist besetzt gewesen, und die haben mich nicht rauslassen.“ Also ich habe dort nicht die Wahrheit gesagt; ich habe auch nicht gesagt, dass ich gestreikt habe. Es hat in unserem Büro niemand gestreikt, ich war der einzige, der diese zwei Tage weg war.

Hat das irgendwelche Folgen für Sie gehabt?

Eigentlich nicht. Gut, ich war ein sehr guter Arbeiter.

Hat man Sie auch nicht verdächtigt sozusagen?

Naja, unsere Chefs waren Sozialdemokraten. Ich weiß nicht, wie die damals zu den Ereignissen eingestellt waren. Ich habe auch im Betrieb keine Agitation entfaltet, ich habe dort meine Arbeit verrichtet; das muss ich ehrlich sagen. Ich habe schon gewusst, welche in meinem Zimmer Sozialdemokraten waren, mit denen man offen reden konnte. Das haben wir immer gemacht, politisiert ist immer worden.

Dieses Heim war ja für Sie von früher Jugend an ein wichtiger sozialer Bezugspunkt. Das ist mit einem Schlag aus gewesen nach dem Februar 1934?

Ja, die Kinder sind dann aufgeteilt worden auf verschiedene Heime der Stadt Wien. Das hat man also zerstört. Mit dem Februar 1934 hat auch das Heim aufgehört zu existieren. Mir haben eigentlich mehr die Kinder dort leidgetan, weil das Heim war ja sehr schön, war ja ein fortschrittliches Heim. Und man hat ja gesehen, das ist wirklich eine Niederlage der Arbeiterbewegung. Nach den ersten Schockwellen hat man verschiedene Kontakte aufgenommen. Der Fendl zum Beispiel, mit dem ich da zu den Februarkämpfen wollte, der ist zur KPÖ gegangen. Ich habe den Kontakt aufgenommen mit meinem Freund, dem Ernstl Pavelka. Sein Vater ist zurückgekommen. Und man hat die erste illegale Literatur bekommen. Es ist dann die erste illegale „Arbeiter-Zeitung“ erschienen, erste illegale Schriften. Also ich kann mich erinnern, sowohl der „Funke“, vom Czernetz herausgegeben, dann natürlich auch die „Rote Fahne“, die Zeitung der KPÖ.

Ich habe dann für die „Rote Hilfe“ im Betrieb gesammelt, habe einen ganz schönen Betrag zusammenbekommen. Es war aber interessant – trotz der Illegalität –, 20 Angestellte von 50 haben – ich wusste beiläufig, zu wem ich gehen musste – ohne weiteres da Geld hergegeben.

Sind Sie damals sozusagen als kommunistischer Sympathisant betrachtet worden?

Das war eine reine Solidaritätsaktion. Die waren die ersten, die da waren, und darum habe ich das gemacht. Das war natürlich ein Pluspunkt für mich bei den Kommunisten; die haben geglaubt, da ist ein neuer Kandidat. Vielleicht wäre ich damals sogar zur KP gegangen. Aber ich war ja in Verbindung mit der Familie Pavelka, und alle meine politischen Schritte habe ich also mit meinem Freund und natürlich auch mit dem alten Pavelka übereingestimmt. Und die waren dagegen, zur KPÖ zu gehen. Die waren eher dafür – es hat ja damals in Österreich schon eine trotzkistische Organisation bestanden –, Leute für diese Organisation zu gewinnen. Ich habe dann versucht, mit der Leitung des Zentralvereins der kaufmännischen Angestellten Verbindung aufzunehmen. Ich bin wirklich in die Wohnung zum Manfred Ackermann gegangen. Er und seine Frau haben mich empfangen, sie wussten, wer ich bin. Ich habe also ein Gespräch geführt und wollte von ihm Direktiven oder Rat, was man in so einer Situation machen kann. Ich war ja Obmann einer Bezirksgruppe. Er hat mir geborgt die Biographie über Karl Marx von Franz Mehring und hat mir nur gesagt, er kann jetzt keine Weisung geben usw. Der Gang war eigentlich ergebnislos. Ich habe dann, als ich vom Ackermann die kalte Schulter gekriegt habe, mit dem Ernstl Pavelka folgendes gemacht: Wir haben einen Teil unserer Mitglieder organisiert, haben mit dem alten Pavelka gesprochen und haben in meiner Wohnung in der Universumstraße mit circa 12 bis 15 Leuten, die in den 2. Stock raufkommen mussten, einen ganzen Nachmittag einen Vortragsabend veranstaltet, wo der alte Pavelka referiert hat über Geschichte

der Arbeiterbewegung, die Internationale und so weiter. Das haben wir gemacht. Wir haben es auch in anderen Wohnungen gemacht. Bei mir in der Wohnung mindestens fünf oder sechs Mal. Es war sehr interessant, gut besucht. Es ist nie was passiert. Das muss doch auch aufgefallen sein, aber es hat nie jemand etwas gesagt. Ich habe immer gesagt, meine jungen Freunde kommen.

Das waren Leute, die Sie aus dem Zentralverein gekannt haben?

Ja, aus dem Zentralverein der kaufmännischen Angestellten. Aber die haben wir schon selektiert. Wir haben dann auch gemeinsame Ausflüge gemacht. Ob wir auch Aktionen gemacht haben? Ja, im Wienerwald – Pickerl hat es gegeben, die haben wir dann auf die Bäume gepickt oder Flugzettel gestreut. Das war dann aber schon Material von der RS, also nicht KP-Material. Das haben wir solange gemacht, bis der alte Pavelka verhaftet worden ist. Der ist dann wieder einmal verhaftet worden.

Im 34er Jahr noch?

Ja, wegen seiner illegalen Tätigkeit. Er ist dann nach Wöllersdorf gekommen. Er ist dann später freigelassen worden und noch einmal verhaftet worden. Da ist er dann zwei Jahre in Wöllersdorf gesessen. Da haben wir dann die Vortragsabende eingestellt. Da hat sich dann auch ein Teil der Leute verlaufen, es ist nur ein Kern übrig geblieben.

Waren das lauter RSler oder Leute, die mit ihren politischen Sympathien eher bei der RS gestanden sind? Oder waren das zum Teil auch trotzkistische Sympathisanten?

Das waren rein Mitglieder der Ortsgruppe, der Jugendgruppe, wo ich Obmann war in Währing. Das war rein beschränkt auf diese Gruppe. Dann haben wir natürlich – über den Pavelka ist Verbindung aufgenommen worden mit dem „Kampfbund“. Der war schon vorher illegal organisiert (und hat) seine illegale Tätigkeit fortgesetzt. Da bin ich dann einmal eingeladen worden an die Alte Donau in so eine Fischerhütte. Da waren circa 30 Arbeiter dort. Da hat der Frey ein Referat gehalten über die Lehren des Februar 1934. Das habe ich mir gut gemerkt. Das ist organisiert gewesen, wie man dorthin kommt, damit nicht alle gleichzeitig kommen und so weiter.

Wann war das circa?

Das war im Frühsommer 1934. Aber ich war nur bei dieser einzigen Zusammenkunft dabei. Ich habe allerdings dann laufend durch den Pavelka das Schulungsmaterial und die Schriften vom Frey bekommen. Dann haben wir einen kleinen Kreis gebildet – nachdem der Pavelka wieder frei gewesen ist – in einer Wohnung in Hernals. Da war auch ein Arbeiter und seine Frau dabei und vier oder fünf Junge vom Zentralverein der kaufmännischen Angestellten. Da haben wir jetzt eine intensive marxistische Schulung unter Anleitung des alten Pavelka gemacht. Also wir haben durchgenommen das „Kommunistische Manifest“, Schriften von Marx, „Lohnarbeit und Kapital“. Da bin ich das erste Mal einer intensiven marxistischen Schulung ausgesetzt gewesen. Aber die war interessant! Da hat auch ein Materialaustausch stattgefunden. Diese Zusammenkünfte haben stattgefunden bis zu meiner Verhaftung und der von meinem Freund im November 1936.

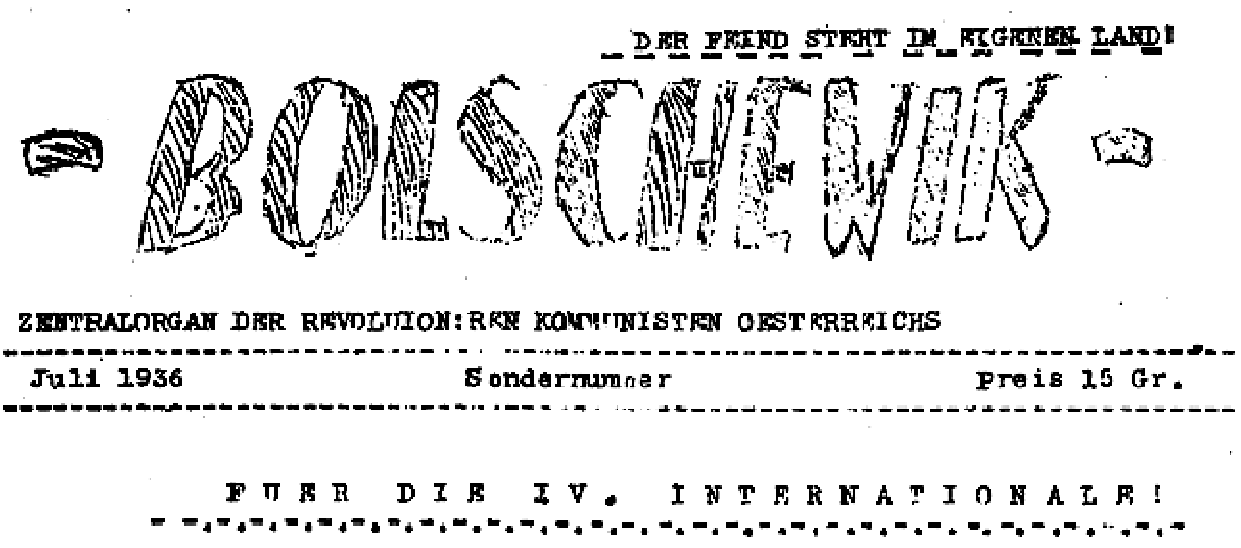
Da haben wir natürlich auch schon das Material bekommen von der IV. Internationale, also die „Bolschewiki-Leninisten“, mit denen hat der alte Pavelka Verbindung ge-

habt und hat, glaube ich, seine Gruppe auch denen angeschlossen. Aber da bin ich nicht so gut informiert; er hat das vor uns immer geheimgehalten. Das ist mir erst später so bewusst geworden, hat mir aber schon damals nicht gefallen: Er hat sozusagen die Verbindung in der Hand gehabt, und wir waren das Fußvolk. Er hat aber immer Differenzen gehabt. Er hat sich als Person betrachtet, als der prädestinierteste, älteste Trotzkist in Österreich, der auch mit Trotzki schon vor 1934 einen Briefwechsel geführt hat. Die Broschüren, die der Trotzki in Bezug zu Österreich herausgegeben hat, sollen angeblich auf seine Initiative geschehen sein. Da hat der Trotzki ihm geschrieben, und er hat dann veranlasst, dass das veröffentlicht wird. Die Führer der „Bolschewiki-Leninisten“, das waren ja ein paar Intellektuelle, mit denen auch der Frey keinen Kontakt haben wollte. Das weiß ich von Leuten, die in der Frey-Gruppe der damaligen Zeit noch waren und die heute noch leben. Die haben mir erklärt, dass der Frey immer die größte Angst gehabt hat, dass die Intellektuellen in seine Gruppe kommen, die eine reine Arbeitergruppe war, revolutionäre Arbeiter zum Teil aus der KP, Betriebsräte; (Intellektuelle,) die ihm dann die Führung streitig machen könnten.

Haben Sie damals eigentlich schon den Georg Scheuer gekannt?

Nein, den habe ich erst 1936 kennengelernt. Der Hindels und der Scheuer haben dann die „Revolutionär-Kommunistische Jugendorganisation“ gebildet und haben dann die illegale Zeitung hektographiert: der „Bolschewik“. Da ist der Scheuer und der Hindels zweimal in meine Wohnung gekommen. Da haben sie dann auch Kontakt mit den „Bolschewiki-Leninisten“ aufgenommen. Ob sie da schon beigetreten sind? Das weiß ich nicht, wie das Verhältnis war. Auf alle Fälle hätte in meiner Wohnung – da ist dann ein Abziehapparat gebracht worden von den „Bolschewiki-Leninisten“, so ein Handabziehapparat. Die Zeitung ist auch ein- oder zweimal bei mir in der Wohnung gedruckt worden. Die Matritzen sind gebracht worden, und das ist hektographiert worden.

Der „Bolschewik“, die Zeitung der RKÖ?



DER FEIND STEHT IM EIGENEN LAND!

BOLSCHEWIK

ZENTRALORGAN DER REVOLUTIONÄREN KOMMUNISTEN OESTERREICHS

Juli 1936 Sondernummer Preis 15 Gr.

FÜR DIE IV. INTERNATIONALE!

Im Oktober 1935 veröffentlichten fünf Arbeiterorganisationen einen "Offenen Brief", der zur neuen, Vierten Kommunistischen Internationale aufruft. Wir Revolutionären Kommunisten Oesterreichs legen diesen historische

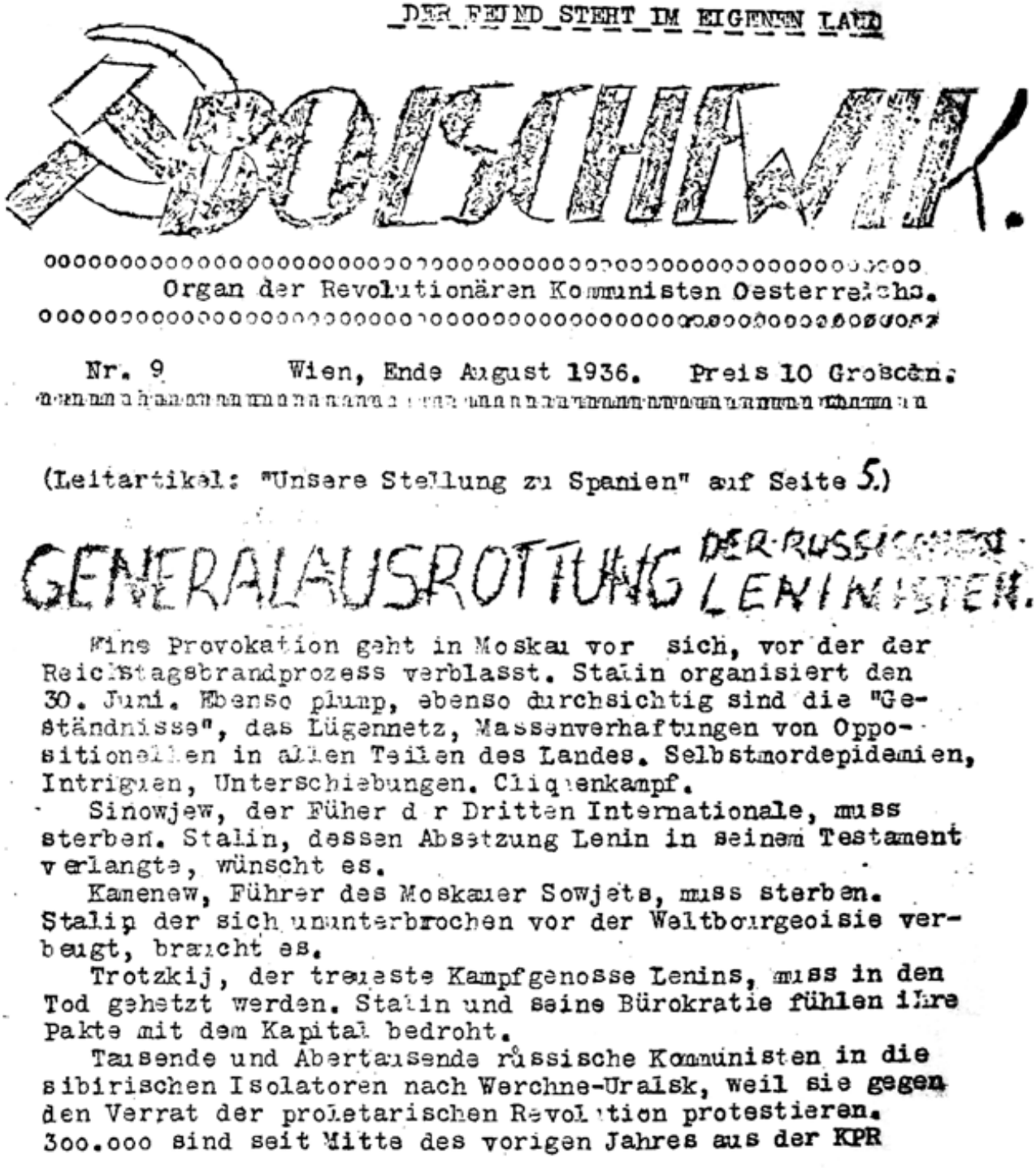
Ja. Da sind der Scheuer und der Hindels auch zu mir gekommen und haben die organisatorischen Details besprochen. Sie haben mich auch gefragt, ob ich einen Artikel schreiben kann. Ich habe damals überhaupt noch nichts geschrieben gehabt. Ich glaube, daraus ist nichts geworden. Dann ist noch folgendes passiert: Da hat es einen Arbeiter gegeben, der arbeitslos war, der die Verbindung aufrechterhalten hat im Auftrag von Pavelka mit den „Bolschewiki-Leninisten“. Der war auch in meiner Wohnung und hat den Abziehapparat gebracht. Da hat man dann vermutet – aber das ist kein Beweis, weil er nicht verhaftet worden ist –, dass er damals für die Polizei gearbeitet hat. Wir haben das damals nicht mehr untersuchen können; ich glaube, er ist frühzeitig gestorben. Weil nur er konnte meine Adresse wissen. Sonst war niemand in meiner Wohnung – oder der Hindels und der Scheuer sind damals schon beschattet worden. Das wäre auch möglich. Aber es spricht für die erste (Annahme), dass ich bei der Polizei beim ersten Verhör nach dem Abziehapparat gefragt worden bin. Und der Abziehapparat ist aber dann vorher wieder abgeholt worden.

War das vielleicht der Vileta?

Ja, der. Also Anfang November um halb sechs Uhr in der Früh hat es bei mir geläutet. Das sind zwei Beamte von der Staatspolizei gewesen, die haben Einlass verlangt, sie wollen mich sprechen.

Das war im November 1936?

Ja, 1936. Und sie sollen mich mitnehmen, ich bin verhaftet. „Wegen was?“, habe ich sofort gesagt. – Das werde ich schon hören. Meine Schwester war zu Hause. Ich habe klugerweise das illegale Material, ziemlich viel, das ich gehabt habe – der Abziehapparat war nicht mehr da, der ist wieder abgeholt worden – hinter das ‚Kastel’ beim Fenster (gesteckt). Sie haben mich dann mitgenommen am Deutschmeisterplatz. Da sind schon Leute gesessen im Vorraum. Da kommt der junge Pavelka auch. Ich habe gleich gesagt: „Ernstl, was machst Du denn da?“ Der hat gleich kapiert, dass ich also aussagen werde, dass ich ihn kenne – rein als Schulkamerad, Zentralverein der kaufmännischen Angestellten. Ich bin dann einvernommen worden von so einem Polizeikommissär, das erste Mal. Der hat aus mir eigentlich nichts herausbringen können. „Ich bin unschuldig, und was wollen Sie von mir?“, das war meine Verteidigungslinie, „den Pavelka kenne ich.“ Ob ich den alten Pavelka auch kenne? Sage ich, „ja, wenn ich dort in der Familie war, war natürlich der Vater auch da. Aber ich habe mit ihm nicht viel geredet“ und so weiter. Ich bin dann noch zweimal verhört worden; einmal haben sie mich in der Nacht geholt, bin ich geschlagen worden. Für mich war das unangenehm. Ich war in einer Gemeinschaftszelle – Wanzen. Und zu mir haben sie lauter Kriminelle reingegeben. Das war ja der erste Kontakt in meinem Leben mit Zuhältern, Einbrechern, Kriminellen. Ich bin dann überraschend am 3. Dezember, an meinem Geburtstag, freigelassen worden – wie auch der Ernst Pavelka. Allerdings mit einem Polizeibescheid – zu drei Monaten Wöllersdorf wegen verbotener illegaler Tätigkeit für die kommunistisch-trotzkistische Organisation der „Leninisten-Bolschewiki“. Ich habe meinen Bescheid dann während der Nazizeit verbrannt.



DER FEIND STEHT IM EIGENEN LAND

BOLSCHEWIK.

Organ der Revolutionären Kommunisten Oesterreichs.

Nr. 9 Wien, Ende August 1936. Preis 10 Groschen.

(Leitartikel: "Unsere Stellung zu Spanien" auf Seite 5.)

GENERALAUSROTTUNG DER RUSSISCHEN LENINISTEN.

Eine Provokation geht in Moskau vor sich, vor der der Reichstagsbrandprozess verblasst. Stalin organisiert den 30. Juni. Ebenso plump, ebenso durchsichtig sind die "Geständnisse", das Lügennetz, Massenverhaftungen von Oppositionellen in allen Teilen des Landes. Selbstmordepidemien, Intriguen, Unterschiebungen. Cliquenkampf.

Sinowjew, der Führer der Dritten Internationale, muss sterben. Stalin, dessen Absetzung Lenin in seinem Testament verlangte, wünscht es.

Kamenew, Führer des Moskauer Sowjets, muss sterben. Stalin der sich ununterbrochen vor der Weltbourgeoisie verbeugt, braucht es.

Trotzkij, der treueste Kampfgenosse Lenins, muss in den Tod gehetzt werden. Stalin und seine Bürokratie fühlen ihre Pakte mit dem Kapital bedroht.

Tausende und Abertausende russische Kommunisten in die sibirischen Isolatoren nach Werchne-Uralsk, weil sie gegen den Verrat der proletarischen Revolution protestieren. 300.000 sind seit Mitte des vorigen Jahres aus der KPR

Ich bin also fristlos entlassen worden von der Firma Schier & Munsch. Ich habe noch während meiner Verhaftung die fristlose Entlassung bekommen. Da ist dann auch das Merkwürdige passiert: Ich bin aber dann trotzdem zur Firma gegangen, ich wollte meine Papiere haben. Ich soll ins Chefzimmer reinkommen. Da war der Herr Schier da, der Herr Munsch, glaube ich, nicht. Und der brüllt mich an: „Ich will keine Kommunisten!“ Ich habe aber den klugen Einfall gehabt – ich wusste, er ist Sozialdemokrat, also war es zumindest. Ich habe gesagt: „Schauen Sie, Herr Schier, was ich bin, ich sage Ihnen das jetzt ehrlich: Ich bin in einer sozialistischen Familie aufgewachsen. Ich war bei den Kinderfreunden, bei sozialistischen Jugendorganisationen. Ich bin als Sozialist erzogen worden. Über meine Arbeit in der Firma haben Sie sich nie beschweren können, und ich habe in der Firma auch keine politische Tätigkeit gemacht.

Das habe ich in meinem Privatleben gemacht. Und wenn ich da jetzt verhaftet worden bin, ich muss heute auch meine Schwester erhalten, meine Mutter ist gestorben. Das ist meine persönliche Situation.“ Und das dürfte bei ihm einen Stimmungsumschwung herbeigeführt haben, er hat erklärt, er nimmt die Entlassung zurück. Und er hat mir 40 Schilling Lohnerhöhung gegeben. Er hat von mir nur eines verlangt – das will ich auch nicht verschweigen: Er will sich sichern, er verlangt von mir, dass ich der „Vaterländischen Front“ beitrete. Bitte, ich habe das gemacht. Damit war eigentlich für mich nur das eine (verbunden), dass ich dorthin gegangen bin, mich angemeldet habe, eine Mitgliedskarte gekriegt habe und einen Beitrag habe zahlen müssen. Bitte, man könnte sagen: „Das hättest Du nicht machen dürfen.“ Ich habe das in der Situation gemacht. Ich habe aber dadurch meine politische Tätigkeit auch weiterhin fortgesetzt.

Sie sind ja relativ bald – also verglichen mit den anderen – herausgekommen. Haben Sie nachher Kontakt gehabt mit dem Vileta? Oder haben Sie gewusst, was der macht? Hat sich der weiter politisch betätigt?

Nein, wir haben uns von dem ferngehalten. Der alte Pavelka ist ja damals schon gesessen. Ich habe also nur Kontakt mit seinem Sohn gehabt. Wir haben damals – gemeinsam besprochen – eben eine Quarantänefrist eingelegt. Wir haben einige Monate nichts gemacht; weil wir wussten ja nicht, ob wir beobachtet werden und so weiter. Ich habe aber mit der Familie Pavelka den Kontakt weiter aufrecht erhalten, auch politisch. Die ersten Monate haben wir gar nichts gemacht, dann haben wir mit ein paar Leuten in der Wohnung in Hernals, wo wir den marxistischen Einführungskurs gemacht haben mit dem alten Pavelka, mit denen haben wir ziemlich bald Kontakt aufgenommen. Und wir haben uns dann praktisch beschränkt auf Literaturvertrieb im engeren Kreis. Das haben wir faktisch gemacht bis zum März 1938.

Ich möchte gerne auf die Zeit Ihrer Verhaftung noch zurückkommen. Im Sommer, im August 1936, war ja der erste Moskauer Schauprozess. Und es ist damals schon in sämtlichen Komintern-Sektionen, darunter auch in der österreichischen KP, ein Vernichtungskampf gegen den Trotzkismus – oder was man darunter verstanden hat – eröffnet worden. Wie war denn das zum Beispiel im 36er Jahr in Österreich in der Illegalität? Können Sie mir darüber vielleicht etwas erzählen? Oder hat man überhaupt versucht, jeden Kontakt mit KPlern zu vermeiden? Oder hat es irgendwelche Beziehungen gegeben?

Gut, damals sind wir auch baden gefahren in die Lobau. Da waren ja die verschiedenen illegalen Gruppen, die Diskussionen. Ich kann mich erinnern auch an solche Kontaktnahmen und Diskussionen. Wir sind aber dort, glaube ich, nicht offen als Trotzkisten aufgetreten. Bitte, ich persönlich – wir haben ja gewusst, dass die Moskauer Prozesse unserer Meinung nach eine Fälschung, ein Schwindel, eine Verleumdung sind. Wenn man die Schriften von Trotzki gekannt hat, und auch das, was er dann noch später geschrieben hat. Wir haben auch in der Illegalität seine Bulletins zu russischen Fragen gelesen. Wir haben also genau gewusst, dass der Standpunkt von Trotzki kein konterrevolutionärer Standpunkt ist. Aber bitte, ich habe damals zu dieser Zeit, außer mit dem Fendl, keinen Kontakt zu KPlern gehabt. Mit dem Fendl konnte man diskutieren, der war also kein dogmatischer KPler.

Mich würde noch die Zeit der Verhaftung interessieren: Wie lange waren Sie denn da inhaftiert?

Knappe fünf Wochen, auf der Elisabethpromenade in Untersuchungshaft.

Wie waren denn die Haftbedingungen?

Die Haftbedingungen waren natürlich der damaligen Zeit (entsprechend) miserabel.

Sie sind ja nachher nach *Wöllersdorf gekommen?*

Nein, wir sind ja auf Bewährung freigelassen worden. Ich glaube, das ist deshalb gewesen, weil sie faktisch keine Beweise gehabt haben, weder bei meinem Freund, beim Sohn vom Pavelka – sie haben uns zwar nach dem Vater gefragt – noch bei mir. Sie haben also nur diese Polizeistrafe verhängen können. Und vielleicht haben sie gedacht, das sind junge Menschen, wenn wir die nach Wöllersdorf schicken, werden die noch mehr politisch – was sicher der Fall gewesen wäre.

(Der Pavelka hat) nach dem Krieg in der Einschätzung der Sowjetunion, des Klassencharakters der Sowjetunion, Positionen vertreten, die eher die Staatskapitalismuskonzeption beinhaltet haben?

Das war eines seiner wichtigsten Themen. Dafür hat er einen Großteil seiner Schriften verwendet. Und er hat auch versucht, das theoretisch zu begründen. Er ist der Meinung gewesen, dass die Sowjetunion ein staatskapitalistischer Staat ist, und daraus ergeben sich natürlich auch gewisse politische Konsequenzen. Bei dieser Frage war es sehr schwer, ihm zu widersprechen. Hier hat er sich gestützt auf Marx-Zitate und so weiter, eine empirische Erfahrung.

Im 37er Jahr haben Sie sich dann aktiv politisch nicht mehr betätigt, sondern halt in einem kleinen Kreis von Freunden diskutiert?

Ja, diskutiert, Literaturaustausch. Wie dann klar geworden ist, dass die faschistische Gefahr für Österreich durch Hitler-Deutschland akut wird, haben wir uns auch überlegt, was wir dagegen tun können. Wir haben ein Flugblatt entworfen in den Märztagen. So wie die RS den Standpunkt vertreten hat, „Ja“ bei der Volksabstimmung, aber gewisse Bedingungen gestellt hat; Wiederherstellung der Rechte der Arbeiterorganisationen, der Gewerkschaften, der politischen Propaganda, Aufhebung der Ausnahmebestimmungen, Polizeimaßnahmen. Unter diesen Voraussetzungen also bei der Volksabstimmung für „Ja“ zu stimmen. Diese Flugblätter haben wir gedruckt – ich glaube, zwei-, dreitausend Stück, hektographiert. Das ist bei mir in der Wohnung geschehen. Ich habe dann wieder einen Abziehapparat gehabt. Die haben wir dann verteilt am 11. März bei Zusammenkünften. Und zwar hat eine Zusammenkunft stattgefunden im Hof des Czartoryski-Schlössels, wo früher der Schutzbund immer war. Da haben sich einige hundert ehemalige sozialistische Parteimitglieder und Schutzbündler versammelt. Dort hat der Pavelka und Freunde von ihm das verteilt. Ich habe den Auftrag gekriegt, ich bin in der Volkshochschule in die Brigittenau, in die Jägerstraße gegangen. Dort habe ich einen Französisch-Kurs schon seit längerer Zeit besucht. Und ich habe so einen Pack Flugblätter mitgehabt und habe den, wie wir die Schule verlassen haben – da war ja dann schon bekannt, dass die Nazis demonstrieren in der Innenstadt. Ich habe dort die Flugblätter verteilt, und da haben mir Kursteilnehmer gesagt: „Das ist schon überholt. Es ist aussichtslos, die Nazis sind

schon im Begriff, die Macht zu übernehmen." Ich bin dann nach Hause gegangen mit dem Rest der Flugblätter, zu Hause waren dann noch circa 1.000 Stück. Da haben wir dann Radio gehört und schon gehört, dass die Nazis demonstrieren und was also alles passiert. Da haben wir dann gewusst, dass also faktisch alles schon zu spät ist. Dann habe ich mit meinem Nachbarn, die Nacht hindurch, in unseren kleinen Öfen haben wir die restlichen Flugblätter verbrannt. Man hat natürlich eine gewisse Angst gehabt, dass vielleicht SAler kommen und einen verhaften. Es ist aber nichts passiert. Das habe ich übrigens auch gemacht, wie ich verhaftet worden bin – der Nachbar war beim „Kampfbund". Mit meiner Schwester – das habe ich vorher schon gesagt – hat der Nachbar alles weggeschafft oder vernichtet. Weil es war ja die Gefahr, dass noch einmal eine Hausdurchsuchung erfolgt. Mir ist dann passiert – das war noch vor der Volksabstimmung – da bin ich vom Büro heimgegangen. Am Wallensteinplatz waren tausende Leute versammelt, hat der Göring gesprochen. Da tritt einer dazu und sagt: „Du Judenbua, du warst auch bei den Kommunistendemonstrationen, komm her, gleich nehmen wir dich fest." Und ich habe gesagt: „Was wollen Sie von mir, lassen Sie mich in Ruhe." Und ich bin gleich weg von dort. Also die haben sich die Leute gemerkt von zwei, drei Demonstrationen.

Zu dem Flugblatt hätte ich noch eine Frage: War das so eine spontane Initiative von dem Pavelka, oder ist das im Namen einer Gruppe erschienen? Ist das Flugblatt erhalten geblieben?

Nein, ist nicht erhalten geblieben. Bitte, ich glaube, das ist auf Initiative unserer Gruppe erschienen, im Rahmen der allgemeinen Situation damals: Jetzt müssen wir was tun, jetzt kann die Arbeiterklasse noch eingreifen, die letzte Möglichkeit usw.

Wen meinen Sie jetzt konkret mit Gruppe?

Naja, das ist der Freundeskreis: also der Pavelka, ich, dann ein Ehepaar und zwei, drei Junge. Ich glaube nicht, dass das im Namen der Organisation erschienen ist.

Haben Sie eigentlich in der Zeit, also Februar, März 1938, als die Arbeiterschaft, die Arbeiterbewegung, in so einem halblegalen Zustand sich befunden hat, damit gerechnet, dass man dem drohenden Einmarsch der Deutschen ernsthaft was entgegensetzen kann? Oder waren diese Aktionen eigentlich rein demonstrativer Natur?

Nein, man hat wirklich geglaubt. Es war eine gewisse Aufbruchsstimmung: In einer schweren Krise, wenn das Regime sich selbst retten will, auch unter veränderten Bedingungen – dann muss es die Arbeiterschaft zu Hilfe rufen; das ist also eine Chance, dass die Arbeiterbewegung wieder ihre Organisation bekommt. Das war, glaube ich, politisch real.

Haben Sie damals zum Beispiel auch Kontakte mit den früheren Genossen, die verhaftet worden sind und die ja alle im Februar 1938 amnestiert worden sind, gehabt? Oder haben Sie die nicht mehr getroffen? Also den Scheuer zum Beispiel?

Nein, wir wussten gar nicht, wo wir die treffen könnten. Wir wussten nicht einmal, dass die amnestiert worden sind. Das wusste man eigentlich nicht. Das ist alles so rasch damals gegangen.

Wie war denn zum Beispiel in den Märztagen 1938 die Atmosphäre in dem Haus, in dem Sie gewohnt haben – in der Universumstraße?

Meine Schwester hat mir erzählt – die war als Hilfsarbeiterin bei der Firma Kremenitzky, große Glühlampenfabrik in Zwischenbrücken – wie sie am Abend nach Hause gekommen ist, dass die Arbeiter oder Arbeiterinnen geweint haben, wie sie vernommen haben, dass die Nazis die Macht übernommen haben, dass also eine äußerst gedrückte Stimmung war. Das ist als neuerliche Niederlage empfunden worden. Im Haus haben wir nur eine Partei gehabt, wo er einmal bei der Heimwehr war. Und interessanterweise, wie die Nazis an die Macht gekommen sind, ist der auf einmal in der SA-Uniform aufgetaucht.

Ich hätte dann noch eine Frage, die so auf die Jahre 1935/36 zurückgeht. Es ist eher so eine innertrotzkistische Frage, die aber in vielen Sektionen der 4. Internationale beziehungsweise damals der Bewegung für die Internationale beziehungsweise „IKL" eine Rolle gespielt hat: nämlich die „Entrismus"-Taktik, basierend auf der sogenannten „französischen Wendung", die ja schon in den Jahren 1934/35/36 und später in einer ganzen Reihe von Ländern praktiziert worden ist. Wie war denn das in Österreich zum Beispiel? Also der Frey war ja ein entschiedener Gegner der „Entrismus"-Taktik. Bei den „Bolschewiki-Leninisten" war das ja, glaube ich, etwas anders. Kannst Du Dich an das noch erinnern, wie die Diskussionen geführt worden sind?

Ja, die „Bolschewiki-Leninisten" haben natürlich die „Entrismus"-Taktik vertreten, waren aber meiner Meinung nach zu schwach, um sie wirklich in die Praxis umzusetzen. Sie haben das vor allem dann in der KP gemacht – nach 1945. Und zwar weniger in der SP oder in der RS. Der Pavelka selbst hat Verbindungen gehabt mit den „Revolutionären Sozialisten". Er hat vor allem die Möglichkeit gehabt, im Anhaltelager Wöllersdorf diese Verbindungen aufrechtzuerhalten. Aber wir als kleine Gruppe um den Pavelka haben eigentlich die „Entrismus"-Taktik nicht praktisch verfolgt, denn da hätten wir ja müssen zu den „Revolutionären Sozialisten" gehen. Und diese Frage ist eigentlich nie konkret bei uns gestellt worden.

Also hat es auch keine individuellen Eintritte gegeben, aus fraktionellen Gründen?

Nein, eigentlich nicht. Wir haben mehr diese unabhängige Arbeit gemacht. (Für einen Entrismus) waren die Organisationen viel zu klein. Bitte, wir haben erwogen die Frey-Gruppe schon 1934, aber ich glaube nicht im Sinn der „Entrismus"-Taktik, sondern praktisch, weil sie diesen autonomen Schutzbund aufgebaut haben, der ja relativ einen gewissen territorialen Erfolg gehabt hat, mit diesen Schutzbündlern. Aber diese Gruppe ist dann in die Frey-Organisation überführt worden, und der „Autonome Schutzbund" hat sich ja dann irgendwie aufgelöst.

Welche persönlichen, welche politischen Perspektiven hat denn dieser kleine Zirkel oder Freundeskreis gehabt, nachdem sich abgezeichnet hat, dass trotz aller Versuche in den letzten Wochen vor der Okkupation Österreichs, dieser nationalsozialistischen Welle Einhalt zu gebieten, dass das erfolglos bleibt – bzw. konkret, nachdem die Nazis einmarschiert sind?

Wir haben aus Sicherheitsgründen dann wohl noch die persönlichen Kontakte aufrecht erhalten, aber vorläufig jede politische Tätigkeit eingestellt. Unterdessen war natürlich die Machtergreifung der Nazis ein gewisser Schock – das war sichtbar. Man hat natürlich auch von Verhaftungen gehört, hat natürlich auch damit gerechnet, dass

man selbst verhaftet wird. Weil ja bei der Staatspolizei schon die Akten gelegen sind, weil wir waren ja selbst schon unter der Schuschnigg-Zeit verhaftet. Was die Familie Pavelka vor allem betrifft, hat sie große persönliche Sorgen gehabt, weil die Frau und die ganze Verwandtschaft waren Juden. Und man wusste ja nicht, was jetzt folgen wird.

Was ist denn zum Beispiel mit dem Material geschehen, mit dem Archiv? Hat man das versteckt oder verbrannt? Oder hat man das in Sicherheit gebracht?

Na, mein Archiv ist ja schon nach meiner Verhaftung praktisch in Sicherheit gebracht worden. Den Auftrag habe ich noch meiner Schwester gegeben. Mit dem Nachbarn – einem gewissen Karl Filgas, der Mitglied des „Kampfbundes" war, mit dem ich auch Kontakt gehabt habe – hat meine Schwester sofort nach meiner Verhaftung das Material in Sicherheit gebracht, beziehungsweise er hat das gemacht. Der Filgas ist in Russland gefallen. Das war ein Metallarbeiter, in meinem Alter, ein paar Jahre älter. Der war aktives Mitglied beim „Kampfbund". Da haben wir also einen direkten Materialaustausch gehabt.

Mit der Machtergreifung der Nazis haben wir eigentlich alles illegale Material, was wir noch gehabt haben, entweder in Sicherheit gebracht oder vernichtet. Weil man rechnen musste mit Verhaftungen. Ich habe auch erwogen – wenn ich meine Schwester nicht gehabt hätte – zu emigrieren.

Hat sich an Deiner beruflichen Situation irgendwas geändert?

Eigentlich nicht. Man hat weiter vorsichtig im Betrieb mit zwei, drei Leuten versucht, über die Lage zu sprechen; also mit alten Sozialdemokraten. Aber alle sind irgendwie unter einer Schockeinwirkung gestanden, aber sind nicht Nationalsozialisten geworden. Also sie haben das als Niederlage empfunden.

Innerlich nicht oder auch nach außen hin nicht?

Innerlich und auch nach außen hat sich das gezeigt. Wir haben natürlich einen gehabt im Betrieb, einen Nazi, der dann sofort Betriebsführer geworden ist. Wir sind dann vergattert worden mit den Chefs – das war ja dann die „Nationalsozialistische Deutsche Arbeitsfront". Am 1. Mai haben die Nazis dann schon die offizielle Maikundgebung gemacht. Und da ist mitgeteilt worden, dass wir uns um – weiß ich – 8 Uhr beim Betrieb einzufinden haben und geschlossen zu der Maikundgebung marschieren müssen. Das war am Karl-Lueger-Platz, da wäre unser (Ziel) gewesen. Und ich habe verschlafen und bin also nicht zu dem Treffpunkt gekommen. Ich bin dann später zum Lueger-Platz gekommen. Also man hat sich eigentlich, muss ich sagen, nicht getraut, daran nicht teilzunehmen. Das muss ich ehrlich sagen. Vor allem dadurch, dass ich schon verhaftet gewesen bin.

War da ein so starker psychologischer Druck dahinter, den man selbst sozusagen aufgenommen hat, oder hat es sozusagen auch so eine Art Schlepper gegeben, die kontrolliert haben, ob man tatsächlich hingeht?

Nun gut, in unserem Betrieb wäre das sicher aufgefallen, wenn der oder der nicht teilgenommen haben. Und ich habe in der damaligen Situation teilgenommen – passiv, vollkommen passiv, aber ich habe teilgenommen.

Gut, vielleicht kannst Du mir über die politische Stimmung, über die persönliche und politische Atmosphäre in dem Haus – das man da vielleicht so als kleinen Mikrokosmos eher im Auge gehabt hat – im März 1938 oder nah dem März '38 schildern.

Man hat gewusst, dass mit den Nazis auch ein Terror verbunden ist, eine Terrorherrschaft. Und man hat sich innerlich auf sich selbst, auf die Familie, zurückgezogen. Während das natürlich bei den Nationalsozialisten jetzt anders war. Vielleicht hat ein Teil auch gewisse Hoffnungen gehabt, dass es jetzt vielleicht zu einer Besserung der Lebensverhältnisse kommt, wenn er arbeitslos war, dass vielleicht jetzt doch die versprochene Arbeit kommt.

Wann hast Du denn (eigentlich) Deine Frau kennengelernt?

Meine Frau habe ich kennengelernt im Jahre 1945 im Rahmen der IKÖ – „Internationale Kommunisten Österreichs". Wir haben dann gemeinsam „entristisch" in der Sozialistischen Jugend gearbeitet, auf Beschluss der Organisation. Und wir haben im Jahre 1949, nachdem wir ein Jahr ein Verhältnis gehabt haben, geheiratet.

War Deine Frau schon während des Krieges politisch tätig?

Nein, die hat eine ganz eigenartige politische Entwicklung gehabt. Die war bei der Postsparkasse angestellt. Sie hat dort eine Kollegin kennengelernt, die sehr religiös, katholisch war. Und meine Frau war ja konfessionslos, von der Familie her. Und die hat sie zum Katholizismus überzeugt. Dann ist sie aber durch eine Kollegin, die Verbindung gehabt hat zu der IKÖ, geworben worden. Und dann nach 1945 ist sie in diesen Kreis eingetreten. Dann ist sie auch wieder konfessionslos geworden. Die politische Propaganda und Schulung und so weiter. Wir haben dann geheiratet, schon konfessionslos. Ich bin aber auch erst vor meiner Heirat aus der Kirche ausgetreten, was einen Schock bei meinen Eltern verursacht hat. Die wollten gar nicht zur Hochzeit am Standesamt kommen. Sie sind dann aber doch gekommen.

Waren die so – ?

Die Stiefmutter, also die 2. Frau meines Vaters, war zwar Sozialdemokratin, und dann auch nach 1945 Betriebsrätin, aber die Stiefmutter war wirklich sehr religiös, wirklich ernsthaft religiös. Interessant ist noch, nach 1945 hat meine Stiefmutter – sie war dann wieder in der Sozialversicherung Gruppenleiterin, in der Arbeiterversicherung – die „Volksstimme" abonniert gehabt, das „Volksblatt" und die AZ. Ich habe immer alle drei gelesen und habe gewusst, ich muss sie mir nicht kaufen. Ich glaube, wahrscheinlich war im Betrieb die Situation so, dass alles noch unentschieden war bis zu den Novemberwahlen ...

Der Karl Mark aus Döbling zum Beispiel hat im 45er Jahr – das hat er in einem Interview selbst erzählt – als Bezirksbürgermeister alle drei Parteien gegründet, auch die kommunistische.

Auch der alte Pavelka – dem haben die Russen zuerst angetragen die Bezirksbürgermeisterstelle in Währing. Er hat aber abgelehnt. Aber er hat einen seiner persönlichsten Freunde – auch einen Sozialdemokraten, den Biringer, vorgeschlagen. Und der war dann bis zu den Wahlen im November 1945 Bezirksbürgermeister von Währing. Der war aber schon damals bei der Kommunistischen Partei.

Hat man (Pavelkas) trotzkistische Vergangenheit nicht gekannt?

Offensichtlich nicht.

(Zurück zur Zeit vor 1945) Wie war denn das zum Beispiel bei der sogenannten „Reichskristallnacht“ im November 1938, als diese antijüdischen Pogrome waren?

Ja, das habe ich bewusst erlebt. Vor allem im Betrieb haben wir einen jungen SA-Mann gehabt, der sich aktiv daran beteiligt hat, dann im Betrieb davon erzählt hat und auch sich bereichert hat bei den Beschlagnahmungen von den Juden. Ich weiß nur nicht, was mit ihm geschehen ist. Ob der nicht doch irgendwie in ein Verfahren hineingezogen worden ist. Aber der hat sich aktiv beteiligt. Wir waren damals furchtbar erschrocken und haben das innerlich abgelehnt. Aber es wurde praktisch den Juden keine Hilfe geleistet. Der Pavelka war vor allem besorgt um seine Frau und um seine Verwandtschaft.

Ist denen damals etwas geschehen?

In der Reichskristallnacht? Ich glaube nicht. Die waren Sozialdemokraten und waren also keine Tempelgeher, glaube ich. Nur hat dann ein kleiner Teil der Verwandtschaft versucht, auszureisen. Der eine war Zuckerbäcker, der ist nach Shanghai mit seiner Familie. Der ist nach 1945 zurückgekommen, der Onkel Teddy war das, wie sie gesagt haben. Eine Schwester von der Frau Pavelka hat als U-Boot in der Leopoldstadt gelebt. Ist aber dann entdeckt worden und ist in Theresienstadt umgekommen.

Gut, vielleicht kommen wir jetzt zum Kriegsbeginn. Der erste Schock war im Herbst 1938, die Sudetenkrise. Man hat diese politischen Ereignisse sehr aufmerksam verfolgt und hat damals schon befürchtet, dass eventuell ein Krieg ausbrechen wird. Es war unter der Bevölkerung – soweit ich das beurteilen konnte, bei mir im Büro und so weiter – keinerlei Kriegsbegeisterung vorhanden, und man hat eigentlich gefürchtet, dass der Krieg jetzt schon ausbrechen wird. Ich bin dann nach der Sudetenkrise, schon Anfang Dezember, als Wehrpflichtiger zur Stellung befohlen worden und bin Anfang Dezember beim IR 134, ehemals Deutschmeisterregiment Nr. 4, in Strebersdorf, bei der 14. Kompanie, Panzerabwehrkompanie, eingezogen worden. Persönlich muss ich sagen – ich wusste, dass ich das nicht verhindern kann – habe ich folgenden Standpunkt vertreten – auch der Sohn vom Pavelka ist eingezogen worden. Er ist zur Luftwaffe eingezogen worden nach Bremen. Wir haben gesagt, dass wir, wo wir jetzt immer im Büro waren, sicher im Rahmen des Dritten Reiches zu einer anderen Tätigkeit herangezogen werden. Wir werden aber auf alle Fälle das Waffenhandwerk erlernen. Und aufgrund meiner politischen Erziehung wusste ich schon – Lenin hat das auch immer wieder –

„Wenn man Dir ein Gewehr gibt, nimm es!“

Ja, dass also die Erlernung des Waffenhandwerks, wenn auch für die Vorbereitung eines Krieges, später einmal, im Fall, dass es zu einer Revolution kommt – das war ja immer unsere Perspektive; wir haben ja nicht an das „Tausendjährige Reich“ geglaubt.

Nach der Grundausbildung und nachdem wir ein- oder zweimal Scharfschießen gehabt haben, sind wir gleich dann herangezogen worden, wie der Einmarsch im Frühjahr 1939 war, in der Resttschechoslowakei. Wir sind da an die Grenze, motorisiert, nach Lundenburg beordert worden und sind in den frühen Morgenstunden in die

Tschechoslowakei einmarschiert. Es hat dort keine Begeisterung mehr gegeben, die Sudetendeutschenrandgebiete waren ja schon angegliedert an Deutschland. Wir haben oft Halt gemacht, wir haben gesehen, die tschechische Bevölkerung entsetzt, (hat) geweint und so weiter. Wir sind dann nach Mährisch-Olmütz. Dort waren wir vier Wochen. Dort sind dann die ganzen tschechischen Waffenbestände in einem großen Turnsaal gesammelt worden; meistens Eigenproduktion oder französischer Herkunft. Ich bin dann ein paarmal illegal nach Zlin gefahren. Ich habe mir die Stadt wollen anschauen, ohne dass ich Erlaubnis gehabt habe. Und sonst – Kontakt mit der Zivilbevölkerung habe ich dort keinen gehabt. Das ist mein Eindruck vom Einmarsch gewesen. Dann hätten wir – weil ich war Jahrgang ‘14 – im August 1939 abrüsten sollen. Wir haben schon Belehrungen gehabt. Ich hätte nur ein Jahr dienen müssen und wäre wieder ins Privatleben, in meinen Beruf zurückgekehrt. Und da hat sich die „Polenkrise“, die Verschärfung, abgezeichnet.

Hast Du während der Zeit, also zum Beispiel bei der Besetzung der Resttschechoslowakei im März 1939, irgendwelche politischen Gespräche führen können mit vereinzelten Wehrmachtssoldaten? Oder hast Du da überhaupt keine Kontakte gehabt?

Ich habe rein persönliche Kontakte gehabt. Aber zu der damaligen Zeit habe ich keine irgendwie (politischen Gespräche geführt). Ich war mir irgendwie bewusst, wie die Situation ist. Wir mussten dann, wie wir eingerückt sind, jeder einen Lebenslauf schreiben. Ich habe auch einen Lebenslauf geschrieben. Das war natürlich nicht ganz ehrlich, ich habe meine Verhaftung verschwiegen. Aber das haben die schon gewusst. Das habe ich dann im 44er Jahr gesehen, dass das Leumundszeugnis dabei war bei den Akten. Es gibt noch knapp vor Beginn des Weltkrieges etwas, was ich erzählen muss, was also sehr interessant ist, weil sich das nur in unserer Gruppe abgespielt hat. Fünf Tage vor Beginn des Zweiten Weltkriegs sind wir mobilisiert worden, feldmarschmäßig, und sind motorisiert, das ganze Regiment, an die tschechisch-polnische Grenze bei Mährisch-Ostrau geschickt worden. Wir mussten dort gefechtsmäßig Stellung an der Ostrava beziehen. Mährisch-Ostrau ist ein hochindustrialisierter Ort mit Kohlenbergbau und so weiter. Ich war damals sehr bemüht, durch Lesen der offiziellen Nazipresse Klarheit zu bekommen über die Ereignisse. Ich war sehr erschrocken über das Deutsch-Russische Abkommen. Ich konnte mir das nicht erklären. Ich konnte noch in Wien mit Pavelka darüber sprechen. Man hat versucht, das zu analysieren; und zwar in dem Sinne, dass also von seiten des Stalinismus das ein Versuch ist, sich aus dem kommenden Krieg herauszuhalten. Andererseits war man sich im Klaren, dass das also faktisch einer Ablehnung des westlichen Bündnisses entspricht und für die Arbeiterbewegung die Konstellation auf keinen Fall günstig ist. Man hat das als Teil der stalinistischen Schaukelpolitik gesehen; mit den damaligen Informationen, die man zur Hand hatte – und als einen Triumph Hitlers hat man es erkannt; und dass das irgendwie zum Krieg führen wird. Ich habe also in Mährisch-Ostrau – ich war völlig isoliert. Es haben mich, glaube ich, zwei, drei Kameraden gefragt, wie ich die Situation einschätze, weil ich ja doch irgendwie politisch bekannt war.

Nachdem der Pakt abgeschlossen worden ist?

Ja, nachdem der Pakt abgeschlossen wurde. Und ich habe also immer gesagt, meiner Meinung nach, wenn Polen nicht nachgibt oder kapituliert, wird also der Krieg un-

vermeidlich sein. Ich für mich selbst, nachdem wir am 1. September nicht in der ersten Linie in Polen einmarschiert sind und ich gleich dann am Vormittag den ersten getöteten polnischen Soldaten gesehen habe, da habe ich für mich selbst die Analyse gemacht, und ich war mir klar, dass das der Beginn des Weltkrieges ist und dass das eine langandauernde Auseinandersetzung wird.

Wie war denn die Stimmung unter den Soldaten, mit denen Du Kontakt gehabt hast im September 1939?

Da muss ich noch eines sagen, das ist sehr wichtig: Also wir haben den Befehl bekommen zur Mobilisierung ... Nachmittag, Hektik, Packen und so weiter in unserer Stube. Wir waren circa 10, 12 Soldaten, alle gleich ausgebildet, und ein Unteroffizier aus dem österreichischen Bundesheer, der Womastek. Den Namen habe ich mir sehr gut gemerkt. Und es hat eine Diskussion begonnen, die der Womastek angezettelt hat, dass also jetzt der Krieg kommt und dass das eine Gefährdung unseres Lebens bedeutet; wir sind Soldaten und so weiter; und warum kommt der Krieg, „haben wir das notwendig gehabt?“ und so weiter. Ich, vom Womastek angeführt, ich habe nie vorher gewusst, dass der so etwas einmal machen würde, ich habe vorher nie politisch mit ihm gesprochen.

Mir war jetzt sofort klar, dass das äußerst gefährlich ist. Wir haben in unserer Gruppe einen gehabt, den man als Maturanten bezeichnet hat. Der hat Wildner geheißen. Der wollte Medizin studieren. Und im Laufe dieser Diskussion, an der ich mich eigentlich nicht direkt beteiligt habe, weil mir war, ehrlich gesagt, die Gefährlichkeit der Diskussion bewusst, bin ich dafür eingetreten, habe gesagt, es hat jetzt wenig Sinn, das zu diskutieren. Weil nämlich der Wildner sich schon eingemischt hat und erklärt hat, „das ist ja allerhand, das ist ja Defätismus, das ist ja Kritik am Nationalsozialismus“. Das muss gemeldet werden. Wir haben ihn (dann) dazu gebracht, dass er davon Abstand nimmt. Vielleicht hat es an anderen Stellen auch solche Dinge gegeben. Ich will nicht sagen, dass das eine allgemeine Erscheinung war, aber es war keine Kriegsbegeisterung – zumindest in meiner Gruppe – vorhanden. Wir haben (aber) keinen Aufstand machen können, wir haben die Gewehre nicht umdrehen können. Wie wir weg sind, sind dann schon die Zivilisten mit ihren Kofferln gekommen.

Stichwort „Gewehre umdrehen“: Es hat im 38er Jahr in der trotzkistischen Bewegung in Österreich eine Spaltung gegeben; und zwar ist der Modlik aus dem „Kampfbund“ ausgeschieden und hat auch eine ganze Gruppe nach sich gezogen.

Ja. Damals ist es um die „Kombinierte Kriegstaktik“ (gegangen).

Genau. Hast Du das damals mitbekommen? Hast Du den Modlik damals gekannt? Oder hast Du das erst nach dem Krieg -- ?

Das ist mir erst nach dem Krieg geläufig worden. Der alte Pavelka hat uns, das habe ich schon gesagt, immer von den Verbindungen ferngehalten. Er hat uns wohl darüber berichtet, aber ich selbst habe an der Diskussion nicht teilgenommen. Mir war klar, um was es geht bei dieser Diskussion. Ich muss ehrlich sagen, aus der Erinnerung heraus, ich habe damals eigentlich keine wesentliche Stellungnahme bezogen. Das ist in unserer Gruppe auch nicht diskutiert worden.

Wie hast Du denn dann den Krieg gegen Polen erlebt?

Wir waren eine der nachrückenden Divisionen. Und aufgrund des raschen Zusammenbruchs der polnischen Armee sind wir bis knapp vor Lemberg vormarschiert. Wir haben nur ein kleines Gefecht gehabt. Interessant war für mich dann noch später in Polen: Und zwar hat es da eine Vereinbarung gegeben zwischen der deutschen Heeresleitung und der Roten Armee; und es sind Gebiete ausgetauscht worden. Wir sind also im November dann durch ein Gebiet marschiert, das von der Roten Armee besetzt war. Das war eine größere Ortschaft. Und das war für mich eigenartig: Rote Fahnen gehisst in dieser Ortschaft, russische Soldaten salutieren. Und wir, also ein Teil der deutschen Armee, sind so durchmarschiert. Ich habe den Krieg ja faktisch – kann man sagen – als Sympathisant der Roten Armee erlebt, und für mich war das eine Begegnung mit der Roten Armee unter ganz eigenartigen Bedingungen.

Hat das an Deiner politischen Haltung gegenüber der Sowjetunion in irgendeiner Weise etwas verändert?

Gut, meine Haltung gegenüber der Sowjetunion war, vor allem nach Ausbruch des Krieges, dass die Sowjetunion – da habe ich mir die Auffassung der Trotzkisten eigentlich angeeignet, dass in einem solchen Krieg der Arbeiterstaat verteidigt werden muss, dass das faktisch ein Angriffskrieg des faschistischen Deutschland ist, und meine Sympathie war eigentlich immer auf seiten der Roten Armee. Sympathie, bitte, mehr konnte ich nicht. Ich bin schon ein, zweimal vor der Entscheidung gestanden: desertieren oder nicht. Aber das erzähle ich später.

Gut, der Polenfeldzug war zu Ende, wir sind dann nach Mitteldeutschland dirigiert worden und waren dort in Bereitstellung bis zum Ausbruch des Westfeldzuges. Am 9. Mai haben wir dann noch eine Scharfschießübung gehabt auf dem Truppenübungsplatz Celle bei Paderborn. Ich habe während dieser Scharfschützenübung, aus Unachtsamkeit, glaube ich, mir nicht die Ohren zugehalten und habe eine beiderseitige Trommelfellverletzung erlitten mit Blutaustritt. Ich bin also 14 Tage in der Ohrenklinik gewesen. Am Anfang habe ich gar nichts gehört, dann wie eine zerbrochene Schallplatte. Man hat mich aber dann nach 14 Tagen nach Wien geschickt mit 14 Tagen Urlaub.

Wir waren dann Besatzungsarmee am Atlantik, in der Nähe von Rouen. Da habe ich erst begonnen, meine Ohrenverletzung auszunützen. Denn ich habe gesehen, Du kannst auch fallen in diesem Krieg; es ist nicht mehr so ein Spaziergang wie in Polen gewesen. Ich habe mich dann nicht mehr zum Dienst gemeldet, habe mich krank gemeldet, habe gesagt, dass ich Ohrensausen, Gleichgewichtsstörungen habe und so weiter. Nachdem das ja festgestellt war, hat man das akzeptiert. Nach einigen Wochen bin ich zurückgeschickt worden zum Ersatztruppenkörper nach Lundenburg. Ich bin entlassen worden im Jänner 1941, und ich bin wieder zurück zu meiner Firma. Ich habe aber den Posten gewechselt, bin zu einer anderen Firma, zu Löb & Schwarz. Dort habe ich, nach Verhandlungen mit dem Chef, um 30 oder 40 Mark mehr verdient.

Gut, also sozusagen den ersten Teil, Polen und Frankreich, hast Du relativ glimpflich über die Runden gebracht.

Wichtig, wie ich dann wieder vorübergehend in den Zivildienst zurückgehen konnte, habe ich mit der Gruppe Pavelka wieder Kontakt aufgenommen. Die haben in der Zwischenzeit Kontakt mit dem „Kampfbund“, und zwar mit der Gruppe Modlik, aufgenommen. Die haben ja ihre illegale Organisation aufrechterhalten und haben auch intern Material, den „Vorboten“ zum Beispiel, herausgegeben, wo auch politische und Kriegsanalysen enthalten waren. Das habe ich dann bezogen. Ich habe auch an einer kleinen Zelle teilgenommen, die in gewissen Zeitabständen getagt hat, die sich aber auf nichts anderes beschränkt hat, als die herausgegebenen Dokumente zu diskutieren und Erfahrungen auszutauschen. Also ich habe von meinen Erlebnissen im Krieg und meinen Einschätzungen erzählt. Aber nach außen sind keine Aktionen unternommen worden.

D E R V O R B O T E

ORGAN DER PROLETARISCHEN INTERNATIONALISTEN

Juli 1939 30 Pf.

DIE POLITISCHE WELTLAGE UND IHRE PERSPEKTIVEN

Die politische Weltlage ist heute charakterisiert durch die Tatsache, daß die teifgehenden Gegensätze unter den imperialistischen Räubern mehr und mehr jenes Stadium erreichen, in welchem sie, völlig ausgereift, einen zweiten imperialistischen Weltkrieg unausweichlich machen. Der unter den Schlägen der Krise zum Wahnwitz gesteigerte kapitalistischen Konkurrenzkampf, der Kampf der Finazkapitale um „nlagemärkte, Absatzmärkte, um Rohstoffquellen, um Kolonien, um Behauptung des kolonialen Raubes, um Monopolsteilung in den halbkolonialen Ländern, um Unterwerfung, Annexion selbst hochindustrieller Länder, ja " Einbeziehung " jedes beliebigen Landes in die " Einflußsphäre ", nur um den feindlichen Räuber für die kommende Auseinandersetzung heute schon zu schwächen: Das alles hat jetzt eine Stufe erreicht, wo die Dinge zusehends in Fluß kommen, an die Stelle der friedlichen Methoden und Mittel unvermeidlich in naher Zukunft die kriegerischen Methoden treten müssen.

Hat der Pavelka damals auch Material herausgegeben?

Nein. Der hat das nur vom (Modlik) – und das musste streng konspirativ aufbewahrt werden. Vielleicht alle zwei Monate war da eine hektographierte Schrift. Ich kann mich erinnern an einen „Vorboten“, der sehr genau eingegangen ist auf eine Analyse der politischen Situation und eigentlich vorausgesagt hat, dass eine Auseinandersetzung mit der Sowjetunion bevorsteht. Also der deutsche Imperialismus und die Nazis werden diese Auseinandersetzung herbeiführen.

Anfang 1941 war das?

Ja, Anfang 1941.

Da hat also der Pavelka politisch eher mit der Modlik-Gruppe sympathisiert als mit dem Frey?

Ja, das stimmt. Naja, der Frey war ja damals schon emigriert. Ich war immer wieder, wenn das möglich war, in Verbindung mit dem Pavelka, und ich konnte da Erfahrungen austauschen und Einschätzungen austauschen. Nur ist damals ein schwerwiegendes Ereignis passiert: mein bester Freund, also der älteste Sohn vom Pavelka, (der Ernst Pavelka) ist in Bremen im Dezember 1940 bei einem Autounfall aus dem Auto gestürzt, hat eine schwere Schädelverletzung gehabt, ist nicht mehr zu Bewusstsein gekommen und ist dann acht Tage später gestorben. Ich habe noch mit ihm, auch während des Krieges, bis zu dieser Zeit korrespondiert.

Gut, gehen wir jetzt über zum Ausbruch des Russlandfeldzuges. Der Krieg gegen Russland, obwohl wir politisch damit gerechnet haben, als Trotzkisten, ist für uns zu diesem Zeitpunkt doch etwas (unerwartet) ausgebrochen. Ich kann mich erinnern, in der Früh – das war an einem Sonntag –, dass mein Nachbar stürmisch an der Tür läutet. „Heini, wach auf, im Radio wird eben gemeldet, der Russlandkrieg wird beginnen." Und man hat schon die Fanfaren gehört und alles. Mir war klar, was das jetzt bedeutet; dass das eine weitere Verschärfung der ganzen Kriegslage und einen langen Krieg bedeuten wird, einen blutigen Krieg bedeuten wird. Fünf Tage nach Ausbruch des Krieges habe ich schon die Mitteilung bekommen, dass ich mich stellen muss, mich vor die Kommission stellen. Und der hat mich angeschrien: „Wie ist es mit ihrem Gesundheitszustand? Hören Sie mich überhaupt?" Ich habe gesagt: „Ja, sprechen Sie ein bisschen lauter, ich verstehe Sie so schlecht." Aber ich habe mich nicht ganz taub stellen können. Das war ja nicht im Bericht drinnen. Und der sagt: „Ja, Sie sind KVH." Das heißt: „kriegsdienstverwendungsfähig für die Heimat". Ich musste einrücken nach Höflein, bei Eisenstadt im Burgenland. Dort waren wir fünf Tage, und dann sind wir verladen worden. Ich war damals schon Gefreiter. Das war eine automatische Vorrückung. Wir sind dann einem Landesschützenbataillon zugeteilt worden und sind nach Brest-Litowsk gefahren. Und von dort sind wir dann einmarschiert in das von den Russen besetzte Polen, aber nur zur Sicherung des rückwärtigen Operationslandes. Ich habe da keine besonderen Erlebnisse gehabt.

Ich kann mich erinnern, wir mussten dann im rückwärtigen Gebiet auch in der Nacht Patrouillenfahrten durchführen. Wir sind durch ein Dorf durchgefahren, haben dann eine Scheune ausfindig gemacht, und die vier Stunden, die das dauern sollte, haben wir uns in die Scheune hingelegt, dann auf die Uhr geschaut. Nach vier Stunden sind wir wieder zurückgefahren und haben gemeldet: „Alles in Ordnung." Ich habe es vor allem gemacht, weil das hat meiner politischen Ansicht entsprochen, nicht aktiv zu sein.

Für mich hat sich eine gute Gelegenheit gefunden: Man hat in der Kompanie gefragt, man sucht noch jemanden für die Feldkommandantur, der stenographieren und Maschine schreiben kann. Ich habe mich gemeldet und bin der Feldkommandantur in Wilna zugeteilt worden, der Zahlenmeisterei. Dort habe ich praktisch eineinhalb Jahre Bürodienst gemacht. Ich habe dann auch eine polnische Freundin gehabt, der ich manchmal Informationen zukommen lassen konnte. In der Kommandantur haben jüdische Handwerker gearbeitet; Taschner, Schuster, Kleidermacher, Pelzmacher, die die Waren dann direkt in die Zahlenmeisterei geliefert haben. Ich musste im Keller diese Waren aufbewahren. Und diese Pelzmäntel haben sich dann die Offiziere geholt,

wie der Winter gekommen ist, und sie haben sich damit ausgestattet. Die anderen Waren haben sich wahrscheinlich auch die Offiziere angeeignet. Ich habe von diesen Dingen nie etwas in Anspruch genommen. Was im Ghetto wirklich vorging, habe ich dann erst erfahren durch meine polnische Freundin und meine polnischen Bekannten.

Was hat denn die erzählt?

Sie hat erzählt von den Erschießungen. Ich bin dann auch bei meinen Spaziergängen – außerhalb von Wilna waren russische Kriegsgefangenenlager. Und da bin ich am Stacheldraht entlang gegangen. Da habe ich gesehen, wie furchtbar elend die dort zugrundegegangen sind.

Diese Freundschaft war dann eine politische Freundschaft. Ich habe mich dort als Österreicher bekannt, als Antinazi und später meiner Freundin dann sogar als Trotzkist. Ich habe ihr meine politische und militärpolitische Analyse dargelegt, dass dieser Krieg vom Hitlerregime auf keinen Fall zu gewinnen ist, dass dieser Krieg durch die Niederlage oder durch die Revolution beendet wird. Das hat die Polen – sie hat mich dann in den Kreis eingeführt von Polen – sehr beeindruckt, dass da ein deutscher Soldat, der Österreicher ist, der Antinazi ist und der auch politisch geschult ist, der den Polen zugänglich war und der auch sozusagen Rückhalt geben konnte.

Ich habe dann auch noch einen emigrierten Deutschen kennengelernt, mit dem ich sehr engen Kontakt hatte, mit dem Professor Englert. Der war ein Literaturprofessor, ist aus Deutschland emigriert, war in Kaunas, in Litauen, an der Universität, hat dort deutsche Literaturgeschichte gelehrt, war mit einer Jüdin verheiratet, die ist im KZ umgekommen, und unter dem hat er furchtbar gelitten. Er hat eine wunderbare Bibliothek gehabt. Wir haben politische Gespräche geführt, sehr viele. Er hat mir Bücher geborgt.

Interessanterweise, noch etwas möchte ich sagen: Die Nazis wollten ja immer Kultur bringen in den Osten. Da haben sie auch dann eine deutsche Lesestube eröffnet mit beschlagnahmten Büchern von der jüdischen Bevölkerung. Und der, der das eröffnet hat, das muss kein hundertprozentiger Nazi gewesen sein. Es war sehr viel Literatur darunter, auch philosophische Bücher, auch von Juden, die dort eigentlich nicht hingehörten. Diese Bücherei haben dann Einheimische besucht. Und ich war natürlich auch ein täglicher Besucher dieser Bücherei. Weil ich habe ja keine Bücher mitgehabt. So habe ich meine Privatstudien weiter verfolgt.

Also damit ist die Episode von Wilna vorbei. Ich bin dann überraschend – ich musste überraschend von Wilna weg. Aber dem ist eine kleine Vorgeschichte vorhergegangen. 1942/43 ist doch die Niederlage von Stalingrad gewesen. Anfangs Februar, als das Ende von Stalingrad war, ist bei uns in der Kommandantur auf Befehl von oben eine Trauerkundgebung abgehalten worden für die Gefallenen und die Helden von Stalingrad. Das war schon vorher bekanntgegeben. Ich war mit meiner Freundin zusammen und wusste, zu dem Zeitpunkt muss ich dort sein. Ich habe mich aber verspätet, und ich bin zu der Versammlung, im Gebäude der Feldkommandantur, gekommen, wie alles schon aufgestellt war. Der Offizier, kommandierende Offizier, wollte mit seiner Rede beginnen, und ich komme noch! Ich komme zu spät! Der hat mich vor versammelter Mannschaft natürlich furchtbar angeschrien und hat gesagt, das wird

Folgen haben. Das hat insofern Folgen gehabt, dass ich bei einer Untersuchung wieder kriegsdiensttauglich erklärt worden bin und im Juni 1943 abgestellt worden bin zum Ersatzheer in Landshut in Bayern.

Also in Wilna warst Du von

Von November 1941 bis Juni 1943.

Du warst ja doch relativ lang in Wilna. Hast Du da zum Beispiel auch Eindrücke bekommen über die Partisanentätigkeit in der näheren Umgebung?

Diese Partisanentätigkeit war am Anfang schwach, hat aber dann, vor allem im Jahr 1942 und nach Stalingrad, sehr stark zugenommen. Da hat es Partisanen gegeben, die Kommunisten waren. Es hat aber auch Partisanen gegeben, die polnische Nationalisten waren.

Und über Judenmassaker – wie weit war man darüber informiert? Die haben ja gerade in Litauen ein ungeheures Ausmaß angenommen?

Bitte, ich habe damals schon (davon gewusst), soweit es die Polen gewusst haben. In der Deutschen Armee ist darüber nicht gesprochen worden. Ich habe nur bemerkt in der Zahlenmeisterei, dass die Handwerker auf einmal nicht mehr gekommen sind. Das Ghetto durfte man ja nicht betreten. Ich bin aber ein-, zweimal bis an die Nähe des Ghettotors gekommen. In meinen Spaziergängen habe ich das Ghetto „umringt“ und so weiter. Man hat bemerkt, dass die Juden immer weniger werden. Und auch die, die in der Kommandantur gearbeitet haben – also diese verschiedenen Handwerkergruppen –, dass die nicht mehr kommen und dass es da aus ist.

Hat man sich da nichts gedacht dabei?

Ich hab’ mir schon meinen Teil gedacht. Ich habe dann auch von den Polen erfahren, wo die Erschießungen stattfinden und so weiter.

Also ab Juni warst Du dann in Landshut.

Ja, ich bin dort kurz mit anderen einer Nachausbildung unterzogen worden. Wir sind dann im Juli in Ingolstadt verladen worden auf Transportzüge, feldmarschmäßig, und wir sind nach Russland geschickt worden. Wir sind dort an die Front geführt worden – ich war ja wieder bei der Panzerabwehr. Bei meiner Ankunft war dort ein Unteroffizier aus Berlin. Der hat das mir übergeben. Und der hat versucht, in einem Gespräch mich politisch auszulocken. Das war wahrscheinlich auf Auftrag der Kompanieführung. Ich war aber sehr vorsichtig und bin dieser Diskussion sehr geschickt ausgewichen.

Auf der ganzen Front ist sehr heftig gekämpft worden. Da haben wir den Befehl bekommen, an einem Vormittag, mit allen drei Geschützen – ich war ja für mein Geschütz verantwortlich – (auszurücken). „Russischer Panzerangriff ist im Gange, und die Front kann nicht gehalten werden.“ Und in dieser Schlucht, (in die wir in der Ukraine eingerückt sind,) hat es einen exakten russischen Feuerüberfall gegeben. Das vordere Geschütz ist ausgefallen, das rückwärtige Geschütz – wir sind ja abgesprungen, sind in Deckung am Rand von dieser Schlucht. Mein Geschütz ist übriggeblieben, wir haben keinen Treffer gekriegt. Jetzt ist vor mir die Entscheidung gestanden, was soll ich machen. Ich habe also entschieden – das entspricht so meiner ganzen pas-

siven Haltung –, ich fahre zurück, gebe Meldung von den Verlusten und warte auf neue Befehle. Und ich komme zurück, der Oberleutnant schreit mich an, der General ist schon wieder an der Strippe, wo die Panzerabwehrgeschütze sind usw. Ich mache Meldung. – „Sie sind sofort abgesetzt als Geschützführer, Sie kommen zum Tross rückwärts. Sie kommen vor ein Kriegsgericht."

Dann sind wir zum Dnjepr gekommen. Am Dnjepr waren von unserem Regiment nur mehr circa 100 Mann übrig. Die Offiziere waren oft besoffen. Der Hauptmann ist einmal zu uns gekommen, der war direkt besoffen untertags. Das waren so Demoralisierungserscheinungen. Ich bin dann aber wieder als Geschützführer eingesetzt worden. Das war die letzte Kanone unseres Regiments. Wenn die Kanone in Betrieb sein soll, muss sie geputzt werden, mit Fetzen und Stangen. Während dieser Putzerei – ich will nicht sagen, dass das absichtlich geschehen ist von einem unserer Mannschaft – ist der Putzfetzen drinnen steckengeblieben. Ich hätte aber müssen als Unteroffizier natürlich nachsehen. Und beim ersten Schuss zerreißt es das Rohr von der Kanone. Da explodiert die Granate in der Kanone. Jetzt habe ich meinen Leuten gesagt: „Gebt acht, das kann für uns unangenehm sein. Ihr habt das vergessen. Wieso könnt Ihr das vergessen?" und so weiter, „Ich werde jetzt eine Meldung machen, dass wir einen Rohrkrepierer gehabt haben aufgrund schlechter Munition." Bitte, ich bin mit dem Schmäh durchgekommen, bin aber zur Infanterie versetzt worden.

(Und da) hat ein Granatvolltreffer in meine Gruppe eingeschlagen. Wir haben das gehört und haben uns hingeworfen, wie wir geschult waren. Ich habe durch den Stahlhelm da einen Granatsplitter bekommen, in den Hinterkopf. Ich bin dann auf einem Pferdefuhrwerk mit anderen Verwundeten, Bauchverletzungen und so weiter circa eineinhalb Stunden zum Truppenübungsplatz oder Hauptverbandsplatz zurückgekommen. Vor der Operation, da haben sie das rausgenommen, bin ich ohnmächtig geworden. Ich habe eine Gehirnerschütterung natürlich gehabt. Ich habe sofort gewusst – also am nächsten Tag, wie ich am Bett verbunden gelegen bin, habe ich gewusst: „Das ist der Tausend-Gulden-Schuss, du lebst!" Ich bin dann, weil ich ein Kopfverletzter war, ins Spital nach Schytomyr gekommen. Die Russen sind ja weiter vormarschiert. Dann bin ich mit dem Lazarettzug, 5 Tage unterwegs, in die Gegend bei Leipzig in ein Lazarett gekommen. Dort bin ich dann zu Weihnachten entlassen worden, nach München.

(In Russland habe ich noch etwas erlebt,) was mir viel zu denken gegeben hat: Da haben deutsche Offiziere die deutsche Mannschaft mit gezogener Pistole zum Gegenangriff vorangetrieben. Da habe ich mir gedacht, da kann der Krieg nicht mehr lange dauern.

Und da habe ich mir gedacht: „Soll ich bleiben und mich den herannahenden Russen ergeben?" Aufgrund dessen, was ich über den Stalinismus wusste und auch während des Krieges – als einzelner hätte ich mich jetzt müssen ergeben –: Wer weiß, was das für Truppen sind ...

Gut, für mich war durch meine Verwundung praktisch der Russlandfeldzug beendet und dann überhaupt jede Kriegsdienstleistung. Weil wie ich dann nach München zum Ersatztruppenkörper gekommen bin, habe ich mich sofort krank gemeldet, keinen Dienst gemacht. Ich bin zu den verschiedenen Untersuchungen geschleppt worden

und bin dann AV geschrieben worden – arbeitsdienstverwendungsfähig. Ich bin dann nach Lindau am Bodensee zum Ersatztruppenkörper gekommen. Dort bin ich bis Kriegsende praktisch im Büro des Ersatztruppenkörpers gewesen, in der Kanzlei. Dort war ich eineinhalb Jahre.

Da habe ich eines gemacht – das ist vielleicht noch zu erwähnen: Wie das Attentat auf Hitler war, ist ja das Ersatzheer von den Verschwörern in Alarmzustand versetzt worden. Ich habe das also alles miterlebt. Und ich habe dann nachher das Bedürfnis gehabt, darüber mir selber im Klaren zu werden, über diese ganze Situation eben. Während ich im Freien war und auch in der Kanzlei habe ich auf Bogen stenographiert eine ziemlich umfangreiche – das waren dann acht oder zehn Schreibmaschinenseiten – politische und militärische Analyse; was das bedeutet, was die weiteren Perspektiven sind. Und das habe ich dann in meiner Freizeit – wenn der Koch weg war, habe ich mir die Schreibmaschine raufgenommen und habe die Tür zugesperrt und habe das auf sieben oder acht Durchschläge, soweit es möglich war auf der Schreibmaschine, getippt. Ich wollte das ursprünglich irgendwie in Lindau an irgendwelchen Plätzen hinterlegen. Ich bin dann aber nach reiflicher Überlegung davon abgekommen. Meine Schwester ist mit meinen Eltern zu Besuch gewesen; die waren auf Urlaub in Vorarlberg. Und ich habe das meiner Schwester in einem verschlossenen Kuvert mitgegeben. Ich habe gesagt: „Gib sehr acht. Das bringst Du dem alten Pavelka. Und er soll mir dann verschlüsselt“ – ich war mit ihm in Korrespondenz – „schreiben, was er dazu denkt.“ Das hat sie dann wirklich gemacht. Ein zweites Exemplar habe ich ihr auch noch mitgegeben. „Das“, habe ich gesagt, „ist für den Kampfbund bestimmt.“ Leider ist das abhanden gekommen.

Wie habt Ihr Euch denn in dieser Korrespondenz verständigt? Habt Ihr da politische Themen angeschnitten?

Ja, zum Teil. Aber er hat da immer auf die Geschichte zurückgegriffen. Also das war verschlüsselt in der Geschichte vergangener Jahrhunderte. Er war sehr vorsichtig. Bitte, sonst habe ich keine Erlebnisse in Lindau gehabt. Ich habe, soweit es mir möglich war, Ausland gehört. Und zwar hat es in der Schweiz einen Kommentator gegeben. Welcher Sender das war? Ich glaube Beromünster. Ein gewisser Salis, der war auch nach dem Krieg bekannt, hat politische und militärische Kommentare gegeben. Dadurch konnte ich mir genau ein Bild über die Kriegslage machen. Wie die Russen dann schon vorgerückt sind nach Wien, wie der Kampf um Wien war, habe ich mir einen Plan von Wien gezeichnet. Aufgrund der deutschen Heeresberichte und der Kommentare von Salis habe ich genau gewusst, wie der Kampf um Wien vor sich geht, was sich in meinem Heimatbezirk abspielt.

Ich habe meinen Leuten gesagt aufgrund meiner Erfahrung: „Bleibt in Euren Wohnungen, geht’s in den Keller. Verlasst nicht Eure Wohnungen. Denn wenn Ihr zurückkommt, ist das alles weg.“ Bitte, wird das Haus zerstört, ist es Pech gewesen.

In der Kaserne selbst hat man da nichts (politisch reden können)?

Da war ich sehr vorsichtig. Da war ich politisch sehr vorsichtig. Ich habe da niemandem getraut. Ja, da war noch folgendes: Ich habe doch den Schweizer Sender gehört: Die Kämpfe um Wien waren beendet, Besetzung durch die Russen. Da habe ich dann

gehört, am 27. April, dass die Regierung Renner eingesetzt worden ist, dass Österreich sozusagen wieder selbständig wird, sich als selbständiger Staat proklamiert hat. Und da war mir klar, dass ich da in der Naziwehrmacht nichts mehr zu suchen habe und auch nicht mehr an dem verlorenen Krieg teilnehmen werde, sondern dass ich schauen muss, dass ich irgendwie nach Österreich komme. Lindau liegt ja an der Grenze zu Vorarlberg. Und der Oberfeldwebel aus München hat mir ein Zivilgewand geborgt. Ich habe nun folgendes gemacht: Ich habe mir einen Stempel zusammengesetzt, ich habe den Wehrpass an mich genommen. Nachdem ich gewusst habe, die Russen sind in Wien, habe ich gestempelt in den Wehrpass – den habe ich heute mit: Heeresersatzdienststelle Wehrkreis Wien 17 – das habe ich aus unserem Stempel gemacht. Ich habe reingeschrieben, dass ich im Februar als AV entlassen worden bin.

Also Du hast Dir selbst die Marschpapiere ausgestellt.

Ja, Marschpapiere ausgestellt. Aus dem Wehrpass habe ich – ich glaube, das habe ich schon damals gemacht – die zwei Seiten mit den Fronteinsätzen herausgerissen. Weil ich wusste ja nicht, wenn ich nach Österreich komme, begegne ich vielleicht den Russen, und die sehen dann, dass ich in Russland war. Das war dann später noch einmal sehr wichtig. Und mit dem Papier habe ich mich aufs Rad gesetzt. Meine Pistole habe ich in dem Grenzflüsschen versenkt, mein Soldbuch habe ich zerrissen. Und ich bin auf dem Rad nach Vorarlberg hineingefahren. Ich bin dann mit dem Rad bis zum Arlberg. Da habe ich noch einen der letzten Züge, die durch den Tunnel gefahren sind, erwischt. Das Rad habe ich aber mitgehabt. Weil ich bin mit dem Rad dann weitergefahren. Ich bin dann nach Innsbruck gekommen. Da habe ich schon Kanonenschüsse gehört in Zirl. Da sind die Amerikaner gekommen.

Immer mit dem Rad unterwegs?

Ja, immer mit dem Rad. Da sind Züge gestanden, die haben die Leute geplündert. Aber ich habe mich nicht aufgehalten. Im Gesäuse sind mir dann begegnet die Nazikommandostäbe, SSler, die sich alle damals zurückgezogen haben in die sogenannte Alpenfestung, wie der Kaltenbrunner und die alle. Ich bin aber nie aufgehalten worden, bin auch nie kontrolliert worden. Nur in Radstadt kann ich mich erinnern, da war eine Straßensperre, wo ein Soldat stand. Da habe ich schon gewusst durch die Radiomeldungen, dass der Hitler Selbstmord gemacht (hat) beziehungsweise tot ist. Da habe ich zu dem Soldaten gesagt: „Sag einmal, warum stehst du da?“

Das war um den 1. Mai ungefähr?

Ja, um den 1. Mai. – „Heast, warum stehst Du da? Der Hitler hat Selbstmord gemacht, der Verbrecher ist hin, der Krieg ist verloren.“ „Was sagst du da, Kamerad! Ich werde dich gleich festnehmen lassen!“ Ich habe mich sofort aufs Rad gesetzt und habe geschaut, dass ich wegkomme. Solche Dinge hat es auch gegeben. Da habe ich gehört, zum Beispiel im Gesäuse, dass da – weiß ich, einen Tag vorher – Deserteure erschossen worden sind. Das hat mir die Zivilbevölkerung erzählt. Und in Amstetten habe ich den Einmarsch der Russen erlebt. Da hat mir geholfen ein sozialistischer Landtagsabgeordneter, der später dann Landtagsabgeordneter war, aber durch die Russen verschleppt worden ist und 15 Jahre gekriegt hat. Bei dem habe ich dann mein Rad gelassen, der hat mich in einer Wohnung untergebracht. Ich bin dann von Amstetten – da

ist ein Zug abgegangen nach dem 9. Mai, nachdem die Russen einmarschiert sind. So sind wir bis St. Pölten gekommen. Da hat uns ein Eisenbahner geholfen. Also von St. Pölten bin ich mit dem Zug gefahren bis Neulengbach. Da war es aus. Der (russische Offizier) hat mich abgestiert. Dann bin ich zu Fuß und habe unterwegs einen KZler getroffen, der auch nach Wien ist. Da sind wir zu Fuß gegangen. Und in Hütteldorf ist schon die Straßenbahn gefahren, damals schon die Linie 49. Da sind wir eingestiegen. Und am 12. Mai 1945 bin ich in der Arnoldgasse bei meinen Eltern aufgetaucht.

Ich habe dann gleich in den nächsten Tagen Kontakt mit den Genossen, mit dem Pavelka, aufgenommen. Und ich bin dann später in Kontakt mit der Organisation gekommen.

Du warst ja vorm Krieg organisatorisch zwar eher am Rand der trotzkistischen Bewegung, aber hast doch an den politischen Auseinandersetzungen teilgenommen, hast die Leute gekannt und so weiter. Wie war denn die Situation für Dich persönlich und politisch im Jahre 1945?

Da möchte ich nur sagen, soweit ich im Krieg nach Wien gekommen bis, während Urlaubspausen und zwischen den Feldzügen der Naziwehrmacht, habe ich eigentlich immer Kontakt mit Genossen aufgenommen. Damals schon mit Genossen jenes Teils des „Kampfbundes“, die sich von der Frey-Gruppe wegen der „kombinierten Kriegstaktik“ getrennt haben. Natürlich auch mit dem Pavelka habe ich Kontakt aufgenommen.

Also mit den „Proletarischen Internationalisten“.

Ja. Die wollten natürlich immer von mir wissen, wie ich die Kriegslage beurteile, wie die Situation ist in den besetzten Ländern; soweit ich darüber überhaupt, aus meinem Blickwinkel gesehen, Auskünfte geben konnte. Dann vor allem meine Einschätzung der militärischen Situation – auch aus meinem Blickwinkel, in Russland, schon in der Periode der Rückzüge, vor und nach meiner Verwundung.

Da hätte ich eine Zwischenfrage. Mir fällt ein, es hat ja im 43er Jahr einen ganz großen Schlag der Gestapo gegen die Trotzkisten gegeben. Wieweit hat denn das auf die anderen Gruppen Auswirkungen gehabt? Oder warst Du darüber nicht so genau informiert?

Nein, ich bin schon im Nachhinein informiert worden, weil der eine Genosse, der Genosse Babnik, hat direkt Kontakt gehabt mit einem Genossen, der dann zum Tode verurteilt worden ist.

Hans Babnik?

Ja, der war auch im Jahre 1933 der verantwortliche Redakteur von der „Arbeiter-Stimme“. Aber die Nazis sind eigentlich nie draufgekommen und haben ihn nie belangt. Damals haben die „Proletarischen Internationalisten“, aufgrund der Verhaftungen, ihre Tätigkeit eingestellt und auch die Kontakte untereinander bis auf wenige abgebrochen. Bitte, das ist überhaupt, sagen wir, ein Kennzeichen gewesen von dieser Organisation – meiner Meinung nach, ich will nicht sagen, dass das falsch war –, dass sie natürlich gewisse sektiererische Anwandlungen gehabt haben.

Die Modlik-Gruppe meinst Du, die nachmalige Modlik-Gruppe?

Ja. Sie haben sich rein beschränkt auf die Aufrechterhaltung eines minimalen innerorganisatorischen Lebens, wobei natürlich die Zahl derer, die da geblieben sind, verhältnismäßig gering war; außer Frauen, ein paar Männer, die nicht wehrdiensttauglich waren. Aber nach außen hin haben sie keine Tätigkeit entfaltet. Sie haben nur rein Schulungsmaterial verbreitet, und von Zeit zu Zeit den „Vorboten", der also eine politische Analyse gegeben hat. Das ist vielleicht wichtig dafür, wie sich das dann später entwickelt hat, nach 1945.

Glaubst Du, dass da für diese Stagnation nach 1945 die Politik im Krieg die Grundlage war; also dass da die Grundlagen gelegt worden sind zu einem gewissen Teil?

Zu einem gewissen Teil sicher. Die Grundlagen sind wahrscheinlich schon vor 1933 gelegt worden, weil nämlich die Linksopposition unter der Führung Freys ja ebenfalls ein von der Arbeiterbewegung – also damals in erster Linie von der Sozialdemokratie – abgeschlossenes Leben (geführt hat) und eigentlich nur publizistisch, propagandistisch, agitatorisch gewirkt hat. Aber das meistens durch die Zeitung, oder soweit die Anhänger manchmal persönliche Kontakte gehabt haben, der Frey, bei all seinen Kenntnissen und seinen Talenten – nach dem Austritt oder Ausschluss aus der Sozialdemokratie – mit seiner Gruppe.

Im 20er Jahr meinst Du?

Ja. Und dann aus der KP 1927. Der Frey war ja, meiner Meinung nach, auch irgendwie dogmatisch, und das hat dann natürlich auf den Modlik und auf alle anderen abgefärbt. Bitte, ich habe eine andere Entwicklung genommen. Weil ich nicht durch die Schule vom Frey gegangen bin und seine Epigonen nicht mehr diese Wirkung gehabt haben, bin ich von dem eigentlich verschont geblieben.

Mich würden – wenn ich das vielleicht noch ganz kurz umreißen darf für das 45er Jahr – drei zentrale Aspekte interessieren, die natürlich miteinander verflochten sind. Wie ich eh schon gesagt habe, Deine persönliche Situation, welche Verhältnisse Du hier vorgefunden hast, dann so die ersten Kontakte mit Genossen, und zum dritten, übergreifend die Einschätzung der Weltlage: wie sehr sozusagen revolutionäres Klassenbewusstsein bei den Arbeitern gebrochen war, sowohl durch den Faschismus als letzten Endes auch durch die Etablierung einer alliierten Militärherrschaft. Wieweit hat man darauf reagiert?

Ganz kurz zum Persönlichen: Ich bin zurückgekehrt, ich bin bei meinen Verwandten in Ottakring eingetroffen. Im Allgemeinen war in der Bevölkerung eine große Erleichterung, dass also der Krieg zu Ende ist, zumindest für Österreich, dass also die Naziherrschaft zusammengebrochen ist – nicht gestürzt worden durch eine innere Revolution. Jede Familie, die ganze Arbeiterklasse – die ganze Bevölkerung wahrscheinlich, bis auf eine paar Reiche, die Reserven gehabt haben – hat im Kampf um das tägliche Dasein das Entscheidende gesehen. Meine Familie ist nicht betroffen gewesen von Bombenschäden. Wir haben unsere Wohnungen und das Notwendige, das man damals gehabt hat, erhalten. Das war eine gewisse Erleichterung. Ich bin zu meiner Firma gegangen, zu Löb & Schwarz. Da war der einzige Chef dort; auch ein Par-

teimitglied, ein Reichsdeutscher, ein Nazi. Und der hat gesagt: „Herr Thomas, wir haben keine Arbeit für Sie. Ich muss sie leider kündigen."

Wann bist Du da gekündigt worden?

Ich bin zurückgekommen im Mai und war dann schon im Mai bei der Firma gemeldet. Das war eine Speditionsfirma. Das war ja nur durch die Wehrdienstleistung unterbrochen (die Arbeit dort). Dann später bin ich vom Arbeitsamt geschickt worden zu den Amerikanern, und zwar – obwohl ich das nie in meinem Leben gemacht habe – bin ich als Betonierer auf den Flugplatz Langenlebarn geschickt worden. Dort mussten die Startbahnen verbreitert werden für die größeren amerikanischen Maschinen. Das war schon damals ein kleiner Flugplatz. Da war ich als Betonierer mit drei anderen österreichischen Arbeitern. Dort haben wir doppelte Rationen gekriegt. Aber der Polier hat die zweite Ration für sich eingesteckt. Wir sind draufgekommen. Ich bin der Sprecher gewesen, bin zu dem amerikanischen Proviantoffizier gegangen, mich beschweren. Wir haben dann zwar die Karten gekriegt, aber ich bin rausgeschmissen worden.

Die haben Dich rausgeschmissen?

Klar, sie brauchen ja keine, die sich da als Sprecher der Arbeiter hergeben – das war ganz klar. In der Hinsicht war die amerikanische Armee wie jede andere Armee: konservativ oder auch reaktionär. Gut, ich bin dann der SPÖ-Brigittenau beigetreten. Nachdem mich die Amerikaner rausgeschmissen haben, durch die Verbindung mit den Genossen der 4., also den „Proletarischen Internationalisten" (*zu diesem Zeitpunkt bereits „Karl-Liebknecht-Bund"; Anm. der Red.*), bin ich bei den Städtischen Büchereien in Wien eingestellt worden. Ich musste mein Parteibuch vorzeigen beim stellvertretenden Direktor, dem Dr. Müller von der SP-Ottakring. Der Direktor war der Mitringer, der noch aus der Schuschnigg-Zeit war. Der hat im „Volksbildungswerk" unterm Matejka, dem 1945 ernannten kommunistischen Kulturstadtrat, gearbeitet. Nachdem ich vor 1933 ein Jahr in den Arbeiterbüchereien in der Weimarer Straße gearbeitet habe, hat es keine Schwierigkeiten gegeben. Ich bin dann zum Dienst eingeteilt worden in Ottakring.

Während dieser Zeit habe ich drei Erlebnisse gehabt. Ich bin faktisch dreimal auf der Straße von den Russen hopp genommen worden, bei Razzien, die damals laufend stattgefunden haben. Und zwar zweimal in Wien und einmal, wie ich – noch bevor ich mich zu den Städtischen Büchereien gemeldet habe – mich zum Ernteeinsatz bei Tulln gemeldet habe. Gemeinsam mit anderen Wienern haben wir drei Wochen geholfen, die Ernte einzubringen. Auf einmal haben die Russen die Männer alle zusammengefangen – auch mich. Da haben ihnen Gefangene gefehlt, die ihnen entflohen sind. Und sie haben uns statt der Gefangenen in den Zug hineingepfercht, unter Bewachung, und an die österreichisch-tschechische Grenze bei Vitis, also bei Gmünd, geschickt. Während der Fahrt sind einige bei den Fenstern rausgesprungen. Denen haben die Russen nachgeschossen. Ich habe das nicht gemacht, denn das war mir zu riskant. Aber ich habe vorsorglich immer mitgehabt meine Wehrdienstbescheinigung und ein Entlassungspapier von der Naziwehrmacht vom Jahre 1940/41, wo steht, dass ich wegen der Ohrverletzungen und so weiter. ... Damit konnte ich beim Verhör – wir sind verhört worden, waren drei Tage eingesperrt in so einem Keller – dem russischen GPU-

Offizier, der Deutsch gesprochen hat, beweisen, dass ich zwar bei der Wehrmacht war, aber vor dem Russlandfeldzug entlassen worden bin. Daraufhin bin ich also entlassen worden. Ich bin dann nicht mehr aufs Land gefahren. Ich habe mir aber einige Adressen gemerkt und habe so verständigt, dass die in die russische Kriegsgefangenschaft nach Sibirien kommen. Wer keine Papiere gehabt hat ...

Die sind verschleppt worden nach Sibirien?

Ja. Es hat geheißen, die sind wehrfähig, die haben sich verkleidet.

Und diese Gruppe ist praktisch ganz willkürlich rausgefischt worden?

Ja. Das ist mir einmal auch in Wien passiert. Da sind wir ins Bezirksgefängnis Leopoldstadt gekommen, am Donaukanal. Da bin ich allerdings nach einer Nacht freigelassen worden, weil ich ebenfalls dieses Papier hatte. Einmal bin ich mit meinem Vater von einer russischen Patrouille an der Demarkationslinie, im November, ebenfalls erwischt worden. Aber da hat mein Vater einen Ausweis gehabt von der Kommandantur. Und die haben uns dann sogar Lebensmittel und Dosen gegeben. Ein russischer Offizier war sogar bei uns in der Wohnung und hat sich dann erkundigt, wie es uns geht, ein paar Tage später. Also das war relativ harmlos. Das war die Situation in der Besatzungszeit damals, vor allem in der russischen Zone. Wie es bei den Amerikanern und Franzosen war, weiß ich nicht.

Was jetzt die Frage betrifft, wie der Faschismus auf das Bewusstsein der Arbeiterklasse gewirkt hat: Die Arbeiterklasse hat nach 1945 in Österreich in der Weise reagiert, dass der politisch bewusste Teil, also der, der vor 1934 der sozialdemokratischen Partei angehört hat, oder jener der KP, wo ja auch ein Großteil Sozialdemokraten waren, die dann nach ‘34 übergetreten sind, sich sofort politisch organisiert haben, und der Großteil ist zur SP gegangen, ein kleinerer Teil zur KP, wobei man das damals noch nicht abschätzen konnte, das Kräfteverhältnis. Das hat sich dann erst bei den Wahlen am 24. November gezeigt.

Wobei ich hier anmerken will, dass die österreichischen Trotzkisten auch dieser falschen Einschätzung unterlegen sind, dass sie der Meinung waren, die KP wird die politische Führung übernehmen, wird stärker sein als die SP. Und sie haben auch auf die KP gesetzt, dass damit also die revolutionäre Entwicklung Österreichs, trotz der russischen Besatzung, vorangetrieben werden kann. Das hat zur Folge gehabt, dass die alle ihre Genossen in die KP geschickt, dass also die Mitglieder „Entrismus“ in der KP gemacht haben. Die Organisation hat dann zum Großteil wieder aus Arbeitern bestanden, an ihrem Höhepunkt circa um die 80 Mitglieder. Das waren meistens Arbeiter, zum Teil auch Betriebsräte, in mittleren und größeren Betrieben; alles nur in Wien. Die sind dann in die KP gegangen, schon im 45er Jahr, als die Betriebsräte gewählt wurden, wie das Gesetz wieder hergestellt war. Und erst nach den Wahlen im November 1945 hat man diesen Irrtum erkannt und hat versucht, später einen Teil der Genossen umzudirigieren in die SP. das hat natürlich viele Jahre gedauert, das ist nicht so leicht möglich. Neuankommenden hat man gesagt, sie sollen der SP beitreten. Das war dann, ohne theoretisch fundiert zu sein, der praktische „Entrismus“.

Wie hat sich denn eigentlich diese Position herauskristallisiert, dass man im 45er Jahr „Entrismus“ in der KP betreibt? Über welche internen Diskussionsprozesse ist das gelaufen?

Diese Entscheidung ist, glaube ich, alleine in der Leitung von den „Proletarischen Internationalisten“ gefällt worden. Die anderen Genossen haben mir gesagt, dass der Modlik dafür der Hauptsprecher war. Ich kann das selbst nicht bestätigen, aber das wird möglich sein. Er hat sich dafür voll eingesetzt. Das war eigentlich die Linie der Organisation. Und die Leitung und die Organisation waren dann eigentlich auch furchtbar enttäuscht, wie das Wahlergebnis gezeigt hat, wie das wirkliche Kräfteverhältnis ist. Denn sie haben umgekehrt erwartet, dass die KP die führende Rolle haben wird. Da hätte ja vielleicht diese Taktik eine gewisse Berechtigung gehabt. Obwohl sich dann herausgestellt hat, dass die Genossen, die in der KP waren, dort politisch gar nicht offen auftreten konnten. Und wenn sie aufgetreten sind, sind sie sofort, ob sie jetzt bekannt waren oder nicht, als Trotzkisten von den stalinistischen Funktionären stigmatisiert worden.

Hat es solche Fälle gegeben?

Ja, ja.

Wer ist denn da zum Beispiel hervorgetreten oder wer ist denn da von den Stalinisten sozusagen enttarnt worden? Weißt Du das noch?

Bitte, das hat mir zum Beispiel der Genosse Pokorny erzählt, der beim Schutzbund war, beim „Autonomen Schutzbund“, in der Hauptwerkstätte der Straßenbahn, der in der KP war; der ist aufgetreten. Wenn er also in der Versammlung die trotzkistische Linie, wenn auch umschrieben, vertreten hat, ist er so angegriffen worden. Das ist auch bei anderen Genossen passiert. Der Modlik war, meines Wissens, auch bei der KP, aber ist, glaube ich, nicht besonders (in Erscheinung getreten) – wenn er dabei war, aber das kann ich nicht mit hundertprozentiger Sicherheit sagen. Es waren praktisch alle führenden Genossen damals bei der KP.

Wie ist es denn überhaupt zu den ersten Kontakten mit Genossen gekommen, und wie hat auch so der organisatorische Neuformierungsprozess im 45er Jahr ausgesehen? Da hat es ja einige taktische Umgruppierungen und Neubildungen gegeben?

Da kann ich nicht allzu viel sagen, weil ich erst im Spätsommer der Organisation beigetreten bin. Ich habe zuerst Kontakt mit dem Pavelka aufgenommen, der noch nicht bei der Organisation war. Aber sein Sohn und Genossen aus dem Kreis vom Pavelka waren damals schon mit der Organisation in Verbindung. Wir haben gemeinsam beschlossen, dass wir eintreten als Mitglieder. Und der Pavelka war aber zu diesem Zeitpunkt dagegen.

Wenn Du sagst Organisation, meinst Du die „Proletarischen Internationalisten“?

Ja, den „Liebknecht-Bund“. Ich habe also zuerst den Kontakt mit dem Pavelka aufgenommen. Ich habe diese Entscheidung vorangetrieben. Ich habe gesagt, es hat keinen Sinn, dass wir da eine kleine Gruppe um den Pavelka außerhalb jeder politischen Bewegung sind. Das sind die einzigen, die eine trotzkistische Organisation aufrecht erhalten und wir treten bei. Das haben wir gemacht. Da war er (der alte Pavelka) eigent-

lich ein bisserl böse, weil wir das über seinen Kopf hinweg entschieden haben. Er ist dann später aber auch der Organisation beigetreten.

Und welche Argumente hat er ins Treffen geführt, dass man noch nicht beitreten soll? Wollte er sozusagen selbständig bleiben?

Er hat gesagt, man soll abwarten, wie sich das Kräfteverhältnis zwischen den politischen Parteien, also den Arbeiterparteien, entwickelt. Bitte, ich glaube natürlich, bei ihm haben wahrscheinlich auch persönliche Absichten eine Rolle gespielt. Er wollte wahrscheinlich, wenn die Gruppe unter seiner Führung kooperativ beitritt, dass er dann dort eine größere Rolle spielen kann. Es war ja immer sein Bestreben, alle Gruppen zu einigen, der große Einiger zu sein. Vielleicht hat eine zweite Sache eine Rolle gespielt: Er war damals schon wieder in der Gewerkschaft der Handels- und Transportarbeiter tätig, wo er dann auch Sekretär einer Abteilung geworden ist. Er musste sich natürlich auch wieder eine Existenz schaffen. Das muss aber nicht eine Rolle gespielt haben, weil er ist ja dann später auch beigetreten – und, ich glaube, bis 1949 Mitglied gewesen.

Soll ich jetzt vielleicht einmal kurz über das Organisationsleben etwas sagen? – Die Organisation hat damals circa 80 Mitglieder gehabt, war nur auf Wien konzentriert; vor allem Arbeiter, Betriebsräte, einen Teil alter Kader noch zum Teil aus der Linksopposition, die man dann nach dem Jahre 1934 gewonnen hatte. Viele sind auch aus dem Krieg zurückgekehrt. Die Organisation war relativ jung; das Durchschnittsalter wird damals gewesen sein so 35, höchstens 40 Jahre. Die Organisation war hauptsächlich in drei Gebiete eingeteilt: westliches Gebiet – also sagen wir Ottakring und die umliegenden Bezirke; dann ein südliches Gebiet – Favoriten, Meidling; dann ein östliches Gebiet – Leopoldstadt, Brigittenau und so weiter. Jedes dieser Gebiete hat eine eigene Gebietsleitung gehabt. Zentral war die Organisation aufgebaut: eine politische Leitung – ein sogenanntes Pol-Büro, ein Organisationsbüro und ein Sekretariat. Bitte, für diese kleine Organisation, rückblickend betrachtet, natürlich ein zu großer Apparat. Aber im Großen und Ganzen hat das damals funktioniert. Das Schwergewicht der praktischen politischen Tätigkeit ist gelegt worden auf die Schulung; und zwar hat man sich vorgenommen, dann auf einer späteren Konferenz, den „Kurs“ von Frey, gemäß den neuen politischen Bedingungen zu überarbeiten und neu herauszugeben. Da ist der Genosse Modlik dafür beauftragt worden. Der erste Teil ist dann nach längerer Zeit, begutachtet und diskutiert von der Leitung, erschienen. Aber weitere Fortsetzungen sind nicht mehr erschienen. Man hat dann herausgegeben den „Spartakist“, hektographiert, monatlich. Und dann hat man organisiert – damals hat man das noch nicht Entrismus genannt – sondern die Fraktionsarbeit in der SP und der KP und die Betriebsarbeit mit den Betriebsarbeitern. Man hat auch damals – das ist ein bisserl kurios –, man wollte also Propaganda in der KP machen: da hat man illegal den „Leninist“, auch hektographiert, (herausgegeben). Man hat durch die Genossen in der KP Adressen von kritischen KPlern gesammelt, und dann hat man die Aktion gestartet – ich glaube, das war in erster Linie eine Idee vom Modlik. In diesem „Leninist“ ist also die stalinistische Politik – auch in Zusammenhang mit der russischen Besetzung – der KP angegriffen worden. Sagen wir, der Inhalt war sicher politisch richtig. Das ist dann in der Form passiert, dass die Genossen am Abend zu den vorgegebenen Adres-


DER HAUPTFEIND EINES JEDEN VOLKES STEHT IM EIGENEN LANDE!
(Karl Liebknecht)

DER SPARTAKIST

ORGAN DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTEN ÖSTERREICHS
(Sektion der Vierten Internationale

sen gehen sollten, das in den Briefkasten geworfen haben. Ich habe mich auch einmal daran beteiligt. Das hat man zwei oder drei Mal gemacht. Dann sollten die Genossen, die mit diesen Adressen, mit diesen Zeitungsempfängern, in Verbindung waren, eben herauskriegen, wie der auf dieses Schreiben, also auf den „Leninist“ reagiert hat.

Und wie waren die Reaktionen?

Bitte, ich glaube, es ist dabei im Großen und Ganzen nichts rausgekommen. Mir ist das Ganze – das ist auch schon aus Konferenzprotokollen zu ersehen – ein bisserl ich will nicht sagen komisch (vorgekommen), aber ich habe da kritisch darüber nachdacht; nicht jetzt im Nachhinein, nach 40 Jahren. Und zwar, es entsteht jetzt eine legale Arbeiterbewegung – sicher nach einer schweren politischen Niederlage, Faschismus, militärische Niederlage des Faschismus –, neue Hoffnungen entstehen, Besatzungstruppen. Warum muss eine Organisation jetzt, die sich revolutionär nennt, illegal sein, illegales Material herausgeben, auf das ja niemand direkt ansprechen kann, weil er ja nicht weiß, an wen er sich wenden soll – außer es gibt ihm jemand in die Hand. Wobei man natürlich vorsichtig war wegen der russischen Besatzungszone. Aber warum kann man nicht, wenn auch beschränkt, offen auftreten? Wenn das schon in der russischen Besatzungszone nicht möglich (war) – ich habe diesen Vorschlag konkret gemacht –, warum nicht in Salzburg und Tirol, dass Genossen dorthin gehen – das war damals schon möglich – und dort eine, sagen wir, halblegale Zeitschrift herausgeben und dort jetzt eine offene politische Tätigkeit entfalten. Ich sehe ein, in der russischen Zone konnte man nicht offen als Trotzkist auftreten. Da war der Fall des – der illegale Name war Kegel, der hat aber anders geheißen.

Der Karl Fischer?

Ja. Ich habe das nicht richtig verstanden, mir war das ein bisserl ... Bitte, ich muss aber dazusagen, ich habe damals mitgemacht. Da war eine Leitung, erfahrene Genossen usw. Ich bin damals 31 Jahre gewesen. Ich habe damals, zu der Zeit, in der Organisation keine besondere Rolle gespielt. Ich bin da in die Gebietsleitung in Ottakring

gewählt worden und war dort eigentlich der einzige, der in der SP verpflanzt war. Ich bin beauftragt worden, der Sozialistischen Jugend Ottakrings beizutreten, deren Obmann der Pfoch war. Dort bin ich, glaube ich, sogar sehr rasch Bildungsfunktionär geworden. Ich habe dort also wirklich politisch gearbeitet, an den Klubabenden teilgenommen. Ich habe dann später Referate gehalten, war Delegierter an den Wiener Konferenzen der Sozialistischen Jugend – bis zu meinem 33. oder 34. Lebensjahr, glaube ich, bis ich dann also in der Partei und in der Gewerkschaft tätig war.

Wer waren denn Deine Mitarbeiter in Ottakring? Oder, welche Trotzkisten hat es in Ottakring gegeben? Und zweitens, aus wem hat die Leitung bestanden? Dann wollte ich auch noch wissen, wie sich zum Beispiel in dieser Anfangsphase im 45er Jahr das ungefähr quantitativ verteilt hat? Also wer in die KP und wer in die SP gegangen ist, nur der Prozentsatz. Oder war der Entrismus in die SP eher noch individuell wie zum Beispiel bei Dir?

Wir waren nur eine Handvoll Genossen, die in der SP tätig waren. In der Sozialistischen Jugend waren meine spätere Frau und ich. Meine spätere Frau war in Floridsdorf. Das war interessant. Die ist beigetreten – sie stammt ja aus einer KP-Familie – der KP. Und unter der Weisung der Organisation hat sie dann ihren Austritt erklärt und ist dann der Sozialistischen Jugend – mit dem Stadtrat Hofmann, der war damals Obmann der Sozialistischen Jugend – beigetreten und war in Floridsdorf tätig. Wir waren damals schon in der derselben Organisation und auch in derselben entristischen Arbeit. Sie war auch Delegierte an der Wiener Konferenz. Und dort sind wir auch politisch aufgetreten. Die Linie war damals: gegen die Koalitionspolitik, für Arbeitereinheitsfront – also gegen die Linie von Schärf. Für eine gemeinsame Mai-Demonstration mit der KPÖ, für ein Zusammenwirken im täglichen Klassenkampf mit den kommunistischen Betriebsräten und Arbeitern. Das ist uns damals von der Organisation als erarbeitete Linie gegeben worden. Das war damals sicher nicht falsch, meiner Meinung nach. Weil die Linie von Schärf war, die Arbeiterklasse neuerlich zu spalten und mit der Russenhetze die Spaltung zu einer Dauereinrichtung zu machen, um die Position der SP dadurch zu festigen und sich mehr oder minder an die Amerikaner anzubiedern. Das war schon im 45er Jahr die Linie von Schärf.

Und wer waren die leitenden Mitglieder damals? Aus welchen Organisationen sind die gekommen und wieweit haben die schon illegale Erfahrung gehabt? Oder hat sich in den leitenden Instanzen 1945/46 ein eher neuer Kader gebildet?

Bis zur ersten Konferenz waren das die alten Kader aus der Linksopposition: also Modlik, Babnik und einige andere noch, bitte, deren legale Namen meistens nicht so geläufig sind. Es sind dann dazugekommen – weil ja dann unter dem Druck des amerikanischen Emissärs der 4. Internationale die Einigung stattgefunden hat – die Gruppe der Revolutionären Kommunisten (*eigentlich die Organisation „Gegen den Strom“/OG, die mit den RK ein gewisses Naheverhältnis hatte; Anm. der Redaktion*) und auch ein kleiner Rest von Kampfbund-Anhängern des in die Schweiz emigrierten Frey. Da waren zwei Genossen, ein Arbeiter – bitte, der ist auch schon gestorben. Sein Familienname ist mir jetzt nicht geläufig; er hat Felix in der Organisation geheißen. Der zweite, ein jüngerer, der ein Intellektueller war, aber nur relativ kurze Zeit (dabei) war, der hat Hoch geheißen. Die Repräsentanten dieser Gruppen – von der

Revolutionären Kommunisten war das der Steiner, dessen einer Bruder hingerichtet worden ist. Er hat selbst im Gefängnis gesessen. Vom Restkampfbund war das der Felix. Die sind dann auch in der Leitung gewesen. Der Restkampfbund ist gegen den Willen vom Frey – der hat nur keine Verbindung (gehabt) – eingetreten. Und der Frey hat ihnen das später bitter vorgeworfen.

An dieser Vereinigungskonferenz im 46er Jahr hast Du auch teilgenommen?

Ja.

Als Bruno?

Ja, als Delegierter.

Also ein großer Teil der Leitung hat aus alten Kadern der Linksopposition bestanden. Hat das auch für einen Großteil der Mitglieder gegolten oder hat man da auch ...

Nein, die Mitgliedschaft ist zum Großteil erneuert gewesen.

So im Nachhinein betrachtet, wirkt diese ganze Diskussion zum Beispiel um die „kombinierte Kriegstaktik" ja etwas steril ...

Hat damals keine Rolle mehr gespielt. Ich kann mich nicht erinnern, dass darüber noch diskutiert worden ist. Und ich habe mich, ehrlich gesagt – wie soll ich sagen? Ich bin so oberflächlich informiert gewesen und für mich war das überholt. Und wahrscheinlich auch für die ganze Organisation: das war eigentlich überholt.

*Du hast gesagt, der Felix war ein Repräsentant dieser ganz kleinen Restkampfbund-Gruppe. Wer ist denn von den Revolutionären Kommunisten (*also eigentlich von der OG; Anm. der Redaktion*) ...*

Der Steiner, der Reinwein, dann der Gärtner – der hat so ein Glasauge gehabt, daran kann ich mich noch erinnern.

War das auch ein Deckname, der Gärtner?

Ja, ich glaube, das war ein Deckname. Das waren eigentlich die hervorstechendsten Vertreter.

Hat es den Stipschitz noch gegeben?

Von dem habe ich oft gehört. Aber der war schon tot zu dem Zeitpunkt. Bitte, das Organisationsleben war so: hauptsächlich in den Zellen organisiert, die circa sechs bis sieben Mitglieder umfasst haben. Es hat da eigene Betriebszellen gegeben, eine Jugendzelle hat es gegeben. Die sind dann zentral von der Leitung geleitet worden. Dann hat es auch in periodischen Abständen Mitgliederversammlungen, und zwar gebietsweise, gegeben. Solche Mitgliederversammlungen haben zum Beispiel oft in der Bibliothek stattgefunden, wo ich Leiter war beziehungsweise auch in anderen Bibliotheken. Meistens an einem Sonntag. Aber das waren keine öffentlichen Versammlungen, sondern rein interne Mitgliederversammlungen.

Wie hat man denn im 47er Jahr auf die Entführung von Karl Fischer reagiert?

Das hat eine gewisse Panik-Stimmung bei den leitenden Genossen hervorgerufen und hat dazu geführt, dass man die Fraktionstätigkeit in der KP sehr stark eingeschränkt hat und mit weiteren Aktionen des russischen, stalinistischen Apparats und der Besatzungsarmee gerechnet hat. Vor allem die Genossen, die schon als Trotzkisten vor 1933 bekannt waren ... Man hat aber im Großen und Ganzen das als persönliche

Schuld und Unvorsichtigkeit des Fischer bezeichnet, dass er sich in diese Situation begeben hat, ohne...

Wegen seiner Freundin?

Bitte, das weiß ich nicht genau. Ein gewisser Einschnitt war dann die erste Konferenz, die in einer gewissen Euphorie verlaufen ist, wo man Bilanz gezogen hat, wie noch alle Teile der Organisation teilgenommen haben. Bei dieser Konferenz ist nur sichtbar geworden, dass eigentlich die Organisation als illegale Organisation unter Verhältnissen, wo eine legale Arbeiterbewegung ist, keine weiteren Fortschritte gemacht hat und eine gewisse Stagnation eingetreten ist. Damals wurde vor allem diskutiert, welche Taktik man jetzt verwenden sollte, um neue Erfolge zu erzielen. Sowohl in der Fraktionsarbeit – in welche Richtung sich diese Fraktionsarbeit bewegen soll. Der innerorganisatorische Aufbau ist eigentlich nicht kritisiert worden. Ich bin damals auf dieser Konferenz auch in die Leitung gewählt worden, und zwar, weil ich einer der Exponenten der Fraktionsarbeit in der SP war. Es waren ja damals nur eine relativ beschränkte Anzahl von Genossen vorhanden, und mir ist in der Leitung dieses Referat zugeteilt worden, eben die Fraktionsarbeit in der SP.

Im Protokoll ist von fast 200 Mitgliedern die Rede.

Nein, das stimmt nicht. Das war übertrieben. Da hat man vielleicht den ganzen Rand mit einbezogen. (*Tatsächlich spricht der Konferenzbericht von 73 Mitgliedern, 54 Kandidaten, 25 Sympathisierenden und 42 Propagandafällen; Anm. der Redaktion*).

Also die Sympathisanten. Aber andererseits war ja die Organisationsstruktur so penibel, dass mich das auch wieder wundern würde.

Es kann, glaube ich, von 100 die Rede sein – das stimmt so annähernd. Ich würde sagen 80.

Wo ist denn diese Konferenz abgehalten worden?

Die ist abgehalten worden in Mariahilf, in der Wohnung vom Genossen Soucek. Der war Schneidermeister. Er ist schon gestorben. 1949 war dann diese Spaltung in den entristischen Flügel, der vom Modlik geführt worden ist, und der Mehrheit der Organisation, die den totalen Entrismus abgelehnt hat.

Welche Stellung hast denn Du in dieser Kontroverse eingenommen? Beide Teile waren ja eigentlich darauf orientiert, Entrismus in der SP zu betreiben.

Ich habe damals den Standpunkt der Mehrheit eingenommen und habe den eigentlich ziemlich konsequent vertreten. Bitte, rückblickend betrachtet, auch im Rahmen der Internationale, hätte es ja in dieser Frage zu keiner Spaltung kommen müssen. Man hätte das ausdiskutieren können und praktisch Erfahrung sammeln können. Man hätte auf keinen Fall die Organisationsstrukturen auflösen sollen. Ob das jetzt wirklich die Absicht vom Modlik war? Bitte, er hat halt dazu geneigt, zu extremen Formulierungen, zu einer extremen Handlungsweise. So wie er zuerst für den Eintritt der ganzen Organisation in die KP war; dann, wie er gesehen hat, dass das verfehlt war, hat er das Gegenteil vertreten: alles hinein in die SP, die Organisationsstrukturen als solche aufzulösen, die ganze Kraft für die entristische Arbeit in der SP zu verwenden. Ich habe damals den Standpunkt der Mehrheit vertreten, sehr konsequent und offensiv. Wenn man die Verantwortlichkeiten für die Spaltung aufteilen will ...

Für die Spaltung im 49er Jahr, meinst Du?

Ja. Da fällt mir sicher auch ein Teil Verantwortung zu.

Für die damalige Spaltung?

Ja. Da sind natürlich schon damals dazugekommen die Disziplinlosigkeiten vom Modlik. Er hat sozusagen den Standpunkt vertreten: Ich werde das mit meinen Leuten auf alle Fälle durchziehen! Das war bei ihm immer ein Zug: in Bezug auf Organisationsstrukturen so ein gewisser Anarchismus, auf seine Person zugeschnitten.

Was mich auch sehr interessieren würde: Haben sich diese Spaltungstendenzen auch zum Teil entlang der Linie der alten Organisation vollzogen oder ist doch 1945/46 ein gewisser Homogenisierungsprozess eingetreten?

Zwischen den RK und der alten Gruppe mit Felix vom Kampfbund ist eigentlich die Homogenisierung nur oberflächlich gewesen. Es hat sich gezeigt, dass da bald Differenzen aufgetreten sind und dass dann der eine Teil ausgeschlossen worden ist – und der Felix auf Weisung vom Frey sich ebenfalls zurückgezogen hat. Dann natürlich die Debatte um die entristische Taktik, die dann zur Spaltung geführt hat. Das hat zur Folge gehabt, dass am Rande der Organisation einzelne Mitglieder begonnen haben, sich zu entfernen. Wahrscheinlich hat da bei denen auch mitgespielt, dass diese Diskussion und diese Spaltung doch eine gewisse demoralisierende Wirkung gehabt hat; und wahrscheinlich auch die Erkenntnis, dass für diese illegale Organisation keine wirkliche Perspektive vorhanden ist.

Wieweit haben sich denn zum Beispiel diese politischen Differenzierungsprozesse auch auf die Mitgliedschaft ausgewirkt? Also sind diese Diskussionen nur an der Spitze und dann individuell, aufgrund persönlicher Bekanntschaften, auch sozusagen an die Basis gedrungen, oder war das ein Diskussionsprozess und ein politischer Polarisierungs- und Differenzierungsprozess, der sozusagen oben und unten gleichzeitig geführt worden ist?

Ja, der hat schon die ganze Organisation umfasst – bis in die Zellen. Wobei natürlich auch eine gewisse Rolle gespielt hat, welcher Genosse die Zelle geleitet hat und zu welcher Fraktion oder Tendenz er dann gehört hat. Es hat dann zum Schluss, kann ich mich erinnern, bevor die Spaltung beschlossen war, eine Mitgliederversammlung gegeben, in einer Wohnung, an der circa 30 oder 40 Genossen teilgenommen haben. Wo der Genosse Babnik noch versucht hat, mit dem Modlik zu sprechen, um die Spaltung zu verhindern. Das hat aber zu keinem Ergebnis geführt. Da war ich anwesend bei dieser Versammlung. Ich bin damals auch dafür eingetreten für die Trennung.

Und wie viele Leute sind da mit dem Modlik ungefähr gegangen?

Na, das werden circa 20 gewesen sein. Mit der Mehrheit sind dann circa 35 bis 40 gegangen. Die Felix-Gruppe und die RK waren nicht mehr da.

Was war denn eigentlich der ausschlaggebende Beweggrund für das Ausscheiden der RK-Gruppe?

Das waren in erster Linie schon in der Leitung – da war ich aber noch nicht in der Leitung – ständige Auseinandersetzungen mit dem Steiner, sowohl politische wie auch organisatorische. Man hat ihn ausgeschlossen aus disziplinären Gründen. Ich

kann jetzt nicht einmal sagen, warum. Es war natürlich auch das ein persönlicher Gegensatz zwischen den alten führenden Mitgliedern der Linksopposition und dem Steiner, der Arbeiter war, der im Gefängnis gesessen ist und so weiter. Wahrscheinlich sind da auch die persönlichen Beziehungen irgendwie nicht harmonisch gewesen. Aber das kann ich nicht so sagen.

Das hast Du sozusagen nicht aus unmittelbarer Nähe miterlebt.

Nein. Wobei man überhaupt sagen kann, der Steiner war ein revolutionärer Arbeiter, und der Modlik und der Babnik und die, das waren Halbintellektuelle, die viel gelesen haben, die sich sehr gescheit gegeben haben, aber eigentlich nie in der wirklichen Arbeiterbewegung verwurzelt waren – meiner Meinung nach.

Wobei ich jetzt sagen muss, ich war ja nicht nur in der SP tätig, sondern ich bin auch dann, aufgrund meiner Aktivität, zum Vertrauensmann bei den Städtischen Büchereien gewählt worden und dann sogar im Jahre 1950 zum Obmann der Geschäftsgruppe Kultur und Volksbildung. Wobei da vorher ein Kampf stattgefunden hat gegen die alten Vertrauensleute, die also bei der Abfassung des Dienstpostenplans und der Einstufung praktisch die ganze Basis schlecht eingestuft haben und für sich also die fetten B-Posten geholt haben. Ich bin für die Basis eingetreten und habe das offen angekämpft. Der Ruhm dieser Tätigkeit war natürlich, dass die Alten gestürzt worden sind und ich gewählt worden bin. Ich habe also dann nicht nur in der SP gearbeitet, sondern auch in der Gewerkschaft, dadurch – das war für mich von großem Vorteil – war ich in der Organisation einer von jenen, die in der praktischen Arbeiterbewegung verwurzelt waren. Für mich war nicht das innerorganisatorische Leben jetzt das politische Leben, sondern ich habe einen Bezug zur realen Außenwelt gehabt.

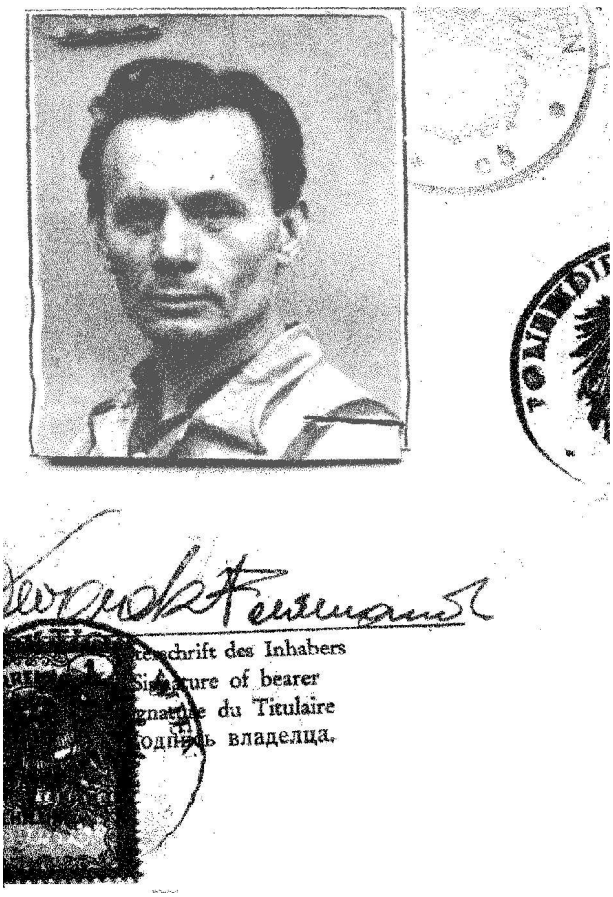
Dieser Kurs auf Entrismus in der KP, ist der aufrechterhalten worden? Hat da also mit der Entführung des Karl Fischer so ein Bruch eingesetzt?

Nein, in erster Linie war natürlich das maßgebend, dass die SP die führende Kraft war, die Arbeit in der KP, also eine entristische Arbeit, praktisch unmöglich war.

Sind da keine Sympathisanten oder Mitglieder gewonnen worden?

Nennenswert kann ich mich nicht erinnern. Wir haben Betriebsräte gehabt, KP-Betriebsräte. Der eine war sogar in der Leitung vertreten. Der war zum Beispiel bei Siemens & Halske KP-Betriebsrat. Der ist dann – aber erst nach dem Oktoberstreik, also viel später – aus der Leitung der IKÖ, aus der Organisation ausgeschieden, weil er also mit der Taktik der Organisation, die jetzt ganz auf Entrismus und Arbeit in der SP gerichtet war, auch mit der Wahltaktik nicht einverstanden war. Da hat er einen Widerspruch gesehen zu seiner Position als gewählter Betriebsrat. Aber es wird natürlich eine Rolle gespielt haben die Perspektivlosigkeit – von ihm aus gesehen. Er war Werkzeugmacher, ein ernster Genosse.

Wie gesagt, dass bei der KP nichts zu holen war. Und man hat dann begonnen, diese Betriebsräte aus der KP herauszuziehen und sie in die SP eintreten lassen. Wobei das natürlich kein leichter Übergang war, weil die ja in der SP auch irgendwie stigmatisiert waren, dass sie bei der KP waren. Das hat dann Jahre gebraucht, bis sie sich dort verwurzeln konnten. So einer war zum Beispiel der Dworak. Der war in einem größeren Betrieb. Der ist zum Beispiel auch bei der Betriebsrätekonferenz anlässlich des

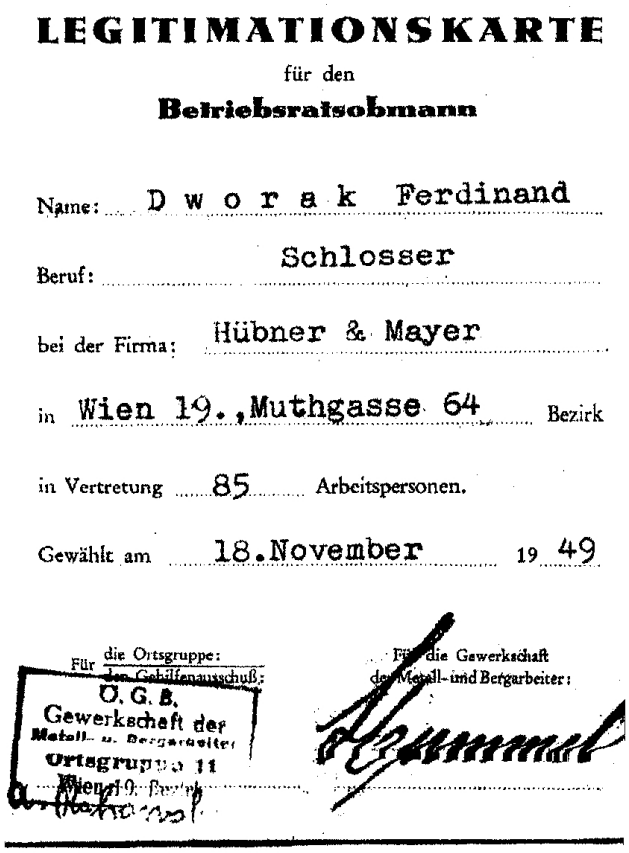


Ferdinand Dworak 1945

Oktoberstreiks aufgetreten – ich war auch dort – gegen den Böhm. Er hat dort einen Antrag vorgeschlagen, dass der Generalstreik beschlossen und unterstützt wird; das ist aber in der Minderheit geblieben. Ich bin dort nicht aufgetreten.

Ja, dann hat es auch eine wichtige Streikbewegung gegeben im 48er Jahr, der Schuharbeiterstreik. Wir haben einige Genossen gehabt als Betriebsräte in den Schuhfabriken. Aufgrund der schlechten Tarifverhältnisse haben die Schuharbeiter Forderungen gestellt, die aber der damaligen Politik der Vorläufer der Lohn- und Preistaktik, der Gewerkschaftstaktik – also erst aufbauen, Lohnbeschränkung und so weiter – nicht entsprochen haben. Die haben also vor allem Tarifforderungen gestellt und auch, ich glaube, bessere Arbeitsbedingungen verlangt. Sie sind von der Gewerkschaftsführung im Regen stehen gelassen worden. Das war damals eigentlich der größte Streik, er hat über vier Wochen gedauert. Dann sind sie praktisch ausgehungert worden. Man ist sogar tätlich vorgegangen bei den Versammlungen. Die Hauptsprecher der Bewegung waren auch unsere Genossen.

Der Streik ist eigentlich geleitet worden von der Leitung der Organisation. Jeden Tag sind sie zusammengetreten mit den Betriebsräten. Ich war da nicht dabei. Bitte, vielleicht hat man den Fehler gemacht, dass man die Kraft dieser Streikbewegung überschätzt hat, die Möglichkeit eines vollen Erfolges. Vielleicht wäre es richtig gewesen, mehr auf eine Kompromisslösung, soweit es möglich war, einzugehen. Weil auch dieser Streik hat dann zu einer gewissen Demoralisation geführt. Der Genosse, der war eigentlich der Führer der Streikbewegung und in den Auseinandersetzungen. Der hat dann kurze Zeit später die Organisation verlassen und hat dann ein Branntweingeschäft gegründet bei der Augartenbrücke.



LEGITIMATIONSKARTE

für den

Betriebsratsobmann

Name: D w o r a k Ferdinand

Beruf: Schlosser

bei der Firma: Hübner & Mayer

in Wien 19.,Muthgasse 64 Bezirk

in Vertretung 85 Arbeitspersonen.

Gewählt am 18.November 19 49

Für die Ortsgruppe: den Gehilfenausschuß:
Ö. G. B.
Gewerkschaft der Metall- u. Bergarbeiter
Ortsgruppe 11
Wien 19. Bezirk

Für die Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter:

(*Und der Babnik?*)

Er war auch bei der KP und war ja Bibliothekar, so wie ich. Ich habe einmal viel gehalten von ihm, er hat sehr gescheite Reden gehalten, hat viel gelesen. Bis ich dann draufgekommen bin – da hat es ja folgende Situation gegeben bei uns im Betrieb: Ich war der Obmann von unserer Gruppe, von den 170 Bibliothekaren und von der ganzen Kultur und Volksbildung. Da war viel zu tun. Da musste ich mich einsetzen und so weiter. Ich habe für unsere Leute viel herausgeholt, der ganze Dienstpostenplan wurde in sehr harten Kämpfen entscheidend verbessert. Die (*anderen IKÖ-Mitglieder, die in den Städtischen Büchereien arbeiteten; Anm. der Redaktion*) waren in der KP. Jetzt haben wir Besprechungen gehabt. Nachdem wir alle Organisationsmitglieder waren, haben sie, die in der KP waren, bestimmen wollen, was ich tue. Da hat es natürlich Differenzen gegeben.

Das verstehe ich jetzt nicht ganz?

Also da war eine Zelle bei uns im Betrieb. Da waren sechs Genossen, die bei der Organisation waren. Ich war der einzige, der bei der SP war. Die anderen waren bei der KP und sind erst später zur SP übergetreten. Da hat es folgendes gegeben: Es hat eine Wahl der Vertrauensmänner gegeben, KP-Fraktion, SP-Fraktion. Ich bin in der SP-Fraktion führender Mann gewesen, auch auf der Wahlliste. Da haben sie zum Beispiel von mir verlangt, ich muss jetzt bei der Wahl für die KP stimmen. Ich habe das nicht begreifen können. Abgesehen davon, dass das auffliegen kann – aber bitte, das weniger. Ich habe mich dagegen zur Wehr gesetzt. Bitte, ich glaube, ich habe sogar damals der Disziplin nachgegeben und habe für die KP-Liste gestimmt, obwohl ich auf der anderen Liste kandidiert habe. Aber dann das zweite Mal habe ich das nicht mehr gemacht.

Hat das irgendwelche Auswirkungen gehabt?

Nein, das hat ja niemand gewusst. Das war eine geheime Wahl. Die Genossen – wie soll ich sagen? –, die konnten nicht einmal offen meine Politik unterstützen, weil sie ja als KPler bekannt waren. Ich habe ja eine richtige Gewerkschaftspolitik gemacht: bin eingetreten für Verbesserung des Dienstpostenplans und so weiter. Bitte, ich konnte mich allerdings weniger durchsetzen durch den SP-Chef. Also meine Taktik war immer: Druck auf die Gewerkschaftsführung, aber gleichzeitig habe ich schon vorher Versammlungen gemacht – Fraktionsversammlungen, allgemeine Versammlungen –, was nicht gern gesehen wurde, was sie (*Gewerkschafts- und SPÖ-Bürokratie; Anm. der Redaktion*) nicht wollten. Aber sie konnten das nicht verhindern. Ich bin vier Mal zum Obmann gewählt worden. Nur im 66er Jahr habe ich dann, nach Rücksprache mit meiner Frau, gesagt, das reibt mich zu sehr auf. Ich habe das auch mit dem Hallstein besprochen, habe gesagt: Ich ziehe mich da zurück. Es ist da für uns nichts mehr zu machen. Da habe ich dann auf meine Kandidatur verzichtet. In der Organisation – das war dann die Niedergangsphase – war ich auch tätig und in der SP auch. Also ich wundere mich, dass ich heute noch da sitze.

Vielleicht gerade deshalb.

Aber gut, das war das reale Leben. Zum Unterschied von anderen war ich in der wirklichen Bewegung involviert. Gut, ich kann auch da etwas einfügen: Die Debatte war

schon 1947/48, ob Österreich ein Heer bekommen soll. Da war eine Bezirkskonferenz von der SP-Ottakring, da hat der Julius Deutsch gesprochen. Der ist eingetreten für den Neutralitätsstatus und für das Bundesheer. Und ich bin dort als Sprecher der Sozialistischen Jugend aufgetreten – bei dieser Bezirkskonferenz waren circa 300, 400 Leute – nicht gegen ein Heer, aber für ein Heer, das den Interessen der Arbeiterklasse entspricht. Nach den Erfahrungen des Februar 1934, man soll ein Milizheer haben, in dem alle Arbeiter die Möglichkeit haben, zu dienen, indem sie ihre Waffen nach Hause nehmen können. Also kein Söldnerheer, kein Heer unter Führung bürgerlicher Offiziere – auch die Arbeiter müssen die Möglichkeit haben. Da habe ich großen Beifall gehabt. Interessanterweise, der Julius Deutsch hat mir gar nicht widersprochen. In der damaligen Situation war ihm das wahrscheinlich nicht möglich. Ich bin damals auch nicht kritisiert worden, der Pfoch war einverstanden und so weiter. Ich bin ja dann in Ottakring bei der SP – wie ich in Ottakring gewohnt habe – bei Bezirkskonferenzen aufgetreten. Aber ich bin ja dann in meine alte Wohnung zurück, und da war ich dann mit meiner Frau in der SP-Brigittenau tätig, in der Sektion 15. Da hätten sie mir die Sektionsleiterstelle anvertraut, das habe ich immer abgelehnt. Das wäre zu viel gewesen. Aber auf Bezirkskonferenzen waren wir delegiert.

Wann bist Du denn übersiedelt?

Ich bin übersiedelt im Jahre 1946 und Mitglied geworden in der SP-Brigittenau. Dann bin ich 1958 wieder nach Ottakring übersiedelt.

Wer war denn in Deiner IKÖ-Zelle noch? Aus wie vielen Mitgliedern hat denn die bestanden?

In Ottakring waren in dieser Zelle sechs oder sieben Mitglieder. In der Brigittenau waren es auch so viele Mitglieder. Das war in der Brigittenau dann eine reine Arbeiterzelle mit Betriebsräten, die in den verschiedenen Betrieben gearbeitet haben. Einer, kann ich mich erinnern, hat gearbeitet bei Schrack. Die meisten haben in Metallbetrieben gearbeitet.

Hast Du die damals auch wahrscheinlich nur unter ihrem Decknamen gekannt?

Ich habe auch die legalen Namen gewusst, weil ich ja auch die Wohnungen gewusst habe. Aber bitte, die sind mir alle (entfallen).

Wie rigoros ist denn diese Illegalität aufrechterhalten worden?

Mehr oberflächlich. Das Wesentliche war, dass man (nicht) in der Öffentlichkeit aufgetreten ist und dass man in der Organisation Decknamen verwendet hat. Der alte Pavelka hat mir dann einmal gesagt – das war im Jahre 1949, glaube ich – wie er noch in der Organisation war und Obmann des Schiedsgerichts war und auch mit der Steiner-Sache befasst und noch mit einigen anderen Dingen, dass er gehört hat von dem Aschenbrenner – das war einer in der Staatspolizei, ich glaube der SP-Mann – also dass der ihm den „Spartakist“ gezeigt hat und gesagt hat, ob er davon weiß, dass da eine Organisation von Trotzkisten ist und das doch irgendwie kindisch ist, ob er (der Pavelka) Beziehungen dazu hat. Das war einer der Gründe, dass er ausgetreten ist, der Pavelka – einer der Gründe, das hat er mir gesagt. Ob das tatsächlich wahr ist, kann ich nicht beurteilen; es ist anzunehmen.

Wie ist denn der „Spartakist“ vertrieben worden?

In der guten Zeit wird er eine Auflage gehabt haben von 150 bis 200 Stück. Dann ist das immer weiter zurückgegangen. Also praktisch innerhalb der Organisation. Vielleicht ist er an ein paar Adressen verschickt worden.

Das war eigentlich nur für Mitglieder und für einen engeren Kreis von Sympathisanten?

Ja. Hat nach außen keine Wirkung gehabt. Es ist dann später herausgegeben worden – da war ich federführend – auch hektographiert, der „Sozialist“, aber auch illegal. Das haben wir geschickt an Sektionen.

Ah, der „Sozialist“ war auch illegal.

Ja, war auch illegal. Da habe ich sehr viele Artikel geschrieben. Der „Sozialist“ ist circa zwei Jahre erschienen.


Wacht auf, Verdammte dieser Erde!

DER SOZIALIST

Herausgegeben von oppositionellen sozialistischen Arbeitern

Erscheint monatlich Nr. 18 Juli 1950

Ich habe mir gedacht, der „Sozialist“ war das Entrismusorgan.

Ja, es war das Entrismusorgan.

Da ist es ja nicht notwendig, das illegal herauszugeben.

Gut, es hat ja niemand gezeichnet. Zu diesen Sachen hat man sich nicht entschlossen. Das erste Mal ist man legal aufgetreten, als der Modlik gezeichnet hat für die „Internationale“. Da hat der Modlik gezeichnet auf Beschluss der Organisation. Aber auch in Österreich, weil man in Deutschland sich nicht getraut hat, das zu machen. Das war in erster Linie für den deutschen Sprachraum und für die deutschen Genossen bestimmt.

In der internationalen trotzkistischen Bewegung hat es ja Ende der 40er, Anfang der 50er Jahre sehr hitzige Debatten weltweit gegeben über die Entwicklungstendenzen der Volksdemokratien, über die Einschätzung des Stalinismus und so weiter. Wieweit wart Ihr denn da involviert und wieweit waren überhaupt die internationalen Beziehungen?

Die internationalen Beziehungen waren an und für sich sehr eng. Es hat schon 1948 ein Genosse an dem, glaube ich, 2. Weltkongress teilgenommen. Ich selbst habe das erste Mal an einer internationalen Sitzung teilgenommen 1952: Da bin ich mit dem Modlik nach Frankreich gefahren. Da haben wir an einer Sitzung des Internationalen Exekutivkomitees teilgenommen. Im Mittelpunkt ist damals gestanden die Entrismus-Debatte und Entrismus-Entscheidung. An dieser Sitzung haben von den führenden Genossen der Internationale teilgenommen – soweit ich mich erinnern kann: der Genosse Mandel, der Genosse Pablo – Pablo ist Raptis –, der Genosse Pierre Frank. Inte-

ressanterweise auch ein Genosse aus Bolivien. Es war ja damals die Revolution in Bolivien. Das war nach der Revolution, nach dem Sturz der Militärdiktatur, wo die nationalrevolutionäre Bewegung MNR die Macht ergriffen hat. Da hat der Genosse Guillermo Lora teilgenommen. Der hat einen siebenstündigen Bericht gegeben – das war sehr interessant – über die ganze Geschichte und die Revolution in Bolivien. Aber bei der Sitzung war dann noch ein wesentlicher Streitpunkt: und zwar war das damals die Spaltung der französischen Sektion in den Flügel unter Pierre Frank und die Lambertisten. Ich bin da eigentlich überhaupt nicht informiert gewesen. Es hat sich alles auf mich gestürzt. Nur weiß ich jetzt nicht genau, ob das bei der Sitzung mit dem Lora war oder ob wir dann später noch eine separate Sitzung gehabt haben. Da war, glaube ich, dann der Modlik nicht dabei. Ich habe da das Stimmrecht übertragen bekommen, das österreichische Mandat. Und die Lambertisten sowie die Leute von Pierre Frank wollten nun von mir eine günstige Entscheidung haben. Ich kann wohl Französisch, aber ich habe ja nicht die Zeit gehabt, alle Dokumente zu lesen. Ich habe mich dann im Wesentlichen immer der Stimme enthalten. In der Frage der Disziplin habe ich, glaube ich, für die Mehrheit gestimmt, aber sonst habe ich mich der Stimme enthalten. Ich war einfach nicht genügend informiert darüber und ich hielt es für falsch, da blind für etwas zu stimmen. Da habe ich auch damals den Genossen Lambert kennengelernt, auch den Genossen Pierre Frank, Mandel usw. Nach 1950 haben wir einmal mit den Schweizer Genossen, mit den deutschen Genossen – da war der Jungclas dabei, der Boepple – eine Woche eine internationale Schulung gemacht auf einer Alm in der Nähe von Landeck. Da war der Mandel dabei, der über die Geschichte der 4. Internationale referiert hat, der Jungclas über die deutsche Revolution und die Geschichte der KPD, dann über Österreich ... Es sind damals auch praktische Fragen ausgetauscht worden. Es hat damals begonnen eine gewisse enge Zusammenarbeit mit den deutschen Genossen, die unter Führung von Jungclas und Boepple waren, aber damals schon entristisch in der SPD gearbeitet haben.

Wer war denn da hauptsächlich für die Zusammenarbeit mit den Deutschen verantwortlich, von hier?

Ich glaube, die Gesamtleitung war dafür zuständig. Ich war damals schon in der Leitung.

Kannst Du das noch rekonstruieren, wer damals tatsächlich in der Leitung war?

Genosse Modlik – also vor der Spaltung 1949 –, der Genosse Silo (*das ist Hans Babnik, Anm. der Redaktion*), Genosse Bruno. Den Namen von der Sekretärin weiß ich nicht mehr. Dann Genosse Ottinger, glaube ich – das ist auch ein Deckname. Genosse Sachs (*d.i. Franz Drexler*). Ich glaube, das sind die wesentlichen.

Was ist aus all denen geworden – Ottinger, Sachs, Silo?

Der Silo hat sich von jeder politischen Tätigkeit zurückgezogen. Der Genosse Sachs, mit dem habe ich noch zeitweise persönlichen Kontakt. Zum Unterschied vom Silo ist er freundlich eingestellt. Vom Genossen Ottinger weiß ich nichts mehr.

Vielleicht werde ich kurz zusammenfassen die Niedergangsereignisse. Unter dem Druck der Internationale und nachdem beide Teile der Organisation nach der Spaltung im wesentlichen Arbeit in der SP geleistet haben ... Auf Vorschlag der Internationale

hat es sogar eine Verbindungsstelle gegeben, wo man gemeinsam Erfahrungen ausgetauscht hat, auch zusammengekommen ist über diese Arbeit. 1954, glaube ich, oder 1955 ist dann eine Vereinigungskonferenz abgehalten worden, und die beiden Teile haben sich wiedervereinigt.

Bei dieser Konferenz war auch der Genosse Pablo in Wien. Das war vor allem für die Internationale wichtig, weil wir also beraten haben über der Herausgabe der „Internationale". Es ist damals beschlossen worden, dass die „Internationale" als Organ des Sekretariats herauskommt, dass die Herausgabe legal in Österreich erfolgt, dass der Modlik das übernimmt. Er ist bei seiner Arbeit finanziell, sowohl von den deutschen Genossen wie auch von der österreichischen Sektion unterstützt worden, was also redaktionelle Übersetzungen betrifft. Die Artikel, auch teilweise die von ihm gezeichnet sind, sind ja von anderen Genossen geschrieben worden. Bitte, er hat aber sicher die Hauptarbeit geleistet, unterstützt von einigen Genossen. Die „Internationale" ist dann in Österreich bis zum Jahre 1962 erschienen, ist dann nach Deutschland transferiert worden. Das hängt aber dann zusammen mit der neuerlichen Spaltung und dem Zusammenbruch der hiesigen Organisation. Ich war dann fast ununterbrochen immer in der Leitung, und ich bin dann auch später zum Vorsitzenden der Leitung gewählt worden.

In welcher Phase war das ungefähr?

Das wird gewesen sein 1958. Zum Weltkongress 1957 – also Weltkongresse haben stattgefunden 1953, 1957 – war ich schon dabei. Da haben wir eine Delegation gehabt von fünf Genossen. Der war auch in Frankreich. Der nächste Weltkongress war im Jahre 1960, Ende 1960. Da war ich auch dabei, da bin ich dann schon gewählt worden ins IEC, als Vertreter der österreichischen Organisation.

Ach so, Du warst IEC-Mitglied auch?

Ja, das hat dann eine Rolle gespielt. Um dieses Mandat haben sich dann verschiedene Leute gerauft. Ich bin eigentlich in diese Leitungsfunktion hinein, weil da hat schon begonnen die Absetzbewegung der alten Genossen. Ich will nicht sagen, dass sie müde waren, aber sie haben halt mehr Wert gelegt auf ihr Privatleben.

(Und wie bist Du in der SP aufgetreten?)

Da muss erwähnt werden, dass ich 1951 schon führend tätig war in dem Diskussionsklub, den der Hindels und der Blau ins Leben gerufen haben. Der hat dann über ein Jahr seine Tätigkeit entfaltet, mit Referenten über innerparteiliche Probleme diskutiert hat, aber öffentlich zugänglich war. Ich war im Koordinierungsausschuss. Der Nedwed war auch dabei. Da haben wir immer vorher besprochen, was wir machen, und Einschätzungen gegeben. Aber ich war der Meinung, vor mir haben sie schon Fraktionsbesprechungen (gemacht). Bitte, ich bin dort nicht als Trotzkist gewesen, sondern weil ich in einem Arbeiterbezirk verankert war, weil ich gewerkschaftlich verankert war, weil ich als Linker bekannt war.

Dieser Diskussionsklub hat aber dann seine Tätigkeit eingestellt, aufgrund eines Beschlusses des Parteivorstandes. Da sind wir vorher vorgeladen worden vor den Wiener Parteivorstand. Der Hindels war nicht anwesend, der hat sich schon vorher geeinigt mit dem Czernetz über die Auflösung des Diskussionsklubs. Anwesend war der

Nedwed, der Blau, ich und der spätere Sozialminister. Und von der anderen Seite war anwesend: der Jonas – der war damals noch nicht Bundespräsident –, der Slavik, der Bergmann. Dort hat man stundenlang mit uns diskutiert, „dieser Diskussionsklub ist von Kommunisten unterwandert, es schadet der Partei in der gegenwärtigen Situation“. Ich bin dort mit folgender Linie aufgetreten: ich habe dem Jonas gesagt: „Genosse Jonas, die Partei müsste doch froh sein, wenn hier junge Genossen, Sozialisten, diskutieren über Parteiprobleme, lebendige Diskussionen, auch kritisch und so weiter. Wir sind doch eine demokratische Partei. Warum will man das jetzt unterbinden? Ihr verlangt von uns einfach, wir sollen das freiwillig auflösen. Genosse Jonas, ihr könnt doch hier einen Beschluss fassen – ob er richtig ist, ist eine andere Frage. Ihr beschließt, der Diskussionsklub muss aufgelöst werden aus den und den Gründen.“ Darauf sagt er: „Ja, das wollt ihr. Dann könnt ihr hinausgehen und sagen, das ist verboten worden. Ihr seid die Märtyrer. Nein, das machen wir nicht. Wenn ihr auch den guten Glauben habt, aber ihr werdet ausgenützt. Und dann schadet das jetzt der Koalitionspolitik. Wir sind eine staatserhaltende Partei“ usw. Also die Diskussion hat dann mit dem geendet: Wir haben dem nicht zugestimmt, aber faktisch hat hinter unserem Rücken der Hindels das mit dem Czernetz (ausgemacht).

Der Hindels hat wieder als Vorwand genommen die Gruppe vom Felix, die hat noch bestanden, die hat dort zwei-, dreimal Flugblätter verteilt in ihrer Blödheit. Und das hat man zum Anlass genommen. Nicht mich – bei mir waren sie sich nicht im Klaren. Ich war eigentlich als guter, linker SPler dort bekannt. Aber einen Genossen haben sie dann verantwortlich gemacht: den Genossen Sachs. Der war ja nicht beteiligt an dieser Sache – aber das war ja alles nur ein Vorwand.

Wir haben dort keine Störaktionen gemacht. Es sind Genossen von uns hingegangen, Betriebsräte und so weiter. Wir haben das unterstützt, das war doch was Positives. Ich bin immer dort eingetreten, das genügt nicht, dass wir diskutieren, wir müssen das irgendwie organisieren, wir müssen eine schriftliche Publikation herausgeben, offen gezeichnet. Wir müssen eine organisierte linke Tendenz bilden in der SP. Das hat der Hindels abgelehnt. Ich könnte jetzt vorgreifen: Dann später, im Jahre 1962, ist der Mandel nach Wien gekommen, und ich habe in meiner Wohnung eine Zusammenkunft organisiert von führenden Linken. Da war der Nedwed dabei, der Hindels, einige führende Linke. Da hat der Mandel, der damals noch in der belgischen SP tätig war und La Gauche herausgegeben hat, über seinen Kampf und seine Linie berichtet und auch über die politische Lage in Belgien, die ganze Geschichte der Linken. Das hat der Hindels sehr beifällig aufgenommen. Er hat dann dem Nedwed gesagt, das war ein sehr interessanter Abend. Er hat dann auch immer einige Sachen vom Mandel für seine offiziellen Schriften herausgenommen. Ich habe das aber als Sozialist, also nicht als Trotzkist, gemacht. Der Nedwed hat mich immer gefragt, wer der Mandel ist. Ich habe gesagt: „Ein linker Sozialist, Herausgeber von der La Gauche“ und so weiter. Ich habe nicht gesagt, dass das ein Trotzkist ist. Ich konnte den ja nicht enttarnen. Das war also ein Versuch, denen zu zeigen, dass man mehr machen kann, als in Österreich geschieht. Sicher, die Linke ist dann ausgeschlossen worden in Belgien nach der großen Streikbewegung 1960.

Und wann war diese Zusammenkunft?

Die war im Jahre 1962. Die hat dann eine Rolle bei der letzten Spaltung gespielt. Denn der Modlik wollte immer, dass ich mehr Genossen von unserer Organisation, den Betriebsrat Dworak zum Beispiel, hineinnehme. Und ich hätte das als störend empfunden; der kann sich nicht taktisch richtig verhalten. Für mich war wesentlich, dass ich da führende Leute der Linken mit dem Mandel zusammenbringe und da nicht, was weiß ich, Organisationsversammlungen mache. Ich habe das abgelehnt.

Ich gehe jetzt wieder zurück. Ich habe dann an allen Weltkongressen teilgenommen, weil ich ja IEC-Mitglied war: Ende 1960, dann der nächste Weltkongress war 1965. Das war der Vereinigungskongress mit den amerikanischen Genossen, mit der Tendenz, die sich ja 1953 abgespalten hatte. Ich habe teilgenommen am Weltkongress 1969 nicht, da hat der Hallstein teilgenommen. Da konnte ich damals nicht, da habe ich keinen Urlaub gekriegt. Der hat in meiner Vertretung teilgenommen. Und ich habe dann am letzten Weltkongress – da hat es schon die GRM gegeben, aber nachdem ich das Mandat gehabt habe – teilgenommen, am 10. Weltkongress. Das war 1974. Da ist dann mein Mandat übertragen worden an einen Genossen von der GRM.

Bei welchem Weltkongress hat es Streitigkeiten gegeben, wem welches Mandat zukommt – was Du vorhin erwähnt hast?

Am Weltkongress überhaupt nicht. Sondern es ist dann in der Internationale – und das hat sich auf die österreichischen Sektion in dieser Niedergangsepoche übertragen – die Pablo-Tendenz gebildet (worden). Nachdem er aus der Haft entlassen worden ist – er ist über ein Jahr im Gefängnis gesessen wegen dieser Banknotensache.

Hat das mit Algerien zu tun gehabt?

Ja, mit der Waffenfabrik in Algerien. Ich war auch während seiner Haft in Holland bei seiner Frau und habe ihr einen gesammelten Geldbetrag überbracht. Die Pablo-Fraktion hat abgelehnt die Wiedervereinigung mit den Amerikanern. Die Pablo-Fraktion ist auf dem Standpunkt gestanden – nachdem sie eine Minderheit in der Internationale war –, die Internationale soll sich eine neue Form der Organisation geben, nicht auf Grundlage der Prinzipien des demokratischen Zentralismus, sondern soll sich organisieren als föderalistische Internationale, wo verschiedene Tendenzen und Gruppen zusammengefasst sind und wo jede Tendenz und Gruppe die Möglichkeit und das Recht hat, nach außen offen aufzutreten.

Die hauptpolitische Differenz war, der Pablo war der Meinung, das Hauptgewicht der Internationale soll auf dem Sektor der Unterstützung des Kampfes der antikolonialen Revolution sein, während die Mehrheit der Internationale der Auffassung war, das ist nur ein Teil der revolutionären Entwicklung. Der Mandel hat dann das sogenannte Drei-Phasen-Modell entwickelt: also antikoloniale Revolution, europäische und amerikanische Arbeiterbewegung, und politische Revolution in der Sowjetunion und in den entarteten Arbeiterstaaten des Ostens. Pablo wurde dann ausgeschlossen aus der Internationale. In Wien hat sich also unter der Führung Modliks eine offen pablistische Tendenz gebildet. Die haben dann in der Organisation praktisch die Mehrheit erlangt.

Das war 1963?

Ja, 1962/63. In dieser Phase war ich Vorsitzender der Leitung. Ich war Angehöriger der Mehrheitstendenz in der Internationale. Da hat eine IEC-Sitzung stattgefunden in Italien, wo über den Ausschluss der Pablo-Tendenz beraten werden sollte.

Warst Du auf dieser Konferenz auch anwesend?

Ja, klar. Es wollte auch der Modlik anwesend sein. Aber nachdem es ihnen nicht gelungen ist, das Mandat, das ich innegehabt habe, zu bekommen, haben sie den Konflikt bis aufs Äußerste getrieben.

Da sind nun einige junge Genossen vom VSM, durch einen Genossen, der mit Modlik in Verbindung war und dessen Sohn beim VSM war, für die Organisation gewonnen worden. Modlik hat im Interesse der Pablo-Tendenz offen auf die Spaltung hingearbeitet. Ich habe in der Situation vorgeschlagen, dass die vier jungen Genossen vom VSM in die Leitung kooptiert werden. Weil ich mir gedacht habe, die sind halbwegs unverdorben und können leicht als Neutrale verhindern, dass die Organisation auseinanderfällt.

Wer waren denn die vier?

Der Hallstein, der Marschalek, der Sohn des Genossen Dworak, der junge Dworak – und wer war der vierte? Das fällt mir momentan nicht ein. Da hat eine Leitungssitzung stattgefunden in meiner Wohnung. Und auf der Tagesordnung der Leitung war die wichtige Frage des bevorstehenden Ausschlusses der Pablo-Tendenz, international gesehen. Der Modlik war nicht in der Leitung. Er hätte in die Leitung gewählt werden können; er hat sich geweigert bei einer vorhergehenden Konferenz. (Die Strömung um Modlik hat einen) ultimativen Beschluss (verlangt), dass auf dieser Leitung beschlossen werden muss, dass der Standpunkt der österreichischen Sektion ist: „Der Genosse Pablo hat recht und der darf nicht ausgeschlossen werden."

Wer hat das vorgetragen?

Der Hallstein, im Auftrag vom Modlik. Ich habe in der Leitung gehabt: einen alten Arbeiter, den Pokorny, der auf meiner Seite gestanden ist, ein alter Schutzbündler. Dann war ein Vertreter der Seidel – das war ein Vertreter vom Modlik. Und damals war in der Leitung auch schon der Vancura; der war auch ein Vertreter vom Modlik. Und eben die vier jungen Genossen (*aufgrund der Kooptierung nur mit beratendem Stimmrecht*). Die haben praktisch die Mehrheit in der Leitung gehabt. Wobei bei gleichem Stimmverhältnis ich (der Vorsitzende der Leitung) die entscheidende Stimme gehabt hätte.

Ich habe das abgelehnt, dass darüber abgestimmt wird. Ich habe gesagt, das ist so eine wichtige Frage, es sind die Dokumente eingetroffen, wir sollten das zuerst studieren, und der Beschluss sollte vertagt werden. Ich wollte in der Situation Zeit gewinnen. Bitte, es ist meiner Meinung nach auch politisch richtig: Ich muss ja die Möglichkeit haben, die Dokumente zu kennen, bevor ich etwas abstimme. Das haben die anderen abgelehnt. Daraufhin habe ich mich mit dem Pokorny zu einer kurzen Beratung zurückgezogen und habe gesagt: „Gib acht, in der Situation ist die Einheit der Organisation nicht zu retten. Wenn wir dem jetzt zustimmen, sind wir die Kasperln von denen. Das machen wir nicht. Also wir akzeptieren das nicht." Also habe ich dann praktisch den entscheidenden Schritt gemacht. Da waren wir fünf Genossen übrig. Ich bin aber

nachher nach Rom gefahren. Auf der Treppe vom Bahnhof treffe ich den Genossen Pablo, der wütend an mir vorbeigeeilt ist, der geglaubt hat, dass der Modlik jetzt kommt. Aber der Kampf um das IEC-Mandat hat sich dann noch später fortgesetzt, weil das hat natürlich ein gewisses Gewicht gehabt.

Wie ist es überhaupt zu dem Konflikt um dieses Mandat gekommen?

Die Pablo-Fraktion in Österreich ist der Auffassung gewesen, ich habe nicht mehr das Recht, das Mandat auszuüben, weil ich nicht mehr die Mehrheit der Organisation vertrete, und ich kann also dem Ausschluss von Pablo nicht zustimmen. Ich habe nämlich in der Abstimmung dann zugestimmt. Ich habe also berichtet über die Lage in Österreich. Das war ja praktisch das Ende der österreichischen Organisation. Ich habe wohl mit fünf Leuten weiter eine politische Tätigkeit geführt, im Zusammenhang mit der Internationale, bis – über verschiedene Zwischenstufen – dann im Jahre 1972 die Gründung der GRM gekommen (ist).

Wer waren den die fünf Leute, die da übrig geblieben sind?

Das war der Genosse Pokorny, das Ehepaar Kraupa und meine Frau.



Heinrich Thomas mit seiner Frau Grete (ebenfalls IKÖ-Mitglied) und seinen beiden Töchtern in den 1960er Jahren

Mich würde gerade auch dann die Entwicklung in den 60er Jahren interessieren. Über das weiß man ja relativ wenig.

Bitte, ich glaube, ich habe das Wesentliche berichtet. Nach der Wiedervereinigung mit den Modlik-Tendenz waren wir praktisch nur mehr 30 Mitglieder. Zum Schluss, wie das dann im Jahre 1962/63 passiert ist, waren wir, glaube ich, 15 Mitglieder.

Wie hat denn der Modlik diese jungen Leute rekrutiert?

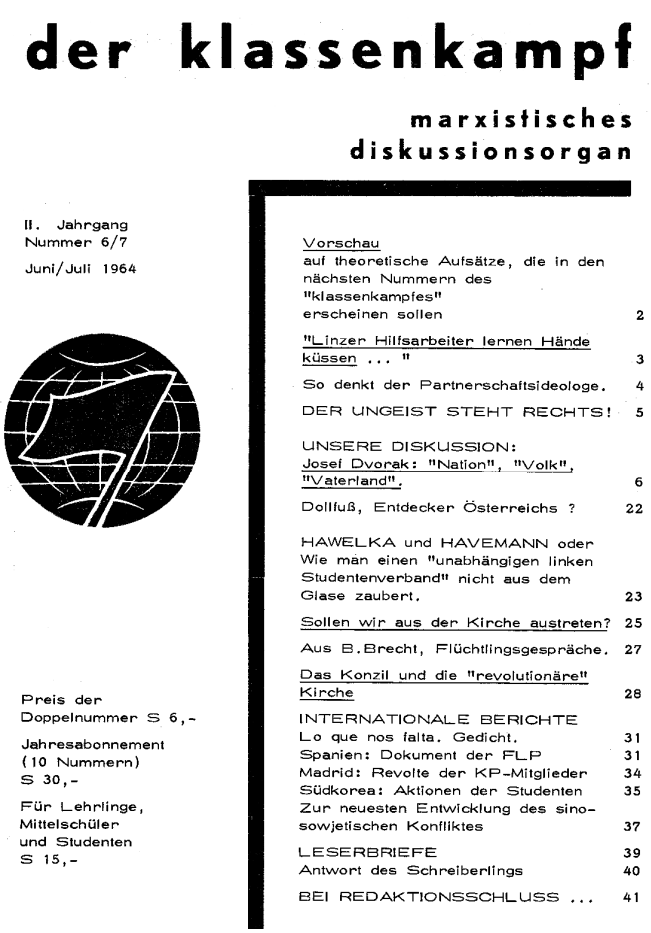
Zufällig. Er hat ja schon vorher – das war ja auch ein Streitpunkt – den „Arbeiterkampf“ gegründet, ohne Beschluss der Leitung. Wir mussten das dann auf Beschluss der Internationale akzeptieren, weil die Internationale war damals noch nicht zum Bruch mit Pablo entschlossen. Da ist ja auch taktiert worden. Bitte, vermutlich hätte jeder andere in der Situation – oder wie es die alten Genossen gemacht haben – sich auch vollkommen zurückgezogen. Ich habe das aber nicht für richtig erachtet. Nicht, weil ich vielleicht stur bin, sondern ich habe es als richtig erkannt, das trotzkistische Programm. Ich habe dann praktisch mit fünf Leuten weitergearbeitet. Wir haben die „Internationale“ vertrieben, die jetzt in Deutschland erschienen ist. Die Adresse vom

Pokorny ist dann (angegeben worden). Da ist auch die Korrespondenz gekommen. Die Erlagscheine haben wir ausgestellt. Die „Internationale“ ist dann in Deutschland gedruckt worden, mit einer Auflage von circa 300, 400, manchmal 500 Stück. Wir haben in Österreich selbst nicht mehr als 50 Stück, glaube ich, vertrieben. Auch beim Herzog ausgehängt zum Verkauf. Ich habe dann sogar ein internes Bulletin herausgegeben.

Waren das die „Internationalen Perspektiven“?

Nein, das ist später gekommen. Vorher dieses Bulletin, das habe ich allein gemacht. Da habe ich wichtige internationale Artikel übersetzt. Da sind drei oder vier Nummern entstanden. Die habe ich auch zu den deutschen Genossen geschickt. Die Internationale hat sich da sehr positiv geäußert, dass doch etwas gemacht wird. Das war eigentlich der Hauptteil unserer Tätigkeit. Dann war ich noch immer in der SP und der Gewerkschaft tätig. 1968 bin ich aus der SP ausgetreten.

Dann ist folgendes passiert: Der Modlik hat dann diese Gruppe gehabt, nach 1963. Die haben ihn aber nicht anerkannt als führende Kraft. Er hat sich mit denen zerstritten. Das hat dann der Dworak und Marschalek und der Hallstein übernommen. Der Marschalek, der Vancura, die haben sogar einen Trip gemacht über Spanien nach Algier zum Pablo und haben sich dort Direktiven geholt. Als erster ist der Vancura aus dieser Gruppe ausgeschieden. Der Modlik, den haben sie nicht anerkannt. Da gibt es einen Brief vom Modlik, wo er sich beschwert, wo er sagt: „Wie ihr mich behandelt, das hätte der Bruno nie gemacht. Bei allen politischen Differenzen war er immer anständig mir gegenüber.“ Sie haben dann herausgegeben den „Klassenkampf“, das hat der Vancura gemacht, und der Modlik den „Arbeiterkampf“. Sie wollten ein eigenes Organ haben, sie wollten nicht vom Modlik abhängig sein. Das war einer der Streitpunkte. Wie das dann mit dem „Klassenkampf“ war, wo offiziell der Vancura (gezeichnet hat), hat sich der Modlik dann ganz zurückgezogen. Diese Gruppe, also Hallstein, Dworak und Marschalek, hat auch nur kurze Zeit bestanden. Da spielen andere Dinge rein, die ich hier nicht erwähnen will. Das ist zum Schluss auseinandergebrochen. Der Hallstein ist ausgeschlossen worden von ihnen und hat sich nach kurzer Zeit zu mir begeben und hat gesagt, er will jetzt mit uns zusammenarbeiten.



der klassenkampf

marxistisches diskussionsorgan

II. Jahrgang
Nummer 6/7
Juni/Juli 1964

Preis der Doppelnummer S 6,-

Jahresabonnement (10 Nummern) S 30,-

Für Lehrlinge, Mittelschüler und Studenten S 15,-

Vorschau
auf theoretische Aufsätze, die in den nächsten Nummern des "klassenkampfes" erscheinen sollen 2

"Linzer Hilfsarbeiter lernen Hände küssen ... " 3

So denkt der Partnerschaftsideologe. 4

DER UNGEIST STEHT RECHTS! 5

UNSERE DISKUSSION:
Josef Dvorak: "Nation", "Volk", "Vaterland". 6

Dollfuß, Entdecker Österreichs ? 22

HAWELKA und HAVEMANN oder Wie man einen "unabhängigen linken Studentenverband" nicht aus dem Glase zaubert. 23

Sollen wir aus der Kirche austreten? 25

Aus B.Brecht, Flüchtlingsgespräche. 27

Das Konzil und die "revolutionäre" Kirche 28

INTERNATIONALE BERICHTE
Lo que nos falta. Gedicht. 31
Spanien: Dokument der FLP 31
Madrid: Revolte der KP-Mitglieder 34
Südkorea: Aktionen der Studenten 35
Zur neuesten Entwicklung des sino-sowjetischen Konfliktes 37

LESERBRIEFE 39
Antwort des Schreiberlings 40

BEI REDAKTIONSSCHLUSS ... 41

Moment, wenn ich das recht verstehe, waren da eh nur mehr zwei Leute übrig. Die haben sich ja vom Modlik sozusagen entfernt.

Ja gut, aber das war schon ein größerer Kreis. Genaueres kann ich ja nicht sagen, weil ich nie dort dabei war.

Und warum ist der Hallstein ausgeschlossen worden?

Ich glaube wegen Disziplinlosigkeit. Der hat sich dann zu mir begeben, hat gesagt, er will mit uns (arbeiten). Ich habe mich dann mit meinen Genossen beraten und wir haben das also akzeptiert.

Wann war das circa?

Das war 1964, im Sommer 1964. Da ist er eine Zeitlang alleine geblieben. Wir haben dann gemeinsam die „Internationalen Perspektiven" herausgegeben, die ich abgezogen habe, auf der Maschine getippt habe. Die österreichischen Artikel sind großteils von mir geschrieben worden, auch die Übersetzungen. Aber auch der Hallstein hat Übersetzungen gemacht. Das haben wir in einer Auflage von circa 150 bis 200 Stück gemacht. Das war nicht mehr illegal, da ist als Verantwortlicher der Pierre Frank in Paris gewesen, im Einvernehmen. Ich war damals noch in der SP, ich konnte das nicht in meinem Namen machen. Und der Pokorny hat die „Internationale" herausgegeben. Die „Internationalen Perspektiven" sind dann circa eineinhalb Jahre erschienen.

In der Zwischenzeit hat sich folgendes ereignet: Von der Gruppe um ehemals Hallstein, Dworak und Marschalek ist nur mehr der Dworak und der Marschalek übrig geblieben. Und die wollten nun auch zu mir kommen, zur Mehrheit der Internationale. Sie haben sich an die Internationale gewendet, an mich gewendet. Wir haben eine Zusammenkunft gehabt, in einem Kaffeehaus bei der Oper. Bei dem Gespräch haben sie also vorgeschlagen, sie wollen eine Leitung bilden zu dritt – vom Hallstein wollten sie nichts wissen – und ob ich damit einverstanden bin; sie haben schon an die Internationale geschrieben. Ich habe eine hinhaltende Auskunft gegeben, gesagt, ich muss das erst mit meinen Genossen besprechen. Wobei sie ja vorher von mir verlangt haben, das Material soll ich ausliefern. Weil sie sich beschwert haben, dass wir die „Internationale" vertreiben.

Hat es da eigentlich politische Konflikte gegeben oder waren das eher persönliche Animositäten? Also welche Konflikte sind da zwischen denen ausgebrochen?

Bitte, an und für sich war das keine richtig organisierte Gruppe. Da sind Leute ein- und ausgegangen. Dann ist es wahrscheinlich persönlich um die Führung gegangen.

Was ist dann aus dieser Wiederannäherung geworden?

Sie haben natürlich bei der Internationale, wahrscheinlich beim Mandel, Eindruck geschunden, haben da falsche Angaben gemacht.

Über ihre Stärke?

Ja, über ihre Stärke, über ihre intellektuelle Qualität. Sie haben es zu Wege gebracht, dass sie zu einer IEC-Sitzung nach Deutschland eingeladen worden sind als Beobachter, wo ich also als Mandatsträger dort war.

Im 65er Jahr?

Ich glaube, ja. Oder war es 1964? – Das kann ich jetzt nicht genau sagen. Bei dieser Sitzung sollte die österreichische Frage diskutiert werden und eventuell mir der Zusammenschluss aufgezwungen werden. Ich habe aber mit den deutschen Genossen die

Lage besprochen und habe gesagt, dass ich das auf alle Fälle ablehne, nach all den Erfahrungen, die ich gemacht habe.

Ein Zusammenschluss mit Dworak und Marschalek?

Ja, weil ich wäre ja deren Gefangener gewesen. Und ohne dass sie irgendetwas mitgebracht hätten. Ich war ja faktisch stärker, auch wenn es nur die sechs Manderln waren. Es sind ja dann mehr geworden. Die deutschen Genossen haben mich unterstützt. Es hat dann eine Sitzung der Internationale stattgefunden, wo sie als Beobachter nicht teilnehmen konnten. Sie sind also praktisch dort auch abgeblitzt.

Wir haben dann in Österreich unsere Arbeit fortgesetzt. Der Hallstein hat dann junge Leute gebracht, und es ist dann die Zeitschrift „Revolte" gegründet worden. Das waren meistens Lehrlinge, Studenten. Was mich damals sehr geärgert hat, dass also „Revolte" gegründet wurde, aber die „Internationalen Perspektiven" eingestellt worden sind. Bitte, das war das ernstere Organ.

Ist das auf einen internationalen Beschluss hin eingestellt worden?

Nein, in der Leitung haben wir das beschlossen. Es ist dann eine neue Leitung gebildet worden, wo ich war und der Hallstein und drei andere Genossen, die er geworben hat, die dann die Revolte-Organisation gebildet haben.

Das waren jüngere Leute?

Jüngere Leute, ja. Dann, die fünf, die ich hineingebracht habe. Wir sind dann eigentlich wieder offiziell als Sektion anerkannt worden. Jetzt sind wir wieder als österreichische Sektion der 4. Internationale aufgetreten.

Ab 1967?

Schon ab 1966, glaube ich.

Hat sich die frühere Sektion formell irgendwie aufgelöst?

Nein, formell nicht. Es hat die Spaltung stattgefunden. Ich habe mit meinen fünf Leuten die Arbeit fortgesetzt und der Modlik hat sich als Teil der Pablisten betrachtet, hat sich aber nicht als Sektion bezeichnet.

Wieweit kann man von einer organisatorischen Kontinuität sprechen?

Eine Scheinkontinuität. Bis zur Gründung der Gruppe „Revolte" und dann wieder der IKÖ – die haben sich ja dann wieder IKÖ genannt, Internationale Kommunisten. Diese Organisation ist aber dann 1970 endgültig auseinandergebrochen.

Da hat es ja dann auch noch die TOÖ gegeben?

Die „Trotzkistische Organisation Österreichs", die haben sich auch wieder Sektion genannt.

Du hast einmal gesagt, dass es da eine Gruppe von skrupellosen Abenteurern gegeben hat.

Die haben ziemlich hochstaplerische Pläne gehabt. Sie haben in der Josefstadt ein Lokal gemietet und haben geglaubt, dass diese Organisation – es war ja vor 1968, die Studentenrevolte und so weiter – einen großen Zulauf haben wird.

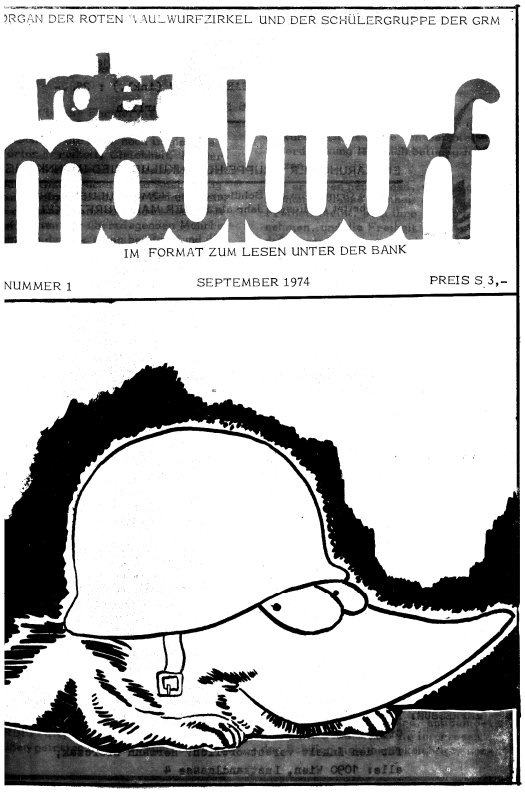
Wen meinst Du mit „die"?

Den Rasp, dann den Hallstein haben sie mitgenommen und noch zwei andere.

Ist der Hallstein dann ausgetreten aus der Organisation?

Nein. Der Hallstein hat dann später den Pitsch geworben. Der Pitsch hat dann eine Lehrlingsgruppe gegründet, „Roter Maulwurf“. Der Pitsch ist aber dann auch in Differenzen zur Organisation gekommen und wurde aus disziplinären Gründen zuerst von der Leitung ausgeschlossen und dann später von der Organisation. Dann hat er eine eigene kleine Gruppe gegründet. Und zum Schluss ist dann nur mehr der Hallstein übrig geblieben. Das war eigentlich das Ende.





Zeitschrift „Revolte“ (1968 / 1971)
Roter Maulwurf (um 1974 reorganisiert)

Die Neubildung ist dann eigentlich erst erfolgt mit Hilfe der Internationale, mit Genossen, die dann vom Ausland gekommen sind oder die in Österreich waren – was dann zur Gründung der GRM geführt hat. Da war ich bei den Besprechungen auch dabei. Ich war dann auch eineinhalb Jahre in der Leitung der GRM. Ich habe mich dann 1975 zurückgezogen, nur betrachtet als sympathisierendes Mitglied.

Hast Du den Pitsch näher kennengelernt?

Ehrlich gesagt, wie ihn der Hallstein gewonnen hat, habe ich schon meine Bedenken gehabt. Nicht, weil er nicht ehrlich gewesen wäre, sondern weil er in einem so desolaten Milieu gelebt hat. Er war exaltiert. Sicher, eine Sache, die er erkannt hat, für die setzt er sich ein. Aber er hat auch irgendwie anarchistische Züge in seinem Charakter, glaube ich. Das zeigt ja, dass er dafür schwer bezahlt hat. Also unüberlegte Handlungen.

Wieweit (hat) sich die antiautoritäre Bewegung, die Studentenbewegung, auf diese sich schon seit Jahren in einem Zersetzungsprozess befindliche trotzkistische Organisation ausgewirkt?

Ich muss ehrlich sagen, was mich betrifft – und das trifft zum Teil auch auf die Internationale zu – hat man die Bedeutung dieser Bewegung erst erkannt, wie sie schon im

vollen Ausbruch war, wie es in der Bundesrepublik Dutschke gegeben hat, dann den Mai 1968 in Frankreich. Und bei uns war das ja nur ein schwacher Abklatsch vor allem der deutschen Entwicklung. Ich persönlich, aufgrund dessen, dass ich eigentlich, außer dem Hallstein, keine Beziehungen zu diesem Milieu gehabt habe – und die Leute, die wir dann gewonnen haben, haben das auch erst, meiner Meinung nach, mitgekriegt, wie die Bewegung auf Österreich übergegriffen hat. Eines haben wir noch gemacht als „Trotzkistische Organisation Österreichs“: Da ist der Mandel eingeladen worden, ich glaube, im Jahr 1970 – das Referat ist auch im Forum abgedruckt, ein Referat über die kommunistische Weltbewegung. Da waren circa 300 Leute auf der Uni anwesend im Hörsaal NIG 1. Das haben wir organisiert gehabt.

Das ist, glaube ich, das Wesentliche. Ich bin eigentlich von der alten trotzkistischen Bewegung einer der letzten, der noch alles überdauert hat. Bitte, ich hätte sicher eine kleine Karriere in der SP machen können, auch in der Gewerkschaft. Aber alles, was in die Richtung geführt hat, habe ich eigentlich vermieden.

Es war interessant, wie ich aus der SP ausgetreten war – ich habe mir das ziemlich rasch überlegt gehabt. Damals, das war eben die Zeit der Studentenbewegung. Weil ich habe keine Möglichkeit mehr gesehen, ohne Organisation eine entristische Arbeit zu machen. Und da kassieren zu gehen, zu den Sektionsabenden zu gehen, das hat keine Perspektive gehabt. Und dann war ich immer behindert, unter meinem Namen aufzutreten. Das war ja nicht zu vereinbaren. Obwohl sie es gewusst haben. Aber interessanterweise, sie wollten mich gar nicht gehen lassen. Sie hatten mich vorgeladen ins Bezirkssekretariat. Die Vertrauensleute in der Sektion haben einen Brief geschrieben, mir und dem Bezirksvorstand. Dann hat es Unruhe gegeben in der Sektion. Der Sektionsleiter und der Stellvertreter haben dann die Viktor-Adler-Plakette gekriegt, weil ich war dort als kämpferischer, guter Genosse (bekannt) – auch in der Gewerkschaftsbewegung. Sagen wir, als Trotzkist hätte ich dort keinen schlechten Namen gehabt.

Und so ein Resümee der Entrismustaktik im Allgemeinen, wie sie von den österreichischen Trotzkisten angewendet worden ist – wie würde das ausfallen?

Das ist gescheitert. Ist mit zu wenig Kräften unternommen worden, hat die Zielrichtung der Herausbildung eines linken Flügels nicht erreicht. Der linke Flügel hat sich aufgrund objektiver und subjektiver Umstände in dieser Partei nie richtig entwickelt, hat nie einen organisatorischen Charakter angenommen. Das ist ja heute noch der Fall. Das sieht man heute auch noch.

Wann hat sich denn diese Erkenntnis bei Dir durchgesetzt?

Schon während meiner Tätigkeit, insofern, als es mir nicht gelungen ist, andere zu gewinnen oder in der SP selbst einen linken Flügel aufzubauen. Das war mir klar. In meiner Gewerkschaftstätigkeit, in meinem Betrieb habe ich mich rein auf die Gewerkschaftsaufgabe beschränkt. Auch der Charakter, dass die trotzkistische Organisation Österreichs praktisch noch immer eine illegale Organisation war – das ist ja der große Widerspruch. Diese Erkenntnis habe ich schon vorher gehabt: In einem Land, wo eine legale Arbeiterbewegung besteht, die historische Wurzeln hat usw., ist es ein Widersinn, eine illegale Organisation aufzubauen.

Gespräch mit den Genossen Alois, Anton und Pepperl

Das folgende Gespräch wurde am 24. Februar 1989 geführt. Alle drei Genossen waren für Jahrzehnte Teil der trotzkistischen Bewegung. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen ihr politischer Werdegang und die dreißiger Jahre, die für alle eine wichtige Zeit der Politisierung waren. Besonders deutlich wird das prägende Erlebnis der Niederlage im Februar 1934 und des Verrats der Sozialdemokratie. Die Gesprächspartner gehörten alle auch seit damals bereits der trotzkistischen Bewegung in Österreich an, genauer gesagt dem von Josef Frey geführten „Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse". Das Gespräch wurde aufgezeichnet von Manfred Scharinger, von dem auch die Zwischenfragen stammen.[659] Die drei Genossen – Pepperl (i-Name: Stani), Max (i-Name: Anton) und Alois (Loisl) – sind in der Zwischenzeit verstorben.

Genosse Anton, kannst vielleicht du beginnen: Was war eigentlich das für dich politisch prägende Erlebnis?

Zu meinem politischen Werdegang: Ich komme wie so viele aus dem Schutzbund. Und der Februar 34 hat dann ergeben, dass man mit der SP-Hierarchie nimmer existieren, nimmer zusammenarbeiten konnte als Prolet. Denn die hatten effektiv die ganze Sache verraten. Wir waren ja eingesetzt in der Nähe von unserem Maschinengewehr, wo die alte Habsburg-Wäscherei war, da waren wir zerniert. Wir haben ein einziges Maschinengewehr gehabt. Und da sind wir soundso viel Mann in einer Wohnung zusammengezogen worden und haben nicht mehr hinausdürfen. Dann sind die Frauen mit einer Einkaufstasche ganz zwanglos gekommen und haben uns die Verpflegung gebracht. Wir haben immer auf den Befehl gewartet! Da ist am Gürtel geschossen worden, aber der Befehl ist nie gekommen! Wir sind nicht zum Zug gekommen. Wir sind dann ins Verbandslokal, und da ist aber dann abgeblasen worden, jetzt sind wir wieder zurück und haben dort übernachtet. In der Nacht sind wir dann auf die Gumpendorfer Straße hinaus und haben zwei Polizisten, zwei ältere, gesehen. Da haben wir uns gesagt: „Jetzt probieren wir's!" Wir gehen auf sie zu, die haben uns aufgehalten und perlustriert, die waren in voller Montur mit Stahlhelm und so weiter. Dann haben die gar nicht so schnell schauen können, haben wir ihnen schon das Gewehr weggenommen, auf der Stiege zusammengehaut und sind dann gerannt. Wir haben ein totales Glück gehabt! Nichts ist passiert!!

Dann haben wir gehört, im Ottakringer Arbeiterheim geht's noch drunter und drüber, jetzt wollten wir dorthin, aber die Polizei hat uns nicht über den Gürtel hinausgelassen... Dann wollten wir schauen, was dort los ist, wo unsere Führer sind – unsere Genossen: Marek, der Bezirkssekretär, und wie sie nach der Reih' waren. Dann ging alles ganz schnell; hinter uns war die Polizei, wir haben das gar nicht gesehen, dass die

[659] Bei der Erstveröffentlichung des Interviews in Marxismus Nr. 10 ist ein bedauerlicher Fehler passiert: Der Name von Genossen Pepperl (i-Name: Stani) wurde mit dem des ebenfalls im Kampfbund organisierten Genossen Max verwechselt. Dieses Missverständnis in der Transkription wurde beseitigt.

da angefahren kommen. Da sind wir dann zu zweit gewesen und wollten im Verbandsheim nachschauen gehen, was los ist. Und wie wir dann in die Gasse hineingegangen sind, wo der Haupteingang zum Verbandsheim war, am Eck das Kaffeehaus vis-à-vis: „Da schau! Da sitzen ja die ‚Genossen' drinnen, also waßt..." Das Ausschlaggebende war, unsere Bezirkskapazunder haben sich offen ins Kaffeehaus vis-à-vis vom Verbandsheim in Mariahilf in die Auslage mit der ganzen Kassa hineingesetzt und haben sich verhaften lassen. Da warn's nämlich sicherer als heraußen... Damit's ja gesehen werden! Und plötzlich kommt der Überfallswagen und besetzt das Verbandsheim. Na logischerweise sind wir dann abgefahren. Jetzt war für uns ja die Sache erledigt...

Jedenfalls war für uns die Sache klar: An die wollen wir nicht einmal mehr anstreifen, an den Marek, den Bezirkssekretär und späteren Bürgermeister und den anderen. Überhaupt waren ja die SPler alle schon ganz vom bürgerlichen Geist angesteckt. Bei uns in Mariahilf hat der Kinderfreundeobmann im Bebel-Hof eine Riesenfleischhackerei gehabt, der Marek war Beamter... Die haben alle Angst gehabt...

Wir hatten noch vor dem 34er Jahr eine Versammlung verlangt im Verbandsheim in der Königseckgasse, zu einer Zeit, als der Schutzbund schon verboten war. Wir wollten damals eine Versammlung machen mit dem Stadtrat Paul Speiser, der war für Personalangelegenheiten zuständig. Wir sagten den Arbeitslosen, sie sollen alle kommen, damit wir welche hinter uns haben. Wenn's viele waren, haben vier von uns allen eine Arbeit gehabt. Wir kommen ins Verbandsheim, wer nicht da war, waren die Arbeitslosen – und auch da sieht man wieder die Demoralisierung. Die Arbeitslosen haben von der SP-Führung sich nichts mehr erwartet, sie haben keine Perspektive gesehen – das hat alles die Führung zu verantworten!

Wir haben eine Resolution eingebracht, einer von uns ist dann hinaufgegangen und hat geredet, dass wir verlangen, dass ab nun bei Gemeindeposten nur arbeitslose Schutzbündler angestellt werden sollen. Und Speiser darauf als Antwort: „Genossen, unser Bürgermeister Karl Seitz als Sozialdemokrat hat erklärt, jeder Wiener Einwohner hat das Recht auf Arbeit. Und er ist dagegen, dass man solche Sachen macht. Er hat erklärt, wenn man die Demokratie, eben die Freiheit, dass jeder Arbeit bekommt, ob er Schwarzer oder Nazi oder sonstwas ist, mit Füßen tritt, legt er sein Bürgermeisteramt zurück."

Und dann haben wir noch raufen müssen, dass der, der das Wort ergriffen und die Schutzbündler verteidigt hat, weil wir arbeiten wollten, nicht aus der Partei ausgeschlossen worden ist. Er hat vor's Parteigericht müssen. Das war das Ausschlaggebende, dass wir uns alle gedacht haben, mit so einer Partei kann's nicht gut gehen und darf ein Prolet nichts mehr zu schaffen haben...

Wenn ich so denke von meiner Kindheit her: Ich bin ja bigott erzogen worden, ich hab' sogar ministriert, da ist mir damals alles, das Lateinische und so, eingehämmert worden. Und wenn Du dann so weit kommst, dass Dir sogar die SP nicht mehr genug ist – ich wollte ja mithelfen bei einer proletarischen Politik – dann kannst Du Dir vorstellen, wie weit weg von dem, was die Arbeiter damals wollten, die SP-Führung schon war...

Wir (*gemeint ist die SP*) haben uns um die Leut' dann überhaupt nimmer gekümmert. Erstens war überhaupt keine Möglichkeit, und zweitens: Wozu? War also nichts... Und eines schönen Tages, auf der Wienzeile, renn' ich denen, dem Marek, in die Hände. „Genosse", von der Weite schon, „wir haben jetzt eine neue Gruppe gebildet, die ‚Revolutionären Sozialisten' heißen wir jetzt" und so weiter und ob ich nicht mittun will und so. Ich habe natürlich eh alles gewusst! Und ich hab' dann gesagt: „Wann's jetzt net alle zwei abfahrts, dann gibt's für an jeden a Detschn!" – Und aus war's.

Wie ist das dann weitergegangen?

In der Mollardgasse waren zwei Brüder, der eine war Soldatenrat in der Hauptwerkstätte, der andere war in der Stiftkaserne Soldatenrat, wo auch der Josef (*Frey*) Soldatenrat war, über den bin ich dann zur Gruppe Josef gestoßen. Mit einigen anderen war'n wir schon wieder eine Partie in Mariahilf. Eine ganz schöne Mariahilfergruppe, und diese ist dann in Verbindung gebracht worden mit dem Stadler, der war schon vor dem 34er Jahr dabei (*gemeint ist der von Josef Frey geführte ‚Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse'*). Der war schon bei den Soldaten und hat dann zu der Gruppe gehört, die in der Liniengasse im Heimwehrlokal die ganzen Waffen ausgeräumt hat im 34er Jahr, wo wir alle schon illegal waren nach dem Februar.

In der Liniengasse hat in einem alten Haus die Heimwehr ein Lokal gehabt und Waffen, die sie ja eh vom Schutzbund kassiert haben. Die haben aber nix damit anfangen können – und die haben's ihnen dann weggenommen. Ich hab' dann den Kurs gemacht beim Stadler (*mit Kurs ist die nach Heften aufgebaute Schulung des Kampfbundes gemeint*). Nach dem ersten Heft, es hat damals nur drei Hefte gegeben, hast Du zwar noch die anderen Hefte bei wem anderen gemacht, hast aber, weil so ein Zulauf war, schon mit dem ersten Heft einen eigenen Kurs gemacht und eine eigene Partie gehabt, in Mariahilf dann. Da war in der Buttererstraße ein alter Bäckergeselle und ein Jüngerer, eh aus der Liniengasse, wo sich die Heimwehr eingenistet hat, den hab' ich dann nach dem Krieg wieder gesehen – das war dann ein echter Sozialdemokrat, der hat später eine Anstellung bei der Gemeinde bekommen und nimmer mit mir reden wollen...

Nach 34 hat's dann die sogenannten ‚Ausflüge' mit dem Josef (*Frey*) gegeben, das war dann schon in der Illegalität. Zum Beispiel nach Mauerbach. Ein Teil ist über Gablitz und den Buchberg gekommen, der andere Teil direkt über Mauerbach. Im Inundationsgebiet war's dasselbe.

Ich hab' dann meine Frau kennengelernt, und wir haben dann während dem Krieg jede Woche einen politischen Bericht verfasst. Wo haben wir das Material herbekommen, hab' ich vor kurzem meine Frau gefragt. Wenn wer aus dem Urlaub zurückgekommen ist oder eine Nachricht von denen, die's aufgehängt haben, die Kascha-Buam (*von der Gruppe „Gegen den Strom").* Alle diese Nachrichten, sogar über die illegale KP, es war ja niemand mehr da, die meisten waren ja weg im Krieg, es waren ja alle im Krieg.

Schwierig war's ja schon, an das Papier heranzukommen. Das war ja überhaupt nur möglich, weil ich für die Firma immer Matrizen und so Sachen hab' einkaufen müs-

sen, weil die viele Reklamegeschichten und so Sachen selber gemacht haben, und da hab' ich abgezweigt, was nur zum Abzweigen gegangen ist. Manchesmal hat's nur so für ein Zetterl als politischem Bericht gereicht, außerdem haben wir's absichtlich ganz klein gemacht, dass man's leichter hat einstecken können. Dann ist das mit dem Stadler gewesen. Bei dem war im Garten unser Archiv vergraben, eingelötet, wasserdicht, das hab' ich dann dort, sie war gerade schwanger – geholt, ausgegraben, bei mir wieder eingegraben.

Genosse Alois, kannst du von deinem politischen Werdegang erzählen?

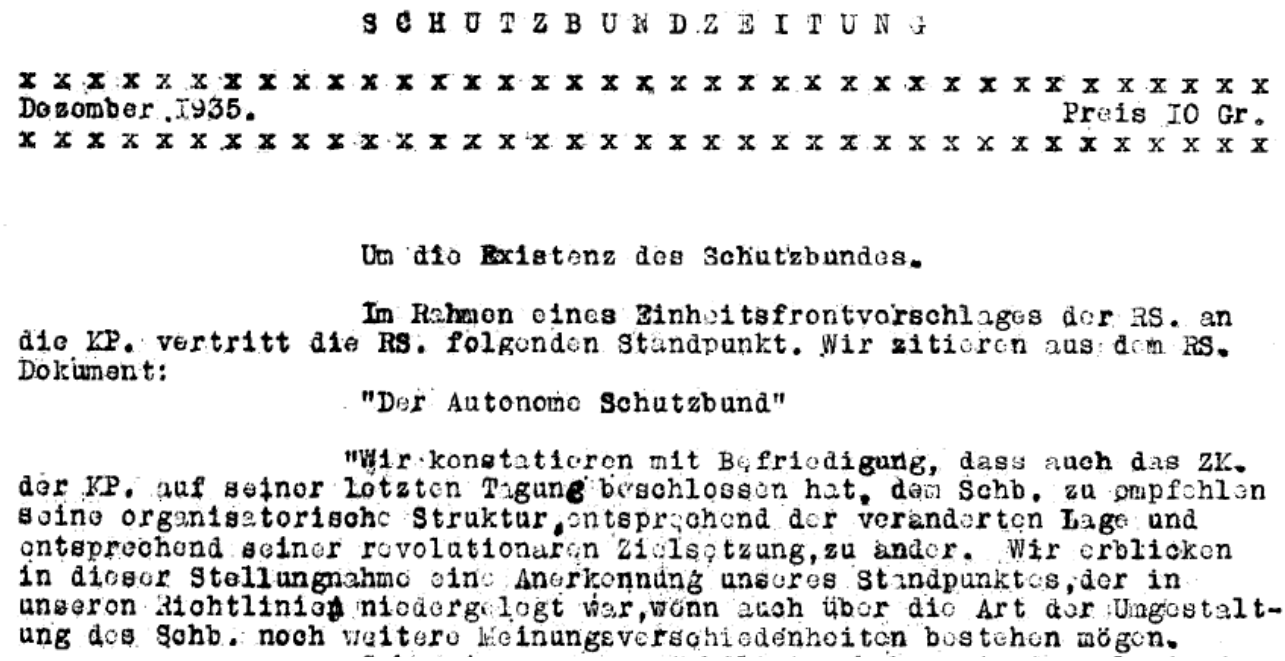
Mein Werdegang war eigentlich so: Als Kind bin ich schon im Turnverein gewesen, bin dann schon – als ich älter geworden bin mit 17, 18, das war 1932, 1933 – natürlich zu den Wehrturnern gegangen, das war eine Schutzbundabteilung. Uns haben's dann immer zum Saalschutz eingesetzt, zum Ordnerdienst und so weiter, wenn Versammlungen waren, da haben wir uns dann öfter geprügelt mit den Nazis und natürlich auch mit der Polizei. Wir haben so Stahlruten gehabt, das waren so Hülsen mit einer Feder, die rausgeschaut hat. Wenn's Dich mit sowas erwischt haben, da haben's Dich gleich eingesperrt. Aber mir war das irgendwie schon seinerzeit, ich war immer irgendwie kritisch der Sache gegenüber *(hier: der Sozialdemokratie*), alles nicht so ganz geheuer. Das hat man dann zum Beispiel an so einer Lappalie gesehen:

Da sind doch damals die großen Gemeindebauten gebaut worden. Und in der Josefstadt auch, wo ich aufgewachsen bin. Das war ja ein ausgesprochen schwarzer Bezirk. Und die Wohnungsnot in der Josefstadt war unheimlich groß. Die Leute haben gewohnt in Kellerlöchern und was weiß ich wo überall noch. Und da hab' ich einmal gehört auf einer Schutzbund-, genauer gesagt einer Wehrturnerversammlung, wie der Herr Bezirksvorsteher angesagt worden ist, warum bei der Wohnungsvergabe auf unsere Genossen immer vergessen wird. Und da hat der wörtlich gesagt – das hab' ich mir gemerkt: „Wir müssen schauen, dass die Leut', die noch nicht bei der Partei sind, Wohnungen kriegen! Nicht die Genossen, die eh schon da sind, die sind eh schon bei der Partei!" Und das war damals ein allgemeiner Standpunkt! Wir Genossen sind immer leer ausgegangen! Man soll natürlich nicht zu einer Partei gehen, damit man eine Wohnung kriegt, aber genau das haben sie gemacht!!! Das war irgendwie so einer der Punkte, die einen halt stutzig gemacht haben.

Und dann ist der Februar gekommen, das 34er Jahr. Ich war damals 20, ich bin 1914 geboren. Die Waffen haben wir im Schutzbund noch vom Weltkrieg her gehabt, wie die Arbeiter aus dem Krieg heimgekommen sind, da haben sich Arbeitermilizen mit Waffen gebildet. Und natürlich auch von der Gegenseite, der Bourgeoisie. Nur hat ja damals die SP schon so kläglich versagt. Die SP hat gesagt, dass die Waffen abgegeben werden müssen, und die Gegenseite hat sich's behalten. Natürlich, auch in unserer Hand sind eine ganze Menge, aber gegen die Anweisungen der SP, verblieben. Die sind dann versteckt worden, und nur ein paar Führer haben gewusst, wo die Verstecke waren.

Na, und wir haben gewartet, bis wir gerufen werden. Es hat geheißen, nicht hinaufkommen ins Vereinslokal in die Josefstädter Straße, das war damals auf Hausnummer 39, heute ist dort das Finanzamt drinnen. Und wir sollen warten, bis wir geholt werden. Das hat ziemlich lange gedauert, und dann ist auf einmal einer gekommen und

hat gesagt: „Wir können nix mehr machen“, das ist alles, wir sollen uns zerstreuen, weg, nur weg und was weiß ich noch alles. Die Bonzen haben das effektiv verraten. Es waren meistens schon besser Situierte, haben in der Parteihierarchie eine Rolle gespielt, waren vielleicht finanziell besser gestellt als ein normaler Arbeiter. Und darum haben sie halt Angst gehabt um ihre Privilegien.



S C H U T Z B U N D Z E I T U N G

Dezember 1935. Preis 10 Gr.

Um die Existenz des Schutzbundes.

Im Rahmen eines Einheitsfrontvorschlages der RS. an die KP. vertritt die RS. folgenden Standpunkt. Wir zitieren aus dem RS. Dokument:

"Der Autonome Schutzbund"

"Wir konstatieren mit Befriedigung, dass auch das ZK. der KP. auf seiner letzten Tagung beschlossen hat, dem Schb. zu empfehlen seine organisatorische Struktur, entsprechend der veränderten Lage und entsprechend seiner revolutionären Zielsetzung, zu ändern. Wir erblicken in dieser Stellungnahme eine Anerkennung unseres Standpunktes, der in unseren Richtlinien niedergelegt war, wenn auch über die Art der Umgestaltung des Schb. noch weitere Meinungsverschiedenheiten bestehen mögen.

Schutzbundzeitung, Dezember 1935

Wir sind aber dann doch noch ein paar zusammen gewesen. Wir haben gewusst, im Arbeiterheim droben wird gekämpft in Ottakring. Wir haben gesagt, schauen wir dorthin, Waffen haben wir ja keine gehabt, die haben’s uns ja nicht ausgegeben. Und so sind wir zu fünft oder sechst dann dorthin, damit wir mitkämpfen. Aber das war natürlich alles von der Polizei abgeriegelt und abgesperrt, man hat nicht mehr hinkönnen. Es war ja Ausgehverbot und Standrecht... Wir sind von der Thaliastraße hinauf, und von der Schmelz haben’s herüber geschossen. Da hab’ ich dann einen Streifschuss am Ohrwaschel erwischt, da war dann mein Heldenmut etwas gedämpft... Machen hast nichts mehr können, jetzt haben wir uns zerstreut und sind heimgegangen...

Wir sind dann natürlich in der Luft gehängt. Was war jetzt? Gleich nach dem Februar haben sich dann die „Revolutionären Sozialisten“ gebildet. Die haben uns dann eingespannt zum Flugzettel-Streuen. Wir sind dann mit dem Radl gefahren, haben die Zettel schnell weggeworfen und sind weggefahren, dass uns halt kein Wachmann erwischt hat. Ich hab’ immer das Glück gehabt, dass mich keiner erwischt hat. Aber man hat bald gesehen, dass da nichts mehr draus wird. Der eine sagt so, der andere hat so geredet. Aber dahinter war nichts.

Wir haben uns dann gedacht, gehen wir zu den Kommunisten. Wir sind da in einer Wohnung zusammengekommen, aber ich war auch der Sache ziemlich skeptisch gegenüber. Aber ich hab’ mir gedacht, ich muss mir die Sache einmal anschauen. Dort haben’s wenigstens Gewehre gehabt. Wir haben dann Ladeübungen gemacht und Gewehrgriffe geübt. Aber zum Einsatz gekommen ist ja nix mehr. Dann aber hat sich ein Großteil des Arbeiter-Turnvereins unter dem Namen „Sportklub Gerngroß“ neu

gegründet. Ein großer Teil der ehemaligen Arbeiterturner von Wien, und auch die besten, sind da zusammengekommen. Meistens waren die guten Turner auch politisch aktiv, ich weiß nicht, warum das so war. Wir sind dann auch dorthin turnen gegangen. Denn in einen schwarzen Turnverein wäre ich ja nicht gegangen. Das hat sich allmählich dann wieder entwickelt, und so haben wir uns das angeschaut und sind zum Gerngroß-Turnverein in die Seitengasse von der Zieglergasse in das ehemalige Gewerkschaftsheim der Buchdrucker.

War das gleich nach dem Februar 1934?

Pepperl: Das hat natürlich nicht gleich nach dem 34er Jahr wieder begonnen, weil ja so viele Naderer waren. Man hat nie gewusst, mit wem man es da zu tun kriegt... Sogar ehemalige SP-Genossen haben einen angezeigt!

Alois: Das Gewerkschaftslokal war alles enteignet, aber der Leiter der Sportabteilung vom Gerngroß hat den Sportbetrieb dort aufgezogen. Dort hat auch der Stadler Dolferl geturnt und der Sailer. Und durch den Stadler Dolferl sind wir dann ins Reden gekommen, wir haben später dann auch viele Bergtouren miteinander gemacht, wir waren am Montblanc und so weiter, und der hat mich dann auf diese „Sache“ (*gemeint ist der ‚Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse‘*) gebracht. Denn nach dem Turnen ist ja auch viel politisiert worden. Die politische Lage ist da besprochen worden, recht viel mehr hast Du ja nicht machen können. Und so bin ich schließlich 36/37 dazugestoßen. Das waren dann etliche Genossen vom Turnverein, die sich dann dem Josef angeschlossen haben. Jedenfalls war für mich der Verrat von 34 entscheidend.

Wie ich dann die Kurse gemacht habe, da habe ich dann gesehen, dass das wirklich eine revolutionäre Sache war. Und da bin ich erst so richtig draufgekommen, was die SP für einen Verrat gemacht hat – einen Verrat, der geht ja schon zurück vor den Ersten Weltkrieg. Ich denke da an die Kriegskredite, die sie bewilligt haben, und den ganzen Patriotismus, damit waren sie ja eng mitbeteiligt am Krieg. Und das hab’ ich ja vorher alles nicht gewusst! Wir waren ja viel zu jung! Was willst mit 16, 17! Aber das 34er Jahr hat uns wirklich die Augen geöffnet...

In den Kursen ist dann ja nicht nur alles, der ganze Verrat, aufgezeigt worden, sondern auch die Alternativen und was man gegen den Verrat machen kann...

Anton: Ich war schon früher dran: Dadurch, dass ich in Mariahilf mit Genossen gleich nach der Niederlage in Kontakt gekommen bin, die den Josef schon von der Kaserne gekannt haben, bin ich gleich dabeigeblieben. Es ist lawinenartig gegangen im 34er Jahr.

Pepperl: Lawinenartig ist schwer übertrieben: Wenn Du bedenkst, dass beim Josef höchstens 400 Leute waren...

Anton: Na ja, wenn man das vergleicht mit dem, was vorher war... Aber jedenfalls hat’s einen echten Ansturm gegeben. Und das sieht man daran, dass Du schon Kursleiter für’s erste Heft geworden bist, wenn Du noch gar nicht durch warst mit dem Kurs und gerade das zweite oder dritte Heft gemacht hast... Du warst Lehrer und bist gleichzeitig in die Lehr’ gegangen. Wir haben keine Leute gehabt, die geschult gewesen wären. Die Richtlinie war dann so, wenn Du das erste Heft durchgehabt hast und

wo's um Klassenfrage gegangen ist, und Du hast übereingestimmt, dann war der in Ordnung. Alle anderen sind ja schon im ersten Heft in der Mitte abgerissen!

Pepperl: Aber es war wirklich eine schöne Strömung in unsere Richtung. Wenn man bedenkt, wie 34 alles so ganz zerschlagen war und überall Naderer waren – es war nicht leicht, die Leute zusammenzubringen. Das war ja alles schon in der Illegalität, wo diese Strömung zu uns gewesen ist...

Alois: Ich hab' dann beim Stadler den Kurs gemacht, dann ist aber bald der Krieg gekommen. Und ich hab' ja noch im 30er Jahr einrücken müssen und war dann bis zum Schluss im 45er Jahr im Krieg. Ich hab' fast bis zum Kriegsbeginn Kurse gemacht. Ich bin dann auch mit dem Josef zusammengekommen, im Wienerwald und woanders waren dann Veranstaltungen. Der Josef war ja Offizier, der hat die ganzen militärischen taktischen Sachen beherrscht und vorbereitet, dass die Illegalität auch wirklich funktioniert hat. Und beim Maiaufmarsch dann nach dem Krieg hab' ich wieder die Genossen getroffen. Die haben mir dann gesagt, dass unsere „Sache" weitergeht. Und so bin ich nach dem Krieg wieder dabei gewesen.

Und wie bist du, Genosse Pepperl, zur „Sache" gekommen?

Bei mir ist das alles nicht so verlaufen. Ich bin ja vom Land hereingekommen. Ich bin am Land aufgewachsen – in Deutsch-Wagram – und bin sonst nur zu den Ferien herinnen gewesen. Mit 14 bin ich dann zum Vater herein, die Eltern waren geschieden. Da hätte ich dann Friseur werden sollen, das hab' ich nicht wollen. Dann hätt' ich Schneider werden sollen, das hab' ich auch nicht wollen. Und dann hat mir schließlich einer zur Lehre in einer Tischlerei verholfen. Und nachdem mein Vater in der KP war, sind immer wieder die ganzen KPler bei uns zusammengekommen. Da ist dann politisiert worden, wenn ich das heute so sehe, so war das ja eine furchtbar oberflächliche Sache. Es hat ja keine Schulung gegeben! Das waren nur einfache, treu ergebene Leute, die da zusammengearbeitet haben bei meinem Vater in der Wohnung in der Mitisgasse 25. Ich weiß ja nicht mehr, wie die alle geheißen haben: Da waren da der Koritschoner, dann der Koplenig, das war dann aber erst so '23 oder '24, und andere, (*das*) waren lauter Größen in der Partei. Mein Vater ist aber nie aufgetreten für die KP, er war ein treu ergebener, einfacher Arbeiter. Und bei diesen Versammlungen sind da immer so sieben oder acht Leute zusammengekommen, lauter Männer – Frau war damals, das weiß ich ganz genau, keine dabei.

Na ja, mein Vater ist schon in der ganz frühen KP fleißig zu den Versammlungen gegangen – im Wirtshaus in der Johnstraße... – und so bin ich politisch interessiert worden. Ich bin dann bei den Jugendlichen (*der KP*) gewesen, war bei Ausflügen und Diskussionen dabei, aber ich war nie bei den Roten Falken.

Seit meiner Lehrzeit bin ich also in Wien. Die Familie vom Vater, die waren drei, dann noch ich, und dann haben wir noch einen Bettgeher gehabt, und das Ganze auf Zimmer und Küche! Ich bin dann frei geworden, und gerade an dem Tag, an dem ich mein Gesellenstück, ein Herrentischerl, in die Ziegelofengasse abliefern gehe, gibt's gerade den Aufstand vom 27er Jahr. Ich laufe nach Hause, gib dort mein Gesellenstückerl ab und renn wieder rein in die Stadt. Ich bin aber nur bis zum Volkstheater gekommen, da ist dann schon die Polizei gestanden und hat alles abgesperrt

gehabt. So ein Bub mit zehn oder elf Jahren klettert aufs Gerüst hinauf, damit er besser sieht, haben's ihn heruntergeschossen. Wir haben ihn dann aufgehoben, und ein Taxi ist da gefahren, das haben wir genommen und ihn in das Spital geführt. Wir haben das Taxi da ganz einfach beschlagnahmt und dem Fahrer gesagt, wenn er nicht ins Spital fährt, dann... Wir haben also da auch gleich Rettung gespielt. Er war nicht gleich tot, ist aber dann bald einmal gestorben. Das war praktisch mein Beitrag, dass ich gesehen habe, dass man da selbst etwas machen muss und dass man da nicht warten darf und nicht nur zuschauen kann...

Von 27 bis 34 hab' ich dann zwar keiner Organisation angehört, ich bin aber so im KP-Bereich geschwommen. Ich war dann natürlich im Schutzbund, aber ich bin nicht zum Einsatz gekommen im 34er Jahr. Wir waren am Flötzersteig und haben gebrannt darauf, dass wir zum Einsatz kommen und kämpfen können. Aber keiner hat ein Gewehr bekommen, und wir fragen, was ist da los? Der 14. Bezirk, der wär' ja so stark gewesen, der 15. auch. Aber in den beiden Bezirken ist verraten worden, wo die Waffen versteckt waren. Der, der das mit den Waffen übergehabt hat im Schutzbund und die ganzen Verstecke gewusst hat, der hat's gemacht, wie's so viele gemacht haben: Der hat sich abgesetzt und uns allein gelassen. Und zwar hat er sich verhaften lassen, damit er da ja nicht hineingezogen wird in den Aufstand. Und dort bei der Polizei hat er dann eben alles ausgesagt. Und dann ist schon die Polizei dagewesen mit dem Überfallwagen, wir sind dann hinuntergerannt, zum Hanuschkrankenhaus zu, die Haustüre und alles zugesperrt.

Und ich hab' einen Schlüssel gehabt zum ganzen Haus und hab' gesagt, kommt's alle herein! Aber der Heckermann, der der Anführer von uns war und der mich zum Schutzbund gebracht hat, der Trottel rennt weiter. Alle anderen sind rein, wir sind über den Hof drüben wieder hinaus, aber den haben's erwischt. Der ist dann nach Wöllersdorf gekommen, den hätten's ja halbert derschlagen.

Und nach 34? Da ist zuerst einmal alles zusammengebrochen gewesen. Alles war illegal, aber in unserer Gassen hat's einen politisch Aktiven gegeben, der hat uns dann wieder zum illegalen Schutzbund eingeschleust. Und da haben wir schon gesehen, dass sich da ohne Waffen nichts tut. Und die Führer im Schutzbund haben uns immer wieder gesagt, ihr Jungen, seid's doch net so ungeduldig. Und wir haben immer wieder gesagt: „Heast, seht's Ihr denn nicht, was sich tut? Die Heimwehr, de san bewaffnet! Und wir, wir rennen umeinander mit Spazierstöcken!"

Na, und dann ist einer hergegangen und hat gesagt, wir werden das anders machen. Er hat sich dann, aber das haben wir alle nicht gewusst, mit dem „Reichsbund", das war eine christlich-soziale Organisation, ins Einvernehmen gesetzt. Und die war bewaffnet. Die hat im Wasserwerk bei uns in der Hütteldorfer Straße ein Depot mit Waffen gehabt. Und dann hat er gesagt: „Weißt was, wir gehen alle geschlossen in den Reichsbund hinein, dann haben wir auch Waffen!" Na, und wir Trotteln gehen alle zum Reichsbund hin, kriegen dort eine Uniform, eh so ähnlich, wie's die Heimwehr gehabt hat, jeder hat dann ein Gewehr bekommen, aber keine Patronen. Wir haben dann im Wasserwerk exerzieren müssen, aber wir haben andere Pläne gehabt. Wir wollten Revolution und nicht exerzieren!

Und wie ist das dann mit dir weitergegangen?

Nach 34 war ich dann neben den Erlebnissen aber auch bei den Revolutionären Sozialisten. Die haben damals dann so einen getarnten Alpenverein gegründet, die „Bergfreunde“. Da haben wir Ausflüge gemacht. Wir haben uns getroffen bei der Hütte, und dann ist wieder eine Gruppe dazugekommen, und dann bei der nächsten... Da hat’s dann die Aussprachen gegeben, da ist dann politisiert worden. Bis 38 haben wir dann die illegale kleine Arbeiter-Zeitung vertrieben, die in Brünn gedruckt worden ist auf dem dünnen Papier. Die haben wir bekommen, aber wir haben nicht gewusst, von wo sie jetzt wirklich kommt. Das ist so gegangen bis zum 38er Jahr. Und da war so ein Sohn von einem Zuckerbäcker, so ein halbseidener Aff’, des Luder, der ist eingeschleust worden von den Nazis. Der war in unserer Gruppe und hat das alles registriert, dass wir da versucht haben, im Reichsbund an die Waffen heranzukommen. Es war dann alles registriert, 38 haben sie uns dann gefangen wie einen Schwarm Bienen.

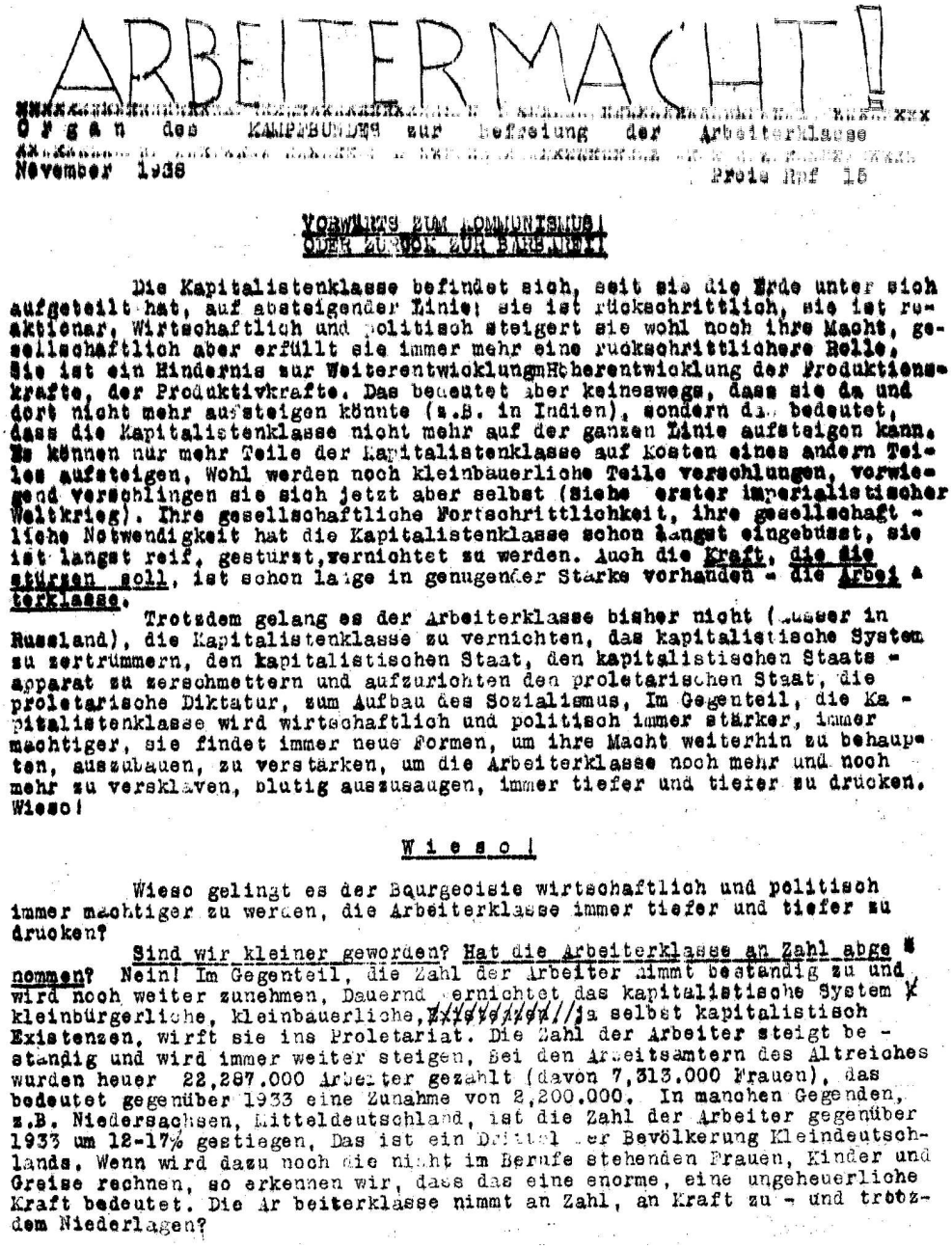
Und wie die Nazi im 38er Jahr kommen, sitzen wir so beieinander im Reichsbund, die Christlichen waren alle bewaffnet mit Munition, wir anderen haben ein Gewehr gehabt, aber keine Munition. Da kommt auf einmal ein Kommando von den Nazis und kassiert uns. Dann haben’s uns alle in der Schule eingesperrt. Da war ein großer Turnsaal, und da waren wir nicht die einzigen! Da haben die Nazis schon alles zusammen gefangt gehabt, was nur so ein bisschen rosa war...

Dann haben’s auf allen Eingängen ein Maschinengewehr aufgestellt, was noch da war vom Ersten Weltkrieg. Jetzt waren wir alle drinnen. Ich habe aber privat einen Revolver gehabt, aber jetzt wohin damit? Das Ganze hat sich dann ein bisschen beruhigt, und wir haben immer vier und vier aus dem Turnsaal hinausdürfen in den Park und spazieren. Ich hab’ dann geschaut, und als die Luft rein war, hab’ ich auf die hohe Mauer meine Krachn hinauf gelegt. Dann war schon alles vorbei, die Machtübernahme. Und dann bin ich von außen hingegangen, ist der Revolver immer noch dort gelegen.

Wie bist du aber dann zum ‚Kampfbund‘ gekommen?

Zum ‚Kampfbund‘ bin ich dann so gekommen: Ich hab’ ja noch bei meinem Vater gewohnt, denn Wohnung hab’ ich keine gefunden, und viel verdient hab’ ich auch nicht. Ich war außerdem viel arbeitslos, einmal zwei Monate, dann wieder drei oder vier. Und dann noch vor‘m Hitler find’ ich dann eine Arbeit in Margareten bei einer deutschen Firma, die Büromöbel gemacht hat. Dort hab’ ich gearbeitet mit 10 oder 12 Tischlermeister. Da waren zwei Tschechen aus dem 10. Bezirk, die haben aber nicht votiert nach dem Ersten Weltkrieg und sind dageblieben, dann der Fuchs, der Wagner und andere. Und wir machen wieder so einen Ausflug von den RS (*Revolutionären Sozialisten*), von den „Bergfreunden“. Und da war ein gewisser Fritz Koch mit, ein Fassbinder von Beruf. Wir waren so 15 oder 20.

Und plötzlich wird zum Politisieren begonnen. Und auf einmal sagt der Koch Fritzl, der war bei der KP und hat die größte Gosch’n gehabt, zum Fuchs, dem Arbeitskollegen von mir: „Sei sofort ruhig, Du bist ja ein Trotzkist!“ Ich hab’ da noch gar nicht gewusst, was ein „Trotzkist“ ist. Und wie sich das dann so aufgelöst hat, sind die anderen gegangen, und ich hab’ geschaut, dass ich zum Fuchs komme. „Was war denn



ARBEITERMACHT!

Organ des KAMPFBUNDES zur Befreiung der Arbeiterklasse

November 1938 Preis Rpf 15

VORWÄRTS ZUM KOMMUNISMUS!
ODER ZURÜCK ZUR BARBAREI

Die Kapitalistenklasse befindet sich, seit sie die Erde unter sich aufgeteilt hat, auf absteigender Linie; sie ist rückschrittlich, sie ist reaktionär, Wirtschaftlich und politisch steigert sie wohl noch ihre Macht, gesellschaftlich aber erfüllt sie immer mehr eine rückschrittlichere Rolle. Sie ist ein Hindernis zur Weiterentwicklung Höherentwicklung der Produktionskräfte, der Produktivkräfte. Das bedeutet aber keineswegs, dass sie da und dort nicht mehr aufsteigen könnte (z.B. in Indien), sondern da. bedeutet, dass die Kapitalistenklasse nicht mehr auf der ganzen Linie aufsteigen kann. Es können nur mehr Teile der Kapitalistenklasse auf Kosten eines andern Teiles aufsteigen. Wohl werden noch kleinbauerliche Teile verschlungen, vorwiegend verschlingen sie sich jetzt aber selbst (Siehe erster imperialistischer Weltkrieg). Ihre gesellschaftliche Fortschrittlichkeit, ihre gesellschaftliche Notwendigkeit hat die Kapitalistenklasse schon längst eingebüsst, sie ist längst reif, gestürzt, vernichtet zu werden. Auch die Kraft, die sie stürzen soll, ist schon lange in genugender Starke vorhanden - die Arbeiterklasse.

Trotzdem gelang es der Arbeiterklasse bisher nicht (ausser in Russland), die Kapitalistenklasse zu vernichten, das kapitalistische System zu zertrümmern, den kapitalistischen Staat, den kapitalistischen Staatsapparat zu zerschmettern und aufzurichten den proletarischen Staat, die proletarische Diktatur, zum Aufbau des Sozialismus. Im Gegenteil, die Kapitalistenklasse wird wirtschaftlich und politisch immer stärker, immer machtiger, sie findet immer neue Formen, um ihre Macht weiterhin zu behaupten, auszubauen, zu verstärken, um die Arbeiterklasse noch mehr und noch mehr zu versklaven, blutig auszusaugen, immer tiefer und tiefer zu drücken. Wieso!

W i e s o !

Wieso gelingt es der Bourgeoisie wirtschaftlich und politisch immer machtiger zu werden, die Arbeiterklasse immer tiefer und tiefer zu drucken?

Sind wir kleiner geworden? Hat die Arbeiterklasse an Zahl abgenommen? Nein! Im Gegenteil, die Zahl der Arbeiter nimmt bestandig zu und wird noch weiter zunehmen. Dauernd vernichtet das kapitalistische System kleinbürgerliche, kleinbauerliche, ja selbst kapitalistisch Existenzen, wirft sie ins Proletariat. Die Zahl der Arbeiter steigt bestandig und wird immer weiter steigen. Bei den Arbeitsämtern des Altreiches wurden heuer 22,287.000 Arbeiter gezählt (davon 7,313.000 Frauen), das bedeutet gegenüber 1933 eine Zunahme von 2,200.000. In manchen Gegenden, z.B. Niedersachsen, Mitteldeutschland, ist die Zahl der Arbeiter gegenüber 1933 um 12-17% gestiegen. Das ist ein Drittel der Bevölkerung Kleindeutschlands. Wenn wird dazu noch die nicht im Berufe stehenden Frauen, Kinder und Greise rechnen, so erkennen wir, dass das eine enorme, eine ungeheuerliche Kraft bedeutet. Die Arbeiterklasse nimmt an Zahl, an Kraft zu - und trotzdem Niederlagen?

da los?“ hab’ ich ihn gefragt. „Lass ihn, da werden wir einmal in der Werkstatt darüber reden...“

Und in der Werkstatt haben wir dann miteinander geredet, wie wir alleine waren – die anderen waren eh nicht verlässlich und auch gar nicht interessiert. Da haben wir uns dann ausgesprochen. Und so bin ich zum „Kampfbund“ gekommen, das muss so im Frühjahr 39 gewesen sein. Ich bin dann gleich zum Fuchs in den Kurs gekommen: Erstes Heft, dann hab’ ich schon einen eigenen Kurs geführt, das waren so vier, dann fünf Leute... Wir haben das dann gewechselt, dass das nicht auffällt, einmal da, dann wieder dort oder in meiner Wohnung. Da waren dann der Ferdinand, der Feuerwerker, der hingerichtet worden ist, dann die Kascha, die auch hingerichtet worden sind – wir waren eine ganz schöne Partie, wie wir in den Glasgraben nach hinten gegangen sind, um uns illegal zu einer größeren Sitzung zu treffen... Eingerückt bin ich aber dann schon am 1. Februar 1940.

Bis dahin hab’ ich aber beim Schwanhäuser, der deutschen Firma, gearbeitet. Und da muss ich noch was von der Machtübernahme erzählen: Es kommt das 38er Jahr, und auf einmal kommt der schon mit so einer „Pletsch’n“ daher, der Werkmeister Müller, und sein Sohn, auch so ein Pflugradel, genau dasselbe. Und auf einmal, das ganze Büro: lauter Nazi. Ein paar Monate später bekommen wir eine Arbeitspartie: 100 Schreibtische. Wir arbeiten so dahin, auf einmal kommt in der zweiten Woche der Müller, ein versoffener Kerl, daher und fängt an: „Das geht sich nie aus mit dem Akkord, da zahlen wir drauf!“ Und wir darauf: „Hören’s, jetzt arbeiten wir da schon zwei

Wochen drauf! Und jetzt kommen's drauf? Was ist denn das für eine Kalkulation?" Und das Ergebnis? Wir haben nachlassen müssen. Wir arbeiten weiter. Kommt er wieder, und wir haben das nicht überzogen, dass die uns nur provozieren wollten: „Da müssen wir nochmals nachlassen!" Der Fuchs, der Wagner und ich sind da hoch. Der Müller drauf: „Kommen's mit!" Und dann: „Ihr Kommunistenschädel, haltet's überhaupt die Gosch'n!" Der Wagner sagt ihm, dass er bei keiner Partei ist. Und mir schießt das Blut in den Kopf, und ich sag' ihm: „Wann's net die Kurven kratz'n, dann hau i Ihna den Namen in's Hirn eini!" Er hat dann so g'schaut, geht in den Holzverschlag hinein, setzt sich den Hut auf und rennt fort. Es dauert 20 Minuten, eine halbe Stunde, kommen drei SchuPos, stürzen sich auf die zwei Tschechen, die überhaupt nichts gesagt haben, und haben's so g'haut, das kannst Du Dir nicht vorstellen, Haare ausgerissen, auf d' Erd' g'haut – die ham's herg'richt! Und gleich haben sie's auf die Grenze geführt und rüber, nimmer heimgekommen ... Und wir drei? Eine Woche später waren wir schon eingerückt. Und so ist der Betrieb rein geworden, 100 Prozent Nazi...

Brauchst net traurig sein, wann'st mit dieser Marke eingerückt bist! Die haben Dir die Sohle runtergenommen! Zum Beispiel haben wir antreten müssen bei der Unteroffiziersausbildung: Da sind sie durchgegangen, bin ich rausgeholt worden. Ich hab' nicht gewusst, warum. Für jede Dreckarbeit bin ich geholt worden ... Und wie wir schon in Russland waren, da bist den einen Tag bis daher im Wasser, am anderen Tag bis daher im Dreck gesteckt. Unser Auftrag war, die Sümpfe von den Partisanen zu säubern. Und da kommt einer zu mir, der eigentlich in meiner Gruppe war – ich war zuerst bei den schweren Granatwerfern, dann beim schweren Maschinengewehr. Simmel war sein Name, und er war aushilfsweise in der Schreibstube, er hat da heimschreiben müssen, wenn wieder einer gefallen ist ... Und bei einem Einsatz sagt er auf einmal zu mir: „Du, pass auf, ich sag' Dir was: Ich hab' helfen müssen in der Schreibstuben, erzähl's niemand, bei Dir steht ein riesengroßes ‚PU' (*politisch unzuverlässig*) dabei!" Und von da an hab' ich erst gewusst, warum immer ich die Dreckarbeit und die gefährlichsten Sachen hab' machen müssen! Jede Wach', mit einem MG einen Kilometer raus', da bist auf die Knie zurückgekommen... so Sachen haben die andauernd mit mir gemacht!

Mein Gott, das war eine Abrichtung! Ich habe mir geschworen: „Wenn ich einen erschieße, dann soll mich die erste Kugel treffen! Nie werd' ich auf einen ‚Gegner' zielen oder ihn erschießen!" Und ich hab' auch wirklich auf keinen gezielt und auf keinen geschossen: Wo ich können hab', hab' ich das alles sabotiert. Du hast nicht viel machen können, aber wo ich können hab', da hab' ich dagegen gearbeitet ... Nach dem Krieg bin ich dann sofort wieder zur „Sache" dazu. Da hat dann schon die Poldi mit meiner Frau Kurs gemacht, ich bin dann sofort wieder dabei gewesen. Das war für uns alle keine Frage!

Und wenn es eines ist, was wir Euch Jungen vermitteln wollen: Wir waren wirklich unser ganzes Leben mit der Sache der Arbeiterbewegung verbunden gewesen, wir haben unser ganzes Leben gekämpft für die „Sache", für die Arbeiterklasse. Und das weiterzuführen, das wird Eure Aufgabe sein.

Franz Modliks Erinnerungen an den österreichischen Trotzkismus

Den folgenden Abschnitt über Franz Modliks Erinnerungen an den österreichischen Trotzkismus haben *Reinhard Faltello* und *Eric Wegner* zusammengestellt und redigiert. Der Abschnitt besteht aus drei separaten Teilen: Der erste ist ein Brief vom Juli 1971, in dem Modlik einem jüngeren Genossen Angaben zur Geschichte des Trotzkismus in Österreich macht. Bei den beiden anderen handelt es sich um unterschiedliche Fassungen von Modliks *Skizze des Trotzkismus in Österreich*, die beide im September 1971 verfasst wurden, die aber teilweise nicht unerheblich voneinander abweichen. Bei diesen drei Texten vom selben Autor zum selben Thema sind natürlich manche Wiederholungen unvermeidlich. Wir haben uns aber trotzdem zum Abdruck von allen dreien entschieden, da Franz Modlik eine der wichtigsten Persönlichkeiten des österreichischen Trotzkismus ab Ende der 1930er Jahre war und es sich bei den nachfolgenden Texten letztlich um historische Dokumente handelt. Für Modliks handschriftliche Hinzufügungen haben wir eine entsprechende Schriftart gewählt. Hervorhebungen im Text wurden mit *kursiv* gekennzeichnet.



---

1)

Dieser Brief bringt Ergänzungen, die auch Fragen der Spaltung der IV. Internationale (1965) betreffen (oder andeuten).

Wien, 2. Juli 1971

Lieber Genosse

Auf unsere gestrige Zusammenkunft im Café Eisenbahnerheim zurückzukommend, die uns einen Blick zurück in vergangene Jahrzehnte des österr. „Trotzkismus“ tun ließ, ersuche ich Dich, Dir über jene Punkte Notizen zu machen, die Dir aus meinen

Mitteilungen wichtig erscheinen. Die Zeit geht dahin, Du gehörst heute zur jungen Generation, die das „Erbe“ weitertragen wird, wie ich hoffe, und da ist es doch von einiger Bedeutung, dass das Bild der Vergangenheit ohne fraktionelle Verzerrung und Entstellung bestehen bleibt.

1) Ich hole nach: meine Ille-Namen waren „Baier“ und „Schlosser“, wie Du gehört hast. „Horvath“, später „Silo“, war ein jüngerer Genosse, 1911 geboren, von Beruf Buchdrucker, kam 1927/28 zur Bewegung, also als Lehrling, entwickelte sich sehr gut, stellte eine große Hoffnung dar. Er erkrankte aber bald, Tbc, war lange in Spitälern und Heimen. War während des Krieges dann wieder aktiver, nach dem Krieg 1945 besonders. Aber er war zugleich ein „harter“ Sektierer, wendete sich – mit Bruno usw. – gegen den „Entrismus“, welcher Konflikt 1949 zur Spaltung der Sektion führte – bis 1954. Silo war stets in der Leitung.

2) Er war mit einem weiteren Genossen Th. und mir Begründer der „Proletarischen Internationalisten“, also jener Abspaltung vom „Kampfbund“, die die „kombinierte Kriegstaktik“ Freys (Dowien, D, FD..) ablehnte und deshalb vom „Kampfbund“ ausgeschlossen wurde. Silo war ein Gegner der von mir und dem verstorbenen Genossen „Hammer“ in der Leitung seit Mitte der Fünfzigerjahre vertretenen ***Linie der*** „erweiterten Propaganda“, worunter wir uns eine *breitere* Tätigkeit mittels Flugzettel, Flugschriften usw. vorstellten, gerichtet an den erkennbaren Kreis einer Avantgarde von damals.

3) Silo desertierte – mit „Moser“ – anfangs der sechziger Jahre, als der Konflikt mit der „IV. I.“ sich schrittweise zuspitzte. „Moser“, 1912 geboren, war von Beruf Schriftsetzer. Kam nach 1934 zu uns, ich gewann ihn damals für die Bewegung. Er war immer aktiv, schwankte aber zwischen Sektierertum und Versuchen zur Erweiterung unserer Aktivität. Er war mit Frey für die „kombinierte Kriegstaktik“, und kam erst währen des Kriegs – 1939/40, nach dem sowjetisch-finnischen Krieg ***zu uns, nämlich den PI (Prolet. Internationalisten, siehe 2))***. Er führte damals jenen Teil des „Kampfbunds“, der zu uns, den Prol. Internationalisten, übertrat. War immer aktiv, Gegner des „Entrismus“ wie Silo. Er war aber 1954 für die Einigung der beiden Sektionsteile. Er war auch Befürworter der von Gen. Hammer und mir geforderten Herausgabe der „Internationale“ (gedruckt, ab 1956). Silo, Bruno und andere bekämpften diesen Elan, der aber dann trotzdem realisiert wurde.

4) Die „Internationale“ wurde von mir bis 1962 herausgegeben; ich forderte damals, dass die deutschen Genossen, erbitterte ***Gegner Pablos und*** Anhänger „Germains“, die Herausgabe selbst besorgen sollten.

5) In den Jahren ab 1960/61 spitzte sich die innere Situation der ***österreichischen*** Sektion im Zusammenhang mit der Zuspitzung der Situation in der Internationale ***enorm*** zu. Die Sektion teilte sich wieder in Anhänger des IS und in „Pablisten“. Der Weltkongress in Rom 1965 vollendete die Spaltung der „IV. I.“. Und auch die neuerliche Spaltung in Österreich.

6) Der Konflikt 1963 – als es noch eine einige Sektion gab – entwickelte sich über die Frage der Herausgabe eines trotzkistischen Organs. Der Weltkongress hatte beschlossen, dass jede Sektion ein 100%iges trotzkist. Organ herausgeben sollte, um

den „entrismus sui generis“, den Pablo seit 1957 immer wieder vertrat, zu realisieren. In Österreich war das – nach Abgabe der „Internationale“ an die deutschen Genossen ***Sektion*** – die Hauptfrage geworden: Herausgabe eines österreichischen trotzkistischen Organs. Es kam zu keiner Einigung nach langen Diskussionen. Bruno und andere waren dagegen. (Die Sektion war durch die Desertion von Silo, Moser usw. sicher geschwächt, aber wir hatten auch Gewinner erreicht, so kam damals Peter Ha. zur Sektion, eine kleine Gruppe von Jugendlichen – Kinder von Genossen darunter – begann sich zu politisieren..).

7) Im Sommer 1963 kam es in der Obersteiermark (Mürzzuschlag ..) zu Demonstrationen von Betrieben gegen die Teuerung. Ich erblickte darin eine gute Möglichkeit, mit einem Organ der Sektion breitere Arbeiterkreise anzusprechen. So stellte ich – von Peter Ha ... unterstützt, den ersten „Arbeiterkampf“ her (kann Dir einmal das einzige Exemplar, das ich noch habe zeigen!). Ich fuhr mit Hallst ... hinunter ins Mürztal und wir machten einen Tag lang Propaganda dort, vor Betrieben, Arbeiterwohnungen ... So entstand also der „Arbeiterkampf“.

8) Aber in der Sektion gab es daraufhin einen Riesenwirbel. Ich hätte „disziplinlos“ gehandelt usw., die alte Leier. Ich berief mich natürlich auf den Beschluss des Weltkongresses, aber auch darauf, dass die in Wien anwesenden Leitungsmitglieder ihre Zustimmung gegeben hätten. Was auch stimmte, mit meiner Stimme war es die Mehrheit der L., die aus 5 Genossen bestand. Aber das wurde später wieder anders dargestellt, kurz, es gab Schwankungen und Kämpfe um diese Frage. Schließlich sollte ich über – nein hier irre ich. Ich sollte nämlich ausgeschlossen werden, was aber den Bruno, Silo, Moser nicht gelang. Und zwar deshalb, weil das IS dagegen war. P. Frank kam damals nach Wien, es gab eine Konferenz, die damit endete, dass ich auf 1 Jahr Funktionsverbot bekam! Aber das muss schon 1960/61 gewesen sein, denn damals ***1960? 1961?*** gab es noch keine jungen Genossen wie später, einige Jahre darauf, in unseren Reihen. Leider ist mir der unmittelbare Anlass dieses scharfen Konflikts im Moment entfallen – wahrscheinlich „verdrängt“ für den Moment. Aber ich werde schon daraufkommen. Jedenfalls schied ich damals für ein Jahr aus der Leitung. Bald darauf desertierten dann Silo, Moser und andere...

9) Es begann sich auch das „Wohlstandklima“ auszubreiten! Die Sektion blieb davon nicht unberührt. Noch erinnere ich mich, als gegen Ende der fünfziger Jahre einmal bei Moser eine L-Sitzung stattfand. Ich kam etwas früher, und stolz zeigte er mir die Urlaubsfotos – aus Spanien ausgerechnet, Stierkampf usw. Ich war perplex über die zum Ausdruck gebrachte Freude Mosers und seiner Frau ... über ihren Spanienurlaub ... Natürlich wurden die Genossen auch älter, das Privatleben und die Privatinteressen begannen langsam die Oberhand zu gewinnen. Schließlich kam dann die „Auto-Ära“ dazu ...Manche Genossen waren ja schon Jahrzehnte bei der Bewegung. Wenn uns in diesen Jahren immer wieder ***etwas*** ermutigt hat, so waren es die Siege und Kämpfe der kolonialen Revolution.

10) Es war im Grunde auch dieser Punkt, der mich und andere Genossen für Pablo votieren ließ: sein Kampf gegen die „Europäer-Nordamerikaner“ in der Internationale, seine Arbeit, die er zusammen mit anderen Genossen für die algerische Revolution leistete – das gab uns immer neuen Mut, „durchzuhalten“ ...

Erwähnen will ich noch: es war unsere Tendenz in erster Linie, die Genossen aus Frankreich, Holland usw. mobilisierte, die als Metallarbeiter usw. in die Munitionsfabriken der Algerier, die sich in Marokko befanden, gingen! Die Fabriken waren als „Limonadefabriken“ getarnt, wurden vom französischen „deuxieme bureaux“, ***dem*** Geheimdienst laufend gesucht ... aber nicht gefunden. Manchmal gab es allerdings Luftbombardements!

11) Also es war in diesen Jahren bis 1966/67 in erster Linie die Internationale Tendenz, die sich um Pablo gebildet hatte, die unserem schwierigen Kampf immer wieder neue Kraft gab. Dann begann sich die Studentenbewegung in Frankreich, Deutschland zu entfalten und 1968 kam der französische Mai, im Osten der „Prager Frühling“, die beide unsere Perspektive bestätigen.. 1967 war unsere „Plattform“ erschienen, deren bereits erkennbare Achse die Selbstverwaltung war – sie war wohl *das erste trotzkistische Dokument, das die Frage der Selbstverwaltung der Arbeiter* auf Grund der ganzen Erfahrungen (Mai 1968, Prager Frühling, Jugoslawien ...) zum zentralen Thema des antibürokratischen Kampfes wie auch des revolutionären Kampfes gegen die Bourgeoisie machte.

Ich habe Dir hier die Entwicklung kurz zusammengefasst, wie sie sich besonders im letzten Jahrzehnt abzeichnete. Sollte ich noch wichtige Dinge vergessen haben, will ich sie einmal nachtragen. Ich glaube, dass gegen meine Darstellung wenig einzuwenden ist – die Dinge sind vergangen, haben ihre Spuren hinterlassen und wirken doch noch nach. Fraktionelle Entstellungen, glaube ich, sind mir nicht unterlaufen. Wenn ich Dir dies alles anvertraue, so deshalb, weil ich gestern doch erkennen konnte, dass Du Interesse hast an diesen Fragen. Bitte bewahre dieses Material bei Dir und verwende es *nicht* als „Munition“ gegen Genossen! An den *Fragen von heute* müssen etwaige Differenzen ausgefochten werden – nicht an Fragen von gestern und vorgestern, die natürlich auch ihre Bedeutung haben. Du und andere junge interessierte Genossen sollen über die Vergangenheit informiert sein – darum geht es. Der „Trotzkismus“ ist trotz allem, was seine Gegner auch sagen, *eine historische Bewegung* – und er ist auch heute noch in „Bewegung“! ***Damit meine ich unsere „Pablo“-Tendenz, die Marxismus-Leninismus-Trotzkismus und Rosas Erbe verschmilzt im „Revolutionären Marxismus“, in dessen auf „die Höhe der Epoche“ gebrachten revol. Programm mit Achse soz. Selbstverwaltung und neue Konzeption der Avantgarde.*** Ich lege Dir Abschriften von Dokumenten – auch interner Natur – bei, die aus der Zeit des Kampfes in der IV. I. im Jahre *1965* stammen und die Du (Ihr) *vielleicht* noch nicht kennt. Bitte bewahre auch diese Dokumente wie schon oben gesagt: als Dokumente der Bewegung, die nicht in unverantwortliche Hände gelangen dürfen! Ich hoffe, dass Du mir zustimmst!

Mit internationalist. Grüßen

Modlik

2)

Skizze der Geschichte des Trotzkismus in Österreich

verfasst: (*F. Modlik*, Wien, Sept. 1971)

a) Wenn ich mit der Person Josef Frey beginne, so deshalb, weil seine Rolle in der Entwicklung der KPÖ und später in der Linksopposition überragend gewesen ist.

Josef Frey trat 1920 in die KPÖ ein – kam aus der SPÖ, wo er zuletzt eine Gruppe (Revolutionäre Sozialdemokraten) führte. Sein Übertritt zur KPÖ erfolgte zweifellos verfrüht: die Aufgabe hätte darin bestanden, in der SPÖ einen revolutionären Flügel aufzubauen, wofür damals und in den folgenden Jahren eine durchaus günstige Situation vorlag.

1921 nahm Frey am III. Weltkongress teil.

1923 ging er im Auftrag der Komintern nach Deutschland, organisierte in Sachsen die Rote Gendarmerie (Führung der KPD Brandler-Thalheimer, ...). Diese Periode müsste an Hand von Dokumenten – soweit vorhanden – soweit zugänglich – erforscht werden!

1925 Rückkehr Frey nach Österreich, März 1925. Einige Monate Frankreich-Aufenthalt ...

b) Die internen Kämpfe in der Partei – zur Überwindung der Periode der „Kinderkrankheiten“ – die in Österreichs KPÖ grassierten – gingen die ganzen Jahre seit 1922/23. Frey wendete sich

a) gegen *rechts*, gegen Josef Strasser, früherem Redakteur der Arb.Zeitung (SP), der Red. der Roten Fahne war und den rechten Flügel der KPÖ repräsentierte (Chwostismus,[660] ...) Brücke zur SP

b) gegen *ultralinks*, ...die vorherrschende Art des Opportunismus damals

Der Kampf gegen beide Seiten müsste aus den Parteitags-Protokollen dieser Jahre, zum Teil aus der Roten Fahne, rekonstruierbar sein! Frey selbst hat uns später kaum über diese wichtige Periode etwas vermittelt! (Auch nicht über seinen Kampf in der SPÖ, gegen die Friedrich Adler, Deutsch usw. Die Geschichte dieser Kämpfe müsste von jungen Historikern einmal gründlich erforscht werden!)

Die Rolle Freys in dieser Periode muss als Kampf für eine realistisch-revolutionäre Orientierung der Partei bezeichnet werden ...

c) Die Entwicklung des linksopp. Kampfes in der Partei ging in Österr. förmlich parallel zum Kampf der Linksopp. in der SU! Trotzkis „Neuer Kurs“ erschien 1923 ... Frey datierte den Kampf der Linksopposition in der KPÖ ab *1923* ... sicher nicht zu unrecht. Aus Dokumenten muss das beweisbar sein ...

d) Ende 1925, Anfang 1926 spitzte sich der interne Kampf in der Partei zu. Febr. 1926 Rückkehr der Metallarbeiter-Delegation aus Russland. Die SP-Führung kommt der

[660] Von den Bolschewiki geprägtes Schlagwort, mit dem die politische Physiognomie von Parteigenoss/inn/en bezeichnet wurde, die sich „im Nachtrab“ hinter der realen Entwicklung befanden. (Anmerkung der Redaktion)

KP zuvor, plakatiert Berichts-Versammlungen – die Partei schläft ... hinkt nach, die SPÖ hat ihr den Wind aus den Segeln genommen ... (Die Diskussion um diese Fragen erlebte ich knapp nach meinem Partei-Beitritt im März 1926). Die stalinistische Bürokratie, noch jung und unsicher, begann bereits ihr Werk der Zerstörung der Partei. Frey wurde zur Zielscheibe niederträchtiger Verleumdungen, hinterrücks natürlich ausgestreut. Ich selbst lernte sie kennen, als wenige Wochen nach meinem Beitritt die Stalinisten meinten, mich auf diese Weise beeinflussen zu können. Mein Weg führte aber in die Reihen der Frey-Anhänger im Bezirk, die die ernstesten und aktivsten Mitglieder, zumeist Arbeiter, jung, höchstens gegen 30 die ältesten unter ihnen, waren. Sie stellten auch die Mehrheit in der Bezirksleitung, in die ich bald aufgenommen wurde (als „Freidenkerreferent“).

e) Mitte 1926 formierte sich, glaube ich, die Linksopp. fester. Frey ging ein Bündnis mit Tomann ein, einem Sinowjew-Anhänger. Siehe „Block“ in der SU: Trotzki-Bucharin-Sinowjew. Der Block in Österr. zerfiel bald (wie in der SU). Als Tomann unter starkem Druck der Stalinbürokraten geriet, gab er auf. Mit Frey ging damals der junge Landau (Kurt), der Freund Freys, der Architekt Perl – übrigens einer der wenigen Intellektuellen, der mit Frey „in die Wüste“ ging, Vinzenz Mayer, der sich später mit der Grazer Gruppe um Daniel verband. Darüber später noch.

Im Sommer 1926 gab die Opposition ein kleines Blatt heraus: „Klarheit“. Es nahm zum internen Konflikt Stellung. Es wurde an die Mitglieder der KPÖ verkauft. Die Opposition hatte meiner Erinnerung nach in folgenden Bezirken Wiens ihre Anhänger: Meidling (Wohnbezirk Freys), Ottakring (hier ging eine starke tschechische Gruppe mit der Opp.), Floridsdorf, Brigittenau. Aus der Provinz kam Unterstützung aus Hainburg (Tabakfabrik), Graz, wie ich noch weiß.



Preis 10 Groschen. Preis 10 Groschen.

ARBEITER-STIMME

ORGAN FÜR DIE WERKTÄTIGEN ÖSTERREICHS

1. Jahrgang Wien, Jänner 1927 Nr. 1

Der Jänner 1927 brachte den Bruch mit der Partei. Die Opposition hatte eine eigene Kampagne gestartet: Für die Enteignung des Kirchenvermögens. Ob in dieser Hinsicht ein Angebot an die Parteileitung gemacht wurde, weiß ich nicht. Auch nicht, ob nicht Frey, was ich vermute, dem Drängen einiger Heißsporne (wie Stift u.a.) nachgegeben hat, wie er dies später noch öfters tat, und die selbständige Aktion der Opposition laufen ließ. Jedenfalls veranstaltete die Opp. Versammlungen unter der Losung wie oben. Es kam zu Schlägereien. Daniel (aus Graz) wurde einmal attackiert, wie ich

mich erinnere. Bald darauf wurde Frey ausgeschlossen, mit ihm ohne jedes Verfahren seine Anhänger. Die Monate Jänner-Febr.-März 1927 hindurch währte diese „Aktion“. Im April 1927 begann die Opposition ein Organ herauszugeben: „Arbeiterstimme“.

f) Die „Arbeiterstimme“ erschien vom April 1927 bis zum August 1933, wo sie gleichzeitig mit der „Roten Fahne“ verboten wurde. Sie wurde zum größten Teil von Frey geschrieben. In der Nationalbibliothek liegen die Bände auf, die einer exakten Durchforschung noch harren. Das Organ wurde mittels Hauskolportage, Kiosken, usw. verbreitet. Jahre hindurch bestand die zentrale Aktivität in der Verbreitung der Ast. Dabei wurde ziemlich unsystematisch vorgegangen. Haupsache war die Anzahl der verkauften Exemplare, auf die Propaganda und Diskussion wurde kaum Wert gelegt. Frey hatte überhaupt keine Hand, hier mit Vorschlägen zu kommen. Ich erinnere mich, dass ich später vorgeschlagen habe, Namen und Adresse jener zu notieren, die uns in den Häusern das Organ abkauften. Dadurch sollte die Schaffung eines Adressenmaterials vorangebracht werden, das für die weitere Propaganda wertvoll wäre. Wie weit mein Vorschlag angenommen und realisiert wurde, ist und blieb mir damals schon unbekannt. Darüber hörte man nie etwas. Natürlich gab es ein ständiges Defizit. Als 1933 das Organ eingestellt wurde, lag eine Restschuld vor, für die Frey bürgen musste. Eine Anzahl von Genossen, darunter auch ich, übernahm es, durch monatliche Bezahlung eines größeren Betrages Monat für Monat, Jahre hindurch, vielleicht bis 1936 oder 1937, jene monatliche Rate für den Drucker (die INVA-Druckerei) aufzubringen, damit Frey nicht haftbar gemacht werden konnte. In den Jahren Ende 20 und Anfang 1930 veranstalteten wir Schifffahrten nach Hainburg, nach Melk, um durch den Gewinn Möglichkeit zur Bezahlung der Ast. zu haben. In den späteren Jahren wurde diese „Aktion“ leider zur Quelle von Korruption, was bei der großen Arbeitslosigkeit kein Wunder war ...

Die Höhe der Auflage, die die Ast hatte, ist mir unbekannt geblieben. Sobald sie herauskam, übernahm eine Reihe von Genossen die Versendung und Verbringung in die Bezirke. Die wachsende Arbeitslosigkeit war natürlich ein großes Hindernis bei der Verbreitung, da die Arbeiter kein Geld hatten, um das Exemplar zu kaufen. Rückblickend muss man sagen, dass vielleicht der Übergang zur Herausgabe von Flugblättern, zeitweilig zu bestimmten Anlässen, größere politische Wirkung gehabt hätte, auch das finanzielle Probleme erleichtert haben würde. Ich kann mich an kein einziges Flugblatt mehr erinnern, auch nicht zum 15. Juli 1927. Möglich, dass einzelne Bezirksgruppen der Opp. solche gemacht haben, was nicht auszuschließen ist. Hauptachse der Tätigkeit blieb jedoch die Verbreitung der Ast. Dass uns diese Aktivität Monat für Monat – das 14-tägige Erscheinen stellte sich rasch als unmöglich heraus – die Kraft für andere Aktionen nahm, ist begreiflich.

Im Übrigen formierte sich die Opposition in Zellen nach Wohngebieten. Ob Betriebszellen bestanden und funktionierten, weiß ich nicht. Es ist nicht auszuschließen, da eines der Hauptmerkmale der „Freygruppe“, wie die Opp. bald genannt wurde, ihr beinahe ausschließlicher *Arbeitercharakter* war. Man kann sagen, dass er bis zu 90% und sogar darüber ging. Darüber später mehr.

g) Im *April 1927* fanden Parlamentswahlen statt. Die SP-Führung, die ein Jahr vorher das Linzer Programm vom Parteitag beschließen ließ, nahm Kurs auf die Eroberung der Mehrheit. Jedenfalls waren die Illusionen der Arbeitermassen hinsichtlich Demokratie und Parlament gewaltig und sogar im Zunehmen. Die Frage der Wahltaktik erhob sich für die Opposition. Es stand nur die Frage: KP oder SP wählen. KP zu wählen verstand sich aus der Tradition heraus, usw. Die Opp. stellte die Frage aber anders: sie ging von der unbestreitbaren Tatsache aus, dass die KPÖ ein Sektendasein führte, dass sich diese Lage noch verschärft dadurch hatte, dass der SP-Führung gelungen war, mittels des Linzer Programms der KPÖ „den Wind aus den Segeln zu nehmen". Das Linzer Programm verstieg sich sogar bis zur „Diktatur des Proletariats", allerdings nur für den Fall, dass die Bourgeoisie den „demokratischen Weg" verließ und zu Gewaltmethoden griff. Also aus der Defensive heraus sollte die Arbeiterklasse zur Diktatur des Proletariats greifen. Die Opp. stellte die Frage der Wahltaktik, ausgehend von den mächtigen demokratischen Illusionen der Massen, die sogar einen Wahltriumph der SP möglich erscheinen ließen. Für die Opp. hieß es, an diese Illusionen anzuknüpfen, nicht aber, sie zu teilen, was klar war. Diese Taktik zielte also dahin, für die SP zu stimmen, gleichzeitig aber revolutionäre Propaganda zu betreiben, die demokratischen Illusionen in den Massen zu zerstören. Es war eine Form der Einheitsfronttaktik, die Frey vorschlug. Natürlich forderte die Opp. von der KPÖ, diese Taktik einzuschlagen, an die SP-Spitze – nach gehöriger Vorbereitung der SP-Arbeiterschaft – ein entsprechendes Angebot zu richten, verbunden mit solchen Forderungen, die der letzte SP-Arbeiter verstünde, für richtig finde und für die zu kämpfen er bereit war. Auch die Führung der Partei empfand die Notwendigkeit, eine taktische Überlegung anzustellen. Aber in den Händen der Stalinisten wurde sie zu einem der bekannten Manöver! Mit der Frage der österr. Wahlen befasste sich das EKKI (Exekutivkomitee der Komm. Internationale). Es billigte die Taktik eines Angebotes an die SP-Spitze – aber mit überspitzten Forderungen, die sie der SP-Führung als Bedingung einer Stimmenabgabe für sie stellte. Ich erinnere mich nur mehr an die Forderung nach Bewaffnung des Proletariats, die natürlich jedem SP-Arbeiter (Durchschnitt, also ihrer Masse) als unrealisierbar erscheinen musste. Dadurch wurde es Otto Bauer & Co. leicht gemacht, den Vorschlag der KPÖ als Manöver hinzustellen und abzulehnen. Wir, die Opp. blieben bei unserer Wahltaktik, ohne natürlich einen direkten Vorschlag an die SP-Führung richten zu können oder gerichtet zu haben. Wir beschränkten uns auf die „Einheitsfronttaktik von unten" – also wendeten uns an die SP-Arbeiter allein mit unserer Wahltaktik: Stimmabgabe für die SPÖ, bei gleichzeitigem Kampf gegen die demokratischen Illusionen usw. usw. Worauf wir aber schon in dieser Nummer (April 27) der Ast. hinwiesen, war die Entschlossenheit der Bourgeoisie, zum blutigen Streich gegen die Arbeiterklasse auszuholen. In der betreffenden Nummer der Ast. (in der Nationalbibl.) muss das nachzulesen sein.

Die KPÖ gab, als ihr Vorschlag von der SP-Führung abgelehnt wurde, die Losung, für KPÖ zu stimmen. Der Wahlausgang brachte einen Wahlsieg der SPÖ, die sich der Mehrheit annäherte.

Im Juni 1927 gab es dann den Parteitag der KPÖ. Er wurde bereits von den Stalinisten beherrscht, an ihrer Spitze Koplenig. Er war aus Kärnten gekommen, stammt aus dem

„Sumpf“, nämlich jenen Teil der Partei, der sich in den Kämpfen um die realistisch-revol. Orientierung in den Jahren vorher quasi „neutral“ verhielt, sich gegen die „Fraktionskämpfe“ wendete – und so Schritt für Schritt den Apparat besetzte, in die Hand bekam und den Kampf gegen *links*, nämlich gegen uns, aufnahm. Die *Rechten* verblieben – nach einem Zwischenspiel, das sie, wie ich glaube 1927/28, höchstens bis 1929, in der Opp. absolvierten, – schließlich in der Partei (Thoma dürfte am längsten mit der Opp. gegangen sein. Schönfelder, Brodnik dürften sich nie zu ihr gerechnet haben).

Koplenik stammte also aus dem Partei-„Sumpf“ (marais), wie gesagt, und sog solche für die stalinistische Bürokratie prädestinierten Elemente an sich. Der politische Inhalt der Fraktionskämpfe wurde vernebelt, die führenden Kader der Opposition, vor allem Frey, wurden der übelsten persönlichen Hetze, Verleumdungen usw. ausgeliefert. Sobald sich oppositionelle Genossen, die eine Parteistellung innehatten oder bei der Russ. Handelsdelegation, usw. einen Posten hatten, wurden bald brotlos gemacht. Die junge stalinist. Bürokratie – damals jung, Koplenig hielt sich volle 40 Jahre an der Spitze der Partei, was allein schon Zeugnis für die Qualität der Parteikader bezeichnend ist! – die junge Bürokratie um Koplenig begann in den Bezirken Wiens, in den Zellen und Bezirksgruppen „zu arbeiten“, ungefähr ab 1924/25, schätze ich. Als ich der Partei beitrat (März 1926), war diese „Aktion“ noch im Gange und spitzte sich im Kampf mit der Opp. dauernd zu. Koplenig selbst hörte noch in einer Bezirksversammlung, damals von rund 120 Arbeitern (Mitgliedern) besucht. Auf dieser Versammlung hörte ich übrigens auch Frey sprechen, den ich ja nicht kannte.

Nun zurück zum Juni-Parteitag 1927. Er stand ganz im Zeichen des Sieges der Bürokratie über die Opposition. Die Thesen des Parteitages erklärten das österr. Proletariat für lethargisch ... wenige Wochen vor dem 15. Juli 1927, den unsere Arbeiter-Stimme vorausgesagt hatte! In der „Roten Fahne“ in dem Protokoll des Parteitages muss sich das nachlesen lassen.

h) Unsere Wahltaktik hatte schwerwiegende Folgen für die Opposition: sie schnitt uns komplett von der Basis der Partei ab. Die spätere Kritik Trotzkis traf genau diesen Punkt: er meinte, wir hätten unseren taktischen Standpunkt in die Partei hineintragen müssen, jedoch in dem Moment, wo das überspitzte, auf Entlarvung abzielende Angebot der KP-Führung von der SP-Führung abgelehnt wurde, unsere Taktik (SP wählen) aufgeben und für die KP stimmen müssen. Diese Taktik hätte nach Trotzkis Ansicht, der man sicher zustimmen muss, einerseits das politische Niveau der KP-Mitglieder gehoben, ihr Verständnis für die Einheitsfronttaktik erhöht, gleichzeitig aber unseren Einfluss auf die Basis der KPÖ bewahrt, vielleicht sogar verstärkt.

Unser Unglück bestand schließlich auch darin, dass der Zeitpunkt der Wahlen praktisch zusammenfiel mit unserer Konstituierung als Opp. außerhalb der Partei. So hatten wir keine Zeitspanne, um unseren Einfluss in der KP-Basis zu konsolidieren, unserem Organ eine entsprechende Verbreitung zu sichern. Wir mussten sozusagen über Nacht zu einer Situation Stellung nehmen, die uns förmlich überrumpelt. Sicher, für die Opp. stand – angesichts der Möglichkeit einer Mehrheit für die SPÖ – die strategische Orientierung auf Schaffung einer Opposition in der SP im Vordergrund. Trotzki strebte dasselbe Ziel an, meinte aber, dass wir unsere eigene und künftige Basis in der

KP schwächen würden, wenn wir bei unserer Taktik verblieben. Vergessen darf man allerdings [nicht, Anm. R.F./E.W.] den damals, bis zur deutschen Katastrophe 1933 gültigen Standpunkt der Linksopposition, auch der russischen: der Kampf wurde um die *Reform* der KP geführt. Von diesem Standpunkt aus gesehen handelten wir im Grunde bereits unabhängig von der (zu reformierenden) Partei, quasi als neue KP. Es wird dieser Gesichtspunkt gewesen sein, der letztlich die Haltung Trotzkis bestimmte. Sobald sich die Archive öffnen, wird sich mehr dazu sagen lassen.

Im Sommer 1926, als der Kampf der Opp. in sein entscheidendes Stadium trat, der Block Frey-Tomann-Thoma entstand, verfasste die geeinte – für den Moment geeinte – Opp. eine Deklaration, die die ganze interne Situation betraf. Das alles ist mir nur ungefähr in Erinnerung. Aber genau weiß ich noch, dass diese Erklärung in Wien allein von rund 600 Betriebsräten, der KPÖ angehörig, unterfertigt wurde. Vielleicht waren nicht alle 600 Betriebsräte, einige vielleicht Gewerkschaftsfunktionäre, aber in ihrer großen Mehrheit waren es kommunistische Arbeiter, die hinter der Opp. standen, hinter ihrem Kampf. Als dann der Bruch mit Tomann kam – dem Druck der Stalinisten unterlag –, verringerte sich dadurch natürlich der Anhang der Opp., da Tomann als Gewerkschafts-Verantwortlicher der Partei Anhang unter den kommunistischen Betriebsräten und Arbeitern hatte. Der Bruch Tomanns mit der Opp. bewirkte jedoch, dass sich eine ganze Anzahl seiner Anhänger von ihm ab- und der Opp. zuwandte. Die Wahltaktik im April 1927 schuf aber eine Kluft zur Mitgliedschaft der KP, wodurch sich eine neuerliche Schwächung der Opp. ergab, am Ende sogar Isolierung. Andererseits wog der Umstand schwer, dass die Wahltaktik der Opp. anscheinend zu keinem Gewinn in den SP-Reihen führte, zu keinen ernsthaften Kontakten, die als Ansatz zur Entfaltung einer Opposition innerhalb der SP dienen konnten. Wäre das der Fall gewesen, ich hätte es sicher gehört, als ich 1929 auf Vorschlag der Meidlinger Genossen in die Leitung der Opp. aufgenommen wurde.

i) Die nächste Krise der Opp. ließ nicht lange auf sich warten. (Die Krise durch den Zerfall des „Blocks“ zähle ich als die erste Krise). Es war der Bruch zwischen Frey und Kurt Landau, den ich oben[661]

---

3)

F. Lerse ***illegaler Name (nach 1945); frühere illegale Namen waren: „Schlosser“ (nach 1934), „Bayer“ („Baier“) (n. 38)***

Sept. 1971

[661] Hier endet diese Fassung von Modliks Skizze – zumindest in dem uns zugänglichen Exemplar. Ob der Text im Original weiterging oder ob Modlik diese Fassung tatsächlich an dieser Stelle abbrach, ist uns nicht bekannt. (Anmerkung der Redaktion)

Skizze der Geschichte des Trotzkismus in Österreich

(Gewisse Schematisierungen waren unvermeidlich. An Hand von Dokumenten, des Organs *Arbeiterstimme*, das in der Nationalbibliothek archiviert ist, usw. müssten Daten und Fakten exakt belegt werden, bzw. korrigiert oder ergänzt werden).

Gründung der KPÖ im Nov. 1918:

1919... Periode der „Kinderkrankheiten“: ultralinker Flügel ***(Putschismus …)***, rechter Flügel ***(J. Strasser)***

1920 Beitritt Josef Freys, kam aus der SP, führte dort die Revol. Sozialdem.

1920-23: Periode der Fraktionskämpfe: Frey nimmt Kampf gegen die opport. Flügel der Partei auf. ***Hier Studium der Parteitage! (Protokolle …)***

1925: Zuspitzung des internen Kampfes – die stalinistische Bürokratie formiert sich – Führung Koplenig, der aus dem „Sumpf“ kommt, d.h. jener bürokr. Gruppe, ***die die Keimzelle der späteren stalinist. Bürokratie war,*** die den polit. Inhalt der Fraktionskämpfe vernebelt und unter der Losung: Schluss mit den Fraktionskämpfen! den Apparat der Partei ***besetzt bzw.*** erobert.

Im Sommer 1926 Bildung des „Blocks“ (wie russ. Opp. ***Trotzki-Sinowjew***) mit Sinowjew- und Bucharinanhängern in Österr. (Tomann, Thoma ...) ***über 600 Betriebsräte unterzeichnen oppos. Aufruf!***

Bald Zerfall der Blocks ***(wie in der SU)*** durch Kapitulation von Tomann ...

Jänner 1927: Ausschluss von Frey und seines Anhangs aus der Partei – Schaffung der Opposition der KPÖ

Im März-April 1927 Organ der Opp.: Arbeiterstimme, erscheint bis Sommer 1933 *(Verbot von KPÖ und Opp.)*

Im April 1927 Parlamentswahlen. Opp. entwickelt Wahltaktik: schlägt sie der KP vor: Angebot an SP-Führung mit den SP-Arbeitern verständlichen Forderungen. Einheitsfronttaktik von „unten“, dann von „oben“. (SP-Führung rechnete mit Erreichen d. Mehrheit)

KP-Führung, nach Beratung mit Komintern, stellt an SP-Führung überspitzte Forderungen zum Wahlangebot: z.B. Bewaffnung der Arbeiter. SP-Führung lehnt mit Leichtigkeit ab. KPÖ geht mit eigener Liste in die Wahl. Opp. beschließt: Für SPÖ stimmen!

(Trotzkis spätere Kritik: Opp. hat richtiges Angebot an SP gemacht. Hättte aber dann, als diese ablehnte, doch für KPÖ stimmen müssen. Dadurch wäre Isolierung von KP-Basis vermieden worden.)

Durch Wahltaktik wird Isolierung von der KP-Basis herbeigeführt ...

1928: Krise um Kurt Landau ... Dieser schrieb in der Nov.-Nummer 1927 (10 Jahre seit Oktoberrevol.) einen Artikel, worin er einen konterrevol. Sieg in der SU auf evolutionärem Weg für möglich hält. Frey dagegen, erklärt: Nur über Bürgerkrieg kann Konterrevol. siegen. (Trotzki gibt ihm in einem späteren Artikel recht). Die Krise

führt zum Bruch mit Kurt Landau u. seinen Anhängern. Er geht später nach Spanien, lehnt IV. Int. ab, auch nach 1933. Vertritt immer noch Reform der KI ... Wird in Spanien von GPU ermordet ...

1930: Krise in den Beziehungen zur ILO (Internat. Linksopp.). Trotzki fordert Einigung auf paritätischer Basis (mit Stift-Daniel .. Resten der Landau-Gruppe) .. Frey tritt ***für Proporz ein,*** gegen Parität auf. Austritt aus der ILO wird beschlossen. Jedoch kein politischer Bruch, nur mit „Organisationsprinzipien“ der ILO (also Trotzkis) ...

Der Bruch mit der ILO bleibt bis 1946, also bis nach Kriegsende, bestehen! 1946 Eintritt in die IV. Int.

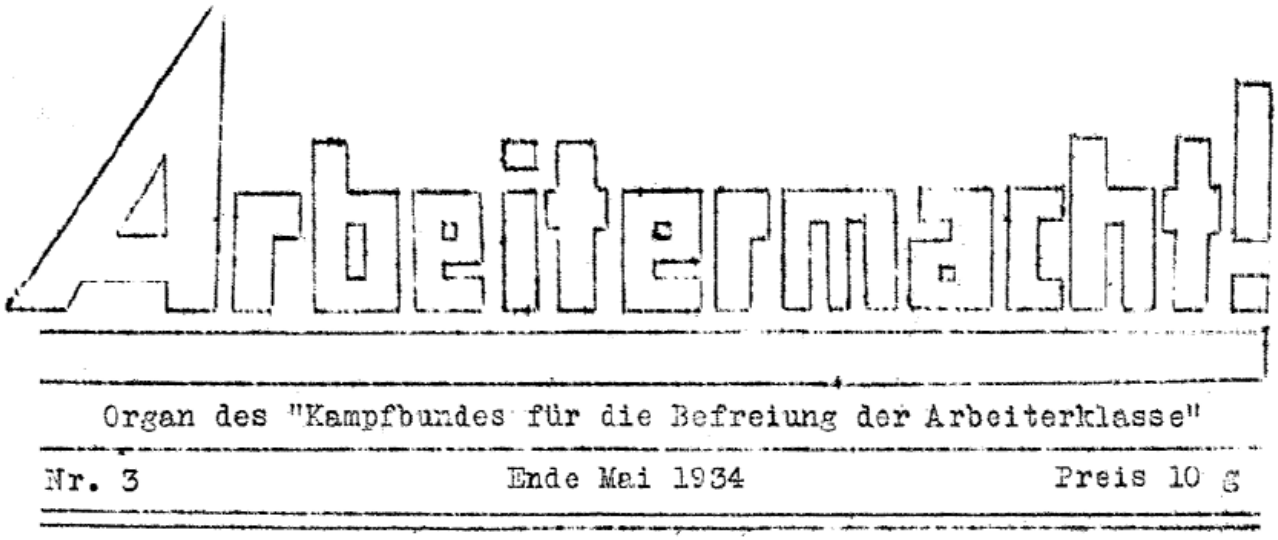
Wichtigste Aktivität der LOpp.: Verbreitung der *Arbeiterstimme*. Hauskolportage, Kioske .. Kaum eine eigene Aktivität nach außen in anderer Form ... Ab 1926 (Winter) Schulung! Frey hält über Drängen der jüngeren Genossen von 1928/29 bis 1932/33 über die Wintermonate Schulungsabende ab! Grundlegung der Kaderbildung ...

Zu Beginn der Schulung 1928/29: ungefähr an 60 Teilnehmer! Frey verfasst in diesen Jahren seinen „Kurs“, d.h. ein Schulungsmaterial (Klasse, Staat, Partei, Strategie, usw...), das die ganzen Jahre hindurch Basis der Kaderschulung bleibt ...

1932/33: Wachsende Krise in Österr. – Heimwehr-Faschisten fordern Macht. Linke Tendenz im sozialdemokr. Schutzbund. Wir erhalten Kontakt zu wichtigen Gruppen in Wien. ... *Arbeiterstimme* wird verboten (wie Rote Fahne) – Aug. 1933

Febr.1934: Februarniederlage, besser: -katastrophe! ***am 12.2.34 abends mit Gen. Fibi zu Frey!*** Opp. gewinnt Gruppen von Schutzbundgenossen. Stellen wichtigste Kader bis Ende der 60er Jahre dar! Frey wird für kurze Zeit verhaftet ... ***Übergang in die Illegalität!***

nach 1934: Umbenennung der L-Opp. in „Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse“. Zellenbildung, Schulung, Organ erscheint illegal! ***„Arbeitermacht“***


Arbeitermacht!

Organ des "Kampfbundes für die Befreiung der Arbeiterklasse"

Nr. 3 Ende Mai 1934 Preis 10 g

Bildung einer Gruppe „Bolschewiki-Leninisten“, die offiziell der ILO angehört! ***(also der IV. Int.)*** ungefähr um 1935/36. „Bruno“ stammt aus dieser Gruppe! Prozess gegen die Gruppe 1937, ...

1936/37: Differenz mit Frey wegen Spanien. Frey vertritt Standpunkt, dass Österr. der zentrale Kampfplatz für uns sei. Dagegen „Bayer“: Österr. Arb.klasse hat schwerste Niederlage erlitten, daher jetzt nur begrenzte Möglichkeiten. Aber in Spanien Revol. auf der Tagesordnung! Daher Hauptschauplatz, nötig daher Unterstützung (durch Werbung für Internat. Brigaden, Entsenden von Genossen..) Frey absolut dagegen. Vorschlag von „Bayer“: Frage an die ILO richten, mit ILO über Frage diskutieren. Antwort Freys: Niemals! Und wenn sich ILO in Hietzing (einem Wiener Stadtbezirk) befände, wir werden nicht hingehen und diskutieren! Die Mehrheit der Leitungsmitglieder ist für Frey. „Bayer“ ist isoliert ...

Zwei Genossen des „Kampfbundes ..“ gehen nach Frankreich-Spanien. Gelangen aber nicht dorthin .. (werden an Grenze festgenommen ..)

Sommer 1937/Ende 1937/Anfang 1938: Die schwerste Krise zeichnet sich ab: die Krise wegen der „kombinierten Kriegstaktik“, die Frey Mitte 1937 zu entwickeln beginnt. Siehe Artikel in *Arbeitermacht*! Dort formuliert Frey: In allen kapitalist. Staaten, die militärisch mit der SU verbündet sein werden, müssen die Arbeiter (z.B. in Frankreich) an der Front (gegen Hitlerdeutschl.) als „verlängerter Arm der Roten Armee“ kämpfen, im Innern des kapitalist. Landes an der revol. Opposition festhalten .. ***Im Grunde linkszentristisch wie Otto Bauers „jakobinische Kriegsführung“***

Diese Position, die Frey vertritt, steht im vollen Gegensatz zur Position, die er zwei Jahre vorher in der Broschüre: „Nieder mit dem imperialistischen Krieg!“ entwickelte! ***Broschüre vorhanden!***

Gegen die neue Position Freys beginnt eine Reihe von Genossen Stellung zu nehmen. Sie vertraten die Ansicht, dass nach wie vor der revol. Defaitismus von 1914 (in den kap. Ländern) Geltung besitze; daran ändere auch der Faschismus in Deutschl.-Italien nichts. Im Gegenteil: jedes Abgehen der französischen usw. Arbeiter (also in kapital. Ländern) vom Internationalismus würde von Hitler-Mussolini sofort benützt werden, um die deutschen u. italienischen Arbeiter noch fester an sich zu binden, sie mit blindem Chauvinismus zu erfüllen ...

Der Konflikt vertieft sich, er dauert vom Sommer 1937 bis in den Winter 1937/38 – im März 1938 besetzt Hitler Österreich ...

Es wird auch schriftlich diskutiert, es zeigt sich aber keine Möglichkeit einer Versöhnung der Standpunkte ...

PI Gründung Ostern 1939: Der Kampfbund bricht schließlich auseinander. Eine Minderheit wird ausgeschlossen: drei Genossen gründen im März 1939 die „*Proletarischen Internationalisten*“ (PI). ***F. Modlik, F. Fibi und ein 3. Genosse („Silo“)***

Der „Kampfbund“ besteht weiter ... ***bis 1950?*** Frey ist indessen emigriert ..., er hält aber weiter Verbindungen aufrecht, zumindest bis zum Kriegsausbruch Sept. 1939 .... Im Verlaufe des Krieges erlebt der „Kampfbund“ weitere Spaltungen: a) anlässlich des finnisch-sowjetischen Krieges .. ein Teil des „Kampfbundes“ geht zu den *P.I.* über

... b) 1944 gelingt es den P.I., einen weiteren Teil des „Kampfbundes“, der sich von diesem getrennt und als „Proletar. Revolutionäre“ existiert, für sich zu gewinnen. In beiden Fällen wird rückblickend die „Kombinierte Kriegstaktik“ abgelehnt als im Widerspruch mit dem proletar. Internationalismus stehend.

Die P.I. geben heraus: zuerst den „Vorboten“, dann den „Vorposten“. Oft nur mit Maschinegeschriebenen .. Dann wird aber das Organ abgezogen (roneotypé), Titel: .....

Während der Kriegsjahre werden rund 200 Seiten gedruckt (abgezogen) ... Es können aber auch mehr gewesen sein. Muss geprüft werden. Verbreitung nur im engsten bekannten Kreisen ..

K.L.B.: Ungefähr Ende 1944 erfolgt Umbenennung in „Karl-Liebknecht-Bund“, das abgezogene Organ: „Spartakist“. Besteht auch nach dem Kriege! Bis ungefähr ....

Einigung: Hatten die P.I. bereits während des Krieges Teile des „Kampfbundes“ für die internationalistische Linie gewonnen (siehe Seite vorher!), gelingt es nach dem Kriege, *alle Gruppen, die außerhalb bestehen, zusammenzuführen, zu vereinigen*! Die numerische Stärke stieg dadurch in Wien auf rund 90 bis 100 an!

Jenen Zusammenschluss führen die P.I. herbei a) mit dem Rest des „Kampfbundes“,



b) mit dem Rest der Gruppe „Gegen den Strom“. Über diese Gruppe muss näheres gesagt werden: Ungefähr 1935/36 wurden wir mit den beiden Brüdern Kascha („Steiner“) bekannt, beide Arbeiter. Sie traten mit einer Reihe von Freunden („Jonas“, „Julius“ usw.) dem „Kampfbund“ bei, zeichneten sich durch Aktivität, Wissensdrang aus, neigten aber zu scholastischen Denken ... ***z.B. SU „kleinbürgerlicher Staat“*** Ihnen kommt das Verdienst zu, als eine der ersten die „Kombin. Kriegstaktik“ kritisiert zu haben. Als 1938/39 der „Kampfbund“ zerfiel (Spaltungen), bildeten sie die Gruppe „Gegen den Strom“, wie auch der Name ihres Organs lautete.

Die wichtigsten Differenzen mit ihnen: a) schon 1937/38 neigten sie dazu, die Sowjetunion für einen kleinbürgerlichen Staat zu erklären .. b) anlässlich des finnisch-sowjet. Krieges 1933 bezogen sie in einer Broschüre einen „neutralen“ Standpunkt, d.h. lehnten die Verteidigung der SU gegen Kapitalismus-Imp. ab. – Während des Krieges erlebten sie eine Katastrophe, die uns selbst, die P.I., in äußerste Gefahr brachte. Ein Genosse („Jonas“) wurde wegen einer Hamsterei (Sammeln von Lebensmitteln) für sich von seiner Wohnungsvermieterin verraten. Die Hausdurchsuchung führte zur Entdeckung von illegalen Schriften, darunter auch des Organs der P.I. „Jonas“ wurde verhaftet, zu Tod verurteilt! Die Brüder „Steiner“ wurden ebenfalls verhaftet. Der jüngere war aber Soldat, fiel daher nicht unmittelbar der Gestapo in die Hände. Sein älterer Bruder nahm alle Schuld auf sich und wurde ebenfalls zu Tod verurteilt! Der jüngere Bruder kam aus dem Krieg zurück, nahm an der Einigung aller Gruppen teil, verstarb aber bald (durch ärztlichen Irrtum).

Ehren wir hier noch unser Opfer des Krieges, gedenken wir des Gen. Fritz Roth, der ***in Jugoslawien*** 1944 Opfer eines Jagdbombers wurde.

Während des Krieges waren die meisten Genossen eingerückt, einige waren „wehruntauglich“ und arbeiteten in Kriegsbetrieben!

Zurück zur *Einigung von 1945*. Bayer musste sie gegen sektiererische Kräfte erkämpfen, die vom „Kampfbund“ eine vorherige Korrektur in der Frage „Kombin. Kriegstaktik“ forderten. ***Bayer*** aber vertrat die Ansicht, dass diese Frage einer späteren Diskussion vorbehalten bleiben solle und die kommenden Erfahrungen diese Diskussion erleichtern würden. Die Einigung gelang auch gegen den Widerstand der Sektierer – aber nicht für lange Zeit.

Kontakt mit der IV. Int.: Unterdessen war der erste Kontakt mit der IV. Int. hergestellt worden: bei „Steiner“ fuhr ein Jeep vor, Gen. Morgan war als US-Berichterstatter bis nach Wien vorgedrungen! „Steiner“ holte alle zusammen und der Beitritt zur IV. Int. wurde beschlossen, bzw. beantragt. Offiziell wurde er *1946* vollzogen. Umbenennung in *Internationale Kommunisten Österr.*! ***IKÖ, Organ hieß: „Der Spartakist“***

„Bayer schrieb im *April* 1945 „Thesen“, die die Taktik der Trotzkisten skizzierte. Ob sie noch vorhanden sind?

Die Sektierer (wie „Horvath“=„Silo“ und andere), die sich gegen die Einigung nach Kriegsende gewandt hatten, begannen bald eine neue Offensive. Es ging um die Frage der „Glacis-Staaten“, um deren Klassencharakter. Sind sie kapitalistische Länder oder haben sie proletarischen, wenn auch deformierten, Klassencharakter? Bekanntlich brachten die Schweizer Gruppe (um Jacques) enorme Verwirrung in diese Frage: sie charakterisierten die Glacis-Staaten als „entartete kapitalistische Staaten“. Frey (der sich G. Hirt nannte) war anscheinend der geistige Vater: er schrieb, dass es keine prol. Revol. ohne sozialistische Demokratie geben könne, weshalb diese Glacis-Staaten, Werk der Stalinbürokratie, keine prol. Staaten sein könnten...

Bezeichnend für die Konfusion ist, dass nur wenige Genossen – glaube dass Gen. Kant einer war, der hier klarer sah – diese Thesen ablehnten. Bayer selbst teilte diese These nicht, war aber selbst zu unsicher, um den Kampf gegen die Scholastik und Dogmatik, die G. Hirt und die Schweizer aufnehmen zu können. Die Differenz, so

unklar sie war, führte zum Rücktritt Bayers aus der Leitung. In dieser Zeit taten die Sektierer ihr Werk: „Silo“ berief eine Diskussionsrunde mit den früheren „Kampfbund“-Genossen zusammen und begann die „Diskussion“ der „kombin. Kriegstaktik“. Resultat: *Ausschluss* der „Kampfbund“-Gruppe! Dieselbe provozierende „Taktik“, lies Spaltungstaktik, wurde gegenüber der „Steiner“-Gruppe angewendet. Ergebnis: neue Spaltung! *Das Einigungswerk von 1945 war zunichte gemacht worden*. Kaum wurde Widerstand geleistet ....

Die Teilnahme am Streik der Schuharbeiter in Wien 1948 war eine der wenigen Aktionen, die aktiv von den IKÖ mitgemacht wurde. Unsere Genossen waren als Betriebsräte (bei Eldorado, Bally ..) führend im Streik!

Die Entwicklung nach 1948:

a) Entrismus spaltet Sektion (1949-1954)

b) Spaltung 1954 geheilt: „Sieg“ der „Entristen“

c) 1955: Herausgabe der „internationale“ (bis 1962)

d) 1962/63 Beginn des Bruchs in der IV. Int. – Österr. Organ „Arbeiterkampf“ wird geschaffen (Pablo-Tend)

Ergänzungen zu den Seiten 1 bis 6:[662]

Seite 1: Periode der Fraktionskämpfe.

Der Kampf Freys richtete sich a) gegen den rechten Flügel um Josef Strasser b) gegen den ultralinken Flügel, der dominierte

Der ***exakte*** Inhalt dieser Kämpfe muss aus den Protokollen der Parteitage, aus der Roten Fahne (Diskussionsartikel) und anderen Dokumenten zu entnehmen sein!

Die aus dem „Sumpf“ kommenden Elemente wie Koplenig usw. schoben die Schuld am politischen und organisatorischen Zustand der Partei auf die „Fraktionskämpfe“ ab, wobei sie von der aufkommenden sowjetischen Bürokratie unterstützt wurden.

Seite 2: Krise in den Beziehungen zur ILO.

Diese Krise geht auf die internen Kämpfe in der Opp. zurück. 1926 und 1927 fielen jene ab, die zur Partei zurückkehrten, darunter Leute, die materiell von der Partei, ihrem Apparat, abhängig waren. Ab Ende 1927 bis zum Austritt aus der ILO waren es Differenzen mit den Anhängern Landaus, Stifts, und anderen, die sich zu eigenen Gruppierungen formierten, dann wieder die Einigung forderten, wobei sie sich an Trotzki wandten. Frey machte diesem zum Vorwurf, dass er mit diesen Gruppen verhandelte, ohne uns, die Opp., davon zu verständigen, dass er von der Opp. einfach Einigung auf parität. Basis forderte, ohne das politische Gewicht und die numerische Stärke zu berücksichtigen ... und die Opp. war in beiden Punkten den verschiedenen Gruppen überlegen. Das wirft natürlich die Frage auf, warum sich Trotzki so verhalten hat. Feststeht, dass sich die Opp. 1927 formierte, ohne sich

[662] dieser dritte, maschinschriftliche Text Modliks erstreckt sich im Original – bis zu dieser Stelle – auf sechs Seiten (Anmerkung der Redaktion)

„Linksopp." (der KPÖ) zu nennen. Mir ist nicht erinnerlich, ob jemals auf dem Organ *Arbeiterstimme* die Bezeichnung „Linksopp." erschienen ist. Es müsste an Hand des Organs (in der Nat. Bibl.) überprüft werden. Meine „Theorie", die ich später erst entwickelte: es könnte sich bei Trotzki um eine Zurückhaltung gegenüber Frey gehandelt haben, die auf die Tätigkeit Freys 1923 in Deutschland zurückging! Die KPD wurde damals von Brandler-Thalheimer geführt, deren Politik die Niederlage von 1923 verursacht hat. Möglich, dass Frey in dieser Richtung von Trotzki als näherstehend den Brandler usw. eingeschätzt worden ist. Frey hat auch öfters – und sicher mit Recht – darauf hingewiesen, dass österr. Kommunisten, die sich in Moskau aufhielten, Trotzki kannten, seinen Kreis, eine persönliche Hetze gegen ihn (Frey) führten, um sein Verhältnis zu Trotzki zu vergiften. ***(z.B. Raissa Adler)***

zu Seite 3: Bildung der Gruppe „Bolschewiki-Leninisten".

Sie ging zweifellos von Genossen wie Gratz,[663] Pawelka, und anderen aus, die sich mit Frey überworfen hatten – wovon aber der „Kampfbund" nichts erfuhr. Diese Genossen nahmen Kontakt mit Trotzki, mit der ILO auf. Sie bildeten dann die Gruppe der „B.-L.". Ob ein Organ existierte, ist mir unbekannt. „Bruno" müsste es wissen.

Zu S.3: Die Differenz über Spanien ist nur noch Genossen bekannt, die sich damals in der Leitung befanden. Von ihnen ist niemand mehr vorhanden bzw. erreichbar. Auch im Organ schien sie nicht auf. Dennoch war sie so heftig, dass ich für einige Zeit nicht mehr an den Sitzungen der Leitung teilnahm, weil bei den anderen Genossen nicht der kleinste kritische Einwand gegen die Position Freys bemerkbar war. Erinnerlich waren damals „Hugo", „Pokorny" in der Leitung, wahrscheinlich auch „Sik".

Mit beiden Genossen, die damals nach Spanien wollten, bestand nach 1945 Kontakt: einer war Abonnent des AK, ist aber verstorben. Der andere Genosse war vor Jahren aktiv bei der *(unleserliche Stelle, Anmerkung der Redaktion)*

Der Anfang der Krise wegen der „Kombin. Kriegstaktik" war äußerst verworren. Es ist ja charakteristisch, dass Frey den kritisierten Artikel schrieb, ohne ihn vorher der Leitung vorzulegen. Was natürlich nicht seine Schuld, oder Methode war, sondern bezeichnend für das beinahe blinde Vertrauen, das er genoss.

(Ich muss noch nachtragen: um 1930 oder 1931 befand sich Trotzki ganz in unserer Nähe, nämlich in Pystian,[664] Slowakei. Es tauchte der Vorschlag auf, eine Delegation hinzusenden, um mit ihm zu sprechen. Frey wurde vorgeschlagen, lehnte aber ab. Er meinte, es sollen ein Dutzend Arbeiter der Opp. hinfahren .. Schließlich kam es nicht zur Reise ...)

S.2: Noch zum *15. Juli 1927*, der knapp den Wahlen von 1927 folgte und den zu erwähnen ich unterlassen habe:

Am 15. Juli 1927 zogen, provoziert durch ein Klassenurteil, das zwei faschistische Arbeitermörder freisprach, die Wiener Arbeiter in die Innenstadt. Die SP-Zentrale war überrascht, alarmierte selbst schon frühmorgens die Polizei. Der Justizpalast

[663] gemeint ist Bertold Grad (Anmerkung der Redaktion)
[664] gemeint ist Piestany (Anmerkung der Redaktion)

wurde angegriffen, okkupiert, Akten flogen samt Kaiserbildern auf die Straße, Akten gingen in Flammen auf, schließlich brannte der Justizpalast. Die reaktionäre Regierung Seipel mobilisierte die Polizei. Während der Wiener SP-Bürgermeister Seitz die Massen abzuwiegeln versuchte, dazu einen Feuerwehrwagen bestieg, begann die Polizei zu schießen. 90 tote Arbeiter und viele Verwundete gab es am Abend des 15. Juli 1927. Die SP-Führung (Otto Bauer, Julius Deutsch, usw.) hatte nicht gewagt, den Schutzbund – der über geheime Waffen verfügte! – zu aktivieren und gegen die Polizei zu werfen! Getragen von den Massen, hätte die SPÖ, gestützt auf den kämpfenden Schutzbund, die Macht nehmen können! Wir, die Opp., hatten einen Genossen zu beklagen: Gen. Pramer, Kraftwagenlenker, aus Meidling, wurde in der Burggasse heimtückisch von einem Waffenhändler Barth, der aus der Luke im Rollbalken feuerte, erschossen! Ein Genosse aus dem Ausland, der mit Kurt Landau Kontakt hatte, wurde ebenfalls erschossen, sein Name begann mit I.... Er müsste anhand der Zeitungen feststellbar sein.

Als ich 1928 nach Berlin kam, den Reichstag aufsuchte, um Ruth Fischer, Scholem, zu sprechen, wurde mir von ihnen die Frage gestellt, warum wir als Opp. nicht die Losung der Bildung von Arbeiterräten gegeben hätten am 15. Juli. Sicherlich eine berechtigte Frage, auf die ich wahrscheinlich keine Antwort wusste. Die Ereignisse des 15. Juli 1927 waren von unserem Organ vorhergesehen worden: Frey schrieb, dass nach dem Wahlerfolg der SP (im April) die Bourgeoisie nicht lange mit einem blutigem Streich zögern werde ... welchen Inhalt die *Arbeiterstimme* im kritischen Moment hatte, ist mir nicht erinnerlich. Man müsste in der Nat. Bibl. nachsehen. Eines steht aber fest: es wurde von der Opp. keine Aktivität während des 15. Juli, nicht während der darauffolgenden Tage (es wurde Generalstreik ausgerufen!), entfaltet. Mir ist kein Flugzettel usw. in Erinnerung. Möglich ist allerdings, dass in einzelnen Bezirken (Ottakring, Floridsdorf) die Opp.-Genossen ihre eigene Aktivität entwickelten ...

Zu Seite 5: „Steiner“-Gruppe („Gegen den Strom“):

Die Darstellung des Falles „Jonas“ wird von unserem Genossen Thaler als unrichtig bezeichnet. Der Fall wäre dadurch entstanden, dass die „Steiner“-Gruppe einen Gestapo-Spitzel aufgenommen hätte, der dann die Gruppe auffliegen ließ. Dieses Subjekt war der missratene Sohn eines alten, bekannten Genossen namens Resowatz, der während des ersten Weltkrieges wegen seiner anarchistischen Haltung verfolgt worden war. Er schloss sich dann der KP, schließlich der Opp. an. Sein Sohn muss um 1920 geboren worden sein, schloss sich als Jugendlicher der Heimwehr an, versuchte vor 1938 schon, Spitzelarbeit zu leisten, blitzte aber beim Gen. Th ... ab. Nach dem Krieg 1945 gab der überlebende „Steiner“ dann bekannt, dass dieser Sohn zu ihrer Gruppe gehört hatte ...

Meine Darstellung beruhte auf Mitteilungen, die damals und auch nach Kriegsende kolportiert worden waren....

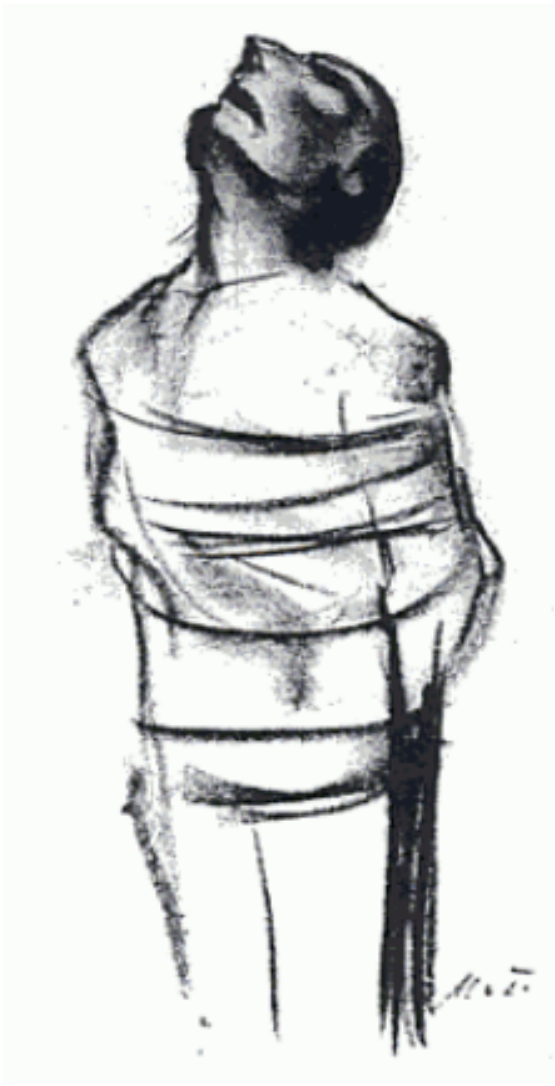
☆ ☆ ☆

Anmerkung zu Franz Modlik (Manfred Scharinger):

Wenig bekannt ist, dass der damals jugendliche Franz Modlik in den 1920er Jahren auch als Maler und Zeichner hervorgetreten ist. Die vom Kapitalismus unterdrückten und von der Ausbeutung gezeichneten Arbeitenden sind das bevorzugte Thema des „*heute beinahe vergessene[n]*“ Modlik.[665] Dieser wird dabei von Christoph Bertsch in seiner Arbeit über bildende Künstler/innen der Zwischenkriegszeit „*zum unmittelbaren Umkreis des Kommunistenführers Dr. Josef F[r]ey*“, einem der „*wichtigsten Vertreter der Linksopposition innerhalb der Kommunistischen Partei Österreichs*“ gezählt. Modliks *gefesselter Arbeiter* aus dem Jahr 1927 sei zweifellos unter dem unmittelbaren Eindruck des Justizpalastbrandes entstanden. Es handelt sich, so Bertsch weiter, um die „*beeindruckende Darstellung*“ eines geknechteten Arbeiters „*mit zurückgeworfenem Kopf, dessen Gesicht Tod suggeriert*“. Und das abschließende Urteil: „*Die Kohlezeichnung zählt in ihrer Ausschließlichkeit zu den besten Arbeiten des Künstlers und steht für das Leid des arbeitenden, politisch verfolgten Menschen*“.[666]







[665] Bertsch, Christoph: Anmerkungen zu einem vernachlässigten Bildtypus der Zwischenkriegszeit. – in: Türk, Klaus (Hrg.): Arbeit und Industrie in der bildenden Kunst: Beiträge eines interdisziplinären Symposiums. – Stuttgart 1997, S.42

[666] ebenda, S.42f.

Personenverzeichnis

A.L. 166, 171
A.U. 206
Ackermann, Manfred 432, 433, 438
Adler, Friedrich 502
Adler, Max 432, 433
Adler, Raïssa 514
Adler, Viktor 486
Albin 20
Albrecht, Bernd 360
Allende, Salvador (eigentlich: Allende Gossens, Salvador Isabelino del Sagrado Corazón de Jesús) 216
Alma (siehe: Kraupa, Grete)
Altmann, Karl 122
Alois (auch: Loisl) 415, 487, 490, 492, 493
Altenburger, Erwin 115, 116
Amado, Jorge 102
Amanshauser, Bernhard 201, 252, 253, 258
Andrä, Kerstin (auch: Andrä-Marobela, Kerstin) 259-261, 265
Androsch, Hannes 176
Anita 166
Anton (siehe: Max)
Aschenbrenner 474
Asenbaum, Mimi 265, 266
Aykut, Nadir 351
Babnik, Johann (auch: Babnik, Hans; Horvath; Horvat; Silo) 14, 16, 17, 22, 28, 39, 103, 149, 371, 372, 377-379, 383, 398, 399, 460, 467, 470, 471, 473, 476, 499, 500, 510, 512, 513
Bach 19
Bachlehner 391
Baier (siehe: Modlik, Franz)
Baier, Walter 255, 256
Barcia, Robert Félix (auch: Hardy) 13
Barth 515
Bartik, Herbert 327, 331
Bauböck, Rainer 200, 203, 251, 252
Bauer, Margit 274, 275, 278
Bauer, Otto 161, 234, 373, 432, 433, 505, 510, 515
Bayer 413
Bayer (siehe: Modlik, Franz)
Beer (siehe: Lutz)
Bella, Ahmed Ben 12, 104
Bergen, Gerda 275, 298, 300-302
Bergmann, August 478
Beria, Lawrenti Pawlowitsch 140
Bertsch, Wolfgang 516
Birke, Roman 278, 280, 284
Birkner, Martin 305, 316
Blau, Paul 44, 477, 478
Blecha, Karl 176, 427
Bock, Ute 268
Boepple, Willy 476
Böhm, Johann 43, 86, 88,91, 112, 116-118, 121, 126, 135, 426, 472
Böhm, Tanja 342, 348
Bois, Pierre 13
Bolívar, Simón (eigentlich: Simón José Antonio de la Santísima Trinidad Bolívar Palacios y Blanco) 209
Bonvalot, Michael 243, 245, 246, 248, 296, 305, 312-314, 342, 346, 347, 349-353, 355-359, 361-364
Borges, Stalin Pérez 301, 337, 338
Botka, Michael 266
Brandler, Heinrich 502, 514
Brandt, Willi (eigentlich: Frahm, Herbert Ernst Karl) 431
Brasa, Aphroditi 353
Brauner, Renate 196
Brecht, Bert (auch: Brecht, Bertolt; eigentlich: Brecht, Eugen Berthold Friedrich) 432
Bregartner, Karl 314
Breier, Franz 305
Brodnik, Heinrich 506
Brunnmüller, Franz 117
Bruno 156, 160
Bruno (siehe: Thomas, Heinrich)
Bucharin, Nikolai Iwanowitsch 503, 508
Bush, George Walker 267, 279, 295
Bux 19
C.H. 206
Callinicos, Alex (eigentlich: Callinicos, Alexander Theodore) 13, 259, 270
Cannon, James Patrick 9, 10, 13
Castro, Fidel (eigentlich: Castro Ruz, Fidel Alejandro) 11
Casutt, Gian-Andri 351
Cato 153, 154
Chávez, Hugo (eigentlich: Chávez Frías, Hugo Rafael) 334, 337, 338

Christo (siehe: Kristo, Pandi)
Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch 382
Cissmann 433
Cliff, Tony (eigentlich: Gluckstein, Ygael) 13, 259, 261, 264
Coates, Ken (eigentlich: Coates, Kenneth Sidney) 224
Cristobal, Miguel 209
Czernetz, Karl 43, 87, 438, 477, 478
D (siehe: Frey, Josef)
Daniel, Karl 503, 509
de Beauvoir, Simone (eigentlich: de Beauvoir, Simone Lucie-Ernestine-Marie Bertrand) 102
de Gaulle, Charles André Joseph Marie 155
de Massot 209
Deinböck, Heli 198
Desrole, Guy 166
Deutsch, Julius 474, 502, 515
Diefenbach, Wilhelm 158, 212, 215, 218, 220
Dimitroff, Georgi (eigentlich: Dimitrow Michajlow, Georgi) 68
Djilas, Milovan 72
Djokic, Philipp 288, 350
Dodge (siehe: Xoxe, Koçi)
Dowien (siehe: Frey, Josef)
Drada, Hans 122
Drexler, Franz (auch: Moser; Sachs) 4, 14, 16, 17, 22, 24, 25, 28, 29, 33, 35, 37-39, 49, 100, 103, 149, 150, 367, 371, 374, 376, 385, 423-427, 476, 478, 499, 500
Drexler, Rozsi 371, 385
Dutschke, Alfred Willi Rudi 485
Dvorak, Ludwig 330
Dworak, Ferdinand 14, 39, 85, 91, 92, 104, 106, 423, 426, 471, 472, 479, 480, 482, 483
Dworczak, Hermann 189, 190, 203, 206, 208, 251, 252, 255-257, 321
E. (siehe: Eric)
E.W. 209
Ecker, Manfred 261-266, 268-270
Edlinger 428
Eisenriegler, Doris 228
Ellensohn, David 356
Engels, Friedrich 54, 66, 181, 184, 354, 400
Englert 455
Eric (auch: E.) 171
Ernest (siehe: Mandel, Ernest)
Evers, John 241, 242, 245, 246, 314
F., Peter 229
Favre, Luis 209
Falkinger, Josef 328
Faltello, Reinhard 498
Faymann, Werner 242
FD (siehe: Frey, Josef)
Felix (siehe: Turansky, Anton)
Fendl 437, 438, 443
Ferdinand 496
Fiala, Gottlieb 112, 123, 392
Fibi, Franz 509, 510
Figl, Leopold 115, 116
Filgas, Karl 447
Fink 20
Firnberg, Hertha 176, 228
Fischbacher, Karl 318
Fischer, Ernst 88, 432, 435
Fischer, Heinz 176
Fischer, Karl (auch: Kegel) 374, 380, 382, 418, 466, 468, 469, 471
Fischer, Marianne 158, 212, 218, 220
Fischer, Ruth (siehe: Friedländer, Elfriede)
Fischhof, Adolf 228
Floda 20
Floss, Franz 198, 203, 204, 207, 251, 252
Franco, Francisco (eigentlich: Franco y Bahamonde Salgado Pardo, Francisco Paulino Hermenegildo Teódulo) 170, 191, 216
Frank, Pierre 12, 37, 100, 103, 105, 165, 173, 475, 476, 483, 500
Frankfurter, Bernhard 189
Frey, Josef (auch: Dowien; D, FD, Friede, Konrad; Gabi; Gerda; Hirt, G.; Melt; Otto; Robert; Roth, Ernst; Schmied, Ernst; W.S.) 9, 24, 25, 108, 131, 132, 135, 136, 138-142, 144-154, 156, 159-161, 163, 234, 371, 372, 374, 375, 380, 381, 387, 391-394, 398,399, 402, 412-414, 416, 422, 433, 439, 440, 446, 453, 454, 460, 461, 465, 467, 468, 470, 487, 489, 499, 502-510, 512-515
Friede, Konrad (siehe: Frey, Josef)
Friedländer, Elfriede (auch: Fischer, Ruth) 515
Friedrich (siehe: Pokorny, Franz)
Frühwirth, Michael 113-117
Fuchs, Alois (auch: Mader) 20, 495-497
Fußi, Rudolf 339
Fux, Herbert 192
Fürnberg, Friedl 88
G., Stefan 278, 301, 302
Gabi (siehe: Frey, Josef)
Gabler (siehe: Kraupa, Karl)
Gaisbacher, John 252, 257
Gärtner 468

Gatscheff, Dimitar 210
Gehmacher, Michael 243, 245, 246, 306, 310, 314, 316, 319
Genner, Michael 189
Gerda (siehe: Frey, Josef)
Germain, Ernest (siehe: Mandel, Ernest)
Gludowatz, Martin (auch: Louis) 19-21, 27, 28, 33-35, 100
Gomulka (siehe: Gomułka, Władysław)
Gomułka, Władysław (auch: Gomulka) 72, 98, 99
Gottwald, Klement 68
Göring, Hermann 445
Grabke, Karl 286, 355, 357, 361, 364
Grad, Bertold (auch: Gratz) 514
Gramsci, Antonio 271
Grant, Edward Ted (eigentlich: Blank, Isaac) 7, 8, 12, 248, 249, 306, 325, 328, 332
Gratz (siehe: Grad, Bertold)
Gronner, Ali 190, 193, 214, 215, 223-226, 228
Gruber, Barbara 349, 364
Gruder, Peter 165, 178-180
Grusch, Sonja 314, 316, 319, 321, 323
Guevara, Che (eigentlich: Guevara de la Serna, Ernesto) 167
Gunic, Nina 278, 280-282, 284
Günter (siehe: Schneider, Günter)
Günter (siehe: Stadler, Poldi)
H., Gerhard 174
Ha., Peter (siehe: Hallstein, Peter)
Haberzettl, Wilhelm 263, 269
Haider, Jörg 261, 263, 264
Haller, Fritz 221-223, 234, 238, 274, 275
Hallst. (siehe: Hallstein, Peter)
Hallstein, Peter (auch: Ha., Peter; Hallst.) 104, 105, 165, 166, 168, 170-172, 178, 188, 190, 473, 479, 480, 482-485, 500
Hammer (siehe: Hofer, Josef)
Hanappi, Gerhard 352
Hansen, Joseph 13, 105
Hanser, Wilfried 253, 256-258
Happel-Kraupa, Grete (siehe: Kraupa, Grete))
Harman, Chris 13, 259, 264
Hauer, Gudrun 251
Haumer, Peter 222, 229, 232, 258, 295, 311, 312, 316, 332-334
Hädicke, Karin 266
Häupl, Michael 196
Healy, Gerry (eigentlich: Healy, Thomas Gerard) 9-11, 38, 231, 385
Heckermann 494
Heger 29
Heinrich 418
Helmer, Oskar 16, 40, 41, 44, 47, 56, 64, 86, 89, 96
Hess, Leopold 112, 113, 115, 122, 123
Hexmann, Friedrich 374, 380
Hillegeist, Friedrich 43, 50, 64, 87
Hindels, Josef 44, 45, 50-56, 64, 65, 67, 137, 156, 383, 384, 400, 427, 440, 441, 477, 478
Hirsch, Stefan 229
Hirt, G. (siehe: Frey, Josef)
Hitler, Adolf 207, 261, 381, 392, 397-401, 407, 409, 411, 431, 434, 444, 450, 455, 458, 459, 495, 510
Hoch 415, 467
Hofeneder, Hubert 117
Hofer, Josef (auch: Hammer) 16, 19, 20, 35, 39, 371, 499
Hoff, Christian 282
Hofmann, Fritz 467
Hofmann, Max 348, 349
Hofmann-Ostenhof, Georg 190, 200, 207, 251
Holaubek, Josef 413, 414
Holba, Franz (auch: Rudolf; Sik; Sikora; Sykora) 84, 126, 132, 154, 156, 158, 159, 381, 387, 417, 514
Hollunder, Michael 241
Honner, Franz 80
Hoorn, Anke 353, 355-358, 361
Horak, Leopold 123, 124
Horvat (siehe: Babnik, Johann)
Horvath (siehe: Babnik, Johann)
Horvath, Julia 364
Horvath, Ken 305
Horvath, Stefan 348, 349, 353-356, 361, 363
Hörtner, Pablo 305
Hugo 514
Hussein, Saddam (eigentlich: Saddām Husain Abd al-Madschīd at-Tikrītī) 207
I. (siehe: Ingus, Robert)
Ibaschitz, Franz 432
Ingus, Robert (auch: I.) 515
Jackel, Franz 353
Jacques512
Jakobovits, Josef (auch: Jonas) 378, 511, 512, 515
Jaksch, Walter 432
Jansa, Adriane 355, 357, 359-361, 364
Jaruzelski, Wojciech 201, 218
Jaspers, Friedrich 369
Jelzin, Boris Nikolajewitsch 253

Jentschek 115
Jezek, Boris 201, 252, 253
Jonas (siehe: Jakobovits, Josef)
Jonas, Franz 478
Jovanovic, Mica 236, 284, 354, 355, 361, 364
Julius 511
Jungclas, Georg 476
Just, Stéphane 212, 301, 303
K. (siehe: Kurt)
K.P. 107
Kaltenbrunner, Ernst 459
Kannonier, Reinhard 192
Kant (siehe: Soucek, Franz)
Kardelj, Edvard 73
Kascha, Franz (auch: Steiner) 377-379, 489, 496, 511, 512, 515
Kascha, Leopold (auch: Steiner) 14, 19, 135-137, 374, 377-380, 399, 468, 470, 471, 474, 489, 511-513, 515
Kaufmann, Markus 249, 275, 324, 325, 328
Kegel (siehe: Fischer, Karl)
Keller, Fritz 169, 179, 181
Kenndler, Christian 202, 335
Kernmayer, Erich Knud 372
Kerschbaum, Thomas 241, 242, 245, 246, 253, 258, 310-312, 314
Kirchweger, Ernst 156, 256
Klement 84, 113, 126
Kleppel 437
Klinger 19, 20
Koch, Andrea 241, 242, 245, 310, 311
Koch, Fritz 495
Kodicek, Egon 112, 113, 115-117, 123-126
Kollross, Andreas 329, 330, 336
Komlosy, Andrea 203
Koplenig, Johann 392, 394, 493, 505, 506, 508, 513
Koritschoner, Franz 493
Korner, David (auch: Barta) 13
Koskarti, Franz 333, 334, 339
Kostelka, Peter 176
Kostoff, Traitscho 72
Krainer, Kai Jan 246
Kraupa 394
Kraupa, Grete (auch: Alma; Happel-Kraupa, Grete) 20, 104, 165, 427, 428, 481
Kraupa, Karl (auch: Gabler) 20, 104, 165, 427, 428, 481
Krautscheider 117
Kreisky, Bruno 96, 176, 178, 192
Krenek, Ernst (eigentlich: Křenek, Ernst) 432
Kristo, Pandi (auch: Christo) 72
Krones, Franz 39, 40
Krones, Hilde 406
Kropf, Ali 305
Kunschak, Leopold (auch: Kuntschak) 94
Kuntschak (siehe: Kunschak, Leopold)
Kurt 171
Laceva, Teresa 344, 348, 351, 355
Lacina, Robert 241
Lacina, Vera 241
Laguiller, Arlette Yvonne 13
Lambert, Pierre (eigentlich: Boussel, Pierre) 10, 11, 171, 209, 210, 385, 476
Landau, Kurt 234, 372, 503, 507-509, 513, 515
Langthaler, Willi 206, 229, 232
Lasser, Max 278
Lawicka, Ingrid 186
Leder, Danny 179
Lehner, Markus 272
Lenin, Wladimir Iljitsch (eigentlich: Uljanow, Wladimir Iljitsch) 18, 66, 146, 147, 181, 182, 184, 188, 392, 449
Lerse (siehe: Modlik, Franz)
Lhotzky, Kurt 202, 208-212, 286, 293, 300-304
Liebert 20
Linares, Rubén 338
Lindner, Harald 328
Lindner, Walter 188, 189
Loisl (siehe: Alois)
Lora, Guillermo 11, 476
Löschnak, Franz 248
Löw, Raimund 172, 188, 190, 200, 207, 251, 252
Ludwig 150
Ludwig, Martina 242
Lukas, Leo 356
Lustig (siehe: Seidel, Friedrich)
Lutz (auch: Beer) 19, 20
Luxemburg, Rosa (eigentlich: Luksenburg, Rozalia; auch: Rosa) 181, 354, 501
Mader (siehe: Fuchs, Alois)
Magnus, Axel 272, 275, 278, 333
Mahrer, Harry 245, 314
Maimann, Helene 190, 200
Maisel, Karl 114-116, 121
Maitan, Livio 12, 103, 105, 173
Mandel, Ernest (auch: Ernest; Germain, Ernest) 8, 12, 24, 100, 103, 105, 149, 170, 171, 173, 178, 180, 193, 196, 252, 379, 383, 384, 475, 476, 478, 479, 483, 485, 499,

Mandel, Gisela (auch: Scholtz, Gisela) 170, 171, 188
Mandl 333
Mandl, Resi 433
Mantler, Karl 43, 50, 64
Mao Tse Tung (siehe: Mao Zedong)
Mao Zedong (auch: Mao Tse Tung) 77, 291
Marek, Bruno 487-489
Margulies, Schani 252
Maria Theresia (eigentlich: von Österreich, Maria Theresia Walburga Amalia Christina) 409
Mark, Karl 448
Marschalek, Manfred 104, 105, 480, 482, 483,
Marshall, George Catlett 64, 68, 82, 110, 120, 122, 124
Marx, Karl 54, 66, 181, 182, 184, 322, 354, 385, 403, 433, 437-439, 444
Massari, Roberto 194
Matejka, Viktor 462
Matev 20
Mattl, Siegfried 197
Mayer, David 249, 324, 325, 331
Mayer, Koloman 396
Mayer, Vinzenz 503
Max (auch: Anton) 487, 492
Mehring, Franz Erdmann 438
Meinhof, Ulrike Marie 216
Meissner-Blau, Freda 203
Melt (siehe: Frey, Josef)
Metaxas, Ioannis 102
Milota 115
Mitchell, Paul 260, 261
Mitringer 462
Modlik, Franz (auch: Baier; Bayer; Lerse; Schlosser) 14, 17-22, 24, 25, 33, 35, 37-39, 96, 100, 103-108, 149, 150, 162, 165, 171, 197, 366, 372, 375-379, 383-385, 398, 399, 401, 402, 425-428, 451, 453, 461, 464, 465, 467, 469-471, 475-477, 479-482, 484, 498, 499, 501, 502, 507, 510, 512, 513, 516
Moreno, Nahuel (eigentlich: Bressano Capacete, Hugo Miguel) 12, 202, 208
Morgan 512
Morrow, Felix (eigentlich: Mayrowitz, Felix) 7
Moser (siehe: Drexler, Franz)
Most 20
Mubarak, Muhammad Husni 267
Müller 462
Müller 496, 497
Mum, David 243, 245, 314, 420
Munsch 431, 442
Muraschow, Arkadi 253
Nagy, Imre 98, 99, 385
Nedwed, Ernst 477, 478
Neißl, Lukas 331, 333, 334
Nesklava 394
Neumayer, Markus 342, 348
Neumayer, Stefan 288, 295, 354
Nimmerrichter, Richard (auch: Staberl) 178
Nitzsche, Frank 206
Noske, Gustav 89
Oberhammer, Hermann 275, 298
Odehnal, Bernhard 240
Olah, Franz 91
Öffinger, Hans-Gerd 325, 326
Öllinger, Karl 196, 197
Opratko, Benjamin 262, 265, 266, 270
Osten 20
Ottinger (siehe: Skritek)
Otto (siehe: Frey, Josef)
Owens 378
P., Karl 107
P., Monika 344, 347, 364
Pablo, Michel (eigentlich: Raptis, Michailis; auch: Raptis, Michel) 8-10, 12, 14, 16, 18, 19, 22, 30, 33, 38, 39, 67, 101-108, 145, 148, 163, 382, 384, 385, 426, 475, 477, 479-482, 499-501, 513
Pachinger, Maria 288, 298, 351, 355, 357, 361, 364
Palme, Imma 197
Palmers, Walter 175
Pauker, Ana (eigentlich: Rabinsohn, Hannah) 70
Pavelka, Ernst (siehe: Pawelka, Ernst)
Pavelka, Franz (siehe: Pawelka, Franz) 158, 371, 379, 431, 433, 437-439, 441, 443-451, 453, 454, 458, 460, 464, 474, 514
Pawelka, Ernst (auch: Pavelka, Ernst) 430-435, 437, 438, 441, 444, 445, 449, 454
Pawelka, Franz (auch: Pavelka, Franz)
Pawelka, Karl 158, 213, 222, 229, 231, 232
Pepperl (auch: Stani) 134, 487, 492, 493
Perl, Alfred 503
Peterka, Anton Johann 392
Petzold, Alfons 399
Pfoch, Hubert 467, 474
Pijade, Moše (auch: Pijade, Mosa) 73
Pilz, Peter 197, 201, 203
Pinochet, Augusto (eigentlich: Pinochet Ugarte, Augusto José Ramón) 216

Pitsch, Reinhard 165, 168, 171, 173, 175, 484, 485
Pittermann, Bruno 114
Pittler, Andreas 240-242
Pokorny, Franz (auch: Friedrich) 29, 100, 104, 105, 165, 464, 480-483, 514
Poldi (siehe: Stadler, Poldi)
Pollak, Oskar 96
Polsterer, Ludwig 428
Pramer, Günther 333
Pramer, Johann 515
Prohidel 426
Probst, Stefan 260, 261, 263-266, 269-272
Pröbsting, Michael 206, 234, 235, 238, 273-276, 278-284, 328
Raab, Julius 94, 115, 118-121
Rajk, László 72, 98
Raptis, Michel (siehe: Pablo, Michel)
Rasp, Andreas 165, 166, 168, 484
Rehor, Margarete 113, 115, 117, 126
Reid, John 323
Reinprecht-Hinsch, Dieter 278, 301-303, 348, 349
Reinwein 468
Reiss, Alex 166
Reiter 20
Reitter, Karl 212, 218, 220
Renner, Karl 156, 433, 459
Resowatz 515
Richter, Ernst 168
Riepler, Lukas 335, 340
Riva, Gianni 188, 201, 252, 253, 258
Robert (siehe: Frey, Josef)
Robertson, James 173
Rokach-Epstein, Josef 390, 391
Rosa (siehe: Luxemburg, Rosa)
Roth, Ernst (siehe: Frey, Josef)
Roth, Fritz 421, 423, 425, 512
Roth, Paul 83, 366, 420
Rudolf (siehe: Holba, Franz)
Russell, Bertrand Arthur William 224, 225
Sachs (siehe: Drexler, Franz)
Sagner, David 265, 266
Sailer 492
Salis (siehe: von Salis, Jean Rudolf)
Sallmutter, Hans 263, 269
Saloschin, Sabine 354-356, 358-361
Samary, Catherine 253
Santen, Sal 101, 102
Santos (siehe: Soucek, Johanna)
Sartre, Jean-Paul 102
Schafranek, Hans 429
Schammet 422
Schandl, Franz 186
Scharf, Erwin 39,40,42-49, 56, 57, 59, 64, 383
Scharinger, Manfred 107, 197, 216, 222, 233-235, 238, 239, 272, 284, 354, 357, 361, 362, 364, 366, 367, 387, 404, 429, 487, 516
Schärf, Adolf 16, 40, 41, 43, 44, 47, 56, 64, 96, 467
Scheuer, Georg 380, 440, 441, 445
Schieder, Andreas 246
Schieder, Peter 179
Schier 431, 442
Schiffle, Robert 240-242
Schlesak, Friedl (auch: Ringer) 100, 131. 404, 408, 410
Schlesak Theresia (auch: Schlesak, Resl) 410
Schlesak, Wilhelm (auch: Springer; Willi) 131, 132, 154, 157, 408-411, 413-415, 418
Schleyer, Hanns Martin 216
Schmied, Ernst (siehe: Frey, Josef)
Schneider, Elisabeth 434
Schneider, Günter (auch: Günter) 131, 139, 154, 157-160, 162, 213, 218, 222, 233-235, 238, 273-276, 293, 298, 300-302
Schneider, Theodor 434
Scholem, Werner 515
Schögler, Johann 252, 257
Schönfelder, Gustav 506
Schüller, Heinrich (auch: Simon) 20, 100, 101
Schuster, Fritz 14
Seelos, Martin 274, 278
Seidel, Friedrich (auch: Lustig) 106, 243, 420, 424, 425, 480
Seitz, Karl 368, 406, 409, 421, 488, 515
Servetius, Michael 228
Sewell, Rob 324
Seymour, Joseph 174
Shahyar, Pedram 260, 261, 265
Sibi 426, 428
Sik (siehe: Holba, Franz)
Sikora (siehe: Holba, Franz)
Silo (siehe: Babnik, Johann)
Simmel 497
Simon (siehe: Schüller, Heinrich)
Sinowjew, Grigori Jewsejewitsch (eigentlich: Radomilski, Grigori Jewsejewitsch) 503, 508
Skritek (auch: Ottinger) 29, 476
Skritek, Otto 29
Slánský, Rudolf 140
Slavik, Felix 478

Sorger, Claudia 243, 247, 314, 316, 317
Soucek, Franz (auch: Kant) 14, 20, 27, 28, 33-35, 106, 379, 426-428, 469, 512
Soucek, Johanna (auch: Santos) 20
Soyfer, Jura 176
Speiser, Paul 488
Staberl (siehe: Nimmerrichter, Richard) 178
Stadler, Dolferl 492
Stadler, Poldi (auch: Günter) 132, 412-416, 421-423, 489, 490, 493
Stalin (eigentlich: Dschugaschwili, Jossip Wissarionowitsch) 8, 14, 17, 23, 29, 30, 42, 43, 45, 47, 49, 54, 55, 67-72, 74, 77-81, 84, 87-90, 93, 107, 123, 129, 130, 133, 134, 136, 137, 140, 142, 145-148, 151, 152, 212, 255, 371, 379, 380, 383, 394, 401, 412, 436, 503, 512
Stani (siehe: Pepperl)
Stefan 399
Steiner (siehe: Kascha, Leopold)
Stelzhammer, Willi 189
Stenner, Christian 252, 257
Steyrer, Kurt 203
Stift, Leopold 503, 509, 513
Stifter, Richard 221
Stipschitz 391, 392, 394, 396, 468
Straibl, Birgit 275, 298
Strasser, Josef 502, 508, 513
Strasser, Peter 44
Suchanek, Martin 235, 238, 272
Sykora (siehe: Holba, Franz)
Szöny (siehe: Szönyi, Tibor)
Szönyi, Tibor (auch: Szöny) 72
Taaffe, Peter 12, 247, 248
Tanas, Peter 225, 226
Teddy 449
Tesarek, Anton 406
Th. 499
Thaler 515
Thalheimer, August 502, 514
Thatcher, Margaret Hilda 247
Thoma, Hans 506-508
Thomas, Grete 165, 481
Thomas, Heinrich (auch: Bruno) 14, 16, 17, 22, 28, 29, 35, 39, 96, 101, 103-105, 156, 160, 162, 165, 170-172, 189, 253, 425-427, 429, 454, 462, 468, 476, 481, 482, 499, 500, 510, 514
Tito, Josip Broz 8, 9, 23, 68-74, 76-78, 98, 107, 147, 383
Togliatti, Palmiro 70
Tomann, Karl 503, 507, 508
Tomaselli, Emanuel 325, 333, 337, 338
Trausmuth, Gernot 249, 325-337, 339-341
Traven, B. 430
Trotzki, Leo (eigentlich: Bronstein, Lew Dawidowitsch) 7,9,16, 19, 56, 66, 100, 106, 141, 145, 149, 165, 167, 181, 182, 184, 216, 235, 282, 322, 324, 371, 379, 392, 399, 400, 431, 436, 440, 443, 502, 503, 506-509, 513, 514
Truppe, Paul 153
Tschurtschenthaler, Maximilian 117
Tucholsky, Kurt 432
Turansky, Anton (auch: Felix) 130, 136, 139, 154, 378-381, 413, 415-418, 425, 467, 468, 470, 478
Uhl, Petr 198
van Rahden, Eva 353
Vancura, Fritz 104-106, 480, 482
Vileta 441, 443
Vlachowitsch (siehe: Vlahović, Veljko)
Vlahović, Veljko (auch: Vlachowitsch) 72
von Humboldt, Wilhelm (eigentlich: von Humboldt, Friedrich Wilhelm Christian Carl Ferdinand) 228
von Salis, Jean Rudolf (auch: Salis) 458
W., Manfred 247
W.B. 107
W.S. (siehe: Frey, Josef)
W.W. 206
Wabl, Andreas 228
Wagner 495, 497
Waidhofer, Gerald 272
Waldbrunner, Karl 64, 96
Waldheim, Kurt 203-205, 234
Walsh, Lynn 322
Weber 418
Wegner, Eric 206, 229, 231, 236, 238, 239, 272, 284, 351-356, 358, 360, 361, 364, 366, 367, 404, 420, 429, 498, 516
Wehsely, Sonja 246
Weigelt, Adolf 121
Weisgal, Alex 208, 209
Weissel, Florian 349, 352, 354-356, 358, 359, 361-363
Wenninger, Florian 330
Wieland, Martin 335, 340
Wiener, Johannes 280
Wildner 451
Wilflingseder, Karin 265, 266
Willi (siehe: Schlesak, Wilhelm)
Wolf, Andreas 331
Wolf, Bettina 240-242

Wolf, Johannes 288, 351, 352, 355-357, 359-361, 363
Womastek 245
Woods, Alan 248, 249, 306, 324, 325, 328, 332, 337, 338, 341
Wottawa, Karin 245
Wurm, Robert 332, 333
Xoxe, Koçi (auch: Dodge) 72
Zach, Didi 255, 256
Zakravsky, Peter 111, 121
Ziegler, Gerhard 319
Zola, Émile François 390



Broschüren aus der Reihe MARXISMUS

1 Grundätze der Arbeitsgruppe Marxismus, 32 S., 1,5 €
2 Der Titoismus und die Ursachen der Konflikte im ehemaligen Jugoslawien, 20 S., 1 € (auch in Serbokroatisch)
3 Leo Trotzki: Porttät des Nationalsozialismus, 20 S., 1 €
4 Die öst. Arbeiterkammern – fortschrittliche Institutionen?, 40 S., € 2
5 Die Zivilges.m.b.H. & ihre Teilhaber – Zivilgesellschaft, NGOs und das Elend der „kreativen Protestformen“, 24 S., 1,5 €
6 Der Zweite Weltkrieg – Demokratie gegen Faschismus?, 64 S., 2 €
7 Die Linke und die Beneš-Dekrete, 40 S., 2 €
8 Trotzkistische Opfer des NS-Terrors. Eine Dokumentation, 44 S., 2 €
9 Der blutige Weg in die neue Weltordnung, 64 S., € 2
10 Nationale Frage und Arbeiter/innen/bewegung in der Tschechoslowakei, 56 S., 2,5 €
11 „...wo man mit Blut die Grenze schrieb...“. slowenische Frage in Kärnten, 58 S. 2,5 €
12 Der Irak im Fadenkreuz des Imperialismus, 64 S. A5, 3 €
13 US-Arbeiter/innen gegen den Krieg, 60 S., 2,5 €
14 Marxistische Staatstheorie bei Marx, Engels und Lenin, 24 S., 1 €
15 Totalitarismustheorie, 24 S., 1 €
16 Imperialismustheorie bei W.I. Lenin, 40S., 2 €
17 Imperialismustheorie bei Rosa Luxemburg, 40 S., 2 €
18 für eine Sozialistische Revolution in Venezuela, 96S., 3,5 €
19 Europäische Union, 40 Seiten A5, 2 € / 3,5 CHF
21 Marxistische Positionen zum Nahost-Konflikt, 32 Seiten A5, 2 € / 3,5 CHF
22 Hintergründe des Zypern-Konfliktes, 48 Seiten A5, 2 € / 3,5 CHF
23 Nationalismus und nationale Frage, 48 Seiten A5, 2 € / 3,5 CHF
24 Uniproteste und ÖH, 44 Seiten A5, 2 € / 3,5 CHF
27 Fußball und Klassenkampf, 60 Seiten A5, 2,5 € / 4 CHF
30 Russland im Wandel, 60 Seiten A5, 2,5 € / 4 CHF
32 Smash Racism, 48 Seiten A5, 2,5 € / 4 CHF
33 Bildung und Schule, 80 Seiten A5, 3 € / 4,5 CHF
34 eine marxistische Analyse der Prostitution, 32 Seiten, A5, 2 € / 3 CHF
35 Roma/Romnija: Geschichte, Gegenwart und Perspektiven einer unterdrückten Minderheit, 72 Seiten A5, 3 € / 4,5 SFR

Lieferbare Nummern von MARXISMUS

3 Österreich-Nationalismus & Arbeiterbewegung
(4., erw. Aufl. 1997, 258 S., 140 ÖS / 20 DM)

9 Trotzkismus in Österreich, Teil 1: Eine Analyse
(überarb. 2. Auflage 1997, 256 S., 140 ÖS / 20 DM))

13 Revolutionen nach 1945 (1998, 382 S., 190 ÖS / 28 DM)

17 China unter Mao – Geschichte der Volksrepublik (2000, 232 S., 10€)

18 Balkanföderation & Arbeiterbewegung, Teil 1 – Konzeptionen der Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg (2001, 284 S., 12€)

19 Balkanföderation und Arbeiterbewegung, Teil 2 – Diskussionen in der Kommunistischen Internationale (2002, 372 S., 14€)

20 Balkanföderation und Arbeiterbewegung,Teil 3 – Projekte während und nach dem Zweiten Weltkrieg (2002, 478 S., 15€)

21 Imperialismus & marxistische Theorie, Teil 2: von der frühen Komintern zur Vierten Internationale (2002, 110 S., 7€)

22 Koloniale Frage und Arbeiter/innen/bewegung (2003, 224 S., 14€)

23 Nationale Frage und marxistische Theorie Teil 1: Die "Klassiker"
(2003, 224 S., 14€)

24 Nationale Frage und marxistische Theorie Teil 2: Die sowjetische Erfahrung
(2004, 646 S., 24€)

25 Revolution und Konterrevolution in Griechenland
(2. Aufl. 2008, 600 S., 18€ / 27 CHF)

27 Sozialistischer und marxistischer Feminismus (2005, 176 S., 9€)

28 Kommunismus und Frauenbefreiung (2006, 520 S., 18€)

29 Geschlechterverhältnisse bei Marx & Engels (2007, 536 S., 17€)

30 CWI und IMT – Die Militant-Tendenz und ihre Nachfolger
(2009, 316S., 11€ / 17CHF)

31 Proletarische Frauenbewegung – kritische Bilanz und politische Lehren
(2009, 586 S., 18€ / 27 CHF)

32 Die „Frauenfrage“ bei Bebel und Luxemburg. Eine kritische Aufarbeitung
(2009, 248 S., 10€ / 15 CHF)

vergriffene Marxismus-Nummern

2 Der reale Sozialismus
4 Der Zweite Weltkrieg
5 Kapitalismus in Österreich
6 Imperialismus & marxistische Theorie. Teil 1: Die „Klassiker“
10 Trotzkismus in Österreich,Teil 2: Interviews
11 Trotzkismus in Frankreich 1924-1939
12 Die Globalisierungsdebatte
14 Kritik an der „Regulationstheorie“
15 D. Tucovic: Serbien und Albanien
16 Hintergründe und Ursachen der Asienkrise
26 Schwarze Befreiung und revolutionäre Bewegung in den USA & Südafrika

Schulungstexte und Materialien

1 Das 19. Jahrhundert. Ein Überblick. 14S. A4
2 Das 20. Jahrhundert. Ein Überblick. 15S. A4
3 Der Kongress der Völker des Ostens in Baku (1920).Materialien und Dokumente Januar 2004, 48S. A4, 3€
4 Koloniale Frage und Kommunistische Internationale. Materialien des I. bis VII. Weltkongresses (1919/1935), Januar 2004, 52S. A4, 3€
5 Marxismus und Gewerkschaften, Sept. 2004, 50S. A4, 3€
6 Frauenbefreiung und Kommunistische Internationale. Materialien und Dokumente (1919/1928), Januar 2005, 28S. A4, 2€
7 Zur Vorgeschichte der Vierten Internationale. Einige Bemerkungen zur Geschichte der Linksopposition, Mai 2005, 18S. A4, 2€
8 Chilenische Lehren. Mit Dokumenten der linken Bewegung in Chile, Mai 2006, 58S. A4, 3€
9 Pierre Broué: Die ungarische Revolution 1956, Oktober 2006, 50S. A4, 2€
10 Stellungnahmen der Arbeitsgruppe Marxismus, Dezember 2006, 46S. A4, 3€
11 Die politische Ökonomie des Sozialismus. Zum theoretischen Standort von Marx und Engels in der Sozialismus-Diskussion des 19. Jahrhunderts. Zur Entwicklung der Marxschen Methode, Januar 2008, 66S. A4, 5€
12 Die Kraft der ArbeiterInnen: Der Streik! April 2008, 22 Seiten A4, 2 €
13 Dokumente der sozialistischen und kommunistischen Jugendbewegung (1907 / 1922), März 2010, 44S. A4, 4€ / 6 CHF

Kleine Schriftenreihe zur österreichischen Arbeiter/innen/geschichte

1	Josef Frey: Wie kämpfen gegen die Arbeitslosigkeit? (1927)	(16 S. A4, 1€)
2	Ernst Schmied (= Josef Frey): Integraler Sozialismus (1937)	(32 S. A4, 1,5€)
3	Die KPÖ und Gewerkschaftsfrage in der Frühphase 1. Republik	(vergriffen)
4	Texte zum 12. Februar 1934	(32 S. A4, 1,5€)
5	Kurt Landau: Anarchokommunismus in Österreich (1927)	(16 S. A4, 1€)
6	Agitations- und Propagandaschriften der frühen KPÖ	(24 S. A4, 1,5€)
7	Josef Frey: Frühe Schriften (1911/19)	(32 S. A5, 1€)
8	1892 – die erste „Arbeiterinnen-Zeitung“.	(32 S. A5, 1€)
9	Leo Trotzki: Österreich an der Reihe. Schriften zu Österreich	(60 S. A5, 2€)
10	Wertheim: Föderation rev. Sozialisten ‚Internationale’(1918/1919)	(32 S. A5, 1,5€)
11	T.J. Melt (= Josef Frey): “Zur nationalen und kolonialen Frage”	(48 S. A5, 2€)
12	Freie Liebe und bürgerliche Ehe. „Arbeiterinnen-Zeitung“ (1895)	(24 S. A5, 1€)
13	Elfriede Friedländer: Sexualethik des Kommunismus	(64 S. A5, 2,5€)
14	Donauföderation, Anschluss, Eigenständigkeit Öst.? (1920/21)	(60 S. A5, 2,5€)
15	Österreich in der „Kommunistischen Internationale“ (1919/1924)	(60 S. A5, 2,5€)
16	Schutzbundzeitung (1935-1937) – Ein trotzkistisches Einheitsfrontprojekt	(190 S. A4, 11€ / 16,50 CHF)
17	Arbeitermacht. Illegale Zeitschrift des „Kampfbundes zur Befreiung der Arbeiterklasse“. Band 1 (1934/1935)	(128 S. A4, 9 € / 13,50 CHF)
18	Arbeitermacht. Band 2 (1936)	(136 S. A4, 10 € / 15 CHF)
19	Arbeitermacht. Band 3 (1937)	(212 S. A4, 16 € / 24 CHF)